



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

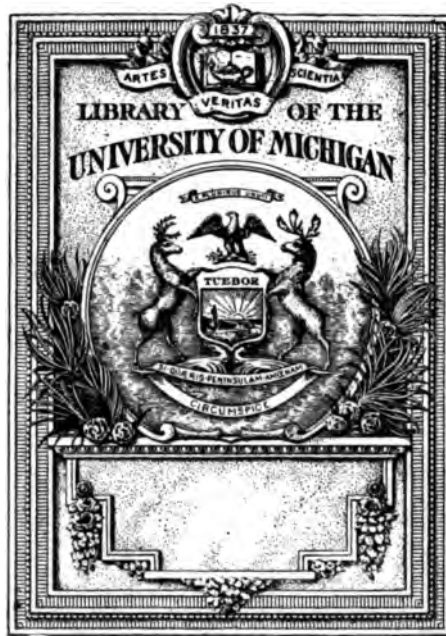
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

B 1,074,431





0
394
.57

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Dr. Hans Delbrück.

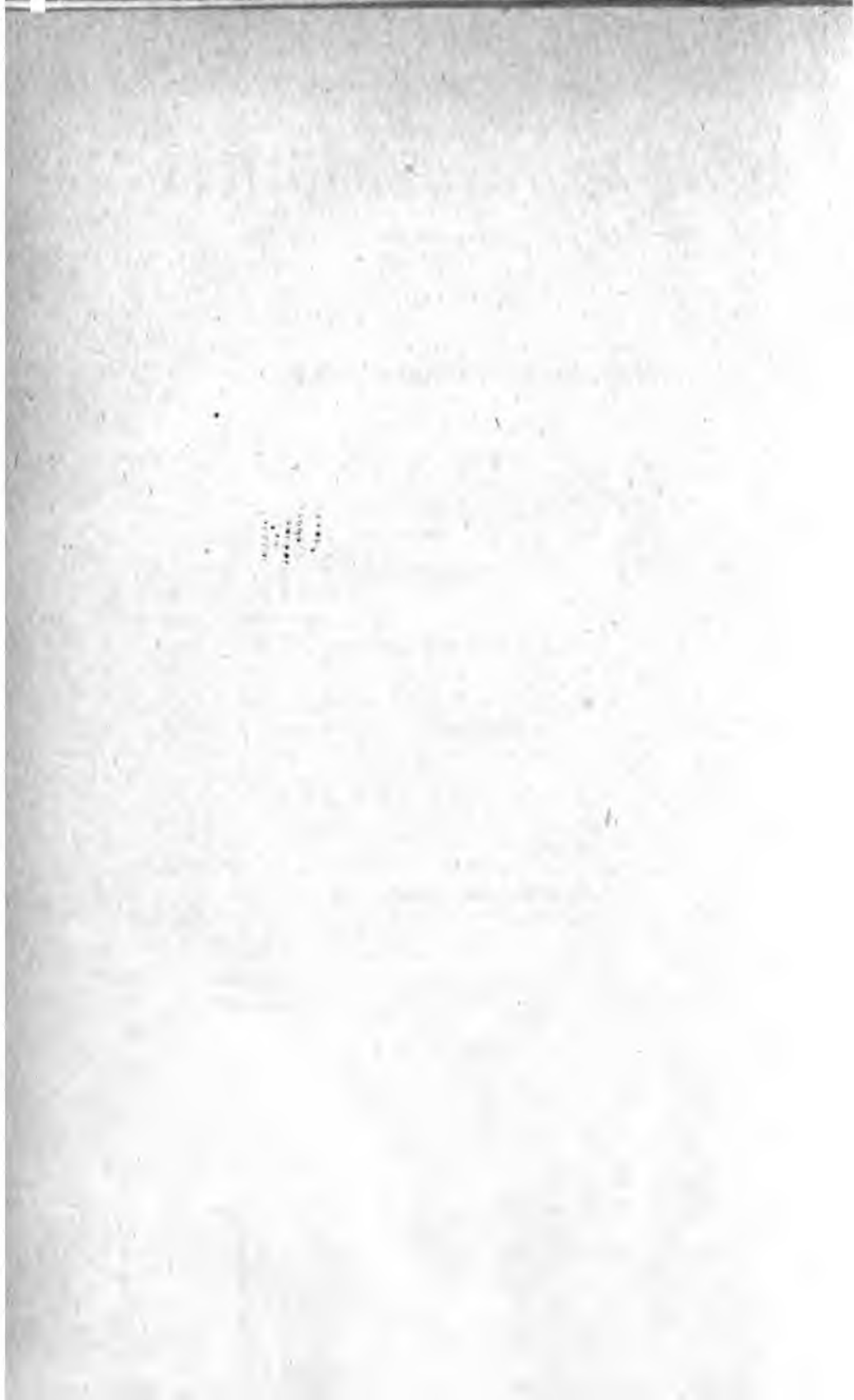
Vierzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1882.



111111
22222
33333
44444
55555

Geschichts-Kalender.

Januar — Juli 1882.

Vorbemerkung. Die im Staatsarchiv veröffentlichten Actenstücke sind mit ihrer Nummer, die noch zu veröffentlichenden mit St.A. bezeichnet.

2. Jan. **Frankreich.** Baron de Ring, früherer General-Consul in Aegypten, wird an Stelle Ducros-Aubert's zum französischen Gesandten in Bukarest ernannt.
4. „ **Preussen.** — Erlass des Königs an das Staatsministerium, betreffend die staatsrechtliche Stellung des Königthums in Preussen und die Haltung der Beamten bei den Wahlen (Nr. 7706). — Einberufung des Landtages auf den 14. Januar.
4. „ **Aegypten.** — Arabi-Bey wird zum Unterstaatssecretär des Krieges ernannt.
6. „ **Frankreich.** — Ernennung des Deputirten Floquet zum Seine-Präfecten an Stelle des verstorbenen Senators Herold.
7. „ **Grossbritannien.** — Depesche Granville's über den Panama-Canal (Nr. 7549).
8. „ **Frankreich.** — Ergänzungswahlen zum Senat. An Stelle der ausscheidenden 43 Republikaner und 36 Monarchisten werden 64 Republikaner und 15 Monarchisten wiedergewählt.
8. „ **Aegypten.** — Die General-Consuln von England und Frankreich übergeben dem Khedive eine gemeinsame identische Note (Nr. 7783).
9. „ **Deutschland.** — Beantwortung der Interpellation des Abg. Hertling (Centrum über die weitere Ausbildung der Fabrikgesetzgebung durch den Reichskanzler.
9. „ **Türkel.** — Die ausserordentliche Gesandtschaft des Sultans an den deutschen Kaiser, Ali-Nisami-Pascha und Reschid-Bey, trifft wieder in Konstantinopel ein.
10. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt Brisson zum Präsidenten.
10. „ **Spanien und Portugal.** — Besuch des Königs und der Königin von Spanien bei dem König von Portugal in Lissabon.
- 11./12. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt den Antrag Windthorst auf Aufhebung des Gesetzes, betreffend die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 (St.A., II. Suppl.-Bd. Nr. 6106), mit 283 gegen 155 Stimmen in zweiter Lesung an.
13. „ **Türkel.** — Protest der Pforte gegen die englisch-französische Note vom 7. Januar (Nr. 7792).
14. „ **Preussen.** — Eröffnung des Landtages durch den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer. Thronrede (Nr. 7707). — Präsidentenwahl im

- Herrenhause: Herzog von Ratibor Präsident; Graf von Arnim-Boitzenburg erster Vicepräsident; zum zweiten Vicepräsidenten wird Prof. Beseler mit 38 Stimmen gegen Graf Brühl (37 Stimmen) gewählt.
14. Jan. **Frankreich.** — Gambetta legt der Deputirtenkammer den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Verfassung, vor. Hauptpunkte: 1) Die un-absetzbaren Senatoren sollen künftig von beiden, getrennt von einander votirenden Kammern, nicht mehr vom Senat allein gewählt werden. 2) Im Wahlkörper, der die Senatoren wählt, sollen die Gemeinden künftig nach Verhältniss ihrer Bevölkerungszahl vertreten sein. 3) Das Princip des Listenscrutiniums für die Deputirtenwahlen wird in die Verfassung eingetragen. 4) Die finanziellen Befugnisse des Senates sollen abgeändert werden; der Senat soll gestrichene Etatsposten nicht ferner wiederherstellen können, dagegen das Recht der Controle haben. 5) Die öffentlichen Gebete bei Eröffnung der Sessionen werden abgeschafft.
16. „ **Preussen.** — Präsidentenwahl im Abgeordnetenhouse: Präsident v. Köller mit 350 von 364 Stimmen; erster Vice-Präsident Frhr. v. Heeremann (214 St.) gegen v. Benda (152 St.); zweiter Vice-Präsident Stengel mit 274 von 287 gültigen Stimmen.
16. „ **Frankreich.** — Wiederwahl Léon Say's zum Präsidenten des Senates.
17. „ **Chile und Bolivia.** — Friedensschluss.
17. „ **Tunis.** — Verhaftung des Bruders des Bey Tayeb-Pascha.
18. „ **Deutschland.** — Annahme des Antrages Windthorst (cf. 11. Jan.) in dritter Lesung mit derselben Majorität.
19. „ **Deutschland.** — Der liberale Entwurf eines Unfall-Versicherungsgesetzes wird an eine Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.
19. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Erfolgreiches Attentat auf den russischen Botschafter in Wien, von Oubril.
20. „ **Deutschland.** — Die Vorlage, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses von Hamburg an das Zollgebiet (Nr. 7611), wird in zweiter Lesung mit 171 gegen 102 Stimmen angenommen.
21. „ **Italien.** — Die Deputirtenkammer nimmt den Wahlreform-Gesetz-Entwurf mit 217 gegen 64 Stimmen an.
22. „ **Frankreich.** — Die Verfassungs-Commission der Deputirtenkammer lehnt das Listenscrutinium ab und beschliesst mit 24 gegen 3 Stimmen eine Resolution, welche sich für eine unbeschränkte Revision der Verfassung ausspricht.
22. „ **Serbien.** — Eröffnung der Skupschtina.
23. „ **Deutschland.** — Annahme der Hamburger Vorlage in dritter Lesung ohne Debatte (Nr. 7643).
24. „ **Deutschland.** — Debatte im Reichstage über den königlichen Erlass vom 4. Januar (Nr. 7706).
24. „ **Niederlande.** — Der Minister des Auswärtigen, von Rochussen, erklärt in der zweiten Kammer, dass Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland schweben über den Ausschluss der holländischen Schiffe von der deutschen Küstenschiffahrt.
24. „ **Russland.** — Rede des Generals Skobelev bei der Feier des Jahrestages der Erstürmung von Gök-Tepe mit heftigen Ausfällen gegen Preussen und Oesterreich und Sympathiebezeugungen für die aufständischen Bosnier.
25. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein, Sektions-Chef im Ministerium des Auswärtigen, trifft in Berlin ein zum Zweck von Verhandlungen über die Donaufrage.

25. Jan. **Vereinigte Staaten.** — Guitau, der Mörder des Präsidenten (Garfield), wird nach 10wöchentlichen Verhandlungen zum Tode verurtheilt.
26. „ **Frankreich.** — Verhandlungen der Deputirtenkammer über die Verfassungsrevision. Die Kammer lehnt den Regierungs-Entwurf (eine auf bestimmte Punkte beschränkte Verfassungsrevision mit Listenscrutinium) mit 305 gegen 117 Stimmen ab und nimmt die Commissionsvorlage (unbeschränkte Revision ohne Listenscrutinium) mit 262 gegen 91 Stimmen an. Gambetta und sein ganzes Ministerium reichen ihre Entlassung ein. Grévy fordert Freycinet zur Bildung des neuen Cabinets auf.
27. „ **Niederlande.** — Die zweite Kammer lehnt den französischen Handelsvertrag mit 146 gegen 32 Stimmen ab.
30. „ **Deutschland.** — Schluss des Reichstages. Staatsminister a. D. Falk wird zum Oberlandesgerichts-Präsidenten in Hamm ernannt und legt in Folge dessen seine Mandate zum Reichstag und Abgeordnetenhaus unter Ablehnung einer Wiederwahl nieder. — Der zum Gesandten beim päpstlichen Stuhl designirte frühere Gesandte in Washington, v. Schlözer, geht über München nach Rom.
30. „ **Frankreich.** — Bildung des neuen Ministeriums: Freycinet Conseilpräsident und Auswärtiges, Léon Say Finanzen, Ferry Unterricht, Goblet Inneres, Humbert Justiz, Billot Krieg, Jauréguiberry Marine, Varroy öffentliche Arbeiten, Tirard Landwirtschaft, Cochéry Posten.
30. „ **Griechenland.** — Eröffnung der Kammer.
2. Febr. **Türkel.** — Identische Mittheilung der Botschafter der Ostmächte an die Pforte, betreffend Aufrechterhaltung des *Status quo* in Aegypten (St.A.).
2. „ **Aegypten.** — Die Notabelnkammer verlangt die Demission des Ministeriums Chérif-Pacha.
4. „ **Grossbritannien.** — Der frühere englische Botschafter in Konstantinopel (Goschen) verlässt nach etwa achttägigem Aufenthalt Berlin.
5. „ **Aegypten.** — Neues Ministerium: Mahmud-Pascha-Sami Präsidium und Inneres, Arabi-Bey Krieg, Mustapha-Pascha-Fehmi Auswärtige Angelegenheiten.
6. „ **Frankreich.** — Freycinet erklärt in der Deputirtenkammer auf eine Interpellation wegen der Vertagung der Verfassungsrevision, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet sei, die Verfassungsrevision vor den Senat zu bringen. Die Kammer nimmt mit 271 gegen 61 Stimmen die folgende, vom Ministerium acceptirte Resolution an: „Die Kammer, im Vertrauen auf die Erklärungen des Gouvernements und auf dessen Willen, die erwarteten Reformen durchzuführen, von denen die Revision der Verfassungsgesetze einen Theil bildet, geht zur Tagesordnung über.“
7. „ **Aegypten.** — Publikation des neuen Staatsgrundgesetzes (St.A.).
7. „ **Deutschland.** — Eine ausserordentliche Gesandtschaft, unter Führung des Prinzen Radziwill, begiebt sich nach Konstantinopel, um dem Sultan den preussischen Schwarzen Adlerorden zu überbringen.
7. „ **Grossbritannien.** — Eröffnung des Parlamentes. Thronrede (Nr. 7709).
- 7./8. „ **Preussen.** — Erste Berathung der kirchenpolitischen Vorlage (Nr. 7708). Ueberweisung derselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern.
9. „ **Grossbritannien.** — Gladstone erklärt im Unterhause, die Judenunruhen in Russland seien eine interne Angelegenheit dieses Staates und könnten nicht zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gemacht werden.
10. „ **Frankreich.** — Der neue französische Botschafter für Berlin, Baron de Courcel, trifft in Berlin ein und überreicht am 13. Februar dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben.



10. Febr. **Baiern.** — Der Antrag Schels, an den König die Bitte zu richten, dass der baierische Bevollmächtigte im Bundesrath angewiesen werde, gegen das Tabaksmonopol zu stimmen, wird in der zweiten Kammer mit 98 gegen 48 Stimmen angenommen.
11. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Identisches Rundschreiben der Minister des Auswärtigen an die Botschafter bei den Ostmächten. — Aufforderung, in einen Ideenaustausch über Aegypten einzutreten (St.A.).
12. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein kehrt von Berlin nach Wien zurück.
13. „ **Grossbritannien.** — Unterstaats-Secretär Dilke erklärt im Unterhause, dass das Gerücht, Goschen sei in Berlin mit einer vertraulichen Mission betraut gewesen, jeder Begründung entbehre.
14. „ **Italien.** — Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf, betreffend das Listenscrutinium, mit 200 gegen 143 Stimmen an.
15. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Interpellation des Abg. Hermann im ungarischen Abgeordnetenhause über die Thätigkeit des deutschen Schulvereins.
16. „ **Frankreich.** — Ernennung des Admirals Jaurès zum französischen Botschafter in St.-Petersburg.
16. „ **Russland.** — Ansprache des Generals Skobelev bei Gelegenheit des Empfanges einer Deputation serbischer Studenten in Paris: „In unserem Hause (*chez nous*) sind wir nicht zu Hause, ja der Fremde ist überall, seine Hand ist in Allem; wir sind die von seiner Politik Genarrten, wir sind die Opfer seiner Ränke, die Sklaven seiner Stärke, wir sind durch seine unzählbaren und verderblichen Einflüsse dermaassen beherrscht und gelähmt, dass, wenn wir uns — wie ich hoffe — an dem oder jenem Tage davon befreien wollen, wir dies nicht anders werden thun können, als mit dem Säbel in der Hand. Und wenn Ihr den Namen dieses Fremden, dieses Eindringlings, dieses Intriguanten, dieses für die Russen und für die Slawen so gefährlichen Feindes wissen wollt, so will ich ihn Euch nennen. Es ist der Autor des „Drängens nach dem Osten“, es ist der Deutsche. Ich wiederhole es Euch und bitte Euch, es niemals zu vergessen: Unser Feind ist der Deutsche. Der Kampf ist unvermeidlich zwischen dem Slawen und dem Teutonen; derselbe wird ein langer, ein blutiger, ein schrecklicher sein. Aber der Slawe wird triumphiren.“
16. „ **Deutschland.** — Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet (Nr. 7643).
- 17./20. „ **Preussen.** — Debatte über den Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke im Etat des Staatsministeriums. Derselbe wird mit 248 gegen 73 Stimmen bewilligt.
21. „ **Grossbritannien.** — Unterstaatssecretär Dilke erklärt im Unterhause, dass Verhandlungen mit Deutschland über die Abtretung von Helgoland nicht stattgefunden hätten.
21. „ **Russland.** — Der 'Regierungs-Anzeiger' erklärt mit Bezug auf die Rede Skobelevs in Paris: „Dergleichen private Aeusserungen von Personen, welche seitens der Regierung nicht dazu ermächtigt sind, können natürlich keinen Einfluss auf den allgemeinen Gang unserer äusseren Politik haben, noch unsere guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten ändern, welche sowohl auf den freundschaftlichen Banden der gekrönten Häupter unter sich und dem klaren Verständniss der Interessen der Völker, als auch auf gegenseitiger strenger Erfüllung der bestehenden Verträge begründet sind.“
21. „ **Türkel.** — Der englische und französische Botschafter in Konstantinopel übergeben eine identische Antwort auf den Protest der Pforte vom 13. Jan. (St.A.).

22. Febr. **Frankreich.** — Der bisherige Botschafter in Konstantinopel, Tissot, wird zum französischen Botschafter in London, und der Marquis de Noailles zum Botschafter in Konstantinopel ernannt.
22. „ **Grossbritannien.** — Bradlaugh, Unterhausmitglied für Northampton, wird als Atheist nicht zum Eide zugelassen und seines Sitzes verlustig erklärt.
23. „ **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten de la Fosse über die Situation in Aegypten. — Der bisherige Ministerresident in Tunis, Roustan, wird zum Gesandten in Washington, der Præfect Cambon zum Ministerresidenten in Tunis ernannt.
23. „ **Russland.** — General Skobelev, vom Kaiser zurückberufen, verlässt Paris. Gleichzeitig begiebt sich der russische Botschafter, Fürst Orlov, von Paris nach St.-Petersburg.
27. „ **Grossbritannien.** — Gladstone beantragt im Unterhaus gegenüber dem Beschluss des Oberhauses, eine parlamentarische Commission zur Prüfung der Wirkung der Landakte einzusetzen, die Resolution, „dass eine jetzt unternommene parlamentarische Untersuchung über die irische Landakte darauf abzielen würde, die Wirksamkeit der Akte zu verhindern und die Interessen einer guten Regierung Irlands zu schädigen.“
27. „ **Frankreich.** — Gesetz, betr. die Einfuhrzölle auf englische Waaren (Nr. 7690).
28. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Unterzeichnung einer Handels- und Schifffahrts-Convention (Nr. 7691).
28. „ **Preussen.** — Zusammentritt des Volkswirtschaftsrathes. Vorlegung des Gesetzentwurfes, betreffend das Reichs-Tabaksmonopol.
2. März. **Grossbritannien.** — Attentat Mac Lean's auf die Königin Victoria.
3. „ **Grossbritannien.** — Bradlaugh wird zum Unterhausmitglied für Northampton wiedergewählt.
6. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Gesandte in London erklärt, seine Regierung hoffe, dass die englische Regierung gegen die in Irland verhafteten amerikanischen Bürger möglichst bald eine Untersuchung eröffnen werde (Nr. 7699).
6. „ **Serbien.** — Die Skupschtina proclamirt den Fürsten Milan zum König von Serbien.
7. „ **Preussen.** — Die Etatsposition für Wiederherstellung der Gesandtschaft bei dem päpstlichen Stuhl wird gegen die Stimmen der liberalen Parteien bewilligt.
7. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein trifft wieder in Berlin ein.
7. „ **Grossbritannien.** — Die von Redesdale im Oberhause eingebrachte Bill gegen Zulassung von Atheisten im Parlament wird in erster Lesung angenommen.
8. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer beschliesst mit 338 gegen 132 Stimmen, den Antrag Boyssset auf Aufhebung des Concordats in Erwägung zu ziehen.
8. „ **Preussen.** — Die Commission zur Vorberathung des kirchenpolitischen Gesetzes lehnt in zweiter Berathung das ganze Gesetz mit 14 gegen 6 Stimmen ab.
8. „ **Bayern.** — Die zweite Kammer nimmt den Antrag Rittler: „an Se. Majestät den König die Bitte zu richten, anzuordnen zu geruhen, dass bei Auslegung und Anwendung aller derjenigen Bestimmungen der zweiten Verfassungsbeilage — Religionsedikt —, welche sich auf die Verhältnisse der katholischen Kirche und ihrer Angehörigen beziehen, die Tegernseer Erklärung vom 15. September 1821 der Staatsregierung als Richtschnur zu dienen habe“, mit 80 gegen 71 Stimmen an.
9. „ **Grossbritannien.** — Der Antrag Gladstone's vom 27. Februar wird mit 303 gegen 235 Stimmen angenommen. Die vom Oberhause eingesetzte Commission stellt darauf ihre Thätigkeit ein.



9. März. **Frankreich.** — Interpellation des radikalen Deputirten de Lamessan, betreffend die Intervention des Militärs zur Unterdrückung der Strike von Bes-sèges. Annahme eines die Handlungsweise der Regierung billigenden Vertrauensvotums mit 309 gegen 48 Stimmen.
9. „ **Italien.** — Giovanni Lanza †.
10. „ **Griechenland.** — Die Deputirtenkammer wählt den Candidaten der Opposition Spiridian Voloriti mit 127 gegen 76 Stimmen zum Präsidenten. Der König beauftragt Trikupis mit der Bildung des neuen Cabinets.
11. „ **Baiern.** — Der Reichsrath lehnt die Resolution der zweiten Kammer vom 10. Februar, betreffend das Tabaksmonopol, mit 32 gegen 12 Stimmen ab.
11. „ **Frankreich.** — Der Senat lehnt das vor den Neuwahlen vom 8. Januar angenommene Amendement Jules Simon's zum Unterrichtsgesetz, wonach in den öffentlichen Schulen die Pflichten gegen Gott gelehrt werden sollen, mit 167 gegen 132 Stimmen ab.
11. „ **Aegypten.** — Der französische General-Controleur, de Blignièrès, reicht seine Entlassung ein. Freycinet designirt Brédif zum General-Controleur *ad interim*.
12. „ **Römische Curie.** — Erste Audienz v. Schlözer's beim Papst. Der Papst äusserte angeblich: „dass, wenn es von ihm allein abhinge, das Einvernehmen mit der preussischen Regierung bereits in allen Punkten hergestellt sein würde.“
14. „ **Frankreich.** — Andrieux, der ehemalige Polizei-Präfekt von Paris, wird zum Gesandten in Madrid *en mission temporaire* ernannt.
14. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus lehnt den Antrag des Centrums, die Etatsposition für den altkatholischen Bischof zu streichen, ab und nimmt den Eventual-Antrag an, die Position aus dem Kapitel 'Katholische Geistlichkeit' zu entfernen.
14. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Senat genehmigt die Bill, welche die Bigamie und Polygamie verbietet.
15. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Sectionschef im Ministerium des Auswärtigen, Graf Wolkenstein, wird zum Botschafter in St.-Petersburg ernannt.
15. „ **Rumänien.** — Die deutsche ausserordentliche Gesandtschaft nach Konstantinopel (Prinz Radziwill) trifft auf der Rückreise in Bukarest ein und wird vom König in Audienz empfangen.
16. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Senat ratificirt die Beitrittserklärung des Präsidenten Arthur zu den Genfer Conventionen vom 22. August 1864 und 20. October 1868 (Bd. XXVII, Nr. 5342 und 5343).
16. „ **Aegypten.** — Arabi-Bey wird zum Pascha ernannt. Umfangreiche Beförderungen in den oberen Chargen der Armees.
17. „ **Serbien.** — Die sämmtlichen radikalen Deputirten legen ihre Mandate nieder.
18. „ **Preussen.** — Die Vorlage, betreffend die Verstaatlichung verschiedener Eisenbahnen, wird mit 243 gegen 107 Stimmen angenommen.
20. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein begiebt sich von Berlin nach Paris.
21. „ **Preussen.** — Der Volkswirtschaftsrath lehnt das Tabaksmonopol mit 33 gegen 31 Stimmen ab.
21. „ **Baden.** — Die zweite Kammer beschliesst einstimmig, die Regierung zu ersuchen, das Tabaksmonopol im Bundesrathe abzulehnen.
21. „ **Grossbritannien.** — Debatte über den Antrag des liberalen Unterhaus-Mitgliedes Arnold, betreffend die Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Gladstone erklärt, dass sich das Haus noch in der laufenden Legislaturperiode mit der Ausdehnung des Wahlrechts zu beschäftigen haben werde.

21. März. **Russland und China.** — Uebergabe des Ili-Territoriums (Nr. 7659).
23. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Das österreichische Abgeordnetenhaus nimmt die Vorlage, betreffend die Wahlreform, in dritter Lesung mit 162 gegen 124 Stimmen an.
23. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt in die Budget-Commission von 33 Mitgliedern nur 5 Gambettisten. — Der Senat nimmt mit 179 gegen 108 Stimmen das Unterrichtsgesetz an.
24. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus genehmigt einen ferneren Steuererlass von 6 Millionen Mark gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freiconservativen und einen Theil der Conservativen in der von der Regierung beantragten Form (2 Monatsraten für die 6 untersten Stufen der Klassensteuer, 1 Monatsrate für die 6 obersten Stufen der Klassen- und die 5 untersten der Einkommensteuer).
25. „ **Deutschland.** — Fürst Bismarck begiebt sich nach Friedrichsruhe.
25. „ **Frankreich.** — Die Budget-Commission wählt Wilson zu ihrem Präsidenten.
26. „ **Russland.** — Grossfürst Wladimir in Wien.
27. „ **Frankreich.** — Interpellation des Bischofs von Angers (Freppel) wegen Ausweisung von Benedictinern. Die Kammer billigt das Vorgehen der Regierung mit 418 gegen 73 Stimmen.
8. „ **Balern.** — Der neuernannte päpstliche Nuntius, di Pietro, trifft in München ein.
29. „ **Preussen.** — Der Antrag der Fortschrittspartei auf Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Königs von Hannover wird durch Annahme der von den Conservativen beantragten einfachen Tagesordnung erledigt.
29. „ **Frankreich.** — Die Commission zur Berathung des Antrages Boyssset (vergl. 8. März) lehnt die Trennung von Kirche und Staat ab.
30. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt die Commission zur Prüfung der vom Kriegsminister Billot eingebrachten Recrutirungsvorlage und zur Berichterstattung über den von Gambetta eingebrachten Gegenentwurf. Die Commission wählt Gambetta zum Vorsitzenden. — Cambon begiebt sich auf seinen Posten nach Tunis.
30. „ **Russland.** — Ermordung des Generals Strelnikow in Odessa.
31. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus nimmt mit 228 gegen 130 Stimmen das Kirchengesetz (Nr. 7713) in dritter Lesung an.
31. „ **Spanien.** — Ueber die Provinz Catalonien wird wegen Arbeiterunruhen der Belagerungszustand verhängt.
1. April. **Deutschland.** — Der Präsident der afrikanischen Gesellschaft für Deutschland, Dr. Nachtigall, wird mit der commissarischen Verwaltung des deutschen Consulats in Tunis betraut.
1. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der frühere Gesandte in Washington, Frhr. v. Mayr, wird zum Gesandten in Bukarest ernannt.
1. „ **Italien.** — Feier des 600jährigen Gedenktages der sicilianischen Vesper in Palermo.
4. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Präsident legt sein Veto gegen die Anti-Chinesen-Bill ein.
5. „ **Deutschland.** — Artikel des Bankpräsidenten v. Dechend über die Währungsfrage in der 'Nordd. Allg. Ztg.'
6. „ **Großbritannien.** — Depesche Granville's an den englischen Gesandten in Washington: Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung gegen die in Irland Verhafteten nicht gemacht werden (Nr. 7700).

8. April. **Deutschland.** — Graf Hatzfeldt kehrt aus Italien nach Berlin zurück und übernimmt wieder die Leitung des Auswärtigen Amtes.
9. „ **Russland.** — Rücktritt des Fürsten Gortschakoff. Giers wird zum Minister des Auswärtigen ernannt.
10. „ **Grossbritannien.** — Parnell wird auf acht Tage aus dem Gefängniß entlassen, nachdem er sich durch Ehrenwort verpflichtet hat, dahin zurückzukehren.
12. „ **Aegypten.** — Entdeckung einer Verschwörung tscherkessischer Officiere gegen das Leben Arabi-Pascha's.
12. „ **Deutschland.** — Prinz Heinrich von Preussen besucht in Begleitung Schlözer's den Papst und den Cardinal-Staatssecretär Jacobini.
12. „ **Spanien.** — Aufhebung des Belagerungszustandes in Catalonien.
13. „ **Deutschland.** — Der König von Württemberg besucht in Begleitung Schlözer's den Papst und Jacobini.
14. „ **Deutschland.** — Der Reichstag wird auf den 27. April einberufen.
18. „ **Baiern.** — Der Reichsrath lehnt mit allen gegen 10 Stimmen den Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 8. März, betreffend die Tegernseer Erklärung, ab.
18. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus lehnt die Motion Wolf ab, in welcher der Werth eines guten Einvernehmens mit dem Vatican anerkannt, aber gleichzeitig erklärt wird, dass die Verhandlungen officiell und mit Vorwissen des Parlamentes geführt werden müssten. Gladstone giebt zu, dass Verhandlungen mit dem Vatican stattfänden und dass Errington eine Mission beim Papste habe.
18. „ **Vereinigte Staaten.** — Das Repräsentantenhaus nimmt die Anti-Chinesen-Bill von neuem mit 201 gegen 37 Stimmen an.
19. „ **Grossbritannien.** — Mac Lean wird wegen Unzurechnungsfähigkeit für nicht-schuldig erklärt.
20. „ **Russland.** — Der 'Regierungs-Anzeiger' veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, welcher allen Militärpersonen verbietet, öffentlich politische Reden zu halten.
20. „ **Vereinigte Staaten.** — Tast wird zum Gesandten in Wien, Dayton zum Gesandten im Haag und Fish zum Gesandten in Brüssel ernannt.
21. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus von Kanada beschliesst einstimmig, die Königin in einer Adresse zu ersuchen, Irland dieselbe Autonomie wie Kanada zu gewähren.
22. „ **Deutschland und Vereinigte Staaten.** — Eröffnung der ersten directen telegraphischen Verbindung zwischen beiden Ländern.
23. „ **Spanien.** — Die Cortes genehmigen den französischen Handelsvertrag mit 238 gegen 58 Stimmen.
24. „ **Deutschland.** — Der Bundesrath nimmt das Tabaksmonopol mit 36 gegen 22 Stimmen (Baiern, Sachsen, Baden, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen, Lübeck, Reuss j. L.) an.
24. „ **Preussen.** — Herr v. Schlözer überreicht sein Beglaubigungsschreiben als preussischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl.
25. „ **Griechenland.** — Die Kammer beschliesst, ein Tadelsvotum gegen das frühere Cabinet wegen des Abschlusses der türkisch-griechischen Grenzconvention (Bd. XXXIX Nr. 7577).
26. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Die österreichische und ungarische Delegation beschliessen in gemeinschaftlicher Sitzung, den vom Kriegsminister für die Pazificirung Bosniens geforderten Credit gemäss dem früheren Beschluss der ungarischen Delegation unter Abstrich von 2 Millionen Gulden zu bewilligen.

27. April. **Deutschland.** — Eröffnung des Reichstages durch den Staatssecretär von Bötticher. Thronrede (Nr. 7710). Die Eröffnung findet zum ersten Mal im Sitzungssaal des Reichstages statt.
27. „ **Baden.** — Die zweite Kammer genehmigt den Antrag der katholischen Volkspartei auf Einführung directer Wahlen mit 29 Stimmen (Conservative, Clerikale und Demokraten) gegen 28 Stimmen (Liberalen), obgleich der Minister Tourban denselben für unannehmbar erklärt.
27. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der gemeinsame Finanzminister, v. Szlavy, nimmt seine Entlassung.
27. „ **Frankreich.** — Die Regierung setzt eine Commission zur Prüfung des Projectes zur Herstellung eines Binnenmeeres in Tunis ein.
27. „ **Russland.** — Der russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, trifft in Berlin ein und begiebt sich vom 29.—30. April zum Reichskanzler nach Friedrichsruhe.
28. „ **Deutschland.** — Wahl des Präsidiums des Reichstages. Präsident: v. Levetzow (162 Stimmen) gegen v. Stauffenberg (97 Stimmen). Erster Vicepräsident: v. Frankenstein (159 Stimmen) gegen Hänel (95 Stimmen). Zweiter Vicepräsident: Ackermann (126 Stimmen) gegen v. Benda (115 Stimmen).
28. „ **Grossbritannien.** — Der Vice-König von Irland, Earl Cowper, nimmt seine Entlassung; Earl Spencer wird an seiner Stelle ernannt.
29. „ **Deutschland.** — Der Consulatsverweser in Tunis, Dr. Nachtigall, wird durch den französischen Ministerresidenten dem Bey vorgestellt. Die französische Presse erblickt darin eine Anerkennung des Bardo-Vertrages (Bd. XXXIX, Nr. 7479) durch Deutschland.
2. Mai. **Oesterreich-Ungarn.** — Der neuernannte Botschafter in St.-Petersburg, Graf Wolkenstein, begiebt sich über Berlin auf seinen Posten.
2. „ **Grossbritannien.** — Freilassung der verhafteten irischen Deputirten. Rücktritt des Staatssecretärs für Irland, Forster.
2. „ **Türkei.** — Abdurrahaman-Pascha wird an Stelle Said-Pascha's zum Premierminister ernannt.
2. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander in St.-Petersburg.
2. „ **Aegypten.** — Verurtheilung von 40 tscherkessischen Officieren zu lebenslänglicher Verbannung nach Sudan.
4. „ **Grossbritannien.** — Lord Cavendish wird an Stelle Forster's zum Staatssecretär für Irland ernannt.
6. „ **Deutschland.** — Parteitag der liberalen Vereinigung (Secessionisten) in Berlin. Aufstellung eines Programms (Nr. 7711).
6. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus lehnt den Entwurf des Verwendungsgesetzes ohne vorherige Commissionsberathung ab.
6. „ **Deutschland.** — Entbindung der Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preussen von einem Prinzen.
6. „ **Grossbritannien.** — Ermordung des Staatssecretärs für Irland, Cavendish und des Unterstaatssecretärs Thomas Bourke im Phönixpark zu Dublin.
6. „ **Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Niederlande.** — Unterzeichnung einer Convention, betreffend die Fischerei in der Nordsee.
8. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer nimmt den von Naquet eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Zulässigkeit der Ehescheidung und Wiederverheirathung in erster Lesung mit 327 gegen 119 Stimmen an.
8. „ **Türkei.** — Ernennung Said-Pascha's zum Minister des Auswärtigen an Stelle Assim-Pascha's.
9. „ **Grossbritannien.** — Trevelyan wird zum Staatssecretär für Irland ernannt.

9. Mai. **Niederlande.** — Das Ministerium giebt wegen der Verwerfung des französischen Handelsvertrages in der zweiten Kammer seine Entlassung. Der König nimmt dieselbe nicht an.
9. „ **Aegypten.** — Der Khedive ändert auf Andringen der Grossmächte im Gnadenwege die Strafe der verurtheilten Officiere dahin ab, dass sie nur gezwungen sind, Aegypten zu verlassen.
10. „ **Aegypten.** — Das Ministerium beruft ohne Genehmigung des Khedive die Notabeln-Versammlung ein und bricht allen Verkehr mit dem Khedive ab.
10. „ **Dänemark.** — Nach 1½-jährigen vergeblichen Verhandlungen kommt durch ein Compromiss beider Kammern wieder ein regelmässiges Budget zu Stande.
10. „ **Serbien.** — Demonstration gegen den König im Theater.
- 10./13. „ **Deutschland.** — Erste Berathung des Tabakmonopol-Entwurfs im Reichstag. Der Entwurf wird mit 162 gegen 121 Stimmen einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.
11. „ **Preussen.** — Schluss des Landtages. Erklärung des Staatsministeriums (Nr. 7712).
11. „ **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten Villeneuve über die Situation in Aegypten. Antwort Freycinets (St.A.).
11. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus nimmt die Bill, betreffend die Unterdrückung der Verbrechen in Irland — Einsetzung besonderer Gerichtshöfe, welche ohne Geschworene urtheilen — mit 327 gegen 22 Stimmen an.
12. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein in Petersburg überreicht sein Beglaubigungsschreiben.
12. „ **Aegypten.** — Die Notabelnkammer weigert sich, ohne gesetzliche Berufung zusammenzutreten.
13. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Beide Mächte beschliessen, je 6 Kriegsschiffe nach Aegypten zu schicken.
14. „ **Frankreich.** — Der neue französische Botschafter in Konstantinopel, Vicomte de Noailles, überreicht sein Beglaubigungsschreiben.
14. „ **Russland und Türkei.** — Unterzeichnung einer Convention, betreffend die Zahlung der Kriegskosten-Entschädigung.
- 14./15. „ **Grossbritannien.** — Verhandlungen im Unterhause über die Freilassung der Führer der irischen Landliga. Gladstone leugnet, dass ihre Entlassung in Folge eines mit denselben abgeschlossenen Vertrages geschehen sei, durch welchen sich die Regierung gegen Gewährung von Concessionen an die irischen Forderungen die Unterstützung der Irländer im Parlament gesichert habe.
15. „ **Türkei.** — Protest der Pforte gegen die Entsendung französischer und englischer Schiffe nach Aegypten (St.A.).
15. „ **Mecklenburg.** — Taufe des am 12. Mai gebornen Prinzen, Sohnes des Herzogs Paul und der katholischen Prinzessin von Windischgrätz, nach lutherischem Ritus, entgegen dem angeblich von dem Herzog vor der Hochzeit gegebenen Versprechen, die Kinder dieser Ehe katholisch zu erziehen.
15. „ **Aegypten.** — Aussöhnung des Khedive mit dem Ministerium. Dasselbe bleibt im Amt.
- 15./16. „ **Deutschland.** — Erste Berathung der Gesetz-Entwürfe, betreffend die Unfall- und Kranken-Versicherung der Arbeiter, im Reichstag. Ueberweisung derselben an eine Commission. — Vertagung des Reichstages bis zum 6. Juni.
16. „ **Russland.** — General-Adjutant des Kaisers, von Kauffmann, General-Gouverneur von Turkestan †.
16. „ **Aegypten.** — Telegramm des englischen General-Consuls an die englischen

- Consuln in Aegypten über den friedlichen Charakter der Flottenentsendung (St.A.).
18. Mai **Russland.** — Der russische Botschafter in Konstantinopel von Novikow wird abberufen und verlässt Konstantinopel.
18. „ **Türkei.** — Die Pforte erklärt ihre Bereitwilligkeit, mit den Westmächten über Aufrechterhaltung des *status quo* in Aegypten zu verhandeln (St.A.).
19. „ **Deutschland.** — Die Commission des Reichstages lehnt das Tabaksmonopol mit 21 gegen 3 Stimmen ab.
20. „ **Pariser Kongress-Staaten und Rumänien.** — Hinterlegung der Ratifications-Urkunden der Zusatzakte zur Donau-Schiffahrts-Akte von 1865 (Nr. 7704).
20. „ **Aegypten.** — Das englische und französische Geschwader trifft in Alexandrien ein.
21. „ **Schweiz.** — Eröffnung der Gotthard-Bahn.
22. „ **Frankreich.** — Finanzminister Léon Say giebt in Folge des Beschlusses der Deputirtenkammer, die Beseitigung der Steuer auf Wein und Bier in Erwägung zu ziehen und die Steuer auf Alkohol zu erhöhen, seine Entlassung.
23. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer votirt mit 302 gegen 86 Stimmen eine Tagesordnung, in welcher sie dem Finanzminister ihr Vertrauen ausspricht. Say zieht in Folge dessen sein Entlassungsgesuch zurück.
24. „ **Russland.** — Der ‚Regierungs-Anzeiger‘ publicirt folgende, vom Minister-Comité vereinbarten, vom Kaiser bestätigten Vorschriften für die Juden:
1. Den Juden bis auf weiteres das Ansiedelungsrecht ausserhalb der Städte und Ortschaften zu entziehen; nicht berührt hierdurch die bereits bestehenden jüdischen Kolonien, welche sich mit Ackerbau befassen.
 2. Zeitweilig die Ausfertigung von Kauf- und Pfandbriefen auf den Namen von Juden, sowie auch die Ausfertigung von auf den Namen von Juden lautenden Bescheinigungen von Pachtverträgen auf ausserhalb des Weichbildes der Städte oder Flecken befindliche Liegenschaften und zur Verwaltung und freien Verfügung über derartige Immobilien ertheilter Vollmachten, einzustellen.
 3. Den Juden zu verbieten, an Sonn- und hohen christlichen Festtagen zu handeln, wobei die hinsichtlich des Schliessens der Lokale für die christlichen Händler bestehenden Vorschriften maassgebend sind.
 4. Die unter Punkt 1—3 angeführten Verordnungen erstrecken sich nur auf diejenigen Gouvernements, in denen Juden ansässig sind.
24. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Das österreichische Herrenhaus nimmt das Wahlreform-Gesetz mit einer Majorität von 15 Stimmen, das Abgeordnetenhaus den neuen Zolltarif mit einer Majorität von 14 Stimmen an.
24. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Identische Instruction an die General-Consuln in Cairo, alle ihnen nothwendig erscheinenden Schritte zu thun, um eine zeitweilige Entfernung Arabi-Pascha's aus Aegypten und Ernennung Chérif-Pascha's zum Minister-Präsidenten durchzusetzen (St.A.).
25. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander trifft aus Petersburg in Berlin ein.
26. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Kaiser genehmigt das Entlassungs-Gesuch des Grafen Beust als Botschafter in Paris und Versetzung desselben in den Ruhestand.
26. „ **Aegypten.** — Das Ministerium giebt seine Entlassung. Chérif-Pascha lehnt die Bildung eines neuen Cabinets ab.
28. „ **Aegypten.** — Arabi-Pascha wird auf Verlangen der Bevölkerung wieder zum

- Kriegsminister ernannt und bleibt bis zur Bildung des neuen Ministeriums (16. Juni) einziger Minister.
31. Mai. **Preussen.** — Vollziehung des Kirchen-Gesetzes (Nr. 7713).
31. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Die beiden Mächte erlassen an die Ostmächte und die Türkei Einladungen zum Zusammentritt einer Conferenz über die ägyptische Frage in Constantinopel (St.A.).
1. Juni. **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten de la Fosse über die ägyptische Politik des Cabinets Freycinet. Das von Freycinet verlangte Vertrauensvotum wird mit 298 gegen 70 Stimmen angenommen.
2. „ **Italien.** — Garibaldi †.
3. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des Grafen Wimpffen zum Botschafter in Paris, des Grafen Ludolf zum Botschafter in Rom und des Grafen Dubsy zum Gesandten in Madrid.
3. „ **Türkei.** — Rundschreiben der Pforte. Ankündigung der Mission Derwisch-Pascha's. Erwartung, dass die englische und französische Regierung in Folge dessen die Idee der Conferenz fallen lassen werden (St.A.).
4. „ **Türkei.** — Derwisch-Pascha geht als türkischer Commissionär nach Aegypten.
5. „ **Deutschland.** — Bismarck trifft aus Friedrichruhe in Berlin ein.
6. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt die von der Regierung vorgeschlagenen Zollerhöhungen mit rund 120 gegen 90 Stimmen ab.
6. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Sections-Chef von Kallay wird zum Reichsfinanz-Minister ernannt.
7. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt den Antrag Barth, betreffend die Aufhebung des Schmalzzolles, mit 129 gegen 120 Stimmen ab.
7. „ **Deutschland und Oesterreich.** — Der österreichische Reichsraths-Abgeordnete Ritter von Schönerer spricht in einer Volksversammlung zu Breslau zu Gunsten einer volkwirtschaftlichen Einigung von Deutschland und Oesterreich. Annahme einer diesbezüglichen Resolution.
7. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des Gesandten in Belgrad Baron Khevenhüller zum Civil-Gouverneur von Bosnien.
7. „ **Serbien.** — Die Skupschtina annullirt sämmtliche (radical ausgefallenen) Ersatzwahlen.
8. „ **Aegypten.** — Derwisch-Pascha trifft in Kairo ein.
9. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt in der dritten Lesung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, alle beantragten Erhöhungen mit 165 gegen 150 Stimmen ab.
10. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer beschliesst die Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter mit 300 gegen 204 und trotz des Widerspruchs des Justizministers das Princip der Erwählung derselben mit 284 gegen 212 Stimmen. Humbert reicht in Folge dessen seine Entlassung ein; dieselbe wird jedoch vom Präsidenten Grévy nicht angenommen.
10. „ **Russland.** — Ein kaiserlicher Ukas verordnet die allmähliche (in 8 Jahren zu vollendende) Abschaffung der Kopfsteuer.
11. „ **Deutschland.** — Taufe des Prinzen Friedrich Wilhelm Victor August Ernst von Preussen, Sohnes des Prinzen Wilhelm, in Gegenwart des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich, des Herzogs von Aosta und des Grossfürsten Sergius von Russland als Vertreter ihrer Souveräne.
11. „ **Preussen.** — Landesversammlung der national-liberalen Partei der Provinz Hannover. Rede Bennigens zu Gunsten des Zusammengehens der liberalen Parteien.

11. Juni. **Russland.** — Entlassung Ignatieff's. Ernennung des Präsidenten der Akademie, Grafen Tolstoi, zum Minister des Innern.
11. „ **Aegypten.** — Aufstand der Eingeborenen gegen die Europäer in Alexandrien.
12. „ **Grossbritannien.** — Das Oberhaus lehnt mit 132 gegen 128 Stimmen die Bill ab, nach welcher die Ehe eines Mannes mit der Schwester seiner verstorbenen Frau erlaubt sein soll.
12. „ **Serbien.** — Die ausgeschiedenen oppositionellen Mitglieder der Skupschtina werden sämmtlich wiedergewählt. Das Ministerium Pirotshanatsch reicht in Folge dessen seine Entlassung ein. Der König nimmt diese Demission nicht an.
- 12./14. „ **Deutschland.** — Zweite Berathung des Tabak-Monopol-Entwurfs im Reichstag. Reden Bismarcks über die Steuerreform. Ablehnung des Tabakmonopols mit 276 gegen 43 Stimmen.
13. „ **Belgien.** — Theilweise Neuwahlen zum Repräsentantenhause und Senat. Die liberale Majorität wächst in dem ersteren von 14 auf 18, im letzteren von 4 auf 7 Stimmen.
14. „ **Russland.** — Der Botschafter in Wien, von Oubril, wird abberufen und zum Mitglied des Reichsraths ernannt.
15. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt mit 155 gegen 150 Stimmen auf Antrag Bennigsens die Resolution an: „dass nach der erst durch Gesetz vom 16. Juni 1879 erfolgten Erhöhung der Tabaksteuer eine weitere Beunruhigung und Belastung der Tabakindustrie unstatthaft erscheint“. — Das Kanonenboot 'Habicht' in Malta wird zum Schutz der Deutschen in Aegypten nach Alexandrien beordert.
16. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt den Antrag der Reichs-Regierung auf Vertagung des Reichstages vom 19. Juni bis 30. November an.
16. „ **Aegypten.** — Unter Einfluss des deutschen und österreichischen General-Consuls kommt die Bildung eines neuen Ministeriums zu Stande: Ragheb-Pascha Präsident und Minister des Auswärtigen, Arabi-Pascha Krieg. Der englische General-Consul beschränkt seinen Verkehr mit dem Ministerium auf die Angelegenheiten, betreffend den Schutz der britischen Unterthanen.
18. „ **Deutschland.** — Liberaler Parteitag in Dresden.
18. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander kehrt nach einer Rundreise bei den Höfen von Petersburg, Berlin und Wien nach Sofia zurück.
19. „ **Preussen.** — Der Finanzminister Bitter nimmt seine Entlassung.
20. „ **Deutschland.** — Fürst Bismarck begiebt sich nach Varzin.
20. „ **Türkel.** — Circular über die Inopportunität der Conferenz (St.A.).
21. „ **Norwegen.** — Schluss des Storthing. Thronrede (Nr. 7714).
22. „ **Türkel.** — Der Zusammentritt der Conferenz wird auf den 23. vertagt, da der österreichische Botschafter ohne Instruction ist.
23. „ **Türkel.** — Erste Sitzung der Conferenz unter Vorsitz des Doyen des diplomatischen Corps in Konstantinopel, des italienischen Botschafters Grafen Corti.
25. „ **Türkel.** — Zweite Sitzung der Conferenz in Konstantinopel. Unterzeichnung eines Uneigennützigkeitsprotokolls (St.A.).
25. „ **Grossbritannien.** — Beginn der Ausrüstung einer Expedition nach Aegypten.
26. „ **Frankreich.** — Interpellation in der Deputirtenkammer über die englischen Rüstungen. Freycinet verweigert, Auskunft über den Stand der Verhandlungen zu ertheilen.
26. „ **Niederlande.** — Der König beauftragt den bisherigen Ministerpräsidenten van Lyden mit der Neubildung des Cabinets.



27. Juni. **Russland.** — Ernennung des Fürsten Lobanow zum Botschafter in Wien, des Baron von Mohrenheim zum Botschafter in London und des Baron von Nelidoff zum ausserordentlichen Gesandten in Konstantinopel.
27. „ **Serbien.** — Die Regierung legt der Skupschtina einen Gesetz-Entwurf vor, nach welchem Abgeordnete, welche ihr Mandat niederlegen, um die Geschäfte der Volksvertretung zu unterbrechen, mit Geldstrafe zu belegen sind.
29. „ **Preussen.** — Ernennung des bisherigen Staatssecretärs im Reichs-Schatzamt, Scholz, zum Finanzminister.
29. „ **Grossbritannien.** — Eine grosse conservative Volksversammlung in London spricht ihre Missbilligung der ägyptischen Politik des Cabinets Gladstone aus.
30. „ **Frankreich.** — Der oberste Kriegsath tritt zu einer Sitzung zusammen.
30. „ **Vereinigte Staaten.** — Hinrichtung Guiteau's, des Mörders des Präsidenten Garfield.
-

I. Inhaltsverzeichnis,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Aegypten. (Vergl. Bd. XXIX und XXXI.)

1841.	Febr. 13.	Türkei.	Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Erbfolgeordnung, Steuererhebung im Namen der Pforte, Münzwesen und Zahl der auszuhebenden Truppen	7715.
„	Mai —.	—	Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Höhe und Zahlungsmodus des Tributs	7716.
1866.	„ 27.	—	Firman des Sultans an den Vicekönig, betreffend die Erbfolgeordnung	7717.
„	Juni 15.	—	Firman des Sultans an den Vicekönig von Aegypten, betreffend die eventuelle Einrichtung einer Regentschaft	7718.
1867.	„ 8.	—	Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Erbfolgeordnung und das Recht, Handelsverträge und andere Verträge ohne politische Bedeutung zu schliessen	7719.
1869.	Nov. 29.	—	Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Steuererhebung im Namen des Sultans und die Genehmigung zu auswärtigen Anleihen	7720.
1872.	Sept. 10.	—	Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des Firmans vom 29. November 1869 und Bestätigung der Privilegien des Firmans vom 8. Juni 1867	7721.
„	„ 25.	—	Erllass des Sultans an den Khedive, betreffend die Ermächtigung zu auswärtigen Anleihen	7722.
1873.	Juni 8.	—	Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Thronfolgeordnung, Regentschaft, innere und finanzielle Verwaltung, Abschluss von nicht politischen Verträgen und Anleihen, Münzrecht, Bau von Kriegsschiffen, Flagge und Zahlung des Tributs	7723.
1876.	Mai 2.	Aegypten.	Decret des Khedive, betreffend die Einrichtung einer Kasse der öffentlichen Schuld	7724.
„	„ 7.	—	Decret, betreffend die Conversion und Consolidation der ägyptischen Staatsschuld	7725.
„	„ 11.	—	Decret, betreffend die Einsetzung eines obersten Schatzrathes	7726.
„	Nov. 18.	—	Decret, betreffend die Amortisation der Staatsschuld, Einsetzung der General-Controleure und der Commission	



XVIII Sachregister. — Aegypten. — Bündnisse, Conventionen, Verträge etc.

			der Staatsschuld und Verwaltung der Eisenbahnen und des Hafens von Alexandrien	7727.
1878.	Aug. 28.	Aegypten.	Brief des Khedive an den Ministerpräsidenten Nubar-Pascha. Die staatsrechtliche Stellung des Ministeriums	7728.
1879.	April 7.	—	Brief des Khedive an Chérif-Pascha. Einsetzung eines einheimischen Ministeriums	7729.
„	„ 22.	—	Decret, betreffend die Regelung der Staatsschuld	7730.
„	Juni 25.	Türkei.	Absetzung Ismail-Pascha's	7731.
„	„ 25.	—	Einsetzung Mchemed-Tewfik-Pascha's als Khedive von Aegypten	7732.
„	Juli 28.	Frankreich und Grossbritannien.	Botschafter in Konstantinopel an den türk. Min. d. Ausw. Gemeinsame Note, betreffend die Auslegung des neuen Firmans	7733.
„	Aug. —.	Türkei.	Firman des Sultans an Tewfik-Pascha	7734.
„	Sept. 21.	Aegypten.	Brief des Khedive an Riaz-Pascha. Aufrechterhaltung der Grundsätze des Rescripts vom 28. Aug. 1878	7735.
„	Nov. 15.	—	Decret, betreffend die Machtbefugnisse der General-Controleure	7736.
1880.	März 31.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Oesterreich-Ungarn.	Declaration, betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten	7737.
„	„ 31.	Aegypten.	Decret, betreffend die Einsetzung einer Liquidations-Commission	7738.
„	April 28.	Frankreich.	Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm u. Washington. Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten	7739.
„	Juli 17.	Aegypten.	Liquidations-Gesetz	7740.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl.

Bd. XXXIX u. vorg.)

1850.	April 19.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.	Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850	7644.
1860.	Jan. 28.	— und Nicaragua.	Managua-Vertrag vom 28. Jan. 1860	7660.
1880.	„ 25.	— und Türkei.	Uebereinkunft zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika	7658.
„	März 31.	Deutschland und China.	Zusatz-Convention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrage vom 2. September 1861	7634.
„	„ 31.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Oesterreich-Ungarn.	Declaration, betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten	7737.
„	April 28.	Frankreich.	Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm u. Washington. Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten	7739.

1881.	Febr.	24.	Russland und China. Vertrag über das Gebiet von Ili. Vom 24. Februar 1881	7659.
„	Mai	23.	Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Handelsvertrag vom 23. Mai 1881	7631.
„	„	23.	— und die Schweiz. Handelsvertrag vom 23. Mai 1881	7632.
„	„	23.	— und die Schweiz. Protokoll, betreffend den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst	7633.
„	„	28.	Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. Zusatzakte zur Schifffahrtsakte für die Donaumündungen vom 2. November 1865	7704.
„	Aug.	3.	Grossbritannien und Transvaal. Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. Aug. 1881	7672.
1882.	Febr.	28.	Frankreich und Grossbritannien. Handels- und Schifffahrts-Convention vom 28. Februar 1882	7691.

Central-Asiatische Frage. (Vergl. Bd. XXXVIII u. vorg.)

1881.	April	5.	Grossbritannien. Geschäftsträger in Tehran (Thomson) an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen über eine russisch-persische Grenzberichtigung	7651.
„	„	14.	— Botschafter in St.-Petersburg (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). Die russische Regierung hat nicht die Absicht, Eroberungen in der Merv-Oase zu machen	7652.
„	Mai	24.	Russland. Ukas, betreffend die Annexion des Gebietes der Téké-Turkmanen	7653.
„	Juni	15.	Grossbritannien. Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Die russische Regierung hat nicht die Absicht, mit den Turkmanen von Merv einen Vertrag zu schliessen	7654.
„	„	22.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Giers hat eine bestimmte Erklärung über die Grenzen des annectirten Téké-Gebietes nicht gegeben	7655.
„	Juli	27.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Die Grenzen von Trans-Casprien sind noch nicht festgestellt	7656.
„	Aug.	10.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Das „Journal de St.-Pétersbourg“ bestreitet, dass die russische Regierung bindende Verpflichtungen bez. Mervs eingegangen sei	7657.

Deutscher Reichstag.

1881.	Nov.	17.	Deutschland. Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck	7640.
„	Dec.	—	— Bericht der sechsten Commission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7642.



XX Sachregister. — Engl.-amerik. Differenzen (Irland). — Engl.-franz. Handelsvertrag.

1882. April 27. Deutschland. Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882 7710.

Englisch-amerikanische Differenzen (Irland). (Vgl. Bd. I u. XXI.)

1881. Juni 17. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (Thornton). Der amerikanische Gesandte hat Vorstellungen gemacht wegen der Verhaftung von naturalisirten amerikanischen Bürgern in Irland 7693.
- „ „ 24. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Ausländer unterliegen den Gesetzen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ebenso wie die Inländer . . . 7694.
- „ „ 24. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Vorstellungen wegen der in amerikanischen Zeitungen enthaltenen Aufreizungen zu Verbrechen in England. 7695.
- „ „ 27. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Staatssecretär Blaine über die irische Agitation in den Vereinigten Staaten 7696.
- „ „ 28. — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in London. Bezüglich der Verantwortlichkeit wegen gesetzwidriger Handlungen erkennt die englische Regierung eine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern nicht an 7697.
1882. Febr. 15. — Gesandter in Washington (West) an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen im Repräsentantenhause über die Verhaftungen in Irland 7698.
- „ März 6. Vereinigte Staaten. Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. Wünscht die Einleitung einer Untersuchung gegen die verhafteten Amerikaner 7699.
- „ April 6. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung nicht gemacht werden 7700.
- „ „ 6. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. Bericht des Staatssecretärs d. Ausw. an das Repräsentantenhaus über die Verhafteten 7701.
- „ „ 14. Vereinigte Staaten. Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. Dringt auf Entlassung der Verhafteten oder Untersuchung gegen dieselben 7702.
- „ „ 27. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Die amerikanische Regierung will sich der amerikanischen Agitatoren in England nicht zu warm annehmen 7703.

Englisch-französischer Handelsvertrag.

1880. Aug. 23. Grossbritannien. Unterstaatssecretär Dilke an den franz. Botschafter in London (Challemeil-Lacour). Standpunkt der engl. Regierung bez. des neuen Handelsvertrages mit Frankreich 7674.
- „ Sept. 24. Frankreich. Memorandum des franz. Handelsministers (Rouvier) über den Handelsvertrag 7675.

1881.	Febr. 28.	Frankreich. Memorandum über die Grundlagen des neuen Handelsvertrages	7676.
„	März 15.	Grossbritannien. Botschafter in Paris (Lyons) an den franz. Min. d. Ausw. (Barthélémy St.-Hilaire). Antwort der englischen Regierung auf das französische Memorandum	7677.
„	Mai 10.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Die englische Regierung wünscht Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf Grundlage des alten	7678.
„	„ 24.	— Min. d. Ausw. an die englischen Unterhändler. Instruction für die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag	7679.
„	Juli 11.	— Die engl. Unterhändler an den engl. Min. d. Ausw. Bisheriger Verlauf der Verhandlungen	7680.
1882.	Febr. 8.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Uebersicht über die noch bestehenden Differenzen	7681.
„	„ 8.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament	7682.
„	„ 14.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Die äussersten Concessionen der französischen Regierung	7683.
„	„ 15.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die letzten französischen Vorschläge sind unannehmbar	7684.
„	„ 17.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Bedingungen, unter welchen die französische Regierung einen Meistbegünstigungsvertrag abschliessen will	7685.
„	„ 18.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Ablehnung der französischen Bedingungen	7686.
„	„ 18.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen über den Meistbegünstigungsvertrag	7687.
„	„ 23.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. England soll das Recht der meistbegünstigten Nation durch Gesetz gesichert werden	7688.
„	„ 24.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Ein Meistbegünstigungs-Gesetz ist nicht genügend	7689.
„	„ 27.	Frankreich. Gesetz, betreffend die Einfuhrzölle auf englische Waaren. Vom 27. Februar 1882	7690.
„	„ 28.	Frankreich und Grossbritannien. Handels- und Schiffahrts-Convention vom 28. Februar 1882	7691.
„	März 2.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an die engl. Unterhändler. Rückblick auf die Verhandlungen	7692.

Französisches Gelbbuch, s. Aegypten.

Hamburger Zollanschluss. (Vgl. Bd. XXXIX.)

1881.	Nov. 17.	Deutschland. Entwurf des Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7641.
„	Dec. —	— Bericht der sechsten Kommission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7642.



XXII Sachregister.—Handelspolitik.—Managua-Frage.—Orient-Frage.—Panama-Canal.

1882. Febr. 16. Deutschland. Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet 7643.

Handelspolitik. (S. auch: Englisch-französischer Handelsvertrag und Hamburger Zollanschluss.)

- 1881.. Mai 28. Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. Zusatzakte zur Schiffsahrtsakte für die Donaumündungen v. 2. Nov. 1865. 7704.

Managua-Frage.

1860. Jan. 28. Grossbritannien und Nicaragua. Managua-Vertrag vom 28. Januar 1860 7660.
1879. „ 31. Nicaragua. Min. d. Ausw. an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. Bitte um Uebernahme des Schiedsrichteramts durch den Kaiser 7661.
„ April 19. Grossbritannien. Botschafter in Wien an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. Dasselbe Ersuchen seitens der englischen Regierung 7662.
1881. Juli 2. Oesterreich-Ungarn. Schiedsspruch des Kaisers 7663.

Orientalische Frage (Armenien). (S. auch Aegypten.)

1880. Nov. 16. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel (Goschen) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). Dringt auf Wiederanregung der Reformen in Armenien 7664.
1881. Jan. 12. — Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter in Berlin, Paris, St.-Petersburg, Rom und Wien. Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Vorsteltung bei der Pforte wegen der armenischen Reformen 7665.
„ „ 28. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. Bismarck wünscht die armenische Frage bis zur Beendigung der griechischen Frage zu verschieben 7666.
„ „ 29. Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Dilatorische Antwort mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der deutschen Regierung 7667.
„ Febr. 1. Russland. Staatssecretär d. Ausw. (Giers) an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. Zustimmung zu dem englischen Vorschlage 7668.
„ „ 1. Italien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Rom. Zustimmung zu dem englischen Vorschlage 7669.
„ „ 9. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Goschen). Anweisung, den Sultan auf die Lage in Armenien aufmerksam zu machen 7670.
„ „ 10. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die englische Regierung hat die diplomatische Action in Folge von Deutschlands Widerspruch aufgeschoben 7671.

Panama-Canal.

1850. April 19. Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850 7644.

1881.	Juni	24.	Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Staatssecretär des Ausw. (Blaine) an den amerik. Gesandten in London. Die V. St. beanspruchen die alleinige Garantie der Neutralität des Panama-Canals	7645.
„	Nov.	10.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den amerik. Gesandten in London. Betont, dass die Rechtsverhältnisse beider Staaten durch den Clayton-Bulwer-Vertrag geregelt seien	7646.
„	„	19.	Vereinigte Staaten. Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Vorschläge zur Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages	7647.
„	„	29.	— Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Uebersicht über die früheren Verhandlungen über Abänderung des Vertrages	7648.
1882.	Jan.	7.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Die engl. Regierung hält am Clayton-Bulwer-Vertrag fest	7649.
„	„	14.	— Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Die früheren Verhandlungen über die Abänderung des Vertrages vom englischen Standpunkte aus	7650.

Preussischer Landtag.

1882.	Jan.	4.	Preussen. Erlass des Königs an das Staatsministerium	7706.
„	„	14.	— Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer	7707.
„	Jan.	—	Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung	7708.
„	Mai	11.	— Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882	7712.
„	„	31.	— Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Vom 31. Mai 1882	7713.

Staat und Kirche. (Vgl. Bd. XXXIX u. vorg.)

1882.	Jan.	—	Preussen. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung	7708.
„	Mai	31.	— Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze	7713.

Schiedsgericht, s. Managua-Frage.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proklamationen etc. (Vgl. Bd. XXXIX u. vorg.)

1880.	Aug.	30.	Deutschland. Erklärung der Secessionisten über ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei	7635.
1881.	Mai	29.	— Erklärung der nationalliberalen Partei, beschlossen auf dem Parteitage derselben zu Berlin am 29. Mai 1881.	7636.
1881.	Sept.	9.	— Wahlaufuf der Centrumspartei	7637.
„	„	12.	— Wahlaufuf der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei.	7638.
„	„	15.	— Wahlaufuf der nationalliberalen Partei	7639.



XXIV

Sachregister. — Transvaal.

1881.	Nov.	15.	Rumänien. Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammern am 15. November 1881	7705.
"	"	17.	Deutschland. Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.	7640.
1882.	Jan.	4.	Preussen. Erlass des Königs an das Staatsministerium.	7706.
"	"	14.	— Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer	7707.
"	Febr.	7.	Grossbritannien. Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. Februar 1882	7709.
"	April	27.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882	7710.
"	Mai	6.	— Programm der liberalen Vereinigung (Secessionisten), aufgestellt auf dem Parteitage in Berlin am 6. Mai 1882	7711.
"	"	11.	Preussen. Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882	7712.
"	Juni	21.	Norwegen. Thronrede des Königs bei Schluss des Storting am 21. Juni 1882	7714.

Transvaal.

1881.	Aug.	3.	Grossbritannien und Transvaal. Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. Aug. 1881	7672.
"	Nov.	30.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an sämtliche diplomatischen Vertreter Englands. Uebersendung der Konvention mit Transvaal.	7673.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Aegypten.

Aegyptische Angelegenheiten:

1876.	Mai	2.	No. 7724.
"	"	7.	" 7725.
"	"	11.	" 7726.
"	Nov.	18.	" 7727.
1878.	Aug.	28.	" 7728.
1879.	April	7.	" 7729.
"	"	22.	" 7730.
"	Sept.	21.	" 7735.
"	Nov.	15.	" 7736.
1880.	März	31.	" 7738.
"	Juli	17.	" 7740.

China.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880.	März	31.	No. 7634.
1881.	Febr.	24.	" 7659.

Deutschland.

Aegyptische Angelegenheiten:

1880.	März	31.	No. 7737.
-------	------	-----	-----------

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880.	März	31.	No. 7634.
"	"	31.	" 7737.
1881.	Mai	23.	" 7631.
"	"	23.	" 7632.
"	"	23.	" 7633.

Deutscher Reichstag:

1881.	Nov.	17.	No. 7640.
"	Dec.	—.	" 7642.
1882.	April	27.	" 7710.

Hamburger Zollanschluss:

1881.	Nov.	17.	No. 7641.
"	Dec.	—.	" 7642.
1882.	Febr.	16.	" 7643.

Thronreden, Adressen etc.:

1880.	Aug.	30.	No. 7635.
1881.	Mai	29.	" 7636.
"	Sept.	9.	" 7637.
"	"	12.	" 7638.
"	"	15.	" 7639.
"	Nov.	17.	" 7640.
1882.	April	27.	" 7710.
"	Mai	6.	" 7711.

Frankreich.

Aegyptische Angelegenheiten:

1879.	Juli	28.	No. 7733.
1880.	März	31.	" 7737.
"	April	28.	" 7739.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880.	März	31.	No. 7737.
"	April	28.	" 7739.
1882.	Febr.	28.	" 7691.

Englisch-französischer Handelsvertrag:

1880.	Sept.	24.	No. 7675.
1881.	Febr.	28.	" 7676.
1882.	"	23.	" 7688.
"	"	27.	" 7690.
"	"	28.	" 7691.

Orientalische Frage (Armenien):

1881.	Jan.	29.	No. 7667.
-------	------	-----	-----------

Grossbritannien.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1879. Juli 28. No. 7733.
1880. März 31. „ 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1850. April 19. No. 7644.
1860. Jan. 28. „ 7660.
1880. „ 25. „ 7658.
„ März 31. „ 7737.
1881. Aug. 3. „ 7672.
1882. Febr. 28. „ 7691.

Central-asiatische Frage:

1881. April 5. No. 7651.
„ „ 14. „ 7652.
„ Juni 15. „ 7654.
„ „ 22. „ 7655.
„ Juli 27. „ 7656.
„ Aug. 10. „ 7657.

Englisch-amerikanische Differenzen:

1881. Juni 17. No. 7693.
„ „ 24. „ 7694.
„ „ 24. „ 7695.
„ „ 27. „ 7696.
„ „ 28. „ 7697.
1882. Febr. 15. „ 7698.
„ April 6. „ 7700.
„ „ 6. „ 7701.
„ „ 27. „ 7703.

Englisch-französischer Handelsvertrag:

1880. Aug. 23. No. 7674.
1881. März 15. „ 7677.
„ Mai 10. „ 7678.
„ „ 24. „ 7679.
„ Juli 11. „ 7680.
1882. Febr. 8. „ 7681.
„ „ 8. „ 7682.
„ „ 14. „ 7683.
„ „ 15. „ 7684.
„ „ 17. „ 7685.
„ „ 18. „ 7686.
„ „ 18. „ 7687.
„ „ 24. „ 7689.
„ „ 28. „ 7691.
„ März 2. „ 7692.

Managua-Frage:

1860. Jan. 28. No. 7660.
1879. April 19. „ 7662.

Orientalische Frage (Armenien):

1880. Nov. 16. No. 7664.
1881. Jan. 12. „ 7665.
„ „ 28. „ 7666.
„ Febr. 9. „ 7670.
„ „ 10. „ 7671.

Panama-Canal:

1850. April 19. No. 7644.
1881. Nov. 10. „ 7646.
1882. Jan. 7. „ 7649.
„ „ 14. „ 7650.

Thronreden, Adressen etc.:

1882. Febr. 7. No. 7709.

Transvaal'sche Angelegenheit:

1881. Aug. 3. No. 7672.
„ Nov. 30. „ 7673.

Italien.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1880. März 31. No. 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. März 31. No. 7737.

Orientalische Frage (Armenien).

1881. Febr. 1. No. 7669.

Nicaragua.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1860. Jan. 28. No. 7660.

Managua-Frage:

1860. Jan. 28. No. 7660.
1879. „ 31. „ 7661.

Norwegen.**Thronreden, Adressen etc.:**

1882. Juni 21. No. 7714.

Oesterreich-Ungarn.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1880. März 31. No. 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. März 31. No. 7737.
1881. Mai 23. „ 7631.

Managua-Frage:

1881. Juli 2. No. 7663.

Pariser Kongress-Staaten.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Mai 28. No. 7704.

Handelspolitik:

1881. Mai 28. No. 7704.

Preussen.**Preussischer Landtag:**

1882. Jan. 4. No. 7706.

" " 14. " 7707.

" Jan. " 7708.

" Mai 11. " 7712.

" " 31. " 7713.

Staat und Kirche:

1882. Jan. No. 7708.

" Mai 31. " 7713.

Thronreden, Adressen etc.:

1882. Jan. 4. No. 7706.

" " 14. " 7707.

" Mai 11. " 7712.

Rumänien.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Mai 28. No. 7704.

Handelspolitik:

1881. Mai 28. No. 7704.

Thronreden, Adressen etc.:

1881. Nov. 15. No. 7705.

Russland.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Febr. 24. No. 7659.

Central-asiatische Frage:

1881. Mai 24. No. 7653.

Orientalische Frage (Armenien):

1881. Febr. 1. Nov. 7668.

Schweiz.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Mai 23. No. 7632.

" " 23. " 7633.

Transvaal.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Aug. 3. No. 7672.

Türkei.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1841. Febr. 13. No. 7715.

" Mai. " 7716.

1866. " 27. " 7717.

" Juni 15. " 7718.

1867. " 8. " 7719.

1869. Nov. 29. " 7720.

1872. Sept. 10. " 7721.

" " 25. " 7722.

1873. Juni 8. " 7723.

1879. " 25. " 7731.

" " 25. " 7732.

" Aug. " 7734.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. Jan. 25. No. 7658.

**Vereinigte Staaten von Nord-
Amerika.****Bündnisse, Conventionen etc.:**

1850. April 19. No. 7644.

Englisch-amerikanische Differenzen:

1882. März 6. No. 7699.

" April 14. " 7702.

Panama-Canal.

1850. April 19. No. 7644.

1881. Juni 24. " 7645.

" Nov. 19. " 7647.

" " 29. " 7648.



Handelspolitik.

Nr. 7631. DEUTSCHLAND und OESTERREICH-UNGARN. — Handelsvertrag vom 23. Mai 1881.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und apostolischer König von Ungarn andererseits, von der Absicht geleitet, für die Entwicklung des Handels und Verkehrs zwischen den beiderseitigen Gebieten auch nach Ablauf des am 16. December 1878 abgeschlossenen, zuletzt durch die Uebereinkunft vom 11. April 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 verlängerten Handelsvertrages vertragsmässige Grundlagen aufrechtzuerhalten, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: — — — — —

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. Mai 1881.

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den nachstehenden Handelsvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. || Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: a) bei Tabak, Salz, Schiesspulver und sonstigen Sprengstoffen, b) aus Gesundheitspolizeirücksichten, c) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter ausserordentlichen Umständen.

Art. 2. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie hinsichtlich der Durchfuhr dürfen von keinem der beiden vertragschliessenden Theile dritte Staaten günstiger als der andere vertragschliessende Theil behandelt werden. Jede, dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen vertragschliessenden Theile gleichzeitig einzuräumen. || Ausgenommen hiervon sind: || 1. jene Begünstigungen, welche von einem der vertragschliessenden Theile einem Nachbarlande zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse Grenzstrecken und für die Bewohner einzelner Gebietstheile eingeräumt wer-



Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. Mai 1881.

den; || 2. die von einem der beiden vertragschliessenden Theile durch eine schon abgeschlossene oder etwa künftighin abzuschliessende Zolleinigung zugestandenen Begünstigungen.

Art. 3. In den Gebieten der vertragschliessenden Theile sollen die bei der Ausfuhr gewisser Erzeugnisse bewilligten Ausfuhrvergütungen nur die Zölle oder inneren Steuern ersetzen, welche von den gedachten Erzeugnissen oder von den Stoffen, aus denen sie gefertigt werden, erhoben sind. Eine darüber hinausgehende Ausfuhrprämie sollen sie nicht enthalten. Ueber Aenderungen des Betrages dieser Vergütungen oder des Verhältnisses derselben zu dem Zolle oder zu den inneren Steuern wird gegenseitige Mittheilung erfolgen.

Art. 4. Von Waaren, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus-, oder nach dem Gebiete des anderen Theiles durchgeführt werden, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden. || Diese Verabredung findet sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auf die unmittelbar durchgeführten Waaren Anwendung.

Art. 5. Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden: " a) für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- und Marktverkehr versendet, in dem Gebiete des anderen Theiles aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Controle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert, sowie für Muster, welche von Handelsreisenden eingebracht werden; alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; || b) für Vieh, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird.

Art. 6. Zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs in den Grenzbezirken sind unter den vertragschliessenden Theilen diejenigen besonderen Bestimmungen vereinbart, welche sich in der Anlage A verzeichnet finden.

Art. 7. Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waaren, die dem Begleitscheinverfahren unterliegen, wird eine Verkehrserleichterung dadurch gegenseitig gewährt, dass beim unmittelbaren Uebergange solcher Waaren aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen die Verschlussabnahme, die Anlage eines anderweiten Verschlusses und die Auspackung der Waaren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Erfordernissen genügt ist.

Art. 8. Die vertragschliessenden Theile werden auch ferner darauf bedacht sein, ihre gegenüberliegenden Grenzzollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so dass die Amtshandlungen bei dem Uebertritt der Waaren aus einem Zollgebiet in das andere gleichzeitig stattfinden können.

Art. 9. Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Communen und Corporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. Mai 1881.

Art. 10. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, auch ferner zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels nach oder aus ihren Gebieten durch angemessene Mittel mitzuwirken und die zu diesem Zweck erlassenen Strafgesetze aufrechtzuerhalten, die Rechtshülfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten des anderen Theiles die Verfolgung der Contravenienten in ihr Gebiet zu gestatten, und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte sowie durch die Ortsvorstände alle erforderliche Auskunft und Beihülfe zu Theil werden zu lassen. || Das nach Maassgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zollkartell enthält die Anlage B. || Für Grenzgewässer und für solche Grenzstrecken, wo die Gebiete der vertragschliessenden Theile mit fremden Staaten zusammentreffen, werden die zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienste verabredeten Maassregeln aufrechterhalten.

Art. 11. Jeder der beiden vertragschliessenden Theile wird die Seehandelsschiffe des anderen und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seehandelsschiffe, zulassen. Dieses gilt auch für die Küstenschiffahrt. || Die Staatsangehörigkeit der Schiffe jedes der vertragschliessenden Theile ist nach der Gesetzgebung ihrer Heimath zu beurtheilen. || Zur Nachweisung über die Ladungsfähigkeit der Seehandelsschiffe sollen bei Feststellung von Schiffahrts- und Hafenabgaben die nach der Gesetzgebung ihrer Heimath giltigen Messbriefe genügen, und wird eine Reduction der Schiffsmaasse insolange nicht stattfinden, als die im Jahre 1872 durch Notenwechsel zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen Vereinbarungen über die gegenseitige Gleichstellung der Messbriefe in Kraft bleiben.

Art. 12. Von Schiffen des einen der vertragschliessenden Theile, welche in Unglücks- oder Nothfällen in die Seehäfen des anderen einlaufen, sollen, wenn nicht der Aufenthalt unnöthig verlängert oder zum Handelsverkehr benutzt wird, Schiffahrts- oder Hafenabgaben nicht erhoben werden. || Von Havarie- und Strandgütern, welche in das Schiff eines der vertragschliessenden Theile verladen waren, soll von dem anderen, unter Vorbehalt des etwaigen Bergelohns, eine Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dieselben in den Verbrauch übergehen.

Art. 13. Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstrassen in den Gebieten der vertragschliessenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Landes.



Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. Mai 1891.

Art. 14. Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Canäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Theiles unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Angehörigen des eigenen Staates, gestattet werden. || Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden. || Wegegelder für einen, die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf Strassen, welche zur Verbindung der Gebiete der vertragschliessenden Theile unter sich oder mit dem Auslande dienen, nach Verhältniss der Streckenlänge nicht höher sein, als für den auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Verkehr.

Art. 15. Auf Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile gemacht werden. Namentlich sollen die aus den Gebieten des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporte weder in Bezug auf die Abfertigung, noch rücksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden, als die aus dem Gebiete des betreffenden Theiles abgehenden oder darin verbleibenden Transporte. || Für den Personen- und Güterverkehr, welcher zwischen Eisenbahnstationen, die in den Gebieten des einen vertragschliessenden Theiles gelegen sind, innerhalb dieser Gebiete mittelst ununterbrochener Bahnverbindung stattfindet, sollen die Tarife in der gesetzlichen Landeswährung dieser Gebiete auch in dem Falle aufgestellt werden, wenn die für den Verkehr benützte Bahnverbindung ganz oder theilweise im Betriebe einer Bahnanstalt steht, welche in den Gebieten des anderen Theiles ihren Sitz hat. || Auf Anschlussstrecken und insoweit es sich lediglich um den Verkehr zwischen den zunächst der Grenze gelegenen, beiderseitigen Stationen handelt, soll bei Einhebung der im Personen- und Güterverkehr zu entrichtenden Gebühren auch in dem Falle, wenn der Tarif nicht auf die gesetzliche Landeswährung der Einhebungsstelle lautet, die Annahme der nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Einhebungsstelle gelegen ist, zulässigen Zahlungsmittel mit Berücksichtigung des jeweiligen Courswerthes nicht verweigert werden. || Die hier geregelte Annahme von Zahlungsmitteln soll den Vereinbarungen der beteiligten Eisenbahnverwaltungen über die Abrechnung in keiner Weise vorgreifen.

Art. 16. Die vertragschliessenden Theile werden dahin wirken, dass der gegenseitige Eisenbahnverkehr in ihren Gebieten durch Herstellung unmittelbarer Schienenverbindungen zwischen den an einem Orte zusammentreffenden

Bahnen und durch Ueberführung der Transportmittel von einer Bahn auf die andere möglichst erleichtert werde. || Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, dahin zu wirken, dass durch die beiderseitigen Bahnverwaltungen directe Expeditionen oder directe Tarife im Personen- und Güterverkehr, sobald und insoweit dieselben von beiden Theilen als wünschenswerth bezeichnet werden, zur Einführung gelangen. || Für den directen Verkehr bleibt die Aufstellung einheitlicher Transportbestimmungen, insbesondere in Bezug auf Lieferungsfristen, durch unmittelbares Einvernehmen der beiderseitigen zuständigen obersten Aufsichtsbehörden vorbehalten.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. Mai 1881.

Art. 17. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherzustellen. || Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maulthiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind, müssen, wenn sie demnächst zum Transport von Vieh der genannten Gattungen aus dem Gebiete des einen Theiles in das des anderen verwendet werden sollen, zuvor einem durch besondere Uebereinkunft festzustellenden Reinigungs- (Desinfections-)Verfahren unterworfen werden, welches geeignet ist, die den Wagen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen.

Art. 18. Die vertragschliessenden Theile werden dort, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Uebergang der Transportmittel stattfindet, Waaren, welche in vorschriftsmässig verschliessbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze sowie vom Kolloverschluss freilassen, insofern jene Waaren durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Eingang angemeldet sind. || Waaren, welche in vorschriftsmässig verschliessbaren Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus-, oder nach den Gebieten des anderen ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Declaration, Abladung und Revision sowie vom Kolloverschluss sowohl im Innern als an den Grenzen freibleiben, insofern dieselben durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgang angemeldet sind. || Die Verwirklichung der vorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, dass die beteiligten Eisenbahnverwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte verpflichtet seien. || Insoweit von einem der vertragschliessenden Theile mit dritten Staaten in Betreff der Zollabfertigung weitergehende, als die hier aufgeführten Erleichterungen vereinbart worden sind, finden diese Erleichterungen auch bei dem Verkehr mit dem anderen Theile, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, Anwendung.

Art. 19. Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein. Beim Besuche der



Nr. 7631. Märkte und Messen sollen die Angehörigen des anderen Theiles ebenso wie die eigenen Angehörigen behandelt werden. || Auf das Apothekergewerbe, das Handelsmäkler- (Sensalen-) Geschäft und den Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschliesslich des Hausirhandels, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. || Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Abgaben für das von ihnen betriebene Geschäft entrichten, sollen, wenn sie persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen, oder Bestellungen, nur unter Mitführung von Mustern, suchen, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche das Frachtfuhrgewerbe, die See- oder Flussschiffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des anderen Theiles einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden. || Die in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles rechtlich bestehenden Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien und Versicherungsgesellschaften jeder Art werden in dem Gebiete des anderen Theiles nach Maassgabe der daselbst geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zum Geschäftsbetriebe und zur Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht zugelassen.

Art. 20. In Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung sowie bezüglich der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle, ferner der Erfindungspatente sollen die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen denselben Schutz wie die eigenen Angehörigen geniessen. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile haben jedoch die in dem Gebiete des anderen Theiles durch Gesetze oder Verordnungen vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen. || Der Schutz von Fabrik- und Handelsmarken wird den Angehörigen des anderen Theiles nur insofern und auf so lange gewährt, als dieselben in ihrem Heimathsstaate in der Benutzung der Marken geschützt sind.

Art. 21. Die vertragschliessenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Consuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des anderen Theiles zu ernennen, in denen Consuln irgend eines dritten Staates zugelassen werden. || Diese Consuln des einen der vertragschliessenden Theile sollen, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, in dem Gebiete des anderen Theiles dieselben Vorrechte, Befugnisse und Befreiungen geniessen, deren sich diejenigen irgend eines dritten Staates erfreuen oder erfreuen werden.

Art. 22. Jeder der vertragschliessenden Theile wird seine Consuln im Auslande verpflichten, den Angehörigen des anderen Theiles, sofern letzterer an dem betreffenden Platze durch einen Consul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren wie den eigenen Angehörigen zu gewähren.

Art. 23. Die vertragschliessenden Theile gestehen sich gegenseitig das

Recht zu, an ihre Zollstellen Beamte zu dem Zwecke zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben in Beziehung auf das Zollwesen und die Grenz-
bewachung Kenntniss zu erlangen, wozu diesen Beamten alle Gelegenheit be-
reitwillig zu gewähren ist. || Ueber die Rechnungsführung und Statistik in
beiden Zollgebieten werden gegenseitig alle gewünschten Aufklärungen ertheilt
werden.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Art. 24. Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auch auf die mit den Gebieten der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landestheile.

Art. 25. Der gegenwärtige Vertrag soll vom 1. Juli 1881 ab in Kraft treten. Derselbe soll bis zum 31. December 1887 in Wirksamkeit bleiben. Jedoch behält sich jeder der vertragschliessenden Theile das Recht vor, vom 1. Januar 1883 ab den Vertrag mit der Wirkung zu kündigen, dass derselbe ein Jahr nach erfolgter Kündigung ausser Kraft tritt.

Art. 26. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen sobald als möglich, spätestens aber am 30. Juni 1881 in Berlin ausgewechselt werden. Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich v. Boetticher.

Graf A. Wolkenstein.

Anlage A.

Erleichterungen im Grenzverkehr.

1. Auf Landgütern oder Grundbesitzungen, welche von der Zollgrenze der beiderseitigen Gebietstheile durchschnitten sind, dürfen das dazugehörige Wirthschaftsvieh und Wirthschaftsgeräth, die Aussaat zum dortigen Feldbau, dann die auf denselben gewonnenen Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht bei der Beförderung von den Orten ihrer Hervorbringung nach den zu ihrer Verwahrung bestimmten Gebäuden und Räumen von einem Zollgebiete auf das andere an den durch die Verwendung oder Bestimmung im Wirthschaftsbetriebe angezeigten natürlichen Uebergangspunkten zollfrei gebracht werden.

2. Die Grenzbewohner, welche im jenseitigen Grenzbezirke eigene oder gepachtete Aecker und Wiesen zu bestellen, oder dort, jedoch in der Nähe ihres Wohnortes, sonst eine Feldarbeit zu verrichten haben, geniessen Zollfreiheit in Betreff der Aussaat zum Anbau der erwähnten Grundstücke und der von denselben weggeführten Fehsung an Feldfrüchten und Getreide in Garben, dann in Betreff des Arbeitsviehes und der Arbeitsgeräthschaften für die landwirthschaftlichen Verrichtungen. || Nach Maassgabe der örtlichen Verhältnisse und der zu verrichtenden Arbeiten kann der Grenzübertritt auch auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden Vorsichtsmaassregeln dann geschehen, wenn die Rückkehr noch an demselben Tage erfolgt.



Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

3. Die nachbenannten Gegenstände dürfen im gegenseitigen Verkehr der Grenzbezirke, wo die örtlichen Verhältnisse dies wünschenswerth und zulässig erscheinen lassen, unter dienlichen Vorsichten auch auf Nebenwegen zollfrei ein- oder austreten: || Ausgelaugte oder Auswurfs-Asche zum Düngen, Bausand (gemeiner) und Kieselsteine; Bäume, Sträucher und andere lebende Pflanzen oder Gewächse zum Verpflanzen, sowie auch eingesetzt in Töpfe oder Kübel, insoweit die allgemeinen Bestimmungen zur Verhinderung der Einschleppung schädlicher Insekten nicht entgegenstehen; Besen von Weiden, Birken und dergleichen; Bienenstöcke mit lebenden Bienen; Dünger, thierischer; Feuerschwamm, roher; Flachs und Hanf in Wurzeln; Gras; Moos; Binsen; Futterkräuter; Waldstreu; Heu, Stroh und Häckerling; Milch; Schmirgel und Trippel in Stücken; Thon und Töpfererde, gemeine; Torf und Moorerde.

4. Vieh, das auf Weiden getrieben wird oder von denselben zurückkehrt, ebenso Vieh, welches zur Stallfütterung ein- oder ausgeführt wird, kann, wenn die Identität sichergestellt ist, zollfrei über die Zolllinie ein- und austreten. Auch die Erzeugnisse von solchem Vieh, als Milch, Butter, Käse, Wolle, und das in der Zwischenzeit zugewachsene junge Vieh dürfen in einer der Stückzahl des Viehes und der Weidezeit angemessenen Menge zollfrei zurückgeführt werden. || Soweit die örtlichen Verhältnisse es erfordern, ist die Ueberschreitung der Grenze auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden lokalen Vorsichtsmaassregeln auch dann zulässig, wenn es sich um eine längere Weidezeit im jenseitigen Grenzbezirke handelt.

5. Die beiderseitigen Grenzbewohner sind, wenn sie Getreide, Oelsamen, Hanf, Lein, Holz, Lohe und andere dergleichen landwirthschaftliche Gegenstände zum Vermahlen, Stampfen, Schneiden, Reiben u. s. w. auf Mühlen in den jenseitigen Grenzbezirk bringen und im verarbeiteten Zustande zurückführen, von jeder Zollabgabe befreit. || Auch wird hierbei gestattet, Ausnahmen von dem regelmässigen Zollverfahren, wenn berücksichtigungswerthe örtliche Verhältnisse dafür sprechen, unter Substituierung anderer, den Umständen angemessener Modalitäten zum Schutze gegen Zollumgehungen zu bewilligen. Die Mengen der Erzeugnisse, welche an Stelle der Rohstoffe wieder eingebracht werden dürfen, beziehungsweise wieder ausgeführt werden müssen, sind nach Erforderniss von den beiderseitigen Zollverwaltungen einvernehmlich angemessen festzusetzen.

6. Die gegenseitige Zollfreiheit soll sich ferner erstrecken auf alle Säcke und Gefässe, worin landwirthschaftliche Erzeugnisse, als Getreide und andere Feldfrüchte, Gips, Kalk, Getränke oder Flüssigkeiten anderer Gattung und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände, in das Nachbarland gebracht werden und die von dort leer auf dem nämlichen Wege zurückgelangen.

7. Die bestehenden Erleichterungen in dem Verkehr zwischen den Bewohnern der beiderseitigen Grenzbezirke in Bezug auf Gegenstände ihres eigenen Bedarfs zur Reparatur oder sonst einer handwerksmässigen Bearbei-

tung, welcher die häusliche Lohnarbeit gleichzuhalten ist, werden aufrechterhalten.

8. Bei den bestehenden sonstigen Erleichterungen, Förmlichkeiten und Controlen im Grenzverkehr behält es sein Bewenden.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Anlage B.

Zollkartell.

§ 1. Jeder der vertragenden Theile verpflichtet sich, zur Verhinderung, Entdeckung und Bestrafung von Uebertretungen (§§ 13 und 14) der Zollgesetze des anderen Theiles nach Maassgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§ 2. Jeder der vertragenden Theile wird seinen Angestellten, welche zur Verhinderung oder zur Anzeige von Uebertretungen seiner eigenen Zollgesetze angewiesen sind, die Verpflichtung auflegen, sobald ihnen bekannt wird, dass eine Uebertretung derartiger Gesetze des anderen Theiles unternommen werden soll, oder stattgefunden hat, dieselbe im ersteren Falle durch alle ihnen gesetzlich zustehenden Mittel thunlichst zu verhindern und in beiden Fällen der inländischen Zoll- oder Steuerbehörde (im deutschen Reiche: Hauptzollämter oder Hauptsteuerämter, in Oesterreich-Ungarn: Hauptzollämter oder Finanzwach-Commissäre) schleunigst anzuzeigen.

§ 3. Die Zoll- oder Steuerbehörden des einen Theiles sollen über die zu ihrer Kenntniss gelangenden Uebertretungen von Zollgesetzen des anderen Theiles den im § 2 bezeichneten Zoll- oder Steuerbehörden des letzteren sofort Mittheilung machen und denselben dabei über die einschlagenden That- sachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft ertheilen.

§ 4. Die Einhebungsämter eines jeden der vertragenden Theile sollen den dazu von dem anderen Theile ermächtigten oberen Zoll- oder Steuer- beamten die Einsicht der Register oder Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach den Gebieten des letzteren und an der Grenze derselben nachweisen, nebst Belegen auf Begehren jederzeit an der Amtsstelle gestatten.

§ 5. Die Zoll- und Steuerbeamten an der Grenze zwischen den beider- seitigen Zollgebieten sollen angewiesen werden, sich zur Verhütung und Ent- deckung des Schleichhandels nach beiden Seiten hin bereitwilligst zu unter- stützen und nicht allein zu jenem Zweck ihre Wahrnehmungen sich gegenseitig binnen der kürzesten Frist mitzutheilen, sondern auch ein freundnachbarliches Vernehmen zu unterhalten und zur Verständigung über zweckmässiges Zusammen- wirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen sich miteinander zu berathen.

§ 6. Den Zoll- und Steuerbeamten der vertragenden Theile soll gestattet sein, bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze ihres Staates sich in das Gebiet des ande- ren Theiles zu dem Zweck zu begeben, um bei den dortigen Ortsvorständen



Nr. 7631. oder Behörden die zur Ermittlung des Thatbestandes und des Thäters und
Deutschland die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Maassregeln, das Sammeln aller
und Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie
Oesterreich- den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Fest-
Ungarn. haltung der Thäter zu beantragen. || Anträgen dieser Art sollen die Ortsvor-
23. März 1861. stände und Behörden jedes der vertragenden Theile in derselben Weise ge-
nügen, wie ihnen dies bei vermutheten oder entdeckten Uebertretungen der
Zollgesetze des eigenen Staates zusteht und obliegt. Auch können die Zoll-
und Steuerbeamten des einen Theiles durch Requisition ihrer vorgesetzten Be-
hörde von Seiten der zuständigen Behörde des anderen Theiles aufgefordert
werden, entweder vor letzterer selbst oder vor der competenten Behörde ihres
eigenen Landes die auf die Zollumgehung bezüglichen Umstände auszusagen.

§ 7. Keiner der vertragenden Theile wird in seinem Gebiete Vereini-
gungen zum Zweck des Schleichhandels nach dem Gebiete des anderen Theiles
dulden, oder Verträgen zur Sicherung gegen die möglichen Nachtheile schleich-
händlerischer Unternehmungen Gültigkeit zugestehen.

§ 8. Jeder der vertragenden Theile ist verpflichtet, zu verhindern, dass
Vorräthe von Waaren, welche als zum Schleichhandel nach dem Gebiete des
anderen Theiles bestimmt anzusehen sind, in der Nähe der Grenze des letz-
teren angehäuft oder ohne genügende Sicherung gegen den zu besorgenden Miss-
brauch niedergelegt werden. || Innerhalb des Grenzbezirkes sollen Niederlagen
fremder unverzollter Waaren in der Regel nur an solchen Orten, wo sich ein
Zollamt befindet, gestattet und in diesem Falle unter Verschluss und Controle der
Zollbehörde gestellt werden. || Sollte in einzelnen Fällen der amtliche Verschluss
nicht anwendbar sein, so sollen statt desselben anderweite möglichst sichernde
Controlmaassregeln angeordnet werden. Vorräthe von fremden verzollten und
von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes sollen das Bedürfniss
des erlaubten, d. h. nach dem örtlichen Verbräuche im eigenen Lande be-
messenen Verkehrs nicht überschreiten. Entsteht Verdacht, dass sich Vor-
räthe von Waaren der letztgedachten Art über das bezeichnete Bedürfniss
und zum Zweck des Schleichhandels gebildet hätten, so sollen dergleichen
Niederlagen, insoweit es gesetzlich zulässig ist, unter spezielle, zur Verhinde-
rung des Schleichhandels geeignete Controle der Zollbehörde gestellt werden.

§ 9. Jeder der vertragenden Theile ist verpflichtet: || a) Waaren, deren
Ein- oder Durchfuhr in dem Gebiete des anderen Theiles verboten ist, nach
demselben nur beim Nachweise dortiger besonderer Erlaubniss zoll- oder
steueramtlich abzufertigen; || b) Waaren, welche in dem Gebiete des anderen
Theiles eingangsabgabepflichtig und dahin bestimmt sind, nach demselben
1. nur in der Richtung nach einem dortigen mit ausreichenden Befugnissen
versehene Eingangsante, || 2. von den Ausgangsämtern oder Legitimations-
stellen nur zu solchen Tageszeiten, dass sie jenseits der Grenze zu dort er-
laubter Zeit eintreffen können, und || 3. unter Verhinderung jedes vermeidlichen
Aufenthaltes zwischen dem Ausgangsante oder der Legitimationsstelle und

der Grenze zoll- oder steueramtlich abzufertigen, oder mit Ausweisen zu versehen.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

§ 10. Auch wird jeder der beiden Theile die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren ihm geleisteten Sicherheiten, sowie die für Ausfuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann eintreten lassen, wenn ihm durch eine vom Eingangsamte auszustellende, die Registerpost und das Datum der Abfertigung enthaltende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die nach dem vorbezeichneten Nachbarlande ausgeführte Waare in dem letzteren angemeldet worden ist.

§ 11. Vor Ausführung der im § 9 unter b und im § 10 enthaltenen Bestimmungen werden die vertragenden Theile über die erforderliche Anzahl und die Befugnisse der zum Waarenübergange an der gemeinschaftlichen Grenze bestimmten Anmelde- und Erhebungsstellen, über die denselben, soweit sie zu einander unmittelbar in Beziehung stehen, übereinstimmend vorzuschreibenden Abfertigungsstunden und über nach Bedürfniss anzuordnende amtliche Begleitungen der ausgeführten Waaren bis zur jenseitigen Anmeldestelle, sowie über besondere Maassregeln für den Eisenbahnverkehr sich bereitwilligst verständigen.

§ 12. Jeder der vertragenden Theile hat die in den §§ 13 und 14 erwähnten Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles nicht allein seinen Angehörigen, sondern auch allen denjenigen, welche in seinem Gebiete einen vorübergehenden Wohnsitz haben oder auch nur augenblicklich sich befinden, unter Androhung der zu jenen Paragraphen bezeichneten Strafen zu verbieten. Beide vertragende Theile verpflichten sich wechselseitig, die dem anderen vertragenden Theile angehörigen Unterthanen, welche den Verdacht des Schleichhandels wider sich erregt haben, innerhalb ihrer Gebiete überwachen zu lassen.

§ 13. Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles und Zoll- oder Steuerdefrauden, d. h. solche Handlungen oder gesetzwidrige Unterlassungen, durch welche dem letzteren eine ihm gesetzlich gebührende Ein- oder Ausgangsabgabe entzogen wird oder bei unentdecktem Gelingen entzogen werden würde, sind von jedem der vertragenden Theile nach seiner Wahl entweder mit Confiskation des Gegenstandes der Uebertretung, eventuell Erlegung des vollen Werthes, und daneben mit angemessener Geldstrafe, oder mit denselben Geld- oder Vermögensstrafen zu bedrohen, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen seiner eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Im letzteren Falle ist der Strafbetrag, soweit derselbe gesetzlich nach dem entzogenen Abgabebetrag sich richtet, nach dem Tarife des Staates zu bemessen, dessen Abgabengesetz übertreten worden ist.

§ 14. Für solche Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles, durch welche erweislich ein Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot nicht verletzt oder eine Abgabe widerrechtlich nicht entzogen werden konnte oder sollte, sind genügende, in bestimmtem Grenzen vom strafrichterlichen Ermessen abhängige Geldstrafen anzudrohen.



Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

§ 15. Freiheits- oder Arbeitsstrafen (vorbehaltlich der nach seinen eigenen Abgabengesetzen eintretenden Abbüßung unvollstreckbarer Geldstrafen durch Haft oder Arbeit) sowie Ehrenstrafen, die Entziehung von Gewerbeberechtigungen oder, als Strafschärfung, die Bekanntmachung erfolgter Verurtheilungen anzudrohen, ist auf Grund dieses Kartells keiner der vertragenden Theile verpflichtet.

§ 16. Dagegen darf durch die nach den §§ 12 bis 15 zu erlassenden Strafbestimmungen die gesetzmässige Bestrafung der bei Verletzung der Zollgesetze des anderen Theiles etwa vorkommenden sonstigen Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen, als Beleidigungen, rechtswidrige Widersetzlichkeit, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten, Fälschungen, Bestechungen oder Erpressungen u. dergl., nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 17. Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles hat auf Antrag einer zuständigen Behörde desselben jeder der vertragenden Theile von denselben Gerichten und in denselben Formen, wie Uebertretungen seiner eigenen derartigen Gesetze, untersuchen und gesetzmässig bestrafen zu lassen, || 1. wenn der Angeschuldigte entweder ein Angehöriger des Staates ist, welcher ihn zur Untersuchung und Strafe ziehen soll, oder || 2. wenn jener nicht allein zur Zeit der Uebertretung in dem Gebiete dieses Staates einen, wenn auch nur vorübergehenden, Wohnsitz hatte oder die Uebertretung von diesem Gebiete aus beging, sondern auch bei oder nach dem Eingange des Antrages auf Untersuchung sich in demselben Staate betreffen lässt, in dem unter 2 erwähnten Falle jedoch nur dann, wenn der Angeschuldigte nicht Angehöriger des Staates ist, dessen Gesetze Gegenstand der angeschuldigten Uebertretung sind.

§ 18. Zu den im § 17 bezeichneten Untersuchungen sollen das Gericht, von dessen Bezirke aus die Uebertretung begangen ist, und das Gericht in dessen Bezirke der Angeschuldigte seinen Wohnsitz oder, als Ausländer, seinen einstweiligen Aufenthalt hat, insofern zuständig sein, als nicht wegen derselben Uebertretung gegen denselben Angeschuldigten ein Verfahren bei einem anderen Gerichte anhängig oder durch schliessliche Entscheidung beendet ist.

§ 19. Bei den im § 17 bezeichneten Untersuchungen soll den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des anderen Theiles dieselbe Beweiskraft beigelegt werden, welche den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des eigenen Staates in Fällen gleicher Art beigelegt ist.

§ 20. Die Kosten eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens und der Strafvollstreckung sind nach denselben Grundsätzen zu bestimmen und aufzulegen, welche für Strafverfahren wegen gleichartiger Uebertretungen der Gesetze des eigenen Staates gelten. || Für die einstweilige Bestreitung derselben hat der Staat zu sorgen, in welchem die Untersuchung geführt wird. || Diejenigen Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung, welche, wenn ersteres wegen Uebertretung der eigenen Abgabengesetze stattgefunden hätte, von jenem Staate schliesslich zu tragen sein würden, hat, in-

soweit sie nicht vom Angeschuldigten eingezogen oder durch eingegangene Strafbeträge gedeckt werden können, der Staat zu erstatten, dessen Behörde die Untersuchung beantragte.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1891.

§ 21. Die Geldbeträge, welche in Folge eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens von dem Angeschuldigten oder für verkaufte Gegenstände der Uebertretung eingehen, sind dergestalt zu verwenden, dass davon zunächst die rückständigen Gerichtskosten, sodann die dem anderen Theile entzogenen Abgaben und zuletzt die Strafen berichtigt werden. || Ueber die letzteren hat der Staat zu verfügen, in welchem das Verfahren stattfand.

§ 22. Eine nach Maassgabe des § 17 eingeleitete Untersuchung ist, solange ein rechtskräftiges Enderkenntniss noch nicht erfolgte, auf Antrag der Behörde desjenigen Staates, welcher dieselbe veranlasst hatte, sofort einzustellen.

§ 23. Das Recht zum Erlasse und zur Milderung der Strafen, zu welchen der Angeschuldigte in Folge eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Verfahrens verurtheilt wurde oder sich freiwillig erboten hat, steht dem Staate zu, bei dessen Gerichte die Verurtheilung oder Erbietung erfolgte. || Es soll jedoch vor derartigen Straferlassen oder Strafmilderungen der zuständigen Behörde des Staates, dessen Gesetze übertreten waren, Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äussern.

§ 24. Die Gerichte jedes der vertragenden Theile sollen in Beziehung auf jedes in dem anderen Gebiete wegen Uebertretung der Zollgesetze dieses Gebietes oder in Gemässheit des § 17 eingeleitete Strafverfahren verpflichtet sein, auf Ersuchen des zuständigen Gerichts: || 1. Zeugen und Sachverständige, welche sich in ihrem Gerichtsbezirke aufhalten, auf Erfordern eidlich zu vernehmen und erstere zur Ablegung des Zeugnisses, soweit dasselbe nicht nach den Landesgesetzen verweigert werden darf, z. B. die eigene Mitschuld der Zeugen betrifft, oder sich auf Umstände erstrecken soll, welche mit der Anschuldigung nicht in naher Verbindung stehen, nöthigenfalls anzuhalten; | 2. amtliche Besichtigungen vorzunehmen und den Befund zu beglaubigen; | 3. Angeschuldigten, welche sich im Bezirke des ersuchten Gerichts aufhalten, ohne dem Staatsverbande des letzteren anzugehören, Vorladungen und Erkenntnisse behändigen zu lassen; || 4. Uebertreter und deren bewegliche Güter, welche im Bezirke des ersuchten Gerichts angetroffen werden, anzuhalten und auszuliefern, insofern nicht jene Uebertreter dem Staatsverbande des ersuchten Gerichts oder einem solchen dritten Staate angehören, welcher durch Verträge verpflichtet ist, die fragliche Uebertretung seinerseits gehörig untersuchen und bestrafen zu lassen.

§ 25. Es sind in diesem Kartell unter „Zollgesetzen“ auch die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, und unter „Gerichten“ die in jedem der beiderseitigen Gebiete zur Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der eigenen derartigen Gesetze bestellten Behörden verstanden.

§ 26. Durch die vorstehenden Bestimmungen werden weitergehende Zu-

Nr. 7681. geständnisse zwischen den vertragenden Staaten zum Zweck der Unterdrückung
Deutschland des Schleichhandels nicht aufgehoben oder geändert.
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem deutschen Reiche haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

Zu Artikel 1 des Vertrages.

1. Der im Artikel 1 unter b ausgesprochene Vorbehalt erstreckt sich auch auf jene Vorsichtsmaassregeln, die zum Schutze der Landwirthschaft gegen die Einschleppung und Verbreitung schädlicher Insekten (wie z. B. der Reblaus und des Koloradokäfers) ergriffen werden.

2. Die vertragschliessenden Theile werden sich alle aus Rücksichten der Gesundheitspolizei erlassenen Verkehrsbeschränkungen gegenseitig mittheilen.

3. Soweit einzelnen Wirthschaftsbesitzern in den an Oesterreich-Ungarn grenzenden deutschen Bezirken bisher gestattet werden konnte, jährlich bis zu 6 Stück Nutz- und Zuchtvieh zu ihrem eigenen Wirthschaftsbedarf aus Oesterreich-Ungarn einzuführen, wird diese Zahl auf 12 Stück für das Kalenderjahr erhöht. || Die Konfirnungszeit für das im vorerwähnten Grenzverkehre aus Oesterreich-Ungarn in die angrenzenden deutschen Bezirke eingebrachte Vieh wird in der Regel 45 Tage nicht überschreiten. || Sofern örtliche Bedürfnisse eine Erweiterung der Bezirke, welche bisher deutscherseits für diesen Grenzverkehr festgesetzt wurden, wünschenswerth erscheinen lassen, wird solchen Bedürfnissen billige Rücksicht getragen werden.

Zu Artikel 3 des Vertrages.

Die beiden vertragschliessenden Theile werden dafür Sorge tragen, dass die innere Gesetzgebung der technischen Entwicklung der einer inneren Abgabe unterliegenden Industrie derart folge, dass die Steuerrückvergütung die thatsächlich entrichtete Steuer nicht übersteige.

Zu Artikel 5 des Vertrages.

Bezüglich derjenigen Waaren, welche aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach dem Gebiete des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder dorthin auf ungewissen Verkauf, ausser dem Mess- und Marktverkehr, versendet, binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt, dann der Muster, welche von Handlungsreisenden eingeführt werden, bewendet es bei den zur Zeit in den beiderseitigen Vertragsgebieten in Anwendung stehenden Vorschriften.

Hinsichtlich des Viehes, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen

vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird, findet beiderseits eine möglichst erleichterte Abfertigung statt.

Zur Feststellung der Identität wird in der Regel die Bezeichnung des Viehes nach Gattung, Stückzahl und Farbe unter Angabe etwaiger besonderer Merkmale als genügend angesehen.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Zu Artikel 6 des Vertrages.

In Beziehung auf die Zollbegünstigungen, bei denen die Begriffe Grenzbezirk und Grenzbewohner in Frage kommen, werden die dermalen in beiden Staaten bestehenden Grenzbezirke als solche anerkannt, auf welche derlei Zollbegünstigungen sich zu erstrecken haben. Im Fall von Aenderungen in der Ausdehnung der Grenzbezirke gelten diese Zollbegünstigungen für eine Grenzzone von 10 Kilometer Entfernung von der Grenze. Es sind jedoch die Direktivbehörden der betreffenden Grenzstrecken, unter Zustimmung der Direktivbehörde des anderen vertragschliessenden Theiles, befugt, auch über jene Bezirke hinaus Ausnahmen nach Maassgabe des örtlichen Bedürfnisses zu bewilligen.

Zu Artikel 5, 6 und 7 des Vertrages.

Die in den Artikeln 5, 6 und 7 verabredeten Verkehrserleichterungen finden unter den in der Uebereinkunft zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg und Baden vom 20. Februar 1854 festgesetzten Controlen auch auf den Verkehr über den Bodensee Anwendung. || Eine Revision der gedachten Uebereinkunft mit Rücksicht auf solche Bestimmungen derselben, welche in Folge thatsächlich veränderter Verhältnisse einer Modification bedürfen, bleibt vorbehalten.

Zu Artikel 7 des Vertrages.

1. Die im Artikel 7 bezeichnete Erleichterung ist durch nachstehende Umstände bedingt: || a) Die Waaren müssen beim Eingangsamte zur Weiter- sendung mit einem Begleitschein (nicht zur schliesslichen Abfertigung) angemeldet werden und von einer amtlichen Bezettelung begleitet sein, welche er- giebt, dass und wie sie am Versendungsorte unter amtlichen Verschluss ge- setzt worden sind. || b) Dieser Verschluss muss bei der Prüfung als unverletzt und sichernd befunden werden. || c) Die Deklaration muss vorschriftsmässig und dergestalt erfolgen, dass wegen mangelhafter Anmeldung die specielle Re- vision nicht erforderlich wird, und es darf zum Verdacht eines beabsichtigten Unterschleifs überhaupt keine Veranlassung vorliegen. || Lässt sich ohne Ab- ladung der Waaren die vollständige Ueberzeugung gewinnen, dass der in dem Gebiete des anderen Theiles angelegte Verschluss unverletzt und sichernd sei, so kann auch die Abladung und Verwiegung der Waaren unterbleiben.

2. Soweit an einzelnen Orten in Deutschland ein Bedürfniss sich geltend macht, soll auf besonderes Ansuchen auch Waarenführern die Benutzung der öffentlichen Niederlage gestattet werden. Die gleiche Begünstigung wird öster- reichisch-ungarischerseits zugestanden.

Nr. 7681.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Zu Artikel 8 des Vertrages.

1. Die bestehenden Zusammenlegungen von gegenüberliegenden Grenzzollämtern bleiben aufrecht. Doch steht jedem der beteiligten Staaten frei, eine solche Zusammenlegung gegen vorherige sechsmonatliche Kündigung zurückzuziehen. || Neue Zusammenlegungen bleiben der Verständigung zwischen Oesterreich und den beteiligten deutschen Staaten vorbehalten.

2. Es wird auch ferner auf thunlichste Uebereinstimmung in den Abfertigungsbefugnissen der gegenüberliegenden Grenzzollämter Bedacht genommen werden. || Eine ausnahmsweise Erweiterung der Kompetenz einzelner Aemter wird der besonderen Verständigung der beteiligten Regierungen vorbehalten.

Hinsichtlich der Stellung und der Amtsbefugnisse der auf das Gebiet des anderen Theiles verlegten Grenzzollämter hat man sich über folgende Grundsätze geeinigt: || a) Ein auf das jenseitige Gebiet verlegtes, früher auf dem Gebiete des Staates, welchem es angehört, aufgestellt gewesenes Zollamt behält den Namen des früheren Standortes, welchem jedoch sein neuer Standort beigelegt wird. Die auf jenseitigem Gebiete neu errichteten Aemter erhalten den Namen ihres Standortes. || b) Die Schlagbäume erhalten die Landesfarben des Territoriums, auf welchem sie stehen; das Amtsschild wird mit den Farben und Wappen des Landes, welchem das Amt angehört, versehen. || c) Die Aufrechthaltung der Hausordnung liegt dem Vorsteher des Territorialamtes ob. || d) Die Regierung des Territorialstaates hat dafür zu sorgen, dass die auf ihr Gebiet übersetzten Beamten in Betreibung ihrer zollamtlichen Geschäfte nicht gestört werden, und dass namentlich die Sicherheit ihrer Dienstpapiere und Gelder keinem Anstande unterliege. || e) Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten und Angestellten, welche sich aus irgend einer im Vertrage vorgesehenen Veranlassung in der vorschriftsmässigen Dienstuniform in den gegenüberliegenden Staat begeben, sind dort von dem für Rechnung des Staates zu erhebenden Wege-, Brücken- und Fährgelde ebenso wie die eigenen Beamten und Angestellten befreit. Dagegen haben sie die Befreiung von dergleichen Kommunikationsabgaben, deren Erhebung Gesellschaften, Korporationen, Gemeinden oder einzelnen Privatpersonen zusteht, nur insoweit zu beanspruchen, als sie nach dem bestehenden Tarife begründet erscheint. || f) Es wird ausdrücklich anerkannt, dass durch die Zusammenlegung der gegenüberliegenden Zollämter wohl eine thunliche Gleichzeitigkeit der beiderseitigen Amtshandlungen, nicht aber eine regelmässige Abfertigungsgemeinschaft beabsichtigt sei, dass demnach, abgesehen von Fällen aussergewöhnlichen Verkehrsandranges und den hierfür von den beiderseitigen Zollverwaltungen cinvernehmlich zu erlassenden Instruktionen, jedes der beiden Aemter nur die ihm als Ein- oder Ausgangsamt seines Staates obliegenden Funktionen zu vollziehen, an den gleichen Funktionen des anderen Amtes aber sich nicht zu betheiligen habe. || g) Die gegenwärtig bestehenden Verabredungen || zur Regelung der Verhältnisse der Beamten und Angestellten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, || über das Verhalten der Beamten und Ange-

stellten der beiderseitigen Zollschutzwachen in ihrem Verkehr zu den Beamten und Angestellten der Wachanstalten des Nachbarstaates, || über die Unterbringung der auf das Gebiet des einen Staates verlegten Aemter des anderen Staates und die hierfür anzurechnenden Miethzinse, || über die Kosten der Reinigung und Heizung der zusammengelegten Aemter, || über die Errichtung, Erhaltung, Beleuchtung, das Schliessen und Oeffnen der Schlagbäume bei den zusammengelegten Aemtern, || über die Rechte und Pflichten der Beamten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, denen Wohnungen in dem Staatsgebäude des letzteren eingeräumt worden, || über die Zollabfertigungen an Sonn- und Feiertagen, endlich || über die gegenseitige Zollbefreiung für fertige Beamten-Uniform- und Armaturstücke || werden hierdurch aufrechterhalten. || Der Grenzpassantendienst wird von jedem der vertragschliessenden Theile nach den in seinem Gebiete diesfalls bestehenden Vorschriften und mit Rücksicht auf die besonderen Vereinbarungen gehandhabt werden.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Zu Artikel 10 des Vertrages und zum Zollkartell.

1. Zu § 4 des Zollkartells. Zu den oberen Zoll- und Steuerbeamten, welche befugt sind, bei den Einhebungsämtern des gegenüberliegenden Zollgebietes die Register oder Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach demselben und an dessen Grenze nachweisen, nebst Belegen zur Notiznahme einzusehen, gehören ausser den höheren Beamten, in Oesterreich-Ungarn: die Oberbeamten der Hauptzollämter, die Finanzwach-Obercommissäre und Commissäre, in Deutschland: die Hauptamtsmitglieder und die Obercontrolöre.

2. Zu § 5 des Zollkartells. Es wird als unbedenklich anerkannt, dass die Grenzaufseher (Finanzwachmannschaften) zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels sich gegenseitig unterstützen und ihre darauf bezüglichen Wahrnehmungen einander unmittelbar mittheilen. Man war jedoch darüber einverstanden, dass die zur Verständigung über zweckmässiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen vorzunehmenden Berathungen zunächst nur unter den beiderseitigen oberen Zoll- und Steuerbeamten stattzufinden haben.

3. Zu § 6 des Zollkartells. Es wird anerkannt, dass die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten, wenn dieselben bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen sich begeben, sich lediglich darauf zu beschränken haben, bei den dortigen Ortsvorständen oder Behörden die zur Ermittlung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Maassregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen, dass die genannten Beamten dagegen auf fremdem Gebiete weder die Person des Thäters, noch die Gegenstände der

Nr. 7631. Uebertretung anhalten, noch auch von ihren Waffen Gebrauch machen dürfen.
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881. Sollten aber die Beamten bei der Verfolgung durch thätliche Angriffe auf ihre Person in die Nothwendigkeit versetzt werden, zu ihrer Selbstvertheidigung auf fremdem Territorium von ihren Waffen Gebrauch zu machen, so haben in jedem einzelnen Falle die Behörden des Landes, in welchem dieser Fall vorgekommen, nach den daselbst geltenden Gesetzen darüber zu entscheiden, ob dieser Gebrauch überhaupt oder in dem stattgehabten Umfange zur Abwehr der thätlichen Angriffe erforderlich gewesen ist.

4. Zu §§ 6 und 11 des Zollkartells. Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten können, wenn sie sich zu den in den §§ 6 und 11 des Zollkartells bezeichneten Zwecken in das Gebiet des anderen Theiles begeben, dabei ebenso bewaffnet sein, wie es für die Ausübung des Dienstes im eigenen Lande vorgeschrieben ist.

5. Zu § 8 des Zollkartells. Man war darüber einverstanden, dass es, solange fremde unverzollte Waaren im Grenzbezirke nur an Orten, wo sich Zollämter befinden, und dort nur in zollamtlichen Niederlagen oder doch unter einer gegen missbräuchliche Verwendung hinreichend sichernden Controle niedergelegt werden dürfen, zur Ausführung der im § 8 enthaltenen Verabredungen genüge, wenn die beiderseitigen Zollbehörden angewiesen werden, Niederlagen der gedachten Art sowie Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes mit gehöriger Berücksichtigung auch der Zollinteressen des anderen Theiles in der gesetzlich zulässigen Weise zu controliren.

6. Zu § 9 des Zollkartells. Zur Ausführung der Verabredung unter lit. a des § 9 werden den beiderseitigen Aemtern die in dem gegenüberliegenden Zollgebiete in der Einfuhr und Durchfuhr verbotenen oder einer besonderen Erlaubniss bedürfenden Gegenstände besonders bezeichnet werden.

7. Zu § 10 des Zollkartells. Nach § 10 des Zollkartells sollen die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren geleisteten Sicherheiten sowie die für Ausfuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann gewährt werden, wenn durch eine vom Eingangsamte auszustellende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die aus dem deutschen Zollgebiete nach Oesterreich-Ungarn oder umgekehrt ausgeführte Waare in Oesterreich-Ungarn beziehentlich dem deutschen Zollgebiete angemeldet worden ist. || In Bezug auf die Ausführung dieser Bestimmung war man darüber einverstanden, dass es bei dem bisherigen Verfahren nach Maassgabe der nachfolgenden Vorschriften verbleiben soll:

a) Bei dem gewöhnlichen Frachtverkehr, wo die beiderseitigen Grenzzollämter die zollgesetzliche Ausgangs-, beziehungsweise Eingangsabfertigung der Waaren vornehmen, erfolgt die Ueberweisung derselben behufs der Anmeldungsbescheinigung auf den die Waaren begleitenden Abfertigungspapieren von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates an das Grenzzollamt des Eingangstaates. Das letztere gibt die Anmeldungsbescheinigung unter Beidrückung des Amtsigels und unter amtlicher Unterschrift mit den Worten: „Angemeldet und

unter Nr. des Registers eingetragen.“ || b) Bei dem Frachtverkehr mittelst der Eisenbahn findet dasselbe Verfahren statt, auch wenn die Ausgangsabfertigung bei einem Amte im Innern und die Eingangsabfertigung bei dem Grenzzollamte oder die Ausgangsabfertigung bei dem Grenzzollamte und die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern, oder die Ausgangs- und die Eingangsabfertigung beiderseits bei einem Amte im Innern vorgenommen wird. || Damit aber in dem Falle, wo die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern stattfindet, dieses weiss, welche der ihm im Ansageverfahren überwiesenen Güter im gebundenen Verkehre übergegangen sind, so bemerkt das Grenzzollamt des Eingangsstaates auf Grund der ihm von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates mitgetheilten Abfertigungspapiere bei der betreffenden Post der Ladeliste, welches Amt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung vorgenommen hat, sowie in welchem Register und unter welcher Nummer desselben die Waare dort eingetragen ist. Es würde also z. B. bei einer nach Wien bestimmten Waarenpost, welche mit Begleitschein nach Breslau gekommen und dort zum Ausgange über Oderberg abgefertigt ist, das österreichische Grenzzollamt zu Oderberg, welches die Waaren im Ansageverfahren nach Wien ablässt, auf Grund des ihm von dem preussischen Grenzzollamte zu Oderberg mitgetheilten Begleitscheines in der Ladeliste bei der betreffenden Post bemerken: || „Im gebundenen Verkehre von Breslau, Begleitschein. Empfangsregister Nr. . . .“ || Damit aber auch das Ausgangs-Abfertigungsamt sofort beim Rückempfang der von dem Grenzzollamte des Eingangsstaates für die Anmeldung bescheinigten Abfertigungspapiere erfährt, welches Amt des Eingangsstaates die zollgesetzliche Eingangsabfertigung vornimmt, so giebt das Grenzzollamt des Eingangsstaates die Anmeldebescheinigung über die von ihm im Ansageverfahren auf ein Amt im Innern abgelassenen Waaren dahin: || „Durch Ladungsliste Nr. . . . angemeldet und mit Ansagezettel Nr. . . . nach abgelassen.“ || Bei zusammengelegten Zollämtern, welche einen erheblichen Eisenbahnverkehr abzufertigen haben, soll es jedoch genügen, dass die Eingangsämter die Uebernahme der unverabgabten Waaren durch den Abdruck des Amtsstempels in den Abfertigungspapieren des anderen Theiles bestätigen. || c) Bei dem Postverkehre, es mag die Beförderung der Güter mittelst der gewöhnlichen Postwagen oder mittelst der Eisenbahn erfolgen, besorgt das Grenzzollamt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung der im gebundenen Verkehre übergehenden Waaren. Der zu prüfende Verschluss bleibt an den einzelnen Poststücken, und bescheinigt das Grenzausgangsamt dies auf der für das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärung unter Beidrückung des Amtssiegels mit den Worten:

„Blei- } Verschluss von N. N. belassen“,
 „Siegel- }

so dass alle aus dem gebundenen Verkehre des Ausgangsstaates eingehenden Poststücke beim Grenzeingangsamte mit amtlichem Verschlusse und mit amtlich bescheinigter Eingangserklärung ankommen und, sofern dort nicht die zoll-

Nr. 7631.
 Deutschland
 und
 Oesterreich-
 Ungarn.
 23. März 1881.

Nr. 7831.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

gesetzliche Eingangsabfertigung stattfindet, damit auf das dazu berufene Amt im Innern abgelassen werden müssen. Die Zollabfertigungspapiere des Grenzausgangsamt lässt dieses ebenfalls mit an das Grenzeingangsamt gehen, welches sie zum Beweise der Eingangs anmeldung abstempelt und dann sofort zurücksendet. || Es herrscht Einverständnis darüber, dass bei zusammengelegten Zollämtern an der Eisenbahn und insbesondere dort, wo ein direkter Uebergang der Posten in den nämlichen Eisenbahn-Postwagen ohne Ausladung der Poststücke stattfindet und die letzteren theils unter Einzel-, theils unter Raumverschluss einlangen, beziehungsweise weiter abgefertigt werden, von der Bescheinigung des Verschlusses seitens des Austrittsamtes auf den für das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärungen abgesehen werden könne und es genüge, dass das Ausgangsamt die Zollabfertigungspapiere dem Eingangsamt zur Einsicht und behufs Abstempelung sogleich nach Eintreffen der Post zustelle.

8. Zu § 11 des Zollkartells. Die Verständigung über die in § 11 erwähnten Punkte bleibt der Verhandlung zwischen Oesterreich und den angrenzenden deutschen Staaten vorbehalten. || Die zollamtliche Abfertigung der über die beiderseitigen Grenzen auf Eisenbahnen verkehrenden Viehtransporte soll thunlichst beschleunigt und erleichtert werden. Dieselbe ist auf vorherige Anmeldung und bezüglich Antrag der Eisenbahnverwaltungen, wenn sonst die übrigen Voraussetzungen zutreffen, auch zur Nachtzeit vorzunehmen, sofern dies mit einer vollkommen verlässlichen Vollziehung des Dienstes vereinbar ist.

9. Zu § 13 des Zollkartells. Nach § 13 des Zollkartells sollen Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles mindestens mit denselben Strafen bedroht werden, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen der eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Man war darüber einverstanden, dass in jenen Staaten, in welchen die Uebertretungen der aus polizeilichen Rücksichten ergangenen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote nicht als eine Verletzung der Abgabengesetze erachtet werden, auch nicht die zum Schutze der letzteren angedrohten Strafen, sondern jene des einschlägigen Strafgesetzes Anwendung finden können, unbeschadet der Verfolgung nach dem Zollstrafgesetze, falls zugleich eine Zollübertretung vorliegt.

10. Zu § 14 des Zollkartells. Die Anträge auf Einleitung der Untersuchung können in Oesterreich-Ungarn von den Finanzbezirksdirektionen, beziehungsweise Finanzdirektionen und den Finanzinspektoren (Grenzinspektoren), in Deutschland von den Hauptämtern ausgehen. || Die beiderseitigen Behörden haben dergleichen Anträge an einander zu richten, um das Weitere zu veranlassen.

11. Zu § 21 des Zollkartells. Neben der Strafe sind auch die vom Uebertreter umgangenen Gefälle einschliesslich der Lizenzgebühren einzuziehen.

12. Zu § 22 des Zollkartells. Die Bestimmungen im Alinea 3 des § 20 wegen Tragung der Kosten findet auch in dem hier vorgesehenen Falle einer Einstellung der Untersuchung Anwendung.

Zu Artikel 11 des Vertrages.

Man ist darüber einverstanden, dass von den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages die Ausübung der nationalen Fischerei ausgeschlossen bleibt. Die verabredete Gleichstellung der Seehandelsschiffe und deren Ladungen in den beiderseitigen Seehäfen erstreckt sich nicht: || a) auf Prämien, welche für neu erbaute Seehandelsschiffe ertheilt werden oder ertheilt werden möchten, sofern dieselben nicht in der Befreiung der Hafen- und Zollgebühren oder in der Ermässigung solcher Gebühren bestehen; || b) auf die Privilegien für sogenannte Yachtclubs, welche dritten Staaten angehören.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1861.

Zu den Artikeln 16 und 18 des Vertrages.

1. Die in den Artikeln 16 und 18 enthaltenen Bestimmungen erstrecken sich auch auf den Fall, wo eine Umladung durch Verschiedenheit der Bahngeleise nöthig wird. Obgleich dieselben auf sonstige Umladungen von Eisenbahntransporten nicht ausgedehnt werden konnten, so wird doch anerkannt, dass, wo durch sehr grosse Entfernung der Auf- und Abladungsorte eine Umladung nöthig wird, die Ausdehnung jener Begünstigungen auf Fälle, wo eine gehörig beaufsichtigte Umladung stattfindet, nicht auszuschliessen sei.

2. Postsendungen, welche auf Eisenbahnen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus- oder nach dem Gebiete des anderen durchgeführt werden, sollen, wenn ihre Beförderung in gehörig verschliessbaren Behältnissen erfolgt und die Zahl, der Inhalt und das Rohgewicht der Poststücke aus den der Zollbehörde zugänglichen Postpapieren ersichtlich sind, von der Deklaration und Revision sowohl im Innern als an der Grenze, sowie von dem zollamtlichen Verschluss der einzelnen Poststücke auch in dem Falle freibleiben, wenn sie zum Zweck des Ueberganges von einer Eisenbahn auf eine andere umgeladen werden. || Die Angabe des Inhalts der Poststücke darf hinsichtlich der mit der Ueberlandspost beförderten Gegenstände unterbleiben.

3. Man ist darüber einverstanden, dass durch die im zweiten Alinea des Artikels 18 und die vorstehend unter 2 vereinbarte Befreiung der auf Eisenbahnen transitirenden Güter und Postsendungen von der zollamtlichen Revision die Ausführung einer solchen Revision nicht ausgeschlossen sein soll, wenn Anzeigen oder begründete Vermuthungen einer beabsichtigten Zollübertretung vorliegen.

4. Die Zollabfertigung des gegenseitigen Eisenbahnverkehrs soll, wie bisher, nach den in der Beilage C des Vollzugsprotokolls zum Verträge vom 11. April 1865 ersichtlichen Bestimmungen erfolgen. Dabei sollen die zwischen Oesterreich-Ungarn und den betreffenden deutschen Staaten bestehenden Erleichterungen des Eisenbahnverkehrs, sofern sie weiter gehen als die erwähnten Bestimmungen, noch ferner aufrechtbleiben. Ebenso sollen die in der Beilage D (Vollzugsprotokoll 1865) ersichtlichen Vorschriften über die Anwendung des Schiffsverschlusses auch ferner in Kraft bleiben.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Zu Artikel 19 des Vertrages.

1. Was den Mess- und Marktverkehr anbelangt, so hat man sich über die Form der Legitimation, welche von den Angehörigen des anderen Theiles, die der im ersten Absatze des Artikels 19 ausgesprochenen Begünstigung theilhaftig werden wollen, beizubringen ist, nach Inhalt der Anlage C verständigt. Zur Ausstellung dieser Legitimation sollen die nachstehend unter 2 genannten Behörden befugt sein.

2. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waarenankäufe machen oder Waarenbestellungen suchen wollen, sollen hierzu abgabefrei auf Grund von Gewerbe-Legitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathslandes ausgefertigt sind. || Die Ausfertigung dieser Karten soll nach dem unter D anliegenden Muster erfolgen. || Sie geschieht durch diejenigen Behörden, denen die Ertheilung von Passkarten nach den gegenwärtig bestehenden Uebereinkünften übertragen ist. Jedem vertragschliessenden Theile bleibt vorbehalten, nach Befinden eine mässige Gebühr für die Ausfertigung zu erheben. || Zur Vermeidung von Verwechslungen und Verfälschungen sollen die für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichmässig herzustellen Karten nach Format und Farbe von den Passkarten sich unterscheiden, in jedem Jahre eine verschiedene Farbe tragen und in einem Format hergestellt werden, welches die bequeme Mitführung in der Tasche möglich macht. || Die mit einer Gewerbe-Legitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen nur Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. Für andere als die in der Karte genannten Gewerbetreibenden dürfen sie Geschäfte weder abschliessen noch vermitteln. Auch dürfen sie ausschliesslich im Umherreisen Bestellungen suchen und Ankäufe machen. Sie haben ausserdem die in jedem Staate gültigen Vorschriften zu beachten. || Bis zum Schlusse des Jahres 1881 sollen Gewerbe-Legitimationskarten der bisher vereinbart gewesenen Form in Anwendung und Geltung bleiben; bis dahin sollen die Karten auch, wie bisher, den Reisenden die Befugniss gewähren, aufgekaufte Waaren nach dem Bestimmungsorte mitzunehmen. Vom 1. Januar 1882 ab kommt dagegen die Befugniss, aufgekaufte Waaren mitzunehmen, in Wegfall.

Zu Artikel 20 des Vertrages.

Die Hinterlegung der Bezeichnungen der Waaren oder deren Verpackung, der Fabrik- und Handelsmarken sowie der Muster und Modelle, deren Rechtsschutz die deutschen Angehörigen in Oesterreich-Ungarn erwerben wollen, hat sowohl bei der Handelskammer in Wien als auch bei jener in Budapest zu erfolgen. || Da in dem Gebiete des deutschen Reiches gemäss der daselbst bestehenden Gesetze über jede Patentertheilung eine amtliche Bekanntmachung erfolgen muss, so wird festgesetzt, dass, wenn ein Angehöriger des deutschen Reiches auf einen daselbst patentirten Gegenstand auch in Oesterreich-Ungarn ein Privilegium erwirbt, die in Deutschland gesetzlich mittelst Druckes erfolgte

Veröffentlichung der betreffenden Patentbeschreibung und Zeichnung keinen gesetzlichen Nichtigkeitsgrund gegen den Rechtsbestand des analogen österreichischen und ungarischen Privilegiums bilden soll, insofern das den Bedingungen des Gesetzes entsprechende Gesuch um dessen Ertheilung bei der competenten Behörde innerhalb des Zeitraums von drei Monaten, vom Tage obiger Veröffentlichung ab gerechnet, eingereicht worden ist, welcher Tag in den Druckexemplaren der deutschen Patentschriften angegeben werden wird.

Nr. 7631.
Deutschland
und
Oesterreich-
Ungarn.
23. März 1881.

Zu den Artikeln 21 und 22 des Vertrages.

Unter Consuln sind alle mit Consulargeschäften Beauftragte verstanden. Jeder der vertragschliessenden Theile, dessen Angehörigen der Consul des anderen Theiles nach Maassgabe des Artikels 22 Schutz und Beistand gewährt hat, ist verpflichtet, die dadurch erwachsenen Auslagen und Kosten nach denselben Grundsätzen zu erstatten, wie dies von dem Theile, welcher den Consul bestellt hat, rücksichtlich seiner eigenen Angehörigen geschehen würde.

Zu Artikel 23 des Vertrages.

Man war darüber einverstanden, dass unter den Zollstellen, an welche Beamte zu dem im Alinea 1 des Artikels 23 gedachten Zweck zu senden, die vertragschliessenden Theile sich gegenseitig das Recht zugestanden haben, die Zolldirectivbehörden (in Oesterreich-Ungarn: die Finanzlandesdirectionen und Finanzdirectionen, in Deutschland: die Zolldirectionen) nicht mitbegriffen sind, sondern dass darunter nur die Bezirksbehörden (in Oesterreich-Ungarn: die Finanzbezirksdirectionen, Finanzinspectoren, in Deutschland: die Hauptämter mit den ihnen untergeordneten Localbehörden) verstanden werden. || Ebenso war man darüber einverstanden, dass zwar jeder Regierung die Auswahl der Zollstellen des anderen Zollgebietes, an welche sie Beamte zu dem vertragsmässig bezeichneten Zweck senden will, überlassen bleibe, dass es aber erforderlich sei, die betheiligte Regierung jedesmal vorher von der Person des zu entsendenden Beamten und von den Zollstellen zu benachrichtigen, an welche derselbe gesendet werden soll.

Zu Artikel 26 des Vertrages.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Vertrage den hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratification des letzteren auch die in ersterem enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratification derselben als genehmigt angesehen werden sollen. || Es wurde hierauf das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich von Boetticher. Graf A. Wolkenstein.

Nr. 7632. **DEUTSCHLAND** und die **SCHWEIZ**. — Handelsvertrag vom 23. Mai 1881.

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, einerseits, und der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, andererseits, von der Absicht geleitet, den am 13. Mai 1869 abgeschlossenen, zuletzt durch die Uebereinkunft vom 1. Mai 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 verlängerten Handels- und Zollvertrag in seinen wesentlichen Verabredungen weiterhin aufrechtzuerhalten, haben zu diesem Ende Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: — — — — — welche, unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratification, den folgenden Handelsvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Die beiden vertragschliessenden Theile geben sich die Zusicherung, in Beziehung auf Eingangs- und Ausgangsabgaben sich wechselseitig auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu behandeln. || Jeder der beiden Theile verpflichtet sich demgemäss, jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermässigung, welche er in den gedachten Beziehungen einer dritten Macht bereits zugestanden hat oder in der Folge zugestehen möchte, gleichmässig auch dem anderen vertragschliessenden Theile gegenüber ohne irgend welche Gegenleistung in Kraft treten zu lassen. || Die vertragschliessenden Theile machen sich ferner verbindlich, gegen einander kein Einfuhrverbot und kein Ausfuhrverbot in Kraft zu setzen, welches nicht zu gleicher Zeit auf die anderen Nationen Anwendung fände. || Die vertragschliessenden Theile werden jedoch während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages die Ausfuhr von Getreide, Schlachtvieh und Brennmaterialien gegenseitig nicht verbieten.

Art. 2. Hinsichtlich der in der Anlage A verzeichneten Gegenstände ist man übereingekommen, dass sie bei dem Uebergange vom Gebiete des einen Theiles nach dem Gebiete des anderen Theiles gegenseitig gänzliche Zollfreiheit geniessen sollen.

Art. 3. Die aus einem der beiden Gebiete eingehenden oder nach demselben ausgehenden Waaren aller Art sollen gegenseitig in dem anderen Gebiete von jeder Durchgangsabgabe befreit sein. || In Beziehung auf die Durchfuhr sichern sich die vertragschliessenden Theile in jeder Hinsicht die Behandlung der meistbegünstigten Nation zu.

Art. 4. Zur Erleichterung im gegenseitigen Grenzverkehr sind unter den vertragschliessenden Theilen diejenigen besonderen Bestimmungen vereinbart worden, welche sich in der Anlage B dem gegenwärtigen Vertrage angeschlossen finden.

Art. 5. Die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben wird beiderseits zugestanden, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist: || 1. für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen || auf Märkte oder Messen,

oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- und Marktverkehr oder als Muster || eingebracht werden; alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; || 2. Vieh, welches aus dem einen Gebiet auf Märkte des anderen gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird; || 3. leere Fässer, Säcke u. s. w., welche entweder zum Einkauf von Oel, Getreide u. dergl. von dem einen Gebiet in das andere mit der Bestimmung des Wiederausgangs eingebracht werden, oder, nachdem Oel, Getreide u. dergl. darin ausgeführt worden, zurückkommen; || 4. Vieh, welches zur Fütterung oder auf Weiden aus dem einen Gebiet in das andere gebracht und von der Fütterung oder nach der Weidezeit in das erstere zurückgeführt wird.

Nr. 7692.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

Art. 6. Zur Regelung des Verkehrs zum Zwecke der Veredelung von Waaren zwischen den Gebieten der vertragschliessenden Theile wird festgesetzt, dass bei der Rückkehr aus dem Veredelungslande von Eingangsabgaben befreit bleiben: || a) Gewebe und Garne, welche zum Waschen, Bleichen, Färben, Walken, Appretiren, Bedrucken und Sticken, sowie Garne, welche zum Stricken, || b) Gespinnste (einschliesslich der erforderlichen Zuthaten), welche zur Herstellung von Spitzen und Posamentierwaaren, || c) Garne in gescheerten (auch geschlichteten) Ketten nebst dem erforderlichen Schussgarn, welche zur Herstellung von Geweben, || d) Seide, welche zum Färben, || e) Häute und Felle, welche zur Leder- und Pelzwerkbereitung, || f) Gegenstände, welche zum Lackiren, Poliren und Bemalen in das andere Gebiet ausgeführt worden sind, || g) sonstige zur Ausbesserung, Bearbeitung oder Veredelung bestimmte, in das andere Gebiet gebrachte und nach Erreichung jenes Zwecks, unter Beobachtung der deshalb getroffenen besonderen Vorschriften zurückgeführten Gegenstände, wenn die wesentliche Beschaffenheit und die Benennung derselben unverändert bleibt, und zwar in allen diesen Fällen, sofern die Identität der aus- und wieder eingeführten Waaren und Gegenstände ausser Zweifel ist. || Ausserdem kann bei Garnen und Geweben die Zollfreiheit von dem Nachweis der einheimischen Erzeugung der zur Veredelung ausgeführten Waaren abhängig gemacht werden. || Ausgangsabgaben dürfen von Waaren, welche nach erfolgter Veredelung in das Versendungsland zurückgeführt werden, nicht erhoben werden.

Art. 7. Zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen werden die vertragschliessenden Theile die Zollabfertigung im wechselseitigen Verkehr so weit erleichtern, als sich dies mit der Zollsicherheit verträgt.

Art. 8. Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates (der Kantone), oder für Rechnung von Communen und Corporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses ruhen, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes, mit Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels.

Art. 9. Der im vorstehenden Artikel 8 ausgesprochene Grundsatz findet

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

keine Anwendung auf die in einzelnen Cantonen der Schweiz von Getränken erhobenen (inneren) Verbrauchssteuern. Indessen verpflichtet sich die schweizerische Eidgenossenschaft dahin, dass derartige Abgaben für deutsche Getränke während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages weder neu eingeführt, noch bestehende über ihren dermaligen Ansatz erhöht, und dass, falls der eine oder andere Canton die bezüglichen Steuern für schweizerische Getränke herabsetzen würde, diese Ermässigung in gleichem Verhältnisse auch auf die deutschen Getränke angewendet werden soll. || Für deutsche Weine, welche in Fässern (auch Doppelfässern) nach der Schweiz eingehen, soll, welches auch der Preis oder die Qualität derselben sei, die Steuer jedenfalls den geringsten Betrag derjenigen Ansätze nicht übersteigen, welche für ausländische, in einfachen Fässern eingeführte Weine in den betreffenden Cantonen gegenwärtig erhoben werden.

Art. 10. Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetriebe berechtigt sind, sollen, wenn sie persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen, oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, suchen, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein.

Art. 11. In Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken sollen die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen denselben Schutz wie die eigenen Angehörigen geniessen. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile haben jedoch die in dem Gebiete des anderen Theiles durch Gesetze oder Verordnungen vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen. || Der Schutz von Fabrik- und Handelsmarken wird den Angehörigen des anderen Theiles nur insofern und auf so lange gewährt, als dieselben in ihrem Heimathsstaate in der Benutzung der Marken geschützt sind.

Art. 12. Der gegenwärtige Vertrag soll vom 1. Juli 1881 an in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1886 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile denselben gekündigt hat. Die vertragschliessenden Theile behalten sich die Befugniss vor, nach gemeinsamer Verständigung in diesen Vertrag jederlei Abänderungen aufzunehmen, welche mit dem Geiste und den Grundlagen desselben nicht im Widerspruch stehen und deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan werden wird.

Art. 13. Gegenwärtiger Vertrag soll ratificirt und es sollen die Ratificationsurkunden bis spätestens am 30. Juni 1881 in Berlin ausgewechselt werden. So geschehen Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich v. Boetticher.

Roth.

Von Eingangs- und Ausgangsabgaben bleiben bei dem Uebergange von dem Gebiete des einen Theiles nach dem Gebiete des anderen Theiles gegenseitig gänzlich befreit:

1. Garten- und Futtergewächse, frische; || Kartoffeln; || Wurzeln, frische; || Obst, frisches, darunter auch Beeren mit Ausschluss der Weintrauben; || lebende Gewächse, jedoch nicht in Töpfen oder Kübeln; || Heu, Laub, Schilf, Stroh; || Erden und rohe mineralische Stoffe, auch gebrannt, geschlemmt oder gemahlen, soweit diese Gegenstände nicht mit einem Zollsatz namentlich betroffen sind; || Steine, rohe; || edle Metalle, gemünzt, in Barren und Bruch; || Münzgekrätz; || Abfälle von der Eisenfabrikation (Hammerschlag, Eisenfeilspäne), von Glashütten, auch Scherben von Glas und Thonwaaren, von der Wachsbereitung, von Seifensiedereien die Unterlage; || Blut von geschlachtetem Vieh, flüssiges und eingetrocknetes; || Hornspäne, Klauen, Knochen, Knochenmehl; || Thierflechten; || Leimleder, auch abgenutzte alte Lederstücke und sonstige, lediglich zur Leimfabrikation geeignete Lederabfälle; || Branntweinspülig; || Treber; || Weinhefe, trockene oder teigartige; || Oelkuchen; || Kleie; || Spreu; || Holzasche; || Steinkohlenasche; || Dünger, thierischer, und andere, jedoch nicht auf chemischem Wege zubereitete Düngungsmittel, als ausgelaugte Asche, Kalkächer, Knochenschau, Zuckererde und dergl.;

2. Kunstsachen, welche zu Kunstaustellungen oder für öffentliche Kunstinstitute und Sammlungen eingehen;

3. Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, welche nur zum Gebrauche als solche geeignet sind;

4. Kleidungsstücke und Wäsche, gebrauchte, welche nicht zum Verkauf eingehen; gebrauchte Hausgeräthe und Effekten, gebrauchte Fabrikgeräthschaften und gebrauchtes Handwerkszeug von Anziehenden zur eigenen Benutzung; auch auf besondere Erlaubniss neue Kleidungsstücke, Wäsche und Effekten, insofern sie Ausstattungsgegenstände von Angehörigen der Staaten des einen Theiles sind, welche sich aus Veranlassung ihrer Verheirathung in dem Gebiete des anderen Theiles niederlassen;

5. Gebrauchte Hausgeräthe und Effekten, welche erweislich als Erbschaftsgut eingehen, auf besondere Erlaubniss;

6. Reisegeräth, Kleidungsstücke, Wäsche und dergleichen, welches Reisende, Fuhrleute und Schiffer zu ihrem Gebrauche, auch Handwerkszeug, welches reisende Handwerker, Geräthe und Instrumente, welche reisende Künstler zur Ausübung ihres Berufes mit sich führen, sowie andere Gegenstände der bezeichneten Art, welche den genannten Personen vorausgehen oder nachfolgen; Verzehrungsgegenstände zum Reiseverbrauche;

7. Wagen, einschliesslich der Eisenbahnfahrzeuge, sowie Wasserfahrzeuge, welche bei dem Eingange über die Grenze zum Personen- und Waarentransporte dienen und nur aus dieser Veranlassung eingehen, die Wasserfahrzeuge mit Einschluss der darauf befindlichen gebrauchten Inventarienstücke, insofern

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1891.

die Schiffe Ausländern gehören, oder insofern inländische Schiffe die nämlichen oder gleichartige Inventariestücke einführen, als sie bei dem Ausgange an Bord hatten; auch leer zurückkommende Eisenbahnfahrzeuge inländischer Eisenbahnverwaltungen, sowie die bereits in den Fahrdienst eingestellten Eisenbahnfahrzeuge ausländischer Eisenbahnverwaltungen; || Wagen der Reisenden, auf besondere Erlaubniss auch in dem Falle, wenn sie zur Zeit der Einfuhr nicht als Transportmittel ihrer Besitzer dienten, sofern sie nur erweislich schon seither im Gebrauche derselben sich befunden haben und zu deren weiterem Gebrauche bestimmt sind; || Pferde und andere Thiere, wenn aus ihrem Gebrauche beim Eingang überzeugend hervorgeht, dass sie als Zug- oder Lastthiere zur Bespannung eines Reise- oder Frachtwagens gehören, zum Waarentragen oder zur Beförderung von Reisenden dienen.

Anlage B.

Bestimmungen über die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs.

§ 1. Um die Bewirthschaftung der an der Grenze liegenden Güter und Wälder zu erleichtern, werden von allen Eingangs- und Ausgangsabgaben befreit: || Getreide in Garben oder in Aehren, || die Roherzeugnisse der Wälder, Holz und Kohlen, || Sämereien, || Stangen, || Rebstecken, || Thiere und Werkzeuge jeder Art, || die zur Bewirthschaftung der innerhalb eines Umkreises von 10 km auf beiden Seiten der Grenze gelegenen Güter dienen, vorbehaltlich der in beiden Ländern zur Verhütung von Defraudationen allfällig bestehenden Controlen. || Von allen Eingangs- und Ausgangsabgaben werden ferner befreit sämtliche Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht eines einzelnen, von der Zollgrenze zwischen beiden Gebieten durchschnittenen Landgutes, bei der Beförderung zu den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden aus den durch die Zollgrenze davon getrennten Theilen.

§ 2. Von Eingangs- und Ausgangsabgaben bleiben befreit: || 1. Vieh, welches zur Arbeit aus dem einen Gebiet in das andere vorübergehend gebracht wird und von der Arbeit aus letzterem in das erstere zurückkommt; desgleichen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, welche zur vorübergehenden Benutzung aus dem einen in das andere Gebiet gebracht und nach erfolgter Benutzung wieder in das erstere zurückgeführt werden; || 2. Holz, Lohe (Rinde), Getreide, Oelsamen, Hanf und andere dergleichen landwirtschaftliche Gegenstände, welche im gewöhnlichen kleinen Grenzverkehr zum Schneiden, Stampfen, Mahlen, Reiben u. s. w. aus dem einen Gebiet in das andere gebracht und geschnitten, gestampft, gemahlen, gerieben u. s. w. in das erstere Gebiet zurückgebracht werden; || 3. Waaren oder Gegenstände, welche im gewöhnlichen kleinen Grenzverkehr entweder zur Veredelung, namentlich zum Bedrucken, Bleichen, Färben, Gerben, Spinnen, Weben u. s. w. oder zur handwerksmässigen Verarbeitung oder Ausbesserung aus dem einen Gebiet in das andere aus- und nachher veredelt, verarbeitet oder ausgebessert wieder eingehen; || 4. die selbst-

verfertigten Erzeugnisse der Handwerker, welche von diesen aus dem einen Gebiete auf die benachbarten Märkte des anderen gebracht werden und als unverkauft zurückkommen, mit Ausschluss von Gegenständen der Verzehung.

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

§ 3. Zum Schutze gegen Missbrauch werden in den Fällen des vorhergehenden § 2 die erforderlichen Controlmaassregeln beiderseitig zur Anwendung kommen. Doch ist dabei verstanden, dass dieselben auf das geringste, mit dem bezeichneten Zwecke vereinbare Maass beschränkt, und dass jedenfalls nicht mehr gefordert werden soll, als dass || 1. die fraglichen Gegenstände bei der Einfuhr, bezw. Ausfuhr, an einer Grenzzollstelle behufs vormerklicher Behandlung nach Gattung und Menge angemeldet, zur Festhaltung der Identität, wo es angeht, bezeichnet und nachher bei der Wiederausfuhr, bezw. Wiedereinfuhr der nämlichen Zollstelle wieder vorgeführt werden, und dass || 2. die Wiederausfuhr, bezw. Wiedereinfuhr, innerhalb einer bestimmten, von der Grenzzollstelle angesetzten Frist stattfinde.

Zur Forderung einer Caution sind die Grenzzollstellen berechtigt; doch soll dieselbe den einfachen Zollbetrag nicht übersteigen. Ueber die nähere Ausführung in Betreff dieser Controlmaassregeln soll, soweit nöthig, eine Uebereinkunft abgeschlossen werden.

Schlussprotokoll.

Verhandelt Berlin, den 23. Mai 1881.

Die Unterzeichneten traten zusammen, um den unter ihnen heute vereinbarten Handelsvertrag zu unterzeichnen, bei welcher Gelegenheit noch folgende Erklärungen, Verabredungen und erläuternde Bemerkungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt wurden.

I. Zu Artikel 1 des Vertrages.

Es soll in keiner Weise dem Recht jedes der vertragschliessenden Theile vorgegriffen sein, in Zukunft Staaten oder Theile von Staaten, welche gegenwärtig seinem Zollverbände fremd sind, in denselben aufzunehmen und fortan als Inland zu behandeln, ohne dass hierdurch mit Rücksicht auf den allgemeinen Grundsatz des Vertrags-Artikels 1 eine weitere Begünstigung für den anderen Theil erwächst. || Die Bestimmungen im Artikel 1 Absatz 3 schliessen die Befugniss nicht aus, zeitweise Einfuhrverbote aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten gegenseitig zu erlassen.

II. Zu Artikel 2 des Vertrages, beziehungsweise Anlage A. Nr. 4.

Man ist einverstanden, dass die in der Anlage A Nr. 4 vereinbarte gegenseitige Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben auch für solche, in allen ihren Theilen gebrauchte Maschinen gelten soll, welche von bereits Niedergelassenen aus ihren Stamm- oder Filial-Etablissements in dem einen Gebiete zur eigenen Benutzung in ihren Filial- oder Stamm-Etablissements in dem anderen Gebiete aus- und eingeführt werden. || Die Bewilligung der Zollfreiheit



Nr. 7682.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

für die gedachten Maschinen kann jedoch in jedem einzelnen Falle nur durch die Direktivbehörde erfolgen.

III. Zu Artikel 3 des Vertrages.

Durch die Bestimmung des Artikels 3 soll dem Rechte jedes der vertragschliessenden Theile nicht vorgegriffen sein, allfälligen Missbräuchen durch angemessene Schutzmaassregeln (Verbleiung, Kontrol- oder Begleitscheine) vorzubeugen.

IV. Zu Artikel 4 des Vertrages, beziehungsweise Anlage B.

Der kleine Grenzverkehr umfasst den nachbarlichen Verkehr der Grenzorte, welche nicht weiter als 16 km von der Grenze entfernt gelegen sind. || Wo die Gebiete der vertragschliessenden Theile durch Gewässer getrennt sind, welche beiderseitig als Ausland betrachtet werden, ist die vorstehend bezeichnete sowie die in Anlage B § 1 erwähnte Zone auf jeder Seite vom Ufer jenes Gewässers an landeinwärts zu berechnen, so dass die Ausdehnung des zwischenliegenden Gewässers dabei ausser Betracht fällt.

V. Zu den Artikeln 5 und 6 des Vertrages.

A. Die Begünstigung, wonach zollpflichtige Waaren, die zum ungewissen Verkauf oder als Muster eingebracht werden, von Eingangs- und Ausgangs-abgaben befreit sind (Art. 5 Nr. 1), kann von der Erfüllung nachstehender besonderer Bedingungen abhängig gemacht werden: || 1. Bei der Ausfuhr, beziehungsweise Einfuhr, ist der Betrag des auf den Waaren oder Mustern haftenden Ausgangs-, bezw. Eingangszolls zu ermitteln und bei dem abfertigenden Amte entweder baar niederzulegen, oder vollständig sicher zu stellen. || 2. Zum Zweck der Festhaltung der Identität sind die einzelnen Waaren oder Musterstücke, soweit es angeht, durch aufgedruckte Stempel oder durch angehängte Siegel oder Bleie zu bezeichnen. || 3. Das Abfertigungspapier, über welches die näheren Anordnungen von jedem der vertragschliessenden Theile ergehen, soll enthalten: || a) ein Verzeichniss der zur Ausfuhr bestimmten, beziehungsweise der eingebrachten Waaren oder Musterstücke, in welchem die Gattung der Waare und solche Merkmale sich angegeben finden, die zur Festhaltung der Identität geeignet sind; || b) die Angabe des auf den Waaren oder Mustern haftenden Ausgangs- und Eingangszolls, sowie darüber, ob solcher niedergelegt oder sichergestellt worden ist; || c) die Angabe über die Art der zollamtlichen Bezeichnung; || d) die Bestimmung der Frist, nach deren Ablauf, soweit nicht vorher der Wiedereingang, beziehungsweise die Wiederausfuhr der Waaren oder Muster nach dem Auslande, oder deren Niederlegung in einem Packhofe (Niederlagshause) nachgewiesen wird, der niedergelegte Zoll verrechnet oder aus der bestellten Sicherheit eingezogen werden soll. Die Frist darf den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten. || 4) Die Wiedereinfuhr, beziehungsweise die Wiederausfuhr, darf auch über ein anderes Amt als dasjenige, über welches die Ausfuhr, beziehungsweise die Einfuhr, bewirkt ist, erfolgen. || 5. Wer-

den vor Ablauf der gestellten Frist (3, d) die Waaren oder Muster einem zur Ertheilung der Abfertigung befugten Amte zum Zweck der Wiedereinfuhr, beziehungsweise der Wiederausfuhr oder der Niederlegung in einem Packhofs (Niederlagshause) vorgefuhrt, so hat dieses Amt sich durch die vorzunehmende Prufung davon zu uberzeugen, ob ihm dieselben Gegenstande vorgefuhrt worden sind, welche bei der Ausgangs-, beziehungsweise Eingangs-Abfertigung vorgelegen haben. Soweit in dieser Beziehung keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Wiedereinfuhr, beziehungsweise die Wiederausfuhr oder Niederlegung und erstattet den fruher niedergelegten Zoll oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Einleitung.

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

B. Ueber die Kontrolmaassregeln, welche zum Schutz gegen Missbrauch in den ubrigen Fallen der Artikel 5 und 6 beiderseitig in Anwendung kommen sollen, wird Verstandigung vorbehalten. Dieselben werden auf das geringste, mit dem bezeichneten Zweck vereinbare Maass beschaenkt und demgemass im wesentlichen innerhalb derjenigen Grenzen gehalten werden, welche durch die in Anlage B zum Vertrage enthaltenen Bestimmungen uiber die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs (§ 3) in Aussicht genommen worden sind; sodann sind dabei folgende Bestimmungen zu beachten: || 1. Die Abfertigung der bezeichneten Gegenstande, fuur welche auf Grund der Artikel 5 und 6 eine Zollbefreiung in Anspruch genommen wird, kann auch bei Zollstellen im Innern stattfinden. || 2. Gewichts διαφοrenzen, welche durch Ausbesserungen, durch die Bearbeitung oder Veredelung der Gegenstande entstehen, sollen in billiger Weise beruucksichtigt werden und geringere Differenzen eine Abgabentrichtung nicht zur Folge haben.

C. Unter Garnen und Geweben einheimischer Erzeugung werden die im Versendungslande selbst gesponnenen Garne und selbst gewebten Gewebe, dann solche Garne und Gewebe verstanden, welche zwar im rohen Zustande aus dem Auslande eingefuhrt und nach zollamtlicher Behandlung in den freien Verkehr gesetzt wurden, jedoch im Versendungslande gebleicht, oder gefaerbt, oder bedruckt, oder gesengt, oder appetirt oder mit Dessins versehen worden sind, um dann einer weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung im Veredelungslande zugefuhrt zu werden. || Zum Nachweise der einheimischen Erzeugung dient ein an der Waare anzubringender Fabrikstempel, beziehungsweise eine Bescheinigung des inlaendischen Erzeugers der Waare.

D. Die zur Wahrung der Identitaet der aus- und wiedereingefuehrten, beziehungsweise der ein- und wiederausgefuehrten Gegenstande amtlich angelegten Erkennungszeichen (Stempel, Siegel, Plomben etc.) sollen gegenseitig geachtet werden, und zwar in dem Sinne, dass die von einer Zollbehoerde des einen Gebietes angelegten Erkennungszeichen in dem anderen Gebiete zum Beweise der Identitaet ebenfalls dienen koennen, jedoch mit der Beschaenkung, dass beiderseits den Zollbehoerden das Recht zusteht, weitere Erkennungszeichen anzulegen.

E. In allen im Artikel 5 vorangefuehrten Faellen sind im deutschen Zoll-

Nr. 7632.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

gebiet alle Hauptzollämter und Nebenzollämter erster Klasse, sowie andere besonders mit Ermächtigung hierzu versehene Zollstellen, in der Schweiz die Haupt- und Nebenzollstätten zuständig, die zollfreie Abfertigung, wenn die Voraussetzungen derselben zutreffen, von sich aus vorzunehmen. || Dagegen sind in den Fällen von Artikel 6 nur die von den Directivbehörden dazu bezeichneten Zollstellen zur Ertheilung der Abfertigung befugt.

F. Für die in dem Artikel 6 lit. a bis g vorgesehene zollfreie Wiedereinfuhr ist eine Frist von 6 Monaten zu gewähren. Durch besondere Genehmigung der Directivbehörden kann dieselbe auf 12 Monate ausgedehnt werden. || Diese letztere Frist, vom Tage der Ausfuhr an berechnet, soll, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, auf Antrag der Beteiligten für die zollfreie Wiedereinfuhr denjenigen Waaren bewilligt werden, welche zur Zeit des Ablaufs des gegenwärtigen Vertrages zum Zwecke der Veredelung noch im Gebiete des anderen der vertragschliessenden Theile sich befinden.

VI. Zu den Artikeln 4, 5 und 6 des Vertrages.

Die Abfertigungen in allen hierunter begriffenen Fällen werden durchaus gebührenfrei erfolgen.

VII. Zu Artikel 7 des Vertrages.

1. Man ist darüber einverstanden, dass im wechselseitigen Verkehr Ursprungszeugnisse über die Waaren nicht gefordert werden sollen.

2. Güter, welche von einem Zollamte auf ein anderes Amt desselben Gebietes unter Zollkontrolle abgefertigt werden, sollen, wenn auch bis zur Erreichung des endlichen Bestimmungsortes ein oder mehrere Male das Ausland berührt wird, einer weiteren Abfertigung an zwischenliegenden Aemtern desselben Gebietes nicht unterzogen werden. || Etwaige, dem Geleitspapier beizusetzende Bescheinigungen über erfolgten Aus- und Eintritt aus dem einen Gebiet in das andere sind jedoch nicht ausgeschlossen.

3. Die mit den gewöhnlichen kursmässigen Fahrten der allgemeinen Verkehrsanstalten, wie Eisenbahnen, Dampfschiffe, Posten u. s. w., anlangenden Waaren und Reise-Effekten sollen beiderseits jederzeit mit thunlichster Beschleunigung zollamtlich abgefertigt werden, und es soll für solche Abfertigungen, welche nicht in die gewöhnlichen Abfertigungsstunden fallen, keinenfalls irgend eine besondere Gebühr erhoben werden.

4. Die beiden vertragschliessenden Theile geben sich gegenseitig die Zusicherung, bezüglich der Errichtung von Grenzzollstellen und der Bestimmung der Abfertigungsbefugnisse derselben, die durch wirkliche Verkehrsbedürfnisse veranlassen Wünsche thunlichst zu berücksichtigen.

VIII. Zu Artikel 9 des Vertrages.

Schweizerischerseits wird dabei verstanden und erklärt, dass der im Artikel 1 des Vertrages aufgestellte Grundsatz der wechselseitigen Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation auch hinsichtlich der im Ar-

tikel 9 bezeichneten Verbrauchssteuern Gültigkeit haben soll. || Ein Verzeichniss der Sätze, welche nach den Bestimmungen des Artikels 9 des Vertrages in den einzelnen schweizerischen Kantonen an inneren Verbrauchssteuern von Getränken zur Hebung gelangen, wird der Kaiserlichen Regierung schweizerischerseits ohne Verzug mitgetheilt werden.

Nr. 7682.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.

IX. Zu Artikel 10 des Vertrages.

Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theils Waarenankäufe machen oder Waarenbestellungen suchen wollen, sollen hierzu abgabefrei auf Grund von Gewerbe-Legitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigt sind. || Die mit einer Gewerbe-Legitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. || Die Ausfertigung dieser Karten soll nach dem unter C anliegenden Muster erfolgen. || Bis zum Schlusse des Jahres 1881 sollen Gewerbe-Legitimationskarten der bisher vereinbart gewesenen Form in Anwendung und Geltung bleiben; bis dahin sollen die Karten auch, wie bisher, den Reisenden die Befugniss gewähren, aufgekaufte Waaren nach dem Bestimmungsorte mitzunehmen. Vom 1. Januar 1882 ab kommt dagegen die Befugniss, aufgekaufte Waaren mit sich zu führen, in Wegfall. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind. || Gegenwärtiges Protokoll soll ohne besondere Ratification, als durch den Austausch der Ratificationen des heutigen Vertrages, auf welchen es Bezug hat, von den vortragschliessenden Theilen genehmigt und bestätigt angesehen werden.

Geschehen wie oben.

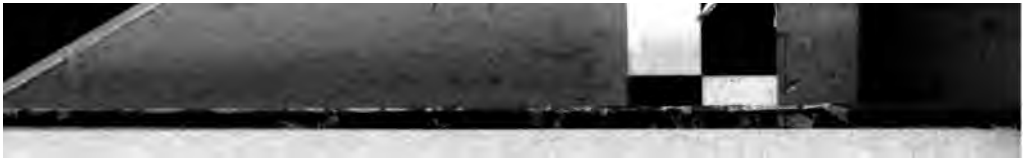
Karl Heinrich von Boetticher.

Roth.

Nr. 7633. DEUTSCHLAND und SCHWEIZ. — Protokoll, betreffend den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.

Nachdem bei den Verhandlungen über den am heutigen Tage unterzeichneten Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz sich ergeben hatte, dass mit dem Ablaufe des unter dem 13. Mai 1869 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrages die zur Zeit bestehenden Vereinbarungen wegen des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst in Deutschland einerseits und in der Schweiz andererseits ihr Ende erreichen, auf Seiten beider vertragschliessenden Theile aber der Wunsch zu erkennen gegeben war, den wechselseitigen Schutz jener Rechte, vorbehaltlich einer den Bedürfnissen entsprechenden Revision der zur Zeit maassgebenden

Nr. 7633.
Deutschland
und Schweiz.
23. Mai 1881.



Nr. 7633. Vereinbarungen, auch fernerhin zu gewährleisten, haben die beiderseitigen
Deutschland Bevollmächtigten die nachfolgende Verabredung in das gegenwärtige Protokoll
und Schweiz. niedergelegt:
23. Mai 1881.

1. In Betreff des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst sollen, soweit diese Erzeugnisse und Werke nicht als Erzeugnisse und Werke inländischer Urheber geschützt sind, für das Gebiet des deutschen Reiches und für das Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft die Bestimmungen der unter dem 13. Mai 1869 zwischen dem norddeutschen Bunde und der Schweiz abgeschlossenen Uebereinkunft maassgebend sein. Jedoch treten an die Stelle der im Artikel 6 dieser Uebereinkunft vorgesehenen Anmeldung und Eintragung die Anmeldung bei dem Stadtrath zu Leipzig und die Eintragung in die bei diesem geführte Eintragsrolle; Anmeldung und Eintragung sind nach den für die Werke inländischer Urheber maassgebenden Bestimmungen zu bewirken.

2. Gegenwärtige Verabredung soll vom 1. Juli 1881 an in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1886 in Kraft bleiben. Im Fall keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen der Verabredung aufhören zu lassen, kundgegeben hat, bleibt dieselbe in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder andere der vertragschliessenden Theile sie kündigen wird. Jeder der vertragschliessenden Theile soll ausserdem berechtigt sein, dieselbe schon früher mit gleicher Wirkung zu kündigen, wenn eine in dem Gebiete des einen oder anderen Theiles eingetretene Aenderung der Gesetzgebung über die darin behandelten Gegenstände eine Revision wünschenswerth machen sollte.

Gegenwärtiges Protokoll soll zugleich mit dem Handelsvertrage den hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden; im Falle der Ratification des Vertrages soll auch die in diesem Protokoll enthaltene Verabredung ohne weitere Ratification als genehmigt angesehen werden.

Es wurde hierauf das Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich von Boetticher.

Roth.

Nr. 7634. **DEUTSCHLAND** und **CHINA**. — Zusatz-Convention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrage vom 2. September 1861.

Nr. 7634. Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., im
Deutschland Namen des deutschen Reiches, und Seine Majestät der Kaiser von China, von
und China. dem Wunsche geleitet, die bessere Ausführung des am 2. September 1861
31. März 1890. abgeschlossenen Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrages zu sichern, haben in Ausführung der in dem 41. Artikel dieses Vertrages enthaltenen Bestimmung, nach welcher die hohen kontrahirenden deutschen Staaten das

Recht haben sollen, nach Ablauf von zehn Jahren eine Revision des Vertrages zu verlangen, beschlossen, eine Zusatz-Convention zu diesem Vertrage abzuschliessen.

Nr. 7834.
Deutschland
und China.
31. März 1880.

Zu diesem Ende haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt . . . , welche, nachdem sie ihre Vollmachten sich mitgetheilt und solche in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Artikel 1.

Chinesisches Zugeständniss. — Nachdem die Häfen I-ch'ang in Hupei, Wuhu in Anhui, Wenchow in Chekiang und Pakhoi in Kwangtung und die Landungsplätze Tatung und Anking in Anhui, Hukou in Kiangsi, Wusteh, Luchikou und Shashih in Hukuang bereits früher geöffnet worden sind, soll es fernerhin auch im Hafen Wusung in der Provinz Kiangsu deutschen Schiffen gestattet sein, zeitweilig anzuhalten, um Kaufmannsgüter einzunehmen oder abzuladen. Es sollen zu diesem Zweck die nöthigen Reglements von dem Tautai von Shanghai und sonstigen kompetenten Behörden ausgearbeitet werden.

Deutsches Zugeständniss. — Falls mit Zugeständnissen, welche die chinesische Regierung einer anderen Regierung macht, besondere vereinbarte Ausführungsbestimmungen verbunden sind, wird Deutschland, indem es für sich und seine Staatsangehörigen diese Zugeständnisse in Anspruch nimmt, auch den mit denselben verbundenen Ausführungsbestimmungen seine Zustimmung geben. || Artikel 40 des Vertrages vom 2. September 1861 wird durch diese Bestimmung nicht berührt und hiermit ausdrücklich bestätigt. Nehmen auf Grund desselben Reichsangehörige Privilegien, Freiheiten oder Vortheile in Anspruch, welche von der chinesischen Regierung einer anderen Regierung oder den Unterthanen irgend einer anderen Nation noch gewährt werden mögen, so werden dieselben sich auch den vereinbarten Ausführungsbestimmungen unterwerfen.

Artikel 2.

Chinesisches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche in China bereits die Tonnengelder bezahlt haben, sollen alle übrigen geöffneten Häfen China's sowie auch alle nicht chinesischen Häfen ohne Ausnahme, besuchen dürfen ohne innerhalb der viermonatlichen Frist von neuem Tonnengelder bezahlen zu müssen. || Deutsche Segelschiffe, welche länger als vierzehn Tage in einem chinesischen Hafen liegen, sollen für die über diesen Termin hinausgehende Zeit nur die Hälfte der vertragsmässigen Tonnengelder entrichten*).

Deutsches Zugeständniss. — An allen denjenigen Orten in Deutschland, an welchen Konsuln anderer Mächte zugelassen sind, soll auch die chine-

*) Durch Notenwechsel vom 31. März 1880 wurde festgestellt, dass diese Bestimmung nur versuchsweise eingeführt und, falls sich Schwierigkeiten bei Ausführung derselben herausstellen würden, abgeändert werden sollte.



Nr. 7834.
Deutschland
und China.
31. März 1880.

sische Regierung das Recht haben, Konsuln zu ernennen, welche dieselben Rechte und Vortheile geniessen sollen, wie die Konsuln der meistbegünstigten Nation.

Artikel 3.

Chinesisches Zugeständniss. — In allen geöffneten Häfen Chinas, wo der fremde Handelsstand es für wünschenswerth hält und die lokalen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, sollen der Chinesische Zolldirektor und die übrigen in Betracht kommenden Behörden, unter gleichzeitiger Ausarbeitung der erforderlichen Regulationen, die Errichtung von Entrepots selber in Angriff nehmen.

Deutsches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche die geöffneten Häfen China's besuchen, müssen ein Manifest einreichen, welches genaue Angaben über Qualität und Quantität der Waaren enthält. Irrthümer, welche sich darin eingeschlichen haben, dürfen im Lauf von vierundzwanzig Stunden (Sonn- und Festtage nicht miteingerechnet) verbessert werden. Falsche Angaben über die Quantität oder Qualität der verladenen Waaren werden durch Konfiscation der betreffenden Waaren und ausserdem durch eine dem Kapitän aufzuerlegende Geldbusse bestraft, welche letztere jedoch den Betrag von fünfhundert Taels nicht übersteigen darf.

Artikel 4.

Chinesisches Zugeständniss. — Für Kohlen chinesischer Herkunft, welche von deutschen Kaufleuten aus geöffneten Häfen exportirt werden, wird hiermit der Ausfuhrzoll auf drei (3) Mace für die Tonne herabgesetzt; für die von denjenigen Häfen ausgeführten Kohlen, für welche bereits früher ein niedrigerer Zoll festgesetzt worden ist, bleibt jedoch dieser niedrigere Satz bestehen.

Deutsches Zugeständniss. — Wenn Jemand, ohne im Besitz der vorschriftsmässigen Bescheinigung zu sein, für irgend eine Art von Schiffen das Lootsengewerbe betreibt, so soll er in eine Geldstrafe genommen werden, welche für jeden einzelnen Fall einhundert Taels nicht übersteigen darf. Auch sollen mit möglichster Beschleunigung Regulationen behufs Ausübung einer gehörigen Kontrolle über Matrosen vereinbart werden.

Artikel 5.

Chinesisches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche in Folge von im Hafen oder ausserhalb desselben erlittenen Beschädigungen reparaturbedürftig geworden sind, sollen für die, von dem Zollamt festzustellende, durch die Reparatur in Anspruch genommene Zeit keine Tonnengelder zu bezahlen haben.

Deutsches Zugeständniss. — Chinesen gehörige Schiffe dürfen sich nicht der deutschen Flagge bedienen. Ebenso wenig dürfen deutsche Schiffe sich der Chinesischen Flagge bedienen.

Artikel 6.

Chinesisches Zugeständniss. — Falls seeuntüchtig gewordene deutsche Schiffe in einem geöffneten Hafen China's abgebrochen werden, so kann das

Material derselben verkauft werden, ohne dass davon Eingangszoll erhoben wird. || Jedoch ist, sobald die Materialien an Land gebracht werden sollen, für dieselben in gleicher Weise, wie dies für Waaren geschieht, auf dem Zollamt ein „Erlaubnisschein zum Abladen“ vorher zu entnehmen.

Nr. 7634.
Deutschland
und China.
1. März 1890.

Deutsches Zugeständniss. — Wenn sich deutsche Staatsangehörige, ohne im Besitz eines vom Konsul ausgestellten und von der zuständigen chinesischen Behörde abgestempelten Passes zu sein, zu Vergnügungsreisen in das Innere begeben, so steht den betreffenden Lokalbehörden das Recht zu, sie nach dem nächsten deutschen Konsulate behufs Ausübung der erforderlichen Aufsicht über dieselben zurückführen zu lassen. Die Uebertreter sollen ausserdem einer Geldstrafe bis zur Höhe von dreihundert Taels unterliegen.

Artikel 7.

Chinesisches Zugeständniss. — Materialien für deutsche Docks sind zollfrei. Eine Liste derjenigen Gegenstände, welche auf Grund dieser Bestimmung zollfrei eingeführt werden können, ist von dem General-Zollinspector auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Deutsches Zugeständniss. — Für deutsche Staatsangehörige ausgestellte Inlandspässe für Waaren fremder Herkunft sowie auch für deutsche Staatsangehörige ausgestellte Reisepässe sollen nur für die Dauer von dreizehn chinesischen Monaten, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, Gültigkeit haben.

Artikel 8.

Die Erledigung der die Ausübung der Gerichtsbarkeit in gemischten Fällen, die Besteuerung fremder Waaren im Inlande, die Besteuerung chinesischer Waaren im Besitz fremder Kaufleute im Inlande und die Beziehungen zwischen fremden und Chinesischen Beamten betreffenden Fragen bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten, in welche einzutreten die beiderseitigen Regierungen sich hierdurch bereit erklären.

Artikel 9.

Alle Bestimmungen des früheren Vertrages vom 2. September 1861, welche durch dieses Abkommen nicht abgeändert worden sind, werden, wie beide Theile ausdrücklich erklären, hiermit von neuem bestätigt. Bei solchen Artikeln dagegen, welche durch das gegenwärtige Abkommen berührt werden, soll die abgeänderte Fassung als maassgebend angesehen werden.

Artikel 10.

Die gegenwärtige Zusatz-Convention soll beiderseits Allerhöchst ratificirt und die Ratifications-Urkunden innerhalb eines Jahres nach dem Tage der Unterzeichnung in Peking ausgetauscht werden.*) || Die Bestimmungen dieses Uebereinkommens treten mit dem Tage des Austausches der Ratifikationen in Wirksamkeit. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden hohen kontrahirenden Theile obiges Uebereinkommen in je vier Exemplaren

*) Die Frist der Ratification wurde durch Protokoll vom 21. August 1880 bis zum 1. December 1881 verlängert.

Nr. 7634.
Deutschland
und China.
31. März 1890.

des deutschen und chinesischen Textes, welche mit einander verglichen und übereinstimmend gefunden worden sind, eigenhändig unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedruckt. || So geschehen zu Peking, den einunddreissigsten März im Jahre unseres Herrn Eintausend Acht Hundert und Achtzig, entsprechend dem einundzwanzigsten Tage des zweiten Monats des sechsten Jahres Kuangsi.

M. von Brandt. Shên-kué-fên. Ching-Lien.

Spezial-Bestimmungen zu der Zusatz-Convention.

Im Interesse grösserer Deutlichkeit und Vollständigkeit ist es angemessen erschienen, die Zusatz-Convention durch eine Anzahl von Spezial-Bestimmungen zu ergänzen.

Die nachstehenden Bestimmungen müssen von den Unterthanen der beiden contrahirenden Theile in derselben Weise wie die Bestimmungen des Vertrages selber befolgt werden. Zum Beweise dessen haben die Bevollmächtigten beider Staaten ihre Siegel und Unterschriften darunter gesetzt.

§ 1. Zufolge der für den Hafen von Wusung in der Provinz Kiangsu neu gewährten Freiheiten soll es deutschen Schiffen daselbst freistehen, Kaufmannsgüter, welche entweder für Shanghai bestimmt sind oder von Shanghai kommen, einzunehmen und abzuladen. Dem Handels-Tautai in Shanghai und den sonstigen competenten Behörden daselbst soll das Recht zustehen, zu diesem Zweck Regulationen behufs Verhinderung von Steuer-Defraudationen und Ungleichigkeiten jeder Art zu entwerfen, welche für den Handelsstand beider Länder bindend sein sollen. Es steht deutschen Kaufleuten nicht frei, an dem genannten Orte Landungsstellen für Schiffe, Kaufmannshäuser oder Waarenlager zu errichten.

§ 2. Ein Versuch, ob Entrepots in den geöffneten chinesischen Häfen errichtet werden können, soll zunächst in Shanghai gemacht werden. Zu diesem Zweck soll der Zolldirector an genanntem Orte alsbald mit dem General-Zollinspector den Ortsverhältnissen angemessene Regulationen ausarbeiten, und soll dann die Errichtung dieses Entrepots von dem genannten Zolldirector und Collegen in Angriff genommen werden.

§ 3. Wenn irgend welche an Bord eines deutschen Schiffes befindliche Waaren, für deren Löschung eine schriftliche Erlaubniss des Zollamtes erforderlich ist, auf dem Manifeste nicht angegeben sind, so soll hierdurch das Versehen eines falschen Manifestes als constatirt gelten, gleichviel ob eine die Unterschrift des Capitäns tragende Bescheinigung über Anbordnahme dieser Waaren vorhanden ist oder nicht.

§ 4. Wenn ein deutsches Schiff in Folge von Beschädigungen, welche es in einem der geöffneten chinesischen Häfen oder ausserhalb desselben erlitten hat, reparaturbedürftig geworden ist, so soll die durch die Reparatur in An-

spruch genommene Zeit bei der Frist, nach deren Ablauf Tonnengelder zu bezahlen sind, in Anrechnung gebracht werden. Den chinesischen Behörden steht das Recht zu, in dieser Beziehung die erforderlichen Feststellungen vorzunehmen. Zeigt es sich jedoch hierbei, dass es sich nur um einen Vorwand und um die Absicht handelte, gesetzmässige Zahlungen an die Zollkasse zu umgehen, so soll das betreffende Schiff in eine dem doppelten Betrage der Tonnengelder, deren Entrichtung es zu umgehen gesucht hat, entsprechende Geldstrafe genommen werden.

Nr. 7694.
Deutschland
und China.
31. März 1880.

§ 5. Schiffe aller Art, welche chinesischen Unterthanen gehören, dürfen sich nicht der deutschen Flagge bedienen. Liegen bestimmte Verdachtsgründe vor, dass dies dennoch geschehen ist, so wird die betreffende chinesische Behörde an den deutschen Consul eine amtliche Mittheilung darüber richten, und stellt sich bei der in Folge dessen eingeleiteten Untersuchung heraus, dass das Schiff in der That nicht zur Führung der deutschen Flagge berechtigt gewesen ist, so sollen das Schiff sowie auch die darauf vorgefundenen Waaren, soweit dieselben chinesischen Kaufleuten gehören, sofort den chinesischen Behörden zur weiteren Veranlassung ausgeliefert werden. Zeigt es sich, dass deutsche Staatsangehörige von dem Sachverhalt Kenntniss und an der Ausübung dieser Ungehörigkeit Theil gehabt haben, so verfallen die auf dem Schiffe vorgefundenen, ihnen gehörigen Waaren sämtlich der Confiscation, sie selber aber der gesetzmässigen Strafe. || Falls ein deutsches Schiff unberechtigter Weise die chinesische Flagge führt, so soll, falls die von den chinesischen Behörden geführte Untersuchung feststellt, dass das Schiff in der That nicht zur Führung der chinesischen Flagge berechtigt gewesen ist, das Schiff sowie die darauf vorgefundenen Waaren, soweit dieselben deutschen Kaufleuten gehören, sofort dem deutschen Consul zur weiteren Veranlassung und Bestrafung der Schuldigen ausgeliefert werden. Zeigt es sich, dass deutsche Waaren-Eigenthümer von dem Sachverhalt Kenntniss und an der Ausführung dieser Ungehörigkeit Theil gehabt haben, so verfallen die auf dem Schiffe vorgefundenen, ihnen gehörigen Waaren sämtlich der Confiscation seitens der chinesischen Behörden. Die Chinesen gehörigen Waaren können von den chinesischen Behörden sofort mit Beschlagnahme belegt werden.

§ 6. Wenn bei dem Verkauf des abgebrochenen Materials eines seeuntüchtig gewordenen deutschen Schiffes in einem der geöffneten chinesischen Häfen der Versuch gemacht wird, zu der Ladung desselben gehörige Waaren mit unterzuschleusen, so sollen diese Waaren der Confiscation unterliegen und ausserdem eine dem doppelten Betrage des Eingangszolles, welcher sonst zu entrichten gewesen sein würde, entsprechende Strafe erhoben werden.

§ 7. Wenn deutsche Staatsangehörige mit fremden Waaren ins Inland gehen oder Reisen in das Innere des Landes unternehmen, so sollen die ihnen ausgestellten Pässe oder Bescheinigungen nur eine Gültigkeit von dreizehn chinesischen Monaten, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, haben und nach Ablauf dieser Frist nicht mehr benutzt werden dürfen. Die abgelaufenen Pässe



Nr. 7634. und Bescheinigungen müssen behufs Cassirung an diejenige Zollbehörde, in deren
Deutschland Amtsbezirk sie ausgestellt worden sind, zurückgegeben werden.
und China.
31. März 1880.

Bemerkung: Wird eine Vergütungsreise in so weite Gegenden unternommen, dass eine einjährige Frist nicht ausreichend erscheint, so muss dies zu der Zeit, wo der Pass ausgestellt wird, auf Grund einer Verständigung zwischen dem Consul und der chinesischen Behörde, auf demselben bemerkt werden.

Unterbleibt die Rückgabe, so soll dem Betreffenden, bis dieselbe erfolgt ist, kein Pass wieder ausgestellt werden. Geht der Pass verloren, so muss der Betreffende, gleichviel ob dies innerhalb der Frist oder nach Ablauf derselben geschehen, alsbald bei der nächsten chinesischen Behörde eine wahrheitsgemässe Aussage darüber zu Protokoll geben. Der betreffende chinesische Beamte wird dann das Weitere, die Ausserkraftsetzung des Passes betreffend, veranlassen. Stellt sich die zu Protokoll gegebene Aussage als unwahr heraus, so werden, falls es sich um den Transport von Waaren handelt, die Waaren confiscirt; falls es sich dagegen um eine Reise handelt, so wird der Reisende zu dem nächsten Consul geführt und diesem behufs Bestrafung übergeben werden.

§ 8. Materialien für deutsche Docks geniessen nur, insofern sie wirklich für die Reparatur von Schiffen zur Verwendung kommen, die Vergünstigung der zollfreien Einführung in geöffnete Häfen. Der Zollbehörde steht das Recht zu, sich durch zu diesem Zweck in das Dock entsandte Beamte von der Art und Weise der Verwendung dieser Materialien durch den Augenschein zu überzeugen. Handelt es sich um den Neubau eines Schiffes, so wird für die darauf verwandten Materialien, insofern dieselben in dem Import- oder Export-Tarif namentlich aufgeführt sind, der tarifmässige Zoll, für die im Tarif nicht aufgeführten Gegenstände aber ein Zoll von 5 Procent ad valorem berechnet und der betreffende Kaufmann angehalten werden, diesen Zoll nachträglich an das Zollamt zu entrichten. Wer ein Dock anlegen will, hat bei dem Zollamt einen kostenfreien Concessionsschein zu entnehmen und eine schriftliche Verpflichtung zu unterzeichnen, deren Inhalt und Wortlaut von dem betreffenden Zollamte in geeigneter Form festzustellen ist.

§ 9. Auf die durch die gegenwärtige Zusatz-Convention festgesetzten Geldstrafen soll der Artikel 29 des Vertrages vom 2. September 1861 Anwendung finden.

So geschehen zu Peking den einunddreissigsten März im Jahre unseres Herrn Eintausend Acht Hundert und Achtzig, entsprechend dem einundzwanzigsten Tage des zweiten Monats des sechsten Jahres Kuangsu.

M. von Brandt. Shên-kué-fên. Ching-Lien.

Thronreden, Adressen etc.

Nr. 7635. **DEUTSCHLAND.** — Erklärung der Secessionisten über ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei.

„Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben in steigendem Maasse Nr. 7685. Deutschland. 30. Aug. 1890. uns die Ueberzeugung aufgedrängt, dass die nationalliberale Partei gegenüber den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen wird, auf der allein ihre Berechtigung und ihr Einfluss beruhten“. || In dieser Ueberzeugung erklären die Unterzeichneten hiermit ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei. || Eine in sicheren Bahnen ruhig fortschreitende Entwicklung unserer in Kaiser und Reichsverfassung ruhenden Einheit wird nur aus der Wirklichkeit eines wahrhaft konstitutionellen Systems hervorgehen, wie es die deutsche liberale Partei seit ihrer Existenz unverrückt erstrebt hat. Das einige Zusammengehen der liberalen Partei in den wesentlichen Fragen, das Aufhören verwirrender und aufreibender Kämpfe verschiedener liberaler Fraktionen erscheint uns aber als die unerlässliche Voraussetzung für das erstrebte Ziel. || Fester Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung, Festhalten unserer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten ist die gemeinschaftliche Aufgabe der gesamten liberalen Partei. || Mit der politischen Freiheit ist die wirtschaftliche eng verbunden; nur auf der gesicherten Grundlage wirtschaftlicher Freiheit ist die materielle Wohlfahrt der Nation dauernd verbürgt. Nur unter Wahrung der konstitutionellen Rechte, unter Abweisung aller unnöthigen Belastungen des Volks und solcher indirekten Abgaben und Zölle, welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren Klassen verschieben, darf die Reform der Reichssteuern erfolgen. || Mehr als für jedes andere Land ist für Deutschland die kirchliche und religiöse Freiheit die Grundbedingung des inneren Friedens. Dieselbe muss aber durch eine selbstständige Staatsgesetzgebung verbürgt und geordnet sein. Ihre Durchführung darf nicht von politischen Nebenzwecken abhängig gemacht werden. Die unveräußerlichen Staatsrechte müssen gewahrt und die Schule darf nicht der kirchlichen Autorität untergeordnet werden. || Wir sind bereit, einer Einigung auf dieser Grundlage zuzustimmen. Für uns aber als Mitglieder der liberalen Partei werden unter allen Umständen diese Anschauungen die leitenden sein.

Nr. 7636. DEUTSCHLAND. — Erklärung der nationalliberalen Partei, beschlossen auf dem Parteitage derselben zu Berlin am 29. Mai 1881.

Nr. 7636.
Deutschland.
29. Mai 1881.

Die am 29. Mai in Berlin versammelten, der nationalliberalen Partei angehörenden Mitglieder des Reichstages und der Volksvertretungen deutscher Einzelstaaten haben beschlossen, die nachstehende Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben. || Die nationalliberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich. Bei voller Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Einzelstaaten wird sie nach wie vor der weiteren Entwicklung der Reichs-Institutionen in nationalem und freiheitlichem Sinne ihre Dienste widmen. Was für diese Entwicklung unter entscheidender Mitwirkung der Partei geschehen ist, bezeugt die Geschichte und die Gesetzgebung des Reiches in den ersten zehn Jahren seines Bestehens. Die nationalliberale Partei hält es für ihre nächste und wichtigste Aufgabe, das auf diesem Wege Geschaffene in seinen wesentlichen Grundlagen ungeschmälert zu erhalten, ohne der bessernenden Abhülfe sich zu versagen, wo einzelne Mängel in der Erfahrung hervorgetreten sind. || Ihr Vertrauen zu der das Ansehen Deutschlands und den Frieden Europas sichernden Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten besteht unerschüttert fort. || Ueber die veränderte Richtung, welche die innere Politik der Reichsregierung zur Zeit verfolgt, giebt sich die Partei eben so wenig einer Täuschung hin, wie über die Veränderung, welche ihre eigene Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat. Aber die Zurückhaltung, welche hierdurch der nationalliberalen Partei auferlegt ist, wird sie nicht abhalten, alle Vorlagen der Regierung auch auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung unbefangen und sachlich zu prüfen und dem als nützlich Erkannten ihre Unterstützung zu leihen. Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Klassen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Getreu der natürlichen und übernommenen Verpflichtung, werden wir der sozialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltsamer Ausbrüche, sondern vor allem auch durch positive Maassregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegenzutreten bemüht sein. || Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schmälerung der verfassungsmässigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgestorbenen Formen unseres wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen. || Sie ist jederzeit bereit, dazu beizutragen, dass ein friedliches Verhältniss zwischen Staat und Kirche wiederhergestellt und aufrechterhalten wird. Sie weiss auch sehr wohl die grosse Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen. Aber den nothwendigen und unveräusserlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch geschehen lassen, namentlich auch nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaktion gerade in Deutsch-

land stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben. || Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirthschaftliche Freiheit gegen reaktionäre Angriffe zu vertheidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, dass entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen. Die Verschiedenheit der landschaftlichen Interessen, je nach dem Vorwiegen von Handel und Schifffahrt, von Ackerbau oder von Industrie, erfordert dringend, dass innerhalb unserer Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Kaum vollständig zurückgedrängte politische Gegensätze von Norden und Süden, von Osten und Westen müssten in unserem noch so jungen deutschen Reiche auf das gefährlichste immer von neuem hervorbrechen, wenn grosse wirthschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpften. || Die Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches und die ausreichende Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirekten Reichssteuern zu diesem Zwecke nicht entgegengetreten. Gegen das Projekt des Tabaksmonopols hat sie aus wirthschaftlichen wie politischen Gründen entschieden Widerspruch erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maasse in Anspruch nehmen, muss zunächst das volle und nachhaltige Ergebniss der vom Reichstage im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern abgewartet werden. || In Preussen wird die Partei bei einer Reform der direkten Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger bemittelten Klassen von einem Theile der ihnen auferlegten direkten Steuern herbeizuführen bestimmt ist. Einer Zerstörung des direkten Steuersystems oder einer wesentlichen Schmälerung seiner Erträge zu Gunsten ungemessener Vermehrung indirekter Steuern werden wir uns widersetzen. Für die Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer in Preussen an Kommunen und Kommunalverbände — eine alte Forderung der liberalen Partei — werden hoffentlich die im Jahre 1879 bewilligten Reichssteuern in ihren nachhaltigen Erträgen unter normalen wirthschaftlichen Verhältnissen einer umsichtigen Finanzverwaltung die Mittel bieten. || Gegen eine übermässige Centralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden vertheidigen und weiter entwickeln. || Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unseres Volkes hervorgegangen, dass eine über ganz Deutschland ausgebreitete, unabhängige, reactionären wie radicalen Tendenzen gleichmässig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die grossen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Nothwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundfesten des Staates erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker kranken und nicht zur Ruhe

Nr. 7636. kommen können, unserem Vaterlande nicht erspart bleiben. || An dieser Ueberzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorge wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urtheil zu verwirren und die Bevölkerung in grosser Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zuzutreiben drohen. || Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei nochwendig, welche die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes auf den mühsam erkämpften Grundlagen in entschieden freiheitlichem, aber zugleich maassvollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erstrebt. || Wir halten fest an der Zuversicht, dass diese Auffassung bei unserem Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet. || Unabhängig, in sich geeinigt, frei von Ermüdung wie von Verbitterung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereit finden.

Nr. 7637. **DEUTSCHLAND.** — Wahlauf Ruf der Centrumspartei.

Nr. 7637.
Deutschland.
9. Sept. 1881.

Die Neuwahlen zum deutschen Reichstage stehen bevor. || In unserem Wahlauf Ruf vom Juni 1878 haben wir auf die auflösenden Bestrebungen des modernen Liberalismus, auf den Abgrund religiösen und sittlichen Verfalles hingewiesen, aus welchem die furchtbaren Verbrechen aufsteigen, welche die gesellschaftliche und staatliche Ordnung bedrohen. | Dieser Mahnruf: die rechten Mittel zur Heilung der Schäden, welche das Leben des deutschen Volkes vergiften, anzuwenden, hat eine genügende Beachtung nicht gefunden; die beklagenswerthen Zustände sind wesentlich dieselben geblieben. || Um so ernster und dringender müssen wir heute an erster Stelle wiederholen, was wir im Juni 1878 gesagt: „Eine Besserung und Heilung kann vor Allem nur dadurch erzielt werden, dass dem Volke die Religion erhalten, dass christliche gläubige Gesinnung geweckt, gefördert, in Unterricht, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, wie in der Gesetzgebung und im öffentlichen Leben die Richtschnur wird. Daher verlangen wir mit aller Entschiedenheit freie Bewegung für die Kirche und Beseitigung derjenigen Reichsgesetze, welche Selbstständigkeit und Rechte der Kirche beeinträchtigen, die segensreiche Wirksamkeit ihrer Genossenschaften und das in der Verfassung garantirte Heimathsrecht der Reichsbürger verletzen.“ || Für die Sicherung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ist die Achtung und Handhabung der verfassungsmässigen Rechte und Freiheiten unerlässlich. Dem entsprechend haben wir unsere Forderung auf die Bewahrung des verfassungsmässigen Grundcharakters des deutschen Reiches als eines Bundesstaates in der abgelaufenen Legislaturperiode, wo immer nöthig und möglich, zur Geltung gebracht und werden auch ferner

treu festhalten an diesem, dem Rechte, dem Charakter und dem Wohle des deutschen Volkes gleich sehr entsprechenden Grundsatz. || Auf Anregung und unter Mitwirkung der Centrumsfraction hat die Umkehr zu einer den Interessen der vaterländischen Production entsprechenden Wirthschaftspolitik, haben die Reformen zu Gunsten des Handwerker- und Arbeiterstandes begonnen. Bei voller Bereitwilligkeit, dieselben auch ferner zu unterstützen, werden wir uns zugleich der Gefahren bewusst bleiben, welche ein Uebergreifen der Staatsgewalt über ihre berechnigte Machtsphäre hinaus auf allen Gebieten nach sich zieht. || Der nicht minder wichtige Zweck der Steuerreform, die Erleichterung der direkten Steuern, die Entlastung der Einzelstaaten und Communen, kann nur erreicht werden durch eine von uns stets vertretene und hier ausdrücklich aufs neue geforderte Finanzwirthschaft, welche vor allem eine Beschränkung der gegen unsere Stimmen so sehr vermehrten Ausgaben, und zwar an erster Stelle beim Heerwesen, ins Auge fasst. || Wir halten fest an unserem früheren Ausspruch, dass wir nicht die Vermehrung der Steuern und Lasten, vielmehr nach Möglichkeit deren Verminderung und gerechte Vertheilung wollen. Wir werden gleicher Weise fort und fort dafür eintreten, die Hebung des allgemeinen Wohlstandes in Landwirthschaft und Gewerbe durch weise Fürsorge für deren Interessen zu fördern und den berechtigten Ansprüchen des Arbeiterstandes gerecht zu werden. || Mit diesen unabänderlichen, weil wahren Grundsätzen, deren Vertretung wir in treuer Ausdauer unsere Kräfte gewidmet haben, treten wir abermals vor unsere Wähler. || Wir werden, so viel auch angefeindet und verleumdet, ungebrochenen Muthes für dieselben weiter kämpfen, wenn unsere Wähler, wie bisher, mit uns an denselben festhalten und dieses durch ihre Wahl bethätigen. || Wir fordern Sie dazu auf, in der Zuversicht, dass Keiner zurückbleibt, wo es gilt, in unerschütterlicher Eintracht und damit Stärke mit uns festzuhalten die alte, ruhmreiche Fahne: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. — Im Juni 1881.

Der Vorstand der Centrumsfraction des deutschen Reichstages während der vierten Legislaturperiode.

Karl, Freiherr v. Aretin. Graf Ballestrem. Graf v. Bernstorff.
 Dr. Graf Bissingen-Nippenburg. Freiherr zu Franckenstein.
 Freytag. Lender. Dr. Reichensperger (Olpe). Freiherr v. Schor-
 lemer-Alst. Dr. Windthorst.

Nr. 7638. DEUTSCHLAND. — Wahlaufuf der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei.

Die deutsche Reichspartei bedarf bei Eintritt in die neue Legislaturperiode keines neuen Programms. Mit vollem Bewusstsein kann sie darauf hinweisen, dass sie die Gedanken und Ziele, welche ihrer Bildung und ihrer parlamentarischen Thätigkeit seit Begründung des norddeutschen Bundes und

Nr. 7638.
 Deutschland.
 12. Sept. 1881.

Nr. 7698.
Deutschland.
12. Sept. 1881.

des deutschen Reiches zu Grunde gelegen haben, hochgehalten und grösstentheils mit Erfolg auszuführen vermocht hat. || Feststehend zu Kaiser und Reich, wird die Partei wie früher auch in Zukunft eintreten für die grosse nationale Politik des Reichskanzlers, welche das deutsche Reich in seiner glorreichen Machtstellung zu einem festen Horte des Friedens von Europa zu machen gewusst hat. || Wie wir aber in der Erhaltung und Kräftigung der Wehrkraft den sichersten Schutz für die freie und friedliche Entwicklung des deutschen Volkes erkennen, werden wir fortfahren, unter möglichster Schonung der finanziellen Kräfte des Landes, die Sicherheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes durch die Stärke des deutschen Heeres zu wahren. || Zu der Begründung eines ausgiebigen indirecten Steuersystems ist in der letzten Legislaturperiode ein glücklicher Anfang gemacht worden; unserer früheren Politik folgend, werden wir bestrebt sein, dieses grosse Reformwerk zum Abschlusse zu bringen, um dem Reiche seine finanzielle Unabhängigkeit zu sichern und die erst in unvollkommenem Maasse ermöglichte Entlastung der Einzelstaaten und Communen von drückenden directen Steuern in grösserem Maassstabe herbeizuführen. || Wir nehmen den regsten Antheil an der Abänderung unserer Zollgesetzgebung, welche der leitende Staatsmann herbeigeführt hat, und dürfen mit Genugthuung darauf hinweisen, dass wir gegen den Strom schon ankämpften, als die Theorie des *laisser faire et aller* noch ihre üppigsten Blüthen trieb. Die unzweifelhaften Erfolge für die Gesundung des wirthschaftlichen Lebens der Nation, welche die neue Zollgesetzgebung bereits zeigt, werden uns im Beharren auf dem eingeschlagenen Wege stärken. || Der Reichsregierung haben wir unsere Unterstützung geliehen in der Bekämpfung der umstürzenden Bestrebungen der Socialdemokratie durch strenge Ausnahmegesetze; — andererseits haben wir aber mit voller Sympathie die Versuche begrüsst, durch gesetzliche Reformen in erhöhtem Maasse für das Wohl der arbeitenden Classe Fürsorge zu tragen. Wir verkennen nicht, dass die Rücksicht auf das Gedeihen der Gewerbethätigkeit und auf die übrigen grossen Aufgaben des Staates einer solchen socialen Gesetzgebung Schwierigkeiten bereitet, wir unterschätzen nicht die Gefahren einer verfehlten Gestaltung derselben; gleichwohl müssen wir es als unsere Pflicht erkennen, zu einer positiven Lösung dieser hochwichtigen Fragen nach Kräften mitzuwirken. || Die lebhafte Bewegung, welche unter den Gewerbetreibenden zu Gunsten einer Neubelebung des Innungswesens und der Bildung corporativer gewerblicher Verbände sich geltend macht, legt uns die Aufgabe nahe, zu weiteren Revisionen der bestehenden Gewerbeordnung, soweit solche mit dem Grundsatz der Gewerbefreiheit irgend vereinbar erscheinen, die Hand zu bieten. || Das Zunehmen des Vagabondenunwesens ist zu einer ernsten Calamität geworden, welche es als ein Bedürfniss erscheinen lässt, unsere Heimaths- (Unterstützungswohnsitz-) Gesetzgebung einer Revision zu unterwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine solche sich auf dem Boden der vollen Freizügigkeit erhalten und gleichwohl den schwersten Uebelständen Abhülfe gewähren kann. || Weiter behalten wir uns

vor, auf eine Reform unserer Actiengesetzgebung sowie auf weitere Ausbildung der Steuer auf die mobilen Capitalsumsätze (Börsensteuer) hinzuwirken. || Die Genugthuung, welche die deutsche Nation über die gewonnene Rechtseinheit empfand, wird beeinträchtigt durch die Höhe der Gerichtskosten, welche das Maass der Billigkeit weit überschreitet; wir haben bereits in der letzten Reichstagsession auf Herabminderung dieser Kosten hingearbeitet und werden bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. || Als einen schweren Schaden erkennen wir es, dass stets wachsende Züge von Auswanderern dem Vaterlande verloren sind, sobald sie die deutsche Erde verlassen haben; wir werden unser Bestreben darauf richten, Mittel und Wege zu finden, um diesen gewichtigen Theil deutscher Volkskraft und deutschen Nationalvermögens mit der Heimath in nutzbringender Verbindung zu erhalten. || Wir verschliessen uns nicht der Erkenntniss, dass gegenwärtig in Deutschland ein Uebermaass parlamentarischer Thätigkeit vorhanden ist, welches den Gang der Verwaltung im Reiche wie in den Einzelstaaten vielfach stört und die Gründlichkeit der Arbeit in den Parlamenten sowie deren Ansehen im Volke mindert. Wir verlangen daher Maassnahmen, welche, ohne die verfassungsmässigen Rechte der Volksvertretungen zu beeinträchtigen, auf eine Vereinfachung des parlamentarischen Apparates hinwirken. || Wir begrünnen mit Genugthuung die sich mehrenden Anzeichen der Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und hegen das volle Vertrauen zu den Lenkern des Reiches, dass sie, auf dem begonnenen Wege fortschreitend, unter Wahrung der Rechte des Staates Mittel für Wiederherstellung der Eintracht in der Nation finden werden. || Die Partei theilt nicht die pessimistischen Auffassungen derjenigen, welche in der gegenwärtigen Zeitströmung besondere Gefahren für unsere politische und nationale Entwicklung erblicken, und wird, getreu der von ihr bislang eingenommenen Haltung, radicalen und partikularistisch-reactionären Bestrebungen mit gleicher Entschiedenheit entgegentreten. Wie es unserer Stellung als der einer vermittelnden Partei oft gelungen ist, streitende Gegensätze zu vereinen, werden wir in der heutigen Lage mehr als je an dieser Aufgabe festhalten; denn nicht aus dem Streite extremer Parteien, sondern aus der Verständigung patriotischer Männer erwachsen im Leben der Völker grosse und dauernde Schöpfungen von segensreichem Erfolge. Entstanden auf dem nationalen Boden des deutschen Reiches, werden wir es immerdar als unsere höchste Pflicht erkennen, Religion, Vaterland, Monarchie, Familie, Eigenthum gegen alle Angriffe zu vertheidigen und die unschätzbaren Güter deutscher Cultur zu wahren und zu mehren.

Central-Ausschuss der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei:

Graf Arnim-Boitzenburg. Fred. Graf Frankenberg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg. v. Kardorff-Wabnitz. Frh. v. d. Knesebeck-Carwe. v. Langendorff. Frh. v. Lerchenfeld. Otto. Dr. v. Schwarze. Vopelius. Freiherr v. Zedlitz-Neukirch.



Nr. 7639. DEUTSCHLAND. — Wahlauf Ruf der nationalliberalen Partei*).

Nr. 7639.
Deutschland.
15. Sept. 1891.

Wir stehen vor Reichstagswahlen, welche für die fernere politische Entwicklung unseres Vaterlandes von schwerwiegendster Bedeutung sein werden. Die nationalliberale Partei hat ihr Programm erst vor wenigen Monaten in der Erklärung vom 29. Mai d. J. niedergelegt. Wir weisen auf diese Kundgebung zurück, welche wir in ihrem vollen Umfange bestätigen und aufrecht erhalten. || An der Spitze unseres Programms wird immer die Bethuerung unverbrüchlichster Treue zu Kaiser und Reich stehen. || Je mehr in den Parteikämpfen unserer Zeit der nationale Gedanke oft getrübt erscheint, um so mehr halten wir es für unsere Aufgabe, die schwer errungene Einheit unseres Reiches und Volkes gegen alle Anfechtungen zu schützen und unter Achtung der verfassungsmässigen Rechte der Bundesstaaten weiter zu entwickeln. Wo es die Sicherheit und Festigkeit des Reiches galt, ist nie vergeblich die Hülfe der nationalliberalen Partei angerufen worden. || Wie wir die nationalen Erzungenschaften einer grossen Zeit ungeschmälert zu bewahren und kräftig fortzubilden streben, so auch die freiheitlichen. Es ist unsere feste Ueberzeugung, dass eine nationale deutsche Politik dauernd und heilbringend nicht zu führen ist im Gegensatz und Kampf gegen die Bestrebungen eines maassvollen Liberalismus, wie er in den breiten Mittelschichten unseres Volkes seine festen Wurzeln hat. Jeder Schmälerung der verfassungsmässigen Rechte des Volkes und seiner Vertretung, jedem Versuch, die Grundlagen unseres constitutionellen Lebens zu verrücken, werden wir mit allen Kräften entgetreten. || Ebenso werden wir jede Verkürzung unveräusserlicher und unentbehrlicher Rechte des Staates in seinen Beziehungen zur Kirche und Schule abwehren. Für die Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sind wir bereit mitzuwirken, wenn dasselbe ohne Preisgebung der in hartem Kampfe errungenen Stellungen des Staates herbeigeführt werden kann. || Die neue Gesetzgebungsperiode des Reichstages wird wieder in ganz hervorragendem Maasse mit wirtschaftspolitischen Fragen sich zu beschäftigen haben. Unsere Partei wird auch in Zukunft den Grundsatz persönlicher Freiheit in Erwerb und Verkehr festhalten und gegen reactionäre Angriffe vertheidigen. || Immer von neuem bestätigt die Erfahrung, dass Zollfragen nicht zur Grundlage politischer Parteibildung gemacht werden dürfen und dass die Verpflichtung auf eine einzige handelspolitische Richtung nicht zum Erforderniss liberaler Gesinnung gehört. || Weiteren Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes werden wir nur im Falle des dringendsten nachgewiesenen Bedürfnisses oder bei einem vollwerthigen Ersatze durch gleichzeitige Steuererleichterungen und Steuerreformen, unter Aufrechthaltung eines gesunden Verhältnisses zwischen der directen und indirecten Besteuerung und unter Wahrung der constitutio-

*) Wahlauf rufe der anderen Parteien sind nicht erfolgt.

nellen Rechte der Volksvertretung zustimmen. || Den socialpolitischen Fragen werden wir unsere volle Theilnahme widmen und alle auf die geistige und materielle Wohlfahrt der arbeitenden Classen abzielenden Vorschläge aufs sorgfältigste und mit dem ehrlichen Streben positiven Schaffens prüfen, getreu der übernommenen Verpflichtung, als wir der Staatsgewalt die Waffen gewährten, gewaltsame Ausbrüche der socialdemokratischen Bewegung niederzuhalten. Wir verlangen aber, dass Fragen, welche an Ernst und folgeschwerer Bedeutung alle anderen überragen, nicht zum Gegenstande unübersehbarer, finanziell unausführbarer Experimente gemacht, sondern mit ruhigster Prüfung in stetem Hinblick auf das Erreichbare und Mögliche in Angriff genommen und ihrer Lösung zugeführt werden, ohne Ueberlastung des Staates mit Aufgaben, welche nur unter ernstlicher Gefährdung des Gemeinwesens der Thätigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen entzogen werden könnten. || Bei Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wird die nationalliberale Partei, gegenüber der drohenden Gefahr eines immer engeren Bündnisses der kirchlichen und politischen Reaction, mit anderen liberalen Richtungen fest zusammenstehen in der entschlossenen Abwehr clerikal-conservativer Angriffe auf unsere Verfassung und Gesetzgebung. || Von diesen Gesichtspunkten geleitet, fordern wir alle Parteigenossen auf, der Vorbereitung für die Reichstagswahlen nunmehr ungesäumt ihre ganze Kraft und Thätigkeit zuzuwenden, in allen Wahlkreisen sich schleunigst und kräftig zu organisiren und vollzählig bei der Wahl zu erscheinen. Der Ernst der politischen Lage duldet kein Zaudern und keine Lässigkeit. Er legt jedem Gesinnungsgenossen die Pflicht auf, bei den Wahlen in vollem Maasse und mit aller Hingebung seine Schuldigkeit zu thun. Es gilt, zu zeigen, dass unser Volk seine Einheit und Freiheit nicht allein in einem raschen Anlaufe zu erringen, sondern auch in Noth und Gefahr zu behaupten vermag.

Berlin, am 15. September 1881.

Der Centralwahlausschuss der nationalliberalen Partei.

R. v. Bennigsen. v. Benda. Dr. Böttcher. Dr. Buhl. Büsing.
Dr. v. Cuny. Forkel. Fries. Dr. Gareis. Dr. Hammacher. Hobrecht.
Kiefer. Dr. Marquardsen. Dr. Miquél. Pogge-Blankenhof. Pogge-
Roggow. Schöttler. Dr. Stephani. Dr. Wachler. Dr. Wachs.
Dr. Friedrich Weber. Dr. Max Weber. Dr. Weigel. Dr. Wolffson.

Nr. 7640. DEUTSCHLAND. — Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen, thun kund und fügen hiermit zu wissen: || Wir haben, den im vorigen Reichstage kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen,

Staatsarchiv XL.

Nr. 7640.
Deutschland.
17. Nov. 1881.

Nr. 7840.
Deutschland.
17. Nov. 1891.

den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushalts-Etats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstage unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der vorschreitenden finanziellen Entwicklung des Reiches und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeschlagenen Wirthschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reiche zu überweisenden Beträge ist erheblich höher, als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Dass der Gesamtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reiches nicht abzuweisen sind. || Die Einigung, welche mit der Freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Einschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit Uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, dass der Reichstag den Abschluss der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vortheile, welche dem Reich und seiner grössten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reiches nicht zu theuer erkaufte finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung ertheilen wird. || In dem Bestreben, die geschäftlichen Uebelstände zu beseitigen, welche sich aus der Konkurrenz der Reichstags-sitzungen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reiches vorschlug, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Nothlage der Regierungen und die Nothwendigkeit, den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper des Reiches sowohl wie der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlasst die verbündeten Regierungen, der Beschlussnahme des Reichstages wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. || Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschliesslich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmässig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so grösserer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen grössere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiss und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Partei-

stellungen. In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmässige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maass staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. || Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluss an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein. || Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reiches herbeizuführen beabsichtigen. Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberschüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, dass Wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gefestigt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen. || Die Vorbedingung für weitere Beschlussnahmen über die erwähnten sozialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reiches, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. Soweit Letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein. || Wenn danach auf dem Gebiet der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren

Nr. 7640.
Deutschland.
17. Nov. 1881.

Nr. 7640.
Deutschland.
17. Nov. 1881.

Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können. || Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben Wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche Wir in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Russland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche Uns mit den Uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden. Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet ist. Darauf, dass diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen Wir um so sicherer bauen, als auch Unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen Wir als Unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beige-
drucktem kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, 17. November 1881.

(L. S.)

Wilhelm.
Fürst von Bismarck.

Zollanschluss Hamburgs und der unteren Elbe.

Nr. 7641. DEUTSCHLAND. — Entwurf des Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc.,
verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes
und des Reichstages, was folgt: Nr. 7641.
Deutschland
17. Nov. 1881.

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, der freien und Hansestadt Hamburg zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluss Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlasst werden, aus der Reichskasse einen Beitrag in Höhe der Hälfte des hamburgischerseits für die bezeichneten Zwecke festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch höchstens in Höhe von 40 000 000 Mark zu leisten.

§ 2. Der Reichskanzler ist befugt, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu dem Zwecke in demjenigen Nominalbetrage, welcher zur Beschaffung des bezeichneten Betrages erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 (Bundes-Gesetzblatt Seite 339) zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben.

§ 3. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung (Reichs-Gesetzblatt Seite 18), finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetze aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung.

Urkundlich etc. || Gegeben etc.

Nr. 7641.
Deutschland.
17. Nov. 1881.

Begründung.

Nachdem zwischen dem Reichskanzler und dem Senate der freien und Hansestadt Hamburg die in den anliegend abgedruckten Protokollen vom 25. Mai 1881 *) niedergelegte Verständigung über die Modalitäten eines Zollanschlusses Hamburgs stattgefunden und der Bundesrath deren Inhalt genehmigt hat, ist seitens des Senates in Gemässheit des Artikels 34 der Reichsverfassung der Einschluss des gesammten hamburgischen Staatsgebietes, mit Ausnahme der Hafenanlagen zu Cuxhaven und des unter Ziffer 1 des Hauptprotokolls näher bezeichneten, als Freihafengebiet dauernd ausserhalb der Zollgrenze zu belassenden Gebietstheiles, in die gemeinschaftliche Zollgrenze beantragt worden. | Die Ausführung des Zollanschlusses wird umfangreiche und kostspielige Bauten erforderlich machen, deren Kosten ohne vorgängige zeitraubende Vorarbeiten nicht bestimmt zu überschauen sind und dormalen der Veranschlagung sich noch entziehen. Angesichts der in den Protokollen enthaltenen Grundzüge für die Gestaltung des künftigen Freihafengebietes wird es jedoch, um das Freihafengebiet mit einem wirksamen Zollabschluss zu versehen und mit ausreichenden Anlagen und Zolleinrichtungen auszustatten, geboten sein, insbesondere einen Wasserweg von genügender Breite und Tiefe, welcher auch zur Zeit der Ebbe die Kommunikation zwischen der Oberelbe und der Niederelbe im zollinländischen Theile Hamburgs gestattet, durch den Ausbau bestehender Kanalzüge herzustellen, sowie eine Verlegung, Erweiterung und Umgestaltung der Hafenanlagen für See- und Flusschiffe und die Errichtung zahlreicher Speicher auszuführen. Nach dem vorläufigen Kostenüberschlage würde hierzu, je nach der noch näher festzustellenden Art der Ausführung dieser Bauten, ein Aufwand von etwa 84 bis 104 Millionen Mark erforderlich sein, welcher indessen eine Herabminderung der aus öffentlichen Mitteln aufzuwendenden Beträge erfahren würde, falls es thunlich sein sollte, die Speicherbauten ganz oder theilweise der Privatspekulation zu überlassen. Nach Ziffer 6 und 7 des Hauptprotokolles ist zur Deckung dieser Kosten ausser der Ueberlassung des Ertrages der zu erhebenden Nachsteuer eine Subvention aus Reichsmitteln in Höhe der Hälfte des von Senat und Bürgerschaft festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch bis zum Maximalbetrage von 40 Millionen Mark, in Aussicht genommen und zur Ausführung dieser Bauten eine Frist bis zum 1. October 1888 bestimmt worden, nach deren Ablauf mit der Ausführung des Zollanschlusses vorzugehen sein wird. || Die Betheiligung des Reiches an den entstehenden Kosten rechtfertigt sich durch das konkurrirende erhebliche Interesse desselben an der befriedigenden Erledigung der Angelegenheit. Durch den Zollanschluss Hamburgs wird das im Artikel 33 der Reichsverfassung vorgezeichnete Ziel der Einheit des Zoll- und Handelsgebietes nahezu erreicht. Indem dem berech-

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7510.

tigten Anspruch des Zollinlandes auf freien Verkehr in sich und mit seinem hervorragendsten Seehandelsplatze Erfüllung gesichert wird, gelangen die beengenden Schranken zur Beseitigung, welche dem Verkehr des Zollinlandes mit den überseeischen Ländern dermalen entgegenstehen, und es gewinnt das Reich damit eine wesentlich erweiterte Grundlage zur Entfaltung seiner Kräfte auf vielen und bedeutsamen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Die Thatsache, dass trotz des Bestehens der gegenwärtigen Zolllinie in den Jahren 1877 bis 1879 eine Waarenmenge von durchschnittlich jährlich etwa 17 600 000 Doppelzentnern (12 Prozent der durchschnittlichen Gesamtausfuhr von 147 Millionen Doppelzentnern) aus dem freien Verkehr des Zollinlandes nach Hamburg und von dort in wesentlich unvermindertem Umfange weiter ausgeführt worden ist, gewährt ein Bild von der Bedeutung Hamburgs für den Export Deutschlands. Dass die Einfügung Hamburgs in den wirtschaftlichen Organismus des Reiches diese Bedeutung noch erheblich steigern werde, kann nicht zweifelhaft sein; nicht minder erscheint aber die Annahme berechtigt, dass auch Hamburgs Handel durch ein engeres Band mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet eine wesentliche Förderung gewinnen werde. Das grosse und unmittelbare Interesse, welches das Reich an einer gedeihlichen Fortentwicklung Hamburgs hat, rechtfertigt auch erhebliche finanzielle Opfer, wenn sie erforderlich sind, um den Zollanschluss unter Modalitäten, wie sie die freie Entfaltung des Hamburger Handels bedingt, erfolgen zu lassen. Da zu diesem Zwecke die dauernde Belassung eines ausreichend bemessenen Freihafenbezirkes und eine zweckentsprechende Ausstattung desselben als geboten anzusehen ist, so liegt es in der Billigkeit, die allerdings bedeutenden Kosten, welche gerade hierdurch bedingt sind, nicht Hamburg allein tragen zu lassen, sondern die Beihülfe des Reiches zu gewähren. Wenn in der Vorlage bei der Bemessung dieser Subvention die Interessen Hamburgs und der Gesamtheit prinzipiell als gleichwerthig angesehen sind, so entzieht sich dieser Maassstab zwar jeder rechnermässigen Abwägung, da die wirtschaftlichen Vortheile des Zollanschlusses in der Zukunft liegen und erst allmählich in die Erscheinung treten können. Der Bestimmung einer geringeren Quote der vom Reiche zu tragenden Kosten würde nur die Auffassung zu Grunde liegen können, dass das Interesse der Gesamtheit an dem Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet demjenigen, welches Hamburg an diesem Schritte hat, in entsprechendem Maasse untergeordnet sei, eine Auffassung, deren Berechtigung nicht anzuerkennen ist. Dadurch, dass die Subvention des Reiches mit dem Höchstbetrage von 40 Millionen Mark begrenzt und dem Reiche zugleich eine Mitwirkung bei der Aufstellung des Generalplans nebst Generalkostenanschlag gesichert ist, sind die finanziell erforderlichen Garantien gegen eine übermässige und sachlich nicht gebotene Inanspruchnahme von Reichsmitteln gegeben. || Die beantragte Ermächtigung zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel im Wege des Kredits entspricht der Natur der zu bestreitenden Ausgaben, während hierdurch die Einstellung einzelner Jahresraten in den ordentlichen Etat nicht ausgeschlossen wird, sobald

Nr. 7641.
Deutschland.
17. Nov. 1881. die Finanzlage und die Rücksicht auf die sonstigen, mit etatsmässigen Mitteln zu befriedigenden Aufgaben des Reiches dem Reichskanzler gestatten, von der beantragten Kreditbewilligung nur theilweise Gebrauch zu machen.

Nr. 7642. DEUTSCHLAND. — Bericht der sechsten Kommission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Durch Beschluss des Hauses vom 28. November v. J. ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Die Kommission hat am 1. Dezember mit der Berathung begonnen und dieselbe in zehn Sitzungen zu Ende geführt, von denen neun auf die Generaldebatte und auf die erste Lesung und eine auf die zweite Lesung entfielen.

An den Sitzungen der Kommission theilnahmen: || a) die Bevollmächtigten zum Bundesrathe: || königlich preussischer Staats- und Finanzminister Bitter, || kaiserlicher Staatssekretär des Reichsschatzamtes Scholz, || kaiserlicher Direktor im Reichsschatzamt Burchard, || Senator der freien und Hansestadt Hamburg Dr. Versmann; || b) die Kommissare des Bundesrathes: || kaiserlicher Regierungsrath Neumann, || hamburgischer Sekretär der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben Roeloffs und in dessen Assistenz der hamburgische Ober-Ingenieur Meyer.

Zum Referenten für die Kommission wurde in der letzten Sitzung der unterzeichnete Abgeordnete Staudy bestellt und demselben die Abfassung des schriftlichen Berichtes übertragen.

Bei der sehr umfassenden und bereits auf alle Details sich erstreckenden Generaldebatte stellten sich alsbald als Grundlagen der Verhandlungen nachstehende Gesichtspunkte heraus.

In der Kommission herrschte die Meinung vor, dass es — ohne Rücksicht auf die jeweilige Zollpolitik — einem seit mehreren Dezennien gehegten Wunsche der deutschen Nation entsprechen würde, wenn die Bestimmung der Reichsverfassung, nach welcher Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet bilden soll, durch Einverleibung der beiden Hansestädte und der mit ihnen ausgeschlossenen benachbarten Bezirke in das Zollgebiet jetzt zur Verwirklichung kommen würde.

Die Kommission war darüber einverstanden, dass, sobald von den Hansestädten der Antrag auf vollständige oder theilweise Hineinziehung ihrer Gebiete in den Zollverein gestellt werde, der Bundesrath diejenige Instanz sei, welche die zur Ausführung erforderlichen Anordnungen zu treffen habe. Die

Vereinbarung vom 25. Mai v. J. sei von den gesetzgebenden Gewalten der freien und Hansestadt Hamburg unter ausdrücklicher Berufung auf die in Deutschland herrschende öffentliche Meinung mit grosser Majorität gebilligt worden. Seit dem Zustandekommen der Vereinbarung habe dieselbe auch bei der Bevölkerung Hamburgs mehr und mehr Beifall gefunden, so dass gegenwärtig die vorherrschende Stimmung dieser Bevölkerung auf die unverzügerte Durchführung des Zollanschlusses gerichtet sei und manche Hoffnung auf Besserung jetzt vorhandener Zustände daran geknüpft werde.

Möge auch in manchen Kreisen der Bevölkerung Hamburgs vielleicht der unveränderten Beibehaltung des bisherigen Zustandes der Vorzug gegeben sein, wenn nicht die Besorgniss begründet gewesen wäre, dass der Bundesrath ohne Rücksicht auf das Verhalten Hamburgs mit dem Zollanschlusse der benachbarten preussischen Gebietstheile, insbesondere Altona's und der Unterelbe, vorgehen werde, so liege doch eine unzweifelhaft klare Willensäusserung des Staates Hamburg vor, welche durch keinerlei Beschwerde über einen auf denselben ausgeübten ungesetzlichen Druck abgeschwächt worden sei. Es sei somit die Gesetzesvorlage zu berathen, ohne auf die im Frühjahr 1880 aufgeworfene Streitfrage einzugehen, ob zur Einverleibung der Unterelbe in das Zollgebiet der Erlass eines Gesetzes erforderlich sei oder nicht.

Endlich auch erhob in der Kommission sich keine Stimme dagegen, dass die Belassung eines Freihafenbezirktes im Interesse der Welthandelsstellung Hamburgs erforderlich sei.

Ausserdem hatte die Generaldebatte das Resultat, die folgenden Verhältnisse klarzustellen:

Schon beim Beginne der Debatte wandte sich ein Mitglied der Kommission an die Vertreter der verbündeten Regierungen mit der Bemerkung, dass man sich die Ausführung des Zollanschlusses gewöhnlich so gedacht habe, dass Hamburg mit seinem ganzen Gebiete in die Zollgemeinschaft einzutreten habe, während nach dem jetzt vorliegenden Vertrage das Freihafengebiet Hamburgs nur beschränkt werden solle; es scheine demnach, dass regierungsseitig die Ausführung des Gedankens der vollständigen Zolleinheit aufgegeben sei, und werde Auskunft darüber erbeten, ob diese Annahme zutreffe. Hierauf erwiderte der königlich preussische Herr Finanzminister: || In Nr. 1 der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. sei ausdrücklich zugesichert, dass der dort näher bezeichnete Bezirk der Stadt Hamburg als Freihafen dauernd verbleiben solle, während die bewohnte Stadt dem Zollgebiet angeschlossen werde. Die Handelsverhältnisse seien übrigens wandelbare; wie Hamburg jetzt im vollen Einverständniss mit den verbündeten Regierungen die Wohnstadt dem Zollgebiete anschliesse, so könne späterhin der Zeitpunkt kommen, dass eine Abänderung des jetzt zu etablirenden Verhältnisses sogar einseitig von Hamburg gewünscht werde. Für jetzt würde die Einziehung Hamburgs in die Zolllinie ohne Belassung eines Freigebietes, in welchem sich Schiffe und Waaren frei bewegen können, nach dem Ergebnisse der gepflogenen handels- und zolltechnischen

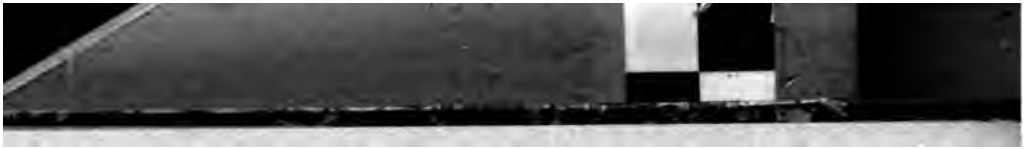


Nr. 7642. Erörterungen eine erhebliche Schädigung des hamburgischen Seeverkehrs zur
Deutschland.
Dec. 1881. Folge haben.

Von dem bereits bezeichneten Mitgliede wurde ferner betont, dass klar- gestellt werden müsse, dass der vom Reiche beanspruchte Kostenbeitrag nicht für Einrichtungen im einseitigen Interesse Hamburgs verwendet werde. Ham- burg habe durch die Vereinbarung ausserordentliche Vortheile errungen: die Bedingungen überträfen alle Erwartungen; es habe bisher einhändig gearbeitet, in Zukunft werde es zweihändig zu seinem Nutzen arbeiten können. Insbesondere werde Auskunft über den durch die Stadt anzulegenden Kanal gewünscht. Es frage sich, ob derselbe überhaupt nothwendig, eventuell ob nicht mit geringeren Aufwendungen für denselben auszukommen sei; ferner, ob die grösseren Auf- wendungen im Interesse des Reiches oder im Interesse Hamburgs, z. B. nur für den dortigen Marktverkehr, erforderlich seien. Es wurde endlich die Frage aufgeworfen, ob der Generalplan für den Zollanschluss nicht dem Reichstage zur Beschlussfassung vorgelegt werden könne. || Hierauf wurde regierungsseitig zunächst erwidert, dass man bezüglich der Pläne für die zur Ausführung des Zollanschlusses erforderlichen Arbeiten über ganz generelle Ideen noch nicht hinausgekommen sei; bisher seien hauptsächlich vier Projekte ins Auge gefasst, welche aus den vorgelegten Skizzen und den dazu gehörenden, ebenfalls ganz generellen Kostenanschlägen näher ersichtlich seien. || Diese mit A bis D be- zeichneten Kostenanschläge sind in der Anlage nebst einem Situationsplane mitgetheilt.

Alsdann führte der hamburgische Herr Sekretär Roeloffs Nachstehendes aus: || Was zunächst die aus der Vereinbarung für Hamburg zu erwartenden Vortheile anbetreffe, so sei er nicht in der Lage, statistische Nachweise bei- zubringen, nach welchen Vortheile oder Nachteile der Vereinbarung sich beurtheilen liessen. Allerdings würden sich ja Zahlenzusammenstellungen zu dem Zweck anfertigen lassen; er glaube aber nicht, dass aus denselben Schlüsse mit irgend welchem Erfolg zu ziehen seien. Die Vortheile und Nachteile für Hamburg wie für das Zollgebiet liessen sich überhaupt nicht rechnungsmässig feststellen. Die öffentliche Meinung in Hamburg habe sich bei Erörterung der Frage des Zollanschlusses stets mit Nachdruck für die Erhaltung der bisherigen Freihafenstellung, bei welcher der durch Hamburg vermittelte Antheil an Deutschlands Welthandel sich zu hoher Blüthe entwickelt habe, ausgesprochen. Die amtlich mit der Erörterung der Frage befassten Kreise mussten sich dieser Auffassung um so mehr anschliessen, als die grosse Anzahl von Projekten zur Lösung der Zollanschlussfrage sich bei eingehender Prüfung als technisch un- ausführbar erwies. Der Grund hierfür lag darin, dass eine zollamtliche Be- handlung des grossen Verkehrs von Flussfahrzeugen von und nach der Stadt Hamburg nicht durchzuführen war. Von der Unterelbe und der Oberelbe kommen jährlich zusammen etwa 50 000 Fahrzeuge zur Stadt, deren Ankunft stch wegen Fluth und Ebbe, wegen der Marktzeiten u. s. w. auf einzelne Stun- den des Tages sammendrängt. Diese mit den Erzeugnissen der an der Unter-

elbe belegenen Fabriken, mit Landesprodukten, Gemüsekörben, Mauersteinen, Stroh, Torf, Holz beladenen und in der Regel hoch gepackten Fahrzeuge neben den zur Entlöschung der Seeschiffe dienenden, mit Kaufmannsgütern beladenen Schuten ausreichend zu revidiren, wenn sie an den Eingängen zur Stadt in Schaaren früh Morgens ankommen, erschien nach dem Urtheil der darüber vernommenen Zollbeamten unmöglich. Alle Projekte gingen aber übereinstimmend davon aus, dass jedenfalls die Unterelbe als Zugang zu dem Freihafen mit diesem ausserhalb der Zolllinie verbleiben müsse. || Erst als im vorigen Jahre der Anschluss der Unterelbe angeregt und durch den bezüglichen Beschluss des Bundesrathes zur Thatsache wurde, mit der zu rechnen war, da ergab sich eine neue Grundlage für die Entwerfung technischer Projekte über die Ausführbarkeit des Zollanschlusses. In monatelanger eingehendster gemeinsamer Arbeit mit einem von dem Herrn Finanzminister kommittirten Zollbeamten gelang es dann, denjenigen Plan aufzustellen, welcher die Grundlage des vorliegenden Vertrages geworden ist. Er bedingt eine vollständige Umgestaltung der Schifffahrtsanlagen, theilweise Aufhebung und Verlegung der Häfen, möglicherweise die Niederlegung eines ganzen Stadtheiles. Die gesammten Handels- und Verkehrsverhältnisse werden auf neue Grundlagen gestellt werden; manche Privatinteressen, namentlich der zahlreichen Speicherbesitzer in der Stadt sowie mancher Fabrikanten, werden geschädigt werden. Die Folgen einer derartigen allgemeinen Umwälzung liessen sich im voraus sehr schwer übersehen. Jedenfalls sei es unmöglich, die Bilanz zwischen Gewinn und Verlust schon heute zu ziehen, in Hamburg rechnen sich noch recht Viele ein Minus heraus; soviel sei gewiss, zunächst werde Hamburg eine schwere Zeit des Uebergangs zu überwinden haben, und nur die Hoffnung auf eine, auf der wiedergewonnenen dauernden Grundlage sich entwickelnde zukünftige Blüthe vermöge dafür zu entschädigen. || Das Bild mit den zwei Händen sei insofern unzweifelhaft richtig, als Hamburgs Verkehr mit seinem Hinterlande nach Wegfall der Zollschränken gewinnen werde zum eigenen Vortheil wie zum Vortheil der Gesammtheit. Ob aber sein Auslandhandel nicht trotz aller Vorsicht bei den neuen Einrichtungen beeinträchtigt werde durch Vertheuerung, werde in hamburgischen Handelskreisen heute noch für zweifelhaft gehalten. Hamburgs Vorzug bestand bisher in der Billigkeit seiner Spesen, die eine Folge der ganzen Handels- und Verkehrseinrichtungen war. Die grossen Kosten der neuen Anlagen, die sich für eines der Projekte auf etwa 150 Millionen Mark belaufen werden, soweit nicht das Reich sie übernimmt, in der einen oder anderen Form vom Handel getragen werden müssen. Um das gebrauchte Bild zu vervollständigen, könnte man etwa sagen, Hamburg bekommt seine linke Hand, die bisher in der Bewegung beschränkt und für den rechten Gebrauch ungeschickt war, frei und wird sie zu gebrauchen wissen; die rechte Hand aber, mit der es bisher seinem Willen und seiner Kraft vollen Ausdruck geben konnte, verliert an Beweglichkeit; die Finger werden nicht mehr Alles wie bisher erfassen können, vielleicht werden sie bei der Operation gar eines oder



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

das andere Glied einbüßen. || In Bezug auf die hervorgehobenen günstigen Bedingungen und Zollerleichterungen sei hervorzuheben, dass dieselben zum Theil, wie für gewisse Fabriken, nur transitorischer Natur seien; auch die zugesagten Erleichterungen für die Lagerung unter Zollaufsicht würden nur dazu dienen, den Uebergang zu erleichtern. In nicht zu ferner Zeit werde die Lagerung ausländischer Waaren in das Freigebiet übersiedeln und die Speicher in der Zollstadt werden zum allmählichen Umbau bestimmt werden müssen. Die gewährten Bedingungen und Erleichterungen beruhten auf eingehender Prüfung der Verhältnisse und seien nur dem dringendsten Bedürfniss angepasst. Ueber kleine Interessen habe man rücksichtslos hinweggehen müssen.

[Die hier folgende Begründung der Nothwendigkeit der projektirten Kanalverbindung ist fortgelassen, weil sie von ausschliesslich lokalem Interesse ist.]

Endlich wandte der Herr Kommissar sich gegen die von einer Seite angeregte Vorlegung des demnächst von Hamburg aufzustellenden Generalplanes und Generalkostenanschlages an den Reichstag zum Zwecke der Feststellung. Hamburgischerseits sei bei den Verhandlungen dringend gewünscht worden, dass die Feststellung der Pläne und Kostenanschläge ausschliesslich der hamburgischen Gesetzgebung überlassen bleiben möge, weil die grossen Schwierigkeiten, welche ohnehin einer Einigung über eine so tief eingreifende Umgestaltung entgegenstehen, fast unüberwindlich werden dürften, wenn ausser Senat und Bürgerschaft von Hamburg auch noch Reichsgewalten bei der Feststellung mitwirken müssten. Die Herren Vertreter der Reichsregierung hätten diese Darlegung als begründet anerkannt, aber dennoch an einer Mitwirkung der Reichsregierung in der Weise festgehalten, dass der Generalplan derselben zur Kenntnissnahme und Prüfung darüber vorzulegen sei, ob die vorzunehmenden Arbeiten als durch den Zollanschluss Hamburgs veranlasst anzusehen seien. Eine Feststellung des Planes durch den Reichstag würde die bei der Beschlussfassung in Hamburg unterliegenden Interessen aufrufen, hier in letzter Instanz nochmals Alles zu versuchen, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen und damit die Erledigung ins Ungewisse hinausschieben. Der Plan sei so umfassend, dass er selbst in zehn Jahren noch nicht vollständig zur Ausführung gelangt sein werde; voraussichtlich würden im Laufe der Zeit mancherlei Abänderungen des Planes im Einzelnen nothwendig werden, deren Feststellung den hamburgischen Behörden überlassen bleiben müsse. Eine vorgängige Verhandlung über den Plan im Reichstage würde den Beginn der Arbeiten verzögern, was für beide Theile gleich unerwünscht sein müsse. In Hamburg sei schon jetzt der lebhafteste Wunsch laut geworden, dass die Uebergangszeit so rasch wie irgend möglich überwunden werden möge; wenn es technisch ausführbar sich erweisen sollte, die für den Anschluss ganz unerlässlichen Arbeiten vor der in der Vereinbarung festgesetzten Frist herzustellen, so werde die hamburgische Geschäftswelt wünschen, das Definitivum noch früher herbeigeführt zu sehen.

Der königlich preussische Herr Finanzminister fügte hinzu: der Kanal sei für die Gesamtanlagen, wie eben nachgewiesen worden, unentbehrlich; eine

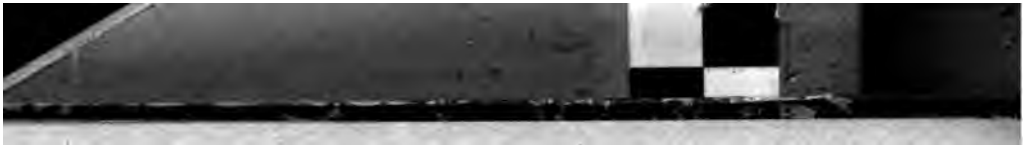
statistische Trennung seines Transit- und Landungsverkehrs erscheine unmöglich, da eine Aussonderung der hamburgischen Lokalinteressen aus der Gesamtanlage unthunlich sei und dem Geiste der Vereinbarung widersprechen würde. Man habe bei den Verhandlungen nicht ängstlich abgewogen, ob der eine Theil nun etwas mehr Vortheile von der Neugestaltung habe als der andere, sei vielmehr davon ausgegangen, dass auch die Förderung des Wohlfindens des ersten deutschen Welthandelsplatzes ein nationales Interesse sei. Keineswegs aber sei der Reichsbeitrag nach politischen Rücksichten bemessen; es seien gründliche Prüfungen vorhergegangen, und gegenüber den von Hamburg nach den vorliegenden Plänen höchst wahrscheinlich aufzuwendenden Summen von 108 bis 149 Millionen sei der Beitrag des Reiches gewiss kein hoher zu nennen.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Nachdem noch die seitens eines Mitgliedes aufgeworfene Frage: || ob es nicht möglich sei, die Elbe für die kleine Schifffahrt offen zu lassen und zum Zollgebiet zu ziehen, dagegen eine neue Freihafenelbe durch Herstellung eines Kanals auf der Südseite zu schaffen, um die allerdings unzweifelhaft nöthige zweite Wasserstrasse, nämlich die eine für den Zollverkehr, die andere für den Seeverkehr, herzustellen, || die Entgegnung erhalten hatte, dass ein solcher Kanal auf der Südseite für Seeschiffe 20 Fuss tief würde hergestellt werden müssen, während für den Zollkanal 4 Fuss Tiefe genüge, nahm die Kommission den Standpunkt ein, dass ihrerseits bezüglich der Anlage des Freigebietes oder der übrigen zum Zwecke des Zollanschlusses geplanten Einrichtungen Vorschläge nicht zu machen seien. || Die Kommission erkannte ferner an, dass eine Sonderung der Kosten des Zollanschlusses von den übrigen entstehenden nicht erreicht werden könne, dass vielmehr eventuell in allen diesen Beziehungen der Standpunkt der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. zu acceptiren und also auch dem Staate Hamburg zu überlassen sei, in welcher Weise er mit den bezüglichen Einrichtungen vorgehen wolle, während der Reichsregierung nur die Kontrolle darüber verbleibe, dass die Einrichtungen dem Zwecke und dem Abkommen entsprechend durchgeführt würden.

Es wurde von einem Mitgliede gefragt, welche materiellen Folgen die Verwerfung der Vorlagen haben würde und ob insbesondere seitens der Reichsregierung mit der Einziehung der Untereibe in das Zollgebiet nicht bis zur Ausführung des Zollanschlusses von Hamburg gezögert werden könne. || Hierauf wurde seitens des königlich preussischen Herrn Finanzministers erwidert, dass von einer Herstellung des Status quo ante nicht die Rede sein könne; die Frage lasse sich nicht wieder von der Tagesordnung bringen, sondern müsse ihrer Erledigung entgegengeführt werden.

Weiter erklärte der eben genannte Vertreter der verbündeten Regierungen auf entsprechende Anregung sich wiederholt dahin, dass diejenigen Erleichterungen, welche rücksichtlich des Verkehrs mit zollpflichtigen Waaren in der Vereinbarung vom 25. Mai pr. Hamburg gewährt worden seien, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse den übrigen Seestädten und, anlangend den Lager-



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881. und Kontirungsverkehr, auch den Handelsplätzen des Inlandes zu Theil werden sollten.

Bezüglich der Frage, wie die Beseitigung des Wohnrechts in dem verbleibenden Freihafengebiete mit den Reichsgesetzen in Einklang zu bringen sei, wurde regierungsseitig geantwortet, dass der grösste Theil des betreffenden Terrains Staatseigenthum, wegen des Restes aber Expropriation durch den Staat Hamburg in Aussicht genommen sei. Damit wurde diese Angelegenheit als erledigt angesehen.

Im Uebrigen bekämpften sich in der Generaldebatte lebhaft zwei verschiedene Richtungen über

die staatsrechtliche Bedeutung der Vereinbarung und des Nebenprotokoll's dazu vom 25. Mai v. J., und

den Werth der Vortheile, welche durch den Zollanschluss der Stadt Hamburg für das deutsche Reich zu erwarten seien.

In der ersteren Beziehung wurde zwar die seitens der Reichsregierung einem Bundesstaate gegenüber zur Anwendung gebrachte Form nicht bemängelt, dagegen von einem Theil der Kommissionsmitglieder die Ansicht vertreten, dass die vorliegende Vereinbarung, weil sie nicht von den gesetzgebenden Gewalten des deutschen Reichs ausgehe, der Reichsregierung keine bindende Verpflichtung für die Zukunft auferlege. Dazu komme, dass die nothwendige ungehinderte Bewegung der seewärts nach dem Freihafengebiete und umgekehrt nach der See gehenden Schiffe auf der Unterelbe nicht einmal durch die vorliegende Vereinbarung oder das Nebenprotokoll geregelt, sondern nur im Wege der durch die Verhandlungen des Senats und der Bürgerschaft zu Hamburg bekannt gewordenen Korrespondenz des hanseatischen Minister-Residenten Dr. Krüger mit dem Reichskanzler *) besprochen worden sei. Wenn aber dem Reiche und dem Staate Hamburg so bedeutende Aufwendungen für Herstellung des projektirten Zustandes zugemuthet würden, so müsse einerseits der Reichstag, andererseits der Staat Hamburg im Wege der Gesetzgebung Bürgschaft für die Sicherheit der getroffenen Abkommen erhalten. Ausserdem sei ein Theil dieser Verabredungen mit dem bestehenden Zollvereinsgesetze nicht vereinbar, und sei schon aus diesem Grunde eine gesetzliche Regulirung im Wege der Amendirung der Vorlage erforderlich. || Dieser Auffassung wurde seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen und des anderen Theiles der Kommission entgegengestellt, dass, wenn auch die erwähnten Festsetzungen nicht von den legislativen Faktoren des Reiches beschlossen worden seien, diese letzteren doch von dem Inhalte bei Berathung der Gesetzesvorlage Kenntniss genommen hätten und darüber in Verhandlung getreten seien. || Wenn nach solchen Vorgängen die Gesetzesvorlage von der Gesetzgebung gebilligt werde, so sei nicht anders denkbar, als dass jede Reichsregierung das Abkommen durchweg respektiren müsse.

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7509 und 7511.

Anlangend die Handhabung der Zollvorschriften auf der Unterelbe und dem Hamburger Staatsgebiete, so müsse der Untersuchung in der Spezialdebatte überlassen werden, aufzuklären, inwieweit dieselbe mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar seien; es sei wenn möglich zu vermeiden, auf diesem Gebiete Amendirungsversuche zu der Gesetzesvorlage zu machen, da schon verfassungsmässig die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen — sofern nicht durch ein Reichsgesetz etwas anderes vorgeschrieben sei — dem Bundesrathe kompetiren, ausserdem aber noch das Zollvereinsgesetz dem Bundesrathe ausdrücklich die Befugniss zuspreche, die zu diesem Gesetze erforderlichen Regulative zu erlassen. Die Auffassung des Bundesrathes sei bezüglich des Verkehrs mit dem Freihafengebiete durch das inzwischen bereits publizierte Regulativ, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr auf der Unterelbe, schon dahin ausgesprochen, dass derselbe die erwähnten Befugnisse für sich in Anspruch nehme. (Anlage I.) || Es erscheine um so weniger angezeigt, einen solchen Kompetenzstreit zwischen dem Reichstage und dem Bundesrathe anzuregen, als die Erklärung der Reichsregierung vorliege, dass eine Revision der Zollgesetze in Aussicht genommen sei. || Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte von vornherein jede Bestimmung für unannehmbar, welche die Anerkennung der vom Bundesrathe in Anspruch genommenen Kompetenz ausschliesse.

Anlangend die finanzielle Seite, wurde unter Zustimmung der ganzen Kommission von einem Abgeordneten grundsätzlich hingestellt, dass es vor allem um die Frage sich handle: || „Welchen Nutzen das Reich von dem vereinbarten Zollanschlusse habe, und ob derselbe so gross sei, dass ein Opfer von 40 Millionen dafür gerechtfertigt erscheine. || Dass Hamburg zugleich bessere Hafenanlagen erhalte, nachdem es, wie behauptet worden, gegen seine Konkurrenz zurückgeblieben zu sein scheine, könne kein Grund für die Versagung des Zuschusses sein.“

Zur Sache selbst wurde von einem Theile behauptet, dass die grossen dem Reiche wie dem Staate Hamburg und zahlreichen Privaten zugemutheten Opfer in keinem Verhältnisse ständen zu den unbedeutenden, durch den Zollanschluss der Wohnstadt Hamburg vielleicht entstehenden Vortheile. Andererseits aber wurde ausgeführt, dass der Reichsbeitrag mit Rücksicht auf die politischen, ethischen und wirthschaftlichen Vortheile keineswegs hoch erscheine; der Staat Hamburg verstehe es sehr wohl, die von ihm zu vertretenden Interessen wahrzunehmen, und die manchen Privaten entstehenden Nachtheile dürften durch die Anderen entstehenden Vortheile mindestens beglichen werden. Es sei in dieser Beziehung auf die schon seit längerer Zeit in Hamburg zu Tage getretenen Anschlussbestrebungen hinzuweisen. Durch die den Zollanschluss betreffenden, im vorigen Sommer stattgehabten Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft Hamburgs seien zwei weitere äusserst wichtige Kundgebungen von Vertretern der beteiligten Hamburger Kreise be-

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

kannt geworden. Die Hamburger Handelskammer habe in einer Erklärung über den Zollanschluss dem Senate gegenüber unterm 7. Juni v. J. ausgeführt, dass bei Gewährung eines Freihafens, welcher sich von dem gegenwärtigen Zustande nur durch den Umfang unterscheide, sie den Bestand und die gesunde Fortentwicklung des eigentlichen Mittelpunktes der Handelsstellung Hamburgs, der eigentlichen Quelle seines Wohlstandes, für gesichert halte; sie glaube auch, dass manche Handelszweige, manche Industrien, die bisher zu einer vollen Entwicklung nicht gelangen konnten, sich günstiger gestalten und zu einer Blüthe entfalten würden. || Die Gewerbekammer zu Hamburg erkläre in einer Eingabe von demselben Tage dem Senate gegenüber sogar ihre Ansicht dahin, || dass ihr die Genehmigung des Vertrages unbedingt geboten erscheine, während die Ablehnung den Gewerbestand aufs empfindlichste schädigen müsse.

Von der der Vorlage abgeneigten Seite wurde ferner mit besonderem Hinweis auf die Interessen der Hamburg befachbarten Plätze Folgendes geltend gemacht: || Nach der Erklärung der verbündeten Regierungen, dass die Vorlage immer wieder eingebracht werden solle, falls der Reichstag dieselbe verwerfe, und nachdem Hamburg seinen Antrag, in den Zollanschluss zu treten, gestellt habe, können die Schlusssätze auf Seite 9 der Vorlage *) nur die Bedeutung haben, dass man sich in einer Zwangslage befinde, indem ein ablehnendes Votum die Sache nicht erledigen würde. Dies dürfe die Kommission aber nicht abhalten, die wirthschaftlichen und rechtlichen Bedenken genau zu prüfen und, wenn diese Prüfung ungünstig für die Vorlage ausfalle, dieselbe abzulehnen. || Da die Einwirkung des Zollanschlusses auf die Umgebung Hamburgs noch speziell zur Erörterung kommen werde, so könne Redner sich vorerst darauf beschränken, auf die Grösse des Kostenaufwandes hinzuweisen, der zur Durchführung des Vertrages aus dem Nationalvermögen, einerlei ob aus Reichsmitteln oder aus Mitteln der Einzelstaaten, bestritten werden solle. || Es sei schon von dem technischen Herrn Kommissar erwähnt, dass die Kosten des Planes wohl den Betrag von 148 Millionen Mark übersteigen dürften. Dem Redner sei bekannt, dass man diesen Betrag sogar auf 200 Millionen beziffert habe. Zutreffende Kostenanschläge können noch gar nicht vorliegen, zumal es sich theils um Grunderwerbungen, theils und besonders um Wasserbauten handle, bei denen stets selbst sorgfältig vorbereitete Kostenanschläge unsicher blieben, und es gerade Erfahrungen an der Elbe (Ottenser Quais) bewiesen haben, wie grosse Ueberschreitungen der Anschläge nothwendig werden können. || Es sei nicht zu verkennen, dass der vorgelegte Plan von den Vertretern Hamburgs mit ausserordentlicher Klugheit aufgestellt sei. Hamburg behalte in dem neu anzulegenden Freihafengebiete seine alte Stellung als Freihandelsplatz, und bekomme mit diesem in unmittelbarster Verbindung die volle Ausnutzung aller seiner Anlagen innerhalb des Zollgebietes. || In dieser Doppel-

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7510.

stellung werden die klugen Hamburger Kaufleute nicht nur ihre bisherige Stellung im überseeischen Verkehr bewahren, sondern noch einen grossen Theil des Verkehrs, der bisher benachbarten Plätzen zugefallen sei, an sich ziehen. Wenn Hamburg doch einmal gezwungen werden sollte, in den Zollanschluss zu treten, so sei das Projekt so günstig für Hamburg aufgestellt, dass man zweifeln könne, ob es des Reichszuschusses bedürfe. Freilich würde Hamburg genöthigt, grosse Ausgaben jetzt auf Einmal zu machen, die es ohne solche Nöthigung erst allmählich gemacht haben würde; aber es erlange auch unleugbar grosse Vortheile. || Indessen seien es nicht allein die Kosten Hamburgs und der Reichszuschuss zu denselben, welche zu berücksichtigen seien, sondern es müssen die Aufwendungen hinzugerechnet werden, welche durch die ganz analoge Massregel für Bremen entstehen, über welche bisher keinerlei Mittheilungen gemacht seien, ferner die Kosten, welche Preussen werde aufwenden müssen, damit Altona nicht völlig ruinirt werde. Dass für Altona Mittel aufgewendet werden müssen und sollen, habe der Herr Finanzminister von Preussen bereits in der Plenarsitzung in dankenswerther Weise erklärt. Ueber die Höhe der Kosten, die erforderlich seien, um dem Altonaer Handel und Gewerbe eingermassen Ersatz für die Nachteile zu gewähren, welche ihm die künftige Stellung Hamburgs zufügen werde, seien Angaben nicht gemacht; dieselben werden sich aber mindestens auf 15 Millionen Mark belaufen. || Es sei nach allem diesem nicht zweifelhaft, dass der Anschluss der Städte Hamburg und Bremen an das Zollgebiet und die damit zusammenhängenden Maassregeln ein Opfer von über 200 Millionen Mark, vielleicht von über 250 Millionen Mark erfordern. || Bei dieser enormen Summe werde es offenbar nothwendig sein, in der Spezialdiskussion genau zu prüfen, ob die volkswirtschaftlichen Vortheile solchen Aufwand, der einer Jahresrente von 8 bis 10 Millionen Mark gleichkomme, rechtfertigen.

Diesem Mitgliede gegenüber wurde entschieden bestritten, dass der Reichstag in einer Zwangslage sich befinde. Es sei gewiss erforderlich, dass der Hamburger Handel möglichst schnell in die Lage gebracht werde, mit feststehenden Verhältnissen zu rechnen. Nun könne aber weder geltend gemacht werden, dass eine ungesetzliche Pression zum Zwecke des Zollanschlusses auf Hamburg ausgeübt worden sei, noch würde die Hamburger Bevölkerung, wie die Erfahrung gezeigt habe, geneigt sein, einem ihr ungerechtfertigt erscheinenden Drucke sich zu fügen. Die Möglichkeit, dass dies seitens des Reichstages geschehen könne, müsse durchaus zurückgewiesen werden. || In wie weit die Ausführungen des Redners bezüglich der Kosten zutreffen, sei nicht zu beurtheilen; übrigens seien die Kosten auch ganz überwiegend von Hamburg übernommen. Dass für Altona seitens des preussischen Staates entsprechend Sorge getragen werde, habe das Mitglied selbst erwähnt. || Regierungsseitig wurde entschieden Verwahrung eingelegt gegen die Möglichkeit der Auffassung, dass die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt seien. Insbesondere seien monatelange zolltechnische Untersuchungen über die einzelnen Punkte

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

des Vertrages angestellt und jedes Zugeständniss nur auf Grund eines nachgewiesenen Bedürfnisses gemacht. || Anlangend den Beitrag des Reiches, müsse auch noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch bei früheren Ausdehnungen des Zollvereines Opfer gebracht worden seien; so seien seiner Zeit Frankfurt a. M. und dem Steuervereine Präcipua bewilligt worden.

Aus der Mitte der Kommission wurde bestritten, dass eine Analogie zwischen jenen Vorgängen und dem jetzt beabsichtigten Zollanschlusse bestehe.

Während der Generaldebatte war das beiliegende die staatsrechtliche Seite der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. betreffende Amendement (Anlage II) eingebracht worden, nach welchem dem § 1 der Vorlage 7 Paragraphen vorausgeschickt werden sollten.

Beim Eintritt in die Spezialdiskussion verlangten die Antragsteller, dass das Amendement vor § 1 der Vorlage zur Berathung kommen sollte. Hiergegen erhob sich jedoch Widerspruch, weil es nöthig erscheine, sich zunächst über den Kern der Frage, die wirtschaftlich finanzielle Seite, schlüssig zu machen, ehe man sich mit den zum Theil formellen staatsrechtlichen Zweifeln befasse.

Die Kommission entschied sich für die letztere Auffassung und einigte sich auf Antrag eines Mitgliedes ferner dahin, dass die wirtschaftlich finanzielle Frage nach folgenden Gesichtspunkten zu diskutieren sei:

1. Welche Vortheile sind nach der praktischen Gestaltung des überseeischen Export- und Importhandels aus der Möglichkeit umfassender Waarenlager zu erwarten? || Inwiefern hat insbesondere die bisherige Zollvereinsniederlage den Bedürfnissen nicht entsprochen, und welche Forderungen sind aus der bisherigen Benutzung derselben für die an umfassende Waarenlagerungen in Hamburg geknüpften Erwartungen zu ziehen?

2. Welche Veränderungen würden durch die neuen Zolleinrichtungen im Vergleich zu den jetzt bestehenden Zolleinrichtungen (Kaiserliches Hauptzollamt) entstehen und zwar dergestalt, dass sie Vortheile || 1. für den Export aus dem Inlande seewärts, || 2. für den Import über See nach dem Inlande neu begründen.

3. Welche Vortheile ergeben sich aus dem Zollanschlusse Hamburgs, abgesehen von 1 und 2, insbesondere rücksichtlich || 1. des hamburgischen Consums, || 2. des Transitverkehrs, || 3. der Fabriken, Gewerbe, des Detailhandels, und welche Rückwirkungen sind hiervon auf die angrenzenden Gebiete, insbesondere Altona, zu erwarten?

4. Finanzielle Seite der Frage. (Bremen.)

Bei allen diesen Punkten standen lebhaft Meinungsverschiedenheiten sich gegenüber.

Zu Punkt 1 wurde von der einen Seite auf das grosse Interesse hingewiesen, welches die deutsche Industrie von jeher an der Beseitigung oder Modifizierung der Freihafenstellung der Hansestädte gezeigt habe. So sei auch unmittelbar nach dem Zustandekommen der Verfassung des norddeutschen

Bundes die bekannte, aus Chemnitz datirte Petition von 1400 Fabrikantenfirmen Deutschlands ergangen, und das Andrängen der Industrie nach dieser Richtung habe niemals aufgehört. Es könne nicht bezweifelt werden, dass die Industrie ihr Interesse wohl verstehe. Und es liege doch auf der Hand, dass für die deutsche Industrie die Aufstapelung von Waaren in Hamburg schwieriger sei, wenn dieselbe je für die Verwendung im Zoll-Aus- oder Inlande verschiedene Dispositionen zu treffen oder der für den See-Export notorisch ungünstig gelegenen und unzureichenden Zollvereinsniederlage sich zu bedienen gezwungen sei. Es sei hoher Werth darauf zu legen, dass die Exporteure die Waaren bequem besichtigen und deshalb die Läger deutscher Fabrikate für den Export in unmittelbarer Nähe der Komptoire der Exporteure sich befinden können. Ferner müsse der deutsche Export dadurch gewinnen, dass in Folge des Zollanschlusses Hamburg mehr als früher aus dem Inlande konsumiren und schon dadurch sein Handel nothwendig mit der inländischen Industrie in nähere Verbindung kommen werde, während jetzt das Auge des Hamburger Kaufmanns gewohnheitsmässig auf das Ausland sich richte. Es sei daher allerdings zu erwarten, dass für manche Artikel grosse Läger würden angelegt werden, welche die Bestimmung hätten, das Ausland wie das Inland zu versorgen. Die Aussicht auf die intimere Berührung Hamburgs mit der deutschen Industrie lasse auch die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass für die nothwendig aus dem Auslande zu beziehenden Artikel, insbesondere die der deutschen Industrie erforderlichen ausländischen Rohstoffe, dem deutschen Welthafen mehr als jetzt der Vorzug vor anderen gegeben werden und somit bei Hebung desselben für eine bequemere und billigere Versorgung des Vaterlandes gesorgt werden würde. Solche Hoffnungen machten auch in Hamburg sich längst geltend; denn bekanntlich hätten 32 Hamburger Grosshändler an den auf den Zollanschluss von Hamburg gerichteten Petitionen sich betheiligt.

Diese Ausführungen wurden von anderer Seite für völlig unzutreffend erklärt. Die Einrichtung von grossen Waarenlägern durch die Industrie sei schon deshalb unmöglich, weil die Muster schnell veralten würden und bekanntlich Jedermann vermeide, sogenannte Ladenhüter zu kaufen. Das grosse überseeische Geschäft werde durch Korrespondenz oder reisende Käufer abgemacht, und habe dieser Theil des Verkehrs sich überall in die grossen Verkehrszentren, vor allen nach Paris, begeben. Für Deutschland habe Berlin eine höchst bedeutende Zentralisation übernommen; für Läger in Hamburg sei gegenwärtig wenig übrig; ausserdem sei es nicht wünschenswerth, dass hier eine Konkurrenz Hamburgs mit Berlin geschaffen werde.

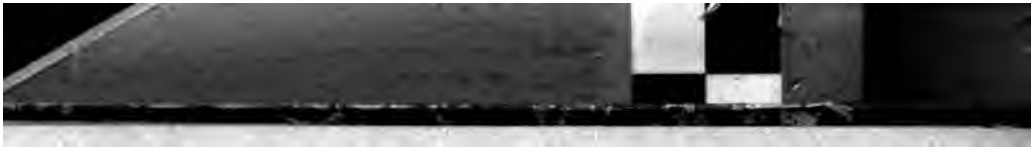
Eine Mittelstellung nahm bei diesem Widerstreite der Meinungen ein Abgeordneter für Hamburg ein. Derselbe führte aus, dass nach seiner Meinung in Folge des Zollanschlusses ein regerer Verkehr zwischen der inländischen Industrie und den hamburgischen Kaufleuten stattfinden werde. Allerdings fehle es auch jetzt in Hamburg nicht an der Möglichkeit, inländische Industrieerzeugnisse bequem zu beziehen; denn es existiren in Hamburg etwa

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

1000 Verkaufsagenten. Aber beim Zollanschlusse würden doch intimere Beziehungen hergestellt werden, so dass hoffentlich die deutsche Industrie den Hamburger Zwischenhandel stärker benutzen werde, während sie heute am liebsten direkt mit den Detaillisten in Verbindung trete. Dass grössere Exportläger nach Hamburg gelegt werden würden, bezweifle er mit Rücksicht auf die entstehenden Kosten; wohl aber dürften Vorrathsläger in einem gewissen Umfange schon zur Versorgung des Inlandes sich bilden.

Regierungsseitig und zwar durch den hamburgischen Sekretär Herrn Roeloffs wurde das Nachstehende ausgeführt: || Die Ansichten über die Wirkungen des Zollanschlusses auf den Export deutscher Industrieerzeugnisse gingen in der Geschäftswelt ebenso auseinander, wie die in der Kommission über diesen Punkt geäusserten Ansichten. Viele inländischen Industriellen behaupteten, durch den Zollanschluss der Stadt Hamburg werde es ihnen ermöglicht, grosse Exportläger in Hamburg zu etabliren, auf denen der Exporteur jederzeit seinen Bedarf einkaufen könne, während jetzt die Geschäfte lediglich nach Proben und Mustern durch Agenten vermittelt werden müssten; die Etablirung solcher Läger werde den Export deutscher Fabrikate erheblich befördern. Einige bedeutende hamburgische Exporteure hätten sich dieser Auffassung angeschlossen und aus diesem Grunde sich schon vor längerer Zeit für den Zollanschluss Hamburgs ausgesprochen. Im Allgemeinen werde jedoch die Zweckmässigkeit der Etablirung solcher Exportläger in den hamburgischen kaufmännischen Kreisen in Zweifel gezogen, während nach einer dritten Meinung, welche auch in der Kommission durch einen hamburgischen Abgeordneten vertreten worden, zwar nicht grosse Vorrathsläger, aber doch grössere Läger von Fabrikaten entstehen würden, welche an Stelle des Kaufs nach Proben und kleineren Mustern den Kauf nach Besicht im Stück ermöglichen würden. Positives Beweismaterial lasse sich weder für die eine noch für die andere Ansicht beibringen. Aber die Bildung einer Meinung werde vielleicht durch Beantwortung der aus der Mitte der Kommission gestellten Fragen nach der Wirkung und Benutzung der Zollvereinsniederlage und nach der künftigen Zollbehandlung der deutschen und ausländischen Industrieerzeugnisse in Hamburg erleichtert. || Die Zollvereinsniederlage sei im Jahre 1870 begründet; sie umfasse jetzt 400 Firmen; die Menge der eingeführten Waaren sei von etwa 283 000 Zentnern im Jahre 1871 auf 493 000 Zentner im Jahre 1878 gestiegen; zwei erhebliche Erweiterungen der Baulichkeiten der Niederlage seien nothwendig geworden, um den vermehrten Verkehr aufzunehmen; im vorigen Jahre sei mit der Zollverwaltung wegen Verdoppelung des Terrains für die Niederlage verhandelt, um neue umfangreiche Erweiterungsbauten darauf vorzunehmen; die Sache blieb liegen, als die Lösung der Zollanschlussfrage in den Vordergrund trat. Es könne jedoch nicht behauptet werden, dass diese Verkehrszunahme ihren Grund in der Errichtung von Lägern für den Export habe; dem Exportgeschäft diene die Niederlage vielmehr nur in geringem Umfange, und zwar werde die Erklärung hierfür von den dortigen

Lagerinhabern darin gesehen, dass die Niederlage weitab vom städtischen Geschäftsverkehr an der Verbindungsbahn belegen sei. || Diese Lage habe s. Z. gewählt werden müssen, weil eine Niederlage inmitten der Stadt aus Gründen der Zollsicherheit für unzulässig gehalten worden sei und weil der nächste Zweck des Etablissements, die Erhaltung des Geschäfts in deutschen Fabrikaten nach den umliegenden, Provinzen eine bequeme Bahnverbindung nach allen Seiten erfordert habe. Grosse Vorrathsläger für Export hätten während einiger Jahre in den Niederlagen bestanden, als die elsässer Textilindustrie nach der Vereinigung mit Deutschland von grosser Bedeutung für den deutschen Export geworden sei; diese Läger sollen zu der raschen Einführung der elsässer Fabrikate in den hamburgischen Exporthandel erheblich beigetragen haben. Sie seien jedoch nach einigen Jahren gleich anderen grossen Vorrathslägern in der Niederlage eingegangen oder doch erheblich eingeschränkt worden, weil die Exporteure nicht zum Besuch der entfernten Läger zu bewegen gewesen seien; die Inhaber der Läger hätten sich alsdann darauf beschränkt, für den Export grössere Musterläger in ihren Geschäftslokalitäten in der Mitte der Stadt zu halten, welche jedoch von dem Absatz nach dem umliegenden Zollgebiet ausgeschlossen seien und deshalb einen erheblichen Umfang nicht annehmen können. Die Haltung doppelter Läger in der Freihafenstadt und in der Niederlage oder dem anliegenden Zollgebiet erschwere und vertheuere aber selbstverständlich den Geschäftsbetrieb. || Die künftige Zollbehandlung der ausländischen und inländischen Manufaktur- und Kurzwaaren anlangend, so sei eine für die vorliegende Frage sehr erhebliche Abänderung beim Zollanschluss zu erwarten. Die hamburgische Handelskammer habe in den theiligten Geschäftskreisen eine Enquete darüber veranstaltet, wieviel Raum für diese Geschäfte im Freihafengebiet erforderlich sein werde. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Befragten habe sich dahin geäussert, dass sie zur Vermeidung getrennter Läger, für ausländische Waaren im Freigebiet und für deutsche Waaren im Zollgebiet, dringend wünschen, das Kontirungssystem anzuwenden, nach welchem die Lagerung fremder Waaren ohne Zollaufsicht in denselben Räumen mit inländischen Waaren unter Erfüllung gewisser Zollformalitäten möglich ist. Die Betheiligten haben sich überzeugt, dass sie mit diesem System, wie es in Lübeck seit 1868 praktisch gehandhabt wird, gut arbeiten können, zumal wenn in Bezug auf die Details der Zollabfertigung ihnen einige zulässige Erleichterungen gewährt werden. Immerhin aber werde hierbei für die ausländischen Waaren eine gewisse Benachtheiligung durch die Zollkontrolle beim Eingang und beim Ausgang, die Lagerrevision etc. entstehen, und der Kaufmann werde bei gleichen Verhältnissen in Bezug auf Preis und Qualität wünschen müssen, zur Vereinfachung der Kontrolle nach und nach ausländische Fabrikate durch inländische zu ersetzen. || Zur Bildung grösserer Läger von deutschen Waaren werde auch der Umstand mitwirken, dass Hamburg nach dem Anschluss wieder mehr als bisher die Versorgung der umliegenden Provinzen zu übernehmen haben werde, vielleicht in der



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Weise, dass sich grössere Kommissionsläger für die Versorgung der Detaillisten etabliren. Solche Kommissionsläger würden dann ebenfalls an der Vermittelung des Exports mehr Theil nehmen können, als es heute von der Niederlage aus möglich sei. || Das werde allerdings zuzugeben sein, dass von solchen Waaren, bei denen es auf Wirkung einzelner Farben oder Muster ankommt, von sog. Modewaaren etc., nicht grosse Vorrathsläger errichtet werden dürften, weil der Bedarf zu rasch wechselt. Ausgeschlossen sei er aber immerhin nicht, dass von den Massenerzeugnissen der Textilindustrie, weissen und grauen Baumwollen- und Leinenwaaren, gewöhnlichen Wollenwaaren u. dgl., ferner von Steinzeug und Glaswaaren, von gewissen groben Eisenwaaren etc. Vorrathsläger für Export entstehen können, welche in der Lage sind, selbst grosse Aufträge zur Auffüllung eines Schiffes rasch zu effectuiren. In Hamburg habe man zu der Frage die Stellung eingenommen, dass es den inländischen Industriellen überlassen werden müsse, zu beurtheilen, ob solche Läger für sie zweckmässiger und vortheilhafter seien, als die jetzige Art der Geschäftsführung; allgemein werde die Frage wohl überhaupt nicht entschieden werden können, und eine Prüfung für die einzelnen Industriezweige sei nur nach genauester Kenntniss der betreffenden Geschäftsverhältnisse möglich. || Die wesentlichsten Vortheile für Industrie und Exporthandel dürften aber darin zu erblicken sein, dass die Beseitigung der bestehenden Zollschranken die beiderseitigen Interessen einander näher bringe. Schon die Vorbereitungen zur Lösung der Anschlussfrage hätten in dieser Beziehung vortheilhaft gewirkt. Auf Einladung der Handelskammer hätten maassgebende rheinische und süd-deutsche Industrielle im Januar d. J. eingehende Kenntniss genommen von dem hamburgischen Handel und Verkehr, um sich ein Urtheil zu bilden über die Anschlussfrage und über die Folgen des Anschlusses für den deutschen Export. In einem im März von ihnen erstatteten Bericht hätten sie der Ueberraschung Ausdruck gegeben über den Umfang und die Bedeutung des hamburgischen Handels und Verkehrs und die Aufrethaltung des beschränkten Freihafens im nationalen Interesse für nothwendig erklärt; sie hätten aber zugleich den Anschluss der Wohnstadt im Interesse der deutschen Industrie gefordert, um eine innigere Berührung der Industrie mit dem Exporthandel zu ermöglichen. Im September hätten sodann 14 Mitglieder der Handelskammer diesen Besuch durch Besichtigung der Stätten der rheinischen Industrie erwidert. Sie hätten bei ihrer Rückkehr erklärt, in hohem Grade überrascht zu sein von der Leistungsfähigkeit dieser Industrie, wie von der Einsicht und dem kaufmännischen Urtheil der Leiter derselben; auf beiden Seiten sei der Wunsch nach Annäherung ein lebhafter geworden und seien Einleitungen getroffen, zum gemeinsamen Vortheil die entstandenen Beziehungen zu befestigen und zu erweitern. Bisher sei man gewohnt gewesen, die Interessen der inländischen Industrie und des hamburgischen Exporthandels gewissermaassen als entgegengesetzte anzusehen; man habe konkurriert, statt sich zu unterstützen; wenn eine Ordre auf eine bestimmte Waare für einen bestimmten transatlan-

tischen Platz gegeben worden, so sei der Exporteur der Gefahr ausgesetzt gewesen, dass der Fabrikant für eigene Rechnung dieselbe Waare hinaussende und dadurch den Markt überführe. || Das Verhältniss zwischen dem Exporthandel und der Industrie sei keineswegs, wie von einer Seite angeführt worden, so gut wie man es nur wünschen könne; es sei vielmehr noch in hohem Grade verbesserungsbedürftig, und sei zu dem Zweck die Wegräumung trennender Schranken gewiss wünschenswerth. || Man sei sich in Folge der historischen Entwicklung der Verhältnisse fremd geblieben. Der deutsche Welthandel sei erst etwa 50 oder 60 Jahre alt; bis in das zweite Dezennium dieses Jahrhunderts war der transatlantische Handel von den Kolonialmächten England, Holland und Spanien monopolisirt. Erst mit der Befreiung der südamerikanischen Kolonien wurde ein weites Handelsgebiet erschlossen, auf welchem die Hansestädte Deutschland einen Antheil am Welthandel zu erobern vermochten. Die Handelsartikel mussten aber selbstverständlich aus denjenigen Fabrikationsstätten genommen werden, welche die transatlantischen Märkte seit lange beherrschten; Deutschland hatte, abgesehen von der Leinen-Handweberei, noch keine exportfähige Industrie. So entstanden Beziehungen aller Art zwischen Hamburg und den englischen Fabrikplätzen, persönliche und finanzielle, hamburgische Kapitalien wurden in grossem Umfange im englischen Kommissionshandel und in der englischen Fabrikation placirt, Beziehungen, welche zum Theil noch heute von Einfluss auf die Exportverhältnisse sind. Der inländischen Industrie fehlte während ihrer Entwicklung der Rath des aus persönlicher Erfahrung mit den Bedürfnissen der transatlantischen Plätze vertrauten Exporteurs; der Exporteur beschwerte sich über mangelhafte Ausführung seiner Aufträge durch die deutschen Fabrikanten; umgekehrt führte der inländische Fabrikant Klage über unbillige Forderungen des Exporteurs. In Folge dieser Entfremdung seien manche Verhältnisse entstanden, welche als gesunde und wünschenswerthe nicht angesehen werden können. Beispielsweise kauft der hamburgische Exporteur Eisenwaaren, namentlich feinere, in Rochester und Sheffield, welche in Solingen mit dem englischen Fabrikationszeichen angefertigt sind; ähnliche Verhältnisse sollen bei einigen Manufakturwaaren bestehen. || Es bedürfe einer kräftigen Anregung von Aussen, um aus diesen Verhältnissen in neue Bahnen überzuleiten und bei Fabrikanten und Exporteuren die Ueberzeugung zu befestigen, dass es ihre Aufgabe sein muss, sich zum Wohle des Ganzen und zum gemeinsamen Vortheil zu unterstützen, statt sich im auswärtigen Markt zu bekämpfen. Die nationale Einigung habe in dieser Beziehung bereits Vieles gebessert; die Beseitigung der Zollschranken werde die Annäherung wesentlich fördern.

Zu Punkt 2. Die hier gestellte Frage wurde zunächst von der Kommission dahin deklariert, dass es sich darum handle, die Aenderungen festzustellen, welche gegenüber dem jetzigen gesetzlichen oder regulativmässigen Zustande eintreten sollen und zwar zugleich mit Rücksicht darauf, ob es sich um gesetzliche Aenderungen handeln werde.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Es wurden hierauf in der Kommission die einzelnen Erleichterungen konstatiert und besprochen, welche gegenüber den bestehenden Vorschriften durch die Vereinbarung und das Nebenprotokoll vom 25. Mai v. J. für Hamburg im Zollabfertigungsverfahren in Aussicht gestellt worden seien. Eine Aufzählung dieser Punkte erscheint hier mit Rücksicht auf den Inhalt der Vorlage nicht erforderlich. Die Erleichterungen wurden als recht weitgehende und um so werthvollere bezeichnet, als auf dieselben nach den regierungsseitigen Erklärungen auch von den übrigen deutschen Seehäfen und binnenländischen Handelsplätzen gerechnet werden dürfe.

Auf die Frage, inwieweit auf die von den Vertretern Hamburgs sub 2 des Nebenprotokollés verlaublichen Wünsche seitens des Bundesrathes etwa bereits eingegangen sei und wie die bestehende Gesetzgebung dazu sich stelle, erklärte Namens der Reichsregierung der kaiserliche Regierungsrath Herr Neumann Nachstehendes: || Für jeden grösseren Seehafen beständen Regulative unter Berücksichtigung der besonderen localen Verhältnisse. Anlangend die Hamburg betreffs der Zollabfertigung gemachten Zusagen sei zu bemerken, dass die in der Vereinbarung vom 25. Mai unter Ziffer 4 Nr. 5 enthaltenen Abreden, so werthvoll dieselben auch für Hamburg seien, doch nur allgemeine Grundsätze feststellen. Hierzu seien in das Nebenprotokoll von demselben Tage einige spezielle Wünsche Hamburgs und die darauf bezüglichen Erklärungen der Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers aufgenommen worden. || Weder im Bundesrathe noch bei der Reichsregierung seien bisher nähere Erwägungen in der Richtung angestellt worden, inwieweit diese Abreden eine Aenderung bestehender gesetzlicher oder Verwaltungsvorschriften bedingen. Er sei somit nicht in der Lage, Namens des Bundesrathes oder der Reichsregierung dem obigen Wunsche zu entsprechen. Indessen könne er aus seiner persönlichen Kenntniss dieser Vorschriften und des Abfertigungsverfahrens zu den im Nebenprotokoll aufgeführten Punkten Folgendes bemerken:

1. Zu Ziffer 2 c. Das den Begleitungs- und Bewachungsdienst versiehende Personal werde schon gegenwärtig bei starkem Verkehrsandrang vielfach durch vorübergehend angenommene Hilfskräfte verstärkt, wie auch schon gegenwärtig in einzelnen Fällen, so namentlich bei den Abfertigungen in Privattransitlagern von Holz die Gewichtsermittlung durch, auf die Wahrnehmung des Zollinteresses beeidigte Privatpersonen zugelassen sei. Wo ein Bedürfniss hierzu vorliege, dürfe auch schon gegenwärtig die Vornahme der Zollabfertigung auf den Lagerräumen der Kaufleute gestattet werden. || Ob und inwieweit eine Befugniss der Hamburger Zollverwaltung, den Transport der Waaren aus dem Freihafenbezirk nach den Bahnhöfen und nach den Lagerräumen im Zollgebiete zur weiteren Zollbehandlung in Verschlussfahrzeugen ohne besondere Deklaration und Revision eventuell unter Personalbegleitung vornehmen zu lassen, eine Aenderung der bestehenden Vorschriften bedinge, könne er zur Zeit und ohne nähere Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse nicht übersehen.

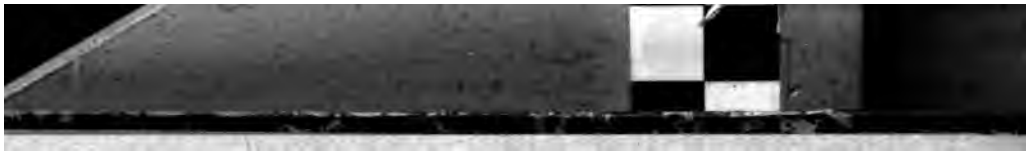
2. Zu Ziffer 2 d. Die fünfjährige Lagerfrist sei für Kontenläger überhaupt nicht, für Privattransitläger ohne amtlichen Mitverschluss aber nur als Regel durch das Vereinszollgesetz vorgeschrieben; Ausnahmen hiervon seien schon gegenwärtig zulässig. || Die Abhaltung zweier Lagerrevisionen jährlich beruhe auf Verwaltungsvorschriften, und sei der Wegfall der zweiten Lagerrevision schon gegenwärtig für Privattransitläger von Getreide und Holz zulässig. || Nach § 14 des Regulativs für Privatläger sei es schon gegenwärtig ausnahmsweise zulässig, in Privattransitlagern ohne amtlichen Mitverschluss von der Festhaltung der Identität der Kolli abzusehen. || Ebenso sei schon gegenwärtig in einzelnen Fällen der Veredelungsverkehr mit kontirten Waaren zugelassen.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Zu Punkt 3 Nr. 1. Von einem Theile der Kommission wurde die Ansicht geltend gemacht, dass der Zollanschluss nicht die Folge haben könne, dem Inlande durch den hamburgischen Konsum erhebliche Vortheile zuzuführen. Schon gegenwärtig würden 70 Prozent des Hamburger Konsums durch das Inland gedeckt; berücksichtige man den von dem Reste dem Auslande nothwendig verbleibenden Theil, so könne man nur unbedeutende Vortheile zugestehen. Auch werde durch den Eintritt in das Zollgebiet Hamburgs Konsumtionskraft vermindert werden; von dem Gesamteinkommen Hamburgs betrage der Kopftheil 672 M. 82 Pf. || Diesen Ausführungen wurde von anderen Mitgliedern der Kommission und regierungsseitig entgegengestellt, dass nicht zu bezweifeln sei, dass inländische Artikel in höherem Maasse als bisher zum Konsum gelangen würden. Der Zutritt einer im Durchschnitt sehr wohlhabenden Bevölkerung von fast 500 000 Seelen zum Zollgebiete müsse nach dieser Richtung nothwendig eine erhebliche Wirkung äussern. || Auch wurde auf den Eintritt des Steuervereins in den Zolltarif exemplifizirt und darauf hingewiesen, dass durch denselben der Konsum zollinländischer Fabrikate erheblich zugenommen habe.

Zu Punkt 3 Nr. 2. Bezüglich des Transitverkehrs wurde zunächst seitens des hamburgischen Sekretärs Herrn Roeloffs nachstehende Darstellung gegeben:

Der Güterverkehr mit den Eisenbahnen müsse, soweit er zum Wiedereingang in das Zollgebiet bestimmt ist, während des Aufenthalts auf den im Freihafengebiet belegenen Bahnhöfen unausgesetzt unter Zollkontrolle gehalten werden, um die inländische Abstammung der Waaren bei der Wiedereinfuhr konstatiren zu können. Erschwert werde diese Zollkontrolle dadurch, dass der Eisenbahnverkehr von Hamburg sich auf 4 entfernt von einander belegene Bahnhöfe vertheile, zwischen denen die Uebergabe von Transitwagen zur Weiterbeförderung zu gewissen Tageszeiten erfolgt. Die zum Transit durch das Freihafengebiet bestimmten Eisenbahnwagen seien entweder an der inländischen Abgangsstation oder an der letzten Station im Zollgebiet vor Hamburg zur Durchführung durch das Freihafengebiet anzumelden. Werde die rechtzeitige Anmeldung versäumt und kommen die Wagen auf den Bahn-



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

höfen in Hamburg ohne Zollkontrolle an, so entstehen für die Bahn wie für den Spediteur oder den Waarenempfänger erhebliche Weiterungen. Die Waaren werden alsdann bei der Wiedereinfuhr in das Zollgebiet als ausländische angesehen; es werde die Deponirung des Zolles für dieselben gefordert, und in einem vorläufigen Ermittlungsverfahren habe die Bahn oder der Spediteur nachzuweisen, dass die Waaren aus dem Inlande stammen und dass die Anmeldung derselben zur Zollkontrolle während des Transits nur aus Versehen unterblieben sei. Dieser Fall sei ein so gewöhnlicher geworden, dass sich eine eigene technische Bezeichnung „verlaufenes Gut“ dafür gebildet habe und dass bei der Zollverwaltung, bei den Eisenbahnen und bei den Geschäftstreibenden nach und nach eine feste Praxis in Bezug auf Behandlung solcher verlaufenen Güter entstanden sei. Die Festhaltung der inländischen Abstammung erfolge bei ordnungsmässiger Anmeldung für ganze Wagenladungen in geschlossenen Wagen durch Zollverschluss; bei dem Transit einzelner Kolli sowie bei Wagenladungen auf offenen Wagen trete Abfertigung auf Deklarationschein mit Revision der Kolli oder Personalbegleitung ein. Unmittelbare Ueberführung der Wagen und Waaren von einem Bahnhof auf einen andern finde nicht statt.

Der mit den Eisenbahnen transitirende Personenverkehr unterliege in allen Richtungen der Zollcontrole beim Wiedereingang in das Zollgebiet. Durchgehende Personenwagen, in denen die Passagiere von einem Bahnhofe zum andern befördert würden, bestehen nicht. Für den Transit auf der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn nach dem Norden und umgekehrt bestehe die Beförderung von Passagiergepäck unter Zollverschluss, eine Einrichtung, von der übrigens kein umfangreicher Gebrauch gemacht werde, weil die Reisenden mit den dabei zu erfüllenden Zollformalitäten nicht bekannt seien. Im Uebrigen müsse der das Freihafengebiet transitirende Personenverkehr der speziellen Zollrevision unterzogen werden, gleich jedem aus dem Auslande kommenden Passagier- und Gepäckverkehr.

Nach der vorliegenden Vereinbarung über den Zollanschluss Hamburgs werde dieser gesammte Güter- und Personenverkehr von jeder Zollcontrole befreit, weil sämtliche Eisenbahnhöfe innerhalb der Zollgrenze belegen sein werden.

Ein Transitverkehr von der Oberelbe nach der Unterelbe und umgekehrt durch das Freihafengebiet finde in erheblichen Umfange zur Zeit nicht statt. Der Elbverkehr in beiden Richtungen endige grösstentheils in Hamburg und Altona. Güter, welche von der Oberelbe nach der Unterelbe bestimmt seien, z. B. Rohrzucker, werden am Entenwärder unter Zollaufsicht aus den oberelbischen Kähnen in die unterelbischen Fahrzeuge umgeladen. Diese Umladung würde später ohne Zollaufsicht im Zollgebiete geschehen können.

Der lokale Fracht- und Marktverkehr von der Unterelbe werde jetzt bei der Rückkehr der Fahrzeuge an ihre Abfahrtstelle zollamtlich kontrollirt und sei deshalb auf bestimmte Anlegestellen beschränkt, welche unter Zoll-

kontrolle stehen. Nach dem Zollanschluss der Unterelbe werde bis zum Anschluss Hamburgs die Kontrolle der von Hamburg-Altona zurückkehrenden Fahrzeuge und Personen bei der Zollgrenze in Neumühlen geschehen. Die von Hamburg mit Dampfschiffen nach den Plätzen an der Unterelbe fahrenden Personen, ca. 350 000 jährlich, unterliegen der Zollkontrolle theils beim Besteigen, theils beim Verlassen der Dampfboote. Die gleichen Zollkontrollen finden für den lokalen Fracht- und Marktverkehr und den Personenverkehr nach der Oberelbe Anwendung. Bei Ausführung der vorgelegten Projekte für den Zollanschluss Hamburgs werde auch dieser gesammte Verkehr auf der Unterelbe und der Oberelbe von Zollkontrollen befreit.

Nr. 7642.
Deutschland
Dec. 1891.

Die von der Oberelbe nach Hamburg kommenden Kahnladungen Getreide, Sprit, Zucker etc. können nicht mehr nach dem Zollgebiete verkauft werden, sobald sie die Zollgrenze beim Entenwärder überschritten haben. Der Eigentümer müsse deshalb, um sich die Möglichkeit dieses Verkaufs offenzuhalten, die Kähne oberhalb der Zollgrenze auf der Elbe in weiter Entfernung von der Stadt liegen lassen. Von den Schiffahrtsinteressenten werde über die daraus entstehenden Gefahren, von den Kaufleuten über die Beschwerden für den Geschäftsverkehr Klage geführt. Nach dem Zollanschluss werden die Kähne in den Zollhäfen in unmittelbarer Nähe der Stadt liegen können, bis Entscheidung über Bestimmung der Ladung getroffen ist.

Herr Regierungsrath Neumann fügte hinzu, dass für das Etatsjahr 1878/79 für den Landverkehr in Hamburg und Altona 40 000 Deklarationsscheine ausgestellt worden seien.

Die Kommission erkannte hierauf an, dass bezüglich des Transitverkehrs allerdings erhebliche Erleichterungen sich ergeben würden. Dagegen machte ein Kommissionsmitglied auf die seines Erachtens für den Verkehr von Altona sich ergebende Gefahr in nachstehender Ausführung aufmerksam: || Altona, bisher als Freihandelsplatz in ganz gleicher Stellung mit Hamburg, werde dieses Vorzugs beraubt, während Hamburg sein Freihafengebiet erhalte, welches nach dem Projekt in unmittelbarstem räumlichen Anschluss neben seinem Zollgebiete liege. Dass unter diesen Bedingungen Altona die wenigen Vortheile, welche es bisher vermöge seiner Lage, etwas weiter unterhalb an der Elbe, auszunützen vermochte, verlieren würde, liege auf der Hand. || Vor allem aber sei das, im hamburgischen Interesse sehr geschickt aufgestellte Kanalprojekt geeignet, die Interessen Altona's zu verletzen und einen Theil des bisher Altona zufallenden Verkehrs Hamburg zuzuwenden. || Alle Güter, die im Zollgebiete von der Oberelbe oder der Unterelbe nach Hamburg und Altona gehen sollen, müssen den neu herzustellenden Kanal passiren. Es sei aus der mitgetheilten Statistik feststehend, dass der Raum auf diesem Kanal so sehr durch den speziell für Hamburg bestimmten Verkehr in Anspruch genommen sei, dass ein Transitverkehr so gut wie ausgeschlossen sein werde. Was in gebrochener Landung für das Zollgebiet theils Hamburgs, theils Altona's bestimmt sein werde, bleibe sicher ganz in Hamburg, dem Haupt-

Nr. 7642.
Deutschland
Dec. 1881.

platze; der Schiffer werde nicht erst theilweise in Hamburg löschen und dann die beschwerliche Kanalfahrt nach Altona machen. Durch Schuten löschen zu lassen und in diesen nach Altona die Güter zu befördern, sei, wegen der gegenwärtigen ungünstigen Stromverhältnisse der Elbe für den Schutenverkehr bei Altona, unzulässig. || Dies also würde der Erfolg der künstlichen Zustände sein, die man schaffen wolle und für welche man den besten und befahrensten Theil der Elbe der freien Schifffahrt verschliesse und dieselbe auf ein enges beschwerliches Fahrwasser im Kanal hindränge. || Altona entgehe der bisherige Verkehr, der dem Freihafengebiete sich zuwendet; es entgehe ihm auch ein Theil seines Transitverkehrs, der dem mächtigen und in allen Kommunikationen zu Wasser und zu Lande günstiger gestellten Hamburg zufalle. || Wenn bei den früheren Erörterungen über den Zollanschluss gesagt worden sei, Altona dürfe nicht darunter leiden, dass Hamburg nicht in den Zollanschluss treten wolle; wenn Hamburg nicht die Vortheile des Anschlusses haben möge, so solle Altona allein eintreten — dann sei man also der Meinung gewesen, Altona solle dem widerstrebenden Hamburg gegenüber begünstigt werden. Dass dieser in Aussicht genommene Anschluss Altona's in Hamburg keinen Eindruck gemacht habe, sei bekannt. Jetzt aber stelle sich genau das Gegentheil der vermeintlichen Begünstigung durch den Zollanschluss für Altona heraus. Altona werde bei weitem am meisten geschädigt, und es werde die Aufgabe der preussischen Regierung sein, den der preussischen Stadt Altona drohenden Ruin durch die ausgiebigsten Mittel abzuwenden. Diese können nur (abgesehen von den, allen Seeplätzen in gleicher Weise wie Hamburg zugesicherten Erleichterungen der Zollabfertigung) darin bestehen, dass bei Altona an der Elbe bedeutende Verbesserungen für den Schifffahrtsverkehr gemacht und dass Eisenbahnverbindungen von der Elbe bei Altona direkt in das Zollinland hergestellt würden. || Nur durch solche Maassregeln werde einigermaßen Altona's Verkehr und der des damit zusammenhängenden Hinterlandes in dem bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten sein. || Die Nachteile, welche das Hinterland, z. B. Schleswig-Holstein, ohne solche Maassregeln zu besorgen habe, seien darin zu finden, dass theils der für den inländischen Konsum bestimmte direkte Bezug aus dem Freihafengebiet Altona's für eine Menge von Plätzen fortfalle, theils und besonders darin, dass der lebhafte Transitverkehr von Altona via Kiel nach dem Norden, der eine blühende Rhederei geschaffen habe, in hohem Maasse gefährdet werden würde. Dieser Verkehr, welcher allein an Gütern des Spezialtarifs ebenso viel betrage, als der höchste Betrag der Güter in der Zollvereinsniederlage, werde andere Wege einschlagen; entweder aus dem künftigen hamburgischen Freihafengebiete mit Hilfe der viel günstiger liegenden Hamburg-Lübecker Bahn, oder durch Wiederaufnahme einer, durch die in Kiel entstandene Rhederei in Wegfall gekommenen direkten Seeverbindung von Hamburg nach dem Norden. || Es folge hieraus, dass, wenn die Ausführung der Vereinbarung für Hamburg Vortheile mit sich bringe, denselben Schädigungen anderer Städte und Gebiete

gegenüberstehen, die nur durch neue erhebliche Geldopfer gemildert werden können.

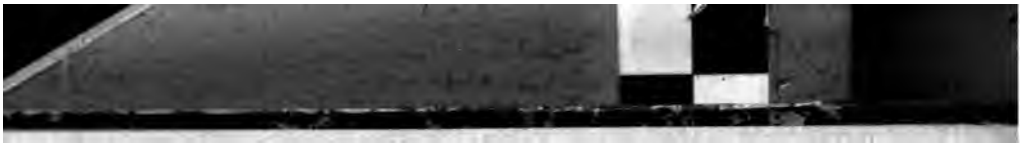
Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Hierauf wurde entgegnet: || Das Kanalprojekt werde auf die Handlungstellung Altona's durchaus ohne Einfluss bleiben. Es sei ein Irrthum, dass alle vom Zollgebiet der Oberelbe oder der Unterelbe nach Altona bestimmten Güter den Kanal passiren müssten. Altona liege bekanntlich weiter elbabwärts als Hamburg; die von der Unterelbe kommenden Fahrzeuge könnten also in Altona bleiben, ohne mit dem hamburgischen Zollkanal in Berührung zu kommen. Aber auch von der Oberelbe könnte Altona auf dem bei Harburg vorbeifliessenden Elbarm, der Süderelbe, welcher ganz dem Zollgebiet angehöre, ohne Berührung des hamburgischen Zollkanals oder des Freihafengebietes erreicht werden. Grosse oberelbische Frachtfahrzeuge, welche Ladung theils für Hamburg, theils für Altona an Bord haben, würden ganz wie bisher denjenigen Hafen aufsuchen, für den der grösste Theil der Ladung bestimmt ist, und den Rest dem anderen Hafen mit Schuten zuführen. Beispielweise würden also Getreidekähne wie bisher an dem grossen Getreidespeicher in Altona löschen und etwaige Beiladungen mit Schuten nach Hamburg schicken. Dass ein Schutenverkehr zwischen Hamburg und Altona wegen der Stromverhältnisse unzulässig sei, beruhe auf Irrthum; fast die gesammte Waarenbewegung zwischen Altona und Hamburg werde mit Schuten befördert, von denen mehrere Hundert täglich hin und her fahren. || Auch die befürchteten Nachteile für den Transitverkehr Altona's nach dem Norden werden nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht eintreten können. Die Altona-Kieler-Bahn sei in der Lage, direkt von der Elbe aus den Schuten die Waaren aufnehmen zu können. Der Lübecker Bahnhof in Hamburg liege dagegen hinter Schleusen, welche den Verkehr erschweren und verlangsamen. Die Befürchtung beruhe dem Vernehmen nach auf der Annahme, dass die Zollbehandlung der im Transitverkehr nach dem Norden zu versendenden Güter in Altona mehr Schwierigkeiten bereiten würde als in Hamburg.

Der kaiserliche Regierungsrath Herr Neumann bestätigte unter Bezugnahme auf die bezüglichen Erklärungen des königlich preussischen Herrn Finanzministers, dass die in dem Nebenprotokoll für Hamburg in dieser Beziehung getroffenen Abreden voraussichtlich auch auf Altona Anwendung finden würden.

Der königlich preussische Herr Finanzminister wies wiederholt auf seine bereits bei der Berathung des Gesetzentwurfs im Reichstage abgegebene Erklärung hin, dass den Bedürfnissen des Altonaer Handels und Verkehrs volle Rechnung getragen werden solle durch Erweiterung der Quai-, Hafen- und Eisenbahnanlagen.

Zu Punkt 3 Nr. 3. Hier wurde von einem Theil der Kommissionsmitglieder behauptet, dass nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen Vortheile für die Industrie, das Gewerbe und den Detailhandel des Zolllandes nicht zu ersehen seien. Dagegen sei die Befürchtung begründet, dass



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

in Hamburg eine Industrie entstehen werde, mit welcher die des Binnenlandes nicht konkurriren könne. Ferner sei anzunehmen, dass das Hamburger Kapital, sich mehr als bisher dem Gewerbebetriebe und dem Detailhandel zuwenden und damit gegen die gleichen Geschäftsbranchen der Umgebung Hamburgs eine übermächtige Konkurrenz eröffnen werde. Ganz besonders treffe das Altona gegenüber zu.

Es wurde hierauf entgegnet, dass bereits geltend gemacht worden sei, welche Vortheile die deutsche Industrie sich davon verspräche, in dem bisherigen Zollausschlusse einen grösseren Konsum und mehr Berücksichtigung zu finden als jetzt; in Folge der Befreiung des lokalen Verkehrs von jeder Zollabfertigung und des voraussichtlichen Aufschwunges der Stadt Hamburg würden auch manche Zweige des Detailhandels in der Umgebung des gegenwärtigen Zollausschlusses gewinnen, insbesondere der mit landwirthschaftlichen Produkten. Richtig sei, dass in Hamburg die Zahl der Fabriken sich steigern werde; es sei indess vermöge der hohen Löhne, an welche die Arbeiterbevölkerung der grossen Handelsstadt gewöhnt sei, nicht anzunehmen, dass die Industrie in Hamburg zu einer bedeutenden, die des Binnenlandes beeinträchtigenden Entwicklung gelangen werde. Der Gewerbebetrieb und der Detailhandel Hamburgs werde allerdings wahrscheinlich einen Aufschwung nehmen und vielleicht von solchen Dimensionen, dass die Konkurrenz für die Umgegend und namentlich für Altona in einzelnen Branchen gefährlich sei. Diesen Nachtheilen ständen indess, anlangend das Zollinland, die sonstigen Vortheile gegenüber, welche dasselbe von dem Anschlusse erwarten könne. Wenn einzelne Plätze in ihrem Kleinhandel und Gewerbe vorübergehend leiden sollten, so dürfe deshalb nicht Anstand genommen werden, einen Zustand zu beseitigen, welchen die deutsche Nation längst als einen unnatürlichen bezeichnet habe. Anlangend Altona, sei doch zu berücksichtigen, dass ihm nach der in Rede stehenden Richtung an sich die gleichen Chancen entgegengetragen würden, wie Hamburg. Es sei nicht denkbar, dass Altona's Gewerbebetrieb und Detailhandel nicht auch noch profitiren solle; dazu kämen die Verkehrserleichterungen, die Altona gleich Hamburg erhalten würde.

Zu Punkt 4. Die Kommission stimmte in der Ansicht überein, dass es nicht möglich sei, den wirthschaftlichen Effekt des Zollanschlusses von Hamburg zahlenmässig zu berechnen. Ein Theil der Kommission war der Ansicht, dass aus den dargelegten Verhandlungen resultire, dass für das Reich durch den Zollanschluss von Hamburg gar keine oder doch höchstens ganz unbedeutende wirthschaftliche Vortheile würden geschaffen und nur die Machtstellung Hamburgs im vaterländischen Handel würde vergrössert werden. Dafür aber werde Hamburg genöthigt, enorme Ausgaben zu leisten, welchen es sich andernfalls entweder gar nicht oder doch nur in langen Zeiträumen unterzogen haben würde. Es sei doch auch in Betracht zu ziehen, dass mit den in Hamburg aufzuwendenden Kosten erst ein Theil derselben bestritten sei; rechne man die Kosten, welche beim Zollanschlusse von Altona im Interesse

der Lebensfähigkeit dieser Stadt aufgewendet werden müssen, und die des Zollanschlusses von Bremen hinzu, so werde man voraussichtlich zu einer Gesamtausgabe von mehr als 200 Millionen gelangen. || Es frage sich überhaupt, ob nicht der Präjudizialeinwand zu stellen sei, dass nur über die Zollanschlüsse von Hamburg und Bremen gemeinsam zu verhandeln sei. Der Zollanschluss von Bremen müsse als eine nothwendige Konsequenz dessen von Hamburg angesehen werden, und unmöglich könnten diese beiden Staaten vom Reiche mit verschiedenem Maasse gemessen werden.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Seitens des königlich preussischen Herrn Finanzministers wurde zu dem letzten Punkte erwidert, dass allerdings wegen des Zollanschlusses von Bremen schon Einleitungen getroffen seien, dass es aber nach dem Kraftaufwande, welchen die Verhandlungen mit Hamburg erfordert hätten, unmöglich gewesen sei, auch mit Bremen schon zu einer Einigung zu kommen; er könne auch nicht zugeben, dass der Reichstag in einer günstigeren Lage sich befinden würde, wenn er über beide Zollanschlüsse zu verhandeln hätte, da die örtlichen Verhältnisse Bremens von denen Hamburgs verschiedene seien.

In Unterstützung dieser Ansicht wurde von Mitgliedern der Kommission ausgeführt, dass schon die Beurtheilung der gegenwärtigen Vorlage eine äusserst schwierige sei, und dass diese Schwierigkeiten unzweifelhaft durch ein gleichzeitiges Befinden über den Zollanschluss von Bremen noch in hohem Maasse würden vermehrt worden sein. Den verbündeten Regierungen könne kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn zunächst nur eine Vorlage wegen des Zollanschlusses von Hamburg gemacht worden sei; denn es sei bekannt, dass gerade diese Frage eine so dringende geworden, dass vor allem auf deren Beseitigung hinzuwirken gewesen sei. Endlich sei der Reichstag nicht berechtigt, der sachlichen Prüfung der Vorlage um deshalb sich zu entziehen, weil die Verhandlungen über den Zollanschluss von Bremen noch ausständen. Die Vorlage entspringe einem verfassungsmässigen Rechte der verbündeten Regierungen, und es sei die verfassungsmässige Pflicht des Reichstages, sich der Prüfung ihrer Begründung zu unterziehen, ohne Rücksicht darauf, dass dieselbe vielleicht hätte erweitert werden können.

Von derselben Seite wurde weiter behauptet, dass bei allen zur Prüfung gekommenen Punkten sich eine Summe von Vortheilen für das Reich ergeben habe. Es müsse nothwendigerweise von der Tragweite der einzelnen Punkte abgesehen, das Projekt des Zollanschlusses von Hamburg vielmehr im Ganzen aufgefasst werden, und da könne nicht bestritten werden, dass der Zollanschluss von hoher Wichtigkeit erscheine. Dem Reiche erwüchsen wirthschaftliche Vortheile; der Gedanke der nationalen wirthschaftlichen Einheit, wie er in der Verfassung zum Ausdruck gekommen, werde weiter gefördert; Unzuträglichkeiten, welche das deutsche Gefühl beleidigen, würden beseitigt. Wenn nicht bestritten werden solle, dass der zu schaffende neue Zustand für Hamburg selbst erhebliche Vortheil bergen würde, so sei darin ein Grund gegen die Vorlage gewiss nicht zu finden. Das Emporblühen der Handelsstellung Hamburgs

Nr. 7612.
Deutschland.
Dec. 1881.

müsse nach dessen Hineinziehung in das Zollgebiet nothwendig dem Reiche zugute kommen, und jemehr ein Aufschwung des Hamburger Handels erwartet werden könne, destomehr Veranlassung habe das deutsche Reich, das Emporheben dieses Handels zu fördern. Die vom Reiche geforderte Summe erscheine gering gegenüber den materiellen und ideellen Interessen, um welche es sich handle; andere Nationen hätten bekanntlich ihren Handelsemporien lediglich aus materiellen Rücksichten ganz andere Summen bewilligt, als hier in Frage gebracht seien. Dazu komme endlich noch die Möglichkeit, dass das Reich durch seinen Zuschuss eine neue Belastung überhaupt nicht erfahren werde. Es sei bekannt, dass die Bevölkerung Hamburgs durch die Festsetzung des Zuschlages von 5 M. pro Kopf zu den Aversen in keiner Weise unangenehm berührt, dass damit vielmehr gewisse Besorgnisse beseitigt worden seien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass in Folge des projektirten Zollanschlusses der Mehrertrag an Zöllen die Aversen um den Betrag der Zinsen von dem Reichszuschusse übersteigen könne.

Nachdem die Richtigkeit der auf die Aversen bezüglichen Ausführung noch seitens des hamburgischen Senators Herrn Versmann bestritten worden war, erfolgte Schluss der Debatte über § 1 der Vorlage und wurde zur Abstimmung über denselben geschritten, obgleich seitens der Minorität der Kommission abermals verlangt wurde, dass zunächst über das Amendement verhandelt werden sollte.

Das Resultat der Abstimmung war, dass § 1 mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen wurde, während 8 Mitglieder der Abstimmung sich enthielten.

In zweiter Lesung erfolgte die Annahme mit 16 gegen 5 Stimmen.

Der Diskussion über § 1 der Vorlage folgte die über das Amendement.

Zu § 1 des Amendements. Für die Annahme dieses Paragraphen wurde geltend gemacht, dass es sich darum handle, die Zweifel zu beseitigen, zu denen Artikel 34 der Reichsverfassung bisher Veranlassung gegeben habe. In den Abmachungen mit Hamburg habe man es selbst regierungsseitig für erforderlich erachtet, Bestimmungen darüber zu treffen, wie Artikel 34 in Zukunft aufzufassen sei; damit habe man die Zweifelhaftigkeit der Sache zugestanden; sodann werde aber in den Abmachungen das neu zu schaffende Freihafengebiet als ein dauerndes behandelt, während bisher darüber die entgegengesetzte Ansicht die prävalirende gewesen sei; das Rechtsverhältniss müsse im Interesse Hamburgs nothwendig auf eine zweifellose Basis gestellt werden, und dies solle durch den vorgeschlagenen Paragraphen geschehen. ¶ Gegen diese Begründung wurde von der Kommission ausgeführt, dass nach dem klaren Wortlaute der Verfassung die Beseitigung der Freihafenstellung der Hansestadt Hamburg nur auf deren Antrag zulässig sei; was von dem früheren Freihafengebiete gegolten habe, bleibe selbstverständlich bezüglich des reduzirten Theiles bestehen; der Paragraph bezwecke also etwas Selbstverständliches, und es sei zu vermeiden, über Bestimmungen der Reichsverfassung ohne dringenden Grund neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen, da

dies insbesondere mit Rücksicht auf die eigenthümliche Natur der Reichsverfassung leicht zu Unklarheiten und dadurch zu Unzuträglichkeiten führen könne. | Regierungsseitig wurde erklärt, dass der Bundesrath mit Hamburg darin einig sei, dass für den reduzirten Freihafenbezirk Alles beim Alten bleibe und Artikel 34 der Reichsverfassung genau in derselben Weise für den Rest seine Kraft behalte, wie er sie bisher für den ganzen Freihafen besessen habe. | Von einem Mitgliede der Kommission wurde nunmehr ausgeführt, dass bei dieser materiellen Einigkeit umsoweniger Grund vorhanden sei, sich einer gesetzlichen Regelung zu widersetzen, welche bei den bekannten Zweifeln in dieser Frage gewiss wünschenswerth sei. || Der Paragraph wurde in der ersten Lesung mit 16 gegen 5, in der zweiten Lesung mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Zu § 2 des Amendements. Die Antragsteller motivirten diesen Paragraphen damit, dass die Frage, ob zu dem Anschlusse der Unterelbe an das Zollgebiet ein Gesetz erforderlich sei oder eine Verordnung genüge, eine bestrittene sei. Es empfehle sich deshalb, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen. Der Antrag stelle in entgegenkommender Weise materiell das fest, was der Bundesrath für sich in Anspruch nehme, trage aber doch auch dem Standpunkte derjenigen Rechnung, welche ein Gesetz für nothwendig erachten. | Hiergegen wurde vorgebracht, dass der Paragraph unannehmbar sei, weil der Sinn desselben parlamentarisch unbeanstandeten Vorgängen widerspreche. Ausserdem sei es unzweckmässig und unnütz, einen alten Streitfall, welcher seine praktische Bedeutung verloren habe, bei dieser Gelegenheit zum Austrage zu bringen und so vielleicht den Streit aufs neue anzufachen. || Bei der Abstimmung fiel der Paragraph mit 11 gegen 9 Stimmen.

Zu § 3 des Amendements. Der Antrag wurde dadurch motivirt, dass durch Nr. 3 der Abmachung vom 25. Mai v. J. Artikel 36 der Reichsverfassung verletzt erscheine. || Hierauf wurde regierungsseitig erwidert: || Der Artikel 36 der Reichsverfassung werde nicht verletzt, weil derselbe die eigene Zollverwaltung nur denjenigen Bundesstaaten dauernd entziehe, welche dieselbe beim Erlass der Verfassung nicht mehr besessen hätten. Hamburg und andere damals ausserhalb des Zollgebietes befindliche Bundesstaaten hätten aber eine eigene Zoll- und Steuerverwaltung von jeher besessen; auf sie habe daher Artikel 36 nicht Bezug haben sollen. Als beide Mecklenburg angeschlossen worden seien, haben sie ohne weiteres ihre eigene Zollverwaltung eingeräumt erhalten; dasselbe sei bei Elsass-Lothringen der Fall gewesen; Lübeck dagegen habe auf dieses Recht verzichtet. || Seitens eines Abgeordneten wurde hierauf aus der seiner Zeit der Hamburger Bürgerschaft vom Senat gemachten Vorlage deduzirt, dass die Reichsregierung bei den Verhandlungen anfänglich den entgegengesetzten Standpunkt angenommen habe. || Der hamburgische Senator Herr Versmann erwiderte, dass die hamburgischen Kommissare aus den vorbereitenden Besprechungen diesen Eindruck allerdings gewonnen hätten. Doch habe die Frage zu einer eigentlichen Kontroverse zwischen Hamburg und der

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Reichsregierung nicht geführt. || Mit Rücksicht auf die regierungsseitigen Erklärungen wurde § 3 von den Antragstellern zurückgezogen.

Zu §. 4 des Amendements. Das Amendement lautet nach einer von den Antragstellern selbst vorgenommenen und einer von ihnen in Konsequenz des Fortfalles des § 2 zugestandenem Aenderung wie folgt:

„§ 4.

Die aus der See nach dem Freihafengebiete Hamburgs und von diesem nach der See gehenden Schiffe bleiben auch nach der Verlegung der Zollgrenze auf die Unterelbe von der zollamtlichen Behandlung befreit, sofern dieselben unter Zollflagge und Leuchte transitiren. || Die zur Durchführung dieser Anordnungen erforderlichen Kontrolmaassregeln beschliesst der Bundesrath.“

Es herrschte in der Kommission Einverständniss darüber, dass für die Freihafenstellung Hamburgs eine Lebensbedingung sei, dass die von der See nach dem Freigebiete, wie die von diesem nach der See gehenden Schiffe keinerlei Aufenthalt durch die Zollbehandlung auf der Unterelbe erfahren dürfen. Von keiner Seite wurde eine Erschwerung der bereits durch Regulativ festgestellten Bestimmung, dass den Schiffen auf der erwähnten Elbstrecke die ungehinderte Bewegung zustehe, sobald sie einen Lootsen an Bord haben und unter Zollflagge, resp. Leuchte, fahren, befürwortet. Gleichwohl war die Debatte über das Amendement eine sehr umfassende und lebhaft.

Regierungsseitig wurde der Aufnahme einer Bestimmung wie der beantragten der entschiedenste Widerspruch entgegengesetzt. Zunächst, wurde ausgeführt, liege kein sachliches Bedürfniss für solche Veränderung des Gesetzes vor; denn schon aus dem Briefe des Herrn Reichskanzlers an den hanseatischen Ministerresidenten Herrn Dr. Krüger vom 27. Mai v. J. sei bekannt, dass derselbe die Einrichtung der Zollflagge und Leuchte als eine dauernde angesehen habe, welche eventuell nur durch eine dem Freihafenbedürfnisse mindestens im gleichem Maasse Genüge leistende Einrichtung ersetzt werden solle; ebenso habe auch der Bundesrath, dem zwar der eben erwähnte Brief nicht direkt vorgelegt worden, aber bei den betreffenden Verhandlungen doch zur Kenntniss gekommen sei, die Einrichtung als eine dauernde angesehen. Der Bundesrath habe nach den Bestimmungen der Verfassung und des Zollvereinsgesetzes das Recht, die Regulative zu dem letzteren Gesetze zu erlassen und zu ändern, und könne in dieser seiner Kompetenz keinesfalls sich beschränken lassen.

Uebrigens würde die beabsichtigte gesetzliche Bestimmung Hamburg leicht zum Nachtheile gereichen können. Bei den unausgesetzt wechselnden Verhältnissen des Verkehrs könne der Fall sich ereignen, dass die jetzigen Bestimmungen des Regulativs sich nicht mehr zweckmässig zeigen und die Interessenten selbst eine Aenderung wünschen würden. Ein solches Eingehen auf die Wünsche der Betheiligten würde aber alsdann ohne den weitläufigen, schwierigen und unsicheren Weg der Anrufung der Gesetzgebung nicht möglich sein.

Von einem der Antragsteller wurde die Nothwendigkeit des Amendements durch nachstehende Ausführungen zu rechtfertigen gesucht: „Die Anordnung, wonach der durch das Zollgebiet der Unterelbe transitirende Schiffsverkehr Hamburgs von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung befreit bleibt und lediglich zur Führung von Zollflagge und Leuchte verpflichtet wird, ist der Haupt- und Schlüsselpunkt der künftigen Freihafenstellung Hamburgs. Eine Unterwerfung des Hamburger Schiffsverkehrs unter die allgemeinen, gesetzlich bestehenden zollamtlichen Kontrolmaassregeln würde gleichbedeutend sein mit der Vernichtung aller derjenigen Vortheile, welche Hamburg durch seine fortdauernde Freihafenstellung gewährleistet werden solle. Jede Aenderung der den unbehinderten Durchgang jetzt gestattenden Einrichtung berührt unmittelbar den Lebensnerv des Hamburger See- und Handelsverkehrs und setzt darum allseitige, genaue und vorurtheilslose Prüfung voraus. Dies alles ist von allen Seiten ohne jeden Widerspruch zugestanden.“ „Bei dieser Sachlage rechtfertigt sich die gesetzliche Fixirung der zur Regelung des transitirenden Schiffsverkehrs getroffenen Maassregel an erster Stelle, und abgesehen von allen juristisch-formellen Erwägungen, schon aus materiellen Gründen. Denn wenn es sich um eine Bewilligung von 40 Millionen aus Reichsmitteln handelt, die überdies Opfer am Nationalvermögen im doppelten und dreifachen Betrage nach sich zieht, wenn diese Bewilligung nur den Zweck hat bei dem Zollanschlusse Hamburgs gleichzeitig dessen Freihafenstellung zu ermöglichen und sicherzustellen, wenn aber die Erreichung dieses Zwecks nur durch eine bestimmte Einrichtung für den unterelbischen Schiffsverkehr anerkannter Maassen bewerkstelligt und verbürgt werden kann, dann liegt es in der Natur der Sache, dass die für die Gesamtmaassregel wesentliche Einrichtung auch formell zur Bedingung der angesonnenen Bewilligung gemacht werde und dass eine Aenderung derselben nur unter Zusammenwirken der gesetzgeberischen Faktoren vorgenommen werde, deren Zusammenwirken für die finanzielle Bewilligung erforderlich ist. Es ist dies um so mehr in der Sache begründet, als der Reichskanzler, der Bundesrath und Hamburg übereinstimmend die den unterelbischen Durchgangsverkehr freilassende Einrichtung als eine dauernde ausdrücklich in Aussicht genommen und sie damit des Charakters beraubt haben, welcher ihre Ueberlassung an die einseitigen Verordnungsrechte, die Regulativgewalten des Bundesrathes rechtfertigen würde. Hierbei bleibt der Streit um die verfassungsmässig bestehenden Kompetenzen des Bundesrathes und des Reichstages ganz ausser Spiele. Denn mögen diese liegen, wie sie wollen, das hat bisher noch Niemand bestritten, dass die Volksvertretung das Recht hat, die ihr angesonnenen Bewilligungen an Bedingungen zu knüpfen, welche mit dem Gegenstande und der Zweckerfüllung der Bewilligung so unmittelbar und wesentlich zusammenhängen, wie die hier fragliche Einrichtung und ihre gesetzliche Verbürgung. Auf der anderen Seite weist jeder Fortgang in der Verwaltungsgesetzgebung die Entwicklung nach, dass solche Anordnungen und Maassregeln, die ursprünglich dem Verordnungsrecht anheimfielen,

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Nr. 7842.
Deutschland.
Dec. 1881.

in den Bereich der Gesetzgebung aufgenommen werden, wenn sie als organische und dauernde beabsichtigt werden, ohne dass hierbei jemals der Einwand eines Abbruches des verfassungsmässigen Verordnungsrechtes gemacht worden wäre. Es ist daher schlechterdings nicht abzusehen, welche sachlichen Gründe den Bundesrath und Reichskanzler bewegen könnten, der gesetzlichen Fixirung der fraglichen Einrichtung einen Widerstand bis zum Scheitern des Gesetzentwurfes entgegenzusetzen.“

„Wenn aber dieser Widerstand erfolgt — und die Erklärungen des Bevollmächtigten zum Bundesrath, des preussischen Finanzministers Herrn Bitter, stellten dies in Aussicht —, dann allerdings treten die formal-juristischen Erwägungen nothwendig und gegen den Wunsch der Antragsteller in den Vordergrund. Sie führen zu der Frage: || ist der Bundesrath verfassungsmässig ermächtigt, einseitig, im Wege des Regulatives, die Anordnung zu treffen, dass Schiffe von Hamburg und nach Hamburg beim Transit durch den zum Zollgebiete gehörigen Theil der Unterelbe von zollamtlicher Behandlung befreit bleiben, wenn sie unter Zollflagge oder Leuchte transitiren?“

„Diese Frage muss nach der klaren Lage der Gesetzgebung verneint werden.“ || „Der Sitz der Entscheidung ist das Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869, welches die Aufgabe hat, das Verfahren, welches bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waaren im Zollinteresse einzuhalten ist, in erschöpfender Weise gesetzlich festzustellen. Die hier einschlagende Bestimmung des § 33 lautet: || „Sollen die Waaren unverzollt von dem Grenzzollamt auf ein zur weiteren zollamtlichen Abfertigung befugtes Amt im Innern oder zur unmittelbaren Durchfuhr abgelassen werden, so geschieht dies || entweder im Ansageverfahren (§§ 38, 52 und 83), bei welchem die grenzzollamtliche Abfertigung — Deklaration und Revision — an das Amt im Innern verlegt, beziehungsweise der Wiederausgang der eingefuhrten Waaren lediglich durch amtliche Begleitung kontrolirt wird, || oder es tritt die Abfertigung auf Ladungsverzeichniss oder Begleitschein ein.“

„Hiernach ist imperativisch vorgeschrieben, dass eine unmittelbare Durchfuhr, wie sie durch den Schiffsverkehr Hamburgs durch das Zollgebiet der Unterelbe bewerkstelligt wird, nur in dem einen oder anderen Verfahren, entweder im Ansageverfahren oder in dem der Abfertigung auf Begleitscheine erfolgen darf. Das Transitiren von Schiffen lediglich unter Zollflagge oder Leuchte, wie es für den Hamburger Schiffsverkehr auf der Unterelbe vorgeschrieben werden soll, fällt aber schlechterdings weder unter das eine noch unter das andere Verfahren, wie dasselbe im Allgemeinen durch § 33 und in näherer Ausführung durch die weiter folgenden Bestimmungen des Zollgesetzes festgestellt worden ist. Die Anordnung dieser neuen Einrichtung, wie sie das eben beschlossene Regulativ des Bundesrathes, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren- Ein-, Aus- und Durchfuhr auf dem zum deutschen Zollgebiete gehörigen Theile der Unterelbe, getroffen hat, fällt daher nicht nur neben das Gesetz, sondern sie geht unmittelbar gegen das Gesetz.“

„Trotzdem kann möglicherweise eine Rechtfertigung der Verordnung des Bundesrathes erbracht werden, wenn der Nachweis geführt wird, dass der Bundesrath durch irgend eine Bestimmung der Gesetzgebung ermächtigt ist, von den imperativischen Vorschriften des Zollgesetzes und speziell des § 33 Ausnahmen und Abweichungen zu beschliessen. || „Dass eine solche Ermächtigung nicht liegt im § 90, welcher die „näheren Bestimmungen“ über das beim Eingange und Ausgange seawärts zu beobachtende Verfahren den Hafenregulativen überlässt, dass sie ebenso wenig liegt im § 167, welcher die zur „Ausführung des Gesetzes“ erforderlichen Regulative und sonstigen Bestimmungen dem Bundesrathe überweist, bedarf keines Nachweises. Denn abgesehen davon, dass das Regulativ für die Unterelbe der Sache nach kein Hafenregulativ ist, so handelt es sich in der Ermächtigung der eben angezogenen Paragraphen dem klaren Wortlaute nach nur um Verordnungen innerhalb der gesetzlichen Vorschriften, nicht um Ermächtigungen, unter irgend welchen Voraussetzungen die gesetzlichen Bestimmungen selbst abzuändern oder gegen dieselben zu verordnen.“

„Die einzige Bestimmung der Gesetzgebung, insbesondere des Zollgesetzes, auf welche man sich mit einem gewissen Scheine berufen kann und auf welche allein die Vertreter des Bundesrathes in der Kommission Gewicht gelegt haben, ist der § 54 des Zollgesetzes, welcher lautet: || „Auf kurzen durch das Vereinsgebiet führenden Strassen können nach Maassgabe der von den obersten Landes-Finanzbehörden zu treffenden Anordnungen bei der Abfertigung Erleichterungen eintreten.“ || „Allein auch diese Bestimmung ist auf den vorliegenden Fall in allen ihren Theilen unanwendbar.“ || „Zunächst bezieht sich dieselbe nur auf kurze Strassen. Dass auf diese Qualifikation das Gesetz Nachdruck legen wollte, geht auch aus dem Marginale des Gesetzes hervor, welches sogar nur von „kurzen Strassenstrecken“ spricht. Man mag hierbei die Relativität der Bezeichnung „kurz“ zur denkbar grössten Dehnbarkeit ausweiten, trotzdem wird man niemals dazu gelangen, eine Strasse, welche wie die zu passierende Wasserstrasse der Elbe 10 Meilen lang ist, als eine kurze zu bezeichnen, es müsste denn sein, dass sich irgendwo in Deutschland eine so lange, transitirende Strasse fände, dass im Verhältniss zu dieser selbst die Elbstrasse als kurz bezeichnet werden könnte. Dies ist nicht der Fall. Damit schon ist die Anwendung dieses Paragraphen auf die Unterelbe nur möglich durch Weginterpretirung des Wortes „kurz“ — eine Möglichkeit, die eben gesetzwidrig ist.“ || „Sodann aber ermächtigt § 54 lediglich zu Anordnungen, welche „Erleichterungen bei der Abfertigung“ zum Gegenstande haben. Es ist damit in deutlichen Worten bezeichnet, dass die Abfertigung selbst, sei es die Abfertigungsform im Ansageverfahren oder die auf Begleitschein, in ihrem Wesen erhalten bleiben muss und dass nur innerhalb der Detailbestimmungen für dieselbe erleichternde Modifikationen zugelassen werden können. Allein die Anordnung, welche den Schiffsverkehr auf der Unterelbe lediglich bei Führung der Zollflagge und Leuchte unbehindert transitiren lässt, ist nicht mehr eine

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Erleichterung bei der Abfertigung, sondern sie ist eine Befreiung von jeder Abfertigung. Denn nach der ausnahmslos festgehaltenen Terminologie des Zollgesetzes wird unter „Abfertigung“ niemals eine einseitige, im Interesse der Zollverwaltung vorzunehmende Handlung des Zollpflichtigen, sondern immer nur eine eigene Thätigkeit des Zollbeamten gegenüber dem Zollpflichtigen und in Bezug auf die zollpflichtige Waare verstanden. Demgemäss qualifizirt denn auch das Regulativ des Bundesrathes für die Unterelbe in § 1 die getroffene Einrichtung selber nicht als eine Erleichterung bei der Abfertigung, wozu allein § 54 ermächtigt, sondern als eine Befreiung von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung, wofür § 54 eine Ermächtigung schlechterdings nicht enthält. „Endlich enthält der angezogene Paragraph keine Ermächtigung zu Anordnungen des Bundesrathes, sondern nur zu solchen der „obersten Landesfinanzbehörde“. Eine Ermächtigung dieser letzteren kann aber gerade im Gebiete des Zollgesetzes nicht zu einem Rechte des Bundesrathes, rechtsgültig Verordnungen zu erlassen, erwachsen; denn die Vertheilung der Regulativgewalten zwischen dem Bundesrath und den Landesbehörden ist mit voller Absichtlichkeit, auf Grund eingehender Erwägungen erfolgt.“ „Gerade die Ueberweisung der Befugnis des § 54 an die Landesfinanzbehörde und nicht an den Bundesrath beweist denn auch in abschliessender Weise, dass auf die Ermächtigung dieses Paragraphen eine Einrichtung von der Natur und Bedeutung, wie die hier in Frage stehende, nicht gestützt werden konnte und sollte. Denn die Anordnungen des Regulativs für die Unterelbe begründen eine neue, dauernde und organische Einrichtung der Zollverwaltung für die Durchfuhr, welche vollkommen selbstständig und eigenartig neben die bisherigen Formen des Ansageverfahrens und der Begleitscheinabfertigung hingestellt wird.“

„Der Bundesrath ist nach dem allen zur einseitigen Anordnung einer solchen neuen Einrichtung, welche gegen die dispositiven Bestimmungen des Zollgesetzes geht, verfassungs- und gesetzmässig nicht ermächtigt. Es bedarf hierzu des Reichsgesetzes. Der einseitige Erlass des Regulativs für die Unterelbe verletzt daher in wesentlichen Bestimmungen die verfassungsmässigen Rechte des Reichstages. Dasselbe ist null und nichtig. Diese Nichtigkeit kann jeder Zeit von jedem Faktor der Gesetzgebung geltend gemacht werden. Sie kann nicht geheilt werden durch irgendwelche Erklärungen und Resolutionen, sondern ausschliesslich und allein auf dem Wege der Gesetzgebung.“

Dieser Deduktion wurde aus der Mitte der Versammlung entgegengestellt:

Nach § 33 des Zollvereinsgesetzes können Waaren zur unmittelbaren Durchfuhr vom Grenzzollamt im Wege des im § 52 b, c näher beschriebenen Ansageverfahrens abgelassen werden. Gemäss § 54 b, c können auf kurzen durch das Vereinsgebiet führenden Strassen von der obersten Landesfinanzbehörde noch weitere Erleichterungen für die Durchfuhr zugelassen werden. Was unter „kurzer Strasse“ zu verstehen sei, habe das Gesetz nicht definirt, die Bestimmung darüber nach der klaren Vorschrift des § 54 vielmehr dem

Ermessen der Behörde überwiesen. Die für kurze Strassen zulässigen Erleichterungen seien durch das Gesetz in keiner Weise limitirt. Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche erscheine es hiernach nicht zweifelhaft, dass das Absehen von jeder Zollbehandlung zulässig sei. Wolle man aber so weit gehen, an dem Begriff „Erleichterungen“ in der Weise festzuhalten, dass immer noch eine positive Thätigkeit der Zollbehörde einerseits wie der Führer der zollpflichtigen Waaren andererseits zu verlangen sei, so müsse auch anerkannt werden, dass eine solche Thätigkeit durch das Regulativ gefordert sei, indem die Schiffe während des Durchganges durch das Zollgebiet von Lootsen begleitet sein müssen, welche auf das Zollinteresse beeidet sind und die in § 19 des Regulativs näher beschriebenen Zollfunktionen auszuüben haben, die Schiffsführer aber die vorgeschriebenen Zeichen anbringen müssen. Das Regulativ spreche nur von Befreiungen, welche eintreten, wenn man der regulativmässigen Zollbehandlung sich füge. Dass die oberste Landesfinanzbehörde eines Bundesstaates berechtigt sei, die ihr zustehenden Befugnisse dem über ihr stehenden Bundesrathe zu übertragen, sei nach allgemein anerkannten und gehandhabten Grundsätzen nicht bestreitbar. Die Behauptung, dass der Transitverkehr von der See nach dem Freihafengebiete Hamburgs und umgekehrt, so wie geschehen, nur durch Gesetz geregelt werden könne, sei also durchaus hinfällig.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Regierungsseitig wurde dieser Ausführung zugestimmt und dabei darauf hingewiesen, dass auch die 8 Meilen lange Strecke von Bremerhaven nach Bremen als eine kurze vom Bundesrathe behandelt worden sei. Ausserdem betonte der hamburgische Senator Herr Versmann, dass ihm der Gedanke, dass die Kompetenz des Bundesrathes zum Erlasse der fraglichen Bestimmungen bestritten werden könne, noch gar nicht gekommen sei, und dass er es auch aus sachlichen Gründen sehr bedauern würde, wenn dem Bundesrathe eine solche Kompetenz nicht beiwohnen würde.

Ein Mitglied der Kommission wies nunmehr darauf hin, dass bei der Diskussion über § 1 des Amendements mit durchschlagendem Erfolge geltend gemacht worden sei, dass, weil rechtliche Zweifel über die Anwendbarkeit des Artikels 34 der Reichsverfassung beständen, weil aber die verbündeten Regierungen dasselbe wollten, was im § 1 ausgesprochen werde, nicht einzusehen sei, weshalb die Regierungen der Regelung durch Gesetz widerstreiten sollten. Genau dieselbe Schlussfolgerung gelte hier, nur seien nicht allein Zweifel, sondern nach Ansicht des Mitgliedes unwiderlegliche Rechtsgründe geltend gemacht, dass die Regierungen ohne Gesetz solche Anordnungen nicht treffen können. Ohne die gesetzliche Garantie für die unbehinderte Zugängigkeit zum Freihafengebiete sei ihm die Annahme der Vorlage unmöglich.

Hierauf wurde erwidert, dass die vom Vorredner behauptete Analogie nicht vorliege. Bei § 1 des Amendements habe es sich um eine authentische Interpretation einer Verfassungsbestimmung, nicht um Befugnisse des Bundesrathes zur Ausführung von Gesetzen gehandelt. Hier aber sei die Kompetenz des Bundesrathes in Frage gestellt. Der vom Vorredner betonte hohe Grad

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

der Zweifelhaftigkeit könne durchaus nicht anerkannt werden. Die Zweifel der Antragsteller seien bisher nirgends aufgestossen, wie das Vorgehen des Bundesrathes und das Verhalten Hamburgs zeige; sie seien ausserdem als widerlegt zu erachten. Wenn man aber auch die Zweifelhaftigkeit der Frage anerkennen wollte, so sei es gewiss nicht angezeigt, dieselbe gegenüber der Vorlage und zu einem Zeitpunkte auf die Spitze zu treiben, in welchem eine Revision der Bestimmungen des Zollgesetzes bereits in Aussicht gestellt sei.

In der ersten Lesung wurde das Amendement mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. In der zweiten Lesung wiederholte sich der Widerstand der Vertreter der verbündeten Regierungen und der Meinungsstreit unter den Mitgliedern der Kommission; es wurde jedoch aus der Mitte der letzteren event. die Annahme folgender Resolution in Antrag gebracht:

Der Reichstag wolle beschliessen: || die Erwartung auszusprechen, dass — in Gemässheit des zwischen dem Bundesrathe und dem Senate der Stadt Hamburg auf Grund des an den hanseatischen Herrn Ministerresidenten gerichteten Schreibens des Herrn Reichskanzlers vom 27. Mai v. J. erzielten Einverständnisses — die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiete Hamburg und umgekehrt unter Zollflagge und Leuchte transitirenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein werde und dass dieselbe, falls sie sich später als ungeeignet erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werde, welche eine grössere Erschwerung des Transitverkehrs nicht mit sich bringt.

Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte, dass er für seine Person gegen die Resolution nichts einzuwenden habe.

Nachdem eine auf Vermittelung gerichtete andere Fassung des Amendements mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden war, fiel das Amendement selbst mit demselben Stimmenverhältnisse, wogegen die Resolution mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Zu § 5 des Amendements. Dem Antrage wurde entgegengestellt, dass die Festsetzung des Grenzbezirkes zur Kompetenz des Bundesrathes gehöre. || Ferner wurde regierungsseitig erklärt, dass allerdings die Absicht bestehe, dem Zollgesetze entsprechend, zwischen dem Freihafengebiete und der Wohnstadt Hamburg einen Grenzbezirk zu bestimmen; über die Art und Breite des zu schaffenden Grenzbezirkes sei Näheres noch nicht festgestellt worden. || Mit Rücksicht auf diese Mittheilung sowie in Erwägung, dass für eine etwa erforderlich werdende gesetzliche Regelung dieses Punktes noch Zeit genug vorhanden sei, liessen die Antragsteller den § 5 fallen.

Zu § 6 des Amendements. Reichsregierungsseitig wurde geltend gemacht, dass das Verhältniss der in Hamburg vom Reiche benutzten Zollgebäude und Revisionsanstalten ein ausserordentlich zweifelhaftes sei. Der Grund und Boden sei seiner Zeit von Hamburg hergegeben worden; alsdann seien aus Mitteln des Reiches und des Staates Hamburg die Gebäude aufgeführt und dem Reiche, beziehungsweise Preussen, zur Benutzung überlassen worden. Es

können hiernach die Gebäude nicht als Eigenthum des Reiches angesehen werden. || Anlangend die Nachsteuer, so sei Hamburg gegenüber dieselbe KonzeSSION gemacht worden, welche seiner Zeit Lübeck erhalten habe, und sei mit Rücksicht hierauf von einer gesetzlichen Regelung dieses Punktes abgesehen worden. || Die finanzielle Bedeutung der Ueberweisung des Nachsteuerertrages sei nicht so erheblich, wie man vielleicht auf den ersten Blick anzunehmen geneigt sei. Von der Nachversteuerung würden keineswegs alle, am Tage des Zollanschlusses an Hamburg vorhandenen Waaren betroffen werden. Alle Waaren deutschen Ursprungs blieben von der Nachsteuer befreit; ferner würde in der Regel auch eine Reihe ausländischer Waaren, welche bei der Einfuhr zollpflichtig sein würden, steuerfrei gelassen, um die Erhebung nicht zu sehr zu komplizieren; der bei dem Zollanschluss von Lübeck, Mecklenburg und von einigen hamburgischen Gebietstheilen 1868 zur Anwendung gekommene Nachsteuertarif umfasste nur etwa 20 Artikel. Aber auch von den nachsteuerpflichtigen Waaren werde der grösste Theil der Nachsteuer entzogen, indem er in das Freihafengebiet überführt oder auf Privatlager unter Zollaufsicht genommen werde. Für die Nachversteuerung verblieben demnach eigentlich nur die Vorräthe der Detailhändler; der Grosshändler müsse sich die Möglichkeit offenhalten, die Waaren unverzollt nach dem Auslande oder an Grosshändler im Zollgebiete weiter verkaufen zu können. || Hamburgischerseits sei deshalb bei den Verhandlungen auch weniger aus finanziellen als aus wirthschaftlichen Gründen die Ueberweisung des ganzen Nachsteuerertrages dringend gewünscht. Die mit der Nachversteuerung fast unvermeidlich verbundene Geschäftssperre, welche in Hamburg vielleicht wochenlang werde dauern müssen, könne nur durch eine koulante Handhabung der Nachsteuerrevision etwas erleichtert werden; den kleineren Geschäftstreibenden, Detaillisten, Handwerkern etc. müssten lange Kreditfristen, Ermässigungen und Unterstützungen gewährt werden, wenn nicht allein durch die Maassregel der Nachversteuerung viele Existenzen bedroht werden sollten. Endlich werden Unterstützungen und Billigkeitsentschädigungen in Nothfällen an die zu dislozirenden Bewohner des Freihafenbezirks unvermeidlich sein. Alle diese Uebergangsverhältnisse würden wesentlich erleichtert werden, wenn das Reich bei dem finanziellen Ertrage der Nachsteuer nicht theilhaftig wäre. || Während in der Kommission die Zweifelhaftigkeit der Eigenthumsverhältnisse an den Zollgebäuden und Revisionsanstalten allgemein anerkannt wurde, wurde bezüglich der Nachsteuer von einem Theil der Kommission mit grossem Nachdrucke behauptet, dass hier eine gesetzliche Regelung unentbehrlich sei. || Die Kommission verständigte sich dahin, dass es sich empfehlen würde, beide Punkte zur Zeit der Ausführung des Zollanschlusses durch geeignete Vermerke im Reichshaushaltsetat zur Erledigung zu bringen, worauf der Paragraph zurückgezogen wurde.

Zu § 7 des Amendements. Der Antrag 1 wurde zu Absatz dahin motivirt, dass nach der Reichsverfassung nur die Kosten für die Zollämter an der Grenze mit dem Auslande und im Grenzbezirke zu ersetzen seien, nach

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

der Vereinbarung es aber den Anschein gewinne, als ob der Ersatz der Kosten für alle Zollstellen beabsichtigt sei. Diese Abweichung von den gesetzlichen Vorschriften erfordere eine gesetzliche Feststellung. || Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte, dass die Organisation der Hamburger Zollverwaltung sich noch nicht übersehen lasse und dass im Hamburger Gebiete wahrscheinlich nur Aemter an der Grenze und im Grenzbezirke errichtet werden würden; dieser Punkt werde also zweckmässig einer späteren Regulierung zu überlassen sein, zumal eine anderweitige Regelung der in Gemässheit des Art. 38 den Einzelstaaten zu gewährenden Entschädigungen in Aussicht genommen sei. || Auf die Frage, wie die Bestimmung in Absatz 2 gerechtfertigt werde, erklärten die Herren Vertreter der Regierungen, dass dasselbe Abkommen seiner Zeit mit Lübeck und früher mit anderen in den Zollverein eintretenden Bundesstaaten getroffen worden sei. || Die Kommission erklärte sich dahin, dass es zweckmässig erscheine, auch diesen Punkt seiner Zeit durch den Reichshaushaltsetat zu regeln. || Die Antragsteller zogen hiernach den Paragraphen zurück.

Ueber §§ 2 und 3 der Vorlage erhob sich eine Debatte nicht; dieselben wurden in der 1. Lesung einstimmig, in der 2. Lesung mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Unterschrift des Gesetzes wurde in der 1. Lesung mit Rücksicht auf die Annahme des § 1 des Amendements einstimmig, wie folgt, angenommen: Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

In der 2. Lesung wurde die Ueberschrift mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen. || Mit demselben Stimmenverhältnisse erfolgte die Annahme des ganzen Entwurfes, wie er sich nach den Beschlüssen der Kommission gestaltet hat.

Es verdient hervorgehoben zu werden, in welcher Weise 3 Mitglieder der Kommission, welche den Standpunkt der Majorität zur Vorlage im Allgemeinen nicht theilten, motivirten, dass sie schliesslich für dieselbe stimmten. Das eine dieser Mitglieder sah in der Annahme der Vorlage die Befriedigung eines nationalen Wunsches, eine definitive Regelung der deutschen Grenzen und darin einen durchschlagenden Gesichtspunkt; ein zweites berief sich darauf, dass man in Hamburg den Anschluss wünsche; der dortige Handel brauche Ruhe, und wenn Rechtszweifel blieben, so trüge die Reichsregierung hierfür die Verantwortung. Das dritte Mitglied endlich führte aus, dass ihm der bisherige Zustand als der für die Interessen des deutschen Reiches wünschenswerthe erscheine; die Vorlage sei aber ein nicht zu vermeidendes Uebel, und werde deshalb er für dieselbe stimmen.

Es erübrigt noch, über eine der Kommission vorliegende Petition, datirt aus Winsen a. d. Lube vom 6. Dezember pr. und unterzeichnet von R. Sievert und 56 Genossen, zu berichten. || Die Petenten führen aus, dass durch den Zollanschluss Hamburgs dem Detailgeschäft, dem Kleingewerbe und dem Hand-

werk der Umgegend Hamburgs ausserordentlich schwere Schädigungen, namentlich durch das Verwenden von Handlungsreisenden, durch das Hausirgewerbe und die Wanderläger erwachsen würden. Wenn gleichwohl die Interessen des Reiches die Aufnahme Hamburgs in das Zollgebiet erfordern sollten, so bitten Petenten || „der Reichstag wolle beschliessen, dass die Wanderläger und das Hausiren in der Umgebung Hamburgs, speziell in den Kreisen Harburg, Lüneburg und Stade, durchaus verboten werde.“ || Die Kommission erachtet die Petition durch die stattgehabten Berathungen für erledigt.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Die Kommission beantragt demgemäss:

1. Der Reichstag wolle beschliessen: || dem Gesetzentwurfe, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung *) die verfassungsmässige Zustimmung zu ertheilen;

2. die Petition des R. Sievert und Genossen, datirt aus Winsen a. d. Luhe vom 6. Dezember pr. — II. Nr. 187 —, durch die Beschlüsse über den zu 1 bezeichneten Gesetzentwurf für erledigt zu erachten;

3. folgender Resolution: || „die Erwartung auszusprechen, dass — in Gemässheit des zwischen dem Bundesrathe und dem Senate der Stadt Hamburg auf Grund des an den hanseatischen Herrn Ministerresidenten gerichteten Schreibens des Herrn Reichskanzlers vom 27. Mai v. J. erzielten Einverständnisses — die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiet Hamburg und umgekehrt unter Zollflagge und Leuchte transitirenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein werde und dass dieselbe, falls sie sich später als ungeeignet erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werde, welche eine grössere Erschwerung des Transitverkehrs nicht mit sich bringt“, die Zustimmung zu ertheilen.

Berlin, den 10. Januar 1882.

Die sechste Kommission.

Dr. Bamberger (Vorsitzender). Staudy (Berichterstatter). Graf von Adelsmann. Dr. Barth. Graf von Behr-Negendank. Büsing. Dr. Hänel. Dr. Karsten. von Kleist-Retzow. Dr. Lasker. Leuschner (Eisleben). Meier (Bremen). Dr. Meyer (Jena). Frhr. v. Minnigerode. Dr. Reichensperger (Olpe). Schmidtman. Dr. Schwarzenberg. Dr. Freiherr von Schorlemer-Alst. Graf von Waldburg-Zeil. Freiherr von Wangenheim. Dr. Windthorst.

*) Gleichlautend mit dem Gesetze bis auf den fehlenden Abs. 2 des § 3.
A. d. Red.



Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Anlage I.

Regulativ, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr auf dem zum deutschen Zollgebiete gehörigen Theile der Unterelbe.

§ 1.

I. Abfertigungsverfahren.

1. Durchgangsverkehr durch den zum Zollgebiet gehörigen Theil der Unterelbe von und nach den Hafenorten Hamburg, Altona und Harburg mit Schiffen, welche einen Lootsen an Bord haben.

Schiffe, welche über die Zollgrenze bei Cuxhaven aus der See eingehen und auf der Unterelbe direkt nach Hamburg, Altona oder Harburg bestimmt sind, sowie diejenigen Schiffe, welche von einem dieser Hafenorte direkt über die Zollgrenze bei Cuxhaven in See gehen, sind, sofern sie einen Lootsen am Bord haben, beim Transit durch den zum Zollgebiete gehörigen Theil der Unterelbe von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung befreit, wenn sie beim Betreten des Zollgebietes und demnächst unausgesetzt während der Fahrt durch dasselbe nachstehende Zeichen führen: || a) am Tage, d. h. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, am hinteren Maste — und zwar in der Regel an der Gaffel — oder auf dem Flaggenstock am Heck eine Flagge von 1,0 m Länge und 1,0 m Breite, diagonal in eine schwarze und eine weisse Hälfte getheilt, so dass die schwarze Hälfte unten und am Stock sich befindet und || b) bei Nacht zwei Laternen und zwar die obere mit weissem, die untere mit grünem Lichte an der Stelle, wo am Tage die zu a erwähnte Zollflagge gezeigt wird. Kleinere Schiffe können die Laternen auch zwischen dem hinteren Mast und Want führen. || Die Laternen müssen so eingerichtet und angebracht sein, dass sie nicht nach vorn scheinen, sondern ein gleichmässiges und ununterbrochenes Licht über einen Bogen des Horizonts von 12 Kompassstrichen und zwar 6 Strich nach jeder Seite hinten hinauswerfen.

Soll die Nationalflagge gleichzeitig gezeigt werden, so ist die Zollflagge unter derselben, jedoch an derselben Leine, zu hissen und zu führen.

§ 2.

Müssen Schiffe dieser Art auf dem Zollgebiet der Elbe leichtern, so haben auch die dazu verwendeten Fahrzeuge vom Beginn der Leichterung ab die Zollflagge, bezw. Leuchte, zu führen. Es kann Begleitung derselben angeordnet werden. || Aus Hamburg, Altona oder Harburg kommende Schiffe, welche lediglich Waaren führen, die den in See gehenden Schiffen im Zollgebiete noch beigeladen werden sollen, haben bis zu ihrer völligen Entladung gleichfalls die vorstehend gedachte Zollflagge, bezw. Leuchte, zu führen. || Die Ueberwachung der Entladung kann angeordnet werden.

§ 3.

Schiffe unter Zollflagge, bezw. Leuchte, haben stets das Hauptfahrwasser der Elbe einzuhalten, ihre Fahrt ohne willkürlichen Aufenthalt fortzusetzen

und jedes Verkehrs mit dem Lande und mit anderen Schiffen sich zu enthalten. || Werden in Folge von Naturereignissen oder Unglücksfällen Abweichungen von vorstehender Vorschrift nothwendig, oder müssen Leichterungen stattfinden, so ist hiervon dem nächsten Zollamte oder Zollkreuzer baldthunlichst Anzeige zu machen. || Die Annahme von Bugsirdampfern ist allgemein gestattet. || Der Zutritt zu den unter Zollflagge oder Leuchte fahrenden Schiffen und der Abgang von denselben während der Fahrt im Zollgebiet ist regelmässig nur Zollbeamten, Lootsen, sowie den das polizeiliche Interesse wahrnehmenden Beamten, und zwar nur zur Wahrnehmung ihrer amtlichen Funktionen, erlaubt. Ausnahmsweise ist der Zutritt, bezw. der Abgang, auch anderen Personen gestattet, wenn sie mit einer zollamtlichen Legitimation versehen sind, sowie bei Unglücksfällen, wenn Gefahr im Verzuge ist, auch solchen Personen, welche zur Rettung von Menschen, Schiff und Ladung Hilfe leisten sollen.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

§ 4.

Tritt während der Fahrt eine Veränderung in dem Bestimmungsorte eines Schiffes derart ein, dass dasselbe zur Führung der Flagge und Leuchte nach § 1 nicht mehr berechtigt sein würde, so muss hiervon dem nächsten Zollamte oder Zollkreuzer sofort Anzeige gemacht und die zollamtliche Abfertigung beantragt, bis zu deren Beginn aber die Zollflagge, bezw. Leuchte, beibehalten werden.

§ 5.

2. Anderweiter Waarenverkehr auf der Unterelbe.

Die zollamtliche Behandlung des Waarenverkehrs zwischen der See und den Hafentorten Hamburg, Altona und Harburg, soweit dieser Verkehr durch Schiffe vermittelt wird, welche keinen Lootsen an Bord haben, sowie des Waarenverkehrs zwischen der See und anderen als den vorstehend genannten drei Orten an der Unterelbe, erfolgt nach den desfallsigen allgemeinen Vorschriften des Vereinszollgesetzes und den zur Ausführung desselben ergangenen Bestimmungen, soweit nicht nachstehend hiervon abweichende Anordnungen getroffen sind.

§ 6.

a. Abfertigung bei Cuxhaven.

Zum Zwecke der zollamtlichen Behandlung wird auf einem bei Cuxhaven stationirten Wachtschiffe ein Nebenzollamt I errichtet, welches zugleich als Ansageposten in Gemässheit des § 74 des Vereinszollgesetzes fungirt. || Das Wachtschiff führt bei Tage die Reichsflagge und bei Nacht drei weisse Lichter. Diese Zeichen sind an dem Schutzhöft des Quarantänhafens angebracht.

§ 7.

Die Schiffsführer, welche seawärts über die Zollgrenze bei Cuxhaven eingeht und der Abfertigung daselbst bedürfen, müssen, falls sie nicht vor Anker gehen wollen, rechtzeitig beidrehen und den sich an Bord begebenden Abfer-

Nr. 7642. tigungs- und Begleitungsbeamten das Aubordkommen sowie den Wiederabgang
Deutschland. vom Schiffe nach Seebrauch möglichst erleichtern.
Dec. 1881.

§ 8.

Schiffe, welche, aus einem inländischen Hafen kommend, über die Zollgrenze durch das Klotzenloch oder die Nordergründe eingehen, haben in Sicht des Zollkreuzers beizudrehen und die Revision durch denselben abzuwarten.

§ 9.

Die Beamten des Nebenzollamtes können, wenn eine Revision sich mit hinreichender Sicherheit bewirken lässt, zollfreie Ladungen sofort in den freien Verkehr setzen, auch einzelne zollpflichtige Gegenstände, welche an Bord des Schiffes sich befinden, auf Grund mündlicher Deklaration vollständig abfertigen.

§ 10.

Soll die schliessliche Abfertigung nicht beim Wachtschiffe, sondern bei einer anderen als Grenzzollamt fungirenden Zollstelle erfolgen, so hat der Schiffsführer den an Bord gekommenen Beamten des Wachtschiffes gegenüber die im § 74 des Vereinszollgesetzes vorgeschriebenen Verpflichtungen zu erfüllen.

§ 11.

Kann wegen ungünstiger Witterung die Abfertigung beim Wachtschiffe nicht erfolgen, so wird dies dadurch zu erkennen gegeben, dass auf dem Schutzhöft des Quarantänehafens von Cuxhaven bei Tage die Zollflagge gestrichen ist, bei Nacht aber die drei weissen Lichter fehlen. || Die Schiffe können dann, ohne anzuhalten, das Wachtschiff passiren; sie haben sich aber bei dem zuerst von ihnen angetroffenen Zollkreuzer zu melden, worauf von der Besatzung desselben nach erfolgter Deklaration seitens des Schiffsführers die Abfertigung, wie sie beim Wachtschiffe hätte vorgenommen werden sollen, nachträglich bewirkt wird. || Begegnet ein solches Schiff keinem Zollkreuzer, so hat es bei der seinem Bestimmungsort zunächst belegenden, spätestens aber bei der Zollstelle zu Brunshausen zur Revision und Abfertigung sich zu stellen. || Schiffe dieser Art haben von Cuxhaven ab am Tage eine weisse, mit einem diagonalen, von Ecke zu Ecke durchschneidenden schwarzen Streifen versehene Flagge und bei Nacht zwei Laternen übereinander, die obere mit grünem, die untere mit weissem Lichte, und zwar beide Zeichen an der im § 1 angegebenen Stelle zu führen. || Die Laternen müssen im übrigen von derselben Einrichtung sein, wie im § 1 vorgeschrieben ist.

§ 12.

Von der Anmeldung beim Wachtschiffe befreit sind leere oder nur in Ballast fahrende Schiffe und solche Fischerfahrzeuge, welche nur frische zollfreie Erzeugnisse des Meeres einführen.

§ 13.

b. Abfertigung bei Altona.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Die über die Zollgrenze bei Altona eingehenden Schiffe erhalten ihre Abfertigung nach der Bestimmung der Zollbehörde entweder bei der auf dem Neumühlener Quai oder bei der auf Pontons unterhalb desselben befindlichen Zollstelle. || Der Anmeldung unterliegen auch solche Schiffe, welche verpackte zollfreie Gegenstände geladen haben. Dieselben müssen unaufgefordert bei der Zollstelle anlegen.

§ 14.

Von der Verpflichtung zur Anmeldung sind diejenigen Personendampfschiffe befreit, welche bereits bei einer Zollstelle in Hamburg, St. Pauli oder Altona abgefertigt sind. Auch andere Personendampfschiffe können von der Anmeldung entbunden werden.

§ 15.

Wenn Schiffe, die von dem zum Zollinlande gehörenden Theile von Altona in See ausgehen, Waaren geladen haben, deren Ausgang zollamtlich erwiesen werden muss, so gilt dieser Nachweis bei den zur Führung der Zollflagge bzw. Leuchte, berechtigten Schiffen als erbracht, wenn zollamtlich bescheinigt wird, dass die betreffenden Schiffe mit Zollflagge oder Leuchte von Altona in der Richtung nach Cuxhaven abgegangen sind.

§ 16.

II. Zollkontrolle auf der Unterelbe.

Die Aufsicht über den Schiffsverkehr auf der Unterelbe wird durch Zollkreuzer geübt, deren Beamte befugt sind, Schiffe anzurufen, an Bord der angehaltenen, wie der vor Anker liegend angetroffenen sich zu begeben, die Schiffspapiere einzusehen und die Schiffe einer Revision und Vorabfertigung zu unterwerfen; auch können dieselben von ihnen amtlich verschlossen und besetzt werden. || Die Zollkreuzer geben ihre Absicht, eine Schiff anzuhalten, dadurch zu erkennen, dass sie am Tage neben der Reichszollflagge an der Gaffel einen, mit der Inschrift „Königlicher Zollkreuzer“ versehenen weissen Ständer am Grosstopp und eine vierkantige grüne Flagge am Vortopp hissen, bei Nacht aber eine rothe und eine weisse Laterne übereinander zeigen. Auf ein solches Zeichen hat das solchergestalt oder sonstwie angerufene Schiff beizudrehen und den Beamten Gelegenheit zu geben, mit ihrem Boot an Bord zu kommen, demnächst auch das Verlassen des Schiffes nach Seemannsart zu erleichtern.

§ 17.

Die Schiffe unter Zollflagge, bzw. Leuchte, unterliegen den vorstehenden Bestimmungen (§ 16) und können insbesondere auch amtlich begleitet und verschlossen werden, wenn der dringende Verdacht vorliegt, dass eine Uebertretung der Zollvorschriften stattgefunden hat oder beabsichtigt wird.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

§ 18.

Im Falle einer amtlichen Begleitung hat der Schiffsführer für das angemessene Unterkommen der Begleiter zu sorgen, auch dieselben an den Mahlzeiten der Mannschaften unentgeltlich theilnehmen zu lassen. || Für die Begleitung sowie für die Rückbeförderung sind keine Gebühren zu entrichten.

§ 19.

Die Lootsen sind dafür verantwortlich, dass die von ihnen geführten Fahrzeuge die Zollflagge, bezw. Leuchte, nicht unerlaubter Weise unterwegs abnehmen oder aufziehen. || Sie haben auch sonstige Uebertretungen der Zollvorschriften, welche bei Ausübung ihres Dienstes zu ihrer Kenntniss kommen, möglichst zu hindern und jedenfalls zur näheren Untersuchung sofort anzuzeigen.

§ 20.

III. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden, sofern nicht andere besondere Strafgesetze Platz greifen, nach § 152 des Vereinszollgesetzes mit einer Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. geahndet.

Anlage II.

Anträge zum Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

I. Dem Gesetzentwurf folgende Paragraphen vorzuschicken:

§ 1. Auf das Freihafengebiet der Hansestadt Hamburg, welches durch den Antrag derselben auf Einschluss in die gemeinschaftliche Zollgrenze nicht berührt wird, findet Artikel 34 der Reichsverfassung fortdauernd Anwendung.

§ 2. Der Anschluss der Unterelbe an das Zollgebiet erfolgt durch Beschluss des Bundesrathes.

§ 3. Die gesammte Zoll- und Steuerverwaltung im hamburgischen Staatsgebiet — mit Ausnahme der in Holstein belegenen Enklaven und des Zollamtes in Cuxhaven für den die Zollgrenze der Unterelbe passirenden See- und Elbeverkehr — wird von hamburgischen Behörden und Beamten ausgeübt.

§ 4. Die aus der See nach dem Freihafengebiet Hamburgs und von diesem nach der See gehenden Schiffe bleiben auch nach der, auf Beschluss des Bundesrathes erfolgenden Verlegung der Zollgrenze auf die Unterelbe von der zollamtlichen Behandlung und von der Anmeldepflicht behufs der Verkehrsstatistik befreit, sofern dieselben unter Zollflagge und Leuchte transitiren. || Die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Kontrolmaassregeln beschliesst der Bundesrath.

§ 5. Die in das Zollgebiet eintretenden Theile Hamburgs werden als Grenzgebiet nicht behandelt. Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

§ 6. Die vorhandenen Zollgebäude und Revisionsanstalten, insofern sie nicht ausser Gebrauch gesetzt werden, gehen unentgeltlich in das Eigenthum Hamburgs über. ¶ Der Ertrag der bei Anschluss der hamburgischen Gebiets-theile an das Zollgebiet nach näherer Bestimmung des Bundesrathes zu erhebenden Nachsteuer fällt der Staatskasse Hamburgs zu.

§ 7. Die Kosten der Direktivbehörde hat Hamburg zu tragen. Die Erstattung der übrigen Kosten der Zollerhebung erfolgt nach Maassgabe derjenigen Bestimmungen, welche kraft Artikels 38 der Reichsverfassung, bezw. Artikels 11 und 16 des Zollvertrages vom 8. Juli 1867, für Grenzbezirke gelten. ¶ Die Pensionen der etwa ausser Dienst tretenden hamburgischen Beamten der bestehenden indirekten Steuerverwaltung werden auf die Reichskasse übernommen.

§§ 8 ff. gleich §§ 1 ff. des Entwurfs.

II. Die Ueberschrift zu fassen:

Gesetz, betreffend den Anschluss der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Nr. 7643. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., Nr. 7643.
Deutschland.
16. Febr. 1882.
verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Auf das Freihafengebiet der Hansestadt Hamburg, welches durch den Antrag derselben auf Einschluss in die gemeinschaftliche Zollgrenze nicht berührt wird, findet Artikel 34 der Reichsverfassung fortdauernd Anwendung.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, der freien und Hansestadt Hamburg zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluss Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlasst werden, aus der Reichskasse einen Beitrag in Höhe der Hälfte des hamburgischerseits für die bezeichneten Zwecke festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch höchstens in Höhe von 40 000 000 Mark zu leisten.

§ 3. Der Reichskanzler ist befugt, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu dem Zwecke in demjenigen Nominalbetrage, welcher zur Beschaffung des bezeichneten Betrages erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni



Nr. 7843. 1868 (Bundes-Gesetzblatt Seite 339) zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und
Deutschland. Schatzanweisungen auszugeben. || Die auf Grund dieses Gesetzes jährlich zu ver-
16. Febr. 1882. wendenden Beiträge sind in den Reichshaushaltsetat des betreffenden Jahres
aufzunehmen.

§ 4. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung (Reichs-Gesetzblatt Seite 18), finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetze aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, 16. Februar 1882.

Wilhelm.
Fürst von Bismarck.

Panama-Canal.

Nr. 7644. **GROSSBRITANNIEN** und **VEREINIGTE STAATEN** von **NORD-AMERIKA.** — Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850.

Her Britannic Majesty and the United States of America being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them by setting forth and fixing in a Convention their views and intentions with reference to any means of communication by Ship-Canal, which may be constructed between the Atlantic and Pacific-Oceans, by the way of the River St. Juan de Nicaragua, and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean;

Nr. 7644.
Gross-
britannien
und
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
19. April 1850.

Her Britannic Majesty has conferred full powers on the Right Honourable Sir Henry Lytton Bulwer, a Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, and Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Her Britannic Majesty to the United States; and the President of the United States on John M. Clayton, Secretary of State of the United States, for the aforesaid purpose; and the said Plenipotentiaries having exchanged their full powers, which were found to be in proper form, have agreed to the following Articles: —

Art. I. The Governments of Great Britain and the United States hereby declare, that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over the said Ship-Canal; agreeing that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or occupy, or fortify, or colonize, or assume or exercise any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America; nor will either make use of any protection which either affords, or may afford, or any alliance which either has, or may have, to or with any State or people, for the purpose of erecting or maintaining any such fortifications, or of occupying, fortifying, or colonizing Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, or of assuming or exercising dominion over the same. Nor will Great Britain or the United States take :

Nr. 7644.
Gross-
britannien
und
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
19. April 1850.

advantage of any intimacy, or use any alliance, connection, or influence, that either may possess with any State or Government through whose territory the said canal may pass, for the purpose of acquiring or holding, directly or indirectly, for the subjects or citizens of the one, any rights or advantages in regard to commerce or navigation through the said canal, which shall not be offered, on the same terms, to the subjects or citizens of the other.

Art. II. Vessels of Great Britain or the United States traversing the said canal shall, in case of war between the Contracting Parties, be exempted from blockade, detention, or capture by either of the belligerents; and this provision shall extend to such a distance from the two ends of the said canal as may hereafter be found expedient to establish.

Art. III. In order to secure the construction of the said canal, the Contracting Parties engage that, if any such canal shall be undertaken upon fair and equitable terms by any parties having the authority of the local Government or Governments through whose territory the same may pass, then the persons employed in making the said canal, and their property used or to be used for that object, shall be protected, from the commencement of the said canal to its completion, by the Governments of Great Britain and the United States, from unjust detention, confiscation, seizure, or any violence whatsoever.

Art. IV. The Contracting Parties will use whatever influence they respectively exercise with any State, States, or Governments possessing, or claiming to possess, any jurisdiction or right over the territory which the said canal shall traverse, or which shall be near the waters applicable thereto, in order to induce such States or Governments to facilitate the construction of the said canal by every means in their power; and, furthermore, Great Britain and the United States agree to use their good offices, wherever or however it may be most expedient, in order to procure the establishment of two free ports, one at each end of the said canal.

Art. V. The Contracting Parties further engage that, when the said canal shall have been completed, they will protect it from interruption, seizure, or unjust confiscation, and that they will guarantee the neutrality thereof, so that the said canal may for ever be open and free, and the capital invested therein secure. Nevertheless, the Governments of Great Britain and the United States, in according their protection to the construction of the said canal, and guaranteeing its neutrality and security when completed, always understand that this protection and guarantee are granted conditionally, and may be withdrawn by both Governments, or either Government, if both Governments or either Government should deem that the persons or company undertaking or managing the same adopt or establish such regulations concerning the traffic thereupon as are contrary to the spirit and intention of this Convention, either by making unfair discriminations in favour of the commerce of one of the Contracting Parties over the commerce of the other, or by imposing oppressive exactions, or unreasonable tolls upon passengers, vessels, goods, wares,

merchandize, or other articles. Neither party, however, shall withdraw the aforesaid protection and guarantee, without first giving six months' notice to the other.

Art. VI. The Contracting Parties in this Convention engage to invite every State with which both or either have friendly intercourse to enter into stipulations with them similar to those which they have entered into with each other, to the end that all other States may share in the honour and advantage of having contributed to a work of such general interest and importance as the canal herein contemplated; and the Contracting Parties likewise agree, that each shall enter into Treaty stipulations with such of the Central American States as they may deem advisable, for the purpose of more effectually carrying out the great design of this Convention, namely, that of constructing and maintaining the said canal as a ship communication between the two oceans for the benefit of mankind, on equal terms to all, and of protecting the same; and they also agree, that the good offices of either shall be employed, when requested by the other, in aiding and assisting the negotiation of such Treaty stipulations, and should any differences arise as to right or property over the territory, through which the said canal shall pass, between the States or Governments of Central America, and such differences should in any way impede or obstruct the execution of the said canal, the Governments of Great Britain and the United States will use their good offices to settle such differences in the manner best suited to promote the interests of the said canal, and to strengthen the bonds of friendship and alliance which exist between the Contracting Parties.

Art. VII. It being desirable, that no time should be unnecessarily lost in commencing and constructing the said canal, the Governments of Great Britain and the United States determine to give their support and encouragement to such persons or company as may first offer to commence the same, with the necessary capital, the consent of the local authorities, and on such principles as accord with the spirit and intention of this Convention; and if any persons or company should already have, with any State through which the proposed shipcanal may pass, a contract for the construction of such a canal as that specified in this Convention, to the stipulations of which contract neither of the Contracting Parties in this Convention have any just cause to object, and the said persons or company shall, moreover, have made preparations and expended time, money and trouble on the faith of such contract, it is hereby agreed that such persons or company shall have a priority of claim over every other person, persons, or company, to the protection of the Governments of Great Britain and the United States, and be allowed a year, from the date of the exchange of the ratifications of this Convention, for concluding their arrangements, and presenting evidence of sufficient capital subscribed to accomplish the contemplated undertaking; it being understood that, if, at the expiration of the aforesaid period, such persons or company be not able to com-

Nr. 7644.
Gross-
britannien
und
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
19. April 1850.

Nr. 7644.
Gross-
britannien
und
Vereinigto
Staaten
von Nord-
Amerika.
19. April 1850.

mence and carry out the proposed enterprise, then the Governments of Great Britain and the United States shall be free to afford their protection to any other persons or company that shall be prepared to commence and proceed with the construction of the canal in question.

Art. VIII. The Governments of Great Britain and the United States having not only desired, in entering into this Convention, to accomplish a particular object, but also to establish a general principle, they hereby agree to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America; and especially to the inter-oceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are now proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panama. In granting, however, their joint protection to any such canals or railways as are by this Article specified, it is always understood by Great Britain and the United States that the parties constructing or owning the same shall impose no other charges or conditions of traffic thereupon than the aforesaid Governments shall approve of as just and equitable; and that the same canals or railways, being open to the subjects and citizens of Great Britain and the United States on equal terms, shall also be open on like terms to the subjects and citizens of every other State which is willing to grant thereto such protection as Great Britain and the United States engage to afford.

Art. IX. The ratifications of this Convention shall be exchanged at Washington*) within six months from this day, or sooner if possible.

In faith whereof we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention, and have hereunto affixed our seals.

Done at Washington, the nineteenth day of April, Anno Domini one thousand eight hundred and fifty.

Henry Lytton Bulwer. (L. S.)
John M. Clayton. (L. S.)

Nr. 7645. **VEREINIGTE STAATEN** von **NORD-AMERIKA**. — Staatssecretär des Ausw. (Blaine) an den amerik. Gesandten in London. — Die V. St. beanspruchen die alleinige Garantie der Neutralität des Panama-Canals.

Department of State, Washington, June 24, 1881.

Nr. 7645.
Vereinigto
Staaten
von Nord-
Amerika.
24. Juni 1881.

Sir, — It has fallen under the observation of the President, through the current statements of the European press and other usual channels of communication, that the Great Powers of Europe may possibly be considering the

*) Ist geschehen am 4. Juli 1850.

subject of jointly guaranteeing the neutrality of the interoceanic canal now projecting across the Isthmus of Panama. || The United States recognizes a proper guarantee of neutrality as essential to the construction and successful operation of any highway across the Isthmus of Panama, and in the last generation every step was taken by this Government that it deemed requisite in the premises. The necessity was foreseen and abundantly provided for long in advance of any possible call for the actual exercise of power.

In 1846 a memorable and important Treaty was negotiated and signed between the United States of America and the Republic of New Granada, now the United States of Colombia. By the XXXVth Article of that Treaty, in exchange for certain concessions made to the United States, we guaranteed "positively and efficaciously" the perfect neutrality of the isthmus and of any interoceanic communications that might be constructed upon or over it for the maintenance of free transit from sea to sea; and we also guaranteed the rights of sovereignty and property of the United States of Colombia over the territory of the isthmus as included within the borders of the State of Panama. || In the judgment of the President, this guarantee, given by the United States of America, does not require reinforcement, or accession, or assent, from any other Power. In more than one instance this Government has been called upon to vindicate the neutrality thus guaranteed, and there is no contingency now foreseen or apprehended in which such vindication would not be within the power of this nation. || There has never been the slightest doubt on the part of the United States as to the purpose or extent of the obligation then assumed, by which it became surety alike for the free transit of the world's commerce over whatever land-way or water-way might be opened from sea to sea, and for the protection of the territorial rights of Colombia from aggression or interference of any kind. Nor has there ever been room to question the full extent of the advantages and benefits naturally due to its geographical position and political relations on the Western Continent, which the United States obtained from the owner of the isthmian territory in exchange for that far-reaching and responsible guarantee.

If the foreshadowed action of the European Powers should assume tangible shape, it would be well for you to bring to the notice of Lord Granville the provisions of the Treaty of 1846, and especially of its XXXVth Article, and to intimate to him that any movement in the sense of supplementing the guarantee contained therein would necessarily be regarded by this Government as an uncalled-for intrusion into a field where the local and general interests of the United States of America must be considered before those of any other Power, save those of the United States of Colombia alone, which has already derived, and will continue to derive, such eminent advantages from the guarantee of this Government. || The President deems it due to frankness to be still more explicit on this subject and to elucidate the views of the United States' Government with somewhat of detail, to the end that no uncertainty

Nr. 7645.
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
24. Juni 1881.

Nr. 7645.
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
24. Juni 1881.

shall subsist as to the integrity of our motives or the distinctness of our aims.

It is not the wish or the purpose of the United States to interfere with any commercial enterprise in which the citizens or subjects of any foreign Power may see fit to embark under a lawful privilege. The fact of the stock and franchises of the Panama Canal or the Panama Railway being owned in Europe, either in whole or principally, is no more a subject of complaint on the part of the United States than is the circumstance that the stock of many of its own great lines of railway is largely held abroad. Such ownership, with its attendant rights, is in the United States amply secured by the laws of the land, and on the isthmus is doubly secured by the local laws of Colombia under the superior guarantee of the United States. || Nor, in time of peace, does the United States seek to have any exclusive privileges accorded to American ships in respect to precedence or tolls through an interoceanic canal, any more than it has sought like privileges for American goods in transit over the Panama Railway under the exclusive control of an American Corporation. The extent of the privileges of American citizens and ships is measurable under the Treaty of 1846 by those of Colombian citizens and ships. It would be our earnest desire and expectation to see the world's peaceful commerce enjoy the same just, liberal and rational treatment. || It is as regards the political control of such a canal, as distinguished from its merely administrative or commercial regulation, that the President feels called upon to speak with directness and with emphasis. During any war to which the United States of America or the United States of Colombia might be a party, the passage of armed vessels of a hostile nation through the canal at Panama would be no more admissible than would the passage of the armed forces of a hostile nation over the railway lines joining the Atlantic and Pacific shores of the United States or of Colombia. And the United States of America will insist upon her right to take all needful precautions against the possibility of the isthmus transit being in any event used offensively against her interests upon the land or upon the sea. || The two Republics between which the guarantee of neutrality and possession exists have analogous conditions with respect to their territorial extension. Both have a long line of coast on either ocean to protect as well as to improve. The possessions of the United States upon the Pacific coast are imperial in extent and of extraordinary growth. Even at their present stage of development they would supply the larger part of the traffic which would seek the advantages of the canal. The States of California and Oregon, and the Territory of Washington, larger in area than England and France, produce for export more than a ton of wheat for each inhabitant, and the entire freights demanding water transportation eastward, already enormous, are augmenting each year with an accelerating ratio. While the population and products of the Pacific slope are thus increasing upon a vast scale, the railway system connecting the Gulf of Mexico with the interior

and with the great lakes is being rapidly extended, thus affording additional facilities for enlarging the commerce that must seek the coast-line to the Pacific of which the projected canal at Panama will form a part, and be as truly a channel of communication between the eastern and far western States as our own trans-continental railways. It is the perception of this domestic function of the long-sought water-way between the two seas, that border the Republic which has caused the project to be regarded as of vital importance by this Government. The history of the enterprise is marked from the outset by the numerous expeditions which have from time to time been sent out by the United States at large expense to explore the various routes, and thus facilitate the work when the time should be ripe and the vast capital be forthcoming for the undertaking. ¶ If the proposed canal were a channel of communication near to the countries of the Old World, and employed wholly, or almost wholly, by their commerce, it might very properly be urged, that the influence of the European Powers should be commensurate with their interests. With the exercise of such influence the United States could find no fault, especially if assured of equal participation in the peaceable enjoyment of the commercial facilities so afforded. The case, however, is here reversed, and an agreement between the European States to jointly guarantee the neutrality, and, in effect, control the political character of a highway of commerce, remote from them and near to us, forming substantially a part of our coast-line, and promising to become the chief means of transportation between our Atlantic and Pacific States, would be viewed by this Government with the gravest concern.

The policy of the United States is one of peace and friendly intercourse with every Government and people. This disposition is frankly avowed, and is, moreover, abundantly shown in the fact, that our armaments by land and sea are kept within such limits as to afford no ground for distrust or suspicion of menace to other nations. The guarantee entered into by this Government in 1846 was manifestly in the interests of peace, and the necessity imposed by circumstances upon the United States of America to watch over a highway between its two coasts was so imperative, that the resultant guarantee was the simplest justice to the chief interests concerned. Any attempt to supersede that guarantee by an agreement between European Powers, which maintain vast armies and patrol the sea with immense fleets, and whose interest in the canal and its operation can never be so vital and supreme as ours, would partake of the nature of an alliance against the United States, and would be regarded by this Government as an indication of unfriendly feeling. It would be but an inadequate response to the good-will we bear them and to our cheerful and constant recognition of their own rights of domestic policy, as well as those resulting from proximity or springing from neighbourly interest. ¶ The Great European Powers have repeatedly united in agreements such as guarantees of neutrality touching the political condition of States like

Nr. 7645.
Vereinigte
Staaten
von Nord-
Amerika.
24. Juni 1881.

Nr. 7645.
Vereinigto
Staaten
von Nord-
Amerika.
24. Juni 1881.

Luxembourg, Belgium, Switzerland, and parts of the Orient, where the localities were adjacent, or where the interests involved concerned them nearly and deeply. Recognizing these facts, the United States has never offered to take part in such agreements, or to make any agreements supplementary to them. While thus observing the strictest neutrality with respect to complications abroad, it is the long-settled conviction of this Government, that any extension to our shores of the political system by which the Great Powers have controlled and determined events in Europe would be attended with danger to the peace and welfare of this nation. || While the Government of the United States has no intention of initiating any discussion upon this subject, it is proper that you should be prepared, in case of concerted action or conference, or exchange of opinions thereon between the Great Powers of Europe, to communicate to the Government to which you are accredited the views of the President as frankly and as fully as they are herein set forth; and at suitable times, in your personal and friendly intercourse with your colleagues of the Diplomatic Body at London, you may find it proper to give discreet expression to the policy and motives of your Government in the premises.

You will be careful, in any conversations you may have, not to represent the position of the United States as the development of a new policy, or the inauguration of any advanced aggressive steps to be taken by this Government. It is nothing more than the pronounced adherence of the United States to principles long since enunciated by the highest authority of the Government, and now, in the judgment of the President, firmly inwoven as an integral and important part of our national policy. In his Address upon taking the oath of office, the President distinctly proclaimed the position which the Government of the United States would hold upon this question, and if the European Cabinets have failed to observe or give due heed to the declarations then made, it may be well for you on some proper occasion to call the attention of the Minister for Foreign Affairs to the language used by the President. I am &c.

James G. Blaine.

Nr. 7646. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den amerik. Gesandten in London. — Betont, dass die Rechtsverhältnisse beider Staaten durch den Clayton-Bulwer-Vertrag geregelt seien.

Foreign Office, November 10, 1881.

Nr. 7646.
Gross-
britannien.
10. Nov. 1881.

Sir, — You are doubtless aware that Mr. Lowell left with this Department on the 12th July last a copy of a despatch which had been addressed to him by Mr. Blaine on the 24th June, in which the Secretary of State calls attention to the right and duty which are imposed on the United States' Go-

vernment under the Treaty signed in 1846 between the United States of America and the Republic of New Granada, now known as the United States of Colombia, to guarantee the neutrality of the interoceanic canal which is projected across the Isthmus of Panama. Mr. Blaine further points out the special interest which the United States have in the preservation of this neutrality, and in preventing the use of the canal in a manner detrimental to themselves during any war in which the United States of Colombia might be a party. But the point on which especial stress is laid in this despatch is the objection entertained by the Government of the United States to any concerted action of the European Powers for the purpose of guaranteeing the neutrality of the canal or determining the conditions of its use. || I have now the honour to state to you that, although some time has elapsed since the views of the United States' Government on the question were communicated to Her Majesty's Government, they have not failed in the meanwhile to bestow upon it all the consideration to which the importance of the subject gives it every claim; and if it has not received an earlier recognition, the delay has been mainly caused by the suspense which so long existed as to the termination of the sad tragedy of the 2nd July. || Her Majesty's Government have noted with satisfaction the statement made by Mr. Blaine, that there is no intention on the part of the Government of the United States to initiate any discussion upon this subject, and, in the same spirit, I do not now propose to enter into a detailed argument in reply to Mr. Blaine's observations. || I should wish, therefore, merely to point out to you that the position of Great Britain and the United States with reference to the canal, irrespective of the magnitude of the commercial relations of the former Power with countries to and from which, if completed, it will form the highway, is determined by the engagements entered into by them respectively in the Convention which was signed at Washington on the 19th April, 1850, commonly known as the Clayton-Bulwer Treaty; and Her Majesty's Government rely with confidence upon the observance of all the engagements of that Treaty. || I have, &c.

Granville.

Nr. 7647. **VEREINIGTE STAATEN.** — Staatss. d. Ausw. an den amerik. Ges. in London. — Vorschläge zur Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages.

Department of State, Washington, November 19, 1881.

Sir, — In pursuance of the premises laid down in my Circular note of the 24th June of this year, touching the determination of this Government with respect to the guarantee of neutrality for the interoceanic Canal at Panama, it becomes my duty to call your attention to the Convention of the 19th April, 1850, between Great Britain and the United States, commonly known as the

Nr. 7648.
Gross-
britannien.
10. Nov. 1881.

Nr. 7647.
Vereinigtes
Staaten.
19. Nov. 1881.

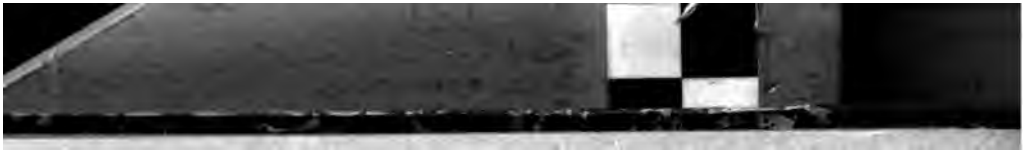
Nr. 7647.
Vereinigto
Staaten.
19. Nov. 1881.

Clayton-Bulwer Treaty. || According to the Articles of that Convention, the High Contracting Parties, in referring to an interoceanic canal through Nicaragua, agreed "that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over said ship canal, and that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same or in the vicinity thereof." In a concluding paragraph the High Contracting Parties agreed "to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus . . . which are now proposed to be established by way of Tehuantepec or Panama." || This Convention was made, more than thirty years ago, under exceptional and extraordinary conditions, which have long since ceased to exist—conditions which at best were temporary in their nature, and which can never be reproduced. The remarkable development of the United States on the Pacific Coast since that time has created new duties for this Government, and devolved new responsibilities upon it, the full and complete discharge of which requires, in the judgment of the President, some essential modifications in the Clayton-Bulwer Treaty. The interests of Her Majesty's Government involved in this question, in so far as they may be properly judged by the observation of a friendly Power, are so inconsiderable in comparison with those of the United States, that the President hopes a readjustment of the terms of the Treaty may be reached in a spirit of amity and concord.

The respect due to Her Majesty's Government demands, that the objections to the perpetuity of the Convention of 1850, as it now exists, should be stated with directness and with entire frankness. And among the most salient and palpable of these is the fact, that the operation of the Treaty practically concedes to Great Britain the control of whatever canal may be constructed. The insular position of the Home Government, with its extended colonial possessions, requires the British Empire to maintain a vast naval establishment, which, in our continental solidity, we do not need, and in time of peace shall never create. If the United States binds itself not to fortify on land, it concedes that Great Britain, in the possible case of a struggle for the control of the canal, shall at the outset have an advantage which would prove decisive, and which could not be reversed except by the expenditure of treasure and force. The presumptive intention of the Treaty was to place the two Powers on a plane of perfect equality with respect to the canal; but in practice, as I have indicated, this would prove utterly delusive, and would instead surrender it, if not in form yet in effect, to the control of Great Britain. || The Treaty binds the United States not to use its military force in any precautionary measure, while it leaves the naval power of Great Britain perfectly free and unrestrained, ready at any moment of need to seize both ends of the canal and render its military occupation on land a matter entirely within the discretion of Her Majesty's Government. The military power of the United States, as shown by the recent Civil War, is without

limit, and in any conflict on the American continent, altogether irresistible. The Clayton-Bulwer Treaty commands this Government not to use a single regiment of troops to protect its interests in connection with the interoceanic canal, but to surrender the transit to the guardianship and control of the British navy. If no American soldier is to be quartered on the isthmus to protect the rights of his country in the interoceanic canal, surely, by the fair logic of neutrality, no war vessel of Great Britain should be permitted to appear in the waters that control either entrance to the canal. || A more comprehensive objection to the Treaty is urged by this Government. Its provisions embody a misconception of the relative positions of Great Britain and the United States with respect to the interests of each Government in questions pertaining to this continent. The Government of the United States has no occasion to disavow an aggressive disposition. Its entire policy establishes its pacific character, and one of its chief aims is to cultivate the most friendly and intimate relations with its neighbours — both independent and colonial. At the same time, this Government with respect to European States will not consent to perpetuate any Treaty that impeaches our rightful and long-established claim to priority on the American continent. || The United States seeks only to use for the defence of its own interests the same forecast and provision which Her Majesty's Government so energetically employs in defence of the interests of the British Empire. To guard her Eastern possessions, to secure the most rapid transit for troops and munitions of war, and to prevent any other nation having equal facilities in the same direction, Great Britain holds and fortifies all the strategic points that control the route to India. At Gibraltar, at Malta, at Cyprus, her fortifications give her the mastery of the Mediterranean. She holds a controlling interest in the Suez Canal, and by her fortifications at Aden, and on the Island of Perim, she excludes all other Powers from the waters of the Red Sea and renders it a *mare clausum*. It would, in the judgment of the President, be no more unreasonable for the United States to demand a share in these fortifications or to demand their absolute neutralization than for England to make the same demand in perpetuity from the United States with respect to the transit across the American continent. The possessions which Great Britain thus carefully guards in the East are not of more importance to her than is the Pacific Slope with its present development and assured growth to the Government of the United States. || The States and territories appurtenant to the Pacific Ocean and dependent upon it for commercial outlet and, hence, directly interested in the canal, comprise an area of nearly 800,000 square miles, larger in extent than the German Empire and the four Latin countries of Europe combined. This vast region is but fairly beginning its prosperous development. Six thousand miles of railway are already constructed within its limits, and it is a moderate calculation to say, that within the current decade the number of miles will at least be doubled. In the near future, the money value of its surplus for

Nr. 7847.
Vereinigte
Staaten.
19. Nov. 1881.



Nr. 4647. export will be as large as that of British India, and, perhaps, larger. Nor
Vereinigto must it be forgotten, that India is but a distant Colony of Great Britain,
Staaten. while the region on the Pacific is an integral portion of our National Union,
19. Nov. 1881. and is of the very form and body of our State. || The inhabitants of India are
alien from England in race, language and religion. The citizens of California,
Oregon and Nevada, with the adjacent territories, are of our own blood and
kindred—bone of our bone, and flesh of our flesh.

Great Britain appreciates the advantage and, perhaps, the necessity of maintaining at the cost of large military and naval establishments the interior and nearest route to India, while any nation with hostile intent is compelled to take the longer route and travel many thousand additional miles through dangerous seas. It is hardly conceivable, that the same great Power, which considers herself justified in taking these precaution for the safety of a remote Colony on another continent, should object to the United States adopting similar but far less demonstrative measures for the protection of the distant shores of her own domain, for the drawing together of the extremes of the Union in still closer bonds of interest and sympathy, and for holding in the quiet determination of an honourable self-defence, the absolute control of the great water-way which shall unite the two oceans, and which the United States will always insist upon treating as part of her coast line. || If a hostile movement should at any time be made against the Pacific Coast threatening danger to its people and destruction to its property, the Government of the United States would feel that it had been unfaithful to its duty, and neglectful towards its own citizens, if it permitted itself to be bound by a Treaty which gave the same right through the canal to a war-ship, bent on an errand of destruction, that is reserved to its own navy sailing for the defence of our coast, and the protection of the lives of our people. And as England insists, by the might of her power, that her enemies in war shall strike her Indian possessions only by doubling the Cape of Good Hope, so the Government of the United States will equally insist that the interior, more speedy and safer route of the canal, shall be reserved for ourselves, while our enemies, if we shall ever be so unfortunate as to have any, shall be remanded to the voyage round the Cape Horn. || A consideration of controlling influence in this question is the well-settled conviction, on the part of this Government, that only by the United States exercising supervision can the isthmus canals be definitely and at all times secured against the interference and obstruction incident to war. A mere agreement of neutrality on paper between the Great Powers of Europe might prove ineffectual to preserve the canal in time of hostilities. The first sound of a cannon in a general European war would, in all probability, annul the Treaty of neutrality, and the strategic position of the canal commanding both oceans might be held by the first naval Power that could seize it. If this should be done the United States would suffer such grave inconvenience and loss in her domestic commerce as would enforce the duty of a defensive and protective war

on her part for the mere purpose of gaining that control which, in advance, she insists is due to her position and demanded by her necessities. || I am not arguing or assuming, that a general war, or any war at all, is imminent in Europe. But it must not be forgotten, that within the past twenty-five years all the Great Powers of Europe have been engaged in war, most of them more than once. In only a single instance in the past hundred years has the United States exchanged a hostile shot with any European Power. It is in the highest degree improbable, that for a hundred years to come even that experience will be repeated. || It consequently becomes evident, that the one conclusive mode of preserving any isthmus canal from the possible distraction and destruction of war is to place it under the control of that Government least likely to be engaged in war, and able in any and every event to enforce the guardianship which she will assume. For self-protection to her own interests, therefore, the United States, in the first instance, asserts her right to control the isthmus transit. And, secondly, she offers by such control that absolute neutralization of the canal, as respects European Powers, which can in no other way be certainly attained and lastingly assured.

Nr. 7646.
Vereinigtes
Staaten.
19. Nov. 1881.

Another consideration forcibly suggests the necessity of modifying the Convention under discussion. At the time it was agreed to Great Britain and the United States were the only nations prominent in the commerce of Central and South America. Since that time other leading nations have greatly enlarged their commercial connections with that country, and are to-day contending for supremacy in the trade of those shores. Within the past four years, indeed, the number of French and German vessels landing on the coasts of Central America far exceeds the number of British vessels.

While, therefore, Great Britain and the United States may agree to do nothing, and, according to the present Convention, each remain bound to the other in common helplessness, a third Power, or a fourth, or a combination of many, may step in and give direction to the project which the Clayton-Bulwer Treaty assumed was under the sole control of the two English-speaking nations. Indeed, so far as the canal scheme now projected at Panama finds a national sponsor or patron, it is in the Republic of France, and the non-intervention enjoined upon this country by the Clayton-Bulwer Treaty, if applied to that canal, would paralyze the arm of the United States in any attempt to assert the plain rights and privileges which this Government acquired through a solemn Treaty with the Republic of Columbia anterior to the Clayton-Bulwer Convention. So that the modification of the Treaty of 1850, now sought, is not only to free the United States from unequal and inequitable obligations to Great Britain, but also to empower this Government to treat with all other nations seeking a foot-hold on the isthmus, on the same basis of impartial justice and independence.

One of the motives that originally induced this Government to assent to the Clayton - Bulwer Treaty, not distinctly expressed in the instrument but

Nr. 7647.
Vereinigtes
Staaten.
19. Nov. 1881.

inferable from every line of it, was the expected aid of British capital in the construction of the Nicaraguan Canal. That expectation has not been realized, and the changed condition of this country since 1850 has diminished, if it has not entirely removed from consideration, any advantage to be derived from that source. Whenever, in the judgment of the United States' Government, the time shall be auspicious and the conditions favourable for the construction of the Nicaraguan Canal, no aid will be needed outside of the resources of our own Government and people; and while foreign capital will always be welcomed and never repelled, it cannot, henceforth, enter as an essential factor into the determination of this problem.

It is earnestly hoped by the President, that the considerations now presented will have due weight and influence with Her Majesty's Government, and that the modifications of the Treaty desired by the United States will be conceded in the same friendly spirit in which they are asked. The following is a summary of the changes necessary to meet the views of this Government:—

1. Every part of the Treaty which forbids the United States fortifying the canal and holding the political control of it in conjunction with the country in which it is located, to be cancelled.

2. Every part of the Treaty in which Great Britain and the United States agree to make no acquisition of territory in Central America, to remain in full force. As an original proposition, this Government would not admit that Great Britain and the United States should be put on the same basis, even negatively, with respect to territorial acquisitions on the American Continent, and would be unwilling to establish such a precedent without full explanation. But the Treaty contains that provision with respect to Central America, and if the United States should seek its annulment it might give rise to erroneous and mischievous apprehensions among a people with whom this Government desires to be on the most friendly terms. The United States has taken especial occasion to assure the Spanish American Republics to the south of us, that we do not intend and do not desire to cross their borders, or in any way disturb their territorial integrity, and we shall not willingly incur the risk of a misunderstanding by annulling the clauses in the Clayton-Bulwer Treaty which forbid such a step with Central America. The acquisition of military and naval stations necessary for the protection of the canal and voluntarily ceded to the United States by the Central American States, not to be regarded as a violation of the provision contained in the foregoing.

3. The United States will not object to maintaining the clause looking to the establishment of a free port at each end of whatever canal may be constructed, if England desires it to be retained.

4. The clause in which the two Governments agreed to make Treaty stipulations for a joint Protectorate of whatever railway or canal might be constructed at Tehuantepec or Panama, has never been perfected. No Treaty

stipulations for the proposed end have been suggested by either party, although citizens of the United States long since constructed a railway at Panama and are now engaged in the same work at Tehuantepec. It is a fair presumption, in the judgment of the President, that this provision should be regarded as obsolete by the non-action and common consent of the two Governments.

Nr. 7647.
Vereinigte
Staaten.
19. Nov. 1881.

5. The clause defining the distance from either end of the canal where, in time of war, captures might be made by either belligerent on the high seas, was left incomplete, and the distance was never determined. In the judgment of the President, speaking in the interest of peaceful commerce, this distance should be made as liberal as possible, and might, with advantage, as a question relating to the high seas and common to all nations, be a matter of stipulation between the Great Powers of the world.

In assuming as a necessity the political control of whatever canal or canals may be constructed across the isthmus, the United States will act in entire harmony with the Governments within whose territory the canals shall be located. Between the United States and the other American Republics there can be no hostility, no jealousy, no rivalry, no distrust. This Government entertains no design in connection with this project for its own advantage which is not also for the equal or greater advantage of the country to be directly and immediately affected. Nor does the United States seek any exclusive or narrow commercial advantage. It frankly agrees, and will by public Proclamation declare, at the proper time, in conjunction with the Republic on whose soil the canal may be located, that the same rights and privileges, the same tolls and obligations for the use of the canal, shall apply with absolute impartiality to the merchant marine of every nation on the globe. And equally, in time of peace, the harmless use of the canal shall be freely granted to the war vessels of other nations. In time of war, aside from the defensive use to be made of it by the country in which it is constructed, and by the United States, the canal shall be impartially closed against the war vessels of all belligerents. It is the desire and determination of the United States, that the canal shall be used only for the development and increase of peaceful commerce among all nations, and shall not be considered a strategic point in warfare which may tempt the aggressions of belligerents or be seized under the compulsions of military necessity by any of the Great Powers that may have contests in which the United States has no stake and will take no part. ¶ If it be asked why the United States objects to the assent of European Governments to the terms of neutrality for the operation of the canal, my answer is that the right to assent implies the right to dissent, and thus the whole question would be thrown open for contention, as an international issue. It is the fixed purpose of the United States to confine it strictly and solely as an American question, to be dealt with and decided by the American Governments.

In presenting the views contained herein to Lord Granville, you will take

Nr. 7647.
Vereinigte
Staaten.
19. Nov. 1881.

occasion to say, that the Government of the United States seeks this particular time for the discussion as most opportune and auspicious. At no period since the peace of 1783 have the relations between the British and American Governments been so cordial and friendly as now. And I am sure Her Majesty's Government will find in the views now suggested and the propositions now submitted, additional evidence of the desire of this Government to remove all possible grounds of controversy between two nations which have so many interests in common and so many reasons for honourable and lasting peace. || You will, at the earliest opportunity, acquaint Lord Granville with the purpose of the United States touching the Clayton-Bulwer Treaty, and, in your own way, you will impress him fully with the views of your Government. I refrain from directing that a copy of this instruction be left with his Lordship, because, in reviewing the case, I have necessarily been compelled, in drawing illustrations from British policy, to indulge somewhat freely in the *argumentum ad hominem*. This course of reasoning, in an instruction to our own Minister is altogether legitimate and pertinent, and yet might seem discourteous if addressed directly to the British Government. You may deem it expedient to make this explanation to Lord Granville, and if, afterwards, he shall desire a copy of this instruction, you will of course furnish it. || I am, &c.

James G. Blaine.

Nr. 7648. VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. — Uebersicht über die früheren Verhandlungen über Abänderung des Vertrages.

Department of State, Washington, November 29, 1881.

Nr. 7648.
Vereinigte
Staaten.
29. Nov. 1881.

Sir, — One week after mailing my instruction to you on the 19th instant touching the presentation to Her Majesty's Government of a proposal for the modification of the Convention between the two countries of the 19th April, 1850, better known as the Clayton-Bulwer Treaty, I received Mr. Hoppin's No. 218 of the 11th instant, communicating the response of Lord Granville to my Circular note of the 24th June last in relation to the neutrality of any canal across the Isthmus of Panama. I regret that Mr. Hoppin should not have advised me by telegraph of the purport of his Lordship's reply, as it would have enabled me to present the arguments of my despatch of the 19th instant in a more specific form, as meeting a positive issue rather than as generally dealing with a subject which for thirty years has been regarded in but one light by the public opinion of the United States. It seems proper now, however, in reply to his Lordship's note of the 10th November, to give a summary of the historical objections to the Clayton-Bulwer Treaty, and the very decided differences of opinion between the two Governments to which its interpretation has given rise.

I need hardly point out to you the well-known circumstance, that, even at the time of the conclusion of the Clayton-Bulwer Treaty, a very considerable opposition was shown thereto on the part of far-sighted men in public life, who correctly estimated the complications which the uncertain terms of that compact might occasion. It was ably contended in Congress, that its provisions did not, even then, suffice to meet the real points at issue with respect to the guarantee of the neutrality of the whole American isthmus on bases comporting with the national interests of the United States, and the differences of interpretation became soon after so marked as to warrant the extreme proposal of Her Majesty's Government to refer them to the arbitration of a friendly Power. || The justice of those doubts became still more evident six years later, when the pretensions put forth by Her Majesty's Government toward territorial protection, if not absolute control, of portions of Nicaragua and of the outlying Bay Islands brought up the precise question of how far the provisions of the Clayton-Bulwer compact operated to restrain the projected movement; and thereupon the interpretations respectively put upon that instrument by the United States and Great Britain were perceived to be in open conflict. The attempt made in the Clarendon-Dallas Treaty, which was negotiated on the 17th October, 1856, to reconcile these opposing contentions, and to place the absolute and independent sovereignty of Nicaragua over its territory on an unmistakable footing, so far as the United States and Great Britain were concerned, failed to be completed, by reason of the rejection by Her Majesty's Government of an amendment introduced by the Senate into the Clarendon-Dallas project. From that time onward the inability of the two Governments to agree upon a common interpretation of the letter and spirit of the Clayton-Bulwer Treaty may be accepted as a historical fact. || In the discussions between the two Governments which attended the failure of the Clarendon-Dallas Treaty the attitude of the United States with respect to the Clayton-Bulwer Treaty was amply defined. As early as the 12th March, 1857, I find, that General Cass, then Secretary of State, in the course of a conference with Lord Napier, Her Majesty's Representative, "passed some reflections on the Clayton-Bulwer Treaty; he had voted for it; and in doing so he believed, that it abrogated all intervention on the part of England in the Central American territory. The British Government had put a different construction on the Treaty, and he regretted the vote he had given in its favour." (Despatch of Lord Napier to the Earl of Clarendon, 12th March, 1857.) On the 6th May, 1857, President Buchanan, in an audience given to Lord Napier, and in response to his Lordship's suggestion, that if the attempted adjustment of the difference between the Governments as to the Clarendon-Dallas Treaty should fail, the Clayton-Bulwer Treaty remained to fall back upon, characterised that instrument in much stronger terms than General Cass had done. To quote Lord Napier's words: "The President denounced the Clayton-Bulwer Treaty as one which has been fraught with mis-

Nr. 7648.
Vereinigtes
Staaten.
29. Nov. 1881.

Nr. 7648.
Vereinigtes
Staaten.
29. Nov. 1881.

understanding and mischief from the beginning; it was concluded under the most opposite constructions by the Contracting Parties. If the Senate had imagined, that it could obtain the interpretation placed upon it by Great Britain, it would not have passed. If he had been in the Senate at the time, that Treaty never would have been sanctioned." (Despatch of Lord Napier to the Earl of Clarendon, 6th May, 1857.) || These views are more explicitly and formally repeated in a note addressed by Secretary Cass to Lord Napier on the 29th May, 1857. He says:—"The Clayton-Bulwer Treaty, concluded in the hope, that it would put an end to the differences which had arisen between the United States and Great Britain, concerning Central American affairs, had been rendered inoperative in some of its most essential provisions by the different constructions which had been reciprocally given to it by the parties. And little is hazarded in saying that, had the interpretation since put upon the Treaty by the British Government, and yet maintained, been anticipated, it would not have been negotiated under the instructions of any Executive of the United States, nor ratified by the branch of the Government intrusted with the power of ratification." || The publicity of these statements, and the strong feeling which then prevailed in all quarters that the Clayton-Bulwer Convention was inadequate to reconcile the opposite views of Great Britain and the United States toward Central America, led to a very decided conviction, that the Treaty should be abrogated. Lord Napier reflected this growing impression when, on the 22nd June, 1857, he wrote to Lord Clarendon that, "It is probable that, if the pending discussions regarding Central America be not closed during the present summer, an attempt will be made, in the next Session of Congress, to set aside the Clayton-Bulwer Treaty. . . . There can be no doubt of the views of the President and Cabinet in this matter." || Before this tendency could, however, find its expression in any official act, a movement on the part of Her Majesty's Government placed the whole matter in a new aspect. Sir William Gore Ouseley was sent out, 30th October, 1857, as a Special Minister, with the double purpose of concluding with the Central American States, and especially with Guatemala and Honduras, settlements of the questions relative to the Bay Islands, the Mosquito territory, and the boundaries of British Honduras, and also of visiting Washington on the way, and conferring with the Secretary of State of the United States, for the purpose of ascertaining the views of his Government, and establishing a perfect understanding "with the United States upon the points respecting which differences have hitherto existed between the two countries." Among these differences was now superadded to the territorial question of Mosquito and the Islands the very question which to-day most concerns us—the question of interoceanic communication—which had for some time been the occasion of correspondence between General Cass and Lord Napier, and in relation to which General Cass wrote on the 20th October, 1857, as follows: || "I have thus endeavoured to meet the frank suggestions of your Lordship by re-stating, with corresponding frankness, the

general policy of the United States with respect to the Governments and the interoceanic transits of Central America; but since your Lordship has referred to the Clayton-Bulwer Treaty of 1850, as contemplating a 'harmonious course of action and counsel between the Contracting Parties in the settlement of Central American interests,' you will pardon me for reminding your Lordship that the differences which this Treaty was intended to adjust between the United States and Great Britain still remain unsettled, while the Treaty itself has become the subject of new and embarrassing complications." Nr. 7648.
Vereinigto
Staaten.
29. Nov. 1881.

Prior to the arrival of Sir William Ouseley in the United States, Lord Napier held an important interview with President Buchanan, on the 19th October, 1857, with the object of obtaining "further elucidation of the opinions of the President with reference to the adjustment of the Clayton-Bulwer Treaty." On that occasion Lord Napier declared, that he believed it the intention of Her Majesty's Government, in Sir William Ouseley's mission, to carry the "Clayton-Bulwer Treaty into execution according to the general tenour of the interpretation put upon it by the United States; but to do so by separate negotiation with the Central American Republics, in lieu of a direct engagement with the Federal Government," and asked, that pending the negotiation intrusted to Sir William Ouseley "no proposal to annul the [Clayton-Bulwer] Treaty would be sanctioned or encouraged" by the President or the members of the United States' Government. To this the President cheerfully consented, and promised to modify the statements in his annual Message to Congress accordingly, and, under no circumstances, to countenance any attempt against the Clayton-Bulwer Treaty in Congress. || Matters being in this state, with Sir William Ouseley's mission announced, and the benevolently expectant attitude of the United States toward it assured, Lord Napier, on the 27th October, 1857, in conference with General Cass, brought up contingently, as a discarded alternative of his Government, a former proposal to refer the disputed questions to arbitration. || "The General remarked in reply", says Lord Napier, writing to the Earl of Clarendon, "that he did not repudiate the principle of arbitration on all occasions; he had invoked it, and would do so again where it seemed justly applicable, but that in this matter it was declined by the American Government for the following reasons:— The language of the Treaty was so clear that, in his opinion, there ought not to be two opinions about it . . . Then it was a mere question of the interpretation of the English language, and he held that a foreign Government was not so competent to decide in such a question as the United States and England, who possessed that language in common". || The Earl of Clarendon, in reply, approved of Lord Napier's course in broaching anew the suggestion of arbitration, and authorized him to renew formally, in writing, the offer to refer the disputed questions arising out of the interpretation of the Clayton-Bulwer Treaty to the decision of any European Power (Instruction of November 13, 1857), and this was accordingly done by Lord Napier in a note to General Cass, dated

Nr. 7645.
Vereinigte
Staaten.
29. Nov. 1881.

30th November, 1857. || In his annual Message to Congress in December, 1857, President Buchanan, after narrating the negotiation and failure of the Clarendon-Dallas Treaty, said:— || “The fact is, that when two nations, like Great Britain and the United States, mutually desirous, as they are, and I trust ever may be, of maintaining the most friendly relations with each other, have unfortunately concluded a Treaty which they understood in senses directly opposite, the wisest course is to abrogate such a Treaty by mutual consent, and to commence anew. . . . Whilst entertaining these sentiments, I shall, nevertheless, not refuse to contribute to any reasonable adjustment of the Central American questions which is not practically inconsistent with the American interpretation of the Treaty. Overtures for this purpose have been recently made by the British Government in a friendly spirit which I cordially reciprocate.” || Meanwhile, the Earl of Clarendon had instructed Sir William Ouseley, under date of the 19th November, 1857, “not to commit Her Majesty’s Government to any course whatever in respect to the Bay Islands till the intentions of the Congress of the United States in regard to the Treaty of 1850 are clearly ascertained”.

The Situation, then, at the close of 1857, presented a triple deadlock. The United States had agreed not to move toward the abrogation of the Treaty until it could be seen what interpretation of its provisions would result from Sir William Ouseley’s mission. Sir William had received positive instructions not to move until the United States should decide whether to abrogate the Treaty or not; and Lord Napier was forbidden to move until the United States should make formal answer to the proposal for arbitration. The instructions of Lord Clarendon to Lord Napier, the 22nd January, 1858, contained these words:—“We are decidedly of opinion, that it would neither be consistent with our dignity or our interest to make any proposal to the United States’ Government until we have received a formal answer to our formal offer of arbitration. In event of the offer being refused, it will be a great and hardly justifiable proof of the spirit of conciliation by which we are animated if we then show ourselves disposed to abrogate the Clayton-Bulwer Treaty; but we must not be in too great haste.” In order, apparently, to break this deadlock, Lord Napier wrote to General Cass, the 17th February, 1858, that:—“Something in the nature of an alternative was thus offered to the American Cabinet. Should the expedient of arbitration be adopted, a great portion of Sir William Ouseley’s duty would be transferred to other agencies. Should arbitration be declined, it was hoped that the efforts of Her Majesty’s Envoy would result in a settlement agreeable to the United States, inasmuch as in essential points it would carry the Treaty of 1850 into operation in a manner practically conformable to the American interpretation of that instrument.” || On the 10th March, 1858, the Earl of Malmesbury, who had succeeded Lord Clarendon in the Foreign Office, instructed Lord Napier that, until an answer was returned to the proposal for arbitration,

“no further steps can be taken by Her Majesty’s Government with that of the United States in regard to that matter”, and further that, “when this point is cleared up, Her Majesty’s Government, supposing that the Government of the United States decline arbitration, will have to determine whether they should originate a proposal for the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty, or adopt any other course which the circumstances at the moment may seem to recommend.” || It appears, however, that the proposal to abrogate the Treaty, which Lord Malmesbury reserved the right to originate, had already been communicated to the Government of the United States by Lord Napier, under instructions from Lord Clarendon. In a despatch, dated the 22nd March, 1858, Lord Napier wrote: “The Earl of Clarendon authorized me to inform General Cass, that Her Majesty’s Government would not decline the consideration of a proposal for the abrogation of the Treaty by mutual concert. I have accordingly, on two occasions, informed General Cass that, if the Government of the United States be still of the same mind, and continue to desire the abrogation of the Treaty of 1850, it would be agreeable to Her Majesty’s Government that they should insert a proposal to that effect in their reply to my note respecting arbitration.” Lord Napier further reports in detail the conversations had with General Cass as to the most proper method of effecting such abrogation, if agreed to. || In reply to this despatch of Lord Napier, the Earl of Malmesbury instructed him, 8th April, 1858, that his action was approved, and that he should confine himself to pressing for an answer to his proposal for arbitration. His Lordship added these significant words: “Her Majesty’s Government, if the initiative is still left to them by the unwillingness of the United States themselves to propose abrogation, desire to retain full liberty as to the manner and form in which any such proposal shall be laid on their behalf before the Cabinet of Washington. The Clayton-Bulwer Treaty has been a source of unceasing embarrassment to this country, and Her Majesty’s Government, if they should be so fortunate as to extricate themselves from the difficulties which have resulted from it, will not involve themselves, directly or indirectly, in any similar difficulties for the future.” || The answer of General Cass to Lord Napier’s several proposals was, briefly, to the effect that, pending the results expected from Sir William Ouseley’s mission to the Central American States, the United States could not adopt the alternative of arbitration, “even if it had not been twice rejected before;” and that, if “the President does not hasten to consider now the alternative of repealing the Treaty of 1850, it is because he does not wish prematurely to anticipate the failure of Sir William Ouseley’s mission, and is disposed to give a new proof to Her Majesty’s Government of his sincere desire to preserve the amicable relations which now happily subsist between the two countries.” (General Cass to Lord Napier, April 6, 1858.)

In this posture of affairs, the Earl of Malmesbury instructed Sir William Ouseley to open direct negotiations with the Central American States, and,

Nr. 7648.
Vereinigte
Staaten.
29. Nov. 1861.

on the 18th August, instructed Lord Napier to inform the Government of the United States of the intentions and object of Her Majesty's Government in the premises. His Lordship added:—"Modification, arbitration and abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty have been *flatly rejected*" (the italics are my own). "Great Britain and Nicaragua are now about to treat as independent States." || I have emphasized the phrase "flatly rejected", in view of a subsequent instruction of the Earl of Malmesbury to Lord Napier, on the 8th December, 1858, wherein he said:—"I think you would have done better if you had not too pointedly brought before the United States' Government the notion that the British Government might view with favour a proposal to abrogate the Clayton-Bulwer Treaty."

It is not difficult, in following this narrative, to discern that General Cass, though not desiring to express it, had an additional motive for declining at that particular time to propose the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty. He did not desire by such proposed abrogation to indicate his willingness, that Sir William Gore-Useley should make Treaties with the separate States of Central America unrestrained by the clauses of the Clayton-Bulwer Treaty inhibiting the extension of British power in that region. General Cass, with his accustomed caution and wisdom, clearly perceived, that for the United States to propose abrogations on the very eve of Sir William Useley's mission would lead to injurious inferences, and would imply conclusions which the United States was not prepared to admit. Objectionable as General Cass thought the Clayton-Bulwer Treaty, he thought it was better than giving the implied consent of this Government that Great Britain should obtain such Treaties as the force of her power might secure in Central America. The subsequent note of Lord Malmesbury—not strained by an uncharitable construction—throws additional light on the subject, and confirms the wisdom of General Cass in declining to propose abrogation at that time. || And, besides, General Cass evidently desired to retain those very clauses of the Clayton-Bulwer Treaty to which, in my despatch of the 19th, I propose, on the part of this Government, to adhere.

I have dwelt with somewhat of detail on this particular historic episode, partly because it admirably illustrates the spirit with which both Governments have regarded the Clayton-Bulwer Treaty from the first, and partly because it had more direct bearing on the question of the guarantee of any isthmian transit than any other discussion of the time. In perusing the voluminous correspondence, unprinted, as well as that printed, and submitted at the time to Congress and to Parliament, I am more than ever struck by the elastic character of the Clayton-Bulwer Treaty, and the admirable purpose it has served as an ultimate recourse on the part of either Government to check apprehended designs in Central America on the part of the other—although, all the while, it was frankly admitted on both sides that the engagements of the Treaty were misunderstandingly entered into, imperfectly comprehended,

contradictorily interpreted, and mutually vexatious. ¶ I am, as I must confess, strengthened in this impression by the circumstance that, in his response to my despatch of the 24th June last, Earl Granville takes the ground that the position of Great Britain and the United States towards the projected Panama Canal is determined by the Clayton-Bulwer Treaty. It does not seem likely to become a subject for discussion how far the engagements of that compact in reality extend to the Isthmus of Panama, under the provisions of Article VIII thereof, in the same precise sense in which they extend to the projected Nicaraguan transit. For it will be observed, that this Article does not stretch the guarantees and restrictions of Article I over either the Tehuantepec route through Mexican territory, or the Panama route through Columbian territory. It is in terms an agreement to extend the protection of both countries, by Treaty stipulations, to those or any other practicable waterways or railways from ocean to ocean, across the isthmus, outside of Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito coast, or any part of Central America. So far as the inchoate agreement to hereafter agree is applicable to the Panama transit, I have amply shown in my No. 270 of the 19th instant, that the obligations embraced on the part of the United States in concluding the prior Convention with the Republic of New Granada (now Columbia) in 1846 require that the United States should be freed from unequal and inequitable obligations to Great Britain under the vague and, as yet, unperfected compact of 1850. ¶ My main object in writing this instruction has been to strengthen your hands in any discussion which may now ensue as to the benefits of the Clayton-Bulwer Treaty and the mutual interest of the two countries in conserving it as the basis of a settlement of all questions between them touching Central American and Isthmian questions. It will be seen, that, from the time of its conclusion, in 1850, until the end of 1858, its provisions were thrice made the basis of a proposal to arbitrate as to their meaning; that modification and abrogation have been alike contingently considered; and that its vexatious and imperfect character has been repeatedly recognized on both sides. The present proposal of this Government is to free it from those embarrassing features, and leave it, as its framers intended it should be, a full and perfect settlement, for all time, of all possible issues between the United States and Great Britain with regard to Central America. ¶ If, in your conference with Earl Granville, it should seem necessary, you will make free use of the precedents I have cited; and should you, within the discretionary limits confided at the end of my No. 270, have given a copy thereof to his Lordship, you are equally at liberty to let him have a copy of this also, with the same explanation, that it is for your use, and not written as a formal note for communication to Her Majesty's Government. ¶ I have, &c.

Nr. 7648.
Vereinigte
Staaten.
29. Nov. 1881.

James G. Blaine.



Nr. 7649. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Die engl. Regierung hält am Clayton-Bulwer-Vertrag fest.

Foreign Office, January 7, 1882.

Nr. 7649.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1882.

Sir, — In my despatch of the 13th ultimo I informed you, that the United States' Minister at this Court had communicated to me the substance of a despatch which he had received from Mr. Blaine, then Secretary of State, on the subject of the Convention of the 19th April, 1850. Finding, that Mr. Lowell was authorized to give me a copy of this despatch if I wished it, I requested him to do so, and I have already forwarded to you a copy for your information. || Her Majesty's Government have given their careful consideration to the views set forth in this paper. They entirely agree in the statement made towards its conclusion as to the cordial relations so happily existing between the two countries, and as to the opportunity which this state of things affords for a frank exposition of the views held by either Government without risk of misconstruction. They have no hesitation, therefore, in proceeding to examine the grounds advanced by Mr. Blaine for desiring a modification of the Convention. || The principles upon which the whole argument of the despatch is founded are, as far as I am aware, novel in International Law. If a discussion of the subject on the abstract grounds of public right were deemed useful or opportune, it would not be difficult to quote passages from publicists of acknowledged authority in both countries in support of this opinion. But for several reasons it will be better to treat the matter from the side of the practical considerations which it involves, without, of course, being precluded from reverting at any future stage, in case of need, to its other aspect.

Her Majesty's Government cannot admit, that the analogy which it is sought to draw from the conduct of Great Britain in regard to the Suez Canal is correct or justified by the facts. They have made no attempt to fortify the Island of Cyprus, or to establish it as an armed position on an important scale, though they have an undoubted right to do so. The Fortress of Gibraltar, the Island of Malta and the Military Establishment at Aden came into the possession of England at a date long anterior to the time when the Mediterranean and the Red Sea could be regarded as a military route to India. For years afterwards the whole mass of reinforcements for India was sent by way of the Cape of Good Hope. Nor has any serious addition been made to the strength of these positions since the opening of the Canal, beyond what has been a natural consequence of the improvements in military science. Although no doubt well adapted by its situation to command the Straits of Bab-el-Mandeb, the Island of Perim has not in any real sense been made a fortified position. The fort and garrison on the island are, in fact, sufficient only to protect the lighthouse, which has been erected

there for the general benefit of navigation, from possible attack by predatory Arabs. || The Navy Department of the United States must be well aware, that Her Majesty's Government have never sought to bar or even to restrict the use of the Canal by the naval forces of other countries, and that even during the recent war between Russia and Turkey, when the Canal itself formed a portion of the territory of one of the belligerents, when the seat of conflict was close at hand, and when British interests might in many other respects have been nearly involved, they contented themselves with obtaining an assurance that the sphere of operations should not be extended to the Canal.

Nr. 7649.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1882.

Her Majesty's Government cordially concur in what is stated by Mr. Blaine as regards the unexampled development of the United States on the Pacific Coast, and the capacity which they possess for further progress. That development has been watched in this country with admiration and interest, and will continue to be so regarded. But though in rapidity it may, and probably has, exceeded the most sanguine calculation, Her Majesty's Government cannot look upon it in the light of an unexpected event, or suppose that it was not within the view of the statesmen who were parties on either side to the Clayton-Bulwer Treaty. The declarations of President Monroe and of his Cabinet in 1823 and 24, whatever may be the view taken of their scope and bearing, and of the admissibility of the principles which they involve, or which it is sought to deduce from them, show at least that at that period—twenty-six years anterior to the Treaty now under discussion—there was a clear prevision of the great future reserved to the Pacific Coast. It is in the opinion of Her Majesty's Government an inadmissible contention, that the regular and successful operation of causes so evident at the time, and in their nature so irrepressible, should be held to have completely altered the condition of affairs to the extent of vitiating the foundations of an agreement which cannot be supposed to have been concluded without careful thought and deliberation. || While recognizing to the fullest degree the extent to which the United States must feel interested in any Canal which may be constructed across the Isthmus of Panama, Her Majesty's Government would be wanting in regard to their duty if they failed to point out that Great Britain has large Colonial possessions no less than great commercial interests, which render any means of unobstructed and rapid access from the Atlantic to the North and South Pacific Oceans a matter for her also of the greatest importance. | The development of these Possessions and interests has steadily continued, possibly with less rapidity, but on a scale which has some relation even to that of the Pacific States. Her Majesty's Government do not wish to ignore the share which other nations have acquired in the commerce of Central and South America, nor to exclude from consideration the interest of those countries in any Canal which may be made across the Isthmus. They are of opinion that such a Canal as the waterway between two great oceans and between all Europe and Eastern Asia is a work which concerns not merely the

Nr. 7649.
Gross-
britannien,
7. Jan. 1882.

United States or the American Continent, but the whole civilized world. This is a view which finds its expression in the VIth Article of the Treaty of 1850. Her Majesty's Government are as anxious as that of the United States, that, while all nations should enjoy their proper share in the benefits to be expected from the undertaking, no single country should acquire a predominating influence or control over such a means of communication; and they will not oppose or decline any discussion for the purpose of securing on a general international basis its universal and unrestricted use.

With all deference to the considerations which have prompted the proposals made in Mr. Blaine's despatch, Her Majesty's Government cannot believe that they would promote this object, or be beneficial in themselves. The relations of the United States with the European Powers are fortunately of a nature to give rise to no feelings of suspicion or alarm. The general tendency of their foreign policy gives good promise, that they will so continue. But if provision is to be made on one side for a different state of affairs, it must be expected that the course thus indicated will find its natural and logical counterpart on the other. Her Majesty's Government can conceive no more melancholy spectacle than a competition among the nations holding West Indian Possessions, and others on the Central and South American Continent, in the construction of fortifications to obtain the command over the Canal and its approaches, in the event of occasion arising for such a measure. They cannot believe, that it would be agreeable or convenient to any South American State through which the Canal may pass to find itself called upon to admit a foreign Power to construct and garrison on its territory a succession of fortresses of increasing magnitude, designed to oppose such attempts, even though that foreign Power be a neighbouring one, and situated upon the same Continent. And when the claim to do this is accompanied by a declaration that the United States will always insist on treating the waterway which shall unite the two oceans "as part of her coast line", it is difficult to imagine that the States to which the territory lying between that waterway and the United States belongs can practically retain as independent a position as that which they now enjoy.

These are the consequences which, in the conviction of Her Majesty's Government, would almost certainly follow from a claim on the part of the United States to assume the supreme authority over the Canal, and all responsibility for its control. Her Majesty's Government hold, on the contrary, that the principles which guided the negotiators of the Convention of 1850 were intrinsically sound, and continue to be applicable to the present state of affairs. Their wish would be that those principles should receive the practical development which was contemplated at the time, and that effect should be given to that portion of the Treaty which provides that the Contracting Parties shall invite all other States with whom they have friendly intercourse to enter into similar stipulations with them. || A certain amount of progress

was made in this direction by the conclusion of Conventions with Honduras and Nicaragua by Great Britain in 1856 and 1860, and by the United States in 1864 and 1867, and by Nicaragua with France in 1859, with the object of upholding the general principles inserted in the Treaty. During the period when there were still matters to regulate with respect to Grey Town, the Bay Islands, the frontier of British Honduras and the protection of the Mosquito Indians, and when the construction of a Canal still seemed a contingency more or less doubtful and remote, it was not strange that the engagement to address other Powers should have been allowed to remain dormant; but the project of the Canal has now assumed sufficient shape to render such an application reasonable and pertinent.

Her Majesty's Government believe, that the extension of an invitation to all maritime States to participate in an agreement based on the stipulations of the Convention of 1850 would obviate any objection that may possibly be raised against it as not being adequate in its present condition for the purpose for which it was designed. This course formed the basis of Mr. Fish's proposal to Dr. Cardenas, the Nicaraguan Minister, in 1877, and Her Majesty's Government would gladly see the United States again take the initiative in an invitation to the Powers, and will be prepared either to join in it, or to support and endorse it in the way that may be found most fitting and convenient, provided it does not conflict in any way with the Clayton-Bulwer Treaty. || You are authorized to read this despatch to the Secretary of State, and to give him a copy of it, if he should desire it. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7650. GROSSBRITANNIEN. — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. — Die früheren Verhandlungen über die Abänderung des Vertrages vom englischen Standpunkte aus.

Foreign Office, January 14, 1882.

Sir, — In my despatch of the 31st ultimo I have forwarded to you a copy of a despatch from Mr. Blaine to the United States' Minister at this Court, containing further observations in support of his arguments and proposals for a modification of the Treaty between this country and the United States of the 19th April, 1850. In this despatch Mr. Blaine gives extracts from the correspondence which passed between the two Governments between 1856 and 1858, in consequence of questions that arose as to the construction to be placed on certain provisions of the Treaty. Mr. Blaine seeks to establish from these extracts, that "the vexatious and imperfect character of the Treaty has been repeatedly recognized on both sides;" and, he adds, that the present proposal of the United States' Government "is to free it from those embarras-

Nr. 7649.
Gross-
britannien.
7. Jan. 1882.

Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

sing features, and to leave it, as its framers intended it should be, a full and perfect settlement, for all time, of all possible issues between the United States and Great Britain with regard to Central America" || The correspondence in question was laid before Parliament in 1860, and the principal papers included in it have also been published in Hertslet's State Papers.*) A reference to the context of the passages quoted by Mr. Blaine will be necessary in order to appreciate the character which Mr. Blaine has attributed to them.

In cases where the details of an international agreement have given rise to difficulties and discussions to such an extent as to cause the Contracting Parties, at one time, to contemplate its abrogation or modification as one of several possible alternatives, and where it has yet been found preferable to arrive at a solution as to those details rather than to sacrifice the general basis of the engagement, it must surely be allowed that such a fact, far from being an argument against that engagement, is an argument distinctly in its favour. It is equally plain, that either of the Contracting Parties which had abandoned its own contention for the purpose of preserving the agreement in its entirety would have reason to complain if the differences which had been settled by its concession were afterwards urged as a reason for essentially modifying those other provisions which it had made this sacrifice to maintain. That both these arguments apply in the present instance a brief review of the correspondence will, I think, suffice to show.

The Treaty of 1850 was concluded (as is declared in the VIIIth Article) with the desire "not only to accomplish a particular object, but also to establish a general principle," in regard to the protection, by Treaty stipulations, of any practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America.

The Preamble and Ist Article of the Treaty run as follows: —

"Her Britannic Majesty and the United States of America, being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them, by setting forth and fixing in a Convention their views and intentions with reference to any means of communication by ship-canal, which may be constructed between the Atlantic and Pacific Oceans, by the way of the River St. Juan de Nicaragua, and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean.

* * *

"Art. 1. The Governments of Great Britain and the United States hereby declare, that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over the said ship-canal; agreeing that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or occupy, or fortify, or colonize, or assume or exercise any

*) Vol. xl, p. 953; xli, p. 757; xlii, p. 153; xlii, p. 244; xlvii, p. 661; xlviii, p. 630; l, p. 126.

dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America; nor will either make use of any protection which either affords, or may afford, or any alliance which either has, or may have, to or with any State or people, for the purpose of erecting or maintaining any such fortifications, or of occupying, fortifying, or colonizing Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, or of assuming or exercising dominion over the same. Nor will Great Britain or the United States take advantage of any intimacy, or use any alliance, connection, or influence that either may possess with any State or Government through whose territory the said canal may pass, for the purpose of acquiring or holding, directly or indirectly, for the subjects or citizens of the one, any rights or advantages in regard to commerce or navigation through the said canal, which shall not be offered, on the same terms, to the subjects or citizens of the other."

Nr. 7050.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1862.

Soon after the signature of the Treaty various discussions arose as to the interpretation to be put upon those clauses which debarred either of the Contracting Parties from occupying, fortifying, or colonizing, or assuming or exercising any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, &c. Great Britain being at the time in possession of Ruatan and other islands of the coast of Honduras, and having a Protectorate over the Mosquito Indians located on the coast of Nicaragua, a lengthened correspondence arose as to the effect to be given to the Treaty in this respect, and also as to the boundary of British Honduras. A Treaty was eventually signed by Lord Clarendon and Mr. Dallas, for the settlement of the various questions at issue, on the 17th October, 1856; but this agreement was not received with favour by the United States' Senate, and the incoming Government of President Buchanan, who had acceded to office in March 1857, declined to confirm it without certain modifications. To these the British Government proposed further amendments, which were not at that time deemed acceptable by that of the United States, and the Treaty was never formally ratified. || To show how far this part of the discussion belonged in some of its features to a state of affairs that is now past, one of the objections taken by General Cass to the Treaty in its last amended form, was that it involved a recognition by the United States of a Treaty between Great Britain and Honduras for the cession of the Bay Islands to the latter country, in which it was stipulated, that slavery should not at any time be permitted to exist there. General Cass stated, that "a Treaty with such a provision would never be recognized by a United States' Senate." (Lord Napier to Lord Clarendon, May 3, 1857.)

I now proceed to examine some of the extracts given in Mr. Blaine's despatches. || The first paper quoted is one from Lord Napier to the Earl of Clarendon, dated the 12th March, 1857. || The only passage quoted is as follows:— || "General Cass then passed some reflections on the Clayton-Bulwer

Nr. 7650. Treaty; he had voted for it, and, in doing so, he believed, that it abrogated
 Gross- all intervention on the part of England in the Central American territory.
 britannien, The British Government had put a different construction on the Treaty, and
 11. Jan. 1852. he regretted the vote he had given in its favour." || But the despatch goes
 on to say: — || "He did not, however, pretend, that the British Government
 should now unconditionally abandon the Mosquitos, with whom they had rela-
 tions of an ancient date; it was just, and consistent with the practice of the
 United States, that those Indians should be secured in the separate possession
 of lands, the sale of which should be prohibited, and in the enjoyment of
 rights and franchises, though in a condition of dependency and protection.
 The British Government had already removed one impediment to the execution
 of the Bulwer-Clayton Treaty, by the cession of their claims on Ruatan; two
 difficulties now remained — the frontier of Belize, and the delimitation and
 settlement of the Mosquito tribe. If the frontier could be defined, and if the
 Mosquitos could be placed in the enjoyment of their territory by Treaty
 between Great Britain and Nicaragua, in which the concessions and guarantees
 of the latter in favour of the Indians should be associated with the recognition
 of the sovereignty of Nicaragua — so I understood the General — *then the
 Bulwer-Clayton Treaty might be a permanent and satisfactory settlement
 between the Contracting Parties.* The United States desired nothing else than
 an absolute and entire neutrality and independence of the Central American
 region, free from the exercise of any exclusive influence or ascendancy what-
 ever."

The next quotation is from another despatch of Lord Napier, dated the
 6th May, 1857, and the passage given runs thus: — || "The President de-
 nounced the Clayton-Bulwer Treaty as one which had been fraught with mis-
 understanding and mischief from the beginning; it was concluded under the
 most opposite constructions by the Contracting Parties. If the Senate had
 imagined, that it could obtain the interpretation placed upon it by Great
 Britain, it would not have passed. If he had been in the Senate at the time,
 that Treaty never would have been sanctioned." || But President Buchanan
 went on to say: — || "With reference to arbitration (which Lord Napier had
 only thrown in as a suggestion of his own), he could not give any opinion
 at present. The President also inveighed against the excess of Treaties, affir-
 ming that they were more frequently the cause of quarrel than of harmony,
 and that, if it were not for the interoceanic communications, he did not see
 there was any necessity for a Treaty respecting Central America at all."

It seems, therefore, that the President's condemnation of the Clayton-
 Bulwer Treaty was principally founded on the construction placed upon it by
 Great Britain at the time, and was also in some measure explained by his
 objections to Treaties in general, but that he admitted that the question of
 the interoceanic connection made such an agreement necessary.

Mr. Blaine then quotes a note from Mr. Cass to Lord Napier of the

29th May, 1857, as follows: — || "The Clayton-Bulwer Treaty, concluded in the hope, that it would put an end to the differences which had arisen between the United States and Great Britain, concerning Central American Affairs, had been rendered inoperative in some of its most essential provisions by the different constructions which had been reciprocally given to it by the parties. And little is hazarded in saying that, had the interpretation since put upon the Treaty by the British Government, and yet maintained, been anticipated, it would not have been negotiated under the instructions of any Executive of the United States, nor ratified by the branch of the Government intrusted with the power of ratification." || But how does General Cass continue? He goes on to say: — || "A protracted discussion, in which the subject was exhausted, failed to reconcile the conflicting views of the parties; and, as a last resort, a negotiation was opened for the purpose of forming a Supplementary Treaty, which should remove, if practicable, the difficulties in the way of their mutual good understanding, and leave unnecessary any further discussion of the controverted provisions of the Clayton-Bulwer Treaty. It was to effect this object, that the Government of the United States agreed to open the negotiation, which terminated in the Treaty of the 17th October, 1856, and though the provisions of that instrument, even with the amendments proposed by the Senate, were not wholly unobjectionable either to that body or to the President, still, *so important did they consider a satisfactory arrangement of this complicated subject*, that they yielded their objections, and sanctioned, by their act of ratification, the Convention as amended. It was then transmitted to London for the consideration of Her Britannic Majesty's Government, and, having failed to meet its approbation, has been returned unratified. The parties are thus thrown back upon the Bulwer-Clayton Treaty, with its disputed phraseology and its conflicting interpretations; and, after the lapse of seven years, not one of the objects connected with the political condition of Central America, which the United States had hoped to obtain by the arrangement, has been accomplished."

Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

It was not, therefore, to the principles or basis of the arrangement (the importance of which was fully recognized), but to the unfortunate phraseology of a single portion of the Treaty, that objection was taken.

Mr. Blaine then refers to Sir W. Gore Ouseley's Mission, the object of which was to settle the points at issue in a manner practically satisfactory to the United States by independent negotiation with the Central American States, after first communicating with the Government at Washington. Mr. Blaine quotes a passage from a letter of General Cass to Lord Napier of the 20th October, 1857, as follows: — || "I have thus endeavoured to meet the frank suggestions of your Lordship by re-stating, with corresponding frankness, the general policy of the United States with respect to the Governments and the interoceanic transits of Central America; but since your Lordship has referred to the Clayton-Bulwer Treaty of 1850 as contemplating a 'harmo-



Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

nious course of action and counsel between the Contracting Parties in the settlement of the Central American interests,' you will pardon me for reminding your Lordship, that the differences which this Treaty was intended to adjust between the United States and Great Britain still remain unsettled, while the Treaty itself has become the subject of new and embarrassing complications."

It will be useful to refer to the previous portion of this note to show what was the statement of the "general policy of the United States" thus referred to, and how far that policy corresponds with Mr. Blaine's present proposals. The note begins thus:— || "I have had the honour to receive your Lordship's communication of the 9th instant, in reference to the existing relations between Nicaragua and Costa Rica, and have submitted it to the consideration of the President. || "These relations have attracted the earnest attention of the President, not only from the importance of the San-Juan transit to the commerce of the world, but from the interest which is naturally felt by the United States in the neighbouring Republics of this Continent. The President has witnessed, therefore, the restoration of peace to Nicaragua and Costa Rica with the highest gratification; and he sincerely hopes, that it may not again be interrupted either by the calamity of civil war, or the invasion of their territory from other countries. Their security and welfare would undoubtedly be promoted by a just and friendly settlement between them of their mutual boundaries and jurisdiction; and I need hardly add, that such an adjustment would be viewed with satisfaction by the United States. This Government, however, has never admitted the pretensions of Costa Rica to an equal control with Nicaragua of the San-Juan River, but has regarded the sovereignty of the river, and consequently of the interoceanic transit by that route, as rightfully belonging to the Republic of Nicaragua. || "A similar view of the question appears to have been recognized by Great Britain; and, whatever may be the rights of Costa Rica with respect to the free passage of her own products by the river to the ocean, it is better, probably, that what has been thus acquiesced in, and has led, moreover, to important contracts and responsibilities, should not now be disturbed. But under any circumstances the commercial nations of the world can never permit the interoceanic passages of the isthmus to be rendered useless for all the great purposes which belong to them, in consequence of the neglect or incapacity of the States through whose territories they happen to run. *The United States, as I have before had occasion to assure your Lordship, demand no exclusive privileges in these passages, but will always exert their influence to secure their free and unrestricted benefits, both in peace and war, to the commerce of the world.*"

And in a later note to Lord Napier of the 8th November, 1858, General Cass states with still greater clearness the object with which the Treaty was concluded, and the grounds on which the difference between the two Govern-

ments had arisen. He says: — || “Since the announcement by your Lordship, in October 1857, of Sir William Ouseley’s special mission, the President has awaited, not so much any new proposition for the adjustment of the Central American questions as the statement in detail, which he had been led to expect, of the method by which Sir William Ouseley was to carry into effect the previous proposition of the British Government. To make this plain, your Lordship will pardon me for making a brief reference to what has occurred between the two Governments in respect to Central America since the ratification of the Clayton-Bulwer Treaty of 1850. || “While the declared object of that Convention had reference to the construction of a ship-canal by the way of San-Juan and the Lakes of Nicaragua and Managua, from the Atlantic to the Pacific Oceans, *yet it avowed none the less plainly a general principle in reference to all practicable communications across the isthmus, and laid down a distinct policy by which the practical operation of this principle was likely to be kept free from all embarrassment. The principle was, that the inter-oceanic routes should remain under the sovereignty of the States through which they ran, and should be neutral and free to all nations alike. The policy was that, in order to prevent any Government outside of those States from obtaining undue control or influence over those interoceanic transits, no such nation should erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or should ‘occupy, or fortify, or colonize, or assume, or exercise, any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito coast, or any part of Central America’.* So far as the United States and Great Britain were concerned, those stipulations were expressed in unmistakable terms; and, in reference to other nations, it was declared that the ‘Contracting Parties in this Convention engage to invite every State with which both or either have friendly intercourse, to enter into stipulations with them similar to those which they have entered into with each other’. || “At that time the United States had no possessions whatever in Central America, and exercised no dominion there. In respect to this Government, therefore, the provisions of Article I of the Treaty could operate only as a restriction for the future; but Great Britain was in the actual exercise of dominion over nearly the whole eastern coast of that country, and, in relation to her, this Article had a present as well as a prospective operation. She was to abandon the occupancy which she already had in Central America, and was neither to make acquisitions, or erect fortifications, or exercise dominion there in the future. In other words, she was to place herself in the same position with respect to possessions and dominion in Central America which was to be occupied by the United States, and which both of the Contracting Parties to the Treaty engaged that they would endeavour to induce other nations to occupy. || “This was the Treaty as it was understood and consented to by the United States, and this is the Treaty as it is still understood by this Government.”

He then recapitulates the discussions and abortive negotiations which had

Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1862.

Nr. 7650. ensued in consequence of the different interpretations put upon the Treaty by
 the two Governments; and, after criticizing and expressing disappointment at
 the last communication made to him by Lord Napier, he concludes:— “It is
 of no small consequence either to the United States or Great Britain, that
 these Central American controversies between the two countries should be for
 ever closed. On some points of them, and, I have been led to hope, on the
 general policy which ought to apply to the whole Isthmian region, they have
 reached a common ground of agreement. The neutrality of the interoceanic
 routes, and their freedom from the superior and controlling influence of any
 one Government; the principles upon which the Mosquito Protectorate may
 be arranged, with justice alike to the sovereignty of Nicaragua and the Indian
 tribes; the surrender of the Bay Islands, under certain stipulations for the
 benefit of trade and the protection of their British occupants; and the defini-
 tion of the boundaries of British Belize; — about all these points there is
 no apparent disagreement, except as to the conditions which shall be annexed
 to the Bay Islands’ surrender, and as to the limits which shall be fixed to
 the Settlements of Belize. Is it possible, that, if approached in a spirit of
 conciliation and good feeling, these two points of difference are not susceptible
 of a friendly adjustment? To believe this would be to underestimate the im-
 portance of the adjustment, and the intelligent appreciation of this importance
 which must be entertained by both nations. What the United States want in
 Central America next to the happiness of its people is the security and neu-
 trality of the interoceanic routes which lead through it. This is equally the
 desire of Great Britain, of France and of the whole commercial world. If the
 principles and policy of the Clayton-Bulwer Treaty are carried into effect,
 this object is accomplished. When, therefore, Lord Malmesbury invites new
 overtures from this Government upon the idea, that it has rejected the pro-
 posal embraced in Sir William Ouseley’s mission for an adjustment of the
 Central American questions by separate Treaties with Honduras, Nicaragua
 and Guatemala, upon terms substantially according with the general tenour
 of the American interpretation of the Treaty, I have to reply to his Lordship
 that this very adjustment is all that the President has ever desired, and that
 instead of having rejected that proposal, he had expressed his cordial accep-
 tance of it, so far as he understood it, and had anticipated from it the most
 gratifying consequences.”

Further, in a despatch to Mr. Lamar of July 25, 1858, subsequently
 communicated to Lord Malmesbury by Mr. Dallas on the 29th April, 1859,
 General Cass says:— “These great avenues of intercommunication are vastly
 interesting to all commercial Powers, and all may well join in securing their
 freedom and use against those dangers to which they are exposed from ag-
 gressions or outrages, originating within or without the territories through
 which they pass.”

It is difficult to conceive a more distinct statement of adherence to the

general principles of the Clayton-Bulwer arrangement, or a more positive disclaimer of the policy involved in Mr. Blaine's present proposals, than is contained in the passages I have just quoted.

Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1859.

I return, however, to the extracts given in Mr. Blaine's despatch. Mr. Blaine alludes to an important interview which Lord Napier had with President Buchanan on the 19th October, 1857, in which Lord Napier asked that, pending the negotiation intrusted to Sir W. Gore Ouseley, no proposal to annul the Clayton-Bulwer Treaty should be sanctioned or encouraged by the President or Members of the United States' Government. Lord Napier's account of the President's language is as follows:— || "The President commenced his observations by referring to the Clayton-Bulwer Treaty as a fruitful source of misunderstanding between the Contracting Parties. Without that Treaty the United States and Great Britain might long since have cooperated for the welfare of Central America. That Treaty had never been acceptable to the people of the United States, and would not have obtained a vote in the Senate had the least suspicion existed of the sense, in which it was to be construed by Great Britain; yet, if it were now the intention of Her Majesty's Government to execute it according to the American interpretation, that was as much as we could insist upon." || And after reporting what passed at the interview with regard to the Bay Islands and Honduras, Lord Napier continued:— || "I then went on to animadvert upon the danger of some movement in the approaching Congress which would interfere with the contemporary negotiation of Sir William Ouseley, remarking that should the President in his Message allude to the position of the two countries in reference to Central America, and if, in consequence of his Excellency's reflections, a Resolution should be proposed for the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty, such a step would not only frustrate the purposes of Sir William Ouseley's mission, but would have a calamitous influence on the future relations of England and America. It would, therefore, be highly gratifying to me to be enabled to assure your Lordship that, pending the negotiation intrusted to Sir William Ouseley, no proposal to annul the Treaty would be sanctioned or encouraged by his Excellency or by the Members of his Government. || "The President stated, in reply, that it was certainly his intention to give an account in his Message of all that had passed between the two Governments respecting the Dallas-Clarendon Treaty. He appeared to intimate, that the effect of such a narrative would be to place the conduct of Great Britain in an unfavourable light, and he added that the passage in which he commented upon these transactions was already prepared; but his Excellency went on to affirm, with emphasis, that if the resolutions of Her Majesty's Government were such as I had related, if they really meant to execute the Clayton-Bulwer Treaty according to the American interpretation, and would, before the meeting of Congress, make some communication to him in that sense, such as he could use, he would cancel what he had written and insert another passage referring to



Nr. 7650.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

the mission of Sir William Ouseley, and that 'nothing would give him greater pleasure than to add the expression of his sincere and ardent wish for the maintenance of friendly relations between the two countries.' || "His Excellency also distinctly declared, that, under the circumstances here described, no attempt against the Clayton-Bulwer Treaty in Congress would have any countenance from him whatever. To him it was indifferent whether the concession contemplated by Her Majesty's Government were consigned to a direct engagement between England and the United States, or to Treaties between the former and the Central American Republics: the latter method might, in some respects, be even more agreeable to him, and he thought it would be more convenient to Her Majesty's Government, who might, with greater facility, accede to the claims of the weaker party."

I pass over some passages given in Mr. Blaine's despatch which seem to call for no remark, and I would only observe that the proposal for arbitration alluded to in Lord Napier's note to General Cass of February 17, 1858, applied only to the controverted points in the Treaty, and not to the whole instrument.

Mr. Blaine refers to a conversation with General Cass, reported by Lord Napier in a despatch of the 22nd March, 1858, in which reference was made to the idea of an abrogation of the Treaty. It may be well to give a larger extract of this despatch, because, although Lord Napier's remarks were stated to be personal and unofficial, they show his view of the form which such an abrogation should take. He says:— || "I have, accordingly, on two occasions, informed General Cass that, if the Government of the United States be still of the same mind, and continue to desire the abrogation of the Treaty of 1850, it would be agreeable to Her Majesty's Government that they should insert a proposal to that effect in their reply to my note respecting arbitration, and to that in which I explained the character and motives of the mission intrusted to Her Majesty's Commissioner in Central America. || "Some conversation ensued regarding the manner in which the dissolution of the Treaty should be effected, and the condition by which it might be accompanied, and on these topics I have held the following language, premising that the views expressed were altogether spontaneous and personal, for I had no information of the intentions of Her Majesty's Government beyond the bare fact that they would entertain a proposal to cancel the engagements of 1850, emanating from the United States. || "I stated, that, in my opinion, the Treaty in question could only be repealed by a new Treaty in the usual forms, and that it might be desirable that such a Treaty should not be restricted to a single Article annulling its predecessor. Both for considerations of decency and policy I advocated the insertion of stipulations involving an expression of a common policy in Central America, and the disavowal of any exclusive or monopolizing projects on either side. I said, that I thought a Treaty might be framed of three Articles. || "The first should declare the desire of

the Contracting Parties to encourage and protect the organization of transit routes in the interoceanic region, and bind those parties never to negotiate for any rights or privileges of transit with the Central American States of a preferential or exclusive character, to which other nations might not, by negotiation, be equally admitted, establishing thus the principle of an equal enjoyment of those avenues of trade for all the countries of the world. || "The second Article might recognize the jurisdiction of the transit route by the San-Juan River as being vested in the Government of Nicaragua. This had been already avowed by the United States in a Treaty negotiated with that Republic. It had not been definitely affirmed by Great Britain, and might seem to clash with the claims of the King of Mosquitia to territorial possession or authority in those parts. I thought, however, that in regard to the views lately expressed by Her Majesty's Government in the course of recent negotiations, in consideration of the necessity of obtaining a suitable Treaty with Nicaragua, and for the purpose of placing themselves in harmony with the course pursued by the United States, Her Majesty's Government might, on this head, accede to an Article which would practically restrict their protectorate in Mosquitia, and prevent the imputation of any interference on their part with the territory traversed by the river, and, therefore, by the transit route. || "Finally, I suggested that Article III of the Treaty should simply declare the provisions of the Treaty of 1850 to be void and of no effect. I added, that the question of future territorial acquisition in Central America would thus be thrown open to the United States, that Her Majesty's Government, on the other hand, would retain the Colony of Honduras in the proportions which might be given to it by Treaty arrangements with Guatemala, and that the Bay Islands would remain attached to the British Crown. Indeed, I affirmed, still as a personal opinion, but of the most positive character, that, in case of the dissolution of the Clayton-Bulwer Treaty, the Bay Islands would not be relinquished by Her Majesty's Government. I felt bound to make this statement, having observed in some quarters an impression that Her Majesty's Government might be disposed not only to annul the Treaty, thus opening a path for the eventual annexation of the isthmus to the Federal Union, but to give up the Bay Islands as well; a notion altogether unfounded in any intimation which has hitherto reached me from the Foreign Office, and which could not be reconciled in my opinion to the interests of England." || Lord Napier adds, that he was most careful to remark throughout that the opinions he enunciated with reference to the Treaty were exclusively his own.

Mr. Blaine gives only a very short extract from Lord Malmesbury's despatch in reply of the 8th April, 1858. It will be desirable to quote it more at length. Lord Malmesbury says: — || "Her Majesty's Government, if the initiative is still left to them by the unwillingness of the United States themselves to propose abrogation, desire to retain full liberty as to the manner

Nr. 7650.
Gross-
britannien,
14. Jan. 1882.

Nr. 7650.
Gros-
britannien.
14. Jan. 1882.

and form in which any such proposal shall be laid on their behalf before the Cabinet at Washington; but without pronouncing any decided opinion at the present moment, I think it right to point out to your Lordship that the effect of such an Article as that suggested in your despatch, as the second, might be to perpetuate an entanglement with the Government of the United States, and to place that Government in a position to question or control the free action of Her Majesty's Government in everything that relates to Central America. The Clayton-Bulwer Treaty has been a source of unceasing embarrassment to this country, and Her Majesty's Government, if they should be so fortunate as to extricate themselves from the difficulties which have resulted from it, will not involve themselves, directly or indirectly, in any similar difficulties for the future. || "Her Majesty's Government would have no objection to enter with the United States into a self-denying engagement such as that suggested in your first Article, by which both parties should renounce all exclusive advantage in the use of any of the interoceanic routes, and should bind themselves, each to the other, not to interfere with free transit. Such an Article would be a suitable substitute for the Clayton-Bulwer Treaty, for it would secure, as regards the Contracting Parties, the avowed object of that Treaty — the freedom of interoceanic communication. || "But beyond this Her Majesty's Government, as at present advised, are not prepared to contract any engagement as a substitute for the Clayton-Bulwer Treaty, and from the abrogation of that compact, if it should take place, they will hold themselves as free to act in regard to Central America in the manner most conducive to the advancement of British interests and the fulfilment of British obligations as if the Treaty had never been concluded. || "Your Lordship was, therefore, perfectly right in using decided language such as that reported in your despatch respecting the Bay Islands; and whenever the subject of the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty is mooted in your presence, you will make it perfectly clear to the Government of the United States that to abrogate the Treaty is to return to the *status quo ante* its conclusion in 1850, that Her Majesty's Government have no kind of jealousy respecting American colonization in Central America, which, indeed, it would help to civilize, and that we neither ask nor wish for any exclusive privileges whatever in those regions."

These, then, were the terms, upon which Her Majesty's Government were alone prepared, if at all, to consider the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty. And such an alternative was deprecated by General Cass in a note to Lord Napier of the 6th April, 1858, in which, while declining the proposal of arbitration on the disputed points of the Treaty, he alluded to a personal expression of opinion he had given in favour of an unconditional renunciation of the Treaty, and called attention to the serious consequences which might result from its dissolution, if no provision were made at the same time for adjusting the questions which led to it. He then concluded

with the passage quoted by Mr. Blaine, to the effect that, "if the President does not hasten to consider now the alternative of repealing the Treaty of 1850, it is because he does not wish prematurely to anticipate the failure of Sir William Ouseley's mission, and is disposed to give a new proof to Her Majesty's Government of his sincere desire to preserve the amicable relations which now happily subsist between the two countries".

Nr. 7850.
Gross-
britannien.
14. Jan. 1882.

But subsequent events make it unnecessary to dwell further upon this part of the discussion, for the question was settled by the practical accomplishment of that which the United States' Government regarded as the most satisfactory conclusion.

It is here that the extracts and account of the negotiation given by Mr. Blaine come to an end at a point when the most important episode commences. The continuation of the correspondence shows, that on the 30th April, 1859, a Treaty was concluded between Great Britain and Guatemala for the settlement of the question of the boundary of Belize, that on the 28th November, 1859, another Treaty was concluded between this country and Honduras for the transfer of the Bay Islands to that Republic, as well as for the settlement of other questions relating to the Mosquito Indians and the claims of British subjects, including the withdrawal of the British Protectorate, and that on the 28th January, 1860, a third Treaty was concluded between this country and Nicaragua, also with reference to the Mosquito Indians and the claims of British subjects. || Copies of these three Treaties were officially communicated to the United States' Government, with the expression of a hope on the part of Her Majesty's Government that they would "finally set at rest the questions respecting the interpretation of the Clayton-Bulwer Treaty, which had been the subject of so much controversy between this country and the United States". || And in his message to Congress of the 3rd December, 1860, President Buchanan says the dangerous questions arising from the Clayton-Bulwer Treaty "have been amicably and honourably adjusted. The discordant constructions of the Clayton-Bulwer Treaty between the two Governments, which at different periods of the discussion bore a threatening aspect, have resulted in a final settlement entirely satisfactory to this Government".

I have been forced to give the above extracts at considerable length, and I refrain from adding other passages which would tend to illustrate and confirm them. A perusal of them, however, will, I think, suffice to show—

1. That the differences which arose between the two Governments in regard to the Treaty, and which occasioned at one time considerable irritation, but which have long since been happily disposed of, did not relate to the general principles to be observed in regard to the means of interoceanic communication across the isthmus, but had their origin in a stipulation which Mr. Blaine still proposes in great part to maintain. He wishes every part of the Treaty in which Great Britain and the United States agree to make no acquisition of territory in Central America to remain in full force, while

Nr. 7650. he desires to cancel those portions of the Treaty which forbid the United
Gross- States fortifying the canal, and holding the political control of it in conjunction
britannien. with the country in which it is located;—
14. Jan. 1882.

2. That the declarations of the United States' Government during the controversy were distinctly at variance with any such proposal as that just stated. They disclaimed any desire to obtain an exclusive or preferential control over the canal. Their sole contention was, that Great Britain was bound by the Treaty to abandon those positions on the mainland or adjacent islands, which, in their opinion, were calculated to give her the means of such a control. Nor did they in any way seek to limit the application of the principles laid down in the Treaty so as to exclude Columbian or Mexican territory, as Mr. Blaine now suggests, nor urge that such application would be inconsistent with the Convention between the United States and New Granada of 1846. On the contrary, they were ready to give those principles their full extension;—

3. That at a time when the British Government had been induced by the long continuance of the controversy to contemplate the abrogation of the Treaty, they were only willing to do so on the condition of reverting to the *status quo ante* its conclusion in 1850; a solution which was at that time possible — though, as the United States' Government justly pointed out, it would have been fraught with great danger to the good relations between the two countries — but which is now rendered impossible by the subsequent events;—

4. That a better and more conciliatory conclusion, which for twenty years has remained undisputed, was effected by the independent and voluntary action of Great Britain. The points in dispute were practically conceded by this country, and the controversy terminated in a manner which was declared by President Buchanan to be amicable and honourable, resulting in a final settlement entirely satisfactory to the Government of the United States.

You are authorized to read this despatch to the United States' Secretary of State, and to offer him a copy of it if he should desire, in the same manner in which a copy of Mr. Blaine's despatch was offered to me. || I am, &c.

Granville.

Central-Asiatische Frage.

Nr. 7651. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Tehran (Thomson) an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen über eine russisch-persische Grenzberichtigung.

Tehran, April 5, 1881.

My Lord, — The Minister for Foreign Affairs yesterday informed me, that although no formal negotiation had taken place with the Russian Government in respect to the demarcation of the line of frontier between Russia and Persia, on the borders of Khorassan, he had recently held several conversations with the Russian Minister on the subject. || He had explained, he said, to M. Zinoviev, by order of the Shah, what was claimed as Persian territory along the whole line of the Northern Khorassan border, and his statement had been to the following effect: — || The Akhal territory was recognized by Persia as being beyond the limits of her dominions, but all other districts not actually occupied by Akhal Turkomans formed part of the Province of Khorassan, and belonged therefore to Persia. This included within the Persian territory Kari Kala, Kokhor, Firozeh and Kush Khaneh, and in fact all the districts situated to the north of Bojnoord and Kuchan between the Attrek river and the Akhal mountain range. In the direction of Dereghez, Gavers was considered by the Persian Government to be the last and most easterly Akhal Settlement, and all the villages to the east of that place belonged to Dereghez and Khelat, both of which districts, together with the Tejjen lands further east, were Persian possessions. || Mirza-Saeed-Khan stated, that the Russian Minister had not yet given any clear expression of the views of his Government on this subject. He was disposed, however, to admit Persia's right to Kari Kala; though he had hinted that the claim to Nokhor was doubtful. With reference to the Upper Attrek Valley he had suggested, that such villages as were not actually now in Persian occupation, or had been deserted by their inhabitants, might possibly be considered by the Russian Government as not belonging to this country; but he was unable to communicate more fully or explicitly on these matters until further information had been obtained from General Skobelev to whom reference had been made. || The Minister for Foreign Affairs was of

Nr. 7651.
Gross-
britannien.
5. April 1881.

Nr. 7651.
Gross-
britannien.
5. April 1881.

opinion, that Russia did not intend to claim the Attek River as the line of frontier towards Bojnoord and Kuchan, as M. Zinoviev had said that, strictly speaking, that claim might have been put forward, and that the determination of his Government not to insist upon it should be accepted by Persia as a proof of moderation and good-will on the part of the Russian Government towards Persia. || Mirza-Saeed-Khan informed me, that he had met the observations made by M. Zinoviev by saying, that the temporary withdrawal of the inhabitants from villages which were exposed to Turkoman raids could not invalidate the Shah's territorial right over them, and by maintaining that no territory outside of the limits occupied by the Akhal Téké tribe could be claimed by Russia. M. Zinoviev had thereupon observed, that Gavers, which is situated some miles to the east of Anou towards Dereghez, was occupied by Akhal Turkomans, and that it could not therefore be claimed by Persia, to which the Minister for Foreign Affairs replied, that the inhabitants of that place came originally from Akhal, but that they had separated themselves from the tribe, and were now peaceable cultivators of the soil, who owed allegiance to the Shah, and paid taxes to the Persian Governor of Dereghez. || The Persian Government considers, that importance is attached by Russia to the possession of Gavers, as it lies on the direct line of march from Akhal to the Atek of Kelat and the Tejjen. A force moving in that direction would, it is said, if unable to pass through Gavers, have to traverse the desert further to the north, where it would encounter great difficulty. || Russian Engineers, with an escort of Cossacks, are now surveying the districts along the northern frontiers of Khorassan, and they have permission from the Persian Government to pass into Persian territory whenever they require to do so, in order to complete their surveys. The Shah has given orders, that a Persian engineer should also visit that part of the frontier, and prepare a map for the Persian Government; but the person selected for this duty does not appear to possess the necessary qualifications. || I have, &c.

Ronald F. Thomson.

Nr. 7652. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St.-Petersburg (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). — Die russische Regierung hat nicht die Absicht, Eroberungen in der Merv-Oase zu machen.

St.-Petersburgh, April 14, 1881.

Nr. 7652.
Gross-
britannien.
14. April 1881.

My Lord, — The following telegram from General Skobelev has just been received at St.-Petersburgh: — || "Obaz-Mourad-Tykma-Serdar, Chef Principal des Tékés, est arrivé le 28 Mars à Askhabad pour y faire sa soumission. Il est accompagné d'une suite nombreuse, dans laquelle se trouvent plusieurs Serdars très-influents. Tykma-Serdar m'a remis son sabre et je le lui ai rendu au nom de votre Altesse Impériale, et en lui annonçant sa grâce. Le Chef

des Tékés a juré de servir fidèlement Sa Majesté l'Empereur. || Tout est tranquille dans le pays. Les Akhal-Tékés continuent à revenir en masse de Merv. L'arrivée de Tykma-Serdar met fin à l'expédition d'Akhal-Téké. Depuis le 12 Janvier on n'a pas tiré un seul coup de fusil dans l'oasis." Nr. 7652.
Gross-
britannien.
14. April 1881.

M. de Giers said, that the above communication did not imply the surrender of their independence by the inhabitants of Merv, or anything more than an undertaking that they would abstain from harassing the Russian troops and the districts which had now passed under Russian domination, and that I might assure your Lordship there was no intention on the part of Russia to make any territorial acquisitions in the Merv oasis. On the contrary, as General Skobelev himself had observed, such a demonstration on the part of the Turkoman Chiefs only facilitated the prompt and immediate termination of the campaign. || M. de Giers added, that eight battalions, or at all events a very considerable body of troops belonging to General Skobelev's force, were on their way home. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7653. RUSSLAND. — Ukas, betreffend die Annexion des Gebietes der Téké-Turkmanen.

St.-Petersbourg, le 12/24 Mai 1881.

Oukase de Sa Majesté l'Empereur au Sénat Dirigeant. — Ayant jugé utile, en vue de consolider la tranquillité et la sécurité dans les steppes Transcaspiennes, d'annexer à l'Empire le territoire des Turcomans-Tékés occupé par nos troupes, nous ordonnons, savoir: Nr. 7653.
Russland.
24. Mai 1881.

Il est formé avec ce pays et la contrée de la section militaire de la Transcaspienne un seul territoire sous le nom de "Territoire de la Transcaspienne", qui est incorporé dans la conscription militaire du Caucase. L'administration générale du nouveau territoire est confiée au Commandant-en-chef de l'armée du Caucase et l'administration locale au Commandant du territoire, sous les ordres duquel sont placées les troupes qui s'y trouvent.

Le Commandant-en-chef de l'armée du Caucase instituera une administration temporaire du territoire de la Transcaspienne, selon les circonstances du moment et d'après les conditions locales.

Le Sénat Dirigeant est chargé de l'exécution des présentes.

Gatchina, le 6 Mai, 1881.

Alexandre.

Nr. 7654. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Die russische Regierung hat nicht die Absicht, mit den Turkmanen von Merv einen Vertrag zu schliessen.

St.-Petersburgh, June 15, 1881.

Nr. 7654.
Gross-
britannien.
15. Juni 1881. My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I showed M. de Giers this afternoon the statements which appeared in the "Times" and "Standard" of the 9th instant respecting reported negotiations between the Russian Government and the Merv Turkomans, and that I also showed him the report of a question which had been asked in the House of Commons by Mr. Ashmead-Bartlett and of Sir Charles Dilke's reply. || With regard to the "Transcaspian territory" M. de Giers again stated, that the part annexed to Russia was the Téké oasis, in which, I understood him to say, Askabad was the southernmost*) town, that the boundaries were not yet marked out, but that that was in course of execution. He said, that reports had been lately received from General Röhrberg that all was quiet there; and he added, that the General was an administrator and not an officer, who was likely to engage in warlike expeditions. I had the honour to report to the effect, that I had heard that General Röhrberg was peacefully disposed in my despatch of the 1st instant.

With regard to Merv his Excellency said, that there was no question of negotiating a Treaty with the Merv Turkomans, or of establishing a Resident there, that he had seen the Merv Chief, who is here at present, and had told him, that Russia had no hostile intentions towards his people, and that she wished to be on friendly terms with them. || Baron de Jomini, whom I saw last night, and to whom I mentioned the subject, said, that there were no formal negotiations going on for a Treaty with the Merv Turkomans, that they had been told, that Russia wished to be upon peaceful terms with them; but, he said, there are two parties amongst them, one for peace, the other for war, and that raids upon Russian territory could not be permitted. || Baron de Jomini also told me last night, that a report had reached the Government that thirty-two English artillerymen were on the point of coming to Merv, and that two of them were said to have already arrived there. M. de Giers told me, that he had communicated this report to Prince Lobanow, stating, however, that he attached no belief to it. I said, that, judging from what I had observed of the policy of Her Majesty's Government in Central Asia, I did not think there could be any truth in the rumour, and that the only Englishman I knew of as being at Merv was a correspondent of the "Daily News", and that he now appeared to be sojourning there against his will. M. de Giers

*) In einer Depesche vom 29. Juni verbessert in: "the most south-eastern town."
A. d. Red.

laughed and said, that his reports from Merv had been most useful to General Skobelev, who had declined to allow Mr. O'Donovan, or any other correspondent, to accompany his army. || I have, &c.

Nr. 7654.
Gross-
britannien.
15. Juni 1881.

Hugh Wyndham.

Nr. 7655. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Giers hat eine bestimmte Erklärung über die Grenzen des annectirten Téké-Gebietes nicht gegeben.

(Extract.)

St.-Petersburgh, June 22, 1881.

With reference to the orders contained in your Lordship's despatch of the 13th instant, I have the honour to report, that I spoke to M. de Giers to-day respecting the boundaries of the Téké oasis lately incorporated in the Russian Empire. || I reminded his Excellency, that he had told me that the frontiers were not yet marked out, but that measures were being taken with that object, and I then asked him if there would be any objection to informing Her Majesty's Government what those boundaries were when they had been defined. || His Excellency replied, that he did not know the boundaries; and that, although he did not think there would be any secret about them, he could not take any engagement beforehand as to making them known, and he remarked: "You do the same thing" (meaning you annex territories), "and I am not aware, that you are asked what your frontiers are." || His Excellency then went on to say, that all being quiet in the Téké country, they would see if the frontiers could be marked out, and he added, that the Kurds being tranquil, and the Persians also, the moment was favourable for making maps, which were much required, and he said, that *pourparlers* of a vague nature had commenced between Russia and Persia to come to some arrangement as to frontiers. I said: "Do you mean a rectification of frontiers?" and his Excellency answered: "Yes", and I clearly understood him to refer to the line of frontier from the Caspian to the head or sources of the River Attek, and his Excellency, apparently to illustrate the necessity of a rectification of frontiers with Persia, mentioned Karakala, about which he said disputes were constantly arising between Russia and Persia.

Nr. 7655.
Gross-
britannien.
22. Juni 1881.

Nr. 7656. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Die Grenzen von Trans-Caspian sind noch nicht festgestellt.

(Extract.)

St.-Petersburgh, July 27, 1881.

With reference to my despatches of the 20th instant, I have the honour to report, for your Lordship's information, that I asked Baron Jomini to-day

Nr. 7656.
Gross-
britannien.
27. Juli 1881.

Nr. 7656. (M. de Giers being absent from the Ministry for Foreign Affairs) if he could
 Gross- give me an idea of what the territory was which was termed "Trans-Caspian."
 britannien. His Excellency replied, that it was "all the territory beyond the Caspian."
 27. Juli 1881. "But", I said, "can you give me no idea as to where it ends?" to which he
 said, that he could not, that the negotiations with Persia had not yet com-
 menced, but that for long Russia had been established on the lower part of
 the River Atrek, but that the time had now come to determine what was
 really Persian territory and what was not elsewhere, and that the question
 being one of an exceedingly complicated and difficult nature, a special Com-
 mission would have to examine it on the spot. His Excellency said, that their
 farthest point now was Askabad, but that General Skobelev had discovered
 some very fertile country further south, where a complete state of disorder
 existed, that there was Sarakhs also to be considered, and whether it was
 Persian or not remained to be verified. If Persian, that then it would remain
 so, but if not, that it would then be necessary to establish some regular form
 of Government there as elsewhere ("un ordre de choses établi"), and that the
 frontier negotiations would probably extend to territory beyond the Atrek as
 far as the confines of Khorassan, over which, Baron Jomini to-day, threw
 doubts as to the sovereignty of the Shah of Persia being more than nominal.

Nr. 7657. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in St.-Peters-
 burg an den engl. Min. d. Ausw. — Das „Journal de
 St.-Petersbourg“ bestreitet, dass die russische Re-
 gierung bindende Verpflichtungen bez. Mervs einge-
 gangen sei.

St.-Petersburgh, August 10, 1881.

Nr. 7657. My Lord, — The questions which have been lately asked in the House
 Gross- of Commons as to Russian policy in Central Asia have naturally called forth
 britannien. remarks in the St.-Petersburgh press, and I have the honour to inclose here-
 10. Aug. 1881. with a précis of an article from the "Herold", a paper published here in Ger-
 man, but which has no official character, and of two articles from the semi-
 official "Journal de St.-Petersbourg" which appear worthy of attention, as they
 have all the appearance of emanating from an official source. || With regard
 to Merv your Lordship will observe, that it is stated that the Russian Go-
 vernment has never taken any engagement. The article states: — || "Le Gou-
 vernement Russe n'a jamais pris aucun engagement au sujet de Merv. Il n'avait
 pas a en prendre. Il a eu égard aux inquiétudes que le Cabinet de Londres
 témoignait sur ce point, et loin de repousser ses interpellations, comme il en
 aurait eu incontestablement le droit, il a très-franchement et très-amicable-
 ment fait part de ses intentions, qu'il n'avait pas à cacher parce qu'elles
 étaient parfaitement loyales et dictées par ces légitimes intérêts. Il a toujours
 déclaré qu'il n'avait aucun projet, ni aucun avantage à aller à Merv, ni à y

rester, mais que si les Merviens obligeaient nos troupes par leurs agressions à les poursuivre jusque là, et à détruire ce repaire de brigands, la Russie se réservait une complète liberté d'action." || The article goes on to explain the reasons which necessitated the late attack upon, and annexation of, the Téké country. || The Earl of Dufferin reported conversations which he had held with M. de Giers on the policy of Russia with regard to Merv in his despatches of the 8th March last, and of the 14th April last, and to which I venture to refer your Lordship with reference to the statements contained in the articles herewith inclosed from the "Journal de St.-Petersbourg". || I have, &c.

Nr. 7657.
Gross-
britannien.
10. Aug. 1881.

Hugh Wyndham.

Extract from the "Journal de St.-Petersbourg" of July 28/August 9, 1881.

Nous n'avons pas voulu apprécier le discours de Lord Hartington en réponse à l'interpellation de Sir Ashmead Bartlett d'après le compte-rendu télégraphique, sachant combien la télégraphie dénature souvent le sens des paroles.

1 Nous avons sous les yeux le texte de ce discours tel que nous l'avons reproduit hier et nous nous faisons un devoir de rendre justice à la modération, à la retenue et à la convenance du langage de Lord Hartington. Il aurait certainement pu être plus explicite en réfutant les insanités mises en avant par Sir Ashmead Bartlett sur le compte de la politique Russe. Mais il ne faut pas oublier que le Marquis de Hartington parlait devant une assemblée habituée à entendre et à accueillir les accusations les plus odieuses au sujet de la Russie, et pour laquelle tout jugement impartial, toute parole bienveillante à l'égard de cette Puissance constituent une innovation hardie. Il faut donc tenir compte à l'orateur d'avoir eu le courage de sa modération. || Il n'y a qu'un point de fait que nous croyons devoir relever dans son discours — c'est celui qui a trait aux prétendus engagements contractés par le Gouvernement Russe au sujet de l'oasis des Tékés, engagements dont l'annexion de cette oasis serait une violation. Lord Hartington ne s'est pas catégoriquement prononcé sur ce point. Il a fait observer qu'on pourrait dire beaucoup dans un sens et dans l'autre.

Il aurait pu être plus explicite. Le Gouvernement Russe n'a jamais etc.
[folgt der oben citirte Abschnitt].

Ces assurances ont été données lorsque les arrangements généraux pris par l'Angleterre et la Russie dans l'Asie-Centrale subsistaient encore dans leur lettre et dans leur esprit. Lorsque l'attitude agressive de Lord Beaconsfield en Europe et en Asie les eut déchirés, le Gouvernement Russe devait naturellement se considérer comme d'autant plus libre de ses actions; néanmoins ses vues au sujet de Merv n'ont point changé, parce qu'elles étaient fondées sur des considérations et des intérêts permanents qui ne pouvaient pas dépendre des convenances d'un Cabinet étranger. || Lord Hartington a reconnu lui-même "qu'il n'y a aucune relation entre l'entrée des troupes Anglaises dans

Nr. 7657.
Gross-
britannien.
10. Aug. 1881.

l'Afghanistan et l'occupation par la Russie du territoire des Akhal-Téké". Cependant il a terminé son discours en affirmant "qu'une occupation permanente de Kandahar par l'Angleterre aurait été une raison insuffisante pour le mouvement en avant de la Russie". || Ces deux assertions sont également vraies. Le Gouvernement Russe ne poursuit dans ces contrées d'autre intérêt que celui de la tranquillité et de la sécurité de ses frontières. Mais il est certain que cette tranquillité et cette sécurité peuvent exiger des mesures de précaution plus ou moins étendues, selon qu'elles se trouvent plus ou moins mises en péril par la situation politique dans son voisinage immédiat. Or, on conviendra que l'entrée des armées Anglaises à Kandahar et à Caboul, ainsi que l'esprit ouvertement hostile de la politique du Comte de Beaconsfield en Europe et en Asie, devaient accroître les légitimes appréhensions de la Russie du côté de la steppe Turcomane, où la présence d'officiers Anglais et les facilités, que les Tékés devaient trouver dans la proximité des troupes Britanniques pour s'armer, s'organiser et s'instruire militairement, constituaient un danger très-sérieux. Ce fut alors que le Gouvernement Russe délibéra sur les mesures de précaution à prendre et se décida, après mûre délibération et par les motifs que nous avons exposés avant-hier, à entreprendre l'expédition confiée d'abord au Général Lazarew, puis au Général Tergoukassow et enfin au Général Skobélew. || Nous l'avons dit, et nous le répétons, cette expédition dispendieuse et pénible, sans compensations probables, était imposée par la nécessité. Elle n'avait en vue que notre sécurité défensive. Mais c'était là un intérêt de premier ordre, devant lequel notre Gouvernement ne pouvait pas hésiter. || Lorsque les électeurs Anglais eurent condamné la politique aventureuse de Lord Beaconsfield, et que l'avènement de Mr. Gladstone eut ramené les relations de l'Angleterre et de la Russie, en Europe comme en Asie, dans une voie pacifique et amicale, la presse Anglaise crut pouvoir en inférer que l'évacuation de Caboul et de Kandahar par les Anglais amènerait le Gouvernement Russe à renoncer à l'expédition projetée dans la steppe. Ces conclusions étaient erronées. Il ne dépendait pas du Gouvernement Russe d'abandonner ce projet. D'abord il lui était impossible de rester sous le coup de l'insuccès des opérations du Général Lazarew. Quiconque connaît les Asiates, sait fort bien qu'ils ne respectent que la force. Le prestige de la Russie aurait été irrévocablement détruit, les Tékés enhardis, la sécurité de nos possessions en Asie sérieusement menacée. Il fallait donc absolument infliger aux Turcomans une leçon sévère. Notre Gouvernement n'a pas caché cette nécessité au Cabinet Anglais, qui l'a parfaitement comprise. || Quant aux résultats possibles de l'expédition, il n'a pris, et n'avait à prendre, aucun engagement. Il a renouvelé l'assurance qu'il n'était guidé par aucune pensée hostile à l'Angleterre, que quant à Merv, ses intentions n'avaient pas changé, et qu'il n'irait jusque-là, si les Merviens l'y forçaient par leurs agressions; il ne cacha pas que la présence et la conduite des officiers Anglais qui excitaient et dirigeaient les Merviens était de nature à rendre cette éventualité inévitable. Il déclara que son seul but était d'établir

sur des bases solides la sécurité des possessions Russes dans ces contrées, afin de ne pas se trouver dans le cas de renouveler périodiquement des expéditions ruineuses, sans résultats durables, et qui seraient toujours à recommencer. Les mesures propres à réaliser ce but dépendaient évidemment de l'issue de la campagne, et de ce que le Commandant-en-chef rapporterait de la situation de ces contrées encore inconnues. Mais ce but, la Russie était résolue à l'atteindre complètement et à tout prix. C'était son devoir et son droit. || Tel a été le sens des déclarations faites par notre Gouvernement. Elles étaient parfaitement honnêtes et loyales, dictées par le simple bon sens; ses intentions ne pouvaient pas être autres. Il n'en a fait aucun mystère, il n'en a pas dévié, et n'en déviara pas. Cela n'empêche nullement les égards dus aux intérêts d'un Gouvernement qui se montre animé de sentiments amicaux et pacifiques, ni les ménagements que réclame sa position particulière. Ces bons procédés réciproques sont nécessaires au maintien des relations de bonne intelligence avantageuses aux deux pays. Ils sont parfaitement compatibles avec le maintien et la défense de leurs intérêts respectifs, qui ne sont nullement inconciliables du moment où ils sont appréciés et traités de part et d'autre dans un esprit d'équité et de bon vouloir mutuel. || Nous sommes persuadés qu'il en sera ainsi et qu'il en résultera en définitive, non seulement la cessation d'un antagonisme fatal qui n'a pas de raison d'être, mais encore la conviction d'une complète solidarité. || Quant aux insanités de Sir Ashmead Bartlett, nous n'avons rien à en dire. Il est triste de voir de pareilles diatribes outrageuses envers une grande nation, débitées dans une assemblée aussi respectable que la Chambre des Communes. L'Angleterre a toujours eu ses originaux; mais la politique n'est pas le terrain convenable pour de semblables excentricités, et Lord Hartington les a justement appréciées en ne les prenant pas au sérieux.

Nr. 7657.
Gross-
britannien.
10. Aug. 1881.

Nr. 7658. GROSSBRITANNIEN und TÜRKEL. — Uebereinkunft zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika.

[Die Ratifikations-Urkunden sind ausgetauscht zu Konstantinopel am 17. April 1880.]

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, étant animés mutuellement du désir sincère de coopérer à la cessation du trafic des esclaves d'Afrique, ont résolu de conclure une Convention avec l'intention d'atteindre cet objet. Dans ce but ils ont nommé comme leurs Plénipotentiaires: — || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Sir Austen Henry Layard, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté près la Sublime Porte; || Et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Sawas-Pacha, son Ministre des Affaires Etrangères; || Lesquels se sont communiqués mutuellement leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, et ont convenu et arrêté les Articles suivants: —

Nr. 7658.
Gross-
britannien
und Türkei.
25. Jan. 1880.

Nr. 7658.
Gross-
britannien
und Türkei.
25. Jan. 1880.

Art. I. Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, renouvelant d'une manière absolue la défense du trafic des nègres, s'engage à prohiber l'importation des esclaves d'Afrique dans toutes les parties de l'Empire Ottoman ou ses dépendances, leur passage à travers le territoire Ottoman par mer, et à punir, suivant les dispositions prévues par la loi Ottomane et conformément aux dispositions du Firman de l'Année 1273 (A. D. 1857), toute personne ou toutes personnes justiciables des Tribunaux Ottomans qui se trouveraient mêlées soit directement, soit indirectement, au trafic des noirs. Sa Majesté s'engage aussi à interdire l'exportation des esclaves noirs du territoire Ottoman à l'étranger, sauf le cas où ils auraient à accompagner leurs maîtres ou maîtresses en qualité de domestiques attachés à leurs personnes. Dans ce cas, chaque esclave, homme ou femme, sera muni d'un certificat constatant son âge, ainsi que tout autre signe distinctif, et mentionnant tout particulièrement en quelle qualité il accompagne son maître ou sa maîtresse. Dans le cas où il ne serait pas muni de pareil certificat, il sera affranchi, et ceux qui tenteraient de l'exporter seront passibles de punition. || Tous les noirs affranchis qui quitteront l'Empire Ottoman recevront des autorités Ottomanes des passeports constatant qu'ils sont affranchis et libres, et qu'ils disposent de leurs personnes sans restriction ou réserve.

Art. II. Toute personne ou toutes personnes non-sujettes Ottomanes qui peuvent être mêlées du trafic des noirs, soit directement, soit indirectement, dans les limites de l'Empire Ottoman ou à bord d'un navire Ottoman seront saisies, ainsi que leurs complices, si elles en ont, pour subir leur jugement conformément aux lois du pays. || Elles seront accompagnées des procès-verbaux dressés par l'autorité supérieure Ottomane, de l'endroit où le trafic aura été constaté, et de tous les autres éléments de conviction, fournis par la susdite autorité, destinés à servir de preuves, lors du procès des inculpés, en tant que ces lois admettent de pareilles preuves. || Tous les noirs trouvés en la possession de marchands d'esclaves seront affranchis, et on agira à leur égard conformément aux dispositions de l'Article III de la présente Convention.

Art. III. Prenant en considération l'impossibilité de renvoyer dans leurs foyers les esclaves d'Afrique qui seraient capturés des marchands d'esclaves et affranchis, sans les exposer au risque de périr de fatigue et de faim ou de tomber de nouveau sous le joug de l'esclavage, le Gouvernement Ottoman s'engage à prendre les mesures convenables pour assurer la liberté des noirs qui viendraient à être capturés, et à veiller à ce qu'ils soient convenablement soignés.

Art. IV. Sa Majesté Impériale s'engage à poursuivre comme criminels toutes les personnes qui se trouveraient compromises dans des actes de mutilation ou de trafic d'enfants. Si ces personnes sont justiciables des Tribunaux Ottomans elles seront livrées aux Tribunaux Ottomans et punies suivant la loi Ottomane. Dans le cas contraire, c'est à dire, dans le cas où le criminel n'est pas sujet Ottoman et le crime n'a pas été perpétré sur le territoire Ottoman, elles seront consignées entre les mains du Tribunal compétent, qui agira à

leur égard suivant les lois du pays dont elles relèvent. Elles seront accompagnées de procès-verbaux et d'autres éléments de conviction, comme il est dit dans l'Article II.

Nr. 7658.
Gross-
britannien
und Türkei.
25. Jan. 1880.

Art. V. Dans le but d'opérer d'une manière réelle la suppression du trafic des nègres dans la Mer Rouge, Sa Majesté l'Empereur des Ottomans consent à ce que les croiseurs Anglais soumettent à la visite et aux recherches, et s'il est nécessaire à la détention, pour en faire la remise à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente ou bien à qui de droit conformément à l'Article IV, et lui faire subir son jugement tout navire Ottoman qui se trouverait impliqué dans le trafic des noirs comme aussi tout navire Ottoman qui pourrait à juste titre être suspect d'être destiné à opérer ce trafic ou qui l'aurait exercé dans le cours du voyage où il a été rencontré. || Ce droit de visite et de détention pourra être exercé dans la Mer Rouge, dans le Golfe d'Aden, sur la côte Arabique, dans le Golfe Persique, sur la côte orientale de l'Afrique ainsi que dans toutes les eaux maritimes Ottomanes, même dans l'absence d'autorité constituée. Tout navire qui serait détenu par un croiseur Anglais à teneur des dispositions de cette Convention, sera consigné, ainsi que son chargement et son équipage, à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente, ou bien à qui de droit conformément à l'Article IV pour qu'il soit procédé à son jugement. || Dans le cas où l'on aurait lieu de croire que des navires sous pavillon Ottoman, rencontrés dans les ports ou eaux Ottomans, ont des noirs à bord dans le but d'en faire le commerce, ou bien des navires dont on se serait servi pour le trafic des noirs durant le dernier voyage qu'ils auraient accompli, la dénonciation faite par le Commandant ou tout autre officier commissionné d'un croiseur Anglais, ou par un fonctionnaire Consulaire Britannique, les autorités Ottomanes opéreront immédiatement des recherches. Tous les esclaves trouvés à bord de ces navires seront mis en liberté et affranchis; le navire, le capitaine, les officiers et tous ceux qui seront convaincus d'avoir été de connivance avec eux seront consignés aux autorités compétentes Ottomanes, qui agiront à leur égard à teneur des dispositions de la loi Ottomane concernant la suppression du trafic des nègres. || Tous les esclaves d'Afrique capturés par un croiseur Anglais à bord d'un navire Ottoman seront placés à la disposition des autorités Ottomanes, et dans le cas, où il n'y aurait pas d'autorité Ottomane à proximité, aux autorités les plus rapprochées, à l'effet de les proclamer libres. Le navire et son chargement seront consignés pour être jugés à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente, ou à qui de droit conformément aux prescriptions de l'Article IV. || Sa Majesté la Reine de la Grande Bretagne consent de son côté à ce que tous les navires naviguant sous Pavillon Anglais dans la Mer Rouge, le Golfe d'Aden, sur la côte Arabique, dans le Golfe Persique et sur la côte orientale d'Afrique, ou dans les eaux intérieures de l'Empire Ottoman et de ses dépendances qui se trouveraient mêlés dans le trafic des nègres, comme aussi tout navire qui pourrait à juste titre être suspecté d'être

Nr. 7658.
Gross-
britannien
und Türkei.
25. Jan. 1880.

destiné à opérer ce trafic, ou qui l'aurait exercé dans le cours du voyage où il a été rencontré, soient visités, saisis et détenus par les autorités ou les croiseurs Ottomans. Mais il est entendu que ces navires et leurs chargements ainsi que leurs équipages seront consignés à l'autorité Britannique la plus proche pour subir leur jugement. || Les esclaves capturés seront mis en liberté par les autorités Ottomanes et resteront à leur disposition. || Si le Tribunal compétent décidera que la saisie, détention et la poursuite n'étaient pas fondées et justifiées, le Gouvernement dont dépend le croiseur qui a opéré la capture paiera au Gouvernement auquel appartient la prise une indemnité adaptée à la circonstance. || Il est expressément et formellement entendu que les stipulations précédentes ne s'appliquent pas aux bâtiments de guerre des deux Etats, qui ne peuvent en aucun cas et sous aucun prétexte être visités.

Art. VI. Dans le but d'éviter que les croiseurs Anglais chargés de la suppression du commerce des esclaves ne s'ingèrent indûment dans les navires Ottomans dont les équipages seraient formés en totalité ou en partie d'esclaves d'Afrique, il est convenu par le présent Acte que tout navire Ottoman équipé en totalité ou en partie par d'esclaves d'Afrique devra être munis des papiers constatant le voyage ou service auquel il est affecté, ainsi que le nombre et la description des esclaves qui se trouvent à bord. Si le nombre d'esclaves d'Afrique qui se trouveraient à bord était plus considérable que celui autorisé par les papiers de bord, le navire sera susceptible d'être détenu et renvoyé par devant un Tribunal compétent pour y être jugé.

Art. VII. Sa Majesté l'Empereur des Ottomans s'engage à prendre les mesures et de donner les ordres nécessaires afin que la présente Convention soit rigoureusement exécutée.

Art. VIII. La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications seront échangées à Constantinople le plus tôt que faire se pourra.

La présente Convention entrera en vigueur six mois après le jour de la signature.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le même et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Constantinople ce jourd'hui 25 Janvier, mille huit cent quatre-vingt.

(L. S.) A. H. Layard.

(L. S.) Sawas.

Nr. 7659. RUSSLAND und CHINA. — Vertrag über das Gebiet von Ili. Vom 24. Februar 1881.

[Die Ratifikations-Urkunden sind ausgetauscht zu St.-Petersburg am 7./19. August 1881.]

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

Sa Majesté l'Empereur et Autocrate de Toutes les Russies et Sa Majesté l'Empereur de la Chine, désirant régler quelques questions de frontière et de commerce touchant aux intérêts des deux Empires, afin de cimenter les rapports d'amitié entre les deux pays, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, à

l'effet d'établir un accord sur ces questions: — || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, son Secrétaire d'Etat, Nicolas de Giers, Sénateur, Conseiller Privé actuel, dirigeant le Ministère Impérial des Affaires Etrangères, et son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de la Chine, Eugène de Butzow, Conseiller d'Etat actuel; || Et Sa Majesté l'Empereur de la Chine, Tseng, Marquis de Neyoung, Vice-Président de la Haute Cour de Justice, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, muni de pouvoirs spéciaux pour signer le présent Traité en qualité d'Ambassadeur Extraordinaire. || Les susdits Plénipotentiaires, munis de pleins pouvoirs qui ont été trouvés suffisants, sont convenus des stipulations suivantes: —

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

Art. I. Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies consent au rétablissement de l'autorité du Gouvernement Chinois dans le pays d'Ili, temporairement occupé, depuis 1871, par les armées Russes. || La Russie reste en possession de la partie occidentale de ce pays, dans les limites indiquées à l'Article VII du présent Traité.

Art. II. Sa Majesté l'Empereur de la Chine s'engage à décréter les mesures propres à mettre les habitants du pays d'Ili, à quelque race et à quelque religion qu'ils appartiennent, à l'abri de toute poursuite, dans leurs biens ou dans leurs personnes, pour actes commis durant ou après les troubles qui ont eu lieu dans ce pays. || Une Proclamation conforme à cet engagement sera adressée par les autorités Chinoises, au nom de Sa Majesté l'Empereur de la Chine, à la population du pays d'Ili, avant la remise de ce pays aux dites autorités.

Art. III. Les habitants du pays d'Ili seront libres de rester sur les lieux de leur résidence actuelle, comme sujets Chinois, ou d'émigrer en Russie et d'adopter la sujétion Russe. Ils seront appelés à se prononcer à ce sujet avant le rétablissement de l'autorité Chinoise dans le pays d'Ili, et un délai, d'un an, à partir du jour de la remise du pays aux autorités Chinoises, sera accordé à ceux qui témoigneront le désir d'émigrer en Russie. Les autorités Chinoises n'opposeront aucune entrave à leur émigration et à l'exportation de leur propriété mobilière.

Art. IV. Les sujets Russes possédant des terrains dans le pays d'Ili conserveront leurs droits de propriété, même après le rétablissement de l'autorité du Gouvernement Chinois dans ce pays. || Cette disposition n'est pas applicable aux habitants du pays d'Ili qui adopteront la sujétion Russe, lors du rétablissement de l'autorité Chinoise dans ce pays. || Les sujets Russes dont les terrains sont situés en dehors des emplacements affectés aux factoreries Russes, en vertu de l'Article XIII du Traité de Kouldja de 1851, devront acquitter les mêmes impôts et contributions que les sujets Chinois.

Art. V. Les deux Gouvernements délègueront à Kouldja des Commissaires, qui procéderont à la remise d'une part et à la reprise de l'autre, de l'administration de la Province d'Ili, et qui seront chargés, en général, de l'exécution

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

des stipulations du présent Traité se rapportant au rétablissement, dans ce pays, de l'autorité du Gouvernement Chinois. || Les dits Commissaires rempliront leur mandat, en se conformant à l'entente qui sera établie quant au mode de remise d'une part et de reprise de l'autre, de l'administration du pays d'Ili, entre le Gouverneur-Général du Turkestan et le Gouverneur-Général des provinces du Chan-si et du Kan-sou, chargés par les deux Gouvernements de la haute direction de cette affaire. || La remise de l'administration du pays d'Ili doit être terminée dans un délai de trois mois, ou plus tôt, si faire se peut, à dater du jour de l'arrivée à Tashkend du fonctionnaire qui sera délégué par le Gouverneur-Général du Chan-si et Kan-sou auprès du Gouverneur-Général du Turkestan, pour lui notifier la ratification et la promulgation du présent Traité par Sa Majesté l'Empereur de la Chine.

Art. VI. Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de la Chine paiera au Gouvernement Russe la somme de 9,000,000 de roubles métalliques, destinée à couvrir les frais occasionnés par l'occupation du pays d'Ili par les troupes Russes depuis 1871, à satisfaire toutes les réclamations pécuniaires auxquelles ont donné lieu, jusqu'aujourd'hui, les pertes que les sujets Russes ont subies dans leurs biens pillés sur territoire Chinois, et à fournir secours aux familles des sujets Russes tués dans les attaques armées dont ils ont été victimes sur territoire Chinois. || La somme susmentionnée de 9,000,000 de roubles métalliques sera versée, dans le terme de deux ans à partir du jour de l'échange des ratifications du présent Traité, suivant l'ordre et les conditions convenus entre les deux Gouvernements dans le Protocole spécial annexé au présent Traité.

Art. VII. La partie occidentale du pays d'Ili est incorporée à la Russie, pour servir de lieu d'établissement aux habitants de ce pays qui adopteront la sujétion Russe, et qui, par ce fait, auront dû abandonner les terrains qu'ils y possédaient. || La frontière entre les possessions de la Russie et la province Chinoise d'Ili suivra, en partant des montagnes Bédjin-taou, le cours de la rivière Khorgos, jusqu'à l'endroit où celle-ci se jette dans la rivière Ili et, traversant cette dernière, se dirigera au sud, vers les montagnes Ouzon-taou, en laissant à l'ouest le village de Koldjat. A partir de ce point elle suivra, en se dirigeant au sud, le tracé fixé par le Protocole signé à Tchougoutchak en 1864.

Art. VIII. Une partie de la ligne-frontière, fixée par le Protocole signé à Tchougoutchak, en 1864, à l'est du lac Zaisan, ayant été trouvée défectueuse, les deux Gouvernements nommeront des Commissaires qui modifieront, d'un commun accord, l'ancien tracé, de manière à écarter les défauts signalés, et à établir une séparation efficace entre les tribus Kirghises soumises aux deux Empires. || Il sera donné au nouveau tracé, en tant que possible, une direction intermédiaire entre l'ancienne frontière et une ligne droite se dirigeant des monts Kouïtoun vers les monts Saour, en traversant le Tcherny-Irtych.

Art. IX. Des Commissaires seront nommés par les deux Parties Contractantes, pour procéder à la pose de poteaux de démarcation, tant sur le tracé fixé par les Articles précédents VII et VIII, que sur les parties de la frontière où il n'a pas encore été posé de poteaux. L'époque et le lieu de réunion de ces Commissaires seront fixés par une entente entre les deux Gouvernements. || Les deux Gouvernements nommeront également des Commissaires pour examiner la frontière et pour poser des poteaux de démarcation entre la province Russe de Ferganah et la partie occidentale de la province Chinoise de Kachgar. Ces Commissaires prendront pour base de leurs travaux la frontière existante.

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

Art. X. Le droit reconnu au Gouvernement Russe par les Traités, de nommer des Consuls à Ili, à Tarbagataï, à Kachgar et à Ourga, est étendu, dès à présent, aux villes de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan. Dans les villes suivants: Kobdo, Ouliassoutaï, Khami, Ouroumtsi et Goutchen, le Gouvernement Russe établira des Consulats au fur et à mesure du développement du commerce, et après entente avec le Gouvernement Chinois. || Les Consuls de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan exerceront les fonctions Consulaires dans les districts voisins, où les intérêts des sujets Russes réclameront leur présence. || Les dispositions contenues dans les Articles V et VI du Traité conclu à Pékin, en 1860, et relatives à la concession de terrains pour les maisons des Consulats, pour les cimetières et pour les pâturages, s'appliqueront également aux villes de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan. Les autorités locales aideront les Consuls à trouver des habitations provisoires jusqu'au moment où les maisons des Consulats seront construites. || Les Consuls Russes en Mongolie et dans les arrondissements situés sur les deux versants du Tian-chan se serviront, pour leurs voyages et pour l'envoi de leur correspondance, des institutions postales du Gouvernement, conformément aux stipulations de l'Article XI du Traité de Tien-tsin et de l'Article XII du Traité de Pékin. Les autorités Chinoises, auxquelles ils s'adresseront à ces fins, leur prêteront aide et assistance. || La ville de Tourfan n'étant pas une localité ouverte au commerce étranger, le droit d'y établir un Consulat ne saurait être invoqué comme précédent pour obtenir un droit analogue par rapport au ports de la Chine, aux provinces intérieures et à la Mandchourie.

Art. XI. Les Consuls Russes en Chine communiqueront, pour affaires de service, soit avec les autorités locales de la ville de leur résidence, soit avec les autorités supérieures de l'arrondissement ou de la province, suivant que les intérêts qui leur sont respectivement confiés, l'importance des affaires à traiter et leur prompt expédition l'exigeront. La correspondance entre eux se fera sous forme de lettres officielles. Quant aux règles d'étiquette à observer lors de leurs entrevues, et, en général, dans leurs relations, elles seront basées sur les égards que se doivent réciproquement les fonctionnaires de deux Puissances amies. || Toutes les affaires qui surgiront sur territoire Chinois, au sujet de transactions commerciales ou autres, entre les ressortissants des deux

Nr. 7650.
 Russland
 und China.
 24. Febr. 1861.

Etats, seront examinées et réglées, d'un commun accord, par les Consuls et les autorités Chinoises. || Dans les litiges en matière de commerce, les deux parties pourront terminer leurs différends à l'amiable, au moyen d'arbitres choisis de part et d'autre. Si l'entente ne s'établit pas par cette voie, l'affaire sera examinée et réglée par les autorités des deux Etats. || Les engagements contractés par écrit entre sujets Russes et Chinois relativement à des commandes de marchandises, au transport de celles-ci, à la location de boutiques, de maisons et d'autres emplacements, ou relatifs à d'autres transactions du même genre, peuvent être présentés à la légalisation des Consulats et des Administrations supérieures locales qui sont tenus de légaliser des documents qui leur sont présentés. En cas de non-exécution des engagements contractés, les Consuls et les autorités Chinoises aviseront aux mesures capables d'assurer l'exécution de ces obligations.

Art. XII. Les sujets Russes sont autorisés à faire, comme par le passé, le commerce en franchise de droits dans la Mongolie soumise à la Chine, tant dans les localités et les aïmaks où il se trouve une Administration Chinoise, que dans ceux où il n'en existe point. || Les sujets Russes jouiront également de la faculté de faire le commerce en franchise de droits, dans les villes et autres localités des provinces d'Ili, de Tarbagataï, de Kachgar, d'Ouroumtsi et autres, situés sur les versants nord et sud de la chaîne du Tian-chan, jusqu'à la Grande-Muraille. Cette immunité sera abrogée, lorsque le développement du commerce nécessitera l'établissement d'un Tarif Douanier, conformément à une entente à survenir entre les deux Gouvernements. || Les sujets Russes pourront importer dans les susdites provinces de la Chine, et en exporter, toute espèce de produits, de quelque provenance qu'ils soient. Ils pourront faire des achats et des ventes, soit au comptant, soit par voie d'échange; ils auront le droit d'effectuer leurs paiements en marchandises de toute espèce.

Art. XIII. Dans les localités où le Gouvernement Russe aura le droit d'établir des Consulats, ainsi que dans la ville de Kalgan, les sujets Russes pourront construire des maisons, des boutiques, des magasins et d'autres bâtiments sur les terrains qu'ils acquerront par voie d'achat, ou qui leur seront concédés par les autorités locales, conformément à ce qui a été établi pour l'Ili et le Tarbagataï par l'Article XIII du Traité de Kouldja de 1851. || Les privilèges accordés aux sujets Russes dans la ville de Kalgan, où il n'y aura pas de Consulat, constituent une exception qui ne saurait être étendue à aucune autre localité des provinces intérieures.

Art. XIV. Les négociants Russes qui voudront expédier de Russie, par voie de terre, des marchandises dans les provinces intérieures de la Chine, pourront, comme autrefois, les diriger par les villes de Kalgan et de Tountcheou, sur le port de Tien-tsin, et, de là, sur d'autres ports et marchés intérieurs, et les vendre dans ces différentes localités. || Les marchands se serviront de cette même voie pour exporter en Russie des marchandises achetées tant dans les villes et ports susnommés, que sur les marchés intérieurs. || Ils

auront également le droit de se rendre, pour affaires de commerce, à Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), point terminal des caravanes Russes, et ils y jouiront de tous les droits accordés au commerce Russe à Tien-tsin.

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

Art. XV. Le commerce par voie de terre exercé par les sujets Russes dans les provinces intérieures et extérieures de la Chine sera régi par le Règlement annexé au présent Traité. || Les stipulations commerciales du présent Traité, ainsi que le Règlement qui lui sert de complément, pourront être révisés après un intervalle de dix ans révolus, à partir du jour de l'échange des ratifications du Traité; mais si, dans le courant de six mois avant l'expiration de ce terme, aucune des Parties Contractantes ne manifeste le désir de procéder à la révision, les stipulations commerciales, ainsi que le Règlement, resteront en vigueur pour un nouveau terme de dix ans. || Le commerce par voie de mer des sujets Russes en Chine sera soumis aux Règlements généraux établis pour le commerce maritime étranger en Chine. S'il devient nécessaire d'apporter des modifications à ces Règlements, les deux Gouvernements établiront une entente à ce sujet.

Art. XVI. Si le développement du commerce Russe par voie de terre provoque la nécessité de l'établissement, pour les marchandises d'exportation et d'importation en Chine, d'un Tarif Douanier, plus en rapport que les Tarifs actuellement en vigueur avec les nécessités de ce commerce, les Gouvernements Russe et Chinois procéderont à une entente à ce sujet, en adoptant pour base de la fixation des droits d'entrée et de sortie, le taux de 5 pour cent de la valeur des marchandises. || Jusqu'à l'établissement de ce Tarif, les droits d'exportation, prélevés sur quelques espèces de thés de qualités inférieures, actuellement imposés au taux établi pour le thé de qualité supérieure, seront diminués proportionnellement à leur valeur. Il sera procédé à la fixation de ces droits, pour chaque espèce de thé, par une entente entre le Gouvernement Chinois et l'Envoyé de Russie à Pékin, dans le terme d'un an, au plus tard, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent Traité.

Art. XVII. Des divergences d'opinion s'étant produites jusqu'ici dans l'application de l'Article X du Traité conclu à Pékin en 1860, il est établi, par les présentes, que les stipulations de l'Article susdit, relatives aux répétitions à exercer, en cas de vol et de détournement de bétail au delà de la frontière, seront, à l'avenir, interprétées dans ce sens que lors de la découverte d'individus coupables de vol ou de détournement de bétail, ils seront condamnés à payer la valeur réelle du bétail qu'ils n'auront pas restitué. Il est entendu qu'en cas d'insolvabilité des individus coupables de vol de bétail, l'indemnité à payer pour le bétail manquant ne saurait être mise à la charge des autorités locales. || Les autorités frontières des deux Etats poursuivront, selon toute la rigueur des lois de leur pays, les individus coupables de détournement ou de vol de bétail, et devront prendre les mesures qui dépendront d'elles pour la restitution, à qui de droit, du bétail détourné ou qui aurait passé la frontière. || Les traces du bétail détourné ou qui aurait passé la frontière peuvent

Nr. 7659. être indiquées, non seulement aux gardiens des postes frontières, mais aussi
Russland aux anciens des villages les plus proches.
und China.
24. Febr. 1881.

Art. XVIII. Les stipulations du Traité conclu à Aigoun le 16 Mai, 1858, concernant les droits des sujets des deux Empires de naviguer sur l'Amour, sur le Soungari et sur l'Oussouri, et de faire le commerce avec les populations des localités riveraines, sont et demeurent confirmées. || Les deux Gouvernements procéderont à l'établissement d'une entente concernant le mode d'application des dites stipulations.

Art. XIX. Les dispositions des anciens Traités entre la Russie et la Chine, non-modifiées par le présent Traité, restent en pleine vigueur.

Art. XX. Le présent Traité, après avoir été ratifié par les deux Empereurs, sera promulgué dans chaque Empire, pour la connaissance et la gouverne de chacun. L'échange des ratifications aura lieu à St.-Pétersbourg dans le terme de six mois à compter du jour de la signature du Traité. || Ayant arrêté les articles ci-dessus, les Plénipotentiaires des deux Parties Contractantes ont signé et scellé de leurs sceaux deux exemplaires du présent Traité, en langues Russe, Chinoise et Française. Des trois textes, dûment confrontés et trouvés concordants, le texte Français fera foi pour l'interprétation du présent Traité.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12 Février, 1881.

(Signé) Nicolas de Giers.
(L. S.)

(Signé) Tseng.
(L. S.)

(Signé) Eugène Butzow.
(L. S.)

Protocole.

En vertu de l'Article VI du Traité signé aujourd'hui par les Plénipotentiaires des Gouvernements Russe et Chinois, le Gouvernement Chinois paiera au Gouvernement Russe la somme de 9,000,000 roubles métalliques, destinée à couvrir les frais de l'occupation du pays d'Ili par les troupes Russes, et à satisfaire diverses réclamations pécuniaires des sujets Russes. Cette somme doit être payée dans le délai de deux ans à compter du jour de l'échange des ratifications du Traité.

Désirant préciser le mode de paiement de la somme précitée, les Sous-signés sont convenus de ce qui suit: — || Le Gouvernement Chinois versera l'équivalent de la somme de 9,000,000 roubles en livres sterling, soit 1,431,664l. 2s. sterling chez MM. Baring, Frères, et Cie., à Londres, en six parts égales de 238,610l. 13s. 8d. sterling chacune, moins les frais de banque d'usage qui seront occasionnés par le transfert de ces paiements à Londres. || Les versements seront échelonnés à quatre mois de distance l'un de l'autre, le premier devant être effectué quatre mois après l'échange des ratifications du Traité signé aujourd'hui, et le dernier au terme de deux ans révolus après cet échange.

Le présent Protocole aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans le Traité signé aujourd'hui.

En foi de quoi les Plénipotentiaires des deux Gouvernements ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12 Février, 1881.

(Signé) Nicolas de Giers.
(L. S.)

(Signé) T s e n g.
(L. S.)

(Signé) Eugène Butzow.
(L. S.)

Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1881.

Règlement pour le Commerce par Voie de Terre.

Article 1^{er}. Un commerce de libre-échange et en franchise de droits, entre sujets Russes et sujets Chinois, est autorisé sur une zone limitrophe s'étendant des deux côtés de la frontière à la distance de cinquante verstes (cent li). Chacun des deux Gouvernements se réserve de surveiller ce commerce conformément à ses règlements frontières.

Art. 2. Les sujets Russes se rendant pour affaires de commerce en Mongolie et dans les districts situés sur les versants nord et sud du Tian-chan peuvent franchir la frontière seulement en certains points, énumérés dans la liste annexée au présent Règlement. || Ils doivent être munis par les autorités Russes de permis en langues Russe et Chinoise, avec traduction Mongole et Tatare. Le nom du propriétaire de la marchandise ou du chef de la caravane, la spécification des marchandises, le nombre des colis et celui du bétail peuvent être indiqués, en langue Mongole ou Tatare, dans le texte Chinois de ces permis. || A leur entrée sur territoires Chinois les marchands sont tenus de présenter leurs permis au poste Chinois le plus proche de la frontière, où, après vérification, le permis devra être visé par le chef du poste. || Les autorités Chinoises ont le droit d'arrêter les marchands qui auraient franchi la frontière sans permis, et de les remettre entre les mains des autorités Russes les plus proches de la frontière, ou au Consul Russe compétent, pour qu'une punition sévère leur soit infligée. || En cas de perte du permis, le propriétaire est tenu d'en aviser le Consul Russe le plus proche, pour s'en faire délivrer un nouveau, et d'en informer les autorités locales pour obtenir un certificat temporaire lui permettant de continuer sa route. || Les marchandises importées en Mongolie et dans les arrondissements situés sur les versants du Tian-chan, qui n'y auraient point été vendues, peuvent être dirigées sur les villes de Tien-tsin et de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), pour y être vendues ou pour être expédiées plus loin en Chine. || Pour le prélèvement des droits sur ces marchandises, pour la délivrance des permis de transport et pour les autres formalités de Douane, il sera procédé conformément aux dispositions ci-dessous détaillées.

Art. 3. Les marchands Russes qui expédient des marchandises de Kiakhta et du pays de Nertchinsk à Tien-tsin sont tenus de les faire passer par Käl-

Nr. 7659.
 Russland
 und China.
 24. Febr. 1881.

gan, Dounba et Toun-tcheou. La même voie sera prise par les marchandises dirigées sur Tien-tsin, de la frontière Russe, par Kobdo et Kouï-houa-tchen. Les marchands doivent être munis de permis de transport délivrés par les autorités Russes, dûment visés par les autorités Chinoises compétentes, portant indication, en langues Russe et Chinoise, du nom du propriétaire de la marchandise, du nombre des colis et du genre de la marchandise qu'ils contiennent. || Les fonctionnaires des Douanes Chinoises situées sur la route suivie par les marchandises procéderont, sans retard, à la vérification du nombre des colis et à la visite des marchandises qu'ils laisseront passer, après avoir apposé le visa sur le permis. || Les colis ouverts durant la visite Douanière seront refermés par les soins de la Douane, qui marquera sur le permis le nombre des colis ouverts. || La visite Douanière ne doit pas durer plus de deux heures. || Les permis devront être présentés, dans un délai de six mois, à la Douane de Tien-tsin, pour être annulés. Si le propriétaire des marchandises trouve ce délai insuffisant, il est tenu d'en informer, en temps et lieu, les autorités Chinoises. || En cas de perte du permis, le marchand est tenu d'en aviser les autorités qui le lui ont délivré pour obtenir un duplicata, et de déclarer à cet effet le numéro et la date du permis égaré. La Douane la plus proche, située sur sa route, après avoir constaté l'exactitude de la déclaration du marchand, lui délivre un certificat provisoire, avec lequel les marchandises peuvent être dirigées plus loin. || Une déclaration inexacte de la quantité des marchandises, s'il est prouvé qu'elle a été faite avec l'intention de dissimuler des ventes opérées en route, ou d'échapper au paiement des droits, entraîne, pour le marchand, l'application des peines établies dans l'Article 8 du présent Règlement.

Art. 4. Les marchands Russes qui désireraient vendre à Kalgan une partie quelconque des marchandises importées de Russie, doivent en faire la déclaration à l'autorité locale dans le délai de cinq jours. Celle-ci, après acquittement par le marchand des droits d'importation entiers, lui délivre un permis de vente des marchandises.

Art. 5. Les marchandises importées de Russie par voie de terre, par les marchands Russes, à Tien-tsin, y acquitteront un droit d'importation équivalent aux deux tiers des droits établis par le Tarif. || Les marchandises importées de Russie à Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) paieront, dans cette ville, les mêmes droits et seront soumises aux mêmes règlements qu'à Tien-tsin.

Art. 6. Si les marchandises laissées à Kalgan et qui y ont acquitté les droits d'entrée, n'y sont point vendues, leur propriétaire pourra les expédier à Toun-tcheou, ou à Tien-tsin, et la Douane, sans percevoir de nouveaux droits, restituera au marchand un tiers du droit d'entrée payé à Kalgan, en faisant une annotation correspondante sur le permis délivré en ce cas par la Douane de Kalgan. || Les négociants Russes peuvent expédier sur les marchés de l'intérieur les marchandises laissées à Kalgan et qui y ont acquitté les droits d'entrée, en se conformant aux conditions générales établies pour le commerce

étranger en Chine, après acquittement d'un droit de transit (*i. e.*, la moitié des droits spécifiés dans le Tarif). Il sera délivré pour ces marchandises un permis de transport qui doit être exhibé à toutes les douanes et barrières situées sur la route. Les marchandises non accompagnées de ce permis auront à acquitter les droits aux Douanes qu'elles traverseront, et le *li-kin* aux barrières.

Nr. 7659.
Rusland
und China.
24. Febr. 1881.

Art. 7. Les marchandises importées de Russie à Sou-tcheou (Tsia-yukouan) peuvent être expédiées sur les marchés de l'intérieur, aux conditions stipulées dans l'Article 9 du présent Règlement, pour les marchandises expédiées de Tien-tsin en destination des marchés de l'intérieur.

Art. 8. S'il était constaté, lors de la visite Douanière des marchandises importées de Russie à Tien-tsin, que les marchandises spécifiées dans le permis ont été retirées des colis et remplacées par d'autres, ou bien que leur quantité (déduction faite de ce qui en aura été laissé à Kalgan) est inférieure au chiffre indiqué dans le permis, toutes les marchandises présentées à la visite seront confisquées par la Douane. || Il est entendu que les colis avariés en route et qui, par suite de cela, auront subi un réemballage, ne seront pas sujets à confiscation, si toutefois le fait d'avarie a été dûment déclaré à la Douane la plus proche et si cette dernière, après constatation de l'état intact de la marchandise primitivement expédiée, a fait une annotation correspondante sur le permis. || Seront sujettes à confiscation les marchandises dont il sera constaté qu'une partie a été vendue en chemin. || Si les marchandises ont été transportées par des voies détournées, afin de les soustraire aux visites des Douanes établies sur les routes indiquées à l'Article 3, le propriétaire en sera passible d'une amende égale au droit d'importation entier. || Si l'infraction aux règlements susmentionnés a été commise à l'insu et sans la participation du propriétaire de la marchandise, par les voituriers, les Douanes, en fixant l'amende, prendront cette circonstance en considération. Cette disposition se rapporte exclusivement aux localités traversées par le commerce Russe par voie de terre, et ne saurait être appliquée à des cas analogues qui se produiraient dans les ports et dans l'intérieur des provinces. || En cas de confiscation des marchandises, le négociant a le droit de libérer celles-ci moyennant le versement d'une somme équivalente à leur valeur, dûment déterminée par une entente avec les autorités Chinoises.

Art. 9. A l'exportation de Tien-tsin, par mer, en destination de quelque autre port Chinois, ouvert par les Traités au commerce étranger, des marchandises importées de Russie par voie de terre, la Douane de Tien-tsin prélève sur ces marchandises un tiers des droits entiers fixés par le Tarif, en sus des deux tiers déjà perçus. Aucun droit ne sera prélevé sur ces marchandises dans les autres ports. || Les marchandises exportées de Tien-tsin, ou des autres ports, en destination des marchés intérieurs, seront frappées du droit de transit (*i. e.*, la moitié des droits spécifiés dans le Tarif) d'après les dispositions générales établies pour le commerce étranger.

Art. 10. Les marchandises Chinoises, exportées de Tien-tsin en Russie

Nr. 7659.
Russland
und China,
24. Febr. 1881.

par les marchands Russes, doivent être dirigées sur Kalgan par la voie indiquée à l'Article 3. || Il sera prélevé sur ces marchandises, à leur sortie, des droits d'exportation entiers. Toutefois, les marchandises de réimportation achetées à Tien-tsin, ainsi que celles achetées dans un autre port et expédiées, en transit, à Tien-tsin, pour exportation en Russie, étant accompagnées d'un reçu de la Douane constatant le paiement des droits de sortie, n'en seront pas frappées une seconde fois, et le demi-droit de réimportation (droit côtier), versé à Tien-tsin, sera restitué au marchand, si les marchandises qui auront acquitté ce droit sont exportées en Russie dans le délai d'un an après le versement de ce droit. || Le Consul de Russie délivre, pour le transport des marchandises en Russie, un permis portant indication, en langues Russe et Chinoise, du nom du propriétaire de la marchandise, du nombre des colis et des marchandises qu'ils contiennent. Ces permis seront visés par la Douane du port et devront accompagner les marchandises, pour être exhibés lors de la visite de celles-ci aux Douanes établies sur la route. || On se conformera aux règles détaillées à l'Article 3 quant au délai dans lequel le permis doit être présenté à la Douane pour être annulé, et pour les cas de perte de permis. || Les marchandises doivent suivre la voie indiquée à l'Article 3 et ne devront pas être vendues en route; l'infraction à cette règle entraînera, pour le marchand, l'application des pénalités indiquées à l'Article 8. La visite des marchandises aux Douanes situées sur la route se fera conformément aux règles indiquées à l'Article 3. || Les marchandises Chinoises que les marchands Russes achèteront à Sou-tcheou (Tsia-you-kouan) ou qu'ils y amèneront des marchés de l'intérieur en destination de la Russie, auront à acquitter, à leur exportation de Sou-tcheou en Russie, les droits fixés pour les marchandises exportées de Tien-tsin, et seront soumises aux règlements établis pour ce port.

Art. 11. Les marchandises achetées à Toun-tcheou auront à acquitter, à leur exportation en Russie par voie de terre, les droits de sortie entiers, selon le Tarif. || Les marchandises achetées à Kalgan acquitteront dans cette ville, à leur exportation en Russie, un droit équivalent à la moitié des droits spécifiés dans le Tarif. || Quant aux marchandises achetées par les négociants Russes sur les marchés intérieurs et importées à Toun-tcheou et Kalgan, pour être exportées de là en Russie, elles seront, en outre, frappées de droits de transit, conformément aux règles générales établies pour le commerce étranger sur les marchés intérieurs. || Les Douanes locales des villes ci-dessus énumérées, après avoir prélevé les droits, délivreront au marchand un permis pour le transport des marchandises. Pour les marchandises exportées de Toun-tcheou, ce permis sera délivré par la Douane de Dounba, à laquelle se feront la demande de ce permis, ainsi que le versement des droits que les marchandises auront à acquitter. Il sera fait mention dans le permis de la défense de vendre les marchandises en route. || Les règles détaillées à l'Article 3, relatives aux permis, à la visite des marchandises, &c., se rapportent également aux marchandises exportées des localités énumérées dans le présent Article.

Art. 12. Les marchandises de provenance étrangère, exportées en destination de la Russie, par voie de terre, de Tien-tsin, de Toun-tcheou, de Kalgan et de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), n'auront pas de droits à acquitter si le marchand produit un reçu de la Douane accusant paiement des droits d'importation et de transit sur ces marchandises. Si elles n'ont acquitté que les droits d'entrée, la Douane compétente réclamera, en outre, du négociant, le versement du droit de transit fixé par le Tarif. Nr. 7659.
Russland
und China.
24. Febr. 1861.

Art. 13. Les marchandises importées en Chine par les marchands Russes, ou exportées par eux, acquitteront les droits de Douane, selon le Tarif Général établi pour le commerce étranger en Chine, et selon le Tarif Additionnel établi en 1862 pour le commerce Russe. || Les marchandises non énumérées dans l'un ou dans l'autre de ces Tarifs seront imposées d'un droit de 5 pour cent *ad valorem*.

Art. 14. Seront admis, en franchise de droits, à l'importation et à l'exportation, les articles suivantes: — || L'or et l'argent en lingots, la monnaie étrangère, les farines de toute espèce, le sagou, les biscuits, les viandes et les légumes en conserves, le fromage, le beurre, les produits de confiserie, les vêtements étrangers, les objets de joaillerie et l'argenterie, les parfums et les savons de toute espèce, le charbon de bois, le bois de chauffage, les bougies de fabrication étrangère, le tabac et les cigares étrangers, les vins, la bière, les boissons spiritueuses, les provisions et utensiles de ménage, employés dans les maisons et sur les navires, le bagage des voyageurs, les fournitures de chancellerie, les articles de tapisserie, la coutellerie, les médicaments étrangers, la verroterie et les objets en cristal. || Les articles ci-dessus énumérés passeront en franchise de droits, à leur entrée et à leur sortie par voie de terre; mais s'ils sont expédiés, des villes et des ports mentionnés dans le présent Règlement, sur les marchés intérieurs, ils seront frappés d'un droit de transit au taux de $2\frac{1}{2}$ pour cent *ad valorem*. Seront, toutefois, exempts du paiement de ce droit: le bagage des voyageurs, l'or et l'argent en lingots et la monnaie étrangère.

Art. 15. Sont prohibés tant pour l'importation que pour l'exportation, et sont sujets à confiscation dans le cas de transport en contrebande, les articles suivants: — || La poudre, les munitions d'artillerie, les canons, les fusils, les carabines, les pistolets et toutes les armes à feu. Les engins et munitions de guerre, le sel, l'opium. || Les sujets Russes se rendant en Chine pourront avoir, chacun pour leur défense personnelle, un fusil ou un pistolet, ce dont mention devra être faite dans le permis dont ils seront porteurs. || L'importation, par les sujets Russes, du salpêtre, du soufre et du plomb, n'est admise que sur une autorisation spéciale des autorités Chinoises, et ces articles ne pourront être vendus qu'aux sujets Chinois qui auront reçu un permis d'achat spécial. || L'exportation du riz et de la monnaie de cuivre Chinoise est prohibée. Par contre, l'importation du riz et de toutes les céréales est autorisée en franchise de droits.

Nr. 7659.
Rusland
und China.
24. Febr. 1881.

Art. 16. Il est interdit aux négociants Russes de transporter les marchandises appartenant à des commerçants Chinois, en les faisant passer pour leur propriété.

Art. 17. Les autorités Chinoises auront le droit de prendre telles mesures que seront nécessaires contre le commerce de contrebande.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12/24 Février, 1881.

(Signé)	Nicolas de Giers.	(Signé)	Tseng.
	(L. S.)		(L. S.)
(Signé)	Eugène Butzow.		
	(L. S.)		

Schiedsgericht über den Managua-Vertrag*).

Nr. 7660. **GROSSBRITANNIEN** und **NICARAGUA**. — Managua-Vertrag vom 28. Januar 1860.

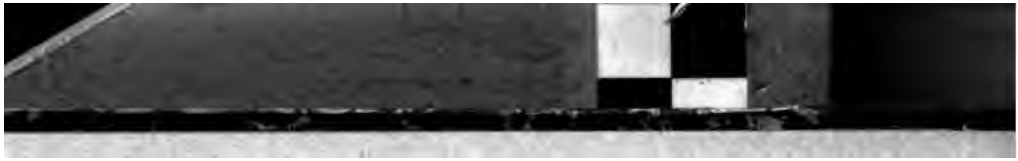
Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Republic of Nicaragua, being desirous to settle in a friendly manner certain questions in which they are mutually interested, have resolved to conclude a Treaty for that purpose, and have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Charles Lennox Wyke, Esquire, Companion of the Most Honourable Order of the Bath, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary on a Special Mission to the Republics of Central America; || And His Excellency the President of the Republic of Nicaragua, Don Pedro Zeledon, Minister for Foreign Affairs; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Nr. 7660.
Gross-
britannien
und
Nicaragua.
28. Jan. 1860.

Art. I. On exchanging the ratifications of the present Treaty, Her Britannic Majesty, subject to the conditions and engagements specified therein, and without prejudice to any question of boundary between the Republics of Nicaragua and Honduras, will recognize as belonging to and under the sovereignty of the Republic of Nicaragua, the country hitherto occupied or claimed by the Mosquito Indians within the frontier of that Republic, whatever that frontier may be. || The British Protectorate of that part of the Mosquito territory shall cease three months after the exchange of the ratifications of the present Treaty; in order to enable Her Majesty's Government to give the necessary instructions for carrying out the stipulations of said Treaty.

Art. II. A district within the territory of the Republic of Nicaragua shall be assigned to the Mosquito Indians, which district shall remain as above stipulated, under the sovereignty of the Republic of Nicaragua. || Such district

*) Die speciellen Actenstücke befinden sich in dem englischen Blaubuch: C—3058.



Nr. 7660.
Gross-
britannien
und
Nicaragua.
28. Jan. 1860.

shall be comprised in a line which shall begin at the mouth of the River Rama in the Caribbean Sea; thence it shall run up the midcourse of that river to its source, and from such source proceed in a line due west to the meridian of $84^{\circ} 15'$ longitude west from Greenwich; thence due north up the said meridian until it strikes the River Hueso, and down the midcourse of that river to its mouth in the sea as laid down in Baily's map, at about latitude from 14° to 15° north, and longitude 83° west from the meridian of Greenwich; and thence southerly along the shore of the Caribbean Sea to the mouth of the River Rama, the point of commencement. || But the district thus assigned to the Mosquito Indians may not be ceded by them to any foreign person or State, but shall be and remain under the sovereignty of the Republic of Nicaragua.

Art. III. The Mosquito Indians, within the district designated in the preceding Article, shall enjoy the right of governing, according to their own customs, and according to any regulations which may from time to time be adopted by them, not inconsistent with the sovereign rights of the Republic of Nicaragua, themselves, and all persons residing within such district. Subject to the above-mentioned reserve, the Republic of Nicaragua agrees to respect and not to interfere with such customs and regulations so established, or to be established, within the said district.

Art. IV. It is understood, however, that nothing in this Treaty shall be construed to prevent the Mosquito Indians, at any future time, from agreeing to absolute incorporation into the Republic of Nicaragua on the same footing as other citizens of the Republic, and from subjecting themselves to be governed by the general laws and regulations of the Republic, instead of by their own customs and regulations.

Art. V. The Republic of Nicaragua being desirous of promoting the social improvement of the Mosquito Indians, and of providing for the maintenance of the authorities to be constituted under the provisions of Article III of this Treaty, in the district assigned to the said Indians, agrees to grant to the said authorities, for the space of ten years, with a view to such purposes, an annual sum of five thousand hard dollars. The said sum shall be paid at Greytown, by half-yearly payments, to such person as may be authorized by the Chief of the Mosquito Indians to receive the same, and the first payment shall be made six months after the exchange of the ratifications of the present Treaty. || For the payment of this sum Nicaragua will levy and especially consign a duty, to be levied according to weight, on all packages of goods that are imported into that port for consumption in the territory of the Republic; and in case this duty shall not suffice for the payment of said sum, the deficit shall be made up from the other duties levied in the Republic.

Art. VI. Her Britannic Majesty engages to use her good offices with the Chief of the Mosquito Indians, so that he shall accept the stipulations which are contained in this Convention.

Art. VII. The Republic of Nicaragua shall constitute and declare the port of Greytown, or San-Juan del Norte, a free port under the sovereign authority of the Republic. But the Republic, taking into consideration the immunities heretofore enjoyed by the inhabitants of Greytown, consents that trial by jury in all cases, civil or criminal, and perfect freedom of religious belief and worship, public and private, such as has hitherto been enjoyed by them up to the present moment, shall be guaranteed to them for the future. || No duties or charges shall be imposed upon vessels arriving in, or departing from, the free port of Greytown, other than such as may be sufficient for the due maintenance and safety of the navigation, for providing lights and beacons, and for defraying the expense of the police of the port; neither shall any duties or charges be levied in the free port on goods arriving therein, in transit from sea to sea. But nothing contained in this Article shall be construed to prevent the Republic of Nicaragua from levying the usual duties on goods destined for consumption within the territory of the Republic.

Mr. 7660,
Gross-
britannien
und
Nicaragua.
28. Jan. 1860.

Art. VIII. All *bonâ fide* grants of land for due consideration made in the name and by the authority of the Mosquito Indians, since the 1st January, 1848, and lying beyond the limits of the territory reserved for the said Indians, shall be confirmed, provided the same shall not exceed in any case the extent of one hundred yards square, if within the limits of San-Juan or Greytown, or one league square if without the same, and provided that such grants shall not interfere with other legal grants made previously to that date by Spain, the Republic of Central America, or Nicaragua; and provided further, that no such grant shall include territory desired by the Government of the latter State, for forts, arsenals, or other public buildings. This stipulation only embraces those grants of land made since the 1st January, 1848. || In case, however, any of the grants referred to in the preceding paragraph of this Article should be found to exceed the stipulated extent, the Commissioners hereinafter mentioned shall, if satisfied of the *bona fides* of any such grants, confirm to the grantee or grantees, or to his or their representatives or assigns, an area only equal to the stipulated extent. || And in case any *bonâ fide* grant, or any part thereof, should be desired by the Government for forts, arsenals, or other public buildings, an equivalent extent of land shall be allotted to the grantees elsewhere. || It is understood, that the grants of land treated of in this Article shall not extend to the westward of the territory reserved for the Mosquito Indians in Article II further than 84° 30' of longitude, in a line parallel and equal with that of the said territory on the same side; and if it should appear, that any grants have been made further in the interior of the Republic, the lands acquired *bonâ fide* shall be replaced with those that are within the limit defined under the regulations agreed upon.

Art. IX. Her Britannic Majesty and the Republic of Nicaragua shall, within six months after the exchange of the ratifications of the present Treaty, appoint each a Commissioner for the purpose of deciding upon the *bona fides*

Nr. 7660.
Gross-
britannien
und
Nicaragua.
28. Jan. 1860.

of all grants of land mentioned in the preceding Article as having been made by the Mosquito Indians, of lands heretofore possessed by them, and lying beyond the limits of the territory described in Article I.

Art. X. The Commissioners mentioned in the preceding Article shall, at the earliest convenient period after they shall have been respectively named, meet at such place or places as shall be hereafter fixed; and shall, before proceeding to any business, make and subscribe a solemn declaration, that they will impartially and carefully examine and decide, to the best of their judgment, and according to justice and equity, without fear, favour, or affection to their own country, all the matters referred to them for their decision; and such declaration shall be entered on the record of their proceedings. ¶ The Commissioners shall then, and before proceeding to any other business, name some third person to act as Arbitrator or Umpire in any case or cases in which they may themselves differ in opinion. If they should not be able to agree upon the selection of such a person, the Commissioner on either side shall name a person; and in each and every case, in which the Commissioners may differ in opinion as to the decision which they ought to give, it shall be determined by lot which of the two persons so named shall be Arbitrator or Umpire in that particular case. The person or persons so to be chosen shall, before proceeding to act, make and subscribe a solemn declaration, in a form similar to that which shall already have been made and subscribed by the Commissioners, which declaration shall also be entered on the record of the proceedings. In the event of the death, absence, or incapacity of such person or persons, or of his or their omitting, or declining, or ceasing, to act as such Arbitrator, or Umpire, another person or other persons shall be named as aforesaid to act in his or their place or stead, and shall make and subscribe such declaration as aforesaid. ¶ Her Britannic Majesty and the Republic of Nicaragua shall engage to consider the decision of the two Commissioners conjointly, or of the Arbitrator or Umpire, as the case may be, as final and conclusive on the matters to be referred to their decision, and forthwith to give full effect to the same.

Art. XI. The Commissioners and the Arbitrators or Umpires shall keep accurate records and correct minutes or notes of all their proceedings, with the dates thereof, and shall appoint and employ such clerk or clerks, or other persons, as they shall find necessary to assist them in the transaction of the business which may come before them. ¶ The salaries of the Commissioners and of the Clerk or Clerks shall be paid by their respective Governments. The salary of the Arbitrators or Umpires, and their contingent expenses, shall be defrayed in equal moieties by the two Governments.

Art. XII. The present Treaty shall be ratified by Her Britannic Majesty, and by the Congress of the Republic of Nicaragua, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible within the space of six months.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto their respective seals.

Done at Managua, this twenty-eighth day of January, in the year of our Lord one thousand eight hundred and sixty.

(L. S.) Charles Lennox Wyke.

(L. S.) Pedro Zeledon.

Nr. 7660.
Gross-
britannien
und
Nicaragua.
28. Jan. 1860.

Declaration.

In proceeding to the exchange of the ratifications of the Treaty concluded and signed at Managua on the 28th January, 1860, between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Republic of Nicaragua, relative to the Mosquito Indians and to the rights and claims of British subjects, the Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs and the Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Nicaragua, hereby declare, that the limitation laid down in the paragraph added by the Congress of the Republic to Article VIII of the said Treaty applies to grants of land to the west of the meridian of 84° 30' of longitude throughout the whole extent of the territory hitherto occupied or claimed by the Mosquito Indians within the frontier of the Republic, but not to grants in any part of the said territory to the east of that meridian line.

In witness whereof the Undersigned have signed the present Declaration, and have affixed thereto their respective seals.

Done at London, the second day of August, in the year of our Lord 1860.

(L. S.) J. Russel.

(L. S.) J. de Marcoleta.

Nr. 7661. **NICARAGUA.** — Min. d. Ausw. an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. — Bitte um Uebernahme des Schiedsrichteramts durch den Kaiser.

(Translation.)

Managua, January 31, 1879.

Sir, — The undersigned, Minister for Foreign Affairs of the Republic of Nicaragua, has the honour to address his Excellency the Minister of State of the Empire of Austria, to inform him, that there exist between the Government of this Republic and that of Great Britain several questions arising out of the Treaty signed between them in 1860, and that not having been able to agree upon their solution they have determined to submit them to the decision of an Arbitrator, for which purpose Her Britannic Majesty's Government proposed, among others, that of His Majesty the Emperor of Austria, which Nicaragua hastens to accept. || Therefore the Undersigned has received

Nr. 7661.
Nicaragua.
31. Jan. 1879.

Nr. 7661. instructions to request, through the honourable conduct of his Excellency the
 Nicaragua. Minister of State of the Austrian Empire, the high mediation of His Imperial
 31. Jan. 1879. Majesty's Government, with the object that they may be good enough to de-
 cide as Arbitrators the questions in dispute. || The Government of Nicaragua,
 although they have no special right to request from that of His Imperial Ma-
 jesty so great a service, rely upon the noble sentiments of His Imperial Ma-
 jesty and his illustrious Cabinet, that they will realize the hopes entertained
 by the parties interested in the difficulty, so as to put an end to the doubts
 that have arisen. || The Undersigned, &c.

A. H. Rivas.

Nr. 7662. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den
 österr.-ung. Min. d. Ausw. — Dasselbe Ersuchen seitens
 der englischen Regierung.

Vienna, April 19, 1879.

Nr. 7662. M. le Ministre, — I am instructed by Her Majesty's Government to so-
 Gross- licit the good offices of the Imperial Government of Austria-Hungary in arbi-
 britannien. trating upon certain differences between them and the Republic of Nicaragua
 19. April 1879. respecting the interpretation of a Treaty concluded with that Republic in 1860,
 by which the Protectorate of Great Britain over the Mosquito Territory was
 relinquished on certain conditions. || Article V of that Treaty, of which a copy
 is herewith inclosed, stipulates that in return for the cession to Nicaragua of
 the right of sovereignty over that territory, Nicaragua shall pay by half-yearly
 instalments an annual sum of 5,000 hard dollars for the space of ten years.
 || Up to the present time a sum of 19,140 dol. 79 c. alone has been paid to
 the Mosquito Chief, the last payment being made in March 1866, leaving a
 balance still due of 30,859 dollars, with interest to the present time. || The
 Nicaraguan Government justify the course they have taken by stating, that they
 have not hitherto been permitted to exercise "full sovereignty" over the Mos-
 quito Territory, a proviso which Her Majesty's Government have failed to dis-
 cover in the Treaty of Managua. || Article VII further declares, that the port
 of Greytown shall be a "free port", and that no duties or charges shall be
 levied on vessels arriving at or departing from that port, excepting such as
 shall be sufficient for the maintenance of the lights, beacons; and police of
 the port. || Notwithstanding the remonstrances of Her Majesty's Government
 and the Representatives of other foreign States, the Nicaraguan Government
 maintain their right to impose import and export duties on goods arriving at
 and leaving Greytown, although such goods may not be intended for con-
 sumption in the Republic. || It has hitherto been found impossible for the two
 Governments to reconcile their conflicting views on the proper interpretation
 of the Treaty, and Her Majesty's Government having consented to allow the
 points at issue to be decided by arbitration, the Government of Nicaragua

have expressed their readiness to accept the proposal of Her Majesty's Government that, Austria shall be invited to grant her good offices with a view to a settlement of the questions in dispute. || The Government of Nicaragua further undertake, immediately after an Umpire shall have been chosen, to deposit in the Bank of England the balance of capital remaining due to Mosquito, to be disposed of by the British Government in favour of Mosquito Indians from the moment that every question arising out of the Treaty of Managua shall have been definitely arranged. || It has further been agreed between the two Governments, that as soon as an Arbitrator shall have been chosen, they should each draw up a Case setting forth their respective opinions and views as to the proper interpretation of the Treaty of Managua, and of the obligations imposed thereby on the several parties signatories to it. The Cases on either side would be exchanged between the two Governments, when each would be in a position to prepare and exchange Counter-Cases, and the two Counter-Cases and the Cases originally drawn up would then be laid before the Arbitrator. A statement prepared by the Mosquito Chief would be annexed to the British Case. || In suggesting Austria-Hungary as the Arbitrator, Her Majesty's Government were actuated by the facts, that her interests are but slightly affected, and that she has no Consular Office at Greytown, and they trust, that the Imperial Government will obligingly consent to act in that character. || The invitation of the Nicaraguan Government is contained in the letter to your Excellency, which I have the honour to inclose herewith. || I have, &c.

Nr. 7662.
Gross-
britannien.
19. April 1879.

Henry Elliot.

Nr. 7663. OESTERREICH-UNGARN. — Schiedsspruch des Kaisers.

Wir, Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen, &c., und apostolischer König von Ungarn, &c.:

haben, nachdem die Regierungen Ihrer britischen Majestät und der Republik Nicaragua übereingekommen sind, die unter ihnen streitige Frage der Auslegung einiger Artikel des am 28. Jänner, 1860, zu Managua zwischen ihnen geschlossenen Vertrages Unserer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterstellen, und Wir Uns bereit erklärt haben, das Amt eines Schiedsrichters in dieser Angelegenheit auszuüben, — auf Grund eines von drei durch Uns berufenen Rechtsverständigen Uns erstatteten Gutachtens den nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Art. I. Die in Artikel I und II des Vertrages von Managua ddo. 28. Jänner, 1860, anerkannte Souveränität der Republik Nicaragua ist in Ansehung des durch Artikel II dieses Vertrages den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebietes nicht eine volle und unbeschränkte, sondern eine durch die den Mosquito-Indianern im Artikel III dieses Vertrages zugestandene Autonomie ("self-government") eingeschränkte.

Nr. 7863.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Art. II. Die Republik Nicaragua ist berechtigt, zur Ersichtlichmachung ihrer Souveränität auf dem den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebiete die Fahne der Republik aufzupflanzen.

Art. III. Die Republik Nicaragua ist berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Souveränitätsrechte in dem den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebiete einen Commissar zu bestellen.

Art. IV. Den Mosquito-Indianern ist es gestattet, auch fernerhin ihre eigene Flagge zu führen; sie müssen jedoch mit derselben ein Emblem der Souveränität der Republik Nicaragua verbinden.

Art. V. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, Concessionen zur Gewinnung von Naturprodukten des den Mosquito-Indianern zugewiesenen Territoriums zu ertheilen. Dieses Recht steht der Mosquito-Regierung zu.

Art. VI. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, den Handel der Mosquito-Indianer zu regeln und von Waaren, welche in das den Mosquito-Indianern vorbehaltene Gebiet eingeführt, oder aus demselben ausgeführt werden, Einfuhr- oder Ausfuhrzölle zu erheben. Dieses Recht steht der Mosquito-Regierung zu.

Art. VII. Die Republik Nicaragua ist schuldig, die Rückstände der im Artikel V des Vertrages von Managua den Mosquito-Indianern zugesicherten Jahresrente im Betrage von 30,859 dol. 3 c. denselben auszubezahlen. Zu diesem Ende ist die von der Republik Nicaragua in der Bank von England deponirte Summe von 30,859 dol. 3 c. sammt den mittlerweile daselbst aufgelaufenen Zinsen der Regierung Ihrer britischen Majestät auszufolgen. || Die Republik Nicaragua ist nicht schuldig, Verzugszinsen von der rückständigen Summe zu bezahlen.

Art. VIII. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, von Waaren, welche in das Gebiet des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") eingeführt, oder aus demselben ausgeführt werden, Ein- oder Ausfuhrzölle zu erheben. || Die Republik Nicaragua ist jedoch berechtigt, von Waaren bei ihrem Uebertritt aus dem Gebiete des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") in das Gebiet der Republik Einfuhrzölle und bei ihrem Uebertritt aus dem Gebiete der Republik in das Gebiet des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") Ausfuhrzölle zu erheben.

Urkundlich dessen Unsere höchsteigenhändige Unterschrift und beigedrucktes kaiserliches Insiegel.

Gegeben Wien, am 2. Juli 1881.

Franz Josef.

Gutachten.

1. Um die Differenzen, welche sich zwischen den Regierungen Ihrer britischen Majestät und der Republik Nicaragua in Betreff der Auslegung einiger Artikel des von ihnen am 28. Januar, 1860, zu Managua geschlossenen Ver-

trages ergeben haben, würdigen und schlichten zu können, ist es nöthig, die verwickelten Verhältnisse und widerstreitenden Ansprüche, welche vor Aufrichtung dieses Vertrages bestanden und zur Abschliessung desselben geführt haben, insoweit sie für die Fällung des Schiedsspruches von Belang sind, in gedrängtester Kürze sich zu vergegenwärtigen*).

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
Juli 1881.

Die rechtliche Herrschaft über das von den Mosquito-Indianern bewohnte, nach innen nicht genau abgegrenzte Gebiet an der Ostküste Centralamerika's längs des caraibischen Meeres war seit langer Zeit streitig. Auf der einen Seite wurde dieselbe von jenen Republiken in Anspruch genommen, welche sich von Spanien im dritten Decennium dieses Jahrhunderts losgerissen hatten und ihr Anrecht auf das Mosquito-Gebiet auf ihre Succession in die Rechte des Mutterlandes gründeten. Die Krone Spanien hatte sich von Alters her die Herrschaft über die Mosquito-Indianer zugesprochen und derselben im Jahre 1803 mittelst eines Decrets, das die territoriale Abgrenzung und die administrative Zuthheilung des Küstengebiets regelte, bestimmenden Ausdruck gegeben. Da aber weder Spanien noch die von ihm abgefallenen und zur Unabhängigkeit gelangten Colonieen die prätendirte rechtliche Herrschaft über das Mosquito-Gebiet factisch ausgeübt hatten und somit der behaupteten Occupation das wesentliche Element der thatsächlichen Besitzergreifung fehlte, so konnten andererseits die Mosquito-Indianer, wie ihre factische Selbständigkeit, so ihre rechtliche Unabhängigkeit behaupten und sich als eigenes Gemeinwesen benehmen. Als solches traten die Mosquito-Indianer in commercielle und völkerrechtliche Beziehungen, namentlich zu England. Die Beziehungen zu dieser Macht reichen bis in die Zeit unmittelbar nach der Eroberung Jamaica's in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hinauf, führten im Jahre 1720 zu einem förmlichen Vertrage zwischen dem Gouverneur von Jamaica und dem "König" betitelt den Häuptling der Mosquito-Indianer und gestalteten sich endlich zu einem völkerrechtlichen Schutzverhältniss. Dieses Protectorat Englands wurde jedoch nicht nur von den centralamerikanischen Republiken, sondern auch von den Vereinigten Staaten Nordamerika's um so lebhafter angestritten, als die vielumworbenen Gegenden um die Mündung des San-Juan-Flusses im Hinblick auf die beabsichtigte Errichtung eines interoceanischen Canals der Verbindung des Atlantischen und des Stillen Meeres in handelspolitischer Beziehung an Wichtigkeit sehr gewonnen hatten.

Als die Mosquito-Indianer im Jahre 1848 mit Hilfe Englands sich der

*) Die folgende Darstellung stützt sich, abgesehen von dem in den Streitschriften beider Regierungen enthaltenen Materiale, hauptsächlich auf nachbenannte Werke:

Martens-Samwer, "Recueil général de Traités", tome XV, pp. 158—250.

von Reden, "Das Mosquito-Gebiet", in Petermann's "Geographischen Mittheilungen, 1856", p. 250 fg.

Samwer, "Die Gebietsverhältnisse Centralamerikas", ebenda, p. 257 fg.

Scherzer, "Wanderungen durch Nicaragua, Honduras und San Salvador, 1857."

P. Lévy, "Notas Geográficas y Económicas sobre la República de Nicaragua", Paris 1873.



Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

an der Mündung des San-Juan-Flusses gelegenen wichtigen Hafenstadt San-Juan del Norte (Greytown) nach manchen Wechselfällen bemächtigt hatten, drohten kriegerische Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten auszubrechen, unter deren Schutz die Republik Nicaragua sich gestellt hatte. Um diesen Gefahren vorzubeugen und um die Basis für eine gleichmässige Enthaltungspolitik Englands und der Vereinigten Staaten in Ansehung der Gegenden längs des beabsichtigten interoceanischen Canals zu gewinnen, schlossen beide Staaten im April 1850 den sogenannten Bulwer-Clayton-Vertrag*) (Case, Appendix, p. 69 sq.), der aber selbst wieder zum Ausgangspunkte neuer Streitigkeiten wurde. England suchte nunmehr durch Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten die Grundlagen für ein Arrangement der centralamerikanischen Angelegenheiten zu erlangen und insbesondere das Schicksal der Mosquito-Indianer und die staatsrechtliche Stellung der wichtigen Hafenstadt San-Juan del Norte (Greytown) zu regeln und in dieser Beziehung zunächst mit den Vereinigten Staaten zu bestimmten vertragsmässigen Resultaten zu gelangen, zu deren Annahme beide Staaten hierauf die Republik Nicaragua zu bewegen suchen sollten. Auf diese Weise entstand im April 1852 der sogenannte Crampton-Webster'sche Vertrag (Martens-Samwer, "Recueil de Traités", tome XV, pp. 195 sq.), worin England auf das Protectorat über die Mosquito-Indianer stillschweigend verzichtete und wonach das ganze, innerhalb der Grenzen Nicaragua's gelegene Mosquito-Gebiet unter die Souveränität der Republik gelangen sollte, mit Ausscheidung jedoch eines genau abgegrenzten Territoriums, das den Mosquito-Indianern zu selbständiger und unabhängiger Herrschaft überlassen bleiben sollte (Artikel I). Diese Vertragsgrundlagen wurden jedoch von Nicaragua nicht angenommen, welches den Mosquito-Indianern ein unabhängiges Gebiet auch nicht theilweise belassen, sondern die ganze Küste seiner eigenen Souveränität unterstellt wissen wollte. Da weitere Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht zum Ziele führten und insbesondere ein im Jahre 1856 geschlossener Vertrag (sogenannter Clarendon-Dallas'scher Vertrag — Case, Appendix, pp. 72 sq.) nicht ratificirt wurde, so schlug England den Weg directer Negotiationen mit der Republik Nicaragua ein und schloss endlich am 28. Januar, 1860, den Vertrag zu Managua ab, der eine Ausgleichung der widerstreitenden Interessen und Ansprüche enthält und für dessen historisches Verständniss und richtige Gesamtauffassung die vorausgegangenen Vertragsverhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht ohne Bedeutung sind.

II. In dem Vertrage von Managua wurde von England das Protectorat über das Mosquito-Gebiet ausdrücklich aufgegeben (Art. I, Alin. 2), die Souveränität der Republik Nicaragua über das ganze, innerhalb ihrer Grenzen gelegene Gebiet der Mosquito-Indianer unter den im Vertrage specificirten Bedingungen und Verpflichtungen anerkannt (Art. I, Alin. 1), zugleich aber den Mosquito-Indianern ein genau abgegrenztes Territorium zugewiesen und vor-

*) S. Staatsarchiv Bd. XL, Nr. 7644.

behalten (Art. II, VIII), innerhalb desselben sie das Recht der Selbstregierung ("self-government") zu geniessen haben (Art. III). || Der Streit zwischen den beiden Regierungen betrifft das Verhältniss der nebeneinander bestehenden Souveränität und Selbstregierung ("self-government") zu einander, den Inhalt und Umfang der einerseits der Republik zustehenden Herrschaft und der andererseits den Mosquito-Indianern eingeräumten Selbstbestimmung. || Eine unbefangene Erwägung der Sachlage führt zu folgenden Ergebnissen: — || Die von der Republik Nicaragua zu allen Zeiten in Anspruch genommene Souveränität über das ganze Küstengebiet ist vertragsmässig anerkannt worden. Die Ausscheidung eines Theiles dieses Gebietes zur Erhaltung oder Constituirung eines völlig unabhängigen, in staats- und völkerrechtlicher Beziehung selbständigen Gemeinwesens der Mosquito-Indianer, wie sie noch in den Vertragsverhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten in Aussicht genommen war, hat nicht stattgefunden. || An die Stelle des bisherigen völkerrechtlichen Schutzverhältnisses ist ein staatsrechtliches Unterwerfungsverhältniss getreten: die Mosquito-Indianer haben an Stelle ihres bisherigen Beschützers (England) einen Beherrscher (die Republik Nicaragua) erhalten, dessen staatsrechtlicher Gewalt und Autorität sie unterstellt sind. || Aber auf der anderen Seite ist den Mosquito-Indianern ein genau abgegrenztes Territorium zugewiesen und ihnen die Selbstregierung innerhalb desselben überlassen worden. || Dieses den Mosquito-Indianern vorbehaltenen Territorium, welches daher gemeinlich "Reserva Mosquita" genannt wird, bildet einen integrierenden und untrennbaren Bestandtheil des Gesamtterritoriums der Republik, eine staatsrechtliche Pertinenz des Hauptlandes. || Auf diesem geschlossenen und aparten Gebiete haben die Mosquito-Indianer ihr eigenes Leben und nationales Dasein zu führen; dieses Territorium ist, obgleich es bleibend zu der Republik Nicaragua gehört, als zunächst und unmittelbar den Indianern gehörig, als ihr Territorium, als das Land der Mosquitos, anzusehen. Dies ergibt sich indirect auch aus dem Verbot der Abtretung dieses Landstrichs durch die Mosquito-Indianer an eine fremde Person oder Macht (Art. II, Alin. 3). Die Mosquito-Indianer dürfen ihr Land nicht einem Anderen zur Herrschaft auftragen. || Innerhalb dieses Territoriums und auf demselben ist den Mosquito-Indianern zugestanden: "the right of governing, according to their own customs and according to any regulations which may from time to time be adopted by them, not inconsistent with the sovereign rights of the Republic of Nicaragua, themselves and all persons residing within such district. Subject to the above-mentioned reserve, the Republic of Nicaragua agrees to respect and not to interfere with such customs and regulations so established, or to be established, within the said district" (Art. III). Bei vorurtheilsloser Prüfung und Auslegung dieser Vertragsbestimmung kann man wohl nicht umhin, anzunehmen, dass darin das Zugeständniss der Selbstregierung ("self-government") im Sinne von Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung enthalten sei. Zu diesem Resultate führt mit Nothwendigkeit auch die Bestimmung des Artikels IV, wonach die Mosquito-

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Indianer zu keiner Zeit verhindert sein sollen "from agreeing to absolute incorporation into the Republic of Nicaragua on the same footing as other citizens of the Republic, and from subjecting themselves to be governed by the general laws and regulations of the Republic, instead of by their own customs and regulations." Solange dies nicht geschehen ist — und die Bemühungen der Republik Nicaragua in dieser Beziehung sind bisher vergeblich gewesen —, sind die Mosquito-Indianer der Republik Nicaragua nicht vollständig einverleibt; sie stehen nicht auf demselben Fusse wie die anderen Unterthanen der Republik, sie unterliegen nicht den allgemeinen Gesetzen und Verordnungen der Republik, sondern sie regieren sich selbst nach eigenen Gewohnheiten und Gesetzen: bis zum Zeitpunkt jener freiwilligen Vereinbarung, einem *dies incertus an et quando*, ist die Incorporation des Mosquito-Gebietes in das Territorium der Republik eine relative und unvollständige. Die Mosquito-Indianer befinden sich sonach in einer vertragsmässig gewährleisteten Sonderstellung: ihr Territorium ist ein von der Gesetzgebung und Verwaltung der Republik exentes Gebiet und bildet eine eigene, selbständige Gesetzgebungs- und Verwaltungssphäre. Diese locale Autonomie ("local self-government") ist der letzte Rest der von den Mosquito-Indianern durch Jahrhunderte beanspruchten und ausgeübten Unabhängigkeit und Selbständigkeit. || Diese Selbstregierung ("self-government") kann sich naturgemäss nicht auf die auswärtigen Angelegenheiten beziehen, da die "Reserva Mosquita" mit der Republik Nicaragua ein staats- und völkerrechtliches Ganzes bildet. Die Mosquito-Indianer haben daher nicht das Recht, mit fremden Staaten in Beziehungen zu treten und Verträge zu schliessen, Gesandte abzuschicken oder zu empfangen, Krieg zu führen und Frieden zu machen. Wohl aber erstreckt sich ihre Selbstregierung bei der allgemein lautenden Fassung des Artikels III auf den ganzen Umkreis der inneren Angelegenheiten, in deren Regelung sich nicht einzumischen die Republik Nicaragua zugesagt hat.

Der Standpunkt, welchen die Regierung der Republik Nicaragua einnimmt und in ihren Streitschriften zu vertreten sucht, lässt sich nicht rechtfertigen. || Die Regierung der Republik stellt in Abrede, dass den Mosquito-Indianern "une autonomie véritable, une autonomie séparée du reste de la République" eingeräumt worden sei (Réponse, pp. 9, 12). Nach ihrer Ansicht wäre die der Republik zustehende Souveränität auch in Ansehung des Mosquito-Gebietes eine absolute und vollständige ("pleine et absolue", Réponse, pp. 4, 10) und die Republik berechtigt, auch auf dem Mosquito-Boden die Herrschaft in ihrem vollen Inhalt und Umfang geltend zu machen ("d'être pratiquement souverain", Exposé, pp. 4, 49—51, 63), die ganze Fülle der in der Souveränität enthaltenen Hoheits- und Regierungsrechte auszuüben ("de nommer ses employés, d'ouvrir des ports de mer, de déterminer les droits de douane . . . en un mot d'y établir comme dans toutes les autres parties de la nation la constitution et les lois de la République", Réponse, p. 10), und hätte sie sich nur aller Eingriffe in die nationalen Sitten und municipalen Gebräuche ("us et coutumes") der

Mosquito-Indianer zu enthalten (Exposé, pp. 5, 43; Réponse, p. 12). || Diese Behauptung steht in directem Widerspruch mit den Artikeln I—IV, worin die Souveränität der Republik nur in limitirter Weise anerkannt ("subject to the conditions and engagements specified in the present Treaty"), die Unverbindlichkeit der "general laws and regulations of the Republic" für die Mosquito-Indianer stipulirt und diesen die Berechtigung, nicht nur sich selbst, sondern überhaupt alle in Mosquitia residirenden Personen zu regieren, zugestanden ist. Sie steht ferner in indirectem Widerspruch mit Artikel V, wonach die von der Republik zu leistende Subvention auch gewährt wird für die Erhaltung der Regierungsbehörden der Mosquitos: "for the maintenance of the authorities to be constituted under the provisions of Article III." Die Behauptung der Regierung der Republik enthält eine durchaus unberechtigte und nicht zu rechtfertigende Anticipation der in Artikel IV einer zukünftigen freien Vereinbarung vorbehaltenen absoluten Incorporation und durchgängigen Gleichstellung der Mosquito-Indianer mit den übrigen Unterthanen der Republik. || Wenn die Regierung der Republik die Ansicht ausspricht, dass der Stamm der Mosquito-Indianer eine verkommene, entartete, bildungs- und entwicklungsunfähige Race sei und dass ihm daher alle zur Selbstregierung erforderlichen Anlagen und Voraussetzungen fehlen (Réponse, pp. 4, 9), so ist dagegen zu bemerken, dass unbefangene und mit den Verhältnissen wohl vertraute Schriftsteller diese Ansicht nicht unbedingt theilen; dass die Republik Nicaragua die zehnjährige Subvention auch zu dem Ende zugesagt hat, um "the social improvement" der Mosquito-Indianer zu befördern (Art. V); dass dieselben im Fall der von der Republik Nicaragua so sehr angestrebten absoluten Incorporation sofort die gleichen Rechte wie alle andern Bürger der Republik geniessen sollen (Art. IV) und dass nach der Aussage ("statement") ihres Chefs bereits eine Anzahl von Schulen u. s. w. errichtet wurde (Case, p. 52), während für die Verbesserung der Lage der ausserhalb des reservirten Territoriums wohnenden, der Republik Nicaragua vollständig einverleibten Mosquito-Indianer angeblich nichts geschehen sei. Wie dem aber auch sei, dieses Bedenken hätte seinerzeit die Regierung der Republik abhalten müssen, den Vertrag zu Managua auf solchen Grundlagen abzuschliessen; sie hätte dann dem Beispiel der Republik Honduras folgen müssen, in deren mit England zu Comayagua am 28. November 1859 geschlossenem Verträge den auf dem Gebiet dieser Republik befindlichen Mosquito-Indianern ein besonderes Territorium zur Selbstregierung nicht vorbehalten, sondern deren absolute Incorporation und sofortige unbedingte Gleichstellung mit den übrigen Unterthanen der Republik Honduras festgesetzt wurde (Artikel II und III). || Die Berufung der Regierung Nicaragua's auf die rechtliche Lage der Indianer innerhalb der Vereinigten Staaten Nordamerikas ist gleichfalls unzutreffend. Nach dem Zeugniß von Kent ("Commentaries on American Law", 5 edit., 1844, vol. iii, p. 378 sq.) wurden die Indianerstämme in Nordamerika stets behandelt "as free and independent tribes, governed by their own laws and usages, under their own Chiefs, and com-

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.



Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

petent to act in a national character and exercise self-government, and while residing in their own territories owing no allegiance to the municipal laws of the whites" (p. 384). Sie standen zu den Vereinigten Staaten in einem Schutzverhältniss und wurden als "dependent allies" angesehen und behandelt. (Kent, pp. 383, 385; Wheaton, "Eléments de Droit International", 1848, i, p. 50 sq.; Beach-Lawrence, "Commentaire sur les Eléments de Droit International de H. Wheaton", 1868, i, p. 264 sq.; Calvo, "Le Droit International", 3^e édit., 1880, i, § 69, p. 178 sq.; Rüttimann, "Das Nordamerikanische Bundesstaatsrecht", i, 1867, S. 1 fg.) Erst in neuester Zeit (3. März 1871) wurde vom Congress zu Washington beschlossen, dass die Indianerstämme in Hinkunft nicht mehr als unabhängige Völkerschaften zu betrachten seien und dass mit ihnen, unbeschadet der Gültigkeit und Wirksamkeit der bereits abgeschlossenen Verträge, keine Allianzverträge mehr abzuschliessen seien ("Revised Statutes of the United States", 1873—74, § 2079, p. 366). Es ist übrigens schon mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der geographischen und ethnographischen Verhältnisse ganz unthunlich, eine Parallele zu ziehen. Während die Indianerstämme in den Vereinigten Staaten allerwärts in enclavirten Gebieten wohnen und einer sie erdrückenden immensen und ungemischten weissen Bevölkerung gegenüberstehen, bewohnen die Mosquito-Indianer (ungefähr 6000 an der Zahl) einen abgesonderten Küstenstrich, und hat die Republik Nicaragua selbst nur eine schwache und gemischte Bevölkerung (circa 250,000 bis 300,000 Einwohner, wovon $\frac{1}{2}$ Ladinos, $\frac{1}{3}$ Indianer, $\frac{1}{6}$ Mulatten und Schwarze). (Martin, "The Statesman's Year-book", 1874, pp. 543, 544; Wappäus, "Handbuch der Geographie des ehemaligen spanischen Mittel- und Südamerika", 1870, S. 335; Meyer, "Conversations-Lexikon", 3. Aufl.: Art. Nicaragua und Mosquito-Küste). Aus der vorstehenden Erörterung und Darstellung ergibt sich als Resultat, dass die Souveränität der Republik Nicaragua auf dem Gebiet der Mosquito-Indianer nicht eine volle und unbeschränkte ist, sondern dass dieselbe durch das den Mosquito-Indianern eingeräumte Recht der Selbstregierung beschränkt und begrenzt ist (Art. I des Entwurfs)*).

Dieses Verhältniss der Republik Nicaragua zu der "Reserva Mosquita" lässt sich in Kürze durch den Satz charakterisiren: "La République règne; mais elle ne gouverne pas." || Als Souverän des Mosquito-Gebietes muss die Republik Nicaragua ohne weiteres für berechtigt erkannt werden, zum Zeichen ihrer Herrschaft ("en signe de souveraineté") die Fahne der Republik auf dem

*) Es kommt wohl auf dasselbe hinaus, wenn P. Lévy in seinem mit der Billigung und pecuniären Unterstützung der Regierung Nicaragua's herausgegebenen Werke: "Notas Geográficas y Económicas sobre la República de Nicaragua" (Paris 1873), auf Seite 400 bemerkt: "En cuanto á Nicaragua, per la Convencion de Managua se ha sustituido á la Inglaterra en el protectorato de los Mosquitos, pero con la condicion expresa de que aquellos reconocieran su soberania. El antiguo rey de Blewfields ó sus legitimos sucesores conservan una autoridad puramente administrativa sobre la jurisdiccion que hemos indicado arriba" (d. i. die Reserva Mosquita).

Territorium der Mosquito-Indianer aufzupflanzen (Entw., Art. II). Diesem Anspruch der Regierung der Republik (Exposé, p. 55) setzt auch die englische Regierung keinen Widerstand entgegen (Counter-Case, p. 8, No. 16), obwohl derselbe einen Beschwerdepunkt in dem Mémoire des Häuptlings der Mosquito-Indianer bildet (Case, p. 52). Ebenso muss der Republik Nicaragua das Recht zuerkannt werden, einen Commissar zu bestellen, der darüber zu wachen hat, dass die Mosquito-Regierung ihren Wirkungskreis nicht überschreite und in die Souveränitätsrechte der Republik (Art. III) nicht übergreife (Entw., Art. III). Dieser Commissar darf sich jedoch in die inneren Angelegenheiten der Mosquito-Indianer nicht mischen und keinerlei Jurisdiction auf dem Mosquito-Gebiet ausüben. Insoweit das nicaraguanische Präsidial-Decorret, vom 6. Januar 1875 (Case, p. 82) hiemit in Widerspruch steht, wird dasselbe daher ausser Kraft zu treten haben. || Den Mosquito-Indianern kann es füglich nicht verwehrt werden, ihre alte Flagge auch fernerhin zu führen. Sie müssen jedoch ein Zeichen der Souveränität der Republik Nicaragua, der sie unterworfen sind, damit verbinden, um dieses Herrschaftsverhältniss zum allgemein erkennbaren Ausdruck zu bringen (Entw., Art. IV). Dies ist umsomehr geboten, als selbst Staaten, welche nur ein Protectorat ausüben, darauf gedrungen haben, dass der beschützte Staat an seiner Flagge ein Zeichen dieses Schutzverhältnisses ("as a mark of the protection") anbringe. || So mussten die ionischen Inseln, solange sie sich unter dem Protectorate Englands befanden, dieses Verhältniss an ihrer Flagge ersichtlich machen (Phillimore, "Commentaries upon International Law", i, p. 96 sq.).

III. Die Selbstverwaltung begreift die eigene Verwaltung der wirtschaftlichen Angelegenheiten in sich. Gerade auf dem Gebiete der materiellen Interessen gelangt das Recht der Selbstregierung zu besonderer praktischer Bedeutung. || Die Mosquito-Indianer sind darauf angewiesen, die gesammten Bedürfnisse ihrer nationalen Sonderexistenz und alle Kosten ihrer Selbstregierung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Sie haben für die Herbeischaffung dieser Mittel selbst zu sorgen und können dieselben nur durch Gewinnung der Naturproducte ihres Territoriums und möglichst vortheilhaften Absatz derselben aufbringen. In der Ueberlassung eines eigenen Territoriums liegt von selbst die Ueberlassung desselben zu eigener Ausnützung. In Folge der den Mosquito-Indianern eingeräumten territorialen und gouvernementalen Sonderstellung bildet das ihnen vorbehaltene Gebiet ein eigenes selbständiges Wirtschaftsgebiet. Eine nothwendige Consequenz hiervon ist es, dass der Mosquito-Regierung das Recht zustehen muss, Lizenzen zur Gewinnung der Naturproducte ihres Territoriums (Holz, Kautschuk, Gummi, Cocosnüsse, Mineralien u. s. w.) zu ertheilen und Gebühren dafür zu erheben. || Es würde gegen allgemeine Rechtsgrundsätze verstossen, wenn derjenige, dem der Boden gehört, nicht berechtigt wäre, die Früchte desselben selbst zu ziehen oder die Gewinnung derselben gegen Entgelt Anderen zu überlassen. Die Ausnützung des Mosquito-Bodens kann nur den Mosquitos zustehen, und die Republik Nicaragua kann daher nicht für

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

berechtigt erkannt werden, "de délivrer des patentes pour l'exploitation des produits naturels de la Mosquitia" und den Mosquitos hiemit diese Einnahmequelle zu entziehen (Entw., Art. V). Die Inanspruchnahme dieser Berechtigung seitens der Regierung der Republik (Exposé, p. 49 sq.) beruht auf einer Verwechslung des staatsrechtlichen Begriffs der Souveränität mit dem privatrechtlichen Begriff des Eigenthums. || Da die Mosquito-Indianer unter der Herrschaft der Republik Nicaragua ein eigenes, mit "self-government" ausgestattetes Gemeinwesen ausmachen, so müssen sie auch für berechtigt erkannt werden, ihren Handel durch eigene Anordnungen ("Regulations") zu regeln (Art. III) und, falls es ihnen zweckmässig scheint, von Waaren, die in ihr Gebiet eingeführt oder aus demselben ausgeführt werden, Zölle zu erheben und sich dadurch eine Einnahmequelle zu eröffnen. || Wenn die Regierung der Republik Nicaragua diese Rechte für die Republik "en sa qualité de Souverain" in Anspruch nimmt und derselben die Befugniss vindicirt "de régler le commerce extérieur de la Reserva Mosquita, de régler le cabotage, d'ouvrir et de fermer ceux des ports pour lesquels l'une ou l'autre de ces mesures lui paraît opportune" (Exposé, pp. 51, 63), "d'imposer les droits généraux d'importation et d'exportation dans le territoire de la Reserva" (Exposé, pp. 52, 53), so ist dies nur eine Consequenz ihrer irrigen principiellen Auffassung, wonach der Republik Nicaragua die volle und unbeschränkte Ausübung der Souveränitätsrechte auch auf dem Mosquito-Territorium zustehen soll. Die Behauptung, dass der Republik das Recht zustehe "d'appliquer dans le territoire de la Reserva les droits généraux qui régissent les autres parties de la République" (Exposé, p. 63), steht vollends im Widerspruch, sowohl mit den Artikeln III und IV des Vertrages, wonach die "General Laws and Regulations of the Republic" auf dem Mosquito-Gebiet nicht gelten sollen, als mit dem den Mosquitos gewährleisteten Rechte der Selbstregierung, da darin unzweifelhaft das ausschliessliche Recht der Selbstbesteuerung, der directen wie der indirecten, enthalten ist. || Die Regierung der Republik Nicaragua beruft sich für ihre Berechtigung, die in Greytown importirten, zum Verbrauch im Mosquito-Gebiet bestimmten Waaren bei ihrer Wiederausfuhr zur See aus diesem Hafen mit einem Zoll zu belegen, auf den Schlussatz des Artikels VII, wonach die Constituirung von San-Juan del Norte (Greytown) zu einem Freihafen die Republik Nicaragua nicht hindern soll, die üblichen Zölle von Waaren, die zum Verbrauch innerhalb des Territoriums der Republik bestimmt sind, zu erheben: zu dem Gebiet der Republik gehöre aber auch das Mosquito-Gebiet; die Republik müsse daher berechtigt sein, von den aus dem Freihafen Greytown nach Mosquitia exportirten Waaren einen Zoll zu erheben (Exposé, pp. 52, 53; Réponse, p. 18). Allein in dem Schlussatz des Artikels VII, der überhaupt nicht das Verhältniss Nicaragua's zur Mosquita betrifft, können ebenso, wie im Artikel V, Alinea 2, die Worte "territory of the Republic" nicht die Bedeutung vom Gesamtterritorium der Republik haben, sondern es ist darunter das eigentliche Territorium der Republik mit Ausschluss des "territory reserved

for the Indians" (Art. VIII) zu verstehen. Ueberdies aber ist die Erhebung eines Zolles unverträglich mit dem Freihafencharakter von Greytown (Nr. V). Der Besorgniss der Regierung der Republik Nicaragua, dass die zollfreie Einfuhr von Waaren in den Mosquito-District Schmuggel in die übrigen Gebiets-theile der Republik zur Folge haben oder befördern würde (Exposé, p. 51), begegnet die Regierung Ihrer britischen Majestät mit der Einwendung, dass die Grenzgegenden des Mosquito-Gebietes ganz unwegsam seien (Counter-Case, p. 28, Nr. 93). Wäre dies nicht der Fall, so bliebe der Republik Nicaragua nichts übrig, als eine Zwischenzolllinie zu errichten. Die Schwierigkeit oder Unausführbarkeit einer solchen Unternehmung vermag dem Recht der Mosquito-Indianer, wie es sich nun einmal aus dem Vertrage von Managua ergibt, keinen Abbruch zu thun. || Es muss daher erkannt werden, dass die Republik Nicaragua nicht berechtigt ist, den Handel der Mosquito-Indianer zu regeln und von Waaren, die in das Mosquito-Gebiet eingeführt oder aus demselben ausgeführt werden, Einfuhr- oder Ausfuhrzölle zu erheben (Entw., Art. VI). Die hiemit im Widerspruch stehenden Artikel 1 und 2 des nicaraguanischen Präsidial-Decrets vom 4. October 1864 (Case, p. 82) werden sonach ausser Kraft zu treten haben.

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

IV. Im Artikel V des Vertrages von Managua übernahm die Republik Nicaragua auf die Dauer von 10 Jahren die Verpflichtung, den Mosquito-Indianern zum Zweck der Aufbesserung ihrer socialen Lage und der Erhaltung ihrer auf Grund des Artikels III constituirten Regierungsbehörden eine jährliche Rente von 5000 dol. zu zahlen. Diese Rente soll halbjährig zu Greytown einer vom Häuptling der Mosquitos zum Empfang bevollmächtigten Person ausbezahlt und die erste Rate sechs Monate nach Austausch der Ratificationen des Managua-Vertrages entrichtet werden. || Dieser Austausch erfolgte am 2. August 1860 in London. || Die Zahlung der Rente geschah unregelmässig und gerieth bald völlig ins Stocken. Als im November 1865 der Häuptling der Mosquito-Indianer starb und dessen Vetter, ein elfjähriger Knabe, als Nachfolger proclamirt wurde, verweigerte die Republik Nicaragua die Anerkennung desselben. Es braucht hier nicht untersucht zu werden, ob diese Verweigerung auf statthaften Gründen beruhte, oder ob sie nur den willkommenen Vorwand bieten sollte, um die Zahlungen der Subvention zurückzuhalten. Jener Häuptling ist seither (nach 1875) gestorben und gegen die Legitimität seines Nachfolgers kein Anstand erhoben worden. Da nun die Zwecke, zu deren Erreichung die Subvention zugesagt wurde, nach wie vor fortbestehen, und da die Zahlung derselben an keinerlei Bedingungen geknüpft ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Republik Nicaragua schuldig erkannt werden muss, die rückständige Summe im Betrage von 30,859 dol. 3 c. zu bezahlen. Diese Summe ist mittlerweile von der Republik Nicaragua bei der Bank von England mit der Bestimmung hinterlegt worden (Case, p. 78), dass dieselbe nach Fällung eines auf Zahlung lautenden Schiedsspruches der britischen Regierung zu Gunsten der Mosquito-Indianer ausgefolgt werde. (Entw.,

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

Art. VII.) || Wenn die Regierung der Republik Nicaragua das Begehren stellt, dass die in der Bank von England deponirte Summe ihr ausgefolgt werde, um dieselbe in entsprechender Weise zum Besten der Mosquito-Indianer zu verwenden, da Niemand besser in der Lage sei, zu beurtheilen, was zu thun sei, als "le Souverain dans ses domaines, et que le territoire de Mosquitia se trouvant dans les limites et sous la juridiction de la République, il est de son devoir de s'enquérir de ses besoins pour y subvenir autant que possible, prenant toutes les mesures qui peuvent contribuer à l'avancement moral et au progrès matériel de ce district" (Réponse, p. 16), — so übersieht sie zunächst, dass die Subvention nicht nur zur Verbesserung der socialen Lage der Mosquitos, sondern auch zur Erhaltung ihrer eigenen Regierungsbehörden dienen soll. Sie sucht sich hiedurch aber auch in principiell unzulässiger Weise an die Stelle der Mosquito-Regierung zu setzen, die zur eigenen und selbständigen Wahrnehmung und Besorgung der Angelegenheiten und Interessen der Mosquitos berufen ist. Ist doch selbst in dem Vertrage, den die Republik Honduras mit Grossbritannien am 28. November 1859 zu Comayagua geschlossen hat, stipulirt worden, dass die von dieser Republik den vollständig einverleibten Mosquitos zum Zwecke der Verbesserung ihrer intellectuellen und materiellen Lage zu entrichtende zehnjährige Subvention von 5000 dol. pro Jahr dem Häuptling derselben ausbezahlt werden solle (Art. III, Alin. 2). || Die Republik Nicaragua kann jedoch nicht verhalten werden, von der rückständigen Subventionssumme Verzugszinsen zu zahlen. Die Subvention ist zwar nicht, wie die Regierung der Republik Nicaragua meint (Réponse, p. 18), eine reine Schenkung ("un don gratuit, un présent"), da sie vielmehr mit Rücksicht ("en considération") auf die mannigfachen Vortheile versprochen worden ist, welche der Republik in dem Vertrage zugesichert und aus demselben erwachsen sind, wie das Aufgeben des Protectorats seitens Englands und die Anerkennung der Souveränität der Republik über das ganze Mosquito-Gebiet, die Stadt San-Juan del Norte (Greytown) mit inbegriffen. Wenn aber die Subvention auch nicht den Charakter einer reinen Schenkung hat, so hat sie doch immerhin den Charakter einer remuneratorischen Liberalität, und die aus der Natur eines solchen Rechtsverhältnisses sich ergebende Billigkeit schliesst die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen aus (Entw., Art. VII).

V. Wie in Theorie und Praxis allgemein anerkannt ist, besteht das Wesen eines Freihafens darin, dass daselbst alle frei und ohne Entrichtung von Zöllen ein- und ausgeführten Waaren im Gebiet des Hafens selbst verbleiben, um daselbst verkauft oder verbraucht zu werden, oder dass sie aus demselben nach einem im Inland oder im Ausland gelegenen Orte wieder ausgeführt werden. Ein Freihafen, der zu einem bestimmten Staatsgebiete gehört und daher unter der Souveränität dieses Staates steht, ist eben in Bezug auf Zollsachen als Ausland anzusehen. Sobald jedoch die Waaren aus dem Gebiete des Freihafens in das übrige Staatsgebiet eingeführt werden, können dieselben bei ihrem Eintritt in dieses Gebiet, also ausserhalb des Freihafengebietes, mit einem Ein-

fuhrzoll belegt werden. Nur in diesem Sinne können die Schlussworte des Artikels VII des Vertrages von Managua verstanden werden, welche ihr rechtes Licht durch die unmittelbar vorhergehende Bestimmung erhalten, wonach es der Republik Nicaragua nicht gestattet sein soll, von Waaren, welche von Meer zu Meer durch das Gebiet der Republik auf dem projectirten inter-oceanischen Canale gehen, Durchfuhrzölle zu erheben. Desgleichen können die aus dem Inland ausgeführten Waaren ("les articles du pays") zwar nicht bei ihrem Austritt aus dem Freihafen, wohl aber bei ihrem Uebertritt aus dem Staatsgebiet in das Gebiet des Freihafens mit einem Ausfuhrzolle belegt werden (Entw., Art. VIII). Das mit diesen Grundsätzen im Widerspruch stehende nicaraguanische Präsidial-Decret vom 22. Juni 1877 (Case, pp. 92, 93), welches für die Dauer der Litispendens durch Präsidial-Decret vom 10. April 1878 (Case, pp. 93, 94) für San-Juan del Norte (Greytown) bereits suspendirt ist, wird daher für diesen Freihafen definitiv ausser Kraft zu setzen sein. || Da in einem Freihafen Zölle von Waaren überhaupt nicht erhoben werden dürfen, so ist es auch unstatthaft, Zölle von daselbst ein- oder ausgeführten Waaren zu dem Zwecke zu erheben, um die Kosten der Verwaltung der Hafensstadt und der Erhaltung des Freihafens zu bestreiten. Die Mittel zur Bedeckung solcher localen Bedürfnisse müssen durch Localbesteuerung in anderen Formen aufgebracht werden, wie z. B. durch Auflegung einer Steuer auf den Verbrauch von zollfrei eingeführten Waaren. Das durch Präsidial-Decret vom 20. Februar 1861 (Case, pp. 88, 89) eingeführte System der Aufbringung der Kosten für die Verwaltung der Stadt und die Erhaltung des Freihafens Greytown durch einen Einfuhrzoll auf die daselbst importirten Waaren wird daher durch ein anderes System zu ersetzen sein. || Ueber das Recht der Republik Nicaragua, im Freihafen San-Juan del Norte (Greytown) von Schiffen Abgaben ("duties and charges") zu Zwecken des Hafens zu erheben (Art. VIII), herrscht kein Streit. || Auf die übrigen, von der Regierung Ihrer britischen Majestät zur Urtheilsfällung verstellten Punkte (Counter-Case, pp. 32, 33, Nr. 15—19) kann füglich nicht eingegangen werden, da einige derselben theils Administrations-Angelegenheiten, civilrechtliche Rückforderungs-Ansprüche einzelner Privatpersonen betreffen, rücksichtlich anderer Punkte aber das zur Entscheidung nöthige statistische und rechnungsmässige Material nicht zu Gebote steht.

VI. Die Regierung der Republik Nicaragua bestreitet das Recht der Regierung Ihrer britischen Majestät, sich der Angelegenheiten, welche die Mosquito-Indianer und den Freihafen San-Juan del Norte (Greytown) betreffen, anzunehmen und in der vorliegenden Streitsache die Rolle des Beschwerdeführers zu übernehmen, da hierin eine unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaragua's und eine vertragswidrige Geltendmachung des aufgegebenen Protectorates über Mosquitia liege (Exposé, pp. 53, 54, 63; Réponse, pp. 16, 17). || Diese Bestreitung der Legitimation Englands *ad causam* kann nicht für begründet erkannt werden. || Was zunächst den Hafen von San-Juan del Norte (Greytown) betrifft, so hat die Republik Nicaragua im Artikel VII

Nr. 7663.
Oesterreich-
Ungarn.
2. Juli 1881.

des mit England abgeschlossenen Vertrags, von Managua die Verpflichtung übernommen, denselben als Freihafen zu constituiren und zu erklären. Diese Constituirung und Erklärung ist durch Präsidial-Decret vom 23. November 1860 (Case, p. 87) denn auch erfolgt. Aber England hat ein vertragmässiges Recht, auch darauf zu dringen, dass diese Constituirung und Erklärung nicht bloss eine nominelle sei, sondern dass von der Regierung der Republik Nicaragua keine Verfügungen und Anordnungen getroffen werden, welche mit dem Wesen und dem Charakter eines Freihafens unverträglich sind. Wenn nun die in Greytown ansässigen oder dahin Handel treibenden englischen Kaufleute den Schutz und das Einschreiten der englischen Regierung gegen Maassregeln der Regierung Nicaragua anrufen, welche den Freihafencharakter Greytowns und dadurch ihre Handelsinteressen beeinträchtigen, und wenn Angehörige dritter Staaten sich solchen Schritten anschliessen, so liegt hierin kein Vorgang, der mit den Normen des Völkerrechts und der allgemein üblichen und für zulässig erkannten Praxis im Widerspruche stünde. || Was aber die Angelegenheiten der Mosquito-Indianer betrifft, so hat England in dem Vertrage von Managua zwar die Souveränität der Republik Nicaragua anerkannt und auf sein Protectorat verzichtet, aber dies doch nur unter vertragmässiger Ausbedingung gewisser staatsrechtlicher und pecuniärer Vortheile für die Mosquitos gethan ("subject to the conditions and engagements specified in the Treaty, Art. I"). England hat ein eigenes Interesse an der Erfüllung dieser zu Gunsten seiner ehemaligen Schutzbefohlenen stipulirten Bedingungen und deshalb auch ein eigenes Recht, auf die Erfüllung dieser Zusagen wie aller übrigen Vertragsclauseln zu dringen. Mit Unrecht nennt dies die Regierung Nicaragua's eine unzulässige "Intervention", da in die Kategorie der allerdings verpönten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates das Andringen auf Erfüllung von demselben vertragmässig übernommener Verpflichtungen nicht gehört. Nicht minder unrichtig ist es, wenn die Regierung Nicaragua's diese Geltendmachung vertragmässiger Ansprüche als eine fortgesetzte Ausübung des aufgegebenen Protectorates zu qualificiren sucht und Englands Einschreiten aus diesem Grunde für unzulässig erklären will. || Die Regierung der Republik Nicaragua stellt endlich auch das Begehren (Réponse, p. 17): es werde im Schiedsspruche ausgesprochen, dass der Vertrag von Managua, nachdem er seinen Zweck erfüllt habe, in Ansehung der Mosquitia annullirt sei und dass in Hinkunft die betheiligten Parteien sich in dieser Beziehung lediglich an die im Schiedsspruch getroffenen und aufgezählten Bestimmungen zu halten verpflichtet seien. Dieses Begehren verstösst gegen allgemeine Rechtsgrundsätze, und kann demselben daher nicht stattgegeben werden. Die Auslegung eines Vertrages kann nimmermehr an die Stelle des ausgelegten Vertrages treten, und das richterliche Urtheil schafft nicht neues Recht, sondern bringt nur das vorhandene Recht zur Feststellung und Anerkennung.

Orientalische Frage (Armenien).

Nr. 7664. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel (Göschén) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). — Dringt auf Wiederanregung der Reformen in Armenien.

(Extract.)

Constantinople, November 16, 1880.

I have the honour to inclose a despatch from Capitain Clayton embodying complaints by the Nestorians and containing some very interesting information as to the grouping of communes according to population in some of the districts of the Vilayet of Van. || Colonel Wilson will, during the winter, come into contact with the population of some important districts, and before he left he asked me what language he should hold when questions would be put to him, as would certainly be the case, with regard to those reforms, the report of which seems to have penetrated throughout Asia Minor, but of the realization of which the people remain absolutely without proof. He presumed he must recommend patience, as he had done hitherto; but he did not conceal his opinion, that such language could not be held much longer with any advantage or effect. || The agitation, of which the symptoms are being reported by our Consular Agents, the instructions which must from time to time be given to Her Majesty's Representatives in the provinces inhabited by Armenians, the dangers and the discredit of a prolongation of the present state of things, make it imperative for me to urge on Her Majesty's Government that, whatever difficulties may interpose in the solution of the Montenegrin and Greek questions, the Porte should not be allowed to think, that the Powers have become silent or indifferent as to Asiatic reforms. The Porte was called on to fulfil her obligations in this respect in the identic note sent in by the Representatives of the Great Powers on the 11th June*). The Porte replied to the part of the note relating to the reforms in the provinces inhabited by the Armenians on the 5th July**), and stated what reforms the

Nr. 7664.
Gross-
britannien.
16. Nov. 1880.

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXVII Nr. 7156.

**) Bd. XXXVII Nr. 7295.

Nr. 7864.
Gross-
britannien.
16. Nov. 1880.

Ottoman Government proposed to introduce. " The utter inadequacy of these proposals was explained to the Porte in a collective note on the 7th September *). Since then no steps have been taken to follow up the subject. The Porte in its aggressive note of the 3rd October**), which professed to deal with all the questions still pending under the Treaty of Berlin, stated what it was prepared to do as regards reforms in Asia Minor, but without reference either to its own proposals made in its note of the 5th July, or to the criticisms of the Great Powers upon them. || In fact, the last note of the Representatives of the Great Powers on the Treaty obligations of the Porte as to the provinces inhabited by Armenians has remained unanswered. In fact, it has not only not been answered, but in the next communication of the Porte on the subject of the reforms it is completely ignored. || The note of the Porte, dated the 3rd October, has now been six weeks in the hands of the Powers; but no protest has been made to the course of the Porte as regards this Armenian question, nor has any notice been taken either of their action or inaction. The inevitable effect on the mind of the public must be, that the Powers are not disposed to press their previous views and that the Turkish Government may proceed to the solution of the question in the mode they think best. || I am aware, that among some of the Great Powers the view has prevailed, that the Montenegrin question must be first brought to a solution before other questions were pressed; but this view, as a not unnatural consequence of the long delays which have exhausted the patience of Europe, appears to have developed into the feeling, that even when the Montenegrin question is settled, instead of the time being come for urging the fulfilment of other engagements, respite from pressure should be allowed to the Porte. || I cannot too strongly express to your Lordship my profound conviction of the dangers of such a course, and if I do not dilate upon them, it is because I know, that Her Majesty's Government, through the able reports of our Consular Agents in Anatolia and Kurdistan, are thoroughly acquainted with the prevailing state of things. Other Powers may not have equal knowledge, or having equal knowledge, may be more indifferent to the events which may ensue from the course of action which they prefer. But it is impossible to deny, that the Armenians cannot be expected to have patience much longer and that the misgovernment and oppression under which they suffer may lead them, when they see, that nothing is to be hoped for from the Powers, into acts of rebellion, or at all events into preparations for a rising, of which the consequences may be terrible scenes between the Armenians and the Kurds and a repetition of horrors, which occurred in Bulgaria and elsewhere. || Your Lordship is aware from my despatches, that I have never lost an opportunity to warn the Turkish authorities as to what was to be expected if

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXVII Nr. 7298.

**) Bd. XXXVII Nr. 7269.

they did not more effectually control the Kurds. They now see the consequences of their neglect. I have warned them now as to symptoms of agitation in Armenia, and I have urged them, at least pending the solution of the reform question, to send their best and most trusted men to govern the vilâjets inhabited by Armenians. I have, personally and confidentially, even named men to them in whom I understand the Armenians would have confidence. But while all the Powers are silent as to the Armenians, I cannot expect to produce much effect, and precisely as in European Turkey the Ottoman authorities will take no steps which would offend the Albanians, so in Asia Minor it is hopeless to expect, that they will do anything which might offend the Kurds. || In view of the position such as I have described it, I venture to submit to your Lordship whether the time has not come when the other Powers, Signatories to the Treaty of Berlin, should be again summoned to unite with Her Majesty's Government for a combined effort to ameliorate the state of things in Asia. || If they refuse, or give only lukewarm support, the responsibility will not lie with Her Majesty's Government.

Nr. 7664.
Gross-
britannien.
16. Nov. 1880.

Nr. 7665. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter in Berlin, Paris, St.-Petersburg, Rom und Wien. — Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Vorstellung bei der Pforte wegen der armenischen Reformen.

Foreign Office, January 12, 1881.

My Lord, — In inclose copy of a despatch from Captain Clayton, Vice-Consul at Van, with an extract from a petition which he has received bearing the signatures of 900 Armenians, describing the maladministration of the Turkish officials in that district, more especially in regard to the mode in which they are carrying out the scheme for the rearrangement of the communes, a reform offered by the Porte itself in its note of the 5th July last, and are persisting in nominating the Mudirs notwithstanding the protest of the Powers against that mode of appointment. || I have to request your Excellency to call the attention of the _____ Government to the state of affairs revealed in these papers. || The way in which the Porte is dealing with its offer of reforms would appear to furnish grounds for remonstrance on the part of the Representatives, and Her Majesty's Government would be glad if the _____ Government would instruct their Ambassador at Constantinople to join with his colleagues in a representation to the Porte on the subject. || I am, &c.

Nr. 7665.
Gross-
britannien.
12. Jan. 1881.

Granville.



Nr. 7665.
Gross-
britannien. (Extract.)
12. Jan. 1881.

Captain Clayton to Major Trotter.

Van, November 16, 1880.

Yesterday a deputation of the Armenians of Van waited upon me and presented me with a paper followed by upwards of 900 signatures, of which I now inclose a translation. || I am compelled to say, that I entirely indorse what is stated in this paper. The so-called reform of the formation of communes and appointment of Mudirs is a perfect farce. Armenians who have been associated with Turkish employés in the arrangement of the new communes have come to me and said, that the most flagrant miscalculations of the relative numbers of Christians and Moslems had been made; that they had protested, but were not listened to and in some cases had refused to sign the Reports of proceedings. The various local Medjlisses had in several instances been forced by threats to sign. Moreover, the Mudirs chosen are always such as will be likely to be the tools of the Government. In the case mentioned in my despatch of the 26th October, 1880, although the Vali promised me to look into the matter, nothing has been done, and he sent for the men who came to me, abused them for having brought their case to my notice and sent them off home at once, threatening to imprison them if they remained here. || Fresh reports continue to come in almost daily of Kurdish pillage; but the authorities do absolutely nothing to prevent it. || As regards the question of bearing arms, I have been informed by several different persons, that on his recent tour the Vali distributed arms to the Kurds, ostensibly to enable them to protect themselves against pillage, and there seems no room to doubt, that he did so. Unquestionably the Turkish authorities have had their suspicions aroused as to the existence of disaffection among the Armenians tending towards revolt, and are taking what they consider desirable precautions; but it is their own misgovernment that has produced this disaffection. || The Vali started last week on a fresh tour to appoint Mudirs in the districts immediately round Van, but has only as yet got as far as a village about a couple of miles from the town. || I promised the Armenian deputation to forward a translation of their paper to you and begged them to use their influence with the people to encourage them and calm their excitement, as the European Powers are earnestly engaged in the endeavour to obtain an amelioration of their condition, and they ought at least to await the result of their efforts and not to compromise the hoped-for end by rash action.

Letter addressed to Captain Clayton by the Armenians of Van.

(Translation.)

Van, November 14, 1880.

Sir, — For five long centuries the Armenian population of Vasbouragan, suffering from heavy oppressions under the Turkish rule, has succeeded in maintaining its existence miraculously until this time, when the Divine Pro-

vidence at last began to pity us and sent you here, who represent Her Most Gracious Majesty Queen Victoria of Great Britain. It is a great favour, indeed, that England rendered to Armenia, by which she gives the Turks to understand, that she has the intention and really desires to protect the Armenians from oppression and injustice and to ameliorate their pitiful condition. We therefore are much obliged to the magnanimous English nation, and our hearts are always filled with sentiments of gratitude, and we beg you to be kind enough to express our thanks to Her Majesty's Government for the high protection and sympathy England intends to grant to Armenia. || Fifteen months have already elapsed, Sir, since you have set your foot in this country, when our hearts were consoled and we forgot all the oppressions, sufferings and pains of the past time and hoped, that our miserable condition would very soon be ameliorated. But you will testify yourself, that not a single improvement has taken place during this precious time, and our condition has become worse than before, so that we are driven to despair, for: || In the first place we see, that the Turkish Government, on the pretext of carrying out the reforms promised by the Porte, is becoming more oppressive and is trying to deprive the Armenians of their rights which they have enjoyed for so many centuries. For instance, the peasantry have had hitherto the right to choose their Headman, and if they found him unfit for his office they could dismiss him and put another one in his place. But now the Government, pretending to ameliorate the sad condition of the peasantry, is appointing Mudirs to the Armenian villages without asking the people whom they wish to have as their Headman. Besides, the persons who are appointed Mudirs are generally very unpopular and not of much use for the people. || Secondly, we are very sorry to see, that ignorant, corrupt and fanatic Turks and Kurds, who are the chief oppressors and the sworn enemies of the Armenians, not only continue in their offices, but also in their oppressive conduct, and that when, on account of the Consular interference, they are dismissed, after some time they are reappointed to the same office. And it is a matter of fact, that the most important offices in the country are confided to them in order to oppress and impoverish the Armenians. And one can easily imagine what terrible intrigues they carry on. || Thirdly, we are quite at a loss what to say when we see, that our Vali telegraphs to the Porte to the effect, that the condition of our country is satisfactory and that crimes, such as outrages, murders and robberies, are not committed by the Kurds, while, as you know perfectly well, not a single day elapses without new crimes which the repacious Kurds are continually committing in the whole country. || Fourthly, we see with much regret, that the local authorities no longer take our protests into consideration; on the contrary, they try openly and in secret to stifle our voice which we raised up to Europe against our oppressors, against the injustice and violence that we are still obliged to endure. We beg your attention, Sir, to this, for which purpose especially we present to you this

Nr. 7665.
Gross-
britannien.
12. Jan. 1881.

Nr. 7665.
Gross-
britannien.
12. Jan. 1881.

statement. The abuses of the authorities, the misconduct of the officials, the oppressions of the gendarmes and the Imperials troops, which are usual things for the Turks, they altogether try to conceal. This means to say, that they wish that the Armenian population of Vasbouragan should be left buried in its present extremely bad condition. For this purpose telegrams and letters are kept back, and whenever our oppressed brethren come to you in order to find some remedy for their hopeless condition the Government threatens to put them in prison, and they are sent off without getting any satisfaction for their complaints. || In the fifth place, our hearts are filled with doubts when we see, that the Local Government, instead of respecting the natural right of Armenians to defend themselves against thieves and robbers, who are boldly going round about the country stripping the people on the road and plundering the villages, is arresting those Armenians who are obliged to take arms with them for self-defence when they are travelling in the villages, because a complete anarchy is prevailing in the country, and the authorities have neither the intention nor the means to protect them from being robbed and killed. Thus, while the rapacious Kurds, who are much esteemed by the Turks, have the privilege not only to ramble armed, but to plunder and ruin the country, the Armenians are not allowed to have the most necessary means to maintain their existence; and while our Vali distributes to the Kurds the best rifles called "Martini", the Armenians have no right even to buy a revolver. || Having before our eyes all these cases, we are obliged to sign and present to you this memorandum, in hopes, that you will kindly take into consideration our deplorable and dangerous condition. We beg also, Sir, your attention to all those unsatisfactory and incomplete means by which the Turkish Government is now trying to improve the condition of the country. But we are sure, that by your philanthropic efforts the truth will be disclosed and justice will finally have the victory.

(Signed by 940 Armenians of Van.)

Nr. 7666. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck wünscht die armenische Frage bis zur Beendigung der griechischen Frage zu verschieben.

Berlin, January 28, 1881.

Nr. 7666.
Gross-
britannien.
28. Jan. 1881.

My Lord, — On receiving your Lordship's despatch of the 12th instant respecting the maladministration of the Turkish officials in the district of Van, I communicated its substance to the Minister for Foreign Affairs and said, that Her Majesty's Government would be glad if the German Government would instruct their Ambassador at Constantinople to join with his colleagues in a representation to the Porte on the subject. || Count Limburg-Stirum has now told me, in reply, that Prince Bismarck is of opinion, that it would be

better to delay pressing the Armenian question on the Porte until the Greek Frontier question is settled, which His Highness thinks will be more speedily achieved by concentrating the representations of the Powers on one question at a time. When the Greek question is over, then will be the moment to begin the Armenian question; but to press both simultaneously would, in Prince Bismarck's opinion, be giving the Porte a welcome excuse for further delay and procrastination. || I have &c.

Nr. 7666.
Gross-
britannien.
28. Jan. 1881.

Odo Russell.

P.S. — I have been privately informed, that the French Government, after consultation with the German Government, have agreed to send a similar reply to Her Majesty's Government.

O. R.

Nr. 7667. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Dilatorische Antwort mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der deutschen Regierung.

Paris, le 29 Janvier, 1881.

M. l'Ambassadeur, — Vous m'avez fait l'honneur de me remettre le 23 de ce mois une note ayant pour objet d'appeler l'attention du Gouvernement de la République Française sur les nouvelles violences des Kurdes contre les Arméniens, et d'une manière plus générale sur les réformes que la Porte avait promis de faire par sa dépêche du 5 Juillet dernier, et qui sont restées in-exécutées. || Vous avez bien voulu me communiquer en même temps à titre confidentiel un document imprimé, qui contient le texte d'une pétition adressée par un grand nombre d'Arméniens au Vice-Consul de la Reine à Van. Suivant le désir que vous m'avez exprimé je vous renvoie ci-joint ce document. || En présence des faits qui lui sont signalés le Gouvernement de la Reine croit qu'il y aurait lieu d'adresser des remontrances à la Porte Ottomane, et vous me demandez si le Gouvernement Français serait disposé à entrer dans cette voie, d'accord avec les Représentants des Grandes Puissances. J'apprécie l'importance du but que vous nous proposez, et je n'aurai aucune objection à le poursuivre de concert avec les autres Puissances; mais les indications que je reçois de notre Ambassadeur à Berlin me font craindre qu'un accord à cet effet ne s'établisse difficilement entre les Cabinets. || M. de St.-Vallier me mande que Lord Odo Russell ayant transmis à la Chancellerie Allemande une suggestion analogue à celle dont votre Excellence a bien voulu m'entretenir, le Prince de Bismarck a exprimé l'opinion qu'il y aurait un sérieux inconvénient à soulever la question Arménienne avant d'avoir définitivement réglé la question Grecque, et qu'on risquerait par-là d'exposer à un échec presque certain les efforts que font en ce moment les Puissances pour apaiser le différend Turco-Hellénique. || Je vous serai obligé de vouloir bien me faire savoir

Nr. 7667.
Frankreich.
29. Jan. 1881.

Nr. 7667. si le Gouvernement de la Reine, malgré les objections élevées par le Gouvernement Allemand, persiste à regarder comme immédiatement opportunes les démarches qu'il nous a recommandées à Constantinople. || Agréé, &c.

B. St.-Hilaire.

Nr. 7668. RUSSLAND. — Staatssecretär d. Ausw. (Giers) an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. — Zustimmung zu dem englischen Vorschlage.

St.-Petersbourg, le 20 Janvier/1 Février 1881.

Nr. 7668. M. l'Ambassadeur, — Je n'ai pas manqué de prendre les ordres de Sa Majesté l'Empereur au sujet de la note de votre Excellence du 5/17 Janvier courant, qui concerne l'opportunité d'une démarche auprès de la Porte afin de lui faire des remontrances sur la manière dont elle exécute les réformes qu'elle a promises en Arménie. || Je suis autorisé à prescrire à l'Ambassadeur de Sa Majesté à Constantinople de se joindre à cette démarche si elle rencontre l'assentiment de toutes les Puissances Signataires du Traité de Berlin. || En portant cette décision à la connaissance de votre Excellence, je saisis, &c.

Giers.

Nr. 7669. ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Rom. — Zustimmung zu dem englischen Vorschlage.

(Translation.)

Rome, February 1, 1881.

Nr. 7669. M. l'Ambassadeur, — Your Excellency was so good as to send me, on the 24th ultimo, a note inclosing, together with a Confidential Report from the British Vice-Consul at Van, the extract of a petition signed by 900 Armenians, concerning the maladministration of the Ottoman authorities in that district, and to inform me that Her Majesty's Government would be glad if the Italian Representative at Constantinople were furnished with instructions to unite with his colleagues in remonstrating with the Porte respecting their mode of carrying out the projected reforms in Armenia. || I have the honour to inform your Excellency, that I have hastened to avail myself of the opportunity of doing what is agreeable to Her Majesty's Government, by immediately sending the desired instructions to Count Corti. || I avail, &c.

Maffei.

Nr. 7670. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Goschen). — Anweisung, den Sultan auf die Lage in Armenien aufmerksam zu machen.

Foreign Office, February 9, 1881.

Sir, — Her Majesty's Government continue to receive deplorable accounts of the condition of the population of Asia Minor, more particularly of the Christian portion of them. || Their special attention has been directed to some recent reports from the Vilayet of Erzeroum, which represent the state of misgovernment and oppression to be such as to be a serious cause of danger to the permanent maintenance of the authority of the Porte. || In the district of Kegli every encouragement is given to the Beys to recommence their oppressions; petitions from Christians, even when praying for justice in cases of murder, are torn up or disregarded. || The people are exasperated by the barefaced frauds committed in the collection of the tithes. || In the Sandjak of Bayazid the Mutessarif beats and imprisons, without discrimination, in order to extort the payment of the taxes from the impoverished people, who are forced to sell all they possess to meet his demands. || The prisoners are ill cared for and lie in confinement without knowing whether their cases have been disposed of or not. || Between Sarau and Hamad a boy and a girl of 13, when on their way to the salt lake at the latter place, were intercepted by Kurds and the former severely beaten and the latter violated, and no steps have been taken to punish the perpetrators of these outrages. || As an example of the class of persons, to whom the welfare of the people is intrusted, it is only necessary to say, that out of the seventeen Mudirs appointed to the nahiés, into which the district of Passin has recently been divided, one only can read or write Turkish. || During the last twelve months matters have grown worse rather than better; there appear to be less security for life and property, greater poverty, more injustice, and an increase of oppression and corruption. || Her Majesty's Government cannot suppose, that the Sultan can be aware of the existence of this state of affairs, and Her Majesty's Government desire, that you will take an early opportunity of bringing it to His Majesty's notice. You will state, that the information received by Her Majesty's Government describes the patience of the people as well nigh exhausted, and that rather than remain in their present condition they would be ready to join in any scheme which might offer the faintest chance of liberation from their present intolerable lot. For this feeling the Local Governments are largely responsible. If the Christians had been treated with consideration they might have waited patiently till the Porte was in a position to introduce a large scheme of reform; but their just complaints are treated with contempt, and their appeals for redress only entail the imposition of extra severity as a punishment for their presumption in calling attention to them. || Unless the Porte can be induced at once to make a real beginning with re-

Nr. 7670.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1881.

Nr. 7670. form, the approach of spring is, according to all accounts, likely to bring
 Gross- about such troubles as may deal a severe blow to the authority of the Sultan
 britannien. in his frontier provinces. || I am, &c.
 9. Febr. 1881.

Granville.

Nr. 7671. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
 schafter in Paris. — Die englische Regierung hat die
 diplomatische Action in Folge von Deutschlands
 Widerspruch aufgeschoben.

Foreign Office, February 10, 1881.

Nr. 7671. My Lord, — I have received your Excellency's despatch of the 1st in-
 Gross- stant, inclosing a copy of a note from the French Government referring to
 britannien. the proposal of Her Majesty's Government for a joint representation of the
 10. Febr. 1881. Powers to the Porte in regard to the maladministration of affairs in Armenia
 and particularly in the Province of Van, and calling attention to the grounds,
 on which the German Government deprecate this question being urged at the
 present moment, namely, that the efforts of the Powers to arrive at a solu-
 tion of the Greek Frontier question would be thereby prejudicially affected. ||
 I have now to request your Excellency to state to M. Barthélemy St.-Hilaire
 in consequence of the objections thus raised by the German Government,
 Mr. Goschen will not be instructed to put forward the Armenian question im-
 mediately on his return to Constantinople. || I am, &c.

Granville.

Transvaal.

Nr. 7672. GROSSBRITANNIEN und TRANSVAAL. — Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. August 1881.

Her Majesty's Commissioners for the settlement of the Transvaal Territory, duly appointed as such by a Commission passed under the Royal Sign Manual and Signet, bearing date the 5th of April 1881, do hereby undertake and guarantee, on behalf of Her Majesty, that from and after the 8th day of August 1881 complete self-government, subject to the suzerainty of Her Majesty, her Heirs and Successors, will be accorded to the inhabitants of the Transvaal Territory, upon the following terms and conditions, and subject to the following reservations and limitations: —

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Article 1. The said Territory, to be herein-after called the Transvaal State, will embrace the land lying between the following boundaries, to wit:

Beginning from the point where the north-eastern boundary line of Griqualand West meets the Vaal River, up the course of the Vaal River to the point of junction with it of the stream called Gansvlei; thence up the Gansvlei stream to its source in the Drakensberg; thence to a beacon in the boundary of Natal, situated immediately opposite and close to the source of the Gansvlei stream; thence in a north-easterly direction along the ridge of the Drakensberg, dividing the waters flowing into the Gansvlei stream from the waters flowing into the sources of the Buffalo, to a beacon on a point where this mountain ceases to be a continuous chain; thence to a beacon on a plain to the north-east of the last described beacon; thence to the nearest source of a small stream called "Division stream"; thence down this division stream, which forms the southern boundary of the farm Sandfontein, the property of Messrs. Meek, to its junction with the Coldstream; thence down the Coldstream to its junction with the Buffalo or Umzinyati River; thence down the course of the Buffalo River to the junction with it of the Blood River; thence up the course of the Blood River to the junction with it of Lyn Spruit or



Nr. 7872.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Dudusi; thence up the Dudusi to its source; thence 80 yards to Bea. I, situated on a spur of the N'Qaba-Ka-hawana Mountains; thence 80 yards to the N'Sonto River; thence down the N'Sonto River to its junction with the White Umvulozi River; thence up the White Umvulozi River to a white rock where it rises; thence 800 yards to Kambula Hill (Bea. II); thence to the source of the Pemvana River, where the road from Kambula Camp to Burgers' Lager crosses; thence down the Pemvana River to its junction with the Bivana River; thence down the Bivana River to its junction with the Pongolo River; thence down the Pongolo River to where it passes through the Libombo Range; thence along the summits of the Libombo Range to the northern point of the N'Yawos Hill in that range (Bea. XVI); thence to the northern peak of the Inkwakweni Hills (Bea. XV); thence to Sefunda, a rocky knoll detached from and to the north-east end of the White Koppies and to the south of the Musana River (Bea. XIV); thence to a point on the slope near the crest of Matanjeni, which is the name given to the south-eastern portion of the Mahamba Hills (Bea. XIII); thence to the N'gwangwana, a double-pointed hill (one point is bare, the other wooded, the beacon being on the former), on the left bank of the Assegaai River and upstream of the Dadusa Spruit (Bea. XII); thence to the southern point of Bendita, a rocky knoll in a plain between the Little Hlozane and Assegaai Rivers (Bea. XI); thence to the highest point of Suluka Hill, round the eastern slopes of which flows the Little Hlozane, also called Ludaka or Mudspruit (Bea. X); thence to the beacon known as "Viljoen's", or N'Duko Hill; thence to a point north-east of Derby House, known as Magwazidili's Beacon; thence to the Igaba, a small knoll on the Ungwempisi River, also called "Joubert's Beacon", and known to the natives as "Piet's Beacon" (Bea. IX); thence to the highest point of the N'Dhlovudwalili or Houtbosch, a hill on the northern bank of the Ungwempisi River (Bea. VIII); thence to a beacon on the only flat-topped rock, about 10 feet high and about 30 yards in circumference at its base, situated on the south side of the Lamsamane range of hills, and overlooking the valley of the great Usuto River; this rock being 45 yards north of the road from Camden and Lake Banagher to the forests on the Usuto River (sometimes called Sandhlanas Beacon) (Bea. VII); thence to the Gulungwana or Ibubulundi, four smooth bare hills, the highest in that neighbourhood, situated to the south of the Umtuli River (Bea. VI); thence to a flat-topped rock, 8 feet high, on the crest of the Busuku, a low rocky range south-west of the Impulazi River (Bea. V); thence to a low bare hill on the north-east of, and overlooking the Impulazi River, to the south of it being a tributary of the Impulazi, with a considerable waterfall, and the road from the river passing 200 yards to the north-west of the beacon (Bea. IV); thence to the highest point of the Mapumula range, the watershed of the Little Usuto River on the north, and the Umpulazi River on the south, the hill, the top of which is a bare rock, falling abruptly towards the Little Usuto (Bea. III); thence to the western point of a double-

pointed rocky hill, precipitous on all sides, called Makwana, its top being a bare rock (Bea. II); thence to the top of a rugged hill of considerable height falling abruptly to the Komati River, this hill being the northern extremity of the Isilotwani range, and separated from the highest peak of the range Inkomokazi (a sharp cone) by a deep neck (Bea. I). (On a ridge in the straight line between Beacons I and II is an intermediate beacon.) From Beacon I the boundary runs to a hill across the Komati River, and thence along the crest of the range of hills known as the Makongwa, which runs north-east and south-west, to Kamhlabana Peak; thence in a straight line to Mananga, a point in the Libombo range, and thence to the nearest point in the Portuguese frontier on the Libombo range; thence along the summits of the Libombo range to the middle of the poort where the Komati River passes through it, called the lowest Komati Poort; thence in a north by easterly direction to Pokioens Kop, situated on the north side of the Olifant's River, where it passes through the ridges; thence about north-north-west to the nearest point of Serra di Chicundo, and thence to the junction of the Pafuri River with the Limpopo or Crocodile River; thence up the course of the Limpopo River to the point where the Marique River falls into it. Thence up the course of the Marique River to "Derde Poort", where it passes through a low range of hills, called Sikwane, a beacon (No. 10), being erected on the spur of said range near to and westward of the banks of the river; thence, in a straight line, through this beacon to a beacon (No. 9), erected on the top of the same range, about 1,700 yards distant from beacon No. 10; thence, in a straight line, to a beacon (No. 8), erected on the highest point of an isolated hill, called Dikgagong, or "Wildebeest Kop", situated south-eastward of and about $3\frac{1}{3}$ miles distant from a high hill, called Moripe; thence, in a straight line, to a beacon (No. 7) erected on the summit of an isolated hill or "koppie" forming the eastern extremity of the range of hills called Moshweu, situated to the northward of and about two miles distant from a large isolated hill called Chukudu-Chochwa; thence, in a straight line, to a beacon (No. 6), erected on the summit of a hill, forming part of the same range, Moshweu; thence, in a straight line, to a beacon (No. 5), erected on the summit of a pointed hill in the same range; thence, in a straight line, to a beacon (No. 4), erected on the summit of the western extremity of the same range; thence, in a straight line, to a beacon (No. 3), erected on the summit of the northern extremity of a low, bushy hill, or "Koppie", near to and eastward of the Notwane River; thence, in a straight line, to the junction of the stream called Metsi-Mashwane with the Notwane River (No. 2); thence, up the course of the Notwane River to Sengoma, being the Poort where the river passes through the Dwarsberg range; thence, as described in the Award given by Lieutenant-Governor Keate, dated October 17, 1871, by Pitlanganyane (narrow place), Deboaganka or Schaapkuil, Sibatoul (bare place), and Maclase, to Ramatlabama, a pool on a spruit north of the Molopo River. From Ra-

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

matlabama the boundary shall run to the summit of an isolated hill, called Leganka; thence, in a straight line, passing north-east of a Native Station, near "Buurman's Drift", on the Molopo River, to that point on the road from Mosiega to the old drift, where a road turns out through the Native Station to the new drift below; thence to "Buurman's Old Drift"; thence, in a straight line, to a marked and isolated clump of trees near to and north-west of the dwelling-house of C. Austin, a tenant on the farm "Vleifontein", No. 117; thence, in a straight line, to the north-western corner beacon of the farm "Mooimeisjesfontein", No. 30; thence, along the western line of the said farm "Mooimeisjesfontein", and in prolongation thereof, as far as the road leading from "Ludik's Drift", on the Molopo River, past the homestead of "Mooimeisjesfontein", towards the Salt Pans near Harts River; thence, along the said road, to a point thereon, eight miles north of the dwelling of Gouws, at the Salt Pan; thence, in a straight line, to a point one mile due west of the more northerly Pan, measured from its western edge; thence, in a straight line, to the most westerly beacon of the farm Rietpan, No. 150; thence along the line of the said farm to the drift on the Harts River, near the ruined house, known as "Liedenberg's"; thence down the Harts River to the drift about two-and-a-half miles below Mamusa and opposite the dwelling-house of Theodor Doms; thence, in a straight line, to the summit of an isolated hill, known as "Koppie Enkel", situated between the Vaal and Harts Rivers, and about 36 miles from Mamusa, and about 18 miles north of the village of Christiana; thence, in a straight line, to that point on the north-east boundary of Griqualand West as beacons by Mr. Surveyor Ford, where two farms, registered as Nos. 72 and 75, do meet, about midway between the Vaal and Harts Rivers, measured along the said boundary of Griqualand West; thence to the first point where the north-east boundary of Griqualand West meets the Vaal River.

Article 2. Her Majesty reserves to herself, her Heirs and Successors, (a) the right from time to time to appoint a British Resident in and for the said State, with such duties and functions as are hereinafter defined; (b) the right to move troops through the said State in time of war, or in case of the apprehension of immediate war between the Suzerain Power and any foreign State, or Native tribe in South Africa; and (c) the control of the external relations of the said State, including the conclusion of treaties, and the conduct of diplomatic intercourse with foreign powers, such intercourse to be carried on through Her Majesty's diplomatic and consular officers abroad.

Article 3. Until altered by the Volksraad or other competent authority, all laws, whether passed before or after the annexation of the Transvaal territory to Her Majesty's dominions, shall, except in so far as they are inconsistent with or repugnant to the provisions of this Convention, be and remain in force in the said State, in so far as they shall be applicable thereto: Provided, that no future enactment specially affecting the interests of natives

shall have any force or effect in the said State without the consent of Her Majesty, her Heirs and Successors, first had and obtained and signified to the Government of the said State through the British Resident: Provided further, that in no case will the repeal or amendment of any laws which have been enacted since the annexation have a retrospective effect so as to invalidate any acts done or liabilities incurred by virtue of such laws.

Article 4. On the 8th day of August, 1881, the Government of the said State, together with all rights and obligations thereto appertaining, and all State property taken over at the time of annexation, save and except munitions of war, will be handed over to Messrs.

Stephanus Johannes Paulus Kruger,
 Martinus Wessel Pretorius, and
 Petrus Jacobus Joubert, or the

survivor or survivors of them, who will forthwith cause a Volksraad to be elected and convened; and the Volksraad thus elected and convened will decide as to the further administration of the Government of the said State.

Article 5. All sentences passed upon persons who may be convicted of offences, contrary to the rules of civilised warfare, committed during the recent hostilities, will be duly carried out, and no alteration or mitigation of such sentences will be made or allowed by the Government of the Transvaal State without Her Majesty's consent, conveyed through the British Resident. In case there shall be any prisoners in any of the gaols of the Transvaal State, whose respective sentences of imprisonment have been remitted in part by Her Majesty's Administrator, or other officer administering the Government, such remission will be recognised and acted upon by the future Government of the said State.

Article 6. Her Majesty's Government will make due compensation for all losses or damage sustained by reason of such acts as are in the 8th Article hereinafter specified, which may have been committed by Her Majesty's forces during the recent hostilities, except for such losses or damage as may already have been compensated for, and the Government of the Transvaal State will make due compensation for all losses or damage sustained by reason of such acts as are in the 8th Article hereinafter specified, which may have been committed by the people who were in arms against Her Majesty during the recent hostilities, except for such losses or damage as may already have been compensated for.

Article 7. The decision of all claims for compensation, as in the last preceding article mentioned, will be referred to a Sub-Commission, consisting of the Honourable George Hudson, the Honourable Jacobus Petrus de Wet and the Honourable John Gilbert Kotzé. || In case one or more of such Sub-Commissioners shall be unable or unwilling to act, the remaining Sub-Commissioner or Sub-Commissioners will, after consultation with the Government of the Transvaal State, submit for the approval of Her Majesty's High Com-

Nr. 7672.
 Gross-
 britannien
 und
 Transvaal.
 3. Aug. 1881.

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

missioner, the names of one or more persons to be appointed by him, to fill the place or places thus vacated. || The decision of the said Sub-Commissioners, or of a majority of them, will be final. || The said Sub-Commissioners will enter upon and perform their duties with all convenient speed. They will, before taking evidence, or ordering evidence to be taken, in respect of any claim, decide whether such claim can be entertained at all under the rules laid down in the next succeeding article. || In regard to claims, which can be so entertained, the Sub-Commissioners will, in the first instance, afford every facility for an amicable arrangement as to the amount payable in respect of any claim, and only in cases, in which there is no reasonable ground for believing, that an immediate amicable arrangement can be arrived at, will they take evidence, or order evidence to be taken. || For the purpose of taking evidence and reporting thereon, the Sub-Commissioners may appoint deputies, who will without delay submit records of the evidence and their reports to the Sub-Commissioners. || The Sub-Commissioners will arrange their sittings and the sittings of their deputies, in such a manner as to afford the greatest convenience to the parties concerned and their witnesses. In no case will costs be allowed to either side, other than the actual and reasonable expenses of witnesses whose evidence is certified by the Sub-Commissioners to have been necessary. Interest will not run on the amount of any claim except as is hereinafter provided for. || The said Sub-Commissioners will forthwith, after deciding upon any claim, announce their decision to the Government, against which the award is made, and to the claimant. || The amount of remuneration payable to the Sub-Commissioners and their deputies will be determined by the High Commissioner after all the claims have been decided upon. The British Government and the Government of the Transvaal State will pay proportionate shares of the said remuneration and of the expenses of the Sub-Commissioners and their deputies, according to the amounts awarded against them respectively.

Article 8. For the purpose of distinguishing claims to be accepted from those to be rejected the Sub-Commissioners will be guided by the following rules, viz.: Compensation will be allowed for losses or damage sustained by reason of the following acts committed during the recent hostilities, viz.: — (a) commandeering, seizure, confiscation, or destruction of property, or damage done to property; (b) violence done or threats used by persons in arms. || In regard to acts under (a), compensation will be allowed for direct losses only. || In regard to acts falling under (b), compensation will be allowed for actual losses of property, or actual injury to the same, proved to have been caused by its enforced abandonment. || No claims for indirect losses, except such as are in this article specially provided for, will be entertained. || No claims, which have been handed in to the Secretary of the Royal Commission after the 1st day of July 1881, will be entertained, unless the Sub-Commissioners shall be satisfied, that the delay was reasonable. || When claims for loss of property

are considered, the Sub-Commissioners will require distinct proof of the existence of the property, and that it neither has reverted, nor will revert to the claimant.

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Article 9. The Government of the Transvaal State will pay and satisfy the amount of every claim awarded against it within one month after the Sub-Commissioners shall have notified their decision to the said Government, and in default of such payment the said Government will pay interest at the rate of six per cent. per annum from the date of such default; but Her Majesty's Government may, at any time before such payment, pay the amount, with interest, if any, to the claimant in satisfaction of his claim, and may add the sum thus paid to any debt which may be due by the Transvaal State to Her Majesty's Government, as hereinafter provided for.

Article 10. The Transvaal State will be liable for the balance of the debts, for which the South African Republic was liable at the date of annexation, to wit: the sum of 48,000 *l.* in respect of the Cape Commercial Bank Loan, and 85,667 *l.* in respect of the Railway Loan, together with the amount due on the 8th August 1881, on account of the Orphan Chamber debt which now stands at 27,226 *l.* 15 *s.*, which debts will be a first charge upon the revenues of the State. The Transvaal State will moreover be liable for the lawful expenditure lawfully incurred for the necessary expenses of the Province since annexation, to wit: the sum of 265,000 *l.*, which debt, together with such debts as may be incurred by virtue of the 9th Article, will be a second charge upon the revenues of the State.

Article 11. The debts due as aforesaid by the Transvaal State to Her Majesty's Government will bear interest at the rate of three and a half per cent., and any portion of such debt as may remain unpaid on the 8th August, 1882, shall be repayable by a payment for interest and Sinking Fund of six pounds and nine pence per 100 *l.* per annum, which will extinguish the debt in twenty-five years. The said payment of six pounds and nine pence per 100 *l.* shall be payable half-yearly, in British currency, on the 8th February and 8th August in each year: Provided always, that the Transvaal State shall pay, in reduction of the said debt, the sum of 100,000 *l.* before the 8th August, 1882, and shall be at liberty at the close of any half-year to pay off the whole or any portion of the outstanding debt.

Article 12. All persons holding property in the said State on the 8th day of August, 1881, will continue to enjoy the rights of property which they have enjoyed since the Annexation. No person who has remained loyal to Her Majesty during the recent hostilities shall suffer any molestation by reason of his loyalty, or be liable to any criminal prosecution or civil action for any part taken in connexion with such hostilities; and all such persons will have full liberty to reside in the country, with enjoyment of all civil rights and protection for their persons and property.

Article 13. Natives will be allowed to acquire land; but the grant or

Nr. 7672. transfer of such land will in every case be made to and registered in the
 Gross- name of the Native Location Commission hereinafter mentioned, in trust for
 britannien such natives.
 und
 Transvaal.
 3. Aug. 1881.

Article 14. Natives will be allowed to move as freely within the country as may be consistent with the requirements of public order, and to leave it for the purpose of seeking employment elsewhere, or for other lawful purposes, subject always to the Pass Laws of the said State, as amended by the Legislature of the Province, or as may hereafter be enacted, under the provisions of the 3rd Article of this Convention.

Article 15. The provisions of the 4th Article of the Sand River Convention are hereby re-affirmed, and no slavery or apprenticeship partaking of slavery will be tolerated by the Government of the said State.

Article 16. There will continue to be complete freedom of religion and protection from molestation for all denominations, provided the same be not inconsistent with morality and good order; and no disability shall attach to any person in regard to rights of property by reason of the religious opinions which he holds.

Article 17. The British Resident will receive from the Government of the Transvaal State such assistance and support as can by law be given to him for the due discharge of his functions. He will also receive every assistance for the proper care and preservation of the graves of such of Her Majesty's Forces as have died in the Transvaal and, if need be, for the expropriation of land for the purpose.

Article 18. The following will be the duties and functions of the British Resident:—

- (1.) He will perform duties and functions analogous to those discharged by a Chargé d'Affaires and Consul General.
- (2.) In regard to Natives within the Transvaal State he will, (a) report to the High Commissioner, as representative of the Suzerain, as to the working and observance of the provisions of this Convention; (b) report to the Transvaal authorities any cases of ill-treatment of Natives, or attempts to incite Natives to rebellion, that may come to his knowledge; (c) use his influence with the Natives in favour of law and order; and (d) generally perform such other duties as are by this Convention entrusted to him, and take such steps for the protection of the persons and property of Natives as are consistent with the laws of the land.
- (3.) In regard to natives not residing in the Transvaal, (a) he will report to the High Commissioner and the Transvaal Government any encroachments reported to him as having been made by Transvaal residents upon the land of such Natives, and in case of disagreement between the Transvaal Government and the British Resident, as to whether an encroachment had been made, the decision of the Suzerain

will be final. (b) The British Resident will be the medium of communication with Native Chiefs outside the Transvaal, and, subject to the approval of the High Commissioner, as representing the Suzerain, he will control the conclusion of treaties with them, and (c) he will arbitrate upon every dispute between Transvaal residents and Natives outside the Transvaal (as to acts committed beyond the boundaries of the Transvaal) which may be referred to him by the parties interested.

- (4.) In regard to communications with Foreign Powers, the Transvaal Government will correspond with Her Majesty's Government through the British Resident and the High Commissioner.

Article 19. The Government of the Transvaal State will strictly adhere to the boundaries defined in the first article of this convention, and will do its utmost to prevent any of its inhabitants from making any encroachment upon lands beyond the said State. The Royal Commission will forthwith appoint a person who will beacon off the boundary line between Ramatlabama and the point where such line first touches the Griqualand West boundary, midway between the Vaal and Hart Rivers. The person so appointed will be instructed to make an arrangement between the owners of the farms "Grootfontein" and "Valleifontein" on the one hand and the Barolong authorities on the other, by which a fair share of the water supply of the said farms shall be allowed to flow undisturbed to the said Barolongs.

Article 20. All grants or titles issued at any time by the Transvaal Government in respect of land outside the boundary of the Transvaal State, as defined in Article 1, shall be considered invalid and of no effect, except in so far as any such grant or title relates to land that falls within the boundary of the Transvaal State; and all persons holding any such grant so considered invalid and of no effect will receive from the Government of the Transvaal State such compensation, either in land or in money, as the Volksraad shall determine. In all cases, in which any Natives Chiefs or other authorities outside the said boundaries have received any adequate consideration from the Government of the former South African Republic for land excluded from the Transvaal by the first article of this convention, or where permanent improvements have been made on the land, the British Resident will, subject to the approval of the High Commissioner, use his influence to recover from the native authorities fair compensation for the loss of the land thus excluded, or of the permanent improvements thereon.

Article 21. Forthwith, after the taking effect of this convention, a Native Location Commission will be constituted, consisting of the President (or in his absence the Vice-President) of the State, or someone deputed by him, the Resident, or someone deputed by him, and a third person to be agreed upon by the President (or the Vice-President, as the case may be) and the Resident; and such Commission will be a standing body for the performance of the duties hereinafter mentioned.

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Article 22. The Native Location Commission will reserve to the native tribes of the state such locations as they may be fairly and equitably entitled to, due regard being had to the actual occupation of such tribes. The Native Location Commission will clearly define the boundaries of such locations, and for that purpose will, in every instance, first of all ascertain the wishes of the parties interested in such land. In case land already granted in individual titles shall be required for the purpose of any location, the owners will receive such compensation, either in other land or in money, as the Volksraad shall determine. After the boundaries of any location have been fixed, no fresh grant of land within such location will be made, nor will the boundaries be altered without the consent of the Location Commission. No fresh grants of land will be made in the districts of Waterberg, Zoutpansberg and Lydenburg, until the locations in the said districts respectively shall have been defined by the said Commission.

Article 23. If not released before the taking effect of this Convention, Sikukuni and those of his followers who have been imprisoned with him, will be forthwith released, and the boundaries of his location will be defined by the Native Location Commission in the manner indicated in the last preceding Article.

Article 24. The independence of the Swazies, within the boundary line of Swaziland, as indicated in the first article of this Convention, will be fully recognised.

Article 25. No other or higher duties will be imposed on the importation into the Transvaal State of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Majesty, from whatever place arriving, than are or may be payable on the like article, the produce or manufacture of any other country, nor will any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Majesty, which shall not equally extend to the importation of the like articles, being the produce or manufacture of any other country.

Article 26. All persons other than natives conforming themselves to the laws of the Transvaal State (*a*) will have full liberty, with their families, to enter, travel, or reside in any part of the Transvaal State; (*b*) they will be entitled to hire or possess houses, manufactories, warehouses, shops and premises; (*c*) they may carry on their commerce either in person or by any agents whom they may think fit to employ; (*d*) they will not be subject, in respect of their persons or property, or in respect of their commerce or industry, to any taxes, whether general or local, other than those which are or may be imposed upon Transvaal citizens.

Article 27. All inhabitants of the Transvaal shall have free access to the Courts of Justice for the prosecution and defence of their rights.

Article 28. All persons, other than natives, who established their domi-

cile in the Transvaal between the 12th day of April, 1877, and the date when this Convention comes into effect, and who shall within twelve months after such last-mentioned date have their names registered by the British Resident, shall be exempt from all compulsory military service whatever. The Resident shall notify such registration to the Government of the Transvaal State.

Nr. 7672.
Gross-
britannien
und
Transvaal.
3. Aug. 1881.

Article 29. Provision shall hereafter be made by a separate instrument for the mutual extradition of criminals, and also for the surrender of deserters from Her Majesty's Forces.

Article 30. All debts contracted since the Annexation will be payable in the same currency, in which they may have been contracted. || All uncancelled postage and other revenue stamps issued by the Government since the Annexation will remain valid, and will be accepted at their present value by the future Government of the State. All licenses duly issued since the Annexation will remain in force during the period, for which they may have been issued.

Article 31. No grants of land which may have been made, and no transfers or mortgages which may have been passed since the date of Annexation, will be invalidated by reason merely of their having been made or passed after such date. || All transfers to the British Secretary for Native Affairs in trust for Natives will remain in force, the Native Location Commission taking the place of such Secretary for Native Affairs.

Article 32. This Convention will be ratified*) by a newly-elected Volksraad within the period of three months after its execution, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Article 33. Forthwith after the ratification of this Convention, as in the last preceding article mentioned, all British troops in Transvaal Territory will leave the same, and the mutual delivery of munitions of war will be carried out.

Signed at Pretoria this 3rd day of August, 1881.

Hercules Robinson,
President and High Commissioner.
Evelyn Wood, Major General,
Officer Administering the Government.
J. H. de Villiers.

We, the undersigned, Stephanus Johannes Paulus Kruger, Martinus Wessel Pretorius and Petrus Jacobus Joubert, as representatives of the Transvaal Burghers, do hereby agree to all the above conditions, reservations and limitations, under which self-Government has been restored to the inhabitants of the Transvaal Territory, subject to the suzerainty of Her Majesty, her Heirs and Successors, and we agree to accept the Government of the said Territory, with all rights and obligations thereto appertaining, on the 8th day of August,

*) Geschehen am 25. October 1881.

Nr. 7672. 1881, and we promise and undertake, that this Convention shall be ratified
Gross- by a newly-elected Volksraad of the Transvaal State within three months from
britannien this date.
und
Transvaal.
 3. Aug. 1881. Signed at Pretoria, this 3rd day of August, 1881.

S. J. P. Kruger.
 M. W. Pretorius.
 P. J. Joubert.

Nr. 7673. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an sämtliche diplomatischen Vertreter Englands. — Uebersendung der Konvention mit Transvaal.

Foreign Office, November 30, 1881.

Nr. 7673. My Lord (Sir), — I transmit to your Excellency (you) herewith for com-
Gross- munication to the Government, to which you are accredited, a copy of the
britannien. Convention which has been concluded with the Transvaal, and which was rat-
 30. Nov. 1881. ified by the Volksraad of that State on the 25th of October last. || In furnish-
 ing the Minister for Foreign Affairs with the enclosed paper you will call
 his Excellency's special attention to the provisions of Article 2 of the Con-
 vention, by which the Queen has reserved to herself the control of the ex-
 ternal relations of the new Transvaal State, including the conclusion of treaties
 and the conduct of diplomatic intercourse with foreign powers, such inter-
 course to be carried on by Her Majesty's Diplomatic and Consular Officers,
 and you will point out to him, as bearing further upon this point, that by
 Article 18 it is provided, that the British Resident to be appointed by Her
 Majesty in and for the Transvaal State, shall perform duties and functions
 analogous to those discharged by a Chargé d'Affaires and Consul-General, and
 that, in regard to communications with foreign powers, the Transvaal Govern-
 ment will correspond with Her Majesty's Government through the British
 Resident and the High Commissioner. || I have, &c.

Granville.

Englisch-Französischer Handelsvertrag.

Nr. 7674. **GROSSBRITANNIEN.** — Unterstaatssecretär Dilke an den franz. Botschafter in London (Challemel-Lacour). — Standpunkt der engl. Regierung bez. des neuen Handelsvertrages mit Frankreich.

Foreign Office, August 23, 1880.

M. l'Ambassadeur, — I have now the honour to transmit to your Excellency a Memorandum in which are stated in general terms the views of Her Majesty's Government with respect to the revision of the French Tariff in the new Treaty of Commerce and Navigation with France, and also the representations which have been made to Her Majesty's Government relative to the duties in the present Tariff on certain British goods. This Memorandum has been drawn up in order to give effect to the basis of negotiation on this point suggested by M. Léon Say, namely, "amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales." I may add, that when commercial negotiations were commenced in 1877 Her Majesty's Government understood, that the Tariff arrangements made in 1860 would be improved, and that in the communications in regard to the commercial relations between the two countries which have taken place since 1877 the same expectation has been held out. Her Majesty's Government, therefore, received with very lively satisfaction the overtures made by M. Say as calculated to lead to results which will promote the best interests of the two countries. Before any conclusion is come to with respect to the conversion of *ad valorem* into specific duties, Her Majesty's Government are of opinion, that the third basis suggested by M. Say, namely, "Recherche des moyens de faire disparaître les fraudes de Douane", should be fully examined, and that the nature and extent of the frauds referred to should be explained. ¶ Your Excellency will perceive, that I do not on this occasion enter into shipping questions, nor advert to the colonial and other matters which will also have to be considered in the course of any commercial negotiations between Great

Nr. 7674.
Gross-
britannien.
23. Aug. 1880.

Nr. 7674. Britain and France. I beg to assure you, that Her Majesty's Government
 Gross- will be ready, on receiving notice beforehand of the time when the French
 britannien. Government will be prepared to enter upon these inquiries, to discuss these
 23. Aug. 1880. various subjects in such manner as may be most convenient to the French
 Government. Any proposed changes of classification or duty will, however,
 require careful consideration, probably in consultation with persons technically
 acquainted with the trade and the particular goods in question. || In conclu-
 sion, allow me, M. l'Ambassadeur to request the careful and best attention
 of the French Government to the representations now submitted to you. || I
 have, &c.

Charles W. Dilke.

Memorandum respecting Tariff Arrangements.

In considering the stipulations in regard to the French Tariff to be entered into by a new Commercial Treaty between France and Great Britain, it is advisable to state in the first place the basis on this point of the negotiations of 1860. This basis was on the side of France, a general transition, so far as British commodities are concerned, from prohibition, or high duty to duties at a moderate rate, and on the side of England, the total abolition of customs duty on French production, where fiscal considerations would permit it, and reduction to the lowest practicable point, together with the entire abandonment of any protective impost on behalf of a British and against a French commodity, where fiscal considerations would not allow total abolition. At that time the rule of the French Tariff was high duty in general, with a large measure of absolute prohibition; the rule of the British Tariff was low duty in general, with a large number of articles absolutely free, and with certain exceptions of high duty imposed for fiscal purposes. This rule of the respective Tariffs of the two countries formed the point of departure in the adoption of the basis above mentioned. || When the details of the French Tariff annexed to the Supplementary Conventions of the 12th October and the 16th November, 1860, had been settled, Mr. Cobden announced, that on the average the duties so settled would not be more than 15 per cent. In consequence of representations then made by Mr. Cobden, Her Majesty's Government reduced the duty on light wines beyond the engagements contained in the Treaty of the 23rd January, 1860; for in 1862 the limit of strength for wines admitted at the 1 s. rate of duty was raised from 15 to 26 degrees. Her Majesty's Government thus, on their part, carried the Treaty into full effect in 1862; while, as regards France, it did not come into full operation until the 1st October, 1864. The commercial relations cannot be separated from the general and political relations between Great Britain and France; and the beneficial influence of the Treaty of 1860 has been felt in many ways and on many occasions during the last twenty years. As regards the amount

of the trade which has grown up under the Treaty of 1860, at the present time Franco-English trade is about 22 per cent. of the total trade of France; while Anglo-French trade is about 11 per cent. of the total trade of the United Kingdom. From this point of view France is much more interested than England in the conclusion of a Treaty which shall confirm the existing commercial relations between the two countries, and place the trade between them on a still more satisfactory footing. || It is to be observed generally, that the altered conditions of manufacture, and of questions affecting labour, and the fall in prices since 1860, have raised considerably the incidence of the rates of duty then fixed. Rates which were then moderate have now become oppressive to trade, or even prohibitive. This has been the result both as regards *ad valorem* and specific duties. || The relative proportion of profits to value having altered, a 10 or 15 per cent. duty *ad valorem* presses more heavily now than it did in 1860; while as regards the specific duties then agreed upon, there is, in many instances, good reason for saying, that at the present time they far exceed the *ad valorem* rates for which they were originally intended to be equivalent, and that in some instances they even exceed the maximum rate of 25 per cent. stipulated in the Treaty of 1860. This latter result appears to be the case more especially in regard to certain cotton and iron goods, certain chemicals and salt. || If the matter is rightly understood, the amount of duty raised in France on each of the following descriptions of goods does not exceed 2,000,000 fr., namely, iron, raw and cast; iron, wrought; tools and other metal wares; steel; linen and hemp yarns; linen and hemp tissues; silk tissues; raw wool; glass, &c.; seed oils. || The advantage to the revenue thus obtained is insignificant, and, in fact, besides the hindrance to the prosperity of the country occasioned by unprofitable taxation, the revenue derived can hardly be said to be worth collection. || Further, as regards chemicals, soap, china and glass, yarns, wool tissues, linen and hemp tissues, paper, leather (wrought) and tools, the statistics of French trade abundantly prove, that French manufacturers are in a position to compete successfully in foreign markets.

But, besides these general considerations, it has been admitted in France on official authority, that French textile manufacturers do not require protection. For, in a statement on general conditions of manufacture by M. Balsan and M. Fernan Raoul Duval, Reporters on Textile Manufactures, submitted to the Conseil Supérieur du Commerce, and annexed to the Minutes of the meeting held on the 25th March, 1876, the following important passage occurs: — “En étudiant en détail, pour les diverses industries textiles, dans les localités variées où elles sont exercées, les éléments spéciaux des prix de revient, tels que main d’œuvre, combustible, impôts, coût des établissements, &c., on peut affirmer avec des différences, tantôt en plus, tantôt en moins, et par conséquent se compensant dans une certaine mesure, qu’il n’y a pas au total un écart actuel de plus de 3 à 4 pour cent au détriment de la France par

Nr. 7874.
Gross-
britannien.
23. Aug. 1880.

Nr. 7674.
Gross-
britannien.
23. Aug. 1880.

rapport à l'Angleterre, dans le coût de la production — écart qui, au point de vue de notre marché extérieur, est dans bien des cas compensé par les frais de transport que les produits Anglais ont à supporter pour venir concurrencer les nôtres en ce qui concerne la consommation nationale."

In proceeding now to state the nature of representations which have been made to Her Majesty's Government, relative to Tariff arrangements with reference to the pending commercial negotiations, it is taken for granted, that the French Government will not approach the subject in a spirit less liberal than in 1860, and that the policy then adopted will not only be adhered to, but will be now carried into more complete effect. These representations will be stated briefly, because, from the nature of the case, they must in many instances be examined and considered in communication with persons who are technically acquainted with the subject to be discussed. This course, it may be remarked, was adopted in the negotiations in 1860 and in 1872.

First, as regards textile manufactures, it is represented, that the present duty is in effect prohibitory with respect to many descriptions of cottons, silks and jute tissues.

As regards (1) cotton tissues, a duty of 10 per cent. *ad valorem*, or an equivalent specific rate, is asked for all descriptions of these goods: for (2) silk tissues, entire remission of duty; and for (3) jute tissues, remission or reduction to 5 per cent. *ad valorem*, or an equivalent specific duty is asked. With respect to (4) wool tissues, a reduction of duty to 5 per cent. *ad valorem*, and the maintenance of an *ad valorem* duty, especially for mixed woollen goods, is asked, and also that carpets may be formally included in this arrangement; (5) the maintenance of the existing mode of assessing duties is strongly urged in the case of linen tissues, and some reduction of duty is sought for.

As to all yarns and likewise silk thread, it is pointed out, that these goods are in only a half-manufactured state, that they are much wanted in France for use in the more complete manufactures of the country, and that they should therefore, even from a protectionist point of view, be admitted free or at nominal rates of duty.

With respect to iron, it is shown, that for some wares the present rates are prohibitory; abolition of duty is asked for on pig-iron, and abolition, or at least a considerable reduction, on cast and malleable iron. The present duties on steel goods are much too high, and should be assimilated to those on iron wares; in fact, the whole of the duties on all descriptions of iron and steel goods require to be thoroughly revised and simplified. Further revision is also required for other metal goods, in order to readjust duty on some and to include in the Treaty Tariff articles at present omitted, such as copper and yellow metal sheathing for ships.

Chemicals. — Prices have greatly fallen since 1860; and the following examples, which it is sufficient to cite, show the altered incidence of the duty then fixed: —

	Treaty equivalent.	Present rate.	Nr. 7674. Gross- britannien. 23. Aug. 1880.
	Per cent.	Per cent.	
Soda ash	5 ³ / ₄	10	
Soda crystals	15	20	
Caustic soda	15	25	
Bleaching powder	13	19	

Reduction is asked for on all classes of chemicals, and inquiry as to rates of compensatory duties levied.

Salt. — In 1860 circumstances, which it is unnecessary to set forth in detail on this occasion, rendered the French Government desirous of deferring the reduction to be made in the rate of duty. Mr. Cobden was, it is stated, given to understand, that this reduction would shortly take place, and that the revised duty should not exceed 10 per cent. *ad valorem*. Nothing, however, has yet been done in the matter, and it is strongly urged, that this understanding should be forthwith carried into effect.

Plate Glass. — It is well known, that this article was, through inadvertence, not sufficiently considered when the Tariff of 1860 was settled; reduction of duty is strongly urged.

Paper. — It is asked, that the abolition of the export duty on rags shall be a stipulation of the Treaty Tariff, that the rate of duty on writing and printing paper shall be reduced, and that a moderate *ad valorem* duty shall be fixed for paper hangings.

Leather. — It is represented, that the tanning process used for sheep skins and goat skins renders it very difficult, if not impossible, to distinguish these articles, and that they should therefore be assimilated in the Tariff. It is asked also, that all leather goods, or, at all events, unwrought leather, should be admitted free of duty.

Application is made with regard to ammunition — caps and cartridge cases; it is asked, that ammunition should not be classed with fire-arms, that the present duty on cartridge cases and percussion caps should not be increased, and that loaded sporting cartridges should be admitted at a moderate duty.

Reduction of duty, if remission cannot be granted, is asked for the following goods: bookbinders' cloth, vulcanite combs, seed and resin oils, wooden screws, and is especially urged for fish. With regard to starch, it is pointed out that while the present duty is not open to much objection, the system of charging a separate and additional duty on the boxes in which it is packed is vexatious and is a serious hindrance to trade.

It is sufficient at present to call attention to the goods above enumerated; but it may perhaps be necessary to advert to others when Tariff matters are fully discussed.

Nr. 7674.
Gross-
britannien.
23. Aug. 1880.

The principles of negotiation above indicated, and the statements and representations here submitted for consideration, seem very fairly to lead to the following conclusions as to the bases of the new Treaty stipulations in regard to the changes to be made in the French Conventional Tariff: —

1. That 15 per cent. shall be the maximum rate of duty; but if the French Government wish to make exception in regard to certain goods to be specified by them, no objection shall be made thereto *à priori*.

2. That 10 instead of 15 per cent. shall be the average rate of duty on British produce and manufactures imported into France.

3. That goods now charged 10 per cent. shall be charged $7\frac{1}{2}$ per cent. It is to be remembered, that expenses of transport considerably increase all these rates.

4. That to some extent at least entire remission of duty shall be made in the new Treaty Tariff.

5. That any changes of classification, and the determination of the specific rates which shall be equivalent for the corresponding *ad valorem* duties, if any alteration in the mode of assessment of duty is agreed upon, shall be settled after due examination and by consent of both Powers.

Nr. 7675. **FRANKREICH.** — Memorandum des franz. Handels-
ministers (Rouvier) über den Handelsvertrag.

Nr. 7675.
Frankreich.
24. Sept. 1880.

Le Mémorandum du Gouvernement Anglais qui nous a été transmis par M. Challemeil-Lacour au sujet des arrangements Douaniers entre la France et l'Angleterre, débute par une analyse des bases sur lesquelles a été établi le Traité de 1860. Il résulterait de cette analyse que la France a été la plus favorisée des deux Parties Contractantes, et que, par suite, c'est elle qui a tiré de ce Traité le meilleur profit. || Ces prémisses posées, l'auteur du Mémorandum en conclut que la France est bien plus intéressée que l'Angleterre à l'établissement d'un nouveau Traité; puis il développe les motifs qui doivent déterminer la France à consentir des abaissements de droits sur un certain nombre d'articles de son Tarif Conventionnel. || Sans entrer dans les détails du Traité de 1860, je reconnais que le Tarif Anglais est moins élevé que le Tarif Français, et que le Gouvernement Britannique a loyalement tenu les engagements qu'il avait pris dans les préliminaires des négociations. || Mais il importe de faire observer que le résultat de ces négociations n'a pas constitué une faveur spéciale à la France en échange des sacrifices que celle-ci s'imposait, mais bien un changement dans la législation Douanière de la Grande Bretagne qui a profité et profite encore à toutes les Puissances du monde, sans aucune exception. || L'on peut donc dire que la France n'a joui en Angleterre, depuis 1860, d'aucun privilège, et que ses produits se sont rencontrés sur les marchés Anglais en libre concurrence avec les produits du

monde entier, même avec ceux des Puissances qui n'accordaient aucune faveur aux produits Anglais. || La France, au contraire, n'a consenti à ouvrir son marché dans les conditions où il était ouvert à l'Angleterre, qu'aux Puissances qui lui accordaient des avantages dont l'Angleterre elle-même a largement profité. || C'est ainsi que la France rencontre sur les marchés Anglais la concurrence à égalité des produits Américains, tandis que l'Angleterre n'a pas à lutter en France contre la concurrence de ces mêmes produits. || Cette courte observation n'est point une critique. Je veux seulement établir, en fixant la position respective des parties, qu'il ne serait pas juste de la part de l'Angleterre d'opposer exclusivement à la France les avantages d'une législation dont tout le monde a profité comme elle. || Je ne veux pas non plus entamer une dissertation théorique sur le mérite du système que la puissance productrice de l'Angleterre lui a permis d'adopter. Je n'hésiterais même pas à reconnaître qu'en s'affranchissant des Tarifs protecteurs, l'Angleterre a fait une saine application des meilleurs principes économiques; mais quel que soit le mérite de ce système, il faut bien reconnaître qu'il est, au moins aujourd'hui, d'une application impossible en France. Nous ne pouvons consentir des abaissements sur notre Tarif Général qu'autant qu'ils nous procurent des avantages réciproques, en tenant compte, bien entendu, de la situation économique des Parties Contractantes. || Or, en l'état actuel, la Grande Bretagne n'a rien à nous accorder de plus que ce qu'elle accorde à tous les autres pays, tandis que le moindre abaissement de nos Tarifs constitue pour elle une véritable faveur. || Je sais bien que cette faveur n'est pas exclusive et qu'elle profitera à toutes les Puissances qui traiteront avec nous; mais comme nous ne traitons, je le répète, qu'à la condition d'obtenir des abaissements de Tarifs dont généralement l'Angleterre profite, il en résulte que nos propres Traités lui constituent de réels avantages. || Il y a lieu de tenir compte aussi de la situation qui nous est faite par l'Article XI du Traité de Francfort, aux termes duquel nous transférons immédiatement à l'Allemagne tous les avantages commerciaux que nous concédons à l'une des six Puissances dénommées dans ce Traité et parmi lesquelles figure l'Angleterre. || Il est vrai que nous jouirons, par réciprocité, de tous les avantages que l'Allemagne pourra concéder à l'une de ces six Puissances; mais en fait, il n'apparaît pas que le Gouvernement de Berlin soit disposé à consentir aucun abaissement de Tarifs ni même que personne lui en fasse la demande; de telle sorte que la Grande Bretagne en exigeant de nous des sacrifices qu'elle n'exige pas de l'Allemagne, tout en lui accordant le même traitement, nous place dans cette singulière situation, que nous accorderions à cette dernière Puissance des abaissements de Tarifs, sans aucune réciprocité. || Ces observations n'ont certes pas pour but d'opposer une fin de non recevoir au projet d'une nouvelle Convention commerciale avec la Grande Bretagne. Notre sincère désir est, au contraire, je l'ai affirmé en maintes circonstances, de continuer avec nos voisins d'Outre Manche les relations amicales qui, tant au point de vue écono-

Nr. 7675.
Frankreich.
24. Sept. 1880.

Nr. 7675. mique qu'au point de vue politique, ont été si profitables aux deux pays. Mais
Frankreich. je les ai crues nécessaires pour bien établir notre situation et aller au devant
24. Sept. 1890. des critiques que la Convention à intervenir pourra susciter de la part des
adversaires des Traités de Commerce. Il ne faut pas oublier, en effet, que
nos Traités doivent être soumis à la ratification du Parlement; et sans vouloir
préjuger la solution définitive du Sénat à l'égard du Tarif Général des Douanes,
l'on peut affirmer, dès à présent, que dans la discussion le principe même
des Traités de Commerce sera vigoureusement combattu. || Il est donc nécessaire
de ne pas augmenter les difficultés résultant de cette discussion en fournissant
à nos adversaires des arguments qu'ils pourraient tirer des sacrifices qui nous
auraient été imposés, et que nous aurions consentis. || Cette nécessité est
d'autant plus impérieuse que les producteurs agricoles, sous le coup des pertes
qu'ils ont éprouvées par suite d'une série de mauvaises récoltes, ont abandonné
pour la plupart les idées libre-échangistes qu'ils professaient dans des temps
plus prospères. La situation vraiment désastreuse d'un certain nombre de
départements, très habilement exploitée, est le thème, à l'aide duquel les
partisans du régime protectionniste comptent entraîner les votes du Parlement.
|| Il ne faut pas se dissimuler que ce thème est facile à soutenir aujourd'hui;
car la France a cruellement ressenti les effets de la crise agricole, commerciale
et industrielle qui, depuis plusieurs années, règne en tous pays. Il importe,
en effet, de ne pas oublier que nos exportations ont sensiblement diminué depuis
quatre années, tandis qu'au contraire nos importations ont pris d'énormes proportions.
|| Nulle part, du reste, la consommation des produits manufacturés n'a suivi
le mouvement ascensionnel de la production. L'abaissement des prix a été
la conséquence de cet accroissement de production, sans débouché suffisant;
de là des plaintes et des protestations contre le régime des Traités qui, disant
ses adversaires, en livrant le marché intérieur à la concurrence étrangère,
entraîne l'avilissement des prix, la suppression des bénéfices du capital et
l'abaissement des salaires. || Sans attacher à ces plaintes et à ces protestations
plus de valeur qu'elles n'en méritent, et sans qu'il soit besoin de reproduire
ici les arguments que j'ai moi-même fait valoir pour les combattre, l'on ne
peut méconnaître que l'actualité de la situation leur donne une apparence
de sincérité de nature à impressionner les esprits les moins prévenus. Aussi
ai-je dû, pour calmer les appréhensions et les craintes, déclarer à plusieurs
reprises que le Gouvernement n'entendait pas se livrer à des tentatives
hasardeuses, et qu'il s'en tiendrait, dans les futures négociations, au
maintien du *statu quo* et à la rectification de quelques erreurs. || Le moment
serait donc très mal choisi pour proposer à la ratification du Parlement un
Traité qui contiendrait des abaissements de Tarifs. Nous irions à un échec
certain. || Je suis donc obligé de combattre les propositions du Mémo-
randum Anglais, dans l'intérêt même d'un arrangement futur; car je
considérerais comme très regrettable la rupture de nos Conventions commerciales
avec la Grande Bretagne. || Je ne contesto cependant pas d'une façon

absolue la valeur de certaines observations contenues dans ce Mémorandum. Je reconnais, notamment, que les modifications apportées dans la fabrication par le perfectionnement des outillages, l'abaissement des salaires et même par celui de certaines matières premières, ont changé le pourcentage des droits établis en 1860. || Mais c'est précisément cet abaissement des prix qui cause les protestations dont je parlais tout à l'heure. Les cultivateurs se plaignent du peu de valeur des produits de culture industrielle; les ouvriers souffrent des chômages et de l'insuffisance de leur salaire; les industriels ne trouvent plus leurs capitaux suffisamment garantis contre les risques de leurs entreprises. || C'est donc une même cause, "l'abaissement des prix," qui motive de la part des industriels Anglais une demande de diminution et de la part des industriels Français une augmentation de Tarifs. || Les fluctuations des valeurs, notamment en ce qui concerne la métallurgie et les fils et tissus de coton, dont le marché Anglais est le grand régulateur, ne permettent pas d'établir une comparaison bien précise entre la moyenne des prix avant 1860 et depuis; mais il est permis d'affirmer que la concurrence Anglaise a fait souvent et brusquement descendre ces prix à des chiffres ruineux, et qui ont causé en France de sensibles pertes. Donc, en maintenant les Tarifs actuels, le Gouvernement Français ne se montrera pas moins libéral, suivant l'expression du Mémorandum, qu'en 1860. Je pourrais même ajouter qu'il se montrera plus libéral; car les charges qui pèsent sur la production Française se sont singulièrement aggravées depuis cette époque, tant sous le rapport des impôts que sous le rapport du service militaire, qui apporte de si grandes entraves au travail de nos manufactures.

Nr. 7675.
Frankreich.
24. Sept. 1880.

Le Mémorandum fait remarquer que le droit actuel est de fait prohibitif pour un grand nombre de tissus de coton, de soie et de jute. Or, il résulte de nos statistiques de Douane que les importations Françaises, qui n'étaient en 1864 que de 9,500,000 fr. pour les tissus de coton, se sont élevées en 1878 à 68,000,000 fr.; celles des tissus de soie ont passé de 100,000 fr. à 35,800,000 fr.; et enfin celles du jute, qui n'existaient pas en 1860, s'élèvent aujourd'hui à plus de 2,300,000 fr. Ces chiffres prouvent que nos Tarifs ne sont pas aussi prohibitifs que le dit le Mémorandum.

En ce qui concerne les fils, il me serait facile de faire une démonstration tout aussi saisissante, et s'il est vrai qu'une partie de nos ateliers de tissage est intéressée à l'abaissement des droits, il faut bien reconnaître que cet abaissement serait très préjudiciable à nos filateurs, qui ont déjà tant de peine à soutenir la concurrence Anglaise, Allemande, Belge et Suisse.

En ce qui concerne la distinction entre les droits sur les laines peignées et sur les laines cardées, je dois rappeler que cette distinction a été établie d'après l'avis du Conseil Supérieur du Commerce, pour réparer une erreur qui s'était glissée dans cette partie du Tarif, au moment de la conclusion des Traités de Commerce. Ces Traités n'avaient fait aucune distinction entre les fils de laine peignée et les fils de laine cardée. Or, la filature de ces deux

Nr. 7675.
Frankreich.
24. Sept. 1880.

espèces de fil n'est pas la même, et, par conséquent, il n'y a pas similitude entre le numéro qui détermine la finesse relative de chacun de ces fils. C'est pour remédier à cet inconvénient que les fils de laine cardée ont été taxés dans le nouveau Tarif des Douanes à un taux plus élevé que les fils de laine peignée.

Comme le fait observer le Mémorandum, le droit sur les fers est très élevé. Mais il est certain que les conditions de la production métallurgique en Angleterre sont bien supérieures à celles de la France. Par suite les droits qui ont été considérablement abaissés en 1860, ne pourraient peut-être pas l'être davantage sans grave préjudice pour la métallurgie Française. Sans doute le fer est un produit de première nécessité, dont l'intérêt général commande le bas prix; mais cette nécessité même nous impose l'obligation de garantir l'existence de nos établissements métallurgiques.

La demande d'abolition du droit sur la fonte est inadmissible et ne sera certainement pas consentie. Quant à l'unification des droits sur le fer et sur certains articles d'acier, je l'ai moi-même demandée et obtenue de la Chambre des Députés; mais la Commission du Sénat a maintenu dans ses délibérations l'ancienne distinction.

Les incessantes découvertes de la chimie ont introduit dans l'industrie un certain nombre de produits chimiques nouveaux qui ne sont pas compris dans les anciens Tarifs et qui nécessiteront un examen attentif dans les négociations futures; mais je ne crois pas utile d'en donner dès à présent la nomenclature.

Les réclamations de l'Angleterre, en ce qui concerne les droits sur le sel, sont déjà anciennes et ont donné lieu à des études très complètes, dont le résultat n'a pas été favorable à l'abaissement demandé. Une lutte très vive est engagée entre nos salines de l'est et de l'ouest. Celles-ci demandent à être protégées, par un droit intérieur différentiel, alléguant à l'appui de leur réclamation les pertes que leur occasionne l'état climatérique des régions maritimes. Un abaissement de droits sur les sels étrangers rendrait leur situation plus pénible encore, et elles ne tarderaient pas à être anéanties sous le coup de cette nouvelle concurrence. Les enquêtes nombreuses qui ont été faites à ce sujet ont démontré la justesse de ces réclamations, et je ne prévois pas qu'il puisse être possible d'accueillir plus favorablement aujourd'hui que par le passé les demandes de l'Angleterre.

Le verre en table (glace), au sujet duquel le Mémorandum dit que, par inadvertance, cet article n'a pas été pris en suffisante considération au moment de l'établissement du Tarif de 1860, est taxé à 3 fr. 50 c. les 100 kilog., chiffre très raisonnable, et qui ne paraît pas devoir être modifié.

Papier. — L'abolition du droit de sortie sur les chiffons est inscrite dans notre nouveau Tarif Général, et nous aurons à examiner s'il y a lieu de l'inscrire également au Tarif Conventionnel. Par compensation, nous augmentons le droit sur le papier de 1 fr. par 100 kilog. Cette compensation n'a

rien d'excessif. Aucun motif n'est indiqué à l'appui de la demande d'un droit *ad valorem* sur le papier de tenture, et je n'en vois pas.

Nr. 7675.
Frankreich.
24. Sept. 1880.

Peaux Préparées. — L'assimilation demandée pour les peaux de mouton et les peaux de chèvre est inscrite dans le Tarif qui les taxe uniformément à 10 fr. les 100 kilog. Sur ce point donc l'Angleterre a satisfaction.

Poissons de Mer Frais. — Jusqu'ici l'Angleterre a paru moins préoccupé du droit de 5s. les 100 kilog., qu'elle paraît accepter que de la faculté demandée par les pêcheurs Anglais d'apporter directement leurs poissons dans nos ports en nous accordant la réciprocité. || Le régime des pêches Anglo-Françaises a du reste fait l'objet d'une Convention spéciale en date du 2 Août, 1859, et d'un Règlement du 23 Juin, 1847; puis d'une nouvelle Convention, signée le 11 Novembre, 1867, dont l'Article XXXI porte que les bateaux de pêche de l'un des deux pays seront admis sous certaines conditions, à vendre leurs poissons dans les ports de l'autre désignés à cet effet. Mais un Article Additionnel stipulait que cette clause ne deviendrait exécutoire qu'après un accord ultérieur des deux Parties Contractantes. || Cet accord ultérieur n'ayant pu s'établir, la Convention de 1867 est demeurée sans effet, et par une dépêche du 23 Juillet dernier, le Département des Affaires Etrangères a proposé de reprendre les négociations pour arriver à une entente définitive. || Les deux questions de la vente des poissons et de la quotité du droit de Douane sont ainsi connexes, et comme elles font l'objet d'un arrangement séparé, je ne pense pas qu'il y ait lieu de les comprendre dans les négociations relatives au Traité de Commerce.

Amidon. — Le droit spécial et additionnel sur les côtes qui renferment l'amidon est la conséquence légitime de l'impôt intérieur qui frappe, en France, le papier et le carton. || C'est la répétition sur le produit étranger d'un droit d'accise auquel est soumis le produit similaire Français, telle qu'elle est prévue par l'Article IX du Traité du 23 Janvier, 1860.

Quant au classement des capsules, enveloppes de cartouches et autres munitions de guerre, c'est une question que le Ministre de Guerre peut seul résoudre, et c'est à lui qu'il appartiendra de se prononcer lors des négociations.

Nous aurons à examiner la convenance d'inscrire au Tarif Conventionnel la franchise des droits inscrite dans notre Tarif Général. Mais, en ce qui concerne les céréales, qui n'ont jamais figuré dans aucun de nos Traités, et en général pour tous les produits agricoles, je puis, dès à présent, répondre par la négative.

Telles sont les observations très sommaires qui m'ont été suggérées par la lecture du Mémoire Anglais que nous a transmis M. Challemeil-Lacour.
Paris, le 24 Septembre, 1880.

Nr. 7676. **FRANKREICH.** — Memorandum über die Grundlagen des neuen Handelsvertrages.

Nr. 7676.
Frankreich.
23. Febr. 1881.

Dans une note *pro-memorîi* portant la date du 21 Février, son Excellence Lord Lyons a témoigné, au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, le désir de connaître les vues du Gouvernement de la République sur divers points se rattachant à la négociation projetée d'un Traité de Commerce et de Navigation entre la France et l'Angleterre. || En ce qui concerne, tout d'abord, l'époque à laquelle le nouveau Tarif Général des Douanes sera voté et promulgué, le Gouvernement Français a tout lieu de penser, comme le suppose la note de Lord Lyons, que ce vote et cette promulgation auront lieu dans la première moitié de cette année, sans qu'il soit possible, cependant, de l'affirmer en toute certitude. Il se peut aussi que la promulgation de ce Tarif Général soit faite trop peu de temps avant la prorogation du Parlement pour qu'un nouveau Traité obtienne l'approbation des Chambres avant l'expiration du délai de six mois, au terme duquel les Conventions actuelles doivent cesser d'être en vigueur. || Appréciant, dans tous les cas, de même que le Gouvernement Britannique, l'intérêt de hâter autant que possible l'ouverture des négociations, le Gouvernement Français serait, d'ailleurs, disposé à les engager dès que le Sénat aura terminé la discussion du Tarif Général, sans attendre le vote définitif, subordonné à une entente avec la Chambre des Députés. || D'un autre côté, son Excellence Lord Lyons a signalé le prix qu'attacherait son Gouvernement à être informé, d'une manière générale, avant même que des Délégués Français fussent envoyés à Londres, des principales dispositions qui devraient, dans la pensée du Gouvernement de la République, être admises comme base du nouveau Traité de Commerce. || En réservant la question relative au choix de la ville où se suivront les négociations, le Gouvernement Français résume, ainsi qu'il suit, les indications qui lui sont demandées: || Le Traité ne comprendra ni les céréales, ni les bestiaux. Les droits spécifiques seront substitués aux droits *ad valorem*. || Quant aux droits à inscrire dans la Convention, ils seraient ceux du Tarif Général, moins la majoration de 24 pour cent, dont la suppression déterminerait, pour la plupart des articles, la base des taxes conventionnelles. || En ce qui concerne, notamment, les fers, fontes et aciers, les droits du Tarif Général ont été ramenés à ceux du Tarif Conventionnel actuel, et même au-dessous, pour certains articles: ces droits seraient inscrits dans la nouvelle Convention. || Les articles à comprendre dans le Traité seraient limités strictement aux produits d'importation Anglaise, de manière à ne pas y consacrer des avantages qui, sans utilité pour l'Angleterre, profiteraient aux autres Etats pouvant réclamer le traitement de la nation la plus favorisée. || Tels sont les principaux points que le Gouvernement de la République croit pouvoir, dès à présent, indiquer sommairement en réponse à la note que Lord Lyons a bien voulu remettre à M. Barthélémy-St.-Hilaire.

Paris, le 28 Février, 1881.

Nr. 7677. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris (Lyons) an den franz. Min. d. Ausw. (Barthélémy St.-Hilaire). — Antwort der englischen Regierung auf das französische Memorandum.

Paris, March 15, 1881.

The Minister for Foreign Affairs was so good as to communicate to Lord Lyons, in the form of a memorandum, dated the 28th of last month, the views of the French Government relative to the intended commercial negotiations between Great Britain and France. || Lord Lyons has now the honour to lay before his Excellency, in the same form, the observations which the memorandum in question has suggested to Her Majesty's Government. || In recommending the inclosed paper to the attentive consideration of the French Government, Lord Lyons avails, &c.

Nr. 7677.
Gross-
britannien.
15. März 1881.

Memorandum.

Her Majesty's Government have attentively considered the memorandum, dated the 28th February, which Barthélémy St.-Hilaire was so good as to send to Lord Lyons on the 2nd of the present month. || It is admitted in that memorandum, that it is possible, that the promulgation of the new General Tariff Law may take place too short a time before the prorogation of the French Chambers to allow of a new Treaty obtaining the sanction of the Legislature before the expiration of the term of six months at the end of which the existing Treaties are to cease to be in force. || The termination of the present Treaties is the act of the French Government, and Her Majesty's Government have repeatedly represented to them, that time will be required for discussion and consideration of the various matters to be dealt with in framing a fresh Treaty, especially if changes in the mode of assessment of duty be proposed. Her Majesty's Government cannot contemplate without the gravest apprehension a possibility, that the Commercial Treaties now in force between the two countries may lapse before the new Treaty comes into operation. They feel bound to state formally and explicitly to the French Government, that such a lapse of the Treaties would give rise to an unpleasant condition of things, and they consider it to be their duty to protest in advance against this contingency and to ask, that the French Government shall take timely measures to prevent the lapse of the existing Treaties before the French Legislature shall have sanctioned the new Treaty, and the ratifications of it shall have been exchanged. It belongs to the French Government to decide what course should be taken for the purpose of avoiding the calamity which would otherwise fall upon both countries; but it seems plain that, if it is intended, that the new General Tariff shall be promulgated at an early date, it will be advisable, that the duration of the existing Treaties and

Nr. 7677. Conventional Tariff shall be prolonged for such a period as will allow of a
 Gross- new Treaty being deliberately negotiated, being sanctioned by the French
 britannien. Legislature, and being definitively ratified and brought into actual operation.
 15. März 1881.

¶ Her Majesty's Government much regret, that no proposal is made in the memorandum for diminution of duties and improvement in Customs Regulations. ¶ "Amelioration of the *status quo*, with a view to develop commercial relations", was one of the bases of negotiation laid down in M. Léon Say's note of the 8th June last. Expectations have accordingly been raised in Great Britain, and it is to be feared, therefore, that the memorandum will occasion great disappointment. It appears to Her Majesty's Government, that the circumstances of the case do not require the maintenance, either for fiscal or protective purposes, of the French Customs Tariff either in its present or proposed shape. The views of Her Majesty's Government on this point are fully explained in the note addressed on the 23rd August last to the French Ambassador in London. ¶ Again, M. Léon Say proposed as a basis of negotiation an "inquiry into the means of suppressing frauds on the Customs"; but, instead of following this course, the memorandum lays down absolutely the suppression of *ad valorem* duties. Her Majesty's Government, however, while ready to examine such alleged frauds and to agree to measures for their suppression, attach much importance to the maintenance of *ad valorem* duties, which, unless customs duties are extremely low, seem to be matter of necessity for certain branches of British goods, if any trade is to be done in them. ¶ Restriction in regard to the goods to be comprised in the Tariff to be annexed to the Treaty is suggested in the memorandum. On this point, however, and on details of Tariff generally, the memorandum is not sufficiently explicit to enable Her Majesty's Government to understand fully the intentions of the French Government. There are several outstanding questions, such as mineral oils, expertise, &c., which, in the opinion of Her Majesty's Government, might with advantage be dealt with in the course of the approaching commercial negotiations. ¶ As regards the place where the negotiations shall take place, although no formal agreement has been come to, it has been understood, from the language held during recent communications, that they would be carried on in London. Her Majesty's Government are of opinion, that this course would be the most convenient. ¶ Her Majesty's Government are willing, that the commercial negotiations between Great Britain and France shall precede the similar negotiations between France and other countries, and they are desirous, as far as may be in their power, to meet the wishes of the French Government in expediting matters; but, previously to beginning the actual negotiations, it will be necessary for them to consider the proposed changes of Tariff and matters connected with those changes. The information now before Her Majesty's Government is not sufficient to enable them to deal with those questions in a satisfactory manner; and, in order to avoid delay, they would suggest to the French Government to send at once

some competent person to London to give explanations on these points before the commencement of formal negotiation.

Paris, March 15, 1881.

Nr. 7677.
Gross-
britannien.
15. März 1881.

Nr. 7678. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Die englische Regierung wünscht Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf Grundlage des alten.

Foreign Office, May 10, 1881.

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 8th instant, informing me, that the new French General Tariff had been promulgated on that day, and that in accordance with the terms of the Declaration signed on the 10th October, 1879, the existing Commercial Treaties between Great Britain and France will expire six months after the said date of the promulgation of the new General Tariff. || In reply, I beg to point out, that your Excellency's communication makes no allusion to the subject of negotiations for the conclusion of a fresh Treaty of Commerce between the two countries. As your Excellency is aware, Her Majesty's Government have taken the necessary steps to obtain explanations on certain preliminary questions to be considered in connection with formal commercial negotiations. But Her Majesty's Government have not as yet received any explicit or definite statement relative to the views of the French Government with respect to these negotiations. It is to be remembered, that the French Government denounced the Treaties now in force, Treaties under whose influence the commercial and friendly relations of the two countries have been greatly promoted, to their mutual advantage; and, further, that the French Government have expressed the desire to make alteration in the stipulations of these Treaties. || Under the circumstances Her Majesty's Government think, that it is now for the French Government to propose to them the bases of negotiation for the conclusion of a fresh Commercial Treaty; and, more especially, to communicate, as soon as possible, the draft of the proposed new Conventional Tariff. || I think it well to remind your Excellency, that the following bases were proposed last year, by M. Léon Say, for the negotiation for the renewal, with modifications, of the Treaties of Commerce at present subsisting between the two countries:—

Nr. 7678.
Gross-
britannien.
10. Mai 1881.

"1. Recherche d'une classe de vins payant à l'entrée en Angleterre un droit réduit.

"2. Maintien sous le régime du Tarif Général à l'entrée en France des bestiaux et matières agricoles, qui, par conséquent, ne devraient pas figurer dans le Traité.

"3. Recherche des moyens de faire disparaître les fraudes de Douane.

Nr. 7678.
Gross-
britannien.
10. Mai 1881.

“4. Amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales.”

These proposals were received with much satisfaction in this country. They were met with great readiness; Parliament taking, on the recommendation of the Chancellor of the Exchequer, the unusual step of a permissive alteration of the wine duties, on the importance of which M. Léon Say, not only in his official capacity, but as a great economical authority, had laid much stress. I beg to assure your Excellency, that it is the sincere desire of Her Majesty's Government to maintain and increase the greatly-developed trade between the United Kingdom and France, which has grown up under the provisions of the Treaty of 1860, although its stipulations as regards Tariff have been to a great extent one-sided, and its operation has not been as favourable as was anticipated to many branches of commerce. Great disappointment will, therefore, be felt in this country if the proposals of the French Government turn out to be more disadvantageous to trade between the two nations than even the present Tariff arrangements. || Her Majesty's Government trust, that the objections alleged against entire abolition of *ad valorem* duties will be fully considered, and that, at all events, the view is well founded that it is the real intention in France to maintain the *status quo* as regards incidence of duties. I would further observe, that the change of duties from *ad valorem* to specific is in itself, in the case of a complex Tariff like that of France, disadvantageous to British trade, and that this result is likely to be aggravated by the changes in the classification of goods indicated in the new General Tariff. || In this state of things, I venture to suggest, that the amicable and speedy settlement of the questions to be dealt with in the forthcoming negotiations will be much facilitated if the French Government will cause the first text of the draft of the new Conventional Tariff to be drawn as far as possible on the basis of the present Treaty, so that the existing classification of goods should be maintained; present specific rates of duty reinserted, the “majoration” added to them being taken off; the more difficult questions connected with *ad valorem* duties, for example as regards cotton and mixed goods, avoided by the maintenance in these instances of those duties, at least as an alternative scale of duties, and an understanding arrived at that all transformations of *ad valorem* into specific rates are to be examined and determined only after full discussion. || I need scarcely assure your Excellency, that Her Majesty's Government are very desirous of co-operating with the French Government in order to maintain the general relations between Great Britain and France on a satisfactory footing, and to extend the commercial intercourse between them. || In conclusion, I have the honour to request that, in conveying the foregoing observations to the French Government, your Excellency will state, that Her Majesty's Government are quite ready to enter upon commercial negotiations, and that they will be glad to learn whether the French Government think it preferable, that these negotia-

tions should be continued in London, where they were commenced last year by M. Léon Say, or whether they should be conducted in Paris. || I have, &c.
 Granville. Nr. 7678.
Gross-
britannien.
10. Mai 1881.

Nr. 7679. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die englischen Unterhändler. — Instruction für die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag.

Foreign Office, May 24, 1881.

Gentlemen, — I have to inform you, that Her Majesty's Government have accepted a proposal from the French Government, that negotiations shall be commenced in London for the conclusion of a new Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and France; and that I have recommended the Queen to appoint you to be a Royal Commission to conduct these negotiations on the part of Her Majesty's Government. || The French Government have given notice to terminate the following Treaty engagements between the two countries, namely: — || The Treaty of the 23rd January, 1860; || The Ist Additional Article of the 25th February, 1860; || The IInd Additional Article of the 27th June, 1860; || The First Supplementary Convention of the 12th October, 1860; || The Second Supplementary Convention of the 16th November 1860; || The Treaty of the 23rd July, 1873*); || The Supplementary Convention of the 24th January, 1874; || The Declaration of the 24th January, 1874, adopting the Protocol of the 22nd January, 1874, relative to Expertise. || The first of these engagements, the Treaty of the 23rd January, 1860, with its Additional Articles and Supplementary Conventions, places commerce between the United Kingdom and France upon most-favoured-nation footing. It regulates the duties leviable upon the produce and manufactures of the one country on importation into the other, and provides that vessels of the other country are to be charged shipping duties, in France and the United Kingdom respectively, on the footing of national vessels. || The Treaty of the 23rd July, 1873, renews the engagements of 1860, notice for the termination of which had been given by the French Government in 1872. || It contains more complete stipulations with respect to most-favoured-nation treatment as regards commerce, and places cargoes and shipping in indirect, as well as in direct, navigation upon national footing. || The Supplementary Convention of the 24th January, 1874, contains more explicit stipulations with regard to compensatory duties on account of excise taxes, expertise, trade marks, patterns and certain minor matters. || The Protocol of the 22nd and Declaration of the 24th January, 1874, provide for measures to improve the working of the system of expertise established by the Treaty of 1860. || I inclose herewith copies of these several documents,

*) S. Staatsarchiv XXVI, Nr. 5247.

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

the correspondence relative to commercial relations with France which has passed during the last year, together with earlier papers which are either referred to in this correspondence, or necessary in order to elucidate it. || You will perceive, that by the Declaration of the 10th October, 1879, the notice which had been given by the French Government in December 1878 to terminate the Treaty engagements above enumerated was so far modified, that their duration was prolonged for a period not later than six months from the date of the promulgation of the new General Tariff, the Bill for the enactment of which was then before the French Legislature. This Tariff was finally passed by the French Chambers last month; and it was promulgated in the "Journal Officiel" of the 8th instant. The papers bearing on this matter which were laid before Parliament are likewise herewith inclosed. You will observe, that no definite bases for the forthcoming commercial negotiations have been proposed by the French Government, and I am therefore unable as yet to supply you with complete instructions as to the course to be pursued on the part of Her Majesty's Government. || The French Government have not only been urged on various occasions to proceed with these negotiations, in order to put an end to the uncertainty which has injured trade in both countries, but they have further been pressed to supply a full statement of their views on the questions to be discussed, in order to expedite these negotiations. || Up to the present time, however, I have only received the accompanying draft of a new Conventional Tariff, founded on the new General Tariff, to serve as a basis for discussion. Her Majesty's Government are therefore not aware whether proposals on matters other than those contained in this draft Tariff will be brought forward by the French negotiators, or what the views of the French Government are with respect to the stipulations on other subjects in the Treaties now in force.

With reference, however, to this communication from the French Government, I think it desirable to place before you in some detail the circumstances of the case with regard to the existing Treaty engagements, bearing upon Tariff, between Great Britain and France. || The instructions addressed to Earl Cowley and Mr. Cobden on the 17th January, 1860,*) lay down the following basis as having been adopted by Her Majesty's Government in the negotiation of the Treaty of that year, and explain in the following manner the principles which guided them with respect to the alterations then made in the Tariffs of the two countries: — || "Her Majesty's Government are of opinion, that although the activity of trade, and the constant demand for labour in this country, are such as to leave no pressing necessity for opportunities of extension, yet the enlargement of commercial relations, always in itself desirable, ought to be more peculiarly an object of desire in the case of two

*) Parliamentary Paper: "Correspondence respecting the Negotiation of a Treaty of Commerce with France, 1860."

countries prepared for such intercourse, like France and Great Britain, by local proximity, combined with considerable diversities of climate, productions, and industry. But over and above these considerations, they attach a high social and political value to the conclusion of a Commercial Treaty with France. Its general tendency would be to lay broad and deep foundations in common interest and in friendly intercourse for the confirmation of the amicable relations that so happily exist between the two countries, and while thus making a provision for the future, which would progressively become more and more solid and efficacious, its significance at the present moment, when the condition of some parts of the Continent is critical, would be at once understood and would powerfully reassure the public mind in the various countries of Europe.”

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

* * *

“Her Majesty’s Government consider, that in measuring together the changes to be reciprocally made in the Tariffs of the two countries, it is equitable to take into view the relative as well as the absolute nature of those Tariffs. || The rule of the French Tariff is high duty, in general, with a large measure of absolute prohibition. || The rule of the British Tariff is low duty, in general, with a large number of articles absolutely free, and likewise, with a small number of most important exceptions, of articles upon which high duties are imposed for fiscal purposes. || Taking these as the respective points of departure on the two sides, Her Majesty’s Government are prepared to admit, as appears also to be the opinion of the French Government, that the proper basis for the operation will be, on the side of France, a general transition, so far as British commodities are concerned, from prohibition, or high duty, to duties at a moderate rate; and on the side of England, the total abolition of customs duty on French productions, where fiscal considerations will permit it, and reduction to the lowest practicable point, together with the entire abandonment of any protective impost on behalf of a British, and against a French, commodity, where fiscal considerations will not allow total abolition.”

On this part of the subject I have to call your attention, more particularly, to the following points: — || By Article II of the Treaty of the 23rd January, 1860, it is stipulated, that on the principal British products and manufactures which are there enumerated the duty on importation into France from the United Kingdom “shall in no case exceed 30 per cent. *ad valorem*.” And in Article XVI it is further stipulated, “that the *ad valorem* duties payable on the importation into France of merchandize of British production and manufacture shall not exceed a maximum of 25 per cent. from the 1st October, 1864.” The Treaty itself, however, left the precise rates of duty, within these limits, which should be levied upon the goods in question, undetermined. These details were referred for settlement to a Mixed Commission,

Nr. 7679.
Gross-
britannien,
24. Mai 1881.

which met at Paris during the summer of 1860; and Mr. Cobden, in a letter dated the 14th November of that year, stated, that the duties in the French Tariff as thus settled had been so reduced, that on the average they would not be more than 15 per cent. In consequence of representations then made by Mr. Cobden with respect to the further advantages thus obtained for British goods imported into France, Her Majesty's Government reduced the duty on light wines beyond the engagements made in the Treaty of the 23rd January, 1860. By that Treaty the duty for these wines was fixed as follows: — Under 15 degrees 1s. per gallon; above 15 degrees and under 26 degrees, 1s. 6d. In 1862 the 1s. limit was raised to 26 degrees. Und it is to be observed, that Her Majesty's Government thus on their part carried the Treaty into full effect in 1862, although, as regards France, it was not fully carried into effect until the 1st October, 1864. || By these arrangements, as regards British trade with France, prohibition and differential treatment were put an end to. The remissions and taxation then made not only afforded relief to the people generally, but were accompanied by the further benefit, that this simultaneous reduction of customs duties in Great Britain and in France opened out new markets to the products and manufactures of the two countries. || The following Tables show the results of the changes of Tariff then effected upon the trade of the United Kingdom and of France: —

UNITED KINGDOM.

Percentage Proportion of Trade with France to Total Trade of United Kingdom.

Periods.	Percentage of Imports from France to Total Imports into United Kingdom.	Percentage of British Exports to France to Total British Exports from United Kingdom.	Percentage of Total Exports to France to Total Exports from United Kingdom.
1854—60 . . .	7·4	4·5	7·2
1861—65 . . .	9·7	6·1	11·7
1866—70 . . .	12·1	6·1	10·1
1871—75 . . .	11·6	7·0	10·0
1876—80 . . .	11·1	7·5	10·5

FRANCE.

Percentage Proportion of Trade with United Kingdom to Total Trade of France.

Periods.	Percentage of Imports from United Kingdom to Total Imports into France.	Percentage of French Exports to United Kingdom to Total French Exports from France.	Percentage of Total Exports to United Kingdom to Total Exports from France.
1854—60 . . .	16·0	23·1	23·2
1861—65 . . .	20·3	29·3	28·6
1866—70 . . .	16·8	31·7	30·9
1871—75 . . .	17·9	26·3	26·0
1876—80 . . .	14·8	28·6	27·7

These Tables show, that the proportion of the trade with the other nation to the total trade of the country is much greater in the case of France with the United Kingdom than in that of our trade with France, Franco-English trade being about 21 per cent. of the total trade of France, while Anglo-French trade is about 11 per cent. of the total trade of the United Kingdom. From this point of view France is much more interested than England in the conclusion of a Treaty which shall confirm the existing commercial relations between the two countries, and place the trade between them on a still more satisfactory footing. || It was hoped, that the fiscal measures adopted in France to give effect to the Treaty of 1860 would have led to further progress in the direction of free trade. To some extent this expectation was realized in reductions of duty on certain goods, for example, on steel and steel wares, machinery, ships and various yarns and textile fabrics. This result, the advantage of which British trade enjoyed under the most-favoured-nation Article of the Treaty of 1860, was, however, brought about by means of Commercial Treaties concluded with various foreign Powers between 1860 and 1866, and not by a general measure of Customs reform. But the necessity experienced in France in 1871 to raise a larger revenue led, amongst other measures, to an increase in the rate of certain customs duties. In two instances, namely, sugar and mineral oils, the increase thus made has given rise to discussions which are not yet settled, and which will engage your attention.

Nr. 7679.
Gross-
britannien,
24. Mai 1881

Negotiations were opened in Paris in 1877 for the conclusion of a new Commercial Treaty. || Definite proposals, the particulars of which are given in the inclosed papers, were made by the Commissioners of the two Powers for alterations of Tariff which would have effected a decided improvement in the existing Tariff arrangements between the two countries. But a succession of Ministerial crises in France prevented the French Government from resuming these negotiations, which, at their desire, remained suspended after May 1877. There was, however, reason to think, that the French Government continued to adhere, in principle, to the proposals made on their behalf in that year, for the following proposal forms one of the bases laid down last year by M. Léon Say, in the correspondence herewith inclosed, for the negotiation for the renewal, with modifications, of the Treaties of Commerce at present subsisting between the two countries, namely "Amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales." || I have recently stated to the French Ambassador at this Court, that the proposals made last year by M. Léon Say were received with much satisfaction in this country; that they were met with great readiness, Parliament taking, on the recommendation of the Chancellor of the Exchequer, the unusual step of a permissive alteration of the wine duties, on the importance of which M. Léon Say, not only in his official capacity, but as a great economical authority, had laid much stress. I have assured M. Challemel-Lacour, that it is the sincere de-

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

sire of Her Majesty's Government to maintain and increase the greatly developed trade between the United Kingdom and France, which has grown up under the provisions of the Treaty of 1860, although its stipulations as regards Tariff have not been as favourable as was anticipated to many branches of British trade.

There was the further reason for the hope, that the French Government of the present day will not enter upon commercial negotiations in a spirit less liberal than that which actuated the French Government in 1860, from the fact that on grounds usually put forward in support of protectionist arguments many French industries would be greatly and immediately benefited by a comprehensive measure of Tariff reform, apart from the benefit to the consumer, the people of the country generally. High duties on yarns, half-wrought metals and other semi-manufactured commodities actually impede the advance of commerce in finished productions in which France more especially excels. The papers placed before you, and more particularly the Memorandum communicated to M. Challemeil-Lacour on the 23rd August last, show (1) that the revenue derived from silk tissues, linen and hemp yarns and tissues, glass wares, iron and steel wares, and some other articles, can hardly defray the cost of its collection, (2) that the exports of certain goods, for example, chemicals, soap, china and glass, paper, wrought leather, yarns generally, and silk, wool, linen and hemp tissues, prove that in these goods French manufacturers are in a position to compete successfully in the English and other foreign markets, and cannot be said, speaking from a protectionist point of view, to require the protection of customs duties, and (3) besides these general considerations, it has been admitted in France on official authority that French textile manufacturers do not require protection. For in a statement on general conditions of manufacture by M. Balsan and M. Fernan Raoul Duval, Reporters on Textile Manufactures, submitted to the Conseil Supérieur du Commerce, and annexed to the Minutes of the meeting held on the 25th March, 1876, the following important passage occurs: — "En étudiant en détail, pour les diverses industries textiles, dans les localités variées où elles sont exercées, les éléments spéciaux des prix de revient, tels que main-d'oeuvre, combustible, impôts, coût des établissements, &c., on peut affirmer avec des différences, tantôt en plus, tantôt en moins, et par conséquent se compensant dans une certaine mesure, il n'y a pas au total un écart actuel de plus de 3 à 4 pour cent au détriment de la France par rapport à l'Angleterre, dans le coût de la production — écart qui, au point de vue de notre marché extérieur, est dans bien des cas compensé par les frais de transport que les produits Anglais ont à supporter pour venir concurrencer les nôtres en ce qui concerne la consommation nationale."

It is, at the same time, to be remembered, that the position of economic questions in France has been much complicated by steps which have been taken by the Government and the Legislature since 1875. || Enquiries with

the view to revision of the French Tariff were opened by the Comité Consultatif des Arts et Manufactures, and by the Conseil Supérieur du Commerce in 1876. The effect of this measure was, that persons and trades that considered themselves aggrieved by the commercial policy of the Empire hastened to avail themselves of this opportunity to put forward protectionist views. These proceedings excited the attention of the commercial community in this country. The accuracy of the statements submitted to these Councils was in several instances contested, and the French Government agreed, that the counter-representations of Associations and persons in the United Kingdom interested in trade with France should be heard by one of the members of your Commission, Mr. Kennedy, and by M. Gavard, who was then French Secretary of Embassy in London. Copies of the Parliamentary Paper which contains these counter-representations are likewise herewith inclosed. || The inquiries in France to which I have adverted were continued by Committees of the Senate and the Chamber of Deputies. But the action thus taken had, almost necessarily, the effect of encouraging exaggerated statements on the part of French manufacturers, and demands for the reimposition of protective, if not prohibitive, duties. || In the last few years French industry, like the industry of the United Kingdom and of all countries, has no doubt suffered from the severe and long-continued commercial depression which has everywhere prevailed. But the statistics of trade, to which I have referred in the earlier part of this instruction, and the uninterrupted growth of the French revenue, show conclusively, that the crisis has not been so acute in France as in many countries, and that there is not, on any grounds arising out of this distress, any real foundation for the demands for protection thus addressed to the French Legislature and Government, even upon the hypothesis, which Her Majesty's Government do not admit, that temporary commercial distress can be relieved by an augmentation of duties, injurious to the consumer, and of more than doubtful value to the producer. The protectionist agitation which has thus been fostered in France has exerted considerable influence on the form which the new General Tariff has finally taken. In the first instance it was understood, that this Tariff was to be almost, if not entirely, identical with the present Conventional Tariff. But in its progress through the Legislature many changes of classification have been proposed and adopted, *ad valorem* duties have been almost entirely abolished; and in very many instances increase in the rate of duty, sometimes to a large extent, has been made. On this last head, it is to be observed, that in the instance of yarns and textiles, chemicals and some other articles, an avowed "majoration" of 24 per cent. has been made in settling the rates of duty for the new General Tariff. It is evident, however, that in some instances this limit of 24 per cent. has been exceeded; and further, there is good reason to think, that in the changes of classification and of duties from *ad valorem* to specific rates, above mentioned, alterations of Tariff have been made which

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.



Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

will in their effect still further augment rates of duties. A marked copy of a Parliamentary Paper which shows in parallel columns the old General, present Conventional and new General Tariffs, and a Tabular Statement of articles now charged in the French Conventional Tariff with an *ad valorem* duty, on which, in the new General Tariff, a specific duty is imposed, together with the rates of duty under each Tariff, is annexed for convenience of reference.

The correspondence herewith inclosed will make you acquainted with the representations made by this Office and Her Majesty's Ambassador at Paris to the French Government on the whole subject of these negotiations. As the time approached for their commencement, it was thought advisable, especially in the absence of any definite explanation of the views of the French Government, that personal communication should take place, with the object of eliciting a statement of the intentions of that Government in the Tariff arrangements of the new Treaty. Mr. Kennedy was accordingly instructed to proceed to Paris for this purpose, and I have to call your attention to his Reports. It is to be regretted, that the French Government did not, either on that occasion or in the draft Tariff lately communicated by M. Challemlacour, definitely express their intention to remove at the outset the whole "majoration" of 24 per cent. made on existing duties, even if, before negotiations were commenced, they were unwilling to discuss other alterations of Tariff. The course thus pursued by the French Government cannot fail to protract the negotiation and add to its difficulty, while it precludes Her Majesty's Government from giving assurances to our commercial community which would do much to calm the apprehensions caused by the new General Tariff in many branches of trade in the United Kingdom.

You will learn from the representations that have been received from many commercial bodies, which are contained in the correspondence placed before you, that there exists in this country a strong feeling against the conclusion of a new Commercial Treaty with France unless its terms are an advance on the part of France in the direction of free trade, on the conditions of the Treaty and Convention of 1860. Her Majesty's Government, on their part, do not desire to bind this country by Treaty engagements in matters of Tariff unless by so doing substantial advantages can be secured to the trade of the United Kingdom. It would be well, that when a fitting opportunity presents itself you should hold this language, and make known the public feeling on the subject to your French colleagues. You should therefore bear in mind, that it is possible, that on this occasion no agreement may be arrived at on matters of Tariff. Other British interests involved, namely, shipping, the position of British subjects resident in France, trade marks and other matters of detail, would render it inexpedient, that the Treaties of 1860 and 1873 should entirely lapse. But circumstances may very possibly arise in the course of these negotiations which will render it advisable and prudent

to replace the existing Treaties by a Treaty which shall contain simple most-favoured-nation provisions rather than formal engagements in regard to Tariff.

I leave to your discretion, after your first communications with the French Commissioners, to decide what course to take with respect to Tariff discussions. As the notice to terminate the present Treaties has come from France, and as the French Government desire to alter their terms, you should ascertain the desires of that Government in the matter before you enter upon the engagements to be undertaken by Her Majesty's Government. || The following points appear to be sufficient to indicate for your guidance in the absence of any formal statement from the French Government: —

In the first place, you should insist strongly upon the basis of "Améliorations du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales", laid down, officially, by M. Léon Say then French Ambassador at this Court. The true interests of both France and England, and of international trade and relations generally, would be well served by a policy which should give full effect to this basis of negotiation. Her Majesty's Government are of opinion, that the following principles might, with advantage, be adopted for this purpose, namely: —

1. That 15 instead of 25 per cent. shall now be the general maximum rate of duty on goods the produce or manufacture of the United Kingdom entering France, except as regards some few goods which the French Government may wish to subject to a higher rate.

2. That 10 instead of 15 per cent. shall be the average rate of duty on the produce or manufactures of the United Kingdom.

3. That goods now charged 10 per cent. shall be charged $7\frac{1}{2}$ per cent.

It is to be remembered, that expenses of transport considerably increase all these rates.

4. That to some extent at least entire remission of duty shall be made in the case of goods now subject to import duty in France.

5. That changes of classification, and the determination of the specific rates which shall be equivalent for present *ad valorem* duties, if alteration is finally agreed upon, shall be settled after examination and by consent of both Powers.

Should the French Commissioners, as seems possible, not accept as a general basis for negotiation the amelioration of the *status quo*, you should use your best endeavours to effect any special improvements which may be practicable, and, generally, to preserve in their spirit, if not in the letter of their terms, the engagements of 1860. The French Government have admitted, in the Memorandum of the 24th September, 1880, that Great Britain has loyally fulfilled the engagements contracted in 1860. But the changes now proposed to be made in the French Conventional Tariff constitute a serious departure from those then contracted by France. It is now proposed to abolish *ad valorem* duties, which, as you are aware, under present conditions of manufacture and trade in the United Kingdom, are, in an especial

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

manner, adapted to the requirements of our foreign commerce. Her Majesty's Government, nevertheless, do not contest the right of foreign nations to alter as they think fit the mode of assessment of their customs duties, but at the same time they think it simply fair that as matter of friendly relations consideration urged with respect to the pressure of particular duties should receive attention, and that, especially, where such changes affect Treaty engagements, they shall be fully examined and settled by mutual consent. In the present instance this departure from the arrangements of 1860 is aggravated by an avowed "majoration" for many descriptions of goods on the existing rate of duty, which is alleged to be 24 per cent., though in some cases it certainly exceeds that limit, and, further, by changes of classification. It would seem well, that, at the commencement of the discussion on yarns and textiles, the whole "majoration" should be taken off, and that, when this step has been taken, changes of classification and of *ad valorem* to specific duties should then be examined and discussed and, if possible, satisfactorily settled. Your main difficulties on these points will be in regard to linen, cotton and mixed woollen fabrics.

Secondly, you will perceive, on examining the French Tariff, that on certain goods, more particularly iron and steel wares, the rates of duty now charged exceed, in some instances largely, the maximum rate of 25 per cent. fixed by Article XVI of the Treaty of the 23rd January, 1860. You should urge a readjustment of such duties in order to bring them back to the amounts fixed in 1860. || In like manner in the case of chemicals, values have fallen, and processes of manufacture have been improved since 1860, so that at the present time the rates of duty charged often largely exceed the *ad valorem* rates for which they were fixed as the equivalent in 1860. You should, after consultation with the trade, press for a readjustment of the rate of duty charged on the descriptions of chemicals which are of chief importance to British trade with France.

Thirdly, the foregoing remarks with respect to the incidence of specific duties at different periods may be used with advantage as an argument in support of *ad valorem* duties. The objections urged against the latter are, that serious differences of opinion often exist with respect to the value of particular goods; and that they afford an easy opening to fraud by means of false declarations.

You should state in the most explicit manner, that Her Majesty's Government are desirous of co-operating with the French Government to prevent such frauds, and that they are ready to adopt effectual measures for the purpose. By limitation of places of entry and strict requirements as regards invoices, and other precautions, it would appear, that this end might be attained without any serious difficulty. || You will observe, on examining the draft of the new Treaty Tariff, that it is proposed to leave out of it various articles which, although not of principal importance to British trade with

France, possess, nevertheless, considerable interest; for example, agricultural and colonial produce, beer, starch, dyes, bottles, &c., I have to request your attention to these subjects. || Besides the questions more immediately connected with the Treaty and Tariff, there are certain matters, to some extent outside them, which have been under discussion with the French Government. You will find in the correspondence transmitted to you the particulars of these several subjects, of which the most important are ship-brokerage, expertise, mineral oils, and bounties on shipping and on sugar. On these matters you will take such steps as you may think most expedient, at the time appropriate for discussing them. In considering them, and details of Tariff generally, it will be desirable and in some instances necessary, that you should communicate with Chambers of Commerce, Associations and persons, who are acquainted technically with these several subjects; and on some occasions it would be well, that, following precedent, their statements should be heard by the French Commissioners. || There are also colonial questions of considerable importance connected with the application of the new Treaty to the Colonies and possessions of the two Powers, to which I have also to request your attention, and also, if the opportunity occurs, the question of a Consular Convention with France.

The foregoing general instruction will be, at present, sufficient for your guidance. I would only observe further, that, if amelioration of the *status quo* is not to be obtained, you should consider whether a prolongation for a longer or shorter period of the existing Treaty and Tariff should again be sought. And lastly, that, if you find that the French Commissioners are not disposed to agree to such alterations of Tariff, especially as regards conversion of *ad valorem* into specific duties, and classification, as will secure at least the maintenance of the *status quo*, you should ask for an adjournment of the Joint Commission, in order to enable you to report the circumstances to Her Majesty's Government, and obtain their instructions as to your future proceedings. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7680. GROSSBRITANNIEN. — Die engl. Unterhändler an den engl. Min. d. Ausw. — Bisheriger Verlauf der Verhandlungen.

Foreign Office July 11, 1881.

My Lord, — We have now the honour to inform your Lordship of our proceedings under the instructions conveyed to us in your letter of the 24th May last. We have held sixteen joint sittings with the French High Commissioners, and have had many meetings with representatives of Chambers of Commerce and other bodies interested in the trade with France. || Your Lordship stated to us on our appointment that, as no definite bases for the forthcoming commercial negotiations had been proposed by the French Government, you were unable to supply us with complete instructions as to the course we were to

Nr. 7679.
Gross-
britannien.
24. Mai 1881.

Nr. 7680.
Gross-
britannien.
11. Juli 1881.

Nr. 7680.
Gross-
britannien.
11. Juli 1881.

pursue. || We are still unaware of the precise views of the French Government on the great majority of the details of the Tariff. We have examined the draft Conventional Tariff in detail with the French High Commissioners, and on each head which had any considerable interest for British trade we have made proposals, but in only a very few cases have these been met by counter-propositions, and then chiefly in the less important articles which we named. A careful examination of the proposed Tariff has shown, that the French proposals would subject to increased duties the principal articles in which trade is being done at the present time. When we have argued against these increases, we have been told in some instances that the proposed increase is purely for fiscal purposes; in other cases, that the trade in question is not mainly British, but either Swiss, Italian, Belgian, or German, as the case may be; while in some instances it has been admitted, that the duty is protective, and has been increased for the purpose of protection. || At the first meeting the French High Commissioners repudiated—though not without a strong protest on our part—the basis signed last year by your Lordship and M. Léon Say, without, however, repudiating the liberal intention by which these bases had been inspired. They declined to adopt our suggestion, that inquiry should be made into the fall of prices since 1860, with the view to readjust present specific duties to rates equivalent to the percentage adopted when the amount of these duties was fixed in 1860. On iron, concessions suggested by the French High Commissioners were at a later meeting virtually, or, at least, temporarily, withdrawn by them, in consequence of instructions from Paris; but at the fifteenth meeting it seemed understood, that these reductions would be made in any Treaty that might be signed. Besides these concessions, definite reductions on rates of duty proposed in the draft Conventional Tariff have been offered by the French High Commissioners on certain chemicals and on the finest class of linen yarn and tissues, and indefinite concessions on straw hats and some other articles. || The greatest divergency of views between our French colleagues and ourselves has, unfortunately, been upon the chief articles of trade between the United Kingdom and France, namely, in regard to cotton and woollen goods. Of woollen goods France took from us for her home consumption 51 000 000 fr. worth in 1879, her import from all countries being 68 000 000 fr. Of cotton goods, France imported from the United Kingdom 27 000 000 fr. worth, or considerably more than the import from Germany—the country next most interested. These great cotton and woolen trades are, therefore, essentially British interests, and we regret to say, that the change of classification, and the rates of duty proposed, would, in our judgment, tend to check, diminish and in many cases destroy the existing trade. By the substitution of specific duties, only nominally based on average values, the French Government will strike with the greatest severity the very cheap goods which are the most largely exported from this country to France. || We did not consider it necessary, or in accordance with your

Lordship's instructions, to refuse consent, absolutely, to the change from *ad valorem* to specific duties. On the contrary, wherever, under present circumstances of trade, the mode of assessment of duty is a matter of comparative indifference, we raised no objection on the ground of principle, and confined our objections to the amounts proposed. In other instances, where grounds for some doubt exist, we consented with reluctance and without admitting the adequacy of the reasons which have generally been put forward for the suppression of the system of *ad valorem* assessment. But with respect to certain articles of the Tariff, we feel unable to accept the change which has been proposed to us. We convinced ourselves, and we urged upon our French colleagues, that a scale of duties framed on an average of the qualities or descriptions of articles without any regard to the proportion in which they are imported, however theoretically accurate it might appear to them, must of necessity, and especially in trades where there is great variety of manufacture, operate most inequitably and injuriously. We pointed out, that this very difficulty was experienced after the Treaty of 1860, and prevented compliance, in the case of some important articles, with the provision of that Treaty which stipulated for the conversion of the *ad valorem* into specific duties. || The French Commissioners were disinclined to entertain any discussion of this question upon the ground, that it was a matter of principle which had been deliberately settled by their Parliament; but they did not reply to the practical objections to the changes proposed as regards cottons and woollens set forth in papers which Mr. Kennedy had communicated in Paris, and in our statements during our recent sittings. We were, however, so much impressed with the grave difficulty and inconvenience of a too rigid application of the principle for which they contended to the great articles of cotton and woollen piece-goods and a few other items of the Tariff, that we felt it our duty to insist, subject to the ultimate decision of Her Majesty's Government, on the maintenance of *ad valorem* duties in those exceptional cases, at least as an alternative scale, the system of assessment for duty by weight or value at the option of the importer being recognized to some extent in the present French Conventional Tariff. || We must record our opinion, that the present proposals of the French Government with regard to cottons and woollens would, in a measure, put an end to British trade in many descriptions of these goods. || It is true that, with the exception of certain articles, in regard to which our French colleagues alleged that mistakes had been committed in 1860, they admitted that it was the intention of their Government to substitute for present *ad valorem* duties specific duties of as nearly as possible the exact equivalent amount. The accompanying Minutes, however, will prove, that the new rates, in the manner in which they have been calculated and fixed, are not equivalent but increased, and in many instances very greatly increased. || We had thought of suspending negotiations after discovering how far the views of the two Commissions were apart, and because it was evident

Nr. 7680.
Gross-
britannien.
11. Juli 1881.

Nr. 7680.
Gross-
britannien.
11. Juli 1881.

to us at a very early period of the negotiations, that none of the five principles laid down for our guidance in your Lordship's instructions would be adopted by our French colleagues. For various reasons, however, we considered it on the whole more prudent to complete the examination of the Tariff to the end. In adopting this course we bore in mind your Lordship's directions, that we should use our best endeavours to effect any special improvements which might be practicable, and it further enabled us to submit the whole case for the instructions of Her Majesty's Government in accordance with the spirit of the last paragraph of your Lordship's instructions.

Your Lordship will observe, that the French Commissioners proposed to us, at our two last sittings, that negotiations should be resumed in Paris at the end of the present month. || We have, on our side, requested, that an intimation may be made as soon as possible of the views entertained by the French Government of our counter-proposals. We think, that a definite acceptance of the invitation should depend upon the nature of that communication. Unless it indicates a reasonable prospect of the conclusion of a satisfactory Treaty, we consider, that it would not be advisable for us to continue the negotiations as requested by the French Commissioners. || We have the honour to forward herewith, for the information and consideration of your Lordship, copies of the Minutes of the proceedings of the Commission, together with an abstract exhibiting the proposals and counter-proposals affecting the most important articles of British trade. || We have, &c.

Charles W. Dilke.

W. E. Baxter.

C. Rivers Wilson.

C. M. Kennedy.

J. A. Crowe.

Nr. 7681. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Uebersicht über die noch bestehenden Differenzen.

Paris, February 8, 1882.

Nr. 7681.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1882.

My Lord, — With my despatch of the 3rd instant I had the honour to transmit to your Lordship a Memorandum, drawn up by Mr. Crowe, of what passed at an interview which he and I had had on that day with M. de Freycinet and M. Tirard. || Yesterday I took an opportunity of saying to M. de Freycinet, that I had reflected a great deal upon that interview, and that, much to my regret, I had become more and more convinced that it had not at all promoted an agreement upon the terms of a Commercial Treaty. The arguments which had been used had, I said, been brought forward over and over again at meetings of the Commission, and, in fact, discussion of this kind seemed to me to be completely exhausted. Her Majesty's Government had

not formed their opinion lightly or hastily, but, on the contrary, had examined the matter with very great care, and I felt bound to say distinctly to M. de Freycinet, that they had not found that the arrangements proposed in the Memorandum given to me by M. Gambetta on the 25th of last month were by any means equivalent to the maintenance of the *status quo*. In short, I was, I said, bound to inform M. de Freycinet, that my instructions precluded my holding out any hope that those arrangements could be accepted by Her Majesty's Government. || After some further conversation, M. de Freycinet asked me to send him, for his own use, a Memorandum, showing, in as compendious a form as possible, the points of difference still existing between the two Governments. He would, he said, examine it carefully, in order to see whether there was still any means by which a change could still be made in the French proposals; but he had already been much attacked for adhering, when he came into office, to M. Gambetta's Memorandum, and it was very doubtful whether it would be possible to obtain the sanction of the Chambers for any lower duties. || No one was present at the interview except M. de Freycinet and myself. || In compliance with M. de Freycinet's request, I sent him to-day the Memorandum, drawn up, at my request, by Mr. Crowe, a copy of which I have the honour to transmit herewith to your Lordship. || I have, &c.

Nr. 7681.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1882.

Lyons.

Memorandum.

L'accord entre le Gouvernement de la République et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne semblerait possible qu'en tant qu'on s'entendrait sur les questions qui concernent spécialement les tissus de coton et de laine. || Quant aux tissus de coton, le Gouvernement Anglais avait demandé qu'on voulut bien réduire, à cause de la répercussion sur les blanchis, les teints, les imprimés, &c., les droits spécifiques sur les écus, c'est-à-dire:— || No. 364. 11 kilog. et plus aux 100 mètres carrés: 30 fils et moins, de 50 fr. à 40 fr.; 31 à 35 fils, de 50 fr. à 40 fr.; 36 fils et plus, de 80 fr. à 64 fr.; 7 à 11 kilog., 5 à 7, et 3 à 5 kilog. Pour ces trois classes des réductions proportionnées, et c'est-à-dire de 20 pour cent sur le Tarif Conventionnel actuel. || Les dernières propositions du Gouvernement de la République sur toutes les classes du No. 364 en regard du *statu quo* et des demandes Anglaises ont été celles-ci:—

	1. <i>Statu quo.</i>	2. Proposition Française.	3. Proposition Anglaise.
	Fr.	Fr. c.	Fr.
11 kilog. —			
30 fils et moins	50	47 50	40
31 à 35 fils	50	60 00	40
36 fils et plus	80	72 00	64



Nr. 7681.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1882.

	1.	2.	3.
	<i>Statu quo.</i>	Proposition Française.	Proposition Anglaise.
	Fr.	Fr. c.	Fr.
7 à 11 kilog. —			
35 fils et moins	60	60 00	48
36 à 43 fils	100	100 00	80
44 fils et plus	200	170 00	160
5 à 7 kilog. —			
27 fils et moins	80	80 00	64
28 à 35 fils	120	117 00	96
36 à 43 fils	190	190 00	152
44 fils et plus	300	242 00	240
3 à 5 kilog. —			
20 fils et moins	80	110 00	64
21 à 27 fils	80	148 00	64
28 à 35 fils	120	193 00	96
36 à 43 fils	190	270 00	152
44 fils et plus	300	403 00	240

Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se croit en devoir d'insister pour l'adoption des taux inscrits à la troisième colonne ci-dessus. || Pour la classe de 11 kilog., parce que les réductions proposées par le Gouvernement de la République ne représentent que 5 et 10 pour cent en regard à une augmentation de 20 pour cent sur une catégorie que pour l'Angleterre est d'une importance capitale. Pour la classe de 7 à 11 kilog. et de 5 à 7 kg., parce que les réductions proposées par le Gouvernement de la République sont très modiques, et d'autant plus sans importance que les augmentations sur la classe de 3 à 5 sont extrêmement fortes. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est, cependant, prêt à renoncer à ses demandes sur les écrus, si le Gouvernement de la République veut bien maintenir, comme arrangement temporaire, les droits actuellement en vigueur *ad valorem* pour les tissus non écrus. || Quant aux cords et moleskins, le Gouvernement de Sa Majesté se voit dans la nécessité d'insister sur le maintien du *statu quo*, soit 60 fr. et 85 fr. pour les écrus et les teints, au lieu des droits proposés de 72 fr. et 97 fr. || Le Gouvernement Anglais attache de même une importance capitale à la réduction des droits proposés par le Gouvernement de la République pour les lainages. || Quant aux tissus de laine pure, il trouve que les droits de 130 fr., 110 fr. et 96 fr. sont encore plus élevés qu'ils ne devraient l'être, et qu'ils seraient plus équitables en deux classes d'au-dessous et au-dessus de 500 grammes. || Il croit que les droits des tissus mélangés laine dominante ne sauraient dépasser 90 fr. pour la classe de 200 grammes au plus, et qu'il serait avantageux de réduire les cinq classes proposées à trois,

avec des droits sur l'échelle de 90 fr., 50 fr., et 30 fr. || La catégorie des tissus mélangés de renaissance serait plus acceptable si on modifiait la définition qui établit, ou, plutôt, qui restreint à 10 pour cent la proportion de coton dans la trame, et si, au lieu de "trame coton et chaîne coton et renaissance", on admettait chaîne et trame coton ou mélange de coton et renaissance. || On ne prévoit du reste aucune difficulté pour arriver à une entente sur tous les points indépendamment de ceux qui concernent les droits dont il vient d'être traité.

Paris, le 8 Février, 1882.

Nr. 7682. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament.

Paris, February 8, 1882.

My Lord, — During the interview, of which an account is given in my immediately preceding despatch of to-day, M. de Freycinet expressed a hope, that Her Majesty's Government were not unaware of the very great Parliamentary difficulties he had to contend with in treating on commercial matters. He was sure, that, if they could form an adequate estimate of the nature and extent of these difficulties, they would be disposed to come to his assistance by relaxing as far as possible their requirements. It was, he added, to be remembered, that as regarded good feeling between the two countries, no less than the interests of commerce, it would be much worse than useless to sign a Treaty which would be rejected by the Legislature. || I answered, that I was sure, that Her Majesty's Government desired to make every possible allowance for the difficulties M. de Freycinet had to encounter, but that it must not be forgotten, that they had Parliamentary difficulties of their own, and they were deterred alike by their own convictions and by the pledges they had given, from taking a retrograde step and agreeing to a Treaty less liberal than those already existing. || I proceeded to ask whether, after all, matters might not be facilitated by the adoption by the French Government of a larger and more generous policy. Would it, I inquired, be impossible for the French Government to take a fresh departure, and negotiate avowedly on the basis of a manifest amelioration of the *status quo*. This basis being taken, might not stipulations be introduced, both on the French and English side, which would be distinctly favourable to trade, and much more advantageous to France than a grudging concession of the mere *status quo*. || This idea did not seem to commend itself at all to M. de Freycinet, and he set it aside as incompatible with the dispositions of the Chambers and with public feeling in France. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7683. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die äussersten Concessionen der französischen Regierung.

Paris, February 14, 1882.

Nr. 7683. **Gross-**
britannien.
14. Febr. 1882. My Lord, — The letter containing the "last words" of the French Government, which was promised to me by M. de Freycinet, has just reached me, and I hasten so send it to your Lordship. || I await instructions from your Lordship before expressing any opinion upon it to the French Government. || I have, &c.

Lyons.

M. de Freycinet to Lord Lyons.

Paris, le 14 Février, 1882.

Mon cher Ambassadeur, — M. Tirard a étudié avec le plus grand soin la note que vous avez bien voulu me remettre le 8 Février, et il ne pense pas qu'il soit possible, au point de vue commercial, de faire aucune réduction sur les chiffres indiqués dans la réponse de M. Rouvier. || Toutefois, afin de vous prouver ma bonne volonté et mon vif désir de resserrer les relations cordiales qui existent entre nos deux Gouvernements, je crois pouvoir prendre sur moi d'introduire les réductions ci-après: —

Cotons. 11. kilog. 30 fils et moins, au lieu de 47 fr. 50 c.	45
„ „ 31 à 35 fils, au lieu de 60 fr.	55
Cords et moleskins. Au lieu de 72 fr. et 97 fr. respectivement . . .	69 et 90
Tissus de laine pure. Au lieu de 130 fr., 110 fr. et 96 fr., respectivement	125, 105 et 90.

Tous les autres chiffres sont maintenus comme dans la lettre de M. Rouvier. || Je croirais manquer à la franchise que je vous dois dans ces conversations amicales, si je ne vous disais que les concessions ci-dessus indiquées sont les dernières que je pourrais proposer au Gouvernement et aux Chambres. || Agréez, &c.

C. M. Freycinet.

Nr. 7684. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die letzten französischen Vorschläge sind unannehmbar.

Foreign Office, February 15, 1882.

Nr. 7684. **Gross-**
britannien.
15. Febr. 1882. My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch of yesterday, forwarding a note from M. de Freycinet stating the final proposals of the French Government in regard to the French Tariff in the negotiation for a new Commercial Treaty with France. || I regret, that Her Majesty's Government cannot consider the concessions now offered by M. de Freycinet to be equivalent to the *status quo*. The case of British

manufactures in relation to the new French Tariff has been fully set forth in my previous despatches, and it is unnecessary now to enter again at any length into the subject. As regards cottons, the term now proposed do not meet the representations made by Her Majesty's Government with respect to printed and fancy goods, the duties on which it is intended to change from *ad valorem* to specific. The *status quo* is not maintained for cords and molleskins. In the case of woollens, although some reduction is offered for pure wool goods, nothing whatever is proposed with respect to mixed wool goods, which form one of the principal grounds of remonstrance on the part of Her Majesty's Government in connection with the manner in which the existing *ad valorem* duties in the French Tariff, as established by the Treaty of 1860, have been converted into specific rates. || I have, therefore, to state, that unless the French Government will reconsider the matter, and, adopting as a starting point the maintenance in effect of the *status quo*, and the conversion on fair and equivalent terms of *ad valorem* into specific duties, will either adopt the last proposals of Her Majesty's Government, or continue, as a temporary measure, *ad valorem* duties pending an understanding as to their *bonâ fide* conversion into specific rates, Her Majesty's Government on their part regret to say, that it does not appear, that any useful result is likely to ensue from further attempts to negotiate a Tariff Treaty. || In this event, I have to request, that your Excellency will proceed with the negotiation on the bases of a most-favoured-nation Treaty laid down in my despatch of the 10th ultimo. || I am, &c.

Nr. 7684.
Gross-
britannien.
15 Febr. 1882.

Granville.

Nr. 7685. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Bedingungen, unter welchen die französische Regierung einen Meistbegünstigungsvertrag abschliessen will.

Paris, February 17, 1882.

My Lord, — M. Tirard, the Minister of Commerce, called upon me this morning and told me, that he had come on the part of M. de Freycinet, to speak to me on the subject of the commercial negotiations. || It seemed, he said, to result from the verbal communication I had made to M. de Freycinet yesterday, that there was no longer any prospect of the two Governments being able to conclude a Tariff Treaty. || I had, however, suggested to M. de Freycinet, that a simple most-favoured-nation Treaty might still be made, and this suggestion commended itself strongly to M. Tirard's judgment. He was, he said, able to inform me, that the French Government would willingly conclude such a Treaty with Great Britain, on condition, that Great Britain, on its part, engaged not to alter any of its present customs duties during the

Nr. 7685.
Gross-
britannien.
17. Febr. 1882.

Nr. 7885.
Gross-
britannien.
17. Febr. 1882.

duration of the Treaty. This condition M. Tirard regarded as essential. He maintained, that without it France and England would not stand upon an equal footing. France, he averred, had signed Commercial Treaties with various foreign Powers, in the benefits of which, for the whole time that they lasted, England would participate, and which put it out of the power of France to modify her Tariff during that time. On the other hand, England was hampered by no Commercial Treaties of any importance, and she would be able to deal with her customs duties just as she pleased. In short, according to M. Tirard, England would remain mistress of her Tariff, while France would no longer be mistress of hers; and this, he maintained, was a state of things to which the French Chambers would never be brought to agree. || I did not admit the force of this reasoning, and I stated the objections to it, which are so obvious, that I need not detain your Lordship by recapitalating them here. || M. Tirard, however, begged me to communicate to Her Majesty's Government his proposal, that a most-favoured-nation Treaty should be made on the condition he had named, and to await their answer on the subject. || This, of course, I could not but agree to do, but I asked M. Tirard whether he had carefully considered all the suggestions which I had made to M. de Freycinet as to the terms upon which a Tariff Treaty might still be made. In referring to these terms, as they are stated in your Lordship's despatch of the day before yesterday, I laid special stress upon the suggestion that *ad valorem* duties should be continued, as a temporary measure, pending the settlement of equivalent specific duties by a Joint Commission. || M. Tirard, however, repeated the refusal to listen to this suggestion, which had been expressed by him and by M. de Freycinet at the interview which they had with me and Mr. Crowe on the 3rd instant. Indeed, Mr. Tirard went so far as to declare, that of all solutions this would be the worst. || It would, he affirmed, run exactly counter to the feeling now prevailing in the Chambers and in the country generally. The long-continued commercial discussions at home and commercial negotiations with foreign Powers had produced a feeling compounded of lassitude and vexation. The public were impatient for certainty; they wished to place their commercial affairs at once on a fixed permanent basis, and to have done with the whole matter. Indeed, there was a growing desire to have no Commercial Treaties at all. This would necessitate the amendment of the present General Tariff, because that Tariff had been drawn up with a special view to negotiations with foreign Powers. It might, however, be so amended as to lower such duties as would check the imports of certain articles needful to France, while it raised the duties on articles the home manufacture of which required protection. These, M. Tirard said in conclusion, were not his own views, but they were, nevertheless, the views of a large and increasing party. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7686. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Ablehnung der französischen Bedingungen.

Foreign Office, February 18, 1882.

My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch of yesterday, reporting the statement made to you by M. Tirard as to the conditions, under which the French Government would be disposed to enter into a new Commercial Treaty with this country on the basis of most-favoured-nation treatment. || I have informed your Excellency in reply, by telegraph, that Her Majesty's Government cannot consent to purchase by Tariff engagements mere most-favoured-nation treatment, the refusal of which would be an unfriendly act. || The argument used by M. Tirard as to France being bound by Tariff engagements while Great Britain would be free can scarcely be held to be well founded. In addition to the uncertainty relative to the French Tariff which you notice, it is to be observed that, under M. Tirard's present proposal, France would not be bound by any specific engagement towards this country. || As you are aware, Her Majesty's Government hold, that the offers made to them by the Government of the Republic with respect to the French Tariff constitute a state of things inferior to the *status quo*, and it is obvious, that the Tariff stipulations in the Treaties recently concluded by France, and which are as yet unratified, are even much less favourable to extended trade. || I have to point out, in further reply to M. Tirard's proposition, the difference which lurks under an apparent similarity in terms between his remarks as applied to the revenue duties in the Customs Tariff of the United Kingdom and the protective duties of the French Tariff. || Her Majesty's Government approve the language held by your Excellency to M. Tirard, and I have to request, that you will inform the French Government that, if they are not prepared to adopt any other basis, Her Majesty's Government would be willing to conclude a most-favoured-nation clause Treaty of limited duration. I may remind your Excellency, that the French Government have adopted this course in the case of Austria-Hungary in the Treaty of the 7th November, 1881. || I am, &c.

Nr. 7686.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1882.

Granville.

Nr. 7687. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen über den Meistbegünstigungsvertrag.

Paris, February 18, 1882.

My Lord, — I had this afternoon the honour to receive your Lordship's telegram of to-day, in which, in answer to my report of the communication made to me yesterday by M. Tirard, your Lordship informed me that Her Majesty's Government could not consent to purchase by Tariff arrangements

Nr. 7687.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1882.

Nr. 7667.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1882.

mere most-favoured-nation treatment, the refusal of which would be an unfriendly act, but that they would be willing to conclude a simple Most-favoured-nation Treaty of short duration. || I have already reported to your Lordship by telegraph that, without any loss of time, I communicated the contents of your Lordship's telegram verbally to M. de Freycinet; that, after a long discussion, I failed in convincing him, that under a simple most-favoured-nation clause France would be on an equal footing with England; and that he declared, that the only two arrangements ("combinaisons") which appeared to him possible were the following: — || "A Most-favoured-nation Treaty, including a stipulation that England should not change her duties, which Treaty might, if such should be the wish of Her Majesty's Government, be of short duration. || A Most-favoured-nation Treaty, with a stipulation that, if the English customs duties should be at any time changed, France should thereupon be at liberty to denounce the Treaty at very short notice." || No better result was obtained; but perhaps it may not be superfluous for me to add to my telegram a somewhat fuller statement of the general purport of the discussion. || On my side, I dwelt strongly on the desire of Her Majesty's Government to maintain cordial feelings between the two nations, and urged that France would not be responding to the friendly and neighbourly feelings of England if she refused to extend to England commercial facilities which she conferred upon other Powers, in short, if she refused to England the most-favoured-nation treatment which England was ready and desirous to bestow upon her. I pointed out, moreover, that in consequence of the commercial stipulation in the Treaty of Frankfort, and of other circumstances, the appearance would be, that England was specially singled out for disfavour. And I cited as a precedent for a Most-favoured-nation Treaty of short duration the Convention between France and Austria-Hungary, signed on the 7th of November last. || In answer to M. de Freycinet's argument, that a simple most-favoured-nation clause would not place France and England upon an equal footing, I averred, that if the matter was to be treated on that basis I could not help observing, that the French proposals involved an inequality much to the disadvantage of England. England was, I said, called upon to bind herself to maintain the *status quo*; but did France, on her side, offer the *status quo* in return? Not at all. What France offered to England was simply the benefit of certain Treaties, which established Tariffs of import duties into France very much less advantageous than those now in existence, and it was to be remembered, that not one of those Treaties had yet been sanctioned by the French Chambers, and that it was not certain, that all, or indeed any, of them would ever be so sanctioned. || M. de Freycinet did not admit, that there was any probability, that the Treaties already signed would not be ratified eventually; and he declined to discuss the matter on any other hypothesis than that of the existence of Commercial Treaties between France and other Powers. He averred, that the consequence

was that, under a Treaty such as I suggested, France would be bound by a maximum Tariff, that resulting from her engagements with other Powers, while England would be perfectly free to raise her duties just as she pleased. Thus, while English trade would enjoy certainty and security under a Tariff fixed by Treaties, French trade would have no certainty at all. There would be nothing, for instance, to prevent the English duties on wines and silks being raised at any moment. It might, or might not, be probable, that they would be raised; but there would be no Treaty security against it. This was a state of things which would never be sanctioned by the Legislature in France, even if the Government could be brought to assent to it. M. de Freycinet throughout the conversation confined himself almost exclusively to this one point, and he ended by begging me to submit to your Lordship the two alternative combinations which I reported to you by telegraph, and which are recited above in the present despatch. || As I had also the honour to report to your Lordship by telegraph, M. de Freycinet expressed a strong desire to be acquainted with your Lordship's answer the day after to-morrow (Monday), in order, that he might be able to bring the matter before the Council of Ministers, which would sit very early on Tuesday morning. || I have, &c.

Nr. 7687.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1882.

Lyons.

Nr. 7688. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — England soll das Recht der meistbegünstigten Nation durch Gesetz gesichert werden.

Paris, le 23 Février, 1882.

Mon cher Ambassadeur, — Le conseil a reconnu que toutes les combinaisons dont nous avons parlé ont l'inconvénient de ne pas placer la France et l'Angleterre sur un pied d'égalité, en ce sens, que l'Angleterre pourrait à tout instant se dégager tandis que la France ne le pourrait pas. || Mais nous avons pensé que cet inconvénient pourrait être évité, en même temps qu'on atteindrait l'avantage que nous avons en vue (à savoir: éviter l'application du Tarif Général), au moyen d'un Projet de Loi que nous présenterons aujourd'hui, et qui concéderait directement à l'Angleterre le traitement de la nation la plus favorisée. De la sorte, chaque pays resterait maître de ses actes (puisque nous pourrions aussi bien abroger cette Loi que vous-mêmes élever vos Tarifs), et cependant, en fait, nous jouirions indéfiniment les uns et les autres des Tarifs réduits. || J'espère que vous approuverez cette idée de M. Tirard, qui nous a paru aussi simple qu'efficace. || Je n'ai pas jugé utile de vous envoyer M. Tirard pour plus amples explications. || Je suppose que cette lettre vous suffira. || Croyez moi, &c.

Nr. 7688.
Frankreich.
23. Febr. 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7689. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Ein Meistbegünstigungs-Gesetz ist nicht genügend.

Foreign Office, February 24, 1882.

Nr. 7498.
Gross-
britannien.
24. Febr. 1882.

My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatches and telegram of yesterday, relative to the announcement made to your Excellency by M. de Freycinet, and to the Chamber of Deputies by M. Tirard, of the arrangement by which the French Government propose to extend to British commerce most-favoured-nation treatment in France. || The announcement made by the French Ministers does not cover the whole ground of the existing Treaties, or of the commercial negotiations. But, before entering upon these questions, I must express the regret of Her Majesty's Government at this unsatisfactory termination of the existing Treaties and of the recent negotiations. || In itself the arrangement is open to considerable objection. It places all business transactions in a precarious condition, from uncertainty as to Tariff, while, as regards the French Tariff, the future state of things with respect to British trade will be much inferior to the *status quo*. || As your Excellency is aware, the changes of classification and duty on some of the principal branches of British trade with France will largely raise the present rates. It is well to repeat, that Her Majesty's Government do not consider, that these questions have been sufficiently examined, and they much regret the refusal of the French Government to accede to their proposal for the temporary maintenance of *ad valorem* duties, and the further examination of the points at issue. || I have to observe, that it does not appear clearly, that the French Government intend to confer complete most-favoured-nation treatment in all matters relating to commerce. There are many matters besides Tariff, such as prohibitions of importation and exportation, transit, expertise, inland taxes and other subjects, with respect to which a clear understanding, as to the enjoyment of most-favoured-nation treatment is necessary. || And, further, with respect to the position of the subjects of the two Powers, shipping questions and trade marks, at all events, Treaty stipulations between the two countries would appear to be necessary. || It does not appear to be requisite, in order to give effect to most-favoured-nation stipulations, that a Declaration should be signed to maintain the existing Treaties and Conventional Tariff in force until the 15th May next, inasmuch as prolongation up to that date has been given to the countries with which Treaties have been signed; but I have called your Excellency's attention, by telegraph, to this matter and to the points above named, and have requested you to ascertain the intentions of the French Government with regard to them. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7690. **FRANKREICH.** — Gesetz, betreffend die Einfuhrzölle auf englische Waaren. — Vom 27. Februar 1882.

Loi relative au régime douanier applicable aux Produits Anglais, lors de leur Entrée en France.

Le Sénat et la Chambre des Députés ont adopté,

Le Président de la République promulgue la Loi dont la teneur suit: — Nr. 7690. Frankreich. 27. Febr. 1882.

Art. 1^{er}. A partir de la promulgation de la présente Loi, les marchandises d'origine ou de manufactures Anglaises seront soumises, à leur entrée en France, au même traitement que celles des nations les plus favorisées.

Art. 2. Les dispositions de l'Article ci-dessus ne seront point applicables aux produits coloniaux, qui restent soumis aux conditions du Tarif Général des Douanes.

La présente Loi, délibérée et adoptée par le Sénat et par la Chambre des Députés, sera exécutée comme Loi de l'État.

Fait à Paris, le 27 Février, 1882.

Jules Grévy.

Par le Président de la République:

Le Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères,

C. de Freycinet.

Le Ministre du Commerce,

P. Tirard.

Nr. 7691. **FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN.** — Handels- und Schifffahrts-Convention vom 28. Februar 1882.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et le Président de la République Française, également animés du désir de maintenir les liens d'amitié qui unissent les deux États, et considérant que les Traités, prorogés par la Déclaration du 4 de ce mois, doivent prendre fin le 1^{er} Mars prochain, ont résolu de conclure une Convention destinée à régler l'état des relations commerciales et maritimes entre les deux pays, ainsi que l'établissement de leurs nationaux, et ont, à cet effet, nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: — Nr. 7691. Frankreich und Grossbritannien. 28. Febr. 1882.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Richard Bickerton Pemell Vicomte Lyons, Pair du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Chevalier Grand Croix du Très Honorable Ordre du Bain, Chevalier Grand Croix du Très Distingué Ordre de St. Michael et St. George, Membre du Conseil Privé de Sa Majesté Britannique, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Gouvernement de la République Française; et le Président de la République Française, M. Louis Charles de Saulces de Freycinet, Sénateur, Président du Conseil,

Nr. 7691.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
28 Febr. 1862.

Ministre des Affaires Étrangères, Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; M. Pierre Tirard, Député, Ministre du Commerce; et M. Maurice Rouvier, Député, ancien Ministre du Commerce et des Colonies;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Art. I. Les Tarifs de Douanes pour les marchandises ou produits manufacturés du Royaume-Uni à leur importation en France et en Algérie et pour les marchandises ou produits manufacturés de France et d'Algérie, à leur importation dans le Royaume-Uni devant demeurer réglé par la législation intérieure de chacun des deux États, les Hautes Parties Contractantes se garantissent réciproquement dans le Royaume-Uni et en France ainsi qu'en Algérie le traitement de la nation la plus favorisée en toute autre matière. || Il est aussi entendu que sous réserve de l'exception ci-dessus établie chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à faire profiter l'autre, immédiatement et sans condition, de toute faveur, immunité, ou privilège, en matière de commerce ou d'industrie, qui aurait pu ou pourrait être concédé par une des Parties Contractantes à une tierce Puissance en Europe ou hors d'Europe. || Il est également entendu qu'en tout ce qui concerne le transit, l'emmagasinage, l'exportation, la réexportation, les taxes locales, le courtage, les formalités de Douanes, les échantillons, et également en toute matière concernant l'exercice du commerce et de l'industrie, ainsi que la résidence, temporaire ou permanente, l'exercice d'un métier ou profession, le paiement de taxes ou autres impôts, de la jouissance de tous les droits et privilèges légaux, comprenant le droit d'acquérir, de posséder, et la libre disposition de la propriété, les ressortissants Français dans le Royaume-Uni et les ressortissants Britanniques en France ou en Algérie jouiront du traitement de la nation la plus favorisée.

Art. II. Les marchandises de toute nature, venant de l'un des deux États ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre État, de tout droit de transit. || Les deux Gouvernements conservent la faculté d'exclure du transit les armes, les munitions de guerre, ainsi que les contrefaçons. || Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacun de deux pays pour tout ce qui concerne le transit. || Il est entendu que chacune des Hautes Parties Contractantes se réserve le droit de prononcer à l'égard de toutes marchandises en provenance ou à destination de l'un ou de l'autre État, les prohibitions ou les restrictions temporaires d'entrée, de sortie, ou de transit qu'elle jugerait nécessaire d'établir pour des motifs sanitaires, pour empêcher la propagation d'épizooties ou la destruction de récoltes, ou bien en vue d'événements de guerre.

Art. III. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'importation ou d'exportation qui ne soit en même temps applicable aux autres nations.

Art. IV. Les marchandises de toute nature originaires du Royaume-Uni importées en France ou en Algérie ne seront pas assujetties à des droits d'ac-

cise, de consommation intérieure ou d'octroi autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires d'origine Française; de même les marchandises de toute nature originaires de France ou d'Algérie et importées dans le Royaume-Uni ne pourront être assujetties à des droits d'accise, de consommation intérieure ou d'octroi autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires d'origine Britannique.

Nr. 7691.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
28. Febr. 1882.

Art. V. L'importateur de machines et mécaniques entières ou en parties détachées, est affranchi de l'obligation de produire à la Douane tout modèle ou dessin de l'objet importé.

Art. VI. Les articles soumis à des droits et servant soit de modèles, soit d'échantillons, qui seront introduits dans le Royaume-Uni par des voyageurs de commerce Français, ou en France et en Algérie par des voyageurs de commerce du Royaume-Uni, seront admis en franchise à condition de satisfaire aux formalités suivantes qui seront requises pour assurer leur réexportation ou leur mise en entrepôt: —

1. Les préposés des Douanes du lieu ou port dans lequel les modèles ou échantillons seront importés, constateront le montant du droit applicable aux dits articles. Le voyageur de commerce devra déposer, en espèces, le montant des dits droits au bureau de douane, ou fournir une caution valable.

2. Pour assurer leur identité, chaque modèle ou échantillon séparé, sera, si faire se peut, marqué au moyen d'une estampille ou d'un cachet y apposé.

3. Il sera délivré à l'importateur un permis ou certificat qui donnera:—||
(a) Une liste des modèles ou échantillons importés, spécifiant la nature des articles ainsi que les marques particulières qui peuvent servir à la constatation de l'identité; || (b) Un état indiquant le montant du droit dont les modèles ou échantillons sont passibles, et si ce montant a été versé en espèces ou garanti par caution; || (c) Un état indiquant la manière employée pour marquer les modèles ou échantillons; || (d) La limite de temps qui, en aucun cas, ne pourra dépasser douze mois, à l'expiration de laquelle, s'il n'est pas prouvé que les articles aient été réexportés ou mis en entrepôt, le montant du droit déposé sera versé au Trésor ou recouvré s'il a été donné caution. Il ne sera exigé aucun frais de l'importateur pour la délivrance du certificat ou permis, non plus que pour l'estampille destinée à la constatation de l'identité.

4. Les modèles ou échantillons pourront être réexportés par le bureau d'entrée aussi bien que par tout autre.

5. Si, avant l'expiration de la limite de temps fixée (paragraphe 3 d), les modèles ou échantillons étaient présentés à la douane d'un lieu ou d'un port, pour être réexportés ou entreposés, les préposés de ce port devront s'assurer, par une vérification, si les articles qui leur sont présentés sont bien ceux pour lesquels a été délivré le permis d'entrée. Si l'identité est prouvée à leur satisfaction, les préposés certifieront la réexportation ou la mise en entrepôt, et rembourseront le montant des droits déposés, ou prendront les mesures nécessaires pour la décharge de la caution.

Nr. 7691.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
28. Febr. 1882.

Art. VII. Les navires Anglais et leur cargaison en France et en Algérie, et les navires Français et leur cargaison dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, à leur arrivée d'un port quelconque et quelque soit le lieu d'origine ou de destination de leur cargaison, jouiront sous tous les rapports du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison.

Art. VIII. Les Hautes Parties Contractantes se réservent la faculté d'imposer des droits de tonnage, de débarquement ou d'embarquement, affectés à la dépense des établissements nécessaires au port d'importation ou d'exportation. Toutefois ces taxes, qu'elles soient perçues par l'État, les villes, les Chambres de Commerce ou par toute autre corporation ne pourront être ni autres ni plus élevées que celles qui sont ou seraient applicables aux navires nationaux et à leurs cargaisons à quelque port qu'ils appartiennent. La volonté des Hautes Parties Contractantes étant que sous ce rapport les bâtiments Anglais et les bâtiments Français ainsi que leurs cargaisons soient traités sur le pied d'une parfaite égalité. || En ce qui concerne le traitement local, le placement des navires, leur chargement ou déchargement, ainsi que les taxes ou charges quelconques dans les ports, bassins, docks, rades, havres et rivières des deux pays et généralement pour toutes les formalités ou dispositions auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, les privilèges, faveurs, ou avantages qui sont ou seraient accordés aux bâtiments nationaux, ainsi qu'aux marchandises importées ou exportées par ces bâtiments, seront également accordés aux navires de l'autre pays, ainsi qu'aux marchandises importées ou exportées par ces navires.

Art. IX. Il est fait exception aux dispositions de la présente Convention en ce qui concerne le cabotage, dont le régime demeure soumis aux lois respectives des deux pays. || Il est également fait exception aux dispositions de la présente Convention en ce qui concerne la pêche, dont le régime demeure soumis aux Conventions spéciales qui sont ou seront existantes entre les deux pays et aux lois respectives des deux pays.

Art. X. Les ressortissants de chacune des deux Hautes Parties Contractantes jouiront dans les États de l'autre de la même protection et seront assujettis aux mêmes obligations que les nationaux pour tout ce qui concerne la propriété, soit des marques de fabrique et de commerce, des noms commerciaux ou d'autres marques particulières indiquant l'origine ou la qualité des marchandises, soit des modèles et dessins industriels.

Art. XI. Les ressortissants de chacun des deux États seront exempts, dans l'autre, de tout service militaire, de toutes réquisitions ou contributions de guerre, des prêts et emprunts et autres contributions extraordinaires qui seraient établis par suite de circonstances exceptionnelles, en tant que ces contributions ne seraient pas imposées sur la propriété foncière.

Art. XII. La présente Convention entrera en vigueur le 16 Mai, 1882, et restera exécutoire jusqu'au 1^{er} Février, 1892. Dans le cas où aucune des deux Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la dite

période, son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'autre des Hautes Parties Contractantes l'aura dénoncée.

Art. XIII. Les ratifications de la présente Convention seront échangées à Paris*), au plus tard le 12 Mai, 1882.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double expédition, le 28 Février, 1882.

Lyons.

C. de Freycinet.

P. Tirard.

M. Rouvier.

Nr. 7691.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
28. Febr. 1882.

Nr. 7692. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die engl. Unterhändler. — Rückblick auf die Verhandlungen.

Foreign Office, March 2, 1882.

Gentlemen, — On the termination of the commercial negotiations with France, I desire to express the entire satisfaction of Her Majesty's Government with your proceedings, and to convey their thanks for the manner in which you conducted these negotiations, and for the advice and assistance which you have afforded, since the close of the sittings of the Joint Commission, in the arrangement which has now been come to with the French Government. || The result of these communications, although it has not realized the wishes of Her Majesty's Government for an amelioration of the *status quo*, was anticipated, as a very possible contingency, in my instructions to you of the 24th May last. In that despatch I set forth the grounds, on which an expectation might be entertained, that in the interest alike of the French Treasury and people, even if an actual advance in the direction of free trade should not be resolved upon, certain duties, such as those on yarns, which fetter French industry, and which can scarcely defray the expense of collection, might be abandoned by the French Government. But I stated at the same time, that the answers returned to notes exchanged preliminary to formal negotiations, as well as the manner in which these negotiations had been opened, did not appear very favourable to a speedy and satisfactory agreement. From the nature of the case great discretion as to details was left to you. I suggested the principles which, in the opinion of Her Majesty's Government, might be adopted with advantage to give effect to "the basis of 'amelioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales,' laid down officially by M. Léon Say when French

Nr. 7692.
Gross-
britannien.
2. März 1882.

*) Ist geschehen.

Nr. 7692.
Gross-
britannien.
2. März 1882.

Ambassador at this Court;" I and instructed you, in the event of this basis being impracticable, "to preserve in their spirit, if not in the letter of their terms, the engagement of 1860." || The refusal of the French Commissioners to maintain *ad valorem* duties rendered it the more necessary for you to consult the trades affected by the proposed changes of classification and rates of duty in the French Tariff; and I desire to express my sense of the industry with which you made yourselves acquainted with the views of different branches of commerce in the United Kingdom, and also of the care and patience with which you brought their representations before the French Commission, and urged full consideration of them. When the French Government declined to accede to your proposals for the maintenance of the *status quo*, or to agree to maintain, temporarily at least, *ad valorem* duties for the descriptions of goods, with respect to which an understanding had not been come to, no agreement on matters of Tariff could, as I had anticipated as a possible contingency in my despatch of the 24th May, be arrived at. || In the end, as I also anticipated in this event, an arrangement has been made by the French Government for most-favoured-nation treatment in regard to customs duties on imports from the United Kingdom, and a Treaty has now been concluded which renews the stipulations of the existing Treaties relative to subjects, shipping, trade marks and certain other matters. || Under the circumstances, Her Majesty's Government feel assured, that the country will consider the whole result as not unsatisfactory; and although special Tariff stipulations have not been renewed, the conciliation and firmness which you displayed in the negotiation contributed largely to the final arrangements. || I am, &c.

Granville.

Englisch-Amerikanische Differenzen (Irland)*).

Nr. 7693. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (Thornton). — Der amerikanische Gesandte hat Vorstellungen gemacht wegen der Verhaftung von naturalisirten amerikanischen Bürgern in Irland.

(Extract.)

Foreign Office, June 17, 1881.

Mr. Lowell informed me on the 3rd instant, that he had received instructions from his Government by telegraph to make representations to me on the subject of a naturalized American citizen, who had been arrested in Ireland on the 8th March last, to ask what was the crime, for which he had been arrested, and to press for his being brought to trial. || Mr. Lowell added, that he had been promised, that fuller instructions on the subject would be sent to him by mail. || I answered, that such representations took me much by surprise, considering the circumstances of the case, and the understanding which existed between the two countries on this point of international law. But I added that, as he expected fuller instructions, it would be better to await their arrival before discussing the question. || I now transmit, for your information, a copy of a letter which I have received from Mr. Lowell, in which he requests to be furnished with certain particulars connected with the arrest, under the Act for the better Protection of Person and Property in Ireland of the 2nd March, 1881, at Castlebar, county Mayo, on the 8th March last, of Joseph B. Walsh, who is stated to be a naturalized citizen of the United States.

Nr. 7693.
Gross-
britannien.
17. Juni 1881.

Mr. Lowell to Earl Granville.

Legation of the United States, London, June 8, 1881.

My Lord, — Referring to the interview which your Lordship was kind enough to grant me on the 3rd instant, in relation to the case of Joseph

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 170 fig. Bd. XXI, Nr. 4488.

Nr. 7693.
Gross-
britannien.
17. Juni 1881.

B. Walsh, arrested under the Coercion Act, at Castlebar, county Mayo, on the 8th March last, I have now the honour to request, that you would at your convenience furnish me, in order to my better understanding of the facts of the case, with a copy of the warrant under which he was arrested, and with such particulars as to the offence with which he is charged as may be within your knowledge, Mr. Walsh having furnished me with evidence satisfying me, that he is a naturalized citizen of the United States, though I have no reason to think, that Her Majesty's Government were aware of the fact when the warrant was issued. As your Lordship will observe by the dates, Mr. Walsh has already suffered a three months' imprisonment, to the manifest detriment of his affairs; and the President, while anxious not to embarrass in any way the action of a friendly Government in dealing with a very difficult and delicate question of domestic policy, cannot but also feel solicitous not to ignore any just claim of American citizens to his intervention in their behalf. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Mr. Lowell to Earl Granville.

Legation of the United States, London, June 10, 1881.

My Lord, — I have to-day received a letter from M. William Simms, the Vice-Consul of the United States at Belfast, informing me of the arrest of Mr. Daniel Sweeney, or McSweeney, an American citizen, and inclosing papers in the case. The papers include a copy of the warrant of arrest, a letter from Mr. Sweeney to myself and his certificate of citizenship. It appears, that he was arrested on the 2nd instant and lodged in Dundalk Gaol. In his letter to me Mr. Sweeney denies, that he has ever said anything which could be construed into an incitement to riot, and asserts that, on the contrary, he has advised against the commission of crime and the violation of law. I should be glad to be informed of the particulars of the charge against Mr. Sweeney. I may repeat what I said in my note of the 8th instant with regard to the case of Mr. Walsh, that my Government, though anxious not to ignore the just claim of American citizens to protection, has no desire to embarrass the action of a friendly Government in dealing with a difficult and delicate domestic question. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Nr. 7694. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Ausländer unterliegen den Gesetzen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ebenso wie die Inländer.

Foreign Office, June 24, 1881.

Sir, — Referring to my despatch of the 17th instant, in which I communicated to you a copy of the letter addressed to me by Mr. Lowell, requesting, that he might be furnished with certain particulars connected with the arrest in Ireland, under the Peace Preservation (Ireland) Act, 1881, on the 8th March last, of Mr. Joseph B. Walsh, who is said to be a naturalized citizen of the United States, I now propose to place before you the considerations which, in the opinion of Her Majesty's Government, justify them in declining to recognize any distinction between the liability of foreigners and British subjects in respect to unlawful acts committed within the limits of British jurisdiction, or to admit any claim to exemption on behalf of any person, whether alien or citizen, from the operation of the laws which equally affect all persons residing in the dominions and under the protection of the Crown. || At the same time, I wish to observe, that Her Majesty's Government have not failed to note the friendly assurances given on the part of the President of the United States towards this country, as contained in Mr. Lowell's letters of the 8th and 10th instant when applying for information with regard to the arrests in Ireland, under the Act already cited, of Messrs. Walsh and Sweeney. || The right of every State to subject foreigners within its limits, no less than its own subjects, to every law made for the maintenance of law and order is an undisputed principle of the law of nations, and is a right necessarily inherent in the sovereignty of every independent community. || The principle is universally recognized, and is well stated by the great French jurist Portalis, as quoted by Sir Robert Phillimore in his "Commentaries upon International Law", vol. 1, cap. XVIII, section 334. p. 454: — || "Chaque État a le droit de veiller à sa conservation, et c'est dans ce droit que réside la souveraineté. Or, comment un État pourrait-il se conserver et maintenir, s'il existait dans son sein des hommes qui pussent impunément enfreindre sa police et troubler sa tranquillité? Le pouvoir souverain ne pourrait remplir la fin pour laquelle il est établi, si des hommes étrangers ou nationaux étaient indépendants de ce pouvoir. Il ne peut être limité, ni quant aux choses, ni quant aux personnes. Il n'est rien s'il n'est tout. La qualité d'étranger ne saurait être une exception légitime pour celui qui s'en prévaut contre la puissance publique qui régit le pays dans lequel il réside. Habiter le territoire, c'est se soumettre à la souveraineté." || The principles thus stated apply alike to exceptional laws which the necessities of State have caused to be imposed, and to the action of the ordinary Tribunals. || Foreigners, whether the native-born or naturalized subjects of their own State, are equally

Nr. 7694.
Gross-
britannien,
24. Juni 1881.

Nr. 7694.
Gross-
britannien.
24. Juni 1861.

amenable to the laws for the time being in force in the country in which they are resident. || It will be observed, that in the despatch of the 18th December, 1848 ("British and Foreign State Papers," vol. xlvii, p. 1242), Mr. Buchanan, the United States' Secretary of State, admitted, that the application of the Law suspending the writ of *habeas corpus* was one to which his Government might have "submitted in silence", if it "had been carried into execution in the same impartial manner against the citizens and subjects of all foreign nations." || But on the occasions to which attention has now been called by Mr. Lowell there is no room for complaint of any exceptional treatment in the case of American citizens. || In the correspondence in 1866 between the British Government and the United States, the true light from which the matter is to be regarded was set forth very clearly in the statement made by Mr. Seward in his Confidential despatch to Mr. Adams, the substance of which will be found in Lord Clarendon's despatch to Sir F. Bruce of the 14th April, 1866. Mr. Seward then said, that he "frankly admitted, that Americans, whether native-born or naturalized, own submission to the same laws in Great Britain as British subjects, while residing there and enjoying the protection of the British Government;" and Mr. Seward added, that "the United States' Government had applied the converse of that principle to British subjects who were sojourning or travelling in the United States during the late rebellion." || Mr. Seward, no doubt, here referred to the discussion which took place between the two Governments in the year 1861, when the writ of *habeas corpus* was suspended by the Executive of its own authority in America. || This correspondence will be found in the "British and Foreign State Papers, 1860—61," vol. li, pp. 241, 243, 252, 264. || The principle was then admitted on both sides, that, if such a proceeding was lawfully authorized (as it has been, without question, in the case of Ireland), no complaint could be made if, under its principles, the subjects of foreign States were treated in like manner, or, as Mr. Seward expressed it in his letter to Lord Lyons of the 14th October, 1861*) (p. 245), "with no greater or less rigour" than the citizens of the country in which such an exceptional law had become duly operative. || (*Vide* also the correspondence in the case of Mr. Shaw, "British and Foreign State Papers, 1864—65," vol. lv, p. 710.) || Having regard to the fact, that amongst the most mischievous and dangerous attempts against peace and order in Ireland are those due to Irishmen who have become naturalized in America, it would be, in the opinion of Her Majesty's Government, most highly impolitic to admit, either in principle or practice, any departure from the doctrine of their equal liability to the procedure which it has been found necessary to apply in the case of the subjects of the Queen. || Nothing could be more injurious than the belief, that Irish-American citizens could carry on lawless projects in Ireland covered by an exceptional

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 171.

immunity. || If that were permitted, they would become the principal agents in the crimes which it was the object of the Act 44 Vict., cap. 4, for the protection of person and property in Ireland, to suppress. || In conclusion, I transmit, for your information, a copy of the reply which I am about to return to Mr. Lowell's applications of the 8th and 10th instant, regarding the arrears of Mr. Joseph B. Walsh and Mr. Daniel Sweeney, or McSweeney. || I am, &c.

Nr. 7694.
Gross-
britannien.
24. Juni 1861.

Granville.

The Earl of Clarendon to Sir F. Bruce.

Foreign Office, April 14, 1866.

Sir, — Mr. Adams called upon me three days ago and read to me a confidential despatch from Mr. Seward respecting the Fenian agitation. || Mr. Seward said, that he did not think, that either time or occasion had arrived for making any communication on the subject to Her Majesty's Government, but in view of the news which had arrived of the suspension of the Act of Habeas corpus in Ireland, Mr. Seward thought Mr. Adams ought to be informed of the sentiments of the President in regard to Fenianism. || The Fenian excitement in the United States was, Mr. Seward said, a political question, exclusively affecting Ireland as one of the United Kingdoms. Those engaged in the agitation were, as a general rule, native Irishmen, of whom some had, while others had not, become naturalized in the United States. In moving, controlling and directing the Fenian agitation these persons were influenced by feeling, sentiments and views which they cherish as Irishmen, notwithstanding their change of domicile or place of residence or citizenship. In a word, the Fenian was a British and not an American movement. || The only question for the United States' Government, Mr. Seward said, was not whether the motives or designs of these agitations in regard to Ireland were just, wise, beneficent and humane, or the reverse, but whether, in seeking to promote their designs, they commit any violation of the laws of the United States which have been adopted to prevent military or naval aggression against nations with whom the United States are at peace. || Thus far, Mr. Seward said, no such violation of the law had been brought to the knowledge of the United States' Government, either by its own Agents or by the British Legation and it did not appear to the United States' Government to be wise to denounce the proceedings of the agitators so long as they were confined within those limits of moral agitation recognized equally by the United States and Great Britain as legitimate. || It was not unreasonable to suppose, that any unlawful enterprises against Ireland and the Colonies contrived in the United States would prove abortive and even absurd unless the movement had some connection with an uprising in the country to be invaded. It was not for the United States' Government to pronounce upon the improbability or other-

Nr. 7694. wise of such an uprising in Ireland. It was, however, reasonable to suppose
 Gross- that, if anything of the sort was contemplated, the suspension of the Act of
 britannien. Habeas Corpus would bring matters to a crisis, and if no uprising had taken
 24. Juni 1881. place, it might be supposed either that such a movement had not been medi-
 tated or that it had been averted. In either case it was not to be appre-
 hended, that a violation of United States' neutrality would now be committed.
 On the other hand, if any insurrection should have already broken out in
 Ireland, it would be by no means the purpose or policy of the United States
 to suffer their own laws to be violated, and their dignity and honour to be
 compromised. || Mr. Seward further said, that it might be expected, that some
 Irish-born but naturalized American citizens who might be now sojourning or
 travelling in Ireland would be arrested upon complaints of complicity in sedi-
 tious proceedings. Of these, some would probably be innocent and others
 guilty. The situation would thus for a time necessarily become inconvenient
 and embarrassing; but Mr. Seward frankly admitted, that Americans, whether
 native-born or naturalized, own submission to the same laws in Great Britain
 as British subjects while residing there and enjoying the protection of the
 British Government, and Mr. Seward added, that the United States' Govern-
 ment had applied the converse of that principle to British subjects who were
 sojourning or travelling in the United States during the late rebellion. || Mr.
 Adams was, therefore, to give a careful examination to each complaint, dea-
 ling at all times frankly with the British Government, and asking on their
 part strict justice where American citizens were concerned. || I told Mr. Adams,
 that I had listened with much satisfaction to the views and opinions of Mr.
 Seward, as stated in the despatch which he had just read to me, and that
 I trusted, that both the state of Ireland and the prudence of the Lord Lieute-
 nant would prevent any difference between Her Majesty's Government and
 that of the United States upon a question involving a principle, the discussion
 of which, in connection with Fenianism, it would be desirable not to enter
 upon. || I have, &c.

Clarendon.

Nr. 7695. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Ge-
 sandten in Washington. — Vorstellungen wegen der
 in amerikanischen Zeitungen enthaltenen Aufreizun-
 gen zu Verbrechen in England.

Foreign Office, June 24, 1881.

Nr. 7695. Sir, — I have felt in my duty to call the attention of the United Sta-
 Gross- tes' Minister to the publication at New York, in the newspaper called the
 britannien. "United Irishman," of direct incitements to murder, incendiarism and other
 24. Juni 1881. outrages in England. || I showed to him some of the copies of this newspaper,

published on the 23rd and 30th April, 14th, 21st and 28th May, and 4th and 11th June. || It is probable, that the recent numbers of which a summary has been telegraphed to England will prove to be of a still more atrocious character, with this important additional circumstance, that the references to them in the English newspapers have made the public in England familiar with their contents. || I pointed out to him some of the more disgraceful paragraphs, though many almost as bad might be found pervading the whole of the newspapers.

Nr. 7605.
Gross-
britannien.
24. Juni 1881.

The writers of these paragraphs — 1. Advocate, in general terms, acts of incendiarism in all the great towns in England. || 2. Propose, in distinct terms, the blowing up of the train conveying the Prince of Wales. || 3. Profess knowledge of the intention to murder Mr. Gladstone, and to have been given a sum of 500 dollars for expenses, which is now at the command of men who will try "to do their work . . . in spite of the police officials of Cheshire, Flintshire and Hawarden Castle." || 4. Claim the authorship of the explosion at Salford, where a boy was killed and a woman seriously injured. || 5. Assert generally, that they have brought about various fires in London and elsewhere. || 6. Lay claim to having accomplished the destruction of Her Majesty's ship "Doterel," and intimate, that they have taken measures for the destruction of other ships in a similar manner. || 7. Canvass for subscriptions for the promotion of these purposes, publish letters professing to send money for these objects, and declare, that they have remitted funds to persons in America and England to aid in their accomplishment. || 8. Distinctly assert, that the attempted explosion at the Mansion House was their work.

I remarked, that no civilized Government would tolerate the keeping of an office to collect and distribute money publicly for the purpose of murder and incendiarism against individuals within their own borders. The same rule applies with equal force to an open trade in assassination and arson, aimed at the public and at private persons in a friendly country. || It is, I observed, difficult in a free country to deal with secret conspiracies without intruding on the freedom of the subject. The English Government has found the embarrassments arising from plots of this nature. || But such difficulties do not arise where such criminal designs are openly avowed and publicly carried out. There is no principle at stake in restraining such machinations which the most liberal Government would desire to protect. || I said, that I had little doubt, that many, if not all, of the assertions in these publications were untrue, and that the subscription lists were in a great measure mere decoys; but it was impossible to regard these publications entirely as idle brag. Such things bore fruit by inducing paid adventurers to engage in reckless enterprises, on the chance of escape, or even at the risk of conviction, in the belief, that they could afterwards count upon being, when released from punishment, received in America and kept for the rest of their lives in idleness on the subscriptions of ignorant sympathizers.

Nr. 7695.
Gross-
britannien.
24. Juni 1881.

I said, that the excellent relations which now exist between this country and the United States were founded upon feelings, not only of interest, but of mutual sympathy and respect. It would be inconsistent with such feelings if Her Majesty's Government had refrained from representing to the American Government the facts which had come to their knowledge. They felt convinced, that, if the circumstances had been reversed, the United States' Government would have felt in their duty to make a similar communication, and such representations would certainly have met with a due response. || I concluded by stating, that Her Majesty's Government left the matter with full confidence to the consideration of the President and his Government. || Mr. Lowell listened with attention to what I had said, and then remarked, that he should have recommended our not making any representations, because he did not see how the Government of the United States could give effect to them in a judicious manner. But he promised to forward them immediately to his Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7696. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Staatssecretär Blaine über die irische Agitation in den Vereinigten Staaten.

(Extract.)

Washington, June 27, 1881.

Nr. 7696.
Gross-
britannien.
27. Juni 1881.

On the 23rd instant I called at the State Department for the purpose of having some conversation with Mr. Blaine. I learnt, however, that he had not been there on that day, although it was Thursday, which has been considered by Mr. Blaine's predecessors as the one reserved for receiving the foreign Ministers. || I therefore went to Mr. Blaine's house, where I found him. I began by saying, that I had come to speak to him, unofficially and without instructions, about the very violent and hostile language which was being made use of by certain newspapers published at New York which supported the pretensions of the Fenians, and by O'Donovan Rossa and other men of that class, who were exciting to murder and destruction of property in England and Ireland. I alluded to telegrams which had been transmitted from England within the last two or three days, in which it was stated, that Her Majesty's Government had made a representation to that of the United States with regard to this incendiary language; but I informed him, that I had as yet received no intimation of such a step having been taken. I inquired of him, however, whether the Government had no power to restrain this hostile language towards a friendly nation, whether it were circulated in newspapers, or delivered at public meetings. || Mr. Blaine replied, that it had been the habit in this country to allow the greatest freedom of speech, even more

so than in England, both in the newspapers and at public meetings, and that no harm had apparently arisen from it. On the present occasion, the language which had recently been used by the Fenians had been treated with the greatest contempt by the vast majority of Americans, and had exercised no influence whatever, except among the Irish, until the arrival of the recent telegrams from England had given it a certain importance owing to the remonstrance alleged to have been made against it by Her Majesty's Government. If, however, he continued, the United States' Government should be able to discover, that armed expeditions were being prepared in this country with hostile intentions against Her Majesty's Government, or that schemes were being concocted for the destruction of life or property in Great Britain by means of explosives manufactured here, it would take the most energetic measures to prevent such expeditions and frustrate schemes of that nature. || I replied, that I had reason to believe, that conspiracies for the destruction of property in England by means of explosives were being conceived and even prepared in this country, but that it was almost impossible for me to point out with any degree of certainty the persons implicated in these crimes, or the places at which explosive machines are actually being manufactured. || I then drew Mr. Blaine's attention to the recent departure for Ireland of Stephen J. Meany, I pointed out to him, that there could be little doubt that the object of Meany's mission was to excite the people in Ireland to resistance to Her Majesty's authorities, and possibly to commit such acts as would force them to order his arrest, in the hope that such a proceeding would lead to bad feeling and dissension between the two Governments. I added that, however criminal such resistance might be on the part of Irishmen living in Ireland, it was possible that they might have some imaginary grievance which might give them a pretext for such conduct. But that it would be still more unpardonable on the part of a man who, like Meany, had thrown off his allegiance to Great Britain, had adapted another country whose protection he invoked, and had no right to complain of any measures which might be taken by Her Majesty's authorities, nor to violate the laws of Great Britain.

Nr. 7696.
Gross-
britannien.
27. Juni 1881.

Nr. 7697. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in London. — Bezüglich der Verantwortlichkeit wegen gesetzwidriger Handlungen erkennt die englische Regierung eine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern nicht an.

Foreign Office, June 28, 1881.

Sir, — In compliance with the request contained in your letter of the 8th instant, I have now the honour to forward a copy of the warrant under which Mr. Joseph B. Walsh, who is said to be a naturalized citizen of the

Nr. 7697.
Gross-
britannien.
28. Juni 1881.

Nr. 7697. United States, was arrested, at Castlebar, county Mayo, Ireland, on the 8th
 Gross- March last. || Her Majesty's Government have also had under their conside-
 britannien. ration the application made by you on the 10th instant, requesting to be
 29. Juni 1881. furnished with particulars of the charge under which Mr. Daniel Sweeney, or
 McSweeney, an American citizen, had been arrested on the 2nd June, and
 lodged in Dundalk Gaol. || In the first place, I beg leave to assure you, that
 Her Majesty's Government are very sensible of the friendly feeling towards
 this country, and of the appreciation shown by the President of the United
 States with regard to the difficulties presented by the abnormal condition of
 affairs at this moment in a portion of the United Kingdom. || It will not, I
 trust, be necessary to enter at great length upon the reasons which, in the
 opinion of Her Majesty's Government, prevent them from recognizing any
 distinction between the liability of foreigners and British subjects in respect
 of unlawful acts committed within the limits of British jurisdiction, or from
 admitting any claim to exemption on behalf of any person, whether alien or
 citizen, from the operation of the laws which equally affect all persons resi-
 ding in the dominions and under the protection of the Crown. || It will, it is
 hoped, suffice to refer to the despatch written on the 18th December, 1848
 (see "British and Foreign State Papers," vol. xlvii, p. 1242), to Mr. Bancroft
 by Mr. Buchanan, where he admits, that the application of the law suspending
 the writ of *habeas corpus* (11 & 12 Vict., cap. 35) was one to which his Go-
 vernment might have "submitted in silence" if it "had been carried into exe-
 cution in the same impartial manner against the citizens and subjects of all
 foreign nations." || On the present occasion Her Majesty's Government have no
 reason to believe, that there is ground to suppose that American citizens have
 met with exceptional treatment. || I have, &c.

Granville.

Nr. 7698. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington (West)
 an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen im Re-
 präsentantenhause über die Verhaftungen in Irland.

(Extract.)

Washington, February 15, 1882.

Nr. 7698. With reference to my despatch of the 1st instant, I have the honour to
 Gross- inform your Lordship, that the Committee on Foreign Affairs of the House of
 britannien. Representatives having reported adversely a further Resolution offered by
 15. Febr. 1882. Mr. Robinson, of New York, respecting the arrest of American citizens in
 Ireland, it was "tabled" (tantamount to its death-blow) by a majority of 117
 to 102. This Resolution was to the following effect: — "*Resolved*, — That
 the Attorney-General of the United States is hereby directed to communicate
 to this House his opinion in writing on the following question: — || "If Jo-
 seph Warren Keifer, Speaker of this House, or Alonzo B. Cornell, Governor

of the State of New York, or Charles Carroll, a labourer in the Department of Public Works in the City of New York, being a citizen of the United States, visit any part of the British Empire, and should there be arrested without having committed any crime, and without any definite charge of crime being alleged against him, could the English Government, by suspending the *habeas corpus*, or otherwise, lawfully detain him indefinitely on suspicion, without trial, or without any right in our Government to demand his release? Also his opinion on the application of the Law of the 29th July, 1868, to such cases, and the President's duty under it." || Another Resolution was then reported back to the House, with a recommendation that it should likewise be tabled. The terms were: — || "*Resolved*, — That the President of the United States, if not incompatible with the public service, be requested to communicate to this House all correspondence with the British Government on file in the State Department with reference to the case of D. H. O'Connor, a citizen of the United States, now imprisoned in Ireland." || The House, however, refused by 79 to 71 to do so, and a long discussion ensued upon it. The Chairman of the Committee on Foreign Affairs having stated, that he had not understood, that this Resolution had been considered by the Committee, a point of order was raised on the ground, that the Resolution was not a Report of the Committee, and Mr. Cox, of New York, then moved to recommit it, and to insert therein the names of Michael Hart, H. O'Mahoney and John McEnery, and to add a clause requesting the President to demand of the British Government the prompt trial of those citizens or their prompt release, whereupon Mr. Orth, of Indiana, the Reporter of the Committee on Foreign Affairs, stated, that he had no objection to such action being taken, and the Resolution was accordingly recommitted with instructions as above stated. || The only real point of interest in the discussion was the production of a letter from ex-Secretary Blaine to the brother of Denis O'Connor, in which, in speaking of the action of the British Government, he "reminds him, that the Act of Parliament under which O'Connor is held is a law of Great Britain, and it is an elementary principle of public law, that in such case the Government of that country, in the exercise of its varied functions, judicial and executive, administers and interprets the law in question. The right of every Government in this respect is absolute and sovereign, and every person who voluntarily brings himself within the jurisdiction of the country, whether permanently or temporarily, is subject to the operation of its laws, whether he be a citizen or mere resident. In stating this familiar principle, no more is conceded to Great Britain than every country may of right demand, and it is one of the sovereign rights which the Government of the United States has always insisted upon and maintained for itself." || A letter from the United States' Minister in London to the United States' Consul at Cork was also quoted, in which that Minister says: "The Coercion Act, so called, is an exceptional and arbitrary measure. . . Its very substance and main purpose are

Nr. 7698.
Gross-
britannien.
15. Febr. 1882.

Nr. 7698.
Gross-
britannien.
15. Febr. 1882.

to deprive suspected persons of the speedy trial they desire. This law is of course contrary to the spirit and foundation principles of both English and American jurisprudence. But it is the law of the land, and it controls all persons domiciled in the proclaimed districts of Ireland, whether they are British subjects or not, and it is manifestly entirely futile to claim, that naturalized citizens of the United States should be exempted from its operation. || "Unless I am instructed to the contrary by the Department of State, I must take this view of my duties."

Nr. 7699. **VEREINIGTE STAATEN.** — Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Wünscht die Einleitung einer Untersuchung gegen die verhafteten Amerikaner.

Legation of the United States, London, March 6, 1882.

Nr. 7699.
Vereinigto
Staaten.
6. März 1882.

My Lord, — I have the honour to acquaint you, that I received yesterday from Mr. Frelinghuysen a cable despatch in cypher, of which the following is a translation: — || "Referring to the cases of O'Connor, Hart, McSweeney, Walsh, McEnery and Dalton, American citizens imprisoned in Ireland, say to Lord Granville that, without discussing whether the provisions of the Force Act can be applied to American citizens, the President hopes, that the Lord Lieutenant of Ireland will be instructed to exercise the powers intrusted to him by the 1st section to order early trials in their (and all other) cases in which Americans may be arrested." || In transmitting this despatch to your Lordship, I venture to hope that, considering the importance of the matters to which it refers, it may receive the early attention of Her Majesty's Government. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Nr. 7700. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung nicht gemacht werden.

Foreign Office, April 6, 1882.

Nr. 7700.
Gross-
britannien.
6. April 1882.

Sir, — With reference to my despatch of the 31st ultimo, I have now to inform you, that Her Majesty's Government have carefully considered the representations that have been made to them by Mr. Lowell, on the part of the Government of the United States, concerning the arrest and imprisonment of certain American citizens in Ireland, and the hope expressed by the President, that the American citizens so detained may be brought to an early trial. || The persons at present detained in prison in Ireland under the provisions of the Protection of Person and Property Act of 1881 have been, and are,

all of them either ordinarily resident in Ireland, or persons who have visited Ireland unde the present circumstances of that country, and to whom full knowledge of those circumstances, and of the laws passed in the last Session of Parliament to arm the Government there with extraordinary powers, must be imputed. || In the use of these extraordinary powers, for the purpose of preventing incentives to outrage and crime and breaches of public order in Ireland, no general distinction can be made between those persons, for the time being in Ireland, who may have come there from the United States, or any other foreign countries in which they may have rights of citizenship, and others; nor have Her Majesty's Government generally any means of knowing whether such persons are native Irishmen who have not renounced their British nationality, or Irish emigrants who may have obtained rights of citizenship in the United States or elsewhere. || The Statute of last Session under which these prisoners are detained was passed (like all other Acts for the suspension of the *habeas corpus*, whether in England or in the United States) under circumstances of exceptional political necessity, for the express purpose of superseding and dispensing with trial; and the reference, in the 1st clause of the Act, to the authority of the Lord Lieutenant of Ireland was not for the purpose of enabling him to direct a trial (which could only take place upon a charge regularly made in the ordinary course of law), but for the contrary purpose. || The British Legislature, in passing that Act, declared the necessity of such a suspension of trial under certain circumstances. This necessity applies, within those conditions, alike to aliens and to British subjects in Ireland; and Her Majesty's Government are compelled to consider, that the necessity which led to the passing of the Act still subsists. || It is impossible either for Her Majesty's Government or for the Government of the United States to be ignorant, that the present disorders in Ireland have been, and are still, to a great extent fomented by Irish emigrants in the United States, and by subscriptions of money and publications hostile to British rule proceeding from that source. As you are aware, Her Majesty's Government found it necessary last year to address a friendly representation on this subject to the Government of the United States, and Her Majesty's Government cannot doubt, that the President and his Ministers must be desirous of discouraging all such proceedings to the best of their power. Under such circumstances, it is obvious, that the efforts of Her Majesty's Government and of the British Parliament for the vindication of law and the restoration of order in Ireland would be liable to be frustrated if aliens in Ireland (whatsoever nationality they might claim) were in any respect treated as exempt from the operation of laws which Parliament has found it necessary to enact for that purpose, or from the extraordinary powers conferred upon the Executive Government of Ireland by those laws. || The principle, that in such cases no distinction can be made in favour of aliens was maintained by the Government of the United States on the suspension of the Habeas Corpus Act in the Northern States

Nr. 7700.
Gross-
britannien.
6. April 1882.

Nr. 7703.
Gross-
britannien.
6. April 1882.

during the civil war. On that occasion, complaints having been made of arbitrary and illegal arrests of certain British subjects, Mr. Seward, in a note dated the 14th October, 1861*), to Lord Lyons, then Her Majesty's Minister at Washington, after vindicating the legality of the proceedings complained of, expressed himself as follows: "In every case subjects of Her Majesty residing in the United States, and under their protection, are treated during the present troubles in the same manner, and with no greater or less rigour, than American citizens." || Subsequently, in 1866, when the Habeas Corpus Act was suspended in Ireland, a correspondence took place between the two Governments as to the right of Irish-born naturalized citizens of America then sojourning in Ireland to American protection. That particular question has since been disposed of by the Naturalization Act, 1870, whereby British subjects becoming voluntarily naturalized in a foreign State forfeit their British nationality. But the following extract from a despatch dated the 10th March, 1866, addressed by Mr. Seward to Mr. Adams, then Minister of the United States in London, and published in the diplomatic correspondence presented to Congress with the President's Message for that year, deserves particular notice, as the instructions to the United States' Minister which it contains entirely accord with the views of Her Majesty's Government in relation to the treatment of American citizens during the present troubles in Ireland.

In those instructions Mr. Seward used the following language: — || "It may be expected, that some of our Irish-born naturalized citizens who are own sojourning or travelling in Ireland will be arrested upon complaints of complicity in seditious proceedings. It may also be expected, that some who will be thus accused will be innocent, while others will be guilty. The situation will for a time necessarily become inconvenient and embarrassing. I know of no way in which you can meet it more properly than by pursuing the course which you have indicated. || Americans, whether native-born or naturalized, owe submission to the same laws in Great Britain as British subjects, while residing there and enjoying the protection of that Government. We applied the converse of this principle to British subjects, who were sojourning or travelling in the United States during the late rebellion." || In a further despatch dated the 9th June, 1866, Mr. Seward instructed Mr. Adams "to suggest to Lord Clarendon the expediency of the exercise of clemency to the extent at least of releasing all of the American citizens, native or naturalized, who are in confinement, upon the condition of their returning to the United States."

As no difference of opinion would appear to exist with respect to the principle so clearly enunciated in the extracts above cited, Her Majesty's Government are in some doubt as to whether they have correctly apprehended the grounds on which the Government of the United States found their pre-

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 171.

sent representations in favour of those American citizens in Ireland who have brought themselves under the operation of the Protection of Person and Property Act, and it is unnecessary to pursue the subject further at present. || I only desire to add, that the imprisonment of suspects under the Act is not a measure of punishment, but of prevention. The Irish Government have in many instances released prisoners upon a reasonable belief, that it could be done without risk to the public safety, and I need hardly say, that Her Majesty's Government are not desirous of detaining unnecessarily in prison any persons from whom no danger to the public peace is to be apprehended. || They will therefore be prepared to consider the circumstances of any citizens of the United States now detained who may be willing to engage forthwith to leave the United Kingdom. || I have to instruct you to read this despatch to Mr. Frelinghuysen, and to leave a copy of it with him if he should so desire. || I am, &c.

Nr. 7700.
Gross-
britannien,
6. April 1882.

Granville.

Nr. 7701. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht des Staatssecretsärs d. Ausw. an das Repräsentantenhaus über die Verhafteten.

Washington, April 6, 1882.

Nr. 7701.
Gross-
britannien,
6. April 1882.

My Lord, — At the request of the Secretary of State, I called upon him the day before yesterday, when he put into my hands a communication which he said he was about to make to the House of Representatives, and which, before doing so, he wished me to read, in order, that it should not appear in print without my knowledge, as it related to what had passed between us respecting the Irish-American suspects. I thanked Mr. Frelinghuysen for his courtesy, and said, that this communication would at all events evince the amicable spirit which animated the two Governments. || I have the honour to inclose to your Lordship printed copies of this document as it was presented to the House of Representatives. || I have, &c.

L. S. Sackville West.

To the President, — The Secretary of State, to whom was referred the Resolution of the House of Representatives of the 31st January last, requesting the President "to obtain a list of all American citizens, naturalized or native-born, under arrest or imprisonment by authority of the British Government, with a statement of the cause or causes of such arrest and imprisonment, and especially such of said citizens as may have been thus arrested and imprisoned under the suspension of the *habeas corpus* in Ireland, and, if not incompatible with the public interest, that he communicate such information, when received, to this House, together with all correspondence now on file in

Nr. 7701. the Department of State relating to any existing arrest and imprisonment of
Gross- citizens as aforesaid," has the honour to inform the President, in part response
britannien. to this request of the House of Representatives, that for some time past active
6. April 1882. negotiations have been carried on between the two Governments. These nego-
tiations have been conducted in a spirit of entire friendship, and it affords
the Secretary of State pleasure to acquaint the President, that on the 2nd
instant information was received by the Department of State, that all the
American citizens held as prisoners in Ireland had been released except three;
and that since that date the further information has reached him, that O'Connor,
Hart, Walsh, Dalton and White are not now in prison. The negotiations are
still being conducted with a view to the release of the remaining prisoners,
and the hope is entertained, that a result will be reached satisfactory and
honourable alike to both Governments.

Respectfully submitted,

Fredk. T. Frelinghuysen.

Department of State, Washington, April 4, 1882.

Nr. 7702. **VEREINIGTE STAATEN.** — Gesandter in London an
den engl. Min. d. Ausw. — Dringt auf Entlassung der
Verhafteten oder Untersuchung gegen dieselben.

Nr. 7702.
Vereinigto
Staaten.
14. April 1882.

Legation of the United States, London, April 14, 1882.

My Lord, — I have the honour to acquaint you, that I have received
this morning two applications for my intervention from citizens of the United
States who have been arrested under the Protection of Person and Property
Act (Ireland) 1881. One of them is William Brophy, who sends his certi-
ficate of naturalization, and states, that he was arrested on the 4th March
last, and is confined in Naas Gaol. The other is John Leonard Gannon, who
asserts, that he was born at Hampton Hill, in the State of Connecticut, on
the 13th December, 1852, and imprisoned in the Gaol at Galway on the 7th
May, 1881, on suspicion of being one of an unlawful assembly. He says also,
that he knows nothing further of the charge against him or of his accuser.
I have no information of the causes why Brophy was arrested; but I shall
write to our Consul at Dublin to ascertain what is stated in the warrant on
this subject, and I may have occasion to address your Lordship again in re-
lation to it. || In respect to the case of Mr. Gannon, his imprisonment has
now continued for so long a period, that I am sure your Lordship will under-
stand why I ask your attention to it with unusual earnestness.

It is so contrary to the spirit of English as well as of American law
to keep a man in prison for many months without any opportunity of con-
fronting his accusers or of disproving the charges against him, that your
Lordship cannot be surprised at the great excitement which such cases as

this of Mr. Gannon have occasioned in the United States, or at the instructions I have received from my Government to ask respectfully, that the accused parties may either be released or brought to trial. || I beg leave to repeat this request in the cases of Mr. Brophy and Mr. Gannon, as well as of other American citizens who have been imprisoned in Ireland, some of them for long periods of time. || I have, &c.

Nr. 7702.
Vereinigte
Staaten.
14. April 1882.

J. R. Lowell.

Nr. 7703. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Die amerikanische Regierung will sich der amerikanischen Agitatoren in England nicht zu warm annehmen.

Foreign Office, April 27, 1882.

Nr. 7703.
Gross-
britannien.
27. April 1882.

Sir, — With reference to the correspondence which is being laid before Parliament respecting the publication in the United States of incitements to outrages in England, I think it as well to state to you, that Sir E. Thornton, who was at that time Her Majesty's Representative at Washington, reported to me last summer, that he had been confidentially informed, through a trustworthy source, that the Government of the United States were not disposed to take up too warmly the cause of American citizens, whether native or naturalized, who went to England or Ireland with the express object of agitating, and of then appealing to their Government for protection. It was considered, that there was no reason why such Americans should be entitled to better treatment than Irishmen, nor did it seem just, that an Irishman should be punished for acts for which an American would have been exempt from punishment. || Sir E. Thornton's informant added, that it was not probable, that protection would be extended by the Government of the United States to Irishmen who had come there for the sole purpose of being naturalized, and had subsequently returned to their own country and established themselves in some business, which proved, that the naturalization was a mere pretext, and indicated no real desire to become a genuine citizen of the United States. || He also alluded to the case of an Irishman who, having a trade in Ireland, had come to America to declare his intention to become a citizen, had gone back to follow his trade, had in due time come back to be naturalized, and had finally returned again to establish himself in Ireland, but with his certificate in his pocket as a citizen of the United States. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7704. PARISER KONGRESS-STAATEN und RUMÄNIEN. — Zusatzakte zur Schiffahrtsakte für die Donaumündungen vom 2. November 1865.

Nr. 7704.
Pariser
Kongress-
Staaten
und
Rumänien.
28. Mai 1881.

Les Puissances représentées au sein de la Commission Européenne du Danube, en vertu du Traité de Paris du 30 Mars 1856, et la Roumanie, qui a été appelée à en faire partie par l'article 53 du Traité de Berlin du 13 Juillet 1878. *) || Désirant mettre l'Acte-public du 2 November 1865, **) relatif à la navigation des embouchures du Danube, en harmonie avec les stipulations du Traité de Berlin portant que la dite Commission Européenne „exercera dorénavant ses fonctions jusqu'à Galatz, dans une complète indépendance de l'autorité territoriale, et que tous les Traités, arrangements, actes et décisions relatifs à ses droits, privilèges, prérogatives et obligations sont confirmés;“

Ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: — — —

Lesquels, après avoir produit leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme et dont une copie certifiée est restée déposée dans les archives de la Commission Européenne, sont convenus des dispositions additionnelles suivantes au susdit Acte-public du 2 November 1865:

Art. 1^{er}. Les droits, attributions et immunités de la Commission Européenne du Danube, tels qu'ils résultent des Traités de Paris du 30 Mars 1856 et de Londres du 13 Mars 1871, de l'Acte-public du 2 November 1865, ainsi que des actes et décisions antérieurs au Traité de Berlin du 13 Juillet 1878, continueront à régir ses rapports avec les nouveaux Etats riverains, et leur effet s'étendra jusqu'à Galatz, sauf les modifications ci-après spécifiées.

Art. 2. L'Agent spécialement préposé à la police du fleuve, en aval de Galatz et à l'exclusion du port de Soulina, portera dorénavant le titre d'Inspecteur de la navigation du Bas-Danube, et sera, comme par le passé, assisté d'un chancelier et de surveillants répartis sur les différentes sections fluviales de son ressort, et tous placés sous ses ordres. || L'Inspecteur de la navigation, le chancelier de l'Inspection, ainsi que les surveillants des sections fluviales, le Capitaine du port de Soulina et tout le personnel placé sous les ordres de ce dernier, sont nommés par la Commission à la simple majorité des voix et sans distinction de nationalité. Ils peuvent également être révoqués par elle. || L'Inspecteur de la navigation et le Capitaine du port de Soulina remplissent leurs fonctions sous l'autorité directe de la Commission, qui les rétribue, et entre les mains de laquelle ils prêtent, ainsi que leurs subordonnés, le serment d'office. || Ils prononcent, en qualité de juges de première instance, sur les contraventions commises dans l'étendue de leurs ressorts respectifs, en ma-

*) Staatsarchiv, Bd. XXXV, Nr. 6773.

**) Bd. X, Nr. 2096.

tière de police de la navigation, et leurs jugements sont rendus au nom de la Commission Européenne du Danube.

Art. 3. Le contrôle des opérations de la Caisse de navigation de Soulina ne sera plus confié à un agent spécial; il sera exclusivement exercé par la Commission Européenne ou par l'autorité qui lui succédera, et ce, dans la forme qui est ou sera déterminée par la dite Commission ou autorité. || Le mode de perception des taxes et l'administration de la Caisse de navigation de Soulina pourront être modifiés par décision prise à l'unanimité des voix en séance plénière.

Nr. 7704.
Pariser
Kongress-
Staaten
und
Rumänien.
28. Mai 1881.

Art. 4. La disposition finale de l'article 14 de l'Acte-public de 1865 est modifiée en ce sens, que l'interdiction d'employer aucune partie des sommes produites par les taxes prélevées sur les bâtiments de mer ou des emprunts réalisés au moyen de l'affectation de ces taxes, pour couvrir les frais de travaux ou des dépenses administratives se rapportant à une section fluviale située en amont d'Isaktcha, est restreinte à la partie du fleuve située en amont de Galatz.

Art. 5. La Commission Européenne est chargée de l'entretien et de l'administration de tous les phares composant le système d'éclairage des embouchures du Danube: par suite, la quotepart, représentant les droits de phare dans le montant des taxes perçues à Soulina restera intégralement acquise à la caisse de navigation.

Art. 6. Les réglemens sanitaires applicables aux embouchures du Danube, y compris les tarifs des taxes sanitaires, seront élaborés et modifiés, de concert avec la Commission Européenne, par le Conseil international qui sera institué à Bucarest. || Les réglemens actuels resteront en vigueur jusqu'à nouvel ordre, sous la réserve du droit de la Commission Européenne de demander l'abrogation immédiate de ceux qui seraient en opposition avec les intérêts de la navigation et avec les principes énoncés dans les articles 18, 19 et 20 de l'Acte-public du 2 Novembre 1865. Dans le but de déterminer plus exactement la portée des stipulations du dit article 20, relatives aux mesures de quarantaine proprement dites, mises en vigueur en temps d'épidémie, il est expressément entendu et convenu que ces mesures sont exclusivement applicables aux navires et aux voyageurs de provenance brute et dans les ports non-contaminés, et que toute mesure exceptionnelle et restrictive doit être supprimée, pour l'intercourse entre les ports du fleuve, dès que l'épidémie est devenue générale sur ces rives. || Et afin de faciliter, en temps d'épidémie, le maintien de la police fluviale, il est convenu, de plus, que l'Inspecteur de la navigation, le chancelier de l'Inspection et les surveillants des sections continueront comme par le passé, à circuler librement sur le fleuve, sous la seule condition de se soumettre, en cas de compromission, aux mesures réglementaires auxquelles sont soumis les agents de la santé. Les mêmes immunités seraient, en cas de besoin, accordées aux Ingénieurs, employés et ouvriers de la Commission Européenne.

Nr. 7704.
Pariser
Kongress-
Staaten
und
Rumänien.
28. Mai 1881.

Art. 7. En ce qui concerne spécialement l'administration du service sanitaire à Soulina, le Conseil international de Bucarest s'entendra avec la Commission sur la nomination et la rétribution du personnel de la santé, sur l'installation et le fonctionnement des bureaux, sur l'établissement et l'entretien d'un lazaret, sur le mode de perception des taxes sanitaires et sur la destination de leur produit, lequel formera un fonds spécial.

Art. 8. Pour assurer, en tout temps, au personnel ainsi qu'aux propriétés et ouvrages de la Commission Européenne le bénéfice de la neutralité qui leur est garantie par les articles 21 de l'Acte-public du 2 Novembre 1865 et 7 du Traité de Londres, du 13 Mars 1871,*) les Ingénieurs, employés et ouvriers de la Commission Européenne pourront être munis d'un brassard portant, sur fond bleu, les lettres blanches C. E. D. De plus, elle ne sera pas tenue d'arborer sur ses établissements de toute nature et sur ses embarcations d'autre pavillon que le sien, lequel est composé de cinq bandes parallèles, perpendiculaires à la hampe, disposées dans l'ordre suivant de leurs couleurs: rouge, blanc, bleu, blanc et rouge, la bande bleue ayant une hauteur double de celle de chacune des autres bandes, et portant en blanc les lettres C. E. D.

Art. 9. Toutes les dispositions de l'Acte-public du 2 November 1865, auxquelles il n'est pas expressément dérogé par le présent acte additionnel, conservent toute leur force et valeur. || Le règlement de navigation et de police et le tarif des droits de navigation seront révisés ultérieurement par la Commission Européenne, pour être mis d'accord avec l'état de choses créé par le Traité de Berlin.

Art. 10. Le présent acte sera ratifié. || Chacune des Hautes Parties contractantes ratifiera en un seul exemplaire. Les instruments de ratification seront déposés, dans le délai d'une année, ou plus tôt si faire se peut, dans les archives de la Commission Européenne du Danube.***) || En foi de quoi, les Délégués Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte additionnel et y ont apposé leur sceau. || Fait à Galatz, le vingt-huitième jour du mois de Mai de l'an mil huit cent quatrevingt-un (n. st.).

J. Arendt.
de Haan.
Camille Barrère.
H. Siborne.

Revest.
Pencovici.
Romanenko.
Const. Et. Carathéodori.

*) Staatsarchiv, Bd. XX, Nr. 4286.

**) Ist geschehen am 20. Mai 1882.

Nr. 7705. RUMÄNIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammern am 15. November 1881.

Messieurs les Sénateurs,
Messieurs les Députés,

Le plaisir que J'éprouve à Me trouver au milieu de Vous est toujours des plus vifs: c'est pour Moi l'occasion d'entretenir le pays, par ses mandataires légaux, des progrès réalisés, de ses besoins futurs et des efforts que Nous avons encore à faire tous ensemble pour l'établir définitivement dans les conditions d'un Etat libre, prospère et respecté. Aujourd'hui Mon coeur est pénétré d'une satisfaction d'autant plus profonde que c'est la première fois que J'ouvre la session ordinaire des Corps Législatifs du Royaume de Roumanie, reconnu avec sympathie par toutes les Puissances, auxquelles l'unissent les relations les meilleures et les plus amicales. || Pendant ces dernières années, alors que nous avons encore à traverser tant d'écueils, à vaincre tant d'obstacles, les sessions des Chambres absorbaient, presque sans interruption, toute votre activité. Cette année, pour la première fois, vous avez pu, pendant la période des vacances parlementaires, consacrer une plus grande part de votre temps à vos intérêts privés, qui sont si légitimes. Vous avez pu vous mettre en contact plus direct et d'une assez longue durée avec vos électeurs. || Vous avez pu aussi, comme Mon gouvernement, prêter une attention plus détaillée aux diverses branches de l'administration publique. Cette commune étude vous a permis de constater avec plus de précision les parties faibles et les lacunes, que l'expérience seule pouvait révéler, dans nos lois et dans nos institutions. || Ces imperfections sont plus explicables en Roumanie que dans d'autres états: exposés à l'instabilité, conséquence fatale des guerres et des perturbations qui, tour-à-tour et des siècles durant, ont agité l'Orient, les Roumains se sont vus trop souvent contraints à suspendre les réformes qu'exigeait leur organisation intérieure afin d'élever les institutions de leur pays au niveau des principes qui régnaient en Europe. Ce n'est que par intermittences, et quand le pays jouissait d'un répit de tranquillité relative, que nous nous hâtons de créer des lois et des institutions. L'épreuve seule du temps nous mettait à même d'apprécier les modifications et les compléments qu'elles réclamaient pour offrir une entière concordance avec les traditions et les moeurs nationales. || Aujourd'hui plus que jamais, nous croyons que nous pourrons apporter une application plus profonde et plus soutenue à l'important travail du perfectionnement de notre organisation: les circonstances extérieures nous autorisent à espérer une ère de calme et de paix. En effet, à voir l'égale décision apportée par chacune des Grandes Puissances à résoudre les questions soulevées par le Traité de Berlin et restées en suspens, à regarder le rapprochement qui vient tout récemment de se consolider à nouveau entre les Souverains de quelques Etats puissants, et surtout des Etats voisins de la Roumanie, à considérer enfin la cordialité qui préside en général

Nr. 7705.
Rumänien,
15. Nov. 1881.

Nr. 7705.
Rumänien,
15. Nov. 1881.

aux rapports des Grandes Puissances entre elles, nous restons fermement convaincus que nous avons les meilleures preuves, je pourrais dire les meilleures garanties, que le maintien de la paix est une des préoccupations primordiales de tous les grands Etats. Si dans l'existence des Etats puissants, à qui la lutte peut procurer souvent la satisfaction de leurs intérêts, le maintien de la paix forme une condition essentielle, combien plus cette condition s'impose-t-elle aux Etats plus petits, qui ne peuvent que souffrir des conséquences de la guerre? || Ainsi le moment est des mieux choisis pour nous occuper de compléter et d'améliorer notre législation, et de donner tout particulièrement à nos intérêts économiques un développement proportionné à la production et aux richesses du sol de notre pays. || Vous avez vu qu'il a suffi de faciliter les conditions de la navigation sur la grande voie du Danube, de construire une partie de nos chaussées et de nos lignes de chemins de fer, de donner aux intérêts privés la sécurité qui résulte d'une administration et d'une justice régulières, pour qu'en très peu de temps le pays prenne l'essor d'une prospérité antérieurement inconnue. Quelle surprise pour beaucoup, quelle révélation pour ceux qui ne connaissaient pas les richesses de notre pays, et qui mettaient en doute l'activité et les aptitudes du peuple Roumain! || De tels résultats nous ont, il est vrai, coûté de grands efforts, et ces efforts doivent être continués; car ce que nous avons acquis est loin d'être suffisant, et ne doit être regardé que comme un engagement à de nouveaux sacrifices. Nous avons à faire encore bien des pas en avant, soit en matière d'agriculture, soit en matière d'industrie minière, industrie restée jusqu'à ce jour enfouie dans les entrailles de notre sol. || Les voies ferrées, votées par vous l'année dernière afin de relier trois de nos mines de sel au réseau principal, sont en activité. Des études sur les mines de houille se poursuivent en plusieurs localités, et dès le commencement du prochain exercice budgétaire, Mon ministre des travaux publics vous présentera le budget afférent à l'exploitation des mines de houille de Bahna, dont l'exploration préliminaire est presque terminée. || En ce qui concerne l'agriculture, des mesures judicieuses ont été prises pour mettre nos produits en état de faire concurrence, comme qualité et comme prix, à ceux de l'étranger. || Les comices agricoles et les concours agricoles et industriels ont commencé à fonctionner régulièrement dans plusieurs districts, et je ne doute pas que la loi votée par vous à la fin de la dernière session ne soit bientôt féconde en heureux résultats. || La construction des docks et entrepôts est à l'étude. || Les ports de plusieurs villes seront dotés sous peu de quais dont la construction est déjà concédée sur nombre de points, et les banques agricoles sont à la veille d'ouvrir leurs opérations. || En outre, Mon ministre des travaux publics vous présentera divers projets de loi, entr'autres sur la création d'un ministère de l'agriculture, du commerce, de l'industrie et des domaines, sur la réorganisation du ministère des travaux publics et du corps technique, sur la création des règles relatives aux sociétés anonymes, et un projet sur la modification de la loi concernant

les chambres de commerce. || Tous ces travaux constituent un bon commencement. Mais ils ne fourniraient presque aucun avantage pratique dans un pays que la nature et les circonstances ont fait surtout agricole, si nous ne savions nous placer et nous maintenir dans des conditions favorables de réussite. || Amélioration de la qualité des céréales et des bestiaux, bon marché et célérité des moyens de transport jusqu'aux points d'exportation, entrepôts et quais, tous ces progrès resteraient à peu près vains sans les facilités d'exportation jusqu'aux lieux de consommation les plus éloignés. || Aussi les préoccupations suscitées dans le pays par la question de la liberté du Danube sont-elles légitimes. La nécessité d'attirer le plus possible dans nos ports, tant en amont qu'en aval de Galatz, les bâtiments marchands étrangers et les pavillons de toute nationalité, est d'autant plus vivement sentie que notre commerce rencontre souvent, à l'exportation par les frontières de terre, divers empêchements, et que depuis quelque temps, sous prétexte d'épizootie, il est même menacé de se voir fermer complètement ces frontières, en ce qui concerne l'exportation des bêtes à cornes. || Nos intérêts vitaux entre tous nous imposent donc de veiller à ce que, tout au moins sur cette grande artère de communication, nous n'ayons pas à subir des conditions de nature à entraver notre développement et à faire pour nous de la liberté de la navigation un droit illusoire. A la liberté du Danube ont toujours été et restent étroitement liées les destinées de la Roumanie. Aussi les Roumains ont-ils, en toute occasion, témoigné leur reconnaissance à ceux qui contribuaient à émanciper ce grand fleuve de toute prépondérance exclusive. Lorsque la Russie, détruisant les forteresses de la rive gauche, a rouvert le Danube au commerce Européen; lorsque le traité de Paris est venu compléter l'oeuvre commencée, et donner plus de sécurité à la liberté de la navigation; lorsque le traité de Berlin, consacrant cette situation, l'a consolidée par de nouvelles garanties, en statuant que les règlements de navigation seraient élaborés par la Commission Européenne elle-même, dont le siège est à Galatz, les Roumains n'ont eu et ne pouvaient avoir que des sentiments de reconnaissance envers les grandes Puissances: ces sentiments, ils les ont toujours puisés dans la conviction profonde où ils sont encore, que la liberté du Danube est une condition essentielle du développement politique et économique de leur pays. || Cette conviction, dans d'autres circonstances, a compté parmi les puissants motifs qui nous ont déterminés à décliner avec une inébranlable énergie la proposition de rétrocéder la Bessarabie. Elle garde aujourd'hui toute sa force, et nous impose le devoir de ne pas souscrire à des combinaisons dont l'effet serait de réserver la navigation, depuis les Portes de Fer jusqu'à Galatz, à l'action prépondérante d'une seule Puissance. Nous ne voulons porter préjudice à personne. Mais nous voulons, nous sommes obligés de vouloir la liberté absolue du Danube, tout au moins dans nos eaux, et nous sommes prêts, dans le présent et dans l'avenir, à tous les sacrifices nécessaires pour assurer à tous égards la liberté absolue de la navigation. || Nous acceptons les règle-

Nr. 7705.
Rumänien.
15. Nov. 1881.

Nr. 7705.
Rumanien.
15. Nov. 1881.

ments les plus sévères destinés à garantir la liberté de tous les pavillons; nous acceptons la surveillance la plus rigoureuse quant à l'application de ces règlements; mais nous prétendons aussi que dans les eaux Roumaines ils soient appliqués par les autorités Roumaines. En effet, et même à laisser de côté pour un moment les prescriptions des traités et du droit des gens qui sont en notre faveur, nous ne perdons pas de vue que nul plus que nous n'est intéressé à assurer la liberté et la prospérité de la navigation sur le Danube.

Notre production agricole a été, ces temps-ci, plus que médiocre. Bien que nous ayons encore des produits à exporter, l'année actuelle n'est pas de celles qui rendent prospères nos finances. Nous devons donc chercher à borner nos dépenses ordinaires, comme les années passées, aux ressources effectives dont nous disposons, sans recourir à des emprunts ou à de nouveaux impôts; car les emprunts ne doivent porter que sur les travaux dont jouiront aussi les générations futures et pour l'exécution desquels nous pouvons reporter sur eux une part des charges qu'ils entraînent. Mais, malgré la faiblesse de la récolte, nous ne subirons pas cette année, non plus que les précédentes, une diminution de revenus. Les contributions indirectes en général, les revenus des tabacs, des salines, du timbre promettent une plus-value sensible. || Les tarifs établis par les conventions de commerce sont plus réduits en Roumanie que partout ailleurs, à cause de notre préoccupation d'étendre nos rapports avec d'autres états plutôt que d'assurer à notre industrie naissante un régime protecteur. Cependant, et grâce aux progrès de l'administration, le revenu des douanes augmente d'année en année. Des améliorations et des réformes dans la perception vous seront proposées par Mon gouvernement. J'espère qu'elles auront aussi pour effet d'étendre cette augmentation aux revenus directs. || Je ne saurais omettre ici de constater que les résultats heureux obtenus jusqu'à ce jour dans l'administration de nos finances sont dus tout spécialement à notre esprit unanime de prudence et d'économie. C'est ainsi que nous avons pu éviter les emprunts, même en temps de guerre, et élever si haut le crédit de l'Etat que la conversion d'une partie de notre dette publique s'est imposée à nous comme une nécessité et nous a permis de réduire d'environ trois millions les annuités que nous avons à payer. || Malgré tous les obstacles, la question des chemins de fer est sur le point de recevoir la solution désirée par le pays. Les opérations de rachat des obligations 6% et de conversion en obligations d'état 5% se sont effectuées en conformité de la loi votée par vous sans augmentation de l'annuité, et sans prolongation du terme d'amortissement. Aujourd'hui nous sommes en possession presque intégrale de tout le capital, et grâce à l'équité des instances judiciaires de Berlin, nous arriverons sous peu à la solution définitive de la question. || Aussi Mon ministre des travaux publics vous présentera-t-il un projet de loi spécial sur l'administration et l'exploitation du réseau entier des voies ferrées de l'Etat. Il soumettra également le budget afférent à chaque ligne à l'approbation de

la Chambre des Députés. || Outre tous ces travaux, Mon Gouvernement vous présentera des projets de loi non moins importants destinés à améliorer l'administration et l'état social de nos populations rurales. Dans cet ordre d'idées, Mon ministre de l'intérieur soumettra à vos délibérations trois projets de loi portant modification de plusieurs articles des lois communales, districtuelles et concernant les engagements agricoles, afin de les mettre mieux en harmonie avec la Constitution. Il vous soumettra également un projet de loi relatif au droit de vendre des boissons spiritueuses dans les communes rurales, en vue d'assurer des avantages aux écoles et à l'église. || Mon ministre de la justice vous présentera divers projets de loi réclamés par des nécessités urgentes, et en particulier pour réduire les intérêts légaux, pour assurer un contrôle efficace sur les établissements d'intérêt public, pour créer l'assistance judiciaire, pour améliorer plusieurs dispositions de procédure, enfin pour modifier la législation existante sur les tutelles.

L'organisation de l'armée, qui a toujours été de la part des Chambres l'objet du plus vif intérêt, se poursuit sans relâche et s'achève, en prenant une plus grande solidité. Je vois avec une égale satisfaction se justifier l'idée que je m'en étais formée dès les premières années de Mon règne: si, en tout pays, l'armée est un élément d'ordre et une garantie, elle a en Roumanie une autre mission, non moins élevée: elle contribue, parallèlement à l'école, à propager l'éducation et l'instruction. || Depuis la renaissance de l'esprit national, l'enseignement roumain a repris possession des écoles. || Leur nombre se multiplie d'année en année, et chacun apporte sa pierre à la construction de l'édifice de l'enseignement national. Mon ministre des cultes et de l'instruction publique vous soumettra une série de projets destinés à améliorer et à compléter la loi des écoles aujourd'hui en vigueur, à assurer une marche plus régulière et plus prospère surtout à l'enseignement primaire et à l'enseignement professionnel. || Je suis heureux de constater que dans ce travail le concours de l'armée n'est pas des moins utiles. Quiconque a vu nos écoles régimentaires a pu se convaincre des progrès que nos soldats doivent aux efforts et à l'affection déployés par le corps des officiers pour seconder l'oeuvre de l'enseignement public. || Le paysan rapporte ainsi à son foyer, d'une part des habitudes de discipline qui contribuent à introduire l'ordre et la régularité dans les actes de sa vie, et d'autre part un petit capital de connaissances qui ne manqueront pas d'améliorer sa condition et son train de vie. || Vous le voyez, M. M. les Sénateurs, M. M. les Députés: en nous occupant tous de l'armée, nous ne sommes pas mûs par une ambition inconsidérée. Par bonheur, les Roumains se sont toujours gardés jusqu'à ce jour de toute faiblesse de ce genre. Dans toutes leurs luttes passées, ils n'ont jamais cherché qu'à défendre et à conserver ce qui était à eux. C'est précisément à cette conduite si judicieuse, qu'il s'est en tout temps imposée, qu'ils sont redevables de la force avec laquelle ils ont su résister et garder intacte leur individualité. Il est à observer que de tous les états qui se sont élevés, après la chute de

Nr. 7705.
Rumänien.
15. Nov. 1881.

l'Empire Romain, dans l'Europe Orientale, et qui ont eu à souffrir des invasions successives, la Roumanie est peut-être le seul État qui soit resté sans atteinte jusqu'à ce jour. Aussi, en apportant toute notre sollicitude à l'organisation de l'armée, ne faisons nous qu'obéir au désir où nous sommes de nous mettre au plus tôt, et sous tous les rapports, en position de conserver la place que nous avons conquise par nos sacrifices et par les sympathies des Grandes Puissances: nous ne faisons qu'obéir à la conviction qu'au développement seul des toutes les forces de la nation nous devons d'être un élément d'ordre, de paix et de progrès dans l'Europe Orientale.

Messieurs les Sénateurs, — Messieurs les Députés, — Vaste et fécond s'étend devant vous le champ de votre activité législative pour la session actuelle. Après le couronnement de notre édifice politique, une mission nouvelle et non moins laborieuse s'ouvre maintenant devant vous, la consolidation de l'oeuvre grandiose qui a été le labeur d'une longue chaîne de générations, afin de fonder l'Etat Roumain, l'achèvement, par des mesures sages et prévoyantes, de ce que l'instabilité des temps et la précipitation des événements ont pu laisser d'encore inachevé. || Je suis convaincu qu'en présence de cette mission, la Représentation nationale sera comme toujours à la hauteur de sa tâche. Quelles que puissent être les divergences d'opinion au sujet des moyens les mieux appropriés pour atteindre la solution des questions soumises à vos délibérations, divergences si naturelles au sein de grandes assemblées où se débattent tant d'intérêts divers et où sont représentées toutes les forces vives et intelligentes de la société, J'ai la ferme confiance, et tout notre passé en est la plus sûre garantie, qu'à la première atteinte à l'honneur et aux droits de la nation, ici, comme sur le Trône, comme dans le pays entier, il n'y aura qu'une seule pensée pour tenir en éveil tous les esprits, pour faire battre fraternellement tous les coeurs, pour mettre en mouvement tous les dévouements, et déterminer les sacrifices les plus virils: la Roumanie, sur laquelle nous invoquons à jamais la bénédiction du Tout-Puissant. || La session ordinaire des Corps Législatifs est ouverte.

Charles.

Le président du conseil des ministres, ministre des finances et ad-intérim de la guerre, I. C. Bratiano.

Le ministre de l'intérieur, C. A. Rosetti.

Le ministre des affaires étrangères, Eug. Stasesco.

Le ministre de la justice, M. Pherekyde.

Le ministre de l'agriculture, du commerce et des travaux publics, Colonel Dabija.

Le ministre des cultes et de l'instruction publique, V. A. Urechia.

Nr. 7706. PREUSSEN. — Erlass des Königs an das Staatsministerium vom 4. Januar 1882.

Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preussens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsacte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlass der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten; aber sie bleiben Regierungsacte des Königs, aus dessen Entschliessungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie verfassungsmässig ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmässigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Die Verfassung Preussens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwicklung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht übertragen; denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Nothwendigkeit für Preussen. Es ist deshalb Mein Wille, dass sowohl in Preussen wie in gesetzgebenden Körpern des Reiches über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmässiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preussen jederzeit bestandene und durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Nothwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung Meinen Regierungsacten die Natur selbstständiger königlicher Entschliessungen benommen hätte. Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmässigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsacte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disciplinargesetze enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Danke erkennen und von allen Beamten erwarten, dass sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.

Berlin, den 4. Januar 1882.

Wilhelm.
v. Bismarck.

An das Staats-Ministerium.

Nr. 7707. **PREUSSEN.** — Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer.

Nr. 7707.
Preussen.
14. Jan. 1882.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!
Des Kaisers und Königs Majestät haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. || Die Finanzlage des Staates zeigt gegen die Ergebnisse der letzten Jahre einen weiteren Fortschritt der Besserung. Das abgelaufene Rechnungsjahr hat einen vorzugsweise aus der Verwaltung der verstaatlichten Eisenbahnen herrührenden verfügbaren Ueberschuss von beinahe 29 Millionen Mark geliefert, und die Ergebnisse der Betriebsverwaltungen sowie die in andauerndem Steigen begriffenen Einnahmen aus den Reichssteuern lassen für das künftige Jahr weitere Mehrerträge erwarten. || Ungeachtet der gegenüberstehenden Mehrausgaben, unter denen insbesondere eine nicht unerhebliche Erhöhung der Matricularbeiträge des deutschen Reiches hervortritt, hat sich doch der Staatshaushaltsetat für 1882/83 günstiger als für die drei vorhergehenden Jahre gestaltet. || In Folge dessen hat darauf Bedacht genommen werden können, den auf fast allen Gebieten der Staatsverwaltung hervorgetretenen Bedürfnissen in ausgiebiger Weise Befriedigung zu verschaffen. Wenn Ihnen dessenungeachtet noch die Aufnahme einer Anleihe von mässigem Betrage vorgeschlagen wird, so geschieht dies in der Absicht kräftigerer Entwicklung der wirthschaftlichen Interessen des Staates, insbesondere durch Förderung productiver Anlagen und Zwecke. || Neben dem Staatshaushaltsetat werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, welche in Aussicht nehmen, die Lage der Hinterbliebenen unmittelbarer Staatsbeamten in Uebereinstimmung mit der im vorigen Jahre erfolgten gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes im Reiche sicherer und auskömmlicher zu gestalten und die Verhältnisse der nach langer Dienstzeit in den Ruhestand zu versetzenden Beamten günstiger als bisher zu regeln. || Die Staatsregierung muss zu ihrem Bedauern darauf verzichten, die von ihr als dringend erkannte allgemeine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen schon im nächsten Etatsjahre zu verwirklichen; sie wird aber ernstlich darauf bedacht sein, die hierzu erforderlichen, nicht unerheblichen Mittel dem Staatshaushalte zuzuführen, und giebt sich der Hoffnung hin, dass die weitere Ausbildung des Systems der indirecten Steuern im Wege der Reichsgesetzgebung die baldige Erfüllung auch dieser Wünsche möglich machen werde. || Der in der letzten Landtagssession unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes, nach welchem die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichssteuern an Preussen zu überweisenden Geldsummen zur Herabminderung der directen Steuern und der Communalabgaben verwendet werden sollen, wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Es sind in diesen Gesetzentwurf die Erleichterung der Volksschulasten unter Beseitigung des Schulgeldes und die Erhöhung der Beamtenbesoldungen als unmittelbare Verwendungszwecke mit aufgenommen worden. || Nachdem in-

zwischen das Reichsgesetz über die neu eingeführten Reichs Stempelabgaben in Kraft getreten ist, wird über die aus den Erträgen derselben dem preussischen Staatshaushalte zufließenden Mittel zum ersten Male Verfügung zu treffen sein. || In Verbindung mit dem vorbezeichneten Gesetzentwurfe wird Ihnen ein fernerer Steuererlass vorgeschlagen werden. || Auch in der bevorstehenden Session wird Ihre Mitwirkung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in hervorragendem Maasse in Anspruch genommen werden. Ermuthigt durch die schon bis jetzt erzielten günstigen Erfolge der Ueberführung mehrerer grösserer Privateisenbahnen in die Hände des Staates und bestärkt in der Ueberzeugung, dass die mit Ihrer Zustimmung verfolgte Durchführung des Staatseisenbahnsystems den Interessen des Landes in hohem Maasse entspricht, ist die Regierung bemüht gewesen, dem Staate den Besitz einer weiteren Reihe wichtiger Privatbahnen zu sichern. Mit der Einfügung derselben in das Staatseisenbahnnetz werden sich die Vortheile einer einheitlichen Verwaltung in noch erhöhtem Maasse für das Land nutzbar machen lassen. Durch die mit den Gesellschaften vereinbarten Verträge, welche Ihnen werden vorgelegt werden, ist zugleich die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel für die Herstellung neuer langersehnter Schienenwege wie für mehrere grössere Beschaffungen und bauliche Anlagen erleichtert, welche der erfreulich wachsende Verkehr erheischt. || Die in der vorigen Session nicht erledigten Gesetzentwürfe, welche eine erhöhte Bürgschaft für den wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg des Staatseisenbahnsystems bezwecken, werden Ihnen zur Beschlussfassung wiederum zugehen. || Von der unausgesetzten Fürsorge der Staatsregierung für die Verbesserung der Wasserstrassen wird die Anforderung weiterer beträchtlicher Mittel für die planmässige Fortsetzung der Stromcorrectionen, wie eine Denkschrift über die planmässige Regulirung mehrerer kleiner schiffbarer Flüsse, nicht minder eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage der preussischen Canalprojecte Zeugniß ablegen. Die Staatsregierung hegt die Hoffnung, den Bau der ersten grossen Abtheilung des Rhein-Weser-Elbe-Canals zur Verbindung des Rheinisch - Westfälischen Industriebezirks mit den deutschen Nordseehäfen alsbald in Angriff nehmen und zu diesem Ende noch in der bevorstehenden Session eine bezügliche Vorlage Ihnen zugehen lassen zu können. || Nachdem es zur lebhaften Befriedigung der Regierung Seiner Majestät möglich geworden ist, in mehreren katholischen Bisthümern eine geordnete Verwaltung wiederherzustellen sowie dringenden Nothständen auf dem Gebiete der Seelsorge Abhilfe zu gewähren, auch der Thätigkeit der krankenpflegenden Genossenschaften Erweiterung und Erleichterung zu verschaffen, wird Ihnen im weiteren Verfolg der im Interesse der katholischen Bevölkerung angebahnten friedlichen Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse eine Vorlage unterbreitet werden, welche das Gesetz vom 14. Juli 1880, soweit es mit dem Beginn dieses Jahres ausser Wirksamkeit getreten ist, wieder in Kraft zu setzen und zugleich in wichtigen Puncten zu erweitern bestimmt ist. Die freundlichen Beziehungen zu dem gegenwärtigen Oberhaupte der katholischen Kirche

Nr. 7707.
Preussen.
14. Jan. 1882.



Nr. 7707.
Preussen.
14. Jan. 1882.

setzen uns in die Lage, dem geschäftlichen Bedürfnisse durch Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Curie Rechnung zu tragen. Die Mittel hierfür werden von Ihnen erbeten werden. || Die Ihnen zugehenden Entwürfe einer Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Hannover bekunden den unveränderten Willen der Staatsregierung, die mit dem Erlasse der Kreisordnung vom 13. December 1872 begonnene und durch die späteren Organisationsgesetze weiter entwickelte Verwaltungsreform vermöge schrittweiser Ausdehnung auf das gesammte Staatsgebiet unter gleichzeitiger Berücksichtigung des aus einer mehrjährigen Erfahrung sich ergebenden Revisionsbedürfnisses ihrem Abschlusse entgegenzuführen.

Meine Herren! Die beiden Häuser des Landtages sind voraussichtlich zum letzten Male in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode versammelt. Mögen Ihre Berathungen, getragen von dem Geiste der Treue und Hingebung für das Vaterland, gesegnet und für die sittlichen und materiellen Interessen des Volkes erfolgreich sein!

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Nr. 7708. PREUSSEN. — Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung.

Nr. 7708.
Preussen.
Jan. 1882.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt.

Art. 1. Die Art. 2, 3 und 4 im Gesetz vom 15. Juli 1880 (Gesetzsammlung Seite 285) treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes wieder in Kraft.

Art. 2. Einem Bischof, welcher auf Grund der §§ 24 ff. im Gesetz vom 12. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 198) durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, kann von dem Könige die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diocese wieder ertheilt werden.

Art. 3. Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit königlicher Genehmigung die Grundsätze festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 im Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 191) dispensiren auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter gestatten kann.

Art. 4. An die Stelle des § 16 im Gesetz vom 11. Mai 1873 tritt nachfolgende Bestimmung: || Der Einspruch findet statt, wenn dafür erachtet wird, dass der Anzustellende aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei, insbesondere wenn seine Vorbildung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht

entspricht. || Die Gründe für den Einspruch sind anzugeben. || Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb dreissig Tagen bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden, bei dessen Entscheidung es bewendet.

Nr. 7709.
Preussen.
Jan. 1882.

Art. 5. Das Staatsministerium ist ermächtigt, für bestimmte Bezirke widerruflich zu gestatten, dass Geistliche, welche im Uebrigen die gesetzlichen Erfordernisse für die Ausübung geistlicher Amtshandlungen erfüllen oder von denselben dispensirt sind, zur Hilfeleistung im geistlichen Amt ohne die nach § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erforderliche Benennung verwendet werden.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben etc.

Begründung:

Der gegenwärtige Gesetzentwurf beruht auf denselben Gesichtspuncten, aus welchen die Vorlage vom 19. Mai 1880 über Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze hervorgegangen ist. Durch den Entwurf wünscht die königliche Staatsregierung von neuem zu bethätigen, dass sie entschlossen ist, auf dem Wege einer friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche, wie er durch das Gesetz vom 14. Juli 1880 angebahnt ist, fortzuschreiten. Auch jetzt wünscht sie in der Sorge für das Wohlergehen der katholischen Preussen denselben weitere Erleichterungen, die nach den bestehenden Gesetzen möglich sind, gewährt und diese Möglichkeit erweitert zu sehen, soweit dies geschehen kann, ohne das Wohlergehen der gesammten Staatsangehörigen, die Sicherheit des Staates und die Unabhängigkeit seiner Gesetzgebung zu gefährden.

Bei der Durchführung dieses Gedankens tritt diejenige Frage in den Vordergrund, welche auf diesem Gebiete als die brennendste bezeichnet werden darf, nämlich die Wiederherstellung der *cura animarum* im weitesten Sinne, Die Wiederherstellung erfolgt auf doppeltem Wege:

- I. durch Wiedereinführung einer regelmässigen Diöcesanverwaltung,
- II. durch Wiederbesetzung der mit der Seelsorge betrauten Kirchenämter, insbesondere der Pfarrstellen.

Die Lösung dieser Frage zu fördern, ist die hauptsächlichste Aufgabe des Gesetzentwurfs. Die Letztere wird sich jedoch nach der jetzigen Lage der Verhältnisse im Wesentlichen auf die Ertheilung discretionärer Befugnisse für die Staatsregierung um so mehr zu beschränken haben, als die Rücksicht auf die Landestheile mit polnischer Bevölkerung es nothwendig macht, dass der Regierung die nach der Verschiedenheit der politischen Lage erforderliche Freiheit der Bewegung für die Abwehr gesichert bleibt. Die königliche Staatsregierung trägt um so weniger Bedenken, auf der mit der Gesetzgebung vom Jahre 1880 betretenen Bahn vorwärts zu schreiten, als die seit Erlass des Gesetzes vom 14. Juli 1880 und an der Hand desselben gemachten Er-

Nr. 7708.
Preussen.
Jan. 1882

fahrungen lehren, dass schon die der Staatsregierung seither gewährten Befugnisse es ermöglicht haben, in der Regelung der Verhältnisse auf dem in Rede stehenden Gebiete ersichtliche Fortschritte zu machen.

Die Lösung wird im Einzelnen dadurch anzustreben sein, dass zunächst, wie

Artikel 1

der Vorlage vorschlägt, die mit dem 1. Januar 1882 ausser Wirksamkeit getretenen Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 wieder in Kraft gesetzt werden. Diese Artikel lauten: || Art. 2. In einem katholischen Bisthum, dessen Stuhl erledigt, oder gegen dessen Bischof durch gerichtliches Urtheil auf Unfähigkeit zur Bekleidung des Amts erkannt worden ist, kann die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen in Gemässheit des § 1 im Gesetz vom 20. Mai 1874 demjenigen, welcher den ihm ertheilten kirchlichen Auftrag darthut, auch ohne die im § 2 vorgeschriebene eidliche Verpflichtung durch Beschluss des Staatsministeriums gestattet werden. || In gleicher Weise kann von dem Nachweise der nach § 2 erforderlichen persönlichen Eigenschaften mit Ausnahme des Erfordernisses der deutschen Staatsangehörigkeit, dispensirt werden. || Art. 3. Die Einleitung einer commissarischen Vermögensverwaltung in den Fällen des Artikels 2 dieses Gesetzes findet nur mit Ermächtigung des Staatsministeriums statt. Dasselbe ist auch ermächtigt, eine eingeleitete commissarische Vermögensverwaltung wieder aufzuheben. || Art. 4. Die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen kann, abgesehen von dem Falle des § 2 des Gesetzes vom 22 April 1875, für den Umfang eines Sprengels durch Beschluss des Staatsministeriums angeordnet werden. Der Schlussatz des § 6 desselben Gesetzes findet sinngemässe Anwendung.

Die vorstehenden Artikel waren nach der Vorlage vom 19. Mai 1880 dazu bestimmt, das Bedürfniss zu befriedigen, welches für eine freiere Handhabung des Gesetzes vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, sowie des Gesetzes vom 22. April 1875, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, während der letzten Jahre merklich geworden ist und mit dem Wachsen gegenseitiger Verständigung voraussichtlich mehr und mehr hervortreten wird. Es handelt sich hierbei darum, die Schärfe der gesetzlichen Vorschriften durch die Möglichkeit ihrer Nichtanwendung oder beschränkter Anwendung zu mildern, ohne das Gesetz selbst ausser Kraft setzen zu müssen. Insbesondere erscheint die Wiederherstellung des Artikels 2, welcher das Staatsministerium ermächtigt, nach Lage des concreten Falles die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen auch ohne eine vorangegangene eidliche Verpflichtung des Bisthumsverwesers zu gestatten, werthvoll. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass, wenn es gelungen ist, durch Einsetzung von Capitularvicaren die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in den Diöcesen Osnabrück, Paderborn und Breslau anzubahnen, dies vornehmlich der Existenz und der Anwendung des Artikels 2 zu verdanken bleibt. Auch die

Artikel 3 und 4 verdienen erhalten zu werden, da die durch dieselben der Staatsregierung erteilten Befugnisse die Möglichkeit geben, nach Lage des einzelnen Falles Erleichterungen zu gewähren, wie dies noch neuerdings durch Wiederaufnahme der Staatsleistungen für den preussischen Antheil der Erzdiocese Prag geschehen ist.

Nr. 7708.
Preussen.
Jan. 1882.

Artikel 2.

Nachdem es mit Hilfe der der Regierung mittels Gesetzes vom 14. Juli 1880 gewährten Facultäten möglich geworden ist, in denjenigen Bisthümern, deren Stühle auch kirchlich als erledigt galten, eine geordnete Diöcesanverwaltung wiederherzustellen, gewinnt die Frage der Wiedereinrichtung einer regelmässigen oberhirtlichen Leitung auch für diejenigen Sprengel, deren frühere Bischöfe durch gerichtliches Urtheil aus dem Amte entlassen sind, in hervorragender Weise an Bedeutung. || Schon bei Vorlage der kirchenpolitischen Novelle im Jahre 1880 musste die königliche Regierung es als ihre Ueberzeugung aussprechen, dass eine Regelung dieser besonders schwierigen Frage wesentlich würde gefördert werden, wenn sich durch Gesetz die Möglichkeit schaffen liesse, einem oder dem anderen jener, aus dem Amte entlassenen Bischöfe die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diöcese wieder zu erteilen. Die inzwischen gewonnenen Eindrücke haben die Regierung in dieser Ueberzeugung nur bestärken können. Die bezügliche Bestimmung der kirchenpolitischen Vorlage von 1880 hat deshalb in dem Artikel 2 des gegenwärtigen Entwurfes von neuem Aufnahme gefunden.

Artikel 3.

Um die Wiedereinführung einer pfarramtlichen Seelsorge, beziehungsweise die Heranbildung der Cleriker, zu erleichtern, bieten sich folgende Mittel dar: || a) die Dispensation der Geistlichen von den Bedingungen der Vorbildung, || b) die Dispensation der Lehrer an den kirchlichen Unterrichtsanstalten von den Bedingungen der Vorbildung, beides zusammengefasst im Artikel 3 des Entwurfs, welcher der Bestimmung unter Nr. 1 des Artikels 1 der Vorlage vom 19. Mai 1880 entspricht. Die Wiederaufnahme dieser Bestimmung rechtfertigt sich durch die Erwägung, dass die frägliche Dispensationsbefugnis ein wesentliches Mittel ist, um die zur Zeit vorhandenen Lücken in dem Bestande der mit der Seelsorge betrauten Geistlichen auszufüllen und dadurch einem anerkannt dringenden Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung thunlichst zu begegnen.

Artikel 4 und 5

haben gleichfalls den Zweck, die Wiederherstellung der Seelsorge zu fördern. || Zu diesem Behuf schlägt zunächst Artikel 4 die Umgestaltung des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 vor, welcher lautet:

Der Einspruch ist zulässig: || 1. wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen; || 2. wenn der Anzustellende wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches das deutsche

Nr. 7708.
Preussen.
Jan. 1882.

Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste der öffentlichen Aemter bedroht, verurtheilt ist oder sich in Untersuchung befindet; || 3. wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. || Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind anzugeben. || Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb 30 Tagen bei dem königlichen Gerichtshofe für die kirchlichen Angelegenheiten und, solange dessen Einsetzung nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Berufung eingelegt werden. || Die Entscheidung ist endgiltig.

Der Gesetzentwurf beabsichtigt in diesem Punkte zu der Regierungsvorlage vom Jahre 1873 zurückzukehren, welche den bewährten Bestimmungen in anderen deutschen Staaten sich anschliesst und insonderheit die Entscheidung über den Einspruch lediglich in die Hand verantwortlicher Verwaltungsinstanzen legt. Diesen gesetzgeberischen Gedanken gegenwärtig wiederaufzunehmen, erscheint um so mehr angezeigt, als die über den Einspruch entscheidende Behörde nicht nur an die thatsächliche Lage des Einzelfalles gebunden sein darf, sondern bei ihren Entschliessungen eine freiere Beurtheilung nach Zeit und Ort, unter gleichmässiger Berücksichtigung der staatlichen Interessen überhaupt, eintreten zu lassen hat. || Ist Artikel 4 dazu bestimmt, das Verfahren in Beziehung auf die Pflicht der geistlichen Oberen zur Benennung der anzustellenden Geistlichen auf einer richtigeren Grundlage zu ordnen, so hat Art. 5 den Zweck, in Beziehung auf den Umfang dieser Pflicht die Möglichkeit von Erleichterungen zu schaffen, die ohne Gefährdung wesentlicher Rechte des Staates gewährt werden können. Denn einerseits wird der Grundsatz der Benennungspflicht bei allen festen Anstellungen sowie bei der Einrichtung von Vertretungen in erledigten Aemtern festgehalten und damit ein Rechtszustand geschaffen, wie er vordem in Preussen bestand und noch gegenwärtig in den meisten deutschen Staaten sich in allseitig anerkannter Uebung befindet. Wenn andererseits der Entwurf die Befreiung von der Benennungspflicht hinsichtlich der Hilfsgeistlichen der Ermächtigung der Regierung für bestimmte Bezirke vorbehält, so nöthigt dazu insbesondere die Rücksicht, dass der Staat zur Sicherung seiner eigenen Interessen sich die Möglichkeit vorbehalten muss, nach Lage der Umstände das obersthöheitliche Aufsichtsrecht bezüglich der Bestellung von Geistlichen in vollem Umfange zur Geltung zu bringen.

Nr. 7709. GROSSBRITANNIEN. — Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. Februar 1882.

My Lords and Gentlemen, — It is with much satisfaction, that I again invite your advice and assistance in the conduct of public affairs. || I have given my approval to a marriage between my son Prince Leopold, Duke of Albany, and her Serene Highness Princess Helen of Waldeck and Pyrmont. I have every reason to believe, that this will be a happy union. || I continue in relations of cordial harmony with all foreign Powers. || The treaty for the cession of Thessaly to the Greek Kingdom has now been executed in its main provisions. The transfer of sovereignty and of occupation was effected in a manner honourable to all concerned. || In concert with the President of the French Republic, I have given careful attention to the affairs of Egypt, where existing arrangements have imposed on me special obligations. I shall use my influence to maintain the rights already established, whether by the firmans of the Sultan or by various international engagements, in a spirit favourable to the good government of the country and the prudent development of its institutions. || I have pleasure in informing you, that the restoration of peace beyond the North-Western Frontier, together with continued internal tranquillity, plentiful seasons and increase of the revenue, has enabled my Government in India to resume works of public utility which had been suspended, and to devote its attention to measures for the further improvement of the condition of the people. || The Convention with the Transvaal has been ratified by the Representative Assembly; and I have seen no reason to qualify my anticipations of its advantageous working. || I have, however, to regret that, although hostilities have not been renewed in Basutoland, the country still remains in an unsettled condition.

Nr. 7709.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1882.

Gentlemen of the House of Commons, — The Estimates for the service of the year are in an advanced stage of preparation, and will be promptly submitted to you.

My Lords and Gentlemen, — My communications with France on the subject of a new Commercial Treaty have not been closed. They will be prosecuted by me, as I have already acquainted you, with a desire to conclude a Treaty favourable to extended intercourse between the two nations, to whose close amity I attach so great a value. || The trade of the country, both domestic and foreign, has for some time been improving, and the mildness of the winter season has been eminently suited to farming operations. Better prospects are, I trust, thus opened for the classes immediately concerned in agriculture. || The public revenue, which is greatly, though not always at once, affected by the state of industry and commerce, has not yet exhibited an upward movement in proportion to their increased activity. || The condition of Ireland at this time, as compared with that which I described at the beginning of last year, shows signs of improvement, and encourages the hope

Nr. 7709.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1882.

that perseverance in the course you have pursued will be rewarded with the happy results which are so much to be desired. || Justice has been administered with greater efficacy; and the intimidation which has been employed to deter occupiers of land from fulfilling their obligations, and from availing themselves of the Act of last Session, shows upon the whole a diminished force. || My efforts, through the bounty of Providence, have been favoured by the abundance of the harvest in that portion of the United Kingdom. || In addition to a vigorous exertion of the provisions of the ordinary law, I have not hesitated, under the painful necessity of the case, to employ largely the exceptional powers intrusted to me for the protection of life and property by two Acts of the last Session. || You will be invited to deal with proposals for the establishment in the English and Welsh Counties of Local Self-Government, which has so long been enjoyed by the towns, together with enlarged powers of administration, and with financial changes which will give you an opportunity of considering, both as to town and country, what may be the proper extent, and the most equitable and provident form of contribution from Imperial taxes in relief of local charges. || These proposals, in so far as they are financial, will apply to the whole of Great Britain. It will be necessary to reserve the case of Ireland for a separate consideration. || In connection with the general subject of local administration, I have directed a measure to be prepared and submitted to you for the reform of the ancient and distinguished Corporation of London, at the extension of Municipal Government to the metropolis at large. || Bills will again be laid before you, with which, during the last session, notwithstanding the length of its duration and your unwearied labours, it was found impossible to proceed. I refer particularly to those concerning Bankruptcy, the repression of Corrupt Practices at Elections, and the Conservancy of Rivers and Prevention of Floods. || Measures will also be proposed to you with respect to a Criminal Code and to the Consolidation and Amendment of the Laws affecting Patents. || The interests of some portions of the United Kingdom have suffered peculiarly of late years from the extreme pressure of the public business on your time and strength; but I trust that during this session you may be able to consider Bills which will be presented to you in relation to the Law of Entail and to Educational Endowments in Scotland, and to improved means of Education in Wales. || I commend these and other subjects with confidence to your care; and it is my earnest prayer, that your wisdom and energy may, under the blessing of God, prove equal to the varied and increasing needs of this extended Empire.

Nr. 7710. **DEUTSCHLAND.** — Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882.

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen. || Die gesetzgeberischen Aufgaben, für welche Ihre Thätigkeit in Anspruch genommen wird, sind Ihnen bereits durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. an das Herz gelegt worden. || Die Reichsgesetzgebung hat die Bestrebungen zur Abhülfe socialer Schäden, welche die kaiserliche Botschaft in Aussicht nimmt, mit dem Gesetzentwurf über Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle begonnen. Aus den vorjährigen Berathungen des Reichstages über diesen Gegenstand haben die verbündeten Regierungen den Anlass entnommen, ihre frühere Vorlage einer Umgestaltung zu unterziehen. Die gegen die früher in Aussicht genommene Reichsversicherungs-Anstalt erhobenen Bedenken haben dabei insofern Berücksichtigung gefunden, als die Unfallversicherung der Arbeiter nunmehr auf eine corporative und genossenschaftliche Organisation der in Betracht kommenden industriellen Betriebe gegründet werden soll. Der Gesetzentwurf gewährt den industriellen Verbänden und Genossenschaften eine auf die Verhütung von Betriebsunfällen gerichtete Autonomie. Er geht von dem Bestreben aus, die verwaltende Thätigkeit thunlichst zu lokalisieren, die finanzielle Belastung dagegen auf möglichst breite Unterlagen zu vertheilen. || Eine nothwendige Ergänzung finden die Ihnen auf diesem Gebiete vorzulegenden Maassnahmen in einer anderweiten Regelung der jetzt bestehenden Hilfskassen-Gesetzgebung und in der beabsichtigten Ausdehnung der Krankenversicherung. An Stelle des bisherigen bedingten wird Ihnen die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirthschaftlichen Folgen von Krankheitsfällen für alle Arbeiter vorgeschlagen werden, für welche die Durchführung dieser Maassregel möglich erscheint. || Seit Jahren ist in allen Theilen des Reiches mit steigender Dringlichkeit das Bedürfniss nach einer Revision der über den Gewerbebetrieb im Umherziehen geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung hervorgetreten. Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, Ihnen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Gewerbeordnung in dem Sinne abgeändert wird, dass den mit dem Gewerbebetriebe im Umherziehen auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit verknüpften Gefahren wirksamer als bisher begegnet werden kann. || Auf dem Gebiete der Steuerreform hat die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. die Abschaffung drückender directer Landessteuern und der Zuschläge in Aussicht genommen, durch welche Gemeinden und andere Communalverbände bisher genöthigt sind, den harten und ungleich wirkenden Druck dieser Steuern zu verstärken. Diese wohlmeinende Absicht zu verwirklichen, kann nur dadurch ermöglicht werden, dass das Reich durch Erhöhung der seiner Gesetzgebung vorbehaltenen indirecten Steuern sich in die Lage bringt, auf Matrikularbei-

Nr. 7710.
Deutschland.
27. April 1882.

Nr. 7710.
Deutschland.
27. April 1882.

träge zu verzichten, oder die bisher dazu erforderlichen und eventuell auch höhere Beträge den einzelnen Staaten herauszuzahlen, damit sie zur Verminderung der Landes- und Communalsteuern verfügbar werden. Wenn ein Bedürfniss hierzu bei den Einzelstaaten und ihren Communalverbänden nicht empfunden würde, so läge auch kein Anlass vor, eine Erhöhung der indirecten Reichseinnahmen zu erstreben. Ist ein solches Bedürfniss aber vorhanden, so kann es nur durch grössere Ergiebigkeit der indirecten Einnahmequellen des Reiches befriedigt werden. Die verbündeten Regierungen sind von dem Vorhandensein des Bedürfnisses überzeugt und beantragen Erhöhung der Reichseinnahmen, um ihren Unterthanen Steuer-Erleichterungen gewähren zu können. || Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak in erster Linie; nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung dieses Genussmittels herbeizuführen sei, gehen die Meinungen im Reiche auseinander, und wird eine Entscheidung durch die Gesetzgebung herbeizuführen sein. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Consumenten und der Tabakbauer am meisten schont und dabei an Ergiebigkeit alle andern Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würde daher zu andern Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung zum Monopol aufzugeben genöthigt wäre. || Wenn die Reichsregierung weder in der einen noch in der andern Form Aussicht auf die Bewilligung höherer Reichseinnahmen hätte, so würde sie mit Bedauern und zum Schmerze Seiner Majestät des Kaisers für jetzt auf die Reformen der Steuerverfassung des Reiches und der Einzelstaaten verzichten müssen, welche als ein Bedürfniss der Bevölkerung von allen Regierungen seit Jahren erkannt und in der Botschaft vom 17. November v. J. von Seiner Majestät dem Kaiser verheissen sind. || Die mit der Anwendung des Zolltarifgesetzes gemachten Erfahrungen haben für die Mühlenindustrie die Gewährung einer Ausfuhrerleichterung und für einige andere Productionszweige eine Aenderung der Tarifsätze als wünschenswerth ergeben. Es wird Ihnen daher der Entwurf eines Gesetzes hierüber vorgelegt werden. || Ein zwischen dem Reiche und Brasilien abgeschlossener Consularvertrag wird Ihrer verfassungsmässigen Beschlussfassung unterbreitet werden. || Die auswärtigen Verhältnisse des Reiches fahren fort, nach jeder Richtung hin das Vertrauen auf die Dauer der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu rechtfertigen, von denen die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. Zeugniß ablegte. || Je grösser die Tragweite der Arbeiten ist, welche Sie, geehrte Herren, erwarten, desto mehr vertrauen die verbündeten Regierungen, dass es Ihrer hingebenden Thätigkeit mit Gottes Hülfe gelingen werde, die grossen Aufgaben, um die es sich handelt, einer für die Consolidirung unserer nationalen Einrichtungen und für die gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes segensvollen Lösung entgegenzuführen. | Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Reichstag für eröffnet.

Nr. 7711. DEUTSCHLAND. — Programm der liberalen Vereinigung (Secessionisten), aufgestellt auf dem Parteitage in Berlin am 6. Mai 1882.

I. Getreu unseren Ueberlieferungen sind wir bestrebt, die Machtbefugnisse von Kaiser und Reich auf den Grundlagen der Verfassung zu befestigen und nach den Bedürfnissen der Nation auszubilden. — Zu den unentbehrlichen Voraussetzungen einer solchen Entwicklung zählen wir die Befestigung eines wahrhaft constitutionellen Verfassungslebens, ein aufrichtiges Zusammenwirken zwischen der Regierung und der Volksvertretung unter wechselseitiger Achtung der ihnen anvertrauten Rechte, eine umsichtsvolle, auf unmittelbare Verständigung abzielende Vorbereitung der Vorschläge, welche der Gesetzgebung unterbreitet werden.

Nr. 7711.
Deutschland
6. Mai 1882.

II. Der Reichshaushalt ist aus eigenen Reichseinnahmen und mit den Hilfsmitteln zu bestreiten, welche eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik darbietet.

III. Nachdem in den letzten Jahren reichliche Mittel ohne die Vereinbarung eines festen Reformplanes bewilligt worden, ist in der ferneren Behandlung des Steuerwesens ein vorsichtiges und planmässiges Vorgehen doppelt geboten. — Namentlich ist keine neue Steuer zu bewilligen, für welche nicht das Bedürfniss nachgewiesen und der Zweck gebilligt ist.

IV. Wir stimmen keiner Finanzvorlage zu, welche sich für einen Theil einer Steuer- und Finanzreform ausgiebt, solange nicht die Ziele der letzteren klargelegt sind. — Wir stimmen keiner Finanzreform zu, welche einseitig die indirecten Steuern ausbildet und dadurch das System der directen Steuern erschüttert.

V. Wir stimmen keiner Finanzreform zu, welche darauf gerichtet ist, den Haushalt der Gemeinden durch ein System von Zuschüssen mit dem Staatshaushalt zu verbinden oder Aufgaben, welche durch ihre Natur der Gemeinde zugehören, auf den Staat zu übertragen. — Vielmehr erachten wir für geboten: 1) die den Gemeinden und Communalverbänden zugewiesenen Aufgaben ihrer Selbstverwaltung unverkürzt zu erhalten; 2) die hierfür erforderlichen Mittel durch autonome, den localen Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Besteuerung aufzubringen; 3) die Bewilligung von Zuschüssen an leistungsfähige Gemeinden auf die einzelnen Fälle des ermittelten Bedürfnisses zu beschränken und an die Organisation der Communalverbände anzuschliessen. — Unberührt hiervon bleibt die begründete Forderung, dass für solche Mühewaltungen, welche aus dem Kreise der Staatsverwaltung zur besseren Erledigung den Gemeinden zugewiesen werden, Ersatz der hierdurch bedingten Ausgaben aus der Staatscasse geleistet werde.

VI. Dagegen sind wir bereit, mitzuwirken an einer Steuerreform, welche die Steuern und Abgaben den wirtschaftlichen Kräften der Belasteten besser anpasst und den nach dieser Richtung hin begründeten Beschwerden abhilft.



Nr. 7711.
Deutschland.
6. Mai 1882.

VII. Durchführbar erscheint uns eine Reform, welche die Erträge der directen und der indirecten Steuern in ein angemessenes Verhältniss setzt und folgende Grundlinien einhält: 1) Bei den indirecten Steuern sind die nothwendigen Lebensbedürfnisse grundsätzlich von der Besteuerung freizuhalten, die anderen Gegenstände der Besteuerung nach der Bedeutung zu würdigen, welche denselben für die Ernährung und die Wohlthat der Bevölkerung zukommt. 2) Bei den directen Steuern sind für die unteren und mittleren Einkommen die wirthschaftlichen Verhältnisse der Besteuerten angemessen zu berücksichtigen, die grösseren Einkommen stärker heranzuziehen. 3) Die Stempel und stempelartigen Steuern sind so einzurichten, dass sie den Verkehr möglichst wenig erschweren, in materieller Hinsicht den Handel und Wandel nicht erdrücken, und dass sie keinen Zweig des Erwerbslebens vorwiegend belasten, wie beispielsweise gegenwärtig in dem grössten Theile Deutschlands die Höhe und Erhebungsart der Gefälle bei Verträgen über den Grundbesitz.

VIII. Entsprechend den Ueberlieferungen der liberalen Partei werden wir auf socialpolitischem Gebiete alle Schritte fördern, welche geeignet sind, ohne Gewaltsamkeit gegen die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung, den wirthschaftlichen und moralischen Lebensstand der minder bemittelten Erwerbsclassen zu heben, werden wir alles unterstützen, was dazu dient, die Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit der Individuen durch unsichtigere Ausbildung und stärkere Anregung der Selbstthätigkeit zu steigern. Bekämpfen dagegen werden wir alle Maassnahmen staatlicher Bevormundung, welche dazu angethan sind, die Selbstbethätigung herabzudrücken, insbesondere die Einmischung des Staates in solche Wirthschaftsbetriebe, zu denen die Thätigkeit der Einzelnen und freier Vereinigungen ausreicht.

IX. Als positive und nächste Aufgaben auf socialpolitischem Gebiete betrachten wir: 1) umfassende Ausbildung des Krankencassenwesens; 2) die weitere Ausbildung der Haftpflicht für Unfälle in allen hierzu geeigneten Betrieben und die Sicherung der Entschädigungen; 3) die gesetzgeberische Begünstigung von Vereinigungen, welche dazu bestimmt sind, für die Fälle der Invalidität und der Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen, die Wohlthaten der Vertragsfreiheit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmässig zuzuwenden, sowie überhaupt die möglichste Entlastung der öffentlichen Armenpflege herbeizuführen.

X. Staatszuschüsse an Privatunternehmungen halten wir nur für zulässig, wo das öffentliche Interesse und die Unzulänglichkeit der Privatwirthschaft klar erwiesen sind.

XI. Das Tabakmonopol und ebenso jede mittelbar zum Monopol hindrängende weitere Belastung des Tabaks lehnen wir ab. Ueberhaupt verworfen wir Monopole, welche den Zweck haben, die Reichs- oder Staatseinnahmen zu vermehren oder den Einfluss der Staatsgewalt zu vergrössern.

XII. Die Wirthschaftspolitik soll nicht Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtheit begünstigen. Das Verhältniss zu anderen Staaten wünschen wir

so geregelt, dass die internationale Arbeitstheilung nicht gestört und dass der deutschen Production der ihr gebührende Antheil an dem Weltmarkte gesichert werde.

Nr. 771.
Deutschland.
6. Mai 1882.

XIII. Die Gewissens- und Religionsfreiheit wollen wir derart befestigen, dass kein deutscher Bürger wegen seiner Religion oder wegen seiner religiösen Ansichten in seinen politischen und bürgerlichen Rechten beeinträchtigt oder gefährdet werde. Das Verhältniss der Kirchen zum Staat wünschen wir geregelt durch Gesetze, welche die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirchen in ihren innerkirchlichen Angelegenheiten anerkennen, die Staatsautorität aber wahren in allen staatlichen sowie in solchen kirchlichen Angelegenheiten, zu denen die Mitwirkung des Staates verfassungsmässig berufen ist.

XIV. Die Leitung und Beaufsichtigung des öffentlichen Unterrichtswesens muss ausschliesslich Sache des Staates und staatlich verordneter Organe sein; die Einwirkung der Kirche darf über das Gebiet des Religionsunterrichtes nicht hinausgehen. — Als einen der grössten Schäden der gegenwärtigen politischen Lage Preussens betrachten wir, dass durch die Handhabung des Schulaufsichtsgesetzes, welches der Volksschule Unabhängigkeit von der Kirche gewähren sollte, dieser Zweck vereitelt wird, und verwerfen die aus engherzigem Confessionalismus hervorgegangenen, auf die Beseitigung der Simultanschulen gerichteten Bestrebungen.

XV. Die deutsche Rechtseinheit hat in den Justizgesetzen des Jahres 1877 und in der vollzogenen Justizorganisation eine mächtige Förderung erfahren. Die Praxis hat jedoch auch Mängel, insbesondere in der Strafprocessordnung, dargelegt, mit deren Beseitigung die Gesetzgebung auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen sich bald wird befassen müssen. Der dringenden Abhilfe bedarf das Kostenwesen im Civilprocess.

XVI. Für die Landesverwaltung in Preussen verlangen wir die Fortsetzung und den Abschluss der Organisation im Geiste der Städteordnung von 1808 und der Kreisordnung von 1873. Als Grundbedingungen hierfür betrachten wir, dass 1. für die altländischen Provinzen eine der Städteordnung entsprechende Landgemeindeordnung erlassen, insbesondere für die Gutsbezirke und solche Ortschaften, welche die Obliegenheiten der Gemeinde nicht zu erfüllen im Stande sind, leistungsfähige Gemeindeverbände geschaffen werden; 2. die Gesamtheit der Reform auf die übrigen Provinzen der Monarchie übertragen werde, unter Zulassung solcher landschaftlich bedingten Abweichungen, welche weder die Grundprincipien noch die Einheit der Verwaltung gefährden; 3. die selbstständige Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit beibehalten und diese materiell noch weiter ausgebildet werde. — Wir verlangen ferner, dass das materielle Polizeirecht sowie die Handhabung der Verwaltungsbefugnisse mit dem Geiste der modernen Gesetze in Einklang gebracht, und besonders, dass bei Berufung der Organe von jeder Parteitendenz abgesehen werde. — Als eine fernere Aufgabe der liberalen Partei betrachten wir, eine Reform herbeizuführen, welche die Eintheilung der Verwaltungsbezirke und die Organisation

Nr. 7711. der Verwaltung vereinfacht, die Vertretungen in Kreis und Provinz gerechter
Deutschland. vertheilt, als beim Erlass der Kreisordnung zu ermöglichen war.
6. Mai 1882.

XVII. Die liberale Partei sieht alle Schattirungen politischer und kirchlicher Reaction gegen sich vereinigt, und wir sind überzeugt, dass es ihr nicht eher gelingen wird, jener Coalition wirksam entgegenzutreten, als bis sie gleichfalls für alle Schattirungen in ihrer Mitte einen festen Vereinigungspunct findet und als ein Ganzes zu handeln sich befähigt. — Unbeschadet der Verschiedenheit der Anschauungen in einzelnen Tagesfragen, welche weder durch guten Willen noch durch Disciplin sich ganz vermeiden lässt, müssen die Liberalen, gestützt auf ihre Uebereinstimmung in den grossen Zielen, bei den Wahlen und in den Parlamenten, soweit nur immer möglich, eine Verständigung unter allen ihren Fractionen herbeizuführen und eine gemeinsame Action anzubahnen streben. Als Pflicht jedoch Aller, welche in diese Gemeinschaft eintreten, halten wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen, dass sie den Bestrebungen, welche die grossen gemeinschaftlichen Zielpuncte beeinträchtigen, mit der grössten Entschiedenheit entgentreten, gleichviel ob diese Bestrebungen von der Regierung oder von den der Reaction dienenden Parteien ausgehen.

Nr. 7712. **PREUSSEN.** — Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882.

Nr. 7712. Meine Herren! Das Staatsministerium hat bei Sr. Majestät dem Könige
Preussen. die allerhöchste Genehmigung dazu nachgesucht, dass die gegenwärtige Session
11. Mai 1882. des Landtages geschlossen werde. Wenn in dieser Legislaturperiode in vielen Zweigen der Staatsverwaltung und auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung durch das Zusammenwirken der Landesvertretung mit der Staatsregierung grosse und wichtige Erfolge zum Besten des Landes erzielt worden sind, so ist das doch in der laufenden Session nicht in dem Umfange gelungen, als es im Interesse des Landeswohles von der Staatsregierung erhofft wurde. Das Staatsministerium hält an der Ueberzeugung fest, dass die Erledigung der sämtlichen dem Landtage mit allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät vorgelegten Gesetzentwürfe zur Förderung des Landeswohles beigetragen haben würde. Nachdem jedoch insbesondere der Gesetzentwurf über die Verwendung der aus den Reichssteuern an Preussen zu überweisenden Geldsummen in seinen einzelnen Bestimmungen im Abgeordnetenhaus nicht eine solche eingehende Berathung gefunden hat, wie dies zur allseitigen Klarstellung des wichtigen Gesetzentwurfes erhofft und von der Regierung erwünscht werden musste, konnte das Staatsministerium von der ferneren Berathung der übrigen Vorlagen einen Erfolg sich nicht mehr versprechen. Bei dieser Sachlage nun glaubt die Staatsregierung den Schluss der gegenwärtigen Session nicht weiter hinausschieben zu sollen; demgemäss beehre ich mich, den beiden Häusern des Landtages der

Monarchie in Folge eines mir ertheilten Auftrages Sr. Majestät des Königs folgende allerhöchste Botschaft mitzuthemen: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen, haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Vicepräsidenten Unseres Staatsministeriums, v. Puttkamer, beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie am 11. d. M. in Unserem Namen zu schliessen.

Nr. 7712.
Preussen.
11. Mai 1882.

Gegeben Berlin, den 10. Mai 1882.

Wilhelm.

gegengez. v. Puttkamer.

Im Namen Sr. Majestät des Königs schliesse ich hiermit die Session des Landtages der Monarchie.

Nr. 7713. PREUSSEN. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Vom 31. Mai 1882.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: Nr. 7713.
Preussen.
31. Mai 1882.

Art. 1. Die Artikel 2, 3 und 4 im Gesetz vom 14. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 285) treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes auf die Zeit bis zum 1. April 1884 wieder in Kraft.

Art. 2. Hat der König einen Bischof, gegen welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 198) durch gerichtliches Urtheil auf Entlassung aus seinem Amte erkannt ist, begnadigt, so gilt derselbe wieder als staatlich anerkannter Bischof seiner Diocese.

In sonstigen Fällen, in welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 oder des § 12 des Gesetzes vom 22. April 1875 (Gesetz-Samml. S. 194) auf Entlassung aus dem Amte erkannt ist, werden die Folgen der ergangenen Erkenntnisse auf die Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes und die im Art. 1 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 285) aufgeführten Folgen beschränkt, insofern nicht inzwischen eine Wiederbesetzung der Stelle erfolgt ist.

Art. 3. Von Ablegung der im § 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 191) vorgeschriebenen wissenschaftlichen Staatsprüfung sind diejenigen Candidaten befreit, welche durch Vorlegung von Zeugnissen den Nachweis führen, dass sie die Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium abgelegt sowie ein dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität oder auf einem in Preussen bestehenden kirchlichen Seminar, hinsichtlich dessen die gesetzlichen Voraussetzungen für den Ersatz des Universitätsstudiums durch das Studium auf diesem Seminar erfüllt sind, zurückgelegt und während dieses Studiums Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte und deutschen Literatur mit Fleiss gehört haben.

Nr. 7713.
Preussen.
31. Mai 1882.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, auch im Uebrigen von den Erfordernissen des § 4 sowie von dem Erfordernisse des § 11 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zu dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter zu gestatten. — Die Grundsätze, nach welchen dies zu geschehen hat, sind vom Staatsministerium mit Königlicher Genehmigung festzustellen.

Art. 4. Die Ausübung der in den §§ 13 ff. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 135) und in den Artikeln 4 ff. des Gesetzes vom 21. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 139) den Präsentationsberechtigten und der Gemeinde beilegelegten Befugniss zur Wiederbesetzung eines erledigten geistlichen Amtes und zur Einrichtung einer Stellvertretung in demselben findet ferner nicht statt.

Urkundlich unter Unserer Höchststeigenhändigen Unterschrift und beige-drucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 31. Mai 1882.

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Kameke. Maybach.
Lucius. Friedberg. v. Gossler.

Nr. 7714. NORWEGEN. — Thronrede des Königs bei Schluss des Storthing am 21. Juni 1882.

Nr. 7714.
Norwegen.
21. Juni 1882.

Gute Herren und norwegische Männer! Mehr als zwei Menschenalter sind verflossen, seit Norwegen seine Selbstständigkeit unter einer freien Verfassung und einer auf Grund der Gleichberechtigung gebauten Vereinigung mit dem Brudervolk wieder gewann. In diesem Zeitraume hat eine durch Gesetze geregelte Freiheit und ein niemals unterbrochener Friede geherrscht, wodurch alle Kräfte des Volkes zur vollsten Entwicklung gelangt sind. Die Arbeit ist reich gesegnet worden, und gross waren die Fortschritte in allen Richtungen. Indem meine Wünsche und Bestrebungen darauf gerichtet waren, auf der gewonnenen Grundlage weiter fortzubauen, bin ich mir bewusst, dabei von aufrichtiger Liebe zum Grundgesetz, auf dem die gesetzmässige Freiheit nach innen beruht, und von treuer Ergebenheit für die Vereinigung, worauf unsere Sicherheit nach aussen wesentlich beruht, beseelt gewesen zu sein. Von diesen Gefühlen geleitet und mit diesem Ziele meines Wirkens vor Augen, gab ich mich der festen Erwartung von einer stets fortschreitenden Entwicklung hin, indem ich auf die kräftige Mitwirkung des Storthing sicher baute. Auch während der Wahlperiode, die verflossen ist, seit ich zuletzt dem Storthing persönlich gegenüberstand, ist mancher nützlicher Beschluss gefasst worden;

andererseits aber sind die Verhandlungen dieser Versammlung oft einer Richtung gefolgt, die meinerseits keine Billigung finden, und sie haben bisweilen Beschlüsse hervorgerufen, zu deren Vollziehung ich, als Hüter der der Königsmacht durch das Grundgesetz in der Staatsverfassung gegebenen Stellung, meine Hand nicht bieten konnte. Bei mehreren Gelegenheiten hat auch das Storting, unter dem Streben, die Gewalt, die dem König durch das Grundgesetz übertragen ist, zu beschränken, die Arbeit der gleichmässig fortschreitenden Entwicklung stillstehen lassen. Man hat behauptet, dass die Königsmacht die gemeinsame Thätigkeit der Staatsfaktoren, zu welcher die Theilnahme der Staatsräthe an den Verhandlungen des Storting Anlass geben würde, abgewiesen habe. Diese Behauptung ist unbefugt. Um dem Storting zu willfahren, habe ich wiederholt Vorschläge zu einer Veränderung im Grundgesetze eingebracht, und ein solcher Vorschlag befindet sich auch gegenwärtig beim Storting. Die Bedingungen, an die mein Vorschlag geknüpft ist, sind, wie ich glaube und auch jetzt noch glaube, unter unseren verfassungsmässigen Verhältnissen von besonderer Bedeutung. Aehnliche Bedingungen finden sich auch bei anderen konstitutionellen Verfassungen, selbst bei solchen, die weit stärkere konservative Garantien enthalten als die unserige. Um den Wünschen des Storting entgegenzukommen, habe ich trotz der Bedenken, die ich dabei hatte, ein Jahr nach dem anderen der Verlängerung der Sessionen weit über die Zeit hinaus, welche bei Einführung der jährlichen Sessionen festgesetzt wurde, meine Zustimmung erteilt. Als ich einem Beschlusse, dass ein Storting-Comité nach Auflösung des Storting beisammenbleiben solle, meine Billigung versagte, schlug ich, um dem Storting zu willfahren, ein Verfahren vor, welches dazu angethan war, die Forderungen einer gründlichen Behandlung der Sache zu erfüllen. Das Storting aber hat durch keinen Schritt von Seiten der ausübenden Gewalt, mochte er auch von den aufrichtigsten Wünschen für gemeinsame Arbeit und gutes Einverständniss ausgegangen sein, zu einer entsprechenden Haltung bewogen werden können. Mit ernster Bekümmerniss habe ich erfahren müssen, dass das Storting geltend machen will, es könne ohne Zustimmung des Königs das Grundgesetz verändern. Meine Ueberzeugung, dass eine solche Behauptung unberechtigt ist, steht unerschütterlich fest. Nur König und Storting im Verein haben die Macht, das Grundgesetz zu verändern. Mit tiefer Erkenntniss von meiner königlichen Pflicht will ich mit aller Kraft für das Grundgesetz, das wir Alle, ihr sowohl wie ich, geschworen haben, und das ein Jeder unverbrüchlich halten muss, wenn der Friede und die Sicherheit des Staates bewahrt bleiben sollen, eintreten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass die bedauerliche Spaltung und Erregung, welche sich in unser öffentliches Leben eingedrängt hat, nach und nach einer unbefangeneren und besonneneren Auffassung von bestehenden Verhältnissen und den Erfordernissen der Staatseinrichtungen weichen, und dass alle aufgeklärten und patriotischen Männer, ein Jeder in seinem Kreise, meine Bestrebungen zur Erreichung dieses Zieles unterstützen werden. Möge eine gnädige

Nr. 7714.
Norwegen,
21. Juni 1882.

Nr. 5714.
Norwegen.
21. Juni 1882.

Vorsehung die unheilvollen Folgen eines jeden Versuches abwenden, die Grundlage der staatlichen Ordnung, unter welcher das norwegische Volk so viele Jahre glücklich und frei gelebt hat, zu erschüttern! Mit der Bitte an Gott, er wolle es so fügen und Volk und Reich seinen Segen geben, erkläre ich hiermit das 31. ordentliche Storthing für geschlossen und verbleibe Euch, gute Herren und norwegische Männer, mit aller königlichen Gunst und Gnade wohl gewogen.

A e g y p t e n.

Nr. 7715. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Erbfolgeordnung, Steuererhebung im Namen der Pforte, Münzwesen und Zahl der auszuhebenden Truppen.

(Traduction.)

L'acte de soumission que tu viens de faire, les assurances de fidélité et de dévouement que tu as données, et les intentions droites et sincères que tu as manifestées tant à mon égard que dans les intérêts de ma Sublime Porte, sont parvenues à ma connaissance souveraine et m'ont été fort agréables. || En conséquence, et le zèle et la sagacité qui te caractérisent, ainsi que l'expérience et les connaissances que tu as acquises dans les affaires de l'Égypte pendant le long espace de temps que tu as occupé le poste de Gouverneur de l'Égypte, donnant lieu à croire que tu auras acquis des droits à la faveur et à la confiance que je t'accorde; c'est-à-dire, que tu en connaîtras toute la portée et toute la reconnaissance que tu devras en avoir, que tu t'appliqueras à faire en sorte que ces dispositions passent à tes fils et à tes neveux, je t'accorde le Gouvernement de l'Égypte dans ces anciennes limites telles qu'on les trouve dans la carte qui t'est envoyée par mon Grand-Vizir actuellement en fonctions, munie d'un cachet, avec le privilège additionnel de l'hérédité et avec les conditions suivantes: — || Désormais, quand le poste sera vacant, le Gouvernement de l'Égypte sera conféré à celui de tes enfants mâles existants que j'aurais préféré et élu, et ce système sera observé également à l'égard de ses enfants mâles. || Si jamais le destin voudra que la ligne masculine soit éteinte, comme dans ce cas ma Sublime Porte devra conférer le Gouvernement de l'Égypte sera conféré à celui de tes enfants mâles existants que j'aurais préféré et élu, et ce système sera observé également à l'égard de ses enfants mâles. || Si jamais le destin voudra que la ligne masculine soit éteinte, comme dans ce cas ma Sublime Porte devra conférer le Gouvernement de l'Égypte à une autre personne, les enfants mâles nés des filles des Gouverneurs de l'Égypte n'auront aucun droit, aucune capacité légale à la succession au Gouvernement. || Dorénavant, celui d'entre tes enfants qui sera élu au Gouvernement de l'Égypte devra se rendre en personne à Constantinople pour y rece-

Nr. 7715.
Türkei.
13. Febr. 1841.



Nr. 7715.
Türkei.
13. Febr. 1841.

voir l'investiture de son poste. || Bien que les Pachas d'Egypte ayent obtenu le privilège de l'hérédité, ils doivent cependant être considérés, quant à la préséance, comme étant sur un pied d'égalité avec les autres Vizirs, ils seront traités comme les autres Vizirs de ma Sublime Porte, et recevront les mêmes titres que l'on donne aux autres Vizirs quand on leur écrit. || Les Ordonnances utiles proclamées par mon Hatti-Shériff Impérial de Gulhané, tous les réglemens faits et à faire par ma Sublime Porte, tous les Traités conclus et à conclure entre ma Sublime Porte et les Puissances amies, seront complètement mis à exécution dans la Province de l'Egypte aussi.

En Egypte, tous les impôts, tous les revenus seront perçus et recueillis en mon nom souverain; attendu cependant que les Egyptiens aussi sont les sujets de ma Sublime Porte, et afin qu'un jour ils ne soient pas vexés, la dîme, les droits et les autres impôts qui seront perçus, le seront sur les mêmes règles qui seront en vigueur dans les autres pays de ma Sublime Porte. || Sur le montant annuel des droits de douane, de la dîme, des impôts et de toutes les autres espèces de revenus, on en prélèvera d'abord, c'est-à-dire, sans défalquer aucune dépense, la quatrième partie pour compte de ma Sublime Porte. Les autres trois quarts sont laissés afin qu'ils servent à faire face aux frais du recouvrement, à ceux de l'Administration Intérieure, des établissements militaires, et pour le trésor particulier des Pachas d'Egypte, et pour le paiement des vivres qu'il est d'usage d'envoyer tous les ans en nature de l'Egypte aux deux Villes Saintes. || Le quantum du tribut qui revient à ma Sublime Porte et le mode de la perception, sont exécutoires dans l'espace de cinq ans, à commencer de l'année 1257 (Février 1848); après cela, il sera loisible de faire à cet égard de meilleurs arrangements d'après l'état futur de l'Egypte et les exigences des temps; considérant que c'est un devoir pour ma Sublime Porte de connaître au juste le montant réel des revenus annuels et le mode de perception des dîmes et des autres impôts à prendre des habitants, et attendu que cette connaissance ne peut guère s'obtenir que par l'établissement d'un contrôle, on prendra des mesures conformes aux ordres que je donnerai à cet égard.

Comme ma Sublime Porte a pris la résolution d'améliorer la monnaie, qui est l'âme des opérations de la société, et de le faire de manière à ce que désormais il ne puisse y avoir de la variation ni dans l'aloi, ni dans le prix, je permets que l'on batte monnaie en Egypte; mais les monnaies en or et en argent que je te permets de battre porteront mon nom, et seront tout-à-fait semblables, sous les rapports du titre, des prix et de la forme, à celles que l'on frappe ici.

En temps de paix, 18,000 hommes suffiront pour le service intérieur de la Province de l'Egypte; il ne sera pas permis d'en augmenter le nombre. Mais vu que les troupes de terre et de mer de l'Egypte sont instituées pour le service de ma Sublime Porte, il sera permis, en temps de guerre, de les porter au nombre qui aura été jugé convenable par ma Sublime Porte. || On



a adopté le principe que les soldats employés dans les autres parties de mes Etats serviront pendant cinq ans, au bout duquel terme ils seront échangés contre des recrues. Cela étant, il faut qu'à cet égard l'on suive le même système en Egypte aussi. Par conséquent, il faudra former des soldats le plus récemment incorporés et pris dans les corps des troupes Egyptiennes 20,000 hommes, auxquels on appliquera ensuite le principe du temps de service à compter du jour qu'ils y ont été admis. De ce corps 18,000 hommes seront employés au service intérieur de l'Egypte, et les 2000 hommes seront employés ici. Et comme la cinquième partie de ces 20,000 hommes devra être remplacée tous les ans, on prendra chaque année sur la population de l'Egypte, en tirant légalement au sort, en s'y prenant mon humanité, et en y observant la plus parfaite impartialité, 4000 hommes, dont 3600 hommes seront retenus en Egypte, et les 400 envoyés à Constantinople. Les soldats qui auront été les premiers à entrer au service, soit ici soit là, et qui auront accompli leur cinquième année de service, seront renvoyés à leurs pays respectifs, et ceux qui auront une fois accompli le terme de service ne seront plus enrôlés. || Il peut y avoir une différence, à cause du climat, dans l'étoffe servant à l'habillement des troupes en Egypte; mais il ne doit en avoir aucune ni dans l'uniforme, ni dans la coupe des habits, ni dans les marques distinctives des grades, ni dans les drapeaux, entre ces troupes-là et les autres troupes de ma Sublime Porte. || Les troupes à employer sur les vaisseaux Egyptiens, officiers et soldats, auront tout-à-fait le même habillement et les mêmes marques distinctives de leurs grades que les troupes d'ici; les bâtiments porteront le même pavillon que ceux d'ici. || Le Gouverneur d'Egypte nommera les officiers de terre et de marine jusqu'au grade de Col-Agassi, grade immédiatement au-dessous de celui de Chef de Bataillon. Quant aux nominations aux grades supérieurs à celui de Col-Agassi, il faudra absolument en demander la permission et prendre mes ordres là-dessus. || Dorénavant les Pachas d'Egypte ne pourront pas faire construire des bâtiments de guerre sans en avoir demandé la permission de la Sublime Porte, et en avoir obtenu une autorisation claire et positive.

Attendu que chacune des conditions arrêtées comme ci-dessus est adhérente au privilège d'hérédité, si une seule d'elles n'est pas exécutée, ce privilège d'hérédité sera aussitôt aboli et annulé. Telle étant ma volonté suprême sur tous les points ci-dessus énoncés, toi, tes enfants et tes descendants, reconnaissants de cette haute faveur souveraine, vous vous empresserez toujours à exécuter scrupuleusement les conditions établies, vous vous garderez bien d'y contrevenir, vous aurez soin d'assurer le repos et la tranquillité des Egyptiens en les mettant à l'abri de toutes injures et de toutes vexations, vous ferez des rapports ici et demanderez des ordres sur les affaires importantes qui concernent ces pays-là, étant à ces fins que le présent Firman Impérial, est orné de mon rescrit souverain, a été écrit et vous est envoyé.

Nr. 7716. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Höhe und Zahlungsmodus des Tributs.

(Traduction.)

Nr. 7716.
Türkei.
Mai 1841.

Toi Vizir sus-mentionné! — Comme tu as été confirmé dans le Gouvernement de l’Egypte avec hérédité, aux conditions résolutoires qui sont insérées dans un autre Firman, ma volonté souveraine est, que tu ayes à payer annuellement pour ma Sublime Porte, sur les droits de douane, sur les dîmes et la capitation, et sur les autres revenus et produits de cette province, un tribut de 80,000 bourses;*) qu’afin que le montant du tribut ne varie pas, puisque les prix des monnaies changent, on ait à calculer la somme de 80,000 bourses sur les prix des Colonnates d’Espagne qui sont en crédit en Egypte; et que le montant actuel des Colonnates soit payé chaque année en nature, ou bien que son équivalent soit payé en d’autres bonnes monnaies. Tels sont mes ordres, en conséquence desquels le présent Firman Impérial a été écrit et envoyé. || Ainsi, lorsque tu auras appris de quoi il s’agit, tu agiras de la manière ci-dessus énoncée, et tu auras soin de payer au Trésor Impérial, dès que le temps du payement sera arrivé, le tribut ci-dessus énoncé.

Nr. 7717. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an den Vicekönig, betreffend die Erbfolgeordnung. Vom 27. Mai 1866.

(Traduction.)

(Après les titres d’usage.)

Nr. 7717.
Türkei.
27. Mai 1866.

Ayant pris connaissance de la demande que tu m’as soumise, et dans laquelle tu me fais connaître que la modification de l’ordre de succession établi par le Firman adressé en date du mois de Rébi-ul-Akhir 1257, à ton aïeul Mehmed-Ali-Pacha pour lui conférer le Gouvernement à titre héréditaire de la Province d’Egypte, et revêtu de mon Hatt Impérial, et la transmission de succession de père en fils en ligne directe et par ordre de primogéniture seraient favorables à la bonne administration de l’Egypte et au développement du bien-être des habitants de cette province. || Appréciant d’autre part, dans toute leur étendue, les efforts que tu as faits dans ce but depuis ta nomination au Gouvernement Général de l’Egypte, qui est l’une des provinces les plus importantes de mon Empire, ainsi que la fidélité et le dévouement dont tu n’as cessé de faire preuve à mon égard, et voulant te donner un témoignage éclatant de la confiance pleine et entière que je t’accorde, j’ai décidé que dorénavant le Gouvernement de l’Egypte, avec les territoires qui y sont annexés et qui en dépendent, et avec les Caïmacamies de Sévakim et de Moussawa, sera transmis à l’aîné de tes enfants mâles et, de la même manière,

*) 80,000 purses, or 40,000,000 Turkish piastres, amounting at present to about 863,635 l. sterling.

aux fils aînés de tes successeurs. || Que si, en cas de vacance, le Gouverneur-Général ne laisse aucun enfant mâle, la succession sera transmise à l'aîné de ses frères, et à défaut des frères à l'aîné des enfants mâles du plus âgé parmi ses frères défunts. || Telle sera désormais la loi de succession en Egypte. || En outre, les conditions contenues dans le Firman susmentionné sont et demeurent à tous jamais en vigueur comme par le passé; chacune de ces conditions sera constamment observée, et le maintien du privilège qui découle de ces conditions dépendra de l'observation intégrale de chacune des obligations qu'elles impliquent. || Ces immunités accordées plus récemment par mon Gouvernement Impérial, concernant la faculté du Gouvernement-Général de l'Egypte de porter jusqu'à 30,000 hommes l'effectif de ses troupes, de maintenir la différence entre le titre des monnaies frappées en Egypte en mon Gouvernement Impérial, et celui des autres monnaies de mon Empire, et de conférer les grades civils de mon Gouvernement jusqu'à celui de Sanié (second rang de la première classe), sont également confirmées. || La règle qui interdit la succession des descendants mâles des filles des Gouverneurs est maintenue comme par le passé. || Le tribut de 80,000 bourses payé par l'Egypte au Trésor Impérial est porté à 150,000 bourses, à partir du mois de Mars de l'année 1866, à raison de 100 piastres la livre Ottomane, c'est-à-dire, à 750,000 livres Ottomanes par an. || Mon Iradé Impérial étant émané à l'effet de mettre à exécution les conditions qui précèdent, le présent Firman, portant en tête mon écriture Impériale, a été rédigé par ma Chancellerie Impériale, et t'a été délivré. || Tu dois, de ton côté, avec la loyauté et le zèle qui te caractérisent, et en profitant des connaissances que tu as acquises des conditions de l'Egypte, consacrer tes soins à la bonne administration de cette contrée, travailler à assurer à ces populations une tranquillité et une sécurité entières; et reconnaissant la valeur du gage que je viens de te donner de ma faveur Impériale, t'attacher à l'observation des conditions établies ci-dessus.

Ecrit de 12^{me} jour du mois de Moharem, de l'an de l'Hégire 1283 (le 27 Mai 1866).

Nr. 7718. TÜRKEL. — Firman des Sultans an den Vicekönig von Aegypten, betreffend die eventuelle Einrichtung einer Regentschaft. Vom 15. Juni 1866.

(Traduction.)

Dans le but de garantir, de toutes manières, le nouvel ordre de succession au Gouvernement de l'Egypte, ainsi qu'il fut établi par un autre Firman Impérial, il est mentionné ci-dessus le mode d'après lequel l'on est tenu de procéder à l'institution de la tutelle du Gouvernement de l'Egypte, lorsque dans l'éventualité de la mort de son Gouverneur, son fils aîné et héritier se trouverait être encore en bas âge. || Dans l'éventualité de la vacance du Gou-

Nr. 7717.
Türkei.
27. Mai 1866.

Nr. 7718.
Türkei.
15. Juni 1866.

Nr. 7718.
Türkei.
15. Juni 1866.

vernement, et lorsque l'héritier du Gouvernement serait en bas âge, c'est-à-dire, qu'il aurait moins que dix-huit ans, le Firman d'Investiture sera tout de même émané. Cependant, jusqu'à ce qu'il arrive à l'âge de dix-huit ans, si le Gouverneur se trouverait avoir déjà établi un tuteur et un conseil de tutelle pour le Gouvernement moyennant un testament cacheté par lui, et par deux hauts fonctionnaires de l'Egypte en service actif, comme témoins, ce tuteur et ce personnel de tutelle saisiront immédiatement les rênes de l'Administration, et procéderont à diriger le Gouvernement. En même temps, comme ils en référeront à ma Sublime Porte, un Firman Impérial en sera émané, les confirmant à leur place. Si, d'un autre côté, survient une vacance du Gouvernement susdit sans qu'il soit pourvu à l'institution d'une telle tutelle, le Conseil de tutelle étant composé des Chefs de l'Administration de l'Intérieur, de la Guerre, des Finances, des Affaires Etrangères, de la Justice, du Chef des Troupes, et des Commissaires des Provinces Egyptiennes, on procédera à l'élection, parmi les susdits fonctionnaires, d'un Conseil de tutelle de la manière suivante: — || Les susdits fonctionnaires réuniront immédiatement, et choisiront parmi eux-mêmes un tuteur à l'unanimité, ou à la pluralité des voix. Si, cependant, les voix se partagent entre deux candidats, la préférence sera donnée à celui des deux qui occuperait les plus importantes fonctions dans le Gouvernement. Le degré d'importance est établi dans l'ordre indiqué ci-dessus. || Ainsi, vient d'abord le Chef du Département de l'Intérieur, après celui de la Guerre, et ainsi de suite. Le tuteur étant ainsi élu, et les autres Membres s'étant constitués en Conseil du tutelle, ils prendront en mains le Gouvernement, et ils s'empresseront de rapporter à ma Sublime Porte l'institution du tuteur et l'institution du Conseil de tutelle. Ce choix sera confirmé de notre part par un Firman Impérial. || Dans le cas qu'il arrive que l'ex-Gouverneur ait nommé un tuteur et un Conseil de tutelle, ce tuteur et ce Conseil ne saurait être changés avant que le terme de tutelle ne soit expiré. De même dans la seconde alternative, c'est-à-dire, lorsque l'institution du tuteur a lieu par la réunion des hauts fonctionnaires du Gouvernement, l'on ne pourra non plus changer le tuteur ainsi nommé. Lorsqu'un Membre du Conseil du tuteur vient à mourir, on choisira un autre à sa place parmi les hauts fonctionnaires du Gouvernement, et si le tuteur lui-même vient à mourir, on choisira un à sa place de la manière susindiquée, dans le Conseil de tutelle, substituant à celui-ci un des hauts fonctionnaires du Gouvernement. || Lorsque l'héritier arrive à l'âge de 18 ans, étant alors majeur, il saisira les rênes de l'Administration et gouvernera comme son prédécesseur. Ceci étant confirmé par ma volonté Impériale et revêtu de mon Hatti-Sheriff, le présent Firman fut conséquemment émané le 2 Safer, 1283 (15 Juin, 1866).

Nr. 7719. TÜRKEL — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Erbfolgeordnung und das Recht, Handelsverträge und andere Verträge ohne politische Bedeutung zu schliessen. Vom 8. Juni 1867.

(Translation.)

To my illustrious Vizier Ismail-Pasha, who now holds the rank of Grand-Vizier, with the title of "Khidev" of Egypt, and who is decorated with the Orders of the Medjidié and Osmanié of the First Class in Diamonds. May God perpetuate his glory and increase his power and prosperity.

Nr. 7719.
Türkel.
8. Juni 1867.

After epithets applied to all Pashas holding the rank of Vizier: || Be it known on the arrival of this my Imperial Firman, that, as is also mentioned in my Firman granting the privilege of hereditary succession to the Viceroyalty (Kidiviet) of Egypt, those fundamental laws which are in force in other parts of my dominions shall be maintained and respected in Egypt. Now by fundamental laws are meant all those principles laid down in the Imperial Rescript of Gulhaneh. But, inasmuch as the internal administration of the province, and consequently its financial, material and other interests are confided to the Government of Egypt, in order to preserve and extend those interests, it is permitted to that Government to frame such regulations as may seem necessary in the form of "special Tanzimat for the Interior." In like manner, whilst all the Treaties of the Sublime Porte must be respected in Egypt, an exception is made only as regards the customs duties, and as regards foreigners in matters relating to the police, postal and transit services, for which full powers are given to thee to enter into special arrangements with foreign agents. But such arrangements must not take the form of Treaties or Conventions having any political signification or purport. And in the event of their being inconsistent with the principles laid down above, or opposed to my original sovereign rights, it will be necessary to hold them as null and void. || Wherefore the question of conformity or non-conformity to these principles in matters where a doubt exists as regards Egypt must be referred to my Sublime Porte previously to such arrangements being concluded. || And when in the manner explained above any special arrangements are entered into concerning the customs duties in Egypt, information thereof must be transmitted to my Sublime Porte. || Also, when any Conference respecting Commercial Treaties takes place between my Government and other Powers, in order that the commercial interests of Egypt may be attended to the opinions of the Egyptian Administration shall be consulted thereon. || In proclamation of which this my Imperial Firman, dated 5 Sefer, 1284 (8th June, 1867), is now addressed to thee.

Nr. 7720. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Steuererhebung im Namen des Sultans und die Genehmigung zu auswärtigen Anleihen. Vom 29. November 1869.

(Traduction.)

Nr. 7720.
Türkei.
29. Nov. 1869.

(Après les titres d'usage.)

Il est superflu de dire combien ma sollicitude est grande pour la prospérité de l'importante Province d'Égypte, et pour l'accroissement du bien-être et de la sécurité de ses habitants. Tout en consacrant une attention sérieuse au maintien intact des privilèges intérieurs accordés à l'Administration Égyptienne, il est de mon devoir de surveiller en même temps le strict accomplissement des obligations de cette Administration, soit envers ma Couronne, soit envers les habitants de la province. || En conséquence, j'ai accepté les éclaircissements que tu as donnés et les engagements que tu as pris relativement aux armes et aux bâtiments de guerre, ainsi qu'à l'égard des relations extérieures de la province, par la lettre que tu as écrite, sous la date du 10 Djémazi-ul-Ewel, 1286, en réponse à celle que mon Grand-Vizir t'avait adressé, par mon ordre souverain, le 18 Rébi-ul-Akhir, 1286. || Seulement la question financière étant un point vital pour tous les pays, si la quotité des impôts est supérieure aux moyens des contribuables, ou si les produits de ces impôts, au lieu d'être affectés aux besoins réels du pays, sont absorbés par des dépenses infructueuses, on s'expose incontestablement à des pertes et à des dangers incalculables. || Il en résulte pour le Souverain du pays le droit sacré et imprescriptible de surveiller avec sollicitude cet important objet; et, pour qu'il ne subsiste plus aucun doute ni malentendu à cet égard, j'ai décidé de te donner les éclaircissements suivants, qui seront également portés à la connaissance de tous. Ainsi, suivant les conditions fondamentales qui servent de base à l'Administration Égyptienne, tous les impôts et redevances doivent être répartis et perçus en mon nom. Je ne saurais donc consentir en aucune manière à ce que les sommes provenant de ces impôts soient employés autrement qu'aux besoins réels du pays, et à ce que les habitants soient chargés de nouveaux impôts sans une nécessité légitime et reconnue. Ma volonté absolue est donc que tes soins et ton zèle les plus incessants soient dirigés vers ce deux importants objets, aussi bien que sur la nécessité que mes sujets d'Égypte soient toujours traités avec justice et équité. || De même, les emprunts à l'étranger engageant pour de longues années les revenus du pays, je ne saurais admettre que, sans que tous les détails des raisons qui peuvent y faire recourir n'aient été soumis à mon Gouvernement Impérial, et sans que mon autorisation n'ait été préalablement obtenue, des sommes prélevées sur les revenus de l'Égypte soient affectées au service d'un emprunt. || Ma volonté est donc qu'en aucun temps il ne soit fait d'emprunt qu'après que la nécessité absolue d'y avoir recours sera bien établie, et mon

autorisation préalable obtenue. || Tu conformeras désormais tes actes et ta conduite aux termes formels de mon présent Firman Impérial, qui est en tout point conforme aux droits et aux devoirs respectifs, ainsi qu'aux précédents. Nr. 7720.
Türkei.
29. Nov. 1869.

Le 22 Chaban 1286 (29 Novembre, 1869).

Nr. 7721. TÜRKEL. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des Firmans vom 29. November 1869 und Bestätigung der Privilegien des Firmans vom 8. Juni 1867. Vom 10. September 1872.

(Traduction.)

Les privilèges accordés au Gouvernement Egyptien de la part de notre Gouvernement Impérial, dans le but de développer la prospérité de l'Egypte, sont liés à l'entier accomplissement par le dit Gouvernement de devoirs et conditions déterminés envers notre Gouvernement Impérial; devoirs et conditions dont la valeur a été assurée et fixée par nos ordres Impériaux, édictés précédemment. Nr. 7721.
Türkei.
10. Sept. 1872.

Par notre Firman Impérial, en date du 5 Safer, 1284, l'Administration intérieure de l'Egypte, et, par conséquent, ses intérêts financiers, matériels et autres, sont dévolus au Gouvernement Egyptien.

Notre faveur Impériale lui a accordé tout ce qui se rattache au développement de l'organisation intérieure et du progrès en général.

Les choses étant ainsi, vous m'avez soumis que quelques restrictions et exceptions contenues dans mon Firman du 22 Chaban, 1286, créaient des entraves sérieuses au complet développement de la prospérité de l'Egypte.

Il est évident que la prospérité du pays et le bien-être de mes sujets sont l'une et l'autre, à mes yeux, de la plus haute importance et l'objet de mes plus chers désirs.

La réalisation de ces vœux dépend naturellement des moyens et des facilités accordés, pour répondre aux besoins qui en dérivent.

Telle ayant été ma volonté Impériale, il est contraire à mon désir que le progrès et la prospérité de l'Egypte soient entravés par des restrictions apportées aux privilèges que ma munificence souveraine avait accordés au Gouvernement Egyptien, dans son intérêt matériel et financier.

Aussi, j'ai prescrit de maintenir tels quels les privilèges octroyés par mon Firman en date du 5 Safer, 1284, et j'ai fait émaner de ma Sublime Porte cet Ordre Suprême, et je vous l'ai donné.

Le 7^e jour de Redjeb, 1289 (10 Septembre, 1872).

Nr. 7722. TÜRKEI. — Erlass des Sultans an den Khedive, betreffend die Ermächtigung zu auswärtigen Anleihen.

(Traduction.)

Nr. 7722.
Türkei.
25. Sept. 1872.

L'Administration matérielle et financière de l'Égypte vous étant, en tout et pour tout, dévolue par mes divers Firmans Impériaux, la faculté de faire des emprunts à l'extérieur, et les effectuer au bien-être de l'Égypte, se trouve comprise dans la sphère des privilèges accordés spécialement au Gouvernement Égyptien. || Dorénavant, aussi, toutes les fois que pour la prospérité du pays le besoin de contracter des emprunts à l'extérieur se produira, je vous renouvelle et vous confirme l'autorisation d'emprunter des sommes nécessaires au nom du Gouvernement Égyptien, et sans demander l'autorisation.

Le 22 Redjeb, 1289 (25 Septembre, 1872).

Nr. 7723. TÜRKEI. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Thronfolgeordnung, Regentschaft, innere und finanzielle Verwaltung, Abschluss von nicht politischen Verträgen und Anleihen, Münzrecht, Bau von Kriegsschiffen, Flagge und Zahlung des Tributs. Vom 8. Juni 1873.

(Traduction.)

Nr. 7723.
Türkei.
8. Juni 1873.

Le Firman, après la formule d'usage, continue comme suit: — || Qu'il soit fait notoire que nous avons pris ta demande en considération, et que nous avons voulu réunir dans un seul Firman tous les Firmans et Khats Houmayouu qui, depuis le Firman qui accordait l'hérédité de l'Égypte à ton aïeul, Mehemet-Aly, ont été octroyés aux Khédives d'Égypte, soit pour modifier le mode de succession, soit pour accorder à l'Égypte des immunités et des privilèges nouveaux, en harmonie avec les moeurs des habitants et le caractère et la nature du pays. Nous avons voulu que le présent Firman, avec toutes les modifications et explications nécessaires qu'il renferme, et les principes et règles qu'il établit, soit à toujours exécutoire et respecté, et remplace aussi à l'avenir les autres Firmans Impériaux, et cela ainsi qu'il suit: — || L'ordre de succession au Gouvernement d'Égypte, accordé par notre Firman Impérial en date du 2 Rehib-ul-ewel, 1257, a été modifié de manière que le Khédivat d'Égypte passât à ton fils aîné et après lui à son fils aîné et ainsi pour les autres, c'est-à-dire que la succession est par ordre de primogéniture dans l'intérêt de la bonne administration de l'Égypte et du bien-être de ses habitants. D'un autre côté, comme j'ai constaté les soins que tu donnes à l'Égypte et les efforts que tu fais pour sa prospérité dont la grandeur et l'importance sont notoires à mes yeux, ainsi que la fidélité et le dévouement dont tu m'as toujours donné des témoignages, je t'ai accordé entièrement mes bonnes grâces et ma confiance, et pour t'en donner une preuve éclatante, j'ai voulu établir

et j'établis comme loi que la succession au Khédivat d'Egypte et de ses dépendances ainsi que des Caïmacamats de Souakin et de Massawa avec leurs dépendances, passera, comme il est dit plus haut, à ton fils et après lui conformément à la loi de primogéniture aux fils aînés de ceux qui seront Khédives. En cas où celui qui serait Khédiva ne laisserait pas d'enfants mâles le Khédivat passerait à son frère puîné, et dans le cas, où son frère ne serait plus, au fils aîné de son frère puîné. Cette règle est établie d'une manière définitive et ne s'applique pas aux enfants mâles dans la ligne féminine. || Afin d'assurer complètement la sécurité de cet ordre de succession la régence qui administrera l'Egypte en cas de minorité est réglée comme suit: A la mort du Khédiva si son fils aîné est mineur, c'est-à-dire, s'il est âgé de moins de 18 ans, comme il sera réellement quoique mineur Khédiva par son droit à la succession, son Firman sera immédiatement envoyé. Si le Khédiva défunt a durant sa vie institué la régence dans un document qui doit être contre-signé par deux hauts fonctionnaires portés comme témoins dans l'acte, le Régent et les membres de la Régence qui auraient été ainsi désignés prendront immédiatement en main l'administration des affaires et en informeront ma Sublime Porte, et mon Gouvernement Impérial confirmera le Régent et les membres de la Régence dans leurs fonctions. Si le Khédiva n'a pas pourvu à la Régence pendant sa vie, celle-ci sera formée des personnes qui se trouvent à la tête des Administrations de l'Intérieur, de la Guerre, des Finances, des Affaires Etrangères, du Conseil de Justice, de l'Armée et de l'Inspection Générale. Ils procéderont entr'eux, de la manière suivante, à la nomination du Régent. Ces différents Chefs d'Administration éliront parmi eux celui qui sera Régent; cette élection se fera soit à l'unanimité soit à la majorité des voix. Au cas où les voix se porteraient en nombre égal sur deux personnes, celle qui occupe la fonction la plus importante à commencer par l'Administration de l'Intérieur sera élu Régent, et les autres membres formeront le Conseil de Régence. Ils prendront en main l'administration des affaires et en donneront avis à ma Sublime Porte, qui les confirmera dans leurs fonctions. Soit que le Régent et les Membres du Conseil de Régence aient été institués par le Khédiva de son vivant, soit que la Régence se soit constituée par élection, dans l'un comme dans l'autre cas aucun des Membres ne pourra être changé. Si l'un des Membres de la Régence vient à mourir les Membres survivants choisiront et nommeront un autre fonctionnaire Egyptien pour le remplacer. Si c'est le Régent qui vient à mourir les Membres du Conseil choisiront son remplaçant parmi eux-mêmes et nommeront à la place que le nouveau Régent occupait dans le Conseil un autre fonctionnaire Egyptien. Lorsque le Khédiva mineur sera arrivé à l'âge de 18 ans, il sera considéré comme majeur et administrera par lui-même les affaires du Gouvernement. || J'attache la plus grande importance à la prospérité de l'Egypte, au bien-être, à la tranquillité, et à la sécurité de sa population, et comme ce sont des objets qui reposent sur l'administration civile et finan-

Nr. 7723.
Türkei.
Juni 1873.

Nr. 7723.
Türkei.
8. Juni 1873.

cière du pays, ainsi que sur le développement des intérêts matériels et autres du pays qui sont du ressort du Gouvernement Egyptien, nous mentionnons comme suit, en les modifiant et les élucidant tous les privilèges que mon Firman Impérial, soit anciennement, soit à nouveau, a accordés au Gouvernement Egyptien pour qu'ils soient possédés à toujours par les Khédives qui se succéderont. || L'administration civile et financière du pays et tous les intérêts matériels et autres, sous tous les rapports, sont du ressort de Gouvernement Egyptien et lui sont confiés, et comme l'administration, le bon ordre de tout pays, le développement de la richesse et de la prospérité de la population proviennent de l'harmonie à établir entre les faits, les relations générales, la condition et la nature du pays, ainsi que le caractère et les moeurs des habitants, le Khédivé d'Egypte est autorisé à faire des réglemens intérieurs et des lois toutes les fois qu'il sera nécessaire. || Il est aussi autorisé à renouveler et à contracter, sans porter atteinte aux Traités politiques de ma Sublime Porte, des Conventions avec les Agents des Puissances étrangères, pour les douanes et le commerce, et pour toutes les relations qui concernent les étrangers, et toutes les affaires intérieures et autres du pays, et cela dans le but de développer le commerce et l'industrie, et de régler la police des étrangers, ainsi que leur situation, et tous leurs rapports avec le Gouvernement et la population. || Le Khédivé a la disposition complète et entière des affaires financières du pays. Il a pleine faculté de contracter, sans autorisation, au nom du Gouvernement Egyptien, tout emprunt à l'étranger toutes les fois qu'il croira nécessaire. || Le premier devoir du Khédivé, et le plus essentiel, étant la garde et la défense du pays, il a autorisation pleine et entière de pourvoir à tous les moyens et établissemens de défense et de protection, conformément aux nécessités du temps et des lieux, et d'augmenter ou de diminuer selon le besoin, sans qu'aucune limite lui soit imposée, le nombre de mes troupes Impériales d'Egypte. || Le Khédivé conservera, comme auparavant, le privilège de conférer des grades dans l'ordre militaire jusqu'au grade de Colonel, et dans l'ordre civil jusqu'au grade de Raubci Sanick. La monnaie qui sera frappée en Egypte doit être frappée en mon nom Impérial, les drapeaux des troupes de terre et de mer seront les mêmes que les drapeaux de mes autres troupes, et, comme bâtimens de guerre, les bâtimens blindés seuls ne pourront être construits sans ma permission. || Par mon ordre Impérial, reproduisant les dispositions ci-dessus, je te fais remettre par mon Divan Impérial ce Firman illustre orné en tête de mes caractères Impériaux. Ce Firman renferme et complète, en les élucidant et les modifiant, tous les Firmans et Khats Impériaux qui ont été octroyés jusqu'à présent au Gouvernement Egyptien, soit pour instituer l'ordre de succession, la forme de la Régence en cas de nécessité, soit pour l'Administration civile, militaire, financière, ainsi que les intérêts matériels et autres du pays. || C'est en conformité de ma volonté Impériale que les règles et principes contenus dans ce Firman doivent être observés à toujours et à jamais exécutés, en lieu et place de

tous les autres contenus dans mes précédents Firmans. || Pour toi, conformément à ton caractère plein de droiture et de zèle, et aux connaissances que tu as acquises de l'état de l'Égypte, tu exécuteras fidèlement les conditions stipulées dans ce Firman, et tu feras les efforts pour bien administrer le pays, pour assurer par tous les moyens possibles la tranquillité des habitants et reconnaître par-là mes faveurs et mes bontés Impériales à ton égard. || Tu apporteras aussi la plus grande attention à remettre chaque année, sans retard et dans son entier, à mon Trésor Impérial, les 150,000 bourses de tribut établi.

13 Rebi-ul-Akhir, 1290 (8 Juin, 1873).

Nr. 7723.
Türkei.
8. Juni 1873.

Nr. 7724. AEGYPTEN. — Decret des Khedive, betreffend die Einrichtung einer Casse der öffentlichen Schuld.

Nous, Khédive d'Égypte, — Voulant prendre des mesures définitives et opportunes pour obtenir l'unification des diverses dettes de l'État et de celles de la Daira Sanieh, ainsi que la réduction des charges excessives résultant de ces dettes; || Et voulant donner un témoignage solennel de notre ferme intention d'assurer toute garantie aux intérêts engagés: || Avons résolu d'instituer une Caisse spéciale chargée du service régulier de la dette publique, et de nommer à sa direction des Commissaires étrangers, lesquels ont été sur notre demande indiqués par les Gouvernements respectifs comme fonctionnaires aptes à remplir le poste auquel ils seront nommés par nous en qualité de fonctionnaires Égyptiens dans les conditions suivantes: —

Nr. 7724.
Aegypten.
2. Mai 1876.

Article 1. Il est institué une Caisse de la Dette Publique chargée de recevoir les fonds nécessaires au service des intérêts et de l'amortissement de la dette, et de les destiner exclusivement à cet objet.

Art. 2. Les fonctionnaires, les Caisses locales, ou les administrations spéciales qui, après avoir recouvré, reçu, ou concentré les revenus spécialement affectés au paiement de la dette, sont ou seront à l'avenir chargés de les verser au Trésor Central ou de les tenir à la disposition des ordonnateurs des dépenses de l'État, sont par effet du présent Décret obligés d'en faire le versement pour compte du Trésor de l'État à la Caisse spéciale de la Dette Publique, qui sera à cet égard considéré comme une Caisse spéciale du Trésor. || Ces fonctionnaires, Caisses et Administrations ne pourront être valablement déchargés que par les quittances qui leur seront délivrés par la dite Caisse de la Dette Publique. Tout autre ordre ou quittance sera sans effet. || Ces mêmes fonctionnaires, Caisses, ou Administrations enverront mensuellement au Ministre des Finances un tableau contenant les recettes ou recouvrements faits par eux directement ou versés par les percepteurs des revenus spécialement affectés à la dette, et les versements faits à la Caisse spéciale de la Dette

Nr. 7724.
Aegypten.
2. Mai 1878.

Publique. || Le Ministre des Finances communiquera ces tableaux à la Direction de la Caisse. || La Caisse de la Dette Publique recevra de la Daira Sanieh la somme intégrale nécessaire au service des intérêts et de l'amortissement du montant de ses dettes unifiées. || Elle recevra également les fonds de l'annuité due au Gouvernement Anglais, et représentant l'intérêt sur les actions du Canal de Suez.

Art. 3. Si les versements des revenus affectés à la dette sont insuffisants pour payer le semestre, la Caisse spéciale de la Dette Publique demandera au Trésor par le moyen du Ministre des Finances la somme nécessaire pour compléter le paiement de la sémeserialité, le Trésor devra lui verser cette somme quinze jours avant l'échéance. || Si les fonds encaissés laissent un excédant sur le paiement des intérêts et de l'amortissement, la Caisse spéciale de la Dette Publique versera cet excédant à la fin de chaque année, à la Caisse générale du Trésor. || La Caisse de la Dette Publique présentera ses comptes, qui seront examinés et jugés comme de droit

Art. 4. Les actions qu'au nom et dans l'intérêt des créanciers en grande partie étrangers, la Caisse et pour ses directeurs croiront avoir à exercer contre l'administration financière, représentée par le Ministre des Finances, pour ce qui concerne la tutelle des garanties de la dette que nous avons confiée à la direction de la dite Caisse, seront portées dans les termes de leur juridiction devant les nouveaux tribunaux qui, suivant l'accord établi avec les Puissances, ont été institués en Egypte.

Art. 5. Les Commissaires désignés, comme il est dit plus haut, auront la direction de la Caisse spéciale de la Dette Publique. || Ils seront nommés par nous pour cinq ans et siégant au Caire. || Leurs fonctions pourront être continuées à l'expiration des cinq ans, et en cas de décès ou de démission de l'un d'eux, la nomination nouvelle sera faite par nous dans la forme des nominations primitives. Ils pourront confier à l'un d'eux les fonctions de Président, lequel en donnera avis au Ministre des Finances.

Art. 6. Les frais de change, d'assurance et de transport d'espèces à l'étranger, ainsi que commissions pour paiement des coupons seront à la charge du Gouvernement. || Les Directeurs de la Caisse prendront les accords préalables avec le Ministre des Finances pour toutes les opérations; mais le Ministre décidera si l'expédition des sommes doit être faite en groupe ou par lettres de change.

Art. 7. La Caisse ne pourra employer aucun fond soit ou non disponible, en opérations de crédit, commerce, industrie, ou autres.

Art. 8. Le Gouvernement ne pourra, sans l'avis conforme des Commissaires qui dirigent la Caisse de la Dette Publique, pris à la majorité, porter dans aucun des impôts spécialement affectés à la dette, des modifications qui pourraient avoir pour résultat une diminution de la rente de cet impôt. Toutefois, le Gouvernement pourra affermer un ou plusieurs de ces impôts, pourvu que le contrat de fermage assure un revenu au moins égal à celui déjà ex-

istant et conclure des Traités de Commerce portant modifications aux droits de Douane.

Nr. 7724.
Aegypten.
2. Mai 1876.

Art. 9. Le Gouvernement s'engage à n'émettre aucun bon du Trésor ni aucun nouveau titre, et à ne contracter aucun autre emprunt de quelque nature que ce soit. || Ce même engagement est pris au nom de la Daïra Sanieh. | Cependant si, par des motifs d'urgence nationale, le Gouvernement se trouvant dans la nécessité de recourir au crédit, il pourrait le faire dans la limite du strict besoin et sans porter aucun atteint à l'affectation des revenus destinés à la Caisse de la Dette Publique, ni aucune diversion à leur versement ni à leur destination. || Ces emprunts, tout exceptionnels qu'ils soient, ne pourront être contractés qu'après l'avis conforme des Commissaires-Directeurs de la Caisse.

Art. 10. Afin que les dispositions du précédent Article ne créent pas d'obstacles à la marche de l'Administration, le Gouvernement pourra établir un compte courant auprès d'une banque pour faciliter ses paiements moyennant anticipation à régler sur les recettes de l'année. Le solde actif ou passif en sera réglé à la fin de chaque année. Le découvert de ce compte courant pendant l'année ne pourra jamais dépasser 50,000,000 de francs.

Fait au Caire, le 2 Mai 1876.

Nr. 7725. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Conversion und Consolidation der ägyptischen Staatsschuld.

Nous Khédivé d'Egypte, considérant que les emprunts contractés en 1862 1864, 1868, 1873, 1865, 1867 et 1870 par le Gouvernement et la Daïra Sa- nich, s'élevaient originairement à la somme de 65,497,660 l. sterling, laquelle se trouve aujourd'hui réduite à 54,793,150 l. sterling par effet des titres amortis jusqu'à ce jour; || Considérant qu'à cette dette, contractée par des emprunts avec amortissement, vient s'ajouter la dette flottante contractée, tant par le Gouvernement que par la Daïra, pour combler le déficit résultant du défaut d'exécution intégrale du contrat relatif à l'Emprunt 1873, non compris la prévision contenue dans le dit contrat, Article 19, pour l'achèvement des travaux publics déjà en cours d'exécution, ainsi que pour faire face aux dépenses occasionnées par des cas de force majeure et par des calamités publiques; || Considérant que cette dette a été en grande partie contractée par voie d'opérations de crédit qui, s'étant imposées au Gouvernement en temps de crise ou en d'autres circonstances exceptionnelles et urgentes, ont été conclues à des taux onéreux pour le Trésor de l'Etat; || Considérant que pour rendre possible au Trésor et à la Daïra Sanieh de satisfaire ces différentes dettes et pour mieux assurer dans l'avenir les intérêts des créanciers moyennant une mesure conforme aux exigences communes, il a été reconnu opportun et utile d'unifier toutes ces dettes en constituant une dette générale portant intérêt à 7 pour

Nr. 7725.
Aegypten.
7. Mai 1876.

Nr. 7725.
Aegypten.
7. Mai 1876.

cent et remboursable en soixante-cinq ans; || Considérant que vu le taux d'émission des divers emprunts avec amortissement, les titres relatifs à ces emprunts venant à être unifiés au pair de leur valeur nominale, profitent d'une bonification dont il est juste d'étendre le bénéfice aux porteurs des obligations de la dette flottante de l'Etat et de la Daïra Sanieh, dans une proportion qui établisse autant que possible l'égalité entre tous les créanciers; qu'il est équitable aussi d'accorder aux porteurs des titres des emprunts de 1864, 1865 et 1867, dont les dernières échéances sont prochaines, une compensation au prolongement plus sensible pour eux du délai d'amortissement; || Considérant que l'annuité nécessaire au service de la dette général unifiée s'élevant à 91,000,000 *l.* sterling sera de 6,443,600 *l.* sterling; mais que pour déterminer la charge qui grèvera effectivement le budget ordinaire de l'Etat, il faut en déduire la somme de 684,411 *l.* sterling, contribution de la Daïra Sanieh proportionnelle à l'importance de ses dettes unifiées avec celles de l'Etat; qu'ainsi l'annuité à la charge de l'Etat est de 5,759,189 *l.* sterling; || Considérant que l'unification et la consolidation des dettes de l'Etat en une seule dette générale rendent inopportune la continuation du paiement de la Moukabala, par laquelle le Gouvernement se proposait de concourir à l'extinction de la dette flottante moyennant l'anticipation de six annuités de l'impôt foncier; || Considérant que par effet de cette anticipation un des plus importants revenus de l'Etat se trouverait après quelques années considérablement réduit, tandis que dans l'intérêt du Gouvernement et des créanciers de l'Etat ce qu'il faut, c'est que le revenu du Trésor soit assuré de manière à satisfaire aux intérêts et à l'amortissement de la dette publique, ainsi qu'aux dépenses budgétaires; || Considérant que par ces motifs, notre Conseil Privé nous a proposé et nous avons approuvé d'arrêter l'opération de la Moukabala en accordant à ceux qui ont fait des anticipations les droits et privilèges qui leur auraient été définitivement acquis sur la propriété seulement après paiement intégral de la Moukabala et en prenant des mesures équitables soit pour la restitution de ces anticipations, soit pour une réduction proportionnelle d'impôts; ce qui aura pour résultat d'éviter une réduction considérable dans un des principaux revenus de l'Etat; || Considérant d'ailleurs que pour la garantie des créanciers il était nécessaire de créer une Caisse spéciale chargée de recevoir le montant des revenus affectés à la dette et d'en faire le service:

Notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons: —

Article 1. Toutes les dettes de l'Etat et celles de la Daïra Sanieh résultant des emprunts contractés en 1862, 1864, 1868, 1873, 1865, 1867 et 1870, la dette flottante de l'Etat et la dette flottante de la Daïra Sanieh, comprenant les Bons du Trésor et tous autres titres ou obligations, sont unifiés en une dette générale dont les titres porteront 7 pour cent d'intérêt sur le capital nominal et seront amortissables en soixante-cinq ans par tirages semestriels. || L'unification est faite au pair du taux nominal des titres des anciens emprunts pour les emprunts 1862, 1868, 1870 et 1873. || Les titres de

la dette générale seront délivrés à 95 pour cent de leur capital nominal aux porteurs des titres des emprunts 7 pour cent 1864, 1865, et 9 pour cent 1867. Pour ce dernier emprunt, la différence du taux de l'intérêt sera capitalisée en titres au profit des porteurs. A 80 pour cent de leur capital nominal aux porteurs des titres des dettes flottantes de l'Etat et de la Daïra Sanieh sous forme de Bons du Trésor et autres titres ou obligations qui les constituent. || Par effet de cette opération, la dette générale unifiée sera de 91,000,000 l. sterling en valeur nominale, jouissance du 1 Juillet, 1876.

Nr. 725.
Aegypten.
7. Mai 1876.

Art. 2. La dette emprunt et la dette flottante de la Daïra Sanieh s'unifiant avec celle de l'Etat, sous les mêmes restrictions et garanties, la Daïra Sanieh est tenue de verser annuellement à la Caisse de la Dette Publique la somme de 684,411 l. sterling représentant sa part proportionnelle dans l'annuité totale nécessaire au service de la dette pour intérêts et amortissement.

Art. 3. Les revenus affectés spécialement au service de la dette générale sont: —

	L.S.
Moudirieh de Garbieh	1,201,523
Moudirieh de Menoufieh	714,107
Moudirieh de Behera	424,312
Moudirieh de Siout	732,179
Octrois du Caïre	345,389
Octrois d'Alexandrie	173,837
Douanes d'Alexandrie, Suez, Damiette, Rosette, Port-Saïd et El-Arich	639,677
Chemins de fer	990,806
Droits des tabacs	264,015
Revenus du sel	200,000
Ferme de Matarieh	60,000
Revenus des Ecluses et droits de navigation sur le Nil jusqu'à	
Wady Halfa	30,000
Pont de Kasr-el-Nil	15,000
	5,790,845
Contribution de la Daïra qui sera payée au fur et à mesure de	
ses rentrées	684,411
Total général des revenus affectés	6,475,256

Art. 4. Les titres de la dette générale unifiée seront de vingt, cent, cinq cents et mille livres sterling avec coupons payables semestriellement. || Le tirage des titres pour l'amortissement semestriel sera fait par les Commissaires Directeurs de la Caisse de la Dette Publique. || Ces titres seront délivrés en échange des titres des anciens emprunts et des titres de la dette flottante aux conditions prescrites dans l'Article 1 du présent Décret.

Art. 5. Un groupe composé de maisons de banque et d'établissements financiers s'est chargé par contrat de l'opération de l'unification de la dette. Des Commissaires Spéciaux du Gouvernement seront nommés par nous pour surveiller l'exécution régulière de ces opérations.

Nr. 7725.
Aegypten.
7. Mai 1876. Art. 6. Pour le service de la dette unifiée est créée une Caisse Spéciale dont les statuts sont arrêtés par notre précédent Décret qui doit être considéré comme complément du présent Décret.

Art. 7. Notre Ministre des Finances est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait au Caire, le 7 Mai, 1876.

Ismail.

Nr. 7726. AEGYPTE. — Decret, betreffend die Einsetzung eines obersten Schatzrathes.

Nr. 7726.
Aegypten.
11. Mai 1876. Nous Khédivé d'Egypte, notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons:

Titre I. — Institution du Conseil Suprême du Trésor et ses attributions.

Article 1. Il est institué un Conseil Suprême du Trésor. || Ce Conseil sera divisé en trois sections. || La première aura la dénomination d'Inspection Générale des Revenus et des Caisses de l'Etat. || La seconde celle de Section de Surveillance des Recettes et des Dépenses. || La troisième celle de Section pour le Jugement des Comptes. || Les trois sections fonctionneront séparément ou réunies suivant les cas et les modes prévus par le présent Décret.

Art. 2. La première section sera chargée de l'inspection de la Trésorerie centrale et de la surveillance de sa comptabilité. || Cette inspection et cette surveillance s'étendront à toute autre caisse qu'on pourra établir pour quelque service spécial. || La section, ou celui de ses membres qui sera délégué par elle, aura la faculté de prendre en tout temps connaissance de l'état de ces caisses et d'en vérifier les écritures. || Les rapports des Inspecteurs chargés par le Ministre des Finances de l'inspection des autres caisses et des caisses de perception seront communiqués par lui au Conseil Suprême. || Cette section surveillera l'exacte rentrée de tous les revenus et l'exécution rigoureuse de leur emploi. || Tout abus ou irrégularité sera par eux dénoncé au Conseil Suprême et poursuivi devant la seconde section contre les agents responsables, dans les termes des Articles suivants. || L'Inspecteur délégué par la section ne pourra prendre que des résolutions provisoires; il faut une délibération de la section pour les rendre définitives.

Art. 3. La seconde section seule ou réunie conformément aux dispositions suivantes: — || (A) Fera l'examen préalable de tous les engagements qui auront pour effet une dépense à la charge du Budget de l'Etat, et de tous les ordres ou mandats de paiement ou ouvertures de crédit en faveur des fonctionnaires autorisés à expédier des bons de paiement, jusqu'à la concurrence de la somme mise à leur disposition. || (B) Vérifiera ces bons de paiement et prononcera sur la responsabilité des fonctionnaires qui auront fait des dépenses ou des paiements non justifiés. || (C) Si un engagement, un ordre

ou un mandat manque de justification ou des formes régulières, ou s'il est fait par une autorité incompétente, la section en fera l'observation au Ministre des Finances; et dans le cas que l'administration persiste, l'acte ne pourra devenir exécutoire que par une délibération du Conseil Privé. L'acte ainsi approuvé sera enregistré par ordre. || Chaque mois la section remettra au Ministre des Finances, pour être transmise au Secrétariat du Khédive, une note des actes enregistrés par ordre; une copie de cette note sera communiquée aux autres sections du Conseil. || (D) Tout engagement portant dépense, tout ordre ou mandat de paiement ou ouverture de crédit dont le montant réuni aux sommes de la même nature déjà engagées ou dépensées excède la prévision du Budget ou crée une dépense nouvelle, pour laquelle aucune somme ne se trouve assignée dans le Budget, sera suspendu par une délibération qui expliquera les motifs. || Le Conseil Privé avisera, et dans le cas qu'il juge la dépense nécessaire, et que son Altesse le Khédive l'approuve, on expédiera un Décret spécial qui, ordonnant la dépense, indiquera en même temps les moyens pour y pourvoir. || En conséquence de ce Décret, on fera dans le passif ainsi que dans l'actif du Budget les modifications ou les nouvelles inscriptions qui seront nécessaires pour pourvoir à son exécution. || (E) Cette section veillera sur l'exact versement des recettes dans les Caisses du Trésor.

Art. 4. Sur la requête du Ministre des Finances ou sur les rapports des Inspecteurs transmis par l'intermédiaire du Ministre des Finances, elle prononcera des arrêtés, ayant force exécutoire, contre tout agent de la perception qui, ayant recouvré des sommes, ne les aura pas versées dans une des caisses qui seront indiquées à l'avance par le Ministre des Finances, contre tout agent ou caissier qui n'aura pas régulièrement fait les versements et contre les caissiers qui auront fait des paiements abusifs ou irréguliers. || Est considéré comme abusif et irrégulier tout paiement fait sur un acte sans l'accomplissement des formes prescrites par la loi. || Ce paiement est nul et reste à la charge de celui qui l'aura exécuté. Parmi ces formes il faut compter, comme une des plus essentielles, celle que les règlements prescrivent pour déterminer la qualité du titre qui peut donner droit aux paiements auprès des différentes caisses, ou les obliger à une remise de fonds. En ce cas le caissier est responsable des paiements faits en exécution de tout autre espèce d'ordre ou mandat ayant une forme différente. || Il suffit pour libérer la responsabilité du payeur que les formes de l'acte soient en règle et que les formalités prescrites aient été remplies quel que soit le mérite de la dépense. || Dans le cas prévu à la lettre (D) de l'Article précédent, s'il y a désaccord entre les membres de la deuxième section sur la définition de la dépense ou sur la suffisance des fonds pour la payer, la question sera résolue par la première et la deuxième section réunies. || Ces sections réunies délibéreront aussi sur les mandats et ordres de paiement qui arriveraient aux caisses dépourvues de l'enregistrement auprès du Conseil du Trésor.

Art. 5. La troisième section jugera et arrêtera les comptes de tous

Nr. 7726.
Aegypten.
11. Mai 1876.

comptables qui seront obligés par les réglemens à donner un compte judiciaire. || L'examen des comptes sera fait par les référendaires comptables dont il sera parlé au Titre III. || Le compte général consomptif sera arrêté et les comptes généraux de la Trésorerie seront jugés par la réunion de la troisième et de la première sections. || Les comptables qui se croiront lésés par ces jugemens auront le droit de les faire réviser par la réunion de la première et de la deuxième sections.

Art. 6. Le Conseil Suprême du Trésor a le droit de demander aux Ministres et aux Chefs des différentes Administrations de l'Etat toutes les informations et les documents qui se rapportent à l'exercice de ses fonctions. || Il a aussi le devoir de dénoncer au Conseil Privé et aux Ministres, en avisant en même temps le Ministre des Finances, les infractions aux lois et aux réglemens relatifs à l'Administration Financière de l'Etat, et dont il aura pris connaissance en remplissant les attributions qui lui sont confiées. || Il a aussi le mandat de présenter au Conseil Privé par l'intermédiaire du Ministre des Finances, à la fin de chaque année financière, un rapport sur la situation générale du Trésor de l'Etat, sur la marche générale de la comptabilité de l'Etat et sur les réformes utiles qu'on pourrait introduire dans le service comptable et dans l'Administration Financière des dépenses et des recettes.

Titre II. — *Formation du Budget de l'Etat.*

Article 1. Trois mois avant que la gestion d'une année financière soit arrivée à son terme, le Ministre des Finances arrêtera le Budget de l'année suivante. || Les recettes et les dépenses seront distinctes suivant leur nature et spécifiées autant que possible. || Le projet du Budget sera soumis au Conseil Suprême du Trésor pour entendre ses avis et les idées qu'il pourra suggérer pour en rendre la rédaction meilleure et plus exacte.

Art. 2. A la fin de l'année budgétaire on arrêtera un compte de caisse qui comprendra tous les payemens effectivement faits et toutes les recettes effectivement encaissées.

Art. 3. On ajoutera au Budget présumé déjà arrêté pour l'année suivante et sous la dénomination de résidus actifs toutes les différences entre les recettes présumées et les recettes encaissées, ainsi que les autres crédits non réalisés, et sous la dénomination de résidus passifs les différences entre les dépenses prévues et les payemens faits. || Après trois mois de la nouvelle gestion, on réduira ces différences à leur juste valeur en réduisant les recettes présumées et arriérées et les dépenses à faire dans une plus juste mesure que celle qui avait été originairement prévue. || Le Budget définitif de l'année sera composé de ces divers éléments.

Art. 4. Un premier exemplaire du Budget, du tableau des résidus actifs et passifs et de leurs rectifications successives sera remis au Ministère des Finances; un second exemplaire sera déposé au Conseil Suprême du Trésor.

Titre III. — *Composition et Organisation des Trois Sections du Conseil Suprême du Trésor.*

Nr. 7726.
Aegypten.
11. Mai 1876.

Article 1. Le Conseil Suprême du Trésor sera composé de dix Conseillers, dont cinq indigènes et cinq étrangers, et d'un Président nommé par Son Altesse le Khédive. || Il y aura un Secrétariat Général du Conseil.

Art. 2. La première section sera composée de trois membres étrangers. || Elle sera présidée tour à tour par un de ses membres par ordre d'ancienneté d'âge. Le Président restera en fonctions six mois.

Art. 3. La seconde section sera composée de cinq membres, c'est-à-dire de quatre Conseillers, dont deux étrangers et deux indigènes, et du Président du Conseil qui sera aussi Président de section. Cette section choisira dans son sein un Vice-Président. || Un des Membres de cette section sera par elle déléguée pour remplir les fonctions de Ministère Public. Le Président du Conseil Suprême déléguera un des référendaires, dont il est question à l'Article 4 suivant, pour remplir les fonctions de substitut du Ministère Public. || A la dépendance de cette section sera institué un bureau pour la tenue des livres en rapport aux Budgets et pour l'enregistrement des actes soumis à son examen par le présent Décret.

Art. 4. La troisième section sera composée de trois membres indigènes. || A cette section sera ajouté un corps de six référendaires des comptes. Deux de ces référendaires, parmi lesquels se trouvera celui qui a examiné le compte, interviendront avec vote dans la section appelée à les juger. Deux de ces référendaires seront étrangers.

Art. 5. La nomination des Membres du Conseil et du Secrétaire Général sera faite par Décret de Son Altesse le Khédive. Les conditions de traitement et autres seront fixées par leurs contrats d'engagement respectifs.

Art. 6. La destitution, la privation des fonctions, aussi bien que la retraite par autorité d'un membre du Conseil Suprême du Trésor, ne peut être ordonnée que par Décret de Son Altesse le Khédive, rendu sur l'avis conforme de son Conseil Privé.

Art. 7. Le Conseil Suprême fera son Règlement pour le service intérieur, pour l'organisation de son Secrétariat Général et de ses différents bureaux et pour la distribution des affaires.

Fait au Caire, le 11 Mai, 1876.

I s m a i l

Nr. 7727. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Amortisation der Staatsschuld, Einsetzung der General-Controleure und der Commission der Staatsschuld und Verwaltung der Eisenbahnen und des Hafens von Alexandrien.

Nr. 7727.
Aegypten.
18. Nov. 1870.

Nous, Khédivé d'Egypte, — || Considérant que le Décret du 7 Mai, 1876, relatif à l'unification des dettes de l'Etat et de la Daïra nécessite dans son application certaines modifications, — || Considérant le Décret du 2 Mai, 1876, instituant la Caisse de la Dette Publique, et voulant affermir mieux encore les attributions des Commissaires-Directeurs de la dite Caisse, — || Considérant que la suppression de la Loi de la Moukabala soulève des objections unanimes de la part des intéressés, et que la Chambre des Délégués a émis le vœu qu'elle fût maintenue, — || Dans notre ferme désir d'assurer la marche régulière des services publics, tout en sauvegardant les intérêts des créanciers par des garanties plus efficaces, || Notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons :

Titre I. — *Finances.*

Article 1. Les dettes de la Daïra, comme il est indiqué aux Tableaux A et B, insérés dans le présent Décret, sont séparées des dettes de l'Etat, et ne rentrent pas dans l'unification de la Dette Publique Générale. || Ces dettes feront l'objet d'un arrangement spécial.

Art. 2. La Loi de la Moukabala est rétablie, et est considérée comme n'ayant jamais cessé d'être en vigueur. Toutefois les réductions annuelles produites par les effets de la Loi de la Moukabala ne seront appliquées qu'à partir de l'année 1886, et il sera tenu compte aux contribuables jusqu'à la fin de l'année 1885, d'un intérêt de 5 pour cent sur les sommes qui devaient être déduites. || Tous les produits de la Moukabala seront appliqués à l'amortissement des Emprunts 1864, 1865 et 1867, et de la Dette Unifiée. || Pour l'emploi des sommes disponibles provenant de la Moukabala, il est fait certaines réserves qui sont consignées à l'Article 6, relatif à l'amortissement.

Art. 3. Il est établi une Administration spéciale des chemins de fer et du port d'Alexandrie, qui sera placée sous la direction d'une Commission, comme il sera indiqué ci-après. || Les revenus des chemins de fer et du port d'Alexandrie seront directement appliqués au paiement des intérêts et de l'amortissement d'une série d'obligations privilégiées ayant une hypothèque spéciale sur les chemins de fer et le port d'Alexandrie, pour une somme de 17,000,000 l. sterling, rapportant 5 pour cent d'intérêts, amortissables en soixante-cinq ans, jouissance du 15 Octobre, 1876. || Ces obligations seront offertes par préférence aux porteurs des Emprunts 1862, 1868, et 1873 en échange des obligations de ces emprunts qui rapportent 7 pour cent, lesquelles obligations seront annulées. || L'annuité nécessaire au service des obligations privilégiées 5 pour cent, s'élevant à 885,744 l. sterling, et payable en deux

semestrialités de 442,872 L. sterling chacune, formera la première charge sur les revenus des chemins de fer et du port d'Alexandrie, et restera, en tous cas, la première obligation de la Commission de la Dette Publique. Nr. 727.
Aegypten.
18. Nov. 1876.

Art. 4. Les Emprunts de 1864, 1865 et 1867 sont déduits de la Dette Unifiée. || Ils continueront à jouir de leurs intérêts jusqu'à leur amortissement complet. || Ils seront amortis dans les termes de leurs contrats respectifs. Toutefois cet amortissement se fera au taux de 80 au lieu du taux de 100, et le premier amortissement semestriel à opérer sera reculé de six mois, c'est-à-dire qu'il se fera pour l'Emprunt 1864 le 1^{er} Avril, 1877; pour l'Emprunt 1865 le 7 Juillet, 1877; et pour l'Emprunt 1867 le 22 Mai, 1877.

Art. 5. La majoration de 25 pour cent, accordée par le Décret du 7 Mai dernier aux porteurs de la Dette Flottante est réduite à 10 pour cent. || Par l'effet de ces mesures l'état financier sera le suivant: —

	Livres sterling	Livres sterling
(A) La majoration portée dans le Tableau d'Unification annexé au Décret du 7 Mai, à		6,204,327
Est réduite —		
1. De la majoration entière sur les 2,906,151 livres sterling de la Dette Flottante de la Daïra, ci	726,537	
2. De la majoration sur les Emprunts 1864, 1865 et 1867, ci	306,796	
3. De la réduction de la majoration accordée aux Dettes Flottantes de la Mallich et de la Daïra, sur la Mallich, soit 5,170,993 livres sterling, dont les trois cinquièmes représentant le 15 pour cent à déduire, ci	3,102,597	
		4,135,930
		2,068,397
(B) La Dette Unifiée de		91,000,000
Est, par ces divers retraits, réduit comme suit: —		
1. Dette Consolidée de la Daïra	5,909,280	
2. Dette Flottante de la Daïra	2,906,151	
3. Emprunts, 1864, 1865 et 1867	4,392,616	
4. Chemins de fer et Port d'Alexandrie	17,000,000	
5. Diverses majorations	4,135,930	
		34,343,977
		56,656,023
Il revient au Gouvernement en représentation du Port d'Alexandrie, donné en garantie 2,000,000 en titres de la Dette Générale, ci		2,000,000
Solde à la disposition du Gouvernement, ci		343,977
Total de la Dette Unifiée		59,000,000

Titre II. — *Amortissement*

Art. 6. Les opérations de l'amortissement des Emprunts de la Caisse de la Dette Publique et de l'Amortissement il sera fait un prélèvement de 10 pour cent qui sont affectés au service de cette dette. Les fonds provenant de ce prélèvement seront ajoutés aux fonds de la Moukabala, et seront également employés à l'amortissement des Emprunts publics, sous réserve de ce qui est dit plus bas.

|| Cette retenue pourtant ne se fera que jusqu'à la fin de l'année 1864, et, si avant cette époque la Dette Unifiée n'est pas payée, le paiement des intérêts de 7 pour cent sera suspendu.

Les fonds provenant de la Moukabala seront employés au service de la Dette Publique chargée du service de l'Amortissement des Emprunts de la Caisse de la Dette Publique prendra sur les fonds disponibles à l'amortissement des Emprunts de la Caisse de la Dette Publique, créera le solde disponible à l'amortissement de la Dette Unifiée.

Dans le cas où, après qu'il aura été pourvu au service de la Dette Unifiée, les revenus seraient insuffisants pour faire face au service de la Dette Publique, le Gouvernement, telles qu'elles sont fixées dans le Décret, le Comité des Finances, composé du Ministre des Finances, du Contrôleur-Général, en préviendra la Commission des Amortissements sur les fonds disponibles provenant de l'amortissement de la Dette Unifiée, la somme de la différence. || Pour être en mesure de subvenir à

budgetaires susmentionnées, cet excédant devra être ajouté à l'amortissement. || L'amortissement tant par la retenue de 1 pour cent que par les sommes restant disponibles de la Moukabalah et les excédants budgétaires, se fera par rachats publics, en tant qu'il sera possible de les effectuer au-dessous du cours de 75. || Dans le cas où pendant la période de la Moukabalah les rachats ne pourraient se faire à un taux inférieur à 75, l'amortissement se fera par tirage au taux de 75. Aussitôt que les augmentations de revenus produiront un excédant budgétaire de 150,000 livres sterling par an, l'amortissement se fera au taux de 80.

Nr. 7727.
Aegypten.
18. Nov. 1876.

Titre III. — *Administration: Contrôleurs-Généraux.*

Art. 7. Il sera nommé deux Contrôleurs-Généraux, l'un Contrôleur-Général des Recettes, l'autre Contrôleur-Général de la Comptabilité et de la Dette Publique.

Art. 8. Les fonctions du Contrôleur-Général des Recettes sont les suivantes: || 1. La perception de tous les revenus de l'Etat et leur versement dans les caisses respectives. || 2. Il aura sous sa direction tous les agents de perception, sauf les fonctionnaires chargés de la perception des droits judiciaires et autres auprès des Tribunaux de la Réforme. || 3. Il nous proposera leur nomination par l'intermédiaire du Ministre des Finances. || Il aura droit de les suspendre de leurs fonctions, et il pourra aussi les révoquer après enquête régulière et avis conforme du Comité des Finances, composé du Ministre des Finances et des deux Contrôleurs-Généraux. || Les agents de perception des impôts dans les Moudirieh sont choisis parmi les sujets du pays, qui ne sont frappés d'aucune incapacité légale prévue par les règlements. || 4. Il veillera à ce que les agents de perception ne recouvrent que les impôts autorisés. Les rôles des contributions directes ne devront être mis en recouvrement qu'après avoir été revêtus de son visa. || 5. Il veillera à ce que les produits en nature formant partie des revenus soient réalisés au mieux des intérêts du Trésor. Le Comité des Finances avisera aux meilleurs moyens de réalisation.

Art. 9. Le Contrôleur-Général de la Comptabilité et de la Dette Publique devra remplir, en même temps, les fonctions de Conseiller près le Ministre des Finances. || Les fonctions seront les suivantes: — || 1. Il veillera à l'exécution de tous les règlements qui touchent aux Dettes de l'Etat sans préjudice des attributions qui appartiennent à la Commission de la Dette Publique. || 2. Il contrôlera la comptabilité générale du Trésor et de toutes les caisses de l'Etat. || 3. Les Ministres ou Chefs d'Administration seront chargés d'ordonnancer toutes les dépenses. Pour être acquittés les mandats ou assignations qu'ils délivreront devront être revêtus du visa du Contrôleur-Général. || 4. Le Contrôleur-Général n'aura pas à apprécier l'utilité des dépenses faites par le Gouvernement. Il ne pourra refuser son visa que sur les mandats qui dépasseraient les crédits ouverts, ou qui ne permettraient pas de subvenir aux dépenses prévues pour la période de l'exercice budgétaire restant à courir.



Nr. 7727.
Aegypten.
18. Nov. 1876.

Art. 10. Les Contrôleurs-Généraux prendront part à la préparation d Budget. Ils ne pourront empiéter sur les attributions des Ministres, qui restent seuls juges de la nécessité d'affecter le crédit à telle ou telle nature d service. En conséquence le Budget sera préparé par le Ministre des Finances, qui centralisera toutes les demandes de crédits faites par les Chefs d'Administrations. || Le Budget ainsi préparé sera soumis au Conseil des Ministres qui appellera dans son sein les deux Contrôleurs-Généraux. || Le Budget examiné et révisé, s'il y a lieu, sera soumis par le Conseil à notre approbation. || Le Ministre des Finances et les Contrôleurs-Généraux veilleront à la stricte exécution du Budget.

Art. 11. Le Comité des Finances approuvera préalablement les marchés ayant pour conséquence un engagement pécuniaire dont l'importance dépasserait le douzième des crédits annuels, ou qui s'appliquerait à plusieurs années.

Art. 12. Le Comité des Finances aura fonction d'arrêter les règlements généraux en matière de comptabilité publique, sous notre approbation.

Art. 13. Les deux Contrôleurs-Généraux seront l'un Anglais, l'autre Français.

Art. 14. La nomination et le choix de Contrôleurs-Généraux nous appartiendront; mais, pour être assurés nous-mêmes sur les garanties que présenteront les personnes dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement aux Gouvernements Anglais et Français, et n'engagerons que les personnes munies de l'autorisation ou de l'acquiescement de leurs Gouvernements. || Si l'un ou l'autre de ces Gouvernements, à l'époque où les nominations doivent se faire, ne donnait cette autorisation ou cet acquiescement, notre choix se porterait sur des fonctionnaires supérieurs des deux pays, soit en activité de service, soit en retraite.

Art. 15. Les Contrôleurs-Généraux seront nommés pour cinq ans. En cas de démission ou de décès il sera procédé pour leur remplacement de la même manière que pour leur nomination.

Art. 16. Les deux Contrôleurs-Généraux auront le même rang et jouiront du même traitement.

Art. 17. Ils ne relèveront que de nous.

Commission de la Dette Publique.

Art. 18. La Commission de la Dette Publique est permanente jusqu'à l'entier amortissement de la Dette.

Art. 19. Les Commissions auront le droit d'envoyer les fonds qu'ils auront encaissés directement à la Banque d'Angleterre et à la Banque de France. Ils auront les pouvoirs nécessaires pour faire ces envois; mais ils devront au préalable se concerter avec le Ministre des Finances et les Contrôleurs Généraux.

Art. 20. Un Commissaire Anglais fera partie de la Commission de la Dette Publique. La nomination et le choix de ce Commissaire nous appar-

tiendront; mais pour être assuré nous-mêmes sur les garanties que présentera la personne dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement au Gouvernement Anglais, et n'engagerons qu'une personne munie de l'autorisation ou de l'acquiescement de son Gouvernement. Si le Gouvernement Anglais, à l'époque où cette nomination doit se faire, ne donnait cette autorisation ou cet acquiescement, notre choix se porterait sur un fonctionnaire supérieur de l'Administration Anglaise en activité de service ou en retraite.

Nr. 7727.
Aegypten.
18. Nov. 1876.

Art. 21. Les marchandises ou denrées données pour le paiement des impôts dans les Moudiriéhs spécialement affectés au service de la Dette, seront mis à la disposition exclusive des Commissaires de la Dette, qui auront la faculté de les réaliser en se concertant toutefois avec le Ministre des Finances et les Contrôleurs-Généraux sur les meilleurs moyens de réalisation.

Art. 22. Les Membres de la Commission de la Dette Publique ne pourront accepter d'autres fonctions en Egypte.

Chemins de Fer et Port d'Alexandrie.

Art. 23. Les chemins de fer actuellement en exploitation et le port d'Alexandrie seront placés sous une Administration Spéciale qui ne relèvera que de nous. Elle sera composée de cinq Administrateurs, dont deux Anglais, un Français et deux indigènes. || Un des deux Administrateurs Anglais remplira les fonctions de Président.

Art. 24. L'adjonction de l'Administration du port d'Alexandrie à l'Administration Spéciale des Chemins de fer, et l'application de ses revenus au service de la Dette Privilégiée ne pourront, en aucun cas, porter atteinte aux contrats existant actuellement avec les entrepreneurs, ni modifier les rapports du Gouvernement avec ces derniers, à l'égard des travaux qui restent à exécuter.

Art. 25. La nomination et le choix des Administrateurs nous appartiendront; mais, pour être assuré nous-mêmes sur les garanties que présenteront les Administrateurs étrangers, dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement aux Gouvernements Anglais et Français, et n'engagerons que les personnes munies de l'autorisation ou de l'acquiescement de leurs Gouvernements. || Dans le cas où l'un ou l'autre de ces Gouvernements ne donnerait son autorisation ou son acquiescement, notre choix se porterait sur des fonctionnaires supérieurs de l'ordre civil ou militaire des deux pays, ou de leurs grandes compagnies de chemins de fer, en activité de service ou en retraite.

Art. 26. Les Administrateurs étrangers seront nommés pour cinq ans; en cas de démission ou de décès, il sera procédé pour leur remplacement de la même manière que pour leur nomination.

Art. 27. L'Administration, formée ainsi qu'il est dit ci-dessus, restera en fonctions jusqu'à ce que toutes les obligations privilégiées spécialement créées aient été amorties et remboursées. Le port d'Alexandrie, étant compris dans cette garantie pour une somme de 2,000,000 l. sterling, pourra être

Nr. 7727.
Aegypten.
18. Nov. 1876.

libéré de la garantie et détaché de l'administration commune, lorsque 2,000,000 *l.* de ces titres privilégiés auront été amortis ou remboursés. || Les chemins de fer, étant compris dans cette garantie pour 15,000,000 *l.* sterling en titres privilégiés, pourront être libérés par l'amortissement ou le remboursement de 15,000,000 *l.* de ces titres.

Art. 28. Les Administrateurs proposeront à notre choix et nomination les employés supérieurs des chemins de fer et du port. || Ils nommeront directement les autres employés. || Ils auront droit de suspendre tous les employés de leurs fonctions; ils pourront aussi les révoquer après enquête régulière. || Ils auront seuls le droit de faire des modifications aux Tarifs et aux règlements en vigueur, sous notre sanction. || Ils seront exclusivement chargés de faire les contrats d'achat du matériel roulant et fixé et des matériaux nécessaires à l'exploitation des chemins de fer et au service du port. || Ils statueront sur les nécessités de réparation du matériel et de la voie ainsi que de l'entretien du port, le tout sous notre approbation.

Art. 29. Il sera pourvu par les ressources générales du Budget aux dépenses extraordinaires, qui auront été décidées par les Administrateurs et approuvées par nous.

Art. 30. Toutes les recettes des chemins de fer et du port d'Alexandrie, au fur et à mesure de leur encaissement, sauf ce qui est nécessaire pour les dépenses ordinaires de l'entretien et de l'exploitation, et sauf les droits des entrepreneurs du port prévus par les contrats, seront versées à la caisse de la Dette Publique, à laquelle elles sont affectées.

Art. 31. La Commission de la Dette Publique ouvrira un compte spécial pour le service des obligations privilégiées 5 pour cent. Elle devra envoyer les fonds qui lui seront versés par l'Administration des chemins de fer et du port aux Banques d'Angleterre et de France, et également à un compte spécial pour le service de l'emprunt privilégié sur les chemins de fer et le port.

Art. 32. Dans le cas où les versements, faites par l'Administration des chemins de fer et du port, seraient insuffisants pour le service de cette dette, la Commission de la Dette Publique devra pourvoir à ce service en prélevant, comme une première charge, le montant nécessaire sur les ressources générales qui lui sont affectées.

Art. 33. Toutes les dispositions de nos Décrets, des 2 et 7 Mai, 1876, qui ne sont pas contraires aux présentes, restent en vigueur.

Fait au Caire le 18 Nombre, 1876.

Nr. 7728. **AEGYPTE**. — Brief des Khedive an den Ministerpräsidenten Nubar-Pascha. — Die staatsrechtliche Stellung des Ministeriums.

Mon cher Ministre, — J'ai mûrement réfléchi sur les changements apportés dans notre situation intérieure et extérieure par les derniers événements, et au moment, où vous vous occupez de la mission que je vous ai confiée de former un nouveau Ministère, je veux vous confirmer ma ferme détermination de mettre les règles de notre Administration en harmonie avec les principes qui régissent les Administrations en Europe. Au lieu d'un pouvoir personnel, principe actuel du Gouvernement de l'Égypte, je veux un pouvoir qui imprime, il est vrai, une direction générale aux affaires, mais qui trouve son équilibre dans un Conseil des Ministres. En un mot, je veux dorénavant gouverner avec et par mon Conseil des Ministres. || Dans cet ordre d'idées, je pense que pour appliquer les réformes que j'ai déjà annoncées, les Membres du Conseil des Ministres devront être tous solidaires les uns des autres; ce point est essentiel. Le Conseil des Ministres discutera toutes les questions importantes du pays; l'opinion de la majorité entraînera celle de la minorité. Les décisions seront donc prises à la majorité, et en les approuvant je sanctionnerai conséquemment l'opinion qui aura prévalu. || Chaque Ministre appliquera les décisions du Conseil sanctionnées par moi et concernant l'Administration qui lui est confiée. || Les nominations des Moudirs, Gouverneurs, Préfets de Police seront discutées entre le Ministre dont ils relèvent et le Président du Conseil, et seront soumises à mon approbation par le Président du Conseil. || Le Ministre qui aura sous ses ordres immédiats les fonctionnaires sus-mentionnés aura le droit de les suspendre de leurs fonctions, mais après entente avec le Président du Conseil. Leur changement ou leur destitution ne pourra avoir lieu qu'après entente entre lui et le Ministre, Président du Conseil, sous ma sanction. || Les Ministres choisiront le haut personnel de leurs Administrations et soumettront leur choix à mon approbation. Pour les emplois secondaires, il suffira d'une simple lettre ou décision Ministérielle. || L'action de chaque Ministre s'exercera dans les limites de ses attributions, et les fonctionnaires et employés de chaque branche d'Administration n'auront d'ordres à recevoir que du Chef du Département dont ils font partie et ne devront obéir qu'à lui. || Le Conseil des Ministres siégera sous votre présidence, puisque je vous ai donné la charge et la responsabilité de cette nouvelle organisation. || Je pense que l'institution d'un Ministère possédant ces attributions n'est pas en dehors de nos mœurs et de nos idées, et est, au contraire, conforme à un des préceptes de la loi sacrée. Avec une organisation judiciaire généralisée, cette institution suffit pour répondre aux nécessités de notre état social et permet de réaliser mes fermes intentions. || Je mets toute ma confiance en vous pour appliquer les réformes que j'ai décidées et qui, je l'espère, donneront au pays

Nr. 7728.
Aegypten.
28. Aug. 1878.



Nr. 7728. toutes les garanties qu'il est en droit d'attendre de mon Gouvernement. ||
Aegypten. Croyez, &c.
28. Aug. 1878.

I s m a i l.

Nr. 7729. AEGYPTE. — Brief des Khedive au Chérif-Pascha.
— Einsetzung eines einheimischen Ministeriums.

A Son Excellence Chérif-Pacha

Nr. 7729.
Aegypten.
7. April 1879.

Excellence, — || Comme Chef d'Etat et comme Egyptien, je considère un devoir sacré, pour moi, de suivre l'opinion de mon pays et de donner une satisfaction entière à ses légitimes aspirations. || J'ai vu avec regret que la marche suivie par le Cabinet précédent produisait dans le sein des populations un mécontentement et une agitation qui a gagné toutes les classes de notre société naguère si tranquille. || J'en ai prévenu à plusieurs reprises les Ministres et des Agents accrédités auprès de moi; mais le Cabinet ne tint pas compte de ces avertissements. || Le plan financier préparé par le Ministre des Finances, qui déclare le pays en état de déconfiture, qui supprime les lois que le pays considère comme sacrées, qui lèse des droits acquis, a achevé de soulever contre le Cabinet le sentiment national. || L'adresse qui m'a été présentée en est l'expression. || Devant répondre au désir qui m'est si fermement exprimé, je vous charge, aux termes du Rescrit du 28 Août, 1878, de composer un Cabinet. || Ce Cabinet, formé d'éléments véritablement Egyptiens, doit avoir pour règle de conduite le développement des réformes édictées par le dit Rescrit, qui doit être scrupuleusement maintenu, et qui devra être rendu plus efficace encore par la responsabilité réelle des Ministres vis-à-vis d'une Chambre dont le mode d'élection et les droits seront réglés de façon à répondre aux exigences de la situation intérieure et aux aspirations nationales. || Le Ministère aura pour premier soin de préparer, à cet effet, des lois sur le modèle de lois de même nature, en vigueur en Europe, tout en tenant compte des moeurs et des besoins des populations. || Le Cabinet veillera à la stricte et régulière exécution du plan financier élaboré par les Notables et les dignitaires du pays, et auquel je donne mon entière approbation. || Il prendra en conséquence, sans aucun retard, les mesures nécessaires pour que le contrôle des recettes et des dépenses, qui doit être la garantie du pays et des intérêts qui y sont engagés, soit rétabli, conformément au principe du Décret du 16 Novembre, 1876. || Connaissant votre dévouement au pays, je ne doute pas que votre Excellence, s'entourant d'hommes jouissant comme elle de la confiance et de l'estime publiques, ne mène à bonne fin l'oeuvre civilisatrice à laquelle je veux attacher mon nom. || Croyez, &c.

Le Caire, le 7 Avril, 1879.

I s m a i l.

Nr. 7730. **ÆGYPTEN.** — Decret, betreffend die Regelung der Staatsschuld.

Nous Khédivé d'Égypte, — || Vu les adresses et le Projet qui nous ont été présentés par la nation; || Sur la proposition de notre Conseil des Ministres, || Décrétons: — || Les dettes du Gouvernement sont réglées ainsi qu'il suit: Nr. 7730.
Ægypten.
22. April 1879.

DETTE CONSOLIDÉE.

Dette Privilégiée. — Article 1^{er}. Le Service de la Dette Privilégiée continuera à se faire conformément aux termes du Décret du 18 Novembre, 1876.

Emprunts à Court Terme 1864, 1865, 1867. — Art. 2. Aucune modification n'est apportée au service des Emprunts 1864, 1865 et 1867, auquel il sera pourvu par la Moukabalah aux termes du même Décret, sauf la prorogation arrêtée par le Décret du 30 Mars, 1879, en ce qui concerne la semestrialité échue le 1^{er} Avril dernier, qui sera payée le 1^{er} Mai prochain.

Dette Unifiée. — Art. 3. A partir du 1^{er} Mai prochain la Dette Unifiée produira un intérêt de 6 pour cent par an. || L'amortissement par tirages au sort de cette dette continuera à s'opérer comme par le passé. || Il sera prélevé sur le 6 pour cent d'intérêt 1 pour cent destiné à l'amortissement par rachat, conformément au Décret du 18 Novembre, 1876. || Ce prélèvement cessera le 1^{er} Mai, 1886, époque à laquelle le service de l'intérêt de la Dette Unifiée reprendra à raison de 6 pour cent par an, et l'amortissement au pair par tirages continuera à se faire conformément au Décret susvisé. || Toutefois, par suite de la situation de la Caisse de la Dette Publique, l'intérêt seul de 2½ pour cent sera payée le 1^{er} Mai prochain. Le ½ pour cent destiné à l'amortissement par rachat sera fait le 1^{er} Juin prochain. Ce ½ pour cent sera prélevé à partir du 1^{er} Mai prochain sur les premiers versements effectués à la Caisse de la Dette Publique par les provinces et administrations affectées. || Le montant semestriel de l'amortissement du 1^{er} Novembre, 1878, suspendu par lettre de son Excellence le Ministre des Finances aux Commissaires de la Dette Publique en date à Londres du 18 Octobre, 1878, est et demeure supprimé.

Créances du Grand Syndicat et des Entrepreneurs du Port d'Alexandrie. — Art. 4. § 1. Le prix de la vente des Eaux d'Alexandrie, ainsi que le produit de la vente à effectuer des parts de fondateur du Canal de Suez seront versés au grand Syndicat en déduction de sa créance. || Le reliquat de cette créance et la créance des entrepreneurs du port d'Alexandrie, arrêtés au 1^{er} Janvier, 1877, seront payés en cinq ans et demi à partir du 1^{er} Janvier, 1879, tant au moyen des coupons des titres de la Dette Unifiée, donnés en gage et déposés au Comptoir d'Escompte de Paris, qu'au moyen de prélèvements sur le produit de la Moukabalah. || Ces créances jouiront d'un intérêt de 5 pour cent par an à dater du 1^{er} Janvier, 1879. || A l'expiration du délai ci-dessus, cette dette étant éteinte, tous les titres donnés en gage feront retour à l'Etat et seront remis à la Caisse de la Dette Publique pour être annulés. || § 2. La créance des entrepreneurs du Port d'Alexandrie pour les travaux

Nr. 7730.
Aegypten.
22. April 1879. exécutés depuis le 1^{er} Janvier, 1877, sera payée au moyen des revenus du dit port. || Elle jouira d'un intérêt de 5 pour cent par an à dater du 1^{er} Janvier, 1879.

Créance du Bet-el-Mal. Caisse des Orphelins et des Ecoles. — Art. 5. Cette créance, comprise dans les dépenses de l'Etat, jouira d'un intérêt de 5 pour cent par an.

Créance de la Daira Kassah. — Art. 6. Aucune modification n'est apportée au service de cette dette. Cependant l'annuité de 50,000 l. fixée par le contrat du 18 Juillet, 1877, sera dorénavant prélevée sur les revenus généraux de l'Etat.

Créance Paponot. — Art. 7. Aucune modification n'est apportée à la Convention relative à cette créance. || L'intérêt de 14,000 l. par an est compris dans les dépenses de l'Etat.

DETTE NON-CONSOLIDÉE. — Art. 8. Les sommes dues aux employés et pensionnaires de l'Etat seront payées intégralement et au comptant || Art. 9. Les porteurs de jugements passés en force de chose jugée et tous les créanciers, dont la créance sera liquide et exigible, toucheront au comptant un minimum de 55 pour cent sur le solde de l'emprunt Rothschild. || Le surplus de leur créance leur sera payé au moyen de titres au porteur produisant 5 pour cent d'intérêt par an jouissance du 1^{er} Janvier, 1879. || Art. 10. L'amortissement de ces titres aura lieu dans quatre années et demie au moyen des ressources de la Moukabalah.

Affectation Spéciale au Profit du Solde de la Dette Flottante. — Art. 11. Indépendamment de l'affectation des ressources de la Moukabalah ci-dessus, et pour hâter l'amortissement de ces titres, même avant l'expiration du délai des quatre années et demie, toutes les propriétés libres, rurales et urbaines appartenant à l'Etat, sont dès à présent spécialement affectées à la garantie du remboursement de ces titres. || La vente de ces propriétés, dont le produit est destiné à un amortissement supplémentaire de la dette flottante, sera faite par les soins d'un Comité, composé en majorité de créanciers de la dette flottante, et conformément aux règlements, qui seront arrêtés par le Conseil des Ministres. || La liste de ces propriétés sera remise au Comité dès sa formation.

Liquidation de la Dette Non-Consolidée. — Art. 12. Un Décret ultérieur fera connaître la composition, les attributions et les pouvoirs de la Commission à instituer pour la liquidation des créances Non-Consolidées.

Art. 13. Toutes les dispositions en vigueur des Décrets antérieurs et qui ne sont pas contraires à celles du présent Décret sont maintenues.

Art. 14. Notre Ministre des Finances est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait au Caire, le 22 Avril, 1879.

Ismail.

Par le Khédive,

Le Président du Conseil des Ministres,

Chérif.

Nr. 7731. TÜRKEI — Absetzung Ismail Pascha's.

Les difficultés qui se sont produites depuis quelque temps dans les affaires intérieures et extérieures de l'Égypte ont pris une gravité considérable, et la continuité de cet état des choses aurait des résultats dangereux pour l'Égypte et pour l'Empire Ottoman. || C'est un devoir des plus importants pour le Gouvernement Impérial de trouver les moyens d'assurer la tranquillité et le bien-être des habitants, et les stipulations des Firmans Impériaux ont été rédigées dans ce but. || Il est prouvé que votre maintien au poste de Khédive ne pouvait avoir d'autre résultat que de multiplier et d'aggraver les difficultés présentes. || Par conséquent, Sa Majesté Impériale le Sultan, à la suite de la décision de son Conseil des Ministres, a décidé de nommer au poste de Khédive Son Excellence Mehemet-Tewfik-Pacha, et l'Iradé Impérial concernant ce sujet vient d'être promulgué. || Cette haute décision est communiquée à Son Excellence par une autre dépêche, et je vous invite à vous retirer des affaires gouvernementales, conformément à l'ordre de Sa Majesté Impériale le Sultan.

Le 6 Redjeb, 1296.

Nr. 7732. TÜRKEI — Einsetzung Mehemed-Tewfik-Pascha's als Khedive von Aegypten.

La ferme volonté de Sa Majesté le Sultan est d'assurer les moyens de progrès et de tranquillité en Égypte, partie intégrante de l'Empire, et les privilèges qui ont été accordés à l'administration de cette province prouvent suffisamment cette bonne intention souveraine. || Mais, depuis quelque temps, les difficultés intérieures et extérieures surgies dans cette province, ont nécessité la destitution de votre auguste père, Ismail-Pacha. || Vos capacités et votre intelligence éprouvées et reconnues par Sa Majesté le Sultan, promettent que vous trouverez les moyens de bien administrer cette province et de rétablir la paix et la tranquillité, conformément à la haute et auguste volonté de Sa Majesté le Sultan. || Par conséquent Sa Majesté Impériale vous a nommé, par Iradé Impérial, Khédive d'Égypte, et le Firman Impérial vous sera délivré avec le cérémonial d'usage. || Ismail-Pacha est invité par une autre dépêche, à se retirer des affaires du Gouvernement. Par conséquent, en recevant cette dépêche, réunissez tous les Ulémas, les fonctionnaires, les Notables du pays et les employés du Gouvernement; communiquez-leur les stipulations de l'Iradé Impérial concernant votre nomination, et commencez à diriger les affaires gouvernementales. || Cette haute et juste nomination est une récompense de vos capacités, et votre avènement sera un commencement de l'ordre et du progrès qui régnera dans le pays que vous êtes appelé à administrer. || Je vous souhaite donc un bon succès et je vous félicite de votre avènement.

Le 6 Redjeb, 1296.



Nr. 7733. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den türk. Min. d. Ausw. — Gemeinsame Note, betreffend die Auslegung des neuen Firmans.

Therapia, le 28 Juillet 1879.

Nr. 7733.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
 28. Juli 1879.

Les Soussignés, Ambassadeurs d'Angleterre et de France près la Sublime Porte, ayant demandé à son Excellence le Ministre Ottoman des Affaires Etrangères si dans le texte Turc du Firman destiné à Son Altesse le Khédive d'Egypte, Tewfik-Pacha, les mots traduits en Français par "les Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédive," admettaient un sens qui serait d'empêcher le Khédive de promulguer les dites Conventions avant d'avoir reçu préalablement l'autorisation ou la sanction de la Porte. || Son Excellence Carathéodory-Pacha a formellement et explicitement déclaré que le paragraphe en question excluait toute obligation de la part du Khédive d'obtenir la sanction ou l'autorisation du Sultan pour promulguer ou mettre en pratique les dites Conventions. || Toutefois la Porte, se réservant le droit de refuser de reconnaître ou de sanctionner les dites Conventions, et devant toujours être à temps pour le faire si elles portaient atteinte aux Traités politiques de la Sublime Porte et à ses droits souverains sur l'Egypte, comme il est dit dans le texte même du Firman. || Les Ambassadeurs d'Angleterre et de France ont l'honneur d'informer son Excellence Carathéodory-Pacha qu'ils prennent acte de son expresse déclaration afin qu'ultérieurement aucune autre interprétation ne puisse être donnée aux mots "les Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédive," et que le sens n'en puisse jamais varier. || Les Ambassadeurs soussignés prient son Excellence de leur accuser réception de leur déclaration en leur faisant savoir qu'elle l'accepte entièrement et qu'il en est pris acte. || Ils saisissent, &c.

A. H. Layard.
 H. Fournier.

Nr. 7734. TÜRKEL. — Firman des Sultans an Tewfik-Pascha.

Nr. 7734.
Türkei.
 August 1879.

A mon Vizir éclairé Tewfik-Pacha, appelé au Khédiviat d'Egypte avec le haut rang de Tédaret effectif, décoré de mes Ordres Impériaux de l'Osmanié et du Medjidié en brillants, que le Tout-Puissant perpétue sa splendeur, &c., &c. || Ismail-Pacha, Khédive d'Egypte, ayant été relevé de ses fonctions ce 6 Redjeb 1296, eu égard à tes services, à ta droiture, et à ta loyauté tant à ma personne qu'aux intérêts de mon Empire, à ton expérience des affaires d'Egypte, à ta capacité pour réformer la mauvaise situation dont ce pays souffre depuis quelque temps, et conformément à la règle établie par le Firman du 12 Mouharrem, 1283, pour la transmission du Khédiviat par ordre de primogéniture, de fils aîné, en fils aîné, nous avons conféré à toi, en



ta qualité de fils aîné d'Ismail-Pacha, le Khédiviat d'Egypte, tel qu'il se trouve formé par ses anciennes limites et en y comprenant les territoires qui y ont été annexés. || L'accroissement de la prospérité de l'Egypte et la consolidation de la sécurité et de la tranquillité de ses habitants constituant l'objet de notre plus haute sollicitude, nous avons rendu, il y a quelque temps, dans ce but, un Firman Impérial qui confirmait aussi les privilèges anciens de cette contrée. Cependant quelques-unes des dispositions du susdit Firman avant donné lieu aux difficultés actuelles, en vue de confirmer ceux de ces privilèges qui doivent être maintenus intacts, et de corriger et améliorer ceux de ces privilèges qui ont paru nécessiter quelques modifications, nous avons fait insérer, ci-après, les dispositions suivantes: || Tous les impôts de cette province seront perçus en mon nom. Les habitants d'Egypte étant de mes sujets, et ne devant comme tels subir la moindre oppression ni acte arbitraire, à cette condition le Khédiviat d'Egypte, auquel est confiée l'administration civile, financière et judiciaire du pays, aura la faculté d'élaborer et d'établir, d'une manière conforme à la justice, tous règlements et lois intérieurs nécessaires à cet égard. || Le Khédiva sera autorisé à contracter et à renouveler, sans porter atteinte aux Traités politiques de mon Gouvernement Impérial, ni à ses droits souverains sur ce pays, les Conventions avec les Agents des Puissances Etrangères pour les douanes et le commerce et pour toutes les transactions avec les étrangers concernant les affaires intérieures, et cela dans le but de développer le commerce, l'industrie et l'agriculture, et de régler la police des étrangers et tous leurs rapports avec le Gouvernement et la population. Ces Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédiva. || Le Khédiva aura la disposition complète et entière des affaires financières du pays. Mais il n'aura pas le droit de contracter des emprunts, sauf pour ce qui concerne exclusivement le règlement de la situation financière présente, et en parfait accord avec ses présents créanciers ou les délégués chargés officiellement de leurs intérêts. || Le Khédiviat ne saura, sous aucun prétexte ni motif, abandonner à d'autres, en tout ou en partie, les privilèges accordés à l'Egypte et qui lui sont confiés, et qui sont une émanation des prérogatives inhérentes au pouvoir souverain, ni aucune partie du territoire. || L'Administration Egyptienne aura soin de payer régulièrement le tribut annuel fixé à £ T. 750,000. || La monnaie sera frappée en Egypte en mon nom. || En temps de paix 18,000 hommes de troupes suffisent pour la garde intérieure de l'Egypte. Ce chiffre ne doit pas être dépassé. Cependant, comme les forces Egyptiennes de terre et de mer sont destinées aussi au service de mon Gouvernement, dans le cas où la Sublime Porte se trouverait engagée dans une guerre, leur chiffre pourra être augmenté dans la proportion jugée convenable. || Les drapeaux des forces de terre et de mer et les insignes des différents grades des officiers seront les mêmes que ceux de mes armées. || Le Khédiviat aura le droit de conférer aux officiers de terre et de mer jusqu'au grade de Colonel inclusivement et aux

Nr. 7734.
Türkei.
August 1879. employés civils jusqu'au grade de Sanié inclusivement. || Le Khédive ne pourra, comme par le passé, construire des bâtiments blindés sans l'autorisation expresse de mon Gouvernement. || Je veillerai au strict maintien des conditions qui précèdent, et qui ayant été sanctionnées par mon Iradé Impérial, ont été consignées dans mon présent, orné de mon autographe Impérial, et qui te sera remis par

Nr. 7735. **AEGYPTEN.** — Brief des Khedive an Riaz-Pascha. —
Aufrechterhaltung der Grundsätze des Rescripts vom
28. August 1878.

Palais d'Abdin, le 21 Septembre, 1879.

Nr. 7735.
Aegypten.
21. Sept. 1879. Mon cher Riaz-Pacha, — || En prenant dernièrement la Présidence du Conseil des Ministres, je n'ai pas eu l'intention de rétablir le pouvoir personnel. || Basée sur les besoins du moment et sur le désir de me mettre en rapport plus direct avec les Membres du Cabinet, cette mesure n'avait dans ma pensée rien de définitif ni surtout de contraire au principe que j'ai adopté le jour de mon avènement: gouverner avec et par mon Conseil des Ministres. || Tel est ce principe, qui remonte au Rescrit du 28 Août, 1878. Il ne dépendra pas de moi qu'il ne soit toujours maintenu et respecté. || Vous connaissez mes sentiments à cet égard; vous connaissez aussi les idées d'honnêteté, de progrès, d'ordre, et d'économie que je tiens à voir prédominer dans l'administration du pays. || Je sais que vous partagez ces sentiments, ces idées, et que vous êtes résolu à vous consacrer tout entier à leur application. || Je sais également combien vous êtes dévoué au pays ainsi qu'à ses institutions et désireux de contribuer de tous vos efforts à sauvegarder son autonomie. || C'est donc avec confiance que je vous charge de former un nouveau Cabinet, et que je remets entre vos mains la Présidence du Conseil des Ministres, tout en me réservant d'assister à ses réunions et de les présider moi-même, toutes les fois que je le jugerai nécessaire. || Je suis convaincu que vous apporterez tous vos soins dans le choix de vos collègues, dont la nomination sera soumise à ma sanction. || Une fois constitué, le nouveau Ministère procédera dans les termes du Rescrit, déjà rappelé, du 28 Août, 1878, qui reste applicable dans toutes celles de ses dispositions qui ne sont pas modifiées par les présentes. || Les nominations et révocations des Gouverneurs, Moudirs, Préfets de Police, Vékils et Secrétaires-Généraux des Ministères, Inspecteurs des Provinces et Directeurs de toutes les grandes Administrations de l'Etat seront discutées en Conseil des Ministres et soumises à mon approbation. || Les autres fonctionnaires seront nommés et revoqués directement par arrêtés des Ministres dont ils relèveront. || De graves questions nous préoccupent, vous ne l'ignorez pas, mon cher Riaz-Pacha; j'ai à peine besoin de vous signaler, entr'autres choses, l'importance capitale qui s'attache à l'établissement régulier du Budget annuel des recettes et des dépenses; à l'organisation définitive de la perception des impôts, qui est en relation si étroit avec le fonctionnement normal du Budget;

au règlement de la situation financière arriérée, qui embrasse tant d'intérêts, et réclame toute notre attention, toute notre sollicitude. || Pour la solution de ces questions, comme de toutes autres analogues, je sais d'avance que je puis compter sur vous, et que, guidé par votre expérience et par votre patriotisme, vous ne négligerez rien de ce qui pourra amener dans la position de notre pays une amélioration sérieuse, que chacun de nous appelle de tous ses vœux et doit faciliter de toutes ses forces. || Agréez, &c.

Mehemet-Tewfik.

Nr. 7736. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Machtbefugnisse der General-Controleure.

Nous, Khédivé d'Égypte, — || Vu notre Décret en date du 4 Septembre, 1879 *): || Considérant que nous sommes entendus avec les Gouvernements de la France et de la Grande Bretagne, pour que les attributions des Contrôleurs-Généraux soient définies, conformément aux dispositions réglementaires ci-après: — || Sur l'avis conforme de notre Conseil des Ministres;

Décrétons:

Article 1^{er}. Les Contrôleurs-Généraux auront en matière financière les pouvoirs d'investigation les plus étendus sur tous les services publics, y compris ceux dont les recettes ont en vertu de Décrets ou de contrats une affectation spéciale. || Les Ministres et les fonctionnaires de tout ordre seront tenus de donner tous les renseignements et de fournir tous les documents qui leur seront demandés par les Contrôleurs-Généraux ou leurs délégués. || Le Ministre des Finances, notamment, produira chaque semaine, au Contrôle Général, un relevé détaillé des recettes et des dépenses faites par la Caisse du Ministère. Chaque Administration fournira également, en fin de mois, un État détaillé de ses recettes et de ses dépenses.

Art. 2. Les Contrôleurs-Généraux répartiront entre eux d'un commun accord les services publics sur lesquels ils auront à exercer les droits de surveillance et de contrôle qui leur sont conférés par le présent Décret.

Art. 3. Les Gouvernements de la France et de la Grande Bretagne ayant consenti à ce que pour le moment les Contrôleurs-Généraux ne prennent pas part à la direction des services administratifs et financiers, les Contrôleurs-Généraux se borneront actuellement à communiquer, soit à nous, soit à nos Ministres, les observations auxquelles leurs investigations auront donné lieu. || Ils communiqueront également à la Commission de la Dette les faits qui seraient de nature à intéresser les créanciers de la Dette Consolidée. || Ils pourront, en outre, et pour ces mêmes faits, se réunir en Commission avec les Commissaires de la Dette, pour examiner de concert les questions sur lesquelles

*) Ernennung Baring's und de Bignière's zu General-Controleuren. A. d. Red,

Nr. 7736. les Contrôleurs-Généraux ou les Commissaires de la Dette jugeront utiles
Aegypten. délibérer en commun.
15 Nov. 1879.

Art. 4. Les Contrôleurs-Généraux auront rang et séance au Conseil des Ministres et y auront voix consultative.

Art. 5. A la fin de chaque année, et plus souvent s'ils le jugent nécessaire, les Contrôleurs-Généraux nous rendront compte de leurs travaux dans des rapports qui seront publiés par leurs soins et insérés au "Moniteur Egyptien."

Art. 6. Les Contrôleurs-Généraux ne pourront être relevés de leurs fonctions qu'avec l'assentiment de leurs Gouvernements respectifs. || Ils nommeront et révoqueront les Agents et employés de service du Contrôle et fixeront le montant de leur traitement.

Art. 7. Le Budget du Contrôle sera arrêté par les Contrôleurs-Généraux et approuvé par le Conseil des Ministres. Le montant des crédits sera mis à leur disposition chaque mois, par douzième, dans les conditions déterminées par le Décret du 12 Mai, 1878, pour le traitement des fonctionnaires.

Art. 8. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin le 15 Novembre, 1879.

Méhémet Tewfik.

Par le Khédivé:

Le Président du Conseil des Ministres,
Riaz.

Nr. 7737. **DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIE, ITALIEN und OESTERREICH-UNGARN.** — Declaratio-
betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten.

Nr. 7737. Considérant que par un Décret en date du 30 Mars, 1878, une Commission Spéciale a été chargée d'ouvrir une enquête sur la situation financière de l'Egypte et de réunir les éléments d'un Règlement Général, et que par un nouveau Décret, dont le texte est ci-joint, Son Altesse le Khédivé se propose de constituer une Commission de Liquidation définitive, composée de membres Allemands, Austro-Hongrois, Français, Anglais, et Italiens, les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande Bretagne et d'Italie sont convenus de donner leur assentiment au dit Décret. || Les Gouvernements précités s'engagent, en conséquence, à accepter comme obligatoire, et sans appel, la décision qui sera rendue, en ce qui concerne les obligations et dettes du Gouvernement Egyptien, ainsi que des Dairas Kass et Sanieh, par la Commission de Liquidation établie en vertu du dit Décret.

Ils consentent aussi à ce que les décisions de la Commission constituée en vertu de ce Décret soient reconnues par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire aussitôt qu'elles auront été publiées officiellement par le Gouvernement de Son Altesse le Khédivé. || Les Gouvernements de Grande Bretagne, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie s'engagent, en outre, à porter collectivement cette Déclaration à la connaissance des Puissances qui ont pris part à l'établissement des Tribunaux Mixtes institués en Egypte, et à les inviter à y adhérer. || Les Soussignés, Mr. Edward Balwin Malet, Ministre Plénipotentiaire, Agent et Consul-Général de Sa Majesté Britannique; M. Jean Antoine Baron de Saurma-Jeltsch, Conseiller de Légation, Consul-Général de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne; M. Ignace Chevalier de Schaeffer, Ministre Résident, Agent et Consul-Général d'Autriche-Hongrie; M. Maximilien Napoléon Théodore Baron de Ring, Ministre Plénipotentiaire, Agent et Consul-Général de France; M. Joseph de Martino, Agent et Consul-Général d'Italie; munis des pouvoirs nécessaires, déclarent, par les présentes, que leurs Gouvernements respectifs prennent, les uns envers les autres, les engagements relatés ci-dessus.

En foi de quoi, les Soussignés ont signé la présente Déclaration, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en cinq exemplaires originaux au Caire, le trente et un Mars, mil huit cent quatre-vingt.

Edward B. Malet.
A. de Saurma.
Schaeffer.
N. de Ring.
J. de Martino.

Nr. 7738. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Einsetzung einer Liquidations-Commission.

Nous, Khédivé d'Egypte, — || Vu le Rapport de la Commission Supérieure d'Enquête, en date du 8 Avril, 1879; || Considérant que le Décret du 6 Avril, 1876, a prorogé l'échéance des dettes du Gouvernement Egyptien, en diminuant l'intérêt, et déclaré la nécessité d'arriver à une combinaison financière destinée à régler la dette Egyptienne; || Considérant que la Commission d'Enquête, par son Rapport, en date du 8 Avril, 1879, a reconnu l'impossibilité de faire face actuellement à toutes les échéances des diverses dettes consolidées et de liquider intégralement et immédiatement la Dette Non-Consolidée; || Considérant que la Commission d'Enquête a également reconnu que pour qu'il puisse être procédé à une répartition équitable des ressources disponibles entre les créanciers du Gouvernement il faut que la loi de liquidation, qui devra être faite soit obligatoire pour tous les créanciers et soit reconnue

Nr. 7737.
Deutschland,
Frankreich,
Gross-
britannien,
Italien und
Oesterreich-
Ungarn.
31. März 1880.

Nr. 7738.
Aegypten.
31. März 1880.

Nr. 7738.
Aegypten.
31. März 1880.

comme telle par les Tribunaux de la Réforme; || Considérant que l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne et l'Italie ont déclaré qu'elles acceptaient d'avance la loi qui sera préparée par la Commission constituée en vertu du présent Décret, et qu'elles se sont engagées à la porter collectivement à la connaissance des autres Puissances qui ont pris part à l'établissement des Tribunaux Mixtes en Egypte, et à les inviter à y adhérer. || Notre Conseil des Ministres entendu dans son avis conforme;

Décrétons:

Article 1^{er}. Une Commission de Liquidation est instituée. Après avoir examiné l'ensemble de la situation financière et après avoir entendu les observations des parties intéressées, cette Commission préparera, en prenant comme point de départ les conclusions de la Commission Supérieure d'Enquête, et sans modifier les conditions de l'Emprunt Domaniale, un projet de loi réglant les relations du Gouvernement ainsi que des Dairas Sanieh et Kassah avec leurs créanciers, et déterminant les Conditions et les formes dans lesquelles devra s'opérer la liquidation de la Dette Non-Consolidée.

Art. 2. La Commission déterminera les ressources qui pourront être mises à la disposition des créanciers des Dettes Consolidée ou Non-Consolidée; mais elle devra, en premier lieu, tenir compte, avec l'assentiment de Conseil des Ministres et des Contrôleurs, de la nécessité de réserver au Gouvernement la libre disposition des sommes indispensables pour assurer la marche régulière des services publics. Il lui sera à cet effet donné communication du Budget de l'année pendant laquelle elle exercera ses fonctions, ainsi que de ceux des années antérieures qui lui seront nécessaires pour se rendre un compte exact des besoins du Trésor Egyptien.

Art. 3. Les Contrôleurs-Généraux fourniront à la Commission, sur sa demande, les documents et explications complémentaires qui seraient de nature à l'éclairer dans l'accomplissement de sa tâche. Elle transmettra par leur entremise, soit à nous, soit à nos Ministres, les observations qu'elle aurait à faire parvenir au Gouvernement.

Art. 4. La Commission aura le droit de surveiller, d'accord avec les Contrôleurs-Généraux, la mise en vigueur des dispositions qui auront été arrêtées par elle, et la durée de ses pouvoirs, après la publication du Décret de Liquidation, pourra être prolongée à cet effet pendant un délai qui n'excédera pas trois mois. A l'expiration de ce délai, la Commission sera, dans tous les cas, dissoute de plein droit.

Art. 5. La loi qui sera préparée par la Commission sera revêtue de notre sanction et publiée par nous. || Dès sa publication, cette loi sera obligatoire et sans appel, malgré les dispositions du Règlement d'Organisation Judiciaire et des Codes de la Réforme.

Art. 6. Cette Commission sera nommée par Décret. Elle se composera de deux Commissaires désignés par chacun des Gouvernements de France et de Grande Bretagne et d'un Commissaire désigné par chacun des Gouverne-



ments d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et d'Italie. Le Gouvernement Egyptien se fera représenter par un Délégué auprès de cette Commission.

Nr. 773F.
Aegypten.
31. März 1880.

Art. 7. Le crédit nécessaire aux travaux de la Commission sera ouvert par nous, conformément au Rapport qui nous sera présenté à cet effet par le Président de la Commission.

Art. 8. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin, le 31 Mars, 1880 (20 Rabi-el-Akher 1297).

Méhémet-Tewfik.

Par le Khédivé:

Le Président du Conseil des Ministres,
Riaz.

Nr. 7739. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm und Washington. — Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten.*)

Paris, le 28 avril 1880.

Les négociations depuis longtemps engagées entre les Cabinets d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne et d'Italie, en vue d'amener la formation d'une Commission de liquidation pour le règlement des dettes égyptiennes, ont abouti le 31 mars dernier au décret ci-joint du Khédivé et à la déclaration collective dont le texte est également ci-annexé. || La marche que les Gouvernements précités ont suivie en cette circonstance s'explique d'elle-même par l'importance des intérêts qu'ils ont en Égypte; leurs sujets possèdent, en effet, la presque totalité de la Dette, et il était dans la logique des choses que les représentants de l'immense majorité des porteurs des créances fussent appelés de préférence à composer la Commission de liquidation. Vous verrez dans les documents ci-joints quelles sont les attributions de cette Commission et l'autorité dont elle se trouvera investie pour le plus grand avantage des créanciers, grands ou petits, dont les intérêts sont confiés à sa prudence. Vous remarquerez en même temps que pour lui donner un témoignage public de confiance et assurer la conclusion des affaires dont elle est chargée, les Puissances signataires de la déclaration ont résolu de reconnaître force de loi aux décisions que la Commission aura prises. Toutefois, ces décisions devant s'appliquer de même aux créanciers qui peuvent

Nr. 7739.
Frankreich.
28. April 1880.

*) Sämmtliche genannten Mächte sind der Declaration beigetreten, Griechenland mit der Einschränkung „en réservant dans l'avenir son droit de participation à toute délibération ayant pour objet des dérogations éventuelles aux règlements internationaux actuellement en vigueur en Égypte,“ Russland erst nach Prüfung des Liquidations-Gesetzes selbst am 24. Juli 1880.

Nr. 7739.
Frankreich.
28. April 1880

appartenir à d'autres nationalités, les cinq Cabinets ont jugé utile de demander aux Puissances qui ont concouru à établir le régime légal de l'Égypte, en participant à l'établissement des tribunaux mixtes, d'adhérer, comme ils l'ont fait eux-mêmes, à l'oeuvre entreprise avec leur appui par le Gouvernement du Khédive. Indépendamment des motifs de bonne entente et d'ordre général qui les engagent à cette démarche, ils ont considéré que, le fait même de la liquidation ne pouvant manquer d'amener des dérogations aux contrats primitifs, il est nécessaire que les tribunaux égyptiens reçoivent des Gouvernements dont ils tiennent leur mandat l'autorisation d'appliquer comme une loi, à l'égard de tous les intéressés, le résultat des travaux de la Commission liquidatrice. Les cinq Puissances signataires ont donc espéré que leur exemple entraînerait l'assentiment des États moins engagés qu'elles-mêmes dans les difficultés financières de l'Égypte, mais intéressés cependant à la marche régulière des affaires dans ce pays. || Je vous invite, en conséquence, à faire part au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité de notre désir d'obtenir son adhésion à la déclaration collective. Je ne saurais douter qu'il n'apprecie, comme nous, les avantages que la liquidation, opérée ainsi d'un commun accord avec une incontestable autorité, offrira à tous les intérêts, et qu'il ne s'associe volontiers à une entreprise dont les conditions, débattues, entre les Puissances plus particulièrement atteintes par les inconvénients de la situation à laquelle il s'agissait de porter remède, présentent toutes les garanties désirables de justice et d'impartialité. || Vous voudrez bien faire valoir auprès du Cabinet de les considérations ci-dessus exposées et me donner avis de sa réponse.

C. de Freycinet.

Nr. 7740. AEGYPTEN. — Liquidations-Gesetz vom 17. Juli 1880.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Nous, Khédive d'Égypte, — || Vu nos décrets en date des 31 Mars et 5 avril*) 1880; || Sur la proposition des Commissaires désignés par les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande-Bretagne et d'Italie, et nommés par nous; || Notre Conseil des Ministres entendu
Avons décrété et décrétons:

Titre I. Dette Consolidée.

Art. 1. Le service de la Dette consolidée s'effectuera à l'avenir dans les conditions déterminées ci-après:

Dette privilégiée.

Art. 2. Les revenus nets des chemins de fer de l'État, des télégraphes et du port d'Alexandrie, sont spécialement affectés au service des intérêts

*) Betreffend Ernennung der Mitglieder der Liquidations-Commission (Rivers Wilson, Baravelli, Bellaigue de Bughas, Colvin, von Kremer, Liron d'Airolles und von Treankow).

de l'amortissement de la Dette privilégiée. || Le complément des ressources nécessaires pour ce service sera prélevé, comme première charge, sur les affectations de la Dette unifiée. || Si, au contraire, les affectations spéciales de la Dette privilégiée arrivent à présenter des excédents, ces excédents seront employés à l'amortissement de la Dette unifiée.

Art. 3. Les dépenses ordinaires d'entretien et d'exploitation, prévues au budget ou régulièrement autorisées par des décisions spéciales, seront seules prélevées sur les recettes de ces administrations. || Les frais de transport dus par les services de l'État, qui ne seraient pas payés au comptant, devront être remboursés mensuellement à l'administration des chemins de fer.

Art. 4. Il sera pourvu sur les ressources générales du Trésor aux dépenses extraordinaires, telles que l'acquisition de terrains ou d'immeubles, la construction de lignes nouvelles et l'acquisition du matériel nécessaire à leur exploitation, le rachat de lignes concédées, la pose d'une seconde voie, la construction de bâtiments nouveaux, digues, quais, etc. || Lesdites dépenses extraordinaires seront proposées par les administrateurs et votées par le Conseil des Ministres. || S'il y a contestation entre le Gouvernement et l'administration des chemins de fer, des télégraphes et du port d'Alexandrie, sur la question de savoir si une dépense doit ou non être considérée comme extraordinaire, le Gouvernement pourra, sur l'avis conforme de la Caisse de la Dette, autoriser ladite administration à prélever cette dépense sur ses recettes.

Art. 5. L'intérêt annuel des obligations de la Dette privilégiée est maintenu à 5 p. % du capital nominal. || Il continuera à être payé semestriellement, aux échéances du 15 avril et du 15 octobre. || L'amortissement sera fait au pair en soixante-cinq ans, à compter du 15 octobre 1876, par tirages semestriels. || Les tirages s'effectueront en séance publique, par les soins des Commissaires directeurs, dans les mois de janvier et de juillet. || Le remboursement des titres aura lieu à partir de l'échéance du coupon suivant.

Art. 6. Notre Ministre des Finances est autorisé à émettre pour L. É. nominales 5,600,205 (L. st. 5,743,800) d'obligations de la Dette privilégiée dont l'emploi sera fait conformément aux articles 68 et suivants. || Ces titres seront émis, au fur et à mesure des besoins, jouissance du 15 avril 1880, aux mêmes conditions d'intérêt et d'amortissement que les obligations primitives auxquelles ils sont complètement assimilés. || Les nouveaux titres seront compris dans le premier tirage d'amortissement qui suivra leur émission.

Art. 7. Au fur et à mesure de la liquidation des créances payables en obligations et pendant un délai de six mois à compter de la publication de la présente loi, il sera délivré aux intéressés des titres provisoires au porteur. || Les règlements ultérieurs seront faits directement en obligations définitives. || Les titres provisoires devront être échangés dans l'année qui suivra la publication de la présente loi. || Passé ce dernier terme, Notre Ministre des Finances procédera d'office à l'émission des obligations dont les titre provi-

Nr. 7740. soires n'auront pas été représentés et les déposera à la Caisse de la Dette
Aegypten. publique pour le compte de qui de droit.
17. Juli 1880.

Art. 8. L'annuité nécessaire au service des obligations privilégiées, en intérêts et amortissement, est fixée à L. É. 1,157,768 (L. st. 1,187,404).

Dette unifiée.

Art. 9. Les revenus suivants demeureront affectés au service de la Dette unifiée: || 1^o Les revenus des douanes et le produit des droits perçus pour notre Gouvernement à l'importation des tabacs, sous la déduction des dépenses d'administration; || 2^o Les revenus des Provinces de Garbich, Ménoufieh, Béhéra et Siout, sous la déduction de 7 p. % du montant brut des recouvrements, à titre de frais de perception et d'administration. || Dans ces derniers revenus seront compris tous les impôts et droits divers actuellement en vigueur, ou créés dans l'avenir, à l'exception de la taxe des sels et de celle des tabacs indigènes. || Les autres affectations de revenus, établies au profit de la Dette unifiée par le décret du 7 mai 1876, sont supprimées.

Art. 10. L'intérêt annuel des obligations de la Dette unifiée est fixé à 4 p. % du capital nominal, à compter du 1^{er} mai 1880. || Il sera payé semestriellement, aux échéances du 1^{er} mai et du 1^{er} novembre.

Art. 11. Le service des intérêts à 4 p. % sera assuré par les affectations de revenus déterminées dans l'article 9 et, en cas d'insuffisance, par les ressources générales du Trésor.

Art. 12. Les versements des revenus effectés à la Dette unifiée, reçus du 26 avril au 25 octobre inclusivement, seront imputés à l'échéance du 1^{er} novembre, et ceux reçus du 26 octobre au 25 avril seront imputés à l'échéance du 1^{er} mai. || Si, à la date du 25 avril ou à celle du 25 octobre, les versements accomplis sont insuffisants pour effectuer le paiement du coupon à 4 p. % par an, Notre Ministre des Finances en fournira immédiatement le complément sur la demande des Commissaires de la Dette.

Art. 13. Toutefois, si les recouvrements du 1^{er} semestre ont laissé un excédent disponible, cet excédent sera appliqué au complément du coupon de novembre avant de recourir à la garantie de Notre Gouvernement, et d'autre part les sommes versées par Notre Ministre des Finances, pour parfaire le coupon du 1^{er} mai, lui seront remboursées, le cas échéant, sur les excédents du 2^e semestre. || A cet effet, le compte de garantie du Gouvernement sera arrêté annuellement le 25 octobre en cumulant les opérations des deux semestres.

Art. 14. L'amortissement de la Dette unifiée se fera par rachats, au cours du marché. || Seront consacrés à cet amortissement: || 1^o Les excédents que les revenus affectés au service de la Dette publique présenteront après le paiement des deux coupons annuels et le règlement du compte de garantie du Gouvernement dont il est parlé à l'article précédent; || 2^o Les autres res— sources indiquées aux articles 2, 15, 22, 29 et 95.

Art. 15. La portion des excédents budgétaires qui pourra être versée

annuellement à la Caisse de la Dette publique, conformément aux dispositions de l'article suivant, sera également employée au rachat des obligations de la Dette unifiée, sous réserve de l'emploi éventuel prévu à l'article 70. || Ces fonds resteront en dépôt à la Caisse de la Dette publique jusqu'à ce que les justifications que devra fournir le Ministère des Finances aient permis aux Commissaires de la Dette de constater qu'ils ne sont pas nécessaires pour le règlement de la Dette non consolidée. || L'amortissement par tirage de la Dette unifiée est supprimé.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Art. 16. Seront considérés comme excédents de revenus des provinces et administrations non affectées au service de la Dette publique les produits budgétaires de toute nature réalisés dans ces provinces et administrations au delà de la somme de L. É. 5,897,888, à laquelle ont été arrêtées les dépenses budgétaires, y compris le tribut de Constantinople, et le service des diverses dettes que le Gouvernement est tenu d'assurer aux termes de la présente loi sur les ressources générales du Trésor, savoir: les intérêts des actions du canal de Suez dus au Gouvernement anglais, l'annuité de la Daira Kassah et celle de la Moukabalah. || Ces excédents de revenus resteront à la disposition du Gouvernement jusqu'à concurrence d'une somme égale à l'excédent de revenus des administrations et provinces affectées. || Si l'excédent des revenus affectés n'atteint pas $\frac{1}{2}$ p. $\frac{0}{10}$ du montant total de la Dette unifiée (soit L. É. 283,000), le complément de ce $\frac{1}{2}$ p. $\frac{0}{10}$ sera versé à la Caisse de la Dette publique sur le surplus des excédents budgétaires. || Lorsqu'il n'y aura pas lieu à ce prélèvement, la totalité des excédents budgétaires sera conservée pour les dépenses administratives.

Art. 17. Il ne sera pas pourvu à l'amortissement par rachat des échéances du 1^{er} novembre 1878, des 1^{er} mai et 1^{er} novembre 1879 et du 1^{er} mai 1880, non plus qu'au paiement des portions d'intérêts impayées des trois dernières échéances.

Art. 18. Tous les bons ou titres qui devaient, aux termes des décrets du 7 mai et du 18 novembre 1876, être convertis en obligations de la Dette unifiée devront être présentés à la conversion avant le 1^{er} avril 1881, sous peine de déchéance.

Art. 19. Notre Ministre des Finances est autorisé à émettre de nouveaux titres de la Dette unifiée jusqu'à concurrence de L. É. 1,909,280 nominales (L. st. 1,958,240) pour en faire l'emploi fixé par l'article 26. || Ces nouveaux titres seront émis jouissance du 1^{er} mai 1880 et aux conditions d'intérêt et d'amortissement ci-dessus déterminées pour les anciennes obligations auxquelles ils seront complètement assimilés.

Dispositions communes à la Dette privilégiée et à la Dette unifiée.

Art. 20. Les coupons et les titres seront payés en or sans aucune retenue, en Égypte, à Paris et à Londres. || A Paris, les paiements seront faits au change fixe de 25 francs la livre sterling.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Art. 21. Les obligations de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée ne pourront être frappées d'aucun impôt au profit de Notre Gouvernement.

Art. 22. La prescription quinquennale et la prescription de quinze ans établies par les articles 275 et 272 du Code civil seront applicables la première aux intérêts des obligations de la Dette unifiée et de la Dette privilégiée, la seconde aux capitaux des mêmes obligations désignées par le tirage pour l'amortissement. || Les délais de prescription seront calculés d'après le calendrier grégorien. || Le montant des intérêts et capitaux atteints par la prescription profitera à l'amortissement de la Dette unifiée.

Art. 23. Les affectations de revenus établies par la présente loi recevront leur application à compter du 1^{er} janvier 1880. || La Caisse de la Dette publique reversera au compte de la Liquidation une somme de 5000 L. É. Moyennant ce paiement la Caisse et la Liquidation seront quittes l'une envers l'autre de tout compte à faire entre elles par suite du nouveau règlement des affectations.

Art. 24. Sont maintenues toutes les dispositions des décrets des 25 mai et 18 novembre 1876 concernant le service des obligations de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée, non contraires aux dispositions de la présente loi.

Conversion des emprunts à court terme.

Art. 25. Le service des emprunts 1864, 1865 et 1867 est supprimé. | Il ne sera pas pourvu à l'amortissement des obligations de l'emprunt 1854, qui aurait dû avoir lieu le 1^{er} avril 1880, non plus qu'au paiement de semestrialités des deux autres emprunts échues les 22 mai et 7 juillet 1880.

Art. 26. Les obligations de ces trois emprunts seront converties, au taux de 80 p. $\frac{0}{100}$ de leur valeur nominale, en obligations de la Dette unifiée au taux de 68 p. $\frac{0}{100}$, jouissance du 1^{er} mai 1880.

Art. 27. Les ayants droit recevront en numéraire au moment de la conversion: || 1^o Les intérêts des anciennes obligations, encourus depuis le 1^{er} avril 1880 (emprunt 1864), le 8 janvier 1880 (emprunt 1865), le 22 novembre 1879 (emprunt 1867) jusqu'au 30 avril 1880, aux taux respectifs de chacun des emprunts; || 2^o Le solde du capital converti qui sera inférieur à 12 livres sterling.

Art. 28. La conversion sera faite sans frais pour les porteurs. || Le délai pour le dépôt des anciens titres à échanger est limité au 31 décembre 1880. || Passé cette date, les obligations non représentées seront converties d'office et les nouveaux titres déposés à la Caisse de la Dette publique pour le compte de qui de droit. || Les anciens titres seront annulés et remis à Notre ~~Ministre~~ Ministre des Finances. || Notre Ministre des Finances prendra toutes les mesures ~~d'exécution~~ d'exécution que comportera la conversion ainsi que le paiement des arriérés ~~de coupons et d'amortissement des trois emprunts convertis.~~

Art. 29. Les prescriptions de cinq ans et de quinze ans dont il ~~es~~ parlé aux deux premiers paragraphes de l'article 22 seront appliquées au ~~cl~~

coupons et aux obligations des emprunts 1864, 1865 et 1867. || La valeur des coupons venus à échéance et des obligations sorties au tirage depuis l'origine de ces emprunts qui se trouveront atteints par ces prescriptions sera appliquée à l'amortissement de la Dette unifiée.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Attributions de la Caisse de la Dette publique.

Art. 30. La Caisse de la Dette publique, instituée par décret du 2 mai 1876, recevra les fonds destinés au service des intérêts et de l'amortissement de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée et fera l'emploi de ces fonds conformément aux dispositions de la présente loi.

Art. 31. Les comptables supérieurs des provinces et administrations dont les revenus sont affectés au service de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée verseront ces revenus directement à la Caisse de la Dette et ne seront libérés que par les quittances de la commission de la Dette.

Art. 32. Les comptables supérieurs des quatre provinces affectées fourniront à la commission de la Dette publique, par l'entremise du Ministère des Finances des relevés mensuels par nature de droits faisant connaître: || Les droits constatés de l'année courante et les arriérés dus sur les années antérieures; || Les recouvrements et les dégrèvements; || Les sommes retenues pour frais de perception et d'administration; || Les versements effectués à la Caisse de la Dette; || Les restes en caisse au dernier jour du mois. || Des relevés semblables seront également fournis aux dates du 25 avril et du 25 octobre.

Art. 33. L'administration des douanes et celle des chemins de fer, des télégraphes et du port d'Alexandrie fourniront également à la commission de la Dette des relevés mensuels indiquant: || Les droits constatés de l'année, y compris les arriérés dus au 1^{er} janvier sur les années antérieures; || Les sommes recouvrées et dégrévées; || Les sommes dues par les administrations du Gouvernement; || Les dépenses d'administration payées; || Les versements effectués à la Caisse de la Dette; || Les restes en caisse au dernier jour du mois. || Des relevés semblables seront, en outre, fournis par l'administration des douanes aux dates du 25 avril et du 25 octobre, et par celle des chemins de fer aux dates du 14 avril et du 14 octobre.

Art. 34. Les commissaires de la Dette nommeront et révoqueront les employés de la Caisse de la Dette et régleront les rapports entre la Caisse et ses correspondants.

Art. 35. Les dépenses de personnel et de matériel de la Caisse de la Dette, les commissions et allocations diverses de ses correspondants, les frais de change, assurances, transports d'espèces et généralement toutes dépenses nécessaires pour l'exécution du service des Dettes privilégiée et unifiée seront supportés par le Gouvernement, et feront annuellement l'objet d'un budget arrêté par la commission de la Dette et approuvé par le Conseil des Ministres. || Notre Ministre des Finances entretiendra à la Caisse de la Dette une avance

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880,

permanente en rapport avec la partie des dépenses ci-dessus qu'elle devra acquitter directement.

Art. 36. Annuellement, la commission de la Dette publiera un rapport sur ses opérations et soumettra son compte de gestion à l'autorité qui sera constituée pour juger les comptes des administrations publiques.

Art. 37. Aucun nouvel emprunt, de quelque nature que ce soit, ne pourra être émis par Notre Gouvernement que sur l'avis conforme de la commission de la Dette. || Il sera loisible toutefois à Notre Ministre des Finances de se procurer des avances en compte courant, dans la limite maxima de 2 millions de livres égyptiennes.

Art. 38. Les commissaires de la Dette, représentants légaux des porteurs de titres, auront qualité pour poursuivre devant les tribunaux de la Réforme contre l'administration financière, représentée par Notre Ministre des Finances, l'exécution des dispositions concernant les affectations de revenus, les taux d'intérêt des dettes, la garantie du Trésor et généralement toutes les obligations qui incombent à Notre Gouvernement en vertu de la présente loi à l'égard du service des Dettes privilégiée et unifiée.

Art. 39. Sont maintenues avec force exécutoire toutes les dispositions des décrets des 2 mai et 18 novembre 1876 concernant les attributions de la commission de la Dette publique qui ne sont pas contraires à la présente loi.

Titre II. — *Daïra Sanieh.*

Art. 40. Sont déclarées propriétés de l'État, les propriétés des Daïras Sanieh et Kassah, mentionnées dans les états annexés au contrat du 12 juillet 1877 ou dans les inscriptions hypothécaires prises en vertu de ce contrat.

Art. 41. Ces propriétés sont affectées exclusivement à la garantie de la Dette générale de la Daïra Sanieh, sans préjudice des effets de l'hypothèque consentie par acte du 19 août 1878. Elles seront insaisissables jusqu'à l'entier amortissement de cette dette. || Leurs produits et revenus ne pourront être saisis qu'en raison de dettes particulières, contractées par l'administration de la Daïra postérieurement au contrat du 12 juillet 1877.

Art. 42. Le produit des aliénations de ces propriétés sera exclusivement affecté à l'amortissement de la Dette générale de la Daïra.

Art. 43. Il sera payé à la Daïra Sanieh, sur les fonds de la liquidation une somme de L. É. 450,000, tant pour lui rembourser les sommes qu'elle a payées en l'acquit du Gouvernement, que pour l'indemniser du préjudice résultant pour elle de la non-exécution des engagements pris à son égard par la Liste civile. || Moyennant quoi, l'État et la Daïra seront complètement libérés l'un envers l'autre pour toutes causes antérieures au 1^{er} janvier 1880 sauf compensation, jusqu'à due concurrence, de la somme de L. E. 450,000 avec les impôts dus par la Daïra pour l'année 1879.

Art. 44. Les titres de la Dette générale de la Daïra Sanieh seront productifs d'un intérêt de 5 p. $\frac{1}{100}$ du capital nominal dont 4 p. $\frac{1}{100}$ d'intérêt

fixe garanti par le Gouvernement sur les ressources générales du Trésor, et 1 p. $\frac{0}{10}$ d'intérêt complémentaire. || Il y aura lieu à la distribution de cet intérêt complémentaire lorsque le produit net des propriétés de la Daïra, constaté dans le compte mentionné à l'article 47, excédera la somme nécessaire au service de l'intérêt à 4 p. $\frac{0}{10}$ du capital nominal des titres en circulation et seulement jusqu'à concurrence de cet excédent. || L'intérêt fixe sera payé par moitié le 15 avril et le 15 octobre de chaque année, sur remise des coupons. || L'intérêt complémentaire sera payé sur quittance spéciale, le 15 avril de chaque année, pour l'année précédente. || Il ne devra pas être distribué de fractions d'intérêt inférieures à $\frac{1}{4}$ p. $\frac{0}{10}$.

Art. 45. Il sera créé un fonds de réserve composé: || 1^o D'une somme de L. É. 180,000 prélevée sur celle de L. E. 450,000 mentionnée à l'article 43. || 2^o Des excédents de revenus nets au-dessus de 5 p. $\frac{0}{10}$, dans les limites indiquées à l'article 48. || Ce fonds de réserve sera placé en titres de la Daïra Sanieh, de l'Emprunt domanial, de la Dette privilégiée ou de la Dette unifiée, et servira, en cas d'insuffisance de revenus, à parfaire l'intérêt de 4 p. $\frac{0}{10}$. || A chaque échéance, le Conseil de direction décidera dans quelle mesure il y aura lieu d'engager ou de vendre ces titres pour assurer le paiement du coupon, tout en réservant les fonds nécessaires à la marche des services administratifs.

Art. 46. Si les revenus de l'exercice, augmentés du fonds de réserve, sont insuffisants pour parfaire l'intérêt de 4 p. $\frac{0}{10}$, la Daïra y pourvoira, à chaque échéance de coupon, par des moyens de trésorerie.

Art. 47. En fin d'année, la Daïra arrêtera le compte de ces recettes et de ses dépenses. Si les recettes nettes, augmentées des ressources du fonds de réserve déjà employées dans le cours de l'année ou restant libres au 31 décembre, sont inférieures à 4 p. $\frac{0}{10}$ du capital nominal des titres en circulation, le Gouvernement versera à la Daïra la différence dans un délai de quinze jours. || Tant que ce versement ne sera pas effectué, aucun impôt ne sera exigé de la Daïra dans les provinces non affectées.

Art. 48. La portion des revenus nets qui restera disponible en fin d'année, après le paiement des intérêts à 5 p. $\frac{0}{10}$ et la constitution du fonds de réserve au chiffre de L. É. 350,000, sera employée à l'amortissement.

Art. 49. L'amortissement sera fait par rachats jusqu'au cours de 80 p. $\frac{0}{10}$. || Au-dessus de ce cours, l'amortissement s'effectuera par tirage, à 80 p. $\frac{0}{10}$.

Art. 50. L'administration de la Daïra sera composée d'un Directeur général d'un Conseil de direction et d'un Conseil supérieur.

Art. 51. Le Directeur général sera nommé par Nous. Il aura tous les pouvoirs d'administration, sous les réserves mentionnées ci-après.

Art. 52. Le Conseil de direction sera constitué comme l'était le Conseil supérieur établi par le contrat du 12 juillet 1877 et en aura toutes les attributions.

Art. 53. La nomination et la révocation de tous les employés supérieurs,

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

ainsi que les baux de terre d'une étendue moindre de 3,000 feddans, passés pour une période n'excedant pas six années, seront soumis à son approbation.

| Il lui appartiendra, en outre, d'autoriser le Directeur général à ester en justice, soit en demandant, soit en défendant, et de statuer sur les questions administratives dans lesquelles il jugerait à propos d'intervenir.

Art. 54. Les contrôleurs de la Daïra seront nommés par Nous, sur la désignation officieuse des gouvernements Anglais et Français. A défaut de cette désignation, Notre choix se portera sur des fonctionnaires supérieurs des deux pays, en activité de service ou en retraite.

Art. 55. Le Conseil supérieur se composera de notre Ministre des Finances, des deux contrôleurs généraux et des membres du Conseil de direction. Les contrôleurs généraux seront remplacés, en cas d'absence ou d'empêchement, par les commissaires de la Dette de leur nationalité respective. || Le Conseil supérieur aura pour attributions de voter le budget, de vérifier et d'approuver les comptes annuels de l'administration, d'autoriser les emprunts, les aliénations et les baux autres que ceux mentionnés à l'article 53, de fixer le chiffre maximum du compte courant et de déterminer le mode de placement des sommes composant le fonds de réserve. || Toutefois, les projets d'aliénation et les baux réservés à son approbation ne lui seront soumis qu'autant que les deux contrôleurs auront émis un vote favorable dans le Conseil de direction, et les décisions qu'il prendra à ce sujet ne seront exécutoires qu'après approbation de Notre Conseil des Ministres.

Art. 56. Le Conseil supérieur aura, en outre, à statuer sur les décisions du Conseil de direction qui lui seraient déferées par un des membres de ce Conseil.

Art. 57. Indépendamment des attributions qui leur sont conférées par les dispositions qui précèdent, les contrôleurs de la Daïra seront considérés comme les représentants légaux des porteurs d'obligations de la Dette générale de la Daïra. || Ils pourront, à ce titre, poursuivre, par toutes les voies de droit, l'exécution des engagements pris par le Gouvernement envers ces derniers.

Art. 58. Les titres de l'emprunt 1870 et les bons Daïra non convertis devront être présentés à la conversion avant le 1^{er} avril 1881, sous peine de déchéance. || Passé cette date, ces titres ne pourront plus donner lieu à aucune action contre la Daïra, ni contre le Gouvernement.

Art. 59. L'administration de la Daïra devra réclamer la remise des titres convertis ou amortis à toutes personnes qui en sont actuellement dépositaires, et leur en donnera valablement décharge.

Art. 60. Seront prescrits au profit de la Daïra, les coupons de la Dette générale impayés dans le délai de cinq ans à compter de leurs échéances respectives et les obligations désignées pour l'amortissement par voie de tirages qui n'auront pas été remboursées dans le délai de quinze ans. || Ces délais seront calculés d'après le calendrier grégorien.

Art. 61. Les titres de la Dette Daïra Kassah seront, par les soins de

Notre Ministre des Finances, convertis au pair en titres de la Dette générale de la Daïra Sanieh, jouissance du 15 avril 1880. Ces titres devront être présentés à la conversion avant le 1^{er} avril 1881, sous peine de déchéance. L'annuité actuellement affectée au service de la Dette Daïra Kassah, soit L. É. 34,000, sera versée par Notre Ministre des Finances à la Daïra Sanieh, moitié le 1^{er} avril, moitié le 1^{er} octobre de chaque année. || Le coupon de la Daïra Kassah échu le 1^{er} janvier 1880 sera payé aux porteurs de titres, lors de la conversion, sur les fonds de la liquidation. || L'intérêt acquis du 1^{er} janvier au 15 avril 1880 leur sera payé au taux de 5 p. 0/0 sur les ressources générales du Trésor.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880

Art. 62. Toutes les clauses du contrat du 12 juillet 1877 sont maintenues en tant qu'elles ne sont pas contraires aux dispositions de la présente loi.

Titre III. — *Dette Non-Consolidée.*

Art. 63. L'actif de la liquidation de la Dette non-consolidée comprend: 1^o Le solde de l'Emprunt domanial; || 2^o Les soldes en numéraire existant au 31 décembre 1879 dans les caisses des Ministères et dans celles des provinces et administrations dont les revenus ne sont pas affectés par la présente loi au service de la Dette consolidée; || 3^o L'excédent des versements de la Moukabalah disponible à la Caisse de la Dette publique; || 4^o Les sommes réalisées ou qui pourront être réalisées sur les droits et taxes de toute nature restant à recouvrer au 31 décembre 1879 dans les provinces et administrations affectées ou non affectées au service de la Dette consolidée; || 5^o Les biens immeubles du Domaine privé non affectés à des services publics, à la garantie de l'emprunt domanial ou de la Dette générale de la Daïra Sanieh, jusqu'à extinction de la Dette non-consolidée; || 6^o Le produit de la conversion des bons ou titres rentrés au Trésor après remboursement de leur montant, en exécution de décisions judiciaires; || 7^o Les titres de la Dette privilégiée créés en vertu de l'article 6 de la présente loi; || 8^o Dans le cas prévu par l'article 70, la partie des excédents budgétaires destinée à l'amortissement de la Dette consolidée aux termes de l'article 15.

Art. 64. Les biens mentionnés au paragraphe 5 de l'article précédent seront insaisissables pour les créanciers de la liquidation de la Dette non-consolidée jusqu'au 31 mars 1881, et pour tous autres créanciers du Gouvernement jusqu'à la fin de la liquidation.

Art. 65. Notre Ministre des Finances est autorisé à se procurer, pour les besoins de la liquidation de la Dette non consolidée, une avance de L. É. 650,000 en donnant en garantie hypothécaire tout ou partie des biens du domaine désigné au paragraphe 5 de l'article 63. Les biens ainsi donnés en hypothèque demeureront aliénables, à charge d'en appliquer le prix, jusqu'à due concurrence, au remboursement intégral de l'emprunt dont il s'agit; jusqu'à ce remboursement et, au plus tard, jusqu'au 31 décembre 1882, ils seront insaisissables.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Art. 66. Le passif de la liquidation de la Dette non-consolidée comprend: || 1^o Les dettes de l'État résultant de décisions judiciaires ou pouvant résulter d'instances pendantes; || 2^o Toutes les dettes, autres que les emprunts publics contractés à l'étranger ou à l'intérieur, qui, au cours de la liquidation, ont été ou seront reconnues par le Gouvernement et qui résultent de droits acquis antérieurement au 1^{er} janvier 1880. Ces dettes seront réglées conformément aux dispositions qui suivent. Les règlements déjà effectués d'après ces dispositions sont approuvés.

Art. 67. Seront payables intégralement en espèces: || 1^o Les arriérés du tribut de Constantinople; || 2^o Les créances garanties par des inscriptions hypothécaires prises antérieurement aux 2 et 3 février 1879 sur les biens affectés à la garantie de l'emprunt domanial; || 3^o Les arriérés de traitements, pensions et salaires; || 4^o Les sommes dues par le Beit-el-Mal et par la Caisse des Orphelins dans les conditions indiquées à l'article 72 de la présente loi; || 5^o Les sommes versées à titre de dépôt dans les caisses de l'État.

Art. 68. Toutes les autres créances contre l'État désignées à l'article 66 seront liquidées en capital, intérêts de droit au 15 avril 1880 et frais, sous les réserves formulées aux articles 72 et suivants. Le paiement en sera effectué dans les conditions suivantes: || 30 p. % en espèces; || 70 p. % en titres de la Dette privilégiée au pair, jouissance du 15 avril 1880; || Les créances et les reliquats de créances inférieurs à 1,950 P. T. (20 L. st.) seront payés en espèces. || Les sommes à payer en espèces ne porteront pas intérêt.

Art. 69. Les créances pouvant résulter de décisions judiciaires à intervenir dans les instances actuellement pendantes et relatives à des droits acquis antérieurement au 1^{er} janvier 1880 seront réglées en capital, frais et intérêts de droit, calculés à la date de l'échéance du coupon de la Dette privilégiée qui précédera le règlement. Elles seront payées de la façon suivante: || 30 p. % en espèces; || 70 p. % en titres de la Dette privilégiée au pair, avec jouissance du coupon en cours lors du règlement. Les créances et les reliquats de créances inférieurs à 1,950 P. T. (20 L. st.) seront payés en espèces. Les sommes à payer en espèces ne porteront pas intérêt. || Les arriérés des allocations de l'année 1879 seront payés intégralement.

Art. 70. Une somme de 650,000 L. É. nominales en titres de la Dette privilégiée, ou le capital effectif correspondant sera prélevé sur l'actif et réservé pour le règlement de ces créances. || En cas d'insuffisance de cette réserve, il y sera suppléé au moyen des ressources suivantes sur lesquelles, à l'exclusion de toutes autres, ces créanciers pourront exercer leurs droits: || 1^o Les propriétés engagées à la garantie de l'emprunt de L. É. 650,000 autorisé par l'article 65 qui resteront invendues après le remboursement intégral dudit emprunt; || 2^o Toutes les autres propriétés saisissables et aliénables de l'État; || 3^o La partie des excédents de revenus non affectés au service de la Dette consolidée qui est destinée à l'amortissement par l'article 15 de la présente loi. || Ces ressources ne seront appliquées à l'amortissement qu'après l'ex-

inction complète des créances mentionnée dans l'article précédent. || Nonobstant cette disposition, les excédents budgétaires dont il s'agit conserveront le caractère de deniers publics.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880

Art. 71. Sont ratifiées les transactions particulières spécifiées dans l'annexe A ayant eu pour objet le règlement des créances garanties par des gages ou des privilèges ou la résiliation de contrats de fournitures non encore complètement exécutés.

Art. 72. Seront payées intégralement en titres de la Dette privilégiée au pair la créance de l'Administration de Wakfs arrêtée à la somme de L. É. 290,976, et celle de l'administration des écoles nationales arrêtée à la somme de L. É. 13,343. || Les sommes dues à des tiers par la Caisse des Orphelins, également payables en numéraire, seront soldées soit sur l'actif de la Caisse, soit sur les fonds de la liquidation, en ajoutant au capital un intérêt de 4 p. 0/0.

Art. 73. Les créanciers dont les droits sont l'objet des règlements spéciaux édictés par les articles 67 et 72 et qui sont munis de décisions judiciaires auront l'option entre ces règlements spéciaux et le règlement général prévu aux articles 68 et 69.

Art. 74. Les créanciers de la Daïra Kassah, porteurs de délégations sur l'ancienne Liste civile, enregistrées ou visées au Ministère des Finances, ou qui sont munis de décisions judiciaires établissant leurs droits, seront assimilés aux créanciers de l'État et désintéressés dans les conditions indiquées aux articles 68 et 69. || Toutefois, ceux d'entre eux qui auraient pris inscription hypothécaire sur des immeubles de la Daïra Kassah auront l'option entre l'exercice de leurs droits hypothécaires et le paiement de leur créance dans les conditions susindiquées. || Ces créanciers devront signifier leur option dans le délai de trois mois à partir de la publication de la présente loi, à défaut de quoi ils cesseront d'être considérés comme créanciers de l'État. S'ils exercent leurs droits hypothécaires ils n'auront, pour le surplus de leur créance, aucun recours contre l'État. || L'État sera de plein droit subrogé aux droits hypothécaires des créanciers désintéressés sur les deniers de la liquidation.

Art. 75. Seront déduits du montant des dettes de l'État les arriérés dus pour l'année 1878, tant sur la Liste civile de S. A. Ismaïl-Pacha que sur les allocations des Membres de sa famille désignés ci-après: || S. A. la Princesse sa mère, LL. AA. les Princesses ses épouses, LL. AA. les Princes et Princesses ses enfants, leurs époux, leurs épouses et leurs enfants. || Les sommes dues par eux ou leurs Daïras à titre d'impôts ou de taxes arriérés jusqu'au 1^{er} janvier 1879 ne leur seront pas réclamées. || En outre, une somme de L. É. 225,000 prélevée sur les fonds de la liquidation sera affectée au règlement des dettes des Membres de Notre Famille désignés ci-dessus ainsi que des dettes de la Daïra Kassa autres que celles dont il est parlé à l'article 74. || Ce règlement sera fait par les soins du Ministère des Finances, en se conformant, par analogie, aux dispositions du droit privé applicables par les tribunaux de la Réforme en matière de contribution.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Art. 76. Une somme de L. É. 127,816 est affectée au paiement des arriérés dus sur leurs allocations de l'année 1879 aux Membres de Notre Famille mentionnés à l'article précédent.

Art. 77. Les arriérés des allocations antérieures au 1^{er} janvier 1879, dus aux Princes et Princesses de Notre Famille, autres que ceux dont il est fait mention à l'article 75, seront réglés et payés dans les conditions de l'article 68.

Art. 78. L'annuité de L. st. 60,000, précédemment instituée au profit de S. A. le Prince Abdul-Halim-Pacha et représentée par des bons du Trésor au porteur, est réduite, à compter du 1^{er} janvier 1880, à L. É. 15,000, conformément à Notre décret en date du 21 janvier 1880. || Cette annuité sera incessible et insaisissable. || Les bons du Trésor dits bons Halim, souscrits par le Ministre des Finances le 2 octobre 1870 (7 ragheb 1287), portant les n^{os} 23 et suivants jusques et y compris le n^o 80, chacun desdits bons d'une valeur de 2,925,000 P. T. (L. st. 30,000), venant à échéance le 11 juillet 1882 et les 11 janvier et 11 juillet des années suivantes, sont rayés des livres des dettes de l'État. Aucun desdits bons ne sera payé, en quelques mains qu'il se trouve.

Art. 79. Indépendamment de l'annuité de 15,000 L. É. inscrite au budget de l'État à partir du 1^{er} janvier 1880, le montant intégral des cinq bons venant à échéance dans le cours des années 1880 et 1881 et le 11 janvier 1882, qui, aux termes du contrat passé le 11 juillet 1870, entre S. A. le Khédive Ismail-Pacha et S. A. le Prince Halim, ont pu être escomptés, soit 150,000 L. st., sera exigible à partir de la publication de la présente loi et compris dans la dette non-consolidée pour être réglé et payé dans les conditions spécifiées à l'article 68.

Art. 80. S. A. le Prince Halim aura le droit de recueillir les successions qui ont pu ou qui pourront s'ouvrir à son profit à partir du 1^{er} janvier 1880, nonobstant la renonciation insérée au contrat du 11 juillet 1870.

Art. 81. Sera considérée comme nulle et non avenue la clause du même contrat, par laquelle le Prince Halim renonce à toute allocation en sa faveur ou en faveur de ses enfants après l'échéance de la dernière des annuités de 15,000 L. É. visés dans l'article 78.

Art. 82. La situation respective de l'État et de la succession d'Ismail-Pacha-Saddik demeure fixée ainsi qu'il suit: l'État prend à sa charge les dettes reconnues de la succession et celles qui peuvent résulter des réclamations dirigées contre elle, telles qu'elles sont indiquées au tableau B annexé à la présente loi. Ces dettes seront intégralement payées en espèces. || Moyennant quoi, l'État et la succession ou ses ayants droit seront entièrement libérés l'un envers l'autre, sans qu'il puisse y avoir entre eux ni comptes à faire, ni réclamations à formuler, ni droits ou revendications à exercer, pour quelque cause que ce soit.

Art. 83. Par l'effet des règlements et paiements des créances aux clauses

et conditions de la présente loi, l'État et les administrations de l'État seront complètement et définitivement libérés envers les créanciers de la liquidation et leurs ayants droit, quelles que soient leurs causes de préférence, sans qu'il puisse y avoir, au sujet de droits acquis antérieurement à 1880, ni autres comptes à faire, ni réclamations à formuler, ni droits ou revendications à exercer de part et d'autre. || Par suite, les créanciers désintéressés dans les conditions de la présente loi devront, en même temps qu'ils donneront quittance, consentir la radiation de toute transcription ou inscription d'hypothèque ou de tous autres droits sur les biens de l'État. A défaut de ce consentement, la radiation ou l'annulation devra en être ordonnée par justice. || Il en sera de même de toutes mesures conservatoires ou d'exécution pratiquées à l'encontre du Gouvernement et des administrations de l'État, antérieurement ou postérieurement à la présente loi, par des créanciers de la liquidation. || Le présent article ne préjudiciera en rien aux droits réels acquis en vertu d'inscriptions d'hypothèques conventionnelles. || Les frais d'inscription et de radiation des hypothèques seront à la charge de la liquidation.

Nr. 7740.
Aegypten.
17 Juli 1880.

Art. 84. Les biens de l'État énumérés dans le décret du 16 juin 1880 font partie du domaine public insaisissable et imprescriptible, sous réserve, en ce qui concerne les palais de Minich et de Roda, de leur affectation à la garantie de la Dette générale de la Daira Sanieh, telle qu'elle résulte des articles 41 et 62 de la présente loi. || Toutefois, les droits acquis en vertu d'inscriptions hypothécaires prises sur ces biens antérieurement à la publication dudit décret sont maintenus. || Les biens immeubles énumérés dans le décret précité ne pourront être aliénés qu'autant qu'un décret les aura fait rentrer dans le domaine privé.

Art. 85. Toutes sommes dues à l'État ou aux administrations de l'État par les créanciers de la liquidation, à quelque titre et pour quelque cause que ce soit, seront compensées avant tout règlement avec leurs créances, sans préjudice des compensations spéciales prévues dans la présente loi.

Art. 86. A partir de la publication de la présente loi, nul ne sera recevable devant aucune juridiction, pour quelque cause et sous quelque forme que ce soit, à intenter une action quelconque, soit contre le Gouvernement soit contre les administrations de l'État, à raison de droits acquis antérieurement au 1^{er} janvier 1880, si ce n'est en matière de contestations relatives au montant des dettes mentionnées à l'article 66 et sous les réserves contenues dans les articles 67 et suivants.

Titre IV. — *Moukabalah.*

Art. 87. La loi de la Moukabalah, rapportée par notre décret du 6 Janvier 1880, est et demeure définitivement abrogée, sous les réserves contenues dans l'article 5 dudit décret. Sont également abrogées les dispositions de l'article 3 du même décret. || Les versements de la Moukabalah reconnus réguliers donneront droit à une indemnité au profit des personnes qui, lors du règlement dont il va être parlé ci-dessous, seront propriétaires des terres

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

auxquelles ont été appliqués ces versements. || Seront considérées comme propriétaires, sous réserve des droits des tiers, les personnes inscrites sur les registres des impôts fonciers. || Les propriétaires susindiqués devront faire valoir leurs droits dans une demande écrite ou verbale, adressée avant le 1^{er} janvier 1881 aux Moudirs ou aux agents désignés à cet effet par le Ministre des Finances, et il leur en sera délivré récépissé.

Art. 88. Au vu de ces réclamations, Notre Ministre des Finances fera établir les décomptes individuels des réclamants en les considérant comme créanciers: || 1^o Des versements successifs faits à titre de Moukabalah par eux ou par les précédents propriétaires; || 2^o Des intérêts à 4 p. $\frac{0}{10}$ de ces versements; || Et comme débiteurs: || 1^o Des dégrèvements annuels d'impôts fonciers alloués par suite des versements de la Moukabalah; || 2^o Des arriérés d'impôts de toutes sortes et des autres dettes antérieures à 1880, dont les ayants droit se trouveraient redevables vis-à-vis de Notre Gouvernement, et ce nonobstant toutes dispositions contraires; || 3^o Des intérêts à 4 p. $\frac{0}{10}$ de ces dégrèvements, arriérés et dettes. || Seront éliminés des décomptes, les versements opérés en bons du Trésor et en Ragas qui seraient reconnus fictifs et ceux qui auraient été inscrits en vertu d'ordres supérieurs non suivis de paiement. || Le reliquat des décomptes, représentant la créance nette de chaque ayant droit, servira de base à la répartition de l'indemnité.

Art. 89. Une somme annuelle de L. E. 150,000 sera prélevée à compter du 1^{er} juillet 1880 pour le service de l'indemnité de la Moukabalah sur les revenus budgétaires destinés à la Dette générale, conformément à l'article 16. || Elle sera répartie entre les propriétaires ci-dessus désignés, sous forme d'annuités applicables au paiement de la contribution foncière. La répartition sera faite au prorata des créances nettes établies par les décomptes individuels. || Dans le cas où la liquidation ne serait pas achevée à temps pour que la demi-annuité 1880 puisse être appliquée aux contributions de l'année courante, il en sera tenu compte aux contribuables sur les rôles de 1881.

Art. 90. Les annuités seront servies pendant une période de cinquante ans. || La constatation en sera faite dans les villages sur un registre spécial présentant, dans des comptes ouverts à chaque ayant droit, la série des annuités successives ainsi que la désignation détaillée par lieux dits, contenances et quotes-parts d'impôt des terres auxquelles les annuités seront applicables. || A chaque mutation de propriété, la portion des annuités correspondant à la portion des terres aliénées sera distraite, sur le registre spécial, du compte de l'ancien propriétaire et reportée au compte du nouveau.

Art. 91. Lors de l'exécution du cadastre, l'évaluation des terres et la répartition de l'impôt seront faites sans tenir compte de ces annuités.

Art. 92. Il sera délivré par le Moudir à chaque ayant droit, lors de l'établissement des décomptes et à l'occasion des mutations, un certificat énonçant le montant des annuités pour lesquelles il se trouvera inscrit sur le registre spécial du village. || Chaque année, les annuités seront inscrites sur

les virds ou extraits de rôles des contribuables en diminution de leurs impôts fonciers. || Aux époques déterminées par Notre Ministre des Finances, les sarrafs feront annuellement l'imputation des annuités de l'année courante sur le registre de recette de l'impôt foncier comme d'un versement reçu des ayants droit sur leurs contributions. || En compensation de ces imputations, la dotation des annuités restera à la disposition de Notre Ministre des Finances. Toutefois, la portion de la dotation afférenté aux provinces qui sont affectées à la Dette publique devra être reversée à la Caisse de la Dette en deux termes égaux, avant le 26 avril et le 26 octobre.

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Art. 93. Un règlement d'administration, arrêté en Conseil des Ministres sur la proposition de Notre Ministre des Finances, déterminera les mesures à prendre pour l'établissement des décomptes de la Moukabalah, la confection et la tenue des registres d'annuités et le contrôle des opérations.

Titre V. — *Dispositions Générales.*

Art. 94. Les frais de toute nature auxquels donneront lieu les opérations de la liquidation seront prélevés sur l'actif général de la liquidation de la Dette non-consolidée.

Art. 95. Les reliquats de l'actif de la liquidation de la Dette non-consolidée, après extinction de cette Dette, seront versés à la Caisse de la Dette publique et affectés à l'amortissement de la Dette unifiée.

Art. 96. Il sera tenu une comptabilité spéciale des opérations de la liquidation et pendant toute la durée de ces opérations, le compte nous en sera présenté annuellement par Notre Ministre des Finances; avant le 31 mars pour la période écoulée jusqu'au 31 décembre de l'année précédente. || Ce compte sera publié au *Moniteur égyptien*.

Art. 97. La présente loi ne portera aucune atteinte aux clauses du contrat intervenu le 12 avril 1880 entre Notre Gouvernement et les contractants de l'emprunt domaniale, en vertu desquelles les revenus de la province de Khéné sont éventuellement affectés à la garantie de cet emprunt.

Art. 98. La présente loi sera publiée dans le *Moniteur égyptien*. || Dès sa publication, elle sera exécutoire, nonobstant toutes dispositions contraires résultant des lois, décrets, décisions du Conseil privé, ordres supérieurs, règlements, contrats ou usages en vigueur.

Art. 99. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution de la présente loi.

Fait au Palais de Ras-El-Tin, le 17 juillet 1880.

M e h e m e d - T e w f i k.

Par le Khédivé

[Unterschriften der Minister].

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Tableau A. — *Transactions.*

(Voir l'article 71.)

		Piastres turques.
14 juin 1880 . .	Grenfield et compagnie	40,950,000 00
5 juillet 1880 .	G. C. Zuro et compagnie	3,905,816 22
10 juillet 1880 .	Achille Parisot	721,626 25
23 mai 1880 . .	Coppel Wegersberg et Kirschbaum . .	1,378,650 00
	Remington	6,337,500 00
	Armstrong	2,340,000 00
	Paponot	19,399,138 5
15 juillet 1880 .	Dusseaud frères	7,229,683 20
	Total	<u>82,262,414 32</u>

Tableau B. — *Succession d'Ismail-Pacha-Saddik.*

(Voir l'article 82.)

1^o Dettes constatées devant les Mehkémés, ne comportant ni intérêt ni frais.

		Piastres turques
Moustapha-Pacha-Saddik		468,347 33
Farida-Hanem		77,630 15
Saint-Maurice		32,916 00
Rochmann		36,500 00
Coronco		10,725 00
Mohamed-Effendi-Barto		11,863 8
	Total	<u>637,982 16</u>

2^o Dettes constatées par-devant les tribunaux mixtes de la réforme portant intérêts jusqu'au jour du paiement intégral avec frais et dépens.

		Piastres turques.
Banque anglo-égyptienne. — Compte, valeur fin février 1880		2,632,500 00
Baronne Issaverdens. — Compte approximatif		234,532 14
Chailan frères. — Compte approximatif		52,276 36
Édouard Caprara. — Compte approximatif		63,352 16
Compagnie Fives-Lille. — Compte approximatif		18,794 23
A. Auric. — Compte approximatif		8,444 27
	Total	<u>3,009,900 36</u>

Réclamations contestées et pendantes devant les tribunaux.

Aidé et compagnie. — Différence sur les prix de bons qui auraient été achetés pour compte de feu Ismail-Pacha-Saddik . . . *Mémoire.*



Aidé et compagnie. — Capital prétendu souscrit et non versé en commandite chez Aidé et compagnie	<i>Mémoire.</i>	Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1890.
Hassan - Moussa - el - Akkad. — Avance prétendue d'une somme d'argent	<i>Mémoire.</i>	
Marinelli. — Travaux et fournitures	<i>Mémoire.</i>	
Joseph Kahil. — Cession de créance	<i>Mémoire.</i>	
4 ^o Honoraires de l'avocat de la Succession,	<i>Mémoire.</i>	

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.



Das Staatsarchiv.

Sammlung
der officiellen Actenstücke
zur
Geschichte der Gegenwart.

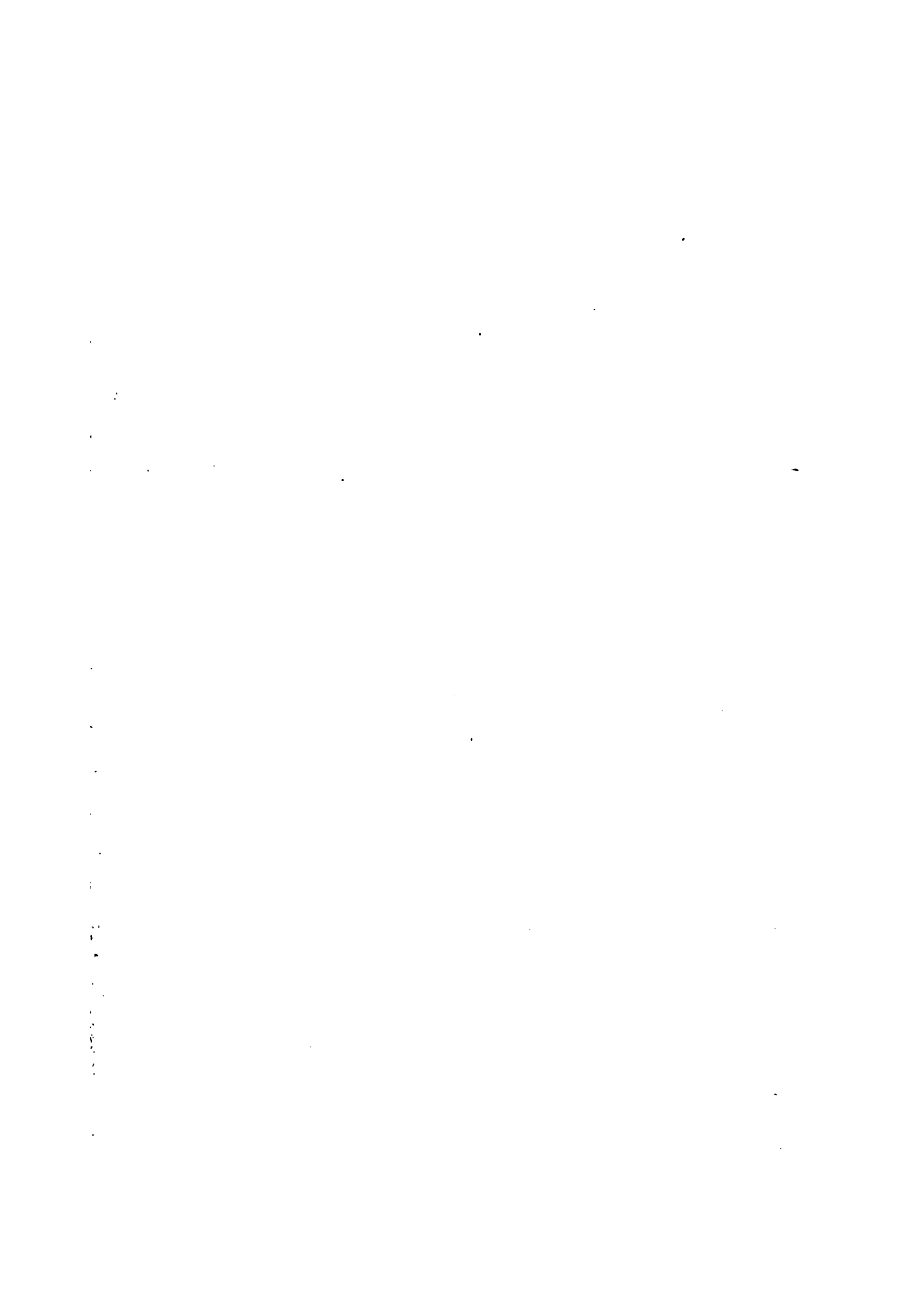
Begründet
von
Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben
von
Dr. Hans Delbrück.

Einundvierzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1883.



I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Aegypten. (Vergl. Bd. XL und vorg.)

1866. Nov. 20. Aegypten. Règlement déterminant les Attributions des Membres de la Chambre des Députés 7741.
1881. Sept. 10. Grossbritannien. Geschäftsträger in Kairo (Cookson) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). Militäraufstand in Kairo; Entlassung des Ministeriums Riaz; Ernennung Cherif-Pascha's zum Minister-Präsidenten 7742.
- „ „ 10. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris (Adams). Anweisung, sich offen mit der französischen Regierung über die Situation zu verständigen 7743.
- „ „ 11. — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Barthélémy-St.-Hilaire über die Krisis in Aegypten 7744.
- „ „ 12. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. Der englischen Regierung wäre die Sendung türkischer Truppen nach Aegypten unerwünscht 7745.
- „ „ 13. — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Barthélémy-St.-Hilaire hat die Idee einer englisch-französischen militärischen Controlle in Aegypten angeregt 7746.
- „ „ 14. Frankreich und Grossbritannien. Generalconsuln in Kairo an den ägyptischen Minister-Präsidenten (Chérif-Pascha). Versprechen der Unterstützung 7747.
- „ „ 15. Frankreich. Min. d. Ausw. (B.-St.-Hilaire) an den franz. Botschafter in London (Challemel-Lacour). Gegen die türkische Intervention 7748.
- „ „ 16. Grossbritannien. Geschäftsträger in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Programm des Ministeriums Chérif-Pascha 7749.
- „ „ 19. — Botschafter in Konstantinopel (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit dem Sultan: England wünscht Aufrechterhaltung des *status quo* 7750.
- „ „ 20. — Derselbe an Denselben. Hat der Entsendung eines Generals nach Aegypten widerrathen 7751.
- „ „ 23. — Generalconsul in Kairo (Malet) an den engl. Min. d. Ausw. Ursachen der Militärunruhen vom 9. Septbr. 7752.



IV

Sachregister. — Aegypten.

1881.	Sept.	30.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). Unterredung mit dem engl. Geschäftsträger über die Situation in Aegypten. Verschiedene Ansichten über Entsendung eines türkischen Generals	7753.
„	Oct.	2.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Die englische Regierung hat mit Ueerraschung und Bedauern die Entsendung türkischer Gesandter nach Aegypten erfahren	7754.
„	„	4.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Der französische und der englische Botschafter haben der Pforte Vorstellungen wegen Entsendung Fuad-Bey's nach Aegypten gemacht	7755.
„	„	4.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Unterredung mit dem türkischen Botschafter über Englands Politik in Aegypten	7756.
„	„	4.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel (Tissot). Möglichste Abkürzung der Dauer der türkischen Mission	7757.
„	„	4.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Project der militärischen Controle in Aegypten	7758.
„	„	4.	Aegypten. Brief des Minister-Präsidenten an den Khedive. Einberufung der Notabelnkammer	7759.
„	„	6.	Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Hat der ägyptischen Regierung gerathen, jede Einmischung der türkischen Gesandten in die innere Verwaltung fest abzuweisen	7760.
„	„	7.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Bekämpfung eines etwaigen Eingriffs der türkischen Gesandten in die Verwaltung Aegyptens. Zustimmung Frankreichs	7761.
„	„	11.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Unruhe des Sultans über die Entsendung der Kriegsschiffe	7762.
„	„	12.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Frankreich und England werden ihre Schiffe zurückziehen, sobald die türkischen Gesandten zurückberufen sind	7763.
„	„	14.	— Derselbe an Denselben. Der Sultan weigert sich, vor Zurückziehung der Schiffe die Gesandten abzurufen	7764.
„	„	16.	— Derselbe an Denselben. Die Kriegsschiffe werden an demselben Tage mit der türkischen Gesandtschaft Aegypten verlassen	7765.
„	„	17.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo (Sienkiewicz). Die französischen und englischen Interessen in Aegypten	7766.
„	„	17.	Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Verhalten der türkischen Gesandten in Aegypten	7767.
„	„	18.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit dem Sultan über Englands ägyptische Politik	7768.

1881.	Oct.	19.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. Eine officielle Bitte um Unterstützung ist bei der deutschen Regierung seitens der Pforte nicht erfolgt	7769.
"	"	19.	— Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. Unterredung mit dem russischen Botschafter über Aegypten	7770.
"	Nov.	4.	— Min. d. Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. Die Ziele der ägyptischen Politik Englands	7771.
"	Dec.	15.	Frankreich. Min. d. Ausw. (Gambetta) an den franz. Botschafter in London. Hat mit der englischen Regierung Verhandlungen über gemeinschaftliche Schritte in Aegypten eröffnet	7772.
"	"	24.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Gambetta's Vorschlag, eine identische Note an den Khedive zu richten	7773.
"	"	26.	Aegypten. Rede des Khedive bei Eröffnung der Notabelnkammer am 26. December 1881	7774.
"	"	26.	— Rede des Präsidenten der Notabelnkammer (Sultan-Pascha) nach Eröffnung derselben	7775.
"	"	30.	Frankreich. Min. d. Ausw. (Gambetta) an den franz. Botschafter in London (Challamel-Lacour). Entwurf der englisch-französischen Note an den Khedive	7776.
1882.	Jan.	6.	— Botschafter in Konstantinopel (Tissot) an den franz. Min. d. Ausw. Beunruhigung der Pforte durch die projectirte englisch-französische Note	7777.
"	"	6.	— Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. Annahme des Entwurfs der Note. Tragweite derselben	7778.
"	"	6.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. Officielle Zustimmung zu dem Project der Note	7779.
"	"	7.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Billigung des englischen Vorbehalts	7780.
"	"	7.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Differenz zwischen Granville's persönlicher und der officiellen Zustimmung zu der gemeinsamen Note . .	7781.
"	"	7.	— Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Anweisung, die gemeinsame Note zu überreichen . .	7782.
"	"	7.	— und Grossbritannien. Identische Note der Min. d. Ausw. an die Generalconsuln in Kairo (am 8. Januar dem Khedive mitgetheilt)	7783.
"	"	7.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Instruction, betreffend die identische Note .	7784.
"	"	9.	— Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. Bedeutung der englischen Zustimmung zum Text der Note	7785.
"	"	9.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Dufferin). Bedeutung der Note vom 7. Januar	7786.
"	"	10.	Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Schlechter Eindruck der Note	7787.
"	"	10.	— Geschäftsträger in Berlin (d'Aubigny) an den franz.	

			Min. d. Ausw. Verhandlungen der Ostmächte über Aegypten	7788.
1882.	Jan.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Wien (Elliot) an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Kalnoky über die englisch-französische Note	7789.
"	"	11.	— Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Das Budgetrecht der ägyptischen Kammer	7790.
"	"	12.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Gambetta ist gegen die Verleihung des Budget-Bewilligungsrechts an die ägyptische Kammer	7791.
"	"	13.	Türkei. Min. d. Ausw. (Assim) an die türk. Botschafter in Paris und London. Protest gegen die gemeinsame Note vom 8. Januar	7792.
"	"	13.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Interpretation der gemeinsamen Note vom 7. Januar	7793.
"	"	16.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Budgetrecht der ägyptischen Kammer. Zustimmung zu Gambetta's Ansicht	7794.
"	"	17.	— Botschafter in Rom (Paget) an den engl. Min. d. Ausw. Die italienische Politik bez. Aegyptens	7795.
"	"	17.	Frankreich und Grossbritannien. Die Generalcontroleure an die englischen und französischen Generalconsuln. Das von der ägyptischen Kammer beanspruchte Budgetrecht tangirt die Rechte der General-Controleure	7796.
"	"	17.	— Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Nothwendigkeit der Finanzcontrole in Aegypten	7797.
"	"	17.	— Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. Die englische Regierung ist einer Action zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Note entschieden abgeneigt	7798—
"	"	18.	— Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter in London und Konstantinopel und den Generalconsul in Kairo. Unterredung mit dem türkischen Gesandten über die Note vom 7. Januar	7799
"	"	20.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Zögern der englischen Regierung	780
"	"	23.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Anweisung, mit Granville über eine Intervention zu unterhandeln	780
"	"	23.	— Derselbe an Denselben. Die Westmächte haben ein Recht zur Intervention auch ohne die Ostmächte	780
"	"	23.	Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen mit dem Kammerpräsidenten über das Budgetrecht	780
"	"	24.	Frankreich. Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. Granville ist gegen das selbständige Vorgehen der Westmächte	780
"	"	25.	— Derselbe an Denselben. Unterredung mit Granville über eine selbständige Action der Westmächte	780
"	"	27.	Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min.	

			d. Ausw. Memorandum an den ägyptischen Minister-Präsidenten, betreffend das Budgetrecht	7806.
1882.	Jan.	29.	Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Gefahren einer Intervention in Aegypten . .	7807.
"	"	30.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die türkische Intervention ist das geringste Uebel, Verständigung mit den andern Grossmächten darüber erforderlich	7808.
"	Febr.	1.	— Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Gefahr für die Europäer im Fall einer Intervention .	7809.
"	"	3.	Frankreich. Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. Verbalnote der Ostmächte an die Pforte	7810.
"	"	3.	— Min. d. Ausw. (Freycinet) an den franz. Botschafter in London. Verständigung mit dem englischen Botschafter, dass keine militärische Action in Aegypten stattfinden solle	7811.
"	"	4.	Aegypten. Brief des Premierministers (Mahmud-Samy-Pascha) an den Khedive. Programm des neuen Ministeriums	7812.
"	"	6.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Vorschlag, mit den Ostmächten bez. Aegyptens in Unterhandlung zu treten	7813.
"	"	6.	— Botschafter in St.-Petersburg (Thornton) an den engl. Min. d. Ausw. Stellung Russlands zur ägypt. Frage	7814.
"	"	6.	— Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Sturz des Ministeriums Chérif. Unterzeichnung des organischen Gesetzes	7815.
"	"	6.	Aegypten. Memorandum der Generalcontroleure, betreffend das Budgetrecht der ägyptischen Kammer	7816.
"	"	6.	Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Folgen des Ministerwechsels in Aegypten . .	7817.
"	"	7.	Aegypten. Loi Organique de la Chambre des Délégués .	7818.
"	"	8.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Hat Granville's Vorschlag, mit den Ostmächten in Verhandlung zu treten, acceptirt . . .	7820.
"	"	9.	Aegypten. Premierminister (Mustapha-Fehmi) an die franz. und engl. Generalconsuln in Kairo. Das 'Règlement Organique' verstösst nicht gegen die internationalen Verträge	7819.
"	"	10.	Frankreich und Grossbritannien. Die Min. d. Ausw. an den engl. und franz. Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf den Protest der Pforte vom 13. Januar. Rechtfertigung der Note vom 7. Januar	7821.
"	"	11.	— Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Verhalten gegenüber dem neuen Ministerium . . .	7822.
"	"	11.	— und Grossbritannien. Die Min. d. Ausw. an die franz., resp. engl. Botschafter in Berlin, Wien, St.-Petersburg und Rom. Anknüpfung von Unterhandlungen mit den Ostmächten	7823.
"	"	11.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Instruction des Sultans an den Khedive	7824.

1882. Febr. 15. Grossbritannien. Botschafter in Berlin (Amphill) an den engl. Min. d. Ausw. Bismarck's Ansicht über die Stellung Englands und Frankreichs in Aegypten . . . 7825.
- „ „ 16. Frankreich. Botschafter in Berlin (Courcel) an den franz. Min. d. Ausw. Bismarck sieht die einfachste Lösung in der Entsendung türkischer Truppen nach Aegypten . . . 7826.
- „ „ 16. Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Memorandum, betreffend die Verletzung der internationalen Verträge durch das neue Gesetz über die Befugnisse der Kammer 7827.
- „ „ 22. — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. Mancini's Ansichten über eine militärische Intervention in Aegypten 7828.
- „ „ 24. Oesterreich-Ungarn. Min. d. Ausw. (Kálnoky) an den k. k. Botschafter in London. Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar 7829.
- „ „ 27. Deutschland. Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar 7830.
- „ „ 27. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. Eine Conferenz ist noch nicht in Aussicht genommen 7831.
- „ „ 27. Italien. Min. d. Ausw. (Mancini) an den ital. Botschafter in London (Menabrea). Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar 7832.
- „ „ 28. Russland. Botschafter in London (Lobanow) an den engl. Min. d. Ausw. Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar 7833.
- „ „ 28. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Berlin. Falsche Auffassung der Propositionen vom 11. Februar seitens der deutschen Regierung . . . 7834.
- „ März 1. — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. Zweck der gemeinsamen englisch-französischen Note vom 11. Februar 7835.
- „ „ 6. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Gefahren einer Intervention. Nothwendige Ausdehnung derselben 7836.
- „ „ 11. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Verhalten gegenüber dem ägyptischen Ministerium . . . 7837.
- „ „ 17. Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Die Rückberufung Balignières' hat keine politische Bedeutung 7838.
- „ „ 20. — Geschäftsträger in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Verschlimmerung der Lage in Aegypten 7839.
- „ „ 22. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Erste Unterredung mit dem neuen französischen Botschafter, Tissot 7840.
- „ „ 27. Russland. Generalconsul in Alexandrien (Lex) an den russ. Min. d. Ausw. (Giers). Der Conflict des ägyptischen Ministeriums mit den General-Controleuren 7841.
- „ April 22. Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min.

- d. Ausw. Die Krisis in Aegypten ist nicht der Unfähigkeit des Khedive zuzuschreiben 7842.
1882. April 24. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. England glaubt, dass durch Entsendung eines türkischen Generals bewaffnete Intervention vermieden werden kann 7843.
- „ „ 29. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlung mit Freycinet über den Vorschlag vom 24. April 7844.
- „ Mai 2. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Hat die Bestätigung des Urtheils widerrathen 7845.
- „ „ 2. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Discussion des Vorschlages vom 24. April 7846.
- „ „ 3. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. Bismarck ist für eine türkische und gegen eine englisch-französische Intervention 7847.
- „ „ 3. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Freycinet will auf jeden Fall eine bewaffnete Intervention durch die Türkei vermeiden 7848.
- „ „ 4. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Der Khedive hat die Vertreter der Ostmächte wegen Bestätigung des Urtheils um Rath gefragt 7849.
- „ „ 4. Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Konferenz der Generalconsuln bei dem Khedive mit Ausnahme des französischen 7850.
- „ „ 5. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Anweisung, sich reservirt zu verhalten 7851.
- „ „ 6. — Derselbe an Denselben. Anweisung, sich bei jeder Gelegenheit mit dem englischen Generalconsul zu verständigen 7852.
- „ „ 7. Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Râth, die Lösung der ägyptischen Krisis zu beschleunigen 7853.
- „ „ 8. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter über die türkische Intervention 7854.
- „ „ 8. Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Der Khedive hat, ohne das Ministerium zu befragen, die Frage der Urtheilsbestätigung dem Sultan unterbreitet 7855.
- „ „ 9. Grossbritannien. Geschäftsträger in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen der Westmächte mit der Türkei 7856.
- „ „ 11. Russland. Min. d. Ausw. (Giers) an den russ. Botschafter in Paris. Deutschland, Oesterreich und Russland erkennen das hervorragende Interesse Frankreichs und Englands in Aegypten an 7857.
- „ „ 11. Frankreich. Aus der Rede Freycinet's, gehalten in der Deputirtenkammer am 11. Mai 1882 in Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Villeneuve 7858.
- „ „ 12. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London.

			Vorschläge des französischen Ministeriums zur Lösung der ägyptischen Krisis	7859.
1882.	Mai	12.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. England erkennt einen vorwiegenden Einfluss Frankreichs in Aegypten nicht an	7860.
	"	"	13. — Derselbe an Denselben. Zustimmung zu den französischen Vorschlägen vom 12. Mai	7861.
	"	"	14. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Instructionen bei Entsendung des Geschwaders	7862.
	"	"	14. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. Arabi ist persönlich verantwortlich zu machen	7868.
	"	"	15. Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Aussöhnung des Khedive mit dem Ministerium	7863.
	"	"	15. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in London. Bedauern, dass die Ostmächte nicht zur Cooperation aufgefordert sind	7864.
	"	"	15. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Hat die Pforte vor selbständigen Schritten gewarnt	7865.
	"	"	15. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Instruction des englischen Admirals	7866.
	"	"	16. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Circular an die Consuln in Aegypten	7867.
	"	"	16. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Die Versöhnung des Khedive mit dem Ministerium ist eine unbefriedigende Lösung	7869.
	"	"	17. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Berlin. Die englisch-französische Flotte wird event. auch deutsche Staatsangehörige schützen	7870.
	"	"	17. Türkei. Min. d. Ausw. an die türk. Botschafter bei den Grossmächten. Protest gegen die Entsendung des englischen und französischen Geschwaders	7871.
	"	"	18. Frankreich. Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. Die Pforte sieht in der Entsendung der Kriegsschiffe einen Eingriff in ihre Suzeränität .	7872.
	"	"	19. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Frankreich wird die Suzeränität des Sultans respectiren	7873.
	"	"	19. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. Instruction des Commandanten des franz. Geschwaders	7874.
	"	"	20. — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. Deutschlands Politik in Konstantinopel	7875.
	"	"	22. — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Telegramm der Pforte an den Khedive	7876.
	"	"	23. — und Grossbritannien. Die Min. d. Ausw. an die betreffenden Botschafter in Berlin, Konstantinopel, St-Petersburg, Rom und Wien. Gründe der Entsendung der Kriegsschiffe nach Alexandrien	7877.
	"	"	23. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Kairo. Antwort auf das Circular der Pforte vom 17. Mai	7878.

1882.	Mai	23.	Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Das Ministerium weigert sich, zu demissioniren	7879.
	"	"	24. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Türkische Intervention erforderlich	7880.
	"	"	27. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Der Ministerrath hat die türkische Intervention abgelehnt	7881.
	"	"	27. Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Demission des Ministeriums	7882.
	"	"	27. Frankreich. Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. Doppeltes Spiel der Pforte	7883.
	"	"	28. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Aufforderung an den Sultan, das ägyptische Ministerium zu desavouiren	7884.
	"	"	30. — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. Deutschland unterstützt die Schritte der Westmächte bei dem Sultan	7885.
	"	"	30. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Vorschlag einer Conferenz	7886.
	"	"	30. Grossbritannien. Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. Eindruck der Wiedereinsetzung Arabi-Pascha's	7887.
	"	"	31. — Min. d. Ausw. an die Botschafter in Berlin, Konstantinopel, St.-Petersburg, Rom und Wien. Annahme der Conferenz	7888.
	Juni	2.	Frankreich. Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter bei den Grossmächten. Einladung zu einer Botschafter-Conferenz in Konstantinopel	7889.
	"	"	3. Türkei. Min. d. Ausw. (Saïd) an den türk. Botschafter in Paris. Die Pforte hofft, dass die Mächte die Conferenz in Folge der Mission Derwisch-Pascha's aufgeben werden	7890.
	"	"	5. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Antwort auf die die Conferenz ablehnende Note der Pforte	7891.
	"	"	9. — Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter bei den Grossmächten. Besteht auf dem Zusammentreten der Conferenz	7892.
	"	"	12. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Die Verhandlungen der Conferenz sollen auf die ägyptische Frage beschränkt bleiben	7893.
	"	"	15. — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. Der Pforte ist die Versicherung gegeben, dass auf der Conferenz nur die ägyptische Frage behandelt werden soll	7894.
	"	"	16. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Vorschlag, auf der Conferenz ein Uneigennützigkeits-Protokoll zu unterzeichnen	7895.
	"	"	19. — Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter in London und Konstantinopel. Aufforderung zum Zusammentritt der Conferenz	7896.
	"	"	19. — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d.	

			Ausw. Der Sultan desavouirt den Vorschlag des türkischen Botschafters in London, eine Konferenz in Konstantinopel ohne Betheiligung der Pforte abzuhalten	7897.
1882.	Juni	19.	Frankreich. Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. Verhandlungen mit Bismarck über die Konferenz	7898.
"	"	20.	Türkei. Min. d. Ausw. an die türk. Botschafter bei den Grossmächten. Die Pforte hält die Konferenz für inopportun und hofft, dass dieselbe unterbleiben werde	7899.
"	"	20.	Frankreich. Generalconsul in Aegypten an den franz. Min. d. Ausw. Griechenland ist bereit, 7000 Mann in Alexandrien zu landen	7900.
"	"	21.	— Botschafter in Wien an den franz. Min. d. Ausw. Ausweichende Antwort Kálnoky's auf die Einladung zur Konferenz	7901.
"	"	21.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. Instruction für die Konferenz	7902.
"	"	23.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Erste Sitzung der Konferenz	7903.
"	"	24.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Der Suez-Canal in Gefahr	7904.
"	"	24.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Der Sultan verlangt kategorisch die Absichten Englands bez. Aegyptens zu wissen	7905.
"	"	24.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Ablehnung der Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals	7906.
"	"	25.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Englands Absichten bez. Aegyptens	7907.
"	"	26.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Reschid-Bey. Wenn der Sultan seine Mitwirkung verweigert, wird England allein zur Occupation Aegyptens schreiten	7908.
"	"	26.	— Derselbe an Denselben. Zweite Sitzung der Konferenz	7909.
"	"	26.	Türkei. Min. d. Ausw. (Saïd) an den türk. Botschafter in London (Musurus). Berichte Derwisch-Pascha's über Aegypten. Die Konferenz erscheint danach unnöthig	7910.
"	"	26.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Versuche, die Pforte zur Theilnahme an der Konferenz zu veranlassen. Decoration Arabi-Pascha's	7911.
"	"	27.	— Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. Italiens Interessen in Aegypten und am Suez-Canal. Unterredung mit Mancini	7912.
"	"	27.	Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel an ihre Regierungen. Dritte Sitzung der Konferenz	7913.
"	"	27.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Dritte Sitzung. Englischer Vorschlag, türkische Truppen nach Aegypten zu entsenden	7914.
"	"	28.	— Derselbe an Denselben. Bericht über die dritte Sitzung	7915.

1882.	Juni	28.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Tragweite der Clausel von der <i>'force majeure'</i>	7916.
"	"	28.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Auffassung der Clausel <i>'force majeure'</i> den Botschaftern mitzuthellen	7917.
"	"	30.	Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die vierte Sitzung	7918.
"	"	30.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Vierte Sitzung der Conferenz	7919.
"	"	30.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Die Entsendung türkischer Truppen ohne Aufforderung seitens der Conferenz würde die englische Regierung nicht beunruhigen	7920.
"	"	30.	Russland. Min. d. Ausw. (Giers) an die russ. Botschafter. Ansichten der russischen Regierung über die ägyptische Krisis	7921.
"	Juli	2.	Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die fünfte Sitzung	7922.
"	"	3.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Fünfte Sitzung der Conferenz	7923.
"	"	3.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Möglichst schnell einen Beschluss der Conferenz herbeizuführen, türkische Truppen nach Aegypten zu entsenden	7924.
"	"	4.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Hat dem Sultan die Folgen seines Zögerns vorgestellt	7925.
"	"	4.	— Derselbe an Denselben. Italiens Vorschlag, dass keine Macht einzeln die Regelung der ägyptischen Frage unternehmen solle	7926.
"	"	5.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Ministerrath hat beschlossen, die Betheiligung am englischen Ultimatum abzulehnen	7927.
"	"	5.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Gründe des Beschlusses des französischen Ministerrathes	7928.
"	"	5.	Conferenz-Staaten. Identisches Telegramm der Botschafter über die sechste Sitzung	7929.
"	"	6.	— Identisches Telegramm der Botschafter über die siebente Sitzung	7930.
"	"	7.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Die italienische Regierung hat die Interpretation von <i>'force majeure'</i> schweigend hingenommen	7931.
"	"	8.	— Consul in Alexandrien an den engl. Min. d. Ausw. Note der Generalconsuln der Grossmächte an Admiral Seymour und Antwort desselben	7932.
"	"	9.	Türkei. Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. Verlangt Missbilligung der feindlichen Haltung des Admirals Seymour	7933.

1882.	Juli	10.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. Der deutsche Generalconsul in Aegypten ist instruiert, der englischen Action nichts in den Weg zu legen	7934.
"	"	11.	— Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Die Pforte verlangt Verschiebung des Bombardements	7935.
"	"	11.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. Uebersicht über die Verhandlungen in der ägyptischen Frage bis zum Bombardement von Alexandrien	7936.
"	"	12.	— Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter bei den Grossmächten und in Konstantinopel. Gefahr des Suez-Canals	7937.
"	"	12.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals	7938.
"	"	13.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Schutz des Canals. Wünscht ein Mandat der Conferenz für England und Frankreich	7939.
"	"	13.	— Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. England wünscht die Mitwirkung Frankreichs	7940.
"	"	14.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Schutz des Canals. Actions-Programm	7941.
"	"	15.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Freycinet wünscht mit Rücksicht auf die Deputirtenkammer die Canal-Frage möglichst bald vor die Conferenz zu bringen	7942.
"	"	16.	Frankreich. Min. d. Auswärtigen an den franz. Geschäftsträger in London (d'Aunay). Schutz des Canals. Erklärung auf der Conferenz	7943.
"	"	17.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. England will die anderen Mächte nicht am Suez-Canal ausschliessen	7944.
"	"	19.	— Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen der französischen Kammer über die Credit-Vorlage	7945.
"	"	19.	Türkei. Min. d. Ausw. an die Botschafter der Grossmächte in Konstantinopel. Bereitwilligkeit der Pforte, an der Conferenz theilzunehmen	7946.
"	"	19.	Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. Neunte Sitzung der Conferenz	7947.
"	"	20.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Protestirt gegen den vom französischen Admiral gebrauchten Ausdruck: „neutraler Charakter des Canals“	7948.
"	"	20.	Aegypten. Absetzungs-Ordre und Proclamation gegen Arabi	7949.
"	"	21.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Walsham). Bismarck will den Westmächten kein Mandat ertheilen	7950.
"	"	21.	Frankreich. Botschafter in Wien (Duchâtel) an den franz. Min. d. Ausw. Kálnoky weigert sich, den Westmächten ein Mandat zu ertheilen	7951.

1882.	Juli	21.	Grossbritannien. Botschafter in Wien (Elliot) an den engl. Min. d. Ausw. Kálnoky besteht auf der Verweigerung des Mandats	7952.
„	„	22.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Vorschläge zu einer gemeinsamen Intervention	7953.
„	„	23.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Einwendungen Freycinets gegen die Vorschläge	7954.
„	„	23.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger in London. Frankreich wird sich auf den Schutz des Suez-Canals beschränken	7955.
„	„	24.	— „Exposé des Motifs“ des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung eines Credits für Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals. Verlesen in der Deputirtenkammer vom Minister der Marine und Colonieen am 24. Juli 1882	7956.
„	„	25.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Actions-Programm am Canal	7957.
„	„	26.	— Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. Aufforderung an die italienische Regierung, sich an den Maassregeln am Suez-Canal zu beteiligen. Antwort Mancini's	7958.

Aegyptens Verfassung.

1866.	Nov.	20.	Aegypten. Règlement déterminant les Attributions des Membres de la Chambre des Députés. Vom 20. November 1866	7741.
1882.	Febr.	7.	— Loi Organique de la Chambre des Délégués. Vom 7. Februar 1882	7818.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vergl. Bd. XL u. vorg.)

1868.	Aug.	8.	Frankreich und Madagaskar. Freundschafts- und Handelsvertrag	7989.
1881.	Nov.	26.	Deutschland und Griechenland. Konsularvertrag vom 26. November 1881, ratificirt am 6. Juli 1882	7959.
1882.	Jan.	10.	Deutschland und Brasilien. Konsularvertrag vom 10. Januar 1882, ratificirt am 6. Juli 1882	7960.
1883.	Febr.	16.	Grossbritannien und Madagaskar. Declaration between the Governments of Great Britain and Madagascar amending Article V of the Treaty of the 27th June, 1865	7988.
„	Febr.	8. bis März 10.	Berliner Kongress-Staaten. Protokolle der Conferenzen in London, betreffend die Donau-Schiffahrt	7990.
„	März	10.	— Vertrag, betreffend die Donau-Schiffahrt	7991.

Donau-Conferenz. (Vergl. Bd. XXXII, XVI u. X.)

1883.	Febr.	8. bis März 10.	Berliner Kongress-Staaten. Protokolle der Conferenzen in London, betreffend die Donau-Schiffahrt	7990.
„	März	10.	— Vertrag, betreffend die Donau-Schiffahrt	7991.
„	„	14.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an alle diplomatischen Vertreter Englands. Uebersicht über die Verhandlungen, betreffend die Donau-Schiffahrt	7992.

XVI Sachregister. — Handelspolitik. — Konstantinopler Conferenz. — Madagaskar.

Handelspolitik.

1881. Nov. 26. Deutschland und Griechenland. Konsularvertrag, ratificirt am 6. Juli 1882 7959.
 1882. Jan. 10. Deutschland und Brasilien. Konsularvertrag, ratificirt am 6. Juli 1882 7960.

Konstantinopler Conferenz s. Aegypten.

Madagaskar.

1868. Aug. 8. Frankreich und Madagaskar. Freundschafts- und Handelsvertrag 7989.
 1882. „ 14. — Min. d. Ausw. (Duclerc) an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). Die Königin von Madagaskar nimmt Gebiet in Anspruch, welches unter französischem Protectorat steht 7968.
 „ Oct. 7. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Geschäftsträger in Paris (Plunkett). Die englische Regierung erkennt ein französisches Protectorat über Theile des Festlandes von Madagaskar nicht an 7969.
 „ Nov. 22. — Adresse des engl. Madagaskar-Comité, betreffend die französischen Ansprüche auf Madagaskar 7970.
 „ „ 29. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). Wünscht sich mit der französischen Regierung über Madagaskar zu verständigen 7971.
 „ Dec. 2. Madagaskar. Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. Zwecke der Gesandtschaft 7972.
 „ „ 2. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Gefahr für alle Weissen in Madagaskar bei einem Conflict mit Frankreich 7973.
 „ „ 3. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London (Tissot). Verhandlungen mit den malagassischen Gesandten. Interessengemeinschaft Englands und Frankreichs in Madagaskar 7974.
 „ „ 4. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter. Verlauf der französisch-malagassischen Verhandlungen 7975.
 „ „ 4. Madagaskar. Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. Stand der Verhandlungen mit der französischen Regierung 7976.
 „ „ 5. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Hoffte eine Verständigung zwischen Frankreich und Madagaskar herbeizuführen 7977.
 „ „ 9. Madagaskar. Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. Die Streitpunkte mit Frankreich 7978.
 „ „ 11. Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Bestreitet, dass eine Gefahr für die Weissen vorhanden sei 7979.
 „ „ 13. Grossbritannien. Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Gründe des Abbruchs der Unterhandlungen 7980.

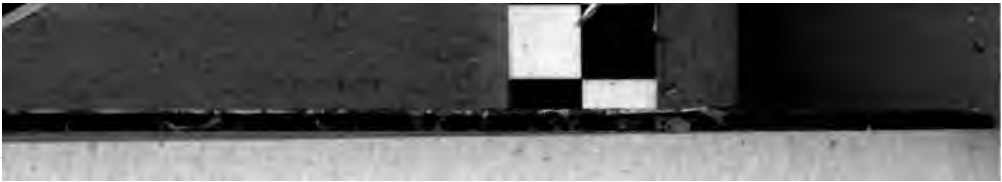
1882.	Dec.	19.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Stellung der englischen Regierung zu den französischen Ansprüchen. Anerbieten der Vermittelung	7981.
„	„	19.	— Derselbe an Denselben. Bittet um rechtzeitige Mittheilung für den Fall, dass Frankreich die Feindseligkeiten gegen Madagaskar eröffnen sollte	7982.
1883.	Jan.	4.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Ablehnung der englischen Vermittelung . .	7983.
„	„	8.	— Derselbe an Denselben. Der Moment der Eröffnung der Feindseligkeiten ist bereits gekommen	7984.
„	„	17.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Erneutes Anerbieten der Vermittelung . .	7985.
„	„	23.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Lehnt jede Vermittelung als nutzlos ab	7986.
„	Febr.	9.	Grossbritannien. Derselbe an Denselben. Beschwerde der malagassischen Gesandten über die tendenziöse Darstellung der Verhandlungen im französischen Gelbbuch	7987.
„	„	16.	— und Madagaskar. Declaration between the Governments of Great Britain and Madagascar amending Article V of the Treaty of the 27th June, 1865. Signed in the English and Malagasy Languages at London, February 16, 1883	7988.

Staat und Kirche (Preussen).

1882.	Dec.	3.	Römische Curie. Schreiben des Papstes an den deutschen Kaiser	7962.
„	„	22.	Deutschland. Schreiben des Kaisers an den Papst . . .	7963.
1883.	Jan.	19.	Römische Curie. Note des Cardinal-Staatssekretärs Jacobini an den preussischen Gesandten beim heiligen Stuhle (Schlözer)	7964.
„	„	30.	— Zweites Schreiben des Papstes an den deutschen Kaiser	7965.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proklamationen etc. (Vgl. Bd. XL u. vorg.)

1882.	Juli	20.	Aegypten. Absetzungs-Ordre und Proclamation gegen Arabi	7949.
„	Nov.	14.	Preussen. Thronrede des Königs zur Eröffnung des Landtages am 14. November 1882	7961.
1883.	Febr.	15.	Grossbritannien. Thronrede zur Eröffnung des Parlamentes, verlesen vom Lord-Kanzler	7966.
„	„	22.	Frankreich. Erklärung des Ministeriums. Verlesen vom Ministerpräsidenten Ferry in der Deputirtenkammer .	7967.



II. Inhaltsverzeichnis,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch
geordnet.

Aegypten.

Aegyptische Angelegenheiten:

1866.	Nov.	20.	No.	7741.
1881.	Oct.	4.	„	7759.
„	„	26.	„	7774.
„	„	26.	„	7775.
1882.	Febr.	4.	„	7812.
„	„	6.	„	7816.
„	„	7.	„	7818.
„	Juli	20.	„	7949.

Aegyptens Verfassung:

1866.	Nov.	20.	No.	7741.
1882.	Febr.	7.	„	7818.

Thronreden, Adressen etc.:

1882.	Juli	20.	No.	7949.
-------	------	-----	-----	-------

Berliner Kongress-Staaten.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1883.	8. Febr. bis 10. März	No.	7990.
„	März 10.	„	7991.

Donau-Conferenz:

1883.	8. Febr. bis 10. März	No.	7990.
„	März 10.	„	7991.

Brasilien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1882.	Jan.	10.	No.	7960.
-------	------	-----	-----	-------

Handelspolitik:

1882.	Jan.	10.	No.	7960.
-------	------	-----	-----	-------

Deutschland.

Aegyptische Angelegenheiten:

1882.	Febr.	27.	No.	7830.
-------	-------	-----	-----	-------

Handelspolitik:

1881.	Nov.	26.	No.	7959.
1882.	Jan.	10.	„	7960.

Staat und Kirche:

1882.	Dec.	22.	No.	7963.
-------	------	-----	-----	-------

Frankreich.

Aegyptische Angelegenheiten:

1881.	Sept.	14.	No.	7747.
„	„	15.	„	7748.
„	Oct.	4.	„	7757.
„	„	17.	„	7766.
„	Dec.	15.	„	7772.
„	„	30.	„	7776.
1882.	Jan.	6.	„	7777.
„	„	6.	„	7778.
„	„	7.	„	7780.
„	„	7.	„	7781.
„	„	7.	„	7782.
„	„	7.	„	7783.
„	„	7.	„	7784.
„	„	9.	„	7785.
„	„	10.	„	7787.
„	„	10.	„	7788.
„	„	13.	„	7793.
„	„	17.	„	7796.
„	„	17.	„	7797.
„	„	17.	„	7798.
„	„	18.	„	7799.

1882.	Jan.	20.	No. 7800.
"	"	23.	" 7801.
"	"	23.	" 7802.
"	"	24.	" 7804.
"	"	25.	" 7805.
"	"	29.	" 7807.
"	Febr.	3.	" 7810.
"	"	3.	" 7811.
"	"	6.	" 7817.
"	"	8.	" 7820.
"	"	10.	" 7821.
"	"	11.	" 7822.
"	"	11.	" 7823.
"	"	16.	" 7826.
"	"	28.	" 7834.
"	März	1.	" 7835.
"	"	6.	" 7836.
"	"	11.	" 7837.
"	Mai	4.	" 7850.
"	"	5.	" 7851.
"	"	6.	" 7852.
"	"	8.	" 7855.
"	"	11.	" 7858.
"	"	12.	" 7859.
"	"	14.	" 7862.
"	"	15.	" 7863.
"	"	16.	" 7869.
"	"	17.	" 7870.
"	"	18.	" 7872.
"	"	19.	" 7873.
"	"	19.	" 7874.
"	"	20.	" 7875.
"	"	22.	" 7876.
"	"	23.	" 7877.
"	"	27.	" 7881.
"	"	27.	" 7883.
"	"	28.	" 7884.
"	"	30.	" 7885.
"	"	30.	" 7886.
"	Juni	2.	" 7889.
"	"	5.	" 7891.
"	"	9.	" 7892.
"	"	12.	" 7893.
"	"	15.	" 7894.
"	"	16.	" 7895.
"	"	19.	" 7896.
"	"	19.	" 7897.
"	"	19.	" 7898.
"	"	20.	" 7900.
"	"	21.	" 7901.
"	"	21.	" 7902.

1882.	Juni	24.	No. 7906.
"	Juli	5.	" 7927.
"	"	13.	" 7939.
"	"	13.	" 7940.
"	"	16.	" 7943.
"	"	21.	" 7951.
"	"	23.	" 7955.
"	"	24.	" 7956.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1868. Aug. 8. No. 7989.

Madagassische Angelegenheiten:

1868. Aug. 8. No. 7989.

1882. " 14. " 7968.

" Dec. 3. " 7974.

" " 11. " 7979.

1883. Jan. 4. " 7983.

" " 8. " 7984.

" " 23. " 7986.

Thronreden, Adressen etc.:

1883. Febr. 22. No. 7967.

Griechenland.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1881. Nov. 26. No. 7959.

Handelspolitik:

1881. Nov. 26. No. 7959.

Grossbritannien.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1881. Sept. 10. No. 7742.

" " 10. " 7743.

" " 11. " 7744.

" " 12. " 7745.

" " 13. " 7746.

" " 14. " 7747.

" " 16. " 7749.

" " 19. " 7750.

" " 20. " 7751.

" " 23. " 7752.

" " 30. " 7753.

" Oct. 2. " 7754.

" " 4. " 7755.

" " 4. " 7756.

" " 4. " 7758.

" " 6. " 7760.

" " 7. " 7761.

" " 11. " 7762.

" " 12. " 7763.

1881.	Oct.	14.	No. 7764.	1882.	Mai	23.	No. 7877.
"	"	16.	" 7765.	"	"	23.	" 7878.
"	"	17.	" 7767.	"	"	23.	" 7879.
"	"	18.	" 7768.	"	"	24.	" 7880.
"	"	19.	" 7769.	"	"	27.	" 7882.
"	"	19.	" 7770.	"	"	30.	" 7887.
"	Nov.	4.	" 7771.	"	"	31.	" 7888.
"	Dec.	24.	" 7773.	"	Juni	23.	" 7903.
1882.	Jan.	6.	" 7779.	"	"	24.	" 7904.
"	"	7.	" 7783.	"	"	24.	" 7905.
"	"	9.	" 7786.	"	"	25.	" 7907.
"	"	11.	" 7789.	"	"	26.	" 7908.
"	"	11.	" 7790.	"	"	26.	" 7909.
"	"	12.	" 7791.	"	"	26.	" 7911.
"	"	16.	" 7794.	"	"	27.	" 7912.
"	"	17.	" 7795.	"	"	27.	" 7914.
"	"	17.	" 7796.	"	"	28.	" 7915.
"	"	23.	" 7803.	"	"	28.	" 7916.
"	"	27.	" 7806.	"	"	28.	" 7917.
"	"	30.	" 7808.	"	"	30.	" 7919.
"	Febr.	1.	" 7809.	"	"	30.	" 7920.
"	"	6.	" 7813.	"	Juli	3.	" 7923.
"	"	6.	" 7814.	"	"	3.	" 7924.
"	"	6.	" 7815.	"	"	4.	" 7925.
"	"	10.	" 7821.	"	"	4.	" 7926.
"	"	11.	" 7823.	"	"	5.	" 7928.
"	"	15.	" 7825.	"	"	7.	" 7931.
"	"	16.	" 7827.	"	"	8.	" 7932.
"	"	22.	" 7828.	"	"	10.	" 7934.
"	"	27.	" 7831.	"	"	11.	" 7935.
"	März	17.	" 7833.	"	"	11.	" 7936.
"	"	20.	" 7839.	"	"	12.	" 7937.
"	"	22.	" 7840.	"	"	12.	" 7938.
"	April	22.	" 7842.	"	"	14.	" 7941.
"	"	24.	" 7843.	"	"	15.	" 7942.
"	"	29.	" 7844.	"	"	17.	" 7944.
"	Mai	2.	" 7845.	"	"	19.	" 7945.
"	"	2.	" 7846.	"	"	19.	" 7947.
"	"	3.	" 7847.	"	"	20.	" 7948.
"	"	3.	" 7848.	"	"	21.	" 7950.
"	"	4.	" 7849.	"	"	21.	" 7952.
"	"	7.	" 7853.	"	"	22.	" 7953.
"	"	8.	" 7854.	"	"	23.	" 7954.
"	"	9.	" 7856.	"	"	25.	" 7957.
"	"	12.	" 7860.	"	"	26.	" 7958.
"	"	13.	" 7861.				
"	"	14.	" 7868.				
"	"	15.	" 7864.				
"	"	15.	" 7865.				
"	"	15.	" 7866.				
"	"	16.	" 7867.				

Bündnisse, Conventioren etc.:

1883. Febr. 16. No. 7968.

Donau-Conferenz:

1883. Febr. 14. No. 7992.

Madagassische Angelegenheiten:

1882.	Oct.	7.	No. 7969.
„	Nov.	22.	„ 7970.
„	„	29.	„ 7971.
„	Dec.	2.	„ 7973.
„	„	4.	„ 7975.
„	„	5.	„ 7977.
„	„	13.	„ 7980.
„	„	19.	„ 7981.
„	„	19.	„ 7982.
1883.	Jan.	17.	„ 7985.
„	Febr.	9.	„ 7987.
„	„	16.	„ 7988.

Thronreden, Adressen etc.:

1883.	Febr.	15.	No. 7966.
-------	-------	-----	-----------

Italien.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882.	Febr.	27.	No. 7832.
-------	-------	-----	-----------

Madagaskar.**Bündnisse, Conventionen etc.:**

1868.	Aug.	8.	No. 7989.
1883.	Febr.	16.	„ 7988.

Madagassische Angelegenheiten:

1868.	Aug.	8.	No. 7989.
1882.	Dec.	2.	„ 7972.
„	„	4.	„ 7976.
„	„	9.	„ 7978.
1883.	Febr.	16.	„ 7988.

Oesterreich-Ungarn.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882.	Febr.	24.	No. 7829.
-------	-------	-----	-----------

Preussen.**Thronreden, Adressen etc.:**

1882.	Nov.	14.	No. 7961.
-------	------	-----	-----------

Römische Curie.**Staat und Kirche:**

1882.	Dec.	3.	No. 7962.
1883.	Jan.	19.	No. 7964.
„	„	30.	„ 7965.

Russland.**Aegyptische Angelegenheiten:**

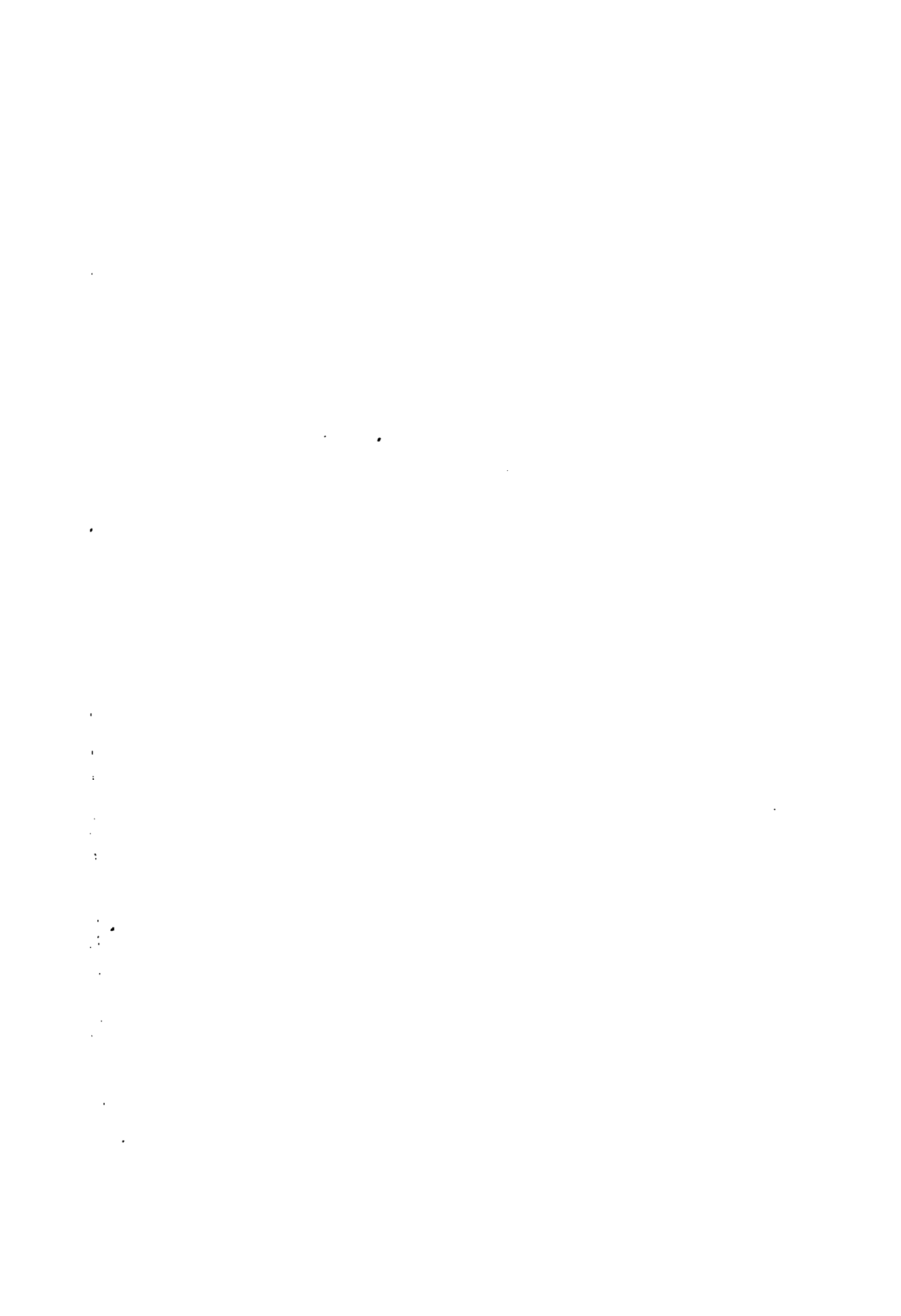
1882.	Febr.	28.	No. 7833.
„	März	27.	„ 7841.
„	Mai	11.	„ 7857.
„	Juni	30.	„ 7921.

Therapia-Conferenz-Staaten.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882.	Juni	27.	No. 7913.
„	„	30.	„ 7918.
„	Juli	2.	„ 7922.
„	„	5.	„ 7929.
„	„	6.	„ 7930.

Türkei.**Aegyptische Angelegenheiten:**

1882.	Jan.	13.	No. 7792.
„	Mai	17.	„ 7871.
„	Juni	3.	„ 7890.
„	„	20.	„ 7899.
„	„	26.	„ 7910.
„	Juli	9.	„ 7933.
„	„	19.	„ 7946.



A e g y p t e n.

Nr. 7741. AEGYPTE. — Règlement déterminant les Attributions des Membres de la Chambre des Députés. Vom 20. November 1866.

Article 1^{er}. La Chambre des Députés siégera au Caire.

Nr. 7741.
Aegypten.
20. Nov. 1866

Art. 2. La Chambre des Députés aura à discuter tout ce qui a trait à l'administration intérieure du pays, et toutes les mesures que le Gouvernement considérera comme rentrant dans les attributions de la Chambre.

Elle donnera son avis conformément à ce qui a été dit à l'Article 1^{er} du Règlement précédent. Toutes les questions relatives à l'administration du pays qui auront été discutées par la Chambre seront soumises au Conseil Privé, et seront ensuite examinées par les Bureaux et les Commissions dépendants de la Chambre. Toutes les questions qui sont soumises à la Chambre par le Gouvernement, ainsi qu'il est dit aux Articles 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 et 23 du présent Règlement, seront examinées par elle, et après discussion, et que chacun aura donné son avis, elles seront soumises à Son Altesse le Khédivé.

Art. 3. Le Président et le Vice-Président de la Chambre seront nommés par Son Altesse le Khédivé.

Art. 4. L'ouverture de la Chambre sera faite par Son Altesse le Khédivé ou par un Délégué désigné par Son Altesse. On lira un discours d'ouverture. Si l'ouverture est faite par Son Altesse, elle lira elle-même ou le fera lire par une personne qu'elle désignera à cet effet. Si la Session est ouverte par le représentant du Khédivé, le discours devra être lu au nom de Son Altesse ou de son représentant.

Art. 5. Après l'ouverture de la Chambre et la lecture du discours chaque Membre aura le droit de présenter sa réponse dans un délai de deux jours. Cette réponse ne sera qu'une formalité, et ne tranchera aucune des questions soumises à la Chambre.

Art. 6. Si le discours est lu au nom de Son Altesse, l'adresse en réponse à ce discours sera préparée par la Chambre et remise à son Altesse par le



Nr. 7741. **Président, accompagné de deux Membres de chaque Bureau en uniforme, et désignés par les Députés.**
Aegypten.
20. Nov. 1868.

Art. 7. Attendu qu'aux Articles 2, 3, et 5 du Règlement précédent on a énuméré les qualités que chaque Membre doit posséder, si les électeurs nommaient des Députés ne remplissant pas les conditions exigées par l'Article 13 du Règlement précédent, la Moudirieh devra en référer à l'Inspecteur-Général, et ce dernier transmettra au Président de la Chambre un état donnant tous les renseignements concernant les Députés ainsi élus.

Art. 8. Après lecture du discours déclarant la Session ouverte, les Députés se diviseront de manière à former cinq Bureaux, et chacun de ces Bureaux sera présidé par un chef. Les Membres de ces Bureaux ainsi que leurs chefs respectifs seront élus par les Députés eux-mêmes, et auront le droit de vérifier les pouvoirs de chaque Député, conformément à l'Article 13 du Règlement précédent. Chacun de ces Bureaux vérifiera les pouvoirs des Députés appartenant à un autre Bureau, et présentera son Rapport au Président de la Chambre, afin de le soumettre à Son Altesse le Khédivé, comme il a été dit à l'Article 14 du Règlement précédent.

Art. 9. Toutefois le Président est tenu de soumettre à Son Altesse les noms des Députés dont l'élection aura été validée sans attendre le résultat des décisions relatives aux élections non encore validées, à condition que le nombre des Députés dont l'élection aura été validée sera suffisant pour permettre de réunir la Chambre, ainsi qu'il est dit à l'Article 11 du précédent Règlement.

Art. 10. On inscrira dans un registre *ad hoc*, avec leur date et sous numéro d'ordre en les résumant, toutes les affaires soumises à la Chambre. On portera dans la colonne "d'Observations" les mesures à adopter.

Art. 11. Le Délégué qui sera désigné pour discuter une quelconque des mesures proposées par le Gouvernement aura le droit de parler sans être obligé d'attendre le tour de cette mesure.

Art. 12. La Chambre aura la faculté d'infliger des punitions à tous les Membres qui s'absenteront sans motif valable. Chacun des chefs des différents Bureaux aura soin de remettre chaque matin au Président une note des Membres présents et absents.

Art. 13. Si le nombre des Membres présents à une séance est inférieur à celui mentionné à l'Article 11 du Règlement précédent, devra renvoyer la réunion au lendemain et ainsi de suite.

Art. 14. Dans le cas où le nombre des Membres présents à une séance n'atteindrait pas le chiffre fixé par l'Article 11 du Règlement précédent, tout Bureau qui réunira les deux tiers des Membres qui le composent continuera à discuter les affaires qu'il a à traiter.

Art. 15. L'ouverture et la clôture des séances n'auront lieu qu'en vertu d'un ordre du Président. Ce dernier aura soin, à la fin de chaque séance, d'aviser les Députés de l'heure d'ouverture de la prochaine réunion. Le Président devra préparer un tableau où toutes les questions à débattre seront

inscrites par ordre. Ce tableau sera affiché dans la salle des séances, et copie authentique en sera transmise au Chef du Cabinet de Son Altesse. Le Président devra toujours se procurer tous les renseignements dont il aura besoin.

Nr. 7741.
Aegypten.
20. Nov. 1866.

Art. 16. Toutes les propositions que le Gouvernement jugera utile de soumettre à la Chambre lui seront lues par le Délégué désigné à ce effet par le Gouvernement.

Art. 17. Après lecture de ces propositions, ainsi qu'il est dit à l'Article précédent, elles seront imprimées et distribuées aux différents Bureaux pour être examinées. Les Bureaux réunis nomment alors, au scrutin secret, une Commission de cinq Membres, et cette Commission sera chargée d'étudier ces propositions et de faire son Rapport.

Art. 18. Toutefois, si un ou plusieurs Membres ne faisant pas partie de la Commission mentionnée dans l'Article désiraient émettre leur avis sur les propositions du Gouvernement, cet avis, ne faisant pas partie des observations dont il est question à l'Article 23 ci-après, sera remis au Président de la Chambre, qui le communiquera à la Commission nommée à cet effet. Une fois que ce Rapport sera présenté à la Chambre on n'acceptera plus d'observations de la part d'aucun Membre, mais après sa lecture en séance on le discutera, et chacun émettra son avis, ainsi qu'il est dit aux Articles 20, 21 et 22 ci-après.

Art. 19. Tous les Membres qui auront émis une opinion concernant les propositions Gouvernementales, ainsi qu'il est dit à l'Article 18, auront le droit de se faire entendre au sein de la Commission.

Art. 20. Le Rapport présenté par la Commission devra être lu à la Chambre, imprimé et distribué aux Membres vingt-quatre heures au moins avant la séance où il devra être discuté.

Art. 21. La discussion du Rapport mentionné dans l'Article précédent devra avoir lieu après le tour fixé par le tableau de roulement, et après cette discussion générale on discutera Article par Article.

Art. 22. Après avoir recueilli l'opinion Article par Article de chacun des Membres, on la résumera en un avis général sur l'ensemble.

Art. 23. Dans le cas, où la Commission désignée pour examiner les propositions Gouvernementales trouverait des observations à faire, elles devront être présentées au Président, qui se chargera de les communiquer au Gouvernement avant d'en donner lecture à la Chambre.

Art. 24. A l'ouverture de chaque séance les Membres émettront leur avis sur les questions qui devront être discutées par eux par ordre de roulement, comme il a été dit à l'Article 15 de ce Règlement, c'est-à-dire avant de leur soumettre les questions pour être discutées, ils décideront préalablement si ces questions doivent être discutées ou non.

Art. 25. Toutes les questions concernant l'administration intérieure du pays ne seront discutées qu'après avoir pris l'avis des Membres pour savoir si ces questions doivent être discutées à l'ouverture de la séance, ou être ajournées.

Nr. 7741.
Aegypten.
20. Nov. 1866.

Art. 26. Si toutefois deux ou plusieurs Membres demanderaient à parler à la fois on procédera au tirage au sort entre eux en présence du Président.

Art. 27. Il est défendu de discuter deux questions à la fois, mais l'une après l'autre.

Art. 28. Aucun Membre ne prendra la parole avant que son collègue n'ait fini de parler.

Art. 29. Il ne sera permis à aucun des Membres de parler sur une même question plus d'une fois, sauf sur la demande d'un autre Membre désirant de plus amples renseignements, ou faire répéter l'opinion déjà émise. Les membres composant les Commissions dépendant de la Chambre des Députés auront néanmoins la liberté de parler au sein de la Commission quand ils le voudront.

Art. 30. Il ne sera permis à aucun Membre de parler sans la permission du Président, ni de quitter sa place.

Art. 31. Le Président aura la liberté de parler quand il voudra, et on devra l'écouter.

Art. 32. Les Membres voteront au scrutin et à la majorité des voix.

Art. 33. L'urne renfermant les bulletins de vote ne sera ouverte que par le Secrétaire de la Chambre.

Art. 34. Le vote ne sera définitivement approuvé qu'en présence d'un nombre suffisant de Délégués, conformément à l'Article 11 du Règlement précédent.

Art. 35. La Chambre devra respecter les opinions de la minorité et écouter ses observations.

Art. 36. L'opinion de la minorité un fois donnée sur une question quelconque le Président est tenu d'inviter les autres Membres de la Chambre à émettre également leur avis.

Art. 37. Le Président remplira ses fonctions en personne; il devra inviter les Membres à émettre leur avis, et il n'aura droit de vote qu'autant que le nombre des voix serait également partagé; dans le cas contraire il n'aura ni le droit de voter, ni celui d'intervenir dans les discussions.

Art. 38. Toutes les questions qui auront été tranchées par la Chambre seront enregistrées dans un registre *ad hoc* signé par le Président et par les Membres. Une copie authentique, signée du Président et du Secrétaire, sera transmise à Son Altesse le Khédivé.

Art. 39. L'horaire des séances sera fixé par le Président, d'accord avec les Députés.

Art. 40. Les Députés doivent se présenter à la Chambre dans une tenue convenable, ainsi que d'observer les règles de la politesse.

Art. 41. Il ne sera permis à aucun Député de s'absenter sans permission écrite du Président, qui devra prendre l'avis de la Chambre, sauf dans le cas d'urgence, où il pourra accorder le congé à la condition d'en informer les Députés.

Art. 42. Les procès-verbaux des questions traitées par la Chambre mentionneront les noms des Députés qui auront pris la parole sur ces questions, et relateront sommairement l'avis émis par chacun d'eux.

Nr. 7741.
Aegypten.
20. Nov. 1866.

Art. 43. Les procès-verbaux seront copiés dans un registre spécial, et le Secrétaire donnera lecture à l'ouverture de chaque séance du procès-verbal de la séance précédente. Ce registre devra être signé chaque jour par le Président.

Art. 44. Les ordres donnés par Son Altesse le Khédive concernant les dispositions mentionnées à l'Article 17 du Règlement précédent seront lus à la Chambre et mis immédiatement à exécution.

Art. 45. Le Président aura seul le droit, dans le cas, où un Membre aurait commis quelque infraction au Règlement, de le rappeler à l'ordre.

Art. 46. Si le Député qui a pris la parole sur une question parlait en même temps d'une autre affaire, le Président sera tenu de l'inviter à se renfermer dans la question primitive. Le Président ne devra pas permettre qu'on lui adresse des observations lorsqu'il invitera un Député à se renfermer dans la question.

Art. 47. Si un Député est rappelé à l'ordre pour être sorti de la question en discussion, la parole ne lui sera de nouveau accordée qu'après qu'il aura fait des excuses.

Art. 48. Si un Député, qui ne s'est pas renfermé dans la question en discussion, a reçu deux avertissements du Président, ce dernier sera tenu de demander à la Chambre de lui retirer le droit de parler sur cette question à la prochaine séance. La Chambre devra se prononcer à majorité des voix.

Art. 49. Si un Membre, ayant reçu deux avertissements du Président, essayait de parler encore une troisième fois sur la même affaire, le Président devra demander aux Députés de lui retirer la parole. La Chambre se prononcera à la majorité des voix.

Art. 50. Après qu'un Député aura reçu l'ordre de garder le silence pour ne pas s'être renfermé dans la question en cours de discussion, aura interrompu un de ses collègues, il lui sera défendu de reprendre la parole dans cette même séance.

Art. 51. Il est strictement défendu à un Député d'insulter n'importe qui, ou de faire un signe à un de ses collègues pour l'engager à approuver ou à désapprouver les décisions de la Chambre.

Art. 52. Si un Député ne s'est pas conformé au règlement disciplinaire de la Chambre, le Président devra l'aviser, en le désignant par son nom. Si ce Député persiste dans sa manière de faire, le Président donnera ordre pour qu'il en soit fait mention dans le procès-verbal de la séance du jour. Si malgré cela il persistait encore, la Chambre devra, sur la demande du Président, ordonner sans discussion son expulsion de la salle pour une période maximum de deux semaines. On pourra, en outre, communiquer cette décision à la circonscription qu'il représente.

Nr. 7711.
Aegypten.
20. Nov. 1866.

Art. 53. Pendant la durée de la Session aucun Député ne pourra être poursuivi judiciairement pour n'importe quel motif, sauf le crime d'assassinat. Pour ce cas il sera destitué et un autre Député sera élu à sa place, conformément à l'Article 13 du précédent Règlement.

Art. 54. Il est interdit à tout Député d'imprimer et de publier les discours qu'il aura prononcés, ainsi que les discussions qui auront eu lieu à la Chambre, sans l'autorisation préalable du Président. En cas d'infraction à cette disposition, il lui sera infligé une punition par une Commission des Membres du Bureau dont il fait partie.

Art. 55. Dans le cas où les dispositions des Articles 2, 3 et 5 du précédent Règlement seraient applicables à un Député, ce dernier perdra tous ses droits, et il sera procédé à l'élection de son remplaçant, ainsi qu'il est dit à l'Article 13 du Règlement précédent.

Art. 56. Pendant toute la durée de la Session on n'acceptera la démission d'aucun Député. En dehors de la Session sa démission pourra être acceptée en la notifiant au Président trente jours avant une nouvelle réunion de la Chambre, afin qu'on puisse aviser la circonscription à laquelle il appartient d'avoir à procéder à une nouvelle élection, ainsi qu'il est dit à l'Article 13 du précédent Règlement.

Art. 57. Le Président est tenu de veiller à ce que la discipline règne dans toutes les réunions de la Chambre et des Bureaux.

Art. 58. Si le Président jugeait opportun d'ajourner au lendemain l'une des séances, quand bien même le nombre des Députés présents serait suffisant pour valider les délibérations, ainsi qu'il est dit à l'Article 11 du précédent Règlement, il en a le droit; mais il devra en aviser immédiatement Son Altesse le Khédive.

Art. 59. Les gardiens nécessaires pour le service de la Chambre seront fournis par les autorités locales.

Art. 60. Il ne sera permis à personne sauf aux individus chargés de messages de la part du Gouvernement, ou à ceux désignés par Son Altesse le Khédive, de pénétrer dans la salle des séances. Les personnes autorisées seront munies d'une carte d'entrée délivrée par le Président.

Art. 61. Attendu que les Articles 2, 3, 4 et 5 du précédent Règlement énumèrent les qualités que chaque Député ou électeur devra posséder, les Députés, lors de la septième élection (voir Article 9 du précédent Règlement), seront tenus de savoir lire et écrire, à la onzième les électeurs devront aussi savoir lire et écrire.

Imprimé à Boulaq le 21 Redgeb, 1283 (20 Novembre, 1866).



Nr. 7742. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträgerin Kairo (Cookson) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville.) — Militär-Aufstand in Kairo; Entlassung des Ministeriums Riaz; Ernennung Chérif-Pascha's zum Minister-Präsidenten.

Cairo, September 10, 1881.

My Lord, — I have the honour to report, that a military demonstration has again taken place here, the result of which has been the dismissal of the whole Ministry and the nomination of Chérif-Pasha as President of the Council, at the dictation of the army. || The Khedive was on Thursday night at Tantah with Riaz-Pasha and other Ministers, and neither he nor they at all expected what has occurred. Mr. Colvin has been good enough to supply me with a narrative, herewith inclosed, of what took place previous to my arrival at the Palace of Ismailia and during my absence. || He explains the probable origin of the demonstration to have been the order given by the Minister of War, in concert with Riaz-Pasha, for the removal from Cairo to Alexandria of the third regiment of Infantry. This was directly contrary to the advice I had given to Riaz-Pasha, to take no initiative measures until the arrival of Mr. Malet; and by so doing he has provoked the crisis, which has overthrown his Ministry. || When I received the message from the Khedive to come to Ismailia Palace about 2:30 P.M., Mr. Colvin briefly explained to me the situation, and the advice which had been given to the Khedive to put himself at the head of the loyal regiment, and proceed to meet the troops who had been summoned by Araby-Bey and his associates to assemble before the Palace. || I asked Daoud-Pasha, the Minister of War, whether he could rely on the troops, and he answered that he did not know. Stone-Pasha asserted confidentially, that there was no cause for fear, if none was shown by the Khedive. Riaz-Pasha supported the advice for immediate action, but recommended prudence, and an attempt to negotiate before force was employed. || I expressed my concurrence in the advice given, thinking that there was no danger of the person of the Khedive not being respected, and that the crisis had arrived when temporization was no longer possible. || Mr. Colvin's narrative shows how the regiments, which had a few minutes before shown fidelity to their Sovereign, united with those under Araby-Bey, and the Palace was surrounded by artillery, cavalry and infantry, amounting altogether to about 2,500 men and eighteen guns. I thought my duty forbade my accompanying the Khedive in his attempt to rally the troops round him, and I returned home and dispatched to your Lordship and to Constantinople my telegram dated the 9th instant.

While I was so engaged the Circular from Araby-Bey, of which a copy is inclosed, was delivered to me and to the other foreign Agents. This seemed to show, that the movement had been deliberately planned. || I had sent two persons to the Palace to bring a report of what had been the result of the Khedive's attempt to overcome the insurgents, and, as they did not return,

Nr. 7742.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1881.

Nr. 7742. I went myself about half-past 4 o'clock to the Abdeen Palace, where I found
 Gross- the square in front of it guarded by soldiers, as described by Mr. Colvin. !
 britannien. The artillery and cavalry were in the middle, and the three regiments of in-
 10. Sept. 1881. fantry drawn on the four sides of the square. In the middle was a group
 of officers around Araby-Bey.

On going into the Palace I found the Ministers with the Khedive; but no one had anything to propose. Mr. Colvin had already been speaking to Araby-Bey and the officers, and at his suggestion I went to them, and, accompanied by Mr. Colvin and the Acting Austrian Agent, M. Bolaslawski, who had arrived in the scene before me, I represented to Araby-Bey in the plainest terms the great risk which he and those with him incurred by the menacing attitude they had assumed. I told him that, if they persisted in assuming the government of the country, the army must be prepared to meet the united forces of the Sublime Porte and of the European Powers, both of whom were too much interested in the welfare and tranquillity of Egypt to allow the country to descend, through a military Government, to anarchy. Araby-Bey answered, that the army was assembled to secure by arms the liberties of the Egyptian people. I answered, that the Khedive and Europe could not recognize a barely military revolt as the expression of the will of the Egyptian people; and I added that, even now, if Araby-Bey would withdraw the troops, any representations presented in a proper manner would be attended to, and I would even guarantee his personal safety and that of his associates. This I said because I was, and am, convinced that fear was the principal, if not the only, motive for his conduct. || Finding that he was still obstinate in refusing to do this, I asked him what were his demands. He formulated them as three: (1) the dismissal of the whole Ministry; (2) the convocation of a national Parliament; (3) the putting into force the recommendations of the Military Commission still sitting, one of which is the increase of the army to 18,000 men. I then returned to the Palace and saw the Khedive. I found His Highness and the Ministers quite unable to find any way of getting out of the difficulty, but it was suggested by Mr. Colvin that I should tell the officers that the Khedive was in communication with the Sublime Porte as to their demands, and that they should be asked to disperse until the answer from Constantinople was received. || This proposition was accepted by His Highness, and I returned and communicated it to Araby-Bey. He replied, that in that case they would remain under arms until the answer was received, and that if it was unfavourable they would no longer recognize the Khedive until a Commissioner from the Porte arrived to settle the questions at issue. || I brought back this answer to His Highness, and in giving it I told him, that from certain expressions made use of in the crowd, and from the language of Araby-Bey himself, I was convinced that the only concession to which the officers attached any real importance was that of the dismissal of the Ministry. His Highness, after a short conference with

Riaz-Pasha, then authorized me to tell Araby-Bey that he consented to change his Ministry on the understanding, that the other points demanded by the officers should be in suspense until the answer from the Porte arrived. I delivered this message, and Araby-Bey formally accepted these terms, and promised in the most distinct manner to withdraw the troops, making only the conditions, that no member of the Viceroy's family should be included in the Ministry, and that the Minister of War should not be a Circassian. In other respects he agreed to leave the Khedive full liberty of choice as to the new President of the Council and the other Ministers. I returned to the Khedive, and His Highness named either Haider-Pasha or Ismail-Pasha Eyoub as those whom he would select, provided either would accept the Presidency of the Council. || When I went back and announced these two names to Araby-Bey and the officers, they were both received with disapprobation by some of them. Haider-Pasha was objected to as the brother of Daoud-Pasha, the present Minister of War, and Ismail-Pasha Eyoub as having no experience except in finance. I pointed out to Araby-Bey, that this dictation to the Khedive as to his choice within the agreed limits was contrary to the solemn engagement which he had made to me; and I was trying to convince him, that this was breaking faith with me when M. Bolaslowski came up, and informed Araby-Bey that the Khedive accepted with great pleasure the nomination of Chérif-Pasha as President of the Council. This declaration prevented further negotiation; and Araby-Bey only required now, that a letter to Cherif-Pasha, informing him of the dismissal of the Ministry and directing him to form a new one, should be drawn up at once. This was done, and Araby-Bey, to whom it was delivered in presence of Khairy-Pasha, the Turkish Private Secretary of the Khedive, read it aloud. The reading was received with loud and universal shouts of "Long live the Khedive," and the Viceroy, showing himself on the balcony of the Palace, was again greeted with the same acclamations. || The crowd round Araby-Bey demanded the immediate dismissal of the Prefect of Police; but, on its being pointed out that this was a question to be decided by the new Ministry, this demand was not insisted upon. *

Araby-Bey then asked to be allowed to see the Khedive and make his submission. This favour was granted to him and the other Colonels, and then the troops were drawn off in perfect quietness and order to their respective barracks, and, the place being apparently restored to its former tranquillity, we left the Viceroy to go to the Palace of Ismailia. || Throughout these proceedings, in which I have played a part more prominent than I could have wished, the attitude of Araby-Bey to me personally was most courteous, and he used expressions of friendliness to Europeans generally, and to England in particular, to whose efforts for the liberation of slaves he alluded, as showing that she ought to sympathise with the Egyptians in their attempt to obtain liberty. || At one moment, when I thought he was not acting up to what he had engaged to me, I told him that I must withdraw unless he observed the

Nr. 7742.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1881.

Nr. 7742.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1881. same good faith as was being shown to him and the army, when he earnestly begged me to finish what I had begun. I am convinced that, if the Palace had been kept in a state of siege, as was threatened by the officers, the consequences to public security might have been most serious. Since the withdrawal of the troops the most perfect tranquillity has prevailed both in the barracks and the city. || Araby-Bey is apparently at present recognised by all the officers as their leader and spokesman; but there are others associated with him, who are more violent and ignorant, and who may push him to desperate measures against his will. At one moment it seemed as if a serious quarrel was going to break out in the crowd of officers round Araby-Bey. | Mr. Aranghy, the interpreter of this Agency, rendered me most valuable assistance by the intelligent and careful way in which he translated all that passed between the officers and me.

It is impossible for me to exaggerate the services which Mr. Colvin has throughout these transactions rendered me by his invaluable advice and assistance. On all points of importance we have entirely agreed, and it is unnecessary to say, that I have treated with the greatest respect every suggestion which his knowledge and experience in Egyptian affairs has led him to offer. I have, &c.

Chas. A. Cookson.

Nr. 7743. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris (Adams). — Anweisung, sich offen mit der französischen Regierung über die Situation zu verständigen.

Foreign Office, September 10, 1881.

Nr. 7743.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1881. Sir, — The discontent existing amongst the officers of the Egyptian army against the Government of the Khedive has attracted the attention of Her Majesty's Government for some time past, and I have kept Her Majesty's Embassy at Paris informed of the reports on this subject which have reached me from the British Agent at Cairo. || The telegrams from Mr. Cookson repeated to you yesterday show, that the troops have now broken out into open insubordination against the Government, and have demanded the dismissal of the Ministers; and although, according to the latest account, tranquillity has been restored for the present, this result appears only to have been obtained by concessions on the part of the authorities involving the resignation of Riaz-Pasha. || Mr. Malet has been directed to return at once to his post, and Her Majesty's Government await with great interest his report upon the situation; but meanwhile I have to instruct you to call upon M. Barthélémy-St-Hilaire without delay, and discuss the question freely with him, impressing upon him the importance which Her Majesty's Government attach to the main-

taining of an attitude of a pacifying and calming character by the English and French Governments during the present crisis in Egypt, an opinion in which we do not doubt the French Government will agree. I am, &c.

Granville.

Nr. 7744. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Barthélémy-St.-Hilaire über die Krisis in Aegypten.

Paris, September 11, 1881.

My Lord, — On receipt this morning of your Lordship's despatch of yesterday respecting the present crisis in Egypt, I wrote to M. Barthélémy-St.-Hilaire requesting an interview, and I was with his Excellency shortly after 10 o'clock.

I began by saying that — — — — —

[folgt fast wörtlich No. 7743].

M. Barthélémy-St.-Hilaire remarked that this last phrase so exactly expressed his own feelings on this important matter, that he begged to have a copy of it, and I have ventured to give him one. || His Excellency then requested me to thank your Lordship for this communication. He said, that his policy with reference to Egypt was well known and never varied; it was summed up in the absolute necessity, as in the past, so in the future, of perfect frankness between the two Governments, and joint action on every occasion. || This policy, he considered, had been the salvation of Egypt.

We then went over the later telegrams from Cairo, and his Excellency observed, that he trusted tranquillity was now really restored, and he was of opinion, that it would be necessary to wait a little, and not act with precipitation, but watch what turn matters would take. He was, however, ready to concert, at the proper moment, with your Lordship as to any measures which it might be advisable for the two Governments to adopt; and he referred to the establishment of a joint Anglo-French military control in Egypt. || His Excellency also expressed himself very strongly against Turkish troops being sent to Egypt at this moment. || He felt that such a step would be giving to the Sultan a greater hold upon that country; and he feared, that the troops, if once landed, would be likely to remain there permanently. He was of opinion, that such a measure should only be taken by the Sultan at the joint request of England and France. || I remarked that I had no instructions from your Lordship on this point. || M. Barthélémy-St.-Hilaire added, that he intended to write at once to M. Challemel-Lacour, to express his warm thanks to your Lordship for my communication. || I have, &c.

F. O. Adams.

Nr. 7745. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. — Der englischen Regierung wäre die Sendung türkischer Truppen nach Aegypten unerwünscht.

Foreign Office, September 12, 1881.

Nr. 7745.
Gross-
britannien.
12. Sept. 1881. Sir, — Her Majesty's Government are given to understand, that the Khedive has applied to the Porte for its intervention in the difficulty which has arisen with the Egyptian troops. In the opinion of Her Majesty's Government, it would not be desirable that any active measures of repression should be taken by the Sultan until, at all events, the necessity for them has been clearly demonstrated, and the method to be adopted has been discussed and agreed upon. || But they see no objection to the Sultan, if His Majesty should be so disposed, sending, with the consent of England and France, a Turkish General to Egypt to support the Khedive's authority and aid His Highness with his advice. || I should wish you to communicate the above confidentially to M. Barthélémy St.-Hilaire, and to let me know his Excellency's opinion on the subject without delay. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7746. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Barthélémy-St.-Hilaire hat die Idee einer englisch-französischen militärischen Controle in Aegypten angeregt.

(Extract.)

Paris, September 13, 1881.

Nr. 7746.
Gross-
britannien.
13. Sept. 1881. In obedience to the instructions contained in your Lordship's despatch of yesterday, I have to-day communicated its contents, confidentially, to M. Barthélémy-St.-Hilaire, and I asked his Excellency to inform me what his opinion was as to the Sultan, if His Majesty should be so disposed, sending, with the consent of England and France, a Turkish General to Egypt, to support the Khedive's authority and aid His Highness with his advice. || M. Barthélémy-St.-Hilaire expressed himself in very similar terms to those he used to me on the 11th instant, with regard to the idea of Turkish troops being sent to Egypt. He said, that it was true that the Sultan's suzerainty over Egypt was acknowledged by France and England; but he was opposed to calling upon the Sultan to exercise his powers as such Suzerain unless it were absolutely necessary, and he feared that even the dispatch of a Turkish General to Egypt might lead to further steps, resulting, perhaps, in a permanent occupation of the country by Turkish troops. He much preferred the idea he had already broached to me, that of a joint Military Control, consisting of a French and an English General, who, he thought, would be able to introduce order and discipline into the Egyptian army. He would be glad to know what Her

Majesty's Government thought of this plan. || I said, that I had reported his observations on this matter to your Lordship, but that I had not, as yet, received any answer. || M. Barthélémy-St.-Hilaire then informed me, that he would write a despatch to-day to M. ChallemeL-Lacour, developing his ideas on the subject of your Lordship's despatch, with instructions to communicate them to your Lordship. || Mr. Cookson having telegraphed direct to this Embassy his telegram of yesterday evening to your Lordship, I read its contents to M. Barthélémy-St.-Hilaire, and I pointed out to his Excellency how grave the situation had become, and that it seemed particularly desirable that no time should be lost in deciding upon some step to be taken in common by the two Governments.

Nr. 7746.
Gross-
britannien.
13.Sept.1881.

Nr. 7747. **FRANKREICH u. GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsuln in Kairo an den ägyptischen Minister-Präsidenten (Chérif-Pascha). — Versprechen der Unterstützung.

Le Caire, le 14 Septembre, 1881.

Les Agents et Consuls-Généraux de France et de Grande Bretagne considèrent comme un devoir de remercier son Excellence Chérif-Pasha de la preuve de dévouement à son pays qu'il a donnée en acceptant la Présidence du Conseil dans des circonstances particulièrement difficiles. || Convaincus qu'il s'inspirera dans son administration d'idées libérales et qu'il s'attachera à développer la prospérité de l'Egypte, ils sont tout disposés à lui prêter, dans cette voie, le concours le plus actif.

Nr. 7747.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
14.Sept.1881.

Sienkiewicz.

Chas. A. Cookson.

Nr. 7748. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (B.-St.-Hilaire) an den franz. Botschafter in London (ChallemeL-Lacour). — Gegen die türkische Intervention.

Paris, le 15 septembre, 1881.

Je vous prie de demander, sans retard, à Lord Granville s'il veut inviter Lord Dufferin à faire connaître à la Porte ottomane et à appuyer auprès d'elle le désir du Gouvernement khédivial de voir le Sultan renoncer à l'idée d'une intervention militaire en Egypte. Je transmets, de mon côté, à M. Tissot le télégramme de M. Sienkiewicz, et je l'autorise à se concerter avec l'Ambassadeur d'Angleterre à Constantinople, aussitôt que ce dernier aura reçu les instructions nécessaires, pour faire auprès de la Porte la démarche proposée.

Nr. 7748.
Frankreich.
15.Sept.1881.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7749. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Programm des Ministeriums Chérif-Pascha.

Cairo, September 16, 1881.

Nr. 7749.
Gross-
britannien.
16. Sept. 1881.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship an extract from the "Moniteur Egyptien" of the 15th instant, containing a letter from Chérif-Pasha, in which he lays before His Highness the Khedive the programme of his Ministry, and the reply of His Highness. || Chérif-Pasha speaks of the hesitation with which he accepted office at a moment of such grave danger, and says that his first efforts will be directed towards preventing any return of the misfortunes which threatened the country so recently. || He dwells on the benefits which the country has received from the institution of the joint control, and declares his intention to maintain it unaltered. || Chérif-Pasha announces his intention, as soon as public confidence has been restored, of directing his attention to the following questions: Judicial organization; uniformity of legislation; settlement of the limits of the different powers of the State; Public Works and Public Instruction. The questions relating to the prolongation of the mixed Courts will be studied. The negotiations for International Conventions relative to commerce will be actively pursued. || The reply of the Khedive recognizes in the fullest way the patriotism displayed by Chérif-Pasha in assuming the heavy task of Government under present circumstances. His Highness adopts the programme of the new Ministry, and promises it the most complete and loyal support. || A Decree follows, formally appointing the new Cabinet, of which Chérif-Pasha is the head. || If Chérif-Pasha remains in power to carry out this programme, his tenure of office will not be short. || The most important practical point in it is the distinct admission of the necessity and advantages of the system of control, which is the more valuable because Chérif-Pasha has always been supposed rather adverse to that institution. || I have, &c.

Chas. A. Cookson.

Lettre de son Excellence Chérif-Pacha à Son Altesse le Khédive.

Monseigneur, — Dans la situation difficile que les derniers événements ont créée à l'Égypte, votre Altesse a daigné me confier la mission de former et de présider un nouveau Cabinet. || Les circonstances actuelles rendent possibles des éventualités si graves et si douloureuses que je n'ai pas d'abord osé assumer une aussi lourde responsabilité, mais puisque votre Altesse, après avoir pris le conseil des hommes les plus autorisés, persiste, d'accord avec eux, à juger que le concours de ma personne est utile au pays, je n'ai plus le droit d'hésiter et je suis prêt à me charger de la direction générale des affaires de son Gouvernement. || Mes premiers efforts tendront à mettre un terme aux préoccupations qui nous pressent et à prévenir le retour des malheurs qui ont récemment menacé l'Égypte. || Dès son avènement, votre Altesse

a affirmé sa volonté d'établir une économie raisonnée dans les dépenses de l'Etat, de liquider la situation financière, de faire régner la probité dans les services publics et d'introduire avec opportunité de sages réformes dans l'administration du pays. || La liquidation de la situation financière est presque terminée, et chaque année le Budget est régulièrement promulgué. || L'institution du Contrôle, critiquée d'abord à des points de vue divers, a puissamment aidé au rétablissement des finances, en même temps qu'elle a été une force véritable pour le Gouvernement de votre Altesse. A ce double titre, il importe de le maintenir tel qu'il a été institué par le Décret du 15 Novembre, 1879. || Les intentions de votre Altesse relatives aux réformes administratives avaient été accueillies avec un sentiment unanime d'espérance et de respectueuse sympathie. Dès que la confiance publique sera rétablie, je m'appliquerai à atteindre les résultats que votre Altesse s'était ainsi proposés. || L'organisation judiciaire du pays, l'établissement d'une législation uniforme et précise, la détermination des pouvoirs publics et leurs attributions, les grands travaux d'utilité générale et l'instruction publique enfin, méritent toute l'attention de votre Gouvernement. Les études relatives à la nouvelle période de fonctionnement des Tribunaux Mixtes seront continuées, et votre Ministère s'efforcera de les faire aboutir à une amélioration du système actuel. || Le développement de l'agriculture et du commerce donne une importance capitale aux questions Douanières, et le Gouvernement de votre Altesse suivra avec la plus grande sollicitude les négociations relatives aux Conventions internationales pour la Douane et le commerce. || Telles sont, Monseigneur, les idées principales dans lesquelles je reçois de vos mains la charge de constituer et de présider un nouveau Ministère. Si votre Altesse daigne les approuver, si elle leur accorde une entière adhésion et me prête son puissant appui, je travaillerai avec l'aide de Dieu, à montrer au pays la voie du progrès et à lui rendre l'ordre et la paix. Daignez, &c.

Nr. 7749.
Gross-
britannien.
16. Sept. 1881.

Chérif.

Nr. 7750. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Sultan: England wünscht Aufrechterhaltung des *status quo*.

(Extract.)

Therapia, September 19, 1881.

On Thursday, the 15th instant, I had the honour of being admitted to an audience with the Sultan. || His Majesty first engaged me in conversation on the affairs of Egypt, informing me that, though the news from thence was good, it would be necessary to do something, and he then referred, though in a somewhat vague manner, to the "measures" which would have to be resorted to. || I asked His Majesty whether by the term "measures" he meant the dispatch of troops. He said there were other measures besides. Upon

Nr. 7750.
Gross-
britannien.
19. Sept. 1881.

Nr. 7750.
Gross-
britannien.
19. Sept. 1881.

this I observed, that I was glad to learn that His Majesty did not contemplate taking so precipitate a step as the sending of troops to Egypt without previous consultation with Her Majesty's Government; that, although I had received as yet no instructions to make any positive communication to him to that effect, I had reason to know that your Lordship would consider such a proceeding inopportune, especially if, as His Majesty had been good enough to announce to me, the aspect of affairs was reassuring. "In conveying such a recommendation," I added, "His Majesty might rest assured that England had no other desire than to maintain undisturbed the actual *status quo*, which amply secured to us all we wanted, namely, the freedom of the Isthmus of Suez, and reasonably good government for the Egyptian people. Far from wishing to put upon His Majesty's sovereign rights in Egypt any restraint beyond those already defined in international arrangements, we desired, on the contrary, to countenance and maintain them in the interests of the existing Règlement, and would certainly deprecate any change, which would probably prove as disadvantageous to us as to him." || Though evidently mortified at finding that Her Majesty's Government had associated itself with the French view of the case (of which he was evidently aware), the Sultan, I think, understood the nature of the considerations which had led to this result; but he went on to say that in his opinion England and Turkey ought to pursue the same policy. Great Britain, His Majesty observed, had great interests in Egypt, which he was quite prepared to recognize. So had Turkey, and these interests she would make great sacrifices to maintain; and to England, which was a great Mussulman Power, the friendship and co-operation of Turkey must be necessarily advantageous. || I informed His Majesty, that I would fully acquaint your Lordship with the views which he had been good enough to communicate to me, and I again assured him that it would be a great mistake if he imagined that Her Majesty's Government had any *arrière-pensée* in regard to Egypt, or any designs antagonistic to his own legitimate interests, or subversive of his recognized rights. || His Majesty then asked me if we objected to Tefvik-Pasha, or if we wanted to change him. I said I had no reason to believe, that we either objected to him or desired to remove him. || His Majesty concluded this part of the conversation by observing, that he considered the Egyptian incident as for the moment closed.

Nr. 7751. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Hat der Entsendung eines Generals nach Aegypten widerrathen.

Nr. 7751.

Gross-
britannien.
20. Sept. 1881.

Therapia, September 20, 1881.

My Lord, — In accordance with your Lordship's instructions, I yesterday informed both the Prime Minister and the Minister for Foreign Affairs, that

Her Majesty's Government would consider the dispatch of a Military Commissioner to Egypt as inopportune. || The Minister for Foreign Affairs observed, in reply, that the Egyptian incident was happily at an end, and that there was no question of sending a Commissioner. || M. Tissot, however, has been good enough this morning to acquaint me with the result of his interview yesterday with the Sultan. His Excellency had, he said, held very firm language in deprecation both of the dispatch of troops and of a Commissioner to Egypt; that the Sultan, in reply, had intimated to him that he had no present intention of sending troops thither, and that in any event he would maintain the *status quo*; but that he considered, in view of Turkey's enormous interests both in Egypt and in the Hedjaz, that he had a perfect right to dispatch an emissary with his compliments and advice to the Khedive, and that this he intended to do, though the person would not have the official character of a Commissioner. || I have, &c.

Nr. 7751.
Gross-
britannien.
20. Sept. 1881.

Dufferin.

Nr. 7752. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Cairo (Malet)
an den engl. Min. d. Ausw. — Ursachen der Militär-
Unruhen vom 9. September.

Cairo, September 23, 1881.

My Lord, — For a better understanding of recent events in Egypt, I have the honour to transmit to your Lordship a short review of what has taken place in connection with the military movement, coupled with an attempt to show the causes which led to the action of the army on the 9th instant. || It is merely necessary to allude to the military movement of April 1879, which caused the fall of the Ministry of which Sir Charles R. Wilson and M. de Blignières were members, as being the unfortunate occasion which first showed the officers their power. The motives which led to their action at that time were totally distinct from the movement which has culminated in the present crisis, and which first began to show itself at the close of the year 1880. || Time has confirmed the accuracy of the account of the causes of the discontent of the officers which I had the honour to give your Lordship in my despatch of the 2nd February. It sprang from the comparative, or rather total, neglect of necessary reforms in the army, while other branches of the Administration and the country generally were being cared for. The representations then made, instead of receiving due consideration, merely aroused the suspicions of the Government, and the officers who presented the petition were ultimately dealt with in the way best calculated to destroy all confidence in the Khedive and the Government; though it was in harmony with the traditions of Oriental statesmanship. They were instructed to come to the Ministry of War on the morning of the 1st February, to join in settling the

Nr. 7752.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1881.



Nr. 7752.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1881.

arrangements for the military procession which was to accompany one of the Princesses on the occasion of her marriage. It had been decided at a meeting of the Council, at which the Controllers were not present, that on presenting themselves at the Ministry of War the three petitioning Colonels were to be arrested. || The Colonels, however, had wind of the design, and, before proceeding to the Ministry, left orders with their officers to come with their men and release them if they did not return within two hours. || The result will be fresh in your Lordship's memory. The Colonels were arrested and released by force. The Minister of War had to escape through the window, and a few hours later was dismissed from office by the Khedive under compulsion of a riotous soldiery. || Riaz-Pasha was to blame for consenting to the arrest; but he had been strongly against the course pursued, and had only yielded when his own loyalty began to be questioned. The Colonels appeared to be perfectly aware of the several parts which the advisers of the Khedive had taken in the matter, and in a short time Riaz-Pasha, if not able to recover their confidence, had at all events, by yielding to the more pressing measures of reform which were demanded, and by promising the remainder at a future period, rendered himself acceptable for the time being. || It has frequently been said of late, that, if the insubordination of the officers had then been rigorously dealt with and the army disbanded, we should have been saved from the late crisis; but, in fact, the power of dealing rigorously with any single officer, or of disbanding the troops, has never been in the hands of the Khedive or the Ministry from that time to this. || I felt from the first, that the only chance for the future was the re-establishment of confidence between the Khedive and the officers, and to this end I dedicated my best efforts in speaking to the Khedive, Riaz-Pasha, and the officers themselves. A Military Commission was established, and had apparently brought about a good understanding, which found its expression in a speech of unexceptionable character made by Araby-Bey at a banquet at the Ministry of War at the end of April. When I went on leave, at the beginning of May, I had reason to believe, that confidence was being restored; that the officers had, in fact, nothing to fear from intrigue; that they were gradually relaxing measures for their own protection, and beginning to feel, that the Khedive and the Ministers no longer aimed at their lives. || I should convey a wrong impression were I to be thought to have believed, for an instant, that the Khedive had at any time designs upon the lives of these men. I feel certain, that from first to last His Highness has never contemplated anything beyond the restoration of discipline by legitimate punishment; but I do know for certain, that the officers were quite convinced, that their lives were aimed at. The traditions of the days of Ismail-Pasha stalked like spectres across their path, and the Colonels have never been able to understand that, through the participation of the English and French Governments in the administration of the country, the possibility of a repetition of the crimes of those days has vanished. || Matters



do, indeed, seem to have progressed favourably to the month of July, when two incidents occurred. An artilleryman was run over and killed in the streets of Alexandria. His comrades bore the dead body to the Palace, and forced an entrance in defiance of the orders of their officers. They were tried, and the ringleaders were condemned to severe sentences. Nineteen officers had brought charges against the Colonel of their regiment, named Abdul-Al; the charges were inquired into and declared to be unfounded, whereupon the nineteen officers were dismissed from the active list of the army, but were restored subsequently by order of the Khedive. This action of His Highness gave great umbrage to the Colonels, who believed, that the order was given with a view to encourage the insubordination of the officers towards them, and a letter was written by the Colonels either to the Khedive or the Minister of War, contrasting the leniency towards the nineteen officers with the severity towards the artillerymen. This letter was ultimately withdrawn; but by that time the Khedive appears to have been completely dissatisfied with his Minister of War, Mahmoud-Pasha-Baroudi, and alarmed at the bearing of the Colonels. He had become tired of hearing Riaz-Pasha say: "Wait, and all will be well"; he saw no signs of returning authority, he made up his mind that his Ministry would make him wait for ever, he determined to see whether energetic measures would not be successful, and he appointed his brother-in-law, Daoud-Pasha, to be Minister of War in the place of Mahmoud-Pasha-Baroudi. || The measure was viewed with great dissatisfaction by the Colonels, and Araby-Bey presented a petition to the new Minister containing impossible demands. The petition was returned to him with an order that, in future, such documents must go through his military superior, and not be presented by him directly to the Minister of War. A decision was at the same time taken by the Ministry to order the Regiment of Tourah, commanded by Abdul-Al, to leave Cairo. On hearing of these events Mr. Cookson represented to the Khedive that it was very advisable to take no measures which might lead to a crisis until my return, as I should, no doubt, arrive with instructions as to the advice, if any, which Her Majesty's Government desired to give to the Khedive. His Highness replied, that he had no wish at present to do more than oppose a firm front to all further demands for concession. || Had His Highness followed the advice thus given the crisis might, at all events, have been staved off; but, unfortunately, the energetic attitude displayed by the new Minister of War met apparently with unlooked-for success. The Khedive resolved to come to Cairo, and a step was taken which, as far as I can judge, finally led to the crisis. The Prefect of Police at Cairo was changed, and a person named Abdul-Kader-Pasha, noted for his despotic and determined character, was appointed to the post. This official immediately began to display an indiscreet zeal in sending out spies to watch the movements of the Colonels. These spies appear, indeed, to have reported, that there was nothing to fear. It is a singular feature of the history of the movement, that the Government

Nr. 7752.
Gross-
britannien.
29. Sept. 1881.

Nr. 7752.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1881.

was always in the dark as to the intentions of the Colonels, and that the Colonels appear to have been thoroughly informed of every move of the Government.

At no period since the 1st February had the confidence of the Khedive and the Government been so complete as immediately before the outbreak of the 9th. On the very eve, and on the morning itself of that day, Riaz-Pasha assured those with whom he conversed, that the Government were masters of the situation, and that the danger of a military movement had passed away. But, in fact, all the terrors of the Colonels for their personal safety had been again aroused. A story had got abroad, that the Khedive had obtained a secret "Fetwah", or Decree, from the Sheikh-ul-Islam, condemning them to death for high treason. There was absolutely no foundation for this story; but it is still currently believed, and at this moment the position of the Sheikh-ul-Islam is precarious in consequence of it. Spies were continually hovering about the residences of the Colonels, and on the night of the 8th instant a man presented himself at the house of Araby-Bey, was refused admittance, and was afterwards followed and seen to return to the Prefecture of Police. It was no doubt in the mind of Araby-Bey, that he was to be murdered; he left his house, and went to that of one of the other Colonels, to whom a similar incident had just occurred. It is my belief, that then only measures were taken for immediate action, that it was concerted and planned that night, as it was executed the following day. || Your Lordship will observe, that in endeavouring to trace the history of events I have made no allusion to intrigue from abroad. The first idea which has occurred to all is that the ex-Khedive, Prince Halim, and the Porte itself are behind the scenes. It is impossible to prove, that they are not. I have been able to trace no evidence that they are, and I can only advance my belief, with some hesitation, that the motives which I have given above are sufficient to account for the action of the Colonels without seeking further. || A Mussulman gentleman to whom I was speaking yesterday told me, that he had had long and frequent conversations with Araby-Bey since the 9th, and had pointed out to him the great danger which his action had caused to Egypt of foreign intervention, either on the part of England and France, or of Turkey. He asked Araby-Bey if he had not foreseen this danger, and, if he had, how he could reconcile his proceedings with the patriotism which he professed. Araby-Bey replied, that he had foreseen such consequences, but that he and his friends were between two fires—on the one side from the Government, and on the other from their own comrades, who were gradually being gained over by the Government; in fact, that action had become absolutely necessary in self-defence. || I trust, that the view which I have ventured to submit to your Lordship is the correct one, because, if it is, there appears to be hope for the future. It is obvious that, if the movement is prepared from abroad, if Araby-Bey and his fellow agitators are merely the puppets of persons who, from motives of ambition or

revenge, desire to see anarchy in Egypt, no concessions, no reforms, will be of the slightest avail, whereas if fear is the motive there is a hope, that it may be dispelled, and that with the restoration of confidence the tranquil progress of the country may be resumed. || I have, &c.

Nr. 7752.
Gross-
britannien.
23. Sept. 1881.

Edward B. Malet.

Nr. 7753. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — Unterredung mit dem englischen Geschäftsträger über die Situation in Aegypten. Verschiedene Ansichten über Entsendung eines türkischen Generals.

(Extract.)

Foreign Office, September 30, 1881.

The French Chargé d'Affaires came down to Walmer Castle yesterday evening for the purpose of making to me a communication upon Egyptian affairs. In a conversation, which he had with me this morning upon the subject, he read to me a despatch from M. Barthélemy-St.-Hilaire to M. Cnallemel-Lacour, setting out the objections of the French Government to the mission of a Turkish General to Egypt by the Sultan to assist in bringing the mutinous regiments under control. || M. d'Aunay supported the arguments contained in the despatch by some further observations, in accordance with instructions which he had subsequently received. || He then told me the substance of a despatch from the French Ambassador at Constantinople, reporting that the Sultan had not abandoned the idea of sending a Turkish official to the Khedive, and that His Majesty would probably take a decision before Saturday. || M. Barthélemy-St.-Hilaire, M. d'Aunay said, had authorized him to communicate this information to me, and to observe that in his opinion it furnished an additional proof of the necessity that France and England, in order to avoid great embarrassment for the future of an international character, should give a proof of their united action in Egypt. || M. d'Aunay asked me whether I had received intelligence similar to that reported by M. Tissot. I replied, that Lord Dufferin had stated that M. Tissot had given him the same account of what had passed at his audience with the Sultan, but that Lord Dufferin had himself received the assurance from the Sultan and the Minister for Foreign Affairs that the Egyptian incident might be considered as closed. || I told M. d'Aunay, that Her Majesty's Government entertained nearly the same objections to the occupation of Egypt by a Turkish force in the present circumstances as did the French Government. They thought, that it would be a great evil. But the mission of a Turkish General to Egypt at the time of the crisis was a different matter. Although at first sight it did not seem probable, yet I had been assured by most competent persons in this country and in Egypt that the presence of a Turkish General, supported only by the cordial approval

Nr. 7753.
Gross-
britannien.
30. Sept. 1881.

Nr. 7753.
Gross-
britannien.
30. Sept. 1881.

of England and France, would have had the effect of controlling, and even, in case of need, of disbanding the Egyptian army. The abdication of the late Khedive, a man of strong will, without the pressure of material force, was quoted as a case in point. || Her Majesty's Government had therefore decided at the time to sound the French Government on the matter. They had not, however, as I had already explained to him, given any instructions to make the suggestion to the Turkish Government, and no such suggestion had been made. || Since then, the urgency of the crisis having been relieved, and the objections of the French Government to the proposal having been made known to us, Lord Dufferin had, in accordance with his instructions, pressed the Sultan to take no action in the matter, but to be satisfied with the maintenance of the *status quo* as regards his actual position towards Egypt, a position which Her Majesty's Government desire to maintain. || M. d'Aunay asked me whether Her Majesty's Government would consent to the issue of identical instructions to the English and French Representatives in Egypt, in case the Sultan were to put into execution the intention announced by His Majesty of sending a Commissioner to Egypt, and whether we would suggest the form which those instructions should take. || I said I was convinced, that my colleagues would desire, if the incident occurred, that there should be a perfect understanding between the two countries, and that although I was unwilling to act upon hypothetical cases, I would carefully consider, according to the wish expressed by M. St.-Hilaire, the draft of an identic instruction to be sent under such circumstances, and would submit it to the French Government. || But I remarked, that Mr. Malet had only recently returned to his post. Her Majesty's Government had great confidence in his judgment, and he would have the best opportunities of forming a competent opinion upon the situation after communicating with the Egyptian authorities and with his French and English colleagues on the spot. Her Majesty's Government were desirous to defer a formal decision upon any part of the question until they had received a full report from him. || But I told him that he could assure M. Barthélemy-St.-Hilaire that, notwithstanding any rumours that might be current here, in France, in Turkey, or in Egypt, our desire was to act in close and cordial co-operation with France.

Nr. 7754. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
schafter in Konstantinopel. — Die engl. Regierung
hat mit Ueberraschung und Bedauern die Entsendung
türkischer Gesandter nach Aegypten erfahren.

Nr. 7754.
Gross-
britannien.
2. Oct. 1881.

Foreign Office, October 2, 1881.

My Lord, — I have received your telegram of the 1st instant, informing me that the Sultan had finally determined to dispatch a Turkish Commissioner

to Egypt, and I have to request your Excellency to state to the Porte, that as the crisis in Egypt is now apparently passed, and after the assurances which you have received that the incident might now be considered as closed, Her Majesty's Government have learnt with surprise and regret the decision arrived at by the Sultan, and your Excellency will inquire in what capacity, and with what object, Ali-Fuad-Bey is sent. || Should the intention be persisted in, you will insist strongly that no attempt should be made by the Turkish Commissioner to interfere in the internal administration of the country. I have informed the French Government of the substance of this despatch to your Excellency. || I am, &c.

Nr. 7754.
Gross-
britannien.
2. Oct. 1881.

Granville.

Nr. 7755. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Der französische und der englische Botschafter haben der Pforte Vorstellungen wegen Entsendung Fuad-Bey's nach Aegypten gemacht.

(Extract.)

Therapia, October 4, 1881.

The French Ambassador called upon me yesterday morning and read a telegram he had just dispatched to his Government announcing the departure of Fuad-Bey and Ali-Nizami-Pasha for Egypt, and stating further that they were the bearers of a Firman of Investiture to the Khedive. I acquainted his Excellency in return with the purport of your Lordship's telegram of the 2nd instant, and we agreed that each of us should send a Dragoman to the Porte to express the regret and surprise of our respective Governments that so inopportune a step should have been taken without any communication having been made in regard to it to the Ambassadors of France and England, and to ask what was the nature and object of the mission of Fuad-Bey and his colleague. | Last night I telegraphed to your Lordship the reply of the Minister for Foreign Affairs to my observations and inquiries as having been to the following effect, viz.: — That the object of the mission consisted simply in conveying to the Viceroy the Sultan's approval of the manner in which His Highness had succeeded in arranging matters in Egypt; that as intrigues were still being directed against the Khedive, the Sultan considered that the presence in Egypt of two functionaries from his Court would be taken as an indication of His Majesty's desire to maintain the existing state of things, and would at the same time strengthen morally the Viceroy's position. His Excellency concluded by saying, that the functionaries in question were the bearers of no Firman whatever from the Sultan, but merely carried a letter from the Prime Minister to the Viceroy, and that the Porte would certainly have placed itself in communication with me had a mission of a more serious character been contemplated.

Nr. 7755.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1881.

Nr. 7756. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Unterredung mit dem türkischen Botschafter über Englands Politik in Aegypten.

Foreign Office, October 4, 1881.

Nr. 7756.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1881.

My Lord, — The Turkish Ambassador called upon me this afternoon and spoke to me on the subject of recent events in Egypt, and the Sultan's decision to send a Mission to the Khedive. || I said, that we had received the announcement of the Mission with considerable surprise now that the crisis appeared to be past, and especially after the conversations which your Excellency had had with the Sultan and the Minister for Foreign Affairs, and the assurances you had received that the incident was closed. || In reply to some observations which Musurus-Pasha made as to the necessity of the Sultan maintaining his authority as a Sovereign, I told him that I had no hesitation in explaining to him our policy. We were desirous, I said, of acting in cordial co-operation with France on Egyptian questions. Whatever rumours or impressions might exist, we had no desire to take any steps towards an English occupation or annexation of the country; still less did we wish to see it occupied or annexed by any other Power. We were anxious to maintain the present *status quo*, and to uphold the Sultan's rights; but we should object to any attempt to extend those rights, or to use them for the purpose of diminishing the autonomy of Egypt, and interfering in its internal administration. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7757. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel (Tissot). — Möglichste Abkürzung der Dauer der türkischen Mission*).

Paris, le 4 octobre 1881.

Nr. 7757.
Frankreich.
4. Oct. 1881.

La Porte s'étant décidée, malgré les conseils qui lui étaient donnés, à envoyer Nizami-Pacha et Ali-Fuad-Bey en Égypte, il faut que leur mission soit la plus courte possible. Leur présence prolongée pourrait être la cause d'agitations dangereuses qu'il faut absolument éviter. Son Excellence Chérif-Pacha nous a fait exprimer ses craintes, que partagent les deux Consuls Généraux de France et d'Angleterre. Il importe que la Porte ottomane fasse droit à ces justes réclamations: agissez dans ce sens auprès d'elle.

Barthélemy-Saint-Hilaire.

*) Dieselbe Instruction telegraphirte am 4. October Granville nach Konstantinopel.
A. d. Red.

Nr. 7758. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Project der militärischen Controle in Aegypten.

Paris, October 4, 1881.

My Lord, — M. Barthélemy-St.-Hilaire spoke to me this morning of the Sultan's having sent Envoys to Cairo. || He read to me telegrams containing in substance the same information as that which is given in the telegrams from the Earl of Dufferin and Sir Edward Malet, which your Lordship has already done me the honour to communicate to me. He read me, moreover, a telegram from the French Ambassador at Constantinople, stating that he had been assured by Assim-Pasha that the Envoys were charged only with a letter from the Sultan to the Khedive, and that they were not the bearers of any Firman. || Adverting to the request made by Chérif-Pasha to Sir Edward Malet and his French colleague, that the Porte might be urged to make the visit of the Turkish Envoys to Egypt as short as possible, M. Barthélemy-St.-Hilaire told me, that he had sent orders to the French Embassy in London to express to your Lordship the desire of the French Government to give effect to this request. He added, that he had moreover sent instructions to the French Ambassador at Constantinople to concert measures with Lord Dufferin in order to induce the Porte to abridge the stay of its Envoys in Egypt. || His Excellency expressed very strongly the opinion, that serious evil might arise from the intrigues in which these Envoys might engage with Egyptians and others in Egypt. || M. Barthélemy-St.-Hilaire spoke of the suggestion which he had made to your Lordship, that an English and a French military officer might be sent to Cairo to hold, with regard to the army, much the same position as is held by the English and French Controllers with regard to the finances. || He seemed still to think that this suggestion might be adopted with advantage. || He concluded by expressing satisfaction at the cordiality, with which Lord Dufferin and M. Tissot were acting together at Constantinople, and with which Sir Edward Malet and M. de Sienkiewics were acting together at Cairo. || I have, &c.

Nr. 7758.
Gross-
britannien.
4. Oct. 1881.

Lyons.

Paris, October 4, 1881.

My Lord, — When M. Barthélemy-St.-Hilaire spoke to me this morning of his suggestion, that an English and a French General might be sent to Egypt, I asked him what consequences would ensue supposing these Generals were set at naught by the Egyptian army. || He answered, that in such a case it might be necessary to make it unmistakably manifest that the Generals had the support of England and France. He spoke in very general terms of a naval demonstration, of the dispatch of English and French ships of war to Alexandria; but he did not make any definite proposal or suggestion on the subject. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7759. AEGYPTE. — Brief des Minister-Präsidenten an den Khedive. — Einberufung der Notabelnkammer.

Nr. 7750.
Aegypten.
4. Oct. 1881.

Monseigneur, — Les réformes que nous allons entreprendre avec l'adhésion de votre Altesse touchent aux intérêts les plus essentiels. Leur application modifiera progressivement un état de choses, dont l'expérience a maintes fois démontré les imperfections, et asseoira l'administration générale du pays sur des bases stables et plus rationnelles. || Mais l'examen des questions importantes qui sont soulevées et les travaux que nécessite leur règlement, ne sauraient être l'oeuvre de votre Ministère seul. || Nous pensons, mes collègues et moi, qu'elles seraient mieux étudiées et plus sagement résolues par un échange d'idées et d'observations auquel prendraient part les hommes que leur intelligence des affaires, une honorabilité reconnue et leur situation désignent à la confiance publique et au choix de leurs compatriotes. || L'opinion des personnes les plus éclairées, interprètes autorisés de la population, nous a fortifiés dans ces sentiments. || Aussi bien, votre Conseil des Ministres considère dès aujourd'hui comme un devoir de demander à votre Altesse de répondre au vœu du pays en réunissant les notabilités de l'Égypte pour les consulter sur les besoins des provinces, leur exposer les défauts de l'Administration et réaliser, avec le concours de leur expérience, les réformes nécessaires. || Les Lois de 1283, qui ont institué une Chambre des Délégués, offrent à votre Altesse le moyen normal d'obtenir ces résultats. || Sans doute ces lois incomplètes dans certaines de leurs dispositions ne sont plus en harmonie avec les aspirations du pays; divers projets ont été déjà élaborés et présentés; ce sera l'oeuvre réfléchie de votre Gouvernement, d'accord avec la Chambre, de proposer de sages réformes, en ayant égard aux droits du Chef de l'Etat et à la situation particulière de l'Égypte. || Il serait superflu d'affirmer que les Conventions et les institutions actuelles, nées de la situation financière, ne sauraient être l'objet des discussions de la Chambre, non plus que les lois et Décrets qui les consacrent; elles résultent d'engagements internationaux et ne peuvent recevoir aucune modification, de quelque nature qu'elle soit, sans l'assentiment des Puissances qui y ont été Parties Contractantes. || La Chambre des Délégués remplira sa mission sans porter atteinte aux intérêts qui doivent être respectés; elle sera une force de plus pour le Gouvernement de votre Altesse dans l'oeuvre de réorganisation qu'il a entreprise et l'aidera à assurer la sécurité parfaite des Égyptiens dans leur vie, dans leur honneur et dans leurs biens. || C'est pourquoi, Monseigneur, conformément à l'Article 16 de la Loi du 21 Ragheb, 1283, nous présentons à la sanction de votre Altesse un Décret convoquant les électeurs et fixant l'ouverture de la Chambre au 15 Kiahk, 1598 (1^{er} Saffer 1299, 23 Décembre 1881). || Mes collègues et moi, nous consacrerons les trois mois qui vont s'écouler à préparer les projets que nous soumettrons à l'examen de MM. les Délégués, nous appellerons notamment leur attention sur les réclamations en matière d'impôts, sur le service des

corvées et des prestations affectées aux travaux publics, service d'un intérêt si pressant pour nos populations agricoles; nous les consulterons aussi sur l'institution de Conseils Provinciaux; ils sont, pour ainsi dire, en relation constante et directe avec le sol comme avec ses habitants, et leur connaissance des intérêts locaux sera particulièrement précieuse pour l'étude de l'organisation et des attributions de ces Conseils. || Si votre Altesse daigne sanctionner le Décret que j'ai l'honneur de lui soumettre, son Ministre de l'Intérieur prendra sans retard les dispositions utiles pour faire parvenir à MM. les Gouverneurs et Moudirs les instructions nécessaires à assurer, dans les termes et conditions de la loi, l'élection de MM. les Délégués. || Daignez agréer, &c.

Le Président du Conseil des Ministres,
Chérif.

Nr. 7760. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Cairo an den engl. Min. d. Ausw. — Hat der ägyptischen Regierung gerathen, jede Einmischung der türkischen Gesandten in die innere Verwaltung fest abzuweisen.

Cairo, October 6, 1881.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship that, in obedience with the instructions contained in your Lordship's telegrams of yesterday's date, I proceeded this morning with my French colleague, M. Sienkiewicz, who had received similar instructions, to the Palace of Ismailieh to see the Khedive. || We informed His Highness, that we had been desired by our respective Governments to advise the Government of His Highness to receive the expected Turkish Envoys with all the honours due to their rank, but to firmly oppose any interference on their part in the internal administration of Egypt. || After some conversation, in which His Highness expressed his concurrence in the views indicated by this advice, he requested us to express to our respective Governments his gratitude for the communication we had been instructed to make. || We then went together to the Ministry of the Interior, and made the same communication to Chérif-Pasha, President of the Council. || His Excellency requested us to express his thanks to our respective Governments for the advice given, and asked for their continued support. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7759.
Aegypten.
4. Oct. 1881.

Nr. 7760.
Gross-
britannien.
6. Oct. 1881.

Nr. 7761. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Bekämpfung eines etwaigen Eingriffs der türkischen Gesandten in die Verwaltung Aegyptens. Zustimmung Frankreichs.

Paris, October 7, 1881.

Nr. 7761.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1881. My Lord, — In obedience to instructions, which I received from your Lordship by telegraph last night, I wrote this morning to M. Barthélemy-St.-Hilaire to propose that the British and French Agents at Cairo should be directed to make a joint communication to the Khedive and to Chérif-Pasha, to the effect that "they were instructed to assist the Government of His Highness in maintaining the independence of Egypt as it is established under the Firmans of the Sultan, and to use their good offices in case of need to restrain any attempt on the part of the Turkish Envoys to control the action of the Ministry in its present endeavours to re-establish confidence in the country and discipline in the army." || M. Barthélemy-St.-Hilaire sent me immediately a letter in reply, saying that he would dispatch immediately to the French Agent at Cairo instructions in the exact terms proposed. At the same time, he begged me to express to your Lordship the satisfaction he derived from the communication I had made to him in my letter, as well as from the perfect accord which exists between England and France on Egyptian affairs. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7762. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Unruhe des Sultans über die Entsendung der Kriegsschiffe.

(Telegraphic.)

Constantinople, October 11, 1881, 1'30 P.M.

Nr. 7762.
Gross-
britannien.
11. Oct. 1881. The Sultan has sent me the following message: — || "His Majesty has learned with surprise of the intended dispatch of a French and British iron-clad to Alexandria. Such a demonstration is not based on any Treaty rights. It implies danger for Alexandria and Jeddah. It is calculated to cause agitation and disturbance among the whole Arab population, and it is not improbable that it may lead to a general revolution. The Ottoman Government cannot consequently view such an eventuality with indifference. In the meanwhile information received from the Turkish emissaries and from the Viceroy proves that perfect order exists in Egypt. The late trouble in Egypt was the work of the Khedive's rivals. The maintenance of the *status quo* being thus insured, His Majesty does not see the necessity of any change whatever, and he is anxious, that his opinion on this point should be communicated to the Governments of France and England, in order that they may no longer

have any anxiety on the subject, and that the friendly relations existing between the three Powers should acquire greater strength."

Nr. 7762.
Gross-
britannien.
11. Oct. 1881.

I have consulted with French Ambassador, and we are inclined to recommend that we should be authorized to inform Sultan that, the situation being such as he describes, the presence of his emissaries is evidently unnecessary, and that their withdrawal would imply the termination to the incident, and would naturally be followed by the retirement of our ships.

Nr. 7763. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Frankreich und England werden ihre Schiffe zurückziehen, sobald die türkischen Gesandten zurückberufen sind.

Foreign Office, October 12, 1881.

My Lord, — Her Majesty's Government have had under their consideration your Excellency's telegram of the 11th instant, forwarding a message you had received from the Sultan expressing the regret of His Majesty at hearing of the intended dispatch of a British and a French iron-clad to Alexandria. || Her Majesty's Government and the French Government, with whom I have been in communication on the subject, concur in the course suggested by the French Ambassador and yourself. || Your Excellency should inform the Sultan, in reply to his message, that Her Majesty's Government have received with surprise a complaint which they consider was in no way justified by the fact of a vessel having been sent in order to afford a refuge to British subjects in the now improbable event of further troubles in Egypt; that Her Majesty's Government have learnt with satisfaction His Imperial Majesty's sentiments in favour of the maintenance of the *status quo*, and his opinion that all disorder is at an end; that, the situation being such as His Majesty describes, the presence of his Envoys appears no longer necessary, and that their withdrawal would imply the termination of the incident, and would naturally be followed by the withdrawal of the ships. || I am, &c.

Nr. 7763.
Gross-
britannien.
12. Oct. 1881.

Granville.

Nr. 7764. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Der Sultan weigert sich, vor Zurückziehung der Schiffe die Gesandten abzubrufen.

Foreign Office, October 14, 1881.

My Lord, — I yesterday informed the Turkish Ambassador of the substance of the message I had received from the Sultan respecting the dispatch of English and French iron-clads to Alexandria, which was conveyed to me

Nr. 7764.
Gross-
britannien.
14. Oct. 1881.



Nr. 7764. in your Excellency's telegram of the 11th instant, and of the reply which
Gross- Her Majesty's Government had returned to it. || Musurus-Pasha observed, that
britannien. it was impossible for the Sultan to withdraw his Mission in face of the me-
14. Oct. 1881. nace implied by the presence of ships of war. || I informed his Excellency in
reply, that no menace was intended. Her Majesty's Government had heard
with surprise of the Mission being decided upon after the assurance received
by your Excellency, that the incident was terminated, and without Her Majesty's
Government having been previously informed or consulted. Her Majesty's
Government were anxious to maintain the rights of the Sultan according to
present arrangement, but at the same time England had great interests, ma-
terial and political, in Egypt. Her Majesty's Government had been equally
surprised at the objections which had been made to their sending a single
vessel of war to Alexandria to give to British subjects the assurance of an
asylum in case of need, for neither the dispatch of a ship of war to that
port, nor the fact of keeping it there, constituted any menace. || Musurus-
Pasha continued to urge that it would be impossible for the Sultan to with-
draw his Mission until after the departure of the ships. || I remarked, that
the Sultan's assurance, that the danger of fresh disturbances was past, rendered
the presence of the Mission unnecessary, and that the vessels might then also
retire, but that so long as the presence of the Commissioners in Egypt was
an evidence of an abnormal state of affairs, the presence of the ships at
Alexandria could only be regarded in the light of a proper and necessary
precaution for the safety of British residents. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7765. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
schafter in Konstantinopel. — Die Kriegsschiffe
werden an demselben Tage mit der türkischen Ge-
sandschaft Aegypten verlassen.

Foreign Office, October 16, 1881.

Nr. 7765. My Lord, — I have received your Excellency's telegram of the 14th
Gross- instant, informing me, that you had obtained positive assurances from the Porte
britannien. that the Sultan's Commissioners would be immediately recalled from Egypt,
16. Oct. 1881. and stating that, under these circumstances, your French colleague and your-
self were of opinion that the dispatch of English and French vessels of war
might be countermanded. || In reply, I have to inform your Excellency that
Her Majesty's ship "Invincible", ordered from Malta to Alexandria, is already
at sea and cannot therefore be recalled. She will, however, not arrive at
Alexandria till the 19th or 20th, by which time it is to be presumed that
the Turkish Commissioners will be taking their departure. || Your Excellency
may inform the Porte, that Her Majesty's Government and the French Govern-

ment are agreed that the ships shall leave on the same day that the Turkish Commissioners embark. || I am, &c.

Nr. 7765.
Gross-
britannien.
16. Oct. 1881.

Granville.

Nr. 7766. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Cairo (Sienkiewicz). — Die französischen und englischen Interessen in Aegypten.

Paris, le 17 octobre 1881.

J'ai lu vos dernières dépêches avec grande attention et avec un vif intérêt. La prépondérance incontestable de la France et de l'Angleterre en Egypte tient à des causes d'une force irrésistible. La France a, dans ce pays, comme dans toute cette partie de l'Orient, des traditions séculaires qui lui ont constitué un prestige et une autorité qu'elle ne peut pas laisser s'amoinrir. A la fin du siècle dernier, notre expédition, moitié scientifique, moitié militaire, a ressuscité l'Egypte qui, depuis lors, n'a pas cessé d'être l'objet de notre sollicitude et de celle de l'Europe. C'est un officier français qui a organisé l'armée égyptienne sous Méhémet-Ali; en 1840, la France risquait une guerre européenne pour soutenir les droits du vice-roi. Quinze ans après, elle a entrepris et achevé en quelques années le canal de Suez qui a ouvert une voie nouvelle au commerce de l'univers; et le développement prodigieux du trafic qui y passe déjà prouve combien cette oeuvre était utile. Enfin la France a, sur toutes les parties du sol égyptien, une colonie très-nombreuse qui a droit de compter sur la protection la plus efficace. || L'Angleterre a, de son côté, une position qui, sans être identique, n'est pas moins considérable. Si sa colonie n'est pas, à beaucoup près, aussi nombreuse, si sa part n'est pas aussi importante dans l'oeuvre du canal de Suez, c'est elle qui en forme presque toute la clientèle, puisque ses batiments de toute sorte qui y passent composent à peu près les quatre cinquièmes du trafic total. De plus, le canal qui joint la Méditerranée à la Mer Rouge est désormais pour la Grande-Bretagne la voie indispensable qui la met en rapport avec cette incomparable colonie de 250,000,000 de sujets qu'elle possède dans les Indes. || On peut donc dire que la France et l'Angleterre, tout en ayant en Egypte des intérêts de nature fort différente, y ont pourtant des intérêts égaux; et de là vient pour les deux pays la nécessité impérieuse de s'accorder pour la défense de ces intérêts. Les deux puissances protectrices de l'Egypte ne sauraient lui manquer sans se manquer essentiellement à elles-mêmes, sans manquer à la civilisation et à l'humanité. || Ces vérités qui doivent éclater à tous les yeux se manifestent depuis quelques années par la restauration inespérée des finances égyptiennes, à laquelle les deux puissances ont concouru dans une égale proportion. Les contrôleurs généraux anglo-français ont rétabli le crédit et fait renaître une confiance qui promet à un pays presque ruiné une prospérité de

Nr. 7766.
Frankreich.
17. Oct. 1881.

Nr. 7766.
Frankreich.
17. Oct. 1881.

plus en plus étendue. Pour les créanciers européens de l'Égypte, c'est une fortune qu'ils n'attendaient plus. Ces créanciers sont surtout anglais et français; mais les autres nations avaient pris part aussi aux emprunts de l'ex-Khédive, et par conséquent, ce ne sont pas l'Angleterre et la France seules qui profitent de ces excellents résultats. || Cet exemple de la restauration financière n'est pas le seul que l'on puisse citer; mais il suffit pour démontrer tout ce que peut produire la bonne intelligence de deux nations puissantes et civilisées, si elle s'applique avec la même énergie et la même impartialité à d'autres objets et à d'autres branches de l'administration publique. || Ces considérations supérieures et décisives doivent tracer aux agents de la France et de l'Angleterre la ligne de conduite qu'ils ont à suivre dans leurs rapports mutuels et dans leurs rapports avec le Gouvernement khédivial. Bien comprises et bien appliquées, elles doivent prévenir bien des luttes et adoucir bien des froissements qui peuvent naître dans les affaires et les incidents de chaque jour. Le but, auquel doivent tendre les agents des deux pays, c'est de toujours maintenir la balance égale et de faire à la concorde indispensable tous les sacrifices qu'elle exige. Il faut tâcher que, dans tous les services auxquels participent les Anglais et les Français, la part soit identique autant que possible; et quand, par la nature des choses, elle ne peut pas l'être, il faut au moins que des compensations équitables rétablissent l'équilibre. Il ne doit pas y avoir de rivalités; il ne doit y avoir qu'un concours sympathique et une émulation qui rapprochent les personnes loin de les diviser. || Les deux nations, outre leurs intérêts propres, ont un devoir éminent à remplir envers le peuple égyptien; et pour elles, ce doit être là une obligation sérieuse pour s'unir de plus en plus étroitement. On ne peut se dissimuler que, depuis plus de soixante ans que la civilisation pénètre sous toutes les formes en Égypte, elle y a déposé des germes qui s'accroissent de jour en jour et qui ne peuvent manquer de se développer. Il ne nous serait pas aisé de juger d'ici quelle est au juste la puissance de ces aspirations légitimes ni comment on pourrait les satisfaire. Mais ces aspirations sont trop réelles, et à certains égards trop justifiées pour qu'on puisse les négliger ni surtout songer à les étouffer. Ce qu'est précisément le parti dit national en Égypte, de quels éléments il se compose, quelles sont ses demandes raisonnables, comment peut-on y faire droit? c'est là ce que doivent spécialement nous apprendre nos agents, qui, placés sur les lieux, voient les choses de plus près et sont les seuls à les bien voir. C'est une étude, à laquelle vous vous appliquez avec le zèle le plus intelligent, et qui vous mettra à même de nous fournir les lumières qui nous manquent. La réunion des Notables, qui aura lieu dans deux mois, vous offrira une occasion précieuse dont vous saurez faire usage. || Mais quels que soient les progrès qu'a faits l'Égypte depuis un demi-siècle, il est de la dernière évidence que, pour se gouverner elle-même, elle a besoin longtemps encore de la tutelle de la France et de l'Angleterre. Par elle seule, elle ne pourrait surmonter les difficultés de tout genre qui s'opposent à sa régénération et qui ne peuvent

pas disparaître au gré de désirs impatients et peu réfléchis. La réforme sera longue et pénible; mais si quelque chose peut en hâter la marche et en garantir le succès, c'est certainement l'intervention de deux peuples fort éclairés dont l'expérience peut tant profiter à un peuple moins avancé. C'est un rôle que la France et l'Angleterre ont assumé déjà en partie et qu'elles sont forcées d'assumer tous les jours davantage. Plus l'Égypte sera riche, tranquille, régulièrement administrée, plus les deux nations qui lui auront procuré tous ces biens seront engagées à continuer leur oeuvre. La prospérité de l'Égypte n'a rien d'incompatible avec la coopération de la France et de l'Angleterre; et c'est dans cette prospérité même qu'elle pourra trouver plus tard l'indépendance administrative à laquelle elle vise.

Barthélémy-Saint-Hilaire.

Nr. 7767. GROSSBRITANNIEN. — G.-Consul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Verhalten der türkischen Gesandten in Aegypten.

(Extract.)

Cairo, October 17, 1881.

The Khedive has sent to inform me, that the Turkish Envoys have announced to His Highness, that they leave Cairo to-morrow afternoon to return direct to Constantinople. || During their stay, which will have lasted twelve days, they do not appear to have made any serious attempt to interfere in the internal administration. Their first proposal to hold an official inquiry was not renewed, and they have contented themselves with gathering such information as could be obtained on the situation of the country in general conversations with persons of note. || The Envoys have visited the different barracks, and have conversed with the officers. Ali-Nizami-Pasha made a speech to the officers of the 3rd Regiment on the 11th instant, in which he laid down in firm and dignified language the principle of discipline and obedience to the Khedive. I have the honour to inclose herewith a copy of the speech as reported in the local papers. || On the 13th instant there was a banquet at the Palace, given by the Khedive in honour of the Envoys, to which the Diplomatic Body and the Ministers and Court dignitaries were invited. Ali Nizami Pasha and Ali Fuad Bey sat respectively on the right and left of His Highness. My French colleague and I were immediately opposite, respectively on the left and right hand of Chérif Pasha. I had some conversation with the Envoys after dinner, and Ali-Nizami-Pasha told me, that the language which he had used to the officers was more energetic than that which had been reported in the newspapers, and that he trusted, that his words would sink into their hearts and prevent a repetition of acts of insubordination. || The stay of the Envoys has caused general uneasiness in the country, where the prospect of Turkish interference and occupation is greatly dreaded. Chérif Pasha has been especially anxious. His Excellency is perfectly loyal to the

Nr. 7767. Sultan, and foresees the danger to which Egypt would be exposed were the tie which unites it to the Porte to be broken; but he is resolved, that the liberties which have been successively acquired by Egypt since the time of Mohammed-Ali shall not be infringed.

Nr. 7768. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit dem Sultan über Englands ägyptische Politik.

Therapia, October 18, 1881.

Nr. 7768. My Lord, — In obedience to the instructions contained in your Lordship's telegram of the 16th instant, I informed the Prime Minister yesterday, that Her Majesty's ship "Invincible" would leave Alexandria the same day, that the Imperial Commission embarked for Constantinople. || His Highness then asked me whether, if he was able to assure me that the Commissioners had already left, it would be possible for the arrival of the English man-of-war to be countermanded. || I informed him, that the ship having already left Malta, it was impossible to communicate with her by telegram; but I told him I would telegraph to Cyprus in case by any accident she should call in there on her way to Egypt, and that, if in the meantime he should be in a position to state to me as a positive fact, that the Commissioners were on their way home, I would on my own responsibility keep the ship at Cyprus for a few hours until Her Majesty's Government could be informed of the departure of the Commissioners, in case that circumstances should induce them to alter the destination of the vessel. || His Highness expressed himself very grateful for this offer. || I then took the liberty of showing His Highness how unwise the Turkish Government had been in not listening to the friendly advice of Great Britain and France in respect of the recent interference of the Sultan in Egypt. I again told him, that far from having any designs upon that country, our one desire was to maintain the present state of things, and that English public opinion would be unanimous in deploring any event which would further complicate or increase our responsibilities in regard to Egypt. I added, that I knew the Sultan was very suspicious of our intentions, and that it was a great pity he should allow his many real anxieties to be intensified by such fantastic misgivings. If we opposed the dispatch of a Commissioner to Egypt, it was because, in our opinion, such a course was likely to compromise the Sultan's interests in that province. We knew beforehand that his Commissioners could render no real service to the cause of order, and were far more likely to embarrass than to strengthen the hands of the Egyptian Government; and in the next place, that it was certain that their presence there would irritate France, and, as I had already told him in reference to Tunis, there was nothing which we would more strongly deprecate than that Turkey by

any imprudent or inconsiderate conduct, whether in Egypt, Africa, or elsewhere, should provoke the resentment of the French people, whose present embarrassments in Algeria rendered them naturally sensitive and suspicious. || His Highness observed, that he himself was quite convinced of the disinterested character of England's good-will, and would always be grateful for her advice. || I concluded by again explaining to the Prime Minister, that the dispatch of the war vessels to Alexandria had taken place at the instance of Mr. Malet, who he well knew was extremely friendly to the maintenance of the Sultan's authority in Egypt, with the view of calming the fears of the European population in Alexandria, who had become very uneasy for their personal safety during the recent crisis. || From the foregoing conversation, and from my previous telegrams, your Lordship will perceive, that although I have acted most cordially and loyally with my French colleague throughout this Egyptian question, I have endeavoured to do so in such a manner as to convince the Turks, that we have only had at heart the maintenance of the *status quo*, the obvious interests of the Sultan and his Government, and the general tranquillity of the province, and I finally reinforced these views by a reference to the friendly tone in which Mr. Gladstone spoke of the existing relations between Turkey and England during the course of one of his recent speeches ad Leeds. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7769. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Eine offizielle Bitte um Unterstützung ist bei der deutschen Regierung seitens der Pforte nicht erfolgt.

Foreign Office, October 19, 1881.

My Lord, — The German Ambassador paid me a visit at Walmer Castle on the 2nd instant, on his return from Germany. We had some conversation on the subject of the recent events in Egypt, and of the Sultan's decision to send a Turkish Mission to the Khedive. || Count Münster assured me, that there was no foundation for the report, that the Sultan or the Porte had appealed to Germany for advice or support in regard to the Egyptian question. He believed, that there had been an attempt to do so, but the German Chargé d'Affaires had received instructions to be extremely reserved in his attitude, and no formal application had been made. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7770. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in St.-Petersburg. — Unterredung mit dem russischen Botschafter über Aegypten.

Foreign Office, October 19, 1881.

Nr. 7770.
Gross-
britannien.
19. Oct. 1881.

Sir, — In the course of conversation yesterday the Russian Ambassador spoke to me of the state of Egypt. I had explained to his Excellency, when I saw him in London on the 4th instant, the view which Her Majesty's Government took of the situation, using the same language as I had held to the Representatives of other Powers. I said, that when we assumed office we had found the system of joint protectorate by England and France in Egypt already established and in operation. We had not, therefore, to inquire whether it was the most logical or convenient arrangement that could be devised. During the period that had elapsed since then it had certainly worked well for the material prosperity of Egypt. Our present policy was to abide by it, and to work cordially and unreservedly in concert with France, as long as the French Government showed a similar disposition. We desired to maintain the existing relations between the Sultan and the Khedive, not diminishing the Sultan's rights of sovereignty, but opposing any attempt to extend them so as to interfere in the internal administration of the country. Circumstances might, of course, occur to render a change of policy necessary; but this was the course which we desired to pursue as matters now stood, and unless the situation altered very materially. || Prince Lobanow now told me, that he had reported what I had said to his Government, and that M. de Giers had informed him, that it corresponded entirely with their views. || I mentioned to his Excellency the reports which had been spread in some quarters, that the Sultan had been encouraged by the Russian Government to take this opportunity of asserting his authority in Egypt, and that the mission of the Turkish Envoys had been the result of such advice. || Prince Lobanow said he could guarantee, that these reports were not true. So far as the Russian Government had any wish on the subject, it was, that matters should go on quietly there, and that the present arrangement should continue. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7771. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. G.-Consul in Kairo. — Die Ziele der ägyptischen Politik Englands.

Foreign Office, November 4, 1881.

Nr. 7771.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1881.

Sir, — I gather from the despatches which I have received from you since your return to Egypt, that much misapprehension exists in the minds of the great mass of the population with regard to the policy of Her Majesty's Government in Egyptian affairs; and I desire, by a clear exposition of my views and objects, to obviate the misunderstandings and dangers to which this

misapprehension is not unlikely to give rise. || The policy of Her Majesty's Government towards Egypt has no other aim than the prosperity of the country and its full enjoyment of that liberty which it has obtained under successive Firmans of the Sultan, concluding with the Firman of 1879. || In our belief, the prosperity of Egypt, like that of every country, depends upon the progress and well-being of the people. || We have therefore, on all occasions, pressed upon the Government of the Khedive the adoption of such measures as we deemed likely to raise the people from a state of subjection and oppression to one of ease and security. The spread of education, the abolition of vexatious taxation, the establishment of the land tax on a regular and equitable basis, the diminution of forced labour, have all received our advocacy and support, and have been accomplished through the action of the English and French Controllers-General. || One measure of reform among others remains to be accomplished, which we consider to be even more necessary than those above enumerated — the reform of justice as it is administered to the natives. But in this matter Her Majesty's Government have restricted themselves to instructing you not to relax your endeavours to prevail upon the Government of the Khedive to make the necessary reforms. We have felt, that the Ministry of His Highness is alone competent to reconcile Western and Mahomedan law in a manner which would command the confidence and satisfy the requirements of the native population; and for this reason we have consistently opposed the extension of the jurisdiction of the Mixed Courts to causes between natives. We should greatly deprecate any attempt to impose upon the Egyptian people a system of jurisprudence which would conflict with that which they have inherited from their fathers. || At the same time, the proper administration of justice is the keystone of the well-being of all natives, and it has been impossible for us to regard its absence in Egypt with indifference. We are convinced, that until it is established no Ministry will enjoy the full confidence of the country, or can be regarded as fitting guardians of the State. It is therefore with sincere satisfaction, that we have learned, that Chérif-Pasha, immediately on assuming office, instructed the Minister of Justice to proceed with the organization of native Law Courts, and look forward with interest and impatience to the accomplishment of a task of such paramount importance. || You inform me, that there was a general impression, that Riaz-Pasha received the special support of England, and that the Khedive retained him in office in order to avoid giving offence to Her Majesty's Government. It cannot be too clearly understood, that England desires no partizan Ministry in Egypt. In the opinion of Her Majesty's Government, a partizan Ministry, founded on the support of a foreign Power, or upon the personal influence of a foreign Diplomatic Agent, is neither calculated to be of service to the country it administers, nor to that in whose interest it is supposed to be maintained. It can only tend to alienate the population from their true allegiance to their Sovereign, and to give rise to counter-intrigues which are detrimental

Nr. 7771.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1881.

Nr. 7771.
Gross-
britannien.
4. Nov. 1881.

to the welfare of the State. || I am glad to be able to bear record to the manner in which you have understood and fulfilled your duty in this respect. You gave to Riaz-Pasha that loyal support which it was your duty to afford to the Minister selected by the Khedive. Had you gone beyond this limit you would have exceeded the instructions given to you by Her Majesty's Government. The whole tenour of your Reports, no less than the course of events, prove, that you have kept carefully within them. || It would seem hardly necessary to enlarge upon our desire to maintain Egypt in the enjoyment of the measure of administrative independence which has been secured to her by the Sultan's Firmans. The Government of England would run counter to the most cherished traditions of national history were it to entertain a desire to diminish that liberty or to tamper with the institutions to which it has given birth. It would not be difficult, if it were necessary, to show by reference to recent events, that this Government should be safe from the suspicions which, as you inform me, exist in Egypt with regard to our intentions on this head. On the other hand, the tie which unites Egypt to the Porte is, in our conviction, a valuable safeguard against foreign intervention. Were it to be broken, Egypt might at no very distant future find herself exposed to danger from rival ambitions. It is therefore our aim to maintain this tie as it at present exists. || The only circumstance which could force us to depart from the course of conduct which I have above indicated would be the occurrence in Egypt of a state of anarchy. We look to the Khedive and to Chérif-Pasha, and to the good sense of the Egyptian people, to prevent such a catastrophe, and they on their part may rest assured, that, so long as Egypt continues in the path of tranquil and legitimate progress, it will be the earnest desire of Her Majesty's Government to contribute to so happy a result. || You are authorized to deliver a copy of this despatch to the Minister for Foreign Affairs, stating, that it has been written with the object of dispelling any doubts that may exist as to the intentions of Her Majesty's Government. We have every reason to believe, that the Government of France will continue as heretofore to be animated by similar views. It has been easy for the two countries, acting in concert and with identical objects of no selfish character, to assist materially in improving the financial and political condition of Egypt, and so long as the good of that country is alone the object in view, there should be no difficulty in prosecuting it with the same success. Any self-aggrandizing designs on the part of either Government must, from its very nature, destroy this useful co-operation. The Khedive and his Ministers may feel secure, that Her Majesty's Government contemplate no such deviation from the path which they have traced for themselves. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7772. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Gambetta) an den französischen Botschafter in London. — Hat mit der englischen Regierung Verhandlungen über gemeinschaftliche Schritte in Aegypten eröffnet.

Paris, le 15 décembre 1881.

Monsieur, j'ai eu hier avec l'Ambassadeur d'Angleterre un entretien important, dont je crois utile, pour votre information personnelle, de vous faire connaître les traits principaux. || J'ai demandé à Lord Lyons si la situation de l'Égypte ne lui paraissait pas de nature à faire naître en ce moment d'assez vives appréhensions. J'ai cru devoir traiter ce point avec quelque insistance, et je n'ai pas caché à mon interlocuteur que l'avenir de l'Égypte me paraissait plein d'incertitude. D'une part, un gouvernement animé de bonnes intentions, mais faible et toujours à la merci d'un mouvement militaire, en raison même de son origine; d'autre part, une armée apaisée en apparence, mais travaillée par des intrigues et toute prête à suivre des chefs ambitieux entre les mains desquels elle forme une force sans doute peu redoutable en elle-même, mais absolument dépourvue de contrepoids. Combien de temps durerait un équilibre aussi instable? Ne serait-il pas troublé demain par les revendications de la Porte, par les convoitises de l'ancien khédive Ismail dont on rencontre à chaque instant le main dans les intrigues égyptiennes, ou bien encore par les prétentions du prince Halim, qui se présente aux partis comme le sauveur éventuel de l'Égypte? Pour sortir de cette obscurité, on avait fait appel à l'élément national, en convoquant une Chambre des notables. Mais là encore, on se trouvait en face de l'inconnu, et rien ne pouvait faire prévoir ce que produirait en définitive l'assemblage d'hommes inexpérimentés sollicités en sens divers par toutes les rivalités qui se partagent l'Égypte.

J'ai ensuite demandé à Lord Lyons si le moment ne lui paraissait pas venu pour les deux Puissances les plus directement intéressées à la tranquillité de l'Égypte, de concerter encore plus étroitement leur action et de se communiquer avec une entière franchise les réflexions que cet état de choses pouvait leur suggérer. Pour aller au plus pressé ne conviendrait-il pas, quant à présent, de soutenir énergiquement d'un commun accord le Gouvernement de Tewfik-Pacha, en nous efforçant de lui inspirer une confiance absolue et exclusive dans notre appui? Mais il pourrait arriver que des circonstances étrangères à notre volonté vinssent ébranler le Gouvernement du Khédive. Serait-il prudent que la France et l'Angleterre se laissassent prendre au dépourvu par une catastrophe de ce genre? || En un mot, je pensais qu'il serait utile que les deux Gouvernements se missent d'accord, sans plus de retard, sur les moyens les plus propres soit à prévenir une crise, s'il est possible d'en empêcher l'explosion, soit à y remédier, si elle est inévitable. || Lord Lyons m'a paru entrer complètement dans ces vues; il m'a dit qu'il partageait mes préoccupations et qu'il s'empresserait d'en faire part à son Gouvernement en

Nr. 7772.
Frankreich.
15. Dec. 1881.

Nr. 7772. lui témoignant mon désir de connaître aussi prochainement que possible les
 Frankreich. réflexions ou les suggestions que l'état de l'Égypte inspirerait aux Ministres
 15. Dec. 1881. de la Reine.

Gambetta.

Nr. 7773. **GROSSEBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den
 engl. Min. d. Ausw. — Gambetta's Vorschlag, eine iden-
 tische Note an den Khedive zu richten.

Paris, December 24, 1881.

Nr. 7773. My Lord, — This afternoon, in pursuance of the instruction conveyed to
 Gross- me by your Lordship's despatch of the 19th instant, I told M. Gambetta, that
 britannien. Her Majesty's Government quite agreed with him in thinking, that the time
 24. Dec. 1881. had come when the two Governments should consider what course had better
 be adopted by them with regard to the state of affairs in Egypt. I added,
 that Her Majesty's Government also thought, that some evidence should be
 given of the cordial understanding between France and England respecting
 Egypt, but that they were of opinion, that it required careful consideration to
 determine what steps should be taken in case of disorder again occurring. ¶
 After expressing his satisfaction with this communication, M. Gambetta observed,
 that, to make the understanding between the two Governments efficacious, it
 should be directed towards a definite object, and should include an agreement
 as to the means to be adopted to attain that object. It was, he said, true
 that it was a serious and delicate matter to decide upon the steps to be taken
 in case of a renewal of disorders in Egypt; but that was, of course, a reason
 for taking the subject into serious consideration at once. The best chance of
 preventing fresh mutinous proceedings in Egypt lay in making it apparent,
 that France and England were resolved not to tolerate them, and were ready,
 in case of need, to take in common steps to make their resolution respected.
 ¶ M. Gambetta went on to say, that the last accounts he had received from
 Egypt were on the whole so far favourable, that tranquillity appeared to pre-
 vail, and that there did not seem to be any present prospect of its being
 disturbed. ¶ Now, M. Gambetta proceeded to observe, the Session of the Chamber
 of Notables, which was on the eve of being opened, produced a considerable
 change in the political situation of Egypt, and it would afford France and
 England a not unsuitable opportunity for demonstrating, on the one hand,
 their own absolute union, and, on the other hand, for encouraging Tewfik-
 Pasha. ¶ With these objects (as I have already had the honour to inform your
 Lordship by telegraph) M. Gambetta suggested, as a first and immediate step,
 that the two Governments should instruct their Representatives at Cairo to
 convey collectively to Tewfik Pasha assurances of the sympathy and support
 of France and England, and to encourage His Highness to maintain and assert

his proper authority. || This step might, M. Gambetta thought, be taken in such a way by the two Representatives as to make it a distinct manifestation of union between France and England, as to strengthen the position of Tewfik-Pasha, and as to discourage the promoters of disorders. || This seemed to him a simple and practical measure, to be adopted without delay, and the two Governments might make it a starting-point for considering in concert what further steps they should be ready to take in case of need. || If I be rightly informed, the Session of the Council of Notables is to be opened at Cairo on the day after to-morrow. || I have, &c.

Nr. 7773.
Gross-
britannien.
21. Dec. 1881.

Lyons.

Nr. 7774. **ÆGYPTE**. — Rede des Khedive bei Eröffnung der Notabelnkammer am 26. December 1881.

MM. les Délégués, — Je suis venu vous exprimer ma satisfaction de vous voir réunis pour représenter les intérêts du pays. || Dès mon avènement, j'ai voulu, avec fermeté et sincérité, l'ouverture de la Chambre des Délégués; mais les difficultés qui nous pressaient alors m'ont empêché de réaliser mes intentions. A l'heure actuelle, nous devons en remercier la Providence; les questions financières sont résolues, et, dans la mesure du possible, grâce au concours des Puissances amies, les charges de l'Égypte ont été allégées. || Rien ne s'oppose donc plus à l'inauguration de la Chambre, et je viens au milieu de vous ouvrir sa première Session. || Tous mes efforts et ceux de mon Gouvernement, vous le savez, Messieurs, tendent à assurer le bien-être de nos populations, et l'ordre dans le régleme[n]t de leurs intérêts, en généralisant l'administration de la justice, en pourvoyant à la sécurité de tous les habitants du pays, sans distinction, dans leurs biens et dans leur vie. || Tel a été le but que je me suis proposé. Ami de l'instruction et du progrès, je n'ai jamais cessé de le poursuivre au grand jour depuis le moment où j'ai pris les rênes du Gouvernement. || C'est à vous, Messieurs, de me seconder dans cette voie. || La Chambre des Délégués sera dévouée au bien; elle se consacrera tout entière à l'étude des intérêts généraux du pays; elle devra tenir compte des obligations qui résultent de la Loi de Liquidation, comme aussi de tous autres engagements internationaux; elle ne se départira jamais d'une sage modération, particulièrement nécessaire dans une période de transformation civilisatrice et de progrès. || Vous devrez être toujours prudents, Messieurs les Délégués, et nous serons ensemble étroitement unis pour accomplir les réformes utiles à l'Égypte par la grâce de Dieu, l'aide de son Prophète, avec le puissant appui de Sa Hautesse le Sultan, notre auguste Suzerain.

Nr. 7774.
Ægypten.
26. Dec. 1881.

Nr. 7775. AEGYPTEN. — Rede des Präsidenten der Notabelnkammer (Sultan-Pascha) nach Eröffnung derselben.

Nr. 7775.
Aegypten.
26. Dec. 1881.

MM. les Délégués, — Vous venez d'entendre les paroles de Son Altesse le Khédive, et vous avez pu apprécier les excellentes intentions et la ferme volonté du bien qui animent ce discours. Ce langage a dû confirmer la conviction que vous aviez déjà de la bienveillance, des sentiments élevés et de la sollicitude constante de Son Altesse pour l'intérêt public. || C'est sous les auspices de Son Altesse et de ses Conseillers que vous êtes réunis aujourd'hui dans cette enceinte pour examiner les affaires du pays. || Faisant individuellement partie de l'élite de la nation, vous en êtes collectivement la représentation vivante. C'est là une raison puissante pour que vous soyez toujours sages, prudents et persévérants dans la tâche que vous allez remplir. || Je n'ai pas besoin de vous dire que si des réformes et une réorganisation sont indispensables à notre pays, il est également vrai que celui-ci possède tous les éléments propres à développer ses intérêts vitaux, tous les éléments nécessaires pour réaliser son progrès moral et assurer sa prospérité matérielle. || C'est à atteindre ce noble but que vous devez consacrer vos efforts, sans oublier jamais les devoirs et les obligations que nous devons remplir et dont la religion elle-même nous impose la scrupuleuse et fidèle observation. || Entre toutes ces obligations il faut compter d'abord le respect du bien par lequel nous sommes rattachés à la Sublime Porte, qui est le point d'appui de notre force et la base de notre grandeur; car la Puissance suzeraine a donné souvent des marques de sa bienveillance pour nous, de même qu'elle a éprouvé les témoignages de notre loyauté envers elle. || Nous devons persévérer dans cette voie, et il est certain que les progrès et les réformes que nous allons accomplir, ainsi que la consécration du principe de discussion, rencontreront la satisfaction de la Porte à cause de la force nouvelle que nous retirerons de l'application de ce principe, force qui représentera, en somme, une portion de la puissance générale de l'Empire. || Ces obligations comprennent encore nos engagements financiers et commerciaux avec les Grandes Puissances. Ces engagements doivent être également respectés; car de leur fidèle exécution dépend la consolidation des bons rapports existant actuellement entre nous et ces États. || Ceux-ci, nous ne devons pas en douter, désirent vivement voir s'accomplir les réformes de notre organisation, et ne veulent que la réalisation de ce qui peut nous être utile, ainsi que l'ont sincèrement déclaré du haut de la Tribune Parlementaire, ou dans les Circulaires officielles, les hommes d'État qui dirigent les affaires de ces Puissances. || Respecter ces engagements et ces Conventions, nous faire une idée exacte des services que le pays attend de nous, n'omettre rien dans la tâche qui nous incombe, être à la fois prudents et persévérants dans l'étude des questions diverses, où nous chercherons à réaliser ce qui sera utile et écarter ce qui serait dangereux, voilà nos devoirs. || Leur accomplissement fidèle sera la preuve que nous sommes dignes de ce que nous venons d'obtenir

et dignes de la confiance qui nous a été récemment témoignée par nos concitoyens. || Soyons donc, mes chers collègues, à la fois sages, modérés et persévérants. Tous ceux qui veulent chercher trouvent, tous ceux qui veulent marcher arrivent. Avec l'aide du Tout-Puissant, il nous sera donné, j'espère, la grâce de bien commencer et de bien finir.

Nr. 7775.
Aegypten.
26. Dec. 1881.

Nr. 7776. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Gambetta) an den französischen Botschafter in London (Challemel Lacour). — Entwurf der englisch-französischen Note an den Khedive.

Paris, le 30 décembre 1881.

Monsieur, vous avez eu connaissance de la suggestion récente que j'ai cru opportun de présenter au Gouvernement anglais, au sujet des affaires d'Égypte, par l'entremise de Lord Lyons. L'Ambassadeur de la Reine est venu hier matin pour me faire part de la réponse du Cabinet de Londres; il m'a dit que le Comte Granville acceptait volontiers ma proposition de charger concurremment les Agents de France et d'Angleterre de donner au Khédive, à l'occasion de la réunion de la Chambre des notables, l'assurance officielle de l'appui de leurs deux Gouvernements contre toutes les difficultés qui pourraient surgir de la situation actuelle de l'Égypte. Lord Lyons m'a exprimé dans les mêmes termes, de la part du principal Secrétaire d'État britannique, le désir que je me chargeasse de la rédaction des instructions communes qui devraient être adressées, suivant ma proposition, à M. Sienkiewicz et à Sir Edward Malet. || J'ai remercié l'Ambassadeur d'Angleterre de l'accueil fait à mon ouverture, et je ne me suis pas refusé à préparer le projet destiné à nos deux Agents en Égypte. J'ai l'honneur de vous le communiquer ci-joint, et je vous serai obligé de le soumettre le plus promptement possible à Lord Granville. Si son Excellence l'approuve, je serais d'avis d'en transmettre le texte par télégraphe à M. Sienkiewicz et à Sir Edward Malet, afin qu'ils puissent s'acquitter sans aucun retard de la démarche identique et simultanée qui leur sera prescrite. Le principal intérêt de cette démarche me paraît être d'affirmer avec plus de précision encore que par le passé la ferme volonté de la France et de l'Angleterre de rester unies, à l'avenir aussi bien que dans le moment présent, pour parer à toutes les complications que nous pouvons redouter de voir se produire en Égypte. Le langage tenu jusqu'ici par le Cabinet anglais m'autorise à compter qu'il n'attachera pas un moindre prix que moi-même à cette manifestation nouvelle de notre accord.

Nr. 7776.
Frankreich.
30. Dec. 1881.

Gambetta.

[Hier folgt das Project der identischen Note vom 7. Januar; es ist gleichlautend mit Nr. 7783.]

Nr. 7777. **FRANKREICH.** — Botschafter in Konstantinopel (Tissot) an den franz. Min. d. Ausw. — Beunruhigung der Pforte durch die projectirte englisch-französische Note.

Constantinople, le 6 janvier 1882.

Nr. 7777.
Frankreich.
6. Jan. 1882.

La Porte croit savoir que les cabinets de Paris et de Londres songeraient à adresser au Khédive une note par laquelle ils lui offriraient leur appui matériel dans le cas où son autorité serait menacée. Le Ministre des Affaires étrangères du Sultan est venu me trouver aujourd'hui pour me prier de faire observer à Votre Excellence que l'envoi de cette note ne semble pas justifié par les circonstances, et me dire que le Sultan verrait avec satisfaction qu'il ne fût pas donné suite au projet. || Je me borne à vous rendre compte de la démarche d'Assim-Pacha.

Tissot.

Nr. 7778. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — Annahme des Entwurfs der Note. Tragweite derselben.

Londres, le 6 janvier 1882.

Nr. 7778.
Frankreich.
6. Jan. 1882.

Lord Granville, arrivé hier assez tard dans la soirée, n'a pu me recevoir que ce matin. Il m'a appris que, pour éviter toute perte de temps, il avait cru devoir charger Lord Lyons de vous informer que votre projet était accepté. Il ne m'a pas fait connaître dans quels termes cette acceptation devait être formulée, ni si elle impliquait quelques réserves. Il m'a dit seulement qu'il était bien entendu que les instructions communes n'entraîneraient aucun engagement d'action effective et qu'elles avaient pour unique but d'exercer une action morale sur le Khédive en l'assurant une fois de plus de l'accord de deux puissances.

Challemeil Lacour.

Nr. 7779. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den franz. Min. d. Ausw. — Officielle Zustimmung zu dem Project der Note.

Paris, January 6, 1882.

Nr. 7779.
Gross-
britannien.
6. Jan. 1882.

My dear President of the Council, — I am authorized by Lord Granville to inform your Excellency, that Her Majesty's Government assent to the draft Declaration inclosed in your note of the 30th ultimo, with the reservation, that they must not be considered as committing themselves thereby to any particular mode of action, if action should be found necessary. || Sir Edward Malet will receive instructions to make the communication at Cairo in concert with his French colleague. || Believe me, &c.

Lyons.

Nr. 7780. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Billigung des englischen Vorbehalts.

Paris, le 7 janvier, 1882.

Monsieur l'Ambassadeur, j'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de la réponse que Lord Granville l'a autorisée à faire à la communication contenue dans ma note du 30 décembre dernier. || Je me félicite de voir que le Gouvernement de Sa Majesté donne son assentiment au projet de déclaration que vous lui avez transmis, sous la réserve que nous ne devons pas nous considérer comme nous engageant, par là, dans aucun mode d'action particulier. || Nous constatons avec plaisir que le Gouvernement de la Reine ne se réserve que sur le mode d'action à employer par les deux pays, le jour où l'action serait jugée nécessaire; et c'est une réserve qui nous est commune. M. Sienkiewicz recevra des instructions pour se mettre en rapport au Caire avec son Collègue d'Angleterre, et faire la communication de concert avec lui.

Nr. 7780.
Frankreich.
7. Jan. 1882.

Gambetta.

Nr. 7781. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Differenz zwischen Granville's persönlicher und der officiellen Zustimmung zu der gemeinsamen Note.

Paris, le 7 janvier 1882.

Je vous transmets ci-joint copie de la lettre que Lord Lyons m'a fait remettre hier soir en réponse à notre projet de déclaration et copie de la lettre que je lui ai fait porter ce matin même pour lui accuser réception. || J'ai à peine besoin de vous faire remarquer que les termes dont se sert Lord Lyons n'impliquent pas de la part de Lord Granville l'intention d'écarter toute hypothèse d'action commune ultérieure. Il refuse seulement de se considérer comme engagé par la déclaration identique et simultanée sur le mode d'action, au cas où il deviendrait utile et nécessaire d'agir. Il y a, entre la communication adressée par Lord Granville à Lord Lyons telle que celui-ci nous en expose l'esprit, et l'entretien de Lord Granville avec vous, tel que vous l'avez analysé dans votre télégramme du 6 janvier, une nuance qui a son intérêt et dont vous ne manquerez pas, le cas échéant, de faire votre profit. Lord Granville me semble admettre en principe la possibilité d'une action commune, dont le mode sera à discuter au moment voulu. || J'écris aujourd'hui même à M. Sienkiewicz, par télégraphe, au Caire, pour lui donner mes instructions suivant le texte convenu, sur la déclaration qu'il devra faire au Khédive, après s'être concerté avec Sir Edward Malet, et je communique, par télégramme, le texte de ces instructions à M. Tissot. Vous trouverez ci-joint communication de deux télégrammes que j'ai déjà reçus de M. Tissot et de M. Sienkiewicz. Vous y verrez qu'on se préoccupe à Constantinople et au Caire de la nouvelle

Nr. 7781.
Frankreich.
7. Jan. 1882.

Nr. 7781.
Frankreich.
7. Jan. 1882.

qui s'est répandue d'une démarche concertée entre la France et l'Angleterre. Mais on interprète assez inexactement l'esprit de la déclaration projetée. J'écrirai à Constantinople et au Caire, par le prochain courrier, pour renseigner plus amplement M. Tissot et M. Sienkiewicz sur l'état réel de la question et sur les vues communes des deux Gouvernements.

Gambetta.

Nr. 7782. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. General-Consul in Kairo. — Anweisung, die gemeinsame Note zu überreichen.

Paris, le 7 janvier 1882.

Nr. 7782.
Frankreich.
7. Jan. 1882.

Les deux Gouvernements de France et d'Angleterre se sont entendus pour charger concurremment leurs Agents au Caire de donner au Khédivé, à l'occasion de la réunion de la Chambre des notables, l'assurance officielle de leur entente commune en ce qui concerne la situation gouvernementale en Égypte. Vous recevrez, par un second télégramme, le texte des instructions que je vous adresse à ce sujet. || Des instructions identiques à celles que vous recevrez par mon prochain télégramme, seront adressées par Lord Granville, si elles ne l'ont déjà été, à Sir Edward Malet. Il est entendu que les deux déclarations à faire par vous et par Sir Edward Malet doivent être identiques et simultanées. Vous n'agirez donc sur le reçu du télégramme vous portant mes instructions qu'après vous être concerté avec lui. || En attendant, démentez et rectifiez les interprétations malveillantes que vous m'avez annoncées. Notre démarche est faite dans l'intérêt de tout le monde en Égypte.

Gambetta.

Nr. 7783. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Identische Note der Min. d. Ausw. an die Generalconsuln in Kairo (am 8. Januar dem Khedive mitgetheilt).

Paris, le 7 janvier 1882.

Nr. 7783.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
7. Jan. 1882.

Vous avez été chargé à plusieurs reprises déjà de faire connaître au Khédivé et à son Gouvernement la volonté de la France et de l'Angleterre de leur prêter appui contre les difficultés de différente nature qui pourraient entraver la marche des affaires publiques en Égypte. || Les deux puissances sont entièrement d'accord à ce sujet, et des circonstances récentes, notamment la réunion de la Chambre des notables convoquée par le Khédivé, leur ont fourni l'occasion d'échanger leurs vues une fois de plus. || Je vous prie de déclarer en conséquence au Khédivé, que les Gouvernements français et anglais considèrent le maintien de Son Altesse sur le trône, dans les conditions qui sont consacrées par les firman des Sultans et que les deux Gouvernements ont officiellement acceptées, comme pouvant seul garantir, dans le présent et pour l'avenir, le bon ordre et le développement de la prospérité générale en

Égypte, auxquels la France et l'Angleterre sont également intéressées. Les deux Gouvernements, étroitement associés dans la résolution de parer par leurs communs efforts à toutes les causes de complications intérieures ou extérieures qui viendraient à menacer le régime établi en Égypte, ne doutent pas que l'assurance publiquement donnée de leur intention formelle à cet égard ne contribue à prévenir les périls que le Gouvernement du Khédive pourrait avoir à redouter, périls qui, d'ailleurs, trouveraient certainement la France et l'Angleterre unies pour y faire face, et ils comptent que Son Altesse elle-même sera dans cette assurance la confiance et la force dont Elle a besoin pour diriger les destinées du peuple et du pays égyptiens.

Nr. 7783.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
7. Jan. 1882.

Nr. 7784. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Instruction, betreffend die identische Note.

Paris, le 7 janvier 1882.

En réponse à votre télégramme du 6 janvier, j'ai l'honneur de vous adresser le texte des instructions que j'envoie aujourd'hui par télégramme à M. Sienkiewicz.

Nr. 7784.
Frankreich.
7. Jan. 1882.

[Folgt No. 7783.]

Des instructions semblables ont été ou doivent être adressées par Lord Granville à Sir Edward Malet, à la suite d'une entente qui s'est établie entre la France et l'Angleterre. Je vous communique le texte de mes instructions à M. Sienkiewicz seulement pour votre information personnelle. Pour répondre aux questions qui vous ont été adressées, et pourraient encore vous être adressées par Saïd-Pacha, vous direz qu'en effet vous venez d'être informé que la France et l'Angleterre se sont entendues pour faire au Khédive une déclaration identique et simultanée. Vous ajouterez que la Porte ne paraît pas interpréter exactement le caractère de la démarche annoncée des deux Gouvernements, qui a pour objet de fortifier l'autorité des firmans en vertu desquels gouverne Tewfik-Pacha

G a m b e t t a.

Nr. 7785. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — Bedeutung der englischen Zustimmung zum Text der Note.

Londres, le 9 janvier 1882.

Monsieur le Ministre, j'ai lu avec un vif intérêt votre dépêche en date du 7 janvier et les différents documents qui s'y trouvaient annexés, notamment la copie de la réponse de Lord Lyons à votre projet de déclaration. Je vous suis d'autant plus obligé de cette communication que les termes dans lesquels l'assentiment du Cabinet de Londres vous a été notifié par l'Ambassadeur

Nr. 7785.
Frankreich.
9. Jan. 1882.

Nr. 7785. d'Angleterre modifient d'une manière dont nous devons nous féliciter la portée
 Frankreich. de la réserve que j'avais cru recueillir de la bouche de Lord Granville et que
 9. Jan. 1882. je vous avais fait connaître par mon télégramme du 6.

Challemel Lacour.

Nr. 7786. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
 schafter in Konstantinopel (Dufferin). — Bedeutung
 der Note vom 7. Januar.

Foreign Office, January 9, 1882.

Nr. 7786. My Lord, — The Turkish Ambassador called upon me on the 6th instant,
 Gross- and asked whether it was true, that a note had been communicated or was
 britannien. about to be communicated to the Khedive from the English and French
 9. Jan. 1882. Governments promising effective support to His Highness in the event of his
 authority being ignored or assailed. His Excellency called again on the
 following day and this afternoon, having apparently received instructions to
 deprecate such a step on the same grounds as those stated to you by Assim-
 Pasha. || I have to-day furnished Musurus-Pasha, confidentially, with the text
 of the identic Declaration made by the British and French Agents. || My
 language to him in regard to it has been similar to that which I have indi-
 cated in my telegram to your Excellency of the 7th instant. || I referred him
 to my despatch to Sir E. Malet of the 4th November last, of which he had
 cognizance, and in which I had explained the policy of this country in regard
 to Egypt. That policy aimed at the continuance of the *status quo*, the main-
 tenance of the connection between Turkey and Egypt, the prosperity of the
 country, the maintenance of its liberties and the absence of any preponderating
 influence on the part of any single Power. To this programme, and to the
 disclaimer of any ambitious designs on our part which the despatch contained,
 we fully adhered. || I told Musurus-Pasha, that there was no change in our
 views as to the position of the Sultan in regard to Egypt and its Ruler, and
 that it was not true, as had been reported in the newspapers, that the French
 Government had proposed to us, or that we had agreed, to promise the Khedive
 material support. || I added that, as regards the question of form, there were
 precedents of recent date for the course we had taken; and I mentioned to
 his Excellency the instances to which I have referred you of similar decla-
 rations made to the present Khedive and to his predecessor by the Agents
 of France and England on behalf of their Governments. Such communications
 were naturally only made on special occasions; but I could not see, that they
 could be construed as ignoring or implying doubts of the Sultan's sovereignty.
 || I am, &c.

Granville.

Nr. 7787. FRANKREICH. — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Schlechter Eindruck der Note.

Le Caire, le 10 janvier 1882.

Hier soir Chérif-Pacha et M. Malet sont venus me trouver pour m'entretenir au sujet de la note identique. Elle aurait été mal comprise, dans certaines sphères. On y verrait une appréciation défavorable de la Chambre des notables, un acte de défiance vis-à-vis du parti national et une menace d'intervention que rien ne justifie en ce moment. Les objections nous ont été nettement formulées par Chérif-Pacha à M. Malet et à moi. M. Malet m'a proposé même, devant Chérif-Pacha, de demander à nos Gouvernements respectifs l'envoi d'une nouvelle note explicative destinée à ramener l'opinion.

Sienkiewicz.

Nr. 7787.
Frankreich.
10. Jan. 1882.

Nr. 7788. FRANKREICH. — Geschäftsträger in Berlin (d'Aubigny) an den franz. Min. d. Ausw. — Verhandlungen der Ostmächte über Aegypten.

Berlin, le 10 janvier 1881.

Monsieur le Ministre, conformément à vos instructions, j'ai cherché à me rendre compte des dispositions du Cabinet de Berlin, en ce qui concerne les affaires d'Égypte. D'après les renseignements que j'ai recueillis et que j'ai lieu de croire sinon entièrement authentiques, du moins se rapprochant fort de la vérité, un échange d'idées s'est produit entre l'Allemagne, la Russie, l'Autriche et l'Italie au sujet de l'attitude qu'il conviendrait d'observer si de nouveaux troubles, de la nature de ceux qui ont éclaté en Égypte, il y a peu de mois, venaient à se renouveler. Il résulterait de ces pourparlers que les Cabinets de l'Europe orientale seraient unanimes, bien qu'à des degrés divers, à repousser l'hypothèse de la descente, sur les bords du Nil, de forces Anglo-Françaises et que la solution qui leur paraîtrait la seule praticable serait l'envoi de régiments turcs, après entente préalable de la Porte avec les Cabinets de Paris et de Londres, et avec l'adjonction, au besoin, d'une démonstration navale de ces deux Puissances.

d'Aubigny.

Nr. 7788.
Frankreich.
10. Jan. 1882.

Nr. 7789. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien (Elliot) an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Kalnoky über die englisch-französische Note.

Vienna, January 11, 1882.

My Lord, — Count Kalnoky asked me yesterday whether I could tell him anything about the communication which the British and French Consuls-

Nr. 7789.
Gross-
britannien.
11. Jan. 1882.

Nr. 7789. General in Egypt were reported to have made to the Khedive, the substance of which the newspapers have professed to give. || I said, that I was not officially acquainted with the exact terms of the communication; but I told him the substance of your Lordship's instructions to Sir E. Malet, which had no doubt been strictly adhered to. || I mentioned, that your Lordship had informed Lord Dufferin, that it was not true, that M. Gambetta had proposed or that Her Majesty's Government had agreed to promise the Khedive material support, and that there was no change in the views of Her Majesty's Government as to the position of the Sultan in regard to Egypt. || Count Kalnoky said, that he was particularly glad to hear the last assurance, as a contrary impression prevailed in some quarters. || He entirely shared the opinion of Her Majesty's Government, of its being desirable, that the Khedive's position and the existing Firmans should be maintained; and if, as he gathered from what I had said, the object of the present step was the continuance of the *status quo*, that object was quite in accordance with his own wishes. || During this conversation his Excellency did not exhibit a trace of displeasure at the communication of England and France having been made without any previous intimation to the other Governments. || I have, &c.

Henry Elliot.

Nr. 7790. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Das Budgetrecht der ägyptischen Kammer.

Cairo, January 11, 1882.

Nr. 7790. My Lord, — The 31st Article of the new Organic Law of the Chamber of Delegates proposed by the Government authorizes the Chamber to express opinions on the Budget; but it gives no power of sanctioning or rejecting any part of it. || The Budget is divided into two sections, one disposing of revenues assigned to the service of the National Debt, the other of those revenues which are free. || The Delegates of the Chamber, it appears, are unanimous in insisting upon the right in future years of voting this second part, which they contend will in no way interfere with international engagements. || At first they asked to examine and vote this part of the Budget for 1882; but the proposal was subsequently withdrawn. || Chérif-Pasha and the Controllers-General are of opinion, that, if the Chamber is to have the right of voting the Budget, the Council of Ministers, and therefore the Control, lose all hold over the finances. || It is possible, that the Chamber, if it possessed the right, might use it with moderation and good sense; but it would be a leap in the dark to confide the power to it before it has, in other matters, proved its political capacity. || On the other hand, the Chamber exists and will continue to do so unless it is forcibly suppressed, which can only be done by intervention, and this is a last resource which the possible eventuality of the in-

fraction of the Law of Liquidation would in no way justify. || It is not impossible, that the breach which has thus been created between Chérif-Pasha and the Chamber may, if not avoided, ultimately cause his Excellency's resignation, in which case the present Minister of War would be the popular candidate of the National party for the Presidency of the Council. But supposing the Khedive names a Minister who comes into office on a point on which he at once finds himself at variance with the Controllers, the situation becomes extremely difficult. I confess, that, rather than that this situation should supervene, I should prefer to give the Chamber the right, and to wait till this right is abused before interfering. || It must be borne in mind, that the Egyptians have distinctly, for good or for evil, entered on a constitutional path; that the Organic Law of the Chamber is their Charter of liberties. || It has occurred to me, that, as a compromise, the right might be given, and form part of the Organic Law, on the condition, that the Delegates voluntarily abrogate the use of it for three years. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7791. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Gambetta ist gegen die Verleihung des Budget-Bewilligungsrechts an die ägyptische Kammer.

Paris, January 12, 1882.

My Lord, — I have just the honour to receive a telegram from your Lordship, inquiring what the French Government think of the claim put forward by the Egyptian Government to vote the Budget of revenues not specially assigned to the Consolidated Debt. || I am able to answer your Lordship's inquiry at once, for during an interview which I had with him this afternoon, M. Gambetta introduced the subject of Egypt, apparently for the special purpose of expressing a very strong objection to any interference at all by the Egyptian Chamber with the Budget. || He said, that it behoved France and England to be very firm, lest any appearance of vacillation on their part should encourage the pretensions of the Notables to lay their hands on the Budget; and he argued, that their touching the Budget must inevitably lead to the overthrow of the arrangement made by the Liquidation Commission, to the subversion of the French and English Control, and to the ruin of the Egyptian finances. || Finally, M. Gambetta expressed his conviction, that any explanation of the joint communication of the two Governments would serve to swell the arrogance of the opponents of France and England, and encourage them in their designs upon the Budget. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7792. TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Assim) an die türk. Botschafter in Paris und London. — Protest gegen die gemeinsame Note vom 8. Januar.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 1/13 Janvier 1882.

Nr. 7792.
Türkei.
18. Jan. 1882.

Votre Excellence n'ignore pas que les Consuls-Généraux de France et d'Angleterre en Égypte viennent de faire simultanément des communications identiques à Son Altesse le Khédivé, suivant les instructions de leurs Gouvernements. || En présence du Firman Impérial que la Sublime Porte a promulgué relativement à cette province, et des actes de la récente mission spéciale Ottomane, la démarche des deux Consulsats-Généraux laisse voir que les assurances réitérées du Gouvernement Impérial n'ont point été appréciées. Nous ne saurions donc dissimuler la pénible impression qui en a résulté pour nous, et nous nous voyons dans l'obligation de soumettre aux sentiments de justice et d'équité du Gouvernement Anglais quelques observations. || Sauvegarder constamment les immunités octroyées à l'Égypte, et consacrer ainsi l'ordre et la prospérité de cette province, tels sont les vœux sincères et les intérêts du Gouvernement Impérial, dont les efforts jusqu'à ce jour ont tendu vers ce but. On ne saurait, croyons-nous, constater qu'il existe le moindre indice matériel ou moral venant à l'encontre de ce but, ni la moindre circonstance intérieure en Égypte qui puisse motiver des assurances étrangères de cette sorte. Rien donc ne justifie la démarche collective qui vient d'être faite auprès de Son Altesse Tewfik-Pacha, alors, surtout, que l'Égypte forme une partie intégrante des possessions de Sa Majesté Impériale le Sultan, et que le pouvoir conféré au Khédivé pour le maintien, au besoin, de l'ordre et de la sécurité publics, et pour la bonne administration du pays, ainsi que le raffermissement de son autorité pour cet objet, rentre essentiellement dans le domaine des droits et des prérogatives de la Sublime Porte. || Du moment qu'une pareille démarche était jugée nécessaire, il nous semble tout naturel qu'on devrait, au préalable, obtenir l'avis de la Puissance souveraine à cet égard, et ne se servir que de son canal pour faire les déclarations et donner les assurances voulues. Dès lors, nous nous croyons fondés à trouver peu juste la démarche directe faite auprès du Khédivé, et la Sublime Porte se voit obligée de chercher à connaître les raisons qui ont engagé le Gouvernement Anglais à s'associer au Gouvernement de la République Française dans une mesure qu'elle considère comme attentatoire à ses droits de souveraineté sur l'Égypte. || Les observations mentionnées ci-haut ont été également transmises à l'Ambassade Impériale à Paris. Je vous prie de vous énoncer dans le sens qui précède auprès de M. le Ministre des Affaires Étrangères, en lui donnant les développements que vous jugeriez opportuns, et de faire ressortir aux yeux de son Excellence la nécessité impérieuse pour nous de recevoir des explications et des assurances qui puissent dégager le Gouvernement Impérial de la situation difficile où il se trouve par suite de ce qui vient de se passer au Caire.

Nr. 7793. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Interpretation der gemeinsamen Note vom 7. Januar.

Paris, le 13 janvier 1882.

Monsieur, je vous ai déjà tenu au courant des incidents qui ont suivi la remise de la note du 7 au Gouvernement Égyptien. Après vous avoir signalé un certain écart de vues entre les Agents des deux Puissances au Caire, je vous priais de tâcher de connaître sur ce point les sentiments de Lord Granville. Vous me faites part de l'impossibilité où vous êtes d'entretenir en ce moment le Principal Secrétaire d'État ou l'un de ses collègues au Département des Affaires étrangères. En attendant que Lord Granville soit de retour à Londres, je dois vous avertir que je maintiens mes instructions précédentes, et vous renseigner sur les faits nouveaux qui se sont produits dans la journée du 11. || Vous trouverez ci-joint copie de deux télégrammes qui m'ont été adressés le 11 par M. Sienkiewicz et de la réponse que je lui ai faite. Ainsi que vous le verrez, le Gouvernement Égyptien a fait différentes tentatives qui avaient pour objet manifesté d'atténuer la portée de la démarche du 7: tantôt il insistait pour la rédaction d'une seconde note, explicative de la première, tantôt il parlait de nous adresser une réponse qui n'eût pu qu'être inopportune et regrettable, tantôt enfin il insinuait qu'il serait utile de concéder immédiatement à la Chambre des notables, et sans aucune garantie préalable pour les intérêts légitimes que nous avons à préserver, le droit d'examiner le budget de 1884. J'ai répondu à ces diverses suggestions que le Gouvernement Français n'avait qu'à se maintenir et se maintiendrait sur le terrain accepté et choisi, après réflexions, par les deux Puissances. J'ai envoyé dans ce sens des instructions formelles à M. Sienkiewicz. || Hier, Lord Lyons est venu à son tour me présenter, au nom de Lord Granville, des réflexions analogues à celles qui se trouvaient consignées dans les communications de notre Agent au Caire. Le Cabinet de Londres insistait particulièrement sur l'utilité de rédiger en commun une seconde note, explicative de la première. J'ai fait remarquer à l'Ambassadeur de la Reine qu'une seconde note ne pouvait que répéter nos déclarations antérieures, ce qui était pour le moins inutile, ou bien les contredire, ce qui aurait pour résultat de donner un encouragement presque direct aux adversaires de l'ordre de choses établi en Égypte. Aux craintes que Lord Lyons m'exprimait sur les impressions de la Chambre des notables et sur les dispositions du parti national, j'ai opposé ce fait indéniable qu'il n'y avait rien dans la note du 7 qui fût dirigé, soit contre la Chambre, soit contre aucun parti, soit contre les aspirations raisonnables du peuple Égyptien; qu'il n'y était parlé d'aucun projet immédiat d'intervention armée, l'état de choses restant ce qu'il est; que le ton n'en était en aucun endroit comminatoire; qu'on n'y faisait aucune opposition aux vœux du pays, en tant que ces vœux portent sur d'utiles réformes et ne tendent pas à ébranler les pouvoirs établis.

Nr. 7793.
Frankreich.
13. Jan. 1882.

Nr. 7793.
Frankreich.
13. Jan. 1882.

Si les deux Puissances cherchaient à fortifier l'autorité du Khédive, c'est qu'elles considéraient que cette autorité serait employée à servir les intérêts généraux de l'Égypte. La note du 7 me paraissait indiquer aussi clairement que possible que tel était l'esprit qui avait inspiré notre action commune. Si des doutes pouvaient subsister, il appartenait aux Agents des deux Puissances au Caire de les dissiper, lorsque l'occasion s'en présenterait, en concertant leur langage. || L'Ambassadeur de la Reine a paru frappé des observations que j'ai présentées. Je ne lui ai point caché qu'il se heurtait à une décision déjà prise et que j'avais dû prendre pour me conformer à l'esprit comme au texte de la note du 7 janvier. Je lui ai communiqué le télégramme par lequel j'avais mandé à M. Sienkiewicz de s'en tenir à ses premières instructions. J'ai ajouté d'ailleurs que Lord Granville, dans les pourparlers qui ont précédé l'envoi de la note commune, a montré tant de bon vouloir à se prêter aux vues du Gouvernement Français que je me ferais à mon tour un devoir de courtoisie, s'il avait quelque proposition nouvelle à nous adresser, d'apporter à l'examen de ce qui nous serait proposé par lui l'attention la plus empressée. Je n'en ai pas moins insisté sur ce point fondamental de l'affaire, qu'en attendant qu'un nouvel échange d'observations ait abouti à quelque résultat pratique, je n'avais pas lieu de me départir de la ligne de conduite que j'ai suivie jusqu'à présent. J'ai prié Lord Lyons de vouloir bien faire connaître nos mobiles à Lord Granville. || Dans tous les cas et quand même une décision nouvelle des deux Puissances devrait intervenir dans un délai plus ou moins rapproché, il me semble dès à présent indispensable qu'aucune divergence ne puisse être relevé dans le langage des Agents des deux Puissances au Caire. Leur attitude commune doit être telle qu'elle décourage d'avance les tentatives qui pourraient être faites pour les isoler l'une de l'autre. Lord Granville jugera sans doute, comme moi, que, s'il en était autrement, la note commune ne garderait pas un sérieux digne des deux Puissances qui se sont entendues pour la présenter au Khédive. A la première occasion qui s'offrira à vous de vous entretenir avec les Ministres de la Reine, je vous prie de vous informer si des instructions ont été envoyées dans ce sens à Sir Edward Malet ou si elles le seront le plus tôt possible. J'ai cru comprendre que Lord Lyons partageait sur ce point mon avis.

Gambetta.

Nr. 7794. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Budgetrecht der ägyptischen Kammer. Zustimmung zu Gambetta's Ansicht.

Nr. 7794.
Gross-
britannien.
16. Jan. 1882.

Foreign Office, January 16, 1882.

My Lord, — With reference to your Excellency's despatch of the 12th instant, I have to request, that you will state to M. Gambetta, that Her Ma-

jesty's Government concur with him, that the proposal of the Notables in regard to voting that portion of the Budget which deals with the unassigned resources and the expenses of administration, at all events in its present shape, cannot be agreed to, although there may be points worthy of consideration hereafter. || Sir E. Malet has therefore been instructed to join his French colleague in supporting Chérif-Pasha in his opposition to the demand of the Chamber in this respect. || I am, &c.

Nr. 7794.
 Gross-
 britannien.
 16. Jan. 1882.

Granville.

Nr. 7795. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom (Paget) an den engl. Min. d. Ausw. — Die italienische Politik bez. Aegyptens.

(Extract.)

Rome, January 17, 1882.

I have the honour to inform your Lordship, that, in an interview I had with M. Mancini yesterday afternoon, his Excellency told me that he had received the day before from the Turkish Ambassador a copy of a telegram addressed to him (and he presumed also to the Turkish Ambassadors in Berlin, Vienna and St. Petersburg) by the Turkish Minister for Foreign Affairs relative to the recent identic communication by England and France to the Khedive. || M. Mancini did not give me a very minute description of the telegram to Musurus-Bey, but I understood that after repeating a telegram addressed to the Sultan's Ambassadors in London and Paris, for communication to Her Majesty's Government and the French Government, in which the action of the two Governments is described as uncalled for by present circumstances, and as an infringement of the sovereign rights of the Sultan, the Turkish Ambassador is instructed to elicit an expression of the views of the Italian Government upon this subject. || M. Mancini stated, that it was his intention to reply in due time to the Turkish communication, but that before doing so he should seek for more correct information than he now possessed as to the real situation in Egypt, the bearing and significance of the appointment of Araby Bey as Secretary to the Ministry of War, &c. || I said, that the policy of Her Majesty's Government remained precisely the same as it had been described in your Lordship's despatch of the 4th November to Sir E. Malet, that there was no change in the views of Her Majesty's Government as to the position of the Sultan in regard to Egypt, and that there had been no question between Her Majesty's Government and the French Government of granting any material support to the Khedive. || M. Mancini stated, that the policy of the Italian Government in regard to Egypt continued to be the same as he had made known to Her Majesty's Government, and had described it to be in the Chamber. They adhered to the principles laid down in your Lordship's despatch to Sir E. Malet of the 4th November, and so long as the present state of things continued to work they would respect it; but, in the event of

Nr. 7795.
 Gross-
 britannien.
 17. Jan. 1882.

Nr. 7795. there occurring any violent disruption, they would consider the Egyptian
Gross- question as having assumed an European character, and themselves entitled
britannien. to claim a participation in its settlement. It would probably be in this sense,
17. Jan. 1882. his Excellency added, that he should eventually reply to the Turkish communication, which he had just received.

Nr. 7796. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Die General-
controleure an die englischen und französischen
Generalconsuln. — Das von der ägyptischen Kammer
beanspruchte Budgetrecht tangirt die Rechte der
General-Controleure.

Nr. 7796.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
17. Jan. 1882.

Le Caire, ce 17 Janvier 1882.

Le Décret du 18 Novembre, 1876, règle la procédure du Budget et détermine quelles autorités doivent intervenir tant pour le préparer que pour le voter. || Aux termes de l'Article 10 de ce Décret le Budget est préparé par le Ministre des Finances et les deux Contrôleurs-Généraux. Le Conseil des Ministres, après l'avoir discuté de concert avec les Contrôleurs, le soumet à l'approbation du Khédive; il n'est fait aucune mention de la Chambre des Notables, qui, cependant, existait déjà. || Le Contrôle fut supprimé lors de la Constitution du Ministère Mixte; mais par une note officielle adressée le 31 Mars, 1879, aux Agents d'Angleterre et de France, le Gouvernement Égyptien s'est engagé, au cas où il modifierait l'organisation des Ministères des Finances et des Travaux Publics, à rétablir le Contrôle dans les conditions du Décret du 18 Novembre, 1876. || Par Décret du 4 Septembre, 1879, le Contrôle a été rétabli. Puis le Gouvernement ayant voulu modifier les attributions des Contrôleurs, il reconnut lui-même, ce qui du reste était de toute évidence, qu'il ne pouvait le faire qu'avec l'assentiment des Gouvernements Anglais et Français. Cet assentiment fut donné et est mentionné dans le Décret du 15 Novembre, 1879. A cette époque les deux Gouvernements se sont même réservés la faculté de revenir sur le consentement qu'ils donnaient, et ont expressément stipulé "la possibilité d'un retour éventuel aux dispositions contenues dans le Décret du 18 Novembre, 1876, relativement aux attributions des Contrôleurs-Généraux." || (Note des Agents de France et de la Grande Bretagne en date du 15 Novembre, 1879.) || Aujourd'hui la Chambre des Délégués demande à être substituée au Conseil des Ministres dans le droit de voter le Budget. C'est là assurément une nouvelle modification aux règles tracées par le Décret du 18 November, 1876. Si le Gouvernement accédait à la proposition de la Chambre, les Contrôleurs-Généraux, exerçant leur droit d'intervention dans la discussion du Budget, ne se trouveraient plus en présence de Ministres responsables, mais d'une Chambre irresponsable. || Une innovation aussi grave ne peut être introduite sans l'assentiment des Gouvernements Anglais et Français. || Y a-t-il lieu, dans les circonstances actuelles, de

donner cet assentiment? || Aujourd'hui, la direction des affaires est confiée à des Ministres auprès desquels les Contrôleurs-Généraux jouent le rôle de Conseillers Financiers; il s'agit maintenant de substituer la Chambre au Conseil des Ministres. || Le pouvoir des Contrôleurs-Généraux n'a pas d'autre sanction que le droit de signaler par des rapports les actes de mauvaise administration. Ce droit, efficace vis-à-vis de Ministres que le Khédive peut changer, est illusoire vis-à-vis d'une Chambre irresponsable. Il faudrait donc, si le droit de voter le Budget était accordé à la Chambre, ou modifier le Décret des attributions des Contrôleurs-Généraux, ou supprimer le Contrôle. || L'intervention de la Chambre dans la direction des affaires serait d'autant plus grave que son inexpérience est incontestable, qu'elle est certainement disposée à éliminer tout élément Européen de l'administration du pays et qu'elle émet la prétention d'intervenir dans tous les détails de l'Administration. Elle revendique (Article 9 de son Projet de Règlement) le droit de contrôle sur tous les fonctionnaires publics. Elle demande (Article 35) que tout Traité, contrat, ou engagement que le Gouvernement veut contracter avec des tiers ne devienne définitif et exécutoire qu'après avoir été voté par elle, à l'exception des contrats et adjudications relatifs à des travaux dont le crédit est prévu par le Budget de l'année correspondante. || Il est hors de doute que l'on vise par là tous les contrats avec les fonctionnaires Européens et toutes les concessions à des étrangers. || Au surplus, le Règlement proposé par le Gouvernement permet à la Chambre de prouver son aptitude à exercer les droits qu'elle réclame. Elle peut émettre ses avis sur le Budget, s'opposer à tout établissement d'impôt nouveau, prendre part à la préparation de toutes les mesures d'intérêt général. Si l'usage qu'elle fera de ces droits prouve qu'on peut sans danger étendre ses pouvoirs, les Contrôleurs-Généraux reconnaissent qu'il pourra y avoir lieu de modifier en ce sens les Conventions actuelles. Ils n'estiment pas que le moment soit venu.

A. Colvin.

G. de Blignières.

Nr. 7797. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Nothwendigkeit der Finanzcontrole in Aegypten.

Paris, le 17 janvier 1882.

Monsieur, depuis le 10 de ce mois, époque à laquelle je vous ai adressé des instructions détaillées sur l'action commune de la France et de l'Angleterre en Égypte, il ne s'est presque point passé de jour que cette action n'ait donné lieu, de votre part, à quelque communication importante. Les premières tentatives que le Ministère de Chérif-Pacha a faites auprès de vous pour atténuer la portée de notre démarche ont été momentanément écartées; mais d'autres difficultés subsistaient: d'une part, les différents groupes qui se

Nr. 7796.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
17. Jan. 1882.

Nr. 7797.
Frankreich.
17. Jan. 1882.

Nr. 7797.
Frankreich.
17. Jan. 1882.

disputent le pouvoir en Égypte, un moment intimidés par la manifestation publique de l'entente Franco-Anglaise, pouvaient tirer parti d'une divergence plus ou moins apparente qu'ils remarquaient dans le langage des deux Consuls; d'autre part, la Chambre des Notables prenait des allures inquiétantes et, par ses prétentions, en matière de budget, justifiait la sage précaution que nous avons prise de resserrer et d'affirmer l'union des deux Puissances qui se sont portées garantes de la stabilité financière en Égypte. Vous m'avez communiqué sur ce point les observations formulées par les membres du contrôle, et je n'ai pas hésité à les approuver. Je vous prie de bien remarquer que, sur les deux points les plus essentiels, à savoir les rapports qui doivent s'établir entre les Représentants des deux Puissances au Caire et les attributions de la nouvelle Chambre en matière de budget, les Cabinets de Paris et de Londres sont pleinement d'accord. Vous trouverez ci-joint le texte des assurances qui m'ont été transmises à cet égard, au nom de Lord Granville, par un télégramme de M. Challemel Lacour du 16 janvier; elles ont été confirmées dans une conversation que j'ai eue aujourd'hui même avec Lord Lyons. || Ainsi que vous le verrez, de Cabinet le Saint-James n'est pas moins opposé que nous à une extension de pouvoir qui changerait complètement le caractère de la Chambre des Notables, et qui troublerait profondément l'ordre financier établi en Égypte. Sans doute, on peut regretter que, dans le passé, la présence d'un contrôle national exercé sous la forme représentative, n'ait pas doté l'Égypte de finances régulières, et rendu, par là, superflue l'intervention du contrôle européen. Mais l'histoire de ce pays n'offre rien de commun avec celle des nations parlementaires. Il ne doit l'ordre qui règne actuellement dans les finances qu'au régime spécial, créé en vue d'une situation particulière que la volonté commune de la France et de l'Angleterre a fait établir et durer. Pour maintenir l'équilibre de son budget, ce n'est pas trop des efforts constants des deux contrôleurs européens, de leurs relations quotidiennes avec les Ministres du Khédive, de leur surveillance incessante sur toutes les branches de l'administration locale. Déléguer une partie de ses pouvoirs à une institution naissante, mal définie, et qui serait, de fait, irresponsable devant les tiers créanciers de l'Égypte, ce serait compromettre toute l'oeuvre accomplie, et ramener l'Égypte de trente ans en arrière, sous le prétexte d'une émancipation prématurée. En élucidant les questions administratives qui lui sont soumises, la Chambre des Délégués rendra des services plus modestes, mais plus réels et plus conformés à son origine. || Lord Granville n'a pas été moins explicite en ce qui touche la nécessité de rendre ostensible l'entente des deux Puissances par celle de leurs Agents au Caire. Les signes publics qui pourront être donnés de notre accord sont tout aussi importants que cet accord lui-même; mais si l'entente doit être absolue, soit sur le but à atteindre, soit sur les démarches principales à accomplir, Lord Granville estime, et je suis d'accord avec lui, qu'il convient de laisser une certaine latitude à chacun de vous deux pour le tour à donner aux explications qu'il peut être amené à four-

nir au Gouvernement égyptien. Les deux nations, en effet, n'ont pas exactement en Égypte la même situation, et leurs intérêts, pour être concordants, ne sont pas identiques; il appartient aux deux Agents, une fois le concert établi sur l'action commune, de l'appuyer par des arguments appropriés à la position respective des deux pays. Il est toutefois bien entendu que M. Malet, là où il usera de la latitude qui lui sera laissée, ne devra ni vous tenir secrètes les raisons qui le feront agir, ni même négliger d'en délibérer d'abord avec vous. Mes instructions précédentes vous ont d'ailleurs suffisamment fait connaître quels sont les points essentiels sur lesquels aucune divergence ne doit exister. Ils se résument dans le maintien de l'organisation actuelle de l'Égypte, soit au point de vue de l'équilibre financier que les Puissances sont résolues à défendre, après l'avoir péniblement affermi, soit au point de vue du régime politique et des situations acquises qu'il s'agit de protéger contre les compétitions intérieures ou extérieures et dont le maintien nous paraît lié aux intérêts généraux de l'Égypte et du peuple égyptien. || Je n'ajoute qu'un mot. Chérif-Pacha est le chef du Ministère; il ne peut échapper à la responsabilité des événements qui surviendront et il est tenu de déployer toute la fermeté nécessaire pour prévenir les intrigues, les usurpations ou les complots dont les intérêts défendus par la France et l'Angleterre et le concert Anglo-Français lui-même auraient à souffrir. Attachez-vous à lui bien représenter toute l'étendue de cette responsabilité. Pesez sur lui, s'il le faut, pour lui communiquer votre propre énergie; le premier Ministre du Khédive nous fournirait un grave sujet de plainte contre lui, s'il contrecarrait nos efforts par ses desseins particuliers ou s'il les paralysait par sa faiblesse.

G a m b e t t a.

Nr. 7798. FRANKREICH. — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — Die englische Regierung ist einer Action zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Note entschieden abgeneigt.

Londres, le 17 janvier 1882.

Aussitôt informé du retour de Lord Granville à Londres, je me suis rendu au Foreign Office, et j'ai eu avec le principal Secrétaire d'État une conversation dont mon télégramme d'hier soir vous a fait connaître le résumé. [Malgré la déclaration formelle de Lord Granville relativement au prix qu'il attache à la bonne entente non seulement réelle, mais apparente (c'est le mot dont il s'est servi) de la France et de l'Angleterre dans la question égyptienne, je n'ai pas trouvé, je dois l'avouer, ses dispositions entièrement satisfaisantes. Vous en pourrez juger vous-même par certains détails de notre conversation dont je crois utile de vous faire part. Il est à peu près certain aujourd'hui pour moi que, si le Cabinet de Londres a envisagé l'éventualité d'une action effective des deux Puissances à l'appui de la note collective, ç'a été en fin de

Nr. 7797.
Frankreich.
17. Jan. 1882.

Nr. 7798.
Frankreich.
17. Jan. 1882.

Nr. 7798.
Frankreich.
17. Jan. 1882.

compte pour l'écarter. La réserve formulée d'abord par Lord Granville et dont je vous avais communiqué le sens par mon télégramme du 6 courant, réserve qui ne nous avait pas paru absolument conforme aux termes dans lesquels Lord Lyons vous avait notifié le même jour l'adhésion du principal Secrétaire d'État à votre projet, exprimait réellement la vraie pensée du Gouvernement de la Reine. Lord Granville entendait, en effet, que la note collective ne devait être considérée que comme un encouragement purement platonique, qui n'impliquait la promesse d'aucune sanction. Lorsque j'ai exprimé, comme vous m'en aviez chargé, à Lord Granville combien vous aviez été touché du bon vouloir avec lequel il s'était prêté à la démarche que vous lui proposiez de faire en commun, il m'a dit „qu'il n'avait jamais pensé que la note proposée par vous pût être d'aucune utilité“; mais il avait tenu à vous donner un témoignage du désir qu'avait le Gouvernement anglais de se montrer d'accord avec la France. J'ai répondu aussitôt que la manifestation de cet accord était effectivement la seule chose qui pût assurer l'efficacité de la note collective; elle était la condition même de l'influence que la France et l'Angleterre se proposaient d'exercer dans les circonstances actuelles, et c'est pourquoi il était bien regrettable que certaines différences de langage et d'interprétation entre les Agents des deux Puissances au Caire eussent compromis l'effet de la note et encouragé des prétentions auxquelles on avait l'espérance de couper court. Le principal Secrétaire d'État m'a assuré que l'Agent anglais n'avait certainement pas encouragé les résistances et que, d'après M. Malet, notre agent avait dû lui-même nous avertir que la note n'avait pas produit, dès le premier moment, une impression favorable.

Challemel-Lacour.

Nr. 7799. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter in London und Konstantinopel und den Generalconsul in Kairo. — Unterredung mit dem türkischen Gesandten über die Note vom 7. Januar.

Paris, le 18 janvier 1882.

Nr. 7799.
Frankreich.
18. Jan. 1882.

Il n'est pas exact de dire, comme le font plusieurs journaux de France et d'Angleterre, qu'Essad-Pacha aurait remis une note au Gouvernement Français au nom de la Porte. Essad-Pacha, à la suite d'un télégramme qu'il a reçu de Constantinople et dont il m'a donné connaissance, a eu avec moi un entretien dont l'objet était de me représenter que l'état de l'Égypte est prospère et tranquille, que cet état ne fournissait pas de motif à une démarche semblable à celle qu'ont accomplie la France et l'Angleterre; qu'en tout cas les observations que nous pourrions avoir à faire auraient dû d'abord être adressées à la Porte, suzeraine de l'Égypte. || J'ai répondu en substance à Essad-Pacha, d'une part que les deux Puissances ne sont intervenues que pour

témoigner de leur résolution de maintenir le *statu quo* fixé par les firmans et les traités et que, ne voulant pas innover en Égypte, nous n'avions pas sujet de recourir à la Turquie; d'autre part, que la prospérité actuelle de l'Égypte tient précisément à une organisation et à des arrangements financiers dont la France et l'Angleterre ont la garde; que nous avons dû prévoir les périls qui pourraient compromettre cette organisation; qu'enfin les prétentions élevées par la Chambre des Notables ont assez clairement justifié nos prévisions, nos inquiétudes et nos alarmes. || J'ai ajouté que personnellement je ne verrais aucune objection, loin de là, à faire, *après les faits accomplis* (car je n'en ai jamais admis la communication préalable), une communication simultanée, identique, collective de la note anglo-française à la Porte par l'organe de nos ambassadeurs respectifs à Constantinople. Mais j'ai bien fait remarquer à Essad-Pacha que c'était là une vue personnelle sur laquelle je n'avais fait aucune ouverture à Londres. Il ne m'a pas paru goûter outre mesure cette suggestion qui avait à mon sens l'avantage de lier plus étroitement et plus manifestement encore la partie entre l'Angleterre et la France, aux regards de tout le monde. || Vous pouvez, à ce sujet, vous en ouvrir avec Lord Granville. || Je me suis ensuite expliqué avec Essad-Pacha sur les tendances que la Porte témoignait depuis quelque temps, et qui seraient de nature si elles s'aggravaient, à altérer ses bons rapports avec ses alliés les plus anciens. Je n'ai pu m'empêcher d'exprimer mes regrets et mes appréhensions sur la voie où la Porte paraît vouloir s'engager.

G a m b e t t a.

Nr. 7800. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Zögern der englischen Regierung.

Paris, le 20 janvier 1882.

Monsieur, la démarche simultanée des Représentants de France et d'Angleterre en Égypte a donné lieu à une série d'incidents dont vous trouverez les détails dans les extraits de la correspondance diplomatique que je joins à cette lettre. Ainsi que vous le verrez, les premières difficultés que nous étions exposés à rencontrer dans l'entourage même du Khédive ont été momentanément écartées. Deux points essentiels étaient à régler entre les Cabinets de Paris et de Londres. D'une part, il fallait que l'entente des Puissances fût rendue ostensible par celle de leurs Agents au Caire. D'autre part, les deux Gouvernements devaient tomber d'accord sur l'accueil à faire aux prétentions de la Chambre des notables en matière de budget. || Sur le premier point, vous apprécierez la portée des assurances de bonne entente qui nous ont été donnés, à deux reprises, par le Gouvernement Anglais, et les réserves dont il a cru devoir les accompagner. Je dois ajouter que les explications qui m'ont été transmises par M. Challemel Lacour, dans sa lettre du 17 de

Nr. 7790.
Frankreich.
18. Jan. 1882.

Nr. 7800.
Frankreich.
20. Jan. 1882.

Nr. 7800.
Frankreich.
20. Jan. 1882.

ce mois, révèlent, de la part de Lord Granville, une certaine hésitation à accepter les conséquences de notre commune démarche et laissent planer quelque incertitude sur l'étendue du concours que M. Sienkiewicz peut attendre de son Collègue. Cependant, Lord Lyons a été beaucoup moins réservé dans sa lettre du 6, où il n'écartait pas l'hypothèse d'une action ultérieure, et dans l'entretien qu'il a eu avec moi le 17, par suite des ordres de Lord Granville. De plus, les derniers renseignements que M. Challemeil Lacour m'a adressés hier me font encore penser que Lord Granville sent de plus en plus fortement la nécessité de ne point affaiblir l'entente des deux nations. Quant aux prétentions financières de la Chambre des notables, elles paraissent, au Cabinet de Londres comme à nous-même, incompatibles avec les droits du contrôle européen. Aucun des deux Gouvernements ne laissera compromettre une institution financière qui a fait ses preuves et qui est la raison d'être de l'action anglo-française en Égypte. J'ai fait parvenir, le 17 janvier, à M. Sienkiewicz des instructions conçues dans ce sens, et je vous en adresse également copie. (Folgt ein ausführlicher Bericht über die Unterredung mit dem türkischen Botschafter in Paris vom 17. Jan.; siehe darüber No. 7799.)

M. Challemeil Lacour s'est empressé de faire part à Lord Granville de ma conversation avec Essad-Pacha, et il m'a communiqué la réponse du principal Secrétaire d'État dans un télégramme du 19 de ce mois, dont vous trouverez ci-joint copie. Lord Granville a de nouveau affirmé son désir de marcher d'accord avec nous. D'autre part, les nouvelles d'Égypte qu'il a communiquées à notre Ambassadeur sont de nature à nous faire espérer que cet accord aura toute l'efficacité nécessaire.

Gambetta.

Nr. 7801. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Anweisung, mit Granville über eine Intervention zu unterhandeln.

Paris, le 23 janvier 1882.

Nr. 7801.
Frankreich.
23. Jan. 1882.

M. Sienkiewicz s'inquiète de plus en plus de la situation. Il me mande par télégramme du 21 et du 22 qu'il n'espère plus que la Chambre cède sur la question du budget. Il définit ainsi la situation: ou transiger avec la Chambre ou intervenir. || Voyez Lord Granville pour lui demander ses vues et s'il ne pense pas que le moment approche de se concerter et de prendre certaines mesures d'action.

Gambetta.

Nr. 7802. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Die Westmächte haben ein Recht zur Intervention auch ohne die Ostmächte.

Paris, le 23 janvier 1882.

Monsieur, je vous adresse ci-inclus copie des derniers télégrammes que j'ai reçus du Caire et dont je vous ai donné la substance par mon télégramme en date de ce jour. Il est visible que la situation au Caire devient pressante et que le moment approche où il faudra aviser. Je vous invitais par mon télégramme à voir le plus tôt que vous pourriez Lord Granville. Je vous renouvelle cette invitation. Vous aurez à savoir si l'idée de faire agir la France et l'Angleterre par délégation des grandes Puissances préoccupe le Cabinet anglais et en général à lui demander ses vues sur le conflit qui menace de passer à l'état aigu entre le Khédivé et la Chambre des notables. Personne n'est plus spécialement intéressé que la France et l'Angleterre au maintien de la paix publique en Égypte. Les décrets du 18 novembre 1876 et du 15 novembre 1879, relatifs à la création et aux attributions du contrôle anglo-français notamment, constituent pour les deux puissances un titre qui n'appartient qu'à elles. La France et l'Angleterre n'ont pas besoin pour faire valoir ce titre d'une délégation européenne. C'est elles tout particulièrement qui peuvent être atteintes par les prétentions de la Chambre des notables en matière budgétaire. Vous jugerez sans doute à propos de faire valoir ces considérations à Lord Granville lui demandant s'il croit possible que la France et l'Angleterre se dispensent de rechercher de concert ce qu'exige un état de choses qui ne s'améliore pas en se prolongeant.

Nr. 7802.
Frankreich.
23. Jan. 1882.

Gambetta.

Nr. 7803. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen mit dem Kammerpräsidenten über das Budgetrecht.

Cairo, January 23, 1882.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that on the 20th instant, at the request of Chérif-Pasha, Mr. Sienkiewicz and I called, separately, upon Sultan-Pasha, the President of the Chamber, to inform him that our Governments could not consent to the Budget being voted by the Chamber as it would be an infringement of the international engagements contracted in the establishment of the Control. || Sultan-Pasha said, that the Chamber did not regard it in that light and that it was resolved not to give way. He finally, however, made the suggestion as coming entirely from himself, that the Chamber should send certain of its Members to be present at the Council of Ministers when the Budget was discussed. Being unwilling to shut the door to all negotiation I replied, that the idea was one which was open to consideration, and it appears that my French colleague gave Sultan-Pasha the

Nr. 7803.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1882.

Nr. 7803.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1882.

same reply from the same motives. || In speaking generally of the counter-project of Organic Law drawn up by the Chamber, I said to Sultan-Pasha, that it was without parallel in any country; that it took away all power from the Ministry and transformed the Chamber into the Government with the Ministers as its Executive officers. || Sultan-Pasha said, that such was not the intention of the Chamber, that the Constitutions of many countries had been examined, and that there was no provision in the counter-project which did not exist elsewhere. I answered, that the Chamber must, in that case, have selected all the precedents which could give it power, and omitted all those which counterbalanced that power and guaranteed the necessary Government authority to the Ministry. The only precedent, as far as I knew, for such a Constitution as that proposed by the Chamber was the French National Convention of 1792, the consequence of which was that the country was inundated with the blood of its citizens, and that finally a despotism grew out of it, the most arbitrary ever known, which had been brought to an end by an European coalition against it; and I asked Sultan-Pasha whether it was not better, rather than to risk consequences such as these, to accept the liberal Organic Law proposed by Chérif-Pasha. He replied, that Chérif-Pasha's Law was like a drum — that it made a great sound but was hollow inside. || On the following day Sultan-Pasha made to Chérif-Pasha the proposal regarding the Budget which he had made to me and M. Sienkiewicz; but he formulated it as follows:—The Chamber should send Delegates of a number equal to the number of Ministers to assist in passing the Budget; that each Delegate and each Minister should have a vote, and that the President of the Council should have an additional vote. || This proposal is tantamount to the Chamber voting the Budget, as if there is a defection of two Ministers, the Delegates obtain the majority. The only possible advantage would be, that the Controllers would be present and could exercise a certain amount of influence. || My French colleague and I considered, that we could not take upon ourselves, individually, the responsibility of refusing to listen to the overture made, and that the consideration of it would be useful as giving time for wiser counsels to prevail, and to enable our Governments to decide upon the course to be pursued, in case no agreement could be come to. I therefore telegraphed on the 22nd instant to ask whether your Lordship was disposed to authorize me to recommend the Ministry to consider proposals which had been made unofficially by the President of the Chamber with a view to an arrangement which would have for effect to accord to Delegates of the Chamber the right to co-operate with the Ministers in the examination and vote of the Budget. || Since then we have considered, that it would be better that the other questions pending between Chérif-Pasha and the Chamber should be decided prior to any attempt to come to an arrangement regarding the Budget, and this view is, I learn, shared both by Chérif-Pasha and the Chamber. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7804. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — Granville ist gegen das selbständige Vorgehen der Westmächte.

Paris, le 24. janvier 1882.

Je viens d'avoir une conversation avec Lord Granville. Il m'a exprimé le désir de voir, avant de me répondre, M. Gladstone, qui doit arriver à Londres aujourd'hui à 4 heures. Je crains que Lord Granville ne soit préoccupé à l'excès d'éviter l'apparence d'une immixtion exclusive de la France et de l'Angleterre en Égypte et qu'il n'incline à accepter ou même à provoquer l'intervention de quelque autre Puissance, qui se chargerait de proposer je ne sais quel arrangement. || Il a adressé, voici trois jours, à Lord Lyons un projet de réponse au télégramme de la Turquie. || Lord Lyons n'a pas cru devoir, en raison de la crise actuelle, vous la communiquer. Lord Granville m'a promis de m'en faire tenir une copie. Je vous l'enverrai ce soir, si elle m'arrive avant l'heure de la poste.

Nr. 7804.
Frankreich.
24. Jan. 1882.

Challemel-Lacour.

Nr. 7805. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Granville über eine selbständige Action der Westmächte.

Londres, le 25 janvier 1882.

Monsieur le Ministre, comme je vous l'annonçais par mon télégramme, j'ai pu m'entretenir hier soir quelques instants avec Lord Granville. Il m'a dit tout d'abord que vous aviez reçu dans la journée communication de son projet de réponse à la Porte: il examinera sans tarder les additions dont vous avez signalé à Lord Lyons la nécessité, et il vous fera, je pense, connaître directement sa réponse à cet égard. Revenant alors sur la question dont nous avons déjà parlé dans l'après-midi, il m'a laissé entendre, comme il l'avait fait précédemment, qu'il ne serait pas éloigné de faire à la chambre des Notables quelques concessions. Il s'est montré très résolu à leur refuser celles qui seraient de nature à compromettre ou à amoindrir le contrôle financier; il ne consentirait pas, par exemple, à lui reconnaître le droit de s'immiscer en ce qui concerne les recettes; mais il ne lui refuserait peut-être pas celui de se prononcer sur certaines dépenses; il faisait, j'imagine, allusion à celles que pourrait entraîner entre autres mesures une augmentation de l'armée. J'ai cru pouvoir lui donner l'assurance que vous examineriez avec l'attention la plus empressée ce qu'il pourrait proposer ou suggérer à cet égard. Mais je ne pouvais, lui ai-je dit, m'empêcher de lui faire remarquer qu'en raison des dispositions, qu'on attribue à la chambre des Notables, les moindres concessions présentaient un grave inconvénient; car elles risquaient fort d'avoir pour effet

Nr. 7805.
Frankreich.
25 Jan. 1882.

Nr. 7865.
Frankreich.
25. Jan. 1882.

d'encourager ses prétentions et celles du parti militaire au lieu de les modérer et de mettre fin à une situation très tendue, qui ne peut se prolonger sans danger. Lord Granville a bien voulu le reconnaître. J'ai ajouté aussitôt que la chambre des Notables pouvait persister dans ses prétentions et que c'était même la chance la plus probable, si les renseignements qui nous parvenaient sont exacts, et si, comme il y a lieu de le croire, le but poursuivi par elle n'est autre que la suppression ou l'amointrissement du contrôle. Il importait donc par-dessus tout de se préoccuper dès à présent, si l'on ne veut pas s'exposer à quelque surprise, des mesures à prendre dans une pareille éventualité. Lord Granville m'a demandé de quelle nature pourraient être les mesures dont je lui parlais. Je lui ai dit que, sans doute, vous y aviez déjà pensé, mais que je n'étais pas à même de répondre à cette question. Ce que je savais, c'est que vous désiriez vivement qu'il portât son attention de ce côté et que, s'il voulait bien vous faire part de ses vues, vous les examineriez d'autant plus volontiers que vous jugiez le moment venu de prendre une décision. Lord Granville m'a dit qu'il ne tarderait pas à s'en entretenir avec M. Gladstone et qu'il serait probablement dans deux ou trois jours en mesure de me faire connaître le résultat de cet entretien et de ses propres réflexions. Il m'a répété alors, ce qu'il m'avait déjà dit une ou deux fois, que toutes les combinaisons étaient également mauvaises. Je lui ai répondu que, sans doute, on pourrait faire à tout des objections, mais que la pire des combinaisons serait certainement celle qui admettait une intervention quelconque, soit des Puissances, soit de la Porte, au détriment de l'influence anglo-française. Toutes les puissances, lui ai-je dit, ont ou croient avoir le droit de s'occuper de l'Égypte. La question égyptienne est une partie de la question d'Orient, à laquelle personne n'est ou ne veut se reconnaître étranger. Mais cela n'empêche pas l'Angleterre et la France d'avoir en Égypte des intérêts et des titres qui leur assurent le droit d'agir, dans certaines limites, d'une manière indépendante. L'intérêt de l'Angleterre est d'une nature toute spéciale et n'est contesté par personne. Les intérêts de la France, pouvant être d'un ordre différent, ne sont ni moins évidents, ni moins considérables; ce ne sont pas seulement, comme on le dit quelquefois, des intérêts financiers ou sentimentaux, ce sont des intérêts politiques; car il ne faut pas oublier que la France est une puissance africaine. De là, pour la France et l'Angleterre une situation particulière, qui a été reconnue, consacrée par les décrets de 1876 et 1879, en vertu desquels existe le contrôle commun. Ces titres et la situation qu'ils ont consacrée ont été reconnus par l'Europe; personne, en effet, n'a protesté contre les décrets qui les constituent, et personne, par suite, ne saurait s'étonner ni trouver mauvais que la France et l'Angleterre se chargent elles-mêmes de maintenir la situation qui leur a été faite de conserver purement et simplement le *statu quo*. C'est à celles seules qu'il appartient de s'entendre pour en trouver les moyens. Lord Granville, qui m'avait écouté avec attention, m'a fait répéter une seconde

fois les considérations que je venais de lui exposer. Puis il m'a dit qu'il pourrait dans quelques jours reprendre le sujet avec moi.

Nr. 7805,
Frankreich,
25. Jan. 1882.

Challemel-Lacour.

Nr. 7806. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Memorandum an den ägyptischen Minister-Präsidenten, betreffend das Budgetrecht.

Cairo, January 27, 1882.

Nr. 7806,
Gross-
britannien,
27. Jan. 1882.

My Lord, — I have the honour to inclose herewith a copy of a Memorandum, dated to-day, which M. Sienkiewicz and I have given to Chérif-Pasha. It sets forth the grounds on which the contention is based, that the Chamber cannot vote the Budget without infringing the Decrees establishing the Control, and it goes on to say that an innovation of the nature proposed by the Chamber cannot be introduced without the assent of the English and French Governments. || In order not to close the door to a possible understanding, we added that, if the Government of the Khedive deemed fit to open negotiations on the subject, we were prepared to transmit its proposals to our respective Governments, but that we considered that such a negotiation would be on the understanding that the Government and the Chamber were agreed with regard to the rest of the proposed Organic Law. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Memorandum.

[Die ersten fünf Absätze sind wörtlich gleichlautend mit den entsprechenden Absätzen in Nr. 7796.]

Une innovation aussi grave ne peut être introduite sans l'assentiment des Gouvernements Anglais et Français. || Dans le cas où le Gouvernement du Khédivé jugerait à propos d'ouvrir des négociations, à l'effet d'obtenir quelque modification au régime existant, les Agents de la France et de la Grande Bretagne seraient disposés à transmettre ses propositions à leurs Gouvernements respectifs. Ils estiment, toutefois, qu'une négociation de cette nature supposerait une entente parfaite entre le Ministère et la Chambre sur tous les autres points du Règlement Organique de la Chambre.

Edward B. Malet.
Sienkiewicz.

Nr. 7807. **FRANKREICH.** — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Gefahren einer Intervention in Aegypten.

Le Caire, le 29 janvier 1882.

Nr. 7807.
Frankreich,
29. Jan. 1882.

Monsieur le Ministre, les affaires d'Égypte qui, depuis un mois environ, n'ont cessé de prendre un caractère de plus en plus grave sont cependant arrivées à ce point que, s'il reste encore une large part à l'imprévu, on peut les envisager dans leur ensemble et en prévoir, au moins, les conséquences immédiates. || La tendance de la Chambre des délégués à se transformer en Parlement, d'une part, et, de l'autre, l'attitude si décidée que les cabinets de Paris et de Londres ont cru devoir adopter et dont la note du 7 janvier est l'expression, telles sont les deux causes principales qui, agissant simultanément, mais en sens inverse, ont créé la situation actuelle. || C'est au moment même où la question du vote du budget, qui est la question capitale du moment, commençait à être sérieusement agitée que j'eus à remettre au Khédive, de concert avec sir Edward Malet, la note du 7 janvier. || Cette note avait une importance considérable par ce seul fait qu'elle dessinait d'une manière très précise la politique des deux puissances. Elle affirmait la nécessité de maintenir le *statu quo*; elle ne tenait aucun compte du parti national. Or, ce parti qui comptait d'une manière particulière sur l'appui de la France et que je n'avais pas découragé en ce qu'il avait de raisonnable dans ses aspirations, sans m'engager en aucune façon envers lui, était devenu depuis quelque temps l'objet d'autres sollicitations. || Les deux Cabinets s'étaient, d'ailleurs, si bien rendu compte de l'opposition que leur volonté rencontrerait dans le parti national et même au dehors qu'ils se déclaraient prêts à faire face aux complications intérieures ou extérieures qui pourraient menacer le régime établi en Égypte. || J'ai fait connaître d'une manière assez détaillée, dans mes précédents rapports pour n'avoir pas à y revenir, l'effet que la note du 7 janvier produisit en Égypte et les motifs qui en ont affaibli la portée. || Je n'ai pas abandonné, en ce qui me concerne, le terrain où nous plaçait la note, et que des télégrammes ultérieurs me prescrivaient de garder énergiquement. J'ai cru devoir toutefois, vu la gravité des circonstances, profiter des occasions qui se présentaient pour gagner du temps. || Il me reste à examiner la question de l'intervention. Mais je dois indiquer auparavant les motifs qui poussent le parti national à une résistance qui est faite pour surprendre. Les motifs, je les trouve dans ce fait, que les chefs du mouvement sont guidés par des Européens. || C'est un moyen de régler les affaires d'Égypte auquel nous ne pouvons recourir qu'à la dernière extrémité. Sans revenir, en effet, sur les difficultés de toute sorte que soulèverait ou entraînerait une intervention, il n'est pas superflu de rappeler qu'en Égypte même elle pourrait rencontrer des obstacles plus sérieux peut-être qu'on ne le croit généralement. Les esprits sont, en ce moment, tellement surexcités et familiarisés même avec l'idée d'une lutte contre l'étranger, que l'on devrait, selon toute apparence, s'attendre à une ré-

sistance, dans le cas surtout où ce seraient des troupes françaises ou anglaises qui débarqueraient en Égypte. Déjà tout un plan de défense est arrêté; des officiers supérieurs inspectent les forts de la côte et se distribuent les commandements. Que le fanatisme s'en mêle et les colonies étrangères, sauf celle d'Alexandrie, pourraient se trouver dans une situation pénible. Le moment actuel est donc très défavorable à une intervention par cela seul que l'on s'apprête à la repousser. Ce n'est guère que dans le cas où toutes les grandes Puissances s'accorderaient à reconnaître qu'une intervention est nécessaire, qu'elle pourrait avoir lieu dans des conditions avantageuses. || En résumé, s'il se présentait une combinaison quelconque qui permit d'éviter ou au moins de reculer l'emploi des moyens extrêmes sans compromettre notre situation, je ferais tous mes efforts pour qu'elle pût aboutir.

Nr. 7807.
Frankreich.
29. Jan. 1882.

Sienkiewicz.

Nr. 7808. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die türkische Intervention ist das geringste Uebel, Verständigung mit den andern Grossmächten darüber erforderlich.

(Extract.)

Foreign Office, January 30, 1882.

I have sent to your Excellency in my despatch of the 25th instant the substance of a conversation which I had on the evening of the 24th instant with M. Challemel-Lacour respecting M. Gambetta's views on Egyptian affairs. I expressed no opinion in reply at the time, but promised to renew the conversation. || I had already intimated to your Excellency, that you would probably receive instructions to inform the French Government how desirable it appeared that there should be a perfectly frank and confidential interchange of opinions on this subject. || Her Majesty's Government believe, that in the present circumstances it is very important that the union of England and France should be clearly apparent, and that an agreement should be come to as to the course which should be adopted in view of contingencies which may at any moment become imminent. || Her Majesty's Government desire to maintain the rights of the Sovereign and vassal as now established between the Sultan and the Khedive, to secure the fulfilment of international engagements, and to protect the development of institutions within this limit. They believe, that the French Government share these views. The question remains: If in Egypt a state of disorder should occur which would be incompatible with this policy, what measures should be taken to meet the difficulty? || M. Gambetta appears, in his letter to M. Challemel-Lacour, to have made no specific suggestions on this head, but to have stated objections to two alternatives which, among others, have been the subject of public speculation, in case of the necessity arising of some sort of intervention in Egypt.

Nr. 7808.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1882.

Nr. 7808.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1882.

| It is to be regretted, but it appears to Her Majesty's Government to be apparent, that if such a contingency unfortunately occurred there are objections to every possible course. The question remains: Which of them offers the least inconvenience? || Her Majesty's Government do not apprehend, although it is possible, that there is much practical danger of such an outbreak as would cause anarchy, and be fatal to the lives and property of Europeans. The probable danger is, that the Notables, supported by the Egyptian army, influenced by a disbelief in the real union of England and France encouraged by the idea of the support they might obtain from other European Powers and from Turkey, may establish a Government, of which the policy would be inconsistent with the position of the Khedive as guaranteed by the Firmans of the Porte, and with the international engagements of Egypt both towards England and France, and towards other European Powers. || Her Majesty's Government have a strong objection to the occupation by themselves of Egypt. It would create opposition in Egypt and in Turkey; it would excite the suspicion and jealousy of other European Powers, who would, Her Majesty's Government have reason to believe, make counter-demonstrations on their own part which might possibly lead to very serious complications, and it would throw upon them the responsibility of governing a country inhabited by Orientals under very adverse circumstances. || They believe, that such an occupation would be as distasteful to the French nation as the sole occupation of Egypt by the French would be to this country. || They have carefully considered the question of a joint occupation by England and France, and they have come to the conclusion that, although some of the objections above stated might be lessened, others would be very seriously aggravated by such a course. || With regard to Turkish occupation, Her Majesty's Government agree, that it would be a great evil; but they are not convinced that it would entail political dangers so great as those attending the other alternatives which have been mentioned above. If a temporary occupation could be arranged with the full consent and under the control of England and of France, and with proper guarantees and conditions, such a mode of using force might be the least objectionable of those which have yet been proposed. || But as regards the immediate intervention of force, I have already stated my doubts as to the probability of a necessity for a decision at once arising. What is urgent is to consider what steps can best be adopted to prevent or to deal with the second contingency which I have mentioned, namely, a Government in Egypt with a policy which is inadmissible for the acceptance of England and France. || The most important point is, that the union of the two countries should be both real and apparent. || M. Gambetta entertains objections to any further admission of the other European Powers to interference in Egyptian affairs. Her Majesty's Government agree, that England and France have an exceptional position in that country owing to actual circumstances and to international agreements, and they also believe that inconvenience might arise from many Powers

being called upon to join in any administrative functions; but they would submit, for the consideration of the French Government, whether it would not be desirable to enter into some communication with the other Powers as to the most desirable mode of dealing with a state of things which appears likely to interfere with the Firmans of the Sultan and the international engagements of Egypt.

Nr. 7808.
Gross-
britannien,
30. Jan. 1882.

Nr. 7809. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Gefahr für die Europäer im Fall einer Intervention.

(Telegraphic.)

Cairo, February 1, 1882, 1:30 P. M.

One of the Ministers tells me, that the only issue from the situation now is the immediate dispatch to Egypt of a Commission from the Porte, to be followed as soon as possible by a Turkish force. || He says, that armed intervention on our part could neither be threatened nor effected without the most serious danger to the European population, and a resistance which would lead to prolonged bloodshed. || He thinks, that by acting with tact and accepting any Ministry the Chamber asks for, we can tide over the moment without public disturbance; but he is of opinion, that as the army has again exercised dictatorship, there is no hope for the future, unless it be rendered powerless by force. || The matter is urgent and demands immediate attention.

Nr. 7809.
Gross-
britannien.
1. Febr. 1882.

Nr. 7810. **FRANKREICH.** — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Verbalnote der Ostmächte an die Pforte.

Péra, le 3 février 1882.

Les premiers drogmans des ambassades Allemande, Autrichienne, Russe et Italienne ont fait hier à Assim-Pacha, au sujet de l'affaire égyptienne, une communication verbale identique conçue à peu près dans ces termes: „Le cabinet de..... est d'avis que le *statu quo* en Égypte, tel qu'il a été établi par les firmans des sultans et par les arrangements européens, doit être maintenu et que ce *statu quo* ne saurait être modifié sans une entente préalable entre les grandes puissances et la puissance suzeraine“.

Nr. 7810.
Frankreich.
3. Febr. 1882.

Copie de cette déclaration a été laissée, à titre d'aide mémoire, entre les mains du Ministre des Affaires étrangères du Sultan.

Tissot.

Nr. 7811. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Freycinet) an den franz. Botschafter in London. — Verständigung mit dem englischen Botschafter, dass keine militärische Action in Aegypten stattfinden solle.

Paris, le 3 février 1882.

Nr. 7811.
Frankreich,
3. Febr. 1882.

Monsieur, Lord Lyons est venu m'entretenir ce matin des dépêches assez graves arrivées du Caire, et il m'a demandé quelles mesures je croirais utile de prendre en présence des complications qui surgissaient entre le Khédive et l'Assemblée des Notables. Je lui ai répondu qu'installé au Ministère depuis quarante-huit heures à peine, il m'était bien difficile d'avoir une vue suffisante de l'ensemble et qu'il serait sans doute mieux à même que moi d'ouvrir un avis à ce sujet; que tout d'abord je serais bien aisé d'être fixé par lui sur un point assez important qui avait frappé mon attention ce matin même, à une lecture rapide du dossier. J'avais remarqué que M. Gambetta et M. Challemel-Lacour avaient interprété d'une manière différente l'adhésion donnée à l'un par Lord Granville et à l'autre par Lord Lyons, le 6 janvier dernier, au projet de note identique présenté par M. Gambetta. „Tandis que M. Gambetta, ai-je dit, a conclu que le Gouvernement anglais admettait le principe d'une action effective ultérieure en Égypte, et réservait seulement la détermination du mode de cette action, M. Challemel-Lacour, au contraire, a compris que le Gouvernement anglais réservait à la fois et la détermination du mode et le principe même de l'action. Je désirerais bien savoir laquelle de ces deux interprétations est la vraie.“ Lord Lyons m'a immédiatement répondu que l'interprétation de M. Challemel-Lacour était la seule conforme à la pensée du Gouvernement anglais; que Lord Granville „avait entendu expressément réserver non seulement le mode d'action, si une action ultérieure était jugée nécessaire, mais le principe même de toute action; qu'en d'autres termes, le Gouvernement anglais n'avait pas voulu s'engager d'avance à une action matérielle quelconque.“ — „Et même, a ajouté Lord Lyons, le Gouvernement anglais répugne à toute action militaire.“ Je lui ai dit à mon tour que j'y répugnais également et que „je réservais expressément l'adhésion du Gouvernement français à toute proposition de ce genre.“

Lord Lyons m'a demandé ensuite ce que je pensais de l'envoi éventuel d'un corps de troupes turques, dont parlaient les dépêches. Je lui ai répondu que je considérerais ce fait comme très fâcheux et qu'à mon sens nous avions un grand intérêt à l'empêcher. Il m'a répliqué que tel était aussi le sentiment du Gouvernement anglais et qu'il allait écrire à Lord Granville pour lui faire connaître que nous étions d'accord sur ces trois points: „1^o Nous réservions notre adhésion à toute action effective ultérieure; 2^o nous répugnions à l'emploi de moyens coercitifs; 3^o nous étions contraires à l'envoi de troupes turques en Égypte.“ Nous nous sommes séparés sur cette constata-

tion, en nous félicitant mutuellement de la communauté de vues qui existait entre nous.

Nr. 7811.
Frankreich.
3. Febr. 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7812. AEGYPTE. — Brief des Premierministers (Mahmud-Samy-Pascha) an den Khedive. — Programm des neuen Ministeriums.

Monseigneur, — Votre Altesse a daigné me confier la mission de former un nouveau Cabinet; je considère comme le premier de mes devoirs de lui soumettre les principes qui dirigeront ma conduite et inspireront celle du Ministère que je dois présider. || Les événements qui se sont succédé en Égypte depuis quelques années ont préoccupé l'opinion publique à des titres divers, ici, et dans les pays étrangers; ces préoccupations se rattachent à deux ordres d'idées: nos charges financières et nos réformes intérieures. || La dette générale du pays a été définitivement réglée par une série de Décrets qui ont été complétés eux-mêmes par la Loi de Liquidation du 19 Juillet, 1880. Ces lois ont acquis le caractère de Conventions Internationales: le Gouvernement de votre Altesse n'a jamais cessé de les respecter: le Ministère veillera à leur stricte et fidèle exécution. || La liquidation de la dette flottante est un fait accompli pour tous les intéressés (et c'est l'immense majorité) dont les droits ont été reconnus jusqu'à ce jour par les autorités compétentes; elle continuera à être activement poursuivie. || Le service de la Dette Consolidée qui comprend les Administrations spéciales de la Daïra et des Domaines engagés à la garantie de l'Emprunt de 1878, s'effectue régulièrement. Les Administrations qui ont été créées pour assurer ce service: le Contrôle Général, la Commission de la Dette, le Contrôle de la Daïra, la Commission des Domaines sont des institutions qui doivent toujours être loyalement soutenues par le Gouvernement; elles l'ont toujours été jusqu'à ce jour. || A cet état de choses, rien ne sera changé dans l'avenir: le Ministère s'efforcera de consolider ces institutions et de faciliter leur fonctionnement. Il considérera la bonne harmonie de tous ces services publics comme une condition essentielle à la marche régulière des affaires, et il pense que l'administration générale du pays devra à cette politique d'incontestables avantages. || Votre Altesse a toujours été convaincue que, pour accomplir avec sagesse et sécurité les réformes intérieures, il fallait le concours d'une Chambre de Délégués, et c'est dans cette pensée que la Chambre actuelle a été convoquée. || Le Ministère partage ces sentiments. Il portera toute son attention sur la réorganisation des Tribunaux, les réformes de l'Administration, les améliorations nécessaires dans notre enseignement public pour aider la marche du pays dans la voie du progrès et de la civilisation; il étudiera les mesures propres à développer l'agriculture, le commerce et l'industrie, ainsi que tous les autres projets de réformes qui

Nr. 7812.
Aegypten.
4. Febr. 1882.

Nr. 7812.
Aegypten.
4. Febr. 1882.

ont été l'objet de la sollicitude constante de votre Altesse. Mais, avant tout, il croit nécessaire de déterminer les attributions de la Chambre des Délégués, afin de lui permettre de donner au Gouvernement le concours qu'il attend d'elle et de réaliser les espérances du pays. || C'est pourquoi le premier acte du Cabinet sera de faire sanctionner une Loi Organique pour la Chambre des Délégués. || Cette Loi respectera tous les droits et toutes les obligations d'un caractère privé ou international ainsi que tous les engagements relatifs à la Dette Publique et aux charges que celle-ci impose au Budget de l'Etat; elle déterminera sagement la responsabilité des Ministres devant la Chambre ainsi que le mode de discussion des Lois. || Bien loin d'être une cause d'inquiétudes, cette Loi Organique réunira toutes les conditions nécessaires pour rassurer les intérêts de tous. || Tel est, Monseigneur, le programme de nouveau Ministère conforme aux vœux du pays. || Les Hautes Puissances—et particulièrement la Sublime Porte, dont l'appui bienveillant ne nous a jamais fait défaut dans l'exercice des droits et privilèges qu'elle nous a octroyés—continueront, j'en ai le ferme espoir, à prêter comme dans le passé, au Gouvernement de votre Altesse, ce concours précieux qui a toujours été bienfaisant pour l'Égypte. || J'ai également l'espoir que l'autorité de votre Gouvernement sera uniquement consacrée à la sauvegarde des droits de chacun et au maintien de l'ordre, et qu'elle guidera la nation dans la voie du progrès et de la prospérité. Le jour où votre Altesse a pris en mains le pouvoir, elle a promis à l'Égypte une nouvelle ère de progrès: nous venons apporter à votre Altesse notre absolu concours pour la réalisation de sa promesse. Le but que vous voulez atteindre, Monseigneur, est celui que nous poursuivons: pleins de confiance en vous, nous avons foi dans l'avenir. || Si votre Altesse daigne accorder son adhésion au programme que je viens de lui soumettre, j'ai l'honneur de la prier de vouloir bien sanctionner les Décrets que je présente à sa signature pour constituer le Ministère. || Daignez agréer, &c.

M a h m o u d - S a m y .

Nr. 7813. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Vorschlag, mit den Ostmächten bez. Aegyptens in Unterhandlung zu treten.

Foreign Office, February 6, 1882.

Nr. 7813.
Gross-
britannien.
6. Febr. 1882.

My Lord, — I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 3rd instant, reporting your communication with M. de Freycinet on the subject of the present state of affairs in Egypt. Her Majesty's Government understand from it, that the French Ministry, while agreeing with them on some of the points raised by my despatch of the 30th ultimo, are not yet prepared to make suggestions as to the course to be pursued. Her Majesty's Government would have been glad to know the opinion of the French Government upon the main points of the question before themselves

making any practical proposal; but they give due weight to the short period which M. de Freycinet has had to consider this important subject. || The reports at present received from Egypt are not of a nature to excite apprehensions of early disorder or anarchy. But matters seem to have reached a crisis, when the order of things established by the Firmans of the Sultan, and by the international engagements of Egypt, whether with England and France alone, or with all the Powers, is exposed to a risk of encroachment. || Her Majesty's Government are informed, that the answer of the four Powers to the recent Protest of the Porte against the joint Anglo-French Declaration is based on a recognition of existing arrangements in Egypt. || Her Majesty's Government would propose, that France and England should communicate with the other Powers, and should ascertain whether they would be willing to enter upon an exchange of views as to the best mode of dealing with the affaires of Egypt on the basis of the maintenance of the rights of the Sovereign, of the liberties of the Egyptian people as secured by the Firmans of the Sultan, and the strict observance of the international engagements of Egypt. || Her Majesty's Government do not consider, that a case for intervention has at present arisen, since on the part of the Notables and the new Government the intention is avowed to maintain international engagements. But should the necessity arise, it would be their wish, that such intervention should represent the united action and authority of Europe. || In that event it would also, in their opinion, be right, that the Sultan should be a party to any proceedings or discussions that might ensue. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7814. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St.-Petersburg (Thornton) an den engl. Min. d. Ausw. — Stellung Russlands zur ägyptischen Frage.

St.-Petersburgh, February 6, 1882.

My Lord, — During a visit which I paid to M. de Giers to-day, his Excellency said, that the Porte had transmitted to the Russian Government a copy of the communication which had been made to the Khedive by the British and French Representatives at Cairo on the 8th ultimo, and had asked for an expression of opinion upon it, and that it was in answer to this communication that he had instructed the Russian Ambassador at Constantinople to make a verbal statement to the Porte, the nature of which was reported to your Lordship by Lord Dufferin. M. de Giers stated that, as the Russian Government did not wish to do anything very different from the other three Powers, M. Novikoff had been instructed to inquire of their Representatives what step they had been instructed to take, and as it appeared that their instructions were very similar, it was agreed that the four Ambassadors should

Nr. 7813.
Gross-
britannien.
6. Febr. 1882.

Nr. 7814.
Gross-
britannien.
6. Febr. 1882.

Nr. 7814.
Gross-
britannien.
6. Febr. 1882.

send an identical verbal message to Assim-Pasha through their Dragomans. Upon my inquiring whether anything had been put down in writing, his Excellency said that the Dragomans, after having verbally delivered the message intrusted to them, had left a Memorandum ("aide-mémoire"). I asked whether he could give me a copy of this aide-mémoire, to which he replied that he had not yet received a copy of it. || M. de Giers said, that my Italian colleague here had spoken of Russia having taken the initiative in this matter, and that similar observations had been made to M. Novikoff; but he denied, that this was the case, and said that, in the first place, the message was merely an answer to the written communication of the Porte, and, secondly, the agreement to make it a joint message with Austria, Germany and Italy was a consequence of its being ascertained that the Representatives of those Powers had similar instructions to those of M. Novikoff. || M. de Giers stated, that Assim-Pasha had commented upon the use of the term "Suzerain" in the message, and had said that it was not a question between Suzerain and vassal, but one between Sovereign and subject. M. de Giers expressed his opinion that "Suzerain" was the proper term, and that the Khedive was certainly a vassal of the Sultan, but that it was not worth while for the Russian Government to discuss that question with the Porte. || M. de Giers agreed with me, that the maintenance of peace and order in Egypt and her increasing prosperity were due to the control exercised by England and France, and that the other European Powers profited by this state of things. Russia, without being deeply interested in that country, was most desirous that it should be continued; still she considered it a European question, and if circumstances in Egypt should compel an interference, he earnestly hoped that Her Majesty's Government would take no step of that nature without consulting the other European Powers, or without their consent, and that, if intervention were absolutely inevitable, it would be carried out by "delegation," as it were, from those Powers. || M. de Giers concluded by saying, that I must not suppose that he was so "Turcophile" as to wish that a Turkish force should be sent to Egypt; on the contrary, he declared that Russia had been opposed to the Mission sent to Egypt, of which Fuad-Bey was at the head, and had strongly recommended the Porte not to send it; and that he should still more earnestly disapprove of the intervention of a Turkish force in Egypt. || I have, &c.

Edwd. Thornton.

Nr. 7815. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Sturz des Ministeriums Chérif. Unterzeichnung des organischen Gesetzes.

Nr. 7815.
Gross-
britannien.
6. Febr. 1882.

Cairo, February 6, 1882.

My Lord, — Since I had the honour of addressing to your Lordship my despatch of the 30th ultimo the Ministry of Chérif-Pasha has fallen, and has

been succeeded by one under the Presidency of Mahmoud-Pasha-Samy, who held the post of Minister of War and Marine in the late Ministry. || On the 31st ultimo Chérif-Pasha wrote to the Chamber explaining the situation, and requesting it to formulate Articles with respect to the vote on the Budget, which could serve as a basis for negotiation with the Powers. || No answer of any sort has been made to this communication. || On the 2nd instant a deputation of the Chamber went to Chérif-Pasha and asked him whether he would pass the Organic Law as approved by the Chamber, including the Articles having reference to the Budget. Chérif-Pasha refused, and the deputation then asked him to resign, and on this point his Excellency referred them to the Khedive, from whom he held his appointment. || The deputation then proceeded to the Palace of Ismailiah and requested the Khedive to name a new Ministry. His Highness asked them on what law of the Chamber they founded their right to make the request? They replied merely, that it was the will of the Chamber. They also requested the Khedive to decree the Organic Law. The Khedive said, that he would take their requests into consideration, and dismissed them. || His Highness sent for Chérif-Pasha, and subsequently for M. Sienkiewicz, French Agent and Consul-General, and me. || His Highness informed us of what had taken place, and the result of the interview was, that His Highness decided to appoint a new Ministry in accordance with the wish of the Chamber. || In the evening he sent for the deputation, and having informed them that it was his intention to comply with their request in regard to a change of Ministry, said that as a new Ministry could only work if it were in harmony with the Chamber, he requested them to name the Ministers whom they desired His Highness to appoint. The deputation refused to do so, on the ground that the prerogative of selection and nomination of Ministers was vested in the Khedive. His Highness, however, declined under the circumstances to exercise it, desiring to leave the full responsibility to the Chamber. || On the following morning, the 3rd instant, the deputation informed His Highness that Mahmoud-Pasha-Samy, Minister of War, was the person whom the Chamber wished to be appointed President of the Council of Ministers. His Highness at once sent for Mahmoud-Pasha-Samy, who accepted the post, and succeeded in completing the formation of the new Ministry on the evening of the 4th instant. || I have, &c.

Nr. 7815.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1882.

Edward B. Malet.

Cairo, February 6, 1882.

My Lord, — With reference to my previous despatch of to-day's date, I have the honour to inform your Lordship that when, at the Khedive's request, M. Sienkiewicz and I went to the Palace on the 2nd instant, we found His Highness with Chérif-Pasha. || His Highness informed us that a deputation of the Chamber had that morning asked him to change the Ministry and to sign the Organic Law of the Chamber, which they placed in his hands.

Nr. 7815. His Highness had stated, that he would consider their demands, and inform
 Gross- them of his decision. After laying the matter before us, His Highness asked
 britannien. for our advice. We first inquired of His Highness whether he had any force
 6. Febr. 1882. on which he could rely for support in case he refused compliance and dis-
 solved the Chamber? His Highness replied, that not only had he absolutely
 no force, but that the demands of the Chamber were supported by the army,
 and that the action of the deputation in coming to the Palace had been
 agreed upon between the Deputies and the officers. || Upon this we asked
 His Highness further whether, in case he refused to change his Ministry, a
 renewed armed demonstration would follow. Chérif-Pasha and His Highness
 were both of opinion, that although it might not be immediately resorted to,
 there could be no doubt that it would be the ultimate result of resistance.
 || Considering on our part, that the authority of the Khedive could hardly
 survive a third shock similar to those which it had received on the 1st Fe-
 bruary and the 9th September last year, we thereupon recommended His
 Highness to agree to a change of Ministry; but we added, that as the change
 was compulsory, and the responsibility of it rested with the Chamber, it would
 be wise to give the Chamber also the selection of the persons to form the
 new Cabinet, in order that the responsibility of the Chamber should be com-
 plete and patent. || We thought, that it was only by following this course
 that the Khedive would be able later on to disengage to some extent his
 personal responsibility when called upon by his new Ministry to sanction the
 Organic Law of the Chamber of Deputies. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7816. **ÆGYPTEN.** — Memorandum der Generalcontroleure,
 betreffend das Budgetrecht der ägyptischen Kammer.

Nr. 7816. Lorsqu'ont été promulgués les Décrets réglant les attributions du Con-
 Aegypten. trôle, le pouvoir réel appartenait au Khédive, et par délégation à ses Ministres.
 6. Febr. 1882. Aussi avait-on pu se borner à donner aux Contrôleurs-Généraux le droit
 d'émettre des avis: il était à présumer qu'il en serait tenu un juste compte.
 Ces prévisions se sont réalisées, et autant, il y a deux ans, la situation finan-
 cière du pays était grave, autant aujourd'hui elle est prospère. || Mais depuis
 lors le pouvoir s'est déplacé. Il appartient aujourd'hui à la Chambre des
 Délégués et à quelques chefs militaires, dont la Chambre subit l'influence.
 || Cette modification profonde dans les institutions du pays s'est progressive-
 ment effectuée: l'autorité du Khédive et de ses Ministres, ébranlée par l'émeute
 militaire du 1^{er} Février, 1880, n'a cessé d'aller s'affaiblissant de jour en jour.
 Les choses en sont arrivées à ce point, qu'une Chambre le Délégués qui, sous
 le règne de l'ancien Khédive, avait donné maintes preuves de servilité, adhérant
 aux mesures financières les plus iniques et les plus funestes, n'hésite pas

aujourd'hui à revendiquer des droits incompatibles avec l'état social du pays. Elle a été jusqu'à obliger le Khédive à changer le Ministère qui avait sa confiance, et sous la pression de quelques officiers, à lui imposer pour Premier Ministre le Ministre de la Guerre. Le pouvoir du Khédive n'existe plus. Dans ces conditions nouvelles peu importe qu'on affirme ou non l'intention de ne porter aucune atteinte aux attributions du Contrôle. Par la force même des choses, il devient inefficace lorsque les Contrôleurs se trouvent en présence non plus du Khédive et de Ministres nommés librement par lui, mais d'une Chambre et d'une armée. Le Khédive et les Ministres qu'il nommait ne pouvaient pas assumer devant l'opinion publique et les Gouvernements étrangers la responsabilité de mesures auxquelles les Contrôleurs-Généraux se seraient opposés par des Rapports qu'ils étaient en droit de publier. C'était là la seule sanction de nos pouvoirs. Elle a suffi jusqu'à ce jour; mais elle devient absolument illusoire vis-à-vis des Ministres de la Chambre et de l'armée; ils ne seront accessibles à d'autres influences qu'à celle des officiers ou des Délégués dont ils tiennent leurs pouvoirs. || En fait il en est déjà ainsi; car le Ministère qui vient d'être constitué se dispose à donner à la Chambre, malgré l'opposition formelle des Contrôleurs-Généraux, le droit de voter le Budget. || Il ne faut pas non plus perdre de vue que le Ministère de Chérif-Pasha n'est tombé que parce qu'il n'a pas voulu passer outre à l'opposition faite par les Gouvernements Anglais et Français à la prétention émise par la Chambre de voter le Budget. Accepter les faits accomplis c'est donc accepter l'atteinte la plus grave portée à l'influence de l'Angleterre et de la France, et par suite annihiler, à vrais dire, l'action des Contrôleurs, qui n'ont d'autre autorité que celle qu'ils tiennent de leurs Gouvernements. || On se ferait une profonde illusion si on ne voyait pas là le prélude d'une série de mesures qui ne laisseront subsister aucune des réformes introduites dans le cours de ces dernières années. On peut dès à présent prévoir le jour où apparaîtront de nouveau les désordres financiers auxquels ont porté remède la Commission d'Enquête et la Commission de Liquidation.

E. de Blignières.

A. Colvin.

Nr. 7817. **FRANKREICH.** — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Folgen des Ministerwechsels in Aegypten.

Le Caire, le 6 février 1882.

Monsieur le Ministre, par ma dépêche du 4 de ce mois j'ai fait connaître à Votre Excellence comment s'est constitué le Ministère arabe qui, depuis deux mois déjà, était en voie de formation. Il me reste à signaler les conséquences probables du changement radical qui vient d'être subitement introduit dans l'organisation et le fonctionnement du Gouvernement égyptien. || Le coup d'État de la

Nr. 7817.
Frankreich.
6. Febr. 1882.

Nr. 7817. Chambre égyptienne peut être considéré comme une réponse à la note du 7 janvier.
 Frankreich.
 6. Febr. 1882. Nous avons déclaré que nous maintiendrions le *statu quo* contre tout le monde, et ce *statu quo* a été modifié d'une manière profonde. Nous nous sommes placés ainsi dans la nécessité d'intervenir ou de modifier notre politique. || J'ai cru devoir entrer en relations avec le nouveau Ministère, après m'être concerté avec Sir Edward Malet sur la conduite qu'il nous convenait de tenir. Le Président du Conseil est venu me voir hier, et je lui ai rendu sa visite aujourd'hui. Il m'a donné spontanément les assurances les plus formelles au sujet du respect des conventions internationales et de tous les intérêts étrangers engagés en Égypte. Il n'a fait, toutefois, aucune allusion au vote du budget intérieur, et je n'ai pas soulevé cette question.

Sienkiewicz.

Nr. 7818. **AEGYPTE.** — Loi Organique de la Chambre des Délégués. Vom 7. Februar 1882.

Nr. 7818. Nous, Khédivé d'Égypte, || Vu notre Décret du 4 Octobre, 1881 (11 Zilcadé, 1298); || Vu la décision de la Chambre des Délégués, et sur l'avis conforme de notre Conseil des Ministres;

Aegypten.
 7. Febr. 1882.

Avons décrété et décrétons:

Article 1^{er}. Les Membres de la Chambre des Délégués sont élus. || Une Loi ultérieure et spéciale fera connaître les conditions de l'électorabilité et de l'éligibilité en même temps que le mode d'élection à la Chambre des Délégués.

Art. 2. Les Membres de la Chambre des Délégués sont élus pour une durée de cinq années; ils reçoivent une indemnité annuelle de £ E. 100.

Art. 3. Les Délégués sont libres dans l'exercice de leurs mandats; ils ne peuvent être liés ni par des promesses, ni par une instruction, ni par un ordre, ni par des menaces de nature à entraver la libre expression de leurs opinions.

Art. 4. Les Délégués sont inviolables. || En cas de crime ou délit commis pendant le cours de la Session, ils ne peuvent être mis en arrestation qu'avec l'autorisation de la Chambre.

Art. 5. La Chambre pourra aussitôt après sa convocation demander, provisoirement et pour la durée de la Session, la mise en liberté de l'un de ses Membres qui aura été emprisonné, ou la suspension de toute action dirigée contre lui pendant les vacances de la Chambre, pour une affaire criminelle dans laquelle un jugement n'est pas encore intervenu.

Art. 6. Tout Délégué représente non seulement les intérêts de la circonscription qui l'a élu, mais encore les intérêts du peuple Égyptien en général.

Art. 7. La Chambre des Délégués siège au Caire. Elle est convoquée chaque année par Décret du Khédive, sur l'avis conforme du Conseil des Ministres. Nr. 7818.
Aegypten.
7. Febr. 1882.

Art. 8. Les Sessions ordinaires et annuelles de la Chambre des Délégués ont une durée de trois mois, du 1^{er} Novembre au 31 Janvier. || Si les travaux de la Chambre ne sont pas achevés au 31 Janvier, elle pourra demander une prolongation de quinze à trente jours. || Cette prolongation lui sera accordée par Décret du Khédive.

Art. 9. En cas de nécessité la Chambre sera convoquée en Session extraordinaire par le Khédive. || La durée des Sessions extraordinaires sera fixée par le Décret même de convocation.

Art. 10. Les Sessions de la Chambre sont ouvertes, en présence des Ministres, par le Khédive, ou par le Président du Conseil des Ministres agissant par délégation du Khédive.

Art. 11. À la première séance de chaque Session annuelle un discours d'ouverture sera prononcé par le Khédive, ou, en son nom, par le Président du Conseil des Ministres. || Il aura pour objet d'exposer à la Chambre les principales questions qui lui seront présentées dans le cours de la Session. || Après la lecture du discours d'ouverture la séance sera levée.

Art. 12. Dans les trois jours qui suivront, la Chambre, après avoir nommé une Commission à l'effet de préparer une réponse au discours d'ouverture, votera cette réponse, qui sera présentée au Khédive par une délégation choisie dans son sein.

Art. 13. La réponse au discours d'ouverture ne pourra traiter aucune question d'une façon décisive, ni contenir aucun avis ayant été l'objet de délibérations préalables.

Art. 14. La Chambre soumettra au Khédive une liste contenant les noms de trois de ses Membres proposés pour les fonctions de Président. || Le Khédive nommera par Décret l'un des Membres ainsi désignés, Président de la Chambre des Délégués. || Les fonctions du Président auront une durée de cinq ans.

Art. 15. La Chambre élira deux Vice-Présidents, qu'elle choisira parmi ses Membres, et nommera les Secrétaires de son Bureau.

Art. 16. Le procès-verbal des séances de la Chambre est rédigé sous la direction du Bureau de la Chambre, composé du Président, des Vice-Présidents et des Secrétaires.

Art. 17. La langue officielle pour la Chambre est la langue Arabe. || Les procès-verbaux et les comptes-rendus de la Chambre seront rédigés dans la langue officielle.

Art. 18. Les Ministres ont le droit d'assister aux séances de la Chambre et d'y prendre la parole lorsqu'ils le jugent à propos; ils peuvent s'y faire représenter par de hauts fonctionnaires de l'État.

Art. 19. Si la Chambre décide qu'il y a lieu d'appeler dans son sein

Nr. 7818.
Aegypten.
7. Febr. 1882.

l'un des Ministres pour lui demander des explications sur une question déterminée, le Ministre doit s'y rendre en personne ou se faire représenter par un autre fonctionnaire pour fournir les explications demandées.

Art. 20. Les Délégués ont le droit de surveiller les actes de tous les fonctionnaires publics; ils peuvent pendant la Session et par l'entremise du Président de la Chambre, signaler au Ministre compétent tout abus, irrégularité, ou négligence attribué à un fonctionnaire public dans l'exercice de ses fonctions.

Art. 21. Les Ministres sont solidairement responsables devant la Chambre de toute mesure prise en Conseil et violant les lois et règlements en vigueur.

Art. 22. Chaque Ministre est individuellement responsable dans le cas prévu à l'Article précédent, des actes accomplis dans l'exercice de ses fonctions.

Art. 23. En cas de désaccord persistant entre la Chambre des Délégués et le Ministère, après échange réitéré de vues et de motifs, si le Ministère ne se retire pas, le Khédivé dissout la Chambre des Délégués et décrète qu'il sera procédé à de nouvelles élections dans un délai qui ne pourra excéder trois mois, à compter du jour de la dissolution jusqu'à celui de la convocation. || Tout Délégué sortant est rééligible.

Art. 24. Si la nouvelle Chambre confirme par son vote celui de la Chambre précédente qui avait provoqué le désaccord, ce vote sera définitivement acquis.

Art. 25. Les Projets de Loi et de Règlement émanent de l'initiative du Gouvernement; ils sont présentés à la Chambre des Délégués par les Ministres pour y être étudiés, discutés et votés. || Aucune Loi ne peut devenir exécutoire, si elle n'a été préalablement lue devant la Chambre des Délégués, Article par Article, votée disposition par disposition, et sanctionnée par le Khédivé. || Chaque Projet de Loi sera l'objet de trois lectures; chaque lecture sera séparée par un intervalle de quinze jours. || En cas d'urgence, une seule lecture sera déclarée suffisante par un vote spécial de la Chambre. || Si la Chambre juge nécessaire de demander au Conseil des Ministres la présentation d'un Projet de Loi, elle lui en fera la demande par l'entremise du Président de la Chambre, et, en cas d'approbation de la part du Gouvernement, le Projet de Loi sera préparé par le Ministère et présenté à la Chambre dans les formes fixées par cet Article.

Art. 26. La Chambre choisit dans son sein une Commission chargée de l'examen de tout Projet de Loi ou de Règlement qui lui est soumis. || Cette Commission peut proposer au Gouvernement des modifications au projet qu'elle a été chargée d'examiner; dans ce cas, le projet et les modifications proposés sont renvoyés avant la discussion générale par le Président de la Chambre au Président du Conseil des Ministres.

Art. 27. Si la Commission ne propose pas des modifications ou si celles qu'elle propose ne sont pas adoptées par le Gouvernement, le texte primitif du Projet de Loi sera mis en délibération devant la Chambre; si les modifi-

cations proposées par la Commission sont acceptées par le Gouvernement, le texte ainsi modifié sera mis en délibération devant la Chambre. || Dans le cas où le Gouvernement n'accepterait pas les modifications proposées par la Commission, celle-ci aurait le droit de soumettre à la Chambre son avis et ses observations.

Nr. 7818.
Aegypten.
7. Febr. 1882.

Art. 28. La Chambre des Délégués peut adopter ou rejeter tout Projet de Loi qui lui aura été soumis par la Commission. || Elle peut aussi le renvoyer à la Commission pour y être examiné une seconde fois.

Art. 29. Le Président de la Chambre transmettra au Président du Conseil des Ministres les Lois et les Règlements votés par la Chambre.

Art. 30. Nul impôt nouveau direct ou indirect, foncier, mobilier, ou personnel ne peut être établi en Égypte sans une Loi votée par la Chambre.

En conséquence, il est formellement interdit de percevoir toute contribution nouvelle, à quelque titre et sous quelque dénomination que ce soit, qui n'aurait pas été préalablement votée par la Chambre des Délégués, à peine contre l'autorité qui l'ordonnerait, contre les employés qui rédigerait les rôles et tarifs, et contre ceux qui en feraient le recouvrement d'être poursuivis comme concussionnaires. || Toute contribution ainsi indûment perçue sera restituée à ceux qui l'auront payée.

Art. 31. Le Budget Annuel des Recettes et des Dépenses de l'État sera communiqué à la Chambre des Délégués au plus tard le 5 Novembre de chaque année.

Art. 32. Le Budget Général des Recettes sera présenté à la Chambre accompagné d'états explicatifs pour chaque nature de recettes.

Art. 33. Le Budget des Dépenses sera divisé par Ministère et subdivisé en sections et chapitres correspondants aux diverses branches des services publics dépendant de chaque Ministère.

Art. 34. Ne pourront, en aucun cas, être l'objet des discussions de la Chambre: || Le service du Tribut dû à la Sublime Porte; || Le Service de la Dette Publique; || Ainsi que toute charge relative à la Dette, et résultant de la Loi de Liquidation ou de Conventions intervenues entre les Puissances étrangères et le Gouvernement Égyptien.

Art. 35. Le Budget sera envoyé à la Chambre, pour y être examiné et discuté (sous la réserve de l'Article précédent). || Une Commission, composée d'autant de Délégués, et ayant le même nombre de voix que les Membres du Conseil de Ministres et son Président, sera nommée par la Chambre pour discuter, concurremment avec le Conseil des Ministres, le projet de Budget et le voter soit à l'unanimité, soit à la majorité des voix.

Art. 36. En cas de partage des voix en nombre égal entre la Commission de la Chambre et le Conseil des Ministres, le Budget sera renvoyé à la Chambre, et dans le cas, où la Chambre confirmerait (par son vote) celui du Conseil des Ministres, ce vote deviendra exécutoire. || Mais si la Chambre maintient le vote de sa Commission, il sera procédé conformément aux Ar-

Nr. 7818.
 Aegypten.
 7. Febr. 1882.

articles 23 et 24 de la présente Loi. || Dans ce cas, les crédits du projet de Budget qui ont déterminé le partage des voix, s'ils figurent dans le Budget de l'année précédente, et s'ils ne sont pas affectés à des dépenses ayant un objet nouveau tel que: travaux publics ou autres, seront employés provisoirement et jusqu'à la réunion de la nouvelle Chambre, en vertu de l'Article 23.

Art. 37. Si la nouvelle Chambre confirme le vote de la Chambre précédente sur le Budget, ce vote sera définitivement exécutoire, en conformité de l'Article 23.

Art. 38. Tout Traité ou contrat à intervenir entre le Gouvernement et des tiers, ou toute concession de ferme n'aura un caractère définitif qu'après avoir été approuvé par un vote de la Chambre, à moins que les Traités, contrats, ou ferme ne soient relatifs à un objet pour lequel une somme figurait déjà au Budget approuvé correspondant à l'année pour laquelle le Traité, le contrat ou la ferme aurait été proposé. || De même, toute concession de travaux publics dont l'exécution n'est pas prévue au Budget et toute vente, toute aliénation gratuite du domaine de l'État, ainsi que toute concession de privilège quelconque ne deviendront définitives qu'après avoir été approuvées par la Chambre.

Art. 39. Tout Égyptien peut adresser une pétition à la Chambre des Délégués. Les pétitions seront renvoyées à une Commission choisie par la Chambre dans son sein. || Sur le rapport de cette Commission la Chambre prendra en considération, ou rejettera les pétitions. || Les pétitions prises en considération seront renvoyées au Ministre compétent.

Art. 40. Toute pétition relative à des droits ou à des intérêts personnels sera rejetée, si elle ressort à la compétence des Tribunaux Civils ou Administratifs, ou si elle n'a pas été préalablement adressée à l'autorité administrative compétente.

Art. 41. Si, pendant les vacances de la Chambre, la gravité des circonstances commandent des mesures urgentes pour conjurer un danger qui menacerait l'État ou pour assurer l'ordre public, le Conseil des Ministres pourra, sur sa responsabilité et avec la sanction du Khédive, ordonner que ces mesures soient prises, alors même qu'elles seraient de la compétence de la Chambre, si le temps fait défaut pour convoquer celle-ci. || Toutefois, l'examen de l'affaire devra être soumis à l'examen de la Chambre dans sa plus prochaine Session.

Art. 42. Nul ne peut être admis à exposer ou discuter des questions, ni à prendre part aux délibérations de la Chambre en dehors de ses Membres, à l'exception des Ministres, ou des ceux qui les assistent ou les représentent.

Art. 43. Les votes de la Chambre auront lieu soit par assis et levé, soit par appel nominal, soit au scrutin secret.

Art. 44. Le vote par appel nominal ne pourra avoir lieu que sur la demande de dix Membres au moins de la Chambre des Délégués. Tout vote pouvant entraîner les effets des dispositions de l'Article 47, devra être émis par appel nominal.

Art. 45. La désignation des trois candidats à la Présidence de la Chambre, ainsi que l'élection des deux Vice-Présidents et la nomination des Premier et Deuxième Secrétaires de la Chambre auront toujours lieu au scrutin secret. Nr. 7818.
Aegypten.
7. Febr. 1882.

Art. 46. La Chambre des Délégués ne peut valablement délibérer que si les deux tiers au moins des Membres qui la composent assistent à la délibération. || Les décisions sont prises à la majorité absolue des voix.

Art. 47. Tout vote engageant la responsabilité Ministérielle ne pourra être rendu qu'à la majorité des trois quarts au moins des voix des Membres présents.

Art. 48. Aucun avis ne pourra être émis par mandataire.

Art. 49. La Chambre des Délégués élaborera son Règlement intérieur, qui sera rendu exécutoire par Décret du Khédivé.

Art. 50. La présente Loi Organique pourra être modifiée après accord entre la Chambre des Délégués et le Conseil des Ministres.

Art. 51. L'interprétation de tout Article ou de toute phrase qui, dans la présente Règlement aurait besoin d'être fixée, sera faite d'un commun accord par la Chambre des Délégués et le Conseil des Ministres.

Art. 52. Toutes dispositions de Lois, Décrets, Ordres Supérieurs, Règlements ou usages contraires à la présente Loi sont et demeurent abrogées.

Art. 53. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution de la présente Loi.

Fait au Palais d'Ismaïlieh, le 7 Février, 1882 (18 Rabi-Awel, 1299).

Méhémet-Tewfik.

Nr. 7819. **AEGYPTEN.** — Premierminister (Mustapha Fehmi) an die franz. und engl. Generalconsuln in Kairo. — Das 'Règlement Organique' verstösst nicht gegen die internationalen Verträge.

La note de MM. les Agents et Consuls-Généraux de France et de Grande-Bretagne relative au Budget du Gouvernement Égyptien, envisage dans son ensemble la Loi Annuelle des Finances, et fait ressortir que dans les Décrets du 18 Novembre, 1876, et du 15 Novembre, 1879, il n'est fait aucune mention de la Chambre des Notables. || On pouvait remarquer que dans ces Décrets, résultats de pourparlers et d'arrangements internationaux, le fonctionnement ultérieur des pouvoirs constituant le Gouvernement Égyptien était hors de discussion, et ne pouvait être mentionné. || La note se réfère à l'ensemble du Budget, alors qu'aux termes de la Loi de Liquidation le Budget des dépenses du Gouvernement est divisé en deux parties expressément distinctes — la première contenant les crédits nécessaires au service de la Dette Publique, la seconde embrassant toutes les sommes inscrites pour faire face aux dépenses administratives. Il est hors de doute que les institutions créées en Égypte à Nr. 7819.
Aegypten.
8. Febr. 1882.

Nr. 7810.
Aegypten.
8. Febr. 1882.

la suite des arrangements internationaux ont pour cause et pour but uniques la garantie de l'accomplissement régulier des obligations du pays envers les créanciers. Les Gouvernements étrangers n'ont cessé de protester à cet égard de leur intention formelle de ne pas s'ingérer dans l'administration intérieure de l'Égypte, administration confiée à Son Altesse le Khédivé aux termes et conditions des Firmans Impériaux. Rien ne tend à modifier cette situation. Tout au contraire, rédigé dans un sentiment de respect scrupuleux pour des engagements que l'Égypte considère comme sacrés, le Règlement soustrait d'une façon absolue, au vote de la Chambre, tous les crédits nécessaires au service de la Dette Publique; ils constituent ainsi une charge inscrite en quelque sorte d'office au Budget. Par conséquent, loin d'être alarmés, les intérêts des créanciers doivent être une fois de plus rassurés. || En vertu du Décret du 15 Novembre, 1879, MM. les Contrôleurs-Généraux ont rang et séance au Conseil des Ministres, avec voix consultative; ils prennent donc part à la discussion du Budget et émettent leur avis. Le Budget continuera, comme par le passé, à être discuté dans son entier au Conseil des Ministres. MM. les Contrôleurs-Généraux conservent les pouvoirs d'investigation les plus étendus et le droit de communiquer, soit à Son Altesse, soit à ses Ministres, les observations auxquelles leurs investigations auront donné lieu; mais le Gouvernement ne s'est jamais engagé à écarter le pays de cette discussion. Peut-on équitablement le blâmer d'admettre les contribuables à examiner l'emploi des fonds publics affectés aux dépenses administratives? N'est-ce pas là un droit commun à tous les pays, un droit primordial qu'on ne saurait sérieusement contester au Gouvernement de Son Altesse le Khédivé, sans lui contester en même temps la prérogative essentielle qui lui a été conférée par les Firmans l'administration intérieure de l'Égypte? || Cependant, pour répondre à des préoccupations qui ont été manifestées, il a été admis qu'avant d'être rendu exécutoire, le Budget serait discuté par le Conseil des Ministres avec le concours d'une délégation de la Chambre des Notables. || La Chambre des Délégués est réunie depuis six semaines; elle a hâte d'entrer dans une voie de fonctionnement normal, elle attend impatiemment la promulgation de son Règlement Organique que le Ministère ne peut plus retarder. || Aucune des dispositions de ce Règlement ne porte atteinte aux Conventions internationales en vigueur. Le Gouvernement de Son Altesse espère que cette promulgation même sera de la nature à faire disparaître toute préoccupation, et fournira aux Gouvernements de France et de Grande-Bretagne, par la réserve absolue de toutes les questions relatives à la Dette Publique, un nouveau témoignage de sa ferme volonté d'observer loyalement tous ses engagements. || Il compte sur l'équité et la constante bienveillance des deux Gouvernements pour que les explications qui précèdent soient favorablement accueillies.

Moustapha Fehmy.

Le Caire, le 8 Février, 1882.

Nr. 7820. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Hat Granville's Vorschlag, mit den Ostmächten in Verhandlung zu treten, acceptirt.

Paris, le 8 février, 1882.

Monsieur, je vous ai indiqué sommairement, dans ma lettre du 3 de ce mois, les premiers résultats de mes entretiens avec Lord Lyons. N'ayant pu encore étudier la question dans ses détails, il m'était impossible de prendre l'initiative qui nous était proposée et je priais le Cabinet anglais de me faire connaître ses vues; mais je constatais déjà que sur les points les plus importants je me trouvais d'accord avec l'Ambassadeur d'Angleterre. La réponse de Lord Granville ne s'est pas fait attendre, et Lord Lyons est venu me donner connaissance et me laisser copie d'un télégramme qu'il venait de recevoir de Londres. || Ainsi que vous le verrez, Lord Granville, après avoir caractérisé le danger que court en ce moment la stabilité des institutions de l'Égypte, exprime l'avis que les deux Gouvernements français et anglais doivent se mettre en communication avec les autres Puissances. Les pourparlers auraient pour objet de rechercher en commun le meilleur moyen de maintenir l'ordre de choses établi en Égypte, en ce qui touche soit les relations du Sultan avec le Khédive, soit la stricte observation des engagements internationaux. Vous remarquerez que Lord Granville distingue deux phases: dans la première, les divers Gouvernements, ne prévoyant aucune nécessité d'intervention immédiate, échangeraient simplement leurs vues dans le sens indiqué; dans la seconde, si l'intervention était jugée indispensable, elle représenterait l'action collective de l'Europe; et alors le Sultan devrait participer soit à la discussion des moyens, soit aux voies d'exécution. || J'ai dit à Lord Lyons que j'adhérais à la proposition de Lord Granville; mais, il a été entendu que „nous réservions „notre adhésion à toute intervention militaire en Égypte et que cette question „devrait être examinée le jour où la nécessité d'une telle intervention serait „démontrée.“ || L'entente ainsi établie entre Lord Lyons et moi rendait inutile la réponse à faire à ses communications précédentes du 2 février. || Quant au projet de réponse à la dernière communication de la Porte, le Gouvernement Anglais ayant accepté de tous points les variantes suggérées par mon prédécesseur, je n'ai fait aucune difficulté d'adhérer au texte ainsi amendé, et je compte adresser par le prochain courrier à M. Tissot des instructions identiques à celles que recevra Lord Dufferin.

C. de Freycinet.

Nr. 7820.
Frankreich.
8. Febr. 1882.

Nr. 7821. **FRANKREICH** und **GROSSBRITANNIEN**. — Min. d. Ausw. an den engl. u. franz. Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf den Protest der Pforte vom 13. Januar. Rechtfertigung der Note vom 7. Januar.

Paris, le 10 février, 1882.

Nr. 7821.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
10. Febr. 1882.

Monsieur, l'Ambassadeur de Turquie à Paris a donné lecture à mon prédécesseur, le 17 du mois dernier, d'un télégramme dans lequel le Gouvernement turc demande des explications et des assurances au sujet de la note identique remise le 7 du même mois au Khédive par les Agents anglais et français en Égypte. La dépêche, après avoir rappelé les relations de la Turquie avec l'Égypte, affirmait que rien dans la situation intérieure de ce pays ne justifiait la démarche faite par la France et l'Angleterre, et soutenait que si une semblable communication avait été nécessaire, elle eût dû être transmise par l'intermédiaire de la Porte; que le mode de procéder adopté constituait une atteinte aux droits de souveraineté du Sultan sur l'Égypte. || Le Gouvernement de la République ne saurait considérer comme fondées les objections élevées par Assim-Pacha au sujet de la marche adoptée par la France de concert avec l'Angleterre, soit en ce qui concerne la manière dont la déclaration a été transmise, soit sur l'appréciation des mesures que réclamait, de la part des deux Puissances, la situation des affaires égyptiennes. || Je suis prêt, d'ailleurs, d'accord avec le Gouvernement anglais, à présenter à la Porte officiellement et par votre intermédiaire une déclaration semblable à celle que nous avons faite au Khédive. || La France n'a jamais cessé de se préoccuper du progrès et de la prospérité de l'Égypte, du respect de la souveraineté de la Porte sur ce pays, du maintien des libertés et de l'administration indépendante assurées à l'Égypte par le firman impérial. Elle désire contribuer à l'amélioration financière et matérielle du pays, et à l'introduction des réformes que réclament les diverses branches de l'administration; mais elle n'a point de projets ambitieux, et elle n'aspire point à s'assurer pour elle-même une influence exclusive, pas plus qu'elle n'aimerait à voir une telle influence aux mains d'une autre puissance. Nous avons toute raison de croire que le Gouvernement anglais partage ces vues, et qu'il est également dégagé de toute pensée d'agrandissement personnel. || Mais le Gouvernement de la République ne saurait être indifférent à des événements de nature à plonger peut-être l'Égypte dans l'anarchie et à détruire le résultat des efforts heureux qui ont été faits durant ces dernières années pour améliorer la condition du pays, et c'était en vue d'éviter une telle éventualité qu'il a jugé opportun de produire, d'accord avec le Gouvernement anglais et par l'entremise de son représentant au Caire, une déclaration ayant pour effet de manifester l'entente complète des deux Gouvernements quant au maintien de la politique que j'ai développée. || De la tournure que les événements avaient prise en Égypte pendant les derniers mois, il résultait que le récent mouvement pouvait bien avoir des effets

avantageux s'il était contenu dans de justes limites, mais que s'il était poussé trop loin, il conduirait à une restriction de l'autorité du Khédive, telle qu'elle existe en vertu des firmans rendus par le Sultan et communiqués aux Puissances. Il pourrait aussi en découler une atteinte aux arrangements internationaux dans lesquels la France et l'Angleterre sont principalement intéressées en raison de leur situation, et spécialement intéressées en vertu des décrets du Khédive négociés par elles seules et avec elles seules, qui les ont appelées à organiser l'administration des finances en Égypte, mais dans lesquels les autres puissances de l'Europe sont aussi devenues parties. || Des propositions ont été faites avant même que la note identique ne fût présentée, qui prouvaient que ces appréhensions n'étaient pas sans fondement. || La forme adoptée pour cette communication n'est pas nouvelle, et de semblables déclarations ont été faites dans des cas particuliers au Khédive actuel et à son prédécesseur sans avoir provoqué aucune représentation de la part de la Porte. || Dans le cas présent, une communication directe faite au Khédive par les deux Gouvernements qui ont joué le principal rôle dans la réorganisation des finances égyptiennes a paru la procédure la plus propre à atteindre le but qu'ils se proposaient; les premiers mots de la déclaration affirment que les „deux Gouvernements envisagent le maintien de Son Altesse sur le trône, dans les conditions „qui sont consacrées par les firmans des Sultans et que les deux Puissances „ont officiellement acceptées, comme pouvant seul garantir, dans le présent et „pour l'avenir, le bon ordre et le développement de la prospérité générale en „Égypte;“ ces mots doivent être considérés par la Porte comme une preuve suffisante que ni la France ni l'Angleterre n'ont eu l'intention de méconnaître ou d'usurper les droits souverains du Sultan.

Nr. 7821.
Frankreich
und
Gross-
britannien.
10. Febr. 1882.

Nr. 7822. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Verhalten gegenüber dem neuen Ministerium.

Paris, le 11 février 1882.

Tenez-vous dans une réserve officielle, mais bienveillante à l'égard du nouveau Gouvernement. Encouragez, à titre privé et officieux, les efforts faits de bonne foi pour respecter les engagements internationaux. Expliquez que nous n'entendons point entraver le développement des institutions intérieures de l'Égypte, pourvu que nos légitimes intérêts ne soient pas lésés.

Nr. 7822.
Frankreich.
11. Febr. 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7823. **FRANKREICH** und **GROSSBRITANNIEN**. — Min. d. Ausw. an die franz. resp. engl. Botschafter in Berlin, Wien, Petersburg und Rom. — Anknüpfung von Unterhandlungen mit den Ostmächten*).

Foreign Office, February 11, 1882.

Nr. 7823.
Frankreich.
und
Gross-
britannien.
11. Febr. 1882.

My Lord, — Sir, The reports at present received from Egypt are not of a nature to excite apprehension of early disorder and anarchy. But we are in presence of a crisis which may give rise to an encroachment upon the order of things established by the Firmans of the Sultan and by the international engagements of Egypt, whether with England and France alone, or with all the other Powers. Her Majesty's Government are informed, that the answer of the four Powers to the recent protest of the Porte against the Declaration made to the Khedive by the English and French Governments on the 8th January is based on a recognition of existing arrangements in Egypt. || Her Majesty's Government are now agreed with the Government of France that, in view of events which might occur in Egypt, it is desirable to ascertain whether the other Powers would be willing to enter upon an exchange of views as to the best mode of dealing with the question on the basis of the maintenance of the rights of the Sovereign and of the Khedive, of international engagements and the arrangements existing under them, whether with England and France alone or with those two nations and the other Powers, the preservation of the liberties secured by the Firman of the Sultan, together with the prudent development of Egyptian institutions. || The Governments of England and France do not consider, that a case for discussing the expediency of an intervention has at present arisen, since on the part of the Chamber of Notables and of the new Government the intention is avowed to maintain international engagements; but, should the case arise, they would wish, that any such eventual intervention should represent the united action and authority of Europe. || In that event it would also, in their opinion, be right, that the Sultan should be a party to any proceeding or discussion that might ensue. || Your Excellency will read this despatch to the Minister for Foreign Affairs, and leave a copy with him should he desire it. || I am, &c.

Granville.

*) Die entsprechende französische Note ist eine wörtliche Uebersetzung der englischen und vom 12. Februar datirt.

Nr. 7824. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Instruction des Sultans an den Khedive.

(Extract.)

Constantinople, February 11, 1882.

I have the honour to report to your Lordship, that a telegram was sent on the 7th instant to the Khedive by the Sultan, of which the following is the sense: — || „Your Highness' first care must be to maintain the *status quo*.
 || Now that the new Ministry has been formed you must give your best attention to the preservation of order, with a view to avoiding disastrous consequences to Turkey as well as to Egypt, and, above all, with a view to preventing any disturbance of the public peace of Europe. || You will leave the discussion of the Budget to the Chamber; but care must be taken at the same time, that no infringement is made on the financial arrangements and Conventions concluded with Europe, which must in every case be strictly respected.“

Nr. 7824.
Gross-
britannien.
11. Febr. 1882.

Nr. 7825. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin (Ampt Hill) an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck's Ansicht über die Stellung Englands und Frankreichs in Aegypten.

Berlin, February 15, 1882.

My Lord, — In reply to a query of mine, the Acting Minister for Foreign Affairs told me to-day, that an answer to the joint note of the 11th instant was in course of preparation, and that the Chancellor was of opinion, that the exchange of views on Egyptian affairs proposed by your Lordship and the French Government would be conducive to the maintenance of the peaceful dispositions prevailing at present among the Powers. || Prince Bismarck considered, his Excellency said, that England and France had themselves acquired a “diplomatic *status quo*” in Egypt, which, in his opinion, should not be interfered with. || In regard to the question of intervention, he hoped it might not become necessary; but if it did, although he was personally favourable to that of the Sultan as Sovereign in Egypt, he would not stand in the way of any other proposal agreed to and sanctioned by the Powers in concert. || I have, &c.

Nr. 7825.
Gross-
britannien.
15. Febr. 1882.

Ampt Hill.

Nr. 7826. **FRANKREICH.** — Botschafter in Berlin (Courcel) an den franz. Min. d. Ausw. — Bismarck sieht die einfachste Lösung in der Entsendung türkischer Truppen nach Aegypten.

Berlin, le 16 février 1882.

Nr. 7826.
Frankreich.
16. Febr. 1882.

Monsieur le Ministre, mon télégramme d'avant-hier soir vous a sommairement indiqué les conclusions que je croyais pouvoir tirer de mon entretien du 14 février avec le Prince de Bismarck sur les affaires d'Égypte. Je dois ajouter aujourd'hui à ce premier compte rendu quelques détails qui me permettront de vous donner une idée plus complète de cette longue et intéressante conversation. || C'est le Prince lui-même qui a spontanément abordé la question égyptienne, seule point, a-t-il fait observer, qui pût causer en ce moment quelques préoccupations à la diplomatie. Récapitulant aussitôt l'histoire des dernières semaines, il m'a dit avoir éprouvé une vive appréhension lorsqu'il avait vu la France et l'Angleterre prendre l'initiative d'une démarche qui pouvait les engager dans une action isolée en Égypte, parce qu'il était personnellement convaincu qu'une action entreprise dans ces conditions amènerait des froissements entre les deux Puissances et qu'un conflit, ou même la menace d'un conflit entre la France et l'Angleterre, provoquerait une perturbation désastreuse pour la prospérité du monde entier. Comme je lui rappelais les termes de la communication faite la veille à M. Busch, qui excluait toute idée d'une action isolée, le Prince en témoigna sa satisfaction. || Je fis remarquer au Prince que suivant la dépêche, que j'avais reçue et dont j'avais fait part à M. Busch, les Gouvernements de France et d'Angleterre croyaient devoir diviser pour ainsi dire en deux temps successifs l'examen de la question égyptienne; que le moment ne leur paraissait pas venu d'envisager pratiquement l'éventualité de mesures coercitives, et que, dans leur pensée, l'établissement d'un accord de vues entre les Cabinets et la démonstration publique d'un semblable accord fourniraient quant à présent le meilleur moyen de prévenir des complications ultérieures, en enlevant à tous ceux dont on pouvait redouter les mauvais desseins l'espoir de spéculer sur des dissentiments entre les Puissances. || Sans trop s'arrêter à mon observation, le Chancelier allemand dit qu'à son avis le moyen le plus simple de triompher des difficultés égyptiennes serait de confier à la Turquie le soin de les apaiser.

Nr. 7827. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Memorandum, betreffend die Verletzung der internationalen Verträge durch das neue Gesetz über die Befugnisse der Kammer.

Cairo, February 16, 1882.

My Lord, — I have the honour to inclose herewith a copy of a Memorandum which has been prepared for the use of the Controllors-General, showing the manner in which the power given to the Chamber affects international engagements into which Egypt has entered with Western Powers. || I have, &c.

Nr. 7827.
Gross-
britannien,
16. Febr. 1882.

Edward B. Malet.

Memorandum.

Pour apprécier dans quelle mesure les modifications apportées par le Décret des attributions de la Chambre à l'organisation des pouvoirs en Égypte, sont contraires aux arrangements internationaux, il faut se reporter aux origines mêmes du régime politique qui vient d'être modifié.

Le Rapport de la Commission d'Enquête ("Commission Internationale") concluait: — || 1. À la nécessité de réformes administratives. || 2. À l'adoption de mesures spéciales en vue de la liquidation financière. || Le 23 Août, 1878, le Khédivé, dans un discours, inséré au "Moniteur", déclarait accepter les conclusions de ce Rapport; insistant particulièrement sur la nécessité des réformes, il annonçait que les errements anciens seraient abandonnés, et que le système nouveau du Gouvernement aurait pour base "l'indépendance Ministérielle." || Le 28 Août, après avoir chargé Nubar-Pacha de la formation d'un Ministère, le Khédivé Ismail adressait à son premier Ministre un Rescrit, qui n'a pas cessé jusqu'à ces derniers jours d'être la charte du Gouvernement Égyptien. || Ce document fut porté à la connaissance des Agents et Consuls-Généraux par le Ministre des Affaires Étrangères; il peut se résumer dans cette phrase: — "Au lieu d'un pouvoir personnel, principe actuel du Gouvernement de l'Égypte, je veux un pouvoir qui imprime, il est vrai, une direction générale aux affaires, mais qui trouve son équilibre dans un Conseil des Ministres; en un mot, *je veux dorénavant gouverner avec et par mon Conseil des Ministres.*" Le Gouvernement cessait d'être personnel, il était remis aux Conseils des Ministres pouvoir exécutif et législatif, solidairement responsable devant le Khédivé. Le Rescrit du 28 Août énumère les principales attributions des Ministres; en réalité, il est une véritable constitution répondant aux nécessités de l'état social en Égypte, et permettant de réaliser les réformes projetées. || Dans toutes les négociations qui ont suivi, les Gouvernements de France et de Grande-Bretagne s'en sont référés à ce document, et, toutes les institutions successivement établies, à la suite d'arrangements internationaux, ont été combinées en vue de l'état de choses créé par le Rescrit du 28 Août.

Nr. 7827.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1882.

Il en résulte manifestement ces deux conséquences: — || 1. Le Rescrit du 28 Août a un caractère international qui ne permet pas de le modifier sans l'assentiment des Puissances qui ont participé à ces arrangements. || 2. L'abolition directe ou indirecte du Rescrit rend inefficaces les institutions combinées pour fonctionner avec une organisation qui a cessé d'exister. || Les Gouvernements de France et de Grande-Bretagne n'ont jamais cessé d'envisager à ce point de vue la question Égyptienne. || C'est à la suite, et en vue du Rescrit du 28 Août, que les deux Gouvernements avaient consenti à la constitution du Ministère mixte. || Le 26 Février, 1879, le Khédive Ismaïl, négociant avec les Agents et Consuls-Généraux de France et de Grande-Bretagne la constitution d'un nouveau Ministère, leur proposait de nommer le Prince-Héritier Ministre sans portefeuille et Président du Conseil, s'engageant à lui adresser une lettre pour confirmer "*sa ferme volonté de gouverner selon les termes du Décret du 28 Août, 1878.*" Le Khédive demandait le droit de convoquer le Conseil des Ministres pour le saisir des mesures qu'il jugerait utiles, se déclarant prêt "*à se conformer toujours à l'avis de la majorité du Conseil aux termes du Rescrit du 28 Août,*" &c. || Le 28 Février, le Ministre des Affaires Étrangères de France, répondant aux propositions du Khédive Ismaïl, prenait à son tour pour base de négociation le même document: — "Si l'on ne prend pas," disait-il, "des mesures pour contrebalancer le pouvoir indépendant dont le Khédive vient de faire preuve, le système inauguré par le Décret du 28 Août ne saurait être maintenu. Or, c'est à ce système et aux bienfaits administratifs qui doivent en découler pour l'Égypte, que l'Angleterre et la France attachent une importance capitale." || Le 3 Mars, 1879, insistant encore une fois sur la portée du Rescrit, le Ministre des Affaires Étrangères de France s'exprimait ainsi: — "Nous n'avons donc pas admis un seul instant que le Khédive songeât à revenir sur des résolutions dont l'exécution reste au-dessus de toutes les fluctuations Ministérielles et qui doivent conserver, à ses yeux, comme aux nôtres, toute la valeur d'un contrat international." || Répondant, par écrit, à la Déclaration collective des Agents et Consuls-Généraux de France et de Grande-Bretagne, en date du 10 Mars, 1879, le Khédive Ismaïl "renouvelait l'expression de sa ferme volonté de maintenir intact le Rescrit du 28 Août, 1878, sauf les modifications sur lesquelles l'accord s'est établi." || Confiant au Prince Tewfik-Pacha, avec la Présidence du Conseil, le soin de former un Cabinet, le Khédive disait: — "Je crois utile d'appeler votre attention sur la communauté de vues qui doit exister entre les membres de ce Cabinet, et de vous faire connaître ma pensée sur le fonctionnement des réformes inaugurées par le Rescrit du 28 Août dernier, qui doit rester la règle gouvernementale." || Le Rescrit du 28 Août, 1878, a été observé jusqu'à ce jour. Son Altesse Tewfik-Pacha le mentionnait encore dans la lettre par laquelle il chargeait Riaz-Pacha de former un Ministère: — "Gouverner avec et par mon Conseil des Ministres. Tel est le principe qui remonte au Rescrit du 28 Août, 1878. Il ne dépendra pas de moi qu'il ne soit toujours maintenu et respecté . . .

Une fois constitué le nouveau Ministère procédera dans les termes du Rescrit déjà rappelé du 26 Août, 1878."

Nr. 7827.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1882.

On ne saurait donc contester que depuis la promulgation de cet acte le Gouvernement tout entier de l'Égypte, c'est-à-dire, le pouvoir exécutif et le pouvoir législatif, résidait dans le Conseil des Ministres; on ne saurait non plus contester que cette constitution, appropriée aux besoins et à l'état social du pays, avait été établie en vertu d'un accord international; on ne saurait contester, enfin, que tous les arrangements internationaux l'ont eue pour base. | En y portant atteinte le Gouvernement Égyptien passe outre à des Conventions consacrées par des déclarations réitérées et détruit toute l'économie d'un système organisé en vue d'un état de choses profondément modifié. Jusqu'à ces jours les Lois, les Décrets, ou les Conventions mentionnaient toujours le Conseil des Ministres comme partageant avec le Khédivé le pouvoir législatif et ayant un pouvoir propre en matière d'administration. Aujourd'hui le Conseil des Ministres n'a plus le pouvoir législatif; il a même abandonné à la Chambre des Délégués une grande partie de ses attributions comme pouvoir exécutif. Responsable vis-à-vis de la Chambre, il ne peut plus l'être vis-à-vis du Khédivé. || Il est impossible d'admettre que le Gouvernement Égyptien ait eu le droit de modifier ainsi, sans l'assentiment des Puissances, une constitution qui a servi de base à des accords internationaux; mais dans tous les cas, ces modifications ont en fait rendu absolument illusoire les garanties résultant des attributions accordées aux institutions internationales existantes. | Les deux Gouvernements de France et de Grande-Bretagne n'ont cessé de répéter que leur action commune en Égypte avait un double but: (1) sauvegarder les droits et les intérêts des étrangers et notamment les intérêts si considérables des Anglais et des Français; (2) assurer au pays un bon gouvernement. Il n'est pas nécessaire de démontrer que ces deux ordres d'idées sont, d'ailleurs, intimement liés. || Or, quelles mesures ont été successivement prises pour atteindre ce double but? || L'institution des Tribunaux Mixtes; | L'organisation d'Administrations spéciales et mixtes telles que la Caisse de la Dette, l'Administration des Chemins de Fer, le Contrôle de la Daira, la Commission des Domaines; || La constitution d'une Commission Internationale chargée de préparer une Loi de Liquidation et d'évaluer les sommes nécessaires au fonctionnement des services administratifs. || Mais l'efficacité des garanties données pouvait être compromise par un Gouvernement sans sincérité et par une administration mauvaise et incapable. De là l'organisation du Contrôle. || Tout Décret, tout Règlement, toute mesure administrative, en l'état du Rescrit, émanant du Conseil des Ministres, c'est aux travaux du Conseil des Ministres qu'il fallait associer les Contrôleurs-Généraux. Les dispositions du Décret du 15 Novembre, 1879, réglant leurs attributions, étaient adaptées au système de gouvernement en vigueur. || Ils ont rang et séance au Conseil des Ministres avec voix consultative. (Article 4.) || Ils ont les pouvoirs d'investigation les plus étendus sur tous les services publics. (Article 1.) || Ils

Nr. 7827. Gross-
britannien.
16. Febr. 1882. communiquent soit au Khédive, soit à ses Ministres, les observations auxquelles leurs investigations donnent lieu. (Article 3.) || Ils rendent compte de leurs travaux au Khédive à la fin de chaque année, et plus souvent, s'ils le jugent nécessaire, dans des Rapports publiés par leurs soins et insérés au "Moniteur Égyptien." (Article 5.) || En résumé, assistance et intervention à titre de conseil dans tous les actes du Gouvernement, sans participation directe à l'Administration, droit d'en référer au Khédive pour tous les actes ou toutes les mesures administratives; telles sont les attributions des Contrôleurs-Généraux qui ont pour sanction dans l'exercice de leur mandat la responsabilité des Ministres devant le Khédive.

De ces arrangements internationaux que subsiste-t-il après la promulgation du Règlement des attributions de la Chambre? || Le Conseil des Ministres a été dépossédé de son pouvoir législatif en faveur de la Chambre des Délégués. Bien plus, les règlements d'administration publique n'appartiennent même plus aux Ministres; ils ressortent à la compétence de la Chambre, et leur violation engage la responsabilité Ministérielle (Articles 21 et 25); la Chambre a une ingérence directe dans des actes de pure administration réservés en tous pays au pouvoir exécutif: surveillance des fonctionnaires publics, ratification des Traités, contrats, fermages, concession de travaux publics, de privilège, vente, aliénation gratuite du domaine, &c. (Article 20 et 38.) || Enfin, la sanction du mandat des Contrôleurs-Généraux devient impossible; car les Ministres étant responsables devant une Chambre irresponsable, cessent évidemment de l'être devant le Khédive. (Articles 19, 21, 22 et 23.) || Il est donc rigoureusement vrai de dire qu'au moment où le Rescrit du 28 Août, 1878 a cessé d'être en vigueur, les dispositions du Décret du 15 Novembre, 1879, réglant les attributions des Contrôleurs-Généraux, n'ont plus aucune raison d'être. Or, l'un et l'autre de ces actes législatifs constituaient des engagements internationaux. || Nous avons à examiner maintenant quelle sont les conséquences de cette nouvelle situation au point de vue financier. || La Loi annuelle des Finances était discutée et votée en Conseil des Ministres, c'est-à-dire, en un Conseil où l'action des Contrôleurs-Généraux s'exerçait dans les conditions du Rescrit et du Décret réglant leurs attributions. Cette Loi serait aujourd'hui discutée et votée par la Chambre des Délégués souveraine et irresponsable. (Article 35, 36 et 37.)

La Chambre des Délégués en revendiquant le droit de voter le Budget s'est appuyée sur cette considération que l'emploi des ressources qui n'avaient pas été affectées à la dette devait rester à la libre disposition du Gouvernement Égyptien. Formulée dans des termes aussi absolus cette prétention ne saurait être admise. En effet, la Commission Internationale instituée par le Décret du 31 Mars, 1880, avait pour mandat: "De déterminer les ressources qui pourraient être mises à la disposition des créanciers des Dettes Consolidée ou Non-Consolidée; mais elle devait en premier lieu tenir compte, avec l'assentiment du Conseil des Ministres et des Contrôleurs, de la nécessité de réserver

au Gouvernement la libre disposition des sommes indispensables pour assurer la marche régulière des services publics." Il résulte des termes mêmes de cette disposition: (1) que la Commission Internationale devait examiner les dépenses administratives; qu'elle avait qualité pour en apprécier l'utilité; qu'elle pouvait les admettre ou les rejeter; (2) que dans tous les cas, le Budget du Gouvernement Égyptien ne pouvait être établi qu'avec "*l'assentiment des Contrôleurs-Généraux.*" || En ce reportant aux travaux de la Commission Internationale on doit bien reconnaître que c'est ainsi qu'elle a entendu son mandat; elle a discuté en détail les crédits à ouvrir au Budget des Dépenses administratives avant d'en déterminer le montant total et définitif, fixé par l'Article 16 de la Loi de Liquidation. Il est donc bien exact de dire qu'en principe, le Budget du Gouvernement Égyptien est le résultat d'arrangements internationaux. Sans doute, en établissant un Budget type, la Commission Internationale n'a pu vouloir rendre immuables les crédits admis et les dépenses administratives reconnues nécessaires au bon fonctionnement des services publics; dans le cadre qu'elle a tracé des modifications peuvent, suivant les besoins nouveaux, être introduites. Mais on ne peut prétendre d'une manière absolue que le Gouvernement puisse en dehors de tout contrôle disposer des sommes réservées pour les services administratifs; car ce serait lui reconnaître le droit de détruire indirectement l'oeuvre même de la Commission de Liquidation; ce serait l'autoriser à jeter la perturbation dans la marche des affaires en supprimant, par exemple, des crédits ouverts à des travaux d'utilité publique, pour augmenter les crédits ouverts au Ministère de la Guerre; ce serait lui permettre de dilapider légalement les ressources du pays. Or, écartant toutes autres considérations, si les Puissances ont consenti à diminuer la dette de l'Égypte d'une charge annuelle de 2,000,000 livres pour laisser disponibles les fonds nécessaires à l'administration du pays, elles n'ont certainement pas consenti à imposer un semblable sacrifice à leurs nationaux pour laisser le Gouvernement Égyptien employer sans contrôle les fonds demeurés libres au risque de ramener une crise financière dont elles ont voulu réparer les désastreux effets et prévenir le retour. || Ce n'est pas du reste sans de longues discussions que les Contrôleurs-Généraux ont obtenu pour les services publics une dotation suffisamment large, et la principale raison qu'ils ont fait valoir, c'est que leur présence au Conseil des Ministres donnait toute garantie que cette dotation serait employée dans l'intérêt bien entendu du pays, et par là même dans l'intérêt de ses créanciers. Peut-on admettre que, les sacrifices subsistant, les garanties disparaissent? || Le Règlement de la Chambre des Délégués enlève, il est vrai, à l'appréciation de la Chambre, le service de la Dette Publique; mais cette disposition n'a, à vrai dire, aucune portée. || La rentrée des ressources nécessaires au service de la dette ne peut être assurée que par une bonne administration, et quelle est la garantie de cette bonne administration alors que le système que l'on veut mettre en pratique soustrait absolument les actes administratifs à l'action du Contrôle Général?

Nr. 7827.
Gross-
britannien.
18. Febr. 1882.

Nr. 7827.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1882.

Les rédacteurs du Règlement aujourd'hui promulgué ont, d'ailleurs, fait preuve d'une ignorance absolue de l'état de choses résultant des Lois, Décrets et Règlements en vigueur. || Aux termes de l'Article 34, le service du Tribut, celui de la Dette Publique, ainsi toute charge relative à la dette, résultant de la Loi de Liquidation ou de Conventions intervenues entre les Puissances étrangères et le Gouvernement Égyptien, ne pourront en aucun cas être l'objet des discussions de la Chambre. || Ces dispositions visent sans doute le paiement des coupons des Dettes Privilégiée et Unifiée, les échéances des obligations de la Daïra Sanieh et des Domaines, et les garanties complémentaires assurées à ces divers services, soit par la Loi de Liquidation, soit par des Conventions spéciales. || Mais si le Budget de la Daïra Sanieh est confié à un Conseil Supérieur institué par l'Article 55 de la Loi de Liquidation, il n'en est pas de même du Budget des Domaines qui, aux termes du Règlement du 7 Avril, 1879 (Article 10), doit être soumis au Conseil des Ministres; il n'en est pas de même du Budget de la Commission de la Dette, qui doit être approuvé par le Conseil des Ministres, aux termes de la Loi de Liquidation; il n'en est pas de même, enfin, du Budget du Contrôle Général qui doit être également approuvé par le Conseil des Ministres, aux termes de l'Article 7 du Décret du 15 Novembre, 1879. || Ces différents budgets seront-ils à l'avenir soumis à l'appréciation souveraine de la Chambre des Délégués, notamment ceux de la Commission de la Dette et du Contrôle Général, qui font partie intégrante du Budget Général annuel qui doit, en vertu de l'Article 31, être soumis à la Chambre des Délégués? || Les revenus nets des chemin de fer des télégraphes et du port d'Alexandrie sont affectés à la garantie de la Dette Privilégiée; le Budget des Dépenses de ces Administrations compris au Budget Général de l'État sera-t-il soumis au vote de la Chambre? || Les Revenus des Douanes, des Provinces de Garbich, Ménoufieh, Béhéra et Siout sont affectés à la garantie de la Dette Unifiée; le Budget des Dépenses de ces Administrations figure aussi au Budget Général; devra-t-il être également soumis à la Chambre? || La même question se pose pour les dépenses de la Province de Kénch, dont les revenus, aux termes de l'Article VI de la Convention particulière du 14 Avril, 1880, sont affectés, dans des conditions déterminées, au paiement du coupon des obligations domaniales. || Le Règlement des attributions de la Chambre est formel; de la lecture des Articles 31, 32, 33, 34, 35, 36 et 37, il résulte nettement que la Chambre discutera et votera souverainement le Budget de ces Administrations et de ces provinces. Toutes les Administrations, y compris la Commission de la Dette, les Domaines et le Contrôle Général, seront ainsi à la discrétion de la Chambre, qui sera libre de rendre illusoire toutes les garanties résultant des Conventions Internationales relativement à la Dette Publique.

De ce rapide exposé on peut conclure: || Qu'en abolissant un système gouvernemental reconnu et accepté par les Puissances, le Gouvernement Égyptien a violé un engagement essentiel et international; || Que toutes les garanties

basées sur cet engagement sont devenues lettres mortes; elles ne peuvent plus être d'aucune utilité pratique; || Que directement ou indirectement les arrangements relatifs à la Dette Publique sont compromis; || Que le Contrôle Général, institué aux termes du Décret du 18 Novembre, 1876, pour assurer la marche régulière des services publics tout en sauvegardant les intérêts des créanciers par des garanties plus efficaces, est dans l'impossibilité absolue de remplir son mandat.

Caire, le 14 Février, 1882.

Nr. 7827.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1882.

Nr. 7828. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. — Mancini's Ansichten über eine militärische Intervention in Aegypten.

Rome, February 22, 1882.

My Lord, — I had an interview with M. Mancini to-day, during which I asked him if anything had been yet settled respecting the answer of the four Powers to the recent joint communication of England and France respecting Egypt. || His Excellency replied that, although the reply had not yet been definitely agreed upon, he believed it would record the appreciation of the Powers of the friendly step which had been taken by the English and French Governments, their satisfaction that Europe was now no more divided into two camps upon the Egyptian question, their adherence to the principles enunciated in the joint communication, and, consequently, their readiness to enter upon an exchange of ideas upon the basis proposed. Such, at least, was the outline of the answers which he had advocated, and he had reason to think that it was in accordance with the views of the other Powers. || With regard to the question of how and by whom an armed intervention, if it should become necessary, should be carried out, his Excellency proceeded to say that, personally, he was of opinion it would be better to avoid referring to it in the reply now under consideration. || There did not, he continued, seem to be perfect agreement even between England and France upon this subject, Her Majesty's Government inclining, apparently, towards the employment of a Turkish force, while the French Government had other views. It would be better, therefore, in his opinion, to avoid touching a question, until the actual necessity arose, which might possibly have the effect of disturbing the agreement amongst the Powers which now so happily existed. He did not know, however, whether his views upon this matter would prevail. || Should an intervention eventually become inevitable, he should be disposed to think that the employment of a Turkish force, under sufficient European control, would be likely to be attended with less danger and the prospect of fewer complications than if it were carried out by any of the other Powers. || I have, &c.

A. Paget.

Nr. 7828.
Gross-
britannien.
22. Febr. 1882.

Nr. 7829. **OESTERREICH-UNGARN.** — Min. d. Ausw. (Kalnoky) an den k. k. Botschafter in London. — Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar.

Vienne, le 24 Février, 1882.

Nr. 7829.
Oesterreich-
Ungarn.
24. Febr. 1882.

M. le Comte, — Les Ambassadeurs d'Angleterre et de France m'ont remis ces jours derniers une dépêche Circulaire de leurs Gouvernements ayant trait aux affaires d'Égypte dont j'ai eu l'honneur d'envoyer copie à votre Excellence par mon expédition du 17 courant. || Dans ces pièces les deux Gouvernements reconnaissent que le maintien des droits du Sultan et du Khédivé ainsi que des engagements internationaux formeraient la meilleure conduite à tenir dans les affaires d'Égypte. Bien que la situation actuelle de ce pays n'exigeât pas la discussion immédiate de mesures ultérieures ils y expriment néanmoins le désir d'amener à ce sujet, le cas échéant, un échange de vues avec nous. || Je vous invite, M. le Comte, de vouloir bien faire connaître au Cabinet Anglais la satisfaction que nous a causé sa communication et de l'assurer que nous accueillerons avec empressement toutes les ouvertures qu'il pourrait nous adresser par rapport à l'Égypte dans le sens de la dépêche précitée remise par son Ambassadeur. || Recevez, &c.

Kalnoky.

Nr. 7830. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar.

(Translation.)

German Embassy, February 27, 1882.

Nr. 7830.
Deutschland.
27. Febr. 1882.

My Lord, — In conformity with instructions which I have received, I have the honour to inform your Lordship, that the Government of His Majesty the Emperor are quite willing to agree to the exchange of ideas on the Egyptian question mentioned in your Lordship's note of the 11th instant, on the understanding that the other Great Powers also take part in the same. | From information, which has reached my Government, it appears probable that all the Powers are inclined to take part in the exchange of ideas on this subject which is signalized as desirable by the Cabinets of London and Paris. || Under these circumstances, the Imperial Government awaits the further proposals of the two Cabinets respecting the place and forms of procedure of such an exchange of ideas. So far as the Imperial Government is concerned, any of the European capitals, such as Paris, London, Vienna, or Constantinople, would be equally acceptable for this purpose. || I have, &c.

Münster.

Nr. 7831. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Eine Conferenz ist noch nicht in Aussicht genommen.

Foreign Office, February 27, 1882.

My Lord, — The German Ambassador called upon me this afternoon and handed to me a note in reply to the communication recently made by France and England to the other Powers with regard to Egyptian affairs. I inclose a translation of this paper. || I thanked Count Münster for this communication, and told him that I thought it premature to hold a Conference on the Egyptian question. Such a step would give the matter unnecessary importance, although it might be necessary to revert to it if matters became more complicated. || I said, that we were at this moment in communication with the French Government as to the course to be taken. I could not as yet tell what their views might be; but as soon as we came to any conclusion we should communicate our proposal to the other Powers, and we should then see if further discussion was necessary and how it could be most conveniently carried on. || I am, &c.

Nr. 7831.
Gross-
britannien.
27. Febr. 1882.

Granville.

Nr. 7832. **ITALIEN.** — Min. d. Ausw. (Mancini) an den ital. Botschafter in London (Menabrea). — Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar.

Rome, le 27 Février, 1882.

M. l'Ambassadeur, — Par dépêches identiques dont l'Ambassadeur d'Angleterre et le Chargé d'Affaires de France m'ont laissé copie, les Cabinets de Londres et de Paris ont déclaré s'être trouvés d'accord à reconnaître qu'il était désirable de se mettre en communication avec ceux de Berlin, de Rome, de St.-Petersbourg et de Vienne pour leur proposer d'entrer avec eux dans un échange d'idées au sujet de la meilleure conduite à tenir pour les affaires Égyptiennes. || J'ai remercié l'Ambassadeur d'Angleterre et le Chargé d'Affaires de France. Je viens maintenant vous charger de porter à la connaissance du Cabinet, auprès duquel vous êtes accrédité, que le Gouvernement du Roi prend acte avec satisfaction de cette déclaration constatant la compétence du concert Européen pour tout règlement éventuel des affaires Égyptiennes. Je vous autorise à ajouter que le Gouvernement du Roi, appréciant une initiative visant à amener, vis-à-vis des éventualités possibles en Égypte, l'entente entre les Grandes Puissances, est disposé à prendre part, au point de vue des intérêts Européens, à l'échange d'idées projeté, entre les six Cabinets et avec la Sublime Porte, dans la forme et au moment dont on conviendra. || Veuillez donner lecture de cette dépêche à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères et lui en laisser copie s'il le désire.

Nr. 7832.
Italien.
27. Febr. 1882.

Mancini.

Nr. 7833. **RUSSLAND.** — Botschafter in London (Lobanow) an den engl. Min. d. Ausw. — Zustimmung zu der englisch-französischen Note vom 11. Februar.

Londres, le 16/28 Février, 1882.

Nr. 7833.
Russland.
28. Febr. 1882. M. le Comte, — L'Ambassadeur de Sa Majesté la Reine à St.-Pétersbourg a communiqué à M. le Secrétaire d'État de Giers une dépêche de votre Excellence exposant le point de vue du Gouvernement de Sa Majesté Britannique relativement à la situation de l'Égypte. || Ayant pris à ce sujet les ordres de Sa Majesté l'Empereur, M. de Giers m'invite à vous informer, M. le Comte, que le Cabinet Impérial prend note de cette communication et qu'il est prêt, le cas échéant, à entrer dans un échange d'idées ultérieur. || En m'acquittant de ce devoir, je saisis, &c.

Lobanow.

Nr. 7834. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Berlin. — Falsche Auffassung der Propositionen vom 11. Februar seitens der deutschen Regierung.

Paris, le 28 février, 1882.

Nr. 7834.
Frankreich.
28. Febr. 1882. Par une note portant la date du 27 février et qu'il m'a remise le jour même, le Prince de Hohenlohe me fait savoir „que le Gouvernement de l'Empereur est prêt à prendre part à l'échange de vues sur la question égyptienne qui a été proposé par ma note du 12 février dernier; qu'il attend les propositions ultérieures des deux Cabinets quant à l'endroit et aux modalités de ces pourparlers; qu'à cet effet, l'une ou l'autre des capitales de l'Europe comme Paris, Londres, Vienne et aussi Constantinople serait également acceptable pour le Gouvernement Impérial“. || Je me suis empressé de faire remarquer à Son Excellence: 1^o que nous n'avions pas envoyé de note au Gouvernement allemand, mais simplement des instructions à nos ambassadeurs; || 2^o Qu'il ne s'agissait point dans notre esprit d'une conférence, mais de pourparlers dans chaque capitale. || Le Prince de Hohenlohe m'a promis de faire connaître cette rectification par le télégraphe à son Gouvernement.

C. de Freycinet.

Nr. 7835. **FRANKREICH.** — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. — Zweck der gemeinsamen englisch-französischen Note vom 11. Februar.

Berlin, le 1er mars, 1882.

Nr. 7835.
Frankreich.
1. März 1882. M. Busch, que je viens de voir, m'a parlé de la note que le Prince de Hohenlohe vous a remise le 27 février et des observations que vous avez for-

mulées en la recevant. J'ai dit au Sous-Secrétaire d'État que d'après mon impression personnelle, l'intention de Votre Excellence en m'envoyant ses instructions du 12 février avait été surtout de prévenir les malentendus que risquait de faire naître le groupement séparé de quatre Puissances en face de la France et de l'Angleterre dans les affaires d'Égypte; que les deux Cabinets de Paris et de Londres avaient attaché du prix à constater l'accord unanime des Gouvernements sur la base du maintien des arrangements existants; car, depuis le 9 septembre, leur crainte était de voir ces arrangements bouleversés par une explosion anarchique; que l'entente étant établie aujourd'hui sur la base proposée par nous, l'objet principal de notre démarche se trouvait atteint, et que, désormais, nous n'avions, les uns et les autres, à mon sens, qu'à garder une attitude expectante en face des événements, en nous réservant d'échanger nos vues, lorsqu'il serait nécessaire, par voie de conversations confiantes et sans apprêt, parce qu'on s'exposerait à donner ainsi aux auteurs de troubles en Égypte plus d'importance qu'ils n'en méritent et à grossir les complications au lieu de les aplanir. || M. Busch a témoigné son adhésion à cette manière de voir. Il regardait, m'a-t-il dit, l'accord comme parfaitement établi entre nous; l'Allemagne reconnaissait que la France et l'Angleterre avaient en Égypte des intérêts majeurs qui leur donnaient droit à une position privilégiée.

Nr. 7835.
Frankreich.
1. März 1882.

Courcel.

Nr. 7836. FRANKREICH. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Gefahren einer Intervention. Nothwendige Ausdehnung derselben.

Le Caire, le 6 mars, 1882.

Monsieur le Ministre, les instructions que les gouvernements de France et d'Angleterre ont adressées, le 12 février dernier, à leurs agents à Rome, à Berlin, à Saint-Petersbourg et à Vienne, et dont Votre Excellence a bien voulu me donner communication, ont fait entrer la question égyptienne dans une phase nouvelle. || La note du 7 janvier n'ayant point produit l'effet moral attendu et l'intervention franco-anglaise, qui en était une conséquence indiquée, s'étant trouvée presque impossible pour des raisons sur lesquelles il n'y a pas revenir, les quatre Puissances ne pouvaient être tenues plus longtemps à l'écart. Mais en provoquant un échange d'idées entre les Puissances sur la crise égyptienne, il était à craindre que les Cabinets de Paris et de Londres ne fussent pour ainsi dire exposés à perdre le bénéfice d'une situation acquise et reconnue. Le télégramme que Votre Excellence a adressé, le 28 février dernier, à l'Ambassadeur de la République à Berlin et dont elle m'a fait l'honneur de m'envoyer une copie, a écarté ce danger. || Je ne pense pas qu'une intervention soit désirable ou même utile en ce moment. Mais comme des in-

Nr. 7836.
Frankreich.
6. März 1882.

Nr. 7836.
Frankreich.
6. März 1882.

évidents imprévus peuvent surgir, la simple prudence exige qu'on examine les conditions dans lesquelles elle pourrait avoir lieu. || J'ai eu plusieurs fois l'occasion d'exposer que, si des troupes européennes mettaient le pied en Égypte, la sécurité des européens pourrait être gravement compromise. L'exaltation, à laquelle une partie de la population est en proie depuis deux mois, et qui augmente chaque jour, n'est point de nature à calmer ces appréhensions. Il est à considérer, en outre, qu'il ne suffirait pas de licencier l'armée, il faudrait occuper le pays pendant un temps qu'il serait impossible de déterminer à l'avance, ce qui entraînerait le déplacement d'environ quarante mille hommes.

Sienkiewicz.

Nr. 7837. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Verhalten gegenüber dem ägyptischen Ministerium.

Paris, le 11 mars, 1882.

Nr. 7837.
Frankreich.
11. März 1882.

Vous avez eu grandement raison de ne pas avoir accepté de poser des conditions dans la formation éventuelle du nouveau Ministère. Vous devez vous abstenir soigneusement de toute incitation tendant à favoriser ou empêcher les évolutions qui peuvent se produire dans l'intérieur du mécanisme gouvernemental. Bornez-vous à protester hautement que tout Cabinet qui aura pour principes le maintien de l'ordre matériel et le respect des arrangements internationaux, notamment du contrôle anglo-français, est sûr de trouver auprès de vous une neutralité bienveillante et, au besoin, des indications officieuses pouvant faciliter tel ou tel détail de sa marche. Mais gardez-vous de faire quoi que ce soit qui puisse vous faire endosser à aucun degré la responsabilité des événements qui pourraient s'accomplir. Enfermez-vous dans une attitude circonspecte et réservée avec un fond de bienveillance générale pour les hommes et les choses qui paraissent tendre au but que j'indiquais plus haut.

C. de Freycinet.

Nr. 7838. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die Rückberufung Blignières' hat keine politische Bedeutung.

(Extract.)

Paris, March 17, 1882.

Nr. 7838.
Gross-
britannien.
17. März 1882.

I expressed to him (M. de Freycinet), also, your Lordship's thanks for the information he had been so good as to give respecting the departure of M. de Blignières from Egypt; and I added that, your Lordship trusted that it would not be considered by the public, notwithstanding the disclaimer of the French Government, as an indication of a change of policy. || M. de Freycinet said, that, if in the view of the French Government the acceptance of M. de Blignières' resignation had implied the slightest change in their policy respecting the

Control itself, he should certainly have communicated with Her Majesty's Government before taking the step. In fact, however, it was a mere personal affair, a simple "incident de personnes". The resignation had been offered some time ago, and care had been taken to accompany the acceptance of it by a very distinct declaration that the sentiments of the Government respecting the maintenance of the Control as an institution remained unchanged. He had reason to believe, that this had been perfectly well understood in Cairo. M. Brédif, who was for the present to discharge the functions of Controller, was only appointed temporarily, and for his own part he thought the change would tend to increase harmony between the French and English Controllers. || M. de Freycinet asked me to convey these explanations to your Lordship. || I promised to do so, but added that, speaking for myself only, I would not conceal from him my impression that, in fact, the removal of M. de Blignières would, notwithstanding the declaration to the contrary, produce in Egypt the belief that France was less hearty than she had formerly been in supporting the Control.

Nr. 7888.
Gross-
britannien.
17. März 1882.

Nr. 7839. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Verschlimmerung der Lage in Aegypten.

Cairo, March 20, 1882.

My Lord, — I have the honour to inclose a Memorandum from Sir Auckland Colvin on the recent promotions in the army, which formed the subject of my despatch of the 13th instant. || The gloomy view which is here taken of the political situation is, I regret to say, shared by nearly all with whom I have spoken since I came to Cairo. Only yesterday Moustapha-Pasha-Fehmy, the Minister for Foreign Affairs, confessed to me, that he thought the situation was much altered for the worse. He said, however, that he did not think the employment of force to restore the authority of the Khedive was possible, either from within or from without, that the military leaders were desperate men, and armed resistance to them would bring ruin on the country. He believed, however, that they were now aware of the danger to which they were exposed from Europe in case of disorder, and that they would do their best to prevent the spirit of insubordination from spreading through the lower ranks. Still he admitted, that, as the officers now promoted had been paid for their services, many others would certainly be dissatisfied and put in their claims. Indeed, he seemed to think, that there was safety in the dissensions to which their pretensions would inevitably give rise. Moustapha-Pasha-Fehmy is usually very reticent, and therefore this language is the more ominous as coming from one who up to the present time has acted with the "National" party. It seems to show, that he knows that his tenure of office cannot now be long. The Ministry of Mahmoud-Pasha-Samy is expected by every one

Nr. 7839.
Gross-
britannien.
20. März 1882.

Nr. 7839. Gross-
britannien.
20. März 1882. to be very shortly replaced by a Cabinet composed of Araby-Pasha and his personal adherents. || The new Cabinet will undoubtedly attempt to execute the promises which have been from the first held out to secure the support of their followers. These were two: the reward of the army for its services to its Chiefs, and the replacement in the various Administrations of foreigners by Egyptians. The former part of this programme is being executed by the promotions which have been made and are about to be made, as reported in my despatch of the 16th instant; the latter may possibly be delayed, but there are not wanting indications that it will not be for long. The Commission on the Land Survey is, as I learn to-day, to be succeeded by one on the Customs, which has been decided upon by the Ministry. No doubt the object is to get rid of the English Director-General, and replace him by an Egyptian. As the Customs revenue, which since Mr. Caillard's appointment has much increased, forms one of the chief securities for the Public Debt, this change may seriously affect international obligations. || Meantime there can, I fear, be no doubt about the disorganized and uneasy state of the provinces. This has, indeed, already caused many of the Notables and others who have a stake in the country to draw back from their hastily-formed alliance with the military party and seek for other means of escaping from its domination. Adherents of Ismail-Pasha are beginning to show themselves. Not only those who desire it because they hope that it will bring back to their own profit the old corrupt and arbitrary administration, but many others who want some one to act as "Saviour of Society" would now hail his return with delight; and his agents do not hesitate to assert, that he would carry all before him without a blow being struck. Only Araby-Pasha is expected by them to offer any serious opposition. Ismail-Pasha counts on the support of France, as he thinks that his restoration would enable her definitively to rid herself of the bugbear of Turkish intervention. || Nor is the party of Halim-Pasha idle. It relies chiefly on the support of the old Turkish party, but hardly seems to have any adherents among the military leaders or civil functionaries. || I have, &c.

Chas. A. Cookson.

Nr. 7840. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Erste Unterredung mit dem neuen französischen Botschafter, Tissot.

(Extract.)

Foreign Office, March 22, 1882.

Nr. 7840.
Gross-
britannien.
22. März 1882.

M. Tissot, the newly-appointed French Ambassador, called upon me this afternoon at the Foreign Office, having come over to England on a private visit of one or two days only. || I expressed to him my satisfaction at his return to England, and said I retained a very pleasant recollection of our official relations ten years ago. || The conversation then turned upon Egypt. I

told M. Tissot, in much the same terms that I had used to M. Challemel-Lacour and M. d'Aunay, that I believed our two Governments were quite agreed in desiring, if possible, to avoid the necessity for active intervention or military occupation, though we admitted that the necessity might arise. || I said, that I had no doubt there were many influences at work, both at Constantinople and Cairo, to endeavour to separate the two Governments and so prevent their united action. || M. Tissot said, that he could not deny this being the case at Constantinople. || I then spoke of the recall of M. de Blignières from the post of Controller-General. I said, that I had not heard that this measure was in contemplation before it had actually been adopted; that Araby-Bey and the National party had also endeavoured indirectly to influence Her Majesty's Government in favour of a recall of Sir A. Colvin and even of Sir E. Malet. Such a step, however, at the present moment, irrespective of any other considerations, would have an appearance of weakness which would be unfortunate for the success of whatever representations we might find it necessary to make to the Egyptian Government. I remarked, that we received accounts of what was passing in Egypt from various quarters, and that there was every shade of opinion, favourable and unfavourable, as to the present situation and the prospects for the future. || M. Tissot said, that the reason for M. de Blignières' recall was, he believed, a personal one simply.

Nr. 7840.
Gross-
britannien.
22. März 1882.

Nr. 7841. **RUSSLAND.** — Generalconsul in Alexandrien (Lex) an den russ. Min. d. Ausw. (Giers). — Der Konflikt des ägyptischen Ministeriums mit den General-Controleuren.

Alexandrie, le 15/27 mars, 1882.

J'ai eu l'honneur de recevoir le 13/25 mars le télégramme de Votre Excellence au sujet de la note du 8 février que le Gouvernement égyptien avait adressée aux représentants de France et d'Angleterre au Caire, et je m'empresse de vous informer, par le premier courrier partant pour l'Europe, que cette note, ainsi que les protêts qui ont été faits par les Consuls généraux de France et d'Angleterre et par les Contrôleurs, au sujet du règlement organique de la chambre des délégués et du programme du Ministre Président, ont été l'objet d'une correspondance tout à fait confidentielle; c'est pourquoi je n'ai pas pu soumettre en son temps le texte au Ministère Impérial, mais je n'ai pas manqué d'en parler dans mes rapports en date du 28 et du 30 janvier. De l'extrait ci-annexé de la lettre de Mahmoud-Pacha Baroudi à S. A. le Khédive, datée du 4 février, lettre renfermant le programme du nouveau Ministère et que je n'ai pas manqué de communiquer au Ministère Impérial, avec le règlement organique, Votre Excellence pourra constater le respect du Gouvernement égyptien pour tous les engagements financiers, en admettant la vérification des Contrôleurs; c'est cette même lettre du Ministre Président qui

Nr. 7841.
Russland.
27. März 1882.

Nr. 7341.
Russland.
27. März 1882.

lui a servi de base dans la réponse au protêt anglo-français. Malgré toutefois le secret de cette correspondance, le protêt des Contrôleurs a paru dans un journal de Paris, la *République française*, par l'indiscrétion de M. de Bli-gnières, et c'est justement pour cette raison que le ministère français a rap-pelé d'Égypte son Contrôleur général et a nommé à sa place M. Brédif. || La note des Consuls, ainsi que les protêts des Contrôleurs, étaient dirigés contre la première phrase du programme ministériel et contre la loi organique de la Chambre, que ces Messieurs ne trouvaient pas conformes à leurs droits re-connus par les conventions internationales et aux attributions des Contrôleurs réglées par le décret du Khédive du 15 novembre 1879. || La réponse du Mi-nistère combattait ce point de vue et prouvait que ni son programme, ni la loi organique, ne touchaient en rien les traités internationaux et les arrange-ments passés entre le Gouvernement Égyptien et les Puissances étrangères, et que les droits du contrôle restaient tels qu'ils ont été déterminés par le Dé-cret constitutif de cette institution, mais que le pouvoir exécutif a désiré ce-pendant reconnaître à la Chambre le droit d'examiner le Budget intérieur et celui d'en disposer. || Tout est donc dans la différente manière de voir du nou-veau Ministère Égyptien et des Agents Français et Anglais. || Après l'examen du décret du Khédive du 15 novembre 1879, réglant les attributions des contr-ôleurs, de l'extrait de la lettre du Ministre Président en date du 4 février et des articles du règlement organique du 7 février 1882 qui concerne spé-cialement la confection du budget des revenus et des dépenses, dont j'ai l'hon-neur de mettre les copies sous les yeux de Votre Excellence, Elle pourra se convaincre que les deux parties ont en quelque sorte raison: d'après l'ancien système, c'est le Ministère, duquel font partie les Contrôleurs, qui avait droit de sanctionner le Budget; maintenant avec la loi organique, le Ministère ne fait qu'examiner le Budget, lequel ne peut être valable qu'après le vote de la Chambre; mais ce changement n'est survenu qu'à cause du nouveau mode de gouvernement, et le Ministère a raison, en théorie, disant que les attributions des contrôleurs n'ont pas été modifiées; car ces Messieurs n'ont que voix con-sultative et toutes les questions doivent se décider au sein du Cabinet en de-hors d'eux; mais, en pratique, il se passait tout autre chose: du temps de la présidence de Riaz-Pacha et même de celle de Chérif-Pacha, non seulement le Ministère n'approuvait pas le Budget, s'il n'était pas tout à fait conforme aux désirs des Contrôleurs, mais c'est l'avis de ces derniers qui prédominait même dans l'autorisation des dépenses nécessaires que le Gouvernement avait besoin de faire et pour lesquelles il voulait prélever les revenus non affectés aux dettes de l'État. Enfin, c'étaient les maîtres absolus du Pays, ce qui était, peut-être, très avantageux pour les porteurs de titres égyptiens; mais cela blessait l'amour propre des indigènes, et c'est justement les contrôleurs qui ont été, en quelque sorte, cause de tous les mouvements militaires qui ont eu lieu en Égypte depuis plus d'un an. || Pour le moment, il serait impossible de revenir aux anciennes attributions des contrôleurs, en modifiant la loi orga-

nique de la Chambre; car cela provoquerait de sérieux troubles dans tout le pays et ferait même la position des Européens excessivement dangereuse en Égypte. Une occupation étrangère créerait aussi de grands embarras et serait un malheur pour le pays. Il ne resterait donc à la France et à l'Angleterre que de reconnaître la loi organique du 7 février et de se contenter du rôle que jouent ici les autres grandes Puissances et qui leur appartient de droit. | J'ai l'honneur d'être, etc.

Nr. 7841.
Russland.
27. März 1882.

L e x.

Nr. 7842. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Die Krisis in Aegypten ist nicht der Unfähigkeit des Khedive zuzuschreiben.

(Extract.)

Cairo, April 22, 1882.

I observe in some quarters a disposition to attribute the main cause of the present state of affairs in Egypt to the incapacity of the present Khedive, and to suggest the substitution of Prince Halim as a remedy for the evil. || I cannot agree in this estimate of the Khedive's character and its result, or in the efficacy of the remedy suggested. || Since the 2nd February, 1881, the Khedive has been in a peculiarly trying position, and taking a general view of the events and the present situation, it would appear to be more just to consider that he has behaved with both tact and intelligence. I take the keynote of his line of conduct to have been to act faithfully in accordance with the Rescript of the 28th August, 1878, by which the Khedive, Ismail-Pasha, undertook to relinquish despotic rule and to govern in conjunction with his Ministry. It should be remembered, that up to the moment of the first military disturbance in February 1881, he was regarded as a model Prince, endowed with moderation and intelligence, and that this was in great measure due to his cordial co-operation with Riaz-Pasha and the Controllers-General. || It is now made a matter of reproach, that he did not after the 1st February treat the ringleaders of the revolt with a high hand, but on the day of the revolt he had pardoned them, and if he had adopted the course which he is now reproached with having neglected, he would have betrayed his word. || Subsequently, when the want of discipline became more apparent, he repeatedly pointed out the danger to his Ministry, and becoming convinced of the connivance of his Minister of War, now President of the Council, he dismissed him from the Ministry. Then, acting always with his Government, he endeavoured to resume the reins over the army which were falling from his hands. The 9th September was the result. On that occasion again he is reproached with having lost his opportunity by want of energy, if not of courage. There are probably few natures which would have been suddenly ready to lose all or gain all at that critical moment. Negotiation was the natural expedient. ||

Nr. 7842.
Gross-
britannien.
22. April 1882.

Nr. 7842. He was urged to place himself frankly at the head of the national movement.
 Gross- Could he do so when he saw, that its object was to rid Egypt of Christian
 britannien. officials who were the works which made the clock go? He was urged to
 22. April 1882. form a party of his own. Was this party to support him individually against
 his own Ministry? If so, of what elements which had a chance of power or
 stability was it to be composed, and what time would be given to him by
 his Ministers to weld it into form? He was urged to accept the offer of the
 Bedouins, who recognized no master but himself, and at a signal from him
 would sweep away the present Ministry and the Chamber; but what fate would
 he himself merit if he invited pillage and massacre in his capital? || When
 I hear him abused for lack of energy and capacity, I doubt whether there be
 many men in the world who would have been able to extricate themselves
 from the difficulties in which he has been involved through the want of fore-
 sight of all who co-operated in the settlement of the internal affairs of Egypt
 on the accession of the present Khedive, in neglecting the signs of danger
 shown in the military revolt of April 1879. Nor do I believe, that any real
 progress will be made towards the settlement of the Egyptian question until
 that military ascendancy is subdued.

Nr. 7843. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
 schafter in Paris. — England glaubt, dass durch Ent-
 sendung eines türkischen Generals bewaffnete Inter-
 vention vermieden werden kann.

(Extract.)

Foreign Office, April 24, 1882*.)

Nr. 7843. I accompanied the French Ambassador yesterday to Windsor, where he
 Gross- was received in audience by the Queen and presented his credentials. || During
 britannien. our visit M. Tissot asked me whether I was in a position to say anything
 24. April 1882. further to him on the subject of Egypt. || I told his Excellency, that my col-
 leagues approved of the idea which I had suggested of making use of the
 Sultan's influence to control events without recourse to other than pacific
 means. || In the course of subsequent reflection it had occurred to me, that
 this might be done in a manner which I would ask him to submit to his Go-
 vernment. || Acting upon the advice of persons who were versed in Egyptian
 affairs, we had at one time proposed to M. Barthélemy de St.-Hilaire that
 England and France should invite the Porte to send a General to Egypt to
 restore discipline in the Egyptian army. The proposal was, however, declined
 by the French Government. || On the other hand, the French Government had
 proposed that a French and an English General should be sent as Commis-
 sioners for the same purpose. To this suggestion, as made at the time, we

*) Durch eine Depesche vom 28. April wurde Lyons autorisirt, die in dieser De-
 pesche entwickelten Gedanken als formellen Vorschlag zu discutiren.

had seen serious objections, which had been stated to the French Government. || When the Sultan had sent two Commissioners to Egypt in October last, Her Majesty's Government had deprecated such a Mission, and done their best to shorten its stay in Egypt, because at that juncture it did not seem necessary, and because it had been dispatched without previous communication with England and France, and without their sanction. || The situation of affairs in Egypt, I remarked, although alarming, did not yet seem to call for active intervention, but it would have a great moral effect in that country if the English and French Governments were able to announce to their respective Parliaments that not only were they prepared, with the concurrence of Europe, to take a step at once towards an arrangement with the Egyptian Government, but that they were also agreed as to the policy to be pursued in case of matters coming to a crisis, which they still hope may be averted. It would be sufficient to state, that the agreement existed, without giving any public definition of the policy decided on. || The procedure to be resorted to in case of necessity might, in my opinion, consist in asking the Sultan to send a General with full powers to restore discipline in the Egyptian army, with a well-defined agreement that he was not to exercise those powers in any way without the concurrence of an English and a French General who would be associated with him. Care must also be taken so to frame the arrangement that the functions of the three Commissioners should in no way detract from the position, or trench upon the duties, of the French and English Representatives. || I thought this plan was not likely to meet with objection on the part of the other Powers, and it seemed to me to be calculated to prevent the necessity of a resort to armed intervention, which might, perhaps, ultimately become inevitable, but which, as both Governments agreed, presented great difficulties, and was open to grave objection in every form. || M. Tissot said that he would report what I had said to his Government. || The real object to be attained was, that we should agree upon a measure to be resorted to in case of need, and that it should be known that we were so agreed.

Nr. 7843.
Gross-
britannien.
24. April 1882.

Nr. 7844. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlung mit Freycinet über den Vorschlag vom 24. April.

Paris, April 29, 1882.

My Lord, — This afternoon, in pursuance of the instruction conveyed to me by your Lordship's telegram of yesterday, I spoke to M. de Freycinet in the terms of your Lordship's despatch of the 24th instant, on the subject of the plan you had mentioned to M. Tissot as one that might be adopted, in case of need, for restoring order in Egypt.

Nr. 7844.
Gross-
britannien.
29. April 1882.

[Folgt Inhalt der Depesche vom 24. April.]

Nr. 7844.
Gross-
britannien.
29. April 1882.

M. de Freycinet asked whether it was meant, that the three Generals must be unanimous, or whether if two of them were agreed those two might act without the concurrence of the third. || I answered that, as I understood the proposal, the Turkish General was to be the ostensible actor, but that he was to do nothing without the concurrence of both the French General and the English General; in fact, that no step was to be taken without the co-operation of all three. || M. de Freycinet said, that if your Lordship's plan were to be adopted it would be essential that this point should be made perfectly clear. || His Excellency proceeded to observe, that the French were very reluctant to consent to Turkish intervention in any form, lest it should lead sooner or later to the armed intervention of the Porte, and to the introduction of Turkish troops into Egypt. Against this they felt bound to guard in every event. || I replied, that your Lordship's express object in making use of the Sultan's moral influence in Egypt to control events was to prevent the necessity of armed intervention from any quarter. || M. de Freycinet then said, that of course he could not give an answer to so important a proposal without bringing it before the Council of Ministers, and that certainly the first question he should be asked by his colleagues would be what assurance they could have that, by assenting to the plan, they would not be placing matters on a slope leading down to the armed intervention of the Porte. || I pointed out, that your Lordship felt justified in counting upon the moral effect which would be produced in Egypt if the English and French Governments were able to announce to their respective Parliaments that not only were they prepared, with the concurrence of Europe, to take a step at once towards an arrangement with the Egyptian Government, but that they were also agreed as to the policy to be pursued in case of matters coming to a crisis, which they still hoped might be averted. I added, that your Lordship conceived that it would be sufficient to state that the agreement existed without giving any public definition of the policy decided upon. || M. de Freycinet answered, that he also was disposed to think that the moral effect might be considerable, and he told me that he was also of opinion that it would be unadvisable to make any public declaration beforehand of the measures that might have been decided upon. || Finally, he said that, before bringing your Lordship's plan before the Council, he must be able to speak positively upon the point of most importance. He must therefore beg me to put to your Lordship, on his behalf, the question whether he might inform his colleagues that, if the French Government agreed to your Lordship's proposal, they might be sure that Her Majesty's Government would unite with them in preventing this moral intervention of the Sultan being followed in any case by Turkish armed intervention. || I have accordingly submitted this question to your Lordship by telegraph. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7845. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Hat die Bestätigung des Urtheils widerrathen.

(Telegraphic.)

Cairo, May 2, 1882, 2:40 P.M.

I have been asked by the Khedive for my advice as to whether he should refuse to sanction the sentence of the court-martial. I replied that, in my personal opinion, he ought to refuse on the ground of the secret nature of the proceedings, the fact that the accused had been undefended, and because the sentence dealt in the latter part with matters beyond the competence of the court-martial. But I advised His Highness to convoke the Representatives of the Great Powers, and be guided by their counsel. He is inclined to do so, but will wait over the discussion with his Ministers to-day.

The situation is critical, and I should be glad to know if your Lordship approves my reply to His Highness. It appears to me to be a moment when the Khedive must show that he can act.

Nr. 7845.
Gross-
britannien.
2. Mai 1882.

Nr. 7846. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Discussion des Vorschlages vom 24. April.

Foreign Office, May 2, 1882.

My Lord, — I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 29th ultimo, reporting your conversation with M. de Freycinet on the proposal of Her Majesty's Government that in case of need a Turkish General should be sent to Egypt with full powers from the Sultan to restore discipline in the Egyptian army, but subject to an arrangement that he should not exercise those powers without the concurrence of an English and a French General who should be associated with him. || The answer which your Excellency gave to M. de Freycinet as to whether it was intended that the decisions of the Commission must be unanimous, or whether the agreement only of two would be required, was perfectly correct. It was the intention of Her Majesty's Government to propose, that the concurrence both of the English and French Generals should be necessary, and that no step should be taken without unanimity. || It appears, that M. de Freycinet further asks for an assurance that, if this proposal be agreed to, Her Majesty's Government will unite with that of France in preventing the moral intervention of the Sultan being followed in any case by Turkish armed intervention. || In reply to this request, I would ask your Excellency to state to M. de Freycinet that the present proposal of Her Majesty's Government is made as one, to which the two Governments should agree to have recourse in case of need only, and that its aim and object is to avoid the necessity of any armed intervention in Egypt, to all forms of which there are great objections. Her Majesty's Government understand the proposal as not committing either France or England in any degree

Nr. 7846.
Gross-
britannien.
2. Mai 1882.

Nr. 7846.
Gross-
britannien.
2. Mai 1882.

to a Turkish armed intervention. But they desire also to retain their full liberty of considering, in concert with the French Government, what form armed intervention should take if the occasion should unfortunately arise. M. de Freycinet would seem to have some misgiving, that Turkish intervention is desired by Her Majesty's Government. Your Excellency may assure him, that this is quite opposed to our wishes. If it were not for the objections of the French Government, to which we give, and shall wish in the future to give, great weight, we are disposed to believe, that Turkish intervention would be less objectionable than any other form of intervention which has yet been suggested. But we have not altered our opinion, that any kind of armed intervention should be avoided if possible. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7847. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Answ. an den engl. Botschafter in Berlin. — Bismarck ist für eine türkische und gegen eine englisch-französische Intervention.

(Extract.)

Foreign Office, May 3, 1882.

Nr. 7847.
Gross-
britannien.
3. Mai 1882.

The German Ambassador called upon me this afternoon, and asked in what position Egyptian affairs stood at this moment. || I told his Excellency the exact state of our negotiations with the French Government, with which you are already acquainted by the copies of the correspondence which have been forwarded to you. || Count Münster thanked me for this communication. He said, that Prince Bismarck was anxious, as far as possible, to maintain the *status quo* in Egypt, but that he thought that if intervention became necessary Turkish intervention was the least objectionable form. Prince Bismarck, Count Münster added, was opposed to a joint Anglo-French occupation, believing that it would lead to disagreement and quarrels between England and France which, whatever might be said of his supposed policy, he would be glad to see avoided. || Count Münster concluded by saying, that Prince Bismarck had given no decided opinion upon the proposal of Her Majesty's Government, that in case of need three Generals, Turkish, English and French, should be sent to Egypt to restore discipline in the army, but that he had expressed himself as willing to accept and support any method of action upon which England and France might come to an agreement.

Nr. 7848. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Freycinet will auf jeden Fall eine bewaffnete Intervention durch die Türkei vermeiden.

Paris, May 3, 1882.

My Lord, — I communicated verbally to M. de Freycinet this afternoon the contents of the despatch which your Lordship did me the honour to address to me yesterday in answer to his Excellency's observations upon your suggestion that, in case of necessity, a Turkish, a French and a English General should be sent to Egypt with a view to the restoration of discipline in the Egyptian army. || His Excellency thanked me for the distinct statement that it was intended that the concurrence of both the English and the French General should be requisite in every matter, and that, in fact, no step should be taken without unanimity on the part of all three Generals. || He proceeded to observe, that he quite understood the force of your Lordship's arguments, but that the situation of the French Government was peculiar. They could not run any risk, however remote it might be, of contributing to raise the question of Turkish armed intervention in Egypt. Now, the moral influence of the Turkish General, supported by that of his French and English colleagues, might produce the desired effect, but, again, it might not. If it did not, the Turkish General and the Porte would undoubtedly strongly insist upon sending Turkish troops. Her Majesty's Government, though anxious to avoid all armed intervention, still seemed to think that Turkish intervention might be less objectionable than any other. If the other Powers should hold the same opinion, England might be reluctant to separate from them, and the result would be, that France would be left alone. In this case M. de Freycinet and his colleagues would be accused of want of ordinary foresight and prudence in agreeing, without taking proper precautions, to a plan which was, it would be alleged, on the face of it, likely to pave the way for the introduction of Turkish Troops into Egypt. The matter would, however, be quite different if he had secured beforehand the concurrence of England in opposing Turkish armed intervention. No French Government could concur in Turkish intervention by force. || M. de Freycinet proceeded to argue, that the knowledge that Turkish armed intervention would not be admitted would, in fact, contribute to the success of the proposed mission of the Generals. || After some further discussion, M. de Freycinet told me, that he should bring your Lordship's proposal before the Council of Ministers to-morrow morning, and that he would let me know the conclusion that was come to. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7848.
Gross-
britannien.
3. Mai 1882.

Nr. 7849. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Der Khedive hat die Vertreter der Ostmächte wegen Bestätigung des Urtheils um Rath gefragt.

Cairo, May 4, 1882.

Nr. 7849.
Gross-
britannien.
4. Mai 1882.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that the Khedive summoned the Representatives of Austria, Italy, Russia and Germany to-day, to ask them their advice as to sanctioning the sentence of the court-martial. The German Representative being away for the day was not present. The others, with the exception of the Italian, who recommended His Highness to refuse, declined to give advice without special instructions from their Governments. The Khedive asked them to obtain instructions, and requested the support of their Governments. || I happened to be present by accident at the close of the interview, having gone to the Palace to inform His Highness that the language which I had held to him on the 2nd instant had been approved by Her Majesty's Government. || His Highness told me, that he had received a telegram from the Porte, desiring him to delay taking any decision. || Many rumours are afloat as to the course which will be adopted should His Highness refuse to sanction the sentence, and threats of violence are used; but it is certain, that if he does his position as Khedive will become precarious, because he will have incurred the distrust of his own people and of the Powers and the ill-will of the Porte. He will, however, require strong support to keep him firm, and I trust that it will be given. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7850. **FRANKREICH.** — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Konferenz der Generalconsuln bei dem Khedive mit Ausnahme des französischen.

Le Caire, le 4 mai 1882.

Nr. 7850.
Frankreich.
4. Mai 1882.

Le Cabinet de Londres a approuvé l'idée de M. Malet d'engager le Khedive à ne pas sanctionner la sentence prononcée contre les Circassiens et à réclamer à cet effet l'appui des Consuls généraux. Une réunion des Agents des Grandes Puissances a eu lieu en conséquence ce matin au palais d'Abdine. Le Consul général d'Allemagne, absent du Caire, n'a pu s'y rendre. Quant à moi, je n'ai pas été convoqué. || Interrogés par le Khédive sur l'appui qu'ils pourraient lui prêter dans le cas où il se refuserait à ratifier le jugement, mes collègues ont déclaré qu'ils en référerait à leurs Gouvernements respectifs. Tewfik-Pacha à qui je viens de demander des explications au sujet de cette réunion, à laquelle il n'a pas cru devoir m'appeler, a prétendu que c'est par un simple effet du hasard que les Consuls généraux sont venus le voir *en même temps*. Il a avoué toutefois qu'il les avait tous convoqués sauf M. Malet. Celui-ci était venu sans avoir été invité.

Sienkiewicz.

Nr. 7851. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Anweisung, sich reservirt zu verhalten.

Paris, le 5 mai 1882.

Abstenez-vous de paraître chez le Khédive, à moins d'y être mandé, et, s'il vous demande votre avis, répondez que vous en référerez à votre Gouvernement. Conservez l'attitude à laquelle vous donne droit le procédé dont on a usé envers vous.

Nr. 7851.
Frankreich.
5. Mai 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7852. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Anweisung, sich bei jeder Gelegenheit mit dem englischen Generalconsul zu verständigen.

Paris, le 6 mai 1882.

Pour faire suite à mon télégramme d'hier*), je vous adresse les instructions suivantes qui sont semblables à celles que Lord Granville adresse, de son côté, à Sir Edward Malet. || Toutes les fois que vous serez provoqué par le Khédive ou par le Gouvernement Egyptien à donner votre avis, si vous n'êtes pas déjà d'accord avec M. Malet, demandez à réfléchir avant de répondre, ce qui vous permettra de vous entendre avec votre collègue. Dans le cas, où vous ne tomberiez pas d'accord avec lui, vous auriez à m'en référer immédiatement pour que les deux Gouvernements réalisent cet accord.

Nr. 7852.
Frankreich.
6. Mai 1882.

C. de Freycinet.

Paris, le 7 mai 1882.

Ainsi que je vous l'ai télégraphié hier, vous devez marcher d'accord avec M. Malet, sauf à m'en référer si vous aviez des objections persistantes. En aucun cas, votre divergence ne doit se manifester au dehors. En cas de conflit entre le Khédive et ses Ministres, vous devez d'accord avec M. Malet appuyer le Khédive qui est la seule autorité légale. Quelle que soit notre opinion, nous n'en devons pas moins travailler loyalement à prolonger son pouvoir le plus longtemps possible. Je crois inutile d'ailleurs de vous recommander le tact et la circonspection nécessaires dans un pareil rôle pour ne pas risquer de faire naître ou dégénérer les conflits.

C. de Freycinet.

*) Dasselbe lautet: Je me consulte avec le Gouvernement anglais en vue de prévenir désormais toute divergence entre M. Malet et vous dans les avis que vous pouvez être appelés à fournir.

Nr. 7853. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Räth, die Lösung der ägyptischen Krisis zu beschleunigen.

Cairo, May 7, 1882.

Nr. 7853.
Gross-
britannien.
7. Mai 1882.

My Lord, — With reference to my immediately preceding despatch of this day's date, I venture to observe, that in considering the form, in which the sentence of the court-martial should be dealt with by the Khedive, the bearing of the general situation should be taken into account. It should be remembered, that the present Ministry is distinctly hitherto bent upon diminishing the Anglo-French protection, and that, as a matter of fact, our influence is daily decreasing. It will not be possible for us to regain our ascendancy until the military supremacy which at present weighs upon the country is broken. || The Minister for Foreign Affairs told me this morning, unofficially, that the Government would resist the arrival of Turkish Commissioners by force, and he begged me to use my influence to prevent this complication. || I believe, however, that some complication of an acute nature must supervene before any satisfactory solution of the Egyptian question can be attained, and that it would be wiser to hasten it than to endeavour to retard it, because the longer misgovernment lasts the more difficult it is to remedy the evils which it has caused. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7854. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Botschafter über die türkische Intervention.

(Extract.)

Foreign Office, May 8, 1882.

Nr. 7854.
Gross-
britannien.
8. Mai 1882.

The French Ambassador called upon me this afternoon, and spoke to me at some length on the subject of Egyptian affairs. || He said, that he had received from M. de Freycinet an explanation of his reasons for objecting to Turkish intervention, which he was disposed to consider as the worst of all the methods of applying force. M. de Freycinet did not see in what way any limits could be set to a mandate so vague as that of „restoring order”. An occupation for this object might be indefinitely prolonged. || M. de Freycinet thought indeed, said M. Tissot, that in not at once declaring resolutely against any Turkish intervention, Her Majesty's Government were rendering such intervention inevitable. The best means, in M. de Freycinet's opinion, of making that mission effectual would be to let it be known at once at the Porte, that in no case would its troops be allowed to intervene; in one word, that the projected mission is in no way the preface for a military expedition. || I repeated to M. Tissot, that it must not be supposed that Her Majesty's Government were in favour of Turkish military intervention; they saw, on

the contrary, the gravest objection to military intervention in any form. It was true, that they were disposed to regard Turkish intervention as that which offered fewest objections if intervention became absolutely necessary; but they in no way concealed from themselves, that it would have serious inconveniences, and among the reasons for deprecating it not the least was the feeling with regard to it which was entertained in France. || Our proposal for the mission of the three Generals was made with the idea, that it might avert the necessity of employing force. || As regards the suggestion, that we should at once declare to the Porte that Turkish intervention would not be allowed, I said that we had never encouraged the Porte to contemplate intervention. Our language had been in a contrary sense. But we wished to hold ourselves free, if the necessity arose, to consider all possible forms of intervention, and to choose that which was accompanied by the fewest inconveniences and risks. || I added, that our desire was, as it had always been, to maintain the tie between Turkey and Egypt, to avoid the surrender of any of the liberties which the Sultans had themselves granted to the latter country, and to maintain the *status quo* in regard to its administration so far as this was compatible with the course of events. This was the language which it was my intention to hold to Musurus-Pasha, who, I understood, was desirous of seeing me, and who was sure to ask for an expression of my views.

Nr. 7854.
Gross-
britannien.
8. Mai 1882.

Nr. 7855. **FRANKREICH.** — Généralconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Der Khedive hat, ohne das Ministerium zu befragen, die Frage der Urtheilsbestätigung dem Sultan unterbreitet.

Le Caire, le 8 mai 1882.

Le Président du Conseil sort de chez moi. Il m'a exposé officiellement ce qui suit: || "Le Khédive a envoyé à la Porte, sans consulter les Ministres, un télégramme par lequel il se soumet à ses ordres en ce qui concerne l'affaire des officiers comme en toute autre affaire. Il peut se faire que la Porte grâcie les prévenus ou envoie une commission pour reviser le procès. Or, il est à remarquer que les firmans des généraux sont toujours envoyés en blanc au Khédive. Les muchirs seuls sont nommés directement par le Sultan. La France tolérera-t-elle cette ingérence de la Porte dans les affaires de l'Égypte? Les Ministres sont disposés à s'opposer à toute mesure qui tendrait à ravalier l'Égypte au rang d'un simple vilayet." || Je me suis abstenu de répondre et de laisser pressentir une opinion quelconque. J'ai demandé à réfléchir.

Nr. 7855.
Frankreich.
8. Mai 1882.

Sienkiewicz.

Nr. 7856. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen der Westmächte mit der Türkei.

(Extract.)

Constantinople, May 9, 1882.

Nr. 7856.
Gross-
britannien.
9. Mai 1882.

Your Lordship has been informed by telegraph, that the Sultan had inquired of the German, Austrian and Italian Embassies whether their respective Governments would not interest themselves on behalf of Osman Refki-Pasha and other officers. || On the 5th instant I had the honour to inform your Lordship, that an answer to this question had been received from the above-mentioned Powers, and which appears to have been drawn up in terms almost identical, and is to the following effect — namely, that they had not sufficient information as to the circumstances of the case to admit of their taking any action in the matter; that they hoped, that any remonstrances which His Majesty the Sultan might consider it expedient to address to the Khedive would not take the form of direct intervention in the Government of Egypt; that they had at the same time full confidence in the prudence and wisdom of the Sublime Porte, and were convinced that it would take no step to trouble European tranquillity, especially if it took the precaution of assuring itself of the disposition of the two Western Powers. The last phrase, I am told, was couched in very vague terms.

Nr. 7857. RUSSLAND. — Min. d. Ausw. (Giers) an den russ. Botschafter in Paris. — Deutschland, Oesterreich und Russland erkennen das hervorragende Interesse Frankreichs und Englands in Aegypten an.

Saint-Pétersbourg, le 29 avril/11 mai 1882.

Nr. 7857.
Russland.
11. Mai 1882.

Le Cabinet de Berlin, d'après ce que Schweinitz m'a communiqué, pense qu'il faut, avant tout, en vue des complications en Egypte, ménager l'entente des puissances et ne pas entraver l'action des Anglais et des Français qui sont plus directement intéressés, en admettant coopération des autres puissances. || Ce point de vue est partagé à Vienne, et le Cabinet Impérial y adhère également, pourvu qu'il ne soit porté aucune atteinte aux intérêts des autres puissances par l'action de la France et de l'Angleterre.

Giers.

Nr. 7858. **FRANKREICH.** — Aus der Rede Freycinet's, gehalten in der Deputirtenkammer am 11. Mai 1882 in Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Ville-neuve.

Il est certain que nous sommes en présence d'une situation d'un caractère absolument révolutionnaire. C'est un Ministère en insurrection contre le Chef de l'État, et qui espère trouver des points d'appui autour de lui. || Mon premier soin, vous devez le penser, a été de me mettre immédiatement en rapport avec l'Angleterre, sans laquelle la France n'est pas habituée à marcher en Égypte, parce que, depuis de longues années, un accord intime s'est établi entre les deux Puissances, et que jusqu'ici, je n'hésite pas à le dire, cet accord a porté les meilleurs fruits. (Vive approbation.) || C'est ce matin seulement que les nouvelles sont arrivées. Immédiatement j'ai avisé par le télégraphe notre Ambassadeur à Londres; et j'attends sa réponse, afin de voir dans quelle direction devra s'orienter la politique que nous aurons à suivre ultérieurement.

Nr. 7858.
Frankreich.
11. Mai 1882.

Quant à la direction générale de cette politique, je n'ai aucune espèce de difficulté à l'indiquer en termes sommaires. (Mouvement général d'attention.)

Nous sommes préoccupés, et nous l'avons toujours été, de deux choses: en premier lieu, conserver à la France la situation particulière, la situation privilégiée, justement privilégiée, qu'elle a en Égypte . . . (Très bien! très bien!), l'influence prépondérante que lui ont acquise les concours de toute nature qu'elle a prodigués à ce pays depuis plus d'un siècle, l'influence que lui assure la présence d'une colonie Française, qui porte haut et ferme et avec dignité le drapeau de la patrie. (Applaudissements.) || Cette colonie, qui est en quelque sorte la sentinelle avancée de la France en cette partie de la terre d'Afrique, nous impose des devoirs d'une nature toute particulière, auxquels nous sommes très décidés à ne jamais faillir. (Nouveaux applaudissements.)

J'ajoute — et c'est là la seconde partie de l'objectif auquel tend notre politique — que nous avons à coeur de maintenir l'indépendance de l'Égypte telle que les Firmans reconnus par les Puissances de l'Europe l'ont établie. (Très bien! très bien! et applaudissements.) || Nous ne souffrirons pas, en tant que cela peut dépendre de notre action, qu'aucune atteinte soit portée à ces Firmans. Nous ne souffrirons pas que, de quelque crise que ce soit, l'Égypte puisse sortir moins libre et moins indépendante qu'elle ne l'est aujourd'hui. (Vifs applaudissements.) || En ce qui nous concerne, nous ne souscrirons à aucune démarche, à aucune négociation, à aucun arrangement duquel, je le répète, l'Égypte pourrait sortir moins indépendante qu'elle ne l'est à cette heure. || Vous savez, Messieurs, en quoi consiste cette indépendance de l'Égypte: elle relève de la Porte en ce qui concerne le choix du Souverain, lorsque la succession ne peut, par suite des événements, suivre l'ordre prévu ou qu'on croit devoir y déroger. Son indépendance est encore restreinte sur quelques

Nr. 7858.
Frankreich.
11. Mai 1882.

points. Ainsi, son armée ne peut dépasser un certain chiffre; il lui est interdit d'avoir sur mer des navires cuirassés; le Khédive ne peut conclure de Traités de paix ou de guerre avec d'autres nations. || Mais, en dehors de ces points spéciaux, sa liberté d'action est complète, son état intérieur dépend absolument des dispositions qu'elle adopte; elle est libre de ses actes dans le domaine administratif, financier et économique. || C'est cette indépendance que nous entendons, pour ce qui nous concerne, respecter et faire respecter autant que cela dépendra de nous. (Vive approbation.)

Quant aux moyens que nous emploierons, ils sont également bien faciles à indiquer. Nous emploierons en premier lieu celui qui nous a réussi jusqu'à présent, c'est-à-dire l'accord intime avec l'Angleterre. (Nouvelle approbation.) Cet accord jusqu'ici ne nous a jamais fait défaut. Il y a dans les deux Cabinets un désir égal de voir cet accord se continuer. || De notre part, ce désir est absolument sincère, et je suis persuadé qu'il ne l'est pas moins de la part du Cabinet de Londres. J'ajoute que cet accord ne saurait être rompu tant que la ligne générale de notre politique, telle que je viens de la tracer, n'aura reçu aucune atteinte. Car, sur cette grande ligne de conduite que j'ai esquissée tout à l'heure, nous ne pouvons pas faire de concessions; nous nous devons à nous-mêmes, à nos traditions, à notre histoire, à notre dignité, de ne pas transiger sur ce qui est de la direction générale de notre politique. (Applaudissements.) || A côté de cet accord intime avec l'Angleterre, nous emploierons également la voie du concert Européen. Nous estimons que, lorsque les faits qui s'accomplissent en Égypte prennent une importance de nature à avoir un retentissement sur l'équilibre Européen — car il n'est pas indifférent, vous le sentez bien, Messieurs, que l'Égypte soit aux mains de telle ou telle Puissance — lorsque les faits qui s'accomplissent en Égypte ont des conséquences manifestement politiques, et que ces conséquences peuvent influer sur l'équilibre Européen, nous estimons que c'est le concert Européen qui doit prononcer; nous croyons qu'il ne serait point juste et qu'il serait imprudent que ces questions fussent discutées et réglées en dehors du concert de l'Europe. (Vifs applaudissements.) || Nous sommes donc disposés à nous entendre avec les Grandes Puissances pour la solution de la question Égyptienne, comme nous nous sommes entendus sur toutes les questions qui ont nécessité une modification plus ou moins considérable dans l'état des choses en Orient.

N'ayez nul souci, Messieurs, des conséquences que peut avoir cette consultation Européenne. Les Grandes Puissances sont unanimes à reconnaître que la situation de la France et de l'Angleterre est prépondérante en Égypte; elles le reconnaissent, elles le proclament, et elles ne font aucune difficulté d'abandonner aux deux Cabinets de Londres et de Paris la direction de cette politique. C'est donc un fait qui est aujourd'hui acquis — et ce fait a une immense portée au point de vue de la tranquillité future — c'est un fait acquis, dis-je, dans la solution de la question Égyptienne, que l'avis de la France et de l'Angleterre, d'accord entre elles, devra prévaloir. Loin donc

qu'il y ait un embarras ou un inconvénient quelconque dans cette consultation suprême de l'Europe, nous y trouverons, au contraire, une grande force pour faire face à toutes les éventualités qui pourraient se produire. (Applaudissements.) || Ces éventualités, quelles sont elles? Il est, vous le sentez, bien téméraire de l'indiquer, et il serait bien imprudent, bien coupable à un Ministre des Affaires Étrangères, de laisser même entrevoir quels sont les moyens qu'il pourra développer, dans les cas spéciaux qui pourront surgir. Il y a des paroles qu'il convient de ne pas prononcer à la tribune — (vif assentiment) — et, quand on a l'intention de faire prévaloir une politique, ce n'est pas en tenant à la tribune un certain langage qui pourrait engager l'amour-propre des Puissances auxquelles on a affaire. (Très bien!) Ce n'est pas ainsi qu'on parvient à son but — (très bien! très bien!) — c'est par des démarches soutenues, fermes, mais qui en même temps ne froissent pas la dignité des autres, pas plus que nous n'entendons laisser froisser la nôtre. (Vifs applaudissements.) || Je crois que la Chambre m'a compris, qu'elle sent que nous sommes en communion d'idées avec elle, avec le pays; nous sentons très bien ce que veut le pays dans cette question d'Égypte; nous en avons conscience, et vous pouvez être certains que nos résolutions et notre action seront à la hauteur des devoirs qui pèsent sur nous, et dont nous acceptons d'avance la responsabilité devant vous. (Applaudissements prolongés. M. le Président du Conseil, en retournant à son banc, est félicité par un grand nombre de Députés de la Gauche et du Centre.)

Nr. 7858.
Frankreich.
11. Mai 1882.

Nr. 7859. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Vorschläge des französischen Ministeriums zur Lösung der ägyptischen Krisis.

Paris, le 12 mai 1882.

Ce matin, le Conseil des Ministres a unanimement approuvé et m'a autorisé à vous transmettre la combinaison suivante dont j'ai entretenu Lord Lyons et que je vous prie de proposer immédiatement à Lord Granville:

Nr. 7859.
Frankreich.
12. Mai 1882.

1^o La France et l'Angleterre enverraient chacune six bâtiments suffisamment légers pour pénétrer dans le port d'Alexandrie. En ce qui nous concerne, nous enverrions deux cuirassés moyens, trois avisos et une canonnière. Trois de ces six navires, savoir un cuirassé, un aviso et la canonnière pourraient être à Alexandrie lundi. Les trois autres n'y seraient que mercredi ou jeudi. Nous croyons très désirable que les trois premiers navires tout au moins arrivent conjointement avec les trois navires anglais, de manière à ce que l'accord complet des deux pays éclate à tous les yeux. || De plus, nous enverrions un septième navire léger à Suez, ainsi que le suggère Lord Granville. || Les ordres devraient être donnés immédiatement. D'autre part et par surcroît de prudence, nous télégraphions à M. Sienkiewicz pour savoir si

Nr. 785^a.
Frankreich.
12. Mai 1882.

l'apparition de nos navires à Alexandrie serait de nature à faire naître quelque danger pour nos nationaux. Je ne le pense pas. En tous cas, nous serons renseignés à temps et rien n'empêche de procéder dès maintenant à l'exécution des mesures susdites.

2^o Les deux Cabinets de Paris et de Londres télégraphieraient à leurs Ambassadeurs à Constantinople pour inviter la Porte à s'abstenir quant à présent de toute intervention ou ingérence en Egypte.

3^o Les deux Cabinets télégraphieraient également à leurs Ambassadeurs auprès des quatre grandes Puissances (Allemagne, Autriche, Italie et Russie) pour faire connaître à celles-ci l'envoi des navires et les prier d'adresser à leurs Ambassadeurs à Constantinople des instructions analogues à celles des Ambassadeurs de France et d'Angleterre.

4^o Le Cabinet français reconnaît que dans les circonstances actuelles et eu égard à ce que Tewfik a agi dernièrement sur le conseil de la France et de l'Angleterre, ces deux Puissances ont le devoir strict de le soutenir autant que les circonstances le comporteront. Par conséquent, nous coopérerons loyalement et sans aucune arrière-pensée avec Lord Granville dans ce sens.

5^o Nous continuons à être opposés à l'intervention turque. Mais nous n'appelons pas intervention le cas où des forces turques seraient appelées par nous en Egypte et y opéreraient sous notre contrôle pour un but et dans des conditions que nous aurions nous-mêmes déterminés.

6^o En conséquence, dans le cas où, après l'arrivée de nos navires à Alexandrie, nous jugerions utile de faire débarquer des troupes, nous ne recourrions ni à des troupes anglaises, ni à des troupes françaises, mais nous ferions appel à des troupes turques, dans les conditions ci-dessus spécifiées.

7^o Nos Consuls généraux auraient pour instructions de ne reconnaître comme légale que l'autorité de Tewfik et de n'entrer en relations avec tout autre Gouvernement de fait qu'afin d'assurer la sécurité de nos nationaux.

Je ne considérerais pas comme opportun l'envoi actuel de commissaires: 1^o parce que l'incertitude où nous sommes des diverses éventualités qui peuvent surgir conduirait à donner à ces commissaires un mandat en blanc, ce qui serait dangereux pour la responsabilité des deux Gouvernements; 2^o parce que la rédaction nécessairement très délicate d'instructions correspondant à des éventualités aussi compliquées, et la communication de ces instructions aux grandes Puissances, en vue d'un concert général, prendrait un temps assez long et que dans mon opinion, qui est, du reste, la même que celle de Lord Granville, il est indispensable d'agir très rapidement.

Je vous prie de vous concerter sans délai avec Lord Granville et de lui représenter avec beaucoup de force l'intérêt capital qu'il y a pour la bonne solution de cette grave affaire à ce que nos deux pays marchent en parfait accord et à ce que cet accord se manifeste d'une manière indéniable.

C. de Freycinet.

Nr. 7860. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — England erkennt einen vorwiegenden Einfluss Frankreichs in Aegypten nicht an.

Foreign Office, Mai 12, 1882.

My Lord, — I told the French Ambassador this evening, that questions would be addressed to me in the House of Lords on Monday next on the subject of the language reported to have been used by M. de Freycinet in the Chamber of Deputies yesterday as to the preponderating influence of France in Egypt. I said, that I did not ask for any explanations, as I thought it out of place for a Foreign Secretary to make explanations in regard to language used by a member of a foreign Government in Parliament, but that it might be useful that I should receive any explanations which he might be able to offer, and which might relieve me from the necessity of asserting in the most positive manner, that we refused to acknowledge the existence of any such preponderance. || M. Tissot said, that he imagined that there had been some mis-report. || I am, &c.

Nr. 7860.
Gross-
britannien.
12. Mai 1882.

Granville.

Nr. 7861. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Zustimmung zu den französischen Vorschlägen vom 12. Mai.

Foreign Office, May 13, 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have had under their consideration your Excellency's despatch of the 12th instant, and I have now to request, that you will inform the French Government:

Nr. 7861.
Gross-
britannien.
13. Mai 1882.

1. Her Majesty's Government concur in the proposal to send ships of war to Alexandria and one French and one English vessel to Suez. Instructions have been sent by the Board of Admiralty for three ships of war to be at once in readiness to proceed to Alexandria; but the vessels have been directed to proceed to Suda-Bay to await orders.

2. Her Majesty's Government will telegraph to the British Ambassador at Constantinople to request the Porte to abstain for the present from all intervention or interference in Egypt; but they think it desirable to instruct his Excellency to intimate in guarded language, that it is not improbable that further propositions may be made hereafter to the Porte.

3. The instructions proposed by the French Government shall be at once sent to Her Majesty's Representatives at Rome, Berlin, St.-Petersburgh and Vienna. Her Majesty's Government would, however, wish, that your Excellency should suggest to the French Government whether, in view of the very large force which it is proposed should be dispatched to Alexandria by England

Nr. 7861. and France, it might not be as well, if not inconsistent with the other objects
Gross- which M. de Freycinet has in view, that the other Powers, including Turkey,
britannien. should be invited to have their flags represented.
13. Mai 1882.

4. It is, in the opinion of Her Majesty's Government, undoubtedly the bounden duty of the two Governments to support the Khedive under present circumstances, and they gladly welcome the loyal co-operation tendered by the French Government.

5. Her Majesty's Government concur in the 5th, 6th and 7th proposals of the French Government, and they are ready to defer to the objections of the French Government to the mission of the three Generals at the present moment. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7862. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Instructionen bei Entsendung des Geschwaders*).

Paris, le 14 mai 1882.

Nr. 7862. J'ai reçu le télégramme par lequel vous m'informez que le Gouvernement
Frankreich. anglais a accepté la proposition du Gouvernement français. Je me félicite de
14. Mai 1882. ce résultat qui resserre si heureusement l'entente entre les deux pays. Nous envoyons à la Sude, pour joindre la division anglaise, nos trois navires destinés à Alexandrie et qui attendaient les ordres au Pirée. Nous envoyons également un navire à Suez.

Nous croyons que la présence de l'escadre à Alexandrie aura une action efficace, même au Caire. En effet, il résulte des dernières communications de M. Sienkiewicz, qu'une grande irrésolution règne parmi les chefs du mouvement. L'arrivée de navires anglo-français en un pareil moment peut produire une sorte de désorganisation du parti révolutionnaire et rendre le Khédive maître de la situation.

Je serais d'avis d'informer immédiatement nos Agents au Caire dans les termes suivants: "Une escadre anglo-française se réunit à la Sude et entrera bientôt à Alexandrie. Nous nous réservons d'employer tels autres moyens que nous jugerons nécessaires pour faire respecter l'ordre et maintenir l'autorité du Khédive. Vous vous concerterez avec votre collègue pour faire de ce télégramme l'usage que les circonstances vous paraîtront demander."

Je propose de télégraphier à nos Ambassadeurs à Constantinople en ces termes: "A la suite des derniers événements survenus en Egypte, les Gouvernements de France et d'Angleterre ont décidé d'envoyer à Alexandrie une escadre qui se réunit en ce moment à la Sude. Afin de ne pas compliquer

*) Die Instructionen wurden in der hier von Freycinet vorgeschlagenen Form von beiden Regierungen erlassen.

la situation, il importe que le Gouvernement turc s'abstienne de toute intervention et de toute ingérence en Egypte. Je vous invite à lui faire des recommandations dans ce sens. Il serait désirable que vous puissiez laisser entrevoir au Sultan, en termes très modérés, qu'il ne serait pas improbable que d'autres propositions fussent faites plus tard à la Porte. Vous vous concerterez pour ces démarches avec votre collègue (d'Angleterre ou de France) qui recevra des instructions semblables." Nr. 7862.
Frankreich.
14. Mai 1882.

Je ne crois pas nécessaire de convier, dès à présent, les Puissances à envoyer des navires à côté des nôtres. Il me semble qu'il n'y a pas lieu de prendre une initiative qui tendrait à enlever à l'action anglo-française le caractère dirigeant que l'Europe lui reconnaît et paraît désireuse de lui laisser en Egypte. Je propose de télégraphier à nos Ambassadeurs à Berlin, Vienne, Rome et Saint-Petersbourg dans ces termes: "A la suite des derniers événements d'Egypte, les Gouvernements de France et d'Angleterre ont cru devoir se mettre d'accord entre eux pour envoyer à Alexandrie une escadre qui se réunit en ce moment à la Sude. Le but de cette démonstration est de fortifier l'autorité du Khédivé et de sauvegarder l'ordre de choses légal en Egypte que l'Europe a reconnu et au maintien duquel elle est intéressée. Afin de ne pas compliquer la situation, les deux Gouvernements ont cru devoir inviter leurs Ambassadeurs à Constantinople à recommander à la Porte de s'abstenir de toute intervention et de toute ingérence en Egypte, se réservant d'ailleurs de faire plus tard à la Porte d'autres propositions s'il y avait lieu. Nous serions heureux que le Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité voulût bien envoyer des instructions dans le même sens à son ambassadeur à Constantinople."

Je vous prie de faire tous vos efforts pour joindre aujourd'hui Lord Granville et lui donner connaissance de ce télégramme. Vous me télégraphierez aussitôt afin que je puisse envoyer des instructions en conséquence à nos agents.

C. de Freycinet.

Nr. 7863. FRANKREICH. — Generalconsul in Kaigo an den franz. Min. d. Ausw. — Aussöhnung des Khedive mit dem Ministerium.

Le Caire, le 15 mai 1882.

Dans l'impossibilité de constituer un nouveau Ministère, nous avons engagé le Khédivé à convoquer le Cabinet actuel. Le Khédivé écartera le différend qui existe entre lui et le Président du Conseil et invoquera la gravité des circonstances. Il nous est indispensable d'avoir un Ministère avec qui nous puissions traiter. La convocation aura lieu ce soir. || Un télégramme Havas annonçant l'arrivée des escadres française et anglaise a causé une très vive Nr. 7863.
Frankreich.
15. Mai 1882.

Nr. 7863. excitation parmi les officiers. Cependant Arabi-Pacha a déclaré à M. Monge
Frankreich. que les Européens n'avaient rien à craindre et seraient respectés.
15. Mai 1882.

Le Khédivé a reçu aujourd'hui un télégramme du Grand-Vizir disant que:
"la Porte, occupée des réformes à introduire en Anatolie, ne peut en ce moment
s'occuper des difficultés Egyptiennes. Quant au différend qui existe entre le
Khédivé et le Ministère, il est facile à aplanir". || Par un télégramme annexe
adressé aux Ministres Egyptiens, le Grand-Vizir leur enjoint de se réconcilier
avec le Khédivé. || Jamais, jusqu'à présent, le Grand-Vizir ne s'est directement
adressé aux Ministres. Le Khédivé n'a pas donné à ceux-ci, jusqu'à présent
du moins, communication de ce télégramme.

Sienkiewicz.

Nr. 7864. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
schafter in London. — Bedauern, dass die Ostmächte
nicht zur Cooperation aufgefordert sind.

Foreign Office, May 15, 1882.

Nr. 7864. My Lord, — I have received your Excellency's telegram of yesterday,
Gross- dated at 4 P.M., recording your communication to M. de Freycinet of my two
britannien. telegrams of the 13th instant on the subject of the French proposals for a
15. Mai 1882. joint action, and the steps taken thereupon by Her Majesty's Government,
and containing the further explanations and proposals of the French Govern-
ment in regard to the course to be pursued. || M. Tissot has made a similar
communication to me as that which your Excellency reports from M. de Frey-
cinet, and I have telegraphed accordingly to Cairo, Constantinople and Her
Majesty's Representatives at the other four capitals. || I have told the French
Ambassador, that Mr. Gladstone agrees with me in regretting that the other
Powers have not been invited to co-operate. || Her Majesty's Government think
this a mistake; but, as the French Government held absolutely to it, and as
they have gone so far to meet the views of Her Majesty's Government, they
have concurred in the course taken. || I also requested M. Tissot to inform
his Government of Sir E. Malet's telegram as to the desirability of Turkish
co-operation. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7865. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Bot-
schafter in Konstantinopel. — Hat die Pforte vor
selbständigen Schritten gewarnt.

Foreign Office, May 15, 1882.

Nr. 7865. My Lord, — the Turkish Ambassador called upon me this afternoon and
Gross- read to me a telegram from his Government of the tenour reported in Mr.
britannien.
15. Mai 1882.



Wyndham's telegram of yesterday's date, affirming the desire of the Porte for the maintenance of the *status quo* of order and of tranquillity in Egypt, alluding to the difficulties which have arisen between the Khedive and his Ministers, promising to inform the Powers if these difficulties should become more serious, expressing the regret with which the Turkish Government had learned the intention of England and France to send fleets into Egyptian waters, claiming the right of the Sultan, as the Sovereign of Egypt, to send troops or squadrons to that country, if such a measure became necessary, but stating that at present there did not appear to be any occasion for it. || I told Musurus-Pasha, that in deciding to send an English and French fleet to Alexandria we had no desire to derogate from the sovereign rights of the Sultan, but that the circumstances were pressing, and immediate action was necessary. Our desire was to maintain the *status quo*, and the other Powers had recognized our preponderating interests in Egypt. || I said, that any hasty or independent action on the part of the Porte at this moment could only have a prejudicial effect on the situation, and might possibly interfere with the execution of the favourable intentions we had towards Turkey in case of further eventualities. Her Majesty's Government and that of France had therefore instructed their Representatives at Constantinople to express a hope, that the Porte would refrain from any intervention or interference. || I am, &c.

Nr. 7865.
Gross-
britannien.
15. Mai 1882.

Granville.

Nr. 7866. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Instruction des englischen Admirals.

Foreign Office, May 15, 1882.

My Lord, — I have to state to your Excellency, that the following are the instructions which have been sent to the British Admiral in regard to a joint co-operation of the naval forces of the two countries in the present crisis in Egypt: — || "Communicate with the British Consul-General on arrival at Alexandria, and in concert with him propose to co-operate with naval forces of France to support Khedive and protect British subjects and Europeans, landing force, if required, for latter object, such force not to leave protection of ship's guns without instructions from home. You may, in concert with French, send a ship to Port Saïd if necessary to protect British subjects. Report all proceedings to the Admiralty." || I am, &c.

Nr. 7866.
Gross-
britannien.
15. Mai 1882.

Granville.

Nr. 7867. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Circular an die Consuln in Aegypten.

(Telegraphic.)

Cairo, May 16, 1882.

Nr. 7867.
Gross-
britannien.
16. Mai 1882.

I have telegraphed the following Circular to Consuls: —

“Inform the authorities, that the object of the Anglo-French naval expedition to Alexandria is of a friendly nature, and that no danger is to be apprehended provided public security is maintained, and the negotiations which ensue result in a satisfactory settlement of the questions pending between the Egyptian Government and the Powers.

Send above instructions to Consular authorities under you.”

Nr. 7868. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Generalconsul in Kairo. — Arabi ist persönlich verantwortlich zu machen.

Foreign Office, Mai 14, 1882.

Nr. 7868.
Gross-
britannien.
14. Mai 1882.

Sir, — I have to instruct you, if you think such a course judicious, to arrange with the French Agent to send for Arabi-Bey, and inform him that if there is a disturbance of order he will find Europe and Turkey, as well as England and France, against him, and will be held personally responsible. If, on the other hand, he remains loyal to the Khedive, his acts and person will be favourably regarded. || I have requested Her Majesty's Ambassador at Paris to communicate with the French Government with a view to obtain their concurrence in this instruction. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7869. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Die Versöhnung des Khedive mit dem Ministerium ist eine unbefriedigende Lösung.

Paris, le 16 mai 1882.

Nr. 7869.
Frankreich.
16. Mai 1882.

Je crains que la réconciliation qui vient de s'opérer ne produise pas des résultats durables. || J'aurais eu plus de confiance dans un acte d'autorité du Khédive, profitant de la présence de la flotte pour congédier le ministère et reconstituer le Gouvernement avec des hommes sur qui il puisse compter, par exemple, avec Chérif-Pacha. J'aurais volontiers admis, en ce cas, une amnistie générale avec la conservation des grades, mais sans commandements effectifs pour les généraux et colonels impliqués dans le mouvement. Une telle combinaison incontestablement plus digne, et, si elle eût réussi, infiniment plus stable, est-elle encore possible, après ce qui vient de se passer? Je vous prie de me télégraphier d'urgence votre sentiment. Dites-moi aussi quels sont les motifs d'urgence qui vous ont déterminé à favoriser l'arrangement actuel sans m'en référer.

C. de Freycinet.

Nr. 7870. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Berlin. — Die englisch-französische Flotte wird eventuell auch deutsche Staatsangehörige schützen.

Paris, le 17 mai 1882.

Vous avez eu raison de déclarer au Comte de Hatzfeldt*) que la protection de la flotte anglo-française ne se bornerait pas à nos nationaux, mais que, le cas échéant, elle s'étendrait à d'autres Européens et par conséquent aux nationaux allemands. Telle a toujours été, en effet, notre intention.

C. de Freycinet.

Nr. 7870.
Frankreich.
17. Mai 1882.

Nr. 7871. TÜRKEL. — Min. d. Ausw. an die türk. Botschafter bei den Grossmächten. — Protest gegen die Entsendung des englischen und französischen Geschwaders.

Constantinople, le 17 mai 1882.

(Télégraphique.)

Hier les Ambassadeurs de la Grande-Bretagne et de France sont venus me déclarer au nom de leurs Cabinets respectifs que, par suite des derniers événements de l'Égypte, leurs Gouvernements ont décidé d'envoyer à Alexandrie une escadre qui se réunit en ce moment dans le Baie Souda. Leurs Excellences ont ajouté qu'elles étaient en même temps chargées de recommander au Gouvernement Impérial de s'abstenir de toute intervention et ingérence en Égypte afin de ne pas compliquer la situation, et qu'une pareille mesure ne devait nullement porter atteinte aux droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan sur l'Égypte. || Par ma dépêche télégraphique du 14 mai, je vous ai exposé les vues et le désir du Gouvernement Impérial en présence de la situation actuelle de l'Égypte. Ces vues et ce désir se résument, je ne saurais assez le répéter, en notre ferme résolution de maintenir le *statu quo* et d'assurer l'ordre et la tranquillité dans cette province. || Partant de là, je considère comme un devoir impérieux pour moi d'énoncer ici en quelques mots les impressions qui ont résulté pour nous de la déclaration précitée des Ambassadeurs et les considérations d'un ordre plus élevé qui se rattachent aux droits et aux intérêts incontestables de l'Empire dans cette occurrence. || Si l'expédition navale décidée par les Gouvernements de la République Française et de la Grande-Bretagne n'a principalement en vue que la protection des intérêts des nationaux Français et Anglais, du moment que l'Égypte fait essentiellement partie de l'Empire Ottoman, c'est à ce dernier seul que le droit des gens et tous les principes internationaux imposent ce devoir et le fonctionnement régulier de l'Administration en Egypte. || Loin de nous la pensée de contester à la France et à l'Angleterre le droit d'exiger que les intérêts

Nr. 7871.
Türkei.
17. Mai 1882.

*) Der Bericht über diese Unterredung ist nicht publicirt.

Nr. 7871.
Türkei.
17. Mai 1882.

de leurs sujets soient sauvegardés; mais ce droit, qu'il me soit permis de le dire, ne saurait aller jusqu'à vouloir prendre elles-mêmes en main cette protection, et à envoyer dans ce but leurs escadres dans les eaux d'une contrée appartenant au Sultan, en face, d'ailleurs, de la détente survenue dans les affaires Egyptiennes. Nous ne voyons aucune raison primordiale de nature à provoquer une résolution aussi grave que celle d'une expédition navale; et, confiant dans la juste et bienveillante appréciation des Puissances, nous n'hésitons pas à ajouter ici que, même dans l'hypothèse de la nécessité d'un envoi de flotte, c'est encore à la Cour Souveraine qu'il appartiendrait uniquement et exclusivement de décider et de mettre à exécution les mesures opportunes, à la suite, bien entendu, d'un accord avec les Grandes Puissances. || Comme corollaire à cette pensée, je dirai également que, du moment que les Cabinets de St. James et de Paris, soucieux à juste titre, comme nous, de la sauvegarde de la paix générale et du maintien du *statu quo* en Egypte, ont cru devoir constater une telle nécessité, nous nous permettons de croire que, dans leurs sentiments de justice et d'équité impartiale, ils auraient voulu bien convenir avec nous que c'est encore par l'intermédiaire du Gouvernement Ottoman, et rien que par son intermédiaire, que les mesures d'apaisement et de la sauvegarde de ce même *statu quo* Egyptien devraient être concertées et appliquées. || Assurer, d'un côté, que les droits du souveraineté du Sultan ne recevraient aucune atteinte, et nous défendre, de l'autre, toute intervention, toute ingérence dans les affaires d'une province Ottomane, ne serait-ce pas là une contradiction qu'il serait difficile, sinon impossible, de concilier? Et cette contradiction n'aurait elle pas aussi forcément pour résultat de faire évanouir notre prestige en Egypte et de faire méconnaître nos conseils, de léser les droits souverains de Sa Majesté Impériale, d'ouvrir, enfin, un vaste champ aux envahissements subversifs et aux allures de toute sorte dans cette contrée, et ce, au préjudice des populations Egyptiennes qu'il est de notre devoir de protéger, et à l'encontre des sentiments loyaux et désintéressés de la France et de l'Angleterre? || La domination séculaire de Sa Majesté Impériale le Sultan sur l'Egypte, l'identité des moeurs, des lois, des institutions et, par dessus tout, le droit international, tout concourt à désigner l'action indépendante du Souverain légitime comme étant la seule capable d'écarter les froissements et les rivalités, de concilier tous les intérêts et de faire entendre la voix de la raison et de l'apaisement en Egypte. || Vous ne sauriez donc assez concentrer toute votre attention sur ce qui précède, et déployer tous vos efforts et votre tact habituel pour arriver à faire prévaloir nos raisons et nos droits auprès de son Excellence M. le Ministre des Affaires Etrangères, en lui donnant lecture de la présente dépêche et copie, s'il le désire, et écarter tout projet d'expédition navale étrangère dans les eaux Egyptiennes. || J'attends avec impatience le résultat favorable de vos démarches.



Nr. 7872. **FRANKREICH.** — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Die Pforte sieht in der Entsendung der Kriegsschiffe einen Eingriff in ihre Suzeränität.

Péra, le 18 mai 1882.

Cette nuit, à une heure, le Ministre des Affaires étrangères est venu chez moi. Il m'a communiqué une nouvelle circulaire qui vient d'être adressée aux Ambassadeurs ottomans près des grandes Puissances. Elle développe les arguments déjà mis en avant pour établir que l'envoi des bâtiments de guerre dans les eaux égyptiennes viole les droits du Sultan et porte atteinte à son prestige. || Saïd-Pacha est resté une partie de la nuit dans mon cabinet. Il a cherché à me convaincre par des arguments divers de l'atteinte que nous portions aux droits de son souverain, offrant toutes les satisfactions possibles à l'égard de l'Égypte, si la France et l'Angleterre consentaient à s'adresser au Gouvernement Impérial et faisaient suspendre la marche de leurs navires. Il a essayé ensuite, avec la plus vive insistance, d'obtenir mon intervention dans ce sens auprès de vous. Il m'a peint sous les couleurs les plus accusées les sentiments du Sultan et ne m'a pas dissimulé qu'il craignait que son maître ne prît de graves résolutions au moment où il apprendrait l'arrivée des vaisseaux réunis devant Alexandrie. Il m'a assuré que Sa Majesté avait donné l'ordre de se tenir prêts à tous les bateaux disponibles et de réunir le plus de troupes possible. || J'ai consenti, à la demande de Saïd-Pacha, à voir dans la matinée mon collègue d'Angleterre et à m'entretenir avec lui de la situation que le Ministre des Affaires étrangères venait de m'exposer. Je me suis tenu d'ailleurs sur la plus grande réserve, tout en n'épargnant rien pour l'engager à convaincre le Sultan. || J'ai été averti que la France et l'Angleterre avaient demandé aux autres Puissances d'employer ici leur influence. Il serait urgent que la démarche en question pût avoir lieu le plus tôt possible.

Nr. 7872.
Frankreich.
18. Mai 1882.

Noailles.

Nr. 7873. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Frankreich wird die Suzeränität des Sultans respectiren.

Paris, le 19 mai, 1882.

Essad-Pacha vient de me donner communication d'une circulaire en date du 17, par laquelle la Porte proteste contre la démonstration navale anglo-française, qu'elle considère comme attentatoire aux droits de suzeraineté du Sultan. Je lui ai répété les arguments que je vous ai déjà fait connaître. J'ai insisté sur ce que nous n'avions nullement l'intention d'accomplir des actes dépassant notre compétence, comme d'effectuer des opérations militaires en Égypte et d'en occuper le territoire. Nous n'avons pas davantage la pensée

Nr. 7873.
Frankreich.
19. Mai 1882.

Nr. 7873.
Frankreich.
19. Mai 1882.

de toucher au *statu quo* constitutionnel. Si un acte rentrant dans les prérogatives du souverain, ai-je-dit, devenait nécessaire, c'est au Sultan, naturellement, que nous aurions recours; nous lui demanderions de s'unir à nous et de résoudre la difficulté d'un commun accord. Nous n'agissons seuls actuellement, que parce que nos seuls intérêts, les intérêts des Européens sont en cause; les intérêts des Musulmans et les droits du Sultan n'ont pas été menacés par le désordre. On ne s'expliquerait donc pas que la Porte vint les protéger. En un mot, j'ai tâché d'établir que si la question s'élargissait, par suite des événements, et dépassait les proportions d'une protection des nationaux ou d'une sauvegarde de nos intérêts spéciaux, la coopération du Sultan se trouverait nécessairement amenée. J'espère que ces franches explications calmeront des susceptibilités qui ne reposent que sur un malentendu, et je vous autorise à faire entendre le même langage aux Ministres du Sultan.

C. de Freycinet.

Nr. 7874. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Generalconsul in Kairo. — Instruction des Commandanten des französischen Geschwaders.

Paris, le 19 mai, 1882.

Nr. 7874.
Frankreich.
19. Mai 1882.

L'Amiral Jauréguiberry a adressé au Commandant de l'escadre française à Alexandrie les instructions définitives ci-après: || „Une fois arrivé à Alexandrie, vous vous mettez en communication avec le Consul général, qui vous indiquera, s'il y a lieu, ce que vous pourrez avoir à faire pour donner un appui moral au Khédive. Vous vous abstenrez, jusqu'à instructions contraires, de tout acte matériel de guerre, à moins que vous ne soyez attaqué ou que vous n'ayez à protéger la sécurité des Européens.“ || Ces instructions ont été concertées avec Lord Lyons, et je ne doute pas que le Commandant anglais n'en ait reçu de semblables.

C. de Freycinet.

Nr. 7875. **FRANKREICH.** — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. — Deutschlands Politik in Konstantinopel.

Berlin, le 20 mai, 1882.

Nr. 7875.
Frankreich.
20. Mai 1882.

M. Busch, que j'ai vu aujourd'hui, en l'absence du comte de Hatzfeld, m'a dit que les instructions attendues ces jours derniers de Friedrichsruhe étaient arrivées à la Chancellerie Impériale; que le Gouvernement allemand demeurait fidèle au point de vue général adopté d'accord avec nous dans la question égyptienne, mais que néanmoins il ne croyait pas pouvoir appuyer officiellement à Constantinople le langage que nous tenions à la Porte, à cause de la

divergence de sentiments qui se manifeste à cet égard chez d'autres Gouvernements dont l'Allemagne désirait ne point se séparer; que d'ailleurs l'Allemagne s'emploierait à les ramener à une manière de voir plus conforme à la nôtre. Comme je m'enquerais de l'attitude de ces Gouvernements, le Sous-Secrétaire d'État m'a dit qu'à Pétersbourg et aussi à Vienne on avait éprouvé de la susceptibilité de voir les Puissances occidentales procéder à une démonstration navale au moment même où elles en donnaient avis aux autres Cabinets, au lieu de se consulter préalablement avec eux. || J'ai répondu à M. Busch que nous attachions surtout du prix à savoir que nous restions d'accord avec l'Allemagne touchant la ligne générale de conduite à suivre dans les affaires égyptiennes; que du moment, où elle reconnaissait que ces affaires devaient être résolues par l'initiative commune de la France et de l'Angleterre, nous n'avions pas à insister pour qu'elle donnât tels ou tels conseils à la Porte Ottomane; que si nous avions désiré qu'elle s'exprimât dans le même sens que nous à Constantinople, c'était dans la pensée qu'elle contribuerait ainsi à écarter les malentendus et à prévenir des complications, mais qu'il y avait là une question de convenance personnelle dont l'appréciation devait lui être réservée. || M. Busch m'a instruit alors d'une démarche pressante qu'avait faite auprès de lui l'Ambassadeur de Turquie à Berlin; elle avait pour objet de revendiquer au nom du Sultan le droit exclusif de rétablir, s'il y avait lieu, l'ordre troublé en Égypte et de prier l'Allemagne d'user de son influence afin de déterminer les Puissances occidentales à contremander l'envoi de leurs navires. Le Sous-Secrétaire d'État, tout en promettant d'en référer au Chancelier de l'Empire, avait, en son nom personnel, exprimé à Sadullah-Bey l'avis qu'il eût été préférable pour la Turquie de se rapprocher des Puissances maritimes et de chercher à régler, d'accord avec elles, la question d'Égypte. || Je remerciai M. Busch d'avoir tenu ce langage et je lui dis que, de notre côté, nous n'avions rien négligé pour apaiser les susceptibilités de la Porte Ottomane. Je lui résumai les assurances amicales et si parfaitement respectueuses des droits souverains du Sultan que vous avez données à Essad-Pacha et que le Marquis de Noailles a dû également faire entendre à la Porte. J'ajoutai quelques mots sur les inconvénients pratiques d'une immixtion de la Turquie dans les difficultés pendantes en Égypte au moment présent. J'exposai que la souveraineté turque, incontestée en principe, ne pouvait cependant s'exercer en fait dans les Etats du Khédivé que d'après certaines règles et certaines restrictions consacrées par les firmans et qu'il résultait de ces actes communiqués à l'Europe une sorte de régime constitutionnel spécial qui limitait l'usage direct des pouvoirs du Sultan. || M. Busch, sans nier la justesse de ce point de vue, me dit que d'après son expérience personnelle les discussions de principe et les distinctions de droits ne menaient guère à des résultats pratiques. || Il suggéra qu'il eût peut-être mieux valu ne pas soulever de semblables questions, nécessairement irritantes pour l'amour-propre du Sultan, en contestant à ce Prince l'exercice de ce qu'il considère comme son droit. Il me manifesta d'ailleurs

Nr. 7875. l'espoir que la Turquie, malgré l'humeur qu'elle paraissait ressentir en ce moment, ne prendrait aucune mesure pouvant la conduire à un conflit effectif avec les puissances occidentales et que la crise actuelle se terminerait sans complications nouvelles, grâce à l'apaisement qui s'était produit dans ce pays même.

Courcel.

Nr. 7876. FRANKREICH. — Generalconsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Telegramm der Pforte an den Khedive.

Le Caire, le 22 mai 1882.

Nr. 7876. La Porte vient d'adresser au Khédive le télégramme suivant le 21 de ce mois: || Les deux Puissances, ainsi que les quatre Puissances, ont assuré à Sa Majesté qu'elles ne toucheront pas à ses droits de souverain. || „L'envoi des navires anglo-français à Alexandrie n'est qu'une simple excursion pareille à celles qui ont lieu chaque année. Ni la Porte, ni les quatre Puissances n'ont d'ailleurs été avisées du mouvement des escadres des deux Puissances. Aussi l'arrivée des navires à Alexandrie ne nous inquiète pas, vu que dans peu de jours ils partiront. Dans le cas où les deux Puissances auraient de propositions à faire, elles doivent s'adresser directement à la Porte; alors la Porte très certainement sauvegardera ses droits, et, comme nous avons pleine confiance dans votre dévouement et votre loyauté, nous sommes sûrs que vous respecterez les firmans.”

J'ai demandé au Khédive ce qu'il pensait de cette communication. Il a évité de répondre. Mon collègue se taisant, j'ai dit au Khédive: „Tout dernièrement Votre Altesse a déclaré aux Ministres qui l'interrogeaient sur la possibilité d'un arrangement qu'elle attendait les instructions de la Porte. || Sultan-Pacha vient de me donner cette nouvelle. || Je ferai observer à Votre Altesse que les questions qui s'agissent ici ne peuvent en aucune manière blesser la susceptibilité de la Porte; elles rentrent dans les limites tracées par les firmans. Je ne puis que conseiller à Votre Altesse de considérer comme nulle et non avenue la seconde partie de la lettre du Sultan.” La conclusion de cette conférence a été que le Khédive ne donnerait aucune suite à la seconde partie de la dépêche de la Porte, mais que M. Malet et moi insisterions auprès de nos Gouvernements pour obtenir que celle-ci fasse connaître au Khédive qu'elle est en parfait accord ou au moins en bonne intelligence avec les deux Puissances. Il est à noter que l'influence de la Porte est considérable ici. Chaque parti s'abrite derrière son autorité. M. Malet m'a donné communication d'un télégramme de l'Ambassadeur d'Angleterre à Berlin, en date du 19. Il en résulte que ni l'Allemagne, ni l'Autriche, ni la Russie ne donneront d'instructions à leurs agents. Les Puissances considèrent l'incident égyptien comme entièrement terminé.

Sienkiewicz.



Nr. 7877. **FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN.** — Die Min. d. Ausw. an die betreffenden Botschafter in Berlin, Konstantinopel, St.-Petersburg, Rom und Wien. — Gründe der Entsendung der Kriegsschiffe nach Alexandrien.

Paris, le 23 mai 1882.

Ainsi que mon télégramme du 15 vous en a informé, les deux Gouvernements de France et d'Angleterre ont envoyé une escadre à Alexandrie. Les événements qui ont motivé cette détermination ont été si brusques, le danger qui semblait menacer nos nationaux si pressant, que le temps nous a matériellement manqué pour nous concerter au préalable avec les autres Puissances. Depuis lors, une réconciliation s'est faite au Caire; mais outre qu'elle ne semble pas de longue durée, la nouvelle nous en est parvenue après que nos navires étaient déjà en marche. || Personne n'a pu se méprendre sur le caractère et le but de cette démonstration; les déclarations faites au Parlement de Paris et de Londres ont prévenu tout doute à cet égard. Nous sommes allés en Égypte, non pour faire prévaloir une politique égoïste et exclusive, mais pour sauvegarder, sans distinction de nationalités, les intérêts des diverses Puissances européennes engagées dans ce pays, ainsi que pour maintenir l'autorité du Khédive telle qu'elle a été établie par les firmans du Sultan reconnus de l'Europe. Les deux Gouvernements ne se sont jamais proposé de débarquer des troupes, ou de recourir à une occupation militaire du territoire. Notre intention est, aussitôt que la tranquillité sera rétablie, et l'avenir assuré, de laisser l'Égypte à elle-même et de rappeler nos escadres. || Si contrairement à notre attente une solution pacifique ne peut être obtenue, nous nous concerterons avec les Puissances et avec la Turquie sur les mesures qui auront apparu à nous et à l'Angleterre comme les meilleures. || Je vous prie de lire la présente dépêche au Ministre des Affaires étrangères, et de lui en laisser copie s'il le désire.

Nr. 7877.
Frankreich
und
Gross-
britannien
23. Mai 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7878. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Kairo. — Antwort auf das Circular der Pforte vom 17. Mai.

(Telegraphic.)

Foreign Office, May 23, 1882, 4:50 p.m.

Porte's Circular of 17th. || In sending ships to Alexandria, Her Majesty's Government had no intention of interfering with the Sultan's rights by carrying on military operations in Egypt or occupying the country, nor any idea of altering the constitutional *status quo*. || If the exercise of the Sovereign's authority should become necessary, the two Powers would naturally have recourse to the Sultan, and ask him to join with them in settling the difficulty by a

Nr. 7878.
Gross-
britannien.
23. Mai 1882.

Nr. 7878.
Gross-
britannien.
23. Mai 1882. common agreement. || England and France have acted alone, because only their interests and those of Europeans were in danger. || Neither Mussulman interests nor the rights of the Sultan were threatened, and there seemed, therefore, to be no reason for Porte to take steps to protect them. || If we had to carry our action beyond the protection of Europeans and the maintenance of our special interests, we should necessarily resort to co-operation of the Sultan. || I hope this explanation will calm Porte's susceptibilities aroused by a misunderstanding of our motives. || Speak to Turkish Minister for Foreign Affairs in this sense. French Ambassador has had similar instruction.

Nr. 7879. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Das Ministerium weigert sich, zu demissioniren.

Cairo, May 23, 1882.

Nr. 7879.
Gross-
britannien.
23. Mai 1882. My Lord, — I have the honour to report to your Lordship, that a change for the worse has taken place in the state of affairs. The President of the Council has replied to the proposal of the President of the Chamber, that the Ministry should retire, that it will not do so as long as the squadrons are kept at Alexandria. || Yesterday my French colleague received the visit of Arabi-Pasha, and explained to him the necessity of the Ministry resigning and of himself leaving Egypt. After two hours' conversation, the Minister of War said, that in the evening he would give his answer. || The French Consul went to receive it, and Arabi-Pasha told him, that he must refuse either to retire from his position or from the country. A native Colonel present said aloud before M. Monge, that the officers would hew Arabi in pieces if he deserted them. || It has been to-day decided in a Cabinet Council, that the Government will reply to any official demands from us that they do not admit the right of the English and French Governments to interfere in such a question, and that they recognize no ultimate authority but that of the Sultan. || The President of the Chamber informed my French colleague to-day that he can no longer rely upon the Deputies, on account of the feeling against the intervention of the two Powers which is now gaining ground. || M. Sienkiewicz and I hesitate, therefore, to make an official demand to the Ministers, which we know beforehand will be met with a refusal, until we are in a position to declare what would be the consequences of such a refusal, and I accordingly venture to beg your Lordship to favour me with further instructions. || The present situation has been brought about by the Ministers and the people persisting in a belief, that the two Powers will not dispatch troops, and that the opposition of France renders a Turkish intervention impossible. || In the meanwhile military preparations are being carried on, and fanatical feeling against foreigners is sedulously fostered. || I am still of opinion that, if the Sultan declares himself at once, and if it be known that troops are ready to

be dispatched, we may succeed without the necessity for landing them. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 7879.
Gross-
britannien.
23. Mai 1882.

Nr. 7880. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Türkische Intervention erforderlich.

(Telegraphic.)

Foreign Office, May 24, 1882, 3.5 P.M.

Tell M. de Freycinet, that the news from Cairo is disquieting. Time is allimportant. Propose to him that the two Governments should telegraph a Circular to the Powers requesting them to join in asking the Sultan to have troops ready to send to Egypt under strict conditions.

Nr. 7880.
Gross-
britannien.
24. Mai 1882.

Nr. 7881. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Der Ministerrath hat die türkische Intervention abgelehnt.

Paris, le 27 mai 1882.

Je viens de soumettre au Conseil la proposition de Lord Granville. Conseil a été unanime à penser que rien, dans la situation actuelle, ne justifierait un appel à des troupes turques. Une note a été remise par les Consuls généraux le 25; le Ministère vient de donner sa démission, les éléments de résistance sont en voie de désorganisation; il y a tout intérêt à attendre la suite des événements. Il nous paraît impossible que Lord Granville ne soit pas frappé de la justesse de ces considérations et que, tenant compte des derniers événements accomplis au Caire, il ne reconnaisse lui-même l'inutilité de la démarche à laquelle il nous avait d'abord conviés.

Nr. 7881.
Frankreich.
27. Mai 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7882. GROSSBRITANNIEN. — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Demission des Ministeriums.

(Telegraphic.)

Cairo, May 27, 1882, 8.30 A.M.

The following has been published by the outgoing Ministry: —

“Le Caire, le 26 Mai, 10.30 soir.

Le Président du Conseil a remis ce soir à 10 heures, entre les mains de Son Altesse le Khédivé, les documents suivants: —

Nr. 7882.
Gross-
britannien.
27. Mai 1882.

Le Caire, le 26 Mai, 1882.

Monseigneur, — A l'arrivée de l'escadre Anglo-Française à Alexandrie, votre Altesse nous avait informés qu'elle avait écrit à Constantinople pour demander des instructions, et nous attendions la réponse de la Cour suzeraine

Nr. 7882. lorsque les Consuls-Généraux de France et de Grande-Bretagne ont remis au
 Gross-Président de votre Conseil des Ministres leur note du 25 Mai. Sur l'ordre
 britannien. donné par votre Altesse nous nous sommes réunis en Conseil et à la suite de
 27. Mai 1882. cette réunion nous avons préparé la réponse ci-jointe. Lorsque nous nous
 sommes rendus auprès de votre Altesse pour lui demander son avis, elle nous
 a déclaré qu'elle avait accepté la note des Représentants de la France et de
 la Grande-Bretagne. Cette acceptation est contraire à l'avis unanime de votre
 Conseil des Ministres. Attendu qu'admettre l'intervention de Puissances étran-
 gères dans cette affaire constitue une atteinte aux droits de Sa Majesté Im-
 périale le Sultan, nous avons en conséquence l'honneur de remettre à votre
 Altesse notre démission collective. Nous avons l'honneur d'être, Monseigneur,
 de votre Altesse les très humbles et très obéissants serviteurs.

Mahmoud Samy.	Abdallah Fikri.
Moustapha Fehmy.	Hassan Cherei.
Ahmed Arabi.	Ali Sadik.
Mahmoud Fehmy.	

Le Caire, le 26 Mai, 1882.

En réponse à la note présentée le 25 Mai au Président du Conseil par MM. les Agents et Consuls-Généraux de France et de Grande-Bretagne, le Ministre des Affaires Étrangères de Son Altesse le Khédive a [*sic*] l'honneur d'exposer ce qui suit hier soir en présence des Ministres réunis en Conseil. Son Excellence Sultan-Pacha a déclaré s'être borné à répéter au Président du Conseil une conversation qu'il avait eue avec M. l'Agent et Consul-Général de France et n'avoir jamais pris l'initiative de proposition qu'il ne lui appartenait de présenter, ni en son nom personnel, ni en sa qualité de Président de la Chambre actuellement en vacances. Les recommandations contenues dans la note remise par MM. les Agents et Consuls-Généraux de Grande-Bretagne et de France touchant à des questions d'ordre intérieur appartenant au domaine administratif dans lequel les Grandes Puissances ont bien voulu reconnaître toujours la liberté d'action du Gouvernement Égyptien, le Gouvernement de Son Altesse le Khédive ne pourrait entrer en discussion sur ces points sans mettre en question les Firmans Impériaux et les Traités internationaux qui ont fixé la situation particulière de l'Égypte, et sans compromettre par suite les lois constitutives du pays, qui sont la première garantie du *status quo* politique. Le Gouvernement de Son Altesse le Khédive sera toujours heureux de suivre les conseils bienveillants que lui donneront les Représentants de la France et de la Grande-Bretagne; mais il regrette de ne pouvoir en cette circonstance déférer avec son empressement habituel aux désirs exprimés dans la note précitée. Si les Gouvernements de la France et de la Grande-Bretagne étaient d'avis que la question soulevée par la note de leurs Agents Diplomatiques au Caire n'intéresse pas exclusivement l'ordre intérieur, mais touche à la politique générale, c'est à la Puissance sous la suzeraineté de laquelle est placée l'Égypte, c'est à la Turquie qu'il conviendrait de soumettre l'affaire."

Nr. 7883. FRANKREICH. — Generalkonsul in Kairo an den franz. Min. d. Ausw. — Doppeltes Spiel der Pforte.

Le Caire, le 27 mai 1882.

Au Caire, les généraux et les officiers supérieurs de la garnison viennent de déclarer au Khédivé qu'ils protestaient contre la démission d'Arabi-Pacha. Nr. 7883. Frankreich. 27. Mai 1882. Ils lui ont fait connaître en même temps qu'ils n'acceptaient point la note, mais que si un personnage muni des instructions de la Porte venait au Caire, ils s'inclineraient devant l'autorité du Sultan. || Le Khédivé, d'autre part, a reçu un télégramme de félicitations du Grand-Vizir à l'occasion de la démission du Ministère. || Le jeu double de la Porte est de toute évidence. Il est à remarquer que les officiers se servent des mêmes termes que ceux employés dans le télégramme de la Porte dont j'ai dernièrement transmis le texte à Votre Excellence.

Les officiers cherchent à effrayer les Européens. Ce n'est qu'une manœuvre. La tranquillité est complète.

Sienkiewicz.

Nr. 7884. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Aufforderung an den Sultan, das ägyptische Ministerium zu desavouieren.

Paris, le 28 mai 1882.

Il ne vous aura pas échappé que, dans la communication adressée le 26 mai au Khédivé par le Président du Conseil des Ministres, ainsi que dans la note remise la veille aux Consuls généraux de France et d'Angleterre, il a été fait mention du nom et des droits du Sultan dans des conditions qui impliqueraient l'idée que Sa Majesté Impériale prend parti en faveur du Ministère contre le Khédivé. Nos dépêches nous signalent que telle est l'interprétation qu'on donne en Égypte à ces déclarations et que les difficultés actuelles en sont considérablement accrues. Sa Majesté ne voudra certainement pas qu'il soit fait ainsi abus de son nom et de l'autorité qui s'y attache, en vue de prolonger une agitation funeste. Désireuse, comme nous, d'une prompt pacification, Sa Majesté jugera nécessaire, nous en sommes convaincus, de prévenir les effets d'une semblable manœuvre, en télégraphiant au Caire pour la blâmer publiquement, désapprouver la conduite des Ministres démissionnaires, affirmer l'autorité du Khédivé et mander à Constantinople Mahmoud-Pacha et les trois chefs militaires, Arabi-Pacha, Ali-Pacha Fehmy et Abdel-Al-Pacha, afin de les mettre en demeure d'expliquer leur langage et leur attitude. Lord Dufferin reçoit des instructions dans le même sens. Nr. 7884. Frankreich. 28. Mai 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7885. **FRANKREICH.** — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. — Deutschland unterstützt die Schritte der Westmächte bei dem Sultan.

Berlin, le 30 mai 1882.

Nr. 7885.
Frankreich.
30. Mai 1882.

Le Chancelier de l'Empire a autorisé M. Busch à télégraphier à Vienne, à Pétersbourg et à Rome qu'il était d'avis de prêter à la France et à l'Angleterre le concours que les deux Puissances ont demandé aux autres Cabinets et de conseiller au Sultan d'accorder publiquement son appui à Tewfik-Pacha contre les Ministres qui ont méconnu l'autorité khédiviale.

Courcel.

Nr. 7886. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Vorschlag einer Conferenz.

Paris, le 30 mai 1882.

Nr. 7886.
Frankreich.
30. Mai 1882.

L'espoir d'une solution pacifique due uniquement à l'influence morale de nos escadres et aux bons offices de nos Agents au Caire ne me paraît pas pouvoir être raisonnablement conservé. Dès lors, il y a lieu, conformément aux prévisions de notre télégramme du 23 mai aux Puissances, de nous concerter avec elles et avec la Turquie pour arrêter les mesures le plus propres à terminer la crise. Le moyen le plus pratique d'opérer ce concert en perdant le moins de temps possible serait, à mon avis, de provoquer une Conférence formée des Ambassadeurs des grandes Puissances et de la Turquie dans l'une des capitales. Cette Conférence aurait particulièrement l'avantage de régler à l'avance, avec une indiscutable autorité, les conditions dans lesquelles devrait s'exercer l'emploi des moyens coercitifs, si de tels moyens devenaient indispensables. Autrement il est à craindre qu'on ne soit amené brusquement à ces procédés extrêmes sans avoir la possibilité de spécifier les conditions sans lesquelles l'Angleterre, pas plus que nous, ne désire les voir appliquer. Si Lord Granville partage ma manière de voir, je réunirai immédiatement le Conseil pour soumettre cette mesure à son approbation, de façon que dès demain; si les deux Cabinets la sanctionnaient, nous pourrions faire notre proposition à l'Europe. Je comprends qu'aussitôt notre proposition faite, le rôle de nos deux Consuls généraux au Caire devrait se borner à obtenir du Gouvernement Égyptien la sécurité des personnes et des transactions, en s'abstenant, jusqu'à nouvelles instructions, de s'immiscer dans la composition ou le fonctionnement de ce Gouvernement. || Je vous prie de me faire parvenir sans délai la réponse de Lord Granville. || J'ai fait part de cette suggestion à Lord Lyons qui l'a personnellement approuvée.

C. de Freycinet.

Nr. 7887. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalconsul in Kairo an den engl. Min. d. Ausw. — Eindruck der Wiedereinsetzung Arabi-Pascha's.

Cairo, May 30, 1882.

My Lord, — I have the honour to report to your Lordship, that one of the Inspectors of the Control, writing from the provinces, states that the rein-statement of the Minister of War is looked upon by the natives as a sign that the Christians are going to be expelled from Egypt, that they are to re-cover the land bought by Europeans or mortgaged to them, and that the National Debt will be cancelled. || Great numbers of Christians are leaving the interior in fear. || It may be possible for Arabi-Pasha to maintain order in places where troops are at his command; but, in stirring up religious fanaticism, he has set on foot a movement which at any moment may pass beyond his control. || I have, &c.

Nr. 7887.
Gross-
britannien.
30. Mai 1882.

Edward B. Malet.

Nr. 7888. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die Botschaf-ter in Berlin, Konstantinopel, St.-Petersburg, Rom und Wien. — Annahme der Conferenz.

(Telegraphic.)

Foreign Office, May 31, 1882, 6'5 P.M.

With reference to Lord Lyons' telegram, repeated to you yesterday, I have informed the French Ambassador that the Cabinet have decided to accept the proposal of the French Government, and did so all the more readily as it was in conformity with the views which they had joined the French Government in expressing to the Powers. || Her Majesty's Government accepted Constantinople as the capital for the Conference, and proposed that the basis of the negotiations should be the principles laid down in their Circular of the 11th February, viz.: —

Nr. 7888.
Gross-
britannien.
31. Mai 1882.

The maintenance of the rights of the Sovereign and of the Khedive; of international engagements, and the arrangement existing under them, whether with England and France alone or with those two nations and the other Powers; the preservation of the liberties secured by the Firmans of the Sultan; together with the prudent development of Egyptian institutions. || You will communicate the above to the Government to which you are accredited.

Nr. 7889. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter bei den Grossmächten. — Einladung zu einer Botschafter-Conferenz in Konstantinopel.

Paris, le 2 juin 1882.

Nr. 7889.
Frankreich.
2. Juli 1882.

Je me suis rallié à l'idée de Lord Granville de choisir Constantinople comme siège de la Conférence et j'ai, en conséquence, l'honneur de vous adresser le télégramme suivant destiné à présenter la proposition de Conférence:

“L'espoir d'une solution pacifique des difficultés égyptiennes due uniquement à la présence de nos escadres à Alexandrie et aux bons offices de nos Agents au Caire ne paraît pas pouvoir être raisonnablement conservé plus longtemps. Le moment semble donc venu, conformément aux prévisions de notre télégramme identique du 23 mai, de nous concerter avec les Puissances et avec la Turquie pour arrêter en commun les mesures propres à terminer la crise. Les Cabinets de Paris et de Londres pensent que le mode le plus pratique et le plus rapide de réaliser ce concert serait de réunir à Constantinople une Conférence formée des Ambassadeurs des grandes Puissances et du Ministre des Affaires étrangères du Sultan. Cette Conférence aurait pour mandat de déterminer les mesures à prendre en vue d'assurer le règlement des affaires d'Égypte sur les bases indiquées par le télégramme identique adressé le 12 février aux quatre Puissances, savoir:

1^o Le maintien des droits du Sultan et du Khédivé ainsi que des engagements internationaux et des arrangements qui en résultent soit avec la France et l'Angleterre seules, soit avec ces deux Nations réunies aux autres Puissances;

2^o Respect des libertés garanties par les firmans du Sultan;

3^o Développement prudent des institutions égyptiennes.

Je vous prie de vous concerter sans délai avec votre collègue d'Angleterre pour donner connaissance de ce télégramme au Ministre des Affaires étrangères et lui en laisser copie, s'il le désire. Nous espérons que les considérations qui ont motivé cette démarche, détermineront le Gouvernement à donner son assentiment à notre proposition.”

C. de Freycinet.

Nr. 7890. TÜRKEL. — Min. d. Ausw. (Saïd) an den türk. Botschafter in Paris. — Die Pforte hofft, dass die Mächte die Conferenz in Folge der Mission Derwisch-Pascha's aufgeben werden.

Constantinople, le 3 juin 1882.

Nr. 7890.
Türkel.
3. Juni 1882.

Mon télégramme de ce jour vous a fait connaître l'envoi, d'ordre impérial, du maréchal Dervish Pacha en Égypte et la mission d'apaisement dont il

est chargé. || J'ai cru devoir en donner officiellement connaissance à Messieurs les Représentants des grandes Puissances à Constantinople. Simultanément avec cette communication de ma part, Messieurs les Ambassadeurs d'Angleterre et de France m'ont, de leur côté, remis copie d'un télégramme en date de ce jour, proposant la réunion d'une Conférence des Ambassadeurs à Constantinople pour déterminer les mesures à prendre en vue d'assurer le règlement des affaires d'Égypte sur les bases que ledit télégramme énumère. || Nous avons le ferme espoir que la mission de Dervish-Pacha suffira à ramener la situation normale en Égypte, à la satisfaction commune. || Étant donnés ce fait et les résultats pratiques et efficaces que nous sommes en droit d'en attendre, nous ne saurions nous expliquer la nécessité de réunir une Conférence pour les affaires Égyptiennes, alors que le règlement de ces affaires rentre dans les prérogatives et les droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan, prérogatives et droits que les Puissances elles-mêmes, dans leur appréciation saine et équitable, ont déclaré solennellement et à plusieurs reprises devoir respecter et maintenir intacts. || Avant tout et dans l'ordre naturel des choses, c'est la mission décidée par le Souverain légitime et territorial qui doit primer toute autre considération; c'est précisément le langage que j'ai tenu à Messieurs les Représentants des grandes Puissances. || Nous espérons donc que le projet de Conférence en question sera abandonné et que les Puissances dans leur haute et bienveillante sollicitude pour les droits et les intérêts de l'Empire, aussi bien que pour le *statu quo* en Égypte, partageront notre manière de voir dans cette circonstance. || C'est vers ce point que Votre Excellence portera toute son attention en s'énonçant dans le sens qui précède auprès de Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires étrangères, à qui Elle est autorisée à laisser copie de la présente dépêche.

Nr. 7890.
Türkei.
3. Juni 1882.

S a i d.

Nr. 7891. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Antwort auf die die Konferenz ablehnende Note der Pforte.

Paris, le 5 juin 1882.

L'ambassadeur de Turquie m'a apporté ce matin la réponse de son Gouvernement au sujet de la Conférence. La Porte pense que la mission envoyée par elle en ce moment en Égypte rend la Conférence inutile. J'ai fait observer à Essad-Pacha: 1^o que cette Conférence ne pouvait qu'augmenter les chances de succès de la mission, puisqu'elle montrerait l'Europe et la Turquie unies pour les mesures ultérieures qu'un échec éventuel de la mission pourrait entraîner; 2^o qu'en cas d'insuccès effectif de la mission, il y aurait tout avantage à ce que le concert Européen pût prendre sans délai la suite de l'affaire, au lieu de perdre à ce moment un temps précieux pour les préliminaires que nécessite toujours la réunion d'une Conférence. || J'ai insisté en terminant pour

Nr. 7891.
Frankreich.
5. Juni 1882.

Nr. 7891. qu'Essad-Pacha voulût bien transmettre à son Gouvernement l'expression du
Frankreich. sentiment très net que j'avais de la nécessité de ne pas retarder davantage une
5. Juni 1882. mesure à laquelle toutes les Puissances avaient déjà donné leur adhésion.

C. de Freycinet.

Nr. 7892. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die franz. Bot-
schafter bei den Grossmächten. — Besteht auf dem
Zusammentreten der Conferenz.

Paris, le 9 juin 1882.

Nr. 7892.
Frankreich.
9. Juni 1882.

Essad-Pacha m'a communiqué la réponse de son Gouvernement aux obser-
vations que j'avais faites en vue de hâter la réunion de la Conférence. Saïd-
Pacha reproduit, en le précisant, l'argument précédemment donné, à savoir que,
la mission de Dervish-Pacha, qui a pour but le maintien du *statu quo* et le
rétablissement de l'autorité du Khédive, étant en voie d'accomplissement, la
Conférence devient sans objet. Saïd-Pacha termine en demandant si cette
considération ne me fait pas revenir sur ma première impression. J'ai répondu
que mon sentiment n'avait fait que se confirmer et que je considérais indis-
pensable que la Conférence se constituât au plus tôt, sauf à ajourner ensuite
ses travaux si elle jugeait utile d'attendre pendant un certain délai les résul-
tats de la mission. Autrement, ai-je dit, on s'expose, si la mission échoue, à
ce que certaines Puissances soient amenées, sous la pression des événements,
à prendre des mesures brusques que le concert Européen n'aura pu délibérer.
De là peuvent sortir des complications graves, dont la Turquie aura toute la
responsabilité. Quant à moi, ai-je conclu, je tiens à dégager la mienne, et
c'est pourquoi je maintiens mes premières instances.

C. de Freycinet.

Nr. 7893. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Bot-
schafter in Konstantinopel. — Die Verhandlungen
der Conferenz sollen auf die ägyptische Frage be-
schränkt bleiben.

Paris, le 12 juin 1882.

Nr. 7893.
Frankreich.
12. Juni 1882.

Je suis informé qu'une des principales raisons du Sultan de ne pas se
prêter à une Conférence, c'est la crainte que cette Conférence ne s'occupe de
questions autres que celle du règlement des Affaires d'Égypte et n'évoque notam-
ment „la question Tripolitaine”. En ce qui nous concerne, nous ne connaissons
pas de question Tripolitaine, mais d'une manière général vous pouvez déclarer
formellement que l'objet de la Conférence dont nous avons pris l'initiative est
strictement limité au règlement des Affaires Égyptiennes sur la base du maintien
du *statu quo*, et que nous n'avons l'intention d'introduire aucune autre question
se rattachant à l'empire Ottoman.

C. de Freycinet.

Nr. 7894. FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Der Pforte ist die Versicherung gegeben, dass auf der Conferenz nur die ägyptische Frage behandelt werden soll.

Péra, le 15 juin 1882.

Nous avons, Lord Dufferin et moi, adressé ce matin à nos collègues des quatre Puissances la circulaire suivante: „Les Ambassadeurs d'Angleterre et de France ont l'honneur de faire savoir à leurs collègues, que conformément aux intentions de leurs Gouvernements, ils donnent à la Sublime Porte les assurances qu'aucune question autre que celle concernant les Affaires de l'Égypte ne sera soulevée à la Conférence.”

Nr. 7894.
Frankreich.
15. Juni 1882.

Marquis de Noailles.

Nr. 7895. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Vorschlag, auf der Conferenz ein Uneigennützigkeits-Protokoll zu unterzeichnen.

Paris, le 16 juin 1882.

Au moment où les Puissances vont procéder en commun au règlement des affaires d'Égypte, le Cabinet anglais jugera sans doute bon, conformément aux précédents et à l'initiative qu'il avait prise lors de l'exécution du traité de Berlin, de proposer aux six Gouvernements de signer un protocole de désintéressement analogue à celui qu'il avait présenté par sa dépêche du 20 juillet 1880. *) Ledit protocole, approprié à la situation actuelle, pourrait, ce me semble, être libellé comme il suit: || „Les Gouvernements représentés par les soussignés s'engagent (dans un arrangement quelconque qui peut se faire par suite de leur action concertée pour le règlement des affaires d'Égypte) à ne chercher aucun avantage territorial, ni la concession d'aucun privilège exclusif, ni aucun avantage commercial pour leurs sujets, que ceux de toute autre nation ne puissent également obtenir.” || Si Lord Granville adhère à cette proposition, nous pourrions la télégraphier immédiatement à nos Ambassadeurs en termes identiques.

Nr. 7895.
Frankreich.
16. Juni 1882.

C. de Freycinet.

*) Staatsarchiv Bd. XXXVIII, Nr. 7231—7235. 7238. 7239. 7258.

Nr. 7896. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die franz. Botschafter in London und Konstantinopel. — Aufforderung zum Zusammentritt der Conferenz.*)

Paris, le 19 juin 1882.

Nr. 7896.
Frankreich.
19. Juni 1882.

D'après les derniers avis parvenus des différentes Cours, j'ai lieu de penser que les quatre Puissances acceptent: 1^o que la Conférence se réunisse le 22 juin à Constantinople sans la participation de la Turquie, ainsi que le Sultan en a exprimé le désir; 2^o que la convocation à cette Conférence soit adressée par la France et l'Angleterre. Je vous prie donc de soumettre immédiatement à Lord Granville le projet de télégramme ci-après qui, s'il a son approbation, serait adressé d'urgence à nos Représentants auprès des quatre Cours. Je me tiens prêt à télégraphier aussitôt que j'aurai la réponse de Lord Granville.

Projet de télégramme pour nos Ambassadeurs auprès des quatre Cours:
„A la suite de l'échange de vues qui vient d'avoir lieu entre elles, les grandes Puissances ont reconnu, sur l'initiative de la France et de l'Angleterre, qu'il y avait lieu de délibérer en commun sur la situation actuelle de l'Égypte et sur les mesures que cette situation peut comporter. || En conséquence, le Gouvernement de la République et le Gouvernement de la Reine proposent que les Représentants des six grandes Puissances se réunissent en Conférence à Constantinople le 22 de ce mois. || Les délibérations de la Conférence auront pour objet exclusif de régler les questions posées en Égypte par les derniers événements, sur les bases indiquées dans les communications identiques adressées le 12 février et le 2 juin**) dernier par la France et l'Angleterre aux quatre autres Puissances.“

C. de Freycinet.

Nr. 7897. FRANKREICH. — Botschafter in Konstantinopel an den franz. Min. d. Ausw. — Der Sultan desavouirt den Vorschlag des türkischen Botschafters in London, eine Conferenz in Konstantinopel ohne Betheiligung der Pforte abzuhalten.

Péra, le 19 juin 1882.

Nr. 7897.
Frankreich.
19. Juni 1882.

Aujourd'hui le Ministre des Affaires étrangères m'a déclaré, en son nom et au nom du Sultan, qu'il démentait de la façon la plus catégorique la proposition faite par Musurus-Pacha relativement à la réunion de la Conférence à Constantinople sans la participation du Gouvernement turc. Saïd-Pacha a fait la même déclaration à mes cinq collègues. Il a dit en outre que les bonnes nouvelles qu'il recevait d'Égypte, l'ordre rétabli et l'espoir qu'il ne

*) Nach Zustimmung Granville's wurden die Botschafter noch am demselben Tage angewiesen, die Aufforderung zu übergeben.

**) Nr. 7823 und 7889.

serait plus troublé fondé, sur la constitution d'un ministère, rendaient la réunion de la Conférence inutile et inopportune. Je vous adresserai un second télégramme pour vous donner plus de détails.

Nr. 7897.
Frankreich.
19. Juni 1882.

Marquis de Noailles.

Nr. 7898. **FRANKREICH.** — Botschafter in Berlin an den franz. Min. d. Ausw. — Verhandlungen mit Bismarck über die Conferenz.

Berlin, le 19 juin 1882.

La conversation qui a eu lieu, chez le Prince Chancelier de l'Empire, entre Son Altesse et les Ambassadeurs n'a roulé que sur la question préliminaire de la réunion de la Conférence. Le Prince a voulu constater avec nous les points, sur lesquels nos Gouvernements étaient d'accord. Il a résumé ses informations les plus récentes, d'où il résultait que le Sultan avait admis que les Représentants des Puissances se réunissent à Constantinople, mais sans participation de la Turquie, sauf entente ultérieure avec la Porte Ottomane. Le Prince Chancelier nous a dit alors qu'il pensait que tous les Cabinets s'accorderaient à reconnaître que l'initiative de la convocation de la Conférence devait appartenir à la France et à l'Angleterre, qui avaient mis en avant l'idée de cette réunion. Puis il nous a lu un télégramme du Prince de Hohenlohe arrivé aujourd'hui même, et annonçant que vous aviez proposé la convocation de la Conférence à Constantinople, dans les conditions offertes par le Sultan, pour jeudi prochain, le 22 juin. Il nous a dit qu'il avait accepté cette proposition au nom de l'Allemagne, et que ses renseignements sur les dispositions des autres Puissances lui donnaient à penser qu'elle serait acceptée par tout le monde. Il a rappelé enfin qu'il avait été convenu que la conférence s'occuperait exclusivement des affaires d'Égypte, et à ce propos, faisant allusion à la communication récente de Lord Ampthill, il a exprimé l'opinion qu'il serait prématuré d'examiner aujourd'hui la question de l'intervention turque en Égypte, ou les conditions dans lesquelles cette intervention devrait avoir lieu, d'autant plus que le Sultan paraissait vouloir se refuser à prêter des troupes pour un semblable usage.

Nr. 7898.
Frankreich.
19. Juni 1882.

L'ambassadeur d'Angleterre déclara à ce moment qu'il était chargé de proposer que la discussion de cette question fût déferée à la Conférence. Je dis que le Gouvernement de la République était également d'avis que l'examen de l'éventualité d'une intervention turque en Égypte fût réservé à la Conférence, et que, suivant nous, celle-ci aurait à délibérer, soit sur ce mode de solution, soit sur toute autre combinaison que les circonstances feraient reconnaître comme opportune. Je rappelai en même temps que, d'après les termes de notre proposition initiale, qui se référait à la note identique du 12 février, communiquée à toutes les Puissances et acceptée par elles, la Conférence serait uniquement chargée de rechercher les moyens de rétablir

Nr. 7898.
Frankreich.
19. Juni 1882.

en Égypte le *statu quo* normal, fondé sur les Firmans du Sultan et sur les arrangements pris avec l'Europe, et spécialement avec la France et l'Angleterre.

En résumé, le résultat de notre réunion a été de constater l'accord des Puissances pour assembler la Conférence à bref délai à Constantinople, sans participation de la Turquie, et sur convocation faite par la France et l'Angleterre; la probabilité d'une adoption unanime de la date du 22 juin; enfin la limitation de la compétence de la Conférence aux seules affaires d'Égypte.

Alph. de Courcel.

Nr. 7899. TÜRKEL. — Min. d. Ausw. an die türk. Botschafter bei den Grossmächten. — Die Pforte hält die Konferenz für inopportun und hofft, dass dieselbe unterbleiben werde.

Constantinople, le 20 juin 1882.

Nr. 7899.
Türkei.
20. Juni 1882.

Pendant ces jours derniers, Messieurs les Représentants d'Autriche-Hongrie, d'Italie, d'Allemagne et de Russie sont venus me dire qu'ils étaient chargés par leurs Cabinets respectifs de conseiller au Gouvernement Impérial d'adhérer à la proposition déjà faite par les Gouvernements de Sa Majesté Britannique et de la République Française pour la réunion à Constantinople d'une Conférence destinée à faciliter la mission du Maréchal Dervish-Pacha et ont ajouté, en dernier lieu, que la Conférence en question n'aurait à s'occuper exclusivement que des affaires Égyptiennes ainsi que les deux Cabinets proposants venaient de le déclarer à leur tour. || Mes réponses successives à Messieurs les Représentants des six Puissances ont eu pour base les arguments que mes dépêches circulaires vous ont énoncés et qui ont démontré, nous aimons à l'espérer, la non-nécessité de la Conférence qui se réunirait, d'après ce qui nous revient tout récemment, jeudi prochain, le 22, à Constantinople.

Les dernières nouvelles qui nous parviennent d'Égypte confirment les progrès de l'apaisement dans cette province, et les mesures sages et pratiques concertées dans ce but par la mission Impériale et Son Altesse le Khédive, ainsi que la formation du nouveau ministère Egyptien, font espérer le prompt et entier rétablissement de l'ordre et de la tranquillité publics. || En présence de cette situation, nous sommes persuadés que les Puissances, dans leurs sentiments d'impartiale équité et dans leur sollicitude, égale à la nôtre, pour le retour de l'état de choses normal en Égypte, voudront bien constater que les efforts de Dervish-Pacha répondent au désir général de paix et que, dès lors, la réunion d'une Conférence constituerait le double emploi d'un même projet, et présenterait peut-être des inconvénients de nature à rendre stérile la tâche du Maréchal, à l'encontre du but que l'on se serait consciencieusement proposé. || Nous nous estimons très heureux, comme je l'ai dit à Messieurs les Représentants, d'entrer dans un échange de vues avec eux, en prêtant une oreille attentive aux considérations que leurs Gouvernements croiront



devoir émettre, dans leur saine appréciation pour la sauvegarde de leurs intérêts. S'il m'est permis de compléter ici ma pensée, j'ajouterai qu'en face de notre meilleur vouloir et de notre empressement à déférer au voeu des Cabinets pour le maintien des stipulations du Firman Impérial octroyé au Khédivat et du *statu quo* en Egypte, le fond de la question resterait le même, à savoir le retour désiré de la situation normale dans cette province par une entente entre nous et les grandes Puissances séparément, et qu'il n'y aurait que la forme qui différerait, je veux dire la réunion d'une Conférence dont nous croyons devoir décliner cette fois encore la nécessité et l'opportunité. || Nous avons donc le ferme espoir que notre thèse sera agréée par le Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité et qu'il voudra bien croire qu'en réalité cet exposé de notre part n'a en vue que l'intérêt général et la réussite de la chose à la satisfaction commune. || Je prie Votre Excellence de déployer tous ses efforts pour faire valoir les considérations qui précèdent auprès de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères, en laissant à Son Excellence copie de la présente dépêche, et pour arriver à faire écarter définitivement le projet de Conférence dont il s'agit.

Nr. 7899.
Türkei.
20. Juni 1882.

Nr. 7900. **FRANKREICH.** — Generalconsul in Aegypten an den franz. Min. d. Ausw. — Griechenland ist bereit, 7000 Mann in Alexandrien zu landen.

Alexandrie, le 20 juin 1882.

J'apprends du Consul général grec que son Gouvernement pourrait disposer de 7,000 hommes de troupes et de 16 batteries Krupp.

Nr. 7900.
Frankreich.
20. Juni 1882.

Ces forces pourraient être rendues à Alexandrie en cinq jours avec les moyens de transport dont dispose la Grèce. Il m'a prié de transmettre cette communication officiellement à l'amiral Conrad; mais avant d'entretenir l'Amiral de cette question, j'ai besoin de recevoir les instructions de Votre Excellence.

Sienkiewicz.

Nr. 7901. **FRANKREICH.** — Botschafter in Wien an den franz. Min. d. Ausw. — Ausweichende Antwort Kalnoky's auf die Einladung zur Conferenz.

Vienne, le 21 juin 1882.

Après m'être concerté avec mon collègue d'Angleterre, j'avais dès hier fait par écrit au comte Kalnoky la communication relative à la convocation pour la Conférence le 22 courant à Constantinople. Aujourd'hui le Ministre des Affaires étrangères m'a reçu dans la matinée, mais ne s'est pas trouvé en mesure de me donner une réponse. En me lisant un télégramme reçu de

Nr. 7901.
Frankreich.
21. Juni 1882.



Nr. 7901. Constantinople, il m'a fait connaître le nouvel incident survenu qui, d'après lui, modifie beaucoup la situation. Saïd-Pacha ayant déclaré en son nom et au nom du Sultan que Musurus-Pacha avait dû mal s'expliquer ou être mal compris à Londres, parce que la Porte n'avait jamais entendu donner son acquiescement à la réunion d'une Conférence, et dès lors la base sur laquelle les Puissances s'étaient mises d'accord venant à disparaître avec cette déclaration du Ministre des Affaires étrangères Ottoman, le comte Kalnoky se voit, quant à présent, obligé de ne pas se prononcer et d'attendre. En tous cas, il doute fort que la Conférence puisse se réunir demain.

Duchâtel.

Nr. 7902. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in Konstantinopel. — Instruction für die Conferenz.

Paris, le 21 juin 1882.

Nr. 7902. Je vous ai envoyé le texte de l'invitation qui a été adressée aux quatre Puissances par les Cabinets de Paris et de Londres en vue de la Conférence qui doit s'ouvrir demain à Constantinople. || Ce document, qui servira sans doute de base aux délibérations des Ambassadeurs, précise nettement l'objectif invariable de notre politique, à savoir:

Le maintien des droits respectifs du Sultan et du Khédivé, ainsi que des engagements et arrangements internationaux; || Le respect des libertés garanties par les firmans; || Le développement prudent des institutions égyptiennes. || Je vous laisse toute latitude pour discuter, et, au besoin, accepter *ad referendum*, les solutions diverses qui seraient suggérées à l'effet d'atteindre le but que nous nous proposons. || Dans le cas où l'intervention armée de la Turquie serait mise en délibération, je vous recommande expressément d'insister pour que cette intervention soit réglée de manière à ne pas dégénérer abusivement en une occupation plus ou moins prolongée, au détriment de l'indépendance de l'Égypte. || Si les garanties offertes dans ce sens ne vous paraissaient pas pleinement satisfaisantes, vous ne manquerez pas de me consulter avant de vous rallier à une formule déterminée. || Telles sont, dans leur ligne générale, les instructions que je crois devoir vous donner aujourd'hui. Je compte sur votre expérience et votre autorité pour défendre utilement la cause confiée à vos soins.

C. de Freycinet.

Nr. 7903. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Erste Sitzung der Conferenz.

Therapia, June 23, 1882.

My Lord, — I have the honour to state, that the first meeting of the Conference of Ambassadors on Egyptian affairs was held this afternoon, as I have already informed your Lordship in my telegram of this day's date. || After exhibiting our full powers, which had been conveyed to all, except myself, in a telegraphic form, we proceeded to draw up a Memorandum to the Sublime Porte, notifying the constitution of the Conference, and expressing at the same time our regret at the non-participation of Turkey, and the hope that we might hereafter have the co-operation of the Ottoman Government. A copy of this document is subjoined. || I then took an opportunity of expressing to my colleagues, as the Representative of one of the Powers at whose invitation they had joined in the Conference, how sensible my Government was of the courtesy and consideration which had been exhibited by the speedy and unanimous manner in which their suggestion had been adopted. My French colleague delivered himself in the same sense. || We then entered into a mutual agreement to preserve the strictest secrecy in reference to our proceedings, which concluded by my expressing in my own name and that of all my colleagues the great satisfaction we had in finding ourselves placed under the Presidency of so able a Doyen as was Count Corti, who was well qualified by the distinguished part he had taken at the Berlin Congress, by his knowledge of affairs, and by his amiable and courteous disposition, to discharge the very important duties of the Presidency. || I have, &c.

Dufferin.

Pro-Memoria.

Les Représentants d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie s'étant réunis aujourd'hui en Conférence, d'ordre de leurs Gouvernements, pour délibérer sur les mesures qu'il y aurait à proposer pour amener le règlement des affaires d'Égypte, ont été tous d'accord pour regretter que leur première délibération n'ait pas eu lieu sous la présidence du Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Sultan, et tiennent à établir qu'ils seraient tous contents de voir le Gouvernement Ottoman participer aux travaux d'une Conférence qui se réunit à Constantinople en vue précisément de pouvoir rester dans les rapports les plus directs possibles avec la Sublime Porte.

Thérapie, le 23 Juin, 1882.

Nr. 7904. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Der Suez-Canal in Gefahr.

(Extract.)

Foreign Office, June 24, 1882.

Nr. 7904.
Gross-
britannien.
24. Juni 1882.

I have to request your Excellency to inform M. de Freycinet, that besides the possible danger in regard to the water, Her Majesty's Government have received alarming intelligence which they have good reason to believe is well-founded, that plans have been prepared against the Canal itself.

Nr. 7905. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Der Sultan verlangt kategorisch die Absichten Englands bez. Aegyptens zu wissen.

(Extract.)

Therapia, June 24, 1882.

Nr. 7905.
Gross-
britannien.
24. Juni 1882.

Just as our first Conference was breaking up, Reschid-Bey, the Secretary of the Sultan, was announced, as wishing to see Count Corti. The object of his visit was to communicate to Count Corti and to the other Ambassadors the fact that the Egyptian army and its officers had taken a solemn oath of obedience to the Sultan and to the Khedive. || After having acquainted all my colleagues in turn with this intelligence, Reschid-Bey called upon me and intimated that he was charged with a confidential communication from His Majesty.

His Majesty had made up his mind to address to Her Majesty's Government two precise and categorical questions, which he begged me to transmit, without delay, to your Lordship. The first was: "What are the intentions of England towards Egypt in regard to the present?" and the second: "What are the views entertained by Her Majesty's Government with respect to Egypt as regards the future?" If your Lordship would answer these two questions the Sultan would then be in a position to examine how far his own interests and views coincided with those of Her Majesty's Government. If they should not prove reconcilable he would frankly acquaint your Lordship with the fact; but if, on the contrary, they appeared coincident, it would be his desire to enter into the most intimate and cordial alliance with England. || I replied, that I would certainly put the questions in the categorical form required, because I should be most unwilling to give His Majesty a false impression as to the extent to which England might be prepared to meet his advances. In the meantime, however, I could assure him that both as regarded the present and the future of Egypt the British Government had but one desire, namely, the preservation, in their full integrity, of the Sultan's actual sovereign rights as defined by the Firmans, and the maintenance of the order of things established under them. We not only accepted the Sultan's sovereignty in Egypt as a fact, but we regarded it with benevolence. We recognized, that, the Egyptians being a Mussulman people, it was desirable that they should be ruled by a Mahom-



medan Power. As for ourselves, we had but two interests in Egypt: the freedom of the Suez Canal, and such a satisfactory administration of its internal affairs as would preclude any foreign Power from finding an excuse for meddling with them.

Nr. 7905.
Gross-
britannien.
24. Juni 1882.

Nr. 7906. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Ablehnung der Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals.

Paris, le 24 juin 1882.

Lord Lyons est venu avant-hier, de la part de son Gouvernement, me proposer de nous concerter en vue de mesures immédiates pour protéger le canal de Suez. Je lui ai répondu ce matin, après en avoir délibéré en Conseil, que mes informations, puisées aux meilleures sources, ne concordaient pas avec les siennes, que le canal n'était menacé par rien et que le seul danger que redoutait la Compagnie était la protection même qu'on voulait lui offrir, attendu qu'une occupation, selon elle, pourrait entraîner la rupture du canal d'eau douce et déterminer des actes d'hostilité contre le canal maritime. Dans ces conditions, ai-je dit, l'occupation du canal ne serait pas justifiée aux yeux de l'Europe par d'impérieuses nécessités.

Nr. 7906.
Frankreich.
24. Juni 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7907. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Englands Absichten bez. Aegyptens.

(Extract.)

Foreign Office, June 25, 1882.

Her Majesty's Government have had under their consideration your Excellency's telegram of yesterday, forwarding the message which His Majesty had ordered Reschid-Bey to request you to transmit to them with regard to their views and intentions on the Egyptian question. Her Majesty's Government entirely approve the language you held to Reschid-Bey when he made the communication to your Excellency on behalf of the Sultan. || Her Majesty's Government have no wish for any policy further than that which has been described in the Circular to the Powers of the 11th February last as the basis proposed for discussion. They desire to see the Sultan's sovereignty maintained without any limitation excepting those which have been conceded by the Imperial Firmans. || Their policy is wholly opposed to the preponderating influence of any single Power. || Their answer to the Sultan's question as to what are the intentions of England towards Egypt in regard to the present is, that the wish of Her Majesty's Government for the present is that His Majesty should, by dispatching troops to Egypt, support the authority of the Khedive, free His Highness from the risk of the continuance or renewal of

Nr. 7907.
Gross-
britannien.
25. Juni 1882.



Nr. 7907. the military pressure which has been exercised against him, and restore the
Gross- normal *status quo*. || Their reply to the question of the Sultan as to what are
britannien. the views entertained by Her Majesty's Government with respect to Egypt as
25. Juni 1882. regards the future is that they desire that this state of things should continue
without excluding the safe improvement of the internal administration of the
country, but with the entire exclusion of the preponderating influence of any
single Power. || Your Excellency will make a communication to the Sultan in
the sense of this despatch.

Nr. 7908. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel
an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Reschid-
Bey. Wenn der Sultan seine Mitwirkung verweigert,
wird England allein zur Occupation Aegyptens
schreiten.

Constantinople, June 26, 1882.

Nr. 7908. My Lord, — Having touched, during my recent conversation with Reschid-
Gross- Bey, on the question of the Sultan's sending Turkish troops to Egypt, he
britannien. told me that all the Ministers had been unanimously in favour of that measure;
26. Juni 1882. that a "masbata" recommending it had been sent to the Sultan some time
ago, but that the Sultan himself had lately been most averse to the idea, as,
indeed, Reschid-Bey very frankly added, he was himself. Notwithstanding this,
at my recent audience Reschid-Bey went on to say His Majesty had been
greatly shaken in his opinion by the arguments I had submitted to him. || In-
deed, His Majesty's view now was, that troops should be sent as soon as Der-
vish-Pasha had prepared the way for their arrival, so that they might be
insinuated into the country without provoking a collision. It was this change
of opinion which had induced His Majesty to ask me whether, in the event
of troops being sent, England would lend him transports. But, though now
more inclined to an armed intervention in Egypt than he had been a fort-
night ago, provided it could be effected without bloodshed, the Sultan was
extremely anxious that the Conference should not make any demand upon him
in that sense, as he would then have the appearance of having set on foot a
military expedition for the subjection of Egypt at the dictation of Europe,
which would render him hateful in the eyes of the Mussulman population.
Under these circumstances Reschid-Bey besought me most earnestly not to
force the Sultan's hand. His Majesty was acting loyally towards us through
Dervish-Pasha. Dervish-Pasha had, indeed, been compelled at last to temporize
with Arabi-Pasha, because, in the present state of excitement in which he
found the Egyptian people, it was impossible to do otherwise; but in the end
he would acquire the necessary ascendancy, and would then make short work
of him and of his colleagues. Arabi-Pasha's prestige was diminishing, and
the adherents of the Khedive and the Sultan, both in the army and amongst



the Notables, were acquiring strength. Any endeavour on the part of the Powers prematurely to coerce the Sultan to fulfil their bidding would check this growing reaction against the military faction, and His Majesty, thus forced to choose between Islam and subserviency to the Western Powers, might be compelled to abandon his present endeavour to work, though in his own way, for the ends desired by England, and to throw in his lot with Arabi-Pasha and the National party. || I replied, that I quite appreciated the difficulties of the Sultan's position, and that I was convinced that Dervish-Pasha had been doing his best to obtain the mastery in Egypt. On the other hand, after a month's trial, it was evident that his mission had totally failed, and, in the meantime, thousands of Europeans had been suddenly driven out of the country, to the ruin of many of them and to the loss of all; and a horrible massacre had been perpetrated, from the midst of which many of the Consuls had barely escaped with their lives; that the military faction, who were responsible for these deplorable results, could not be allowed to dominate the situation; and that it would be impossible to persuade public opinion in France and England, which had been irritated in so many ways, to allow weeks and months to pass by while the Sultan was endeavouring to obtain his end by his present well-meaning but tortuous and occult devices. || I concluded by hinting to Reschid-Bey, in a way which he could not misapprehend, that, if the Sultan refused to help us to attain the objects proposed, and still hesitated to take the only effective step to vindicate the authority of his Representative, the intention had been already formed of securing our interests by resorting to an armed occupation of Egypt other than through the instrumentality of Turkey. This announcement made a great impression upon my interlocutor, and I have no doubt he will do his best to induce the Sultan to render unnecessary such an unwelcome alternative, unless, indeed, as perhaps there is reason to fear, His Majesty is encouraged by some other Powers to persist in declaring that the formation of Ragheb-Pasha's Ministry has resolved the Egyptian question.

Nr. 7908.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7909. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Zweite Sitzung der Konferenz.

(Extract.)

Therapia, June 26, 1882.

Yesterday the Conference held its second sitting, as I have already informed your Lordship by telegram. || Our first act was to sign the Self-denying Protocol, copy of which I inclose, in accordance with the instructions contained in your telegram of the 17th instant. Count Corti then informed us, that the Memorandum we had requested him to transmit to Saïd-Pasha had been acknowledged by his Excellency as having been received "à titre officieux."

Nr. 7909.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

Nr. 7809.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

“As the Government of Her Majesty,” I said, “has, in conjunction with that of France, taken a leading part in the *pourparlers* which have resulted in the reunion at Constantinople of the Representatives of the Six Powers, for the purpose of consulting together upon the affairs of Egypt, I may be permitted to call the attention of my colleagues to the principal features of the existing situation. I shall do this very briefly, more specially as the task of taking the initiative only devolves upon me through my accidental seniority to my French colleague, to whose powers of clear and lucid statement I would far sooner it had been confided. Happily, however, the facts with which we have to deal are in themselves so eloquent, the exigencies which they involve have been so unanimously recognized, and the appreciation of them by our respective Governments is so identical, that they can be *pourtrayed* in a few sentences. || It is no exaggeration to say, that during the last few months absolute anarchy has reigned in Egypt. We have seen a military faction, without even alleging those pretences to legality with which such persons are wont to cloak their designs, proceed from violence to violence, until insubordination has given place to mutiny, mutiny to revolt, and revolt to a usurpation of the supreme power. As a consequence the Administration of the country has been thrown into confusion; the ordinary operations of the merchant have come to a standstill; the fellaheen, no longer finding purchasers for their produce, are unable to pay the land-tax, and the revenues of Egypt are failing. This state of things has placed in extreme jeopardy those commercial interests in which the subjects of all the Powers are so deeply concerned. Not only so, but those special engagements into which the Governements of France and England had entered with Egypt have been repudiated; the officers appointed to carry them into effect have been excluded from the control they were authorized to exercise, and the system which had begun to work so greatly to the advantage of the industrious cultivators of Egypt has been broken up and overthrown. || But these effects form only a portion of the deplorable situation which has excited the anxiety of Europe. It is not merely the public creditor who has suffered extensive damage. The life and property of every individual European in the country have become insecure. Of this insecurity we have had a most melancholy and convincing proof in the brutal massacre by an insolent mob of a number of unoffending persons at Alexandria, and in the sudden flight from Cairo and the interior (a flight which implies loss to all and ruin to many) of thousands of our respective citizens. It is evident that such a condition of affairs requires a prompt and energetic remedy. It is true we have been told by the Representatives of the Ottoman Government, that the crisis is past, that disorder has been suppressed, that a new Ministry has been formed, that the authority of the Khedive is in the ascendant, and that the Egyptian question has almost ceased to exist. I can only describe such a view of the case as an impudent and delusive falsification of the facts, and I took upon myself to communicate that opinion to Said-Pasha in cour-



teous, but in perfectly explicit, terms. The make-believe Government which has been established is the Government of Arabi-Pasha and of his fellow-rebels. The Khedive is as powerless as ever in their hands, and the Ottoman Commissioner is as powerless as the Khedive. Dervish-Pasha himself has informed his Government, as I know upon indisputable authority, that the new régime is but another form of successful revolt, that Arabi-Pasha continues master in Egypt, and that neither he nor any one else without troops at their back will be strong enough to quell the usurper. Can the European Powers tolerate the continuance of such a state of affairs in a province with which they have such important commercial relations, where so many of their subjects reside, and whose tranquillity is so necessary to the general peace? England and France certainly cannot, and the presence of our colleagues here to-day is a sufficient answer to the question, for the Conference has been convoked subsequently to the constitution of the Ministry of Comedy which now affects to regulate the affairs of Egypt. Inasmuch, then, as all acquiesce in recognizing the evil, it only remains for us to consider the remedies to be applied. Unfortunately, it seldom happens that a political sore of this kind can be cured without resorting to expedients which in themselves are frequently undesirable. || Be that as it may, one thing is very obvious, that it is of the utmost importance that Europe should be united in her counsels, and that we should strain every nerve to arrive at a common accord. I, upon my part, am authorized by my Government to pay the greatest deference to the counsels and opinions of my colleagues, an instruction which it will be a pleasure to me to obey, as I am well aware of the respect which is due to their ability and to their experience of affairs. Our task, then, appears to me to divide itself into two branches; the one of a most urgent and practical character, having regard to the present; the other which may be conducted in a more deliberate manner, and which concerns the future. The first would consist in the immediate and authoritative re-establishment in Egypt of a normal and *bonâ fide* Government, which sincerely and conscientiously recognizes the authority of the Khedive, and which has both the will and the power to observe existing international obligations, as well as to maintain order, and to secure the safety of the life and property of the European residents; the second, in making such provisions and taking such security for the future as will prevent the recurrence of the lamentable events which have occasioned our presence here to-day. It is obvious that we cannot come to a conclusion on the first point a moment too soon. It is the tendency of every rebellious movement to acquire force and consistency the longer it is permitted to remain unchecked. At this moment the military faction is more formidable than it was a week ago, and a week hence it may be more formidable still. But independently of this consideration, although most have fled, many Europeans still remain both in Cairo and in the remoter parts of the country, and the lives of these persons are completely at the mercy of

Nr. 7809.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

Nr. 790:
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

Arabi-Pasha and his associates; in fact their security may be said in some part to depend upon the promptness of our decision and the wisdom of our counsels. At this early stage of our proceedings it would be out of place to trouble my colleagues with details, or a premature exposition of the *modus operandi* it may be desirable to adopt to replace the Egyptian Administration upon a satisfactory footing. The leading idea which at present inspires the British Government has already been submitted to, and, I believe, approved of, by the Powers. It is that His Majesty the Sultan, whose position as Sovereign of Egypt is fully recognized, should be invited to undertake under certain well-defined and specified conditions the vindication of the authority of his Representative by such further effectual methods as shall reduce to immediate subjection the rebellious faction which has usurped the supreme authority in Egypt. Already the Sultan has dispatched to Cairo, if not at the invitation, at all events with the approbation of, the Powers, a high military functionary armed with full powers. The convenience of resorting to the Sultan's authoritative intervention has therefore been fully recognized. It only remains to consider whether its application in a more forcible form would not be opportune and desirable."

M. de Noailles followed with an expression of his complete adherence to everything that had fallen from his English colleague. He expatiated with great force upon the impossibility of Europe accepting the present situation as satisfactory, or as offering any guarantees for the future; and he concluded by observing, that we were met together, not for the purpose of imposing the views and programme of the Governments we represented upon our colleagues, but in order to confer and consult with them as to the best means of putting an end to the existing crisis. There might be many expedients worthy of examination. The best plan, therefore, of proceeding might perhaps be to determine what courses were unacceptable. By this process of exhaustive elimination we should arrive at a positive conclusion.

Baron Calice observed, that the Conference had a right to require, at the hands of his French and English colleagues, some distinct and definite proposition, and that he hardly considered that this had been made. Moreover, it might be a question whether all the members of the Conference took the same view of the situation in Egypt as had been developed by the Representative of Great Britain. He, for one, was not in a position to pronounce upon that part of the question. He had not had the same facilities of procuring information as the Governments who had been the most actively engaged on the spot. At all events, a preliminary agreement upon the character of the actual condition of Egypt would be desirable.

M. de Hirschfeldt associated himself with the view taken by Baron Calice.

Count Corti said, that he entirely accepted the picture of the situation which had been presented to them by the British Ambassador; but he would observe, that the affairs in Egypt were in a very difficult and complicated



condition, that there were a variety of forces face to face with one another, and that the problem to be solved was most embarrassing. He also thought, that it would be advisable that the Representatives of England and France should submit a well-defined programme.

Nr. 7909.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

M. Onou expressed himself as in the same position as Baron Calice in regard to his imperfect knowledge of what had actually passed in Egypt; but it seemed to him, that something very like a proposition had been made by Lord Dufferin at the conclusion of his observations.

I replied, that when the proper time arrived I should be quite prepared to enter into any details which might be desired by my Austrian colleague, but that it was no good for me to elaborate a plan of procedure at the very outset of the discussion, when I was quite in the dark as to the views and feelings of the other members of the Conference; that before coming to particulars, it was desirable to agree upon a principle, and I had propounded a principle, namely, that the means to be employed for the re-establishment of good government in Egypt should be a more forcible intervention on the part of the Sultan. But, though this was my opinion, other members might suggest other alternatives. Some might perhaps argue, that a further trial should be given to the mission of Dervish-Pasha; or, again, the view might be taken that the continued interference of the Sultan was not desirable, and that it would be preferable to resort to extraneous methods for the suppression of the revolted element in Egypt; a contention might be even started, that (as the Foreign Minister had argued) the settlement patched up by the four Consuls was a satisfactory one, and that it was no longer necessary for the Conference to make any suggestions at all. It appeared to me, therefore, that, so far as the enunciation of a principle of action was concerned, I had submitted one to the Conference in terms that were both tangible and precise. My Austrian colleague had further observed, that it was desirable we should ascertain whether our appreciation of the actual situation was identical. I entirely coincided with him in this view, and for this reason I had developed, perhaps at too great length, the conception I had formed of the state of things in Egypt, and I would now justify everything I had said by informing the Conference that I knew for certain that Dervish-Pasha had acknowledged in express terms the failure of his mission, and his inability to rescue the Khedive from the power of the dominant military faction unless something like twenty-three battalions were sent to him; and that he had stated, after the new Ministry had been formed, that it was the Ministry of Arabi, and that the Khedive would remain as impotent as ever as long as he had no troops at his back with which to establish his authority. || The hour being late, the discussion was then adjourned until to-morrow, Tuesday, the 27th.

The conclusion I draw from the foregoing proceedings is that none of my colleagues have as yet received any definite instructions as to the line which they are to take.

Nr. 7910. **TÜRKEI.** — Min. d. Ausw. (Saïd) an den türk. Botschafter in London (Musurus). — Berichte Derwisch-Pascha's über Aegypten. Die Conferenz erscheint danach unnöthig.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 26 Juin, 1882.

Nr. 7910.
Türkei.
26. Juni 1882.

Vous connaissez déjà les raisons qui militent en faveur de la résolution du Gouvernement Impérial de rétablir l'ordre, de raffermir l'autorité du Khédive et de sauvegarder le *statu quo* en Égypte, ainsi que les droits souverains de notre auguste Maître sur cette province, toutes choses auxquelles les Puissances elles-mêmes ont bien voulu consacrer leur haute sollicitude. || En vue d'arriver à ce but désiré à titre d'égards par tous, le Gouvernement Impérial s'est appliqué à faire mettre à exécution sur les lieux des mesures sages et pratiques émanées de sa propre initiative et qui ont eu pour conséquence d'amener, à la satisfaction générale, le retour graduel de situation normale en Égypte par la disparition des dissentiments, par la formation d'un Ministère apte à remplir son mandat, et par une entente parfaite entre le Maréchal Dervich-Pacha, le Khédive et les pouvoirs constitués. || Les deux télégrammes du Maréchal, dont je vous transmets ci-après la traduction, édifieront, nous en sommes sûrs, les Grandes Puissances à cet égard. || Voici ces dépêches: —

Premier Télégramme de Dervich-Pacha à son Altesse le Premier Ministre.

“Aujourd'hui les officiers supérieurs et autres des troupes Impériales Égyptiennes d'Alexandrie sont venus me voir, et Yakoub-Pacha, adjoint du Ministère de la Guerre, a prononcé au nom de tous les officiers et soldats les paroles suivantes: — || ‘Au nom de l'armée Impériale Égyptienne et au mien j'ai l'honneur de déclarer à votre Excellence que toute l'armée renouvelle l'hommage de son obéissance absolue envers Sa Majesté Impériale le Sultan, notre auguste Souverain et bienfaiteur, qu'elle est prête à se soumettre à tous les ordres qu'il plairait à Sa Majesté Impériale de donner, et à prouver sa fidélité et ses devoirs militaires d'après le verset du Coran concernant la soumission. Notre désir à tous c'est d'appeler sur nous les bonnes grâces et la satisfaction de notre Souverain, qui sont pour nous la seule source de salut et de prospérité dans ce monde comme dans l'autre, et de mériter ainsi le bonheur moral et matériel. L'envoi en Égypte de votre Excellence, qui est un des plus anciens Muchirs de l'Empire, pour l'amélioration de la situation du pays est une preuve éclatante de la haute et généreuse sollicitude de Sa Majesté Impériale à notre égard. Aussi nous exprimons-nous d'exprimer notre gratitude et le contentement que nous éprouvons et de renouveler l'assurance formelle de notre dévouement inébranlable, en nous déclarant en même temps prêts à remplir strictement les ordres du Khédive. C'est, je le répète, au nom de toutes les troupes Impériales Égyptiennes qui se trouvent partout dans ce pays que nous exprimons le témoignage de tous ces sentiments.’ || ‘J'ai répondu en ces termes: — || Le bonheur résultant de l'obéissance au Khalifat

suprême ne pouvant être acquis que par la soumission au Khédive et les intentions généreuses de Sa Majesté Impériale le Sultan ne visant qu'à la tranquillité et au bien-être de l'Égypte, je suis heureux d'assurer l'armée Impériale Égyptienne de la haute et entière bienveillance du Souverain au son égard, et je vous félicite tous des sentiments de dévouement et d'obéissance que vous venez d'exprimer." Nr. 7910.
Türkei,
26. Juni 1882.

Deuxième Télégramme du même au même.

“Les points qui composent le programme soumis au Khédive par le Président du Conseil des Ministres d'Égypte sont les suivants: — || D'abord le préambule énonce le témoignage du respect et de la déférence dus au Khédive, la nécessité de l'exécution pleine et entière du Firman Impérial octroyant les privilèges au Khédivat ainsi que celle des stipulations des Conventions conclues avec les Puissances, le maintien enfin du Conseil des Délégués, et des arrangements concernant la Dette, le Contrôle et la Liquidation. || Après cette énumération et la déclaration comme quoi les points en question seront encore plus strictement observés qu'autrefois, le programme susdit formule les demandes qui suivent: — || 1. Le pardon pour le passé et l'amnistie générale pour tous les individus tenus responsables par suite de derniers événements, ainsi que pour ceux qui ont été impliqués avec eux, devront être publiés en Turc et en Français dans les journaux officiels. Ne pourront bénéficier de cette amnistie les individus compromis par leurs actes et ceux ayant encouru la même responsabilité par suite de l'incident d'Alexandrie, ainsi que tous ceux mis en jugement pour des actes se rattachant au droit commun. || 2. Nul ne subira une peine quelconque sans avoir été jugé conformément à la loi par un Conseil et sans une sentence émanée de ce Conseil. || 3. Aucun fonctionnaire de l'Administration autre que le Ministre des Affaires Étrangères ne pourra pour affaires politiques entretenir la moindre correspondance avec les Agents Diplomatiques des Puissances se trouvant en Égypte. Le Ministre des Affaires Étrangères aura la faculté dans les questions urgentes de se concerter avec le Conseil des Ministres. Toute correspondance de tout autre fonctionnaire ne sera point prise en considération. || 4. Les arrêtés devant paraître pour exécution et travaux seront rendus conformément au Decret du 28 Août, 1878. || Il est évident que les quatre points précités ne constituent rien qui soit de nature à porter atteinte au *statu quo*. Les demandes actuelles sont donc résolues par les points qui précèdent et ont rencontré l'approbation générale. Il serait également utile que Sa Majesté Impériale daigne savoir que les Agents étrangers en Égypte, à l'exception d'abord de Sir E. Malet et en second lieu du Consul-Général Français, ainsi que Son Altesse le Khédive, l'armée et toute la population sont tous satisfaits du mode d'organisation administrative dont il s'agit. || Ainsi que j'ai eu l'honneur de le dire déjà à plusieurs reprises, le résultat favorable qui a été obtenu par l'application des mesures découlant des instructions Impériales, qui sont le seule guide de sa-

Nr. 7910.
Turkei.
26. Juni 1882.

lut, constitue un succès éclatant pour Sa Majesté Impériale le Sultan. || En ce qui concerne l'incident d'Alexandrie une Cour composée de trois sections a été instituée à cet effet et a même commencé à fonctionner. || Nous adressons des vœux au ciel pour la réussite de notre magnanime Souverain dans cette circonstance également.

Le 11/23 Juin, 1882.

De ce qui précède votre Excellence relèvera sans doute le résultat heureux auquel a abouti la mission de Dervich-Pacha, résultat qui, se traduisant par le retour de la concorde que des officiers de l'armée Impériale Égyptienne avaient un instant menacée, et par des témoignages éclatants de soumission et de dévouement destinés à resserrer d'une manière indissoluble les liens entre le Souverain et le Khédive son Représentant ainsi que ses loyaux sujets, écartent entièrement les difficultés qui avaient surgi dans cette province et satisfont ainsi au vœu légitime de l'Europe. || Confiant en l'équité impartiale des Puissances, nous nous plaignons à espérer qu'elles accorderont leur sérieuse attention aux communications importantes et aux arguments qui précèdent, et voudront bien y constater notre désir sincère de mettre fin à la question, et la conviction où nous sommes d'avoir atteint le but poursuivi, sans que les mesures appliquées avec un si heureux succès aient désormais besoin d'être renforcées par d'autres dont nous avons peine à nous expliquer l'utilité pratique. | Je compte donc sur votre zèle éprouvé et votre lumière pour faire prévaloir toutes ces raisons auprès de M. le Ministre des Affaires Étrangères, en exprimant notre certitude de le voir agréer nos vues et reconnaître, comme nous, que la réunion d'une Conférence pour les affaires Égyptiennes, ne présentant plus aucune nécessité, doit être définitivement abandonnée. || Vous êtes, en même temps, autorisé à laisser à son Excellence copie de la présente dépêche.

Nr. 7911. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Versuche, die Pforte zur Theilnahme an der Conferenz zu veranlassen. Decoration Arabi-Pascha's.

Therapia, June 26, 1882.

Nr. 7911.
Gross-
britannien.
6. Juni 1882.

My Lord, — I called upon the Minister for Foreign Affairs to-day, and again endeavoured to persuade him to enter the Conference. I told him, that if he joined us he would find himself as President not merely in a position of dignity, but of influence; that although hitherto the experience of Turkish Commissioners at European Conferences might not have been very agreeable, he would not fail to perceive that the atmosphere of this Conference was of a totally different character. A state of things had arisen in which all our interests were jeopardized. Was it not, therefore, reasonable, that we should



consult in common how they might be best preserved? At every moment of the discussion it would be convenient and advantageous if we could turn to a Turkish President for information and advice. Moreover, I added, "les absents out toujours tort;" and however friendly we may be disposed towards you, it is almost impossible but that, if you allow everything to be settled behind your back, the result may be less advantageous than if you had been present to explain and defend your views and interests. || His Excellency replied, that at all events he would always be at the Porte ready to talk over any matter we chose with us. || I then referred to the fact of Arabi-Bey having received a decoration from the Sultan as a mark of his esteem and approbation, which seemed to me an odd commentary upon the language held by his Excellency in Arabi's regard a week or two ago. || To this Saïd-Pasha replied in a mysterious, not to say an oracular manner, that in a little while I should heartily applaud the circumstance. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7912. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. — Italiens Interessen in Aegypten und am Suez-Canal. Unterredung mit Mancini.

(Extract.)

Rome, June 27, 1882.

I have just had an interview with M. Mancini, in which his Excellency again referred to the current reports of its being the intention of Her Majesty's Government to take immediate measures for the protection of the Suez Canal. || His Excellency began by saying, that all the rumours of military preparations which were being made by England, coupled with the questions addressed to Her Majesty's Government in Parliament and the answers of the Prime Minister respecting the arrangements to be made for securing the free navigation of the Canal not coming within the topics to be discussed at the Conference, gave him, he was obliged to confess, a certain uneasiness. || Every one, his Excellency continued, would of course be ready to acknowledge that England, both politically and commercially, had a superior interest to other Powers in the maintenance of unimpeded communication through the Canal, but still the other Powers had also a very great interest in it, and Italy came second after England. || It appeared to him, therefore, that the measures to be taken for securing the free navigation of the Canal were matters of European interest, and would very properly come within the scope of the deliberations of the Conference; and it would be with great regret that he would see any isolated action taken by England in Egypt without the consent of the other Powers.

I told M. Mancini, in reply, that I was without any information whatever as to the intentions of Her Majesty's Government on the subject referred to

Nr. 7911.
Gross-
britannien.
26. Juni 1882.

Nr. 7912.
Gross-
britannien.
27. Juni 1882.

Nr. 7912.
Gross-
britannien.
27. Juni 1882.

and consequently without any instructions to discuss the Canal question. Anything that I said, therefore, must be taken as coming from myself only.

With regard to the questions and answers in Parliament, I continued, my belief was, that they had referred especially to the idea of a neutralization of the Canal, — which I presumed every one would understand that England could never accept, or indeed consent to discuss in Conference. I reminded his Excellency of our last conversation when he had questioned me as to the truth of a report in a French newspaper to the effect that a Convention had been signed between your Lordship and Musurus-Pasha, giving England the right, in certain eventualities, to occupy the Canal, and when his observations had led me to infer that he would not see such a step with displeasure. On the contrary, I had understood him to imply, that it would be for the interest of all maritime Powers, and he had even admitted it would not be at variance with the Self-denying Protocol. || I repeated, that I had no information and no instructions on this subject, but I said I could without hesitation assure his Excellency of one thing, viz., that whatever England did would be for the benefit of all the world, without any selfish object, and that, if she saved the Canal, by prompt action, from eminent peril, she would deserve the gratitude and not the opposition of the other Powers. || With regard to the military preparations which had attracted his Excellency's attention, I said that in a previous conversation he had himself contemplated the probability of the Sultan refusing to send troops, in which case the question would arise as to what measures should then be taken and by whom, for re-establishing a normal state of things in Egypt instead of the rule of the military rebels, which his Excellency himself had distinctly stated could not be allowed to continue. || If therefore an European intervention became necessary, no Power, I presume, would contest the right of England to take a leading part in it. Hence certain preparations to be ready for every contingency were only the natural consequence of the present state of affairs. Besides, I said, we had an account to settle with Egyptians for the massacres and losses inflicted on the Queen's officers and subjects.

M. Mancini did not dispute the accuracy of these observations, but his Excellency still said that he trusted there would be no isolated action without the agreement of Europe; for that, notwithstanding his earnest desire not to be placed in opposition to the policy of England, he would find himself in a difficult position.

I should, add that in the conversation which ensued and in which M. Mancini claimed for Europe a partnership with England and France in the financial Control, his Excellency reiterated in the most unequivocal terms his previous statements to the effect that the Ministry composed under Ragheb-Pasha could not be accepted as affording the necessary guarantee for the future, and that it was absolutely essential to subdue the military party. In reference to the part taken by the Italian Consul-General in bringing about

this Ministry, his Excellency said that he had been applied to by the Austrian and German Governments to authorize the Italian Agent to join with his Austrian and German colleagues in affecting this arrangement, which had been imagined simply with a view to obtaining momentary security for the European Colony, and he had consequently given M. de Martino the requisite instructions; but no one, his Excellency believed, looked upon it in the light of a serious or lasting solution, but only as a temporary expedient created for a special purpose. || M. Mancini likewise repeated the same sentiments that he had on a previous occasion expressed, as reported in my despatch of the 2nd instant, in speaking of the maintenance of Tewfik as Khedive or his substitution by Halim, only with regard to the latter alternative imparting his opposition to it in still more forcible and decided language. || It had been reported, his Excellency said, that the Italian Government were in favour of the return of Ismaïl, which was absolutely not true. On the contrary, they considered that Tewfik should be maintained, and his Excellency referred again to the difficulties, by which His Highness had been surrounded, and the allowances which should consequently be made for him.

I referred his Excellency to the declarations which had been made in Parliament as to the intentions of Her Majesty's Government respecting the present Khedive, and his Excellency observed that on this subject there was agreement between the two Governments.

Nr. 7913. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter in Konstantinopel an ihre Regierungen. — Dritte Sitzung der Conferenz.

Le 27 Juin, 1882.

Les Ambassadeurs de France et d'Angleterre ont d'abord communiqué les informations qu'ils ont reçues depuis notre dernière séance sur l'état d'Égypte. Ces informations sont de nature à augmenter les préoccupations. Après avoir complété l'échange de vues générales qui a fait l'objet de notre dernière réunion, nous avons abordé la discussion des mesures auxquelles on pourrait recourir pour atteindre le but assigné à la Conférence. || L'Ambassadeur d'Italie a proposé qu'il soit entendu que pendant la durée de la Conférence les Puissances s'abstiendraient de toute entreprise isolée en Égypte. Cette proposition a été acceptée sous la réserve de force majeure, tel que la nécessité de protéger la vie des nationaux. || La prochaine séance est fixée à Jeudi.

Nr. 7913.
Gross-
britannien,
27. Juni 1882.

Nr. 7913.
Conferenz-
Staaten.
27. Juni 1882.

Nr. 7914. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Dritte Sitzung. Eng- lischer Vorschlag, türk. Truppen nach Aegypten zu entsenden.

Therapia, June 27, 1882.

Nr. 7914.
Gross-
britannien.
27. Juni 1882.

My Lord, — I have informed you in my preceding despatch of the cha- racter of the proceedings in to-day's Conference. The news which I communi- cated of the massacre at Benha made a great impression upon my colleagues, as did also the examples of military tyranny, and the prospects of financial ruin set forth in Mr. Cartwright's telegrams of yesterday. || My French colleague took the lead to-day in insisting with great vigour upon the necessity of our applying a prompt remedy to the increasing anarchy in Egypt, which, he said, would eventually render all the African provinces uninhabitable by Europeans.

Other members having more or less acquiesced in the gravity of the situa- tion, the moment appeared to me propitious for launching a formal propo- sal invitig the Sultan to dispatch, under specified conditions and for a specified object, Turkish troops to Egypt, in sufficient force to dominate the situation and to suppress the military faction. || My colleagues one after another observed, that they could not pronounce on so important a suggestion without referring to their respective Governments, but, in the meantime, they all de- clared themselves ready to discuss it in all its bearings. || I think we have reason to be satisfied with the way, in which our proposal has been met. Every one was agreed, that something had to be done, and no one was able to suggest any other alternative. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7915. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht über die dritte Sitzung.

Therapia, June 28, 1882.

Nr. 7915.
Gross-
britannien.
28. Juni 1882.

My Lord, — On Tuesday, the 27th, the Conference met for the third time. The proceedings began by my communicating to my colleagues Mr. Cartwright's telegrams of the 26th, announcing the massacre at Benha, and exemplifying the intolerable tyranny of the military element and the general financial ruin, with which the country was threatened. The circumstances thus recorded made a very painful impression upon my colleagues, and the French Ambassador took the lead in insisting with great vigour upon the necessity of our applying a prompt remedy to the increasing anarchy in Egypt. He called our attention to the fact that Arabi-Pasha was in communication with the Arab Sheikhs along the whole north coast of Africa, that the fanatical hostility towards Europeans was likely to spread, and that no one could foretell what might be the ultimate consequences. || Count Corti incidentally



called our attention to a fact with which I had already become acquainted — namely, that the Sultan considered that the privileges granted in the Egyptian Firmans were not accorded to the country, but to the family of Mehemet-Ali, and that, consequently, should that family ever become extinct, Egypt would reacquire the character of an ordinary vilayet. || There then ensued a desultory conversation of no importance, which Count Corti interrupted by reminding the Conference of the extreme gravity of the situation, and of the necessity of addressing ourselves seriously to the task imposed upon us. || Baron Calice observed, that though there could be no doubt that matters were in a bad state in Egypt, the situation was apt to change from day to day. Even admitting that Turkish intervention was the best remedy, ought it to be applied now? Might it not endanger the lives of the large concourse of Europeans still remaining in the country? || In reply to this observation, which Baron Calice developed with much earnestness, I remarked that suppose we did nothing, isolated massacres, such as had taken place at Benha, would probably continue in different parts of Egypt. The present condition of affairs rendered it necessary that the risk should be run. || M. de Noailles supported this view, as did also Count Corti and M. Onou, the former reminding us that our mandate was to act and not to wait upon events, and M. Onou stating, what is perfectly true, that when the Turkish forces under Fuad-Pasha, and the French army under General Beaufort, started for Syria, exactly the same apprehensions were entertained for the safety of the thousands of Christians who were at the mercy of the fanatical Arabs at Damascus and elsewhere; but that, notwithstanding the threats of these latter to cut the throats of their victims should a French or Turkish soldier appear upon the scene, no human being was injured. | Every member of the Conference being thus apparently agreed upon the urgency of the case, I submitted a formal proposal to the following effect, namely, that the Sultan should be invited to send to Egypt, under certain conditions, a corps d'armée of sufficient strength to dominate the situation, and to suppress the military faction which had usurped the supreme power. || My Italian, Austrian and German colleagues stated, that they must refer to their Governments for instructions. M. Onu said, that he was authorized to discuss any proposition that might be submitted to the Conference, but neither could he pronounce a definite opinion without asking for instructions.

The French Ambassador said he was ready to discuss the proposition *à priori*.

Baron Calice again insisted on the dangers, to which the European and Christian residents in Egypt might be exposed by a threat of intervention. M. de Hirschfeld suggested the propriety of seeking for information upon this point at the hands of our Consular Agents in Egypt. || To this M. de Noailles objected, that such a reference would be tantamount to transferring the responsibility from ourselves to a Consular Conference in Egypt, which might lead to inconvenience. || I observed, that it was a point which regarded our Governments rather than the Conference. We were not in immediate com-

Nr. 7915.
Gross-
britannien.
28. Juni 1822.

Nr. 7915. Gross-
britannien.
28. Juni 1882. munication with our Consuls in Egypt, whereas the Governments were in daily and hourly correspondence with them, and could judge far better than we of the risk which might be incurred. || The meeting broke up upon the understanding that at our next reunion we should discuss academically the conditions to be attached to an armed intervention of Turkey in Egypt. || On the whole, the proceedings, as above recorded, may be considered satisfactory. Every one has consented to join in elaborating the best way of carrying into effect the proposition I have submitted, and no one has as yet made an alternative suggestion. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7916. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Tragweite der Clausel von der *'force majeure'*.

Therapia, June 28, 1882.

Nr. 7916. Gross-
britannien.
28. Juni 1882. My Lord, — I ought to have stated in my despatch of yesterday's date, that the reserve appended by myself and my French colleague to Count Corti's proposition, indicated by the words "force majeure," was added for the purpose of leaving perfect liberty of action to our respective Governments in the presence of any emergency whatever. || It would comprise not only danger to the Suez Canal, but any other unexpected change in the political situation in Egypt, which might call for immediate action. We did not, in fact, regard the Italian Ambassador's suggestion, when modified by this saving reservation, as of any great significance. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7917. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Auffassung der Clausel *'force majeure'* den Botschaftern mitzutheilen.

Foreign Office, June 28, 1882.

Nr. 7917. Gross-
britannien.
28. Juni 1882. My Lord, — In your telegram of to-day your Excellency explains, that qualifying words "force majeure" were added by yourself and your French colleague to Count Corti's proposition relative to the abstention from isolated action during the sitting of the Conference, in order to leave perfect liberty of action to the British and French Governments in the presence of any emergency whatever. || Your Excellency should take an opportunity of mentioning to your colleagues the object with which you made the reservation, which I have to inform you is approved by Her Majesty's Government. | I am, &c.

Granville.

Nr. 7918. **CONFERENZ-STAATEN.** — Identisches Telegramm der Botschafter über die vierte Sitzung.

Therapia, le 30 Juin, 1882.

Dans la séance d'aujourd'hui nous avons continué la discussion sur la proposition pour l'intervention armée de la Turquie en Égypte faite par l'Ambassadeur d'Angleterre. La Conférence s'est livrée à un examen préalable de la forme, dans laquelle, le cas échéant, cette intervention devrait se produire, et des conditions auxquelles elle devrait être soumise. La prochaine séance est fixée pour après-demain.

Nr. 7918.
Conféren-
Staaten.
30. Juni 1882.

Nr. 7919. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Vierte Sitzung der Conferenz.

(Extract.)

Therapia, June 30, 1882.

The fourth meeting of the Conference was held last night. The proceedings commenced by my communicating to my colleagues Mr. Cartwright's telegrams of the 28th and 29th instant, in one of which a striking description is given of the increasing panic in Egypt, and the financial and commercial collapse and ruin which it will occasion.

Nr. 7919.
Gross-
britannien.
30. Juni 1882.

Count Corti then insisted again in forcible terms upon the anarchic state of Egypt and the necessity for a remedy. Under these circumstances he suggested, that we should proceed with the discussion of the British Ambassador's proposition.

Baron Calice said, that, having discharged his duty in calling at our last meeting the attention of his colleagues to the possible danger to the Christian and European residents which might be occasioned by an intervention, he was quite ready to discuss the proposition of the British Ambassador; but he must observe, that he was still without sufficient information of the real state of affairs in Egypt.

M. Onou having alluded to this proposition as a proposition of the two Governments, M. de Noailles demurred to the expression, and observed that it must not be so regarded; it was the proposition of the English Ambassador.

M. de Hirschfeldt spoke pretty much in the same terms as had Baron Calice.

Being somewhat dissatisfied with the attitude assumed by a great number of my colleagues, I observed that, if a newspaper correspondent had assisted at our deliberations, he would certainly have reported that we were desirous of renouncing the task imposed upon us by our Governments.

M. de Noailles went on to say that the part of the business now before us divided itself into three heads — (1) the consideration of the conditions

Nr. 7919.
Gross-
britannien.
30. Juni 1882.

which would attach to Turkish intervention, (2) the definition of the ends to which that intervention was to be directed, and (3) the consideration of the "sanction." By "sanction" I understood him to mean the measures to be held in reserve if the Turkish Government refused to acquiesce in our invitation to send troops. His Excellency then proceeded, with remarkable perspicuity of language, to enumerate the conditions which in his opinion ought to be attached to the intervention of Turkey. They were as follows: — || (1.) That a military force should be sent by Turkey to Egypt on the formal demand of the Great Powers. || (2.) That distinct assurances would be given by the Sultan that he would address his efforts to the restoration of the *status quo*. || (3.) That no interference should be admitted with the existing Firmans and privileges of Egypt. || (4.) That the period of the occupation should have no fixed limit. || (5.) That during its continuance there should be no "ingérence" on the part of the Porte in the internal affairs of Egypt. || (6.) That the situation of the Khedive or of the Khediveship should remain intact and unaffected in its rights and dignity.

M. de Noailles further suggested, that it would be necessary to arrive at some conclusion as to who was to command the Turkish troops. || In concluding, the French Ambassador observed, that, although the foregoing were some of the conditions by which the expedition of a Turkish corps d'armée to Egypt ought to be restricted, there were several others which might be mentioned, and he then expatiated, in very forcible terms, on the difficulty of enforcing any one of them, and especially of securing the ultimate evacuation of the province by the Turkish troops.

Count Corti observed, in reference to the first of M. de Noailles' conditions — namely, the one having regard to the "demand," that we must take into account the extreme difficulty of the Sultan's position, and that we were bound also to consult his dignity, and to treat him with the "ménagement" and consideration which were his due. Under these circumstances he very much feared that His Majesty would not consent to move on the "demand" of the Great Powers, as it would at once give him the appearance of being a mere instrument used by the European Governments to chastise, for their benefit, the Mussulman populations.

M. de Noailles strongly insisted upon the necessity of our emphasizing our "demand." It was our one security against Egypt being treated for all time as an ordinary Turkish province.

One of my colleagues said that, he agreed with Count Corti, especially as it was evident that if a Turkish expedition were sent to Egypt it could only be with the consent of the European Powers. The fleets of England and France blockaded Alexandria, and, did they choose, they might intercept the Turkish transports and prevent the landing of the Sultans troops.

M. de Noailles replied that, as the Conference has assembled, it would be out of the question for the English and the French fleets to intervene in

the manner he had indicated, and that, therefore, such a contingency must be left out of our calculations.

On this I observed, that, although the eventuality could scarcely be imagined, yet, if the Sultan tried to smuggle his troops clandestinely into Egypt without previous communication with the Powers, I conceived that one of those cases of *force majeure* would have arisen contemplated by the reserve appended to Count Corti's Resolution, just as would be the case if the Suez Canal were threatened, or any other sudden or critical change were to take place in the political situation which might menace special interests.

M. Onou said, that he did not consider the question of the "demand" as of any great importance, as the Sultan could not stay in Egypt except with the consent of the Powers.

M. de Hirschfeldt expressed a strong and absolute opinion, that the Sultan would not accept a mandate.

Count Corti again insisted upon the advisability of allowing the Sultan to take the initiative. Upon this I said, that the French Ambassador's view was correct in theory, but Count Corti's was the most opportune in practice. The problem was to reconcile the two. It would certainly be out of the question to establish a precedent for the Sultan to occupy Egypt with a military force without the previous assent of the Powers. On the other hand, our object was to get him to go. It would not, therefore, be wise to couch our invitation in such terms as would provoke a refusal. Moreover, it was not our eloquence that would be likely to set him in motion; but if through the menace of our existence as a Conference and by other diplomatic pressure, he could be induced himself to communicate to us a proposal, that Turkish troops should be sent to Egypt for certain specified purposes and under certain conditions, it appeared to me that our object would be equally well attained. We could take act of the announcement by signifying our formal acquiescence, and the arrangement would assume as much the character of a compact or agreement as though the initial invitation had come from us. If, when you are on the point of requiring somebody to do something, he anticipates you by proposing to do it of his own accord, it would be very unwise not to shake hands over the bargain.

This view of the case appearing to meet with the assent of the great majority of my colleagues, I proposed that the question of the "demand" should be postponed for the present, and that we should proceed to the examination of the other conditions enumerated by the Marquis de Noailles. All of these were accepted in principle; but a discussion arose as to how, with the Sultan in military possession of the country, some of the conditions — such, for instance, as that there should be no interference with the internal affairs of Egypt, or that the supremacy of the Khedive should be left intact — could be secured. || The Austrian Ambassador observed, that there must necessarily intervene a transition period of confused and uncertain jurisdiction.

Nr. 7919.
Gross-
britannien.
30. Juni 1862.

Nr. 7919.
Gross-
britannien.
30. Juni 1882.

I suggested, that until the army was reorganized, and the leaders of the military faction dispersed, the Local Government must, of course, be more or less under the influence of the Turkish military authorities in command, but that at all events there was a way of saving appearances, namely, by the Khedive, the moment the Turkish forces set him free and enabled him to constitute a new Ministry, nominating some person who, like Dervish-Pasha, enjoys the confidence of the Sultan, to the post of Minister of War. In this way the Commander-in-chief of the Turkish army, who, it was to be hoped, might be Moukhtar-Pasha, would be brought nominally under the Khedive's orders; the formation of a normal Ministry would carry with in the re-entry into its counsels of the Controllers; and in this way the whole machinery of a regular Government might be re-established in twelve hours, and the anomalous relations of the Turkish Commander-in-chief with the Khedive would be regularized in accordance with accepted Constitutional forms. The foregoing was, however, I said, a mere personal idea of my own.

Before the meeting separated, I intimated that it was the intention of Her Majesty's Government to demand reparation at a fitting moment for the loss of life and the injury to property sustained by our subjects during the riots at Alexandria.

I am afraid I cannot consider the proceedings recorded in the above despatch as very satisfactory. It is quite evident, that neither my German, Austrian, nor Russian colleague has received any definite instructions, and that M. de Noailles is more impressed with the dangers attendant upon the dispatch of a Turkish expeditionary force to Egypt than with the good results which will flow from it. On the other hand, it is but justice to my French colleague to say that, although he does not associate himself with my proposition, but he contributes powerfully towards the discussion of it.

(Extract.)

Therapia, June 30, 1882.

With reference to my previous despatch of this day's date, reporting on the proceedings of the fourth meeting of the conference, I have the honour to inform your Lordship that an observation of Baron Calice relative to the functions of the French and English fleets at Alexandria gave me a favourable opportunity of declaring in distinct terms that Her Majesty's Government should consider any attack upon the Canal, or any sudden change or catastrophe which menaced our special interests, as comprehended under the term "force majeure" embodied in the reserve appended to Count Corti's proposition, referred to in my despatch of the 27th instant.

Nr. 7920. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Die Entsendung türkischer Truppen ohne Aufforderung seitens der Konferenz würde die englische Regierung nicht beunruhigen:

Foreign Office, June 30, 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government have had under their consideration the question which, after consultation with the French Ambassador, you have submitted as to the attitude which should be observed by your Excellency and the Marquis de Noailles in the event of the Sultan sending troops to Egypt without previous notice. || Her Majesty's Government are of opinion, that your Excellency and the French Ambassador should represent to the Conference that in the event of the Sultan anticipating the request, which the Governments of England and France were prepared to make to His Majesty, they entertain the hope that the Sultan will, at the same time that he dispatches troops, give such assurances to the Powers as will secure their use being limited to the purposes which have been agreed upon. || Her Majesty's Government would, however, not feel any alarm even if the Sultan should give no such assurances, as they would have the means of providing that the action of his troops should be confined within the limits proposed to be assigned to them. || I am, &c.

Nr. 7920.
Gross-
britannien.
30. Juni 1882.

Granville.

Nr. 7921. **RUSSLAND.** — Min. d. Ausw. (Giers) an die russischen Botschafter. — Ansichten der russischen Regierung über die ägyptische Krisis.

(Extrait.)

St.-Pétersbourg, le 18/30 Juin, 1882.

Avant tout, maintien du concert Européen. Aucune solution ne doit procéder que de lui. || 2. Autant que possible, rétablir et consolider le *statu quo*. || 3. Il est désirable que pour y arriver l'action morale suffise. En pareil cas, les résultats devraient en être enregistrés par la Conférence de manière à donner une nouvelle confirmation Européenne au droit public de l'Égypte. || 4. Si elle ne suffit pas, le concert des Puissances doit seul prononcer sur les mesures à prendre; elles ne doivent être exécutées qu'en vertu de son autorité et sous son contrôle. || 5. Si la Porte persiste à ne point participer à la Conférence, les Puissances devraient s'entendre sur le meilleur moyen de lui faire accepter leurs décisions. || 6. Si une intervention matérielle est indispensable, la plus légale et la moins dangereuse serait celle du Sultan, mais en vertu d'une délégation de l'Europe et avec les garanties nécessaires pour que le but assigné ne soit pas dépassé. || 7. Si le Sultan s'y refuse et que l'Angleterre et la France se croient obligées d'agir, soit collectivement, soit isolément, ce

Nr. 7921.
Russland.
30. Juni 1882.

Nr. 7921. devrait être également après entente avec les Puissances, par leur délégation, et avec un programme nettement défini. Le précédent de l'intervention militaire de la France en Syrie pourrait être consulté. Les Puissances pourraient faire accompagner l'expédition par des Commissaires spéciaux. 8. Quant au but final de l'intervention, il devrait être le rétablissement du *status quo*. Mais ce *status quo* a des inconvénients révélés par l'expérience; peut-être jugera-t-on nécessaire de le modifier sur quelques points se rattachant principalement à la position du Gouvernement Égyptien vis-à-vis des Gouvernements étrangers et les actes par lesquels il s'est engagé. En admettant en principe l'obligation de respecter les engagements contractés, on peut reconnaître l'opportunité d'y apporter des modifications consenties de part et d'autre. || Les inconvénients du Contrôle exclusif Anglo-Français ont été révélés par les faits. Vouloir les perpétuer par la force, serait faire une oeuvre douteuse. || Peut-être trouvera-t-on possible et juste de donner un caractère non-exclusif, mais international, à ce Contrôle. Il acquerrait ainsi plus d'autorité morale et plus de garanties contre les abus personnels des Agents. || La Commission de Liquidation et les Tribunaux Mixtes ont ce caractère international et fonctionnent bien. || Peut-être aussi trouvera-t-on juste de restreindre ce Contrôle dans les limites qui garantissent les intérêts étrangers sans constituer une ingérence dans l'administration du pays. || Toutes ces questions devraient faire l'objet d'une discussion détaillée en Conférence.

Nr. 7922. CONFERENZ-STAATEN. — Identisches Telegramm der Botschafter über die fünfte Sitzung.

Thérapia, le 2 juillet 1882.

Nr. 7922. Aujourd'hui, la Conférence, dans sa cinquième séance, s'est occupée de déterminer quel but devait être assigné à l'intervention armée de la Turquie en Égypte. Elle a ensuite examiné l'opportunité qu'il y aurait à laisser entendre, dans la communication qui serait faite, le cas échéant, à la Porte, que les Puissances, en cas de refus, auraient à aviser à d'autres moyens. La Conférence s'est réservée d'émettre son opinion à ce sujet au moment opportun. Elle a enfin examiné le mode suivant lequel elle aurait à notifier au Gouvernement Ottoman les résolutions qu'elle pourrait prendre. || La prochaine séance a été fixée à mercredi prochain.

Nr. 7923. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Fünfte Sitzung der Konferenz.

Thérapia, Juli 3, 1882.

Nr. 7923. My Lord, — The fifth sitting of the Conference on the affairs of Egypt which took place yesterday was very satisfactory. || M. de Noailles signified his



acquiescence in the principle of Turkish intervention, provided the Conference could agree upon the conditions by which it was to be regulated. Those conditions should not be so feeble as to leave the Turks masters of Egypt, nor so obnoxious to the Sultan as to make it difficult for him to comply with the invitation of the Conference. The French Ambassador then observed, that, having at our last meeting gone through a preliminary examination of these conditions, it remained for us to determine "le but" and "la sanction," meaning by the latter word the comminatory alternative. || In accordance with a previous understanding arrived at between us, I then interposed with a form of words descriptive of the objects to which Turkish intervention should be directed, namely, the overthrow of the military faction, and the placing of the Khedive in a position to reconstruct a normal Government, and to re-establish the *status quo*. || All our colleagues accepted the formula. || We then proceeded to discuss the "sanction," namely, whether or no, in transmitting our invitation, we should give a hint to the Porte that, if it refused to send an expeditionary force, Europe would take the matter into its own hands and act directly in Egypt. || The Austrian Ambassador suggested, that anything approaching to a threat of this kind would have a bad effect. M. de Hirschfeldt followed in the same sense. || I then observed, that the question depended entirely upon what might be the attitude of the Sultan at the moment we were about to address him. If we could assure ourselves, that His Majesty was upon the point of yielding, we should naturally exclude from our proposals everything that he would take in ill part. If, on the contrary, he persisted in abdicating his obligations as Sovereign, my personal opinion was that it would be well to allow him to understand that ulterior measures would be resorted to. I added, that this was an opinion which I should submit to my Government, but I was not authorized to enunciate it on their behalf. || Count Corti expressed his concurrence in this view. || M. de Noailles explained, that the word "comminatoire" had been used for want of a better. To state that we should deal with Egypt ourselves was not a threat in the same sense as would be the dispatch of a combined fleet to the Dardanelles. The framing of the phrase would be a task of the utmost delicacy. || We then agreed, at the invitation of Count Corti, on the form in which our communication was to be addressed to the Porte, namely, "in identic notes addressed to it by order of our respective Governments, and containing the resolution taken by the Powers in Conference." || Some of my colleagues were in favour of the communication being sent as from the Conference; but it was objected; that this might expose us to our mission being refused or only accepted "à titre d'information", but the Foreign Minister could not decline to receive identic notes from the Ambassadors. || We then reverted to the main question, and, in reply to a query from Count Corti, the Austrian Ambassador declared that he was still without definite instructions on this point, but that he was personally in favour of Turkish intervention, and he had informed his Government that it was the

Nr. 7923.
Gross-
britannien.
3. Juli 1882.

Nr. 7923.
Gross-
britannien.
3. Juli 1882.

only principle which was likely to meet with general acceptance. || M. Onou announced, that he was authorized to adopt the principle of Turkish intervention if the other Governments agreed. || M. de Hirschfeldt still maintained his attitude of reserve, and is evidently without instructions. || It was agreed, that at our next meeting, which is fixed for Wednesday, the 5th instant, M. de Noailles should compose a formula of conditions, embodying as nearly as he could the general statement of the Conference, and that he and I should prepare a definition of the objects to be obtained by intervention. There is now, therefore, every prospect of our communication to the Porte being ready by Wednesday night for submission to our respective Governments. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7924. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Möglichst schnell einen Beschluss der Conferenz herbeizuführen, türkische Truppen nach Aegypten zu entsenden.

Foreign Office, July 3, 1882.

Nr. 7924.
Gross-
britannien.
3. Juli 1882.

My Lord, — Your Excellency's telegram of yesterday, containing the identic account of the fifth sitting of the Conference which the Representatives of the Powers agreed to telegraph to their Governments, has been received. Form that Report it appears, that the Conference has as yet taken no single step. || Her Majesty's Government desire, that at the next sitting of the Conference you should press the Representatives of the other Powers to come to an early decision on the application which it has been proposed to address to the Sultan, that His Majesty should dispatch troops to Egypt. If the Conference does not agree to make this application, or if it is refused by the Sultan, your Excellency will press the Representatives to consider what other means should be adopted with a view of obtaining the desired end. || I have conveyed to Her Majesty's Ambassador at Paris the instructions of the Government, that he should express to M. de Freycinet their strong hope that the French Ambassador at Constantinople may be instructed to join your Excellency in pressing these matters on the Conference; and I have directed Her Majesty's Ambassadors at Berlin, Vienna, Rome and St. Petersburg to request the Governments to which they are accredited to instruct their Representatives in the Conference to give you their support. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7925. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Hat dem Sultan die Folgen seines Zögerns vorgestellt.

Therapia, July 4, 1882.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I sent Sir Alfred Sandison on the 1st instant to the Prime Minister with a strongly-worded message, calling the attention of his Highness to the newspaper reports of what was passing in England and in France, as a proof that public opinion in both countries was becoming very much excited in regard to the Egyptian question, and that the abdication by the Sultan of his obligations as Sovereign would impose upon others the task of restoring order in that country. I further begged him to remark, that some of the most influential English newspapers were urging the Government, instead of seeking the assistance of Turkey, to come to terms with the National party, and by the establishment of an independent Arab Government at Cairo to free Egypt from the domination of the Turks. This programme, I said, was altogether contrary to what Her Majesty's Government desired; but the Sultan's present attitude of hesitancy and absten-
Nr. 7925.
Gross-
britannien.
4. Juli 1882.

Dufferin.

Nr. 7926. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Italiens Vorschlag, dass keine Macht einzeln die Regelung der ägyptischen Frage unternehmen solle.

Therapia, July 4, 1882.

My Lord, — The Italian Ambassador having informed me, that Signor Mancini had suggested to him that a verbal understanding should be arrived at in the Conference, that no single Power should take upon itself the settlement of the Egyptian question as long as the Conference was in session, I observed that sudden contingencies might be imagined, which would render prompt action upon our part imperative; but I deferred giving Count Corti a positive answer until I should have had an opportunity of consulting my French colleague. || M. de Noailles evidently considered that the point was of small importance, provided a proper reserve was appended to the proposition which left our respective Governments full liberty of action in any case of emergency. || When Count Corti mooted the subject in Conference, it became apparent that all my colleagues took the same view of the case, the Austrian Ambassa-
Nr. 7926.
Gross-
britannien.
4. Juli 1882.

Nr. 7925.
Gross-
britannien.
4. Juli 1882.

dor remarking that, when the Powers agreed to consult together as to what was to be done, it would be obviously contrary to all reason if any one Power should engage to settle the matter on its own initiative. As it appeared to me, that it would be invidious if the very Power which had insisted upon concerted action and had invited the Conference to assemble were to negative a proposal which the Conference was prepared unanimously to adopt, I intimated my acquiescence in Count Corti's suggestion, as qualified by the proposed reserve, which, as I have already pointed out to your Lordship by telegram, left us full liberty of action in case of any menace to the Suez Canal, to the lives of our subjects, or to any special interest. M. de Noailles then substituted the words "force majeure" for "cas d'urgence," which had been mentioned between us in our first conversation (and which, at the time, I translated in my telegram to your Lordship by the word emergency) as being the more explicit and extensive term of the two, and as leaving to each Government as much freedom as the circumstances could possibly require so long as the Conference was sitting, and the concert among the Powers which it implied was maintained. || Although perhaps it would have been more convenient, that the question involved in Count Corti's resolution should not have been raised, yet, when once it was raised, I hope your Lordship will consider that it has been dealt with in as proper a manner as the circumstances of the case permitted. || I have, &c.

Dufferin.

NR. 7927. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Ministerrath hat beschlossen, die Betheiligung am englischen Ultimatum abzulehnen.

Paris, le 5 juillet 1882.

Nr. 7927.
Frankreich.
5. Juli 1882.

Lord Lyons est venu hier et m'a fait connaître que l'amiral Seymour était autorisé à remettre aux Égyptiens un ultimatum en vue d'arrêter leurs travaux de défense et, pour le cas où cet ultimatum resterait sans effet, à ouvrir le feu contre ces ouvrages. Il m'a demandé si des instructions semblables seraient envoyées à l'amiral Conrad. Un télégramme de celui-ci à l'amiral Jauréguiberry, reçu ce matin, confirme le fait, en remarquant d'ailleurs que jusqu'ici la construction de nouvelles batteries n'est pas constatée. Le Conseil des Ministres, qui vient de délibérer sur cette situation, a été d'avis que nous ne pouvions pas nous associer à cet ultimatum: 1^o parce qu'il devrait entraîner à des actes offensifs qui ne seraient pas en rapport avec l'attitude que nous avons prise au regard de la Conférence; 2^o parce que, de toutes façons, de tels actes ne peuvent, en vertu de la Constitution, être accomplis qu'avec l'autorisation préalable du Parlement. En conséquence, l'amiral Conrad a ordre de déclarer à l'amiral Seymour que si l'ultimatum était néanmoins présenté,

la Division française se verrait dans la nécessité de quitter le port d'Alexandrie, tout en restant dans les eaux égyptiennes. || Lord Lyons étant revenu aujourd'hui me demander la réponse à sa communication d'hier, je lui ai fait part des décisions qui précèdent. Il a paru apprécier les motifs qui les ont dictées et m'a promis d'en rendre compte à Lord Granville. Je vous prie, de votre côté, de vouloir bien en entretenir Sa Seigneurie, en lui faisant bien comprendre que notre conduite en cette circonstance n'a rien de contraire aux sentiments d'amitié qui nous lient avec l'Angleterre.

C. de Freycinet.

Nr. 7928. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Gründe des Beschlusses des französischen Ministerrathes.

Paris, Juli 5, 1882.

My Lord, — Your Lordship will have observed, that the principal reason assigned by M. de Freycinet this afternoon for not allowing the French Admiral to join in preventing the erection of batteries at Alexandria was that this would be an act of war which could not be resorted to without the consent of the Legislature. || The French Government appear, in fact, to entertain considerable doubts as to the results of the questions coming before the Chamber in any form. || They fear that, if they acted without the previous sanction of the Chambers, they might be unable to resist the violent accusations which would be brought against them of violating the Constitution. || On the other hand they do not feel confident, that if they did apply for the sanction of the Chambers they should succeed in obtaining it. || I have forwarded to your Lordship by telegraph the substance of this despatch. || I have &c.

Lyons.

Nr. 7929. **CONFERENZ-STAATEN.** — Identisches Telegramm der Botschafter über die sechste Sitzung.

A la sixième séance aujourd'hui la Conférence a repris l'examen de la communication à adresser, le cas échéant, à la Porte, au point de vue de l'objet et des conditions de l'intervention Turque. Ces conditions concernent le maintien du *statu quo*, la limitation de la durée de l'occupation, le paiement des frais par l'Égypte, la réorganisation de l'armée, l'obligation d'observer ces conditions. Quelques points ont été réservés pour une discussion ultérieure, qui aura lieu à la prochaine séance, fixée pour demain (Jeudi) à 3 heures.

Nr. 7927.
Frankreich.
5. Juli 1882.

Nr. 7928.
Gross-
britannien.
5. Juli 1882.

Nr. 7929.
Conferenz-
Staaten.
5. Juli 1882.

Nr. 7930. **CONFÉRENZ-STAATEN.** — Identisches Telegramm der Botschafter über die siebente Sitzung.

Nr. 7930.
Conférenz-
Staaten.
6. Juli 1882.

Aujourd'hui nous sommes tombés d'accord sur le projet de la communication qui pourrait être adressée à la Porte pour déterminer la tâche et les conditions de l'intervention d'un corps d'armée Turque en Egypte. Il est conçu dans les termes suivants: — || "Pénétrées de la nécessité d'apporter un prompt remède à l'état troublé de l'Égypte, et d'y faire renaitre la confiance, les Grandes Puissances, réunies en Conférence, ont décidé de faire appel à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan, en l'invitant à intervenir en Égypte, et à assister le Khédive par l'envoi de forces suffisantes pour rétablir l'ordre, abattre la faction usurpatrice, mettre fin à l'anarchie qui désole ce pays, a amené l'effusion du sang, la ruine et la fuite de milliers de familles Européennes et Musulmanes, et compromis les intérêts nationaux et étrangers. || En assurant par leur présence le respect des droits de l'Empire et le rétablissement de l'autorité Khédiviale, les forces Impériales permettront, en même temps, suivant un mode à déterminer ultérieurement, d'un commun accord, de procéder à de sages réformes dans l'organisation militaire de l'Égypte sans que leur intervention puisse nuire au prudent développement des institutions Égyptiennes dans l'ordre civil, administratif et judiciaire, qui ne serait pas contraire aux Firmans Impériaux. || En s'adressant à Sa Majesté Impériale, les Grandes Puissances de l'Europe ont la ferme confiance que, pendant le séjour des troupes Ottomanes en Égypte, le *statu quo* normal sera maintenu, et qu'aucune atteinte ne sera portée aux immunités et privilèges de l'Égypte garantis par les Firmans antérieurs, ni au fonctionnement régulier de l'administration, non plus qu'aux engagements internationaux et aux arrangements qui en résultent. || Le séjour en Egypte des troupes Impériales, dont les Commandants devront agir de concert avec le Khédive, sera limité à une période de trois mois, à moins que le Khédive n'en demande la prolongation pour un terme qui devrait être fixé d'accord avec la Turquie et les Grandes Puissances. || Les frais d'occupation demeureront à la charge de l'Égypte. Le montant de ces frais sera déterminé par un accord entre les Six Puissances, la Turquie, et l'Égypte. || Si, comme elles l'espèrent, Sa Majesté Impériale le Sultan répond à l'appel que lui adressent les Grandes Puissances, l'application des clauses et des conditions ci-dessus énumérées formera l'objet d'un accord ultérieur entre les Six Puissances et la Turquie."

Nous sommes d'avis que la communication soit faite, si nos Gouvernements l'approuvent, par leurs Représentants, sous la formé d'une note officielle et identique, aux noms des Gouvernements respectifs. || Nous avons l'honneur de soumettre à nos Gouvernements le résultat de nos délibérations, et nous les suspendrons jusqu'à ce qu'ils aient bien voulu nous faire connaître leurs décisions.

Nr. 7931. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die italienische Regierung hat die Interpretation von *'force majeure'* schweigend hingenommen.

(Extract.)

Therapia, July 7, 1882.

In continuation of my despatch of the 4th instant, Count Corti has informed me, that he at once telegraphed to his Government the interpretation placed by me upon the words "force majeure" appended to his Resolution. || He added, that his Government has made no remarks in reply to his intimation.

Nr. 7931.
Gross-
britannien.
7. Juli 1882.

Nr. 7932. **GROSSBRITANNIEN.** — Consul in Alexandrien an den engl. Min. d. Ausw. — Note der General-Consuln der Grossmächte an Admiral Seymour und Antwort desselben.

Alexandria, July 8, 1882.

My Lord, — I have the honour to inclose herewith a copy of a collective note addressed by the Consuls-General of the Great Powers to Admiral Sir Beauchamp Seymour, offering, in the event of the Admiral not being satisfied with the reply of the Military Commandant to his Excellency's letter respecting the fortifications, to obtain satisfactory assurances. || I inclose also a copy of the reply returned by his Excellency. || I have, &c.

Nr. 7932.
Gross-
britannien.
8. Juli 1882.

W. C. Cartwright.

The Consuls-General of the Great Powers at Alexandria to Admiral Sir B. Seymour.

Alexandrie, le 7 juillet, 1882.

Amiral, — Les grands intérêts qu'ont à Alexandrie nos nationaux, qui y sont encore nombreux, et qui y ont des propriétés très considérables, nous obligent à nous informer auprès de vous si vous vous considérez comme satisfait par la réponse du Gouvernement Égyptien au sujet des travaux de fortifications. || Nous nous croyons en état, au cas où cette réponse vous paraîtrait incomplète, d'obtenir des assurances pleinement satisfaisantes. || Nous vous serions donc très obligés de nous dire si vous considérez cette question comme réglée, et, dans le cas où il en était autrement, sur quel délai nous pourrions compter pour le départ de nos nationaux. De toute manière, le bombardement d'Alexandrie ne pourra s'opérer sans entraîner de grands périls pour la population Chrétienne, même indigène, et sans la destruction d'un nombre incalculable de propriétés Européennes. Nous apprendrions avec grand plaisir qu'avant de donner suite aux ordres de votre Gouvernement à cet égard, vous voulussiez bien lui soumettre cette observation.

E. de Vorges. J. de Lex.
Baron Saurma. Baron Kosjek.
De Martino.

Nr. 7932.
Gross-
britannien.
8. Juli 1882.

Admiral Sir B. Seymour to the Consuls-General of the Great Powers at Alexandria.

“Invincible”, at Alexandria, July 7, 1882.

Gentlemen, — I have the honour to acknowledge the collective letter which you have addressed to me this day. || You ask me whether I am satisfied with the reply of the Military Commandant to my letter sent to him yesterday. You are good enough to tender your services in obtaining from the Military Commandant a satisfactory reply, should I desire more complete assurances. || I beg to thank you for the offer you have kindly volunteered. || If your influence with the Military Commandant induces him to act with sincerity in forbidding the continuation of fortifications, the object you aimed at will have been attained. Mere written assurances, in whatever terms they may be expressed, are of little value in view of the interests confided to me. || I must point out, that I do not propose and have never expressed the intention of bombarding the town of Alexandria. My operations, if rendered necessary, will be directed against the fortifications, and I therefore see no reason to fear the injury to private property of which you are apprehensive. || I will acquaint Her Majesty's Government with the consideration you draw attention to in the closing paragraph of your letter. I must strictly adhere to the terms of my communication to the Military Commandant should the slightest attempt be made to renew defensive works. || In any case twenty-four hours' clear notice shall be given. || I have, &c.

F. Beauchamp P. Seymour.

Nr. 7933. TÜRKEL. — Min. d. Ausw. an den türk. Botschafter in London. — Verlangt Missbilligung der feindlichen Haltung des Admirals Seymour.

(Télégraphique.)

Constantinople, le 9 Juillet, 1882.

Nr. 7933.
Türkei.
9. Juli 1882.

Mon télégramme-circulaire du 8 a fait savoir à votre Excellence le peu de fondement des suppositions des Consuls de France et d'Angleterre en Égypte, ainsi que de M. l'Amiral Seymour, sur l'armement des batteries d'Alexandrie. La même dépêche a énoncé les détails du démenti donné à ce sujet par les autorités locales, démenti dont messieurs les Consuls et l'Amiral s'étaient contentés. || On était donc fondé à croire que les autres déclarations précises faites à ces messieurs avaient mis fin à l'incident, lorsqu'avant-hier, Jeudi, l'Amiral Anglais, d'après les informations que nous transmet télégraphiquement Son Altesse le Khédive, revenant sur ses impressions, s'est adressé une seconde fois par écrit au Commandant de la garnison d'Alexandrie pour lui dire qu'on plaçait de nouveaux canons dans les forts de la ville et qu'on procédait à divers préparatifs militaires, et que, si ces armements ne cessaient pas dans un délai de douze heures, la flotte commencerait le bombardement. || Dans sa réponse, le Commandant Égyptien a repoussé énergiquement l'imputa-

tion. || Le lendemain, quelques-uns des Agents des Puissances sont venus informer Raghîb-Pacha que l'Amiral Seymour croyait toujours aux armements, et que les Consuls avaient décidé de lui demander des explications par écrit. Toutefois, ces messieurs se sont désistés plus tard de cette prétention, et Raghîb-Pacha leur a déclaré que les forts étant situés près du rivage, il était facile de compter le nombre des canons; que l'Amiral et les Consuls étaient autorisés à charger, si bon leur semble, de faire exécuter une pareille vérification, et que ce n'est que dans le cas où l'on constaterait une augmentation dans le nombre des canons que l'Amiral pourrait être reconnu comme fondé dans ses prétentions; qu'enfin il ne s'agissait dans tout ceci que du nettoyage, de temps à autre, de l'artillerie des forts et d'exercice sans feu. || Toutes ces suppositions répétées du Commandant de la flotte Britannique, suivies de démarches comminatoires, ne laissent pas que de produire une pénible impression sur les esprits en Égypte et sont de nature à entraver les efforts faits pour aboutir au but désiré par tous. || Nous sommes persuadés que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, en pesant dans la balance de sa sagesse et de son équité les actes de cet officier supérieur, trouvera, comme nous, qu'ils sont peu en harmonie avec l'amitié et les bonnes relations qui existent entre les deux États. || Je vous prie donc de signaler ce qui précède à l'attention sérieuse de Lord Granville, et d'engager sa Seigneurie à faire transmettre à M. l'Amiral Seymour des instructions lui dictant une ligne de conduite plus conforme aux sentiments de paix et de conciliation qui animent le Gouvernement Impérial et le Cabinet de St. James.

Nr. 7933.
Türkei.
9. Juli 1882.

Nr. 7934. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. — Der deutsche Generalconsul in Aegypten ist instruiert, der englischen Action nichts in den Weg zu legen.

Foreign Office, July 10, 1882.

My Lord, — The German Ambassador called upon me this morning and told me that Prince Bismarck had informed him that the German Consul-General had never had any orders to take any measures to interfere with our action at Alexandria, that his only duty was to protect German subjects. Count Münster added, that strict orders had now been sent to the German Consul-General to abstain from interference of a character which would at all impede our action. || I thanked his Excellency for this important and friendly communication. || I am, &c.

Nr. 7934.
Gross-
britannien.
10. Juli 1882.

Granville.

Nr. 7935. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Die Pforte verlangt Verschiebung des Bombardements.

Therapia, July 11, 1882, 4 A. M.

Nr. 7935.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

My Lord, — Saïd-Pasha, the Foreign Minister, has just come to hand me the inclosed note and to tell me, that Saïd-Pasha, the former Prime Minister, has replaced the present Premier, Abdurrahman-Pasha, that he himself remains at the Foreign Office, and that by to-night he will be able to propose to me a satisfactory solution of the Egyptian question. || I pressed him for further explanations; but he said he would only assure me, that the solution would be satisfactory. I said, that neither the mere entry of a Turkish Representative into the Conference, nor the mere recall of Arabi-Pasha would constitute a satisfactory solution. He again repeated "the solution would be satisfactory." || He begged me to communicate the foregoing at once to your Lordship and to Admiral Seymour, accompanied by a recommendation that the threatened hostilities might be deferred in order to give time for the further communication from the Sublime Porte to reach your Lordship. || I said I was not empowered to interfere with Admiral Seymour's action, and that the term "satisfactory solution" was too vague to admit of my doing more than repeat to your Lordship exactly what had been said. || I added, that I would, however, forward to Sir Beauchamp Scymour a telegraphic copy of the Porte's note and of its present application to me, and suggest, in case of the Admiral's instructions allowing him such latitude, that his Excellency should delay opening fire for three or four hours in order to leave time for the communication of the Ottoman Government to reach your Lordship's hands in case you should consider it desirable to found any further action upon it. || I beg to inclose copy of my telegram to Admiral Seymour. || I ventured further to point out to Saïd-Pasha the folly, when such great interests were at stake, of postponing diplomatic action untill it became materially impossible to interfere with the course of events. || I have, &c.

Dufferin.

Note verbale.

En réponse à la note verbale de l'Ambassade de Sa Majesté Britannique datée du 10 de ce mois, et parvenue à la Sublime Porte dans l'après-midi du même jour, le Ministère des Affaires Etrangères a l'honneur d'informer l'Ambassade que d'après un télégramme transmis aujourd'hui par le Khédive et le Maréchal Dervish-Pacha, Son Altesse et le Ministère Égyptien ont déclaré à l'Amiral Commandant de l'escadre Anglaise à Alexandrie que les autorités locales n'opposeront aucune résistance dans le cas où l'Amiral procéderait au bombardement. || Il est évident qu'un acte de cette nature, s'il venait à se produire, porterait la plus grave atteinte aux droits de souverai-

neté de Sa Majesté Impériale le Sultan et aux intérêts du pays. || Le Gouvernement Impérial s'attend à ce que le Cabinet de Sa Majesté Britannique, prenant en sérieuse considération ce qui précède, veuille bien faire en sorte que l'Amiral Seymour s'abstienne de tout acte de nature à provoquer une telle éventualité et lui transmettre des instructions dans ce sens. || Le Gouvernement Impérial aura en tout cas l'honneur d'informer l'Ambassade de Sa Majesté Britannique de la décision qu'il aura prise dans la nuit de demain Mardi, sur la communication précitée de l'Ambassade aussi bien que sur celles télégraphiques du Khédive et du Maréchal. || La Sublime Porte prie le Cabinet de St. James de vouloir bien accélérer l'envoi à l'Amiral Anglais des instructions demandées ci-haut.

Sublime Porte, le 10 Juillet, 1882.

Nr. 7935.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

Nr. 7936. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — Uebersicht über die Verhandlungen in der ägyptischen Frage bis zum Bombardement von Alexandrien.

Foreign Office, July 11, 1882.

My Lord, — It may be useful, that I should add to the instructions, with which your Excellency has been furnished, some observations on the events which have led to the present state of affairs in Egypt and to the action which Her Majesty's Government have found themselves compelled to take. | The position of Egypt is a peculiar one. Although it is a province of the Ottoman Empire, its relations with the Porte are the subject of international agreement. They are defined in the Treaty of the 15th July, 1840, which further provides that the administration of the country shall devolve on the descendants of Mehemet-Ali in the direct line. Successive Firmans of the Sultans have granted to the Khedive a considerable measure of administrative independence, and on the accession of Tewfik-Pasha in 1879 the Firman of investiture, which recapitulated the privileges thus granted, was previously communicated by the Porte to the British and French Ambassadors, with explanations as to its terms, which were accepted as satisfactory. || The situation of Egypt on the most direct maritime route between England and her Indian possessions and Australian colonies gives to this country a special interest in Egyptian affairs. In addition to this, British capital and industry have been largely employed in the introduction into Egypt of the great works of modern improvement, and a large British community is resident in the country. Its prosperity cannot be affected without involving the material welfare of many British subjects. || The share which European officials at present take in the administration of the country originated in great measure in the action of the ex-Khedive, Ismail-Pasha. Many of them were invited by His Highness to undertake various duties, for which he had not at his disposal native

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

employés possessing the requisite qualifications, others were appointed for the management of the successive loans which were issued by him, and eventually the inability of the Government to meet the pecuniary liabilities which the country had contracted towards the subjects of other Powers rendered it necessary to resort to a compromise, involving a surrender by the creditors of a portion of their claims, on condition of the institution of special arrangements to guarantee the proper administration of the finances, and the assignment of a certain portion of the revenue for the discharge of the national obligations. || Her Majesty's Government, though invited by the Khedive, had, up to 1879, declined the responsibility of nominating persons to take part in the financial administration. || In November 1879, after the deposition of Ismaïl-Pasha, the new Khedive having decided to retain the plan of governing with a native Ministry, it was agreed to revive the appointment of English and French Controllers-General, who were to be appointed on the nomination of their respective Governments. Her Majesty's Government consented to this arrangement. The position and powers of the Controllers-General were defined in a Decree issued on the 15th November, 1879. They were not to exercise any direct administrative authority, but they were given seats in the Council of Ministers, with a consultative vote in the proceedings, and were to have the fullest powers of investigation into the whole Public Service so far as financial matters were involved, communicating their observations, according to circumstances, to the Khedive and his Ministers, or to the Commissioners of the Public Debt, and presenting Reports to the Khedive at the end of each year, or oftener if they deemed it advisable, which were to be published in the "Moniteur Égyptien." It was further agreed, that they should not be relieved from their functions except with the consent of their respective Governments. || At the same time that the Khedive invited the reappointment of the Controllers-General he expressed his willingness to consent to an European inquiry into the finances, which were apparently in hopeless confusion. || This eventually resulted in the appointment, on the 31st March, 1880, of a Commission of Liquidation, with authority to prepare a Law for the settlement of the financial obligations of the Egyptian Government, as well as of the Dairas and the Public Debt. || A Declaration was at the same time signed by the Representatives of England, Austria, Germany, Italy and France, engaging to accept the decisions of the Commission, and agreeing that the Law to be framed on its recommendations should be recognized as obligatory in the International Tribunals.

Such was the position of affairs when Her Majesty's present advisers acceded to office. They inherited from their predecessors the principle of joint action with France in Egyptian affairs. It had been laid down in despatches exchanged between Lord Salisbury and M. Waddington, after the Congress of Berlin in July and August 1878; it had subsequently been put into practice and was in full operation. It was not necessary, nor indeed

opportune, to inquire whether the system introduced by that action was one which would, under all circumstances, have been the best and most convenient. It was undoubtedly working well for the material prosperity of the country, and promised to do so for the future. Her Majesty's Government accepted it as a fact, and gave it their unreserved support. || The Law of Liquidation, as determined by the Commissioners, was issued on the 17th July, 1880. It provided a complete settlement of the Public Debts and of all claims upon the Government, while a certain proportion of the revenue was set aside to meet the requirements of administration, the Tribute, the Civil List and other necessary expenses of the Government. || The settlement thus effected, while it constituted an international obligation to the Powers who had accepted it, relieved the country from an enormous and uncertain burden, and placed it again in a position to meet its liabilities, and to progress in the development of its resources.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

There was a surplus in the Treasury, and every sign of rapidly increasing prosperity, till a military riot broke out in February 1881. It originated in the arrest, by order of the Minister of War, Osman-Pasha-Rifki (a Circassian by birth), of four or five Egyptian officers, among whom was Aly-Bey-Fehmy, Colonel of the first regiment. The officers in this regiment broke into the Councilroom of the Ministry of War, ill-treated the Minister, and then, having released the prisoners by force, and followed by the men of the regiment, they proceeded to the Palace of Abdin, and demanded from the Khedive the dismissal of the Minister of War, and redress for their grievances, which consisted principally in the promotion of Turkish and Circassian officers. The Khedive informed the French and English Agents, that he had no means of resistance and no regiment on which he could count; and news having arrived, that another regiment was marching in from Tourah, His Highness dismissed the Minister of War, and appointed Mahmud-Pasha-Samy in his stead. Tranquillity was thereupon restored, and on the following day the mutinous colonels were reinstated in their regiments and made their submission to the Khedive. || The increased ascendancy of the army soon showed itself in a practical shape. On the 20th April two Decrees were issued, the first increasing the pay of the land and sea forces to an extent imposing an additional charge of from 50,000*l.* to 60,000*l.* a-year; the second instituting a Commission to inquire into the regulations and organization of the army. The Commission consisted of the Minister of War as President, of eleven Generals, of whom four were Europeans, and of nine Colonels, with one exception all Mussulmans, and among whom was Araby-Bey, one of the chief actors in the revolt of February. || The Controllers-General, at the meeting of Council in which the Decrees were sanctioned, called attention to the fact that discipline could no longer be said to exist, that the officers did not obey the Minister of War, and that the latter could not guarantee that the officers would not next day demand fresh financial sacrifices of the Government. || In

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882

the Commission the Mussulman members showed a tendency to combine together against the authority of the Minister of War. The Colonels made a claim, which was allowed by the Council of Ministers, that the nominations to vacancies among the officers of each regiment should rest with the Colonel, so that in the disaffected regiments the new officers would be the Colonel's nominees. In the course of discussion on the 1st June, Araby-Bey went so far as to state openly that he would not yield unconditional obedience to the Minister of War, but expressed regret for his language upon a threat of resignation by the English member of the Commission. || The disorganization and want of discipline in the army assumed increased proportions. An attempt which was made in September to remove some of the disaffected regiments from Cairo led to a fresh military outbreak, headed by Araby-Bey. The Colonels demanded the dismissal of the Ministry, a Constitution and the increase of the army. The Khedive again yielded, assented to the dismissal of the Ministry, and summoned Chérif-Pasha. Chérif-Pasha at first demurred to taking office as the Minister of a military revolution, but eventually agreed to become Prime Minister on being requested by the notables, and on the assurance that the army would submit to his authority.

At the beginning of October the Sultan decided to send a mission to Egypt, and at the same time the English and French Governments each sent an iron-clad to Alexandria. I then told Musurus-Pasha, that Her Majesty's Government were desirous of acting in cordial co-operation with France on Egyptian questions. Whatever rumours or impressions might exist, they had no desire to take any steps towards an English occupation or annexation of the country; still less did they wish to see it occupied or annexed by any other Power. They were anxious to maintain the *status quo*, and to uphold the Sultan's rights; but they should object to any attempt to extend those rights or to use them for the purpose of diminishing the autonomy of Egypt, and interfering in its internal administration. || I have repeated this statement as the policy of Her Majesty's Government on several other occasions, adding that it was our firm intention to abide by it, unless the occurrence of a state of anarchy in Egypt should unhappily create the necessity for a different course. || Her Majesty's Government made a public declaration of their policy in the despatch which I addressed to Sir E. Malet on the 4th November last*), and which has been presented to Parliament. In it I also observed, that we believed that the prosperity of Egypt, like that of every country, depended upon the progress and wellbeing of the people. We had, therefore, on all occasions, pressed upon the Government of the Khedive the adoption of such measures as we deemed likely to raise the people from a state of subjection and oppression to one of ease and security. The spread of education, the abolition of vexatious taxation, the establishment of the land tax on

*) S. Nr. 7771.

a regular and equitable basis, the diminution of forced labour, had all received our advocacy and support, and had been accomplished through the action of the English and French Agents and of the Controllers-General. One measure of reform among others remained to be accomplished, which we considered to be even more necessary than those above enumerated — the reform of justice as administered to natives. We were convinced, that until this was established no Ministry would enjoy the full confidence of the country, or could be regarded as fitting guardians of the State. || The months of November and December were marked by some recurrence of military disorders, by increased interference of Arabi-Bey and the Colonels in matters of administration, and by a demand on the part of the Minister of War for an increase of the army, involving and addition of 280,000*l.* to the Army estimates. This demand was resisted by the Controllers-General, who did not consider that the revenue allowed of more than 120,000*l.* being devoted to the purpose. In the end the view of the Controllers-General prevailed, and the Budget was framed according to the more reasonable proposal. It showed an estimated increase of upwards of 153,000*l.* in the expenditure of the Ministry of War; but the Controllers-General pointed out, in their Report to the Khedive, that the real additional charge was not less than 211,000*l.*, and that further heavy expenses would probably be incurred in consequence of operations in the Soudan and on the Abyssinian frontier.

On the 24th of December*) M. Gambetta said to Lord Lyons, that as the Session of the Chamber of Notables, which was on the eve of being opened, produced a considerable change in the political situation in Egypt, it would afford France and England a not unsuitable opportunity for demonstrating, on the one hand, their own absolute union, and, on the other hand, for encouraging Tewfik-Pasha. This led to the presentation of the dual note, in which Her Majesty's Government joined with the reservation that they must not be considered as committing themselves thereby to any particular mode of action, if action should be found necessary. || The considerations which induced Her Majesty's Government to join in the note are indicated in the document itself. They believed, that the announcement on the part of the two Governments of a firm determination to support the Khedive in his proper authority might have the effect of averting the dangers with which that authority seemed to be threatened. They did not conceal from themselves, that it might become necessary to resort to action to enforce their determination, but they wished to reserve to themselves, as was reasonable, full liberty of judgment, both as to the time when the necessity for action had arisen and as to the form which such action should take. || Some discussion shortly after ensued as to this latter point. In M. Gambetta's opinion any Turkish intervention was the worst possible solution, and he also saw great

*) Nr. 7773.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

objections to calling in the co-operation of Europe. In a despatch to Lord Lyons of the 30th January*) I stated the views of Her Majesty's Government in regard to other alternatives. I pointed out the objections to intervention by England or France alone, or by both jointly, and, while admitting that every possible course had its inconveniences, and that a Turkish occupation would be a great evil, I expressed the opinion of Her Majesty's Government that, if a temporary occupation by Turkish troops could be arranged with the full consent and under the control of England and of France, and with proper guarantees and conditions, such a mode of using force might be the least objectionable of those which had yet been proposed.

On the 26th December**) the Chamber of Notables was opened by the Khedive, Sultan-Pasha having been appointed President. This body had been constituted by a Decree of the ex-Khedive in 1866***), but during his Government had had no active existence. The Deputies were limited to seventy-five in number, and were to be elected every three years by all native Egyptians of 25 years and upwards enjoying a good reputation. || On the 5th January Arabi-Bey, who was already reported by Sir E. Malet to have assumed the attitude of arbiter of the destinies of the country, was appointed Under-Secretary for War. || On the 10th the Chamber, before whom a project of Organic Law had been laid, demanded various modifications, giving them the command, irrespective of the Khedive, of all the revenues not specially assigned to the Public Debt. || Chérif-Pasha stated, that he could not accept the amendments, and the Controllers-General objected that by such an arrangement they would lose their hold on the finances. M. Gambetta considered, that it would lead to the overthrow of the arrangement made by the Liquidation Commission, and Her Majesty's Government agreed that the demand could not be acceded to, at all events in its actual shape, though there might be points worthy of subsequent consideration. || The British and French Agents were therefore instructed to support Chérif-Pasha in this respect. || In fact, it seemed impossible at once to place the extended power thus demanded in the hands of an irresponsible body, the really representative character of which was matter of uncertainty, and which was wholly inexperienced and unacquainted with the traditions of political business. The real power had become vested in the chiefs of the military party, and the objects of those chiefs, as was natural, were showing themselves more and more evidently to be increase of the army, increase of pay and promotion of large numbers of officers to high military rank. || On the 2nd February, a deputation having insisted on a change of Ministry, the Khedive, who said he had no force to resist, gave way. Mahmud-Pasha-Sami, hitherto Secretary for War, became Prime Minister, and Araby-Bei was promoted to be Secretary for War. In the course of the

*) Nr. 7808.

**) Nr. 7775.

***) Nr. 7741.

next month a Decree appeared conferring on Araby-Bey the rank of Pasha, and making various promotions in the army. These promotions had been assented to by the Khedive under pressure from Araby-Bey, who insisted that in this case the examination required by law for officers under the rank of Colonel should be dispensed with. Further promotions followed, and in April Sir E. Malet reported that they amounted to 520, and that the Controllers-General did not know how the increased pay was to be provided for.

On the 6th February*) I proposed to M. de Freycinet, who had succeeded M. Gambetta, that the two Governments should communicate with the other Powers. On receiving his concurrence an identic Circular was dispatched on the 11th**) to Vienna, Berlin, Rome and St.-Petersburgh, inviting an exchange of views as to the best mode of dealing with the question which has arisen in Egypt, on the basis of the maintenance of the rights of the Sovereign and of the Khedive, of international engagements and the arrangements existing under them, whether with France and England alone or with those two nations and the other Powers, and the preservation of the liberties secured by the Firmans of the Sultan, together with the prudent development of Egyptian institutions. || The Circular went on to state, that the Governments of England and France did not consider that a case for discussing the expediency of intervention had at present arisen, since, on the part of the Chamber of Notables and of the new Government, the intention was avowed to maintain international engagements; but should the case arise, they would wish that any such eventual intervention should represent the united action and authority of Europe. || The basis thus proposed for discussion seemed to Her Majesty's Government to be the best and, indeed, the only possible one under the circumstances. They had no tendency to regard with disfavour any legitimate movement of the Egyptian people for a greater share in the administration of the country. But progress in this direction, if it was to be solid, must be gradual and maturely considered, with a full knowledge of all the circumstances. Above all, it was essential that the observance of international obligations should be upheld, that guarantees which had been offered and accepted should not be withdrawn without an equivalent, and that modifications, if such should eventually be found admissible or desirable, should only be allowed with the consent of the Powers who were parties to the previous arrangements. || The invitation to an exchange of views was favourably received by all the Powers, and confidential discussions took place as to the extension which could be given to the powers of the Chamber of Notables without risk of interference with international engagements and interests. But further action in the matter was delayed in consequence of information received from Sir E. Malet that the position of the Government in Egypt was insecure, and that it would be better to wait the course of events before

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1862.

*) Nr. 7813.

**) Nr. 7823.

Nr. 7836.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

entering upon negotiations with them. At the same time, a fresh series of incidents commenced which have led to the present crisis in Egypt.

On the 12th April Sir E. Malet telegraphed, that numerous arrests had been made among the officers and soldiery in consequence of an alleged conspiracy to murder Arabi-Pasha. The number of arrests were subsequently stated to amount to fifty, and among the prisoners was Osman-Pasha-Rifky, formerly Minister of War, who had been dismissed, on the demand of the mutinous regiments, on the 1st February, 1881. The prisoners were tried by Court-martial. The Court was irregularly constituted, the proceedings were kept secret, and no counsel were allowed for the defence. An impression prevailed generally, though it was denied by the Government, that torture had been used to extort confession. The Court pronounced judgment on the 30th April. Forty of the officers, including Osman-Rifky, were condemned to exile for life to the furthest limits of the Soudan, a sentence which is regarded as equivalent to one of death. || On the 9th May the Khedive, in accordance with advice given him by the English and French Agents, issued a Decree commuting the sentence on the forty officers to simple banishment from Egypt without further penalty. The President of the Council insisted on the Decree being changed by the insertion of a further penalty, that the prisoners should be erased from the rolls. The Khedive refused, and the Ministry, who in all their proceedings were obviously acting under the dictation of the army, thereupon, on their own responsibility and without the consent of the Khedive, convoked the Chamber of Representatives to meet immediately, in order to submit to it the situation. || In the event, however, the Notables, with great courage and independence, expressed their disapproval of the Chamber having been convened without the authority of the Khedive, and abstained from holding any formal sitting. The President of the Chamber requested the Khedive to accept the resignation of the Prime Minister. But the Minister for Foreign Affairs declined to accept office as his successor, and the President of the Chamber came to the conclusion that it would be impossible to change the Ministry as long as the military power continued to be vested in Arabi-Pasha. || On the 24th April*), before the dispute had arisen between the Khedive and his Ministers, I had suggested that a great moral effect might be produced in Egypt if the Governments of England and France were able to announce that they were prepared, with the concurrence of Europe, to take a step at once towards an arrangement with the Egyptian Government, and that they were also agreed as to the policy to be pursued in case of matters coming to a crisis, which they still hoped might be averted. My proposal was that, in case of necessity, the Sultan might be asked to send a General with full powers to restore discipline in the Egyptian army, with a well-defined agreement that he was not to exercise those powers in any way without the concurrence of an English and a French General, who

*) Nr. 7843.

would be associated with him. || I added, on the 2nd May, that this proposal was made as one to which the two Governments should have recourse in case of need only, and that its aim and object was to avoid the necessity of any armed intervention in Egypt, to all forms of which there were great objections. I observed, that it would be a mistake to suppose that Turkish intervention was desired by Her Majesty's Government. We were disposed to believe, that Turkish intervention would be less objectionable than any other form of intervention which had yet been suggested. But we had not altered our opinion, that any kind of armed intervention should be avoided if possible. || On the 11th May, when matters had come to a crisis, I received a telegram from Lord Lyons, stating that M. de Freycinet had telegraphed to the French Agent at Cairo to ask him whether it would be advisable that some French iron-clads should be sent to Alexandria. His Excellency added, that the French Ambassador had been instructed to communicate with me on the very serious news from Egypt. I requested Lord Lyons, in the course of the afternoon, to inform M. de Freycinet that Her Majesty's Government were willing to send two iron-clads to Alexandria to protect Europeans, informing other Powers, in case they liked to do the same. || This message crossed a telegram from Lord Lyons containing a suggestion by M. de Freycinet that, unless the opinion of the English and French Agents at Cairo should be adverse, it would be desirable as a first step, that France and England should send at once a sufficient number of iron-clads to Alexandria, making arrangements that the two squadrons should be equal in force and arrive simultaneously. || On the following day (12th May) I received from the French Government detailed proposals to the following effect: —

[Folgt Inhalt von Nr. 7859.]

To these proposals Her Majesty's Government signified their assent. They thought it desirable, while requesting the Porte to abstain from intervention and interference for the present, that your Excellency should intimate, in guarded language, that it was not improbable that further propositions might hereafter be made to the Sultan's Government, and they also suggested whether, in view of the very large force which it was proposed should be dispatched to Alexandria by England and France, it might not be as well, if not inconsistent with the other objects which M. de Freycinet had in view, that the other Powers, including Turkey, should be invited to have their flags represented. || The French Government agreed to the first of these suggestions. They objected, however, to inviting other Powers to send ships to Alexandria, on the ground that such an invitation would deprive the Anglo-French action of the initiatory character which Europe herself had assigned to it, and appeared desirous to leave to it. || Her Majesty's Government expressed their regret, that other Powers were not asked to co-operate. They thought it a mistake; but as the French Government held absolutely to their objections, and as they had gone so far to meet the views of Her Majesty's Government in other respects, Her Majesty's Government did not persist in the proposal.



Nr. 7936.
Groen-
britannien.
11. Juli 1882.

In the meanwhile, at the request of the Agents, the Khedive had restored the Egyptian Ministry to office, and on the 16th the President of the Council and the Minister of War visited Sir E. Malet separately, and both gave him assurances of the maintenance of public tranquillity on the arrival then expected of the combined squadrons. || The Porte manifested at first considerable displeasure at the action taken by France and England, and a Circular*) was addressed to the Turkish Representatives abroad arguing that the Egyptian Ministry having submitted to the Khedive the crisis no longer existed, that the naval demonstration was therefore unnecessary, and claiming for the Ottoman Government the right of concerting and executing whatever measures might be necessary for the restoration of order and the maintenance of the *status quo*. || I authorized your Excellency to use any of the information in your possession which might tend to calm the apprehensions of the Sultan as to the character and objects of the naval demonstration at Alexandria. || Your Excellency's representations were successful, and on the 18th May Said-Pasha stated that the Sultan had decided to maintain an attitude of perfect friendliness towards the Western Powers; that His Majesty was willing to discuss with them any arrangements they might suggest for the more effectual maintenance of the *status quo* in Egypt, upon the understanding that the presence of the English and French fleets at Alexandria should be restricted to the shortest possible period. || Your Excellency was instructed to convey to the Sultan in suitable terms, on behalf of Her Majesty's Government, the assurance of their appreciation of his friendly action and of their desire not to keep the fleet a day longer at Alexandria than was necessary fully to restore the authority of the Khedive.

As Sir E. Malet continued in his Reports to lay great stress on the importance of public evidence that the Sultan was in co-operation with the Western Powers, and that Turkish troops would, if necessary, be employed to suppress resistance, I inquired of M. de Freycinet whether there were very strong objections to speaking openly on the subject at Constantinople or elsewhere. M. de Freycinet, in reply, stated, that he had agreed that Turkish troops, under the control of France and England, should be employed rather than French and English if the employment of troops should be absolutely unavoidable, but he regarded this as a measure to be resorted to at the last extremity, and not before he could show the Chamber that the last extremity had come, and that no less objectionable course remained open. His Excellency, however, authorized the French Ambassador at Constantinople to tell the Sultan that, if any act which fell within the competence of the Sovereign became necessary, it was, of course, to the Sultan that the French Government would have recourse, and I took an opportunity of holding similar language to Musurus-Pasha.

*) Nr. 7871.

On the 20th May the English and French squadrons of three vessels each arrived in company at Alexandria. || Instructions were sent on the same day to the English and French Agents to the following effect:— || 1. To declare that the two Governments of France and England intervene to maintain the *status quo*, and, consequently, to restore to the Khedive the authority which belongs to him, and without which the *status quo* is incessantly threatened; || 2. To advise the Khedive to take advantage of the favourable moment, on the arrival of the ships or afterwards, to call for the resignation of his Ministers, and to form a new Ministry, at the head of which should be placed Chérif-Pasha, or another personage offering equivalent guarantees; || 3. To let it be understood that, if everything passed off well and tranquilly, indulgence would be shown, no prosecution would be made, the persons, the property and the rank of Arabi-Pasha and his friends would be respected, and, in a word, the change of Ministry would not have any character of vengeance or reprisals. But to say nothing to prevent Arabi-Pasha and others being ordered to leave the country if this were desired by the incoming Ministry.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

A telegram from Sir E. Malet of the 21st May contained the following proposal by his French colleague and himself:— || “Seeing that until the military supremacy had been overthrown the Khedive is powerless to form a new Ministry, we suggest that we should make an official demand that the President of the Council and the Minister of War, together with the three military Pashas, Toulbeh, Abdul Ali and Ali-Fehmy, should engage to quit Egypt for one year without loss of property, rank, or pay, and that a general amnesty should be proclaimed by the Khedive. I would venture to suggest, that we might preface the demand by the declaration forming the first point in our instructions.”

M. de Freycinet told Lord Lyons, that he thought it desirable to put distinctly before the French and British Agents the objects at which they should aim in the first instance, and to encourage them to act together for these objects with energy and rapidity, but not to run the risk of embarrassing them by giving them detailed directions as to the particular course they should take for the purpose. With this view he should, he said, send that day to M. Sienkiewicz a telegram in the following words:— || “Nous vous autorisons à faire tout ce que vous jugerez nécessaire pour obtenir sans retard les deux résultats: || 1. Éloignement temporaire d’Arabi-Pacha et autres personnages qu’il vous paraîtrait utile d’éloigner également. || 2. Nomination de Chérif-Pacha comme Président du Conseil. || Vous n’aurez pas besoin de nous en référer pour les mesures à prendre pourvu que vous soyez d’accord avec votre collègue d’Angleterre.” || In accordance with M. de Freycinet’s wish I telegraphed to Sir E. Malet on the 24th May:— || “If circumstances still admit possibility of executing such instructions as those sent to the French Agent, as recorded in Lord Lyons’ telegram of yesterday, repeated to you, you may consider yourself as similarly instructed.”

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

In the meanwhile, matters had changed for the worse at Cairo. Sir E. Malet telegraphed on the 23rd, that the President of the Council, in reply to a proposal of the President of the Chamber that the Ministry should retire, had replied that it would not do so so long as the squadrons were kept at Alexandria. Arabi-Pasha had told the French Consul, that he must refuse either to retire from his position or from the country. M. Sienkiewicz and Sir E. Malet hesitated, therefore, to make an official demand to the Ministers, which they knew beforehand would be met with a refusal, until they were in a position to declare what would be the consequences of such a refusal, and Sir E. Malet asked for further instructions. Sir E. Malet added, that the present situation had been brought about by the Ministers and the people persisting in a belief that the two Powers would not dispatch troops, and that the opposition of France rendered a Turkish intervention impossible. In the meanwhile military preparations were being carried on and fanatical feeling against foreigners was sedulously fostered. Sir E. Malet was, however, still of opinion that, if the Sultan declared himself at once, and if it were known that troops were ready to be dispatched, success might be attained without the necessity for landing them. || On the receipt of this intelligence I telegraphed to Lord Lyons to state to M. de Freycinet that time was all important, and to propose that the two Governments should telegraph a Circular to the Powers requesting them to join in asking the Sultan to have troops ready to send to Egypt under strict conditions. Speaking to the French Ambassador on the following day (the 25th May), I said that it was of the greatest possible importance that no time should be lost. A speedy and decided announcement might still obviate the necessity of the use of force; but delay would be certain to encourage opposition in Egypt. On the 26th I forwarded to Lord Lyons for communication to the French Government a draft of Circular to the Powers. || The French Ambassador, however, replied on the following day:—

[Folgt Nr. 7881.]

It was the fact, that the English and French Agents, learning that the military leaders were circulating among the troops a document setting forth a very exaggerated statement of the conditions said to be insisted upon by England and France, including disbandment of the entire army, exile of the Ministers and all officers, a foreign occupation of the country, and the dissolution of the Chamber, had decided upon taking the official step, from which they had hitherto shrunk, and had presented on the 25th a note proposing, as the only means of putting an end to the disturbed state of the country, the following conditions:— || “1. The temporary retirement from Egypt of his Excellency Arabi-Pasha, with the maintenance of his rank and pay; || 2. The retirement into the interior of Egypt of Ali Fehmy-Pasha and Abdoullah-Pasha, who will also retain their rank and pay; || 3. The resignation of the present Ministry.” || They added, that they recommended these conditions to the

most serious attention of the President of the Council and his colleagues, and, if necessary, would insist on their fulfilment; that the Governments of England and France, in intervening in the affairs of Egypt, had no other object than to maintain the *status quo*, and consequently to restore to the Khedive the authority which belonged to him, and without which the *status quo* was continually in danger, and that the intervention of the two Powers being divested of all character of vengeance or reprisal, they would use their good offices to obtain from the Khedive a general amnesty, and would watch over its strict observance. || The terms of this note had not been previously submitted to Her Majesty's Government, nor, as far as I am aware, to that of France; but considering the circumstances and the discretion which had been given to the Agents to act as they thought judicious, Her Majesty's Government approved Sir E. Malet's action in the matter. || The Khedive having informed the President of the Council and the Minister for Foreign Affairs, that he accepted the conditions stated in the note, the Ministry resigned. His Highness endeavoured to form another Administration under Chérif-Pasha; but the latter declined, saying that no Government was possible so long as the military chiefs remained in the country.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1862.

On the 27th the Khedive received a telegram from the officers of the regiments and the police force stationed at Alexandria, declaring that they would not accept the resignation of Arabi-Pasha, and that they would allow twelve hours to His Highness to answer, after which delay they would no longer be responsible for public tranquillity. || On the same afternoon the Khedive summoned the chief personages of the State, of the Chamber, the principal merchants and the fifteen superior officers of the Cairo garrison, to lay the situation before them. General Toulbeh-Pasha interrupted His Highness in his speech, stated that the army absolutely rejected the joint note, and awaited the decision of the Porte, which was the only authority they recognized, after which the officers withdrew without waiting for any further remark from His Highness. || Sir E. Malet reported that, in consequence of the open defiance of the army, the Khedive was powerless to form any Ministry whatsoever, that His Highness was extremely anxious, but was of opinion that a Turkish Commissioner could make himself heard and restore tranquillity.

I telegraphed to your Excellency on the following day that, although circumstances in Egypt had been changed by the offer on the part of the Ministers to resign, and the acceptance of their resignation by the Khedive, the reports of the insubordinate attitude of the officers led us to believe that there was still danger of a military revolt, that it was most desirable that the Sultan should not delay acting in the present crisis, and I requested your Excellency to impress upon His Majesty the necessity of sending an order to support the Khedive, to reject the accusation brought against His Highness by the fallen Ministry, that his action constitutes an attack upon the rights of the suzerain Power, and to summon the three military chiefs, and perhaps,



Nr. 7836.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

also, the ex-President of the Council, to Constantinople, to explain their conduct. || I telegraphed in the same sense to Her Majesty's Ambassadors at the four Courts, and requested them to obtain the concurrence in this advice of the Governments to which they were accredited. || I informed the French Government at the same time of the step which we had taken, and very similar instructions to those sent by me were addressed by them to the French Representatives at Constantinople and at the four Courts.

An attempt was made by Arabi-Pasha, at the head of 100 officers, to induce by threats the chief persons of Cairo and the Deputies to demand the deposition of the Khedive, but without success. The officers demanded of the Khedive a Decree reinstating Arabi-Pasha as Minister of War; but His Highness remained firm in his refusal, notwithstanding representations which were made to him that his life was in danger. Finally, on the afternoon of the 28th, and at the urgent entreaties of the chiefs of religion, all the Deputies and others, who represented that they were all threatened with death if they did not obtain his consent, the Khedive gave way, not to save himself, but to preserve the town from bloodshed, and Arabi-Pasha accordingly remained from that date, as Minister of War, the only Minister, until the present Administration of Ragheb-Pasha was formed on the 16th June. || His Highness had received a telegram from the Grand-Vizier, stating that a Turkish Commissioner would be sent if he asked for one, and on the 29th he made a formal request to the Sultan to that effect. || On the same day Admiral Sir B. Seymour telegraphed, that Alexandria was apparently controlled by the Military party, that earthworks were being built rapidly abreast of Her Majesty's ship "Invincible," and that he thought an increase of force desirable. || I informed the French Government, that we proposed that three other vessels which had been originally destined for Egypt, but had been kept back when there was an apparent improvement in the situation, should now be sent there, and that Her Majesty's Government were of opinion that the Sultan should be invited to send a ship of war to Alexandria, and that the Powers should be so informed. || The French Government agreed on the 30th to state to the Porte, that if the Sultan thought fit to send a man-of-war to Egypt to carry the declarations which we had requested His Majesty to make at Cairo the vessel would have the most favourable reception, and I sent to your Excellency a similar instruction.

The French Government on the same day (the 30th)*) proposed an immediate Conference on Egyptian affairs, to sit neither in Paris nor London, but at one of the other capitals, and to be composed of the resident Ambassadors. || The proposal was accepted by Her Majesty's Government, who assented to it all the more readily, as it was in conformity with the views which they had joined the French Government in expressing to the Powers. They suggested

*) Nr. 7886.

Constantinople as the place of meeting for the Conference, and proposed that the basis of the negotiations should be the principles laid down in their Circular of the 11th February. || Invitations were accordingly addressed to Turkey and the other Powers on the 31st May.

Nr. 7996.
Gross-
britannien,
11. Juli 1882.

The work upon the batteries at Alexandria being continued, Sir E. Malet was instructed to act as he thought desirable in representing the fact to the competent authorities. || He replied on the 4th June, that he had consulted with his French colleague, and that they were of opinion that there was no authority to whom it would be useful to apply. Arabi-Pasha had already, on application, refused to discontinue what he called the repairs of earthworks. The Khedive had ordered all warlike preparations to be discontinued, and his orders were entirely disregarded. || I had telegraphed to your Excellency on the 3rd June, that the construction of these batteries might lead to a collision if not discontinued, and I requested the Turkish Ambassador to call the attention of the Porte to the proceeding. || Sir E. Malet reported on the 5th, that the Sultan had telegraphed to the Khedive to insist upon the warlike preparations at Alexandria being stopped, that His Highness had informed Arabi-Pasha of this message, and repeated his official order on the subject of making no armament, and that Arabi-Pasha had ordered the warlike preparations to be discontinued.

Dervish-Pasha left Constantinople on the 3rd June, on board an Imperial yacht, on a special mission from the Sultan. He arrived on the 7th at Alexandria, and proceeded on the 8th to Cairo. || On the incidents of this officer's mission it is unnecessary to dwell. It is sufficient to say, that his efforts have been unavailing to re-establish the authority of the Khedive, or to put the Government of Egypt on a firm and satisfactory footing, with proper securities for the maintenance of law and order.

On the 11th June the serious riot, attended with a lamentable loss of life and destruction of property, took place at Alexandria. The attacks of the mob were directed against Europeans. Six British-born subjects, including an officer and two men of the fleet, were killed; another officer was wounded. A French Consular Dragoman, one, if not two, men of the French fleet, and several other French subjects, were also killed. The British Consul was dragged out of his carriage and severely injured, and the Greek Consul-General was also ill-treated. The loss of life among the Europeans has not been accurately ascertained; but medical inspection at the hospitals showed, that not less than fifty had been killed, and various reports have stated the numbers at three and four times that amount. || Her Majesty's Government have abstained for the present from making any formal demands; but they have announced their intention to require full reparation and satisfaction for the outrages committed on the Queen's officers and upon British subjects. || On receiving news of what had occurred, the foreign Representatives at Cairo went to Dervish-Pasha, and demanded, that

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1892.

he should insure the safety of Europeans throughout Egypt. Dervish-Pasha replied, that neither he nor the Khedive had any power, and that, being without forces to support him, he must decline responsibility. He promised, however, to go to the Khedive, and arrange with His Highness as to the steps to be taken. A meeting took place shortly afterwards at the Palace, at which the Khedive, Dervish-Pasha, Arabi-Pasha, some other Egyptians and the foreign Representatives were present. At this meeting the Khedive promised to issue immediate orders with the view of restoring public tranquillity. Arabi-Pasha undertook to obey implicitly all orders given to him by the Khedive, stated that he would stop all inflammatory preaching, meetings and newspaper articles, and guaranteed the maintenance of public order by the troops. Dervish-Pasha agreed to assume joint responsibility with Arabi-Pasha for the execution of the orders of the Khedive. || These assurances were, however, insufficient to remove the general feeling of insecurity, and the great mass of the European residents in Egypt, and many Turkish families also, have hastily left the country, to the almost entire suspension of commerce and industry. || On the 16th June the Khedive, acting under the pressure of the German and Austrian Consuls-General summoned Ragheb- and Raschid-Pashas to form a Ministry, and on the following day a Ministry was formed under Ragheb-Pasha, Arabi-Pasha remaining Minister of War. The French and English Agents abstained from any participation in this transaction, and Her Majesty's Government have felt it right to instruct their Agent only to communicate with the Government on matters relating to the protection of British subjects.

Considerable delay occurred in regard to the meeting of the Conference, owing to the opposition of the Turkish Government, which persisted in maintaining, contrary to the whole evidence of facts, that the mission of Dervish-Pasha had effected a satisfactory settlement in Egypt, and that there was no occasion for further discussion. Eventually, the Conference met at Constantinople on the 23rd June without the participation of the Porte. Her Majesty's Government had been led to believe, that this arrangement would be preferred by the Sultan; but it appeared, that their impression was founded on a misapprehension, and that His Majesty's objections to the meeting had not been removed. || Your Excellency was instructed to join with your French colleague in proposing at the outset of the Conference the signature by all the Powers of a Self-denying Protocol, upon the terms of which the several Governments were already agreed. This step was in the first instance suggested by the French Government, and was in accordance with numerous precedents. || You were then to join with the Marquis de Noailles in proposing, that a request should be addressed to the Sultan to send an adequate Turkish force to Egypt, to be employed for the restoration of order, on certain conditions, in which the French Government had already concurred. Some objections having, however, been raised by other Governments to the stringency of these con-

ditions, Her Majesty's Government willingly agreed, that you should concert with the other Plenipotentiaries upon them, always providing, that they were made sufficient to procure satisfactory engagements on the part of the Porte to secure the due limitation of the object for which the troops were to be employed. || Your Excellency was also instructed, that, if the Sultan should decline to accede to the request, it would be necessary to invite the Conference to concert other and effective means for the re-establishment of legality and security in Egypt. || Her Majesty's Government have been glad to learn, that your Excellency's efforts, aided by the support of your French colleague and the good-will of the other Plenipotentiaries, have now resulted in an agreement on the draft of the invitation to send a force for the restoration of order, which it is proposed to send to the Porte. Her Majesty's Government have expressed their concurrence in the terms of the draft, and they have little doubt, that it will be accepted by other Powers. They have left to your Excellency full discretion as to any details of form, requesting you only to keep in mind the main object, and the necessity of avoiding delay. || They will await with interest the answer of the Porte, trusting that the Sultan will be well advised enough to comply readily with a request which is addressed to him in his own interest and that of his Empire, no less than of Europe in general.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

In the meanwhile the resumption at Alexandria of hostile preparations menacing to the British fleet has rendered it necessary for the British Admiral to resort to measures of force in self-defence. The erection of earthworks had ceased on the 6th June. No information was received of any further hostile armaments until the 1st July. On that day the Admiral telegraphed a report, that it was proposed to sink stone barges and bar the channel. Information was also received, that Arabi-Pasha had forced the Khedive to apply to the Sultan for the withdrawal of a prohibition to strengthen the fortifications of the port. || On the 3rd July the Admiral was instructed to prevent any attempt to bar the channel, and to acquaint the Military Governor, that such an attempt would be considered as a hostile act, which would be treated accordingly; if work were resumed on the earthworks or fresh guns mounted, to inform the Military Commandant, that he had orders to prevent it; and if not immediately discontinued to destroy the earthworks and silence the batteries if they opened fire, having given sufficient notice to the population, shipping and foreign men-of-war. || On the 4th the Admiral telegraphed, that he had received a reply from the Military Governor and Arabi, who sent the Egyptian Admiral to give assurances, that no channel obstructions were contemplated. On the same day he telegraphed, that on the previous night two additional guns were placed in Pharos Castle, and that the parapet of the battery facing the sea-front was strengthened. || On the 5th the Khedive received a telegram from the Sultan, holding him and the Ministers responsible for the cessation of all earthworks. || The Ad-

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

miral postponed the representations to the Commandant until the morning of the 6th, in consultation with the Acting Agent, in order to give time for British subjects to leave Cairo. On that day he wrote to the Commandant, stating that it had been officially reported to him, that on the previous day two or more additional guns were mounted on the sea defences, and that other warlike preparations were being made on the northern face of Alexandria against the squadron under his command. Under these circumstances he notified, that unless such proceedings were discontinued, or if, having been discontinued, they should be renewed, it would become his duty to open fire on the works in course of construction. To this letter a reply was received denying, that works were going on. || On the 7th the Consuls-General of the Five Powers addressed*) the Admiral to ask whether he was satisfied with the reply of the Egyptian Government, and offering to obtain him assurances more complete. To which he replied, that, if their influence with the Military Commandant induced him to act with sincerity, forbidding the continuance of fortifications, the object aimed at would have been obtained, but that mere written assurances, in whatever terms they might be expressed, were of little value in view of the interests confided to him, and that he must strictly adhere to the terms of his communication sent to the Military Commandant. || On the 8th the approval by Her Majesty's Government of his communications to the Military Commandant and the Consuls-General was conveyed to the Admiral. On the same day he reported, that guns were being mounted at Fort Adjemi, 5 miles from the port, and he was told, that that fort did not come under the prohibition. || On the 9th, having been asked by telegraph whether he was certain of the fact of the armament which he had reported and which had been denied by the Commandant, he replied, that there was no doubt on the subject. He also informed the Government, that guns were being mounted at Fort Silseli, which commands the new port. Under these circumstances, with the approval of Her Majesty's Government, he gave notice, on the 10th instant, that he would commence action twenty-four hours afterwards unless the forts on the isthmus and those commanding the entrance to the harbour were temporarily surrendered for the purpose of being disarmed.

Her Majesty's Government look upon the action thus taken as no more than a matter of simple and legitimate self-defence. The military authorities at Alexandria had persisted in preparations of a threatening character in defiance of the orders of the Sultan, of the wish of the Khedive, and in contravention of their own explicit assurances. Her Majesty's Government felt, that they had no right to expose the fleet by a course of passive neglect to the increased danger which those preparations involved, and they feel assured, that the justice of their view will be recognized by other Powers.

The record of events in Egypt during the last few months shows, that

*) Nr. 932.

the whole administrative power has fallen into the hands of certain military chiefs, devoid of political experience or knowledge, who with the support of the soldiery have set at naught the constituted authorities, and insisted on compliance with their demands. Such a condition of affairs cannot fail to be disastrous to the welfare of any civilized country. There seemed to be a moment when a firm assertion of authority by the Khedive with the countenance of the sovereign Power, backed by evidence of the support of England and France, and with no uncertain prospect of material intervention if the necessity arose, might suffice to produce submission on the part of the officers, and to bring the movement within bounds. The attempt was made, and has unhappily failed.

Nr. 7936.
Gross-
britannien.
11. Juli 1882.

Her Majesty's Government now see no alternative but a recourse to force to put an end to a state of affairs which has become intolerable. In their opinion it would be most convenient, and most in accordance with the general principles of international law and usage, that the force to be so employed should be that of the sovereign Power. If this method of procedure should prove impracticable in consequence of unwillingness on the part of the Sultan, it will become necessary to devise other measures. Her Majesty's Government continue to hold the view expressed in their Circular of the 11th February, that any intervention in Egypt should represent the united action and authority of Europe. They have, in fact, no interests or objects in regard to Egypt which are inconsistent with those of Europe in general, nor any interests which are inconsistent with those of the Egyptian people. Their desire is, that the navigation of the Suez Canal should be maintained open and unrestricted, that Egypt should be well and quietly governed, free from predominating influence on the part of any single Power, that international engagements shall be observed, and that those British commercial and industrial interests which have been so largely developed in Egypt shall receive due protection, and shall not be exposed to outrage; — a principle which is not applicable only in Egypt, but is essential for our national interests in all parts of the world. || The policy pursued by them has been consistent; they have loyally acted up to their engagements with France; they have been anxious, also that the other Powers should be informed and consulted on all matters materially affecting the position of the country. The action to which their Admiral has been compelled to resort has not altered their views in this respect. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7937. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter bei den Grossmächten und in Konstantinopel. — Gefahr des Suez-Canals.

(Telegraphic.)

Foreign Office, July 12, 1882, 5·25 p.m.

Nr. 7937.
Gross-
britannien.
12. Juli 1882.

Her Majesty's Government cannot consider danger to the Suez Canal, in the present condition of Egypt, as an impossible contingency. || Such danger, when evident, would, in their opinion, require prompt action. || Ask the Government to which you are accredited to be prepared with an opinion as to the remedy for a state of things which would be disastrous to the commerce of the world.

Nr. 7938. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals.

Foreign Office, July 12, 1882.

Nr. 7938.
Gross-
britannien.
12. Juli 1882.

My Lord, Her Majesty's Government received with much satisfaction the information contained in Your Lordship's despatch of the 6th instant, and conveyed to me by the French Ambassador, to the effect that the answer of the French Government on the 24th ultimo was not to be constructed as an absolute refusal of the request to concert measures for the safety of the Suez canal in case of necessity. || Her Majesty's Government cannot consider, that in the present state of Egypt injury to the Suez canal and to the traffic on it is an impossible contingency, even supposing that the French Government are correct in the opinion communicated to you by M. de Freycinet on the 24th ultimo, that the only thing which could put the canal in peril would be an attempt to protect it by foreign forces. It is possible, that the action of the British Admiral at Alexandria in self-defence, coupled with the mission to Port-Saïd of the french squadron of which several of the vessels are specially adapted for service in the canal, may be regarded by the Egyptian Government as indicating an intention of intervention and may lead to attempts to obstruct the canal. || Any action which might have to be taken would be subject to the self-denying protocol of the 25th of June. || In the view of Her Majesty's Government it is manifestly to be desired, that if any measures should become necessary for the protection of the Suez canal, they should be taken at the instance or with the sanction of the Great Powers of Europe, now assembled in Conference at Constantinople, and of the Porte; and that these measures should be prompt. They thought it would have contributed to this promptitude if the preliminary communications on the subject had been held between the Governments of England and France.

Granville.

Nr. 7939. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Schutz des Canals. Wünscht ein Mandat der Conferenz für England und Frankreich.

Paris, le 13 juillet 1882.

Lord Lyons est venu me voir ce matin. Il m'a lu deux télégrammes de Lord Granville. Le premier, très succinct, qui paraît être une circulaire aux Ambassadeurs britanniques près des Puissances, invite en termes généraux chaque Gouvernement à porter son attention sur les mesures de prompt protection du Canal qui peuvent être rendues nécessaires d'un jour à l'autre. Le second télégramme, plus développé, qui nous concerne exclusivement, exprime la satisfaction avec laquelle Lord Granville a appris que notre refus de coopérer à la défense du Canal n'était point absolu et que nous nous étions réservé d'examiner ultérieurement les termes d'une participation éventuelle de la France. Lord Granville estime que le moment de se livrer à cet examen est arrivé, vu la grande probabilité, selon lui, de dangers sérieux pour le Canal. Dans sa pensée, les mesures de protection devraient être prises d'accord avec les Puissances et dans l'esprit du protocole de désintéressement. Lord Granville termine en exprimant l'espoir que nous pourrions bientôt lui faire connaître notre opinion. || N'ayant pas exactement saisi quelle était la procédure que le Cabinet anglais comptait suivre, j'ai prié Lord Lyons de demander à Lord Granville s'il ne considérait pas comme la marche la meilleure et la plus expéditive de saisir d'abord la Conférence de l'opportunité de protéger le Canal et de lui proposer ensuite de déléguer ce soin aux Puissances les plus intéressées. Les Puissances ainsi déléguées, c'est-à-dire vraisemblablement la France et l'Angleterre, auraient à déterminer les mesures à prendre et le moment de les appliquer sans avoir à en référer de nouveau à la Conférence. || J'ai dit que, dans ces conditions, un vote approuvatif des Chambres ne me paraîtrait pas douteux. Mais je ne lui ai pas dissimulé qu'en dehors d'un mandat donné par la Conférence, le Parlement français montrerait beaucoup plus d'hésitation. Pour répondre à la préoccupation d'urgence de Lord Granville, j'ai ajouté que nos dispositions nous permettraient, une fois le vote obtenu, de passer à l'exécution aussitôt qu'il le faudrait. || J'ai eu soin, d'ailleurs, de présenter toutes ces suggestions à titre purement privé en insistant sur ce que le Conseil n'avait pas été appelé à en délibérer. || Lord Lyons m'a dit qu'il m'apporterait la réponse de Lord Granville demain. Je lui ai promis, de mon côté, d'en saisir le Conseil samedi. J'aurai soin de vous faire connaître sa décision.

Nr. 7939.
Frankreich.
13. Juli 1882.

C. de Freycinet.

Nr. 7940. FRANKREICH. — Botschafter in London an den franz. Min. d. Ausw. — England wünscht die Mitwirkung Frankreichs.

Londres, le 13 juillet 1882.

Nr. 7940.
Frankreich.
13. Juli 1882.

J'ai pu voir aujourd'hui plusieurs membres du Cabinet. L'impression générale que m'a laissée leur langage est que, tout en regrettant que nous n'ayons pas agi devant Alexandrie, de concert avec l'Angleterre, le cabinet de Londres attache toujours le plus grand prix à l'entente des deux Puissances occidentales. On ne nous fera pas de nouvelles propositions avant que la Conférence se soit prononcée; mais dès que sa tâche sera terminée, et lord Dufferin a l'ordre de l'activer le plus possible, on espère bien obtenir notre concours. || Mon collègue d'Autriche, avec qui j'ai longuement causé de la situation, a rendu pleine et entière justice à la correction de notre attitude. || L'amiral Seymour va mettre à terre deux mille hommes, mais pour exécuter une simple reconnaissance et sauver ce qui reste de chrétiens à Alexandrie, s'il en reste.

Tissot.

Nr. 7941. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Schutz des Canals. Aktions-Programm.

Foreign Office, July 14, 1882.

Nr. 7941.
Gross-
britannien.
14. Juli 1882.

My Lord, I have received your Excellency's telegram of yesterday, explaining what are the personal views of M. de Freycinet, as communicated to you by his Excellency, in regard to the course which it might be expected would be followed by the Conference at Constantinople in the event of the Sultan declining the invitation to send troops to Egypt; which course the French Government take for granted would be that the Conference would delegate to some European Powers the task of restoring the *status quo* in Egypt, and that England and France were the Powers naturally indicated for that purpose. || M. de Freycinet further explained his views as to the course which might be taken in Conference for delegating to two Powers (which naturally would be England and France) the duty of securing the safety of the Suez Canal. || In reply to M. de Freycinet's request for an interchange of views on this subject, your Excellency will be good enough to say, that my rejoinder to his telegram is of the same personal character; but I am ready to propose to the Cabinet, and feel confident that they would agree to the following answer:— || The protection of the Suez Canal, although connected with the restoration of order in Egypt, is a question separate in itself. || As regards the restoration of order in Egypt, the two Governments have agreed to invite the action of Turkey and, in case of refusal, or delay, to press the Conference to concert other means for obtaining the object in view. || If danger

to the Canal appears to be imminent, the two Governments should inform the Conference, that they are desirous that the means to be employed for its protection should have the sanction of Europe and of Turkey. || That the two Governments are willing to undertake this duty, and have ample means ready for the purpose; that they would be ready to accept the co-operation of other Powers, who might be desirous to join, provided no delay was thereby interposed. || Her Majesty's Government would be ready to send to Paris or to receive here professional officers, in order to concert the division of labour required for the object in view. || I am, &c.

Nr. 7941.
Gross-
britannien.
14. Juli 1882.

Granville.

Nr. 7942. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Freycinet wünscht mit Rücksicht auf die Deputirtenkammer die Canal-Frage möglichst bald vor die Conferenz zu bringen.

Paris, July 15, 1882.

My Lord, — A Council of Ministers was held this morning, and I saw M. de Freycinet immediately after his return from it. || He begged me to make it quite clear to your Lordship, that in order to obtain the sanction of the French Chambers to any active measures in Egypt, it would be essential for him to be able to show them that at the least he had brought the matter before the Conference at the earliest possible moment. || He desired me to add, that he was very desirous that the two Governments should carry into effect without any delay his plan, which was to move the Conference to depute England and France, at once and prospectively, to watch over the Canal, leaving it to them to decide for themselves, without further reference to the Conference, both the moment at which active measures should be taken and what the measures should be. || The Chambers were, his Excellency said, too much alive to the danger of France being left without friends on the continent of Europe to be willing to sanction the adoption by the Government of measures which had not been brought before the Conference. || He added that, as soon as he had settled matters with the Chambers, he should be quite willing that details as to the part to be taken by each of the two Powers should be arranged by competent French and English officers. || I have had the honour to send to your Lordship by telegraph the substance of this despatch. || I have, &c.

Nr. 7942.
Gross-
britannien.
15. Juli 1882.

Lyons.

Nr. 7943. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger in London (d'Aunay). — Schutz des Canals. Erklärung auf der Conferenz.

Paris, le 16 juillet 1882.

Nr. 7943.
Frankreich.
16. Juli 1882.

Lord Lyons qui, ainsi que je vous l'ai dit, est revenu me voir hier, m'a remis le projet de déclaration ci-après, que Lord Granville propose de faire remettre à la Conférence par nos Ambassadeurs: || "Our proposals respecting the restoration of order in Egypt are already before the Conference: the security of the Suez Canal, although connected with that subject, is a separate question and is not equally embarrassed by political considerations. || „Setting aside any question which might arise as to the possible duty of any of the Powers individually if sudden and grave danger should arise in the absence of any provision for united action, Her Majesty's Government think it is desirable that any action to be taken should receive the sanction of Europe, and if possible of Turkey. || „England and France have the means of securing the safety of the canal: they are ready to employ these means on the principle of the self-denying Protocol. || „They are willing to receive the cooperation of Turkey and of any Powers who desire to afford it on condition that it does not create delay. || „They propose in order to save time that, if the foregoing arrangement is approved by the Conference, it should be left to England and France to decide when and how to act.“

Le Conseil, qui vient d'en délibérer, a été unanimement d'avis qu'il y avait lieu de saisir la Conférence de la question de protection du Canal, mais qu'il ne convenait pas de solliciter en quelque sorte nous-mêmes un mandat aussi onéreux. Nous proposons donc de modifier les trois derniers paragraphes comme il suit: || La France et l'Angleterre proposent, en conséquence, à la Conférence de désigner les Puissances qui seraient chargées, le cas échéant, de prendre les mesures spécialement nécessaires à la protection du canal. Afin de gagner du temps, les Puissances ainsi désignées et qui auraient accepté le mandat, seraient autorisées à décider du mode et du moment de l'action. || Cette action s'exercerait, en tous cas, sur le principe du protocole de désintéressement.“*) || Si nous sommes au nombre des Puissances désignées par la Conférence, nous accepterons le mandat, sous réserve, bien entendu, de la ratification du Parlement. C'est ce que je viens de faire connaître à Lord Lyons, qui s'est offert à transmettre notre nouvelle rédaction à Lord Granville. || Dès que nous aurons la réponse du Principal Secrétaire d'État, nous télégraphierons en conséquence au Marquis de Noailles.

C. de Freycinet.

*) Die englische Regierung stimmte diesen Amendements zu.

A. d. Red.

Nr. 7944. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel. — England will die anderen Mächte nicht am Suez-Canal ausschliessen.

Foreign Office, July 17, 1882.

My Lord, — Her Majesty's Government, in agreeing to the modifications suggested by the French Government in the terms of the proposal you are by my previous despatch of this day instructed to make to the Conference respecting the Suez Canal, have no wish to exclude the co-operation of other Powers and of Turkey, if such co-operation should be desired by the Conference. || I am, &c.

Nr. 7944.
Gross-
britannien.
17. Juli 1882.

Granville.

Nr. 7945. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen der französischen Kammer über die Credit-Vorlage.

Paris, July 19, 1882.

My Lord, — In my despatch of the 9th instant I had the honour to report to your Lordship, that the Government had brought into the Chamber of Deputies the day before a Bill to grant an extraordinary credit to the Minister of Marine for expenses rendered necessary by events in Egypt. || The Report of the Committee on the Bill was read in the Chamber the day before yesterday, and I inclose the authentic account of the proceedings given in the "Journal Officiel" of the next day. || The debate on the Bill began yesterday, and after speeches from M. Edouard Lockroy, M. Francis Charmes, M. de Freycinet, M. Delafosse, the Duc de Bissacia and M. Gambetta, was adjourned until to-day. I send your Lordship herewith the authentic Report of it, which appears in the "Journal Officiel" this morning. || The debate was one on the Egyptian question generally rather than on the particular vote of money asked for, to the granting of which no serious opposition was made. || M. Lockroy spoke against the Egyptian policy of the Government, and he made a special attack upon the Control in Egypt and upon M. de Blignières personally, as having favoured English to the detriment of French interests. || M. Francis Charmes maintained, that the Control, as established after the Treaty of Berlin, was the substitution of the "condominium" of France and England for an arrangement in which England had had the lion's share of power; and he adduced names and figures in support of a statement, that while M. de Blignières was Controller the numbers and emoluments of French employés in Egypt, as compared with English, had very greatly increased, and that as regarded concessions and such matters, French applications had been more successful than English. He spoke strongly in favour of union between France

Nr. 7945.
Gross-
britannien.
19. Juli 1882.

Nr. 7945.
Gross-
britannien.
19. Juli 1882.

and England in their Egyptian policy. || M. de Freycinet said, that the Control, notwithstanding the best intentions on the part of those by whom it was exercised, could not, in the nature of things, fail to give rise to abuses and inconveniences, which were certain to produce, sooner or later, friction between the Egyptian Government and the Egyptian people on the one hand, and between Egypt and the European Powers on the other hand. || He observed, that the Egyptian people had aspirations which must not be disregarded, and that, when a normal state of things was re-established, it would be the duty of the European Powers to inquire whether certain modifications might not be effected in order that the financial machinery which had been introduced into Egypt might work more smoothly. || M. de Freycinet proceeded to observe, that he had formerly felt scruples as to the rightfulness of foreign armed intervention in Egypt, but that, in this respect, the state of the question had been entirely altered by the deplorable events of the 11th June at Alexandria. || With regard to the English alliance, he said that, from the moment of his return to power he had had but one thought, viz., to maintain it, and that it had never been shaken for a single day. || "Je vous affirme," he declared, "et vous n'en trouverez de preuves contraires dans aucun des documents diplomatiques qui seront distribués, soit en France soit en Angleterre, j'affirme que, à aucun moment, l'alliance Anglaise n'a été ébranlée, et j'ajoute que la voulant sincèrement, loyalement, j'ai voulu aussi le rapprochement avec le concert Européen." || He took credit to the French Government for having obtained, with the support of England, the limitation of the intervention of Turkey, and, in answer to a call from a Member, he recited the guarantees which were to be required from the Porte if Turkish troops were, in fact, sent to Egypt. || He announced, in the following words, that France and England had agreed the day before to bring the question of the protection of the Suez Canal before the Conference:— || „On m'a demandé quelle était la nature de nos rapports actuels avec l'Angleterre. Je réponds d'un mot: c'est que l'Angleterre nous a conviés d'aller avec elle et avec l'assentiment de l'Europe, pour veiller à la garde du Canal de Suez, si c'était nécessaire. C'est hier seulement que l'accord s'est fait entre les deux Cabinets, et nous avons saisi la Conférence de la question; car, même pour le Canal de Suez, je désire provoquer une consultation des autres Puissances, tout en réservant ma liberté d'action.“ || M. Gambetta's speech, which was moderate in tone, appears to have been very warmly applauded in the Chamber at the time, and it is much praised in the great majority of the newspapers this morning. || He spoke very eloquently in support of the Anglo-French alliance. || He denounced in the strongest terms the sending Turkish troops to Egypt, and declared that it was the worst of all solutions, and one on which no concessions should be made. || The following are some of the passages in which he spoke of the English alliance:— || "Au prix des plus grands sacrifices, ne rompez jamais l'alliance Anglaise. —

Et précisément—je livre toute ma pensée, car je n'ai rien à cacher—
 précisément ce qui me sollicite à l'alliance Anglaise, à la coopération Anglaise,
 dans le bassin de la Méditerranée et en Égypte, c'est ce que je redoute le
 plus, entendez-le bien, outre cette rupture néfaste, c'est que vous ne livriez
 à l'Angleterre, et pour toujours, des territoires, des fleuves et des passages
 où votre droit de vivre et de trafiquer est égal au sien. (Applaudissements
 à Gauche et au Centre). —

“Ce n'est donc pas pour humilier, pour abaisser, pour atténuer les intérêts
 Français, que je suis partisan de l'alliance Anglaise; c'est parce que je crois,
 Messieurs, qu'on ne peut efficacement les défendre que par cette union, par
 cette coopération. S'il y a rupture tout sera perdu.”

The feeling manifested by the Chamber during the debate may be briefly
 described as showing a decided preponderance of opinion in favour of the
 English alliance, and a very strong and unqualified aversion to Turkish inter-
 vention in Egypt on any terms. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7946. **TÜRKEI.** — Min. d. Ausw. an die Botschafter der
 Grossmächte in Konstantinopel. — Bereitwilligkeit
 der Pforte, an der Conferenz theilzunehmen.

Thérapia, ce 19 Juillet, 1882.

Le Soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale
 le Sultan, a reçu la note identique que leurs Excellences MM. les Ambassa-
 deurs de la Grande-Bretagne, d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie, ainsi
 que MM. les Chargés d'Affaires d'Allemagne et de Russie ont bien voulu lui
 adresser le 15 de ce mois, pour demander l'envoi de troupes Impériales Otto-
 manes en Égypte—envoi nécessité par la situation actuelle de ce pays. || Si
 le Gouvernement Ottoman ne s'est point jusqu'à ce jour décidé, de sa propre
 initiative, à expédier des troupes sur les lieux, c'est qu'il avait, comme de
 raison, la conviction que les mesures de rigueur pouvaient être écartées. || Con-
 fiant en la sollicitude des Puissances pour le rétablissement de l'ordre, et
 prenant acte cette fois encore, avec satisfaction, de la déférence qu'elles ont
 bien voulu témoigner, solennellement et à plusieurs reprises, pour les droits
 de souveraineté incontestables et incontestés de Sa Majesté Impériale le Sultan
 sur l'Égypte, le Soussigné a l'honneur, d'ordre de son auguste Maître, de faire
 savoir à MM. les Représentants des Grandes Puissances que le Gouvernement
 Impérial consent à prendre part à la Conférence réunie actuellement à Con-
 stantinople, uniquement pour les affaires Égyptiennes, afin de discuter et d'arrêter
 les mesures nécessaires pour assurer le retour de l'état de choses régulier et
 normal en Égypte. || Le Soussigné saisit, &c.

Said.

Nr. 7947. GROSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den engl. Min. d. Ausw. — Neunte Sitzung der Conferenz.

Therapia, July 19, 1882.

Nr. 7947.
Gross-
britannien.
19. Juli 1882.

My Lord, — At the ninth meeting of the Conference, held to-day, the French Ambassador and I presented the proposal relative to the defence of the Suez-Canal, set forth in your Lordship's telegram of the 17th instant. We insisted strongly on the obvious danger to which not only the Canal itself, but the ships which traverse it, would be exposed at the hands of marauding Arab tribes and the disaffected troops of Arabi, and we called upon the Conference to consider with us the means whereby it might be best protected. || None of our colleagues showed any inclination to dispute the considerations we urged, but both Baron Calice and the German Chargé d'Affaires exhibited a marked unwillingness to discuss our propositions. || The Austrian Ambassador observed that, inasmuch as the risk to the Canal constituted an obvious case of *force majeure*, it would be preferable that England alone, or France and England, should in case of necessity deal with the matter on their own initiative, without involving the Conference in any responsibility in the question of issuing a mandate to one or more specially designated Powers. || M. de Hirschfeldt followed in the same sense, and declared that he had no instructions authorizing him even to consider the question. || Count Corti said, that he was in a position to discuss the proposition of the English and French Ambassadors, but that of course any conclusion arrived at must be reserved for the final approbation of his Government. || The Russian Chargé d'Affaires also represented himself as without instructions, in spite of my having acquainted him with the substance of Sir Edward Thornton's despatch repeated in your Lordship's of the 18th instant. || After a desultory and unsatisfactory conversation had continued for some time, I observed that England and France having shown their willingness to associate themselves with Europe in the consideration of this important subject, and to profit by the counsels and co-operation of the Representatives of the other Governments, the way in which our advances were met seemed to imply a desire upon the part of those Powers that we should go forward alone; in fact, they were forcing upon us the responsibility of dealing by ourselves with all *ad interim* contingencies. || The Austrian Ambassador then asked me whether, if the Turks replied affirmatively to the note we had already transmitted to the Porte, I should consider myself still bound to press the present proposition. I replied that the protection of the Suez-Canal, though connected with the general subject of the pacification of Egypt, was a distinct question, and that, although I did not like replying to inquiries based upon a hypothesis, I had no hesitation insaying that, even under the circumstances mentioned by Baron Calice, I should still urge the Conference to take the precaution suggested by the Governments of France and England, and to come to a special decision with reference to

the protection of the Canal, if possible with the assent of Turkey. || When we came to draw up our identic telegram, it was proposed to conclude it with a form of words implying a demand for instructions on the part of those who had received none. Neither M. de Hirschfeldt nor the Austrian Ambassador would agree to this. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7948. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Protestirt gegen den vom französischen Admiral gebrauchten Ausdruck: „neutraler Charakter des Canals.“

Foreign Office, July 20, 1882.

My Lord, — I transmit, for your Excellency's information, a copy of a telegram from Admiral Sir B. Seymour, reporting that he has received a courteously worded private letter from the French Admiral, in which he states that the happy result of the course pursued by England is that the Suez-Canal preserves the „neutral character“ which it is so desirable, in the interests of the world, it should maintain. || I should wish your Excellency, while expressing to M. de Freycinet the satisfaction of Her Majesty's Government at the friendly tone of this communication, to state that they presume that the expression „neutral character“ was not meant by the French Admiral to imply that the Canal had ever been neutralized. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7949. AEGYPTEN. — Absetzungs-Ordre und Proclamation gegen Arabi.

Ordre Supérieur.

Votre départ pour Kafr-Dawar avec les troupes, et l'abandon de la ville d'Alexandrie sans que vous en ayez reçu l'ordre, l'interruption des communications par le chemin de fer, les postes, et les télégraphes, l'empêchement que vous apportez au retour des fugitifs d'Alexandrie dans leurs foyers, la continuation de vos préparatifs militaires et le refus de vous rendre auprès de moi lorsque je vous ai fait appeler: telles sont les causes qui motivent votre destitution. || En conséquence, je vous adresse cet Ordre pour vous informer que je vous destitue de vos fonctions de Ministre de la Guerre et de la Marine.

Proclamation.

Que ceux qui lisent cet Ordre sachent les causes de la destitution d'Ahmed-Pacha Arabi, et pour l'édification de tous, voici la vérité. || Après dix heures de bombardement, nos fortifications étaient anéanties, 400 de nos canons détruits

Nr. 7949.
Aegypten.
20. Juli 1882.

et la plupart de nos artilleurs tués ou mis hors de combat; tandis que la flotte Anglaise ne perdait que cinq hommes et que ses vaisseaux n'éprouvaient aucune avarie sérieuse. || Ahmed-Pacha Arabi se rendit alors auprès de moi au Palais de Ramleh pour m'annoncer la douloureuse nouvelle de la destruction de nos forts. || De son côté, l'Amiral de la flotte Anglaise me demandait de faire évacuer les forts d'El-Adjemi, de Dekhilé et de Mex, pour les faire occuper par ses troupes. Le Conseil des Ministres, assisté de son Excellence Dervish-Pacha, s'étant aussitôt réuni, il fut décidé que les forts ne pouvaient pas être rendus sans l'ordre exprès de Sa Majesté Impériale le Sultan, et qu'il importait au contraire de pourvoir à leur défense en renforçant les garnisons pour s'opposer à un débarquement de troupes étrangères. En même temps une dépêche télégraphique était adressée à la Sublime Porte. || Or, Arabi-Pacha se rendit ensuite à la porte Rosette, à Alexandrie, sans prendre aucune mesure militaire. Je le fis suivre par un de mes Aides-de-camp pour lui rappeler qu'il devait envoyer des renforts aux positions convenues. || Arabi-Pacha répondit qu'il n'y enverrait pas un seul soldat; il donna l'ordre aux troupes de se retirer avec lui, et se dirigea sur Kafr-Dawar, laissant ainsi la ville dépourvue de défenseurs! || Le lendemain les troupes Anglaises débarquèrent à Alexandrie, le point le plus important de notre pays, et s'emparèrent de la ville sans qu'un seul coup de fusil ait été tiré, fait qui déshonorerait l'armée Égyptienne, si la honte ineffaçable n'en retombait pas toute entière sur celui qui en avait le commandement, sur Arabi-Pacha. || Des pourparlers furent ouverts avec l'Amiral Anglais; il me fit observer qu'Alexandrie était livrée au pillage et à l'incendie, qu'il était dans la nécessité de pourvoir aux moyens de sauver ce qui restait de la ville; il me déclara que si le Gouvernement Égyptien avait des soldats fidèles et obéissants il était prêt à leur en laisser la garde, que même dans le cas où des troupes Ottomanes arriveraient, il ne s'opposerait pas aux soldats de la Sublime Porte. Il n'avait, ajouta-t-il, ouvert le feu et détruit les fortifications qu'à la suite des menaces et des préparatifs hostiles dont la flotte était l'objet. || Mais Arabi-Pacha avait déjà pris la fuite avec toute l'armée dans la direction de Kafr-Dawar; les troupes Anglaises entrèrent donc dans la ville et prirent les mesures nécessaires pour éteindre les incendies et assurer la sécurité publique. || Ainsi, de ces faits mêmes, résulte la reconnaissance des déclarations des Puissances et des décisions de la Conférence de Constantinople, aux termes desquelles non seulement il ne sera permis à aucune Puissance de prendre possession d'une partie quelconque du territoire de l'Égypte, mais encore notre pays restera dans le *statu quo* sans qu'aucune atteinte soit portée aux droits de la Sublime Porte ni aux privilèges accordés à l'Égypte en vertu des Firmans Impériaux. || Les escadres Anglaise et Française n'étaient d'ailleurs venues dans les eaux d'Alexandrie qu'en présence de l'état d'anarchie où se trouvait l'Égypte. Une faction militaire, triomphant par la force et l'arbitraire, ayant pour chef Arabi-Pacha, avait enlevé le pouvoir effectif des mains du Khédive nommé par Sa Majesté le Sultan, Kalife des Musulmans! || Le bon

ordre ne peut exister alors que des chefs militaires se sont emparés du Gouvernement au détriment des Ministres et des Administrations publiques, c'est-à-dire du Gouvernement légal. || Cependant toutes les Puissances et particulièrement la France et la Grande-Bretagne ont des intérêts importants en Égypte; ces deux Puissances qui sont déjà intervenues au moment de l'abdication du Khédive Ismaïl-Pacha et dans les affaires financières aujourd'hui réglées par la Loi de Liquidation, n'abandonneront évidemment pas le pays dans le désordre actuel. || L'intervention existe de fait et l'Égypte n'a pas les moyens de résister aux Puissances. Mais cette intervention n'a jamais eu pour objet une prise de possession; elle n'a d'autre but que de délivrer notre pays de l'anarchie où il est plongé et de rétablir l'ordre public. || Quiconque oserait donc prêter l'oreille aux insinuations d'Arabi-Pacha et tenterait de s'opposer à une force contre laquelle toute résistance est vaine, s'exposerait et exposerait son pays à un malheur certain dans l'intérêt personnel d'un seul, Arabi-Pacha; il serait criminel et jetterait sa patrie dans le plus grand des périls sans pouvoir la sauver. || Si je n'étais pas certain que la France et la Grande-Bretagne n'ont aucune intention de s'emparer de l'Égypte, si je ne savais pas qu'elles sont mues par le désir seul d'améliorer sa situation, je serais le premier à exposer ma vie et mes biens jusqu'à ce qu'il ait plu à Dieu de décider et de rendre son arrêt tout-puissant. || On a dit que les soldats Anglais fusillent sans raison les indigènes; c'est un mensonge! aucune nation civilisée n'oserait commettre des actes aussi iniques. Mais il est vrai que les incendiaires, les pillards et les voleurs sont arrêtés et sévèrement jugés. Qui donc oserait intervenir en leur faveur? || Tout habitant, soldat ou civil, peut rentrer librement à Alexandrie à charge de déposer ses armes; il ne sera porté atteinte à la vie et aux biens de personne. || Tout Égyptien qui aime vraiment son pays doit se soumettre à mes ordres et écouter la voix de mes Ministres. Je fais loyalement appel à tous, et ceux qui auraient été trompés, ceux qui ne connaîtraient point la situation, tous peuvent encore revenir à la vérité; la porte du pardon est ouverte à tous, officiers, soldats ou civils; ceux-là seuls sont exceptés dont les agissements, trop connus, ne peuvent rester impunis. || Tous ceux qui ont encore dans le coeur quelque sentiment de loyauté et de religion doivent craindre la justice de Dieu en songeant aux conséquences d'une conduite qui ne peut que jeter le pays dans les plus grands dangers sans pouvoir en espérer un avantage quelconque, et entraîner la patrie dans la voie la plus désastreuse, la perte de l'honneur et l'avilissement de la défaite. || Puisse Dieu, par notre soumission à ses volontés, nous délivrer de plus grands maux et écarter de nous les périls qui nous menacent! Puisse la sécurité de la patrie et de nos foyers nous être rendue par l'intercession de notre Saint Prophète!

Nr. 7950. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Walsham). — Bismarck will den Westmächten kein Mandat ertheilen.

Foreign Office, July 21, 1882.

Nr. 7950.
Gross-
britannien.
21. Juli 1882.

Sir, the German Ambassador told me to-day, that the German Government could not agree to give a mandate to England and France to intervene in Egypt; that Prince Bismarck was afraid of giving the question greater proportions by such a step, and of converting it into a war between the Cristian Powers of Europe and the Mahommedan countries. || I told his Excellency, that I had always understood the position of the German Government to be that they acknowledged a greater interest in Egypt on the part of England and France, and a consequent right of initiative, but that they held that the other European Powers had also an interest in the state of that country. I denied, that the question was one of Christians against Mahommedans. Our efforts would be directed to resisting the military faction in Egypt, who were rebels to the authority of their Mahommedan Sovereign and his Viceroy. || I observed, that no application had been made to Germany for material assistance, but that it was not unreasonable that she should be asked to give her moral support to work which was to be done for the good of all. || Count Münster assured me, in positive terms, that the Chancellor desired to give us moral support, although he was not prepared to go to the length of a formal mandate. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7951. **FRANKREICH.** — Botschafter in Wien (Duchâtel) an den franz. Min. d. Ausw. — Kalnoky weigert sich, den Westmächten ein Mandat zu ertheilen.

Vienne, le 21 juillet 1882.

Nr. 7951.
Frankreich.
21. Juli 1882.

Je viens d'insister auprès du Ministre des Affaires étrangères pour qu'il veuille bien hâter l'envoi des instructions au Baron Calice en vue de décider sans aucun délai les mesures à prendre pour la protection du canal de Suez. Le Comte Kalnoky m'a répondu qu'il ne ferait aucune objection aux mesures par lesquelles la France et l'Angleterre croiraient devoir sauvegarder des intérêts qui leur semblent menacés; cependant il ne saurait aller jusqu'à leur accorder un mandat pour l'exécution des mesures jugées nécessaires à la protection de ces intérêts. Qu'il s'agisse d'une question spéciale comme celle du canal de Suez, ou d'une question plus générale, comme celle de l'intervention en Égypte, le fait de donner un mandat à certaines des six Puissances européennes représentées à la Conférence paraît au Comte Kalnoky de nature à pouvoir créer autant d'embarras aux mandants qu'aux mandataires, et quant à lui

il ne serait pas disposé à accepter aucune responsabilité dans des événements dont il ne peut prévoir ou déterminer ni les suites ni les conséquences. || C'est dans ce sens, m'a dit le Ministre, que seront conçues les instructions au Baron Calice. Puis, faisant allusion à la réponse de la Porte, il a ajouté que la situation pourrait se trouver quelque peu modifiée par la participation de la Turquie à la Conférence, et m'a paru attendre avec intérêt les résultats de la séance fixée à demain à Constantinople.

Duchâtel.

Nr. 7952. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien (Elliot) an den engl. Min. d. Ausw. — Kalnoky besteht auf der Verweigerung des Mandats.

(Extract.)

Vienna, July 21, 1882.

I had more than once endeavoured to ascertain whether, in the event of the Sultan's definitely refusing to send troops to Egypt, Count Kálnoky would consent to join in recommending a European intervention, under a *mandat* from the Conference as representing all the Great Powers; but it was not till to-day that I obtained from him any indication of the manner in which he would be likely to regard any such proposal if it came to be made. || He expressed himself, as I have informed your Lordship by telegraph, in a manner to leave me little expectation that he would agree to it. || I observed, that it would be very unfortunate if the Powers which were ready to put themselves forward, and to make great sacrifices for the sake of restoring order in Egypt, had the appearance of acting on their own behalf, and without the general approval of the other Great Powers. || Count Kálnoky exclaimed, that he certainly would not show any disapproval of an intervention if it became necessary, but he did not wish to assume any responsibility for one. England and France had pursued a policy with regard to Egypt of which he had not always been able to approve, and it had led to the present difficulties, in which he had no wish to mix more than he could avoid. || He believed also that, if an expedition is resolved upon, England and France, or England alone, would be in a better position if they could act as events dictated than if they were hampered by having to regard themselves as the *mandataires* of others.

Nr. 7953. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Vorschläge zu einer gemeinsamen Intervention.

(Telegraphic.)

Foreign Office, July 22, 1882, 4.45 P. M.

Make the following proposals to the French Government:—

1. Unless the Porte sends in acceptance of a kind immediately available,

Nr. 7953.
Gross-
britannien.
22. Juli 1882.

Nr. 7953.
Gross-
britannien.
22. Juli 1882.

the English and French Representatives should be instructed to say to the other Ambassadors that England and France can no longer rely upon Turkish intervention; and as they consider immediate action necessary to prevent further loss of life and continuance of anarchy, they intend, unless the Conference has any other plan, to devise, with a third Power if possible, military means for procuring a solution.

2. To ask Italy to be that third Power.
3. To consult immediately upon the division of the labour.
4. The Suez-Canal may be included in the general scheme of allied action.

Nr. 7954. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Einwendungen Freycinets gegen die Vorschläge.

Paris, July 23, 1882.

Nr. 7954.
Gross-
britannien.
22. Juli 1882.

My Lord, — I have reported to your Lordship in my telegram and despatch of to-day, the answer by M. de Freycinet this morning to the proposals of Her Majesty's Government respecting the protection of the Suez-Canal. || Having received this answer from M. de Freycinet, I proceeded to say to him that I was now instructed to bring a larger question before him, and I put into his hand a paper containing a copy of the proposals respecting a joint military intervention in Egypt generally which are contained in your Lordship's telegram of yesterday. || I have the honour to inclose a copy of the paper in question. || M. de Freycinet said that, before giving me an official answer, he must bring the matter before the Council of Ministers, as the question of French military intervention in Egypt generally, for political or other objects, had never yet been formally considered by the Council. || His Excellency proceeded, however, to observe, that he knew enough of the opinions of his colleagues to be sure that they would be averse to any such intervention at the present moment. || In the first place, the Ministers of War and Marine considered, that the present season would be, in all respects, most unfavourable, and that, if military operations were undertaken before November, at least half of the troops employed would perish from sickness. || Secondly, there was, M. de Freycinet told me, a general opinion among the Ministers, that Arabi would lose strength by the lapse of time, that his own troops and the Egyptian people generally were getting tired of him, and that it would be much easier to overthrow him some months hence than at the present time. || I said, that so far our experience seemed to me to be directly opposed to this opinion, and to indicate that there might be very great danger in leaving Arabi in undisputed possession of power for two or three months longer. || M. de Freycinet promised to bring the proposals before the Council without delay, and to communicate the answer of the French Government to me immediately

afterward. || I have had the honour to forward the substance of this despatch to your Lordship by telegraph. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7954.
Gross-
britannien.
23. Juli 1882.

Nr. 7955. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Geschäftsträger in London. — Frankreich wird sich auf den Schutz des Suez-Canals beschränken.

Paris, le 23 juillet 1882.

Lord Lyons est venu me proposer hier, de la part de Lord Granville, d'adresser à nos Ambassadeurs à Constantinople le télégramme ci-après destiné à être lu à la Conférence: „The two Powers, having put the Conference in possession of their views, which have also been made known to the respective governments, and not having received any dissent, either from the Powers or from their Representatives in the Conference, to the proposals which they have made, have arrived at a provisional understanding that in the existing state of facts they will be prepared, should the necessity occur, to protect the Suez canal by themselves or with the addition of any Power willing to take part.“ || J'ai promis à Lord Lyons d'en saisir le Conseil, en remplaçant toutefois les mots: „à protéger“ (to protect) par les mots: „à s'employer pour protéger.“ Lord Lyons étant revenu me voir ce matin, je lui ai dit que le Conseil acceptait l'envoi du télégramme ainsi rectifié et m'avait, en même temps, chargé d'avoir avec lui une explication très nette sur la portée pratique de notre déclaration à la Conférence: 1^o Nous étions très résolus à séparer la protection du canal de l'intervention proprement dite et par conséquent à nous renfermer strictement dans les actes nécessaires au premier objet; 2^o pour nous, la protection du canal se résume, indépendamment de la circulation des navires de guerre, à l'occupation solide de certains points (un ou deux en ce qui nous concerne) le long du canal; j'ai articulé le chiffre de 2,000 hommes environ sur chaque point; 3^o nous nous abstiendrons, sauf pour repousser les agressions immédiates, de toute opération vers l'intérieur de l'Égypte; si donc les troupes Anglaises croient devoir entreprendre de telles opérations, elles n'auront pas à compter sur notre coopération; 4^o nous différerons l'occupation effective des points susvisés tant que la sécurité du canal ne sera pas réellement menacée (celle ne l'est pas en ce moment), ou tant que les conduites d'eau douce ne seront pas interceptées par les Égyptiens. || Si nous étions amenés plus tard à élargir ce plan, ce serait l'objet d'une nouvelle et formelle entente avec le Gouvernement Anglais. || De votre côté, je vous prie de vous exprimer très clairement sur ces divers points avec Lord Granville, parce qu'il importe qu'il ne puisse y avoir aucune sorte de malentendu sur l'étendue de notre action. || Enfin j'ai demandé à Lord Lyons comment Lord Granville entendait donner une portée pratique à la dernière phrase du télégramme

Nr. 7955.
Frankreich.
23. Juli 1882.

Nr. 7955.
Frankreich.
23. Juli 1882.

qui prévoit l'adjonction d'autres Puissances. Ne pense-t-il pas qu'il y aurait lieu, par un télégramme séparé et non destiné à être lu à la Conférence, d'inviter nos Ambassadeurs à insister pour qu'une autre Puissance se désigne? || Lord Lyons m'a promis de transmettre l'ensemble de mes observations à Lord Granville.

C. de Freycinet.

Nr. 7956. FRANKREICH. — „Exposé des Motifs“ des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung eines Credits für Maassregeln zum Schutz des Suez-Canals. Verlesen in der Deputirtenkammer vom Minister der Marine und Colonieen am 24. Juli 1882.

Nr. 7956.
Frankreich.
24. Juli 1882.

Les événements dont l'Égypte est le théâtre inspirent depuis quelques jours des inquiétudes sérieuses au sujet de la sécurité du Canal de Suez. Cette importante voie de communication, à l'ouverture de laquelle la France a pris une part si considérable, relie, comme vous le savez, l'Europe entière aux contrées les plus riches de l'extrême Orient. || Nous ne pouvons donc l'abandonner au hasard d'entreprises qui menaceraient sinon de la détruire, au moins de la rendre impraticable pendant quelque temps au préjudice de nos plus belles Colonies, de notre industrie et de notre commerce. || L'Angleterre, qui en profite encore plus que nous, et qui partage nos craintes, nous a proposé de nous unir à elle en combinant les moyens d'action des deux marines pour mettre le Canal de Suez à l'abri de toute atteinte et protéger les nombreux navires qui le parcourent. || Adoptant ces propositions, le Gouvernement a pensé qu'il conviendrait de mettre à la disposition du Contre-Amiral Commandant-en-chef la division navale du Levant, un corps de débarquement emprunté à l'infanterie de marine, aux équipages de la flotte, et qui occuperait, si cela devenait nécessaire, un certain nombre de points dans la partie nord du Canal, tandis que les troupes Anglaises s'établiraient dans la partie sud. || Nous espérons qu'en faisant, en même temps, parcourir le Canal dans toute sa longueur par des bâtiments légers, nous réussirons à donner aux navires de commerce la sécurité qui leur est indispensable. || Ces considérations et les préparatifs que nous sommes appelés à faire nous conduisent à vous demander un crédit extraordinaire de 9,410,000 fr., qui permettrait au Département de la Marine d'entretenir au besoin en Égypte un corps de débarquement de 8,000 hommes. Nous n'enverrions immédiatement entre Port Saïd et El Kantara que 4,000 hommes environ; mais comme il peut survenir des circonstances qui nous obligent à augmenter l'effectif du corps de débarquement, nous avons pensé que, pour éviter les difficultés provenant de l'absence du Parlement pendant l'intercession, il vaut mieux vous prier de

mettre tout de suite à notre disposition les fonds nécessaires pour parer à toute éventualité. || Tel est l'objet du Projet de Loi que nous avons l'honneur de soumettre à vos délibérations et pour lequel nous réclamons l'urgence.

Nr. 7956.
Frankreich,
24. Juli 1882.

Nr. 7957. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Aktions-Programm am Canal.

Foreign Office, July 25, 1882, 8 p. m.

My Lord, I have to instruct your Excellency to propose to the French Government the signature of a Protocol or an exchange of notes to the following effect:—The Governments of Great Britain and France being of opinion that it is necessary to secure the safety of the Suez Canal in case of any sudden and grave danger arising from the present disorders in Egypt, have agreed to make the following provisions for united action, subject to the Protocol signed by their Plenipotentiaries on the 25th June, in which they disclaimed any intention of seeking any territorial or other advantages which any other nation should not be able to obtain. || The British and French Admirals shall concert for the joint occupation of the Canal on the following bases:—The French force to patrol between Ismaïlia and Port Saïd. || The English force to patrol the remainder of the Canal. || The French force to hold Port Saïd and Kantara. || The English force to hold Ismaïlia and Suez. || The English force to supplement the French force where requisite, and to be relieved by French troops as they arrive. || Details to be arranged on the spot by the Admirals commanding. || These measures of protection shall not interfere with the ordinary navigation of the Canal, and shall cease as soon as the occasion for them has passed.

Nr. 7957.
Gross-
britannien.
25. Juli 1882.

You will agree with M. de Freycinet upon the manner in which this Protocol had best be communicated to the other Powers and to the Porte. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7958. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den engl. Min. d. Ausw. — Aufforderung an die italienische Regierung, sich an den Maassregeln am Suez-Canal zu betheiligen. Antwort Mancini's.

Rome, July 26, 1882.

My Lord, — I called to-day upon the Minister for Foreign Affairs, and in execution of the instructions contained in your Lordship's telegram of the 24th instant, I informed his Excellency of the desire of Her Majesty's Government that Italy should join with England and France in the steps to be taken for the protection of the Suez Canal, expressing, at the same time, the great satisfaction which would be felt by Her Majesty's Government if the King

Nr. 7958.
Gross-
britannien.
26. Juli 1882.

Nr. 7958.
Gross-
britannien.
26. Juli 1882.

of Italy should agree to be associated with them in this important work. M. Mancini desired me to convey to Her Majesty's Government his sincere acknowledgments for this act of consideration and friendship towards the Italian Government, and to assure your Lordship that it would invariably be responded to by them in the same spirit. || The proposal had reached him, however, his Excellency proceeded to state, precisely at the moment when the same question was being brought before the Conference; and his Excellency then showed me a telegram from Count Corti, dated yesterday, in which he reports that the English and French Ambassadors had just called to inform him that in the Conference to be held this day they would announce, prior to the arrival of the Turkish Plenipotentiaries, that it was the intention of their Governments to take measures for the protection of the Suez Canal, in which they would be glad of the co-operation of any other Power, Italy being particularly mentioned, especially by Lord Dufferin, who had expressed the satisfaction it would be to Her Majesty's Government to see Italy associated with them in this undertaking. Count Corti adds, that he confined himself to saying that he would submit the communication of his colleagues to his Government. || Under these circumstances, M. Mancini said, and while the question was pending before the Conference, the only answer he could give to my present overture was to acquaint me with the instructions he had sent to Count Corti, and which were to the following effect, viz. : not only to discuss, but to facilitate, by all means in his power, a decision on the question, being careful to have it defined clearly in what manner the protection of the Canal could be separated from a military intervention in Egypt, and to report whether any of the other Powers were disposed to concur, and to what extent "et dans quelle mesure"), in the measures for protecting the Canal. || Until this information reached him, his Excellency said, he could take no final decision upon my present application. || When I communicated with the French Chargé d'Affaires this morning before going to M. Mancini, he had not received any instructions from his Government on the above subject. || I have, &c.

A. Paget.

Bündnisse, Thronreden, Adressen etc.

Nr. 7959. **DEUTSCHLAND** und **GRIECHENLAND**. — Konsularvertrag vom 26. November 1881, ratificirt am 6. Juli 1882.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, et Sa Majesté le Roi des Hellènes désirant déterminer les droits, privilèges et attributions des consuls-généraux, consuls, vice-consuls, agents consulaires, chanceliers et secrétaires Allemands et Hellènes, réciproquement admis à résider dans les Etats respectifs, ont résolu de conclure dans ce but une convention consulaire et ont, à cet effet, nommé pour leurs plénipotentiaires savoir:

Nr. 7959.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse — Monsieur le Baron Oswald de Richthofen, Son Conseiller Actuel de Légation,

Sa Majesté le Roi des Hellènes — Monsieur Alexandre Rizo Rangabé, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I. Chacune des hautes parties contractantes aura la faculté d'établir des consuls-généraux, consuls, viceconsuls ou agents consulaires dans les ports ou places de commerce du territoire de l'autre partie; elles se réservent, toutefois, respectivement le droit de désigner les localités qu'elles jugeraient convenables d'excepter pourvu que cette réserve soit également appliquée à toutes les puissances. || Les consuls-généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires entreront en fonctions après avoir été admis et reconnus dans les formes usitées par le Gouvernement du pays où ils sont appelés à résider. || L'exéquatur leur sera délivré sans frais.

Art. II. Les consuls-généraux, consuls et leurs chanceliers ou secrétaires, ainsi que les vice-consuls ou agents consulaires, sujets de l'Etat qui les nomme, jouiront de l'exemption des logements et des contributions militaires, des contributions directes, personnelles, mobilières et somptuaires, imposées par l'Etat ou par les communes, à moins qu'ils ne possèdent des biens immeubles, qu'ils ne fassent le commerce ou qu'ils n'exercent quelque industrie, dans lesquels cas ils seront soumis aux

Nr. 795⁰.
Deutschland
und
Griechen-
land.
29. Nov. 1881.

mêmes taxes, charges et impositions qu'auront à payer les autres habitants du pays comme propriétaires de biens-fonds, commerçants ou industriels. || Ils ne pourront être ni arrêtés, ni conduits en prison, excepté pour les faits et actes que la législation pénale du pays de leur résidence qualifie de crimes et punit comme tels. S'ils sont négociants, la contrainte par corps ne pourra leur être appliquée que pour les seuls faits de commerce et non pour causes civiles. En cas d'arrestation d'un consul ou employé consulaire la légation de son pays en doit être immédiatement avertie par le Gouvernement du pays, où l'arrestation a eu lieu.

Art. III. Les consuls-généraux, consuls et leurs chanceliers ou secrétaires ainsi que les vice-consuls et agents consulaires sont tenus de fournir leur témoignage en justice, lorsque les tribunaux du pays le jugeront nécessaire. Mais l'autorité judiciaire devra dans ce cas les inviter par lettre officielle à se présenter devant elle. || En cas d'empêchement des dits agents, par des affaires de service ou par maladie, mais dans les causes civiles seulement, l'autorité judiciaire se transportera à leur domicile pour demander leur témoignage de vive voix, ou le leur demandera par écrit, suivant les formes particulières à chacun des deux Etats. Les dits agents devront satisfaire au désir de l'autorité dans le délai qui leur sera indiqué et lui remettre la déposition écrite, munie de leur signature et de leur cachet officiel.

Art. IV. Les consuls-généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires pourront placer sur la façade de la maison consulaire l'écusson des armes de leur nation, avec cette inscription: Consulat-Général, Consulat, Vice-Consulat ou Agence consulaire de . . . || Ils pourront également arborer le pavillon de leur pays sur la maison consulaire, ainsi que sur le bateau qu'ils monteraient dans le port pour l'exercice de leurs fonctions. || Il est bien entendu que ces marques extérieures ne pourront jamais être interprétées comme constituant un droit d'asile.

Art. V. Les archives consulaires sont inviolables en tout temps, et les autorités locales ne pourront sous aucun prétexte, ni dans aucun cas, visiter ni saisir les papiers qui en feront partie. || Ces papiers devront toujours être complètement séparés des livres et papiers relatifs au commerce ou à l'industrie que pourraient exercer les consuls, vice-consuls ou agents consulaires respectifs.

Art. VI. En cas d'empêchement, d'absence ou de décès des consuls-généraux, consuls, ou vice-consuls, les chanceliers et secrétaires qui auront été présentés antérieurement en leur dite qualité aux autorités respectives, seront admis de plein droit à exercer, par intérim, les fonctions consulaires, et ils jouiront, pendant ce temps, des exemptions et privilèges qui y sont attachés par la présente convention.

Art. VII. Les consuls-généraux et consul, lorsqu'ils y seront autorisés par la législation de leur pays, pourront nommer des vice-consuls et des agents consulaires dans les villes, ports et localités de leur circonscription consulaire,

sauf l'approbation du Gouvernement territorial. || Ces agents pourront être indistinctement choisis parmi les sujets des deux pays comme parmi les étrangers, et seront munis d'un brevet délivré par le consul qui les aura nommés et sous les ordres duquel ils devront être placés. Ils jouiront des privilèges et exemptions stipulés par la présente convention, sauf les exceptions consacrées par les articles II et III. || Il est spécialement entendu, en effet, que lorsqu'un consul ou agent consulaire, établi dans un port ou dans une ville de l'un des deux pays, sera choisi parmi les sujets de ce pays, ce consul ou agent continuera à être considéré comme sujet de la nation à laquelle il appartient, et qu'il sera, par conséquent, soumis aux lois et règlements, qui régissent les nationaux dans le lieu de sa résidence, sans que cependant cette obligation puisse gêner en rien l'exercice de ses fonctions, ni porter atteinte à l'inviolabilité des archives consulaires.

Nr. 7069.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

Art. VIII. Les consuls-généraux, consuls et vice-consuls ou agents consulaires des deux pays pourront, dans l'exercice des pouvoirs qui leur sont attribués, s'adresser aux autorités de leur circonscription consulaire pour réclamer contre toute infraction aux traités ou conventions existant entre les deux pays et contre tous abus dont leurs nationaux auraient à se plaindre. Si leurs réclamations n'étaient pas accueillies par ces autorités ils pourraient avoir recours, à défaut d'un agent diplomatique de leur pays, au Gouvernement de l'Etat dans lequel ils résideraient.

Art. IX. Les consuls-généraux, consuls et leurs chanceliers, ainsi que les vice-consuls et agents consulaires des deux pays auront le droit de recevoir, soit dans leur chancellerie, soit au domicile des parties, soit à bord des navires de leur nation, les déclarations que pourront avoir à faire les capitaines, les gens de l'équipage, les passagers, les négociants et tous autres sujets de leur pays. Ils seront également autorisés à recevoir, comme notaires, les dispositions testamentaires de leurs nationaux. || Les dits consuls ou agents auront le droit de recevoir tout acte notarié destiné à être exécuté dans leur pays, et qui interviendra soit entre leurs nationaux seulement, soit entre un ou plusieurs de leurs nationaux et des personnes du pays de leur résidence. Ils pourront même recevoir les actes dans lesquels les sujets du pays où ils résident seront seuls parties lorsque ces actes se rapportent exclusivement à des biens situés ou à des affaires à traiter sur le territoire de la nation à laquelle appartient le consul ou l'agent devant lequel ces actes seront passés. || Quant aux actes notariés destinés à être exécutés dans le pays de leur résidence, les dits consuls ou agents auront le droit de recevoir tous ceux dans lesquels leurs nationaux seront seuls parties; ils pourront recevoir, en outre, ceux qui interviendraient entre un ou plusieurs de leurs nationaux et des personnes du pays de leur résidence, à moins qu'il ne s'agisse d'actes pour lesquels, d'après la législation du pays, le ministère de juges ou d'officiers publics déterminés serait indispensable. || Lorsque les actes mentionnés dans le paragraphe précédent auront rapport à des biens fonciers, il ne seront va-

Nr. 7359.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

lables qu'autant qu'un notaire ou autre officier public du pays y aura concouru et les aura revêtus de sa signature. || Les consuls ou agents pourront également traduire et légaliser toute espèce d'actes et de documents émanés des autorités ou fonctionnaires de leur pays. || Tous les actes ci-dessus mentionnés dûment légalisés par les dits agents et scellés du sceau officiel des consulats et vice-consulats, auront dans chacun des deux pays la même force et valeur, que s'ils avaient été passés devant un notaire ou autre officier public ou ministériel compétent dans l'un ou l'autre des deux Etats, pourvu que ces actes aient été soumis aux droits de timbre d'enregistrement ou à toute autre taxe ou imposition établie dans le pays où ils devront recevoir leur exécution. Cette disposition s'applique également aux copies, extraits ou traductions de ces actes; s'il y a opposition contre l'exactitude ou l'authenticité de ces copies, extraits ou traductions les tribunaux respectifs procéderont conformément à la législation du pays.

Art. X. Les consuls-généraux, consuls et vice-consuls ou agents consulaires pourront aller personnellement ou envoyer des délégués à bord des navires de leur nation, après qu'ils auront été admis en libre pratique, interroger le capitaine et l'équipage, examiner les papiers de bord, recevoir les déclarations sur leur voyage, leur destination et les incidents de la traversée, dresser les manifestes et faciliter l'expédition de leur navire, enfin les accompagner devant les tribunaux et dans les bureaux de l'administration du pays pour leur servir d'interprètes et d'agents dans les affaires qu'ils auront à suivre ou les demandes qu'ils auront à former, sauf dans les cas prévus par les lois des deux pays, aux dispositions desquelles la présente clause n'apporte aucune dérogation. || Les fonctionnaires publics du pays ne pourront, dans les ports où réside un consul ou un agent consulaire de l'un des deux Etats respectifs, opérer ni recherches, ni visites, autres que les visites ordinaires de la douane ou de la santé, à bord des navires de commerce, sans en avoir donné préalablement avis au dit consul ou agent, afin qu'il puisse assister à la visite. || L'invitation qui sera adressée à cet effet aux consuls, vice-consuls ou agents consulaires, indiquera une heure précise, et s'ils négligeaient de s'y rendre en personne ou de s'y faire représenter par un délégué, il sera procédé en leur absence.

Art. XI. En tout ce qui concerne la police des ports, le chargement et le déchargement des navires et la sûreté des marchandises, biens et effets, on observera les lois, ordonnances et règlements du pays. || Les consuls et vice-consuls ou agents consulaires seront chargés exclusivement du maintien de l'ordre intérieur à bord des navires de leur nation, en conséquence ils régleront eux-mêmes les contestations de toute nature qui seraient survenues entre le capitaine, les officiers du navire et les matelots, et spécialement celles relatives à la solde et à l'accomplissement des engagements réciproquement contractés. || Les autorités locales ne pourront intervenir que lorsque les désordres survenus à bord des navires seraient de nature à troubler la tranquillité et

l'ordre public, à terre ou dans le port, ou quand une personne du pays ou ne faisant pas partie de l'équipage s'y trouvera mêlée. || Dans tous les autres cas, les autorités précitées se borneront à prêter tout appui aux consuls et vice-consuls ou agents consulaires, si elles en sont requises par eux, pour faire arrêter et renvoyer à bord ou maintenir en état d'arrestation tout individu inscrit sur le rôle de l'équipage, chaque fois que les dits agents le jugeront nécessaire. || Dans le cas où l'arrestation devrait être maintenue, les dits agents en donneront avis dans le plus bref délai possible, par une communication officielle, aux autorités judiciaires compétentes.

Nr. 7959.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

Art. XII. Les consuls-généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires pourront faire arrêter et renvoyer, soit à bord, soit dans leur pays, les marins et toute autre personne faisant, à quelque titre que ce soit, partie des équipages des navires de leur nation, dont la désertion aurait eu lieu sur le territoire même de l'une des hautes parties contractantes. || A cet effet ils devront s'adresser par écrit aux fonctionnaires compétents et justifier, au moyen de la présentation des registres des bâtiments ou du rôle de l'équipage, soit en original soit en extrait dûment légalisé, ou d'autres documents officiels, ou bien, si le navire est parti, en produisant une copie ou un extrait authentique de ces documents, que les personnes réclamées faisaient réellement partie de l'équipage. Sur cette demande ainsi justifiée la remise des déserteurs ne pourra être refusée. || On donnera, en outre, aux dites autorités consulaires tout secours et toute assistance pour la recherche et l'arrestation de ces déserteurs, qui seront détenus, sur la demande écrite et aux frais de l'autorité consulaire, jusqu'au moment où ils seront réintégrés à bord du bâtiment auquel ils appartiennent, ou jusqu'à ce qu'une occasion se présente de les rapatrier. || Si toutefois cette occasion ne se présentait pas dans le délai de deux mois, à compter du jour de l'arrestation, ou si les frais de leur détention n'étaient pas régulièrement acquittés, les dits déserteurs seront remis en liberté, sans qu'ils puissent être arrêtés de nouveau pour la même cause. || Si le déserteur avait commis quelque crime ou délit à terre, l'autorité locale pourrait surseoir à l'extradition jusqu'à ce que le tribunal eût rendu la sentence et que celle-ci eût reçu pleine et entière exécution. || Les hautes parties contractantes conviennent que les marins ou autres individus de l'équipage sujets du pays dans lequel s'effectuera la désertion sont exceptés des stipulations du présent article.

Art. XIII. Toutes les fois qu'il n'y aura pas de stipulations contraires entre les armateurs, chargeurs et assureurs, les avaries que les navires des deux pays auront souffertes en mer, soit qu'ils entrent dans les ports respectifs volontairement ou par relâche forcée, seront réglées par les consuls-généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires de leur nation, à moins que des sujets du pays dans lequel résident les dits agents ou des sujets d'une tierce puissance ne soient intéressés dans ces avaries; dans ce cas, et à défaut

Nr. 7959.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

de compromis amiables entre toutes les parties intéressées, elles devront être réglées par l'autorité locale.

Art. XIV. Lorsqu'un navire appartenant au Gouvernement ou à des sujets de l'une des hautes parties contractantes fera naufrage ou échouera sur le littoral de l'autre, les autorités locales devront, dans le plus bref délai possible, porter le fait à la connaissance du consul-général, consul, vice-consul ou agent consulaire le plus voisin du lieu de l'accident. || Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires Allemands, qui naufrageraient ou échoueraient dans les eaux territoriales de la Grèce, auront lieu conformément aux lois du pays, et réciproquement, toutes les opérations relatives au sauvetage des navires Grecs qui naufrageraient ou échoueraient dans les eaux territoriales de l'Allemagne auront lieu conformément aux lois du pays. || L'intervention du consul-général, consul, vice-consul ou agent consulaire n'aura lieu dans les deux pays, que pour surveiller les opérations relatives à la réparation, au ravitaillement ou à la vente, s'il y a lieu, tant des navires échoués ou naufragés à la côte que des marchandises ou de la cargaison sauvetées. || L'intervention des autorités locales dans le sauvetage ne donnera lieu à la perception de frais d'aucune espèce hors ceux que nécessiteraient les opérations de sauvetage et la conservation des objets sauvés, ainsi que ceux auxquels seraient soumis, en pareil cas, les navires nationaux. || En cas de doute sur la nationalité d'un navire naufragé ou échoué, toutes les mesures mentionnées ci-dessus relèveront exclusivement des autorités locales. || Les marchandises et effets sauvés ne seront sujets au paiement d'aucun droit de douane à moins qu'ils n'entrent dans la consommation intérieure.

Art. XV. En cas de décès d'un Allemand en Grèce et d'un Grec en Allemagne dans une localité où réside un consul-général, consul ou vice-consul de la nation du défunt, ou bien à proximité de cette localité, les autorités locales devront en donner immédiatement avis à l'autorité consulaire. || L'autorité consulaire devra donner le même avis aux autorités locales, lorsqu'elle aura été informée du décès la première. || L'autorité consulaire aura le droit d'apposer les scellés, soit d'office soit à la demande des parties intéressées, sur tous les effets, meubles et papiers du défunt, en prévenant de cette opération l'autorité locale compétente qui pourra y assister et apposer également ses scellés. || Les scellés doubles ne devront pas être levés sans que l'autorité locale assiste à cette opération. || Toutefois, si, après un avertissement adressé par l'autorité consulaire à l'autorité locale, pour l'inviter à assister à la levée des doubles scellés, celle-ci ne s'était pas présentée dans un délai de quarante-huit heures à compter de la réception de l'avis, l'autorité consulaire pourrait procéder seule à la dite opération. || L'autorité consulaire après avoir levé les scellés formera l'inventaire de tous les biens et effets du défunt, en présence de l'autorité locale, si, par suite de la notification sus-indiquée, elle avait assistée à cet acte. || L'autorité locale apposera sa signature sur les procès-

verbaux dressés en sa présence, sans que, pour son intervention d'office dans ces actes, elle puisse exiger des droits d'aucune espèce.

Art. XVI. Les autorités compétentes feront les publications usitées dans le pays ou prescrites par sa législation relativement à l'ouverture de la succession et de la convocation des héritiers ou créanciers, et elles communiqueront ces publications à l'autorité consulaire, sans préjudice des publications qui pourront également être faites par celle-ci.

Art. XVII. L'autorité consulaire pourra faire vendre aux enchères publiques dans les formes prescrites par les lois et usages du pays de sa résidence tous les objets mobiliers de la succession susceptibles de se détériorer et tous ceux dont la conservation en nature entraînerait des frais onéreux pour la succession.

Art. XVIII. L'autorité consulaire devra conserver, à titre de dépôt, demeurant soumis à la législation du pays, les effets et valeurs inventoriés, le montant des créances que l'on réalisera et des revenus que l'on touchera, ainsi que le produit de la vente des meubles, si elle a eu lieu, jusqu'à l'expiration du terme de six mois, à compter du jour de la dernière des publications faites par l'autorité locale relativement à l'ouverture de la succession ou du terme de huit mois, à compter du jour du décès, s'il n'a pas été fait de publication par l'autorité locale. || Toutefois l'autorité consulaire aura la faculté de prélever immédiatement sur le produit de la succession, les frais de dernière maladie et d'enterrement du défunt, les gages de domestiques, loyers, frais de justice et de consulat et autres de même nature, ainsi que les dépenses d'entretien de la famille du défunt, s'il y a lieu.

Art. XIX. Sous la réserve des dispositions de l'article précédent, le consul aura le droit de prendre, à l'égard de la succession mobilière ou immobilière du défunt, toutes les mesures conservatoires, qu'il jugera utiles dans l'intérêt des héritiers. Il pourra l'administrer, soit personnellement, soit par des délégués choisis par lui et agissant en son nom, et il aura le droit de se faire remettre toutes les valeurs appartenant au défunt, qui pourraient se trouver déposées, soit dans les caisses publiques, soit chez des particuliers.

Art. XX. Si pendant le délai mentionné à l'article XVIII, il s'élève quelque contestation à l'égard des réclamations qui pourraient se produire contre la partie mobilière de la succession de la part de sujets du pays ou de sujets d'une tierce puissance, la décision concernant ces réclamations en tant qu'elles ne reposent pas sur le titre d'hérédité ou de legs, appartiendra exclusivement aux tribunaux du pays. || En cas d'insuffisance des valeurs de la succession pour satisfaire au paiement intégral des créances, les créanciers pourront, si les lois du pays le permettent, demander à l'autorité locale compétente la déclaration de faillite. Cette déclaration obtenue tous les documents, effets ou valeurs appartenant à la succession devront être remis à l'autorité locale compétente ou aux syndics de la faillite, l'autorité consulaire restant chargée de représenter les intérêts de ses nationaux.

Nr. 759.
Deutschland
und
Griechen-
land.
26. Nov. 1881.

Art. XXI. A l'expiration du terme fixé par l'article XVIII, s'il n'existe aucune réclamation, l'autorité consulaire, après avoir acquitté, d'après les tarifs en vigueur dans le pays, tous les frais et comptes à la charge de la succession, entrera définitivement en possession de la dite succession qu'elle liquidera et transmettra aux ayants-droit, sans avoir d'autre compte à rendre qu'à son propre Gouvernement.

Art. XXII. Dans toutes les questions, auxquelles pourront donner lieu l'ouverture, l'administration et la liquidation des successions des nationaux d'un des deux pays dans l'autre, les consuls-généraux, consuls et vice-consuls respectifs représenteront de plein droit les héritiers et seront officiellement reconnus comme leurs fondés de pouvoir, sans qu'ils soient tenus de justifier de leur mandat par un titre spécial. || Ils pourront, en conséquence, se présenter, soit en personne, soit par des délégués choisis parmi les personnes, qui y sont autorisées par la législation du pays, par devant les autorités compétentes, pour y prendre, dans toute affaire se rapportant à la succession ouverte, les intérêts des héritiers, en poursuivant leurs droits ou en répondant aux demandes formées contre eux. || Ils sont néanmoins tenus de porter à la connaissance des exécuteurs testamentaires, s'il en existe, ou des héritiers présents ou dûment représentés, toute réclamation qui leur serait présentée contre la succession, afin que les exécuteurs ou les héritiers puissent opposer leurs exceptions, s'il y a lieu. || Ils pourront organiser tout de même la tutelle ou curatelle de leurs nationaux pour tout ce qui concerne la succession, conformément aux lois de leur pays. || Il est toutefois bien entendu que les consuls-généraux, consuls et vice-consuls étant considérés comme fondés de pouvoirs de leurs nationaux, ne pourront jamais être personnellement mis en cause relativement à toute affaire concernant la succession.

Art. XXIII. Les droits de succession, ainsi que le partage des biens laissés par le défunt, seront régis par les lois de son pays. || Toutes les réclamations relatives à ces droits et à ce partage seront jugées par les tribunaux ou autorités compétentes du même pays et conformément aux lois de ce pays.

Art. XXIV. Lorsqu'un Allemand en Grèce ou un Grec en Allemagne sera décédé sur un point où il ne se trouve pas d'autorité consulaire de sa nation, l'autorité locale compétente procédera, conformément aux lois du pays, à l'apposition des scellés et à l'inventaire de la succession. Des copies authentiques de ces actes seront transmises, dans le plus bref délai, avec l'acte de décès et les documents constatant la nationalité du défunt, à l'autorité consulaire la plus voisine du lieu où se sera ouverte la succession. || L'autorité locale compétente prendra, à l'égard des biens laissés par le défunt, toutes les mesures prescrites par la législation du pays, et le produit de la succession sera transmis dans le plus bref délai possible, après l'expiration du délai fixé par l'article XVIII, aux dits agents consulaires. || Il est bien entendu que, dès l'instant que l'agent consulaire compétent se sera présenté ou aura envoyé un

délégué sur les lieux, l'autorité locale qui serait intervenu devra se conformer aux prescriptions contenues dans les articles précédents.

Art. XXV. Les dispositions de la présente convention s'appliqueront également à la succession d'un sujet de l'un des deux Etats qui, étant décédé hors du territoire de l'autre Etat, y aurait laissé des biens mobiliers ou immobiliers.

Art. XXVI. Les consuls-généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires sont exclusivement chargés des actes d'inventaire et des autres opérations pratiquées pour la conservation et la liquidation des biens héréditaires laissés par les gens de mer, les passagers et autres voyageurs de leur pays, morts dans l'autre pays soit à bord d'un navire, soit à terre.

Art. XXVII. Les consuls-généraux, consuls et leurs chanceliers ou secrétaires, ainsi que les vice-consuls et agents consulaires, jouiront dans les deux Etats de toutes les exemptions, prérogatives, immunités et privilèges qui seront accordés aux agents de la même classe de la nation la plus favorisée.

Art. XXVIII. La présente convention restera en vigueur pendant dix années à compter du jour de l'échange des ratifications. Si, un an avant l'expiration de ce terme, aucune des deux hautes parties contractantes n'annonce, par une déclaration officielle, son intention d'en faire cesser les effets, le traité demeurera obligatoire encore une année et ainsi de suite, jusqu'à ce que douze mois se soient écoulés à partir de la dénonciation.

Art. XXIX. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Berlin le plus tôt que faire se pourra. || Elle entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications. || A partir de ce moment les dispositions relatives aux droits, privilèges et attributions des consuls contenues dans les traités conclus antérieurement entre les Etats particuliers de l'Allemagne et la Grèce cessent d'être en vigueur. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, le 26 Novembre 1881.

Richt hof en.

A. R. Rangabé.

[Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikationen hat zu Berlin am 6. Juli 1882 stattgefunden.]

Nr. 7960. DEUTSCHLAND und BRASILIEN. — Konsular-Vertrag vom 10. Januar 1882, ratificirt 6. Juli 1882.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen im Namen des deutschen Reichs einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Brasilien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Befugnisse, Vorrechte und Befreiungen, welche die Konsularbeamten in den beiderseitigen Ländern bei Aus-

Nr. 7959.
Deutschland
und
Griechen-
land.
28. Nov. 1881.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Nr. 7960. übung ihrer Amtsverrichtungen geniessen sollen, klar und genau festzustellen, Deutschland haben beschlossen, einen Vertrag abzuschliessen, und zu diesem Zwecke zu ihren und Bevollmächtigten ernannt:
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen: || den Geheimen Legationsrath Herrn Rudolph Le Maistre, Inhaber etc., Seinen Ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser von Brasilien,

und

Seine Majestät der Kaiser von Brasilien: || den Herrn Franklin Americo de Menezes Doria, von Seinem Rathe, Komthur des Rosenordens, Kriegsminister und interimistischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche, nach Austausch ihrer beiderseitigen in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Jeder der Hohen vertragschliessenden Theile soll die Befugniss haben, General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten in denjenigen Häfen, Städten und Plätzen des Gebietes des anderen Theiles, in welchen solche zur Förderung des Handels und des Schutzes der Rechte und Interessen der bezüglichen Staatsangehörigen nothwendig sind, zu bestellen und zu unterhalten. Doch bleibt beiden Theillen das Recht vorbehalten, jede Oertlichkeit auszunehmen, für welche die Zulassung solcher Beamten nicht als angemessen erscheint. || Dieser Vorbehalt soll indessen gegen keinen der Hohen vertragschliessenden Theile in Anwendung gebracht werden, ohne gleichmässig gegen jede andere Macht zur Anwendung zu kommen.

Art. 2. Die für das deutsche Reich und Brasilien ernannten General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten sollen ihre amtliche Thätigkeit nicht beginnen können, ohne zuvor für ihre Ernennung das Exequatur in der Form nachgesucht zu haben, die in dem Lande, in welchem sie ihren Amtssitz haben, vorgeschrieben ist. || Die richterlichen und Verwaltungsbehörden der Bezirke, für welche die gedachten Konsularbeamten ernannt worden sind, sollen diese Beamten angesichts des Exequatur, das ihnen unentgeltlich ertheilt werden wird, in der Ausübung ihres Amtes sowie im Genusse der Befugnisse und Befreiungen, welche der gegenwärtige Vertrag ihnen zugesteht, sofort anerkennen. || Die Anstellungsurkunde des Konsularbeamten wird immer zugleich die Bestimmungen über den Amtssitz und den Amtsbezirk desselben enthalten. Jede Veränderung in Betreff des Amtsbezirks des Ernannten soll zur Kenntniss der Regierung gebracht werden, welche das Exequatur ertheilt hat. || Die Letztere bleibt befugt, das Exequatur unter Darlegung der Gründe ihrer Entschliessung zurückzuziehen.

Art. 3. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten, welche Angehörige des vertragschliessenden Theiles sind, der sie ernannt hat, sollen von der Militär-Einquartierung und von sonstigen Militärlasten, von dem Dienste im stehenden Heere und in der Flotte sowie in der Nationalgarde, Bürgerwehr oder Miliz befreit sein. Ebenso sind sie von allen per-

sönlichen Steuern und allen andern öffentlichen Leistungen befreit, welche die Natur direkter oder persönlicher Auflagen haben, mögen dieselben zu Gunsten des Staates, der Provinzen oder der Gemeinden erhoben werden. Diese Befreiung soll sich dagegen nicht auf Zölle, Verbrauchssteuern, örtliche Verzehrungsabgaben (Oktroi) sowie auf indirekte Steuern überhaupt erstrecken. | Sofern die im vorhergehenden Absatze bezeichneten Beamten in dem Lande, in welchem sich ihr Amtssitz befindet, Grundstücke besitzen, oder Handel oder Gewerbe treiben, sind sie in Bezug auf ihre Grundstücke, ihren Handel oder ihr Gewerbe den gleichen Lasten und Abgaben unterworfen, wie die Landesangehörigen.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 4. Die General-Konsuln, Consuln, Vize-Konsuln oder Konsular-Agenten, welche Angehörige desjenigen vertragschliessenden Theiles sind, welcher sie ernannt hat, geniessen der persönlichen Immunität, ausgenommen wegen schwerer strafbarer Handlungen. Als solche Handlungen sind in Deutschland Verbrechen im Sinne der deutschen Strafgesetze, in Brasilien Verbrechen anzusehen, welche nach der dortigen Gesetzgebung keine Sicherheitsleistung zulassen (*inaffiançáveis*). Sind die genannten Beamten Kaufleute, so kann wegen Handlungen, welche ihr Geschäft betreffen, Schuldhalt gegen sie verhängt werden. || Die im Eingange bezeichneten Beamten sollen auch nicht gezwungen werden können, als Zeugen vor den Gerichten zu erscheinen. Bedarf die Ortsbehörde einer Erklärung oder Auskunft von Seiten der gedachten Konsularbeamten, so wird sie sich solche schriftlich erbitten oder sich selbst in deren Wohnung begeben, um diese Auskunft persönlich entgegenzunehmen.

Art. 5. Sollte der eine der Hohen vertragschliessenden Theile zu seinem Konsularbeamten in dem Gebiete des andern Theiles einen Angehörigen des Letzteren ernennen, so wird dieser Konsularbeamte fortdauernd als Bürger des Staates, dem er angehört, angesehen werden und den Gesetzen und Verordnungen unterworfen bleiben, welche für die Landesangehörigen an dem Orte seines Amtssitzes gelten, soweit damit der Ausübung seiner Amtsbefugnisse nichts in den Weg gelegt wird.

Art. 6. Die General-Konsuln, Consuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten können an der Aussenseite des Konsulatsgebäudes das Nationalwappen mit der Umschrift: „Generalkonsulat, Konsulat, Vizekonsulat oder Konsularagentur . . .“ anbringen, sowie die Nationalflagge an Tagen öffentlicher Feierlichkeiten, je nach dem Landesbrauch, von ihren Häusern wehen lassen. || Auch ist es ihnen gestattet, ihre Nationalflagge auf dem Boote zu führen, dessen sie sich bei dienstlichen Fahrten im Hafen bedienen.

Art. 7. Die Konsulatsarchive sind unverletzlich, und die Landesbehörden können unter keinem Vorwande dieselben einsehen oder mit Beschlag belegen. Die zu den Archiven gehörigen Dienstpapiere sind daher auch stets von den Büchern und Papieren, welche das kaufmännische Geschäft oder das Gewerbe des Konsularbeamten betreffen, gesondert zu halten. || Sollte der Vorstand eines Konsulats sterben, ohne einen Stellvertreter zu hinterlassen, so wird die Orts-

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

behörde die Archive sofort versiegeln und zwar, wenn möglich, in Gegenwart eines in dem Konsularbezirke wohnhaften Konsularbeamten einer befreundeten andern Nation sowie in Gegenwart zweier Angehörigen desjenigen vertragsschliessenden Theiles, welcher den verstorbenen Konsularbeamten ernannt hatte, oder, in deren Ermangelung, zweier der angesehensten Einwohner des Orts. || Ueber diese Verhandlung soll ein Protokoll in doppelter Ausfertigung aufgenommen und die eine Ausfertigung dem Gesandten oder dem Konsularbeamten übermittelt werden, welchem die erledigte Konsulatsstelle untergeordnet war. || Bei der Uebnahme der Archive durch den neuen Konsularbeamten soll die Entsiegelung in Gegenwart der Ortsbehörde und derselben Personen erfolgen, welche bei der Versiegelung gegenwärtig waren, soweit sie noch am Orte anwesend sind.

Art. 8. In Fällen der Verhinderung oder Abwesenheit, desgleichen wenn ein General-Konsul, Konsul, Vize-Konsul oder Konsular-Agent stirbt, sind die Konsulareleven, Kanzler oder Sekretäre, sofern sie als solche dem andern vertragsschliessenden Theile bekannt gegeben sind, ohne weiteres zur einstweiligen Ausübung der betreffenden konsularischen Amtsverrichtungen befugt. || Die Vorsteher der einzelnen Konsulate haben demgemäss bei der Amtsübernahme der betreffenden Regierung eine Liste des Personals des Konsulats zu übermitteln und dieselbe von den etwa eintretenden Veränderungen in laufender Kenntniss zu erhalten. || Die Ortsbehörden haben den einstweiligen Verwesern der Konsulate Beistand und Schutz zu gewähren und ihnen während ihrer amtlichen Thätigkeit den Genuss aller Begünstigungen, Befugnisse, Befreiungen und Vorrechte zu Theil werden zu lassen, welche in dem gegenwärtigen Vertrage den beiderseitigen Konsularbeamten eingeräumt sind.

Art. 9. Die General-Konsuln und Konsuln können, soweit sie nach den Gesetzen des vertragsschliessenden Theiles, der sie ernannt hat, dazu befugt sind, und vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung, welche ihnen das Exequatur ertheilt hat, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten in allen Städten, Häfen und Plätzen ihres Amtsbezirks ernennen. || Diese Agenten können ohne Unterschied aus der Mitte der Angehörigen beider Theile oder aus der Mitte der Angehörigen anderer Nationen gewählt werden. Sie erhalten eine Anstellungsurkunde von Seiten des Konsularbeamten, welcher sie ernannt hat und nach dessen Weisung sie ihre Amtsverrichtungen auszuüben haben. || Es stehen ihnen die in dem gegenwärtigen Vertrage verabredeten Vorrechte und Befreiungen ebenfalls zu, mit Ausnahme derjenigen, von denen die Artikel 3 und 4 handeln.

Art. 10. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten oder deren Vertreter können sich an die Behörden ihres Amtsbezirks wenden, um wegen Zuwiderhandlung gegen die zwischen beiden Theilen bestehenden Verträge oder Vereinbarungen oder wegen irgendeiner den Angehörigen desjenigen Theiles, von welchem sie ernannt sind, zur Beschwerde gereichenden Beeinträchtigung Einspruch zu erheben. || Wenn die Behörden ihres

Amtsbezirks auf diese Vorstellungen nicht eingehen, so können sie sich, falls ein diplomatischer Vertreter des genannten vertragschliessenden Theiles nicht vorhanden sein sollte, an die Zentralregierung des Landes wenden, in welchem sie ihren Amtssitz haben.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 11. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln oder Konsular-Agenten der beiden Hohen vertragschliessenden Theile oder deren Vertreter können, soweit es ihnen die Gesetze desjenigen vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat, gestatten: || 1. in ihren Kanzleien, in ihren Privatwohnungen, in den Wohnungen der Beteiligten und an Bord der Nationalschiffe die Erklärungen der Schiffsführer, der Schiffsmannschaft, der Schiffspassagiere oder sonstiger Angehöriger des erwähnten vertragschliessenden Theiles entgegennehmen; || 2. bei Rechtsstreitigkeiten dieser Angehörigen unter sich oder mit Angehörigen des anderen Theiles oder eines dritten Staates auf Antrag der Parteien nicht allein den Abschluss von Vergleichen vermitteln, sondern auch das Schiedsrichteramt übernehmen.

Art. 12. Die Konsularbeamten sind unter der im Artikel 11 bezeichneten Voraussetzung ferner befugt, als Notare alle Rechtsgeschäfte der Angehörigen des vertragschliessenden Theiles, von welchem sie ernannt sind, insbesondere Testamente oder andere letztwillige Verfügungen sowie, falls sämtliche Erben volljährig und gegenwärtig sind, gütliche Erbtheilungen aufzunehmen und zu beurkunden, auch alle sonstigen Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorzunehmen, soweit solche nicht durch die in dem Gebiete, in welchem die Konsularbeamten ihren Amtssitz haben, geltenden Gesetze den Gerichten oder anderen Behörden dieses Gebietes ausschliesslich zugewiesen sind. || Betrifft die Rechtshandlung einen in diesem Gebiete gelegenen unbeweglichen Gegenstand und ist nach dem dort geltenden Rechte zur Gültigkeit der Handlung die Aufnahme einer notariellen Urkunde erforderlich, so ist von dem Konsularbeamten ein zuständiger Notar oder öffentlicher Schreiber des Orts beizuziehen, welcher die Urkunde, bei Vermeidung der Nichtigkeit, gemeinschaftlich mit dem Konsularbeamten zu unterzeichnen hat.

Art. 13. Die Bestimmungen des Artikels 12 finden auch Anwendung auf Rechtsgeschäfte, welche von Angehörigen desjenigen vertragschliessenden Theiles, der den Konsularbeamten ernannt hat, mit Angehörigen oder sonstigen Einwohnern des Gebietes, in welchem sich der Sitz des Beamten befindet, geschlossen werden. Zur Aufnahme von Rechtsgeschäften, an welchen ausschliesslich Angehörige dieses letzteren Gebietes oder eines dritten Staates beteiligt sind, ist der Konsularbeamte dann befugt, wenn die Geschäfte sich auf bewegliche oder unbewegliche Gegenstände beziehen, welche in dem Gebiete desjenigen Theiles, der ihn ernannt hat, sich befinden, oder wenn sie Angelegenheiten betreffen, welche dort zur Erledigung kommen sollen.

Art. 14. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten haben, soweit sie nach den Gesetzen des vertragschliessenden Theiles, der sie ernannt hat, dazu befugt sind, das Recht, Eheschliessungen von An-

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

gehörigen dieses Theiles vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle solcher Angehörigen zu beurkunden. Selbstverständlich kann eine Eheschliessung vor dem Konsularbeamten mit Rechtswirksamkeit für das Gebiet, in welchem derselbe seinen Sitz hat, nicht erfolgen, wenn einer der Verlobten Angehöriger des vertragschliessenden Theiles, in dessen Gebiete die Eheschliessung erfolgt, oder eines dritten Staates ist.

Art. 15. Die von den Konsularbeamten in Gemässheit der Artikel 11 bis 14 aufgenommenen Urkunden, ingleichen die Auszüge oder Abschriften solcher Urkunden sollen, wenn sie durch die gedachten Beamten vorschriftsmässig beglaubigt und mit ihrem Amtssiegel versehen sind, vor jeder Gerichts- oder Verwaltungsbehörde in Deutschland wie in Brasilien dieselbe Kraft und Gültigkeit haben, als wenn sie von einem Notar oder einem sonst zuständigen öffentlichen Beamten des einen oder des andern vertragschliessenden Theiles aufgenommen wären, vorausgesetzt, dass diese Urkunden in derjenigen Form aufgenommen worden sind, welche die Gesetze desjenigen Theiles, von dem der Konsul ernannt ist, vorschreiben, und vorausgesetzt, dass demnächst auch, wenn es die Angelegenheit erfordert, bezüglich des Stempels, der Registrierung, der Einschreibung und aller andern Formvorschriften die bezüglichen Bestimmungen des Rechtsgebietes, in welchem der Akt zur Ausführung kommen soll, erfüllt sind.

Art. 16. Die genannten Beamten dürfen vor den Gerichten als Dolmetscher auftreten; dieselben sind auch berechtigt, Schriftstücke jeder Art, welche in der Sprache des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat, abgefasst sind, zu übersetzen und zu beglaubigen. || Diese Uebersetzungen sollen in Deutschland wie in Brasilien dieselbe Beweiskraft haben, wie wenn sie von vereidigten Uebersetzern oder Dolmetschern angefertigt worden wären.

Art. 17. Stirbt ein Angehöriger eines der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles, so soll die zuständige Ortsbehörde dem betreffenden General-Konsul, Konsul, Vize-Konsul und Konsular-Agenten von dem Todesfall sofort Nachricht geben. Ihrerseits sollen die letzteren Beamten, wenn der Todesfall zuerst zu ihrer Kenntniss kommt, ebenmässig die gedachte Behörde davon benachrichtigen.

Art. 18. In folgenden Fällen kommt es dem Konsularbeamten des vertragschliessenden Theiles, welchem der Verstorbene angehörte, zu, alle Handlungen vorzunehmen, welche zur Einziehung, Aufbewahrung, Sicherstellung, Verwaltung, Liquidation und Aushändigung des Nachlasses an die Erben oder deren gehörig beglaubigte Bevollmächtigte erforderlich sind: || 1. wenn die Erben unbekannt, || 2. wenn die Erben der Nationalität des Verstorbenen angehören und abwesend oder minderjährig oder handlungsunfähig sind, || 3. wenn der Testamentsvollstrecker abwesend ist oder das Amt nicht annimmt.

Art. 19. Den General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten steht ausschliesslich die Inventarisirung, Sicherstellung, Verwaltung, Liquidation und Aushändigung der Verlassenschaft zu, wenn es sich um den

Nachlass von Schiffsfleuten, Schiffspassagieren oder sonstigen Reisenden handelt, welche dem vertragschliessenden Theile, der die gedachten Beamten ernannt hat, angehören, mag der Todesfall am Lande oder an Bord eines Schiffes ihrer Nationalität während der Reise oder im Bestimmungshafen erfolgt sein.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 20. Ausser den in den Artikeln 18 und 19 bezeichneten Fällen kommt die Aufnahme des Inventars und die Verwaltung und Liquidation des Nachlasses der Landesbehörde nach Maassgabe der für diese geltenden Gesetze zu.

Art. 21. Befindet sich in einem der Fälle, in welchen die Landesbehörden zuständig sind (Artikel 20), unter den Erben ein Abwesender, Minderjähriger oder Handlungsunfähiger, welcher der Nationalität des Verstorbenen angehört, so kann der General-Konsul, Konsul, Vize-Konsul oder Konsular-Agent bei der zuständigen Ortsbehörde über alle auf die Einziehung, Verwaltung und Liquidation des Nachlasses bezüglichen Maassregeln jederzeit Auskunft verlangen und die ihm geeignet scheinenden Anträge stellen. || Für den minderjährigen oder handlungsunfähigen Erben kann der Konsularbeamte bei der Ortsbehörde die Ernennung eines Vormundes oder Kurators beantragen, und die genannte Behörde wird ihre Wahl auf den Konsularbeamten selbst richten, sofern er dies vorgeschlagen hat und gesetzliche oder sonst triftige Gründe nicht entgegenstehen. || Steht die Vormundschaft über den Minderjährigen kraft Gesetzes oder letzten Willens einer andern Person zu, so wird der Konsularbeamte, soweit dies nach dem Landesrechte zulässig ist, zum Gegenvormunde (*curador*) ernannt werden. Stirbt der gedachte Vormund oder wird er seines Amtes enthoben, so findet die Bestimmung des vorhergehenden Absatzes Anwendung.

Art. 22. Nachdem die Theilung durch die Lokalbehörde vollzogen worden, soll der Konsularbeamte in den Fällen des vorhergehenden Artikels den Erbtheil, der dem von ihm vertretenen Erben gebührt, in Besitz nehmen und fortfahren, das fragliche Vermögen zu verwalten sowie über die Person des Erben, falls derselbe minderjährig oder handlungsunfähig ist, zu wachen.

Art. 23. Soweit es sich um die Anwendung des gegenwärtigen Vertrages handelt, sollen die in Brasilien geborenen Kinder eines Deutschen in Gemässheit des brasilianischen Gesetzes vom 10. September 1860 bis zu ihrer Volljährigkeit der Staatsangehörigkeit des Vaters folgen. Ebenso sollen die in Deutschland geborenen Kinder eines Brasilianers in Gemässheit der deutschen Gesetze der Staatsangehörigkeit des Vaters folgen. || Auf die Vormundschaft oder Kuratel über die bezeichneten Kinder erstreckt sich die Wirkung der vorstehenden Bestimmung nicht; vielmehr kann dieses Amt nur nach Maassgabe der Landesgesetze geführt und von den Landesbehörden übertragen werden.

Art. 24. Als Erben im Sinne dieses Vertrages sind auch die Universalvermächtnissnehmer anzusehen.

Art. 25. Sind alle Erben volljährig, so steht es ihnen frei, durch gegenseitige Uebereinkunft die Inventarisierung, Verwaltung und Liquidation der Erbschaft dem Konsularbeamten zu übertragen.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 26. In den Fällen, in welchen nach Artikel 18 dem Konsularbeamten die ausschliessliche Befugniss zusteht, den Nachlass einzuziehen, zu inventarisiren, aufzubewahren, zu verwalten und zu liquidiren, wird derselbe folgende Vorschriften beobachten:

1. Kann das Inventar aller nachgelassenen Vermögensgegenstände in einem Tage angefertigt werden, so wird der Konsularbeamte gleich nach dem Todesfalle zur Vornahme dieser Amtshandlung schreiten und die betreffenden Gegenstände in seine Verwahrung und Verwaltung nehmen.

2. Kann das Inventar nicht in der genannten Zeit angefertigt werden, so wird er sofort alle beweglichen Sachen und Papiere des Verstorbenen versiegeln und später das ganze Vermögen inventarisiren und damit in der zuvor bezeichneten Weise verfahren.

3. Die in den beiden vorhergehenden Nummern erwähnten Handlungen werden in Gegenwart der Ortsbehörde erfolgen, wenn die letztere nach vorgängiger Benachrichtigung durch den Konsularbeamten ihre Anwesenheit für angemessen erachtet, sowie in Gegenwart zweier einwandsfreier Zeugen.

4. Wenn in Folge des Todesfalls nach Beobachtung der Vorschrift des Artikels 17 die Ortsbehörde in der Wohnung des Verstorbenen erscheint, ohne den Konsularbeamten daselbst anzutreffen, so soll sie sich darauf beschränken ihre eigenen Siegel anzulegen. || Erscheint der Konsularbeamte, während die Ortsbehörde noch anwesend ist, so werden die Siegel wieder abgenommen werden, und es wird der erstere in Gegenwart der Ortsbehörde, falls diese ihre Anwesenheit für angemessen erachtet, zur Inventarisirung des Nachlasses schreiten. || Ist dagegen die Ortsbehörde nicht mehr anwesend, so wird der Konsularbeamte sich schriftlich an sie wenden und sie auffordern, innerhalb eines auf nicht weniger als drei und nicht mehr als acht Tage zu bestimmenden Zeitraumes sich einzufinden, damit die Abnahme der Siegel und die übrigen oben aufgeführten Handlungen erfolgen können. Findet sich die Ortsbehörde alsdann nicht ein, so hat der Konsularbeamte allein vorzugehen.

5. Findet sich während der Vornahme dieser Handlungen unter den Papieren des Verstorbenen ein Testament vor, oder ist ein solches an irgend-einem anderen Orte vorhanden, so wird dasselbe unter Beobachtung der gesetzlichen Formen durch die Ortsbehörde eröffnet werden, welche binnen vier Tagen dem Konsularbeamten eine beglaubigte Abschrift des Testaments zu übersenden hat.

6. Der Konsularbeamte hat binnen vier Tagen das Protokoll über die Anlegung und Abnahme der Siegel sowie das Nachlassinventar in beglaubigter Abschrift der Ortsbehörde zu übermitteln.

7. Der Konsularbeamte hat das Ableben des Erblassers binnen einer Frist von zwei Wochen öffentlich bekannt zu machen; die Frist beginnt mit dem Tage, an welchem der Konsularbeamte die Nachricht von dem Todesfalle erhalten hat.

Art. 27. Streitigkeiten über die Gültigkeit der Testamente sind vor den zuständigen Richter zu bringen.

Art. 28. Der Konsularbeamte wird, nachdem er die im Artikel 26 erwähnten Amtshandlungen vorgenommen hat, bei der Verwaltung und Liquidation der Erbschaft noch folgende Vorschriften beobachten:

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

1. Er wird zunächst die Beerdigungskosten bezahlen, soweit solche dem Stande und Vermögen des Verstorbenen gemäss angewendet sind.

2. Er wird sofort in öffentlicher Versteigerung, in der durch die bestehenden Gesetze und Gebräuche vorgeschriebenen Form alle Nachlassgegenstände, welche dem Vererber ausgesetzt sind oder deren Aufbewahrung schwierig oder kostspielig ist, verkaufen. || Zu dem Verkauf der Immobilien wird der Konsularbeamte die Ermächtigung der Lokalbehörde nachsuchen, damit derselbe in den von den Landesgesetzen vorgeschriebenen Formen erfolge.

3. Er wird, auf aussergerichtlichem oder gerichtlichem Wege, die Forderungen, Renten, Dividenden aus Aktien, Zinsen von Staatsschuldverschreibungen und sonstigen Staatspapieren sowie alle anderen Einkünfte und Beträge, welche der Verlassenschaft zustehen, einziehen, unter Ertheilung von Quittungen an die betreffenden Schuldner.

4. Er wird aus den zum Nachlasse gehörenden Geldern, oder aus dem Erlöse für die verkauften beweglichen oder unbeweglichen Gegenstände alle Lasten und Schulden der Erbschaft tilgen, sowie die Vermächtnisse, mit welchen die Erbschaft belastet ist, nach den letztwilligen Bestimmungen des Erblassers auszahlen.

5. Falls der Konsularbeamte die Bezahlung der gehörig bescheinigten Nachlassschulden unter Berufung auf die Unzulänglichkeit des Nachlasses ganz oder theilweise verweigert, sind die Gläubiger, wenn sie es für angemessen erachten, befugt, bei der zuständigen Landesbehörde die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. || Sobald das Konkursverfahren in Gemässheit der Landesgesetze eröffnet ist, hat der Konsularbeamte alle zum Nachlasse gehörenden Urkunden, Effekten und Werthe unverzüglich dem Gerichte, oder falls deren Uebernahme dem Konkursverwalter zusteht, dem letzteren auszufolgen; der Konsularbeamte bleibt in diesem Falle mit der Wahrnehmung der Rechte der abwesenden, minderjährigen oder handlungsunfähigen Erben betraut.

Art. 29. Die nachträgliche Geltendmachung von Erbansprüchen durch Personen, welche einer andern Nationalität als derjenigen des Verstorbenen angehören, steht der Einziehung und Verwaltung des Nachlasses durch den Konsularbeamten nicht entgegen, falls dessen Zuständigkeit einmal in Gemässheit des Artikels 18 begründet war. Jedoch ist in einem solchen Falle die Ortsbehörde befugt, die Hinterlegung eines entsprechenden Theiles des Nachlasses zur Sicherstellung der Rechte der neu hinzutretenden Erben anzuordnen.

Art. 30. Sollte der Todesfall sich an einem Orte ereignen, an welchem kein Konsularbeamter vorhanden ist, so hat die Ortsbehörde sofort unter Dar-

Nr. 7969.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

legung aller ihr bekannt gewordenen Umstände des Falles den nächsten Konsularbeamten zu benachrichtigen und die Siegelung, Inventarisirung sowie die sonstigen auf die Verwaltung des Nachlasses bezüglichen Maassregeln vorzunehmen. Der Konsularbeamte, welcher entweder persönlich sich nach dem Orte begeben, oder unter seiner Verantwortlichkeit einen Vertreter bestellen kann, ist ebenso, wie sein Vertreter, nach Maassgabe der vorhergehenden Artikel befugt, den Nachlass zu übernehmen und die Liquidation fortzuführen, soweit dieselbe noch nicht beendet sein sollte.

Art. 31. Gehörte der Verstorbene einer Handelsgesellschaft an, so erfolgt die Auseinandersetzung mit derselben in Gemässheit der Handelsgesetze des Orts, an welchem die Gesellschaft ihren Sitz hat. Die in Folge der Auseinandersetzung für die Erbschaft flüssig werdenden Gelder sind in den Fällen, in welchen die Verwaltung der Verlassenschaft dem Konsul zusteht, an diesen abzuliefern.

Art. 32. Falls zur Zeit des Todesfalles die Gesamtheit oder einzelne Bestandtheile eines Nachlasses, dessen Liquidation und Verwaltung durch den gegenwärtigen Vertrag dem Konsularbeamten übertragen ist, mit Beschlag belegt, gepfändet oder sequestrirt sind, so kann der Konsularbeamte von den bezeichneten Gegenständen insolange nicht Besitz ergreifen, als nicht die Beschlagnahme, Pfändung oder Sequestration aufgehoben ist. || Wird während der Liquidation eine Beschlagnahme, Pfändung oder Sequestration von Nachlassgegenständen vorgenommen, so sind die mit Beschlag belegten, gepfändeten oder sequestrirten Gegenstände in dem Gewahrsam des Konsularbeamten zu belassen. || Die Beträge, welche aus dem Erlöse gepfändeter Gegenstände übrig bleiben, sind an den Konsularbeamten abzuliefern.

Art. 33. Dem Konsularbeamten bleibt in den Fällen der Artikel 31 und 32 stets das Recht, gehört zu werden und die Beobachtung der vom Gesetze vorgeschriebenen Formen zu überwachen; er ist jederzeit befugt, die nach seinem Ermessen zur Wahrung der Rechte des Nachlasses erforderlichen Anträge zu stellen.

Art. 34. Ist die Liquidation des Nachlasses beendet, so wird der Konsularbeamte auf Grund der betreffenden Akten ein Verzeichniss über den Bestand der zu vertheilenden Masse aufstellen und dasselbe zugleich mit einem Nachweise über die Verwaltung und Liquidation des Nachlasses der zuständigen Ortsbehörde übersenden. || Diese beiden Urkunden können, falls es die Ortsbehörde verlangt, von ihr mit den Urschriften verglichen werden, welche zu diesem Zwecke in dem Archive des Konsulats zur Verfügung zu halten sind. || Die Ortsbehörde hat das Verzeichniss und den Nachweis der beglaubigten Abschriften der Protokolle über die Siegelung und Entsiegelung sowie des Nachlassinventars beizufügen und, soweit ihr dies nach den für sie maassgebenden Gesetzen obliegt, die Erbtheilung vorzunehmen, indem sie die einzelnen Erbtheile und die zum Zwecke der Ausgleichung etwa erforderlichen Leistungen festsetzt. || In keinem Falle steht den Konsularbeamten die Ent-

scheidung von Streitigkeiten über die Rechte der Erben, die Ausgleichung des Vorempfangenen, den Pflichttheil oder den der freien Verfügung des Erblassers unterworfenen Vermögenstheil zu; diese Streitigkeiten gehören vor die zuständigen Gerichte. || Soweit die Erbtheilung der Ortsbehörde obliegt, hat dieselbe nach Beendigung des Verfahrens das Theilungsergebniss und die zu Grunde liegende Berechnung dem Konsularbeamten in Abschrift zu übersenden.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 35. Der Nachlass jedes Angehörigen eines der hohen vertragsschliessenden Theile, welcher in dem Gebiete des andern Theiles stirbt, soll, was das Recht der Erbfolge und die Erbtheilung betrifft, nach den Gesetzen des Landes geordnet werden, dem der Verstorbene angehörte, gleichviel welcher Art die nachgelassenen Güter sind, jedoch bezüglich der Gegenstände des unbeweglichen Vermögens unter Beobachtung der besonderen Bestimmungen der Ortsgesetze. || Wenn indessen ein Angehöriger desjenigen vertragsschliessenden Theiles, in dessen Gebiete der Nachlass eröffnet ist, neben Erben, welche diesem Theile nicht angehören, Ansprüche auf die Erbschaft hat, so kann der erstere verlangen, dass sein Erbtheil nach den in dem bezeichneten Gebiete geltenden Gesetzen bestimmt wird.

Art. 36. Der Konsularbeamte darf den Nachlass weder ganz noch theilweise den gesetzlichen Erben oder deren Vertretern aushändigen, wenn nicht zuvor alle in dem Gebiete, in welchem der Nachlass eröffnet ist, zu erfüllenden Verbindlichkeiten der Erbschaft getilgt sind oder wenn nicht seit dem Todestage ein Jahr verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass erhoben worden wäre.

Art. 37. Vor Vertheilung der Erbmasse an die Erben müssen die der Staatscasse des Landes, in welchem die Erbschaft eröffnet ist, zustehenden Abgaben berichtet werden. || Der Betrag dieser Abgaben soll derselbe sein, welchen die Angehörigen des Landes bei gleichen Anlässen zu entrichten haben oder künftig zu entrichten haben werden. || Der Konsularbeamte wird zuvörderst den fiskalischen Behörden die Namen der Erben und den Grad ihrer Verwandtschaft mit dem Erblasser anzeigen. Ist die Zahlung der Abgaben erfolgt, so werden die genannten Behörden nach Maassgabe jener Anzeige die Einweisung der Erben in das Eigenthum und den Besitz der Erbschaft bewirken, soweit eine solche nach den Landesgesetzen erforderlich ist.

Art. 38. Soweit die Erbschaft oder ein Theil derselben nicht unter der Obhut und Verwaltung des Konsuls steht, sollen ihm Auslagen, welche er für die Erbschaft oder den betreffenden Theil in Folge der Bestimmungen dieses Vertrags zu machen hatte, durch die zuständige Ortsbehörde zugebilligt und als Vormundschafts- oder Kuratelkosten aus den Mitteln der Erbschaft erstattet werden.

Art. 39. Falls der Nachlass eines Angehörigen eines der hohen vertragsschliessenden Theile, welcher in dem Gebiete des anderen Theiles gestorben ist, herrenlos bleibt, das heisst, falls kein überlebender Ehegatte oder keine

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

sonst zur Erbfolge berufene Person vorhanden ist, soll das bezeichnete Vermögen dem Fiskus desjenigen Landes zufallen, in welchem der Todesfall stattgefunden hat. Sofern jedoch Nachlassgegenstände in dem Gebiete desjenigen vertragschliessenden Theiles, welchem der Verstorbene angehörte, vorhanden sind, verbleiben dieselben dem Fiskus des Landes, in welchem sie sich befinden. || Die erforderlichen Bekanntmachungen bezüglich der Person des Verstorbenen sowie des Tages und des Orts seines Ablebens sind durch die zuständige Ortsbehörde in Gemässheit der Gesetze und Gebräuche des betreffenden Landes in den Zeitungen zu erlassen. || Hat nach Ablauf von zwei Jahren, vom Todestage an gerechnet, sich weder ein überlebender Gatte noch ein anderer Erbe persönlich oder durch einen Vertreter gemeldet, so wird die Ortsbehörde die Ueberweisung des Nachlasses an den Staat anordnen; die Entscheidung der Behörde ist dem Konsularbeamten zuzustellen. Der Fiskus wird hierauf den Nachlass übernehmen, jedoch verpflichtet bleiben, den Erben, welche sich später innerhalb der Frist melden sollten, in welcher die Erbschaft unter gleichen Umständen von Landesangehörigen noch beansprucht werden kann, Rechnung abzulegen.

Art. 40. Nach Erfolg der polizeilichen und gesundheitspolizeilichen Abfertigung können die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten sich in Person an Bord der Schiffe des hohen vertragschliessenden Theiles begeben, der sie ernannt hat, oder einen Bevollmächtigten an Bord senden, um die Offiziere und Mannschaften zu vernehmen, die Schiffspapiere einzusehen, die Erklärungen über die Reise und deren Zwischenfälle sowie über den Bestimmungshafen entgegenzunehmen, Ladungsverzeichnisse (Manifeste) aufzunehmen, den Eingang und die Klarirung der Schiffe zu fördern, endlich die gedachten Offiziere und Mannschaften vor die Gerichts- und Verwaltungsbehörden des Landes zu begleiten, wenn sie vor denselben zu erscheinen haben sollten, um ihnen, ohne Beeinträchtigung des Rechts und der Lokalgesetze, als Dolmetscher beizustehen. Ausgemacht bleibt jedoch dabei, dass die Konsularbeamten von dieser Befugnis nicht Gebrauch machen sollen, ohne vorher die Zollbehörde davon in Kenntniss zu setzen, damit diese, wenn sie es für angemessen hält, ihnen einen Beamten des Fiskus beordnen könne. Die Gerichts-, Polizei- und Zollbehörden dagegen sollen, wenn sie Amtshandlungen, die ihnen zustehen, auf Handelsschiffen vorzunehmen haben, den betreffenden Konsularbeamten einladen, denselben beizuwohnen, wenn er dies für zweckmässig hält. || Ebenso sollen, wenn die Offiziere oder Mannschaften vor den Gerichten oder Behörden des Orts Aussagen zu machen oder Erklärungen abzugeben haben, die gedachten Konsularbeamten rechtzeitig davon benachrichtigt werden, damit sie zu erscheinen und, ohne Beeinträchtigung des Rechts und der Lokalgesetze, als Dolmetscher jedes Missverständniss zu verhüten im Stande seien, das den erwähnten Personen nachtheilig werden könnte. Die bezügliche Mittheilung an die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten soll die für das Verfahren bestimmte Stunde enthalten.

Beim Nichterscheinen der gedachten Beamten kann in ihrer Abwesenheit in der Sache vorgegangen werden.

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 41. Hinsichtlich der Hafenz Polizei, des Ladens und Löschens der Schiffe sowie hinsichtlich der Sicherung von Waaren, Gütern und Effekten sind die beiderseitigen Angehörigen den örtlichen Gesetzen und Verordnungen unterworfen. || Den General-Konsuln, Konsuln, Vice-Konsuln und Konsular-Agenten steht jedoch ausschliesslich die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung an Bord der Schiffe des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat, zu. Sie haben allein über Streitigkeiten jeder Art zwischen Schiffsführer, Schiffsoffizieren, Mannschaften und anderen unter irgendwelcher Bezeichnung in die Musterrolle aufgenommenen Personen zu befinden; insbesondere über Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger vertragsmässiger Verbindlichkeiten beziehen. || Die Ortsbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die Unordnungen, welche aus solchen Zwistigkeiten entstehen, geeignet sind die öffentliche Ruhe am Lande oder im Hafen zu stören, oder wenn Landesangehörige oder nicht zur Schiffsbesatzung gehörige Personen betheilt sind. || In allen anderen Fällen haben sich die Ortsbehörden darauf zu beschränken, den Konsularbeamten Beistand zu leisten, wenn letztere solchen in Anspruch nehmen, um eine in die Musterrolle eingetragene Person an Bord zurückzuführen oder verhaften zu lassen.

Art. 42. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-Agenten der beiden hohen vertragschliessenden Theile sind befugt, alle Personen, welche zur Mannschaft der Kriegs- und Handelsschiffe desjenigen Theiles, von dem sie ernannt sind, gehören, sobald dieselben von einem der gedachten Schiffe in einem Hafen des andern Theiles entwichen sind, verhaften und entweder an Bord oder in ihre Heimath zurücksenden zu lassen. || Zu diesem Zwecke haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung der Schiffsregister oder der Musterrolle oder einer gehörig beglaubigten Abschrift dieser Urkunden oder durch sonstige amtliche Schriftstücke nachzuweisen, dass die verfolgten Personen wirklich zur Schiffsmannschaft gehören. || Findet die Entweichung vom Bord eines Kriegsschiffes statt, so ist dieselbe durch eine förmliche Erklärung von Seiten des Befehlshabers des Schiffs, oder, in dessen Abwesenheit, von Seiten des bezüglichen Konsuls darzuthun. || An den Orten, an welchen sich Konsularbeamte nicht befinden, sollen die bezeichneten Anträge, unter Beobachtung derselben Formvorschriften, von dem Schiffsführer selbst oder von dem Konsularbeamten des nächstgelegenen Bezirks gestellt werden können. || Auf das in vorstehender Weise begründete Ersuchen soll die Auslieferung der gedachten Personen nicht verweigert werden. Auch soll die Ortsbehörde jede Hülfe und jeden Beistand behufs Aufsuchung, Verhaftung und Gefangenhaltung sowie behufs Zurückführung solcher Entwichenen an Bord gewähren. Letztere sollen auf Antrag und auf Kosten der gedachten Konsularbeamten in den Ortsgefängnissen in Gewahrsam gehalten werden, bis diese Beamten Gelegenheit

Nr. 7960.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

finden, sie heimzusenden. || Die bezeichnete Haft darf nicht länger als drei Monate dauern. Ist diese Frist abgelaufen und hat der Konsularbeamte drei Tage zuvor entsprechende Benachrichtigung erhalten, so wird der Verhaftete in Freiheit gesetzt, ohne aus demselben Grunde wieder verhaftet werden zu können. || Hat der Entwichene am Lande eine strafbare Handlung begangen, so soll die Auslieferung ausgesetzt werden, bis die Entscheidung des zuständigen Gerichts ergangen und in allen Theilen vollstreckt ist. || Auf Schiffsleute und andere Personen der Mannschaft, welche Angehörige des vertragschliessenden Theiles sind, in dessen Gebiete die Verhaftung stattfinden soll, sind die Bestimmungen dieses Artikels nicht anwendbar.

Art. 43. Soweit nicht Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, werden die Havereien, welche die Schiffe des einen der beiden hohen vertragschliessenden Theile auf der Fahrt nach einem Hafen des andern erlitten haben, mögen die Schiffe diesen Hafen freiwillig oder als Nothhafen anlaufen, von den General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln, oder Konsular-Agenten des erstgenannten Theiles geregelt werden. Sollten indessen Angehörige des vertragschliessenden Theiles, in dessen Gebiete die genannten Beamten ihren Sitz haben, oder Angehörige eines dritten Staates bei der Haverei betheiligte sein, so muss dieselbe, in Ermangelung eines zwischen allen Betheiligten geschlossenen Schiedsvertrages oder gütlichen Uebereinkommens, von der zuständigen Landesbehörde geregelt werden.

Art. 44. Falls ein Schiff, welches der Regierung oder dem Angehörigen eines der hohen vertragschliessenden Theile gehört, in den Küstengewässern des anderen Theiles Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Ortsbehörden den Konsularbeamten, der dem Orte des Unfalls am nächsten ist, von dem Unfall sofort benachrichtigen. || Alle Rettungsmaassregeln bezüglich brasilianischer, in den deutschen Küstengewässern gescheiterter oder gestrandeter Schiffe sollen nach Maassgabe der deutschen Gesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmaassregeln in Bezug auf deutsche, in den brasilianischen Küstengewässern gescheiterte und gestrandete Schiffe in Gemässheit der brasilianischen Gesetze vorgenommen werden. Die Konsularbeamten haben nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantirung oder eintretenden Falles auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Maassregeln zu überwachen. || Für die Thätigkeit der Ortsbehörde bei der Bergung dürfen nur solche Kosten erhoben werden, welche in gleichen Fällen die Nationalschiffe zu entrichten haben. || Die geborgenen Waaren und sonstigen Gegenstände sollen keinerlei Eingangsabgaben unterworfen werden, es wäre denn, dass sie für den inländischen Verbrauch bestimmt würden. || Ist die Nationalität eines verunglückten Schiffes zweifelhaft, so sind die Ortsbehörden ausschliesslich für alle in dem gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Maassregeln zuständig.

Art. 45. Die General-Konsuln, Konsuln, Vize-Konsuln und Konsular-

Agenten können die Rechte und Befugnisse, welche ihnen nach dem gegenwärtigen Verträge zustehen, ganz oder theilweise auf Andere übertragen, und die Agenten oder Delegirten, welche sie unter ihrer Verantwortung mit ihrer Vertretung betrauen, sollen dann befugt sein, innerhalb der Grenzen der ihnen ertheilten Vollmacht handelnd aufzutreten, ohne jedoch eines der in den Artikeln 3 und 4 erwähnten persönlichen Vorrechte zu geniessen.

Nr. 7900.
Deutschland
und
Brasilien.
10. Jan. 1882.

Art. 46. Die Ortsbehörden werden sich darauf beschränken, den Konsularbeamten auf deren Ersuchen jeden zur Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages erforderlichen Beistand zu gewähren, und, was im Widerspruche mit diesem Verträge vorgenommen wird, soll unwirksam sein.

Art. 47. Die General-Konsuln und Konsuln sowie ihre Kanzler, die Vize-Konsuln und Konsular-Agenten sollen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit in dem Gebiete eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile aller sonstigen Befugnisse, Vorrechte und Befreiungen theilhaftig sein, welche den in gleichem Range stehenden Beamten der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden möchten.

Art. 48. Der gegenwärtige Vertrag soll von den beiden hohen vertragschliessenden Theilen genehmigt und ratifizirt und es sollen die Ratifikationsurkunden in Rio de Janeiro sobald als möglich ausgetauscht werden. || Derselbe soll fünf Jahre, von dem Tage der Auswechselung der Ratifikationen an gerechnet, Gültigkeit haben. Falls zwölf Monate vor Ablauf dieses Zeitraums keiner der Hohen vertragschliessenden Theile dem andern seine Absicht, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem derselbe gekündigt worden ist. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in zwei Ausfertigungen unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen zu Rio de Janeiro am zehnten Januar Eintausend Acht-hundert Zweiundachtzig.

R. Le Maistre.

Franklin A. de M. Doria.

[Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 6. Juli 1882 zu Rio de Janeiro stattgefunden.]

Nr. 7961. PREUSSEN. — Thronrede des Königs zur Eröffnung des Landtages am 14. November 1882.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem Ich die Gesamtvertretung der Monarchie am Eingange einer neuen Legislaturperiode begrüesse, ist es Meinem Herzen Bedürfniss, von dieser Stelle aus nochmals Meinem Volke zu danken für den einmüthigen Ausdruck der Liebe und Anhänglichkeit, welchen es Mir und Meinem Hause bei der Geburt

Nr. 7961.
Preussen.
14. Nov. 1882.



Nr. 7961.
Preussen.
14. Nov. 1882.

Meines Urenkels dargebracht hat. || Der durch die Gesetzgebung des Reiches angebahnte Aufschwung der Gewerthätigkeit begründet gemeinsam mit einem für die meisten Landestheile gesegneten Ausfall der Ernte die Hoffnung auf fortschreitende Entwicklung des Wohlstandes aller Volksklassen. || Das Missverhältniss zwischen dem Bedürfniss und den Mitteln des Staates, welches seit Jahren Meine Regierung zu Anträgen auf Einführung neuer indirekten Steuern beim Reiche veranlasst hat, besteht in Folge der bisherigen Ablehnung fast aller dieser Anträge auch jetzt noch fort. Dasselbe ist ein so erhebliches, dass es ohne die endliche Eröffnung solcher Hilfsquellen nicht ausgeglichen werden kann. || Schon das beschränkte, in dem bisherigen Rahmen des Staatshaushalts-Etats nur zur Geltung gebrachte Ausgabebedürfniss hat nicht ohne ausserordentliche Mittel gedeckt werden können. Auch für den Etat des nächsten Jahres sind solche erforderlich und durch Benutzung des Staatskredits zu beschaffen. Ein entsprechendes Anleihegesetz wird Ihnen zugleich mit dem Etat vorgelegt werden. || Was das weitergehende Staatsbedürfniss anlangt, so wird Meine Regierung sich bemühen, durch besondere Gesetzesvorlagen, welche die beabsichtigten Erleichterungen der Kommunal- und Schullasten sowie die Verbesserung der Beamtenbesoldungen in Verbindung mit wünschenswerthen organischen Neuordnungen bringen, die Theilnahme und Zustimmung zu gewinnen, welche dem wiederholt vorgelegten Entwurfe des Verwendungsgesetzes für die vom Reiche zu erlangenden Mehreinnahmen leider versagt geblieben ist. Hoffentlich wird es so gelingen, dem Bedürfniss Anerkennung zu verschaffen und auch seinen Umfang gemeinsam mit Ihnen festzustellen, damit dann die Reichsgesetzgebung mit besserem Erfolge für die Abhilfe in Anspruch genommen werden kann. || Nur in einem Punkte kann dieser zeitraubende Weg nicht eingeschlagen werden: die Entlastung der ärmeren Klassen der Bevölkerung von dem Drucke der Klassensteuer muss nach Meiner Ueberzeugung ohne Verzug herbeigeführt werden. Es ist Mein Wunsch, die mit der Erhebung dieser Steuer verbundenen harten und die Noth steigernden Exekutionen bald beseitigt zu wissen. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf wegen sofortiger vollständiger Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer vorgelegt werden, welcher daher auch die einstweilige Deckung für den Ausfall vorzusehen hat. || Das nunmehr in dem grössten Theile der Monarchie zur Durchführung gelangte Staatsbahnsystem rechtfertigt zu Meiner Genugthuung schon durch die seitherigen Erfolge die Erwartungen, welche an diese grosse Maassregel geknüpft werden durften. Wegen Herstellung einer weiteren Reihe wichtiger Schienenverbindungen in verschiedenen Theilen des Landes wird Ihnen eine Vorlage zugehen. || Der in der letzten Session nicht erledigte Gesetzentwurf zur Ausführung der ersten Abtheilung eines Kanals, welcher die grossen Ströme in dem westlichen Theile der Monarchie unter sich verbinden soll, wird von neuem vorgelegt werden. || Es werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, welche dazu bestimmt sind, die Organisation der Verwaltung in einer durch das Bedürfniss gebotenen Weise zu vereinfachen. Dadurch wird zugleich die

begonnene Reform zu einem Abschluss gebracht werden, welcher es gestattet, sie demnächst auf das gesammte Staatsgebiet auszudehnen. || Zur Beseitigung der Mängel und Härten, welche sich bei der Zwangsvollstreckung in unbewegliches Vermögen herausgestellt haben, wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. || Die Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Kurie ist zu Meiner Freude der Befestigung freundlicher Beziehungen zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche förderlich gewesen, und hege Ich die Hoffnung, dass die versöhnliche Gesinnung, welche Meine Regierung zu bethätigen nicht aufhören wird, auch ferner günstigen Einfluss auf die Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse üben werde. Inzwischen fährt Meine Regierung fort, auf Grund der bestehenden Gesetze und der ihr ertheilten Vollmachten den Bedürfnissen Meiner katholischen Unterthanen auf kirchlichem Gebiete jede Rücksicht angedeihen zu lassen, welche mit den Gesamt-Interessen des Staates und der Nation verträglich ist. || Zur besonderen Befriedigung gereicht es Mir, Ihnen mittheilen zu können, dass die Beziehungen des deutschen Reiches zu allen auswärtigen Regierungen Mir die Ueberzeugung gewähren, dass die Wohlthaten des Friedens uns gesichert bleiben werden. Meine Herren! Wiederum ist der Landesvertretung ein ausgedehntes Feld wichtiger Arbeit eröffnet. Ich hege das Vertrauen, dass diese Arbeit durch Ihre bereitwillige Unterstützung Meiner Regierung auch in der neuen Session zu einer fruchtbringenden sich gestalten werde!

Nr. 7961.
Preussen.
14. Nov. 1882.

Nr. 7962. RÖMISCHE CURIE. — Schreiben des Papstes an den deutschen Kaiser. Vom 3. December 1882.

[Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 22. Februar 1883.]

Maestá!

Nella recente inaugurazione del Landtag Prussiano l'Imperiale Reale Maestà Vostra si é compiaciuta manifestare al suo popolo la gioia che provava nel cuore pel consolidamento dei suoi rapporti amichevoli col Capo della Chiesa cattolica, mercè la ripristinazione delle relazioni diplomatiche. Queste espressioni cotanto cortesi per Noi Ci sono giunte oltremodo gradite e Ci inducono a renderne a Vostra Maestà speciali azioni di grazie, il che facciamo con viva soddisfazione dell' animo Nostro. || Noi fin dai primordi del Pontificato avevamo riposto nei nobili e generosi sentimenti di Vostra Maestà la fiducia di vedere ridonata la tranquillità delle coscienze e la pace religiosa ai popoli che obbediscono al potente Suo scettro: ed ora il fatto stesso dei rapporti diplomatici ristabiliti e l'interesse che Vostra Maestà pone al conseguimento di uno scopo così alto e così vantaggioso, sono venuti a rafforzare la Nostra fiducia. || La Maestà Vostra, nell' alto suo senno e nella sua lunga esperienza, sente quanto grande sia il bisogno di ricondurre i popoli, mercè l'osservanza dei doveri religiosi, all' adempimento di quelli che loro incombono

Nr. 7962.
Römische
Curie.
3. Dec. 1882.

Nr. 7962.
Römische
Curie.
3. Dec. 1882.

come cittadini e come sudditi, ora specialmente che la società è scossa nelle stesse sue basi. Possiamo assicurare Vostra Maestà che la Chiesa cattolica è pienamente animata di questo spirito e possiede, ove non incontri ostacoli, la forza preziosa d'insinuarlo ed espanderlo dappertutto. Quindi fu sempre Nostro vivissimo desiderio di veder la Chiesa spiegare liberamente dovunque la sua virtù a vantaggio dei popoli e dei governi, e di stringere con questi a tal uopo rapporti di amicizia e di pace. || Che se gl' imperiosi doveri del Ministero apostolico, pieno di responsabilità d'innanzi a Dio e agli uomini, Ci obbligano a domandare che la nuova legislazione ecclesiastica in Prussia, almeno nei punti essenziali per l'esistenza e per la vita della religione cattolica, venga in maniera definitiva addolcita e corretta, Vostra Maestà lungi dall' ascriverlo a difetto di buone e concilianti disposizioni da parte Nostra, vorrà anzi riconoscere che lo domandiamo nell' interesse stesso della pace, la quale non potrebbe esser vera e duratura, se non fosse stabilita sopra solide fondament. — Questa pacificazione mentre farà pago uno dei desideri più ardenti del Nostro cuore, e stringerà con più forti vincoli al trono della Maestà Vostra gli animi di tutti i suoi sudditi cattolici, formerà senza fallo anche la più bella e preziosa corona del lungo e glorioso Suo regno. || Con questa speranza, innalziamo al cielo i più fervidi voti per la prosperità della Maestà Vostra e della Sua Imperiale Reale Famiglia.

Dal Vaticano, 3. Dicembre 1882.

sto Leo P. P. XIII.

Nr. 7963. **DEUTSCHLAND.** — Schreiben des Kaisers an den Papst.
Vom 22. December 1882.

[Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 27. Januar 1883.]

Berlin, den 22. Dezember 1882.

Nr. 7963.
Deutschland.
22. Dec. 1882.

Enerer Heiligkeit danke Ich für das Schreiben, welches Sie unter dem 3. d. M. an Mich gerichtet, und erwidere von Herzen das Wohlwollen, welches Sie darin für Mich zu erkennen geben. Dasselbe bestärkt Mich in der Hoffnung, dass Euere Heiligkeit aus der Befriedigung, welche Sie mit Mir über die Herstellung und die Wirksamkeit Meiner Gesandtschaft empfinden, einen neuen Beweggrund entnehmen werden, das seitherige Entgegenkommen Meiner Regierung, welches die Wiederbesetzung der Mehrzahl der Bischofssitze ermöglicht hat, durch eine entsprechende Annäherung zu erwidern. Ich bin der Meinung, dass eine solche, wenn sie auf dem Gebiete der Anzeige der geistlichen Ernennungen stattfände, noch mehr im Interesse der katholischen Kirche, als in dem des Staates liegen würde, weil sie die Möglichkeit zur Besetzung der im Kirchendienst entstandenen Vakanzen bieten würde. Wenn Ich aus einem Entgegenkommen der Geistlichkeit auf diesem Gebiete die Ueberzeugung entnehmen könnte, dass die Bereitwilligkeit zur Annäherung eine gegenseitige

ist, würde ich die Hand dazu bieten können, solche Gesetze, welche im Zu-
 stande des Kampfes zum Schutze streitiger Rechte des Staates erforderlich
 waren, ohne für friedliche Beziehungen dauernd nothwendig zu sein, einer
 wiederholten Erwägung in dem Landtage Meiner Monarchie unterziehen zu
 lassen. Ich benutze gern diesen Anlass, um Euere Heiligkeit aufs neue Meiner
 persönlichen Ergebenheit und Verehrung zu versichern.

gez. Wilhelm.
 gegengez. v. Bismarck.

An

Seine Heiligkeit den Papst Leo XIII.“

Nr. 7964. RÖMISCHE CURIE. — Note des Cardinal-Staatssekretärs Jacobini an den preussischen Gesandten beim heiligen Stuhle (Schlözer).

[Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 23. Februar 1883.]

Aus den Gemächern des Vatikan, den 19. Januar 1883.

Das Antwortschreiben Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland an den
 heiligen Vater vom 22. v. M. ist mit ganz besonderem Wohlgefallen auf-
 genommen worden; es bekundet dasselbe nicht nur von neuem die versöhnlichen
 Absichten Sr. Majestät und Allerhöchstdessen Regierung, sondern ist auch ein
 neuer Schritt zur Vereinigung. || Die Hauptschwierigkeit, welche der letzteren
 entgegensteht, ist die preussische Gesetzgebung in denjenigen Punkten, welche
 in Widerspruch stehen mit der göttlichen Konstitution der katholischen Kirche.

Da nun Se. Majestät zu erklären geruht haben, Allerhöchstdessen mächtige
 Mitwirkung eintreten lassen zu können, damit die genannten Gesetze von den
 gesetzgebenden Faktoren von neuem in Betracht gezogen werden, sobald die
 Anzeigepflicht gewährt würde, so lässt sich nicht verkennen, dass zwischen
 den Wünschen des heiligen Stuhls und den Absichten der Regierung in Berlin
 sich eine Annäherung vollzogen hat. || Der heilige Vater hatte schon in dem
 bekannten Schreiben an den Erzbischof von Köln ausgesprochen, dass er die
 Anzeigepflicht gestatten wolle, wenn auf dem Gebiete der Gesetzgebung die
 entsprechenden Reformen zu Stande gekommen wären. Um nun jetzt zu be-
 zeugen, welch hohen Werth der heilige Vater auf die in dem kaiserlichen
 Schreiben enthaltenen friedlichen Erklärungen legt und wie lebhaft er den
 Wunsch hegt, mit aller Bereitwilligkeit die Ursachen der Uneinigkeit zu be-
 seitigen, auch ohne die vollständige Prüfung aller der Kirche nachtheiligen Be-
 stimmungen abzuwarten, ist er geneigt, einzuwilligen, dass sich jene Prüfung
 für jetzt nur auf einige Punkte beschränke und dass die Bewilligung der An-
 zeige gleichen Schrittes mit der Revision der Gesetze erfolge. Derselbe hat
 demnach dem unterzeichneten Kardinalstaatssekretär befohlen, zu erklären, dass
 den Bischöfen ertheilt werden sollen die geeigneten Instruktionen, um der Re-

Nr. 7964.
 Römische
 Curie.
 19. Jan. 1883.

Nr. 7964.
Römische
Curie.
19. Jan. 1883.

gierung Anzeige zu machen von den neuen Titularen aller der jetzt vakanten Parochien, welche in diese mit kanonischer Institution eingesetzt werden müssten, sobald — nach an die gesetzgebenden Körperschaften erfolgtem Vorschlag von Maassregeln, welche ausreichen, um wirksam zu gewährleisten die freie Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion sowie die Freiheit der Erziehung und Instruktion des Klerus — diese gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung kundgegeben haben werden. Die Anzeige, welche für jetzt zeitweilig begrenzt sein würde auf den Fall der faktischen Vakanzen, wird einen ständigen Charakter für die Zukunft gewinnen unter Formen, welche durch gemeinsames Uebereinkommen zu bestimmen sind, sobald nur die Revision der Gesetze abgeschlossen sein wird. || Der heilige Vater, aufs tiefste! Sr. Majestät zu Dank verpflichtet für die ihm kundgegebenen versöhnlichen Gefühle, ist der Ueberzeugung, dass Allerhöchdieselben die dargelegte Entschliessung als einen neuen Beweis des Geistes der Freundschaft und der Mässigung, von welchen alle Seine Handlungen gegen das deutsche Reich von Beginn Seines Pontifikats geleitet waren, erachten, und dass Sr. Majestät Regierung, den grossmüthigen Absichten Allerhöchst desselben sich anschliessend, mit Ihm gleichen und festen Schrittes dem gewünschten Ziele der Einigkeit zustreben wolle. || Se. Heiligkeit ist fest überzeugt, dass diese Einigkeit grosse Vortheile für die Lebensbedingungen der Kirche wie des Staates hervorbringen und die katholische Bevölkerung mit immer unverbrüchlicheren Banden der Treue an den Thron und ihren Souverän knüpfen würde. || Das ist es, was der unterzeichnete Kardinal die Ehre hat Euerer Exzellenz mit dem Ersuchen mitzuthemen, davon Ihre Regierung in Kenntniss setzen zu wollen, indem er zugleich die Gesinnungen seiner ausgezeichneten Verehrung erneuert.

L. Kard. Jacobini.

An den königlich preussischen ausserordentlichen Gesandten
und bevollmächtigten Minister beim heiligen Stuhle.

Nr. 7965. RÖMISCHE CURIE. — Zweites Schreiben des Papstes
an den deutschen Kaiser. Vom 30. Januar 1883.

[Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 22. Februar 1883.]

Maestà!

Nr. 7965.
Römische
Curie.
30. Jan. 1883.

La lettera, che l'Imperiale Reale Maestà Vostra Ci ha fatto rimettere nel dicembre u. s. per le mani del Signor Schlözer Inviato Straordinario e Ministro Plenipotenziario di Prussia presso la Santa Sede, ha confermato in Noi la speranza, lungamente nutrita, di vedere risolte con un completo accordo le vertenze religiose nel Regno di Prussia. L'augusta parola di Vostra Maestà che si nostra disposta a prestar la Sua mano per una revisione dell' attuale legislazione ecclesiastica, Ci fa scorgere non lontana la conclusione dell' accordo. Per tale favorevole disposizione Ci dichiariamo alla Maestà Vostra grati e soddisfatti. || In seguito di ciò, abbiamo fatto scrivere dal Cardinale Nostro

Segretario di Stato al Signor Schlözer una nota, che crediamo sia già stata portata a cognizione del Governo di Vostra Maestà. In essa abbiamo voluto che nuovamente si assicurasse il Reale Governo della ferma Nostra volontà, anche altre volte manifestata, di permettere ai Vescovi la notifica dei titolari da nominarsi ai benefici parrocchiali. E per avvicinarci il più possibile alle viste e ai desideri della Maestà Vostra abbiamo fatto conoscere anche la disposizione in cui siamo di non attendere la completa revisione delle leggi vigenti per provvedere con la richiesta notifica le Parrocchie, attualmente vacanti. || Abbiamo però domandato che contemporaneamente vengano a modificarsi le misure che ora vincolano l'esercizio del potere e del ministero ecclesiastico, l'istruzione e l'educazione del Clero, giacchè tali modificazioni crediamo indispensabili per la vita stessa della Chiesa cattolica. Essa esige che i Vescovi abbiano facoltà d'istruire e di formare sotto la loro vigilanza e conforme agl' insegnamenti e allo spirito della stessa Chiesa i sacri ministri. Lo Stato non potrebbe richiedere meno di questo dei suoi funzionari. Parimenti, è elemento essenziale di vita una ragionevole libertà nell' esercizio del potere e del ministero ecclesiastico del bene delle anime. Sarebbe indarno che si nominasse, sero alle Parrocchie i nuovi titolari, se questi si trovassero poi impediti di agire in conformità dei doveri che impone l'ufficio pastorale. | Stabilito l'accordo su questi punti, sarà facile, mediante il reciproco buon volere, d'intendersi anche sulle altre condizioni, necessarie per assicurare una pace vera e durevole, scopo finale dei comuni Nostri desideri. || Intanto preghiamo la Maestà Vostra di accogliere la reiterata espressione dei fervidi voti, che non cessiamo di fare per la piena prosperità della stessa Maestà Vostra e della Imperiale Reale Famiglia.

Dal Vaticano, 30. Gennaio 1883.

sto Leo P. P. XIII.

Nr. 7966. GROSSBRITANNIEN. — Thronrede zur Eröffnung des Parlamentes, verlesen vom Lord-Kanzler am 15. Februar 1883.

My Lords and Gentlemen, — I have summoned you at a date somewhat later than is usual, on account of the advanced period to which the labours of the last Session were protracted. || I have the satisfaction of maintaining with all Foreign Powers relations of friendship and goodwill. || At the close of the last Session I had the pleasure of recording my gratitude to my sea and land forces for suppressing with rapidity and completeness a formidable rebellion in Egypt. Since then tranquillity has been restored to that country, clemency has been shown by its Ruler to the leaders of the Rebellion, and the withdrawal of the British troops is proceeding as expeditiously as a prudent consideration of the circumstances will admit. || The reconstitution of the

Nr. 7965.
Eömische
Curie.

30. Jan. 1883.

Nr. 7966.
Gross-
britannien.

15. Febr. 1883.

Nr. 7966.
Gross-
britannien.
15. Febr. 1883.

Government of Egypt and the reorganisation of its affairs under the authority of the Khedive have in part been accomplished, and will continue to receive my earnest attention. It will be my endeavour to secure, that full provision shall be made for the exigencies of order, for a just representation of the wants and wishes of the population, and for the observance of international obligations. || I have already been able to fulfil the promise made by me to the Sultan and to the Great Powers of Europe, that I would submit to their friendly consideration the arrangements which appeared to me to be the best fitted to insure the stability of the Khedive's Government, the prosperity and happiness of the Egyptian people, the security of the Suez Canal and the peace of Europe in the East. || To those objects my policy has been directed in the past and will be addressed in the future; and I continue to rely with confidence on its just appreciation by other countries. || A Conference of the Great Powers has assembled in London to consider measures for better securing the freedom of navigation on the Danube, which is placed under their guarantee, and forms part of the public law of Europe. || The condition of Zululand, and the possibility of renewed disturbances there, have engaged my most serious attention. With a view to the preservation of peace and order, I have caused the former Ruler of that country to be replaced in possession of the greater part of the territories held by him before the war. I earnestly hope, that this step may lead to the establishment of a more stable government, and to the maintenance of good relations between the Zulu nation and the adjoining Colony of Natal. || Papers on these subjects will be presented to you.

Gentlemen of the House of Commons, — The Estimates for the services of the coming year are in a forward state of preparation, and will be speedily laid before you.

My Lords and Gentlemen, — I am happy to state, that the improvement in the social condition of Ireland, to which I referred in December, continues. Agrarian crime has sensibly diminished, and the law has been everywhere upheld. || At the same time, the existence of dangerous secret societies in Dublin and other parts of the country calls for unremitting energy and vigilance on the part of the Executive. || Measures will be promptly submitted to you for the codification of criminal law, for the establishment of a Court of Criminal Appeal and for the amendment and consolidation of the laws relating to bankruptcy and patents. There will also be brought to your early notice Bills for preventing corrupt practices at elections, and for perpetuating and amending the Ballot Act. || I have on previous occasions referred to the importance of effecting reforms in the Local Government of the different parts of the United Kingdom. Proposals for the better government of the Metropolis will, in the first place, be submitted to you, and, if time should permit, will be followed by other measures relating to reform of local government. Your attention will be called to Bills dealing with the conservancy of rivers

and prevention of floods, with the police in Scotland, with the Universities in that part of the United Kingdom and with education in Wales. You will also be invited to consider a proposal which will more effectually secure to tenants in England and Scotland compensation for agricultural improvements. } You have provided in recent years by a liberal devotion of your time for the most urgent among the needs of Ireland. The claims both of general legislation and of other portions of the United Kingdom will now demand from you a just regard. I trust, however, that you will be able to deal during the present year with some of the legislative wants of Ireland for which provision has not yet been made. | I rely upon your proceeding with energy and prudence, and I beseech Almighty God now, as heretofore, to bless your labours.

Nr. 7966.
Gross-
britannien.
15. Febr. 1883.

Nr. 7967. FRANKREICH. — Erklärung des Ministeriums. Verlesen vom Ministerpräsidenten Ferry in der Deputirtenkammer am 22. Februar 1883.

Messieurs, — Le cabinet que M. le président de la République a honoré de sa confiance, et qui vient respectueusement solliciter la vôtre, ne se fait aucune illusion sur les difficultés de la tâche qu'il a acceptée ni sur la gravité de la situation parlementaire à laquelle il est chargé de pourvoir. || Cette situation ne peut se dénouer que par la clarté et par la franchise; nous venons vous exposer, sans réticence, les réflexions qu'elle nous inspire, les mesures immédiates qu'elle nous paraît comporter, ainsi que la façon générale dont nous entendons la direction à donner aux affaires publiques. || Il importe avant tout de clore l'incident qui a si malheureusement troublé l'accord entre les deux Assemblées républicaines. || Notre premier devoir sera de satisfaire et d'apaiser, dans les limites de ce qui est juste, legal et possible, des réclamations légitimes, des défiances qu'il faut se garder de pousser à l'excès, et nous sommes résolus à user immédiatement, à cet effet, des droits incontestés que confère au pouvoir exécutif la loi du 19 mai 1834. || Nous croyons qu'il n'y a, pour le moment, rien de plus à faire, que la République n'est point en péril, et que si elle rencontrait, quelque jour, des conspirateurs sérieux, elle trouverait dans son droit supérieur, dans la résolution de ceux qui répondent de ses destinées, dans le concours même de tous ceux qui ont travaillé à la fonder, les pouvoirs qui n'ont jamais fait défaut à un gouvernement régulier. || Messieurs, ce sont les ennemis des gouvernements libres qui voudraient les réduire au rôle de gouvernements sans défense; mais les populations françaises qui témoignent chaque jour, par leurs votes, de leur attachement de plus en plus profond aux institutions républicaines, ne l'entendent pas ainsi, et loin de vouloir abandonner la République à un périlleux laisser-faire, elles seraient plutôt tentées de croire que la République n'est pas assez défendue. || Aussi,

Nr. 7967.
Frankreich.
22. Febr. 1883.

Nr. 7067.
Frankreich.
22. Febr. 1883.

sans toucher à des libertés essentielles dont la générosité même est l'honneur du gouvernement républicain, nous vous demanderons des mesures sur les cris publics et sur l'affichage ayant pour but de soustraire tout au moins la liberté de la voie publique aux manifestations factieuses. || Messieurs, on l'a dit depuis longtemps, c'est surtout par la bonne conduite des affaires publiques, par le souci incessant des vœux et des sentiments du pays, que les gouvernements libres se défendent et se fortifient. || La Chambre des députés l'a bien compris, elle qui a mis dès le premier jour son ambition à mériter le titre de Chambre réformatrice, le plus beau nom qui soit au monde. || Oui, nous avons reçu du pays le mandat de réformer, et nous l'accomplirons; mais ce pays nous demande à cette heure, avec non moins d'énergie, d'administrer, de gouverner, d'enraciner la République. || Ce peuple sage et résolu, le plus laborieux et le plus ordonné des peuples, qui a poursuivi à travers tant d'obstacles à force de patience et de courage civique l'établissement de la République démocratique, a cherché et aime en elle le gouvernement définitif et nécessaire; mais ses élus manqueraient gravement à ses volontés formelles s'ils donnaient à la République la fausse espérance d'un gouvernement agité et provisoire. || Messieurs, deux choses sont nécessaires à un gouvernement réformateur; il lui faut un terrain quelque peu solide et une bonne méthode: || Un terrain solide à l'abri des crises incessantes qui paralysent l'action des pouvoirs publics, affaiblissent l'autorité républicaine, engendrent des gouvernements sans esprit de suite et sans crédit; || Une méthode politique et parlementaire, qui consiste à ne pas aborder toutes les questions à la fois, à limiter avec soin le champ des réformes pour le parcourir plus sûrement, à écarter les questions irritantes et les débats stériles, à modérer enfin l'initiative individuelle de façon à laisser au gouvernement l'initiative qui lui appartient de droit. || Les mesures urgentes, celles qui sont le plus mûres et qui ne peuvent plus attendre, sont faciles à énumérer, sans parler de la réforme de la magistrature, qui vient de faire un grand pas et qu'il est de l'honneur du Parlement de mener à terme, ni de la loi municipale sur laquelle l'accord sera facile, croyons-nous, entre le gouvernement et les Chambres, ni des lois militaires qui tiennent, comme l'armée elle-même, la première place dans nos communes préoccupations. || La Chambre a mis à son ordre du jour la loi relative aux récidivistes, attendue si impatiemment par le pays, et les propositions de lois relatives aux caisses de retraite pour la vieillesse et aux Sociétés de secours mutuels, propositions qui, avec la loi sur les syndicats professionnels, marquent d'un caractère particulier l'oeuvre de cette législature. || De notre côté, messieurs, nous vous présenterons très-prochainement le budget ordinaire de 1884, qui devra être réglé par les Chambres comme il l'a été par le gouvernement, sur le principe de la plus stricte économie. || Nous allons ouvrir les négociations avec les grandes Compagnies de chemins de fer, dans le ferme espoir qu'il en sortira des conventions équitables, respectueuses des droits de l'Etat et qui faciliteront l'exécution des grands travaux publics sans charger

à l'excès notre crédit. || Nous vous apporterons également, dans un bref délai, Nr. 7967.
Frankreich.
22. Febr. 1888. la suite des mesures destinées à compléter l'organisation du protectorat français en Tunisie, convaincus que cette organisation nous permettra de réduire rapidement dans des proportions considérables les charges de l'occupation. || Messieurs, la politique extérieure de ce cabinet, comme celle de tous ses prédécesseurs depuis douze ans, ne peut être qu'une politique de paix. La paix est le premier besoin de l'instinct profond de toute grande démocratie. || Mais une politique pacifique n'est pas nécessairement une politique inactive. Partout dans toutes les questions, où nos intérêts, où notre honneur sont engagés, nous voulons, nous devons maintenir à la France le rang qui lui appartient. C'est précisément pour conserver à notre patrie son autorité morale et son crédit parmi les peuples, qu'il importe de donner à l'Europe le spectacle d'un gouvernement plus sûr de son lendemain, mieux armé contre les factions quelles qu'elles soient, d'une administration forte et respectée, d'une République parlementaire reposant sur ces trois choses essentiellement françaises, le bon sens, le travail et l'amour du progrès.



Madagascar.

Nr. 7968. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Duclerc) an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — Die Königin von Madagaskar nimmt Gebiet in Anspruch, welches unter französischem Protectorat steht.

Paris, le 14 Août, 1882.

Nr. 7968.
Frankreich.
14. Aug. 1882.

M. l'Ambassadeur, — Votre Excellence a entretenu mon Département des informations que le Gouvernement Britannique a reçues touchant l'attitude prise par le Consul et Commissaire Français à Tananarive et par le Commandant de notre station navale, à l'occasion de diverses réclamations dont le Gouvernement de la République poursuit la solution auprès du Gouvernement Hova. || Depuis longtemps déjà l'inexécution par la Cour d'Émirne des engagements qui la tient envers nous a provoqué l'ouverture de négociations au cours desquelles le Gouvernement de la Reine Ranavalo n'a pas toujours témoigné les dispositions conciliantes et favorables que nous devions attendre de sa part. En même temps, nous avons eu à appeler son attention sur des mesures prises à son instigation, affectant des droits que constituent à la France des Conventions autrefois souscrites par divers Chefs indigènes indépendants, c'est ainsi notamment que le pavillon de la Reine s'est trouvé indûment arboré sur des territoires situés au nord-ouest de Madagascar et dévolus à notre Protectorat en vertu de Traités existants. || Nos Agents ont dû faire sentir au Gouvernement Hova le regret que nous causait sa répugnance obstinée à reconnaître nos droits légitimes et quant à présent l'accord n'est pas encore établi entre les deux parties. Il ne m'est pas permis de donner à votre Excellence des explications plus complètes sur la question, celle-ci se trouvant en cours de négociation et les pourparlers devant continuer; je puis toutefois lui dire que le Consul du Gouvernement Hova m'a fait savoir qu'il avait reçu l'ordre de la Cour d'Émirne de s'entendre avec lui pour rechercher une solution. || J'en ai avisé notre Consul à Tananarive, en l'invitant à attendre les nouvelles instructions que je me trouverai en mesure de lui adresser lorsque je serai exactement fixé relativement aux propositions que M. Hilarion Roux a, paraît-il, mission de me présenter. || Agréez, &c.

Duclerc.

Nr. 7969. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Geschäftsträger in Paris (Plunkett). — Die englische Regierung erkennt ein französisches Protectorat über Theile des Festlandes von Madagaskar nicht an.

Foreign Office, October 7, 1882.

Sir, — In my despatch to Lord Lyons of the 21st August I stated, that Her Majesty's Government would be glad to ascertain what where the Treaties to which M. Duclerc alluded in his note of the 14th August, as ceding to France the Protectorate of certain territories on the north-west coast of Madagascar. || I have now to state, that Her Majesty's Government are anxious to receive, at as early a date as possible, a definite statement on this point from the French Government. || Her Majesty's Government recognize the Queen of Madagascar as absolute Monarch of the whole island, excepting Mayotte and Nossi-Bé on the west coast, which are now occupied by the French; and, as at present advised, they are unaware of any Treaty stipulations in virtue of which the French Government could properly claim territorial jurisdiction over any part of the mainland of Madagascar. || The understanding between Great Britain and France has hitherto been, that the two Governments should maintain an identic attitude of policy in Madagascar and act in concert in the matter; and Her Majesty's Government would view with regret the advancement, on the part of France, of any territorial claims which might be calculated to disturb that understanding. || Her Majesty's Government have received intelligence, that a special Mission from the Queen of Madagascar has arrived in France, which will be accredited to Her Britannic Majesty as well as to the Government of the French Republic, and they would be glad to be in a position to offer their good offices, if acceptable, with a view to the restoration of the *status quo*, and of amicable relations between the French and Hova Governments. || I have to request, that you will make a communication in the above sense to the French Minister for Foreign Affairs. I am, &c.

Nr. 7969.
Gross-
britannien.
7. Oct. 1882.

Granville.

Nr. 7970. **GROSSBRITANNIEN.** — Adresse des engl. Madagaskar-Comité, betreffend die französischen Ansprüche auf Madagaskar.

November 22, 1882.

My Lord, — On behalf of the Madagascar Committee, we beg to address your Lordship on the subject of the grave differences which have arisen between the French Government and the Government of Madagascar. || We are fully conscious of the difficult and delicate nature of the question which we have

Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

undertaken to bring before your Lordship. We are therefore anxious to perform our task with due regard for the legitimate rights of the great French nation, and with an earnest desire that the feelings of good-will which now happily exists between the two countries should be both maintained and strengthened. Your Lordship is aware, that the Malagasy Government have sent an Embassy to Paris, charged with the duty of endeavouring to arrive at a satisfactory understanding with France. So long as there seemed the least reason to hope, that the Ambassadors would succeed in their mission, we considered it undesirable to interfere in the dispute; but, unfortunately, we have reason to believe that no progress has been made with the negotiations, and that the French Government has put forward demands which the Ambassadors are unable to accede to unless they are prepared to sacrifice the independence of their country. || The French demand, that the Malagasy Government shall consent to a French Protectorate over the western and nord-western coasts of the island, from Cape Ambro to the Port of Mojangà, a country of undefined boundaries so far as the interior is concerned, and which, in the event of its occupation by a foreign Power, would be peculiarly liable to the evils inseparable from an uncertain or divided jurisdiction. || We have fully discussed these claims in a statement, a copy of which we beg to hand to your Lordship; but in proof of their unsubstantial nature, we desire to refer to the fact that, although they are professedly based upon a cession of territory which one of the numerous Sakalava tribes, then in rebellion, is alleged to have made to the French in the year 1840, the Treaty concluded between France and Madagascar in 1868 contains no reference either to this transaction or to the existence of any French rights on the Malagasy coast. Moreover, French vessels entering the ports of the country now claimed by the French Government have for many years past regularly paid customs duties to the Malagasy officials, who were stationed at these ports for revenue purposes. As the levying of taxes is a vital act of sovereignty, it is impossible to reconcile the conduct of the French in freely paying the duties exacted by the Malagasy Government on the nord-west coast with their present contention that the Queen has no right to exercise authority in that portion of the island. || It is necessary to advert to the British interests involved in this question, because they are of a very important character. We believe, that there are five times as many English as French subjects in Madagascar, and that the amount of our trade with the island is quadruple that of the French, whilst it is also worthy of remark that a large portion of the food-supply of the British Colony of Mauritius is drawn from Madagascar. The British people, from no ulterior or unworthy motives, have also done much, by means of religious and educational agencies, to promote the civilization of the native population. They cannot look on unmoved while this good work, the result of a large expenditure of money, as well as of many years of labour, is exposed to the risk of destruction; nor can they contemplate without alarm the prospect of Réunion

and other French Colonies making the nord-west provinces of the island the scene of a traffic in African labour, which experience has clearly shown to be another form of the Slave Trade. || On grounds, therefore, which have regard to the rights of the Malagasy Government and nation, and also to the British interests at stake in Madagascar, we respectfully ask your Lordship to endeavour to secure a satisfactory settlement of the difficulty that threatens to interrupt the peaceful progress of a people who have shown a marked capacity for civilization. We venture to submit to your Lordship, that this is preeminently a case for arbitration, and that our position entitles us to suggest to both parties that they should consent to refer the question as issue to the decision of a friendly and neutral Power.

Leaving this suggestion to your Lordship's favourable consideration, we have, &c.

A. McArthur, Chairman.

F. W. Chesson, Hon. Sec.

George Palmer, Treasurer.

What are "French Claims" on Madagascar?

By frequent paragraphs in the daily papers during the past few weeks, as well as by occasional leading articles and letters entering more or less fully into the subject, most persons will have seen that the French have for some time been putting forward certain claims to portions of the great Island of Madagascar. It will also be known, that a Malagasy Embassy is now in Paris, endeavouring to arrange the matters in dispute, and that, in the first instance, after having been prevented by the French Consul from leaving Tamatave for several weeks, they are now pressed by the demands of the French Government, and have the alternative offered to them of agreeing to a foreign Protectorate over nearly a third—the nord-western part—of the island, or of having their ports taken possession of by a French naval force. || For some time past the French press has been full of confident assertions of their "acknowledged rights in Madagascar" and similar phrases; one Parisian paper asserts, that these claims give them "a right, if not exactly to a Protectorate of the island, at least to a tutelage of it;" but hardly anyone has attempted to show how these rights arose, or to give any details of the events by which these alleged claims originated. || It will naturally be inquired by outsiders: What are these "French claims"? How have they arisen? And what measure of right and justice is there in the demands now being made upon the native Government of Madagascar? Rights to any country may be said to rest generally upon one of four conditions: (1) Previous possession and inheritance; (2) discovery; (3) conquest; and (4) treaty or purchase. Upon which of these do the French lay claim to any portion of the soil of Madagascar? || The first of the above conditions is, of course, outside the inquiry; and the second

Nr. 7970.
Gross-
britannien,
22. Nov. 1882.



Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

is as much so, since the Portuguese were the first Europeans to discover Madagascar (in 1506), and within a very few months its entire coast was circumnavigated by the same people, and much of it mapped by their famous Commanders, Almeida, Tristan d'Acunha and Alboquerque. || Neither inheritance nor discovery of Madagascar affording any grounds for alleged French rights, to what extent does conquest of any portion of it bear out their claims? || It is well known, that during parts of the seventeenth and eighteenth centuries the French made repeated attempts to establish settlements on the eastern coast of Madagascar. The first position they occupied was at St. Lucia, near the south-east corner of the island, in the year 1642; and they subsequently built Fort Dauphin, in the same neighbourhood. But these settlements were not Colonies, but military posts, and those who take the trouble to read the history of French occupation of these places, as narrated by their own writers—Flacourt, Rochon and others—will be astonished at their almost incredible mismanagement. So disregarding were some of the Governors of the ordinary precautions necessary for the very existence of their posts, that they took little trouble to secure the good-will of the natives. Actually, in some cases, provisions were procured by making raids upon the villages in the neighbourhood of the forts, so that the people naturally withdrew further and further away, and more than once the French were only saved from starvation by the timely arrival of a foreign vessel. The hostility of the coast tribes was of course aroused, and eventually a combined attack was made; the French were almost destroyed, a few only escaping to their ships. These places on the south-east coast were therefore held only thirty years, being abandoned in 1672; and so ended French attempts on Madagascar in the seventeenth century. || More than seventy years elapsed before the French made fresh efforts to establish themselves again in the island. In 1745 they formed a settlement at the little Island of St. Marie's, of the east coast; but nine years afterwards it was destroyed by the natives, owing to the same kind of conduct on the part of the French which had caused the loss of their southern forts in the preceding century. Trading agreements were subsequently made with some of the eastern coast Chiefs, and an establishment, chiefly for the supply of provisions for Mauritius and Bourbon, was formed at Foule Point. Almost the only really enlightened and capable Governor whom the French sent out to Madagascar was the Polish Count Benyowsky, who, had he been properly supported by the authorities at Mauritius, would doubtless have formed a lasting Colony in the country. But he was thwarted in every way by the officials, and was eventually shot by the French troops. With his death in 1786 came to an end all prospect of the French Government forming a Colony in Madagascar, and, indeed, of all attempts to do so. From that time they confined themselves to maintaining two or three military posts and trading factories. The French Revolution also occurring about that period prevented the Home Government of France from pursuing any foreign conquest; and

every position they had ever held on the mainland appears to have been finally abandoned in the early part of this century. The little island of St. Marie's only was retained, and has been kept ever since as a French possession. || The character of French intercourse with Madagascar is described by a Commissioner sent out in 1792, who writes thus: "Europeans," he says (and these were chiefly Frenchmen), "have hardly ever visited this island but to ill-treat the natives, to excite and foment quarrels among them; in a word, they have left no other marks of having been there but the effects of their cupidity. The French Government has at long intervals formed, or attempted to form, establishments among these peoples; but the agents in these enterprises have attended exclusively to the interests and emoluments of the Europeans, and particularly to their own profits; while the interests and well-being of the natives have been entirely forgotten. Some of these delegates have even been dishonest adventurers, and have committed a thousand atrocities." The latest French writer upon the country says: "Commerson, dans son voyage à Madagascar, a compté plus de deux cents villages, incendiés pendant les six ans du gouvernement de M. de Flacourt. Le pillage et l'incendie étaient permanents" ("Souvenirs de Madagascar," par M. H. Lecaze, Paris 1881). Such are "French claims" upon the gratitude and esteem of the Malagasy people. || In the year 1810, owing to the great damage done to English commerce by French privateers during our great war with France, Mauritius and Bourbon were both captured by a British force; and although it is doubtful whether any post was then actually held by the French on the mainland of Madagascar, any supposed rights on these positions they may have had passed over into English hands, as they were always considered as mere dependencies of Mauritius. Besides this, the forts formerly occupied by the French at Foule Point and Tamatave were taken possession of by English troops. In 1814, by a Proclamation issued by Sir Robert Farquhar, formal possession was taken of Madagascar in the name of His Britannic Majesty; but three years later all English claims were formally restored to the Ilova Government by the Treaty made with Radama I, in which, amongst other concessions made to him in virtue of his abolishing the export Slave Trade, he was acknowledged as King of Madagascar. Soon after this date Foule Point and Tamatave were both given over as trading establishments to Radama's officers, and so ended, it might have been supposed, all French claims, slight as they were, which had any justification in conquest, to the soil of Madagascar. || But it will also have been seen that claims are now persistently put forward to a French Protectorate, if not sovereignty, not over the east side of Madagascar, but over its western coast, more particularly over its north-western portion, from Cape Ambro to the Port of Mojanga, including, at the extreme northern point of the island, Diego Suarez, one of the finest natural harbours in the world. In this case no attempt is made to justify these pretensions by right of conquest, but it urged that by Treaty with the native inhabitants this part of the island

Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

has passed into French hands. How far do facts bear out the claims to this north-west territory? || In the year 1839 the northern Sàkalàva of Ibòina, who had been conquered by Radàma, the Hova King, in 1824, rebelled against the authority of his successor, Queen Rànavàlona I. The country had been under Hova supremacy for fifteen years, when the cruelty and oppression of the Queen drove them into revolt. A French man-of-war being then at Nòsibé, an island off that coast, made common cause with the Sàkalàva; and it is alleged, that in July 1840 the latter ceded their territory on the mainland, together with Nòsibé, to the French. That island was accordingly taken possession of by the French in 1841, and has ever since remained in their hands; but from that date until the present year no attempt has ever been made to enforce the right the French claim to have acquired on the mainland, and the Hova Government has always strenuously resisted any such claim by foreigners. They argue, that the north-west coast had been for many years a portion of the Hova Kingdom, and firmly deny the right of a rebellious tribe to alienate any part of the island to a foreign Power. || It is a significant fact, that in the Treaty of Friendship and Commerce concluded between the French and Malagasy Governments in 1868, no reference was made in any way to such alleged French rights, either on the east or west coast of the island; and further, that in it the Hova sovereign was styled Queen of Madagascar, an implied admission of her claim to the sovereignty of the island as a whole. Besides this, for many years past the customs duties due to the Malagasy Sovereign have been always paid by French vessels entering the north-western ports in this very country now claimed by France; and some years ago complaints made by French traders of over-charges were inquired into and money was refunded. || With extraordinary inconsistency also, with the claims now put forward, a demand was made only this year for an indemnity for what the French termed an outrage on French citizens, committed on this same territory. Although the demand for 9,740 dollars was flagrantly unjust, it was paid by the Malagasy Government, under protest, rather than force a rupture with France; but the very demand was surely an acknowledgment of the authority of the Queen over that part of the island. || Another attempt was made by the French about twenty years ago to gain a preponderating influence in Madagascar. In the year 1862 the agents of a French Company succeeded in inducing the young King Radàma II to sign a Charter by which enormous concessions were made: giving rights to the French to occupy all rivers, ports, forests, mines and fertile lands, &c.; indeed, the powers granted would have made over everything worth having in the country to foreigners, leaving the Malagasy only the mountain tops and bare rocks. This agreement was, however, warmly opposed by the leading people of the country, and its concession was one of the chief causes which led to the revolution of the following year, which cost the king his crown and his life. The Charter and Treaty were promptly repudiated by the new Sovereign and her Government,

and after much difficulty the French Company abandoned its claims upon payment of 1,000,000 francs by the Malagasy. In both documents Radàma II was styled "King of Madagascar," and the tenour of each clearly showed that the whole of Madagascar was intended by these words. || It will then, we think, be clear, that "French claims" on Madagascar rest on the following grounds:—

|| 1. The forcible seizure in the seventeenth century of several military posts on the east coast, from which, after having been held only thirty years, they were at length driven off by the people, the positions being abandoned altogether for seventy years. || 2. The resumption of some of these places in the middle of the eighteenth century, and their final abandonment towards the commencement of this century, soon after which time the conquest of the Mascarene Islands by the British transferred all their dependencies in Madagascar, if any such existed, to England. And these rights were formally restored by us to the Malagasy Government in 1817. || 3. The cession in 1840 by north-west tribe, then in rebellion, of a portion of their territory to France; a cession never recognized by the central Government, never claimed by the French in their Treaty of 1868, and never brought forward at all until the present year. || 4. A Treaty made by the Hova King on his own sole authority, in 1862, against all Malagasy usage, with a French trading Company (often known as the "Lambert Company"), but which was speedily repudiated by the Malagasy Government, and all claims discharged by the payment of a large sum to the Company. || These are, we believe, in brief, all the grounds on which such large demands are now being made upon the Malagasy by the French authorities; demands which, if acceded to, will virtually hand over the island to French rule, and which the Malagasy Ambassadors are now being pressed to agree to, while they remain in considerable constraint in Paris, with the threat that unless they accede to these monstrous claims French ships will take possession of their ports, and will then, by right of conquest, claim the sovereignty of the island. || Will English statesmen allow such demands to be enforced upon a people who owe largely their position to our help, and with whom we have had friendly relations for so long a period, without friendly intervention and firm protest against such gross injustice? || It will perhaps be asked by some: "On what grounds can England claim a right to interfere in this question? It may suffice to say here, briefly, that during the reign of Radàma I we largely aided the Malagasy Government to establish the central authority over other portions of the island, and to put down the export Slave Trade in former times, and, more recently, the import Slave Trade; that we have done very much, and have expended large sums of money, to enlighten and civilize and Christianize the Malagasy people; that we have in Madagascar about five times as many English subjects as there are French citizens; that our valuable Colony of Mauritius derives a great part of its food-supply from Madagascar; that we have a considerable and increasing trade with the country, four times as large as that carried on by

Nr. 7970.
Gross-
britannien,
22. Nov. 1862.



Nr. 7970.
Gross-
britannien.
22. Nov. 1882.

France; that the acquisition by France of the north-west provinces will inevitably lead to a revival of the Slave Trade on that coast, from which, in a modified form, it has already been largely going on for some time past by French vessels to supply coolies for Réunion; that in such case our cruisers' right of search of ports and harbours would cease; and, finally, that for several years past there has been a distinct understanding between England and France that each nation shall respect the independence of Madagascar. || On these grounds we submit, that the Madagascar Committee have ample reason for asking that the British Government will use its friendly offices with the French Government, so that the Malagasy people may be preserved in possession of their rights, and that, freed from foreign aggression, they may be allowed still to pursue that path of progress and enlightenment in which they have made such remarkable advances for the last twenty years.

Alexr. McArthur, Chairman.

Geo. Palmer, Treasurer.

F. W. Chesson, Hon. Sec.

November 22, 1882.

Nr. 7971. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris (Lyons). — Wünscht sich mit der französischen Regierung über Madagaskar zu verständigen.

Foreign Office, November 29, 1882.

Nr. 7971.
Gross-
britannien.
29. Nov. 1882.

My Lord, — The attitude of the French Government with respect to Madagascar and the special Mission accredited by the Sovereign of that island to the French Republic have necessarily engaged the earnest attention of Her Majesty's Government. || Your Excellency will be aware, that the question of the differences between France and Madagascar is exciting great interest in this country, whose relations with this island have long been of a very friendly character. || Her Majesty's Government are informed, that the Embassy from the Queen of Madagascar to France have arrived in London, and are likely to put themselves in communication with me. I am, therefore, anxious to receive some communication from the French Government on the subject of their present attitude with respect to Madagascar, as some guide to the language which I should hold to the Ambassadors. || Great Britain and France have the same interests in Madagascar, and have hitherto acted in concert in all matters affecting their relations with the Hova Government. || Her Majesty's Government attach great importance to the continuance of this good understanding, to promote which it is desirable that no cessation should take place in the system of frank intercommunication which has hitherto been adopted by the two Governments to their mutual advantage. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7972. MADAGASKAR. — Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. — Zwecke der Gesandtschaft.

London, December 2, 1882.

Your Lordship, — It is with pleasure, that we, the Ambassadors of Her Majesty Ranavalomanjaka, Queen of Madagascar, have set foot on the shores of England, and come to present to your Lordship the expression of our respect and esteem for a country to which we are so deeply indebted. || We have the honour to transmit to your Lordship the credentials which accredit us as Ambassadors Extraordinary and Plenipotentiary to the Court of Her Most Gracious Majesty Victoria, Queen of Great Britain and Ireland, and Empress of India. || The Queen, our Mistress, in confiding this mission to us, has bid us express our feelings of gratitude to a great nation which has ever been the firm friend of Madagascar, and we can assure your Lordship that the object of our present visit is to consolidate and cement those friendly relations which have always existed between our respective Governments. || The first object of our visit to England is to solicit through your Lordship an audience with Her Most Gracious Majesty Queen Victoria, in the name of our Sovereign Ranavalomanjaka. || We also come to lay before Her Britannic Majesty's Government the unfortunate relations now existing between our Government and that of France. || Lastly, the object of our mission is to propose a revision of the Treaty between Great Britain and Madagascar, whereby we hope to facilitate the commercial relations between our respective subjects, and to settle more definitely any questions upon which there may now exist diversity of opinion.

Nr. 7972.
Madagaskar.
2. Dec. 1882.

Nr. 7973. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Gefahr für alle Weissen in Madagaskar bei einem Conflict mit Frankreich.

Foreign Office, December 2, 1882.

My Lord, — A Gentleman well acquainted with Madagasear informed Her Majesty's Government a few days ago, that any hostile action on the part of the French would expose all other whites to great risks in those parts of Madagascar where the natives are unable to distinguish between different foreign nations. || This communication has been to a great extent confirmed by the despatch from Mr. Consul Pakenham, of which a copy is herewith inclosed, reporting the murder in Madagascar of an American citizen and of his companions, and expressing his apprehension lest the present attitude of the French Consular authorities in that island may lead to great danger so far as the lives and property of foreign residents are concerned. || I have accordingly to request that, in making a communication to the French Government in the above sense, your Excellency will express the hope of Her Majesty's Govern-

Nr. 7973.
Gross-
britannien.
2. Dec. 1882.

Nr. 7973.
Gross-
britannien,
2. Dec. 1882.

ment that for the reasons stated no precipitate action will be taken by the former in regard to Madagascar. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7974. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London (Tissot). — Verhandlungen mit den malagasischen Gesandten. Interessengemeinschaft Englands und Frankreichs in Madagaskar.

Paris, le 3 décembre 1882.

Nr. 7974.
Frankreich.
3. Dec. 1882.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint copie d'une Note que l'Ambassadeur de la Reine m'a remise, le 30 novembre dernier, à propos du départ de la mission hova pour l'Angleterre. S'appuyant sur les intérêts communs des deux Pays à Madagascar, et sur l'entente dont leur politique s'est inspirée en d'autres occasions à l'égard du Gouvernement de Tananarive, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique désirerait obtenir, relativement à l'attitude observée par le Gouvernement de la République à l'égard des Envoyés de la Reine Ranavalô, des indications sur lesquelles il pût régler lui-même le langage qu'il devra leur tenir. || Nous ne pouvons qu'apprécier les sentiments qui ont suggéré cette communication, et nous sommes tout disposés à y répondre dans le même esprit de franchise amicale. || Le Cabinet de Londres connaît déjà la nature des difficultés qui se sont élevées, dans ces derniers temps, entre nous et la Cour d'Émirne, en même temps que la réserve que nous nous sommes imposée au premier avis de la résolution prise par le Gouvernement hova de poursuivre à Paris, par les soins d'une mission spéciale, le règlement des questions pendantes. || Pour témoigner de notre désir de conciliation, et sans abandonner les droits traditionnels dont le Gouvernement français a toujours réservé le principe, nous nous sommes appliqués, dans les récentes conférences, à limiter la discussion à deux points déterminés par des conventions régulières, et dont l'un au moins intéresse au même degré les relations de l'Angleterre avec Madagascar. || Les pourparlers n'ont malheureusement pas donné les résultats que pouvaient faire espérer les dispositions dont les Représentants de la Reine Ranavalô avaient paru tout d'abord s'inspirer. A la suite de la notification qui leur a été faite des traités particuliers conclus en 1840 et en 1841 entre la France et les chefs indépendants de la côte Nord-Ouest, les délégués hovas avaient accepté de prendre, au nom de leur Gouvernement, les engagements que nous leur demandions, touchant la disparition des pavillons, garnisons et postes de douane indûment établis sur les territoires placés sous notre protectorat. On pouvait dès lors considérer comme acquis le premier point, qui est d'un intérêt vital pour nos établissements insulaires dans ces parages, et qui, d'ailleurs, concerne exclusivement les rapports des deux Pays. C'est sur la question du droit de propriété et sur l'inter-

prétation des clauses de notre traité de 1868 qui en assurent le bénéfice à nos nationaux, que les conférences ont dû être rompues. Nous avons cependant poussé les concessions jusqu'aux dernières limites, en nous montrant disposés à souscrire à toute combinaison qui, en ménageant les principes proclamés par le Gouvernement Hova au nom de son droit public, eût assuré à nos nationaux les garanties résultant du traité. Ces dispositions conciliantes s'étant heurtées à une résistance absolue, nous n'avons pas cru pouvoir, en ce qui nous concerne, adhérer à d'autres propositions tendant à compromettre le maintien de droits revendiqués légitimement non seulement par la France, mais aussi par la Grande-Bretagne et par les autres Puissances qui ont traité avec le Gouvernement de Tananarive. || Telle a été notre attitude à l'égard des Envoyés hovas. Si j'en juge par les déclarations que Lord Granville a eu l'occasion de faire récemment, elle n'aurait rien que de conciliable avec les tendances dont le Gouvernement britannique serait lui-même disposé à s'inspirer dans l'espèce. || Nous serions dès lors heureux que le langage tenu par le Cabinet de Londres aux Représentants du Gouvernement Hova, en ce qui touche le respect et l'interprétation des traités respectifs, fût de nature à ne pas leur laisser plus d'illusions sur ses vues que sur les nôtres. || Je vous serai obligé de communiquer ces éclaircissements à Lord Granville, vous laissant le soin de les compléter verbalement, sur les points de fait, à l'aide des renseignements que je vous ai transmis.

E. Duclerc.

Nr. 7975. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Botschafter. Verlauf der französisch-madagasischen Verhandlungen.

Foreign Office, December 4, 1882.

My Lord, — The French Ambassador called upon me this afternoon and read to me a despatch from M. Duclerc, of which a copy is inclosed herewith, stating the purport of the communications which had passed between the French Government and the Embassy from Madagascar, and expressing a hope that the language held by Her Majesty's Government, to the Ambassadors would be of a nature to prevent the latter from entertaining any false ideas as to the observance and proper interpretation of the Treaty engagements of the Hova Government.

M. Tissot, in further explanation, briefly recapitulated the subjects of complaint on the part of France against Madagascar.

These were originally— || 1. The refusal of the Malagasy Government to respect the engagements contracted by the Treaties of 1862 and 1868; and in particular Article IV of the latter Treaty, granting to French citizens the

Nr. 7975.
Gross-
britannien.
4. Dec. 1882.



Nr. 7075.
Gross-
britannien.
4. Dec. 1882.

right of acquiring landed property. || 2. The encroachment of the Malagasy Government on the territories of the north-west coast, in regard to which the native Chiefs have signed Conventions with France dating from 1840 to 1843. The Hova flag had been hoisted, and military and Customs stations established opposite Mayotte and Nossi-Bé. || The French Commissioner at Tananarivo had presented a note on the 29th May last on these points. || This had been met by a complete refusal and by hostile demonstrations against the French Commissioner, who had taken refuge at Tamatave. || The French naval force on the station had then removed two flags improperly hoisted on the north-west coast. || The Malagasy Government having announced the dispatch of an Embassy, operations had been suspended. || Thereupon had followed the Conferences at Paris. || The Malagasy Envoys had recognized to a certain extent the rights which France had acquired by Treaty on the north-west portion of the coast. They had, however, refused to agree to the claims of France with regard to the right of acquiring real property. They would concede no more than the right of making twenty-five years' leases, renewable only with the Queen's authorization. || Thereupon the Conference had been broken off.

I said I was grateful to M. Duclerc for the promptitude with which he had informed me of the position taken by the French Government with the Queen of Madagascar. I expressed no opinion on the despatch, or upon the explanations with which M. Tissot had accompanied its communication, but I told his Excellency that they would be useful to me in receiving the statement which was to be made to me by the Ambassadors. || I observed, that I had anticipated the wish expressed at the end of M. Duclerc's despatch for information as to what passed between Her Majesty's Government and the Ambassadors, by informing him (as I had done last night) of the tenour of my interview with them the day before. Your Excellency will have received an account of this interview in my despatch of the 2nd instant. I added that I was to see the Embassy again to-morrow for the purpose of receiving a more detailed communication. || I took the opportunity to mention to M. Tissot what I have stated to your Excellency in my despatch of the 2nd instant, as to the possible danger to Europeans resident in Madagascar, and our hope that for that reason among others the French Government would take no precipitate action in regard to their differences with the Hova Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7976. **MADAGASKAR.** — Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. — Stand der Verhandlungen mit der französischen Regierung.

(Translation.)

London, December 4, 1882.

My Lord, — We, the undersigned Ambassadors of Her Majesty the Queen of Madagascar, herewith lay before your Lordship a statement of our present position in relation to the French Government, hoping that after due consideration of the facts which have led to certain difficulties with the French Representatives, Her Britannic Majesty's Government may be induced to use their friendly offices for the purpose of ensuring of the Queen of Madagascar those sovereign rights which she and her predecessors have so long enjoyed, and to which she is justly entitled. || In order that your Lordship may be the better able to understand the nature of the case it will be necessary for us to adduce certain indisputable historical facts. || Your Lordship will be aware, that Madagascar was first visited in 1506 by the Portuguese, who for some time held a small Settlement in the island; and they were followed by a number of Dutch colonists, who during the year 1595 to 1598 settled at Antongil-Bay. When, in 1643, the French made their first Settlement in Madagascar at St. Lucia and Fort Dauphin, at the south-east corner of the island, they found, that 400 Englishmen had also preceded them, and had already formed a Colony on the south-western coast. || These facts, my Lord, will show you, that of four European Powers, who attempted to colonize Madagascar, the French were the last. || Having abandoned their Settlement in the year 1672, it was not until the year 1745, that the French again established themselves at St. Mary, a small island off the east coast of Madagascar, and in the same year they also formed a trading station at Foule Point on the same coast. In 1786 the French withdrew entirely from the mainland of Madagascar, for "after the abandonment of the establishments formed in the Bay of Antongil by the celebrated Baron Beniowski in that year, France had only a trade in slaves with Madagascar, and only retained a few posts for the Slave Trade under the direction of a commercial agent and under the protection of a number of soldiers furnished by the garrison of Mauritius, then in the hands of France, in order to maintain a supply of provisions for that island, and also for that of Bourbon, such as rice and cattle, &c." — ("Précis sur les Établissements Français formés à Madagascar, &c.," Paris 1836.)

In 1810 the British captured both Mauritius and Bourbon and their dependencies, so that if the French had at that time any rights at all in Madagascar they must have fallen into the hands of Great Britain. Indeed, the very positions formerly occupied in Madagascar by the French were seized by English troops, and on the 25th May, 1816, the Governor of Mauritius took formal possession of Madagascar on behalf of the British Government. || In 1817, however, all rights possessed by Great Britain in Madagascar were ceded to our King Radama I, with whom Captain le Sage, on behalf of the

Nr. 7976.
Madagaskar.
4. Dec. 1882.

Nr. 7976.
Madagaskar.
4. Dec. 1882.

British Government, made a Treaty of Friendship and Commerce, which Treaty also ensured the abolition of the export Slave Trade. Radama I conquered the Sakalava of the north and north-west, and at the close of his reign there was not a single tribe in Madagascar which had not submitted to his power. We cannot refrain from reminding your Lordship, that we owed to Great Britain, that our King Radama I succeeded in subjugating the coast tribes of Madagascar, which were constantly at war with each other. || It was the English Government which supplied him with arms and ammunition and money, whereby he was enabled to put an end to those internal civil wars which were rapidly destroying the population of our country. It was the English Agent, Mr. Hastie, the friend and adviser of our King, Radama I, who accompanied him in many of his expeditions, and it was owing to his intervention, that an end was put to the barbarous proceedings which characterized war in those times. | It was the British Government which took from our country to Mauritius and England a number of our young men, for the purpose of instructing them and training them in various trades and occupations. || It was Englishmen who reduced our language to a written form, who gave us our first books and a complete edition of the Holy Scripture in our own tongue, and who taught those arts and handicrafts which have made such advances amongst our people. || In 1836 a Malagasy Embassy from our Queen, Ranaivalona I, was sent to England and was received by King William IV, to confirm the Treaty made in 1818, which stipulated (1) the abolition of the export Slave Trade; and (2) the encouragement of commerce and civilization. These conditions have, we maintain, been most faithfully carried out, as is evidenced by the emancipation of all the African slaves in Madagascar by Queen Ranaivalomanjaka II. || Admiral Gore Jones, Special Envoy to the Queen of Madagascar last year, bore witness to this, and expressed his astonishment and satisfaction at the progress our country had made, and thanked Her Majesty, in the name of the English Government, for the great acts of her reign. || The Admiral also congratulated the Malagasy Government in thus proving themselves capable of governing the whole island, which would obviate the necessity of the intervention of any foreign nation. The British Envoy drew particular attention to outrages committed by the tribes of the west coast, and our Government promised to take steps to send troops to strengthen the garrisons on that coast, to secure protection to all foreigners, and further, to watch and prevent the importation of slaves; and it was while we were carrying out this object, that the French removed the Queen's flags from the Sakalava Chiefs, incited them to revolt, and placed an embargo on the "Antananarivo," a ship purchased by our Government to carry provisions for the garrisons about to leave for those south-western ports. And now from our latest advices we learn, that two American citizens have been murdered in the district for which our troops were destined; and we therefore consider the French indirectly responsible for the murder of two subjects of a friendly Power.

We wish to call your Lordship's attention to the claim, that France is now making to a Protectorate over the north-west coast of Madagascar, with general rights over the whole island. As we have already pointed out, we cannot recognize the justice of these claims: — || 1. Because in 1818 Radama I was acknowledged as King of Madagascar, and not as King of the Hovas only, and the succeeding Monarchs have all been so styled and recognized. || 2. In the territory now claimed by France garrisons were placed by King Radama I in 1824, and there have been custom-houses established there by the Malagasy Government, where French citizens, among others, have been accustomed to pay dues long before the Treaty was signed with France in 1862. Moreover, in this very district the natives on the mainland, over which France now claims a Protectorate, have paid a yearly poll-tax to the Malagasy Government since the days of Radama I. || 3. Between the years 1855 and 1857 one or more French subjects disregarded the laws of Madagascar by building a fort at Ambavatoby (Dalrymple-Bay), which is on the territory now claimed by France. They received due warning to leave the country; but as they refused, they were attacked and defeated, and their fort destroyed; yet no complaint was made by the French authorities, as it was admitted to be the just punishment of an unlawful act. || 4. In the year 1862, during the reign of Radama II, the first Treaty between France and Madagascar was signed, in which Treaty the King was distinctly recognized as the King of Madagascar. In the same year the King made a concession of territory to a French Company, known as the "Lambert-Company", under the control of the Government of the French, by which concession all parts of the island were allowed to be chosen for the operations of the Company; who, accordingly, selected that part of the country lying between 12° and 16° south latitude; but, in order to cancel the concession, a sum of 48,000 *l.* was in 1865 paid to the Company by Queen Rasoherina. This, however, is the same territory now claimed by France (see Appendix A). || 5. In 1868 the French Government again confirmed the acknowledgment of the sovereignty of the Queen of Madagascar over the whole island by making a new Treaty, the tenour of which leaves no doubt, that the Queen's authority was understood to extend throughout the whole island; otherwise, the greater part of our Treaty concluded with France would be perfectly meaningless. The right of the Queen to the sovereignty of the whole island was similarly recognized in the Treaties made with England and America. || 6. We would also point out, that the only justification offered by the French Government for their present claims to a Protectorate over a large portion of the north-western coast is based upon the fact, that Treaties are said to have been made in 1841 by the Chiefs of two rebellious tribes of that region ceding to France rights of Protectorate over that territory. But seeing, that these tribes were then in rebellion, that those portions of the country had submitted seventeen years previously to the authority of King Radama I, that ever since that time they have remained in subjection to our

Nr. 7976.
Gross-
britannien.
4. Dec. 1882.



Nr. 7976.
Gross-
britannien.
4. Dec. 1882.

authority, and that no mention was made of such pretended rights by the French in our Treaty made with them in 1868, it is evident, that such rights were virtually abandoned for more than forty years by the French themselves. But even if that had not been the case, it needs no argument to show, that no civilized nation can ever recognize the rights of a section of their people, while in rebellion, to alienate any portion of its territory to a foreign Power. || 7. British cruisers, for the purpose of preventing the Slave Trade, have always had free access to the harbours and creeks on the coast of the territory now claimed by France. A British Consul has landed and exercised his functions there without any reference to France. || 8. A French Consular officer has resided at Mojanga, which place is included in the territory now claimed by France (see Appendix A). Another French Consular officer, M. Laborde, accused in the year 1874 the Ilova official at Ampasibitika of taking exorbitant customs dues there.

We would call your Lordship's attention to the events of the reign of our present Sovereign during which time the wishes of England with regard to the importation of slaves have been carried out; but these reforms have not been pleasing to many of the subjects of France abroad, by whom the abolition of the Slave Trade is not favourably regarded. || The following are the more important among the measures of reform which have been effected during the reign of the present Queen: — || 1. The recognition of Christianity, which is fast spreading throughout the island, especially in its central provinces, and the granting of full religious liberty. || 2. Compulsory education, with perfect freedom to the parents to choose schools maintained by any of the five Christian bodies now working in our country. || 3. The abolition of idolatry and the trial by the "Tangena" poison-ordeal, together with other superstitions and cruelties, by which the people were oppressed. || 4. The abolition of capital punishment (formerly carried out in many cruel forms) for all offences except treason and murder. || 5. The important Edict of 1877, liberating all slaves introduced from beyond the seas. || 6. The laws, by which no free Malagasy subject can be made a slave under any circumstances. || 7. The more thorough organization of a standing army for the purpose of consolidating the authority of the Queen over the whole of Madagascar. || 8. The establishment of a Cabinet Ministry and the promulgation of a printed Code of laws having effect throughout the island, as well as the establishment of open Law Courts for the better administration of justice. || 9. The laws for the protection of foreign commerce, by which all Governors neglecting the interests of trade with other nations are recalled and punished.

Having laid before your Lordship the facts establishing our rights to the sovereignty of the whole island, and the efforts we have made to acquit ourselves worthily of a civilized and Christian nation, we will refer, in conclusion, to the negotiations with France which have ended so abruptly. On our arrival in Paris we requested to be permitted to pay our respects to his Excellency

the President of the French Republic; but we were informed through our Consuls (who have resigned since our arrival in London), that his Excellency would only receive us after coming to an agreement as to all the matters in dispute. Prompted by a desire for peace and reconciliation, we immediately commenced negotiations with the three special Commissioners, and during six weeks we vainly put forward the arguments and facts which we have here set forth. On the 26th November the French Foreign Office insisted upon the signing of an Ultimatum, by which the French would have a right of Protectorate over the west coast of Madagascar with general rights over the whole island. As it was impossible for us to sign this and thus betray the independence of our country, we were immediately informed, that we were no longer considered as the guests of France, and that our flag must be removed from the hotel. Having received this message and witnessed the removal of our flag against our will, we left Paris for London. ¶ We also beg to inform your Lordship, that our instructions empowered us to settle three other matters in dispute between our Government and that of France: ¶ 1. That in which the heirs of the late French Consul, M. Labordé, assert a right to the possession of land which we maintain was only lent to him. ¶ 2. The affair of the flags given to the Sakalava Embassies last year. The French demand, that our Queen shall disavow all participation in this Declaration of her rights on the north-west coast, and asked, that those chiefly concerned in the affair be punished. ¶ 3. The matter which has hitherto been a source of contention between ourselves and all foreign settlers in our country, namely, the leasing of land. The French claim a Treaty right to absolute purchase, which we most steadfastly refuse: our justice in that refusal has been recognized by the Consuls of England and America, and we are not prepared to make a difference in this respect when dealing with Frenchmen. But we are now not only prepared to make some alteration in our land law for the benefit of those who wish to lay out capital in Madagascar; but we are anxious to make the new terms as reasonable as possible consistent with our own inherent rights. ¶ We came to Europe with the avowed intention of showing ourselves anxious to make progress. We were met at the outset by demands on the part of France which question our right to move at all. ¶ But we must not neglect to inform your Lordship, that we also came to appeal against the recent dealing of France and Frenchmen: ¶ 1. We complain of being unjustly made to pay an indemnity in the case of the dhow "Toale." ¶ 2. We complain of the embargo on the "Antananarivo." ¶ 3. We complain of Frenchmen importing arms into the Sakalava country.

Such are the circumstances, under which we land on your shores; and as we are, fortunately, aware of an understanding entered into some years ago between Great Britain and France, whereby the independence of Madagascar was mutually agreed to, we trust that, in the presence of these facts, your Lordship will use your influence with your Government still to ensure

Nr. 7976. Gross-
britannien.
4. Dec. 1882. to us, that protection from molestation which we hope and believe you will readily afford, and which for many years past has preserved us from foreign aggression. || In conclusion, we beg to inform your Lordship, that we are commissioned to enter into negotiations with Her Majesty's Government for revision of the existing Treaty between our respective Governments, and will be prepared, whenever it may be convenient to your Lordship, to discuss this matter. || We have, &c.

Ravoninahitriniarivo, 15th Honour Officer of the Palace, Chief Ambassador of Her Majesty the Queen of Madagascar, Chief Minister for Foreign Affairs.

Ramaniraka, 14th Honour Officer of the Palace, Ambassador and Privy Councillor of Her Majesty the Queen of Madagascar.

Note A. — French writers themselves admit that, by the Treaty with Radama II, France treated him as an independent Sovereign, and that any claims she might have previously had from the possession of a few posts on the east coast were abandoned. M. Galos, a writer in the "Revue des Deux-Mondes" (October 1863, p. 700), writes thus: —

"That question of right is otherwise set at rest, at present, by the Treaty of Friendship and Commerce of the 2nd September, 1861. By that Act, in which Radama II appears as King of Madagascar, we have recognized without restriction his sovereignty over all the island. In consequence of that recognition two Consuls have been accredited to him, the one at Antananarivo, the other at Tamatave, who only exercise their functions by virtue of an exequatur from the real Sovereign."

Nr. 7977. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Hoffte eine Verständigung zwischen Frankreich und Madagaskar herbeizuführen.

Foreign Office, December 5, 1882.

Nr. 7977. Gross-
britannien.
5. Dec. 1882. My Lord, — The Malagasy Ambassadors called upon me again to-day to present a written paper on the various points which they have recently discussed with the French Government. || I informed their Excellencies, that I did not propose to give an opinion on the historical statement which they had communicated to me, and I was met by the assurance, that it was given for my information, and without any intention of eliciting an expression of my views. || In the course of the conversation, which ensued, I asked their Excellencies whether, as regards the most important point in dispute, the French claim to Protectorate over the north-west coast, any concessions had



been offered or considered by either side in the course of the negotiations. The Hova Ambassador informed me, in reply, that a verbal suggestion had been made to them on the part of the French Commissioners, that as regarded that point the French Government would be satisfied if, to save the dignity of France, the Hova Government would withdraw their custom-houses from Dalrymple-Bay, opposite Nossi-Bé, for a time, upon the understanding, that they should be free to garrison the coast again in a few years' time; that the Hova Ambassadors had expressed their willingness to agree to such a compromise, which was to be reduced to definite terms in writing by the French Commissioners. || When, however, the written agreement was presented to them, their Excellencies perceived, that not only was all mention of the provision for the re-establishment of the garrisons omitted, but that the document contained an assertion of the French right of Protectorate, not only over the north-west coast, but over the whole island. Such an admission would have been, in the eyes of the Hova Ambassador, an act of high treason, and they consequently declined to entertain it — a resolution from which it was impossible to depart. || As regards the purchase of land by foreigners, it appears that, although the Hova Ambassadors would not consider themselves empowered to concede the acquisition of freeholds, they would be ready to consent to a system of perpetual leases, renewable every twenty-five years, which would be as effective for attracting foreign capital to their country, and giving the necessary fixity of tenure. | This was one of the points, in regard to which they were anxious to effect a revision of the existing Treaty between Great Britain and Madagascar, and their Excellencies stated, that they had just concluded a Treaty with the United States of a very friendly character, which they hoped might be accepted as a basis for further Treaties, inasmuch as, next to England, the United States had the largest and most varied interests involved in the peace and prosperity of their country. || Their Excellencies added, however, that they would be happy to consider very favourably any modifications of that Treaty which might be considered by Her Majesty's Government as desirable for British interests. || I have compared the despatch, in which M. Duclerc courteously communicated to me the views of the French Government, with the written statement and conversation of the Ambassadors. It seems to me that, although there had evidently been a complete misunderstanding at the time on the important point of the reparation which was to be made to France, both the fact of some sort of compromise having been discussed, and the absence of any decided difference as to the views at present entertained by the Embassy and the great Power, with whom they have had to deal, leads me to suppose, that this is a matter which may, with a little of the goodwill and moderation indicated in M. Duclerc's despatch, be at once settled. || The concession in its present shape as to the tenure of land, while it is probably intended to meet the prejudices of the natives, is one which would be quite satisfactory to Her Majesty's Government, and will

Nr. 7977. probably recommend itself to the favourable consideration of the French Government. || It is to be remarked, that the Ambassadors did not request any provision, which has previously been the case, as to the necessity of the Queen's consent to the making of leases. || You will take an early opportunity of informing M. Duclerc of what has occurred to me, and let me know in what way I can contribute to the satisfactory and peaceful solution of this question. || I am &c.

Granville.

Nr. 7978. **MADAGASKAR.** — Die Gesandten an den engl. Min. d. Ausw. — Die Streitpunkte mit Frankreich.

London, December 9, 1882.

Nr. 7978. My Lord, — We have recently had the honour of submitting to your Lordship's friendly consideration an outline of our difficulties with France and now desire to lay them before you in fuller detail, in order that our case may be thoroughly understood.

1. *With regard to the Demand of France concerning Protectorate.* — M. Duclerc told us, that we had insulted France by placing flags on the north-west coast, and that she had intended to assert her rights by force, but on hearing by telegram of our Embassy, had postponed her advances for a while. | Next we had two interviews with the Commissioners, MM. Decrais, Peyron and Billot, who declared, that France would on no account give up her asserted Protectorate over the north-west; but we, on our side, insisted on our contention, that France had no such right. || After this, we waited a month before business was resumed by the Commissioners. Our subsequent communications were made through our own Consuls, MM. Roux and Rabaud, and MM. Revoil and Baragnon (the latter two gentlemen of whose exact relation to the French Government we are ignorant), who advised us to make some concession to the national pride of the country with which we were dealing; such as the removal for a few years of the Custom-house officers and flags which had been lately placed on the north-west, in the districts under Binao and Monja, in connection with which the present difficulties arose, and we were given to understand, that such a concession on our part would result in a withdrawal of the French claims to a Protectorate. On the strength of our expressed willingness to concede this point, a document was drawn up by the Commissioners and sent to us to be signed as an ultimatum. || Our refusal was made for the following reasons: — (1.) Nothing was said about our removal of the custom-houses and flags being only for a few years. || (2.) Recognition of the French Protectorate on the north-west was insisted on. (3.) They asserted general rights over the whole of Madagascar, which was the first intimation we had of any such claims.

2. *Concerning Purchase of Land by Foreigners.* — The Commissioners charged our Government with violation of the Treaty of 1868 by forbidding the subjects of Madagascar to make absolute sales of this kind of property. We denied most emphatically having broken any agreement with France in the recent revision of our laws. According to our ancient laws and customs, foreigners cannot maintain a fee-simple title to land in Madagascar. We have constantly denied their rights to do this, and assert that no such privilege is granted in the Treaty referred to. || Article IV of French Treaty: "Les Français à Madagascar jouiront d'une complète protection pour leurs personnes et leurs propriétés. || Ils pourront, comme les sujets de la nation la plus favorisée, et en se conformant aux lois et règlements du pays, s'établir partout où ils jugeront convenable, prendre à bail, acquérir toute espèce de biens meubles et immeubles, et se livrer à toutes les opérations commerciales et industrielles qui ne sont pas interdites par législation intérieure." || In the ultimatum above referred to, the French agreed to accept leases of ninety-nine years, and in order to come to terms on this matter, we announced ourselves prepared to grant leases of twenty-five years, renewable twice in similar periods, at the conjoint desire of owner and occupier, with Government registration at each renewal. || We represented, that in the present stage of our country's enlightenment it is undesirable to grant leases for more than twenty-five years at one period.

3. *Respecting the Land formerly occupied by M. Laborde, late French Consul at Antananarivo.* — He landed in Madagascar a shipwrecked sailor, and obtaining employment under Ranavalona I as a kind of general Superintendent of Works, received many favours at the hands of Her Majesty. He was enriched and promoted to a peerage. He married a Malagasy wife, and was regarded as one of ourselves. || His nephew, a Frenchman of the name of Campan, now claims as heir, not only the houses of M. Laborde, but the ground on which they stand. || The houses we consider as belonging by law to the legatee, his right to the land we deny. As a foreigner, he cannot possess it in fee-simple. || Moreover, we have a statement in M. Laborde's own handwriting, which shows that the land was not his. He says: —

"Je déclare avoir acheté la case de Razakamanana pour la somme de (110 dollars) 110 piastres, et non l'emplacement. || En foi de quoi, &c.

C. J. Laborde.

Antananarivo, ce 2 Mars, 1835."

And to this is appended a Malagasy translation also in his own handwriting, and signed in the same way. This again is followed by the signatures of three native officials, and the genuineness of these testimonies is clearly established by the fact of their being written not as separate documents, but as entries in one of our Government books.

4. *With regard to the Dhow "Toale"* the facts of the case are as follows: — A little way down the coast from Bombetoka-Bay, on the west of Mada-

Nr. 7978.
Madagaskar.
9. Dec. 1882.

gascar, are four Sakalava Chieftaincies, which at the time of this affair were at war amongst themselves. Baly, Soalala and Boina had made an attack on Marambitsy, the place where the notorious Mohammed-ben-Abdoolah lives as husband of the Sakalava Chieftainess. This Arab adventurer, his followers and the Sakalava of the place were overmastered, and their town on the beach destroyed. The "Toale" conveying arms and ammunition, under protection of the French Flag, to these Marambitsy people, was discovered by a party of the enemy from Boina, just as she was about to land her cargo. Of course an altercation ensued, and subsequently a fight brought on, we have found, by the crew of the dhow firing first upon the Sakalava. Several of the Arabs were killed, and also several subjects of Madagascar. || For this so-called outrage upon the French flag we have been forced by M. Boudais, the French Commissioner and Consul, to pay an indemnity of 9,740 dollars. Against this injustice we came to complain to the French Government, and intended to demand repayment of the fine, which we paid under threat of bombardment; but the subject was never discussed in France.

5. We were also authorized to appeal for justice in the affair of the embargo placed upon the "Antananarivo." By the action of Commandant le Timbre in this matter we were prevented from sending troops to the south-west coast, where two citizens of America have since been murdered by the very Sakalava rebels against whom we intended to make our expedition. This, it must be understood, is a part of Madagascar not included in the "Protectorate." || The "Antananarivo" was even prevented by Commandant le Timbre from bending her sails, and has been detained in the harbour of Tamatave over three months, entailing upon our Government an actual loss, for which we think ourselves entitled to due compensation.

6. We finally intended to demand, that France, as a Treaty Power, shall cause her citizens to respect her engagements with us, and punish, or allow us to punish, those who carry on an illegal traffic in arms amongst our subjects the Sakalavas. || We have, &c.

Ravoninahitriniarivo, 15th Honour Officer of the Palace, Chief Ambassador and Chief Minister for Foreign Affairs.

Ramaniraka, 14th Honour Officer of the Palace, Second Ambassador and Member of the Privy Council.

Nr. 7979. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Bestreitet, dass eine Gefahr für die Weissen vorhanden sei

Paris, le 11 décembre 1882.

Nr. 7979.
Frankreich.
11. Dec. 1882.

Monsieur, on paraît s'être préoccupé, à Londres, des dangers qui pourraient résulter, pour les résidents anglais à Madagascar, de l'état actuel de

nos relations avec le Gouvernement de Tananarive. Dans une note verbale dont vous trouverez ci-joint copie, Lord Lyons vient d'appeler sur cette question la sollicitude du Gouvernement de la République. || D'après les renseignements qui nous sont directement adressés, rien ne confirme jusqu'ici les appréhensions qui ont été formulées auprès du Foreign-Office, et il n'existe, à notre connaissance, aucun indice récent qui révèle chez les Hovas une excitation dont les étrangers aient sujet de se préoccuper. Le crime dont il est fait mention dans la note ci-jointe n'est malheureusement pas un fait isolé dans le pays, et l'on ne voit pas qu'il ait aucun rapport avec les difficultés internationales pendantes. Les résidents anglais à Madagascar sont, d'ailleurs, en situation d'exercer sur les autorités hovas une influence active en vue de maintenir la tranquillité publique et le respect des droits conventionnels. || Si, comme nous en avons l'assurance, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'est employé à faire prévaloir auprès d'eux des conseils de conciliation, il n'est pas douteux que leur action ne contribue efficacement au maintien de l'ordre normal que nous avons en vue. Dans le cas cependant où la situation se troublerait à l'intérieur, rien ne s'opposerait à ce qu'ils vinsent temporairement, s'ils le jugeaient opportun, s'établir sur les points de la côte où une protection effective pourrait leur être assurée. Toutes les mesures seront prises, en ce qui nous concerne, pour qu'ils continuent à bénéficier des mêmes garanties que nos ressortissants eux-mêmes, et nous avons la confiance que, se conformant de leur côté aux dispositions amicales de leur Gouvernement, ils contribueront, par leur attitude, à l'oeuvre d'apaisement et de justice que des intérêts supérieurs et communs peuvent nous imposer.

E. Duclerc.

Nr. 7980. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Gründe des Abbruchs der Unterhandlungen.

Paris, December 13, 1882.

My Lord, — I had this morning the honour to receive your Lordship's despatch of the 5th instant, directing me to inform M. Duclerc of what had occurred to your Lordship on comparing the despatch from his Excellency respecting the affairs of Madagascar, which had been communicated to you by M. Tissot, with the statements made to you by the Malagasy Ambassadors. || I went to M. Duclerc this afternoon, and after thanking him in your Lordship's name for the information contained in the despatch communicated by M. Tissot, I proceeded to speak to him in the precise terms of your Lordship's despatch of the 5th on the questions of the reparation demanded by France, and of the tenure of land by foreigners in Madagascar. || M. Duclerc replied that, as regarded the question concerning the Protectorate, France had made every possible concession, and, indeed, that it was not on that question,

Nr. 7979.
Frankreich.
11. Dec. 1882.

Nr. 7980.
Gross-
britannien.
13. Dec. 1882.

Nr. 7980. Gross-
britannien,
13. Dec. 1882. that the negotiation had been broken off. || On the contrary, the rupture had, he said, been produced by the proceedings of the Malagasy Ambassadors with regard to the tenure of land. The French Government had gone so far as to agree, that renewable leases for ninety-nine years should be substituted for the absolute transfer of real property to French owners. The Ambassadors had, however, drawn back from this agreement, and had proposed leases for seventy-five years. Even this proposal might have been taken into consideration by the French Government; but the Ambassadors withdrew it, and declared, that they could not consent to anything more than leases for twenty-five years, renewable three times. Upon this M. Duclerc had become convinced that they were not sincere in seeking a settlement, and had broken off the negotiation. || He added, that, notwithstanding your Lordship's opinion, he could not regard the term of twenty-five years as long enough for the leases. || After some discussion on these points, I said to M. Duclerc, that your Lordship had desired me to let you know in what way, if any, you could contribute to the satisfactory and peaceful solution of the questions; and I added, that I should be very much obliged to him if he would enable me to do so. || He answered, that the French Government was still disposed to be extremely moderate, and to demand nothing of Madagascar to which France was not fully entitled; and that this being the case, he had no doubt, that an arrangement would be effected if the Malagasy Embassy came back from London with the conviction, that they would not be supported by Great Britain in putting forward unreasonable pretentions. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7981. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Stellung der englischen Regierung zu den französischen Ansprüchen. Anerbieten der Vermittelung.

Foreign Office, December 19, 1882.

Nr. 7981. Gross-
britannien,
19. Dec. 1882. My Lord, — Her Majesty's Government have carefully considered the report which your Excellency has given in your despatch of the 13th instant, of your conversation with M. Duclerc on the subject of Madagascar. || They have noticed with pleasure the moderate and friendly manner in which the question was discussed by M. Duclerc, and are led to hope, that an amicable solution of the difficulties which have arisen may be arrived at. || M. Duclerc, in his despatch to M. Tissot of the 3rd December, alludes to the two important points in dispute between the French and Madagascar Governments. With regard to that one bearing upon certain Treaty rights, to which the French Government lay claim, I am glad to note, that in your despatch after the explanations which I was able to give M. Duclerc in my despatch of the 5th instant, as to the understanding by the Ambassadors of what had passed

on that point, M. Duclerc is still of opinion, that the negotiations have not been broken off upon the Protectorate question, and has added an assurance of the extreme moderation of the French Government. || On the second point, that of land tenure, both the French Government and the Ambassadors are agreed, that there was a wide difference of views. || It appears, therefore, to Her Majesty's Government, that it is in a satisfactory arrangement of that question, that a settlement of the present dispute must be looked for. || The French Government assert the right for French subjects to buy and hold land in Madagascar. || The Hova Government assert, that by the laws of Madagascar no alien can hold land in fee-simple. || A similar law existed, as your Excellency is aware, in England, and was repealed only a few years ago; there are still many cases in which it is impossible to effect absolute transfers of land, and the compromise resorted to in such cases is to grant such leases as will convey as nearly as may be all the advantages of a freehold. || The concession of leases of twenty-five years offered by the Hova Ambassadors without some security for renewals appears to Her Majesty's Government to be a most unsatisfactory substitute for the right of absolute purchase. They would not be disposed to accept such terms in any revision of the Treaty between Great Britain and Madagascar; but they have reason to hope, that very much more favorable terms may be obtained, and that the prospect of a peaceful settlement of the other questions pending with the French Government would induce the Government of Madagascar to sanction by Treaty such freedom of contract as regards leases as would confer upon foreigners the substantial advantage of freeholds. || Her Majesty's Government have no desire to put themselves forward as mediators, or to press their good offices upon the French Government; but they are at this moment in communication with the Madagascar Ambassadors, and would be very willing to use their position in order to pave the way for a more friendly resumption of negotiations at Paris between the two Powers. || I have to request your Excellency to make a communication to M. Duclerc in the terms of this despatch. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7982. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Bittet um rechtzeitige Mittheilung für den Fall, dass Frankreich die Feindseligkeiten gegen Madagaskar eröffnen sollte.

Foreign Office, December 19, 1882.

My Lord, — I inclose herewith, for your Excellency's information, copy of a *note verbale* from the French Ambassador at this Court in answer to the communication which you made to M. Duclerc, as reported in your Excellency's despatch of the 9th instant. I have to request your Excellency to express

Nr. 7981.
Gross-
britannien.
19. Dec. 1882.

Nr. 7982.
Gross-
britannien.
19. Dec. 1882.

Nr. 7982. Gross-
britannien.
19. Dec. 1882.

to the French Government the thanks of Her Majesty's Government for this courteous communication. || As regards the danger to British subjects, which Her Majesty's Government had alluded, I must remark that they do not fear any at the capital nor at such places as Tamatave, where British subjects are not only well known, but have always lived upon most friendly terms with the Hova Government and people; but Her Majesty's Government have been warned by persons well acquainted with Madagascar, that in less frequented districts, and particularly on the west coast, any hostility excited by one European nation would expose all white residents to considerable danger. || M. Tissot remarks, that the British residents in Madagascar are in a position to exert considerable influence upon the Hova authorities. The friendly relations existing between them, strengthened as they have long been by civilizing transactions, have certainly given the British residents an important position in the country, and there is every reason to suppose, that they will avail themselves of such power as they may indirectly possess for the safety of their own lives and property; but Her Majesty's Government are sure the Government of France will agree with them that such a likelihood does not authorize their Government to throw upon them responsibilities which do not naturally rest upon them. || Your Excellency will convey to the French Government the thanks of Her Majesty's Government for the protection which they have promised to British subjects in case of any troubles in Madagascar; but you should at the same time state to M. Duclerc, that Her Majesty's Government would be held responsible in this country for taking alle due precautions such as in similar circumstances are usual, for the safety of British lives and property; they feel sure, that timely notice would be given should the failure of negotiations, which they have reason to hope may not take place, unfortunately lead to the adoption of hostile measures against any part of Madagascar. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7983. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Ablehnung der englischen Vermittelung.

Paris, le 4 janvier, 1883.

Nr. 7983.
Frankreich.
4. Jan. 1883.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous adresser copie d'une note verbale*) que l'Ambassadeur d'Angleterre m'a remise à la fin de décembre relativement aux questions pendantes à Madagascar entre la France et la Cour de Tananarive. Comme vous le verres, le Gouvernement anglais constate l'impression favorable que lui ont produite les explications échangées durant l'entretien que j'avais eu avec Lord Lyons quelques jours auparavant, et il exprime l'espoir que les

*) Inhaltlich identisch mit Nr. 7981.

difficultés actuelles pourront encore aboutir à un règlement amiable. Il constate tout d'abord avec satisfaction que les négociations suivies à Paris avec les envoyés hovas n'ont pas été rompues sur la question du protectorat réclamé par nous sur certaines parties de l'île, et que nous sommes disposés à ne pas nous départir, sur ce point, d'une extrême modération. Il est nécessaire de rappeler, à cet égard, que les droits revendiqués par la France sur la côte nord-ouest de Madagascar sont certains et se trouvent confirmés par des traités réguliers. Si la rupture des conférences n'a pas eu lieu sur ce point, c'est uniquement parce que les envoyés hovas s'étaient engagés à nous accorder les satisfactions que nous sommes fondés et résolus à poursuivre. || Quant au droit de propriété, la législation intérieure de la nation hova ne saurait prévaloir contre les engagements résultant d'une convention régulièrement conclue. Cette convention demeure la seule règle applicable aux rapports des deux Gouvernements contractants. Le fait qu'une loi analogue existait récemment encore en Angleterre peut être considéré comme intéressant au point de vue historique, mais non comme un argument concluant; car il est évident, que le Gouvernement anglais, sous l'empire d'une telle loi, n'aurait jamais consenti à entrer dans des arrangements diplomatiques qui, en accordant aux étrangers le droit de propriété, se seraient trouvés en contradiction avec sa législation intérieure. | Le différend soulevé entre la France et le Gouvernement hova comporte-t-il encore, ainsi qu'on incline à le croire à Londres, un règlement amiable? Cela dépend uniquement du Gouvernement de la Reine des Hovas. Qu'il reconnaisse la légitimité de nos réclamations, qu'il nous fournisse des garanties suffisantes de la loyale exécution du traité qu'il a conclu: nous ne demanderons rien de plus. Mais il faut que tout le monde soit bien convaincu que les conditions formulées par nous, au cours des conférences tenues à Paris, marquent le terme des concessions possibles. De son côté, le Gouvernement de la Reine se rend un compte exact de l'état des choses, lorsqu'il repousse l'idée de vouloir offrir une médiation que le différend ne comporte pas. || Cette déclaration nous dispense d'insister sur une autre expression de la note anglaise. Je ne sais ce que les Anglais entendent par *to press their good offices upon the French Government*; mais, pour nous, cette expression est intraduisible en français; car le mot que donnerait la traduction littérale serait absolument inadmissible. || Je vous laisse le soin de faire part de ces considérations à Lord Granville, à qui vous pourrez en donner lecture et en laisser copie.

E. Duclerc.

Nr. 7984. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Der Moment der Eröffnung der Feindseligkeiten ist bereits gekommen.

Paris, le 8 janvier, 1883.

Nr. 7984.
Frankreich.
8. Jan. 1883.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint copie d'une autre note*) relative aux affaires de Madagascar, et que l'Ambassadeur d'Angleterre m'avait remise en même temps que celle dont je vous ai donné communication le 4 janvier. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique y revient sur les dangers auxquels les résidents anglais pourraient se trouver exposés dans certaines parties de l'île, au cas où une action viendrait à être engagée par une nation européenne contre le Gouvernement hova. En vue de dégager sa responsabilité et de remplir son devoir de protection, il exprime l'espoir qu'un avis lui serait donné en temps utile pour provoquer les mesures convenables, si une pareille éventualité venait à se produire. || Le Gouvernement de la Reine connaît exactement, par l'exposé fidèle que nous avons consenti à lui en faire, la nature du différend qui subsiste entre nous et le Gouvernement des Hovas; il sait qu'à défaut d'un arrangement amiable, la résistance des envoyés de la Reine Ranavalo nous a mis dans la nécessité de pourvoir aux moyens d'assurer à Madagascar l'exercice de nos droits méconnus et les réparations dues à un certain nombre de nos compatriotes. Dans cet état de choses, l'éventualité, à laquelle il est fait allusion dans la note ci-annexée, doit être considérée comme dès à présent ouverte, la publicité donnée à la rupture des négociations ayant permis à chacun d'en mesurer les conséquences. Nos nationaux à Madagascar sont d'ailleurs placés dans la même situation que les résidents anglais, et aucune différence ne sera faite entre eux dans l'application des mesures de protection que les circonstances pourront nous suggérer. Vous voudrez bien en renouveler l'assurance à Lord Granville, à qui vous pourrez communiquer la présente dépêche.

E. Duclerc.

Nr. 7985. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Erneutes Anerbieten der Vermittelung.

Foreign Office, January 17, 1883.

Nr. 7985.
Gross-
britannien.
17. Jan. 1883.

My Lord, — The French Ambassador has communicated to me M. Duclerc's despatch of the 4th instant, in which he replies to the communication made to him by your Excellency on behalf of Her Majesty's Government on the 22nd ultimo in regard to the affairs of Madagascar. || The report given in your despatch of the 13th December of his Excellency's language on this question, the tone and spirit of which were so much appreciated by Her Majesty's

*) Inhaltlich identisch mit Nr. 7932.

Government, had led me to hope that I might be able indirectly to be of some use in bringing about a peaceable solution of the differences which exist between Madagascar, in whose welfare this country has for a long time taken an interest, and one of the most powerful and highly civilized nations in the world. || I regret to say, that the character of the last despatch has entirely destroyed that expectation, and my first intention was to inform the Malagasy Envoys, that the French Government considered the negotiations at an end. [It appears, however, that this despatch was written under a complete misapprehension of an English phrase which I had used. || That phrase was only intended to convey, that Her Majesty's Government, while they were ready to give their assistance in bringing about an understanding, had no desire to put forward an offer of such assistance if it was not acceptable to France. || I have therefore to instruct your Excellency to ascertain whether the French Government object to my making any communication of their views to the Madagascar Embassy, and if not, what they would wish the character of that communication to be. || I am, &c.

Nr. 7985.
Gross-
britannien,
17. Jan. 1883.

Granville.

Nr. 7986. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Lebnt jede Vermittelung als nutzlos ab.

Paris, le 24 janvier, 1883.

Le Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères, a pris connaissance de la Note verbale qui lui a été remise, le 20 janvier, par Son Excellence l'Ambassadeur de la Grande-Bretagne, relativement aux affaires de Madagascar. M. Duclerc a été particulièrement sensible à la courtoisie mise par Lord Granville à déterminer la mesure des bons offices qu'il offre d'interposer en vue d'aplanir les difficultés pendantes entre le Gouvernement de la République et le Gouvernement Hova. || Ainsi qu'il résulte des communications précédemment échangées, les envoyés de la Reine Ranavalô ont été suffisamment éclairés sur la légitimité de nos revendications et sur l'étendue des concessions auxquelles nous pourrions souscrire; ils n'ont dû conserver aucune illusion sur les conséquences de l'attitude où il leur a plu de se maintenir. Dans cet état de choses, et tout en s'associant à l'esprit dont les ouvertures de Lord Granville s'inspirent, le Gouvernement de la République ne croit pas qu'il y ait utilité à ce qu'un nouvel exposé de ses vucs soit communiqué à l'Ambassade Malgache par les soins du Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Nr. 7986.
Frankreich.
24. Jan. 1883.

Nr. 7987. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Beschwerde der malagassischen Gesandten über die tendenziöse Darstellung der Verhandlungen im französischen Gelbbuch.

Foreign Office, February 9, 1883.

Nr. 7987.
Gross-
britannien.
9. Febr. 1883.

My Lord, — The Hova Ambassadors called upon me yesterday to communicate the observations which they wished to make upon the Yellow Book on Madagascar which has lately appeared, and which they considered as presenting a very inaccurate account of the matters at issue between their Government and that of France, and also of the recent negotiations in Paris. I informed the Ambassadors, in reply, that Her Majesty's Government took a great interest in everything which concerned the welfare of Madagascar. But, as the French Government had not encouraged them to be a means of communication, it rendered it unnecessary for me to discuss for the present the details of the existing differences. || The Ambassadors then stated that, according to their latest information, the French authorities were exciting the Sakalavas to rebel against the Queen of Madagascar, and were committing other acts of a decidedly hostile character; and they asked what action Her Majesty's Government would recommend the Hova Government to take under such circumstances. To this I answered, that the consideration of the steps to be adopted must, of course, depend upon an accurate knowledge of the facts to which they alluded, and Her Majesty's Government could in no case offer an opinion upon a question which the Hova Government must necessarily decide upon their own responsibility, but that, as a friend to their country, I could not help expressing my earnest hope that the greatest caution might be exercised as regards the adoption of any course which might provoke hostilities with so powerful a nation as that of France. || The Ambassadors said, that they trusted that they might still rely upon the good offices of England, and I assured them, that they might depend upon Her Majesty's Government for not omitting any favourable opportunity for obtaining a friendly solution of their difficulty with the French Government. || The conversation then turned upon the land question and the possible revision of Article V in the existing Treaty between this country and Madagascar in such a way as to avoid the objections of the Hovas to the purchase of land, while securing the fullest possible use of it to British settlers. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7988. **GROSSBRITANNIEN** und **MADAGASKAR.** — Declaration between the Governments of Great Britain and Madagascar amending Article V of the Treaty of the 27th June, 1865. — Signed in the English and Malagasy Languages at London, February 16, 1883.

The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Government of Her Majesty the Queen of Madagascar, being desirous of making more satisfactory arrangements as to the holding of land by British subjects in Madagascar, have agreed as follows: —

Nr. 7988.
Gross-
britannien
und
Madagaskar.
16. Febr. 1883.

Article V of the Treaty between Great Britain and Madagascar of the 27th June, 1865, is cancelled, and in lieu thereof the following Article V is substituted: —

“Article V. British subjects shall be permitted, as fully as subjects of Her Majesty the Queen of Madagascar, or as subjects or citizens of the most favoured nation, to rent or lease land, houses, warehouses and all other kinds of property within all parts of the dominions of Her Majesty the Queen of Madagascar which are under the control of a Governor duly appointed by the Malagasy authorities. Provided always, that all leases of land held by British subjects shall be registered at the British Consulate, and also by a Malagasy official appointed for that purpose; but the said provision as to registration shall not apply to any lease made before this Article shall come into force, but the registration of such lease shall be optional. And Her Majesty the Queen of Madagascar fully allows her subjects the right of renting or leasing such property according to their own pleasure, and according to the terms of time and money which may be agreed upon between lessor and lessee. But it shall be distinctly understood, that Malagasy subjects are prohibited by the laws of their country from the absolute sale of land to foreigners. British subjects shall be at liberty to build on land rented or leased by them houses of any material they please; and Her Majesty the Queen of Madagascar engages, that British subjects shall, as far as lies in her power, enjoy within her dominions full and complete protection and security, for themselves and for any property which they may so acquire in future, or which they may have acquired already before the date at which the present Article shall come into force. || In the case of unreclaimed land, *i.e.*, Crown lands, British subjects shall deal directly with the Malagasy Government, which binds itself to afford all reasonable facilities to all persons desirous of leasing the same. British subjects, however, shall not be allowed to erect fortifications on such leased or rented lands, or to do anything thereon contrary to the laws of Madagascar. || All lands leased or rented by British subjects shall be subject to the same, and not to any higher, tax than that to which lands rented or leased by subjects of Her Majesty the Queen of Madagascar or subjects or citizens of the most favoured nation would be liable. || In the event of a British subject dying in Madagascar,

Nr. 7988. and leaving houses, lands, or other property, the persons who are entitled
Gross- thereto according to British law shall receive possession of the said property;
britannien and the British Consul, or some one appointed by the British Consul, may
und proceed at once to take charge of the said property on their account. ¶ British
Madagaskar. subjects may freely engage in their service in any capacity whatever any native
16. Febr. 1883. of Madagascar, not a slave or a soldier, who may be free from any previous
engagements; such engagements may be executed by deeds signed before a
British Consul and the local authorities, but are liable to be determined should
the services of persons so engaged be required by the Queen, or on their own
application, after due notice. ¶ No domiciliary visits shall be made to the
establishment, houses, or properties possessed or occupied by British subjects
unless by the consent of the occupants, or in concert with the British Consul. ¶
In the absence, however, of any Consular officer, the local authorities may
enter, after giving due notice to the occupants, whenever there is reasonable
cause to believe that stolen property or persons escaping from justice are
concealed on the premises. ¶ No British subject residing in Madagascar shall
have the right of entering the house of any subject of the Queen of Madagascar
against the will of the occupants.”

The present Declaration shall come into force on the 1st September, 1883,
and it shall have the same force and duration as the aforesaid Treaty of the
27th June, 1865, which shall, except as hereby amended, retain its full force
and effect. ¶ In witness whereof the Undersigned, duly authorized for this
purpose, have signed the present Declaration, and have affixed thereto their
seals. ¶ Done in duplicate at London, the 16th day of February, 1883.

Granville.

Ravoninahitriniarivo,

15 Honours, Chief Secretary of state for Foreign
Affairs, Chief Ambassador of Her Majesty the
Queen of Madagascar.

Raminaraka,

14 Honours, O.D.P., Member of the Privy Council,
Ambassador of Her Majesty the Queen of Ma-
dagascar.

Nr. 7989. **FRANKREICH** und **MADAGASKAR**. — Freundschafts-
und Handelsvertrag vom 8. August 1868.

[Die Ratifikationen sind ausgetauscht zu Tananarive am 29. December 1868.]
Publicirt am 13. März 1869.

Nr. 7989. Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine de Mada-
Frankreich gascar, mutuellement animés du désir de favoriser le développement des rela-
und tions commerciales entre leurs États respectifs, ont résolu de conclure un
Madagaskar. Traité de Paix et de Commerce et ont, en conséquence, nommé pour leurs
8. Aug. 1868.

Plénipotentiaires: || Sa Majesté l'Empereur des Français, le Sieur Benoit Garnier, Consul de France, Chevalier de la Légion d'Honneur, son Commissaire Spécial à Madagascar; || Et Sa Majesté la Reine de Madagascar, les Sieurs Rainimaharavo, Chef de la Secrétairerie d'État, seizième honneur; Rainandrian-tsilavo, quinzième honneur, Officier du Palais; Ralaitirofo, Chef Juge; Rafaralahibemalo, Chef Notable; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

Nr. 7989.
Frankreich
und
Madagaskar.
8. Aug. 1868.

Art. I. Il y aura désormais et à perpétuité paix, bonne entente et amitié entre Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine de Madagascar, et entre leurs héritiers, successeurs et sujets respectifs.

Art. II. Les sujets de chacun des deux pays pourront librement entrer, résider et circuler dans toutes les parties de l'autre pays placées sous l'autorité d'un Gouverneur, en se conformant à ses lois; ils y jouiront de tous les privilèges, avantages et immunités accordés aux sujets de la nation la plus favorisée.

Art. III. Les sujets Français, dans les États de Sa Majesté la Reine de Madagascar, auront la faculté de pratiquer librement et d'enseigner leur religion, et de construire des établissements destinés à l'exercice de leur culte, ainsi que des écoles et des hôpitaux. Ces établissements religieux appartiendront à la Reine de Madagascar; mais il ne pourront jamais être détournés de leur destination. || Les Français jouiront, dans la profession, la pratique et l'enseignement de leur religion, de la protection de la Reine et de ses fonctionnaires, comme les sujets de la nation la plus favorisée. || Nul Malgache ne pourra être inquiété au sujet de la religion qu'il professera, pourvu qu'il se conforme aux lois du pays.

Art. IV. Les Français, à Madagascar, jouiront d'une complète protection pour leurs personnes et leurs propriétés. Ils pourront, comme les sujets de la nation la plus favorisée, et en se conformant aux lois et règlements du pays, s'établir partout où ils le jugeront convenable, prendre à bail, acquérir toute espèce de biens meubles et immeubles, et se livrer à toutes les opérations commerciales et industrielles qui ne sont pas interdites par la législation intérieure. Ils pourront prendre à leur service tout Malgache qui ne sera ni esclave ni soldat, et qui sera libre de tout engagement antérieur. Cependant, si la Reine requiert ces travailleurs pour son service personnel, ils pourront se retirer, après avoir préalablement prévenu ceux qui les auront engagés. || Les baux, les contrats de vente et d'achat et les contrats d'engagements de travailleurs seront passés par actes authentiques devant le Consul de France et les magistrats du pays. || Nul ne pourra pénétrer dans les établissements ou propriétés possédés ou occupés par des Français, sans le consentement de l'occupant à moins que ce ne soit avec l'intervention du Consul. || En l'absence du Consul, ou de tout autre Agent Consulaire, et dans le cas, où l'on aurait la preuve que des criminels poursuivis par la justice se trouvent cachés dans ces établissements, l'autorité locale pourra les y faire rechercher, en préve-

Nr. 7989.
Frankreich
und
Madagaskar.
8. Aug. 1868.

nant toutefois l'occupant avant d'y pénétrer. || Les Français ne pénétreront pas non plus dans les maisons des Malgaches contre le gré de l'occupant.

Art. V. Les Hautes Parties Contractantes se reconnaissent le droit réciproque d'avoir un Agent Politique résidant auprès de chacune d'elles et de nommer des Consuls ou Agents Consulaires partout où les besoins du service l'exigeront. Cet Agent Politique et ces Consuls ou Agents Consulaires jouiront des mêmes droits et prérogatives qui pourront être accordés aux agents de même rang de la Puissance la plus favorisée; ils pourront arborer le pavillon de leur nation respective sur leur habitation.

Art. VI. Les autorités dépendant de Sa Majesté la Reine de Madagascar n'interviendront pas dans les contestations entre Français, qui seront toujours et exclusivement du ressort du Consul de France, ni dans les différends entre Français et autres sujets étrangers. Les autorités Françaises n'interviendront pas non plus dans les contestations entre Malgaches, qui seront toujours jugées par l'autorité Malgache. || Les litiges entre Français et Malgaches seront jugés par le Consul de France, assisté d'un Juge Malgache.

Art. VII. Les Français seront régis par la loi Française pour la répression de tous les crimes et délits commis par eux à Madagascar. Les coupables seront recherchés et arrêtés par les autorités Malgaches, à la diligence du Consul de France, auquel ils devront être remis et qui se chargera de les faire punir conformément aux lois Françaises. || Les Français reconnus coupables d'un crime pourront être expulsés de Madagascar.

Art. VIII. Sa Majesté la Reine de Madagascar s'engage à livrer au Consul de France, sur son invitation, et lorsqu'on l'aura atteint, tout sujet Français traduit pour crime devant les Cours de justice Françaises et qui se serait réfugié à Madagascar.

Art. IX. L'autorité locale n'aura aucune action à exercer sur les navires de commerce Français, qui ne relèvent que de l'autorité Française et de leurs capitaines. L'entrée leur sera donnée à leur arrivée. || En l'absence de bâtiments de guerre Français, les autorités Malgaches devront, si elles en sont requises par un Consul ou Agent Consulaire Français, lui prêter mainforte pour faire respecter son autorité par ses nationaux et pour rétablir et maintenir la discipline parmi les équipages des navires de commerce Français. || Si des matelots, ou autres individus, désertent leurs bâtiments, l'autorité locale fera tous ses efforts pour découvrir et remettre le déserteur entre les mains du requérant.

Art. X. Si un Malgache élude ou refuse le paiement d'une dette envers un Français, les autorités locales donneront toute aide et facilité au créancier pour recouvrer ce qui lui est dû, et, de même, le Consul de France donnera toute assistance aux Malgaches pour recouvrer les dettes qu'ils auront à réclamer des Français.

Art. XI. Les biens des Français décédés à Madagascar, ou des Malgaches décédés sur le territoire Français, seront remis aux héritiers, ou à leur

défaut, au Consul ou Agent Consulaire de la nation à laquelle appartenait le décédé.

Art. XII. Les navires Français ne seront pas soumis à d'autres ni à de plus forts droits de navigation que ceux auxquels sont ou seront respectivement assujettis les navires nationaux et ceux de la nation la plus favorisée. | Sa Majesté la Reine de Madagascar s'engage à ne pas élever les droits de navigation actuellement existants. || Les navires Français qui relâcheront dans les ports ou sur les côtes de Madagascar, et qui n'y effectueront aucun chargement ni déchargement de marchandises, seront affranchis de tout droit de navigation. || Les navires Malgaches jouiront de la même faveur dans les ports de France. || Aucun sujet Malgache, s'il n'est muni d'un passeport de l'autorité locale, ne pourra s'embarquer sur un navire Français.

Art. XIII. Les bâtiments de guerre Français auront les mêmes facilités que les navires de guerre de la nation la plus favorisée pour entrer, séjourner et se ravitailler dans les ports militaires, anses et rivières de Madagascar; ils y seront soumis aux mêmes règles et jouiront des mêmes honneurs et privilèges. || Les navires de guerre Malgaches auront, dans les ports de France, les mêmes honneurs et privilèges.

Art. XIV. Sa Majesté la Reine de Madagascar s'engage à ne prohiber l'entrée, ni la sortie, d'aucun article de commerce, sauf l'importation des munitions de guerre, que la Reine se réserve exclusivement, et l'exportation des vaches et des bois de construction.

Art. XV. Les droits d'importation établis dans les ports de Madagascar sur les produits Français, ou importés par des navires Français, ne pourront être plus élevés que ceux auxquels sont ou seront soumis les mêmes produits originaires, ou importés par bâtiments de la nation la plus favorisée. Ces droits ne pourront, en aucun cas, excéder 10 pour cent de la valeur des marchandises. || Les droits *ad valorem* seront convertis en droits spécifiques, en vertu d'un Tarif concerté entre le Consul de France et les Commissaires Malgaches, et qui devra être soumis à l'approbation de Sa Majesté l'Empereur et de la Reine de Madagascar.

Art. XVI. Les droits perçus à l'exportation des produits du sol et de l'industrie Malgaches ne pourront excéder 10 pour cent de la valeur.

Art. XVII. Si un navire Français en détresse entre dans un port de Madagascar placé sous l'autorité d'un Gouverneur, l'autorité locale lui donnera toutes les facilités possibles pour se réparer, se ravitailler et continuer son voyage. || Si un navire Français fait naufrage sur les côtes de Madagascar, les autorités locales prêteront leur assistance au Consul de France pour opérer le sauvetage, et les objets sauvés seront intégralement remis au propriétaire ou au Consul, qui les fera enlever. || Les navires Malgaches auront droit à la même protection de la part des autorités Françaises.

Art. XVIII. Si quelque navire de commerce Français était attaqué sur un point de la côte de Madagascar placé sous l'autorité d'un Gouverneur,

Nr. 7989.
Frankreich
und
Madagaskar.
8. Aug. 1868.

celui-ci, dès qu'il aura connaissance du fait, en poursuivra activement les auteurs et ne négligera rien pour qu'ils soient arrêtés et punis. || Les marchandises enlevées, en quelque lieu et en quelque état qu'elles se trouvent, seront remises au propriétaire, ou au Consul qui se chargera de les restituer. || Il en sera de même pour les actes de pillage et de vol qui pourront être commis à terre, dans les lieux placés sous l'autorité d'un Gouverneur, sur les propriétés des Français résidant à Madagascar. || La même protection sera accordée aux propriétés Malgaches pillées ou volées, sur les côtes ou dans l'intérieur de l'Empire Français.

Art. XIX. Sa Majesté la Reine de Madagascar, désirant s'assurer le concours des bâtiments de Sa Majesté l'Empereur des Français pour la répression de la piraterie dans les eaux Malgaches, reconnaît aux officiers de la Marine Impériale le droit d'entrer en tout temps avec leurs bâtiments dans les ports, rivières et anses de Madagascar, afin d'y capturer tout navire employé à la piraterie; ces officiers pourront saisir et déférer au jugement des autorités compétentes tout individu prévenu d'actes de cette nature.

Art. XX. Sa Majesté la Reine de Madagascar s'engage à empêcher la Traite des Noirs dans ses États. || Sa Majesté reconnaît aux croiseurs de la Marine Impériale le droit de visiter les navires Malgaches et Arabes soupçonnés de servir à la Traite dans les eaux de Madagascar. || Sa Majesté consent, en outre, à ce que, dans le cas où il serait prouvé qu'ils sont employés au trafic des nègres, ces navires et leurs équipages soient traités comme s'ils avaient été employés à une entreprise de piraterie.

Art. XXI. Sa Majesté la Reine de Madagascar s'engage à abolir les épreuves judiciaires par le tanghen, ou autre poison. || Dans le cas où, ce qu'à Dieu ne plaise, il y aurait guerre entre la France et Madagascar, tous les prisonniers qui tomberaient entre les mains de l'un ou de l'autre parti, seront traités avec douceur et seront remis en liberté, soit par échange pendant la guerre, soit sans échange après la conclusion de la paix, et les dits prisonniers ne seront, sous aucun prétexte, faits esclaves ni mis à mort.

Art. XXII. Aucun changement ne pourra être apporté au présent Traité sans le consentement respectif de chacune des Hautes Parties Contractantes.

Art. XXIII. Le présent Traité ayant été rédigé en Français et en Malgache, et les deux versions ayant exactement le même sens, le texte Français sera officiel et fera foi, sur tous les rapports, aussi bien que le texte Malgache.

Art. XXIV. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Tananarive, dans l'intervalle de six mois, à dater du jour de la signature, et le Traité sera en vigueur dès que cet échange aura eu lieu.

Fait, signé et scellé à Tananarive, le 8 Août, 1868.

B. Garnier.

Ralaitsirofo.

Rainimaharavo.

Rafaralahibemalo.

Rainandriantsilavo.

Donau-Conferenz.

Nr. 7990. DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, OESTERREICH-UNGARN, RUSSLAND und TÜRKEL. — Protokolle der Conferenzen in London, betreffend die Donau-Schiffahrt.

Les Puissances Signataires du Traité du 13 Juillet, 1878 *), ayant décidé de prendre en considération l'exécution des Articles LIV et LV du dit Traité en ce qui concerne la navigation du Danube,

A savoir:

1. L'extension des pouvoirs de la Commission jusqu'à Braila;
2. La confirmation du Règlement élaboré en vertu de l'Article LV du dit Traité;
3. La prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne,—

Se sont réunis à Londres en Conférence, sur l'invitation qui leur a été adressée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Protocole No. 1. — Séance du 8 Février, 1883.

Présents:

Pour l'Allemagne—

Le Comte Münster, Ambassadeur d'Allemagne à Londres.

Pour l'Autriche-Hongrie—

Le Comte Károlyi, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Londres.

Pour la France—

M. Tissot, Ambassadeur de la République Française à Londres; et

M. Camille Barrère, Ministre Plénipotentiaire.

Pour la Grande-Bretagne—

Le Comte Granville, Ministre de Affaires Étrangères; et

Lord Edmond Fitzmaurice, Sous-Secrétaire d'État au Ministère des Affaires Étrangères.

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIV No. 6773.

Nr. 7960.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Pour l'Italie—

Le Comte Nigra, Ambassadeur d'Italie à Londres.

Pour la Russie—

Le Baron de Mohrenheim, Ambassadeur de Russie à Londres.

MM. les Plénipotentiaires de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie et de la Russie se sont réunis aujourd'hui en Conférence au Foreign Office.

La séance est ouverte par le Comte Münster, qui propose que la présidence soit conférée à M. le Comte Granville.

Le Comte Granville accepte la présidence, en remerciant MM. les Plénipotentiaires.

Il propose à la Conférence de nommer Mr. J. A. Crowe, Secrétaire.

Cette proposition ayant été adoptée, le Comte Granville prévient les Plénipotentiaires que Musurus-Pacha, Ambassadeur de Turquie, vient de lui faire savoir, il y a une heure, qu'il n'était pas encore muni des pleins-pouvoirs nécessaires pour prendre part à la Conférence. Le Premier Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne propose en conséquence, que par égard pour Sa Majesté Impériale le Sultan il ne soit pas encore procédé aujourd'hui à la discussion des matières soumises à la Conférence.

Cependant, ajoute-t-il, le temps presse, et il est à considérer qu'un grand nombre de personnes étrangères sont réunies à Londres pour un objet spécial. Il est désirable, en outre, de mener rapidement à bonne fin les questions importantes qui font l'objet de l'attention des Plénipotentiaires. Si plus tard Musurus-Pacha n'était pas encore muni des instructions de son Gouvernement, le Comte Granville exprime l'opinion qu'il deviendrait nécessaire de procéder aux travaux de la Conférence.

Il propose donc d'ajourner la séance à Samedi prochain.

Cette proposition est adoptée.

Toutefois il reste entendu que pour les raisons exposées plus haut et en vue de la nécessité qui s'impose de ne pas perdre un temps précieux avant d'arriver à une solution, il serait impossible de proroger le moment de la discussion au delà du jour qui vient d'être désigné d'un commun accord.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant leur prochaine réunion à Samedi, 10 Février, à 3 heures.

Münster.

Károlyi.

Tissot.

Camille Barrère.

Granville.

Edmond Fitzmaurice.

Nigra.

Mohrenheim.

Musurus.

Protocole No. 2. — Séance du 10 Février, 1883.

Présents:

Dieselben und
Pour la Turquie—

Musurus-Pacha, Ambassadeur de Turquie à Londres.

Le Comte Granville propose, et la Conférence approuve, que le secret le plus absolu soit maintenu au sujet de ses délibérations.

Le Comte Granville propose, en outre, que le Protocole de la dernière séance soit adopté; mais à ce sujet,

Le Baron de Mohrenheim se propose de faire quelques observations non sur la teneur du Protocole, mais sur une des matières qui s'y trouvent consignées.

L'ordre, dit-il, dans lequel les trois questions à débattre se trouvent soumises aux délibérations de la Conférence, ne correspond pas à celui qui s'impose de lui-même, tant en vertu des Articles du Traité de Berlin, qui s'y rapportent, que de celui de la dépêche de convocation. Les Plénipotentiaires sont réunis en vertu de l'Article LIV du Traité de Berlin, Traité qui n'a eu en vue que la réunion d'une Conférence pour régler l'Article cité plus haut. La Circulaire de Lord Granville invite en conséquence les Puissances à se faire représenter à Londres pour remplir les stipulations de ce même Article. Ce n'est, comme il résulte des considérations développées subsidiairement dans cette pièce, que par suite du cas fortuit qui a empêché une entente sur l'Article LV, que le Cabinet de St. James a été induit à suggérer que cet Article fût déféré à l'examen de la Conférence qui serait convoquée principalement en vue de l'Article LIV:—

"It would therefore seem advisable, that any Conference which may be convened for the consideration of the LIVth Article of the Berlin Treaty should also come to a decision with regard to the execution of its LVth Article."

On a donc joint aux deux autres questions la troisième relative à l'extension des pouvoirs de la Commission Européenne jusqu'à Braila. L'ordre primitif assigné aux matières soumises à la Conférence était celui que le Traité de Berlin avait consacré. Il se trouve maintenant interverti, cas imprévu avant l'ouverture de la Conférence. Il est clair que la logique s'oppose à cette mutation. Elle ne permet pas que deux questions étroitement liées, l'une et l'autre, à une troisième qui ne serait traitée qu'après, soient discutées avant celle-ci—attendu qu'il en résulterait qu'on préjugerait ainsi la durée d'une institution dont l'existence même est en question, et que l'on se prononcerait sur l'extension et la nature des pouvoirs qu'il s'agit auparavant de prolonger.

Le Plénipotentiaire de Russie conclut en demandant le rétablissement de l'ordre primitif, et que la discussion de l'Article LIV du Traité de Berlin passe avant celle du paragraphe LV.

Le Comte Károlyi fait remarquer que si la Conférence se trouvait avoir discuté sans résultat la question de la prolongation des pouvoirs de la Com-

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1893.

mission Européenne, il irait de soi qu'on ne procéderait pas à la solution des autres parties du programme de la Conférence.

Le Comte Granville fait observer que la question soulevée par le Plénipotentiaire de Russie lui a été suggérée par la lecture du Protocole. Ne pourrait-on pas adopter le Protocole tel qu'il est et remettre la discussion de la question soulevée à un autre moment?

Le Baron de Mohrenheim dit qu'il suffirait de constater que le consentement qu'il donnerait, au cours de la discussion, à un règlement de la question de la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne, ne pourrait être que provisoire, et dépendrait des justes réclamations qu'il aurait à faire au nom de son pays.

Le Comte Granville dit que l'ordre de la discussion de ces trois questions avait été adopté conformément aux désirs de ceux des Plénipotentiaires qu'il avait été à même de consulter. Cet ordre lui paraît répondre à tous les besoins et ne porte aucun préjudice aux droits de chaque Plénipotentiaire de formuler toutes les réserves qu'il lui conviendrait de faire en ce qui touche l'avenir de la discussion.

Le Comte Münster se prononce dans le même sens.

Le Baron de Mohrenheim ne saisit pas l'opportunité qu'il y aurait à intervertir l'ordre qui s'impose par la nature des choses, la Conférence ayant été convoquée principalement dans le but de trouver une solution à l'Article LIV du Traité de Berlin.

M. Tissot croit que la discussion ne souffrirait pas de l'ordre indiqué dans l'invitation du Gouvernement de la Reine.

M. Barrère fait observer qu'il n'y a aucune question de principe en jeu et qu'il s'agit seulement d'une simple affaire de procédure.

Le Comte Nigra pense que la question soulevée par le Plénipotentiaire de Russie doit être considérée comme une simple question de forme. Il ne voit pas qu'il y ait inconvénient à donner satisfaction à la demande du Plénipotentiaire de Russie, du moment qu'il demeure entendu que la Conférence, lorsqu'elle abordera la discussion des trois points, reste toujours maîtresse de suivre l'ordre qui lui paraîtra convenable.

Le Plénipotentiaire de Turquie considère la Commission Européenne comme existant, le Traité de Berlin ayant consacré le principe de la prolongation, qui est admis et indiscutable.

Le Baron de Mohrenheim répond que la question de la permanence touchée par le Congrès de Berlin a été abandonnée. Il ne saurait admettre cette permanence, qui n'a été confirmée nulle part depuis le Traité de Paris.

Le Comte Granville croit devoir remettre la discussion sur son véritable terrain. Il ne s'agit pas quant à présent de la Commission Européenne, mais uniquement de l'ordre dans lequel la discussion aura lieu. Les explications qui viennent d'être échangées lui paraissent de nature à établir un complet accord.

Le Baron de Mohrenheim déclare que tout en maintenant son opinion, il désire ne pas soulever de difficultés. Si l'on admet que les déclarations qui pourraient être faites au sujet de l'Article LV du Traité de Berlin ne sont que provisoires et sujettes à être rappelées dans le cas où l'entente ne s'établirait pas en ce qui regarde l'Article LIV, il se contentera de cette réserve.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

L'incident étant clos le Protocole de la dernière séance est adopté.

Il est donné lecture de la dépêche dans laquelle l'Envoyé de Roumanie réclame au nom de son Gouvernement le droit de se faire représenter à la Conférence de Londres (Annexe A).

Le Comte Granville exprime l'espoir que la Roumanie sera admise à la Conférence sur le même pied que les autres Puissances. Il serait d'autant plus gracieux de lui faire cet accueil qu'elle se trouve déjà représentée dans la Commission Européenne et qu'elle aura également son Représentant dans la Commission Mixte, dont la formation est proposée.

Le Comte Münster croit devoir s'opposer à l'admission de la Roumanie sur le même pied que les Grandes Puissances. Le Plénipotentiaire d'Allemagne reconnaît volontiers le grand intérêt qu'a la Roumanie à la solution heureuse des questions pendantes à la Conférence. Cependant le Gouvernement Allemand serait d'avis de conserver à celle-ci son caractère Européen en s'abstenant de mettre la Roumanie au pair des Grandes Puissances. Si, tout en maintenant le principe de l'unanimité dans la Conférence, on donnait une voix à la Roumanie, on lui créerait une position qui ne serait nullement désirable, celle de pouvoir à sa volonté imposer son *veto*. La Roumanie ne pourrait donc être admise qu'en qualité d'invitée et non comme maîtresse de maison.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie croit devoir expliquer qu'il se serait volontiers conformé au désir exprimé par le Président que la Roumanie, en raison de la situation spéciale qui lui a été créée par le Traité de Berlin, soit admise à la considération des trois questions qui forment l'objet de la réunion de la Conférence. Toutefois il ne peut que tenir compte de l'opinion contraire qui vient d'être exprimée par le Comte Münster, et il serait disposé à revenir sur son opinion pour adhérer à celle du Plénipotentiaire d'Allemagne.

Les Plénipotentiaires de France partagent l'opinion exprimée par Lord Granville et ils seraient disposés à admettre la Roumanie à la discussion des matières soumises à la Conférence; toutefois ils reconnaissent que les objections formulées par le Comte Münster sont sérieuses. Ils se rangeront donc à l'opinion de la majorité.

Le Comte Nigra déclare que l'Italie se trouve, dans cette question, dans la même situation que les autres Puissances qui avaient accueilli la proposition de l'Angleterre. Du moment qu'elles semblent disposées à accepter l'amendement proposé par le Représentant de l'Allemagne, le Plénipotentiaire d'Italie se range à l'opinion de la majorité.

Le Baron de Mohrenheim, tout en se rangeant à l'opinion de la majorité, serait d'avis qu'on admît les États Riverains sauf à créer à chacun d'eux une

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

situation en rapport avec sa compétence. Mais en raison des opinions qui ont été admises, il croit devoir se ranger définitivement à l'avis de la majorité.

Le Plénipotentiaire de Turquie exprime la même opinion. Il croit toutefois qu'on pourrait inviter la Roumanie à prendre part à la Conférence, mais sans être admise à la signature des Protocoles, réservée aux Plénipotentiaires des Grandes Puissances.

Le Comte Granville demande à l'Ambassadeur d'Allemagne de vouloir bien formuler sa proposition sous forme d'amendement à celle qu'il a présentée au début de la discussion. Il désirerait aussi qu'on a l'optât pour la Serbie le même amendement que pour la Roumanie.

Il est donné lecture de la demande faite au nom de Sa Majesté le Roi de Serbie d'être admis à prendre part aux délibérations de la Conférence (Annexe B).

Le Comte Károlyi exprime l'opinion en premier lieu que son Gouvernement aurait désiré que les mêmes privilèges qu'il aurait été disposé à accorder à la Roumanie fussent reconnus pour la Serbie. Cependant il se déclare prêt à accepter la formule suggérée par le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne, étant d'avis qu'on ne saurait accorder à la Serbie des concessions plus grandes que celles qu'on accorderait à la Roumanie.

M. Tissot ayant accepté l'amendement, *le Baron de Mohrenheim* déclare l'accepter dans le même sens et se range complètement à l'interprétation que vient de lui donner l'Ambassadeur d'Autriche.

Le Comte Granville abordant la question de l'admission à la Conférence de la Bulgarie, fait ressortir que cette Principauté est dans une position différente de celle dont jouissent la Roumanie et la Serbie. Elle est dans la position d'un État vassal qui doit être représenté par la Turquie. Cependant la Conférence devrait nécessairement être pleinement informée des vœux de la Bulgarie, et le Plénipotentiaire de Turquie pourrait donner l'assurance que toutes les communications que la Bulgarie voudrait faire seraient textuellement soumises à la Conférence.

Le Plénipotentiaire de Turquie, à l'appui de l'opinion exprimée par le Comte Granville, cite un cas qui s'est produit en 1871. Il s'engage à recevoir et à porter à la connaissance de la Conférence toutes les demandes de la Bulgarie.

Le Comte Károlyi prend acte des paroles du Plénipotentiaire de Turquie, dont il se déclare satisfait.

Le Baron de Mohrenheim, tout en reconnaissant qu'il y avait lieu d'établir une distinction entre la situation qui pourrait être faite à la Bulgarie et celle qui revenait à ses deux co-États Riverains, ne voit pas pourquoi il ne serait pas possible de lui donner une voix consultative sans être tenue de faire passer ses communications par le canal de la Turquie. Il invoque l'antécédent de l'admission de la Bulgarie, malgré les objections de la Porte, à la Commission Européenne pour la discussion des Règlements de la navigation du

Danube en amont de Galatz. Cependant, il ne croit pas devoir insister, en présence de l'opinion qui semble prévaloir dans la Conférence. Revenant sur les observations qu'il a cru devoir faire sur le Protocole, le Plénipotentiaire de Russie déclare réserver son opinion et ne prendre qu'*ad referendum* l'ordre qui a été adopté par la Conférence.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1863.

Lord Edmond Fitzmaurice donne lecture de l'amendement rédigé par le Comte Münster dans les termes suivants:—

“A la suite d'un échange de vues, et adoptant l'avis de la majorité, la Conférence décide qu'elle invitera la Roumanie et la Serbie à assister à ses séances afin de les consulter et de les entendre.

“La Conférence décide également que les observations de la Bulgarie seront portées textuellement à la connaissance de la Conférence par l'entremise de l'Ambassadeur de Turquie.”

La Conférence adopte la proposition telle qu'il en a été donné lecture par le Second Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique.

Les Plénipotentiaires de Roumanie et de Serbie sont admis à la Conférence.

Le Président leur communique la décision que la Conférence vient de prendre à leur égard.

Le Prince Ghica, en prenant connaissance de cette décision, expose que les instructions qu'il a reçues de son Gouvernement portent seulement sur le cas où le Représentant de la Roumanie serait admis à la Conférence avec voix délibérative. Telle n'est pas la position qui lui est créée aujourd'hui. Il prierait donc la Conférence de bien vouloir lui communiquer sa décision par écrit. Il la portera à la connaissance de son Gouvernement, et il ne doute pas que sous peu il sera en mesure de faire part aux Plénipotentiaires de sa réponse. En attendant il croit devoir s'abstenir.

M. Marinovitch s'exprime dans le même sens.

La décision de la Conférence est communiquée par écrit aux Représentants de la Roumanie et de la Serbie, qui se retirent.

Le Président prie l'Ambassadeur d'Allemagne de vouloir bien faire connaître à la Conférence son opinion sur la question de l'extension des pouvoirs de la Commission jusqu'à Braïla.

Le Comte Münster ayant cédé la parole à son collègue d'Autriche,

Le Comte Károlyi déclare ne s'opposer en aucune façon à cette extension, sous la réserve de l'acceptation définitive de la prolongation de la Commission Européenne. Il n'entend pas préjuger son opinion quant à cette prolongation.

Le Baron de Mohrenheim en se rangeant aux réserves que vient d'exprimer l'Ambassadeur d'Autriche accepte également l'extension que les Plénipotentiaires de France, d'Italie et de Turquie déclarent adopter.

En ce qui touche les Règlements élaborés par la Commission Européenne pour la partie du Danube comprise entre les Portes de Fer et Galatz, et afin, dit-il, d'éviter tout malentendu, *le Comte Károlyi* s'exprime dans les termes suivants:—

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

“J’ai pour instruction d’accepter dans leur intégrité les Règlements de navigation, de police et de surveillance adoptés par la Commission Européenne dans son avant-dernière séance et soumis par elle à la sanction des Puissances en exécution de l’Article LV du Traité de Berlin.

“Je pense que la Commission Européenne étant laborieusement arrivée à l’élaboration des dits Règlements, il serait superflu d’entrer dans l’examen des détails que les Représentants des Puissances à Galatz ont d’ailleurs réglés avec une compétence qui est admise par tout le monde.

“Cependant les deux points principaux de ces Règlements qui doivent spécialement attirer l’attention de la Conférence portent:—

“1. Sur la participation de l’Autriche-Hongrie à la Commission Mixte en raison de l’importance et de la supériorité de ses intérêts commerciaux et de navigation dans le cours moyen du Danube, et

“2. Sur le caractère exécutif de la dite Commission.

“Ces deux points font l’essence des Règlements adoptés par la Commission Européenne, et c’est principalement pour cette raison que le Gouvernement Impérial et Royal doit demander aux Représentants des Puissances et à celui de la Roumanie et de la Serbie d’accepter les principes qu’ils impliquent.

“Le Gouvernement Impérial et Royal considère que la participation de l’Autriche-Hongrie à la Commission Mixte ne peut que contribuer à la stricte observation de la liberté de la navigation dans le Danube consacrée, du reste, par les Traités.

“Les craintes qui pourraient naître de la participation de l’Autriche-Hongrie à la Commission Mixte sont d’ailleurs rendues chimériques par ce fait que l’existence de la Commission Mixte est formellement subordonnée à celle de la Commission Européenne, et que la première ne saurait exister sans la seconde.

“Du reste, le sentiment qui a amené le Gouvernement Impérial et Royal à revendiquer une représentation dans la Commission Mixte, droit qui lui a été reconnu par toutes les Puissances, lui a été inspiré par le seul désir d’avoir dans cette Commission une situation qui lui permette de protéger, de concert avec les autres membres de la Commission Mixte, ses intérêts légitimes et ceux de la navigation internationale. Je ne parle pas de la présidence, vu qu’il s’agit plutôt d’une question de forme et d’une conséquence naturelle du caractère permanent de la participation Austro-Hongroise à la Commission Mixte.

“En ce qui concerne le caractère exécutif de la Commission Mixte, cette condition paraît indispensable à mon Gouvernement pour assurer l’exécution régulière des Règlements préparés par la Commission Européenne.

“Il ne peut porter ombrage à personne puisque tout le monde y est soumis.

“Ce caractère est d’ailleurs la conséquence de la législation en vigueur sur le Bas-Danube, c’est celui qu’affecte la Commission Européenne de Galatz,

et l'Article LV du Traité de Berlin a suffisamment indiqué que le régime en amont de Galatz devrait être mis en harmonie avec celui appliqué en aval.

“Le caractère exécutif de la Commission Mixte ne porte, en outre, aucune atteinte à la souveraineté des États intéressés, laquelle demeure intacte en dehors de l'application de certaines dispositions fluviales explicitement indiquées par les Traités.

“Je me fais un devoir de remercier le Gouvernement de Sa Majesté Britannique d'avoir provoqué une Conférence pour régler définitivement les questions qui découlent des Articles LIV et LV du Traité de Berlin, et je remercie également les Gouvernements qui ont bien voulu faciliter par leur action une entente commune.

“En me résumant, je me permets, avant tout, de soumettre les deux points précités à l'appréciation de la Conférence, et je me livre à l'espoir que la Roumanie, après que les Grandes Puissances auront de nouveau confirmé ces deux principes et sanctionné tous les Règlements en question, ne se refusera plus à y accéder de son côté.”

Le Plénipotentiaire d'Allemagne adhère aux Règlements soumis par la Commission Européenne à l'examen des Puissances.

Les Plénipotentiaires de France déclarent qu'ils ne peuvent que renouveler l'adhésion de leur Gouvernement aux Règlements élaborés par la Commission Européenne, tout en exprimant l'espoir qu'une entente pourra s'établir sur des modifications de détail qui ne porteraient aucune atteinte aux principes qui ont présidé à l'élaboration des Règlements. Il va sans dire, d'ailleurs, que leur adhésion à ces Règlements est subordonnée à la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne.

Le Plénipotentiaire d'Italie adhère de même à ces Règlements.

Le Baron de Mohrenheim dit que son Gouvernement entend maintenir toutes les déclarations faites par le Délégué du Gouvernement Impérial à la Commission Européenne, consignées dans les Protocoles des Conférences de Galatz, et accorder son consentement à un terme de quatre années à titre d'essai du fonctionnement par ordre alphabétique de la Délégation émanant de la Commission Européenne, si, bien entendu, il était dans le cas d'accorder également son consentement à la prolongation de cette dernière, le terme de l'existence des deux Commissions se trouvant nécessairement lié.

Le Plénipotentiaire de Turquie accepte également les Règlements préparés par la Commission Européenne avec les réserves stipulées par son Gouvernement lors de la signature de ces Règlements à Galatz.

Le Second Plénipotentiaire de France et le Plénipotentiaire d'Italie déclarent vouloir réserver la discussion sur le terme de quatre ans proposé par le Plénipotentiaire de Russie.

Le Comte Granville annonce à la Conférence que le Comte Károlyi aurait l'intention de proposer certaines modifications qui lui paraîtraient acceptables, mais qu'il se réserve de les formuler dans une séance suivante.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Lord Edmond Fitzmaurice croit que la Conférence accueillera avec une vive satisfaction l'expression des sentiments que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie vient de lui transmettre par l'entremise de Lord Granville.

Il ressort de cette déclaration que le Gouvernement Autrichien est animé du sincère désir de faire tout ce qui est en son pouvoir pour arriver à une cordiale entente avec toutes les parties intéressées.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant leur prochaine séance à Mardi, 13 Février, à 3 heures.

[Unterschriften.]

Annexe A au Protocole No. 2 du 10 Février, 1883.

Londres, le 1^{er} Février, 1883.

My Lord, — Si la Roumanie, le pays le plus directement intéressé dans la navigation du Danube, n'a pas été appelé par le Traité de Paris à participer aux travaux de la Commission Européenne, c'est qu'en 1856 elle formait deux Principautés distinctes sous la suzeraineté de la Porte, qui était tenue de défendre les intérêts des deux pays. Il n'en était plus de même en 1878. A l'époque du Traité de Berlin, la Roumanie était un État indépendant, ses intérêts et ses droits ne pouvaient plus comme par le passé être représentés par le Délégué Ottoman, et le Congrès de Berlin ne pouvait faire moins que de l'appeler à se faire représenter dans la Commission Européenne du Danube. || Par l'Article LIII du Traité de Berlin le Délégué de la Roumanie est admis à la Commission Européenne au même titre que les Délégués des Puissances Signataires des Traités de Paris, de Londres et de Berlin. C'était un acte de justice et d'équité que de reconnaître la position exceptionnelle occupée par la Roumanie sur la partie du fleuve soumise à la juridiction de la Commission Européenne. On ne pouvait pas l'exclure de toute action sur des eaux dont on venait de lui donner la possession. || La participation de la Roumanie aux travaux de la Conférence sur le pied de la plus parfaite égalité avec les autres Puissances est indiquée par la nature même des choses. Ayant été admise au sein de la Commission Européenne on ne peut l'exclure d'une Conférence convoquée spécialement pour l'existence et l'organisation de cette même institution. || Il est à considérer que le droit de participation de la Roumanie à la Conférence est fondé aussi bien sur les prescriptions anciennes et permanentes du droit international, et sur la situation récemment consacrée par l'Europe. || En effet, d'une part, le Protocole du Congrès d'Aix-la-Chapelle du 15 Novembre, 1818, statue que "dans le cas où des réunions auraient pour objet des affaires spécialement liées aux intérêts des autres États de l'Europe, elles n'auraient lieu que sous la réserve expresse de leur droit d'y participer." || D'autre part, la Roumanie a signé avec les autres Puissances l'Acte Additionnel à l'Acte Public du 2 Novembre, 1865, relatif à la navigation des embouchures du Danube, en date du 28 Mai, 1881, ainsi que le Règlement de Navigation

et de Police applicable à la partie du Danube comprise entre Galatz et les embouchures, arrêté par la Commission Européenne le 19 Mai, 1881. || La signature du Plénipotentiaire Roumain impliquait dès lors que la Roumanie serait également appelée à se prononcer directement et de pair avec les autres Puissances sur toutes les questions relatives à la Commission Européenne du Danube. Du reste, le Cabinet de Vienne, par sa note du 11 Avril, 1882, s'est montré favorable à la participation de la Roumanie, et le Gouvernement du Roi pense que les vues des autres Cabinets de l'Europe s'accorderont à reconnaître à la Roumanie le complément logique de la situation qui lui a été faite par leur propre décision consignée à l'Article LIII du Traité de Berlin.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Jon Ghica,

Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire
de Sa Majesté le Roi de Roumanie.

An son Excellence le Comte Granville,
Président de la Conférence.

Annexe B au Protocole No. 2 du 10 Février, 1883.

Londres, le 2 Février, 1883.

M. le Président, — Votre Excellence connaît la démarche que le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Serbie, mon auguste Souverain, a cru devoir faire auprès des Puissances Signataires du Traité de Berlin en vue d'être admis à prendre part aux délibérations de la Conférence qui a été convoquée à Londres pour s'occuper de la question Danubienne. || Cette Conférence devant se réunir prochainement, j'ai reçu l'ordre de mon Gouvernement de me rendre à Londres et, s'il y a lieu, de représenter la Serbie à la Conférence. || J'ai donc l'honneur, M. le Comte, de m'adresser à votre Excellence, en sa qualité de Président de la Conférence, et de vous prier de vouloir bien soumettre la demande de mon Gouvernement à la bienveillante appréciation de cette haute Assemblée. || Les sentiments de justice et de bienveillance dont les Grandes Puissances représentées dans la Conférence sont animées à l'égard de la Serbie, me dispensent, M. le Président, de la nécessité de revenir ici sur les raisons de droit qui plaident en faveur de l'admission de la Serbie dans une Conférence où des questions touchant si directement aux intérêts de la Serbie, comme État Riverain, seront examinées et résolues. || Ces raisons, d'ailleurs, ont été suffisamment exposées dans la Circulaire de mon Gouvernement, en date du 17/29 Décembre, 1882, communiquée aux Grandes Puissances. || J'ai, &c.

J. Marinovitch.

Son Excellence le très Honorable Lord Granville,
Président de la Conférence Danubienne.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1863.

Protocole No. 3. — Séance du 13 Février, 1863.

Présents:

Dieselben und
Pour la Serbie—

M. Marinovitch, Ministre de Serbie.

Le Comte Granville ayant proposé l'adoption du Protocole de la dernière séance,

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie exprime le désir de faire quelques changements aux paroles qui lui sont attribuées au sujet de l'invitation faite à la Serbie de prendre part aux travaux de la Conférence.

Par suite de ces changements, *le Baron de Mohrenheim* déclare s'associer complètement à la pensée du Comte Károlyi.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie présente quelques observations au sujet de son adhésion à l'extension des pouvoirs de la Commission Européenne jusqu'à Braila.

Sur ce point *le Baron de Mohrenheim* abonde pleinement dans le sens de ce que venait de dire le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

Le Second Plénipotentiaire de France fait remarquer que l'adhésion des Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Italie et de Turquie aux Règlements élaborés par la Commission Européenne n'est pas mentionnée au Protocole de la seconde séance et croit qu'il y a lieu de combler cette lacune. Il saisit en même temps cette occasion pour compléter certaines observations que les Plénipotentiaires de France ont cru devoir faire à la séance du 10 Février quant à cette question.

Le Baron de Mohrenheim dit qu'il aurait fait la même remarque que celle que vient de faire le Second Plénipotentiaire de France s'il avait eu la priorité alphabétique. La Conférence, ajoute-t-il, attache un trop grand prix à l'opinion des Plénipotentiaires et notamment, sur ce point spécial, à celle du Représentant de la Sublime Porte, pour qu'il ne le prie pas de s'exprimer à ce sujet.

Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Italie et de Turquie ayant formulé leur adhésion,

Le Baron de Mohrenheim demande à l'Ambassadeur de Turquie si c'est en maintenant ou en abandonnant les réserves dont son Gouvernement avait accompagné la signature du Règlement de Galatz, et il en donne textuellement lecture.

Le Plénipotentiaire de Turquie maintient ces réserves et *le Plénipotentiaire de Russie* en prend acte.

Le Protocole, avec les changements notés plus haut, est adopté.

M. Marinovitch, en communiquant aux Plénipotentiaires la décision de son Gouvernement au sujet de l'admission de la Serbie à la Conférence, s'exprime en ces termes:—

“J’ai communiqué à mon Gouvernement la décision qui m’a été lue à la séance de la Conférence du 10 Février courant, et par laquelle la Conférence a bien voulu appeler la Serbie dans son sein, afin de la consulter et de l’entendre.

“Mon Gouvernement, prenant en considération, d’une part, que par cette décision la Conférence n’a pas pu avoir l’intention de contester à la Serbie le droit que, comme État Souverain et Riverain du Danube, elle puise dans le droit des gens, ni de porter atteinte aux dispositions de l’Article LV du Traité de Berlin, et d’une autre part, désirant témoigner de sa déférence envers cette haute Assemblée, m’a donné l’autorisation d’accepter la place, à laquelle la Conférence a bien voulu me convier.”

Il est donné lecture de la note, dans laquelle le Représentant de la Roumanie porte à la connaissance du Comte Granville que son Gouvernement ne lui permet pas de prendre part aux délibérations de la Conférence (Annexe A).

Le Président demande si la Conférence est disposée à maintenir la résolution qu’elle a prise à l’égard de la Roumanie; si les Plénipotentiaires se décidaient à ne rien changer à cette résolution, il prierait l’Ambassadeur d’Autriche de vouloir bien formuler les modifications qu’il a annoncées à la dernière séance.

Le Comte Károlyi répond qu’il y aurait avantage à faire d’abord une déclaration qui réglerait la situation de la Conférence vis-à-vis du Règlement de navigation applicable à la partie du Danube située entre les Portes de Fer et Galatz.

Le Plénipotentiaire d’Italie propose que la Conférence, par l’organe de son Président, fasse parvenir au Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Roumanie ses regrets de ce qu’il n’ait pas cru devoir autoriser son Plénipotentiaire à assister à la Conférence, et lui communique la raison qui a amené les Plénipotentiaires des Puissances à adopter dans la précédente séance la résolution qui concerne la Roumanie. Cette raison, exposée par le Plénipotentiaire d’Allemagne et admise par tous les autres Plénipotentiaires, consiste dans le fait que la Conférence a cru devoir se considérer en quelque sorte comme la prolongation et la suite du Congrès de Berlin, auquel la Roumanie n’a pas participé comme Signataire.

La Conférence ayant adhéré à la proposition du Comte Nigra, décide qu’elle fera part à la Roumanie des motifs de sa décision.

Le Plénipotentiaire d’Autriche donne lecture d’un projet de déclaration constatant l’accord de la Conférence au sujet du Règlement. Il s’attache à démontrer le grand avantage qu’il y aurait à le faire signer immédiatement.

Engageant le débat sur la forme accordée à la rédaction de cette pièce,

Le Second Plénipotentiaire de France fait observer que le mot “exécutoire” pourrait donner lieu à une interprétation équivoque, et qu’on lui accorderait peut-être une signification qui n’entrerait pas dans la pensée de celui qui l’a proposé. On pourrait avec avantage le supprimer, ou y substituer une autre expression.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1888.



Nr. 7890.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie dit qu'il n'a d'autre but en vue que de constater la fin d'une phase en la déclarant nettement close.

Le Baron de Mohrenheim croit comprendre que le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie désire que l'accord des Grandes Puissances et leur adhésion au Règlement de Galatz soient constatés. La Russie, pour sa part, n'a aucune objection à faire à ce Règlement, qui, malheureusement, n'a pas obtenu l'honneur de l'unanimité. La Convention n'ayant pas été unanimement acceptée par toutes les Parties Contractantes, il serait bien difficile pour la Conférence de la rendre exécutoire. La Russie, pour son compte, l'accepte, et moyennant accord, il serait à espérer que l'harmonie qui existe entre les Puissances Européennes deviendra une force morale suffisante pour agir sur les dispositions conciliantes de la Roumanie; mais ce serait aller trop loin que de déclarer ce Règlement obligatoire.

Le Président, résumant la discussion, et constatant qu'il y a de fait un amendement proposé à la Conférence par le Second Plénipotentiaire de France, prie l'Ambassadeur de Russie de vouloir bien formuler le sien.

Le Comte Károlyi se déclare prêt à abandonner le mot "exécutoire."

Lord Edmond Fitzmaurice aurait compris le mot "exécutoire" comme étant applicable exclusivement aux Puissances Signataires du Protocole. Ce mot ne saurait être interprété comme donnant à d'autres Puissances un mandat exécutoire; et c'est ce qui avait été parfaitement compris à la Conférence de 1858. Toutefois, puisque le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie ne maintient pas son expression, la difficulté semblerait aplanie.

Le Plénipotentiaire d'Italie fait observer qu'on pourrait adopter la déclaration rédigée par le Comte Károlyi si l'on exprimait en même temps le vœu que les Puissances non représentées puissent plus tard se joindre à cet accord.

Le Comte Granville dit qu'il a déjà pu adhérer, au nom de son Gouvernement, aux arrangements dont il est question; qu'il a saisi avec une vive satisfaction l'occasion de renouveler cette adhésion à la Conférence. Cependant, l'Ambassadeur de Russie ayant cru devoir faire certaines réserves, sa Seigneurie, tout en exprimant l'espoir que ces réserves ne seront pas de nature à créer la discorde au sein de la Conférence, se croit en devoir de faire part aux Plénipotentiaires de son intention bien arrêtée de ne signer le Protocole qu'à une condition expresse. Il serait parfaitement entendu que la Grande-Bretagne ne se considérerait liée qu'en tant que la Conférence n'arriverait pas à une décision à laquelle le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne ne pourrait pas se rallier.

Les Plénipotentiaires de France, à la suite des observations formulées par le Comte Granville, font remarquer qu'ils ont fait les mêmes réserves, et ils croient devoir les reproduire.

Le Plénipotentiaire d'Italie s'associe à la réserve formulée par le Premier Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne.

A la suite de cet échange d'idées, les Plénipotentiaires arrêtent comme il suit le texte de leur déclaration collective:—

“Les Soussignés, Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, de Russie et de Turquie, réunis en Conférence à Londres le 13 Février, 1883, et dûment autorisés à cet effet, constatent l'accord unanime intervenu entre eux et adoptent définitivement le Règlement de Navigation, de Police Fluviale et de Surveillance applicable à la partie du Danube située entre les Portes de Fer et Galatz, tel qu'il a été élaboré en exécution de l'Article LV du Traité de Berlin du 13 Juillet, 1878, par la Commission Européenne du Danube avec l'assistance de Délégués des États Riverains, et tel qu'il se trouve annexé au Protocole No. 24 du 2 Juin, 1882, de la Commission Européenne du Danube.

Les Soussignés expriment le voeu que les États qui ne prennent pas part aux délibérations de la Conférence se rendront à ce vote unanime, et adopteront également le Règlement en question.”

Le Président donne lecture d'une communication qui lui a été faite par le Représentant de Bulgarie au sujet de la décision prise par la Conférence à l'égard de cette Principauté (Annexe B).

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie ayant émis l'opinion qu'il n'y avait pas lieu de modifier la décision prise au sujet de la Bulgarie par la Conférence,

Le Comte Granville déclare se ranger au même avis.

Mais en faisant part aux Représentants Bulgares de cette résolution, on exprimerait le regret de n'avoir pas pu arriver à une autre solution tout en exposant qu'on aurait soin de les tenir informés par l'entremise de l'Ambassadeur de Turquie.

Le Comte Nigra, en s'associant à la proposition du Président de communiquer les Protocoles aux Délégués Bulgares, propose que, dans la communication qui sera faite par la présidence au Gouvernement Roumain, on ajoute que les Protocoles seront aussi mis à la disposition du Gouvernement Roumain, s'il le désire.

Le Plénipotentiaire d'Allemagne se rallie aux sentiments exprimés par le Comte Nigra.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie est également d'avis qu'il est nécessaire de donner au Représentant de la Bulgarie tous les moyens possibles pour se tenir au courant des délibérations de la Conférence.

Le Baron de Mohrenheim dit qu'à son avis les titres invoqués par la Bulgarie étaient d'une valeur sérieuse qui semblait devoir lui ménager un accès dans des conditions plus acceptables; qu'il reconnaissait, sans doute, que la situation faite aux deux Royaumes Riverains n'admettait plus une position aussi privilégiée que celle, à laquelle le Délégué Bulgare eût pu prétendre autrement; mais, qu'en tout cas, il demeurait établi que l'assimilation que l'Ambassadeur de Turquie avait faite de la nouvelle Principauté tributaire

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1882.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1863.

avec celles qui avaient conquis plus tard leur complète indépendance, n'était pas soutenable en droit, le Traité de Berlin lui ayant reconnu des attributions qui lui créaient une position internationale de beaucoup supérieure, lui reconnaissant jusqu'à la faculté de conclure des Traités en dehors de la Turquie. L'usage qu'elle a pu en faire jusqu'ici ne limitait pas celui qu'elle pourrait encore en faire.

Musurus-Pacha a exprimé le regret de devoir avouer que c'était la première fois qu'il entendait dire que la Bulgarie eût la faculté de conclure des Traités, et cela en dehors de la Turquie.

Il a soutenu qu'un tel droit n'a été accordé à cette Principauté ni par le Traité de Berlin ni par la Puissance Suzeraine, et qu'un pays vassal faisant partie intégrante de l'Empire Ottoman ne saurait, sans une autorisation spéciale et expresse et sans le concours de la Sublime Porte, faire usage d'un droit international appartenant aux seuls États indépendants.

Le Comte Károlyi, invité à faire part à la Conférence des concessions dont il a été parlé plus haut, déclare que "désireux d'épuiser tous les moyens de conciliation envers la Roumanie, le Gouvernement Impérial et Royal serait disposé à ajouter les concessions qui suivent à celles qu'il a déjà faites dans les négociations précédentes, à la condition toutefois qu'un accord définitif en résulte.

"1. Il renoncerait à la double voix, bien entendu à titre de réciprocité quant à la double voix Roumaine.

"2. Il accepterait la demande Roumaine d'un sectionnement longitudinal, et il espère qu'il sera possible d'éviter, par des garanties à fixer, les conflits de compétence, autrement certains, par suite de la mobilité du thalweg.

"3. Pour la nomination des Sous-Inspecteurs le Gouvernement irait dans la voie des concessions jusqu'à admettre soit leur proposition par les États Riverains, leur nomination par la Commission Mixte et leur confirmation par les premiers, soit leur proposition par la Commission Mixte et leur nomination par les États Riverains."

Le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne se montre très satisfait de la première et de la troisième concession que le Comte Károlyi a bien voulu faire au nom de son Gouvernement. Quant à la seconde, il n'a pas cru nécessaire de la recommander à la Roumanie.

Les Plénipotentiaires de France déclarent qu'ils adhèrent d'autant plus volontiers aux modifications proposées par le Comte Károlyi, qu'elles ne portent aucune atteinte aux principes qui ont présidé à l'élaboration des Règlements, et qu'elles répondent aux désirs des États Riverains. Ils ajoutent qu'entre les deux solutions proposées par le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie pour la nomination des Sous-Inspecteurs, celle qui réserve aux États Riverains la nomination de ces Agents leur paraît préférable. Il ne sera pas inutile, à leur avis, de stipuler dans les Règlements que ces Agents devront appartenir à la nationalité de l'État dans les eaux duquel ils fonctionneront.

En ce, qui touche le sectionnement fluvial nouvellement proposé, le Second

Plénipotentiaire de France exprime l'avis qu'il suffira de donner aux Sous-Inspecteurs le pouvoir de constater les contraventions fluviales partout où ils se trouveraient et de les porter à la connaissance du Sous-Inspecteur compétent qui prononcerait en dernier ressort pour éviter les conflits d'autorité qui pourraient résulter du déplacement du *thalweg*.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Après un échange d'observations entre le *Second Plénipotentiaire de France*, le *Baron de Mohrenheim*, le *Second Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne* et le *Comte Károlyi*, au sujet de l'acceptation des concessions indiquées par l'Autriche-Hongrie, des contraventions fluviales et de la démarcation du *thalweg*.

Le *Baron de Mohrenheim* fait observer que les Puissances ayant consenti au Règlement de Galatz, sauf l'assentiment des Parties Contractantes, les concessions qui viennent d'être faites par l'Autriche-Hongrie sont de nature à contenter également la Roumanie et la Bulgarie. Il serait juste aussi bien que gracieux de spécifier que ces concessions ont été accordées à la Bulgarie aussi bien qu'à la Roumanie.

Le *Président* fait valoir que tout ce qu'il s'agit de constater aujourd'hui, c'est que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a bien voulu faire certaines concessions.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant leur prochaine réunion à Samedi, 17 Février, à 3 heures.

[Unterschriften.]

Annexe (A) au Protocole No. 3 du 13 Février, 1883.

Londres, le 12 Février, 1883.

M. le Comte, — Par ordre de mon Gouvernement, j'ai eu l'honneur d'adresser à votre Excellence, en date du 2 Février, une note pour demander que la Roumanie fût admise à prendre part à la Conférence relative à la question du Danube, sur le même pied que les autres États représentés dans la Commission Européenne du Danube. || Votre Excellence ayant bien voulu me communiquer la décision qui a été prise à ce sujet par les Représentants des Puissances Signataires du Traité de Berlin, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence que le Gouvernement du Roi ne saurait accepter une situation qui ne lui accorderait qu'une voix consultative et qui ne lui permettrait pas de prendre part aux décisions de la Conférence. || Par conséquent, je me trouve, M. le Comte, dans la nécessité de décliner l'honneur d'assister aux séances de la Conférence, et, au nom du Gouvernement du Roi, je fais les réserves les plus solennelles et je proteste contre les décisions qui seraient prises sans la participation de la Roumanie, en les déclarant non obligatoires pour elle. || Veuillez, &c.

J o n G h i c a.

Son Excellence le Comte Granville,
Président de la Conférence.

Nr. 7990,
Berliner
Kongress-
Staaten,
8. Febr. bis
10. März 1883.

Annexe (B) au Protocole No. 3 du 13 Février, 1883.

Londres, le 13. Février, 1883.

Excellence, — Nous avons reçu communication de la décision prise par la Conférence pour la question du Danube, dans sa séance de Samedi, 10 Février, au sujet de notre participation aux travaux de cette Conférence, pour ce qui a trait aux questions prévues par l'Article LV du Traité de Berlin. || Si nous avons bien compris l'esprit de cette décision, la Conférence, en refusant de nous admettre à exposer et à soutenir nous-mêmes nos droits dans son sein, a, en même temps, entendu confier la défense de nos intérêts à l'Ambassadeur de Sa Majesté Impériale le Sultan. || Nous espérons que les honorables membres de la Conférence nous permettront de rappeler que l'Article LV du Traité de Berlin donne à la Bulgarie le droit, comme État Riverain, de prendre part aux travaux de la réglementation de la navigation, de la police et de la surveillance du Danube, depuis les Portes de Fer jusqu'à Galatz, et ce droit lui a déjà été confirmé par la présence des Délégués de la Principauté de Bulgarie, avec voix délibérative, au sein de la Commission Européenne, dans les trois sessions de cette Commission. || Pour ce qui est de l'obligation imposée aux Représentants de la Bulgarie de ne pouvoir faire porter leurs observations à la connaissance de la Conférence que par l'entremise de son Excellence M. l'Ambassadeur de Turquie, on pourrait en conclure que les honorables membres de la Conférence, en prenant cette décision, ont voulu amoindrir les droits conférés à la Bulgarie par l'Article LV. Les honorables membres de la Conférence en verront la preuve dans ce fait que les Délégués de la Bulgarie ont siégé, sur un pied d'égalité avec le Délégué de la Turquie, dans la Commission Européenne du Danube, lorsque cette Commission s'occupait de la réglementation de la navigation, de la police et de la surveillance du Danube. || Nous croyons que, dans le cas présent, on ne pourrait pas invoquer, comme précédent, les dispositions de l'Article XVII du Traité de Paris, qui, dans des circonstances similaires, subordonnait l'admission des Commissaires des Principautés vassales de la Turquie, à l'approbation de la Sublime Porte, parce que l'Article LV du Traité de Berlin a modifié complètement les dispositions de l'Article susvisé, en donnant à la Bulgarie le droit de collaborer aux travaux de la Commission Européenne, lorsque celle-ci a pour but la rédaction de Règlements concernant la navigation, la police et la surveillance du Danube. || Le Traité de Berlin a donné à la Principauté de Bulgarie une position internationale supérieure à celle qu'occupaient les Principautés vassales avant la dernière guerre, attendu que de par ce même Traité, il a été reconnu à la Bulgarie le droit de conclure des Traités et des Conventions avec les autres Puissances, en dehors de la Turquie, droit qui a été contesté aux Principautés vassales. Aussi, à notre avis, notre situation devant la Conférence, ayant à porter nos observations à sa connaissance par l'entremise de son Excellence M. l'Ambassadeur de Turquie, ne laisse-t-elle pas que

d'être anormale, d'autant plus qu'il est à remarquer, dans le cas présent, que la défense des intérêts de la Principauté de Bulgarie par son Excellence M. l'Ambassadeur de Turquie ne saurait offrir les garanties voulues par suite de ce fait que, dans la Commission Européenne, lors de la rédaction de Règlements pour la navigation du Danube, le Commissaire Ottoman a voté, bien souvent, contre les propositions des Commissaires Bulgares, propositions qui avaient pour but la sauvegarde des intérêts de la Principauté comme État Riverain. || En remémorant ce qui précède, nous nous plaisons à espérer que les honorables membres de la Conférence n'ayant pas suffisamment pris en bienveillante considération les titres incontestables que le Traité de Berlin donne à la Bulgarie, voudront bien, dans un strict esprit de justice et d'équité, en tenir un compte plus complet dans la décision à laquelle ils jugeront à propos de s'arrêter à la suite de la présente communication, en nous admettant à défendre nous-mêmes nos intérêts. || Nous avons, &c.

Nr. 7960.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Le Premier Délégué de la Principauté de Bulgarie
pour la question du Danube,
Voulcovich.

Le Second Délégué, &c., &c.

B. Schischmareff.

A son Excellence Lord Granville,

Le très Honorable Président de la Conférence
pour la question du Danube, Londres.

Déclaration Collective de la Conférence.

Les Soussignés, Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, de Russie et de Turquie, réunis en Conférence à Londres le 13 Février, 1883, et dûment autorisés à cet effet, constatent l'accord unanime intervenu entre eux et adoptent définitivement le Règlement de Navigation, de Police Fluviale et de Surveillance applicable à la partie du Danube située entre les Portes de Fer et Galatz, tel qu'il a été élaboré en exécution de l'Article LV du Traité de Berlin du 13 Juillet, 1878, par la Commission Européenne du Danube avec l'assistance de Délégués des États Riverains, et tel qu'il se trouve annexé au Protocole de la Commission du Danube, No. 24 du 2 Juin, 1882.

Les Soussignés expriment le vœu que les États qui ne prennent pas part aux délibérations de la Conférence se rendront à ce vote unanime et adopteront également le Règlement en question.

[Unterschriften.]

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten,
8. Febr. bis
10. März 1883.

Protocole No. 4. — Séance du 20 Février, 1883.

Présents:

Dieselben.

Le Comte Granville propose l'adoption du Protocole de la dernière séance.

A cette occasion,

Le Baron de Mohrenheim présente quelques considérations au sujet des observations qu'il a émises quant au caractère définitif que la Russie, pour sa part et en ce qui la concerne, était prête à reconnaître à la Convention de Galatz, quoique, selon la très juste observation de MM. les Plénipotentiaires de France, elle fût susceptible d'amélioration. Le Plénipotentiaire de Russie ajoute que pour qu'on ne puisse pas se méprendre sur la portée de la réserve qu'il a énoncée, il croit devoir dire qu'il n'a entendu que sauvegarder une de ces règles élémentaires du droit international, auxquelles la langue Anglaise applique le terme de "truism," à savoir, que les Conventions ne sont parfaites que lorsqu'elles sont consenties par les ayants-droit, et qu'une Puissance ne saurait imposer à l'autre l'exécution d'engagements qu'elle n'a pas pris; mais, dans le cas spécial présent, en vue surtout du consentement de son Gouvernement, déjà mentionné par lui dans une séance précédente, à l'application à titre d'essai, d'un tour de rotation alphabétique, ce serait évidemment dépasser la portée de cette réserve que de vouloir en conclure qu'elle implique une contradiction quelle qu'elle soit entre cette application pour un temps donné, comme essai pratique, et le principe même de l'unanimité, la question en tant que principielle ne se trouvant point par là préjugée.

Le Ministre de Serbie demande la permission de dire un mot à l'occasion de la lecture du procès-verbal de la dernière séance: —

"N'ayant pas eu l'honneur," dit-il, "d'assister à la séance du 10 Février, dans laquelle l'honorable Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie a lu un exposé sur les Règlements élaborés par la Commission Européenne pour la partie du Danube comprise entre les Portes de Fer et Galatz, je n'ai pu m'acquitter d'une déclaration que mon Gouvernement m'a donné l'ordre de faire à la Conférence.

"M. le Comte Károlyi en relevant dans les Règlements en question deux points essentiels, et notamment (1) participation de l'Autriche-Hongrie à la Commission Mixte, et (2) caractère exécutif de cette Commission, a insisté sur ces points et a demandé aux Représentants des Puissances, ainsi qu'à ceux de la Roumanie et de la Serbie, d'accepter les principes que ces deux points impliquent.

"J'ai donc pour devoir de déclarer, en réponse à cet appel du Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, que mon Gouvernement maintient complètement l'assentiment qu'il a déjà donné aux Règlements élaborés par la Commission Européenne, et que cet assentiment en ce qui concerne la Serbie est définitif.

"Qu'il me soit permis de dire à cette occasion que la Serbie ne peut que se féliciter des concessions que M. le Comte Károlyi a annoncées dans la dernière séance comme pouvant être faites de la part de son Gouvernement, dans

certaines éventualités, et qui consisteraient notamment: (1) dans la renonciation à la double voix; (2) dans le sectionnement longitudinal; et (3) dans un mode plus libéral de la nomination des Sous-Inspecteurs.

“Comme Représentant de la Serbie je prends la liberté d’exprimer le vœu que ces concessions annoncées comme éventuelles, marquées au cachet de justice et de libéralisme, puissent devenir réelles et définitives.”

Il est donné lecture d’une note, dans laquelle les Délégués de la Principauté de Bulgarie portent à la connaissance du Président que le Gouvernement Bulgare ne croit pas pouvoir accepter la situation que la Conférence a entendu lui faire par sa décision du 13 courant (Annexe A).

Le Comte Granville exprime le regret qu’il éprouve de ce refus. C’était avec un vif intérêt qu’on avait pressenti la participation de la Bulgarie aux travaux de la Conférence dans la mesure des attributions, que les Plénipotentiaires étaient portés à lui concéder.

La Conférence avait été, il est vrai, d’avis à l’unanimité que la Principauté devait être représentée par l’Ambassadeur de la Sublime Porte; mais celui-ci avait pris l’engagement de porter textuellement à la connaissance de la Conférence toutes les observations qui lui seraient présentées par les Délégués Bulgares, et avait de plus déclaré les considérer comme faisant partie de sa mission. On était même allé plus loin. Sans les admettre formellement à la Conférence, on les avait invités à être présents pendant les discussions, à l’instar des Délégués des autres Puissances à la Commission Européenne du Danube, et on leur avait communiqué les Protocoles des séances. Rien alors ne semblait mettre obstacle à leur acceptation de l’invitation qui avait été donnée.

Le Baron de Mohrenheim, au sujet des Protocoles communiqués aux Délégués Roumains et Bulgares, fait observer qu’il ne serait peut-être pas superflu d’y joindre la mention expresse que cette communication ne leur est faite que sous la condition du secret le plus absolu.

La Conférence ayant déclaré se ranger à l’opinion émise par le Plénipotentiaire de Russie,

Le Ministre de Serbie fait part à la Conférence d’une nouvelle demande de son Gouvernement, qu’il expose dans les termes suivants: —

“La Conférence étant appelée à s’occuper de la prolongation du mandat de la Commission Européenne du Danube, je demande la permission de lui soumettre au nom de mon Gouvernement une demande qui a quelque connexité avec cette tâche de la Conférence.

“Il est à la connaissance de MM. les Plénipotentiaires, que la Serbie, intéressée comme Riverain du Danube à la liberté de navigation de ce fleuve, croit pouvoir puiser dans sa nouvelle position d’État Souverain le droit de réclamer un siège permanent dans la Commission Européenne, à l’égal de la Roumanie, laquelle, dès la proclamation de son indépendance, a été admise à y siéger.

“Je ne crois pas avoir besoin de fatiguer votre attention en m’étendant

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

sûr les raisons de droit et de justice, que mon Gouvernement a cru devoir invoquer pour justifier sa demande. Ces raisons, d'ailleurs, ont été soumises à la bienveillante appréciation des Grandes Puissances et sont suffisamment connues de vos Excellences.

“Je prendrai la liberté d'ajouter seulement, que si la Serbie a pu être laissée en dehors de cette Commission tant que celle-ci n'était chargée que d'une mission restreinte, locale, celle d'exécuter certains travaux pour assurer la navigabilité des bouches du Danube — travaux qui à l'origine ne devaient pas durer plus de deux ans — il en est tout autrement aujourd'hui, où elle va étendre son activité et sa juridiction sur tout le parcours du Bas-Danube jusqu'aux Portes de Fer, et où elle est appelée à s'occuper des questions qui touchent directement aux intérêts de la Serbie, et va exercer sa surveillance et à un certain degré sa police sur toute l'étendue de notre rive Danubienne au-dessous des Portes de Fer.

“La Commission Européenne devenant par les nouveaux arrangements connexe de la Commission Mixte, et étant appelée à délibérer et à décider des intérêts de la Serbie, ce serait en quelque sorte un déni de justice que de nous en tenir éloignés. En tout cas, il serait incompatible avec les principes de justice et d'équité qui président à vos délibérations, de ne pas tenir compte des changements qui vont être introduits dans la constitution de la Commission Européenne, ni de ceux qui ont été effectués dans la position politique de la Serbie.

“Mon Gouvernement croit donc qu'il lui suffira d'appeler la haute attention de la Conférence sur la légitimité des droits qui servent de base à sa demande, pour que justice lui soit rendue.

“Vouée à une tâche d'intérêt général Européen, et respectueuse des droits de chacun, la Conférence fera un pas de plus dans sa haute mission en accueillant avec bienveillance la demande de la Serbie et en lui accordant un siège dans la Commission Européenne, comme vos prédécesseurs du Congrès de Berlin lui ont reconnu une place dans la famille des États indépendants.”

Le Comte Granville croit avoir montré l'intérêt qu'il porte à la Serbie lorsqu'il a proposé son admission à la Conférence avec voix consultative. Ce n'est pas sans une certaine hésitation qu'il croit devoir combattre aujourd'hui la nouvelle demande du Gouvernement Serbe. Il n'est cependant pas inutile d'observer que cette demande se trouve basée sur l'idée de la parité entre la Serbie et la Roumanie; tandis que de fait, les deux royaumes sont placés dans une situation différente. La Serbie comme la Roumanie est Puissance Riveraine. A part l'importance des intérêts de celle-ci en comparaison avec ceux de sa voisine, on ne pouvait oublier que le siège de la Commission Européenne était à Galatz. Il aurait été peu courtois d'en exclure la Roumanie tandis qu'il n'est pas douteux que cette raison n'existe pas quant à la Serbie. Il est également certain, en outre, que plus la Conférence se tiendra au Règlement de Galatz, plus les chances d'une solution favorable seront augmentées. Si

l'on élargissait le nombre des membres agrégés à cette Commission, on ouvrirait la porte à de nouvelles demandes du même genre, qu'il serait très difficile de ne pas admettre.

Le Plénipotentiaire d'Autriche Hongrie ne se cache pas que les raisons alléguées par la Serbie à l'appui de sa proposition ont un certain fondement. Pour sa part il est autorisé à les appuyer. Il irait même jusqu'à dire que les objections faites par le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne ne lui semblent pas absolument convaincantes. Cependant il est clair que sur la question de l'admission de la Serbie à faire partie de la Commission Européenne, une entente unanime semblerait difficile à établir. Ce qu'on pourrait faire serait donc d'admettre le titre de la Serbie, quitte à déférer à un autre moment son admission à la Commission Européenne.

Les Plénipotentiaires de France disent que toute demande de la Serbie est digne de la considération bienveillante et sympathique de l'Europe, mais que pour le cas dont il s'agit, il leur paraît difficile de donner suite quant à présent aux aspirations qui viennent de se manifester. Les raisons alléguées par le Comte Granville sont sérieuses et de nature à inspirer des doutes même aux amis les plus sincères de la Serbie sur la possibilité qu'il y aurait à satisfaire à sa demande. Il y a aussi, dans cette question, d'autres susceptibilités riveraines qu'il convient de ménager et — en ce qui touche la Roumanie — une situation acquise qu'on ne saurait diminuer sans injustice en adjoignant d'autres membres à la Commission Européenne.

Le Plénipotentiaire d'Italie déclare qu'il n'a pas d'objection à formuler, quant au mérite, sur la question soumise à la Conférence par le Représentant de la Serbie. Mais comme cette question n'est pas comprise dans les trois points qui ont été indiqués dans les lettres de convocation de la Conférence, et pour lesquels seulement il a eu l'instruction d'émettre un vote, le Plénipotentiaire d'Italie se borne à prendre la chose *ad referendum*.

Le Baron de Mohrenheim partage l'opinion du Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie en ce sens qu'il croit que la demande de la Serbie, qu'il aurait sans cela appuyée, ne rencontrerait pas l'unanimité à la Conférence. Il croit donc nécessaire de subordonner la question de l'admission à celle de l'opportunité. Mais alors il serait naturel, aussi bien que juste, qu'on mît la Bulgarie sur le même pied que la Serbie, d'autant plus que cette dernière n'est Riveraine que pour à peine 100 kilom., tandis que la première l'est pour 450.

Le Plénipotentiaire de Turquie, tout en s'associant aux observations du Comte Granville, déclare qu'il n'est muni d'instructions qu'à l'égard des trois points qui font partie du programme de la Conférence. D'ailleurs, il croit que les droits et les intérêts de la Serbie, étant représentés au sein de la Commission Mixte, ce royaume n'a ni titre spécial ni intérêt réel à prendre aussi part à une Commission composée exclusivement des Représentants des Puissances Signataires des stipulations de Paris, de Londres et de Berlin. Si la Roumanie y est admise, c'est que la Commission Européenne a son siège

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Nr. 7900.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

sur le territoire de ce royaume. Quant à la Bulgarie, la Sublime Porte, il est presque inutile de le répéter, a une sincère sympathie pour le bien-être de cette Principauté vassale, aux intérêts de laquelle elle veillera avec d'autant plus de sollicitude qu'elle fait partie de la Commission Européenne.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie exprime de nouveau le vœu que la Serbie puisse un jour être admise à la Commission Européenne; mais il répète qu'il confie à l'avenir le moment où cette admission pourrait avoir lieu.

Le Comte Granville fait observer qu'il est loin de désirer voir exclure complètement la Serbie, mais il semblerait y avoir de graves objections à formuler le principe de l'admission lorsqu'on n'est pas prêt à l'appliquer.

Le Plénipotentiaire d'Allemagne aurait voulu pouvoir, de son côté, appuyer les vœux de la Serbie; mais en raison des opinions émises il croit devoir se ranger à la majorité.

Lord Edmond Fitzmaurice croit devoir indiquer la distinction qu'il y a lieu de faire entre l'admission d'une Puissance à la Commission Européenne et son admission à la Commission Mixte. C'est au Congrès de Berlin qu'on a donné exceptionnellement une place à la Roumanie dans la Commission Européenne, quoiqu'elle ne fût pas une grande Puissance. De tous les États Riverains elle était une des plus intéressées comme étant maîtresse des deux rives dans la plus grande partie du parcours sur lequel la Commission fonctionne, et comme possédant Galatz, siège de la Commission elle-même. Les raisons qui favorisaient l'admission de la Roumanie ne sont pas applicables à la Serbie, qui n'est pas Riveraine sur le parcours en question. Cependant il serait bien à désirer qu'il fût clairement entendu que la Conférence, en refusant la demande Serbe, n'entend nullement porter atteinte à ses droits comme État Riverain du Danube en général — droit qui resterait intact dans le cas de l'établissement d'une Commission Riveraine. C'est précisément parce que l'Europe a décidé de confier le parcours en aval de Galatz à une Commission non-Riveraine, quoiqu'en y ajoutant la Roumanie pour les raisons données plus haut, que la Conférence est obligée aujourd'hui de ne pas consentir à l'admission de la Serbie, dont cependant tous les droits restent réservés.

Après quelques paroles en forme d'adhésion exprimées par *le Plénipotentiaire de Turquie*,

Le Comte Granville résume la discussion sur la question de l'admission de la Serbie à la Commission Européenne en faisant ressortir que le Ministre avait pu voir de quels bons sentiments la Conférence était animée à son égard quoiqu'elle n'eût pas cru devoir accéder à sa demande.

Le Ministre de Serbie dit qu'il aurait désiré une opinion plus favorable, d'autant plus que la Serbie à son point de vue lui semblait posséder les mêmes titres que les autres Puissances, en supposant même que son intérêt se représentât par une distance géométrique moindre que celle des autres Riverains. Comme pays indépendant et État Riverain la Serbie, ajoute-t-il, aurait le droit

au même titre que la Roumanie d'être représentée dans la Commission Européenne et ce n'est pas sans peine qu'il se voit dans la nécessité d'envoyer à son Gouvernement une décision si défavorable.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1888.

Le Comte Granville conclut en faisant observer que la Conférence n'est pas d'avis d'accéder à la demande de la Serbie, mais qu'elle n'entend en aucune manière préjuger par cette décision les droits de la Serbie comme État Riverain.

La Conférence passant à la discussion de la question de la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne, *le Président* exprime l'opinion qu'il verrait avec plaisir adopter le principe de la prolongation permanente. Il prie MM. les Plénipotentiaires de vouloir bien déclarer leurs vues à ce sujet.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie serait d'avis qu'une prolongation de huit ou dix ans serait celle à laquelle son Gouvernement pourrait s'arrêter. Cependant, plus cette prolongation serait longue, plus elle obtiendrait son assentiment.

Le Plénipotentiaire d'Allemagne s'exprime dans le sens du Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie.

Les Plénipotentiaires de France, adoptant la manière de voir du Président, font observer que la meilleure solution serait celle qui investirait la Commission Européenne d'un caractère permanent. Ils relèvent que, contrairement aux idées qui en 1856 n'avaient fait attribuer aux travaux dans le Bas-Danube qu'un caractère provisoire, les travaux dont la Commission Européenne a la charge ont bien réellement un caractère permanent. C'est grâce aux entreprises incessantes de la Commission Européenne que le bras de Souline est maintenu dans un état de navigabilité. Ils pensent que la Commission Européenne a rendu de trop précieux services pour qu'on ne lui donne pas des bases solides et définitives.

Le Plénipotentiaire d'Italie dit que le vote de l'Italie sera pour la solution qui donnera le plus de durée et le plus d'étendue à l'action de la Commission Européenne. Cette action a été jusqu'ici éminemment utile, et elle le sera de même pour l'avenir. C'est grâce aux efforts de cette Commission, à ses soins incessants et aux travaux qu'elle a entrepris, que l'on doit que les bâtiments de tous les pays ont pu naviguer sans entraves dans les eaux du Danube. La Conférence devrait même saisir la présente occasion pour exprimer à la Commission ses remerciements.

Le Baron de Mohrenheim, traduisant les sentiments de son Gouvernement au sujet de la prolongation, s'exprime dans les termes suivants : —

“Depuis que les Puissances s'assemblent en Conférences périodiques pour statuer sur l'opportunité d'un renouvellement des pouvoirs de la Commission Européenne du Danube, c'est pour la première fois qu'elles sont appelées, en vertu d'une disposition du Traité de Berlin, qui témoigne d'un grand esprit de sagesse et de prévoyance, à statuer concurremment sur l'opportunité qu'il pourrait y avoir à y introduire telles modifications qui seraient indiquées par



Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

les circonstances. L'alternative ainsi ouverte répond, en effet, selon nous, aux nécessités d'une situation nouvelle. Des événements d'une importance majeure, des faits historiques d'une portée considérable, ont profondément transformé dans ces contrées du Bas-Danube l'état le choses antérieur, qu'avaient spécialement en vue des arrangements internationaux adaptés à des circonstances qui n'ont plus guère rien de commun avec celles dont il n'importe pas moins de tenir aujourd'hui un compte tout aussi exact et équitable qu'alors. La question qui se présente en conséquence est celle-ci:

“En quoi peuvent et doivent consister ces modifications, prévues par l'Article du Traité de Berlin qui nous occupe en ce moment? C'est sur ce point qu'il appartient à chacun des Plénipotentiaires de faire valoir les revendications éventuelles de son Gouvernement. Pour ma part, j'ai mission d'exposer celles du Gouvernement que je représente, en précisant les modifications qu'il croit utile, juste et nécessaire d'introduire aux pouvoirs de la Commission Européenne, quant à l'extension et au degré de ses attributions — pouvoirs qu'à cette condition il serait tout disposé à lui prolonger pour la nouvelle période d'existence qui lui serait dès lors assurée.

“Qu'il me soit permis de le constater, la Commission Européenne a acquis, dans le passé, des titres sérieux à la reconnaissance générale par le zèle, l'intelligence et la conciliation dont elle a su faire preuve, et les résultats de son activité servant d'heureux témoignage et d'exemple de ce que peut réaliser l'esprit de concorde appliqué aux problèmes politiques. Dans l'avenir, il pourra ne dépendre que d'elle de déployer encore une activité féconde, si elle ne prétend pas l'étendre au delà des points où jusqu'ici elle a été réellement appelée à s'exercer d'une façon pratique, justifiée par une nécessité démontrée. Aussi espérons-nous fermement que cette carrière, circonscrite à la sphère actuelle de ses attributions définitives, pourra lui rester encore longtemps ouverte.

“Je n'ai assurément pas besoin d'affirmer que ce n'est pas le principe de la liberté de la navigation fluviale qui est en question. Désormais ce grand principe civilisateur ne saurait plus être en question, ni aujourd'hui, ni jamais, ni ici, ni nulle part. La Russie le professe et le proclame aussi hautement que qui que ce soit, et il est tout aussi bien, et tout autant, le sien que celui des autres. Mais c'est précisément parce qu'elle le place si haut et au-dessus de toute atteinte, qu'elle ne concevrait pas qu'on pût l'identifier avec une institution quelconque, et moins encore avec une institution essentiellement précaire à laquelle dès son origine et jusqu'à ce jour n'a été constamment reconnue qu'une existence temporaire périodiquement remise en question.

“Le principe de la liberté fluviale a été inscrit en traits indélébiles dans le droit public du monde civilisé, quarante ans avant la création de cette institution toute locale, et, durant ce long laps de temps, il s'est propagé sur tous les fleuves conventionnels des deux hémisphères. Loin donc d'être en quoi que ce soit lié à une institution ignorée partout ailleurs, il est bien

assuré, Dieu merci, de lui survivre aussi longtemps que les fleuves et les idées ne rebrousseront pas leur cours. Ce principe devenu loi n'est pas en question, et ce n'est pas du fait de la Russie qu'il le sera jamais. Je n'aurais qu'à rappeler à ce propos les paroles solennelles proférées au Congrès de Berlin par le Prince Chancelier de Russie, s'il pouvait être à présumer qu'elles en eussent besoin. Je n'ai pas la présomption de croire qu'elles puissent acquérir une valeur nouvelle en passant par ma bouche. Mais ce que je sais, c'est qu'elles ne peuvent rien y perdre, et cela me suffit.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Stanten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

“Tel est le point de vue élevé auquel se place mon Gouvernement et auquel il convie les Grandes Puissances à vouloir bien s'associer également lorsqu'elles apprécieront avec toute l'impartialité dont il aime à être certain d'avance, les propositions suivantes que j'ai l'honneur de leur faire en son nom: —

“Considérant:

“1. Que la Commission Européenne du Danube, appelée à se prononcer sur ceux des bras de ce fleuve qui se prêtaient le mieux aux exigences de la libre navigation internationale, avait, après une étude approfondie de la question sur les lieux et une longue expérience pratique, arrêté son choix définitif sur le bras de Soulina, et, par son Protocole du 2 Novembre, 1865, décidé, sur la proposition de M. le Délégué de la Grande-Bretagne, que c'était dorénavant sur ce bras que devrait être spécialement concentrée l'activité de la Commission, tant en vue de donner aux travaux de l'embouchure un caractère de permanence, que de développer, autant que faire se pourra, l'amélioration du cours de ce bras; et qu'à cette même occasion, M. le Délégué d'Autriche-Hongrie a fait observer que, l'amélioration du bras de Soulina devenant, par l'effet de ce vote, l'œuvre définitive de la Commission Européenne, la clause de l'Article 3 de l'Acte Public relatif à la navigation des embouchures du Danube, signé le même jour, devenait sans objet;

“2. Que les cours d'eau de Kilia, demeurés ainsi en dehors de sa sphère d'activité pratique, constituent des ressources de prospérité locale dont l'on ne saurait frustrer les populations avoisinantes que la Providence a dotées de ces précieuses sources de richesses, ni être soustraits, dans dommage pour le commerce général, aux bienfaits de la libre navigation fluviale qui y resterait en souffrance;

“3. Que les obligations, qui sur les cours d'eau conventionnels seuls, peuvent être consenties par les autorités territoriales riveraines dans le plein exercice de leur liberté souveraine, ne sauraient s'étendre au delà des exigences unanimement reconnues nécessaires au développement de la navigation générale, le but que l'on doit avoir en vue ne pouvant être celui d'atteintes gratuites portées au principe sacré de la souveraineté, mais seulement la conciliation, dans une mesure réciproquement équitable, de ce principe avec celui de la libre navigation;

“Le bras susmentionné du Danube, resté de fait et dans la pratique en dehors de l'activité utile de la Commission Européenne, rentrera désormais



Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

sous l'autorité territoriale souveraine de la Russie, soit en entier, soit en partie, selon qu'il constitue, ou qu'il ne constitue pas, un cours d'eau mixte, et sauf à appliquer aux parties de ce bras qui rentreraient dans la seconde catégorie des Règlements conformes aux principes du droit public fluvial, établissant le traitement des pavillons de toutes les nations sur le pied d'une parfaite égalité, en vue de sauvegarder la liberté de la navigabilité de la branche de Soulina déclarée internationale.

“En conséquence:

“Les embranchements et embouchures du bras de Kilia qui traversent sur tout leur parcours le territoire de la Russie, et dont ainsi les deux rives lui appartiennent, rentrent sous l'autorité territoriale exclusive de la Russie.

“Le cours mixte du bras de Kilia, dont le thalweg forme la frontière de la Russie et de la Roumanie, rentre sous l'autorité territoriale exclusive de la Russie sur celles des rives et des eaux qui lui appartiennent jusqu'au thalweg.

“Le Règlement Fluvial de Navigation et de Police de ce cours mixte prendra pour base celui du Bas-Danube, et sera appliqué par les États Souverains des deux rives.

“Les travaux techniques que la Russie entreprendrait à ses frais dans ses propres eaux en vue d'y améliorer les conditions de navigabilité dans un intérêt économique, et qui intéresseraient la voie internationale, ne devant pas, dans ses intentions, porter préjudice à la branche de Soulina, les cas de divergences à cet égard entre les autorités de la Russie et la Commission Européenne feraient l'objet d'explications directes entre les Puissances Contractantes, gardiennes des intérêts du cours international du Danube, à l'effet de constater uniquement que les dits travaux ne sont pas de nature à endommager ceux qui ont déjà été exécutés dans le bras de Soulina.

“Pour les Règlements des péages, la Russie prendra en considération l'avis de la Commission Européenne, sauf, en cas de divergence, à s'entendre avec les mêmes Puissances Contractantes.”

Le Baron de Mohrenheim termine en disant qu'il n'apporte ici aucun amour-propre d'auteur, et que s'il n'avait pas, d'emblée, rencontré la formule la plus heureuse, il prendrait volontiers en considération les observations que l'on voudrait bien lui faire.

Le Comte Granville constate qu'en tant qu'il s'agit de la question de la Commission Européenne, la Conférence est clairement d'avis qu'il y a lieu de prolonger ses pouvoirs. Le Plénipotentiaire de Russie, ainsi que l'avait déjà fait le Plénipotentiaire d'Italie, a donné son tribut d'éloges aux mérites de cette institution. Il a cru devoir ajouter à cet éloge un exposé de vues duquel il ressort que la Russie désire être traitée sur un autre pied que les autres Puissances. Il prie donc MM. les Plénipotentiaires de vouloir bien donner leur avis sur la question de savoir si on discutera de suite les propositions de la Russie, ou si l'on ajournera cette discussion à un autre jour.

Après un échange de vues auquel les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie, de Turquie et le Ministre de Serbie prennent part, il est décidé qu'à une première audition il serait très difficile d'étudier suffisamment les graves questions posées à MM. les Plénipotentiaires, et il est décidé que la Conférence s'ajournera.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1880.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant leur prochaine séance à Samedi, 24 Février, à 3 heures.

[Unterschriften.]

Annexe (A).

Londres, le 19 Février, 1883.

Excellence, — Par sa lettre du 16 Février, M. le Secrétaire de la Conférence Danubienne, en nous communiquant le refus de l'honorable Conférence de nous admettre dans son sein pour exposer et défendre nous-mêmes nos droits, nous a, en même temps, invités à paraître à la prochaine séance. || Nous ne pouvons que regretter, Excellence, que les honorables membres de la Conférence n'aient pas pris en bienveillante considération les titres incontestables qu'accorde le Traité de Berlin à la Bulgarie et aient rejeté notre demande. || En conséquence, nous prenons la liberté de porter à la connaissance de votre Excellence que le Gouvernement de Son Altesse le Prince ne peut pas accepter la situation que la Conférence a entendu faire à la Bulgarie par sa décision du 13 Février, parce que cette décision porte atteinte aux droits accordés à la Principauté par le Traité de Berlin. Par suite, nous nous voyons obligés de décliner l'honneur de paraître aux séances de la Conférence. || Nous croyons de notre devoir, en outre, de déclarer que le Gouvernement Princier de Bulgarie ne se considérera pas lié par les décisions de l'honorable Conférence, pour tout ce qui se rapporte à la réglementation de la navigation, à la police et à la surveillance du Danube, depuis les Portes de Fer jusqu'à Galatz, et que, si des modifications étaient introduites, sans sa participation, dans les Règlements relatifs à la navigation du Danube moyen, le Gouvernement Princier de Bulgarie se tiendrait pour dégagé de tout engagement que ses Commissaires ont pris dans la Commission Européenne, lors de l'élaboration de ces Règlements. || Nous avons, &c.

Le Premier Délégué de la Principauté de Bulgarie
pour la question du Danube,
Voulcovich.

Le Deuxième Délégué, &c., &c.

B. Schischmareff.

Son Excellence M. le Comte Granville,
Le très Honorable Président de la Conférence
Danubienne, &c., &c., Londres.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Protocole No. 5. — Séance du 24 Février, 1883.

Présents:

Dieselben.

Le Comte Granville, au sujet des questions restées en suspens à la dernière séance, rappelle à MM. les Plénipotentiaires qu'il avait eu l'honneur de proposer la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne. Cette prolongation avait été acceptée en principe à l'unanimité de même que la Conférence avait été unanime à en admettre les avantages. L'Ambassadeur de Russie cependant, tout en faisant l'éloge de la Commission, et en exprimant l'espoir qu'elle rendrait encore d'importants services dans l'avenir, avait cru devoir déclarer que son Gouvernement ne pouvait accepter sa prolongation qu'en tant que certaines modifications dont il donnait le texte et les considérants à l'appui seraient consenties.

"Je serais prêt," ajoute le Président, "à exposer à la Conférence les raisons pour lesquelles le Gouvernement de la Reine croirait ne pas pouvoir accepter toutes les modifications dont le Plénipotentiaire de Russie nous a fait part. Je pense cependant qu'il serait plus respectueux et plus pratique de communiquer immédiatement à la Conférence les modifications auxquelles le Gouvernement de la Reine serait prêt à consentir, et que l'entente que nous désirons tous n'en serait que plus facile."

Le Comte Granville donne lecture des propositions ainsi qu'il suit:—

"1. La Commission n'exercera pas de contrôle effectif sur les parties de Kilia dont les deux rives appartiennent à l'un des Riverains de ce bras.

2. Pour la partie du bras de Kilia qui traversera à la fois le territoire Russe et le territoire Roumain, et afin d'assurer l'uniformité des Règlements dans le Bas-Danube, les Règlements en vigueur dans le bras de Soulina seront appliqués sous la surveillance des Délégués de Russie et de Roumanie à la Commission Européenne.

3. Il demeure entendu que les Agents de la Commission Européenne pourront, pour leur instruction personnelle, circuler dans le bras de Kilia jusqu'à ses embouchures inclusivement.

4. Au cas où la Russie entreprendrait des travaux dans le bras mixte et entre les deux rives qui lui appartiennent, elle donnera connaissance à la Commission Européenne des plans de ces travaux dans le seul but de constater qu'ils ne portent aucune atteinte à l'état de navigabilité du bras de Soulina. Les travaux qui ont déjà été exécutés au Tchatal d'Ismaïl restent à la charge et sous le contrôle de la Commission Européenne du Danube.

5. La Russie communiquera de même à la Commission Européenne le Règlement de péages qu'elle voudrait prélever, dans le but d'établir un système uniforme.

6. En cas de divergence entre les autorités de la Russie et la Commission Européenne quant aux plans des travaux ou au Règlement des péages, le cas serait soumis directement aux Puissances.

7. Tous les Traités, actes et arrangements relatifs au Danube et ses embouchures sont maintenus dans celles de leurs dispositions qui ne sont pas abrogées ou modifiées par les stipulations qui précèdent.”

Le Président met aux voix l'Article 1^{er}. *Les Plénipotentiaires d'Allemagne et de France* y adhèrent.

Le Plénipotentiaire d'Italie fait observer que l'une des raisons principales invoquées par le Plénipotentiaire de Russie pour que le bras de Kilia ne soit plus soumis au contrôle effectif de la Commission Européenne était que cette Commission, par son Protocole du 2 Novembre, 1865, avait choisi le bras de Soulina comme objet de ses travaux et de son contrôle. Il lui semble qu'il serait peut-être utile, surtout en vue de l'avenir, que cette raison fût mentionnée spécialement. Il propose, en conséquence, la rédaction suivante de l'Article 1^{er}:—

“La Commission Européenne ayant, par son Protocole du 2 Novembre, 1865, choisi le bras de Soulina comme objet de ses travaux et de son contrôle, elle n'exercera plus . . .” &c.

Lord Edmond Fitzmaurice ne pense pas que cet amendement soit absolument nécessaire. Il cite le cas de 1831, où au sujet de la navigation du Rhin, la Hollande ayant énoncé certaines propositions, toutes les autres Puissances Riveraines furent unanimes à les combattre; et il fut décidé après un débat prolongé que l'obstacle serait évité si l'on mettait de côté tous les considérants.

Le Comte Granville croit aussi qu'il serait désirable que la Conférence se bornât au strict nécessaire; et,

Le Baron de Mohrenheim ayant déclaré accepter complètement, au nom de son Gouvernement, la rédaction proposée par le Président, cette rédaction est adoptée.

En ce qui concerne l'Article 2, le Baron de Mohrenheim accepte la rédaction proposée, et n'élève aucune objection. Mais afin d'éviter tout malentendu, il estime qu'il y aurait lieu de préciser que l'adoption du Règlement de Soulina ne devait s'entendre qu'à titre de base, ou, ce qui reviendrait au même, sous la clause de *mutatis mutandis*, afin de pouvoir tenir compte des circonstances locales. Il serait, en effet, difficile de déclarer qu'un Règlement puisse être applicable absolument de la même manière à différents cours d'eau. On devrait aussi admettre qu'au besoin les Délégués Russes et Roumains pourraient se faire remplacer par des surveillants subalternes des mêmes nationalités.

Le Second Plénipotentiaire de France croit devoir faire observer qu'il va de soi que les Règlements ne seront pas appliqués en personne par les Délégués. La Commission Européenne du Danube ne procède pas autrement et charge ses employés de l'exécution de ses décisions.

L'Article 2 est adopté sous le bénéfice des observations qui ont été faites, et qui demeurent consignées au Protocole.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.



Nr. 7890.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

L'Article 3 est accepté sans débat.

Relativement à l'Article 4, le *Plénipotentiaire d'Italie* fait remarquer qu'il n'y est pas fait mention de la Roumanie, qui cependant pourrait faire des travaux sur ses rives. C'est une lacune qu'il serait nécessaire de combler. Le *Plénipotentiaire d'Italie* propose, en conséquence, de rédiger l'Article ainsi qu'il suit:—

“Au cas où soit la Russie, soit la Roumanie, entreprendrait des travaux dans le bras mixte et entre les deux rives qui leur appartiennent respectivement” &c.

Après une discussion, à laquelle les *Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie*, de France et de Russie prennent part,

Le *Second Plénipotentiaire d'Angleterre* propose la formule suivante:

„Au cas où la Russie ou la Roumanie . . .” &c. Cette modification, ainsi que celle du *Plénipotentiaire d'Italie*, est adoptée.

Par suite de cet amendement, la Conférence décide de substituer au mot “elle” ceux de “l'autorité compétente,” proposés par le *Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie*; et elle ajoute, à la suite d'une observation du *Comte Nigra*, les mots “et des autres bras” après les mots “le bras de Soulina.”

Le *Baron de Mohrenheim* déclare que bien qu'il n'ait pas reçu d'instructions sur ce point de son Gouvernement, il n'entrevoit aucune difficulté au sujet du Tchatal d'Ismaïl, et ne prévoit, sauf quelques détails techniques, aucun obstacle à l'accord le plus parfait.

Sur l'Article 5, le *Baron de Mohrenheim* déclare avoir pris en général connaissance des propositions dont vient d'être saisie la Conférence avec un sentiment de satisfaction d'autant plus vif qu'elles le mettent en mesure de constater qu'un grand progrès a été acquis par là dans la voie de l'entente finale, qui est dans les vœux unanimes de toutes les Puissances. Mais n'ayant pas eu jusqu'à cette heure le temps matériellement nécessaire pour recevoir les instructions définitives que ces ouvertures présupposent, il ne peut que proclamer dès à présent l'heureux et parfait accord qu'elles établissent entre les vues et les appréciations des Puissances et celles de son propre Gouvernement sur tous les points, sauf encore le seul dont la rédaction reste pour le moment réservée, notamment l'Article 5, qu'il doit, par conséquent, se borner à prendre *ad referendum*. Il est néanmoins sûr d'être le fidèle interprète de la pensée du Gouvernement Impérial en affirmant que, sans dévier du principe qui réserve les questions de péage à son appréciation, il étendra également à ceux qu'il se verrait dans le cas de devoir prélever sur le bras de Kilia, l'assurance de s'entendre avec les Puissances sur ce qui peut intéresser le bras international de Soulina, en cas d'observation de la part de la Commission Européenne. Ceci est en parfait accord avec l'engagement de prendre en considération l'avis de cette Commission, tel qu'il se trouve consigné dans une déclaration préalable. Les Puissances seront toujours en mesure de prendre au besoin, de leur côté, l'avis de leurs Commissaires, et de s'expliquer avec le

Gouvernement Impérial en cas de divergences. A l'égard des travaux du Tchatal d'Ismail, le Plénipotentiaire de Russie répète qu'aucune objection n'est à prévoir; mais le Gouvernement Impérial tiendra sans doute à recueillir l'avis des autorités compétentes.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1868.

Le Compte Granville fait observer qu'on aurait été en droit de concevoir des inquiétudes sérieuses si le langage du Plénipotentiaire de Russie eût été différent de celui qu'il vient de tenir. En présence des paroles que vient de prononcer l'Ambassadeur de Russie, il ne peut qu'exprimer l'espoir que la confirmation nécessaire du Gouvernement Russe ne se fera pas attendre, puisque la confirmation de cet Article serait essentielle au succès des efforts que fait la Conférence pour arriver à une solution des questions importantes qui lui sont soumises.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie exprime l'opinion que cet Article est absolument essentiel. *Les Plénipotentiaires d'Allemagne, de France, d'Italie et de Turquie* se prononcent dans le même sens.

Sur la demande du *Plénipotentiaire d'Italie*, à laquelle le *Président* s'associe, la Conférence décide:—

“Qu'elle a entendu avec satisfaction la déclaration sur le principe de la liberté fluviale, par laquelle le Plénipotentiaire de Russie a fait précéder les demandes de son Gouvernement, et à laquelle les Plénipotentiaires des autres Puissances adhèrent.”

Le texte des propositions ayant été adopté, sauf les réserves du Plénipotentiaire de Russie, est arrêté ainsi qu'il suit:—

“1. La Commission n'exercera pas de contrôle effectif sur les parties de Kilia dont les deux rives appartiennent à l'un des Riverains de ce bras.

2. Pour la partie du bras de Kilia qui traversera à la fois le territoire Russe et le territoire Roumain, et afin d'assurer l'uniformité des Règlements dans le Bas-Danube, les Règlements en vigueur dans le bras de Soulina seront appliqués sous la surveillance des Délégués de Russie et de Roumanie à la Commission Européenne.

3. Il demeure entendu que les Agents de la Commission Européenne pourront, pour leur instruction personnelle, circuler dans le bras de Kilia jusqu'à ses embouchures inclusivement.

4. Au cas où la Russie ou la Roumanie entreprendrait des travaux ou dans le bras mixte ou entre les deux rives qui leur appartiennent respectivement, l'autorité compétente donnera connaissance à la Commission Européenne des plans de ces travaux, dans le seul but de constater qu'ils ne portent aucune atteinte à l'état de navigabilité du bras de Soulina et des autres bras. Les travaux qui ont déjà été exécutés au Tchatal d'Ismail restent à la charge et sous le contrôle de la Commission Européenne du Danube.

5. La Russie communiquera de même à la Commission Européenne le Règlement de péages qu'elle voudrait prélever dans le but d'établir un système uniforme.

Nr. 7960.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

6. En cas de divergence entre les autorités de la Russie et la Commission Européenne quant aux plans des travaux ou au Règlement de péages, le cas serait soumis directement aux Puissances.

7. Tous les Traités, actes et arrangements relatifs au Danube et ses embouchures sont maintenus dans celles de leurs dispositions qui ne sont pas abrogées ou modifiées par les stipulations qui précèdent."

Après un échange d'observations sur l'opportunité qu'il y aurait de nommer un Comité de Rédaction pour arrêter le texte du Traité à signer, il est décidé que ce Comité sera constitué et que le Comte Károlyi, M. Barrère, Lord Edmond Fitzmaurice, le Comte Nigra, le Baron de Mohrenheim et Musurus-Pacha en feront partie.

Les Plénipotentiaires de France disent que pour compléter les travaux de la Conférence, il est indispensable de relever plusieurs modifications qui résultent des décisions que les Plénipotentiaires ont prises. Le titre des Règlements d'amont devra être modifié en raison de l'extension de la juridiction de la Commission Européenne jusqu'à Braïla, et il sera également nécessaire de voter, dans le Comité de Rédaction, les modifications qui ont été introduites dans les dits Règlements. Certaines réserves ont été faites à Galatz concernant la juridiction Consulaire; ces réserves devront nécessairement être reproduites au Protocole de signature.

Le Plénipotentiaire d'Italie rappelle qu'il y a lieu de maintenir et de confirmer les réserves faites par le Délégué d'Italie à Galatz, et acceptées par les Grandes Puissances concernant la juridiction Consulaire.

Le Plénipotentiaire de Turquie fait de son côté une déclaration semblable au sujet des réserves de son Gouvernement, relatives à la nomination du Délégué Bulgare à la Commission Mixte, et qu'il a rappelées et maintenues aux séances précédentes de la Conférence.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant la date de leur prochaine séance à Mercredi, 28 Février, à 3 heures.

[Unterschriften.]

Protocole No. 6. — Séance du 1^{er} Mars, 1883.

Présents:

Dieselben.

Le Comte Granville prie le Plénipotentiaire de Russie de vouloir bien faire savoir à la Conférence s'il a reçu de son Gouvernement des instructions définitives concernant les questions qui sont restées ouvertes lors de la dernière séance.

Le Plénipotentiaire de Russie exprime le regret de n'avoir pas encore reçu ces instructions.

Relativement au Protocole de la dernière séance, le Baron de Mohrenheim demande à faire certaines observations. Lorsqu'il a déclaré que la Russie

ne réclamait rien pour elle-même qu'elle ne fût pas pour sa part toute prête à reconnaître aux autres, il entendait donner au sens de cette assurance l'acceptation la plus large dont elle était susceptible, ne la bornant pas au seul bras mixte de Kilia. Il n'a nullement la prétention de vouloir imposer son interprétation, mais il tient à la préciser et à la maintenir au nom de son Gouvernement, qui ne pouvait, dans son opinion et en ce qui le concerne, reconnaître l'extension légitime de la juridiction Européenne au bras international de Soulina.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883

Relativement aux mots "et autres bras," ajoutés au 4^e Article, le Baron de Mohrenheim n'a fait aucune objection à ces mots parce qu'ils répondent parfaitement à l'intention de la Russie de n'entreprendre aucuns travaux qui soient de nature à léser les intérêts de la navigabilité non seulement sur le bras de Soulina, mais également sur tout autre bras, quelque soit d'ailleurs son caractère national ou international.

Enfin, pour ce qui est de l'adhésion de son Gouvernement aux Articles votés dans la dernière séance—sauf encore l'Article 5, qui demeure réservé—il la confirme, en proposant seulement, conformément aux instructions du Gouvernement Impérial, un groupement différent, dont il a eu l'honneur de communiquer le projet à M. le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique et qu'il ne saurait assez recommander à l'adoption de la Conférence en vue de ménager à ses travaux une issue favorable.

Le Plénipotentiaire de Turquie reprenant la 7^{ème} proposition votée telle qu'elle se trouve au Protocole de la dernière séance, fait observer que cette proposition a pour but de maintenir les Traités antérieurs relatifs au Danube, et notamment l'Article LII du Traité de Berlin, au sujet de la démolition des forteresses. L'Article XI du même Traité stipule que les forteresses Bulgares seront rasées, sans que jusqu'à présent, malgré les efforts de la Sublime Porte, les travaux de démolition aient jamais été entrepris. Afin de constater que les Puissances sont toujours d'avis qu'il y a lieu d'effectuer ces démolitions, et que l'Article LII n'est pas abrogé par défaut d'exécution, il serait utile de consigner soit dans la Convention à signer, soit au Protocole d'aujourd'hui, que l'Article LII du Traité de Berlin est maintenu, et que l'Article littéralement identique (XI) du même Traité est confirmé.

Le Comte Granville fait observer qu'à un certain moment il s'était proposé de recommander à la Conférence une proposition analogue à celle dont vient de parler l'Ambassadeur de Turquie. Plus tard, il a cru devoir l'abandonner, non seulement pour ne pas paraître vouloir désobliger la Russie, mais aussi parce que, en fait, il semble peu désirable, au moment où l'on confirme un ensemble d'actes et de Traités, d'en signaler particulièrement un seul.

Quant à l'argument de l'Ambassadeur de Turquie, fondé sur la non-exécution jusqu'à ce jour d'un Article du Traité de Berlin, le Comte Granville rappelle que plusieurs Articles de ce Traités sont dans le même cas, sans que pour cela ils soient abrogés.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Après une discussion, à laquelle tous les Plénipotentiaires prennent part, l'Ambassadeur de Turquie se déclare satisfait s'il est consigné au Protocole, que l'Article LII du Traité de Berlin est implicitement maintenu en vertu de l'Article 7 des propositions votées par la Conférence.

Le Premier Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne résumant cette discussion dit qu'il est bien entendu que l'Article auquel l'Ambassadeur de Turquie fait allusion est compris dans les Traités, actes et arrangements dont il est fait une mention générale dans l'Article 7.

Sous le bénéfice de ces observations le Protocole de la cinquième séance est adopté.

Le Comte Granville rappelle à MM. les Plénipotentiaires qu'en présence des réserves faites par l'Ambassadeur de Russie et en raison du retard apporté dans l'envoi de ses instructions, il y a lieu de remettre à une autre séance de prendre une décision définitive quant aux Articles déjà votés. Il propose, en attendant, de passer à la discussion de la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne, et il prie MM. les Plénipotentiaires de vouloir bien s'expliquer à ce sujet. La Conférence a déjà donné, en principe, son adhésion à cette prolongation; mais elle ne s'est pas encore prononcée sur son étendue. Il serait d'avis de donner à la Commission un caractère de permanence absolue.

Le Baron de Mohrenheim, en réservant toujours le seul point de l'Article 5, se déclare prêt à entrer dans la discussion de la prolongation, mais à la condition que son acceptation ne sera qu'éventuelle et pour le cas où une entente définitive s'établira sur l'Article 5.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie est convaincu de la grande utilité de la Commission Européenne, et il reconnaît les services qu'elle a rendus. Son Gouvernement cependant ne pourrait accepter le principe de la permanence de cette Commission, principe qui du reste ne semblerait pas devoir obtenir l'unanimité des suffrages de la Conférence. Animé du vif désir d'arriver à un accord, il accepterait le terme le plus long, à l'égard duquel les Puissances pourraient tomber d'accord.

Le Premier Plénipotentiaire de France déclare partager l'avis émis par le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne sur la question de la permanence. Tout dans le passé de la Commission Européenne—les prolongations successives de ses pouvoirs, la nature de ses travaux, sa vitalité toujours croissante—indique suffisamment que cette institution doit devenir et est de fait définitive. Il constate avec satisfaction que son opinion à cet égard est partagée par la plupart des Plénipotentiaires; il a donc lieu d'espérer que si le principe de la permanence de la Commission Européenne ne pouvait être reconnu, la Conférence accepterait une prolongation aussi longue que possible.

La Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne désire, comme il l'a déjà fait observer, la permanence. Considérant toutefois que cette permanence ne pourrait être obtenue que par un vote unanime, et cette unanimité ne paraissant

pas devoir s'établir, il devient nécessaire de s'entendre sur une autre solution. Il y a donc lieu de déterminer non seulement la durée de la Commission Européenne, mais le mode d'après lequel l'existence et la prolongation s'établiront à l'avenir.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10 März 1883.

Le Second Plénipotentiaire de France à la suite des observations qui précèdent, présente le projet suivant:—

“Les pouvoirs de la Commission Européenne, dont la juridiction s'étendra désormais jusqu'à Braila inclusivement, sont prolongés pour une période de vingt et un ans à partir du 24 Avril, 1883.

A l'expiration de cette période, les pouvoirs de la dite Commission seront par tacite réconduction renouvelés de trois ans en trois ans, sauf le cas où l'une des Hautes Parties Contractantes notifierait, un an avant l'expiration de l'une de ces périodes triennales, l'intention d'introduire des modifications dans sa constitution ou dans ses pouvoirs.”

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, d'accord avec les Plénipotentiaires de France et de la Grande-Bretagne, accepte vingt et un ans comme terme de prolongation de la Commission Européenne. Il ajoute que vu la corrélation indissoluble de celle-ci avec la Commission Mixte, il entend que cette corrélation, fixée, du reste, par l'Article 98 du Règlement du Galatz, sera maintenue dans l'avenir, et que le terme de vingt et un ans sera le même pour la durée de l'une comme de l'autre, en raison du roulement alphabétique de six voix.

Le Plénipotentiaire d'Italie rappelle qu'il a déjà eu l'occasion de se prononcer pour la solution qui donnerait à la Commission Européenne le plus d'étendue et le plus de durée. Il confirme cette opinion. Il aurait accepté la permanence si cette résolution avait pu réunir l'unanimité des voix des Plénipotentiaires. Cela n'étant pas, il adhère à la proposition de prolonger la Commission pour vingt et un ans, avec la clause de la tacite réconduction qu'il aurait proposée lui-même si elle ne l'avait pas été dans une forme par faite par le Second Plénipotentiaire de France.

Le Plénipotentiaire de Russie s'associe pleinement à ce qu'a dit le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie quant à la prolongation de la Commission Européenne pour vingt et un ans indiquée par les Plénipotentiaires de France.

Le Plénipotentiaire d'Allemagne dit qu'il accepte le terme de vingt et un ans dans les conditions indiquées.

Le Plénipotentiaire de Turquie croit que la meilleure de toutes les solutions eût été celle de la permanence; mais puisqu'elle ne peut être obtenue, il se rallie à celle que proposent les Plénipotentiaires de France.

Le Ministre de Serbie s'exprime dans le même sens.

Les Plénipotentiaires se séparent, en fixant la date de leur prochaine séance à Lundi, 5 Mars, à 2 heures et demie.

[Unterschriften.]

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten,
8. Febr. bis
10. März 1883.

Protocole No. 7. — Séance du 7 Mars, 1883.

Présents:

Dieselben.

Le Protocole de la dernière séance est adopté.

Le Baron de Mohrenheim répondant à une question du Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne, se déclare autorisé par son Gouvernement à présenter une nouvelle rédaction des Articles votés, sous réserve, à la cinquième séance de la Conférence. Il espère que cette rédaction sera de nature à rallier les suffrages des Plénipotentiaires.

D'après ce projet, on ajouterait à l'Article IV le passage suivant:

"En cas de divergence entre les autorités de la Russie ou de la Roumanie et la Commission Européenne, quant aux plans des travaux à entreprendre dans le bras de Kilia, ces cas seraient soumis directement aux Puissances.

L'Article V serait ainsi conçu:

"Il est entendu qu'aucune restriction n'entravera le droit de la Russie de prélever des péages destinés à couvrir les frais des travaux entrepris par elle. Toutefois, en vue de sauvegarder les intérêts réciproques de la navigation sur les bras de Soulina et de Kilia, le Gouvernement Russe, afin d'assurer une entente à ce sujet, saisira les Gouvernements représentés dans la Commission Européenne des Règlements de péage qu'il jugerait utile d'introduire."

Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Autriche, de France, d'Italie et de Turquie acceptent la rédaction proposée pour l'Article V.

Le Comte Granville se déclare également prêt à adopter l'Article tel qu'il a été rédigé par le Plénipotentiaire de Russie. Il désire cependant, sans vouloir manifester le moindre sentiment de méfiance, présenter quelques considérations. Les hommes, dit-il, passent; les écrits restent. Il se pourrait que plus tard on élevât des doutes sur la portée exacte des paroles présentées par le Plénipotentiaire de Russie. Afin d'éviter tout malentendu, il serait donc utile de constater qu'il ressort du texte de l'Article V qu'un accord sera nécessaire entre les Puissances avant que le système et le Règlement des péages ne soient mis en vigueur.

Le Baron de Mohrenheim déclare que c'est absolument dans ce sens que sa rédaction a été faite.

MM. les Plénipotentiaires prennent acte de cette déclaration.

Le Second Plénipotentiaire d'Angleterre communique à la Conférence les résultats auxquels est arrivée la Commission de Rédaction nommée à la dernière séance. Tous les Articles, dit-il, ont été repris et consignés dans un projet de Traité, sauf quelques Articles, que le Comité de Rédaction a cru devoir réserver pour la Conférence d'aujourd'hui.

Le Baron de Mohrenheim saisit cette occasion de discuter la forme qu'il conviendrait de donner à certaines clauses de ces Articles. Au sujet du Tchatal d'Ismail, le Gouvernement Impérial n'aurait rien à dire quant à la

rédaction proposée si elle n'avait trait qu'aux travaux déjà exécutés. Mais la Commission Européenne pourrait avoir l'intention d'étendre ces travaux, qui pourraient affecter selon les uns, ou ne pas affecter selon les autres, la navigabilité du bras de Kilia. En cas de divergence sur ce point, le Gouvernement Impérial ne pourrait pas accepter d'être majorisé. Il proposerait en conséquence de soumettre la question de l'extension des travaux directement aux Puissances.

Nr. 7900.
Berliner
Kongress-
Statten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Le Second Plénipotentiaire de France dit qu'il ne voit pas d'inconvénient à accepter l'insertion à l'Article IV de la phrase additionnelle concernant les travaux du Tchatal d'Ismaïl. Il ne saurait toutefois se dispenser de consigner au Protocole certaines observations sur ce point qui lui paraissent indispensables. Il estime d'abord que la Commission Européenne doit rester absolument maîtresse d'entreprendre au Tchatal d'Ismaïl les travaux que lui imposerait l'entretien du bras de Soulina. Ce droit est d'autant plus incontestable que l'extension de l'éperon du Tchatal d'Ismaïl, loin de nuire, à l'état de navigabilité du bras de Kilia, ne pourrait que l'améliorer.

M. Barrère tient aussi à relever un point essentiel concernant la comparaison qui a été faite entre les bras de Soulina et de Kilia. Grâce à des travaux coûteux et des dépenses considérables, la Commission Européenne est arrivée à établir un minimum de profondeur de 14 pieds dans la Soulina, tandis que la moindre profondeur dans le bras de Kilia, où aucun travail n'a été entrepris, est de 16 pieds. Il en conclut que l'entretien du bras de Soulina, étant beaucoup plus difficile que celui du bras de Kilia, ne doit souffrir aucune restriction. C'est sous le bénéfice de ces observations que les Plénipotentiaires de France adhèrent à la rédaction proposée.

L'Article IV amendé est adopté comme il suit:

"En cas de divergence entre les autorités de la Russie ou de la Roumanie et la Commission Européenne quant aux plans des travaux à entreprendre dans le bras de Kilia, ou de divergence au sein de cette Commission quant à l'extension qu'il pourrait convenir de donner aux travaux du Tchatal d'Ismaïl, ces cas seraient soumis directement aux Puissances."

Le Baron de Mohrenheim fait observer qu'il n'a aucune objection à soulever contre l'Article III en ce qui touche la circulation des membres de la Commission Européenne dans le bras de Kilia. Il croit cependant qu'on pourrait se contenter d'en consigner les termes au Protocole sans les introduire dans l'Acte Final.

Après une courte discussion, à laquelle les *Plénipotentiaires d'Autriche, de France et de la Grande-Bretagne* prennent part, il est entendu d'un commun accord que la clause relative à la circulation des Agents de la Commission Européenne sera inscrite au présent Protocole comme ayant la même efficacité que les autres clauses du Traité, dans la forme suivante:

"Il demeure entendu que les Agents de la Commission Européenne pourront, pour leur information, circuler dans le bras de Kilia et à ses embouchures."

Nr. 7900.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Au sujet de l'extension de la juridiction de la Commission Européenne, le *Plénipotentiaire de Turquie* fait observer que le premier des trois points indiqués dans le programme de la Conférence est l'extension des pouvoirs de cette Commission jusqu'à Braïla. Ce point a été voté et adopté; mais comme dans la rédaction proposée par MM. les Plénipotentiaires de France, cette décision de la Conférence n'est mentionnée qu'incidemment, le Gouvernement de la Sublime Porte est d'avis qu'il serait à propos que ce point fût l'objet d'un Article spécial et distinct de la Convention à signer.

Les Plénipotentiaires de France disent qu'ils n'ont aucune objection à opposer à la proposition du Plénipotentiaire de Turquie, proposition qui reproduit sous une autre forme ce qu'ils ont dit eux-mêmes.

La Conférence décide qu'un Article spécial dans le sens indiqué dans la proposition de l'Ambassadeur de Turquie sera inséré dans le Traité.

Le Plénipotentiaire de Turquie rappelle les réserves qu'il a déjà faites au sujet de la nomination du Délégué Bulgare à la Commission Mixte; il propose qu'on y donne suite en insérant à l'Article 97 (devenu 96) du Règlement que cette nomination sera soumise à l'approbation de la Sublime Porte. Il n'y a pas ici de question de politique en jeu. C'est une simple question de droit.

Le Premier Plénipotentiaire de France exprime l'opinion que la question soulevée par le Plénipotentiaire de Turquie est d'ordre essentiellement politique; il ne croit pas dès lors qu'il y a lieu d'inscrire un droit de cette nature dans un Règlement purement administratif comme l'est le Règlement applicable entre les Portes de Fer et Braïla. Le Plénipotentiaire de Turquie pourrait se contenter de constater sa demande au Protocole. M. Tissot ne doute pas que la Conférence n'y adhère.

Le Plénipotentiaire de Turquie déclare que, vue le caractère positif de ses instructions, il se croit en devoir d'insister.

Le Premier Plénipotentiaire de France fait cependant observer qu'une déclaration faite au Protocole, émanant d'une Conférence, a la même valeur que le Traité; que la forme, pour être moins solennelle, n'en engage pas moins le pays donnant les pleins pouvoirs.

Le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne objecte qu'une déclaration au Protocole, émanant d'un seul Plénipotentiaire, n'obligerait que lui sans nécessairement obliger les autres, mais qu'une déclaration consentie par tous les Plénipotentiaires a la même force que le Traité.

Le Premier Plénipotentiaire de France admet la force de ces observations.

"Il reste entendu à l'unanimité que la nomination du Délégué Bulgare à la Commission Mixte sera soumise à l'approbation de la Sublime Porte, et que la consignation de ce droit au Protocole a la même efficacité que si elle faisait partie du Traité."

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie revenant sur les questions soulevées à la dernière séance à l'occasion de la discussion du terme de vingt et un ans pour la prolongation des pouvoirs de la Commission Européenne, rap-

pelle qu'après avoir constaté la corrélation absolue des deux Commissions Européenne et Mixte, il avait tenu à ce qu'il fut clairement entendu que cette corrélation était admise à l'unanimité. Le Plénipotentiaire de Russie ayant fait quelques réserves sur la durée de la Commission Mixte, il serait utile que le Baron de Mohrenheim voulût bien donner quelques explications à ce sujet.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883

Le Plénipotentiaire de Russie répond qu'en effet le Gouvernement Impérial eût trouvé préférable de ne pas dépasser pour un premier essai la limite de quatre ans qu'il avait indiquée d'abord. Il est cependant autorisé à déclarer qu'il ne fait pas de cette limite une condition expresse à son acceptation.

Au sujet des Règlements dans la partie du fleuve comprise entre les Portes de Fer et Braïla, *les Plénipotentiaires de France* rappellent que sur leur suggestion et dans un but de conciliation le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie a renoncé, pour sa part, à participer à la représentation Européenne dans la Commission Mixte, et qu'il a accepté certaines modifications concernant le sectionnement fluvial et la nomination des Sous-Inspecteurs. Ils demandent au Comte Károlyi s'il verrait des inconvénients à stipuler dans le Règlement, que les Sous-Inspecteurs seront purement et simplement nommés et rétribués par les États Riverains qui feront part à la Commission Mixte de la nomination de ces Agents, ainsi que de leur révocation, si elle devenait nécessaire.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie fait observer que son Gouvernement a donné au cours de la Conférence des preuves réelles de conciliation en renonçant à la double voix, en acceptant la demande Roumaine d'un sectionnement longitudinal et en faisant des concessions quant à la nomination des Sous-Inspecteurs. En vue de l'initiative que vient de prendre sur ce dernier point le Second Plénipotentiaire de France, le Comte Károlyi espère que le Gouvernement Roumain se montrera disposé à concourir à l'entente générale et afin d'y contribuer pour sa part autant que possible, il se déclare prêt à adhérer à la proposition Française.

Le Plénipotentiaire d'Italie rappelle qu'il a eu occasion de faire ses réserves sur la juridiction Consulaire; il demande que cette réserve soit confirmée, et sur la proposition qu'il en fait, la Conférence adopte à l'unanimité la décision suivante:

“Les dispositions des Articles 13, 14, 15, 16, 43, 44 et 45 du Règlement pour la partie du fleuve comprise entre les Portes de Fer et Braïla, ne pourront être interprétées de manière à restreindre vis-à-vis de l'autorité locale les droits de juridiction des Consuls sur les bâtiments de leur pays, droit résultant des Traités entre les États Riverains et les Puissances.”

Le Comte Granville exprime la satisfaction qu'il éprouve de l'issue favorable des travaux de la Conférence. Il croit qu'une dernière séance suffira pour signer l'Acte Final élaboré par les Plénipotentiaires. Il demande à être autorisé à convoquer la Conférence non seulement pour la ratification qui pourrait avoir lieu en quelques mois, mais pour recevoir des États Riverains l'adhésion

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

aux décisions de la Conférence qu'on est en droit d'attendre d'eux dans le délai qui précéderait la ratification.

Il demande également que la Conférence l'autorise à exprimer aux États Riverains le désir qu'ont les Puissances Européennes de les voir adopter le Règlement, et accepter les décisions de la Conférence. Il prie les Plénipotentiaires pour leur part de faire tous les efforts possibles pour convaincre les États Riverains de l'utilité de se joindre aux Puissances.

Le Plénipotentiaire d'Italie propose que le Président soit chargé d'adresser aux Représentants de la Grande-Bretagne à l'étranger une Circulaire invitant les Puissances à faire des démarches simultanées afin d'amener les États Riverains à donner leur adhésion aux décisions de la Conférence.

Le Comte Granville se déclare prêt à faire cette démarche, et afin d'en assurer le succès il compte sur l'active coopération des Gouvernements représentés à la Conférence.

MM. les Plénipotentiaires se prononcent à l'unanimité dans le sens des observations du Président.

MM. les Plénipotentiaires se séparent en fixant la prochaine séance à Samedi, 10 Mars, à 5 heures du soir.

[Unterschriften.]

Protocole No. 8. — Séance du 10 Mars, 1883.

Présents:

Dieselben.

Le Président demande à MM. les Plénipotentiaires s'ils ont quelques observations à faire au sujet du Protocole de la dernière séance.

Le Baron de Mohrenheim, faisant allusion à la durée de la Commission Mixte, dit: "J'ai été dans le cas d'exposer la préférence que le Gouvernement Impérial eût donné à un terme moins prolongé que celui de vingt et un ans assigné à la Commission Européenne, sans entendre pourtant s'y opposer si les membres de la Conférence ne partageaient pas cette manière de voir. Il me sera permis de faire observer que leur opinion à cet égard, c'est-à-dire quant à la préférence à accorder à l'un ou à l'autre de ces termes, n'a pas été jusqu'ici explicitement énoncé par eux, et qu'ainsi, sur l'un des points principaux de nos délibérations, l'avis de chacune des Puissances ne se trouve pas formulé au Protocole, qui est pourtant le commentaire authentique du Traité. C'est une lacune qu'il serait, j'ose le croire, désirable de combler, en vue surtout des interprétations à donner à l'Article 98 du Règlement de Galatz, dont le sens me semble avoir été exagéré. Le lien indissoluble entre les deux Commissions, qui s'y trouve stipulé, a été représenté comme faisant dépendre ces deux Commissions l'une de l'autre. Cela ne saurait cependant s'entendre que dans un seul sens, à savoir: que l'existence de l'une—la Commission Mixte—dépend de l'autre—la Commission Européenne dont elle est une émanation, mais non vice versa. La Commission Européenne en a donné la preuve la

plus manifeste par cela seul qu'elle a existé vingt-sept ans sans la Commission Mixte, et je crois qu'il ne saurait être de l'intérêt de personne de lui faire courir à l'avenir toutes les chances auxquelles pourrait se trouver exposée la Commission Mixte.

Nr. 7990.
Berliner
Kongress-
Staatn.
8. Febr. bis
10. März 1863.

“Cette question préjudicielle, ainsi dégagée de toute ambiguïté, le Gouvernement Impérial a pensé qu'il serait prématuré d'accorder d'emblée à une Commission encore à naître, qui ne saurait avoir d'autres titres à notre confiance que l'espoir que nous mettons en elle, c'est-à-dire un peut-être, la même durée qu'à une Commission qui a déjà fait ses preuves, qui a passé par le creuset d'une expérience de plus d'un quart de siècle, qui a à faire valoir un état de services des plus glorieux, et à laquelle le terme prolongé actuel n'a fini par être accordé qu'après une longue suite de renouvellements progressifs au fur et à mesure qu'elle accumulait des titres qui lui créaient des droits. Serait-il juste et sage de procéder avec moins de circonspection, de prévoyance, ou de mesure à l'égard d'une institution qui doit être encore mise à l'épreuve, et de perpétuer un peut-être? Le Gouvernement Impérial ne l'a pas pensé et ne le pense pas. Il croit qu'il y aurait un grand intérêt à recueillir à ce sujet la pensée des autres Gouvernements, et, je le répète, qu'une lacune regrettable existerait dans le Protocole de la Conférence, si leur pensée ne s'y trouvait pas consignée à côté de la sienne; c'est pourquoi, tout en me rangeant d'avance, comme j'ai déjà eu l'honneur de le dire, à l'opinion qui prévaudra dans la Conférence, j'ose émettre le vœu que MM. les Plénipotentiaires voulussent bien motiver également leurs votes.

Il y aurait encore une considération à faire valoir, mais à laquelle il suffira, sans doute, de faire une simple allusion, tant elle se sera déjà présentée d'elle-même à votre esprit, les ménagements à observer envers les co-intéressés, dont il est dans nos vœux à tous de dissiper, autant qu'il peut dépendre de nous, les préventions et les susceptibilités en ne donnant à nos résolutions que l'extension strictement nécessaire.”

Le Comte Granville doute de l'opportunité qu'il y aurait à revenir sur les questions dont l'Ambassadeur de Russie vient d'entretenir la Conférence. Les Plénipotentiaires sont arrivés à une entente complète sur toutes les questions mises en discussion. L'Ambassadeur de Russie pour sa part n'insiste pas pour qu'on adopte les idées qu'il a énoncées. Le Comte Granville propose en conséquence de passer à l'ordre du jour.

Le Baron de Mohrenheim trouve qu'il pourrait être, en tout cas, utile de fixer l'interprétation à donner à l'Article 98.

Le Comte Granville fait observer à ce sujet que la proposition Autrichienne au sujet de la Commission Mixte présupposait l'existence, en même temps, de la Commission Européenne, mais qu'il avait compris que l'arrangement consacré par la Conférence, tout en prolongeant l'existence de la Commission Européenne, ne la faisait pas dépendre de modifications qui pourraient être faites à la Commission Mixte.



Nr. 7900.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Les Plénipotentiaires de France partagent la manière de voir du Président en ce sens que la Commission Mixte est une émanation de la Commission Européenne du Danube, laquelle forme comme la clef de voûte du système Danubien accepté par la Conférence. Ils rappellent, d'ailleurs, que l'Article 97 des Règlements annexés au Traité donne aux Puissances la faculté de porter remède, au moyen d'une entente commune, aux défauts que la pratique pourrait révéler dans le fonctionnement de la Commission Mixte.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie déclare adhérer pleinement aux observations des Plénipotentiaires Français. Mais il voudrait en outre faire ressortir que la durée de la Commission Mixte, d'après l'Article 98, est fixée une fois pour toutes, en corrélation avec la Commission Européenne, donc pour le terme de vingt et un ans, et que par conséquent l'Article qui se réfère à des changements éventuels ne saurait s'appliquer au terme de la Commission.

Les Plénipotentiaires d'Allemagne, d'Italie et de Turquie adhèrent à la manière de voir des Plénipotentiaires de France et de la Grande-Bretagne.

Le Plénipotentiaire de Turquie prend acte, au nom de son Gouvernement, de la déclaration consignée au Protocole de la dernière séance de la Conférence relativement à la nomination du Délégué Bulgare à la Commission Mixte du Danube, et déclare, de son côté, en être pleinement satisfait.

Le Protocole de la dernière séance est adopté.

L'Ambassadeur de Turquie prenant la parole, au nom de la Conférence, s'exprime dans les termes suivants:--

"Messieurs, je suis sûr d'aller au devant du voeu unanime de tous les Plénipotentiaires, en vous proposant de vous joindre à moi pour offrir à son Excellence le Comte Granville, notre Président, l'expression de nos sentiments chaleureux de reconnaissance pour la manière impartiale, équitable, et qu'on appelle en Anglais "fair," dont il a dirigé nos délibérations. Si ces délibérations ont abouti à une entente commune et satisfaisante quant au règlement d'une question d'intérêt général, mais qui n'en était pas moins hérissée de difficultés, si elles ont été couronnées d'un succès d'autant plus important qu'il concilie les droits et les intérêts légitimes des Puissances représentées dans cette assemblée, nous devons principalement ce grand résultat à la haute intelligence, au discernement exquis et au jugement clairvoyant et solide de l'homme d'État éminent qui a présidé à nos travaux."

MM. les Plénipotentiaires déclarent tous s'associer avec empressement aux sentiments du Plénipotentiaire de Turquie.

Le Comte Granville exprime le vif plaisir qu'il éprouve d'entendre les bonnes paroles que l'Ambassadeur de Turquie vient de lui adresser. Il est sincèrement touché, dit-il, de la manière dont on a bien voulu reconnaître ses services; et il tient à constater que sans le concours bienveillant de tous ses collègues, la Conférence n'aurait pas pu atteindre les résultats importants qui vont paraître maintenant si satisfaisants aux Puissances.

Le Plénipotentiaire d'Italie, au nom de ses collègues, exprime également à Mr. Crowe, Secrétaire de la Conférence, les remerciements de la Conférence pour les services qu'il lui a rendu.

Le Ministre de Serbie demande s'il n'y aurait pas lieu qu'il signât les Protocoles des séances. Cette formalité est, selon lui, la conséquence logique de la part qu'il a prise aux travaux de la Conférence. Il s'en remet, d'ailleurs, à la décision des Plénipotentiaires.

Le Président consulte la Conférence.

Le Plénipotentiaire d'Allemagne ne croit pas que le Ministre de Serbie puisse être admis à signer les Protocoles. La Conférence, en adhérant à cette demande, se mettrait en contradiction avec la décision qu'elle a prise concernant l'admission aux séances des États Riverains.

Le Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie demande s'il y a des précédents.

Le Ministre de Serbie cite la Commission Riveraine du Danube qui a siégé à Vienne en 1858, et dans laquelle les procès-verbaux des séances ont été signés par tous ceux qui en faisaient partie.

Le Comte Károlyi fait observer que le précédent n'a pas de valeur puisqu'on ne saurait comparer une Commission Riveraine à une Conférence des Grandes Puissances. Personnellement il n'aurait rien à objecter. Mais la question vaut la peine qu'on la débattre. Cependant il pense que, comme il n'y a pas de précédents en faveur de la demande du Ministre de Serbie, il serait difficile d'y accéder. Du reste, il se rangerait à l'opinion de la majorité.

Le Plénipotentiaire d'Italie déclare avant tout, qu'il acceptera pour sa part la décision de la majorité; mais s'il doit exprimer une opinion, il croit que la demande du Ministre de Serbie pourrait être accueillie sans inconvénient. La Conférence a admis le Représentant de la Serbie dans son sein à toutes ses séances avec voix consultative. Le Représentant de la Serbie a eu l'occasion d'y prendre la parole et d'exprimer son opinion sur plusieurs points. Il semble juste que sa signature figure aux Protocoles où ses paroles sont consignées.

Le Comte Granville rappelle qu'on n'a cité qu'un précédent, qui ne semblerait pas avoir beaucoup de valeur. Il demande s'il y en a d'autres.

Le Premier Plénipotentiaire de France estime que la signature demandée ne pourrait qu'affaiblir celle des Plénipotentiaires des Puissances. Elle ne serait pas justifiée par les précédents, et elle porterait une réelle atteinte au caractère officiel du Protocole.

Après une discussion, à laquelle les Plénipotentiaires de Turquie, d'Italie et de Russie prennent part,

Le Ministre de Serbie dit que, s'il a pris la liberté de soulever la question de la signature, ce n'est pas qu'il eût eu la prétention d'affirmer qu'il en eût le droit; il a seulement voulu appeler l'attention de la Conférence sur une question de procédure pour qu'on agit en connaissance de cause, et pour ne pas établir, par inadvertance, une procédure contraire au sentiment des Plénipotentiaires.

Nr. 7900.
Berliner
Kongress-
Staaten.
8. Febr. bis
10. März 1883.

Nr. 7990. Berliner Kongress-Staaten. 8. Febr. bis 10. März 1883. M. Marinovitch pense qu'il serait correct et conforme aux précédents d'admettre sa signature; mais comme il ne peut pas invoquer d'une manière absolue des précédents en faveur de sa manière de voir, tout ce qu'il demanderait à la Conférence serait de vouloir bien consigner dans le Protocole d'aujourd'hui la réserve que si, dans l'ignorance des précédents, on ne l'a pas admis à signer les procès-verbaux, il n'en pourrait résulter pour l'avenir aucune interprétation qui serait préjudiciable aux droits de son pays comme État Souverain.

Le Comte Granville dit qu'il n'y aurait aucune objection à insérer au Protocole les observations que le Ministre de Serbie, quant à sa propre personne, vient de faire à la Conférence; mais il tiendrait à l'assurer que la décision des Plénipotentiaires n'est basée sur aucun manque de respect pour le Gouvernement que le Ministre représente, mais qu'elle est fondée purement et simplement sur une question de forme et de précédent.

Les Protocoles des deux dernières séances ayant été signés,

Les divers exemplaires du Traité approuvé par MM. les Plénipotentiaires sont collationnés et trouvés en due forme; et

MM. les Plénipotentiaires y apposent leur signature et le sceau de leurs armes. Le présent Protocole est approuvé.

[Unterschriften.]

Nr. 7991. DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, OESTERREICH-UNGARN, RUSSLAND und TÜRKEL. — Vertrag, betreffend die Donau-Schiffahrt. Vom 10. März 1883.

Au nom de Dieu Tout-Puissant!

Nr. 7991. Berliner Kongress-Staaten. 10. März 1883. Les Puissances Signataires du Traité de Berlin ayant jugé nécessaire de réunir leurs Plénipotentiaires en Conférence à Londres afin de s'entendre sur les décisions à prendre en vertu de l'Article LIV du Traité de Berlin du 13 Juillet 1878, et sur l'exécution de l'Article LV du même Traité concernant la navigation du Danube depuis les Portes de Fer jusqu'à ses embouchures, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Granville George, Comte Granville, Lord Leveson, Pair du Royaume-Uni, Chevalier du Très Noble Ordre de la Jarretière, Conseiller de Sa Majesté en son Conseil Privé, Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté pour les Affaires Étrangères, &c., &c., et Lord Edmond George Petty Fitzmaurice, Membre du Parlement du Royaume-Uni, Sous-Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères, &c., &c.;

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le Sieur George Herbert, Comte de Münster, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, &c., &c.;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, le Sieur Louis, Comte Károlyi de Nagy-Károly, Chambellan et Conseiller Intime Actuel, Chevalier de l'Ordre de la Toison d'Or et Grand-Croix de l'Ordre de Léopold, son Ambassadeur Extraordinaire près Sa Majesté Britannique, &c., &c.;

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

Le Président de la République Française, le Sieur Charles Tissot, Membre de l'Institut, Grand Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, Ambassadeur de la République Française près Sa Majesté Britannique, &c., &c., et le Sieur Camille Barrère, Ministre Plénipotentiaire de deuxième classe, Délégué Français à la Commission du Danube, Chevalier de la Légion d'Honneur, &c., &c.;

Sa Majesté le Roi d'Italie, le Comte Constantin Nigra, Chevalier Grand-Croix de ses Ordres des Saints Maurice et Lazare et de la Couronne d'Italie, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, &c., &c.;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, le Sieur Arthur Baron Mohrenheim, Conseiller Privé, Chevalier des Ordres de l'Aigle Blanc de St. Vladimir de deuxième classe, de Ste. Anne de première classe, de St. Stanislas de première classe, de l'Éléphant et du Danebrog de première classe, orné de diamants, de Danemark, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, &c., &c.;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Constantin Musurus-Pacha, Muchir et Vizir de l'Empire, Grand Cordon de l'Ordre Impérial de l'Osmanie en brillants, décoré de l'Ordre Impérial du Medjidié de première classe, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, &c., &c.;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:—

Art. I. La juridiction de la Commission Européenne du Danube est étendue de Galatz à Braïla.

Art. II. Les pouvoirs de la Commission Européenne sont prolongés pour une période de vingt et un ans à partir du 24 Avril, 1883. || A l'expiration de cette période les pouvoirs de la dite Commission seront renouvelés par tacite réconduction de trois en trois ans, sauf le cas où l'une des Hautes Parties Contractantes notifierait, un an avant l'expiration de l'une de ces périodes triennales, l'intention de proposer des modifications dans sa constitution ou dans ses pouvoirs.

Art. III. La Commission Européenne n'exercera pas de contrôle effectif sur les parties du bras de Kilia dont les deux rives appartiennent à l'un des Riverains de ce bras.

Art. IV. Pour la partie du bras de Kilia qui traversera à la fois le territoire Russe et le territoire Roumain, et afin d'assurer l'uniformité du régime dans le Bas-Danube, les Règlements en vigueur dans le bras de Soulina seront

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

appliqués sous la surveillance des Délégués de Russie et de Roumanie à la Commission Européenne.

Art. V. Au cas où la Russie ou la Roumanie entreprendrait des travaux, soit dans le bras mixte, soit entre les deux rives qui leur appartiennent respectivement, l'autorité compétente donnera connaissance à la Commission Européenne des plans de ces travaux dans le seul but de constater qu'ils ne portent aucune atteinte à l'état de navigabilité des autres bras. || Les travaux qui ont déjà été exécutés au Tchatal d'Ismaïl restent à la charge et sous le contrôle de la Commission Européenne du Danube. || En cas de divergence entre les autorités de la Russie ou de la Roumanie et la Commission Européenne quant aux plans des travaux à entreprendre dans le bras de Kilia, ou de divergence au sein de cette Commission quant à l'extension qu'il pourrait convenir de donner aux travaux du Tchatal d'Ismaïl, ces cas seraient soumis directement aux Puissances.

Art. VI. Il est entendu qu'aucune restriction n'entravera le droit de la Russie de prélever des péages destinés à couvrir les frais des travaux entrepris par Elle. || Toutefois, en vue de sauvegarder les intérêts réciproques de la navigation dans le bras de Soulina et le bras de Kilia, le Gouvernement Russe, afin d'assurer une entente à ce sujet, saisira les Gouvernements représentés dans la Commission Européenne des Règlements de péage qu'il jugerait utile d'introduire.

Art. VII. Le Règlement de Navigation, de Police Fluviale et de Surveillance élaboré le 2 Juin 1882, par la Commission Européenne du Danube, avec l'assistance des Délégués de la Serbie et de la Bulgarie, est adopté tel qu'il se trouve annexé au présent Traité, et déclaré applicable à la partie du Danube située entre les Portes de Fer et Braïla.

Art. VIII. Tous les Traités, Conventions, Actes et Arrangements relatifs au Danube et à ses embouchures sont maintenus dans toutes celles de leurs dispositions qui ne sont pas abrogées ou modifiées par les stipulations qui précèdent.

Art. IX. Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Londres dans l'espace de six mois, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 10 Mars, 1883.

Granville.
E. Fitzmaurice.
Münster.
Károlyi.
Ch. Tissot.

C. Barrère.
Nigra.
Mohrenheim.
Musurus.

Annexe.

Règlement de Navigation, de Police Fluviale et de Surveillance, applicable à la partie du Danube située entre les Portes de Fer et Braila.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

TITRE I. — RÉGIME GÉNÉRAL DE LA NAVIGATION.

Article 1^{er}. La navigation continuera à être entièrement libre sur toute la partie du Danube comprise entre Braila et les Portes de Fer. Les bâtiments marchands de toutes les nations y effectueront librement, comme par le passé, le transport des passagers et des marchandises ou le remorquage, sous les conditions d'une parfaite égalité stipulées par l'Article XVI du Traité de Paris.

Art. 2. Il ne sera perçu sur le Danube aucun péage basé uniquement sur le fait de la navigation du fleuve, ni aucun droit sur les marchandises, tant qu'elles se trouveront à bord des bâtiments, transports ou radeaux.

Art. 3. Les États Riverains ont le droit de percevoir dans leurs ports respectifs les droits de quai, grue, balance, magasinage, débarquement, pour les établissements existants ou à établir. || Toutefois, ces droits devront être prélevés indistinctement, suivant des tarifs fixes et publics, sans égard à la provenance des bâtiments et de leur cargaison, et pour autant seulement que les bâtiments assujettis à ces droits auraient profité des dits établissements. || Il est bien entendu que ces tarifs ne pourront être une source de revenus financiers, mais qu'ils produiront seulement la quotité nécessaire au paiement de l'intérêt et à l'amortissement du capital de premier établissement et d'entretien. L'amortissement une fois opéré, les tarifs ne représenteront plus que la quotité nécessaire à l'entretien.

Art. 4. Les ponts à établir sur le fleuve seront construits de façon à ne pas entraver la navigation, soit par des piles trop rapprochées, soit par des tabliers trop peu élevés. Les plus grandes ouvertures seront placées, autant que possible, au-dessus des plus grandes profondeurs, de façon à ne pas obstruer le chenal navigable. Les culées seront construites de manière à ménager le passage des chemins de halage, et les ponts seront établis, en général, de telle sorte que les bâtiments actuellement employés à la navigation du fleuve puissent continuer à pratiquer cette navigation sans aucun changement dans leur mâture ni dans la hauteur de leur cheminée. Les ponts, qui pour donner passage aux bâtiments doivent être ouverts, seront construits de manière à ne pas retarder la navigation. || Les plans des ponts devront être communiqués à l'autorité commune avant la construction.

Art. 5. Les moulins fixes établis sur la voie fluviale, les moulins flottants, les pêcheries et les roues d'irrigation ne devront pas entraver la navigation. Ils seront établis sur les parties du fleuve qui ne servent pas de passage aux navires et embarcations, et leur emplacement sera choisi de façon à ne pas nuire au libre écoulement des eaux, et à ne pas causer de changements préjudiciables dans le lit du fleuve.



Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1888.

Art. 6. Les lignes Douanières suivront partout les rives du fleuve, sans jamais le traverser. Il s'ensuit que les bâtiments, transports, radeaux, &c., tant qu'ils sont en voie de navigation ou à l'ancre dans le lit du fleuve, sans faire aucune opération de commerce avec la rive, sont entièrement en dehors de toute action des Douanes. || En conséquence, les États Riverains ne peuvent percevoir les taxes douanières qu'à l'égard des marchandises débarquées sur les rives, et cette interdiction s'applique même aux bâtiments, transports ou radeaux traversant les sections du fleuve dont les deux rives appartiennent au même État.

Art. 7. Le transit est absolument libre pour les marchandises de toutes les nations, quelles que soient leur provenance et leur destination. Lorsqu'un bâtiment, transport ou radeau traverse une section fluviale dont les deux rives dépendent d'un seul État, les capitaines ou patrons ne sont pas assujettis à d'autres formalités, quant aux marchandises transportées en transit, qu'au plombage ou à la surveillance d'un agent Douanier, exercée à bord jusqu'au point où les deux rives, ou l'une d'elles, cessent d'appartenir au dit État. L'agent Douanier, pendant son séjour à bord, a droit à la nourriture, au chauffage et à l'éclairage, sur le même pied que les hommes de l'équipage, mais sans autre rémunération quelconque. Le bâtiment sera tenu de donner passage gratuit au dit agent Douanier, sans nourriture ni autres frais, au moins jusqu'au dernier port national qu'il touchera dans son premier voyage de retour.

Art. 8. Les bâtiments de mer ne pourront être tenus de produire d'autres documents que leurs papiers de bord. Les bâtiments ou transports fluviaux devront être munis des documents nécessaires, délivrés par l'autorité dont ils relèvent, pour constater le nom, la nationalité et la capacité du bâtiment ou transport, et l'identité du capitaine ou patron et des hommes d'équipage. || Il est bien entendu qu'aucune autre modification ne sera apportée aux conditions dans lesquelles s'exercent actuellement le grand et petit cabotage sans distinction de pavillon. || Les petites embarcations et les barques de pêche sont dispensées de se faire délivrer les actes spécifiés dans le présent Article; les patrons et les hommes d'équipage sont simplement tenus de se munir des documents nécessaires pour constater leur identité, lorsqu'ils veulent accoster à une rive étrangère. Il est bien entendu, d'ailleurs, que cette disposition ne porte aucune atteinte aux lois et règlements ayant pour objet l'exercice de la pêche dans les eaux de chacun des États Riverains.

Art. 9. Aucun moulin, ni autre établissement, aucune construction nouvelle, aucune prise d'eau ne pourront être créés de manière à interrompre la circulation sur les chemins de halage existants, et ces chemins seront entretenus en état de viabilité. || Les mêmes règles s'appliqueront aux chemins de halage nouvellement établis, ainsi qu'aux prolongements des chemins existants.

Art. 10. Les dispositions quaranténaires seront conçues de manière à concilier dans une juste mesure les garanties sanitaires et les besoins du commerce maritime et fluvial. || Il est expressément entendu que ces mesures seront

exclusivement applicables aux navires et aux voyageurs de provenance brute et dans les ports non contaminés, et que toute mesure exceptionnelle et restrictive sera supprimée pour l'intercourse entre les ports du fleuve, dès qu'une épidémie serait devenue générale sur ses rives. || En règle générale, aussi longtemps qu'aucune épidémie dûment constatée ne régnera, soit en amont des Portes de Fer, soit en aval de Braïla, les bâtiments seront affranchis de tout contrôle sanitaire, en naviguant entre Braïla et les Portes de Fer, tant à la remonte qu'à la descente. || Si une épidémie vient à éclater dans un port maritime, tout bâtiment arrivant de la mer et qui aura obtenu le visa en patente nette à Soulina, à Kilia ou à St. Georges, sera affranchi de toute formalité autre que l'arraisonnement et de toute quarantaine d'observation, sur le parcours de son voyage en amont, jusqu'aux Portes de Fer. || Dans le cas où une épidémie viendrait à éclater sur les rives du fleuve, en amont des Portes de Fer ou en aval de Braïla, le visa obtenu, en patente nette, par les bâtiments en cours de navigation, dans le premier port fluvial non contaminé auquel ils auront touché, dans leur parcours entre les Portes de Fer et Braïla, suffira pour leur assurer le libre accès de tous les autres ports situés sur cette partie du fleuve. || Enfin, si une épidémie vient à éclater sur les rives de cette même partie du fleuve, les bâtiments de mer, aussi bien que les bâtiments fluviaux, continueront à faire leurs opérations en toute liberté, tant qu'ils n'auront pas fait escale dans l'un des ports contaminés. Ils seront simplement tenus de présenter leur patente de santé dans les ports où ils mouilleront. || Afin de faciliter, en temps d'épidémie, le maintien de la police fluviale, l'Inspecteur de la Navigation, les Sous-Inspecteurs et autres agents préposés à la Police continueront à circuler librement sur le fleuve, pour les besoins de leur service, sous la seule condition de se soumettre, en cas de compromission, aux mesures réglementaires auxquelles sont soumis les Agents de la Santé.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

TITRE II. — POLICE DE LA NAVIGATION.

Chapitre 1^{er}. — *Dispositions Générales.*

Art. 11. Tout bâtiment à vapeur marchand d'une force au-dessus de cinquante chevaux, naviguant dans le fleuve, est tenu de donner gratuitement passage à l'Inspecteur et aux Sous-Inspecteurs agissant dans l'exercice de leurs fonctions, et de prendre leurs embarcations en remorque.

Art. 12. Les bateaux de service de l'autorité préposée à l'exécution des Règlements porteront un pavillon spécial qui sera identique à celui de la Commission Européenne, sauf les lettres portées sur la bande bleue de ce pavillon, lesquelles seront ultérieurement déterminées.

Art. 13. Les capitaines et leurs équipages, à quelque nationalité qu'ils appartiennent, sont tenus d'obtempérer aux ordres qui leur sont donnés, en vertu du présent Règlement, par l'Inspecteur, les Sous-Inspecteurs, les Capitaines de Port ou par les agents placés sous leurs ordres. || Ils ne peuvent

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

refuser, lorsqu'ils en sont requis, d'arborer leur pavillon, ni de décliner leurs noms et les noms de leurs bâtiments, ni d'indiquer leur destination et leur provenance.

Art. 14. Dans tous les endroits convenables du Danube, les États Riverains pourront établir des échelles fluviales, pour mesurer la hausse et la baisse des eaux, et l'on affichera le tableau des profondeurs dans les ports principaux.

Art. 15. L'Inspecteur, les Sous-Inspecteurs et les Capitaines de Port prononcent sommairement dans les différends entre les capitaines et leurs équipages, en se faisant assister par deux capitaines de la nationalité des parties litigantes, ou à leur défaut, par deux autres capitaines. Ils n'exercent, toutefois, cette partie de leurs attributions qu'autant que l'un des intéressés a réclamé leur intervention, et qu'il ne se trouve pas sur les lieux une autre autorité compétente.

Art. 16. En cas d'échouement ou de naufrage, les Sous-Inspecteurs et les Capitaines de Port, chacun dans son ressort, se rendent sur le lieu du sinistre et portent les secours les plus urgents pour assurer le sauvetage de la cargaison, du navire et de ses apparaux, et pour sauvegarder l'intérêt général de la navigation. || Ils constatent les faits et dressent un procès-verbal. || Après quoi, ils se dessaisissent de l'Administration du sauvetage, et remettent les actes dressés par eux à la plus proche autorité compétente.

Art. 17. Au cas où il deviendrait nécessaire de signaler éventuellement les passes difficiles et les endroits où il est défendu de jeter l'ancre, on suivra le système de signaux adopté en aval de Braïla.

Art. 18. Tout capitaine ou patron d'un bâtiment à voiles ou à vapeur ou d'un radeau, en cours de navigation ou stationnant, soit à l'ancre, soit amarrée à la rive, est tenu de veiller à ce que son bâtiment ne cause ni entrave à la navigation, ni dommage, soit à d'autres bâtiments, soit aux échelles, bouées, signaux, chemins de halage et autres établissements servant à la navigation, placés sur le fleuve ou sur les rives, et il doit veiller, avec le même soin, à se sauvegarder lui-même. || En se conformant aux dispositions ci-après du présent Règlement, les navires doivent tenir compte de tous les dangers de la navigation et avoir égard aux circonstances particulières qui peuvent rendre nécessaire une dérogation aux règles prescrites afin de parer à un péril immédiat.

Chapitre 2. — Règles pour les Bâtiments qui se croisent ou se dépassent.

Art. 19. En règle générale, il est interdit à un bâtiment de dépasser le bâtiment qui suit la même route que lui, et à deux bâtiments allant en sens contraire, de se croiser sur les points où le chenal ne présente pas une largeur suffisante.

Art. 20. Aucun bâtiment ne peut se diriger par le travers de la route suivie par un autre bâtiment, de façon à l'entraver dans sa course. || Lorsqu'un

bâtiment remontant le fleuve se trouve exposé à rencontrer un bâtiment naviguant à la descente, sur un point qui n'offre pas une largeur suffisante, il doit ralentir sa marche et, en cas de besoin, même s'arrêter en aval du passage, jusqu'à ce que l'autre bâtiment l'ait franchi; si le bâtiment qui remonte est engagé dans le passage au moment de la rencontre, le bâtiment descendant est tenu de s'arrêter en amont, jusqu'à ce que sa route soit libre. || Dans les passes étroites, les bâtiments à vapeur ne peuvent s'approcher à petite distance des bâtiments qui les précèdent.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1863.

Art. 21. Lorsque deux bâtiments à vapeur ou deux bâtiments à voiles naviguant par un vent favorable se rencontrent, faisant route en sens contraire, celui qui remonte le fleuve doit appuyer vers la rive gauche, et celui qui descend, vers la rive droite, de telle sorte qu'ils viennent tous deux sur tribord, ainsi qu'il est d'usage à la mer. Il en est de même lorsque la rencontre a lieu entre un bâtiment à vapeur et un bâtiment à voiles naviguant par un vent favorable. || Le capitaine ou patron qui s'écarte de ces règles doit prouver, en cas d'avaries, qu'il a été dans l'impossibilité de les observer, à défaut de quoi, il est responsable, devant le tribunal compétent, des accidents survenus. || En cas de rencontre et sauf les prescriptions des Articles 20, 22, 25, 26 et 27 du présent Règlement, tout bâtiment à vapeur peut faire connaître la marche qu'il a l'intention de suivre, en donnant au bâtiment rencontré les signaux spécifiés ci-après:— || Un coup bref de sifflet, pour dire: je vais sur tribord; || Deux coups de sifflet, pour dire: je vais sur babord; || Trois coups de sifflet, pour dire: je vais en arrière à toute vitesse. || Ces signaux sont facultatifs; mais le bâtiment qui les a données est tenu d'y conformer sa marche. Le signal du bâtiment naviguant à la descente fait règle.

Art. 22. Lorsque deux bâtiments à vapeur allant en sens contraire arrivent dans une passe étroite, ils sont tenus de se donner les signaux prescrits par les Articles 23 et 24 ci-après, et celui qui est en aval ralentit sa marche ou s'arrête en cas de besoin, jusqu'à ce que l'autre bâtiment ait franchi le passage.

Art. 23. Lorsque dans une passe étroite, un bâtiment à vapeur veut devancer un autre bâtiment à vapeur marchant dans le même sens, il en donne le signal, avant d'être arrivé à petite distance, au moyen de cinq coups de cloche ou de sifflet, et en agitant un pavillon à hampe sur le gaillard d'avant, ou en hissant à mi-mât un pavillon bleu pendant le jour, ou un fanal éclairé, à verre blanc, pendant la nuit. Sur ces signaux, le bâtiment marchant en avant s'écarte à gauche et livre le passage à l'autre bâtiment qui prend la droite; aussitôt que le bâtiment qui suit se trouve à la distance d'une demi-longueur de bâtiment de celui qui précède ou de la queue du convoi remorqué par lui, ce dernier doit ralentir sa marche jusqu'à ce qu'il ait été dépassé.

Art. 24. Lorsqu'un bâtiment meilleur voilier rejoint un bâtiment à voiles et veut le dépasser, il en donne le signal en hélant à temps son devancier, lequel est tenu de lui livrer passage au vent. || Lorsqu'un bâtiment à vapeur



Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

veut devancer un bâtiment à voiles marchant dans le même sens que lui, il lui donne le signal prescrit par l'Article précédent avant d'être arrivé à petite distance, et il passe sous le vent du bâtiment à voiles.

Art. 25. Tout bâtiment à vapeur est tenu d'éviter les bâtiments marchant à la dérive qu'il rencontre, soit en remontant, soit en descendant le fleuve. || Le bâtiment naviguant à la dérive doit, de son côté, lorsqu'il rencontre d'autres bâtiments, soit à voiles, soit à vapeur, se ranger le plus près possible de l'une des rives, afin d'opposer le moins d'obstacle possible au passage.

Art. 26. Les capitaines ou conducteurs de remorqueurs, naviguant avec ou sans convoi, sont tenus à l'observation de toutes les dispositions qui précèdent; ils doivent spécialement se conformer aux prescriptions des Articles 23 et 24 ci-dessus, lorsqu'un convoi veut en dépasser un autre; hors ce dernier cas, deux convois ne peuvent jamais se trouver l'un à côté de l'autre, soit au mouillage, soit en cours de voyage. || En cas de rencontre avec des bâtiments à voiles ou à vapeur faisant route en sens contraire, le remorqueur, s'il remonte le fleuve, a la faculté de s'écarter des prescriptions de l'Article 21 ci-dessus pour se tenir en dehors du courant, s'il peut le faire sans danger pour les bâtiments rencontrés. || Le remorqueur est tenu, d'ailleurs, s'il fait usage de cette faculté, de donner les signaux prescrits par les Articles 23 et 24 ci-dessus.

Art. 27. En règle générale, tout bâtiment à vapeur qui ne remorque pas un convoi, de même que tout bâtiment à voiles naviguant par un vent favorable, doit livrer passage à un convoi de bâtiments remorqués. A défaut d'espace suffisant pour ce faire, les capitaines et conducteurs, tant des remorqueurs que des bâtiments remorqués, sont tenus, même dans le cas où les signaux prescrits par les Articles 23 et 24 ci-dessus n'ont pas été donnés, de s'écarter conformément aux dispositions des dits Articles. || Les capitaines et conducteurs des remorqueurs et des bâtiments remorqués doivent, d'ailleurs, dans tous les cas de rencontre avec d'autres bâtiments, rapprocher, autant que possible, les uns des autres, les bâtiments conduits à la remorque en convoi, de manière à livrer aux autres bâtiments un passage suffisamment large. || Il est interdit, dans tous les cas, de naviguer dans le fleuve avec plus de trois bâtiments amarrés bord à bord.

Chapitre 3. — Règles pour le Halage.

Art. 28. Si deux bâtiments halés en sens contraire se rencontrent le long de la même rive, celui qui remonte s'écarter de manière à laisser passer l'autre. || Si un bâtiment halé par des animaux de trait rejoint un train de halage à bras, celui-ci doit lui livrer passage. || Dans le cas où un bâtiment halé en rencontre un autre amarré à la rive, le capitaine de ce dernier doit permettre aux matelots du bâtiment halé de monter sur son bord pour transporter la corde de halage.

Art. 29. Un bâtiment halé à bras ne peut entreprendre de dépasser un autre bâtiment halé de même, sauf le cas où il n'en résulterait aucun retard ni embarras pour ce dernier, lequel est tenu, en pareil cas, de se ranger le plus près possible contre la rive qu'il longe.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1888.

Art. 30. Il ne peut y avoir, en dehors des ports, plus de trois bâtiments mouillés ou amarrés bord à bord, le long des chemins de halage.

Chapitre 4. — *Règles pour la Navigation pendant la Nuit et par un Temps de Brouillard.*

Art. 31. Tout bâtiment à vapeur naviguant pendant la nuit (entre le coucher et le lever du soleil) doit être muni d'une lumière blanche, facilement visible à la distance de deux milles au moins, hissée en tête du mât de misaine, d'une lumière verte à tribord, et d'une lumière rouge à babord. || Les feux de côté sont pourvus, en dedans du bord, d'écrans dirigés de l'arrière à l'avant, de manière que le feu vert ne puisse pas être perçu de babord avant, ni le feu rouge de tribord avant. || Les bâtiments à voiles, lorsqu'ils font route à la voile ou en remorque, portent les mêmes feux que les bâtiments à vapeur en marche, à l'exception du feu blanc du mât de misaine dont ils ne doivent jamais faire usage. Les bâtiments à vapeur remorquant un ou plusieurs autres bâtiments portent, indépendamment de leurs feux de côté, deux feux blancs placés, l'un au-dessous de l'autre, en tête du mât, pour servir à les distinguer des autres navires à vapeur. || Pour l'application des règles prescrites par le présent Article, tout navire à vapeur qui ne marche qu'avec l'aide de ses voiles est considéré comme navire à voiles, et tout navire dont la machine est en action, quelle que soit sa voilure, est considéré comme navire à vapeur. || Les radeaux naviguant pendant la nuit doivent porter un feu blanc à chacun de leurs angles. || Tout bâtiment, soit à voiles, soit à vapeur, en marche pendant la nuit, qui s'aperçoit qu'il est rejoint par un autre bâtiment suivant la même route que lui, est tenu de l'avertir, en lui montrant une lumière blanche à l'arrière.

Art. 32. Les bâtiments à voiles, les convois de remorque et les radeaux ne peuvent naviguer que lorsqu'ils aperçoivent distinctement la rive qu'ils suivent.

Art. 33. Par les temps de brume, les bâtiments à vapeur ne peuvent naviguer qu'à vitesse réduite, et les capitaines sont tenus de régler leur marche, suivant l'intensité de la brume, de manière à rester toujours maîtres de leurs mouvements et à pouvoir s'arrêter à temps, en cas d'obstacle. Ils sont tenus, d'ailleurs, de faire tinter sans interruption la cloche du bord, en donnant un coup de sifflet de deux en deux minutes, et de jeter l'ancre, si la brume devient épaisse au point qu'il leur soit impossible d'apercevoir la rive sur laquelle ils appuient, ou vers laquelle ils se dirigent.



Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

Chapitre 5. — Règles pour les Bâtimens au Mouillage.

Art. 34. Il est expressément défendu de jeter l'ancre ou de s'amarrer dans le chenal de navigation de manière à entraver la marche des bâtimens.

Art. 35. Lorsque par suite de brouillard, un bâtiment ou un radeau est obligé de s'arrêter ailleurs que sur un point habituel de mouillage, il est tenu, si c'est un bateau à vapeur, de faire tinter la cloche du bord, et, dans le cas contraire, de hâler du porte-voix. Ces signaux sont répétés de deux en deux minutes.

Art. 36. Tout bâtiment arrêté sur le fleuve, pendant la nuit, doit être muni d'un fanal éclairé qui est placé, soit à l'extrémité de l'une des grandes vergues, soit sur toute autre partie apparente du bâtiment, du côté du chenal, de telle sorte qu'il puisse être aperçu aussi bien en amont qu'en aval. || Les radeaux stationnant à l'ancre pendant la nuit doivent porter les feux prescrits par l'Article 31, sauf les feux des deux angles du côté de la rive, qu'ils sont tenus de supprimer.

Art. 37. Lorsqu'un bâtiment ou un radeau est obligé de placer un câble ou une chaîne en travers du chenal, ces amarres doivent être larguées promptement, aussitôt qu'un autre bâtiment se présente pour passer.

Art. 38. Les radeaux et trains de bois ne peuvent avoir qu'un tirant d'eau inférieur de deux pieds Anglais, au moins, à la hauteur de l'eau sur celui des bas-fonds du fleuve offrant la moindre profondeur, dans le parcours qu'ils doivent traverser.

Art. 39. La dimension des radeaux et trains de bois ne devra pas dépasser la largeur reconnue comme étant compatible avec les conditions de la navigation et la largeur des chenaux. || Tout radeau ou train de bois échoué dans le fleuve, de manière à entraver la navigation, qui n'est pas remis à flot dans les quarante-huit heures, peut être allégé et démonté même, au besoin, par les agents de la Police Fluviale, aux frais du propriétaire.

Chapitre 6. — Règles pour les cas d'Échouement et de Naufrage.

Art. 40. Tout capitaine ou patron d'un bâtiment, ou d'un radeau échoué ou naufragé dans le chenal navigable est tenu de hâler les bâtimens qui s'approchent, avant qu'ils ne soient arrivés à petite distance, pour les avertir de son immobilité.

Art. 41. Si le bâtiment vient à faire naufrage, le capitaine doit faire tous ses efforts pour le haler immédiatement contre la rive, si elle est proche, et, dans le cas contraire, pour le placer dans toute autre partie du fleuve, de manière à dégager le chenal navigable. || Le capitaine du bâtiment naufragé et son équipage restent à bord ou à proximité du lieu du sinistre, jusqu'à ce que le procès-verbal des agents de la Police ait été dressé.

Art. 42. Aussitôt après le naufrage, le capitaine du bâtiment ou le pilote s'il y en a un à bord, fait prévenir le plus promptement possible les agents préposés à la surveillance du fleuve.

Art. 43. Si l'Inspecteur juge nécessaire de prendre des mesures immédiates dans l'intérêt de la navigation, il requiert à cet effet le capitaine du bâtiment naufragé, lequel est obligé, soit de déclarer immédiatement qu'il fera abandon de son bâtiment et de laisser, dans ce cas, toute latitude à l'Inspecteur pour les dispositions à prendre, soit d'agir avec son équipage sous les ordres de l'Inspecteur; dans ce dernier cas, celui-ci dirige le sauvetage jusqu'au point où il cesse d'être une opération d'utilité publique pour devenir une affaire d'intérêt privé.

Nr. 7901.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

Art. 44. Si, hors le cas de nécessité immédiate prévu par l'Article précédent, l'enlèvement de la carcasse ou des débris du bâtiment naufragé est ultérieurement jugé urgent ou nécessaire, dans l'intérêt de la navigation, les propriétaires, assureurs et tous autres ayants-droit sont tenus de l'effectuer et parachever dans le délai qui leur est fixé par l'Inspecteur, à défaut de quoi, les travaux sont exécutés d'office par l'autorité proposée à l'exécution du présent Règlement, dans la limite déterminée par le susdit Article 43.

Art. 45. Tous travaux entrepris, soit par des particuliers, soit par des Compagnies, pour opérer le sauvetage de bâtiments naufragés ou de leurs cargaisons, s'effectuent sous la surveillance de l'autorité préposée à l'exécution du présent Règlement. Ces travaux peuvent être interdits, s'ils sont de nature à causer une entrave à la navigation, de même qu'ils peuvent être continués ou repris d'office par l'autorité susnommée, dans le cas où ils auraient été abandonnés ou suspendus, le tout sur une simple notification faite aux ayants-droit par l'Inspecteur de la Navigation. || Le bâtiment dont le sauvetage a été opéré par les agents de l'autorité préposée à la surveillance du fleuve peut être tenu de couvrir les frais de sauvetage et d'entretien du matériel. || Les ancres, chaînes et autres objets abandonnés par les navigateurs dans le fleuve, en dehors des ports, ne peuvent être retirés par qui que ce soit, sans une autorisation écrite de l'Inspecteur ou des Sous-Inspecteurs, qui délivrent, s'il y a lieu, cette autorisation et règlent le mode d'enlèvement ainsi que la destination des objets abandonnés.

Chapitre 7. — Règle pour le jet du Lest.

Art. 46. Il est interdit d'une manière absolue aux bâtiments de jeter leur lest dans le lit fluvial. || Le déchargement à terre peut être opéré sur les emplacements désignés par les autorités locales, comme lieu de dépôt public, ou sur les points déterminés par les agents préposés à la police de la navigation et désignés dans un avis dûment publié. || Les prescriptions du présent Article sont également applicables au jet des cendres et escarbilles des bâtiments à vapeur.

Art. 47. Pour assurer l'exécution de la disposition qui précède, relative au jet du lest, les capitaines ou patrons sont tenus de conserver à bord, pendant toute la durée du voyage en amont, le certificat délivré par le Capitaine du Port de Soulina et constatant le tirant d'eau des bâtiments navi-

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Stanten.
10. März 1888.

quant sur lest, de même que tout autre document délivré au bâtiment en cours de voyage, pour constater un déchargement de lest. Ces certificats doivent être présentés à toute réquisition des agents préposés à la police.

Chapitre 8. — *Des Opérations d'allège au Cabotage.*

Art. 48. Les opérations d'allège peuvent être faites par tous transports à vapeur, chalands de remorque, bâtiments à voiles ou allèges.

Chapitre 9. — *Du Remorquage.*

Art. 49. L'industrie du remorquage est entièrement libre pour les bateaux à vapeur de tout pavillon. || Les opérations de remorquage peuvent être effectuées, sans aucune entrave et sans aucune nouvelle formalité ni déclaration, par tous les remorqueurs qui opèrent sur la partie du fleuve située entre Braïla et Soulina. || Les propriétaires ou capitaines des remorqueurs destinés à opérer exclusivement entre Braïla et les Portes de Fer sont tenus d'en faire la déclaration à l'Inspecteur de la Navigation et de l'informer du nom du navire de son pavillon et de sa force en chevaux-vapeur, ainsi que de la date à partir de laquelle commenceront les opérations de remorquage || Sur cette notification, l'Inspecteur indique sans délai au propriétaire du remorqueur un numéro d'ordre, que celui-ci est tenu de faire porter par son bâtiment, en chiffres arabes, d'un pied de hauteur, peints en blanc à babord et à tribord, sur une partie apparente du bordage extérieur.

Art. 50. Lorsque des bâtiments ou transports conduits en remorque s'amarrent ou jettent l'ancre, les remorqueurs ne peuvent larguer les amarres de remorque avant que les bâtiments ou transports remorqués n'aient fait leur évitée au vent ou au courant, et ne se trouvent en sécurité de mouillage.

Art. 51. Lorsque le capitaine d'un remorqueur entreprend de remorquer un ou plusieurs bâtiments, transports, radeaux ou trains de bois, pour lesquels la force de son bâtiment est insuffisante, et qu'il en résulte un dommage ou une entrave pour la navigation, le capitaine est passible de l'amende prévue pour contravention à l'Article 18 sans préjudice à la responsabilité qu'il encourt devant les autorités civiles, pour les dommages qui peuvent en résulter.

Art. 52. Les dispositions des Articles 50 et 51 qui précèdent sont obligatoires pour tous les bâtiments employés à en remorquer d'autres, soit habituellement, soit accidentellement. || En cas d'échouement ou de naufrage d'un bâtiment, transport, radeau ou train de bois remorqué, le capitaine du remorqueur, en continuant son voyage, est tenu de donner avis de l'accident à la première embarcation du service de l'Inspection qu'il rencontre. || En règle générale, le remorqueur ne peut continuer son voyage avant qu'il ne soit constaté que la force de son moteur est insuffisante pour remettre à flot le bâtiment, transport, radeau ou train de bois échoué. || Les dispositions du présent Article sont applicables à tous bâtiments à vapeur employés au remorquage, soit habituellement, soit accidentellement.

Chapitre 10. — *De la Police des Ports.*

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

Art. 53. Aucun navire ne peut entrer dans un port ni en sortir, sans hisser son pavillon national.

Art. 54. Les capitaines sont tenus de jeter l'ancre aux endroits qui leur sont désignés par les autorités du port, et de changer de mouillage, sur la réquisition de ces autorités, lorsque cela est reconnu nécessaire.

Art. 55. Pendant toute la durée du mouillage, les vergues restent brassées de l'avant à l'arrière.

Art. 56. Une fois à l'ancre, les bâtiments s'amarrent aux poteaux établis à cet effet le long des rives ou aux bâtiments déjà mouillés. Le corps du bâtiment le plus rapproché de la rive sert de passage aux autres. Les bâtiments rentrent leur bâton de foc et leurs bouts-dehors qui ne peuvent servir, en aucun cas, à amarrer les embarcations.

Art. 57. Les capitaines se présentent, dans les vingt-quatre heures de leur arrivée, au bureau du Capitaine de Port, pour y produire leurs papiers de bord.

Art. 58. Tout bâtiment stationnant dans un port est tenu d'avoir toujours à sa disposition assez d'hommes pour exécuter les manoeuvres qui pourraient devenir nécessaires.

Art. 59. Les embarcations des ports ou des bâtiments marchands mouillés dans un port ne peuvent se déplacer pendant la nuit sans porter un fanal allumé.

Art. 60. Il n'est pas permis de chauffer, dans l'intérieur des ports, du goudron ni de la poix, à bord des bâtiments. Les fumigations ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du Capitaine de Port. || Le capitaine de tout bâtiment arrivant avec un chargement composé, exclusivement ou en partie, de pétrole, de dynamite, de poudre à canon ou de mine, ou d'autres matières explosibles ou inflammables, est tenu d'en faire immédiatement sa déclaration aux agents préposés à la police du port, avant de prendre son mouillage, et de produire l'autorisation dont il doit être muni pour l'importation de ces matières.

Art. 61. Les bâtiments ayant du pétrole ou des matières explosibles ou inflammables à bord, ne peuvent mouiller ou s'amarquer que dans la partie des ports désignée à cet effet par les Capitaines de Port, et ils sont tenus de porter un pavillon rouge en tête du mât de misaine. *

Art. 62. Tout bâtiment mouillé dans un port est tenu de porter son nom sur une partie facilement visible. || Les capitaines des bâtiments stationnant dans un port sont obligés de dénoncer sans retard aux Capitaines de Port tout cas d'abordage ou d'avarie dans lequel leurs bâtiments auraient été engagés, ainsi que tout cas de décès survenu à leur bord.

Art. 63. Les dispositions du présent Règlement, relatives aux amarres et fanaux et au remorquage, sont également applicables dans les ports.

Art. 64. Avant de quitter un port, les capitaines sont tenus de se pré-

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1888.

senter au bureau du Capitaine de Port, pour obtenir leurs expéditions et pour payer ou consigner le montant des amendes qui leur seraient infligées en vertu du présent Règlement.

Art. 65. Il est défendu de retirer, sans l'autorisation du Capitaine du Port, les ancres, chaînes et autres objets abandonnés dans le port.

Chapitre 11. — *Du Service du Pilotage dans le Fleuve.*

Art. 66. Le pilotage sur le fleuve est facultatif.

Art. 67. En dehors du pilotage qui s'exerce librement, il y aura un service spécial facultatif de pilotes brevetés pour les bâtiments qui naviguent le fleuve entre les Portes de Fer et Braïla. Ces pilotes sont placés sous l'autorité de l'Inspecteur, qui leur délivre le brevet de pilote. Ils sont tenus de faire viser ce brevet chaque année par l'Inspecteur; à défaut de l'accomplissement de cette formalité, le brevet cesse d'être valable.

Art. 68. Un tarif de pilotage sera élaboré par l'autorité préposée à la surveillance des Règlements pour les pilotes brevetés.

Art. 69. Les Sous-Inspecteurs et les Capitaines de Port, chacun dans les limites de son ressort, prononcent sur les contestations survenues entre les pilotes et les capitaines de commerce, lorsque leur intervention est réclamée.

Art. 70. Les pilotes sont tenus de dénoncer, soit aux agents de l'Inspection, soit aux Capitaines de Port, les contraventions commises en leur présence. || Il leur est interdit de s'intéresser, soit directement, soit indirectement, dans aucune opération ou entreprise d'allège ayant pour objet de remettre à flot le bâtiment échoué qu'ils ont conduit lors de l'accident.

Art. 71. Les pilotes brevetés, qui par incapacité ou mauvaise volonté ont été cause d'un abordage, d'un échouement ou d'un naufrage, sont destitués, sans préjudice à l'action civile que les ayants-droit peuvent exercer contre eux devant les tribunaux compétents.

Chapitre 12. — *Des Contraventions.*

SECTION (A). — FIXATION DES AMENDES.

§ 1^{er}. *Contraventions au Régime Général de la Navigation.*

Art. 72. Toute contravention à l'Article dix-huit (18) est punie d'une amende de cinq à cinquante francs.

§ 2. *Contraventions à la Police du Fleuve.*

Art. 73. Toute contravention à l'une des dispositions des Articles vingt-huit, vingt-neuf, trente (28, 29, 30), du second alinéa de l'Article quarante et un (41), de l'Article quarante-deux (42), et du quatrième alinéa de l'Article quarante-neuf (49) est punie d'une amende de cinq à trente francs.

Art. 74. Toute contravention à l'Article quarante-cinq (45) est punie d'une amende de cinq à quarante francs.

Art. 75. Toute contravention à l'une des dispositions des Articles onze, treize, dix-neuf, vingt, trente-quatre, trente-six, trente-huit, quarante, quarante-sept (11, 13, 19, 20, 34, 36, 38, 40, 47), à la disposition du troisième alinéa de l'Article quarante-neuf (49), ou à celle du second alinéa de l'Article cinquante-deux (52) est punie d'une amende de cinq à cinquante francs.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1888.

Art. 76. Toute contravention aux dispositions de l'Article vingt-cinq (25) est punie d'une amende de cinq à soixante francs.

Art. 77. Toute contravention à l'Article trente-cinq (35) est punie d'une amende de cinq à quatre-vingt francs.

Art. 78. Toute contravention aux dispositions des Articles vingt-six et vingt-sept (26, 27) est punie d'une amende de dix à quatre-vingt francs.

Art. 79. Toute contravention aux dispositions des Articles vingt et un, vingt-quatre, trente et un et trente-sept (21, 24, 31, 37), est punie d'une amende de cinq à cent francs.

Art. 80. Toute contravention aux dispositions des Articles vingt-deux, vingt-trois, trente-deux, trente-trois et cinquante (22, 23, 32, 33, 50) est punie d'une amende de dix à cent francs.

§ 3. *Contraventions à la Police des Ports.*

Art. 81. Toute contravention à l'une des dispositions des Articles cinquante-trois, cinquante-cinq, cinquante-six, cinquante-sept, cinquante-huit et soixante-deux (53, 55, 56, 57, 58, 62) est punie d'une amende de cinq à vingt francs.

Art. 82. Toute contravention à l'Article soixante-cinq (65) est punie d'une amende de cinq à quarante francs.

Art. 83. Toute contravention à l'Article cinquante-neuf (59) est punie d'une amende de cinq à cinquante francs.

Art. 84. Toute contravention à l'Article soixante-quatre (64) est punie d'une amende de cinq à cent francs.

Art. 85. Toute contravention aux dispositions des Articles soixante et soixante et un (60, 61) est punie d'une amende de cinq à deux cents francs.

§ 4. *Contraventions commises par les Pilotes brevetés.*

Art. 86. Toute contravention aux dispositions de l'Article soixante-dix (70) est punie d'une amende de cinq à cinquante francs.

§ 5. *Injures et Voies de Fait.*

Art. 87. Toute offense ou injure commise et toute menace proférée contre les agents préposés au maintien de la police de la navigation, agissant dans l'exercice de leurs fonctions, de même que toute injure ou offense dirigée contre l'autorité de laquelle les dits agents tiennent leur pouvoir, est punie d'une amende de cinq francs et de cinquante francs au plus. || S'il y a voie de fait commise ou tentée contre les agents de la Police, à l'occasion de l'ac-

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

complissement de leurs fonctions, le maximum de l'amende peut être porté à deux cents francs, sans préjudice à la poursuite devant l'autorité compétente.

SECTION (B). — RÈGLES POUR L'APPLICATION DES AMENDES.

Art. 88. Les amendes ne sont pas applicables aux contraventions occasionnées par des cas de force majeure.

Art. 89. Le maximum des amendes peut être doublé en cas de récidive. || Il y a récidive lorsqu'une contravention se renouvelle dans l'espace d'un an.

Art. 90. Indépendamment des amendes auxquelles ils sont condamnés, les contrevenants peuvent être poursuivis devant les tribunaux compétents, à raison de la réparation civile des dommages qu'ils ont causés.

Art. 91. Les capitaines et patrons sont responsables des contraventions commises par les gens de leur équipage.

Art. 92. En tout état de cause, le bâtiment, remorqueur ou allège, à bord duquel une contravention a été commise, demeure affecté par privilège au paiement de l'amende encourue, pour le recouvrement de laquelle il peut être séquestré par les agents préposés à la police du fleuve.

Art. 93. Les Sous-Inspecteurs de la Navigation et les Capitaines de Port connaissent des contraventions commises, l'étendue de leur ressort, contre les dispositions du présent Règlement, et prononcent, en première instance, l'application des amendes encourues à raison de ces contraventions. || La notification de leurs sentences est faite par l'entremise du Capitaine du port où le bateau se trouve, ou hors des ports directement par les Sous-Inspecteurs. || La notification peut aussi être faite valablement par l'entremise de l'autorité consulaire du pavillon.

Art. 94. Le montant des amendes est versé à la caisse de l'autorité commune.

Art. 95. Les appels contre les jugements de condamnation rendus en première instance par les agents de Police sont portés, dans les trois mois de la notification, devant la Commission Mixte. || En cas d'appel, le montant de l'amende est consigné, à titre provisoire, à la caisse de la Commission Mixte, dans laquelle il reste en dépôt jusqu'à ce que la cause soit vidée. || Les appels ne sont plus recevables après l'expiration du délai de trois mois, à partir de la notification, et le montant de l'amende demeure définitivement acquis à la Commission Mixte.

TITRE III. — EXÉCUTION ET SURVEILLANCE DES RÉGLEMENTS.

Art. 96. L'exécution du présent Règlement est placée sous l'autorité d'une Commission dite "Commission Mixte du Danube," dans laquelle l'Autriche-Hongrie, la Bulgarie, la Roumanie et la Serbie seront chacune représentées par un Délégué. La présidence de cette Commission appartiendra au Délégué de l'Autriche-Hongrie. || Un membre de la Commission Européenne du Danube, désigné pour une période de six mois, par ordre alphabétique des États, prendra

part aux travaux de la Commission Mixte et jouira, pendant cette participation, de tous les droits appartenant à ses autres membres. || Les États déjà représentés à la Commission Mixte ne seront pas compris dans ce roulement alphabétique. || Afin que le membre de la Commission Européenne ainsi désigné soit en mesure de prendre part aux délibérations de la Commission Mixte, celle-ci lui fera parvenir le programme de ses travaux un mois avant l'ouverture de chaque session. || La Commission Européenne, quand elle le jugera utile, pourra demander à la Commission Mixte, par l'entremise de son Délégué, les renseignements dont elle aurait besoin concernant celles des décisions de la Commission Mixte qui toucheraient à la liberté de la navigation.

Art. 97. Les pouvoirs de la Commission Mixte auront une durée égale à ceux de la Commission Européenne du Danube, et cette Commission Mixte subira, s'il est besoin, les modifications qu'il pourrait devenir nécessaire d'introduire dans sa constitution et dans ses pouvoirs, sous réserve de la coexistence des deux Commissions.

Art. 98. La Commission Mixte tiendra chaque année deux sessions ordinaires, qui seront fixées de manière à éviter la réunion simultanée de la Commission Mixte et de la Commission Européenne. || Ses décisions seront prises à la majorité des voix. || Elle arrêtera elle-même le règlement intérieur pour l'ordre de ses travaux, ainsi que les instructions spéciales à ses agents en vue de l'application du présent Règlement, sauf les points sur la solution desquels le présent Règlement a statué lui-même. La Commission procédera, dans sa première session, à la nomination des agents désignés à l'Article 101, sous les numéros 1, 2 et 4. || Toutefois, le règlement intérieur et les instructions d'un caractère général et réglementaire, telles que celles dont il est question dans l'Article 9 de l'Acte-Public du 2 Novembre 1865, relatif à la navigation des embouchures du Danube, seront communiqués préalablement à la Commission Européenne, et ne seront appliqués qu'après que cette Commission les aura trouvés conformes aux principes qui ont servi de base au présent Règlement.

Art. 99. Les frais d'administration seront à la charge des États représentés dans la Commission Mixte. Ils y contribueront dans la proportion suivante: l'Autriche-Hongrie pour quatre dixièmes, la Roumanie pour quatre dixièmes, et la Bulgarie et la Serbie, chacune, pour un dixième. || A la seconde réunion ordinaire, la Commission Mixte fixera son budget pour l'année suivante. || Les contributions des États seront faites d'avance pour chaque semestre. Les amendes perçues pour contravention au présent Règlement seront versées dans la caisse de la Commission Mixte, pour être affectées aux besoins du service.

Art. 100. Les agents ci-après désignés fonctionneront, chacun dans le ressort qui lui sera assigné, sous les ordres de la Commission Mixte, savoir: || 1°. Un Inspecteur; || 2°. Des Sous-Inspecteurs; || 3°. Des Capitaines de Port, pour autant que leur action s'exercera sur la voie fluviale; || 4°. Un Secrétaire et des agents subalternes.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1893.

Art. 101. Les agents désignés à l'Article précédent seront choisis parmi des personnes compétentes; ils seront nommés et rétribués comme il suit: L'Inspecteur sera nommé et rétribué par la Commission Mixte, ainsi que le Secrétaire et les agents subalternes. || Les Sous-Inspecteurs et Capitaines de Port seront nommés et rétribués par les États Riverains respectifs, lesquels feront part à la Commission Mixte de la nomination de ces agents ou de leur remplacement. || Les agents ci-dessus nommés, sauf les Sous-Inspecteurs et les Capitaines de Port, pourront être révoqués par la Commission Mixte.

Art. 102. L'Inspecteur est appelé à veiller par voie administrative à la stricte observation des dispositions du présent Règlement et à mettre de l'ensemble dans son application. || Sous ce rapport, il est considéré comme directement préposé aux Sous-Inspecteurs et aux Capitaines de Port.

Art. 103. Le Danube entre les Portes de Fer et Braïla sera divisé sur la rive gauche en quatre sections d'inspection; dont || La première s'étendra des Portes de Fer à Beket inclusivement; || La seconde, de Beket jusqu'à Simnitza inclusivement; || La troisième, de Simnitza jusqu'à Calarash-Silistrie; || La quatrième, comprenant les deux rives, de Calarash-Silistrie jusqu'à Braïla exclusivement. || Sur la rive droite il sera divisé en trois sections; dont || La première s'étendra des Portes de Fer jusqu'à l'embouchure du Timok; || La seconde, du Timok jusqu'à Nicopolis inclusivement; || La troisième, de Nicopolis jusqu'à Silistrie inclusivement; || La résidence de chacun des Sous-Inspecteurs sera ultérieurement fixée par les États Riverains de concert avec la Commission Mixte.

Art. 104. Les États Riverains prêteront à la Commission Mixte et à ses agents tout le concours dont elle pourra avoir besoin dans l'accomplissement de sa tâche.

Art. 105. Les ports ou échelles situés sur le parcours de chaque section fluviale et pour lesquels les États Riverains auront institué des Capitaines de Port, conformément aux dispositions du présent Règlement, ne seront pas compris dans le ressort du Sous-Inspecteur de la section. Les ports ou échelles seront placés sous la surveillance des Capitaines de Port, lesquels relèveront directement de l'Inspecteur et seront tenus de suivre ses instructions, pour tout ce qui concernera leur action sur la voie fluviale. || On entend par la dénomination de port, au sens du présent Règlement, toute la partie du fleuve comprise entre deux lignes droites partant, normalement aux rives, des limites d'amont et d'aval des dits ports ou échelles et se prolongeant jusqu'au thalweg. || Si la rive opposée appartient au même État, le port comprend également la partie du fleuve située au delà du thalweg, entre les deux lignes prolongées jusqu'à la dite rive, à moins toutefois qu'il n'existe sur cette rive, dans les mêmes eaux, un port ou échelle muni d'un Capitaine de Port. || Les bâtiments en cours de navigation et traversant les eaux d'un port, sans s'y arrêter, ne sont pas soumis à la juridiction des Capitaines de Port; l'Inspecteur et les Sous-Inspecteurs sont seuls compétents pour agir à l'égard de ces bâtiments.

Art. 106. Les attributions spéciales de la police judiciaire fluviale seront exercées par les Sous-Inspecteurs et les Capitaines de Port, par chacun dans son domaine de surveillance, et les appels seront portés devant la Commission Mixte, qui jugera en dernier ressort. || Si, dans l'exercice de leurs fonctions, les Sous-Inspecteurs avaient à relever des contraventions commises en dehors de leur ressort, ils constateraient ces contraventions et les porteraient à la connaissance du Sous-Inspecteur compétent.

Art. 107. La Commission Mixte aura son siège à Giurgevo.

Art. 108. Les Articles 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9 et 10, ainsi que les Articles 96 à 108 inclusivement du présent Règlement, ne pourront être modifiés qu'à la suite d'une entente des Puissances intéressées. Les autres Articles ne pourront être modifiés par la Commission Mixte qu'avec le concours de la Commission Européenne du Danube.

Nr. 7991.
Berliner
Kongress-
Staaten.
10. März 1883.

Nr. 7992. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an alle diplomatischen Vertreter Englands. — Uebersicht über die Verhandlungen, betreffend die Donau-Schiffahrt.

Foreign Office, March 14, 1883.

My Lord, Sir — I transmit to you herewith, for your information, copies of the Protocols of the Conferences which have been held here on the subject of the navigation of the Danube and of the Treaty which has been signed by the Plenipotentiaries.

Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

You are aware, that by the General Treaty of Peace concluded between Great Britain, Austria, France, Prussia, Russia, Sardinia and Turkey, at Paris, on the 30th March, 1856, the Emperor of Russia consented to the rectification of his frontier in Bessarabia in exchange for certain towns, ports and territories, and in order more fully to secure the freedom of the navigation of the Danube, and that by the subsequent Treaty of Paris of the 6th January, 1857, concluded between the same Powers, a portion of the territory thus ceded by Russia, and comprising the islands included between the different branches of the Danube at its mouth, and forming the Delta of that river, were replaced under the immediate sovereignty of the Sublime Porte. The extent of this portion of territory was precisely laid down in a map annexed to the latter Treaty: it included the whole of the islands from the Belgarod, or most northern outlet of the Kilia branch, down to the St. George's, or most southern mouth of the Danube, with the addition of the Isle of Serpents, and thus every outlet of the Danube into the sea which was navigable at that time, or might be made navigable in the future, was comprised within its limits.

By Article XV of the Treaty of 1856, the Contracting Powers stipulated among themselves, that the principles adopted by the Congress of Vienna

Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

of 1815, with regard to the navigation of rivers which separate or traverse different States, should be applied to the Danube and its mouths. They declared, that this arrangement formed thenceforth part of the public law of Europe, and they took it under their guarantee. It was also declared, that no toll should be levied founded solely upon the fact of the navigation of the river; that no duty was to be levied on goods which might be on board of vessels; that the Regulations for police and quarantine should be so framed as to facilitate, as much as possible, the passage of vessels, and that, beyond this, no obstacle whatever should be offered to free navigation. The XVth Article of the same Treaty provided, that a Commission should be formed, in which each of the Contracting Powers should be represented by a Delegate, and that this Commission should be charged to designate and to cause to be executed the works necessary below Isaaktcha, to clear the mouths of the Danube as well as the neighbouring parts of the sea from the sands and other impediments that obstructed them, in order to put that part of the river and the said parts of the sea in the best possible state for navigation, and to settle the fixed duties which should be levied to defray the expenses connected with those works. In the XVIIIth Article of the same Treaty it was declared to be understood, that this European Commission should have completed its task within the period of two years, and that in the meanwhile a permanent Riverain Commission, whose composition was provided for by the immediately preceding Article of the Treaty, should have prepared Regulations of navigation and river police, and have removed the impediments that still prevented the application to the Danube of the arrangements of the Treaty of Vienna: the Signatory Powers, assembled in Conference, having been informed of the fact, and after having placed it on record, would then pronounce the dissolution of the European Commission, and from that time the permanent Riverain Commission would enjoy the same powers as those with which the European Commission had been invested.

In pursuance of these last provisions the Riverain Commission, composed of the Delegates of Austria, Bavaria, Turkey and Würtemberg, and of Commissioners from Servia, Moldavia and Wallachia, met and framed Regulations which were laid before the Conference sitting at Paris in 1858. But the form, in which these Regulations were prepared, and the nature of many of the proposed enactments, did not meet with the approval of the majority of the Great Powers; they were therefore referred back to the Riverain Commission for amendment. Additional Articles were framed by the Riverain Commission and presented in 1859; but the Regulations, as a whole, were still considered objectionable by the Paris Conference, and the Riverain Commission has not met since this date.

In the year 1866 the question of the continued existence of the European Commission was brought before the Conference of Paris; it was shown, that the work they had to carry out was of a much more serious character

than had at first been contemplated, and that it could not, even then, be said to have been fully accomplished. The Conference agreed, that the Commission should be prolonged for a further term of five years; but hopes were expressed, that it would hasten on the completion of the works, and that the Riverain Commission would shortly complete the drawing up of such Regulations as could be approved. The British Plenipotentiary proposed on this occasion, that the powers of the European Commission should be extended to Ibraïla, both because this would constitute a more natural division of the river with respect to its navigation than Isaaktcha, and for other practical reasons; but this proposal met with opposition.

Nr. 7992.
Gross-
britannion.
14. März 1883.

The duration of the European Commission was thus prolonged till 1871. In the meantime, difficulties had arisen as regards the constitution of the Riverain Commission. The two Principalities of Moldavia and Wallachia had become united under one Government; but this Government claimed to have two Representatives in the Riverain Commission, one for Moldavia and the other for Wallachia, in accordance with the letter of the Treaty of Paris of the 30th March, 1856. The question prevented further meetings of the Riverain Commission for practical business. On the other hand, in order to complete the works in the Danube, and more especially at the Sulina mouth, the European Commission had been obliged to raise a loan, which had been guaranteed by all the Powers represented on this Commission with the exception of Russia, and it seemed probable, that a period of twelve years would be necessary to pay it off. The question at this stage was brought before the Conference held in London in 1871, and by a Treaty concluded between the Powers on the 13th March of that year it was agreed, that the duration of the European Commission should be prolonged for a further period of twelve years, namely, till the 24th April, 1883.

By the same Treaty it was provided, that the conditions of the reassembling of the Riverain Commission, established by Article XVII of the Treaty of Paris of the 30th March, 1856, should be fixed by a previous understanding between the Riverain Powers without prejudice to the clause relative to the three Danubian provinces, and that in so far as any modification of Article XVII of the Treaty of Paris might be involved, this should form the subject of a special Convention between the Co-Signatory Powers. The proposal to extend the powers of the European Commission up to Ibraïla was renewed at the Conference of 1871; but objections were again offered to the arrangement.

By the XLVth Article of the Treaty of Berlin of the 13th July, 1878, it was provided, that the Principality of Roumania should restore to the Emperor of Russia that portion of the Bessarabian territory which had been detached from Russia by the Treaty of Paris of 1856, bounded on the west by the mid-channel of the Pruth, and on the south by the mid-channel of the Kilia branch and the Stary-Stamboul mouth, viz., the most southern of



Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

the Kilia mouths. The Russian frontier was thus extended to the south beyond that which had been assigned to Roumania in 1857. The latter had excluded from Roumanian territory any portion of the mouths of the Danube; whereas the whole of the Kilia mouths, with the exception of that of Stary-Stamboul, were now comprised within the Russian frontier.

By Article XLVI the islands forming the Delta of the Danube, as well as the Isle of Serpents and the districts and territories therein mentioned, were added to Roumania.

By Article LII it was declared that, in order to increase the guarantees for the freedom of navigation on the Danube, which was recognized as an object of European interest, the High Contracting Parties determined, that all the fortresses and fortifications existing on the course of the river from the Iron Gates to its mouths should be razed and no new ones erected, and that no vessel of war should navigate the Danube below the Iron Gates with the exception of vessels of light tonnage in the service of the river police and Customs.

By article LIII it was provided, that Roumania should be represented on the European Commission. It was declared, that the Commission was maintained in its functions, and should exercise them thenceforth as far as Galatz in complete independence of the territorial authorities; and all the Treaties, arrangements, acts and decisions relating to its rights, privileges, prerogatives and obligations were confirmed.

At the meetings of the Congress which had preceded the signature of the Treaty of Berlin, Baron Haymerle, one of the Austrian Plenipotentiaries, submitted four Articles, containing, amongst other matters, a proposal to extend the duration of the European Commission beyond the year 1883 until a fresh agreement could be concluded, and in his observations he alluded to this proposal as containing the principle of the permanence of the European Commission. It was held, however, that this proposal entered into too great detail; the Russian Plenipotentiaries also raised objections; and in the end it was laid down by Article LIV of the Treaty of Berlin, that one year before the expiration of the term assigned for the duration of the European Commission (viz., the 24th April, 1883), the Powers should come to an understanding as to the prolongation of its powers, or the modifications which they might consider necessary to introduce in them. Article LV of the same Treaty provided, that the Regulations for the navigation, river police and supervision for the part of the river between the Iron Gates and Galatz, should be drawn up by the European Commission, assisted by Delegates of the Riverain States, and placed in harmony with those which had been or might be issued for the portion of the river below Galatz.

In execution of Article LV, a Committee of the European Commission, appointed by it for that purpose, drew up draft Regulations for the portion of the river comprised between the Iron Gates and Galatz. These draft Re-

gulations were submitted to a full meeting of the Commission, attended also by the Delegates of Servia and Bulgaria, and it was proposed, that the enforcement of the provisions therein laid down should be intrusted to a Mixed Commission, in which Austria should be represented as well as the Riparian States. It would have seemed difficult to make any valid objection to the presence of Austria in such a Commission, bearing in mind the great commercial interests which she had at stake. There was, moreover, a precedent in point in the case of the Scheldt, where the Powers had laid down, in the Conference held in London in the years 1830 to 1832, that Belgium, in view of the commercial interest of Antwerp, must be allowed an equal voice with Holland in the management of the mouths of that river, although the said mouths were entirely comprised within Dutch territory: this was asserted as a principle from which the Powers would not depart, and Holland, after much resistance, finally acknowledged it.

Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

According to this principle Austria must be considered to have an undoubted claim to a voice in the management of this section of the river, although she is not actually riparian.

But it was further proposed, that the Austrian member of this Mixed Commission should be the President, and that, as President, he should have a casting vote in case of an equal division of opinion. Her Majesty's Government considered that, under such circumstances, it would be desirable that an appeal should lie to the European Commission from all decisions of the Mixed Commission which involved matters of principle. The Riparian States, on their side, strongly opposed the proposals of the Drafting Committee in respect of the preferential position given to Austria, the principal opposition coming from Roumania.

After much fruitless discussion respecting the reservation of a power of appeal, a solution was proposed by the French Commissioner, M. Barrère, to the effect that Austria, Roumania, Servia and Bulgaria, should each have a Representative on the Mixed Commission, and that each of the members of the European Commission should serve on it successively for six months at a time in the alphabetical order of the countries they represented. The Austrian member was to be President; but this was a mere matter of courtesy to a great Power, as he would have no greater authority or privileges than any of the other members.

Roumania, however, still raised objections. She opposed the presence of any Austrian member whatever on the Mixed Commission, and objected to the formation of any Commission for enforcing the Regulations on this section of the river, declaring, that the executive power must be vested in the Governments of the Riparian States, as otherwise their rights of territorial sovereignty would be infringed.

Notwithstanding this opposition, the Regulations, as drawn up by the European Commission in conformity with the French Commissioner's proposal,

Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

were eventually agreed to and signed by all the Commissioners and Delegates, except the Roumanian, on the 2nd June, 1882.

The Roumanian Government persisted in their opposition. The Bulgarian Government also made reservations to the effect, that the Austrian and Roumanian members of the European Commission should be debarred from serving on the Mixed Commission, inasmuch as these countries were already represented there by permanent members. Both Governments moreover contended, that the Sub-Inspectors who were to work under the authority of the Commission should be appointed with reference to the banks of the river and to the States that owned those banks, and not, as was proposed in the Regulations, for transverse sections of the river. It was objected, on the other hand, that such a change might lead to serious practical difficulties, as it would involve the exercise of separate jurisdiction from opposite banks of a river whose bed is constantly shifting.

During the course of the negotiations that took place on the subject of these Regulations, and of the formation of the Mixed Commission, the Austrian Government stated, that their consent to a prolongation of the powers of the European Commission after the 24th April, 1883, must be conditional on the arrangements that might be come to in these respects being such as would be satisfactory to them. The Russian Government, on their part, gave it to be understood, that their consent to a prolongation would be dependent on certain concessions being made in respect of the Kilia branch, though the exact nature of those concessions was not stated.

The chief argument of the Russian Government for claiming such concessions lay in the fact that, whereas originally the sole right of executing works at any of the mouths of the Danube had been vested in the European Commission, that Commission had practically abandoned any idea of executing works in the Kilia branch, and that, therefore, their jurisdiction in that branch should no longer be maintained.

The state of affairs in the autumn of 1882 was therefore as follows: —

The powers of the European Commission had been prolonged, by the Treaty of London of 1871, up to the 24th April, 1883; but, pending the discussion of the various questions before the Commission, the agreement as to the further prolongation, stipulated by Article LIV of the Treaty of Berlin, had not been arrived at.

The Regulations to be drawn up under the LVth Article of the same Treaty had been substantially approved by all the States who had a voice in the matter, with the exception of Roumania.

The powers of the European Commission extended to Galatz only; while, for various practical reasons, it seemed to Her Majesty's Government advisable, that they should embrace the further twelve miles of the river lying between Galatz and Ibraïla, which would have the effect of placing the whole of the sea-going vessels under one set of Regulations, administered by the same body.

The divergences of opinion that had manifested themselves did not seem to offer any insuperable obstacles, and, under these circumstances, and finding, that the other Powers were favourably disposed to such a course, Her Majesty's Government decided to issue invitations to the different Governments to assemble their Representatives in Conference at London to consider the following points: —

1. The extension of the powers of the European Commission of the Danube to Ibraila.

2. The confirmation of the Regulations to be drawn up under Article LV of the Treaty of Berlin.

3. The prolongation of the powers of the European Commission.

The invitations were issued on the 11th December, 1882, and the Conference held its first meeting on the 8th February, 1883.

At the opening of the discussions a question arose as to the manner in which the smaller Riverain States were to be represented at the Conference. Her Majesty's Government would gladly have admitted a Roumanian Representative on the same footing as those of the other Powers, on the understanding, that this was done solely in view of the large interests that Roumania had at stake in the questions at issue, and that no precedent was thereby created for consulting the Roumanian Government on matters of general European interest in which they were not materially concerned. It was objected, however, that the Conference was in some sort a continuation of the Congress of 1878, that the questions for consideration arose out of the LIVth and LVth Articles of the Treaty of Berlin, and that under these circumstances, the European character of the Assembly should be maintained. These arguments applied equally to Servia. The majority of the Plenipotentiaries consequently declared themselves in favour of admitting Representatives from Roumania and Servia, with a consultative voice; while it was proposed, that the observations of the Bulgarian Representatives, to whom facilities were offered to hear all that passed in the Conference, should be expressed in their own words by the Turkish Ambassador, and this decision was adopted.

The Servian Government accepted the position thus given to their Representative, but both the Roumanian and Bulgarian Governments protested. The former refused to take part in the Conference with a consultative voice only, and declared that they would not consider themselves bound by any decisions that might be taken without their participation. The Bulgarian Government objected to having to defend their interests through any Representative except their own Delegates, and eventually protested against any change that might be made without their consent in the Regulations framed in accordance with Article LV of the Treaty of Berlin.

It was decided to communicate the Protocols of the Conference to the Roumanian and Bulgarian Representatives.

The proposal to extend the powers of the European Commission to

Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.



Nr. 7992.
Gross-
britannien.
14. März 1883.

Ibraila was agreed to unanimously, on the understanding, that the decisions arrived at upon these matters were only provisional, and liable to be recalled if no agreement should be come to respecting the prolongation of the powers of the European Commission.

On the question of the Regulations for the Galatz-Iron Gates section of the Danube coming up for discussion, an unanimous agreement was arrived at as to the right of Austria to be represented on the Mixed Commission for that portion of the river, and as to the executive powers to be assigned to that body. A Declaration was signed to the effect, that all the Plenipotentiaries adopted the Regulations, and trusted, that those States who did not take part in the deliberations of the Conference would take into account this unanimous vote, and adopt them also. At the same time, the Austrian Plenipotentiary gave notice of the following concessions which his Government were prepared to make in order to meet the wishes of Roumania: — They would abandon that double representation which would arise from their Representative on the European Commission taking his turn of service on the Mixed Commission, on condition that Roumania did the same. They would agree to the method of appointing the Inspectorate which Roumania (and Bulgaria) had declared for, hoping at the same time, that guarantees might be found by which the practical difficulties attendant upon such a system might be avoided. They would agree either that the Sub-Inspectors should be selected by the Riparian States appointed by the Mixed Commission, and confirmed by the Riparian States, or that they should be selected by the Mixed Commission and appointed by the Riparian States. Subsequently in the sitting of the 7th March the Austrian Plenipotentiary agreed, at the instance of the French Plenipotentiaries, to a further modification, according to which the Sub-Inspectors might be appointed and paid purely and simply by the Governments of the Riverain States, who should give notice to the Mixed Commission of their appointment and removal.

These modifications obtained the concurrence of the other Plenipotentiaries, and have been embodied in the amended Règlement annexed to the Treaty.

The more important question of the prolongation of the powers of the European Commission remained for discussion. The Russian Ambassador had, on the 5th February, explained to me, that his Government wished to have the power of carrying out in their own waters all such engineering works as the economical position of Bessarabia and the southern ports of Russia might require. They had no intention, he said, of interfering with the freedom of navigation, or of causing injury to the Sulina branch, which was the great international route; they would be willing to take into consideration the opinion expressed by the European Commission as to engineering works and tolls; but they claimed, that Russia's rights of territorial sovereignty should be recognized on the Kilia branch from the Tchatal of Ismail down to the sea, and that

this portion of the river should be entirely withdrawn from the jurisdiction of the European Commission, on condition that they came to an understanding with this Commission on all questions that might affect the international route. He added, that the Russian Government could only consent to a prolongation of the European Commission in the event of the Conference admitting the legitimate nature of these demands.

The proposals which he first submitted for the consideration of Her Majesty's Government could not be regarded by them as acceptable.

It was, indeed, true, that the European Commission had not hitherto been able to carry out any works in the Kilia branch, or at the mouths of this branch of the Danube; and, in consequence of their costly nature, there does not seem to be any near prospect of the Commission being able to undertake such works. Her Majesty's Government, whose object has throughout been to obtain all possible facilities for the unimpeded navigation of the river, were therefore prepared to agree to such a modification in the powers of the European Commission as would admit of the Russian Government taking this matter in hand without undue interference on the part of the Commission; but this was not the proposal of the Russian Government. Her Majesty's Government were also prepared to allow, that there would be no infringement of the principles laid down at the Congress of Vienna, and confirmed by subsequent Treaties and Conventions, if the Russian Government were to levy tolls of such a character only as to cover the expenses they had incurred in carrying out extensive works of this nature, from which the navigation would derive a large profit. Such a right had already been conceded in respect of the Iron Gates to the Riverain States by the Treaty of 1871, and to Austria by the Treaty of Berlin.

But, before any works were undertaken, or tolls levied, it would be necessary, in the opinion of Her Majesty's Government, that the plans of these works should be examined, so as to establish the fact that their execution would not cause detriment to the Sulina branch, and that the tolls should be fixed in such a manner as to avoid any clashing of interests between the authorities at the Kilia mouth and the European Commission at the Sulina mouth.

If proper securities were obtained on these points, Her Majesty's Government saw no reason for insisting, that the European Commission should be in a position to claim to appoint its own officers either for the direct control of the navigation or for the levying of the dues within the limits of the contemplated works.

The matter was discussed on this basis between the Russian Ambassador and myself on several occasions, but without any definite result.

On the 20th February his Excellency laid before the Conference the proposals of his Government, which are reproduced in the 4th Protocol of the sittings.

Nr. 7902.
Gross-
britannien.
14. März 1888.

Nr. 7902.
Gross-
britannien.
14. März 1882.

An adjournment took place for the consideration of the matter, and, after communications with some of the Plenipotentiaries and suggestions from them, I submitted, on the reassembling of the Conference on the 24th February, an amended form of Articles, drawn up with the view of meeting the wishes of the Russian Government, so far as this could be done without diminishing the guarantees to which Her Majesty's Government and other Powers attached importance.

The matter was again discussed in the meetings of the 1st and 7th instant, and was finally settled in the following terms, which have been inserted in the Treaty:—

It is agreed, that the European Commission shall exercise no effective control over those portions of the Kilia branch of which both banks belong to one of the Riverain States of that branch. With regard to that portion of the Kilia branch which flows between Russian and Roumanian territory, and in order to insure uniformity in the management of the Lower Danube, the Regulations in force on the Sulina branch are to be applied under the superintendence of the Russian and Roumanian Delegates of the European Commission.

At the same time, it is provided by a Declaration inserted in the 7th Protocol (sitting of the 7th March), that the Agents of the European Commission shall have free access to the Kilia branch and its mouths for their information.

In case Russia or Roumania should undertake works in the Kilia branch, either in the part which divides their respective territories, or in that which flows exclusively within the territories of either of them, the competent authority is to communicate the plans of these works to the European Commission with the sole view of establishing that they do not interfere in any way with the navigable state of the other branches. The works which have already been carried out at the Tchatal of Ismail remain at the charge and under the control of the European Commission of the Danube. In the event of a difference of opinion between the Russian or Roumanian authorities and the European Commission respecting the plans of works to be undertaken in the Kilia branch, or of a difference of opinion in that Commission respecting any extension that it may be advisable to make in the works at the Tchatal of Ismail, the case is to be submitted directly to the Powers.

Russia has the right to levy tolls intended to cover the expenses of the works undertaken by her. But it is stipulated, with the view of providing a safeguard for the reciprocal interests of the navigation on the Sulina branch and on the Kilia branch, that the Russian Government shall put the Governments represented in the European Commission in possession of the Regulations respecting the tolls which they may think it advisable to introduce, so as to insure an understanding on the subject.

By a declaration also inserted in the 7th Protocol, it is established

that the words thus used imply, that such an understanding is necessary before any system of dues can be put in force.

You will observe from the above, that the engineering works that have been carried out by the European Commission at the Tchatal of Ismail have formed the subject of special mention in the Treaty which has just been signed. The Tchatal of Ismail is the point at which the waters of the main Danube divide, one portion flowing down the Kilia branch, while the remainder takes a more southerly direction and forms what may be described as the Toultscha branch. This latter again divides lower down into the two branches of Sulina and St. George.

The works to which allusion is made were undertaken in consequence of a shoal which formed in the Toultscha branch, just below the Tchatal of Ismail. This shoal was the result of natural causes, viz., the extraordinarily high water in the Danube in the years 1870 and 1871; the works have proved a complete success, and have removed the shoal in a manner which could not have been effected by dredging. In the opinion of competent engineers it will always be possible, by the maintenance of these works and their proper extension in case of necessity, to regulate the flow of the waters in such a manner as to secure the Sulina branch from suffering any detriment either from natural causes arising at his point, or in consequence of works executed in the Kilia branch,—and this at a moderate cost.

As regards the duration of the powers of the European Commission, I proposed on behalf of Her Majesty's Government, that that body should be made permanent; the German and Austrian Plenipotentiaries stated, that a prolongation for a term of from eight to ten years would meet the views of their Governments, but that the longer the term proposed the more willingly, in their opinion, would their Governments agree to it. The French and Italian Plenipotentiaries were in favour of giving the Commission a permanent character. It was in the end unanimously agreed, that the powers of the European Commission should be prolonged for a period of twenty-one years, and that on the expiration of this term the Commission should still continue to to exercise its functions for periods of three years, unless, one year before the expiration of one of these terms of three years, notice be given by one of the Contracting Powers of a wish to propose modifications in the constitution or powers of the said Commission.

The reason for selecting the term of three years is, that it is the period which will exhaust the list of the members of the European Commission who serve for six months at a time on the Mixed Commission.

Finally, by Article VIII of the present Treaty it is declared, that all the Treaties, Conventions, Acts and arrangements relative to the Danube and its mouths are maintained in all those of their provisions which are not abrogated or modified by the preceding stipulations.

It was expressly understood, that this declaration comprised the provision



Nr. 7892.
Gross-
britannion.
14. März 1883.

which had been inserted in the Treaty of Berlin and in previous Treaties, prohibiting the erection of fortifications.

Her Majesty's Government believe, that the arrangements thus made will be found to be satisfactory. The European Commission has now exercised its functions for more than a quarter of a century to the common advantage, and in a manner to command general confidence. It would have been a serious misfortune if its existence had been brought to a termination by disensions among the Powers. By the present agreement it has been prolonged for a long term of years, with the prospect, it may be hoped, of further indefinite prolongation. Its powers have been extended in a manner which Her Majesty's Government have long considered to be desirable for the convenience of maritime commerce.

On the other hand, there is no reason to apprehend, that its operations will be impeded, or its efficiency impaired, by the concessions made to Russia and Roumania in regard to the supervision of the Kilia branch. Nor can the right allowed to Russia and Roumania, of constructing in that branch and its embouchures works of a commercial nature for the purpose of improving the navigation, be considered as likely to be otherwise than advantageous to native and foreign trade, full precautions having been taken that neither the works themselves, nor the dues to be levied in regard to them, shall be of a nature to interfere with the proper maintenance of the Sulina channel.

The Regulations for the section of the river between the Iron Gates and Ibraïla, which were settled by the European Commission after consultation with the Delegates of all the Riverain States, have been further amended with the view of meeting the objections still urged by the Riverain Governments to some of their provisions.

A period of six months has been assigned for the exchange of the ratifications of the Treaty, during which time it is to be hoped, that the adhesion of all the Riverain Powers will be received.

It was the unanimous desire of the Plenipotentiaries throughout their discussions, that due regard should be had to the wishes of those States, and Her Majesty's Government, believing that the settlement arrived at is of a nature favourable to their interests, feel no hesitation in urging its acceptance upon them, and have requested the other Powers who are parties to the Treaty to join in this step. || I am, &c.

Granville.





UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03587 6803

